Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

63,260

Digitized by Google

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITA

Digitized by Google

Digitized by Google

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Süddeutsche Monatshefte

Unter Mitwirkung von

Josef Hofmiller, Karl Alexander von Müller,
Hans Pfitzner, Hans Thoma

herausgegeben von

Paul Nikolaus Cossmann

Neunzehnter Jahrgang. Erster Band

Oktober 1921 bis März 1922

Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H., München, Leipzig, Berlin
Alle Rechte vorbehalten

Digitized by Google

AP
30
.594
V.19

Das bessere Deutschland im Krieg. (Oktober 1921.)

Von Harold Picton.

Berechtigte Übersetzung aus dem Englischen von Eveline von der Osten-Sacken.

	Seite
Vorwort des Herausgebers	1
Lebenslauf von Harold Picton	2
Vorwort des Verfassers zur deutschen Ausgabe	3
Vorwort zur englischen Ausgabe	4
Kriegsgefangene	4
Zivilgefangene	24
Repressalien im Guten	32
Wie die Deutschen sein können	34

Meisterwerke der italienischen Erzählungskunst.

(November 1921.)

Übersetzt von Otto Freiherrn von Taube.

Ausgewählt und eingeleitet von Karl Voßler.

	Seite
Karl Voßler, Zum Geleit	49
Carlo Dossi, Die Karamellen	49
Carlo Dossi, De consolatione philosophiae	50
Matilde Serao, Ein Blumenmädchen	51
Salvatore di Giacomo, Fische auf dem Trockenen	54
Giovanni Verga, Schwarzbrot	62
Renato Fucini, Die Heimkehr aus den Maremmen	77
Antonio Fogazzaro, Der Tod des Signor Marcello	81
Gabriele d'Annunzio, Die Götzendiener	83
Gabriele d'Annunzio, Die Fontäne	89
Alfredo Panzini, Die Sankt-Damians-Austern	92
Georg Enoch Freiherr zu Guttenberg-Buhl, Franz von Buhl zum Gedächtnis	97
Hugo von Seeliger, Die Astronomie in der „Kultur der Gegenwart"	98
Josef Hofmiller, Neue Bücher	100
Friedrich Wilhelm Freiherr von Bissing, Richard Grauls Einführung in die Kunstgeschichte	103
Adolf Dirr, Karl Noetzels Einführung in den russischen Roman	104
Der am meisten zeitgemäße Kalender	104

Digitized by Google

Bismarck. (Dezember 1921.)

	Seite
Bismarcks Persönlichkeit. Ungedruckte persönliche Erinnerungen	105
Tim Kleins Bismarck	122
Luise Freiin von Poellnitz, Bismarck-Erinnerungen	123
Heinrich Füllscher, Briefe über Bismarck	127
Die Bismarck-Erinnerungen von Minister Lucius	137
Karl Alexander von Müller, Die Entlassung (Auf Grund der bayerischen Gesandtschaftsberichte)	138
Josef Hofmiller, Weihnachtsrundschau	178

Einkreisung? (Januar 1922.)

Nach zum Teil unveröffentlichten Akten.

Von Benno von Siebert.

	Seite
Einleitende Bemerkungen	185
Österreich-Ungarn, Rußland und der Balkan	187
Italiens Verhältnis zur Entente	195
Veränderung der Weltlage durch die anglo-russische Konvention über Persien	199
Der ferne Osten	206
Wirtschaftliche Hemmungen	208
Die Londoner Botschafterkonferenz 1912/13	212
Schlußbetrachtungen	224
Josef Hofmiller, Neue Bücher	228
Deutsch oder lateinisch?	231
Friedrich Wilhelm Freiherr von Bissing, Eine Geschichte des französischen Großen Hauptquartiers	231
Georg Wolfram, Zur geistigen Einkreisung	238

Auswärtige Politik Kurt Eisners und der Bayerischen Revolution. (Februar 1922.)

Nach unveröffentlichten Geheimakten.

Von Pius Dirr.

	Seite
Zur Einleitung	241
Die Anfänge	244
München gegen Berlin	252
West-östliche Orientierung	261
Die Enthüllung und ihre urkundlichen Unterlagen	264
Wirkung bei den Gegnern und Verwertung in Versailles	272
Bekenntnisse und Wandlungen	274
Hermann Kerschensteiner, Die körperliche Erziehung des wachsenden Menschen	277
Wilhelm Korte, Brennende Fragen aus dem Gebiete des Strafwesens	278
Adolf Dirr, Russische Literatur	280
Kleine Gedanken (Aus Mereschkowski „Auf dem Wege nach Emmaus“)	280

Digitized by Google

Hetzarbeit? (März 1922.)

Frankreichs Kriegsvorbereitung in der Schule und bei der Jugend.

Von Bruno Stehle.

	Seite
Vorwort des Herausgebers	281
Einleitung	282
Staatsbürgerliche Erziehung in Frankreich	283
Hetzarbeit in französischen Jugendschriften	286
Hetzarbeit in französischen Schulbüchern	297
Das Elsaß	302
Geographieunterricht	309
Geschichtsunterricht	312
Rechtschreibeunterricht	316
Singstunde	317
Aufforderung zum Rachezug	317
Frankreichs Bundesgenossen in den französischen Lehrbüchern	322
Frankreichs Kriegsziele in seinen Lehrbüchern	324
Schluß	327
Josef Hofmiller, Neue Bücher	328

F. Bruckmann A. G., München.

Digitized by Google

Dieses Buch ist sehr verschieden von allem, was wir seit 1914 aus England gehört haben. Hier ist ein Engländer, der versucht, die Wahrheit über die Deutschen zu finden. Es ist von ihm nicht zu erwarten, daß er — noch dazu unter den Absperrungen des Krieges — alles in Deutschland so sehen konnte, wie es war. Wir beobachten mit Schmerz, wie ein Mann, so erfüllt von dem Streben nach Gerechtigkeit wie Picton, den deutschen wie den französischen Nationalcharakter in vielen Punkten verkannt hat. Aber wir waren ängstlich bemüht, bei den außerordentlich starken Kürzungen, zu denen uns die deutsche Wirtschaftslage genötigt hat, alles stehen zu lassen, was zu unseren Ungunsten spricht, und die Verteilung von Licht und Schatten für die verschiedenen Nationen so zu lassen wie im Original. Auch wollten wir dem Verfasser, da wo er irrt, nicht ins Wort fallen. Das ist ja die Bedeutung dieser Veröffentlichung, daß sie dem deutschen Leser ein englisches Buch bietet, so wie es von einem Engländer für Engländer geschrieben wurde.

Traurig, sagen zu müssen, daß viele Deutsche, besonders in Arbeiterkreisen, diesem Buch mehr Glauben schenken werden als unseren bisherigen Veröffentlichungen, weil es nicht von einem Deutschen stammt. Wir sind seit langem der Ansicht, daß die Wahrheit über den Krieg in Deutschland erst durchdringen wird, wenn sie den Deutschen von Ausländern gesagt wird. Aber auch dieses Buch, trotzdem es von einem Engländer stammt, ist von der deutschen Regierung bis jetzt nicht verbreitet worden.

Die Veröffentlichungen der Süddeutschen Monatshefte seit der „Gegenrechnung" leiden darunter, daß sie nicht von der Regierung ausgehen. Zahlreiche Zuschriften aus dem Auslande besagen, daß es einen ganz anderen Eindruck machen würde, wenn die deutsche Regierung fortgesetzt und überall jeder Lüge entgegentreten würde. Man glaubt im Auslande nicht, daß z. B. bei den Reichsgerichtsverhandlungen gegen die deutschen „Kriegsverbrecher" die deutsche Regierung die andern Länder nicht mit Noten und Veröffentlichungen überschwemmt hätte, wenn nicht wirklich die Anderen ihre Gefangenen gut, wir unsere Gefangenen schlecht behandelt hätten. Es muß nun ein Engländer kommen, um zu sagen, daß wir unsere Gefangenen gut behandelt haben. Die deutsche Regierung hat das bis heute nicht gesagt.

Der Punkt, der die deutsche Regierung seit Kriegsausbruch verhindert hat die Wahrheit zu sagen, ist die irrige Auffassung, daß man die Beziehungen zu anderen Völkern verbessert, wenn man das eigene preisgibt. So hat man in der letzten Zeit angenommen, daß die Franzosen wegen Oberschlesien nett sein würden, wenn man ihnen in der Lügenpropaganda nicht entgegenträte.

Ein so menschlich und unmilitaristisch denkender Mann wie Picton würde doch niemals zulassen, daß man seine Landsleute verleumdet und vergewaltigt. Diese Art von Internationalismus ist eine deutsche Eigentümlichkeit. Kein Ausländer kann sie sich vorstellen. Und dies ist die Eigentümlichkeit, durch die auch ein so wohlwollender Beurteiler wie Picton irregeführt wird. Der Inlandsdeutsche glaubt von seinen Landsleuten immer das Schlechtere, von Ausländern immer das Bessere; ihm sind Landsleute die eigentlichen Feinde. Die

Digitized by Google

Bekämpfung von Landsleuten, nicht das Wohl des Volkes, bildet bei uns den Inhalt der Politik. Das kann sich ein Engländer, auch ein englischer Pazifist, nicht vorstellen. Ebensowenig wie er sich vorstellen kann, daß eine Regierung wider besseres Wissen das eigene Volk der Schuld am Kriege bezichtigt, wie dies die deutsche Regierung durch Unterzeichnung des Friedens von Versailles getan hat. Wir würden es aber für kurzsichtig halten, unseren Lesern Stimmen des Auslandes vorzuenthalten, weil dieses und jenes nicht richtig ist, oder weil dieses und jenes zwar richtig, uns aber nicht angenehm zu hören ist. Jeder Deutsche muß Herrn Picton dankbar sein, daß er uns erlaubt hat, seine Stimme zu hören. Süddeutsche Monatshefte.

Ein deutscher Bekannter von Picton, Hauptmann Utsch, dem wir die Vermittlung des Übersetzungsrechtes verdanken, hatte auch die Freundlichkeit, nachstehende Biographie zu verfassen:

In Harold Picton, dem Autor des „Better Germany in War Time" lernen wir einen aufrechten Vertreter des „Bessern Englands" kennen, der den Mut fand, als einer der ersten seiner Gesinnungsgenossen, aus Objektivität und Wahrheitsliebe dem deutschen Volke gerecht zu werden. Einige Daten aus seinem Leben:

Harold Picton wurde am 17. Juli 1867 in Leicester geboren. Sein Vater, J. Allanson Picton, langjähriges Mitglied des House of Commons, war ein energischer Verfechter der „Home Rule". Ebenso eifrig wie für die Freiheit Irlands trat er auch gegen den Burenkrieg auf, den er, als unabhängiger Denker scharf verurteilte. In gleichem Geiste wurde Harold Picton erzogen.

Er studierte an der Londoner Universität und wurde zunächst Chemiker. Mit seinem Freunde Ernest Linder veröffentlichte er eine Reihe von Forschungen über die Solutionsfrage, besonders über die Colloidlösungen, die auch in deutschen Fachkreisen großes Interesse fanden. (Solution and Pseudosolution: Transactions of the chemical society). — Später wurde er Lehrer und sammelte in siebenjähriger Tätigkeit große Erfahrungen und pädagogische Anregungen, die ihn veranlaßten mit seinem Freunde J. E. Bennet im Jahre 1900 ein kleines Internat zu gründen, in dem er seine Erziehungstheorien ausführen konnte. In Kameradschaft und Zusammenarbeit von Lehrer und Schüler erblickt er den Grundstein der Erziehung. „Vivit qui amat, vincit qui patitur" war das Motto seiner Schule. Durch einen Schülerrat prüften seine Schüler die Schulregeln, änderten sie ab, wenn sie es für notwendig erachteten und stellten neue auf, wenn ihnen dies wünschenswert erschien.

In der Freizeit beschäftigten sich Lehrer und Schüler zumeist mit Kunst und Archäologie und zwar mit solchem Erfolg, daß bedeutende Fachgelehrte aus London diesen Bestrebungen dadurch ihr warmes Interesse bezeigten, daß sie zur Besichtigung der Schulsammlungen kamen. Kurz nach seinem Rücktritt von der pädagogischen Tätigkeit brach der Weltkrieg aus. In einer Flugschrift: „Is it to be hate?" versuchte er 1915, obschon an die Gerechtigkeit der englischen Sache glaubend, gegen den Haß zu wirken. Es folgten ähnliche Mahnungen in den Zeitschriften „Cambridge Magazine", „Venturer", „Common Sense" usw. und schließlich 1919 das hier in deutscher Übersetzung vorliegende Buch: „The Better Germany in War Time". Die englische Presse schwieg sich aus.

Eine einzige Tageszeitung, der wohlbekannte „Manchester Guardian", welcher sich, wie in vielen andern Fällen, der blinden Kriegspsychose überlegen zeigte, trat mutig als Ausnahme hervor. Später auch einige unabhängige Zeitschriften, wie z. B. „Foreign affairs", die die Wichtigkeit des Buchs wohlwollend anerkannten. In jüngster Zeit hat Harold Picton ein einjähriges Studium der deutschen Kunstgeschichte abgeschlossen und beabsichtigt jetzt seine Arbeit durch Vorträge mit

Digitized by Google

Projektionsbildern in England zu veröffentlichen. Er will hiermit, wie er sagt, „einigen seiner Landsleute die Kunsttätigkeit der ‚Barbaren' klarer machen."

Picton will keine Politik treiben. Sein höchster Wunsch gipfelt darin, beizutragen an dem gegenseitigen Verständnis der Völker untereinander, um durch Zusammenarbeit und Liebe Streit und Haß zu verdrängen. Nach seiner Ansicht steht die Welt vor der Wahl zwischen Zusammenarbeit oder Vernichtung. In einem Artikel im Oktoberheft der „Foreign Affairs" verleiht er diesem Gedankengang folgenden Ausdruck: „The choice is between a world of ashes and a world of generous hearts." (Uns bleibt die Wahl zwischen einem Aschenhaufen und einer Welt großmütiger Herzen.) Der deutsche Leser lernt in Harold Picton einen Engländer kennen, der schlicht und recht seinen Landsleuten von uns erzählt, von jenem Deutschland, das er auf Grund unermüdlicher Forschungen mit „The better Germany" bezeichnet. Mit Genugtuung wird wohl jeder diese Tat begrüßen, die uns zeigt, daß auch in England die Objektivität noch lebt und uns voraussetzen läßt, daß dem „Better Germany" auch ein „besseres England" gegenübersteht. Mögen beide in der Arbeit sich treffen, in jener fleißigen Zusammenarbeit, damit, wie Harold Picton sagt, „eine Welt groß angelegter Herzen" uns vor dem Aschenhaufen bewahrt.

Friedr. Wilh. Utsch.

Vorwort zur deutschen Ausgabe.

Es ist mir persönlich eine große Freude, eine deutsche Übersetzung meines Büchleins begrüßen zu können. Verleumdung ist das schlimmste Kriegsmittel, denn sie vernichtet nicht nur den Körper, sondern auch die Seele, nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft. Die Tatsache, daß das Verleumdungsmittel jetzt als Kriegsmittel in den Vordergrund gerückt ist und zu einem „Sieg" sehr beitragen kann, ist mir persönlich ein Beweis, daß die alte Gewaltlösung der politischen Probleme nicht mehr gilt und daß ein Sieg von heute schlimmer ist, als eine Niederlage. Wir haben sieben Jahre der Gewaltpolitik erlebt, und was hat sie uns gegeben? — eine zermürbte und verdorbene Welt. Wir müssen es lernen uns gegenseitig die Hände zu reichen, sonst wird uns von unserem materiellen und geistigen Leben nur ein Aschenhaufen übrig bleiben. Das ist die deutliche Lehre der verwüsteten Jahre. Wenn Deutschland durch seine Großmut diese Lehre aufnimmt, dann kann es die Gewaltpolitik der ganzen Welt überwinden. Es vermehren sich in England (ja selbst in Frankreich) die Stimmen, die der leeren Gewaltherrschaft müde sind. Wir im „Feindesland", die wir nach einem wirklichen und gerechten Frieden streben, müssen auf Deutschland bauen. Wenn es uns als Gegner *aller* Gewaltpolitik vorangeht, gehen wir alle einer glücklichen Zukunft entgegen. Sonst wäre für uns, die Deutschland lieben, und für die ganze Welt, alle Hoffnung erloschen.

Harold Picton, 27. Oktober 1921.

Digitized by Google

Vorwort der englischen Ausgabe.

Ueber eine Art von Deutschen ist allzuoft geschrieben und nicht selten gefabelt worden. Ich beabsichtige hiermit, den anderen Deutschen zu beschreiben. In einem Militärlazarett sagte eine Besucherin zu den verwundeten Soldaten: „Wir besitzen eine Menge Bücher und Schauergeschichten über den Feind; könnte nicht einer von euch Leuten ein Buch über die guten Taten des Feindes schreiben?" Es entstand eine leichte Pause. „Ah," sagte einer der Soldaten, „das würde ein goldenes Buch sein." Trotz aller Hindernisse, die die Kriegsleidenschaften erweckten, habe ich, sehr unvollkommen, versucht, einiges Material zu einem Buche zusammenzutragen.

In jedem Streit ist es schwer, die guten Seiten des Gegners anzuerkennen. Jedoch um den Hader gerecht zu schlichten, ist die Erkenntnis dafür einfach unentbehrlich. Bloße Feindschaft ohne Anerkennung des Guten ist primitive Barbarei. Gegen den törichten Unverstand dieses alten Barbarismus (sicherlich nicht nur gegen die Gottlosigkeit desselben) erhob Christus Einspruch mit den Worten: „Ich aber sage Euch, liebet Eure Feinde!" Er erkannte die Torheit und Blindheit der ewigen Fehde um ihn her.

Ich habe die in den folgenden Seiten enthaltenen Zeugnisse gesammelt, weil meiner Ansicht nach solche Tatsachen einer weiteren Erkenntnis bedürfen, wenn wir jemals den Ausblick auf eine reinere und wahrere Welt erlangen sollen.

Sollte meine Friedensliebe unangemessen oder in irgend einer Weise kränkend für jemanden erscheinen, so bitte ich um Vergebung. Wenn der Friede einmal gemacht werden wird, so wird die Welt eines Friedens bedürfen, der auf allen Tatsachen der menschlichen Natur aufgebaut ist.*) Ich habe versucht, einige derselben zu veröffentlichen, die unvermeidlich durch die Kriegsleidenschaft verdunkelt werden. Das allein ist meine Aufgabe.

Kriegsgefangene.

Die Berichte über schlechte Gefangenenbehandlung in Deutschland haben weiteste Verbreitung gefunden. Ich glaube, niemand kann schlechte Gefangenenbehandlung (auch Kriminalgefangener) verteidigen, und fürchterliche Zustände, wie sie während der Typhusepidemie in Wittenberg herrschten, sind für die menschliche Gesellschaft eine Schande.

Mr. Lithgow Osborne sagt aber: „Der Gesamteindruck, den mir die Lagerbehörden von Wittenberg machten, ist demjenigen, den ich in anderen deutschen Lagern erhielt, gänzlich ungleich." (Misc. **) 16, 1916, p. 6.) Ich möchte einige Berichte über die anderen Lager wiedergeben. Gegenteilige Kritik werde ich nicht ausschließen, da das Publikum aber wenig anderes als nur eine solche gehört hat, so meine ich, daß es nicht unbillig ist, hauptsächlich die günstigen Berichte in Betracht zu ziehen.

Offiziers- und Mannschaftsbriefe

Der folgende Brief eines englischen Offiziers erschien am 30. Dezember 1914 in der Times. Er mag als Einleitung und Warnung dienen.

„Ich zweifle nicht an den erstaunlichen Erfahrungen, die der Soldat O'Sullivan als Gefangener erlebt hat, doch ist es an sich ein vereinzelter Fall und gibt nicht die gewöhnliche Behandlung, der britische Soldaten unterworfen waren, wieder. Ich darf aus Erfahrung sprechen, da ich selbst Gefangener gewesen bin (verwundet), später befreit, nachdem das Gebäude, in welchem ich mich mit mehreren deutschen Verwundeten befand, von den Engländern

*) Mit Ausnahme einiger weniger kleiner Stellen ist sowohl Inhalt als auch Vorwort dieses Buches vor dem Friedensschluß geschrieben worden. Eine frühere Veröffentlichung des Buches hätte schädlich wirken können. Ich hielt deswegen damit zurück, doch da der Text meine damalige Empfindung wiedergab, so habe ich denselben nicht geändert.

**) Miscellaneous: eine besondere Serie amtlicher Nachrichten des Kriegsamtes.

Digitized by Google

genommen wurde. Ich bin in der Zeit, die ich bei den Deutschen verbrachte, von ihnen mit aller erdenklichen Rücksicht behandelt worden. Die Nahrung war spärlich, aber die Zufuhrstraßen wurden von unserer Artillerie so stark bombardiert, daß der Transport nicht durchkommen konnte; sie teilten ihre Nahrung mit mir. Meine Wunden wurden ebenfalls mit der größten Sorgfalt verbunden, und man machte es mir so angenehm wie möglich. Da ich ein wenig deutsch sprechen kann, so konnte ich mit den anderen Verwundeten reden und erfuhr von ihnen, daß ihre Zeitungen ebenfalls fürchterliche Dinge über die englische Behandlung Kriegsgefangener veröffentlichten, was ich mit Genugtuung als unrichtig bezeichnen kann.

Ich empfehle mich Ihnen

Hochachtungsvoll!

Ein englischer Offizier, 27. Dezember 1914."

Auf die letzten Bemerkungen möchte ich besonders die Aufmerksamkeit billig denkender Leute lenken.

Der folgende Brief des Unterleutnants F. Philipp Pearce (18 Jahre) vom 2. Essex-Regiment, datiert vom 27. Oktober aus Krefeld, wurde am 19. November 1914 in der Times veröffentlicht:

„Wir werden hier wirklich gut behandelt. Wir haben gute Betten, geheizte Räume, täglich drei gute Mahlzeiten, einen französischen Soldaten für unsere Bedienung und diesen Morgen bekam ich ein herrliches heißes Bad. Wir haben zweimal am Tage Appell, um 8 Uhr morgens und um 9 Uhr 45 abends, 10 Uhr 45 Zapfenstreich, und zum Spazierengehen dient uns ein großer Hof. Wir haben hier eine Kantine, in der wir Kleider und alles, was wir brauchen, kaufen können. Die Gefangenenkost ist sehr gut — frische Semmeln, Kaffee und frische Butter. Nicht übel! Im Zug hatte ich eine anständige Bewachung; der Mann verschaffte mir Nahrung, und als einer der Leute mich anzugreifen versuchte, warf er ihn aus dem Zug hinaus. Ich befürchte, daß ich für die Zeit des Krieges der Front fernbleiben werde. (Eine schlimme Sache.) Eine Gefahr, erschossen zu werden besteht nicht für mich, außer wenn ich versuchen sollte, durchzugehen, was ich nicht tun werde. Ich schoß auf ihren Fahnenträger; er verlangte, ich sollte erschossen werden, doch zum Glück schien niemand ihm zuzustimmen. Das nächste Mal, als ich ihn wieder sah, war er verbunden worden; der Schuß war durch die Schulter gegangen; er sprang auf, schüttelte meine Hand und rief: ‚Mein Freund, mein Freund'."

Am 25. November erschienen in der Times andere Briefe ....

Ein englischer Kapitän schreibt:

„Um 1 Uhr zu Mittag erhalten wir Suppe, Fleisch und Gemüse. Abendessen ist um 7 Uhr und besteht aus Tee, Wurst oder Fleisch und Kartoffeln. Wir erhalten monatlich 5 Pfund Sold. Davon wird täglich 1 sh und 6 d für das Essen abgezogen. In unserer Kantine können wir alles, was wir brauchen, kaufen. Es ist somit nicht nötig, mir irgend etwas zu schicken, außer vielleicht einiger billiger Belletristik."

Eine englische Dame schrieb Anfang 1915 aus München:

„Ich muß Ihnen mitteilen, daß ich die Erlaubnis erhielt, einen verwundeten englischen Offizier, einen Vetter von mir, zu besuchen und ich denke, es wäre für viele in der Heimat ein Trost, zu erfahren, wie warm er von der großen Freundlichkeit, die man ihm während der fünf Monate bewiesen hat, und der Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit der Aerzte sprach." (Times, 17. März 1915.)

Folgender Brief stammt von dem Leutnant-Beobachter J. E. P. Harvey, Offizier der Bedfordshire Yeomanry, zum Fliegerkorps versetzt:

„Ich traf einen der deutschen Flugzeugführer, die uns angegriffen hatten. Er sprach gut Englisch und wir schüttelten einander die Hände, nach einem höchst lebhaftem Kampfe. Ich hatte mit meinem Maschinengewehr sein Flugzeug heruntergebracht. Er war gezwungen, ganz in der Nähe zu landen, wo ich auch gelandet war. Das Geschoß hatte seinen Kühler und Petroleumtank getroffen. Aber weder er noch sein Beobachter waren verletzt. Ich traf zwei deutsche Offiziere, die Leute aus meiner Bekanntschaft kannten und sie waren außerordentlich liebenswürdig. Sie bewirteten mich mit Sekt, Austern usw. Ich wurde wie ein geehrter Gast behandelt. Am nächsten Tage traf ich in Mainz ein, wo ich zwei Tage Einzelhaft in einem Zimmer hatte. Ich bin jetzt in ein anderes Zimmer übergesiedelt, mit acht anderen englischen Offizieren, wo wir

Digitized by Google

zugleich schlafen und essen. Wir werden gut behandelt und spielen im Gefängnishof Hockey und Tennis." (New of the World, 27. Februar 1917.)

Miß Cosenso erstattet folgenden Bericht, der in der Daily News am 28. Juni 1918 erschien:

„Ein Geistlicher, mit dem ich befreundet bin, erzählte mir die Geschichte eines schottischen jungen Kriegsgefangenen in Deutschland, ich entsinne mich nicht mehr, in welchem Lager. Der Junge erhielt eines Tages einen Brief von zu Hause. Man machte ihm Mitteilung von der schweren Erkrankung seiner Mutter und dem ärztlichen Ausspruch, daß diese nur noch wenige Wochen leben könne. Der deutsche Kommandant, der den Jungen in seinem Kummer fand, erkundigte sich nach der Ursache desselben und als er den Grund erfuhr, fragte er: ‚Hättest du Lust, zu deiner Mutter nach Hause zu fahren?' Der Junge sprang auf und rief empört: ‚warum verspotten Sie mich, da Sie doch wissen, daß es unmöglich ist.' ‚Aber du sollst fahren, mein Junge', erwiderte der Kommandant, ‚ich werde dir die Hin- und Rückfahrt bezahlen, mit der Bedingung, daß du mir dein Ehrenwort gibst, wieder zu kommen.' Und der Junge reiste nach Schottland, verbrachte drei Wochen bei seiner Mutter bis zu deren Tod und kehrte dann, seinem Worte getreu, nach Deutschland zurück."

Der Verfasser von „Under The Clock" meint, daß „gutverbürgte" Geschichten dieser Art veröffentlicht werden sollten. Es ist aber noch notwendiger, die Grundlage von den Geschichten der anderen Art zu erforschen, denn alle Urteile sind gegen den Feind gerichtet und die allgemeine Stimmung sucht immer wieder neuen Anlaß dafür. . . .

Briefe u. Pakete

Meine folgenden Dokumente beweisen, daß jede Partei der anderen die gleichen Vorwürfe macht. Telegramme vom 22. und 23. Dezember 1914, eingegangen bei der amerikanischen Botschaft in London und in Berlin:

„Bei dem Auswärtigen Amt laufen zahlreiche Klagen aus Deutschland ein, daß Geld- und andere Sendungen für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene ihre Adresse nicht erreichten. Das Departement wird um Nachforschungen gebeten, ob die Sendungen den Gefangenen rechtzeitig und unversehrt zugestellt werden. Bryan, Washington."

Es besteht kein Zweifel darüber, daß viele Briefe und Pakete die deutschen Gefangenen in England nicht erreichten. Lord Robert Cecil hat es offen zugegeben. (Timesbericht 11. März 1915). Ich zweifle trotzdem nicht daran, daß die englischen Behörden ihr bestes getan haben, um die Zustellung zu erleichtern. Auf der anderen Seite wird das Gleiche der Fall gewesen sein, vermute ich. Späterhin werden wir zu einer endgültigen Klarlegung dieser Dinge gelangen. Einen sehr häufig vorkommenden Grund, warum die Pakete in Deutschland nicht ankamen, hat Mr. Jan Malcolm M. P. (Daily Mail 8. November, 1916) sehr überzeugend beschrieben:

„Ich war hierin nicht unerfahren. Ich habe verschiedene Postbureaus in England, der Schweiz und anderwärts besucht und habe die Tausende von Lebensmittelpäckchen gesehen, die für Gefangene in Deutschland bestimmt waren. Sie waren buchstäblich in Stücke gegangen und konnten nicht befördert werden. Es war ein Anblick, um Engel weinen zu machen, wenn man daran dachte, wie viele Opfer in kleinen Familien diese Liebesgaben ermöglicht hatten, um einen Sohn, einen Bruder, einen Geliebten in deutscher Gefangenschaft zu erreichen, jedoch so ungeschickt, wenn auch von liebender Hand verpackt, daß sofort bei der Beförderung Papier und Bindfaden zerrissen und der Inhalt, Brotstücke, zerbrochene Zigaretten, sich in einem unbeschreiblichen Wirrwarr auf den Boden ergossen."

Es wird natürlich leider in jedem Lande Leute geben, die solche Gelegenheit zu gemeinem Diebstahl benutzen. Das haben wir während des Krieges alle erfahren. . . . .

Da es leider nicht wenige gibt, die fähig dazu sind, ihre eigenen Kameraden zu bestehlen, so gibt es wahrscheinlicherweise nicht minder wenige, die es bei den Feinden tun. Die Zustellung der Pakete wurde jedoch auf beiden Seiten mit der Zeit viel geregelter. Die von deutscher Seite darin bewiesene Sorgfalt ist von Kapitän Gilbert Nobbs, der trotz Erduldung unsagbarer Mühsale und trotzdem er die schlimmsten Geschichten gehört hatte, fähig blieb, das Gute anzuerkennen, wärmstens gelobt worden. Die Moral im Kriege kann von den Soldaten besser bewertet werden als von der Zivilbevölkerung. In seinem Buch „Englishman, Kamerad" schreibt Kapitän Nobbs:

„Ich bekam einen außerordentlich guten Eindruck von der ehrlichen und syste-

Digitized by Google

matischen Zustellung unserer Briefe, Pakete und Geldsendungen. Briefe und Karten, die für mich ankamen, nachdem ich schon nach England zurückgeschickt worden war, wurden sorgsam umadressiert und nachgesandt. Eine Geldanweisung von 5 Pfund, die eintraf als ich fort war, wurde mir nach England nachgeschickt, anstatt für das dringende Bedürfnis der Kriegsanleihe verwandt zu werden." (Daily Mail, 25. Januar 1918.) ....

Altdamm

Am 31. Dezember berichtet Mr. Damm an Mr. Gerard über das Lager von Altdamm bei Stettin. Die allgemeine Einrichtung, bemerkt er, ist dieselbe wie in dem Lager von Stargard, über das er schon früher berichtet hat.

„Ich habe den Eindruck gewonnen, daß in beiden Lagern das Bestreben herrscht, die Kriegsgefangenen so menschlich als möglich zu behandeln. Trokkene, warme Unterkunft ist ihnen geboten, die Nahrung ist einfach und vielleicht einförmig, aber gut gekocht und aus guten Bestandteilen. Die sanitären Einrichtungen sind gut und die Gesundheit der Leute wird sorgfältig überwacht."

Gerüchte und Inspektionen

Die deutsche Regierung hatte einer allgemeinen Lagerinspektion noch nicht zugestimmt, und am 23. Februar 1915 beklagte sich Sir Edward Grey bei Mr. Page (amerikanischer Botschafter in London), daß über diese Angelegenheit keine endgültige Antwort zu erhalten sei. „Die Regierung seiner Majestät", schreibt er, „besitzt zur Orientierung nur unoffizielle Berichte und Gerüchte, welche wahrscheinlich die Tatsachen nur unvollkommen wiedergeben." Die „unoffiziellen" Berichte und Gerüchte hatten gleichwohl weiteste Verbreitung gefunden und verbreiteten sich späterhin noch mehr. Am 17. März stimmten die deutschen Behörden einer allgemeinen Inspektion der Kriegsgefangenenlager und Beachtung der Beschwerden zu. Die jetzt anzuführenden Berichte sind zeitlich nach diesem Datum gemacht worden. (Misc. 11, 1915.) Ich beabsichtige, Beispiele von fast allen früheren Berichten zu bringen, denn zu Beginn des Krieges war es höchst schwierig, den Kriegsgefangenen Erleichterung zu verschaffen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die frühesten Berichte unserer eigenen Gefangenenlager, welche von der englischen Regierung veröffentlicht wurden, im Februar 1916 beginnen.*)

Döberitz

Am 31. März berichtet Mr. Jackson über das Lager von Döberitz, ein sehr großes Kriegsgefangenenlager mit 3000—4000 britischen Gefangenen.

„Soweit ich ermitteln konnte, werden englische Soldaten nicht mehr als billig zu harter Arbeit herangezogen ....., soweit ich durch Befragen der Leute ermitteln konnte, war nichts über die Zurückhaltung von eingehender und versandter Post zu erfahren.... Das Lager von Döberitz befindet sich in gesunder Lage und die Baracken sind neu und dauerhaft gebaut.... Sie sind zum mindesten ebenso gut, wie die der Deutschen in der Nachbarschaft. Wie es nicht anders zu erwarten war, hörte man von den Leuten einzelne persönliche Beschwerden, aber keine allgemeinen Klagen, außer was die deutsche Art der Zubereitung des Essens betraf, und *das war das genaue Gegenstück zu den Klagen, die ich von den deutschen Gefangenen in England hörte.*" ....

Drei ungünstige Lager

Am ungünstigsten sind die Berichte Mr. Jackson's über Burg bei Magdeburg, Magdeburg und Halle a. d. Saale. Es waren kleine Offizierslager: Burg hatte 75, Magdeburg 30 und Halle 50 englische Offiziere. In jedem gab es einige Anstände, hauptsächlich ungenügende Durchlüftung, ungenügende Bedienung für die Offiziere und, in den beiden ersteren, die Tatsache, daß die

*) Es ist hier hinzuzufügen, daß das Internationale Rote Kreuz im Januar 1915 die Lager von Hollyport, Dyffry, Dorchester, Southend, Portsmouth und Queensferry besuchte. Das Lager von „The Isle of Man", wo 4600 Zivilgefangene interniert waren, wurde nicht besucht. Anscheinend nahm man an, wenn auch unbegründet, daß die Gefangenen entlassen werden würden. Die Berichte sind, soweit sie gehen, zufriedenstellend. Die Delegierten sind der Ansicht, daß die Gefangenen, besonders die Militärgefangenen, gut behandelt werden. Die Nahrung wird gleichwohl in den Lagern von Portsmouth (beides für Militär- und Zivilgefangene) und in Queensferry (Zivilgefangene) ziemlich abfällig beurteilt. Die ewige Suppe, die anscheinend in allen Ländern das Schicksal der Kriegsgefangenen war, war natürlich entsetzlich einförmig. Die getrockneten Fische usw. der späteren Zeit waren vielleicht noch unerträglicher.

Digitized by Google

Wohnräume für alle Zwecke dienten, daß kein besonderer Raum zur Erholung vorhanden war. Ein Unterschied gegen die englischen Lager scheint jedoch nicht bestanden zu haben.

Göttingen

Dr. Page berichtet selbst über Göttingen, wo ungefähr 6000 Gefangene untergebracht waren.

„Der Lagerkommandant, Oberst Bogen, hat sein Möglichstes getan, um dieses Lager vorbildlich zu gestalten, er hat große Arbeit geleistet. Die einzige Klage galt dem Essen, dessen Menge allerdings vom Kommandanten nicht bestimmt werden konnte, der auf eine tägliche Aufwendung von 60 Pfennig festgelegt war. Alles war in schönster Ordnung. Die Dampfwäscherei und Trockenräume für die Wäsche sind vorzüglich. Die Bäder mit kalten und heißen Duschen, die Aborte usw. sind in sehr gutem Zustande und hygienisch eingerichtet. Das Lager besitzt fließendes Wasser und Elektrizität. Ein französischer Rechtsanwalt von Arras, namens Leon Paillet, der im französischen Roten Kreuz tätig war und durch irgendwelchen Umstand gefangen wurde, hat sich um die Einrichtung von Leihbibliotheken usw. verdient gemacht.

Ich kann auch zu meiner Freude berichten, daß die Professoren und Pastoren der Stadt Göttingen großes Interesse an dem Lager nahmen. Professor Stange hat viel für das Schicksal der Gefangenen getan. Das Y. M. C. A.*) Haus, das den Bemühungen des Mr. AC. Harte zu verdanken ist, welcher seit einer Reihe von Jahren in den Y. M. C. A. in Indien gearbeitet hat, wird eine große Erleichterung für die Kriegsgefangenen sein. Bei den Eröffnungsfeierlichkeiten wurden Reden gehalten von Oberst Bogen, Mr. Harte und Professor Stange. Die Reden wurden nachher ins Englische und ins Französische für die Gefangenen übersetzt. Es folgten kurze Ansprachen von englischen, französischen und belgischen Gefangenen. Darauf musikalische Aufführungen des Lagerorchesters, des Lagersängerchors und Rezitationen von verschiedenen Gefangenen." . . . .

Lazarette in Köln

Dr. Mitchelson besuchte im April 1915 in Köln die drei Lazarette, in welchen verwundete britische Soldaten lagen. Er berichtet wie folgt:

„Diese Einrichtungen sind so typisch für große, moderne und gutgeordnete Lazarette, daß über ihren Betrieb und die Verwaltung wenig zu sagen ist. Sie sind mit allen technischen und medizinischen Mitteln für Chirurgie im großen Stil ausgerüstet und entsprechen allen Bedürfnissen in bezug sanitärer Bequemlichkeit, Pflege der Kranken und werden in wissenschaftlicher, professioneller und humaner Weise entsprechend verwaltet. Die Namen der dortigen 49 verwundeten englischen Soldaten sind hier angeführt. Ich sprach mit jedem von ihnen persönlich und mit einzelnen hatte ich Gelegenheit, allein, ohne Zuhörer, zu sprechen. Mit einer einzigen Ausnahme hatte kein englisch sprechender Gefangener irgendeine Klage zu führen und eine ganze Anzahl von ihnen drückten ihre Anerkennung über die ihnen zuteil werdende Pflege und Aufmerksamkeit in wärmster Weise aus. Der physische Zustand der indischen Truppen ist besonders gut. Von 1000 Verwundeten, die im Lazarett Nr. VI verpflegt werden, starben nur 21 und in anderen Lazaretten ist die Sterbeziffer entsprechend niedrig. Die angestellten Aerzte sehen die Durchschnittszahl der Todesfälle, in Anbetracht der schweren Verwundungen, als bemerkenswert niedrig an. Zum Schlusse möchte ich bemerken, daß kein Unterschied unter den Kranken gemacht wird und daß einige Franzosen, mit denen ich sprach, ebenfalls ihre Anerkennung äußerten über die erhaltene Pflege und Sorgfalt."

Krefeld

In Krefeld besuchte Mr. Mitchelson das Lager für gefangene Offiziere:

„137 waren Engländer. Der Gesamtbericht des Kommandanten wurde später, unabhängig, von einem internierten, englischen Militärarzt, Kapitän Benjamin Johnson, bestätigt. Er sagte: ‚daß er als Arzt keine Klagen zu führen hätte und auch keine Vorschläge zur Besserung machen könne'. Er beklagte sich nur darüber, daß er als Gefangener gehalten wurde. Der Kommandant, der deutsche Militärarzt und ich sind jedoch ebenfalls der Ansicht, daß die Anwesenheit eines britischen Militärarztes in den Baracken wünschenswert sei. Das Bad, das ich sah, umfaßt eine Fläche von 1500 Quadratfuß; die Hälfte davon mit einigen zwanzig Duschen, in der Mitte der Ablauf. In

*) Young Men Christian Association — man gestattete also diesem englischen Verein, im Göttinger Kriegsgefangenenlager ein Haus einzurichten.

Digitized by Google

der anderen Hälfte befinden sich Porzellanbadewannen, und in der Mitte ist ein großer Ofen. Kaltes und heißes Wasser ist immer zu haben. Die britischen Offiziere sprachen ganz begeistert von diesem Baderaum. Was die Schlaf-, Waschräume und Latrinen anbetrifft, so entspricht ihre Einrichtung den allgemeinen deutschen Lagerbestimmungen. Ich sah mir eine ganze Menge von Schlafräumen an und fand nirgends Ueberfüllung, Unreinheit, ungenügende Wärme oder ungenügendes Licht. Die Ordonnanzen sind in verschiedenen Abteilungen in einem der Ställe untergebracht und auch für sie werden die allgemeinen deutschen Lagerregeln angewandt. Ihre Unterkunft machte einen ganz behaglichen und reinen Eindruck, und zwei oder drei von ihnen, mit denen ich sprach, sagten, sie hätten sich über nichts zu beklagen und seien zufrieden, in der Nähe ihrer Offiziere interniert zu sein. Ich besuchte ein anderes, von den übrigen abgeteiltes Gebäude, ebenfalls ein Stall, in welchem deutsche Soldaten untergebracht waren, und fand, daß Versorgung und Einrichtung um nichts besser waren, als bei den Ordonnanzen. Der Vergleich fiel sogar zugunsten der englischen Ordonnanzen aus, weil diese geringer an Zahl sind und nicht so gedrängt wie die deutschen Soldaten leben. Wenn auch keine Vorschriften über körperliche Uebungen bestehen, so ist doch auf dem mittleren Platz Raum genug für Rasenspiele aller Art und Spaziergänge. Keine angemessene Art der körperlichen Bewegung, Zerstreuung oder Vergnügen wird dem Internierten versagt und die Möglichkeit, sich innerhalb des Lagers Zerstreuung zu verschaffen, steht ihnen im weitesten Maße zu Gebote. Rauchen ist jederzeit erlaubt. Unaufhörlich hört man englische, französische und russische Lieder. Ein französischer Offizier hat die Wände seines Zimmers mit harmlosen Karikaturen bedeckt. Als ich mich bei dem Kommandanten erkundigte, ob es nicht möglich sei, den Leuten zu gestatten, sich unter Bedeckung außerhalb des Lagers zu bewegen, erwiderte er mir, daß die Baracken zu nahe an der Grenze gelegen seien und erwähnte, daß es einem englischen Offizier gelungen sei, zu fliehen und die Grenze zu erreichen.

Das Essen wird den Offizieren zum Preise von 2 ℳ täglich geliefert. Dieser Preis verschlingt den ganzen Sold eines Leutnants. Der Uebelstand wurde von dem Kommandanten anerkannt. Aber keiner der Offiziere wünschte eine Aenderung, wenn eine solche die Qualität, Quantität und Abwechslung der Speisen beeinträchtigen würde. Sie stimmten alle darin überein, daß die Nahrung, den Umständen entsprechend, vollständig befriedigend und der Preis nicht zu hoch sei. Der Offizier sagte mir, daß die Briefe und Pakete mit lobenswerter Schnelligkeit abgeliefert werden und der Kommandant sich sehr entgegenkommend zeige, wenn aus irgendwelchem Grunde einer der Offiziere gezwungen ist, mehr als zwei Briefe im Monat zu schreiben." ....

Dr. Jackson berichtet über die vier ersten Lager: Güstrow, Münster (Lager) Soltau, Scheuen Schloß Celle

„Das Lager von Güstrow (Mecklenburg) enthält 6000 Gefangene, darunter 300 Engländer. Es liegt in einem Fichtenwald. Es sind neugebaute, hölzerne Baracken, elektrisch beleuchtet und beheizt. Die Bade- und Waschgelegenheiten sind gut und der Postdienst gut organisiert. Bekleidung wird auf Wunsch geliefert.

Es gibt verschiedene Werkstätten, und die meisten der Leute, die ein Handwerk verstehen, finden Beschäftigung und können etwas Geld verdienen.

Die meisten englischen Soldaten erzählten, daß sie gleich nach ihrer Gefangennahme schlecht behandelt worden seien — zu Beginn des Krieges und auf ihrer Reise nach Deutschland — und einige sprachen auch von schlechter Behandlung im Lager. Die anderen aber gestanden offen, daß alle diejenigen, die, seitdem sie im Lager waren, schlecht behandelt worden waren, es durch irgend etwas verdient hatten. Sie stimmten alle darin überein, daß ihre jetzige Behandlung gut sei und auch mit Engländern kein Unterschied gemacht würde. Britische Soldaten brauchen nie mehr als einen gerechten Anteil der schmutzigen Lagerarbeit zu leisten. Ein Teil der Russen verrichtet freiwillig die Latrinenarbeit gegen eine kleine Belohnung. Die Stimmung unter den britischen Gefangenen schien gut zu sein."

Der Bericht über Münster ist fast gleichlautend: „Gut gebaute Baracken, gute Badeeinrichtungen und gut gehaltene Lazarette." Bezeichnend für die Nervenüberreizung ist folgendes: „Die Beziehungen zwischen den Engländern und Belgiern sind freundschaftliche. Erstere nahmen an der kürzlich abgehal-

Digitized by Google

tenen Feier zu Ehren des Geburtstages von König Albert teil, während die Franzosen es ablehnten."

„In Soltau befinden sich 30,000 Gefangene (hauptsächlich Belgier und 400 Engländer). Die deutsche Kontrolle ist hier im weitgehendsten Maße ausgeschaltet, doch scheint das keine sehr guten Resultate gegeben zu haben.

In diesem Lager sind weniger deutsche diensthabende Soldaten als anderswo und die Verwaltung liegt tatsächlich in den Händen der Belgier. Sie haben Vorlesungen eingerichtet (von belgischen Professoren), haben eine katholische Kirche, Theater, Orchester und Chor. Die Engländer beklagten sich darüber, daß Parteilichkeit gegen sie herrsche (anscheinend geht diese mehr von den Belgiern aus, als von den Deutschen), daß sie an der Verwaltung nicht teilnehmen können und auch nicht in der Küche und bei der Post vertreten seien. Sie beklagten sich über das Essen, die Postzustellung und sagten, daß die Belgier ihnen nicht gestatteten, an den Fußballspielen teilzunehmen usw. Sie sagten auch, da sie mehr als gerecht schwere Arbeit bei den Latrinen zu leisten hätten. Alle diese Klagen wurden zur Kenntnis des diensthabenden Offiziers gebracht. Er versprach, ihnen von nun an nachzugehen, da bisher anscheinend wenig Aufmerksamkeit darauf verwandt worden sei, so lange das Lager ruhig blieb."

In Scheuen bei Celle herrschten ähnliche Schwierigkeiten. Von 9000 Gefangenen waren 118 Engländer.

„Die englischen Unteroffiziere mustern ihre Leute und üben über sie eine gewisse allgemeine Kontrolle aus, aber die französischen und die belgischen U.-O. haben die Aufsicht über die Baracken und bestimmen die Leute, welche die schwere Arbeit zu verrichten haben. Die Folge davon ist, daß englische Soldaten häufiger als die anderer Nationalitäten dazu kommandiert werden. Als ich mit dem Kommandanten darüber sprach, versprach er sogleich, für eine gerechtere Arbeitsverteilung Sorge tragen zu wollen. Sonst beklagten sich die Leute über keine Parteilichkeit gegen sie."

Zueder-Zollhaus Wahn

Der Bericht, der in der Misc. Nr. 14, 1915, erschien, bringt die Fortsetzung der Inspektionen bis Mitte Mai. Es ist kaum nötig, die weiteren Berichte ausführlich wiederzugeben, da fortwährend an Verbesserungen in den Kriegsgefangenenlagern gearbeitet wurde. Es folgen Berichte von 15 Kriegsgefangenenlagern. Zwei von diesen Berichten (über das Arbeitslager bei Zueder-Zollhaus und Wahn) klingen ungünstig, 13 günstig. In Zueder-Zollhaus waren 2000 Gefangene, darunter 479 Engländer. Das Lager sollte Kriegsgefangenen dienen, die Landarbeit verrichten. „Es wurde mir gesagt," schreibt Dr. Ohnesorg, „daß dieses Lager nur während der Sommermonate benutzt werden sollte. Der Inspektor findet die Lazaretteinrichtung ‚sehr unvollkommen'. Die 30 dort befindlichen Kranken hätten natürlich auch wo anders hingebracht werden können. Frühstück war, in Anbetracht der zu leistenden Morgenarbeit, ungenügend. Es bestand aus Suppe oder Kaffee mit 300 Gr. Brot. Verbesserungen schienen hier dringend nötig." Dr. Ohnesorg sagte gleichwohl: „Alle (englischen) Gefangenen schienen in gutem Gesundheitszustand. Die Arbeit ist nicht schwer und die Leute überanstrengen sich sicher nicht. . . . Sie teilten mir mit, daß die Behandlung gut sei, daß sie nicht überanstrengt würden und das einzige, was sie verlangten, war eigentlich nur ein kräftigeres Frühstück." In Wahn wurde auch über das Essen geklagt, das Schlimmste war, daß der Kommandant mit den Engländern auf schlechtem Fuße stand.

Blankenburg

Ueber das Offizierslager bei Blankenburg schreibt Mr. Jackson:

„Das Haus ist ebenso gut eingerichtet, wie alle Offizierslager, die ich in England sah . . . . Umgeben ist es von guten und hübsch gehaltenen Rasenflächen, auf denen ein Tennisplatz angelegt wurde. Sie haben mehrere bescheiden eingerichtete Offiziersmessen, Unterhaltungsräume und eine Terrasse, wo nachmittags Tee getrunken wurde. . . . Der Kommandant zeigt Liebe für seine Arbeit und tut augenscheinlich alles, was er kann, um die Verhältnisse angenehm zu gestalten." In Blankenburg waren 110 Offiziere, davon 9 Engländer. . . . .

Allgemeine Betrachtungen von Dr. Ohnesorg

Dr. Ohnesorg fügt den Berichten noch einige allgemeine Betrachtungen hinzu. In den folgenden Wiedergaben habe ich die abfällige Kritik nicht verschwiegen:

Digitized by Google

„Im allgemeinen ist die ihnen zuteil werdende Behandlung gut. Es kommen häufig Beschwerden über das Essen vor, weniger was die Qualität betrifft, als die zu geringe Menge und die Eintönigkeit. Jedoch schienen die Gefangenen alle bei guter Gesundheit und sahen gut genährt aus. Hinzugefügt sind die wöchentlichen Speisezettel. Ich hatte in den verschiedenen Lagern Gelegenheit, entweder das Mittag- oder das Abendessen zu versuchen. Ich fand die Kost schmackhaft und meiner Meinung nach nahrhaft. Wenn man in Betracht zieht, daß die Leute keinerlei schwere körperliche Arbeiten zu verrichten haben, so schien die Nahrung dementsprechend genügend. Jeder Mann erhielt pro Mahlzeit eine sich auf ungefähr 1½ Liter belaufende Nahrungsmenge. Die Behandlung der Kranken und Verwundeten ist vorzüglich. Es werden ihnen alle Erleichterungen in bezug auf Medikamente und Pflege geboten und wer es benötigt, erhält eine besondere Krankenkost. Der Küchenzettel ist angefügt. Nahrung, Betrieb usw. sind die gleichen, wie in den deutschen Militärlazaretten. Ich fand, daß zwischen den verschiedenen Nationalitäten kein Unterschied gemacht wurde. Mit Ausnahme von Limburg sind die englischen Gefangenen zusammen mit Russen, Franzosen und Belgiern untergebracht, was für die Engländer eine Quelle häufiger Klagen ist, besonders wenn sie unter der direkten Aufsicht der Unteroffiziere fremder Nationalität stehen. Sie beklagten sich, daß die verschiedenen Arbeiten, die Aufsicht über das Lager, nicht gerecht verteilt werden. Von den Behörden wird jede nötige Vorsicht angewandt, um die Verbreitung von Krankheiten zu verhindern. Alle Gefangenen werden gegen Pocken, Typhus und Cholera geimpft. Die Vorsichtsmaßregeln gegen Verbreitung der Ansteckungsgefahr sind im ganzen Lager angeschlagen und die Leute werden auf die Wichtigkeit persönlicher Reinlichkeit in eindrucksvoller Weise hingewiesen. Bäder sind obligatorisch. Jeder Mann erhält wöchentlich ein Brausebad. Die Wasserversorgung ist gut, meist aus der städtischen Wasserleitung; wo dies nicht der Fall ist, ist für artesische Brunnen gesorgt. Im ganzen Lager sind Wasserleitungen angebracht und der Wasserverbrauch ist unbeschränkt.

Die Leute sind meist gut gekleidet, wenn auch nicht alle in ihrer Uniform. Einige tragen französische Uniformen, andere zusammengewürfelte russische, französische und britische. In manchen Lagern werden die Gefangenen für die Landarbeit ausgeliehen. Sie arbeiten in den umliegenden Gehöften oder auch in verschiedenen Fabriken. Das hängt jedoch ganz von dem freien Willen der Gefangenen ab und meist sind es Franzosen, die sich für diese Arbeit melden. Kein britischer Freiwilliger. Diese Leute werden von einer Wache begleitet und ihre Arbeitgeber beherbergen und beköstigen sie. Sie erhalten 30 Pfennig am Tage. Es melden sich zu dieser Arbeit mehr Freiwillige als nötig, da sie eine angenehme Unterbrechung des einförmigen Gefangenenlebens ist."

Neue Vorschriften

Am 24. April 1915 erließ das preußische Kriegsministerium neue Vorschriften für die Kriegsgefangenenlager. Sie zeugen von größter Gründlichkeit und Umsicht. Ich fürchte jedoch, daß sich der Durchschnittsengländer nie von ihren guten Absichten überzeugen lassen wird, ebensowenig, wie der Durchschnittsdeutsche Vertrauen zu den guten Absichten der englischen Regierung fassen könnte. Ich bringe hier die Vorschrift Nr. 2, da sie mir von allgemeinem Interesse scheint:

„Die Selbstverwaltung der Lebensmittel ist Vorschrift für Zivil- und Militärgefangenenlager. Dieses System hatte sich als besser erwiesen, als die Versorgung durch Lieferanten. Fast alle Klagen stammen aus den Lagern, wo die Lieferanten die Versorgung in der Hand haben."

In Ohrdruf äußerte eine Anzahl von Leuten, die im Lazarett von Weimar verpflegt worden waren, ihre größte Anerkennung über die Behandlung durch die deutschen Aerzte und das Pflegepersonal . . . Einige Engländer beklagten sich (ebenso wie in Erfurt), daß sie von den französischen Unteroffizieren häufiger als die anderen zur Arbeit herangezogen würden. Sie äußerten im übrigen keine anderen Klagen über Parteilichkeit". Der Engländer liebt Suppe nicht, „doch machten sie ohne Ausnahme einen gesunden und frischen Eindruck".

Mr. Gerards Kommentare

„Die Nahrungsfrage," schreibt Mr. Gerard, (amerikanischer Botschafter in Berlin) „ist in einem Lande, wo die ganze Bevölkerung rationiert ist,

Digitized by Google

natürlich eine schwierige. Die meisten in England umlaufenden Gerüchte sind unbegründet und sehr übertrieben .... Kein englischer Gefangener in Deutschland benötigt Kleidung. Es ist mir gerade zu Ohren gekommen, daß englische Gefangene in Zossen, denen wir Kleider, Schuhe usw., geschickt hatten, dieselben an französische Gefangene verkauft haben und nun neuen Vorrat verlangen."

Münden, Friedberg, Torgau, Merseburg

Dreizehn britische Gefangene in Hannövrisch-Minden sagten aus, „daß sie keinerlei Parteilichkeit ausgesetzt seien ..... Sie schienen alle guter Stimmung." In Friedberg waren 13 englische Offiziere. „Der Kommandant lenkte meine besondere Aufmerksamkeit auf die Reihe der kleinen Gärtchen, welche von den Internierten angelegt und gepflegt werden. Er äußerte sich darüber besonders befriedigt. Er sagte mir auch, er würde den Offizieren gestatten, Hunde zu halten, fürchtete jedoch, daß das nicht möglich sei..... Die Offizierszimmer sind mit allem Notwendigen ausgestattet ... Die beiden Eßzimmer und auch die anderen Räume würden jedem erstklassigen Hotel oder Klub Ehre machen." In Torgau „sprach der Kommandant mit der größten Anerkennung von den englischen Offizieren." In Merseburg „sind neue Nahrungsvorschriften in Kraft getreten..... Ich hörte keine Klagen über das Essen und die Leute machten einen gesunden Eindruck."

Ein billiges englisches Blaubuch

Am 14. Mai 1915 schrieb Viscount (damals Sir Edward) Grey an Mr. Page (amerikanischer Botschafter in London) und erwähnte, daß die englische Regierung „mit Genugtuung vernommen habe, daß auf Seiten der deutschen Behörden die Neigung bestehe, Vorschläge zur Verbesserung der Kriegsgefangenenverhältnisse anzunehmen."

Diese Worte ließen die Entwicklung eines versöhnlichen Geistes erhoffen und die Erkenntnis dessen, daß „es lohnender ist im Guten zu verhandeln, als mit Schärfe vorzugehen." Das Penny-Blaubuch, das bald darauf erschien und über die Behandlung der Gefangenen berichtete, war diesen Hoffnungen nicht günstig. In Bezug auf Deutschland enthielt es die veröffentlichten, fast ausschließlich unoffiziellen „Auskünfte und Gerüchte", welche, wie Sir Edward Grey im Februar 1915 äußerte „wahrscheinlich die Tatsachen nur unvollkommen wiedergeben." Das Resultat ist nicht glücklich. Der Inhalt des Blaubuches ist nach dem Titel auf „Die ersten acht Monate des Krieges" beschränkt und behandelt ausschließlich die Beschuldigungen, die vor Ende des Jahres 1914 gemacht wurden, als, wie man weiß, überall die größte Unordnung herrschte. Das künstliche Bestreben, die Aussagen ins rechte Licht zu setzen, erinnert zu sehr an das Verfahren eines Advokaten, der darauf aus ist, den größtmöglichen Effekt zu erzielen. So lesen wir z. B. auf Seite 6: „Der amerikanische Konsul in Berlin hörte am 16. Oktober, daß Mitteilungen über die Behandlung der Unteroffiziere und Mannschaften der englischen Armee, die sich als Kriegsgefangene in den anderen Lagern befinden, in Torgau begierig erwartet werden. ‚An der ganzen Front hört man Gerüchte, daß sie obdachlos sind, hungern und schlecht behandelt werden.'" Wenn wir die Misc. Nr. 7 1915 damit vergleichen, so finden wir, daß *diese letzteren Worte nicht von dem amerikanischen Generalkonsul*, sondern von einem internierten Offizier in Torgau stammen. Der amerikanische Botschafter Mr. Gerard schreibt: „Es ist zu bemerken, daß, wenn auch die englischen Offiziere in Torgau aussagen, daß sie von Fällen schlechterer Behandlung und Nahrung englischer Gefangener in anderen Lagern gehört haben, die Botschaft keinen Grund hat, anzunehmen, daß dies auf Wahrheit beruhe." *Diese Aeußerung ist in dem Penny-Blaubuch ausgelassen.*

Um dem Publikum einen Einblick in das Lager von Döberitz zu geben, werden später Auszüge aus einem Artikel eines ungenannten amerikanischen Journalisten gegeben. Ein früherer offizieller Bericht wird aufgeführt, der einen ganz anderen Eindruck ergibt. Jedoch wird er im Blaubuch erst auf Seite 18 angeführt, sodaß der Widerspruch sich nur bei sehr genauer Prüfung ergibt. Auf den Buchdeckeln der beiden Exemplare des Blaubuches, welche ich besitze, ist eine Liste von ausländischen offiziellen Berichten gegeben. Darunter (siehe Seite 9 und 10) Misc. Nr. 11, 1915, welche zwei amerikanische Berichte über Döberitz enthält. Der eine davon ist der von Mr. Jackson, der andere der von Lithgow Osborne, beide ausschließlich günstig. Der Inhalt des Blaubuches deutet das Vorhandensein dieser Artikel in keiner Weise an. Was die englischen Lager betrifft, so ist die einzige angeführte Aussage der Bericht des

Digitized by Google

Mr. Chandler Hale von der amerikanischen Botschaft, nach dem Aufruhr von Douglas im November 1914.

Ich bin mir völlig bewußt, daß die Leiden der Kriegsgefangenen, wie der Soldaten im Felde, in einem offiziellen Bericht nicht entsprechend wiedergegeben werden können. Aber die Sichtung der wohlmeinenden und menschlichen Zeugnisse, ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe und es sollte selbstverständlich sein, daß wir uns nicht auf offizielle Zeugnisse berufen, um uns selbst zu verteidigen, während wir Gerüchte und unoffizielle Berichte zur Belastung der Feinde benutzen.

Es gibt so viele Kriegsgefangenenlager in Deutschland und der individuelle Charakter eines jeden hängt zum größten Teil von der Persönlichkeit und den Absichten des Kommandanten ab. Durch unglückliche Wahl der Persönlichkeit, durch einen einzigen Federzug kann ein Mann an eine Stelle kommen, wo er das Leben der ihm Unterstellten so unerträglich macht, wie es nur durch unbeschränkte Gewalt sein kann.

In dieser Beziehung sind die Worte Lord Newtons im Oberhaus am 31. Juli 1917 bemerkenswert. Ein Eindruck, den er von der Unterredung mit dem deutschen Delegierten im Haag hatte, war „daß trotz der deutschen Begabung für Organisation die Berliner Generalinspektion keine genauen Kenntnisse von den Vorgängen hatte. Da die Deutschen dreißigmal so viel Gefangene hatten als wir, so ist es nicht zu verwundern, daß sie nicht alles wissen, was bei ihnen vorgeht." (Daily News, 1. August 1917.) . . . .

Die Nahrungsfrage

Die bereits angeführten Berichte beweisen, daß ganz gleichartige Klagen von beiden Seiten gemacht wurden. Es ist ebenfalls ersichtlich, daß die Klagen über diese Dinge nicht allgemein waren. Ich nehme keineswegs an, daß die Nahrung im allgemeinen befriedigend oder nicht schrecklich einförmig ist. Appetitlosigkeit, Depression und Verdauungsstörungen verursachen in vielen Fällen ernsthafte Beschwerden. Alles dieses kommt vor, ohne daß dem eine überlegte Absicht der Aushungerung zugrunde liegt. Englische Frauen von internierten Deutschen haben sich auch vor der Rationierung über den Mangel, den ihre Männer litten, sehr bitter ausgesprochen. Ein anti-englisch gesinnter Journalist hätte solche Klagen benutzen können, um uns der Aushungerungsabsichten zu beschuldigen. Aber auch vollständig aufrichtige Klagen beweisen nur Einförmigkeit und als Folge davon Verlust der Kräfte sowie körperliche und geistige Leiden. Die Tragik solcher Dinge kann in der Tat sehr trübe sein. Mit absichtlicher Aushungerung hat dies nichts zu tun. Wenn man beide Teile vergleicht, so ist es nur billig, die besonderen Schwierigkeiten, mit denen man in Deutschland zu kämpfen hat, in Betracht zu ziehen. Im August 1915 betrug die Zahl der Kriegsgefangenen in Deutschland wahrscheinlich über eine Million. Während England und die Alliierten Deutschland blockierten, wuchs die starke Belastung der deutschen Nahrungsmittelvorräte mit der Zahl der Gefangenen. Ende 1917 hatte dieses ausgehungerte Land wahrscheinlich eine Ueberbevölkerung von zwei Millionen zu ernähren. Vor langer Zeit hat die französische Presse dieses als ein Mittel angegeben, um Deutschland auszuhungern; während auf einer amerikanischen Zeichnung die russischen Gefangenen als ein riesiges Tier dargestellt sind, das seinen Kopf in einen Speiseschrank steckt, mit der Ueberschrift „Deutsche Lebensmittelzufuhr". Diese Bemerkungen sind an die Gutgesinnten gerichtet und sie sollen daran erinnert sein, daß, sobald bei uns eine Nahrungsmittelknappheit drohte, eine Lebensmittelrevision der Gefangenenrationen, wie man sich offiziell ausdrückte, stattfand. Die Gefangenen haben es in ihrer Sprechweise wahrscheinlich anders ausgedrückt. Wir können uns daher kaum wundern, wenn die Gattinnen der Gefangenen sich darüber in bitteren und in traurigen Worten äußerten.

Daß Gefangene gleichwohl selbst zuweilen fähig sind, die Schwierigkeiten anzuerkennen, beweist ein Auszug aus der Daily News, der das Interview eines in die Heimat zurückgekehrten Korporals aus Münster wiedergibt. Dieser hatte sich über die Tatsache ausgelassen, daß viele der Leute mehr Päckchen erhielten als sie brauchen konnten, während andere nichts bekamen. Er sagte:

„Sehen Sie, ohne regelmäßige Sendungen von zu Hause könnte man in einem Lager wie Münster Hungers sterben. Wenn die Deutschen Lebensmittel gehabt hätten, hätten sie uns mehr gegeben, aber sie hatten nichts, sie

Digitized by Google

hungerten selbst. Alles, was wir erhielten, war Brot, Wasser und eine sehr dünne Suppe. Die Folge davon war, daß manche Leute bei ihren Kameraden betteln mußten, nur um sich aufrecht zu erhalten, aber meiner Erfahrung nach, tut es den Leuten nicht gut, daß Einige so viel erhalten und Andere nichts. Einige geizige Burschen stapeln alles auf für den Notfall. Sie sammelten einen ganzen Vorrat an, Andre freigebigere verkauften ihren Ueberfluß den Notleidenden und verspielten ihren Gewinn. Arme Teufel! Man kann sie dafür nicht tadeln."

Das Wort „Aushungern" ist so häufig gebraucht worden. Die Bemerkungen Lord Newtons im Oberhaus am 31. Mai 1916 sind in diesem Zusammenhang bemerkenswert:

[Bereits erwähnt in unserer „Gegenrechnung" (Juniheft 1921 der Süddeutschen Monatshefte). D. Schriftleitung.]

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Nervenanspannung und Einförmigkeit die Kritik in der Nahrungsfrage verschärften. Hier ist ein Auszug aus Mr. Jackions Bericht über das Senne-Lager (11. September 1915):

„Man hörte wie gewöhnlich Klagen über das Essen. Ich traf gerade nach der Mittagsmahlzeit im Lager ein und während einige Leute behaupteten, daß das Fleisch sehr schlecht gewesen wäre und sie gewünscht hätten, daß ich es versuche, sagten die Anderen, daß es besonders gut gewesen wäre, weil die Offiziere von meinem Besuch in Kenntnis gesetzt worden wären. Keiner von ihnen wußte, daß ich in Wahrheit einen Teller Suppe gekostet hatte, daß ich sie nahrhaft und schmackhaft gefunden und daß mein Besuch im Lager nicht gemeldet war. Das Tagesmenu war schon anfangs der Woche zusammengestellt worden und konnte durch meinen Besuch nicht geändert werden. Ich aß einen Teller Suppe, der übrig geblieben war, nachdem die Leute ihren Anteil bekommen hatten." (Misc. Nr. 19, Seite 41, 1915.) . . . .

Es wird zu allen Zeiten schwierig sein, dem Geschmack der verschiedenen Nationalitäten gerecht zu werden. Im Kriege ist es unmöglich. Professor Stange berichtet, wie die Hauswirtin einiger russischer Gefangener dieselben mit einer Fleischmahlzeit ganz besonders gut bewirten wollte. Das Resultat war aber weniger zufriedenstellend, als wenn es ein guter Teller Suppe gewesen wäre, und die Russen bemerkten dazu: „Mutter gut, Essen schlecht." („Das Gefangenenlager in Göttingen", Seite 9.)

Englische Berichte

Eine sehr wichtige und verantwortungsvolle Aussage wurde von dem **Kaplan Benjamin O'Rorke M.A.** in seinem kleinen Buch „In der Hand der Feinde" gemacht. Ich empfehle dieses Buch allen denjenigen, welche Verlangen nach den zuverlässigen Aussagen eines Landsmanns haben, der tatsächliche Erfahrungen in einer großen Anzahl deutscher Kriegsgefangenenlager während des Krieges gesammelt hat. Da er im August 1914 gefangen wurde, stammt seine Erfahrung aus der Zeit, ehe in allen Ländern Verbesserungen vorgenommen wurden. Es werden schlimme Sachen mitgeteilt; z. B. die empörende Roheit einer Ordonnanz, die müßig zusah, wie ein verwundeter Offizier sich bemühte, seine Stiefelschnüre zu binden, ohne ihm zu helfen. Wir lesen von soldatischer Aufschneiderei, Gemeinheiten, Elend, Heimweh, Mut, aber nichts von Vorkommnissen, wie manche Journalisten sie hervorheben. Wir müssen eingedenk sein, daß ein neutraler Berichterstatter den deutschen Blättern den wunderbaren Bericht über den panischen Schrecken und die Vorschriften in London während der Zeppelinangriffe schickte. In Kaplan O'Rorkes Erinnerungen finden wir eine ganze Anzahl „Züge der Kameradschaftlichkeit". Auch die unerfreulichen können uns da, wo sie uns beweisen, daß die Fehler der Feinde auch bei uns zu finden sind, von Nutzen sein. Die Gefangenen wurden von Lanrecies nach Deutschland transportiert.

Leichtgläubigkeit im Haß

In Aachen waren wir die Veranlassung einer feindlichen Demonstration. Es traf sich, daß ein deutscher Truppentransport zu gleicher Zeit wie wir im Bahnhof stand. Ein Soldat unserer Bedeckung wies ein englisches Soldatenmesser vor. Er hielt es mit der Spitze nach oben und behauptete, daß mit diesem mörderischen Instrument die britischen Militärärzte den deutschen Verwundeten die Augen auszustechen pflegten und wies mit dem Messer auf einige englische Militärärzte, die im Zug saßen, wie um zu sagen: ‚Das sind auch einige der Schuldigen'." Es ist nicht zu verwundern, daß die unsagbar schlecht unterrichteten Soldaten, bereit, alles Ueble von den verhaßten Engländern zu glauben, wie die Bluthunde an der Kette tobten.

Digitized by Google

„Heraus mit ihnen,' sagte ihr wütender Oberst und wies mit dem Daumen über die Schulter zum Wagen, wo die blutdürstigen englischen Offiziere saßen. Der Oberst wartete jedoch nicht ab, seinen Befehl ausgeführt zu sehen, und ein deutscher Unteroffizier redete den Leuten gut zu, ihre Wagen aufzusuchen und uns in Ruhe zu lassen. Das einzige, was uns gleich Dolchen traf, waren die Blicke einiger Priester, Weiber und Knaben, welche sprachlos vor Entrüstung schienen, daß sich auch ein Geistlicher unter diesen verruchten Leuten befand."

Ich habe diesen Ausschnitt angeführt, da ich nicht im mindesten die Absicht habe, das Bild der Lage nur in rosigen Farben zu schildern. Die menschliche Natur ist überall die gleiche, und wenn die Leidenschaft einmal erregt ist, so traut sie gern den Gegnern das Allerschlimmste zu. In dieser Mitteilung wundert mich jedoch eines und das ist der Befehl des Obersten. Wenn dieser Offizier wirklich Oberst war, wie konnte der Subalterne es wagen, seinen Befehl zu widerrufen? Sollte hier nicht ein Irrtum über den Rang des Betreffenden vorliegen oder der ärgerliche Ausruf mißverstanden sein?

Torgau

Die Bevölkerung nannte die Leute Schweine in verschiedenen Variationen. Es ist leider genau dasselbe, was die Leute bei uns zu Lande getan haben. „Der Lagerkommandant von Torgau ist ein preußischer Reserveoffizier mit einem langen, dicken Schnurrbart. Die anderen Gefangenen teilten uns mit, daß er in jeder Hinsicht höflich und rücksichtsvoll sei und daß, wenn wir ihn sofort begrüßten, so oft wir ihm begegneten, wir ihn so anständig finden würden, wie man es vernünftigerweise erwarten könnte." Und später: „Allgemeines Bedauern herrschte, als der erste Kommandant seine Stellung aufgab."

Hunde

In England hat man vieles über die Verwendung von Hunden in den Lagern geschrieben.

Folgendes entnehme ich dem Bericht (Seite 41) von Mr. O'Rorke:

„Mit der Zeit nehmen wir immer mehr an Zahl zu, bis zu 230 englische Offizieren; 800 französische Offiziere aus Maubeuge kamen dazu, darunter 4 Generäle. Von den Letzteren war einer im Jahre 1870 Gefangener in Torgau gewesen und hatte es fertig gebracht„ zu entfliehen. Die Behörden waren bemüht, die Wiederholung eines solchen Vorfalls zu verhüten. Eine ihrer Vorsichtsmaßregeln, der sie große Sorgfalt schenkten, war die Dressur der Hunde zur Unterstützung der Wachsoldaten. Nachts war zuweilen Gebell zu hören, aber ihre Anwesenheit störte weder unsere Ruhe noch unseren Gleichmut."

Dr. Austin schreibt in: „Meine Erfahrungen als deutscher Kriegsgefangener": „Lange bevor wir nach Magdeburg kamen, hatten wir von den großen und sehr bösen Hunden gehört, welche der Wachmannschaft beigegeben sind.... Sie waren natürlich sehr böse, aber sie wurden stets von den Wachleuten geführt oder lagen angekettet in ihren Hütten und wurden nie gegen uns losgelassen." (Seite 141.)

Um zu Mr. O'Rorkes Erzählung zurückzukehren: „In der ersten Zeit hatte unser Wächter in seinem Benehmen die Art und Weise eines Kerkermeisters, aber allmählich wurde er höflicher und zuvorkommender und schließlich, als sein Sohn in Kriegsgefangenschaft geriet, tatsächlich mitfühlend. In Torgau waren die Mahlzeiten, wenn auch weit davon entfernt, großartig zu sein, immer schmackhaft und ausreichend." (Seite 43.)

Burg

In Burg in der Kantine „pflegten wir uns gegenseitig mit Butterbrot, Kuchen und ausgezeichnetem Kaffee zu bewirten" und, solange es nicht verboten war, auch mit Koteletten und Beefsteaks.....

Es folgte eine lustige Geschichte über die Pedanterie des Kommandanten und O'Rorke fährt fort: „Es freut mich, hinzufügen zu können, daß in gewissem Sinne der Kommandant gerade der Mann war, den wir brauchten. Vom ersten Tage an begann er, das Lager trocken zu legen, den Schmutz fortzuräumen und machte es mit der Zeit ganz wohnlich.... Der Hof war in der Tat in der ersten Zeit ein Morast, durch den wir uns zollweise, über die Lachen springend, durchschlängeln mußten. Unter der Leitung des Kommandanten verschwand dies alles in wenigen Wochen. Der Sumpf wurde abgeleitet und die Straße verbreitert."

Digitized by Google

Auch britische Beamte wissen es, daß eine ordentliche Portion Energie dazu gehört, mit Dieck fertig zu werden, der von Tausenden von Füßen aufgewühlt wird. Der Kommandant schien jedoch eine noch wertvollere Eigenschaft als Energie zu besitzen, die Fähigkeit nämlich, von den Untergebenen zu lernen. Er war seinem Beruf nach Richter und war im Anfang ebenso streng und steif wie gründlich. Ihm erschienen Kriegsgefangene um nichts besser als gewöhnliche Gefangene, „aber mit der Zeit lernte er uns anders zu bewerten. Was mich anbetrifft, so bot er mir Gelegenheit, meine Arbeit außerhalb des Lagers fortzusetzen, was ihm ein Leichtes gewesen wäre zu versagen, und als wir uns 5 Monate später trennten, geschah es in gewisser Weise mit gegenseitiger Herzlichkeit." (Seite 74.)

Auch der Adjutant lernte mehr Herzlichkeit. Adjutanten wollen oft ihre Autorität mehr fühlbar machen als der Befehlshaber.

Zensor, der von einem Gefangenen mit Geldstrafe belegt wird.

Der Kaplan führte Geldstrafen für „unparlamentarische Ausdrücke" ein: „Ich hatte einmal einen deutschen Zensor damit zu strafen. An einem sehr heißen Tage mußte er eine Anzahl Postpakete durchsehen, bevor sie den Eigentümern überliefert wurden. In einem unbeachteten Augenblick ließ er die Bemerkung fallen, daß es ein Unfug sei, so viele Pakete zu öffnen und gebrauchte dabei den Ausdruck..., aber unglücklicherweise hörte ich es, und er mußte Strafe zahlen. Er tat es gutmütig."

Ein Zug wie dieser beweist, scheint mir, überzeugender als manche Reden, wie töricht es ist, sich gegenseitig als Scheusale anzusehen, die aus der Welt vertilgt werden sollten. . . . .

Die Nahrung in den deutschen Kriegsgefangenenlagern

Im Januar 1915 wurde Nationalrat Eugster nach Deutschland abgesandt, um die französischen Kriegsgefangenen zu besuchen. Im allgemeinen stimmen die Schweizer Berichte*) fast ganz genau mit den amerikanischen überein. Was die Nahrung betrifft, bemerkt Eugster, so ist die Summe von 60 Pfennig, die den deutschen Soldaten täglich zugestanden wird, die gleiche, wie sie Kriegsgefangene erhalten. In seinem zweiten Bericht vom März hebt er hervor, daß die Nahrungsfrage eine kritischere geworden ist und (soweit seine Erfahrungen reichten) Klagen häufiger sind. Die Schwierigkeiten darüber faßt er sehr vernünftig zusammen, besonders die der Brotfrage. Anfänglich erhielten die Kriegsgefangenen 500 Gramm täglich. Nachdem aber die Brotration der deutschen Bevölkerung von 250 auf 200 Gramm herabgesetzt worden war, war eine Herabsetzung der Brotration der Gefangenen auch zu erwarten. Sie wurde auf 300 Gramm festgesetzt. Die Gefangenen hätten anderenfalls zweieinhalbmal mehr Brot erhalten als die Deutschen. Das Fehlende sollte durch Kartoffeln ergänzt werden; dies führte jedoch zu keinem guten Resultat. Herr Eugster schreibt im März: „Deutschland hat augenblicklich 750—800 000 Gefangene. Die Verabfolgung von 300 Gramm pro Mann ergibt einen Verbrauch von 240 000 Kilo Brot täglich. Dies ist keine Kleinigkeit zu einer Zeit, wo die Einfuhr von Lebensmitteln unmöglich ist.**) Nach Artikel 7 der Haager Konvention sollten allgemeine Abmachungen aller Kriegführenden über die Gefangenen getroffen werden, und Eugster macht den Vorschlag, unter neutraler Aufsicht Mehl an die Kriegsgefangenenlager zu verschicken und Brot unter neutraler Aufsicht backen zu lassen.

Allgemeinergebnisse

Dr. Eugsters Berichte über die verschiedenen Kriegsgefangenenlager ergeben fast genau die gleichen Eindrücke, wie die amerikanischen Berichte. Im Senne-Lager lobt der englische Arzt wärmstens die Pflege der Verwundeten und der französische Arzt erkennt bereitwillig an, daß deutsche und französische Verwundete in gleicher Weise behandelt werden. Im Lager von Zossen war ein Bildhauer, der in seinem Atelier arbeitete, ein Maler, der Landschaften malte, ein Gärtner, der die Rasenplätze verzierte, und ein Musiker ließ seine Kompositionen durch einen Chor von 150—200 Sängern aufführen. Die bestgebildeten Gefangenen sind am zufriedensten, sagte der Deputierte. Die Eindrücke seiner ersten Reise zusammenfassend, sagt Herr Eugster:

*) Comité International de la Croix Rouge, Première Série.

**) Deutschland hatte jetzt im Oktober 1917 fast dreimal so viel Gefangene.

Digitized by Google

„Ich bin glücklich, versichern zu können, daß die französischen Gefangenen menschlich behandelt werden. In so außerordentlichen Zeiten kommen Fehler und Mißgriffe leicht vor, aber im allgemeinen kann man nicht anders sagen, als daß Deutschland seine Pflicht an den französischen Gefangenen tut."

Es ist nicht zu verwundern, daß Herr Eugster anonyme Schmähbriefe erhielt, die ihm zum Vorwurf machten, daß er in seinen Berichten die ungünstigen Tatsachen nicht hervorhebe, die dem Vorurteil des Schreibers recht gegeben hätten. Manche Leser seiner Berichte mögen durch seinen deutschen Namen mißtrauisch gemacht worden sein. Herr Eugster war sich dieses Mißtrauens bewußt. Er machte daher den Vorschlag, daß es zweckmäßig wäre, wenn Abgeordnete aus der deutschen und französischen Schweiz die Kriegsgefangenenlager zusammen besuchen würden. Der Vorschlag wurde ausgeführt, und bei seiner dritten Inspektionsreise begleitete ihn Dr. de Marval. Die Aussagen blieben die gleichen. . . . .

Takt

Hier ist noch etwas anderes in Betracht zu ziehen. „Wir dürfen nicht vergessen," schreibt Eugster, „daß die Tatsache, Gefangener zu sein, an sich schon schwer zu ertragen ist." Es bedingt einige Erfahrungen im Verkehr mit Gefangenen, um völlig zu erfassen, wie hart ihr Schicksal ist und wie leicht eine falsche Art der Behandlung die Leute verstimmen und verbittern kann. Ueber Halle bemerken Eugster und de Marval im Mai: „Die Beziehungen zwischen dem Kommandanten und den Gefangenen sind korrekt, aber ohne Herzlichkeit. Den Untergeordneten fehlt oft der nötige Takt." Ich muß gestehen, daß Aussagen, wie diese, mich mehr bedrücken, als Gerüchte über Hunger und mangelhafte Unterkunft. Jeder Mann weiß, daß Gewalt sich selten mit den Erniedrigten zu befreunden versteht. Militärisches Wesen ist, auch bei den Engländern, selten erfreulich, und ein Unteroffizier, der seine eigenen Leute brutalisiert, wird Gefangenen gegenüber nicht rücksichtsvoller sein. Wir wollen den nackten Tatsachen ins Auge sehen und nicht vergessen, daß Gefangenschaft immer unerträglich ist und jede absolute Gewalt, besonders bei Untergeordneten, leicht in Tyrannei ausarten kann. In den Kriegsgefangenenlagern aller Länder sind es die Beispiele blinden, militärischen Bureaukratismus, die das Dasein bitter und erniedrigend machen; hier in diesen Lagern kann nur der durch wahre Einsicht erlangte Takt die Herzen erweichen; das ist der einzige Weg, der zum wahren Frieden führt. Herr Eugster schreibt: „Diese Leute sollten mit Takt behandelt werden. Sie sollten nicht wie gefangene Feinde, sondern wie Männer und ritterliche Gegner behandelt werden. Eine kleine Rücksicht, die wenig Anstrengung erfordert, kann guten Eindruck machen. Ein freundschaftliches Wort von Mensch zu Mensch bricht das harte Eis der Unzufriedenheit und der ritterliche Geist der Vorgesetzten wird mit Dankbarkeit anerkannt."

Um diesen Standpunkt zu erlangen, müssen wir uns bemühen, von den Feinden das Beste zu denken. Milde ist weitherziger als Gerechtigkeit, und in ihren Händen liegt die Zukunft der Welt. Wir haben in früheren Zeiten Franzosen, Russen, Iren und Buren abwechselnd beschuldigt, aber diese Anschuldigungen haben der Zukunft wenig gedient, sondern nur die an ihre Stelle tretende weitherzige Nächstenliebe ist dazu imstande . . . . .

Spätere amerikanische Berichte

Alle Inspektoren gestehen zu, daß sich die Kriegsgefangenenlager fast überall im Laufe des Krieges verbessert haben. Gerard schreibt selbst unter dem 10. Juni 1915: „Es wird allgemein zugestanden, daß die Zustände in den Gefangenenlagern sich fortschreitend bessern. Es hat keinerlei Nutzen, Klagen nachzugehen, die auf Zuständen beruhen, wie sie vor mehreren Monaten herrschten." Indem ich die früheren amerikanischen und schweizer Berichte anführte, habe ich die für die Deutschen sprechenden Tatsachen in keiner Weise übertrieben. Die späteren Berichte sind sehr zahlreich. Es ist jedoch unnütz, mehr als kurze Beispiele wiederzugeben. Der Bericht Misc. Nr. 15 (1915) gibt einen günstigen Eindruck über die deutschen Bestrebungen in der Gefangenenbehandlung. Kanadische Offiziere in Bischofswerda beklagen sich über die Behandlung auf dem Wege von der Front: sie sagten, „daß sie zuerst gezwungen worden waren, ihre Wagenabteilung mit französischen algerischen (schwarzen) Soldaten zu teilen, daß aber darin im Laufe der Reise Aenderung geschaffen wurde". Es mag dies als eine interessante Bemerkung betrachtet werden, in Bezug auf die Verwendung algerischer und anderer farbiger Truppen.

Digitized by Google

Hunger während des Transportes

Die kanadischen Offiziere sagten auch, „daß sie während des Transportes wenig Nahrung erhalten hatten, ihre Behandlung jedoch nicht von der anderer Gefangener abwich." Indem ich dies lese, fällt mir unwillkürlich das Interview in den „Daily News" ein, überschrieben: „Die blauen Fräuleins. Freiwillige Arbeit an den Buffets von Euston" (24. Juni 1916): „Wir haben eben den Transport einiger deutscher Kriegsgefangener gehabt", schreibt eine dieser Damen. Wir geben den Gefangenen nichts. Wir haben genug damit zu tun, unsere eigenen Leute zu versorgen." Auch die Bemerkung einer englischen barmherzigen Schwester fällt mir dabei ein, welche in meiner Gegenwart sagte, indem sie mit den Fingern schnippte: „Wir haben auch nicht so viel Mitleid mit den deutschen Verwundeten." Ich möchte hoffen, daß bei der Mehrheit auf beiden Seiten die Stellungnahme eine andere ist. Aber was für eine entzweiende Wirkung hat kriegerischer Patriotismus! Wir müssen jedenfalls brüderliche Gesinnung auf einem anderen Wege erwerben.

Friedrichsfeld

Mr. Mitchelsons Bericht über das Lager von Friedrichsfeld lautet sehr anerkennend. Es werden alle Arten von Arbeiten gemacht. „Kein deutscher Aufseher war dabei zu sehen und nur indem ich nach ihnen ausschaute, fielen mir einige Wachsoldaten auf, die die Gefangenen im Auge behielten. Zweimal sah ich vollständig unbeaufsichtigte Gefangene bei der Arbeit." Einige Verwundete in Magdeburg sagten ohne Ausnahme, „daß sie auf dem Wege von der Front mit der größten Rücksicht behandelt worden waren." (Den 3. Juli 1915.) Die Lazarettpflege wird hier, wie auch in dem Mutterhause von Ifighem, W.-Flandern, das von Dr. Ohnesorg besucht worden war, gelobt.

Organisation und Gegenseitigkeit

Ich gehe zu dem Bericht von Misc. Nr. 19 (1915) über. Mr. Gerard gibt im Juni einen interessanten Bericht über die Lehrkurse und Vorlesungen für die deutschen Unteroffiziere und Mannschaften, um sie praktisch für die Feldküchen auszubilden. Dies ist ein charakteristischer Zug für deutsche Gründlichkeit. Mr. Gerard schließt: „Ich würde mich freuen, wenn Sie dies zur Kenntnis der englischen Regierung bringen würden. Die deutschen Militärbehörden haben sich über das Schicksal ihrer Gefangenen in England beruhigt (ausgenommen derer, die auf Schiffen interniert sind, was noch immer ein wunder Punkt ist). Sie haben daher die beste Absicht, die englischen Gefangenen (Offiziere und Soldaten) in günstigster Weise zu behandeln, ihren Wünschen Rechnung zu tragen, soweit es mit dem Grundsatz zu vereinen ist, daß Gefangene (von denen sie über eine Million besitzen) alle praktisch in gleicher Weise behandelt werden sollen." ...

Eine Schwierigkeit

In Neubrandenburg „durften die Offiziere bis vor wenigen Tagen außerhalb der Lagerumzäunung Tennis spielen, in einem See baden und in den benachbarten Wäldern spazieren gehen. Da 4 Offiziere (Engländer) einen Fluchtversuch gemacht hatten, war diese Erlaubnis zeitweilig aufgehoben worden, doch sagte mir der Kommandant, dessen Beziehungen zu den Gefangenen die besten sind, daß es sehr bald wieder eingeführt werden sollte." Die ausgezeichnete Badeeinrichtung in Friedberg wird häufiger wie in anderen Fällen hervorgehoben. In Gießen sprach Dr. Ohnesorg mit einigen Gefangenen, die in den Arbeitslagern interniert worden waren. Sie sagten, „daß die Arbeit nicht schwer sei und sie, bevor sie den verschiedenen Lagern zugeteilt worden waren, ärztlich gründlich untersucht worden seien und die, die für eine solche Arbeit nicht tauglich schienen, ausgeschieden wurden. Beherbergt und beköstigt wurden sie von ihren Arbeitgebern, und ich begegnete nur einem Fall der Klage über ungenügende Nahrung."

Einige Offizierslager

In Bad Blenhorst befinden sich einige gefangene Offiziere, unter Aufsicht eines deutschen Militärarztes, zur Kur. In Clausthal „ist die Lage des Lagers ideal, mitten im Harzgebirge mit einer sehr weiten Aussicht und ich erhielt durch meinen Besuch einen sehr günstigen Gesamteindruck." In Küstrin: „Die deutschen Offiziere behandeln ihre Gefangenen wie Kameraden, die ins Unglück geraten sind." In Bischofswerda wurde darüber geklagt, daß Kniehosen beim Fußball verboten waren und daß mehr als ein Bad am Tage nicht erlaubt sei. Der Kommandant versprach diese Wünsche zu berücksichtigen. Der Bericht über Halle ist ungünstig. Das Lager war

Digitized by Google

überfüllt und der freie Raum für Spiele und Bewegung ließ viel zu wünschen übrig. Ueber das Essen wurde nicht geklagt, außer über Eintönigkeit *).

Berichte und Auskünfte

Fort Friedrichshafen bei Ingolstadt: „Diejenigen, die keine Ueberzieher hatten, sagten, daß sie, wenn nötig, welche von den deutschen Behörden erhalten könnten, aber daß sie lieber warten wollten, um zu sehen, ob sie nicht etwas von zu Hause bekämen. Sie sehnten sich alle nach neuen Stiefeln, da sie die gelieferten, holzbesohlten Stiefel nicht leiden konnten." Sir Edward Grey schrieb vor Eingang dieses Berichtes, sich auf Auskünfte berufend, „daß die wenigen englischen Gefangenen dieses Lagers sehr schlecht genährt seien, die Postpakete unregelmäßig zugestellt und häufig des Inhaltes entleert werden". In seiner eine Woche später datierten Antwort schreibt Mr. Gerard (amerikanischer Botschafter in Berlin): „Auf direktes Befragen sagten die Gefangenen von Ingolstadt, ohne daß irgendein deutscher Offizier oder Soldat zugegen war, daß sie keine besonderen Wünsche hätten. Die Leute waren in guter Stimmung und dem Augenschein nach nicht schlecht genährt. Sie standen alle mit ihren Freunden in der Heimat in Verbindung und beklagten sich nicht über unregelmäßige Zustellung der Postpakete."

Allgemeines über die Lage der Kriegsgefangenen in Deutschland. Günstiges und Humoristisches

Ueber das Offizierslager von Blankenburg i. d. Mark berichten die Herren Jackson und Russell: „Die Stimmung des Lagers ist ausgezeichnet." In dem Bericht über Merseburg finden wir einen humoristischen Zug (Seite 29). „Einer der Leute beklagte sich bei mir, daß er dafür bestraft worden sei, weil er, wie er sagte, ein Loch in seiner Hose hatte; aber durch Nachforschungen brachte ich heraus, daß er ein paar neue Hosen, die ihm von der deutschen Behörde geliefert worden waren, zerschnitten hatte, um daraus ein Paar Kniehosen zum Boxen zu machen. Einer der Leute hatte ein schwarzes Auge, der andere einen verrenkten Daumen, der dritte eine gebrochene Nase. Das alles kam vom Boxen **)." Die vier englischen Gefangenen in Konigsmoor sagten, „daß keinerlei Unterschied zwischen ihnen gemacht würde und ihre Beziehungen zu den deutschen Wachleuten aufrichtig und freundlich seien. Sie besaßen alle genug warme Kleidung, einschließlich Ueberzieher, und einer hatte sogar außer dem Ueberzieher, den er von zu Hause erhalten hatte, einen vom Lager. Sie sagten alle, daß das Essen nicht schlecht sei." ... „Im Arbeitslager von Hackenmoor war die Mittagssuppe vorzüglich ... die Gefangenen sahen alle gesund aus, schienen zufrieden und in guten Beziehungen zu der deutschen Bewachung ... Einige von ihnen beklagten sich, daß die ihnen gelieferte Kleidung ihnen sehr bald zu eng werde, und beinahe jeder Mann im Lager hatte zugenommen, zwischen 10 und 30 Pfund. (Manchmal mehr.) Niemand sprach von schlechter Behandlung. Einer der Engländer sagte gleichwohl, daß gelegentlich Mißhelligkeiten mit dem Barackenkapitän (Belgier) vorkämen. Der Kommandant hat Liebe zu seiner Arbeit. Er kennt fast alle Leute beim Namen und scheint sein Möglichstes zu tun, um ihnen das Leben angenehm zu machen." ...

Deutsche Professoren

Die Aufmerksamkeit wird aufs neue auf die von Professor Stange in Göttingen geleistete, ausgezeichnete Arbeit gelenkt. „Er hat ein Bureau im Lager, in welchem er sich täglich zwei Stunden aufhält; während dieser Zeit kann er von jedem Gefangenen konsultiert werden. Er hat Lehrkurse eingerichtet, die sehr gut besucht werden." Gießen: „Professor Gmelin von der hiesigen Universität nimmt großes Interesse an den Gefangenen. Er besucht sie regelmäßig und trägt für ihren Unterricht Sorge."

Ein Dementi

Folgendes ist bemerkenswert, ich gebe es dem Wortlaut nach wieder. Mr. Osborne an Mr. Gerard (23. Februar 1916, a. a. O. Seite 62):

„In Uebereinstimmung mit Ihren Vorschriften und bezugnehmend auf den Artikel der London Times vom 7. Februar, welcher den Bericht eines ausgetauschten britischen Kriegsgefangenen wiedergibt, in dem es heißt, daß zwei englische Kriegsgefangene in dem Lager von Güstrow in Mecklenburg

*) Mr. Jackson schreibt am 9. März 1916, daß dieses Lager wegen seiner Beschaffenheit und Lage nie sehr günstig sein könne, aber daß schon Verbesserungen geschaffen seien (Misc. 16. 1916).

**) Als Gegenstück dazu kann das, was aus einem britischen Gefangenenlager geschrieben wird, dienen: „Während einer Sportwoche. In den Lazaretten liegen schon eine ganze Anzahl mit gebrochenen Armen und Beinen."

Digitized by Google

durch Bajonettstiche verwundet worden seien, weil sie verbotenerweise geraucht hatten, so daß der eine seinen Wunden erlegen und der andere sich noch im Lazarett befindet, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich am 12. Februar 1916 das Lager von Güstrow besuchte. Ich hatte die Lagerbehörde nicht von meinem Besuche in Kenntnis gesetzt und wurde mit der größten Liebenswürdigkeit empfangen; man bot mir Gelegenheit, die englischen Gefangenen allein zu sprechen. Ich sprach mit einer ganzen Anzahl Unteroffizieren und mit einigen Soldaten; alle ihre Aussagen stimmten in zwei Punkten überein. Erstens darin, daß wenn ein solcher Vorfall wie der oben erwähnte, vorgekommen wäre, sie sicherlich davon gehört hätten, und zweitens, daß ihnen nichts davon bekannt war. Ich besuchte die Lazarette in Begleitung des englischen Unteroffiziers, der bei der Krankenpflege behilflich ist, sprach mit jedem einzelnen der dort befindlichen Patienten, keiner von ihnen hatte einen Bajonettstich. Es scheint mir somit vollständig ausgeschlossen, daß der in den englischen Blättern erwähnte Vorfall in Güstrow stattgefunden habe. Ich hörte in der Tat anstatt Klagen nur Lobsprüche der englischen Kriegsgefangenen über das Lager und die Behörden. Die Leute waren mit aller Art von Kleidungsstücken gut ausgerüstet und schienen besonders guter Stimmung. Die Vorgesetzten bestätigten, daß sie in letzter Zeit niemals gezwungen worden waren, einen englischen Gefangenen einzusperren. Ich kann sagen, als Gesamteindruck schien mir das Lager dem Vorbild eines Kriegsgefangenenlagers so viel als möglich zu entsprechen."

Der Widerspruch, der zwischen Mr. Osbornes Bericht und dem Timesartikel besteht, ist auffallend. Dies sollte eine Warnung sein, unbegründeten Anklagen oder darauf basierenden Zeitungsnachrichten zu viel Glauben zu schenken. Wir vergessen oft, daß alle Vorurteile sich gegen den Feind richten und daß nur Geschichten, die zu dessen Gunsten sprechen, frei von Uebertreibung zu sein pflegen...

Bayerische Höflichkeit

Der Hochwürdige Erzdiakon Wm. E. Nies, der die Erlaubnis erhalten hatte, englische Kriegsgefangene in Bayern zu besuchen, schreibt: „Es ist nicht mehr als billig, das liebenswürdige Entgegenkommen, das ich bei der Ausführung meiner Mission erfahren und mit dem die Obrigkeit mich ohne Ausnahme unterstützte, besonders hervorzuheben."

Lazarettpflege

Ueber das Germersheimer Lazarett lesen wir: „Die Nahrung im Lazarett ist besonders befriedigend. Dr. Algeron, der diensthabende Chefarzt, ein weitherziger Mann und unermüdlicher Arbeiter, besorgt selbst die Lebensmittellieferung. Unter seiner Leitung haben viele der Patienten an Körpergewicht bedeutend zugenommen..." In Bayreuth war ein Soldat der schwarzen Garde in das Militärlazarett der Stadt versetzt worden, wo er in elektrischer Behandlung stand, weil man hoffte, dadurch von einer Amputation seines Armes absehen zu können..."

Urlaub

In Celle, wo Offiziere und Unteroffiziere interniert sind, hörte Mr. Jackson, daß einer der Engländer auf Urlaub sei und „mehrere andere die Erlaubnis erhalten hatten, Verwandte in Deutschland zu besuchen. Ein anderer war um die Erlaubnis eingekommen, eine Kur zu machen, weil sein Aufenthalt in Bad Blenhorst ihm nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, doch unterlag dieses Gesuch noch der Prüfung."

Limbau Güstrow

In dem Arbeitslager von Limbau bezeichneten die Leute den Kommandanten als einen Gentleman und sagten, daß „sie keine Schwierigkeiten bei ihm fänden, wenn es sich um die Berücksichtigung ihrer Wünsche handle. Niemand klagt über die Behandlung und nur sehr wenige fanden, daß die Arbeit schwer sei." Das Lager enthielt 500 englische Kriegsgefangene. In Güstrow „machten die Behandlung der Leute und die Zustände im Lager einen sehr günstigen Eindruck. Der Kommandant sagte aus, daß von allen Gefangenen, die unter seiner Aufsicht standen, die Engländer die besten seien." Im vergangenen Jahre waren 2 500 000 Briefe und 50 000 Päckchen im Lager verteilt worden.

Lazarettbehandlung

Die Lazarettpflege wird immer wieder als sehr günstig hervorgehoben. Ich führe hier das Urteil eines schweizer Arztes an, der fast während des ganzen Krieges in deutschen Hospitälern tätig war.

„Dem Schreiber dieses ist nie etwas zu Augen gekommen, was absichtlich

Digitized by Google

zum Schaden der Gefangenen und der Kranken hätte dienen können. Er ist im Gegenteil in der Lage, versichern zu können, daß die Kriegsgefangenen und Kranken die menschenfreundlichste Pflege erhielten. Wenn späterhin die Nahrung unzureichend war, so muß man in England nicht vergessen, daß ein großer Teil der deutschen Bevölkerung dem Hunger sehr nahe war. Aus tiefster Ueberzeugung kann der Schreiber dieser Zeilen versichern, daß die deutsche Bevölkerung und die deutschen Aerzte (meist) schuldlos an den ihnen zur Last gelegten Anklagen sind. Einzelne persönliche Ausnahmen können, wenn begründet, dieses Urteil nicht ändern." . . . . .

Die Heimgekehrten

Die Daily News haben sich darin ausgezeichnet, günstig klingende Berichte der Heimkehrenden zu veröffentlichen. Ein Offizier schreibt:

„Vor drei Tagen traf ich in England ein, nachdem ich 8 Monate in einem deutschen Gefangenenlager verbracht hatte. Wir waren unter den ersten, die über die Schweiz heimkehrten und amüsierten uns heimlich über unsere Freunde und Verwandten zu Hause. Denn sie schienen alle höchst erstaunt, daß wir so gesund aussahen und gut ausgerüstet waren und nicht wankenden Skeletten oder körperlichen Ruinen glichen. Nachdem wir aber die Zeitungen zu Hause gelesen hatten, verstanden wir es. Ich will nicht behaupten, daß diese Geschichten über unmenschliche Behandlung unwahr oder übertrieben seien, denn ich habe von vielen solchen Fällen gehört, ich kann aber behaupten, daß solche schlechte Behandlung nicht allgemein war und auch nicht allen Kriegsgefangenen zu Teil wurde.*) Ich schreibe deshalb das, was ich von den Kriegsgefangenen in Baden in Süddeutschland weiß und hoffe, daß dieser Artikel dazu beitragen soll, die Sorge derjenigen, die täglich ihre Lieben zurückerwarten und fürchten, sie von den überstandenen Leiden entsetzlich mitgenommen wieder zu sehen, zu mildern."

Der Offizier besagt, daß die Leute hinter der Front sehr viel mehr gelitten hätten; dies ist etwas im Widerspruch mit dem vorhergehenden. Der Schreiber fährt fort:

„Das Schicksal der Gefangenen in dem Dauerlager in Baden war sehr viel leichter. Ich berufe mich dabei auf einen alten katholischen Priester, Pater Nugent, gebürtig aus Lancashire, wie ich glaube, der bei Ausbruch des Krieges in Deutschland war. Er hatte freien Zutritt zu allen Kriegsgefangenenlagern und Lazaretten in Baden und hatte nichts von roher oder schlechter Behandlung gesehen. Zwei amerikanische Aerzte hatten Erlaubnis, das Hospital in Rastatt, Lazarett Nr. 4, und das russische Lazarett zu besuchen. Sie sagten, daß die Kranken zufrieden waren und gut versorgt würden, trotz der Knappheit medizinischer Vorräte in Deutschland. Einigen Leuten, die in Bauernhöfen in Baden untergebracht waren, ging es sehr gut. Eine Ordonanz unseres Lagers, die während der Obstzeit 14 Tage zur Pflaumenernte abwesend war, erzählte, daß er in einem Bauernhofe einen Bekannten aus seinem Regiment getroffen. Dieser Mann war gerade mit Roten-Kreuz-Paketen per Bahn angekommen und sagte, daß er bei einem alten deutschen Bauern und seiner Frau in Arbeit stände. Sie teilten miteinander, was sie an Lebensmitteln besaßen. Einmal wöchentlich besuchte der ganze Haushalt das Kino."

Seitens der Bevölkerung wurde den Gefangenen in Baden keine unfreundliche Gesinnung gezeigt. „Wir wanderten nach Gefallen in der Umgebung von Freiburg und im Schwarzwald. Jeder Mann wurde mit Höflichkeit behandelt. Fälle offener Feindseligkeit kamen nicht vor." (Daily News, den 18. Dezember 1918.)

Mr. J. J. Desmond diente im Alter von 46 Jahren freiwillig im englischen Heer. Er geriet in Gefangenschaft und veröffentlichte (Daily News, 10. Dezember 1918) die Gesamteindrücke seiner Gefangenschaft. Im Gegensatz zu den zu Hause Gebliebenen hatte er zum deutschen Volk Vertrauen, wie der Schlußsatz seines Artikels beweist:

„Die Soldaten und die Landbevölkerung in der Umgebung von Dülmen und später auch in anderen Gegenden zeigten keine Gefühle der Rache oder des Hasses wegen ihrer Niederlage. Sie schienen es vielleicht vergessen zu

*) Es ist erstaunlich, wie selten beglaubigte Mitteilungen schlechter Behandlungen sind, von solchen, die sie selbst erlebt haben. Solche Berichte stammen immer vom Hörensagen her.

Digitized by Google

wollen und freuten sich darüber, daß der Krieg aus war. Jeder Mann begrüßte einen damit und die Gesichter strahlten dabei. Einige sagten, daß die Bedingungen sehr hart seien, stimmten jedoch mit mir überein, wenn ich ihnen erklärte, daß sie hart sein mußten, um die alten Zustände gründlich zu bekämpfen und einen dauernden Frieden zu sichern. Ich wünschte, ich wäre heute noch ebenso sehr wie damals überzeugt, daß die Alliierten reiner Absicht waren. Ein Landmann kicherte, als er mir sagte, daß Deutschland 150 U-Boote abliefern müßte, weil, wie er sagte, sie gar nicht so viele hätten. Eine der politischen Parteien, ich weiß nicht mehr welche, veröffentlichte ein Manifest, worin es hieß, daß Deutschland durch die Militärpartei betrogen worden sei und daß diese an Belgien und den Alliierten großes Unrecht begangen habe. Ich zweifle nicht daran, daß dies Gefühl in Deutschland weit verbreitet ist. Sollten jedoch die Friedensbedingungen von Rachsucht geleitet sein, so setzten wir uns selbst damit ins Unrecht, und das neue Deutschland wird noch mehr Ursache haben, uns zu hassen. Indem wir den Kaiser bekämpften, bemühten wir uns, es den Deutschen klar zu machen, daß wir auch für sie kämpften. Wir kämpften in der Tat, um die sagenhafte gefangene Jungfrau aus den Klauen des Menschenfressers zu befreien. Ein Jammer war es, daß so viele unserer Schläge die Jungfrau und nicht nur den Menschenfresser trafen. Es wäre nicht nur ein Jammer, sondern ein Verbrechen und ein grober Irrtum, wenn wir jetzt, da die Jungfrau befreit ist, fortfahren wollten, sie für die Verbrechen des Menschenfressers zu strafen. Die Deutschen, von der alten Regierung abgesehen, haben nicht die Absicht, uns bei jedem Anlaß zu betrügen. Sie behaupten, von vorne anfangen zu wollen, und ich bin fest von ihrer Ehrlichkeit überzeugt. Bei allen Geschäften, wo es ihnen unter Umständen sehr leicht gewesen wäre, mich zu betrügen, habe ich während meines ganzen Aufenthaltes in Dülmen stets die Erfahrung gemacht, daß es die ehrlichsten Leute sind, mit denen ich es je zu tun hatte, und sie denken dasselbe von uns. Feldwebel und andere Leute, die mit Kriegsgefangenen verschiedener Nationalität zu tun hatten, versicherten mir, daß sie die Engländer als Kriegsgefangene anderen stets vorzögen, weil sie offen und ehrlich sind, das sagen, was sie denken, und an dem, was sie sagen, festhalten. Sicherlich haben die Deutschen von allen Nationen des Kontinents am meisten Aehnlichkeit mit den Engländern."

Schlußfolgerungen

Der Ueberblick über die augenblicklich zuverlässigen Beweise scheint davon zu zeugen, daß in Deutschland das ehrliche Bestreben herrschte, die Kriegsgefangenen gut zu behandeln. Das schließt aber nicht aus, daß ihr Schicksal hart war und die Verlängerung der Gefangenschaft ihr Elend nicht noch sehr vermehrt hätte. Greuel, wie sie in Wittenberg vorgekommen sind, sind nicht aus dem Gedächtnis zu verwischen, aber es ist klar, daß solche Zustände weit davon entfernt sind, als typisch gelten zu können. Wenn Militarismus zu weit geht, geht er immer viel zu weit. Wenn wir die besonderen Schwierigkeiten in Betracht ziehen, mit denen man in Deutschland bezüglich der Kriegsgefangenen zu rechnen hatte, und die Gefahren eines Militärstaates berücksichtigt, so muß man aus der Tatsache, daß die Behandlung meistens vernünftig und manchmal vorzüglich war, der deutschen Bevölkerung einen hohen Grad der Menschlichkeit zusprechen. Ich wünsche, in keiner Weise Ressentiment zu erwecken und, um zu vermeiden, daß diese Schlußfolgerungen dazu dienen könnten, führe ich hier das neutrale Urteil des wohlbekannten Norwegers M. T. E. Steen an, der die Erlaubnis hatte, die Kriegsgefangenenlager in England, Deutschland und Frankreich zu besuchen. M. Steen hielt am 15. Juni 1915 in der Queenshall einen Vortrag unter Vorsitz des englischen Roten Kreuzes. Sir Louis Mallet präsidierte: „M. Steen äußerte sich sehr anerkennend über die Zustände in den verschiedenen Kriegsgefangenenlagern in Deutschland und drückte die Hoffnung aus, daß seine Aeußerungen Besorgnis und Zweifel aus dem Wege räumen möchten. Sein allgemeiner Eindruck über die Kriegsgefangenenlager war, wie er sagte, sehr befriedigend." Wir müssen bedenken, daß auch in Deutschland alle möglichen Geschichten und Gerüchte über unsere Kriegsgefangenenbehandlung und der unserer Alliierten verbreitet waren. Solche Gerüchte sind anscheinend ein Teil des Krieges. Sie können das Wohlwollen nicht verstärken. Das wirklich sehr große Interesse, das Leute, wie Fürst Lichnowsky, Professor Stange, Professor Gmelin und die

Digitized by Google

Göttinger Pastoren an dem Schicksal der Kriegsgefangenen nahmen, ist bemerkenswert. Wenn wir bedenken, daß bei uns zu Lande es für Leute in hervorragender Stellung nicht leicht ist, öffentlich den deutschen Kriegsgefangenen Interesse zu beweisen, so müssen wir das umsomehr anerkennen.

Kriegsgefangenenlager in England

Es wäre von großem Interesse, die amerikanischen Berichte über deutsche und englische Kriegsgefangenenlager zu vergleichen. Leider ist ein gewinnbringender Vergleich unmöglich. Eine Anzahl Berichte über verschiedene Kriegsgefangenenlager in England sind in dem Weißbuch Nr. 30 (1916) veröffentlicht. Die frühesten Inspektionen datierten aber erst vom 21. Februar 1916. Da jedoch die Hauptschwierigkeiten überall zeitlich zurückliegen, so sind zum Vergleich natürlich auch die früheren Berichte notwendig. „Beweisen wir unseren Kriegsgefangenen ebenso viel Mitleid, wie unsere Vorfahren?", schreibt Daily Chronicle vom 29. Oktober 1914. „Aus den Berichten schließend, die uns über die Zustände in den Konzentrationslagern vorliegen, müssen wir leider schließen, daß dies nicht der Fall ist." Es ist überdies schwer, zu wissen, was Bemerkungen, wie die folgenden in Wahrheit besagen, wenn man keine früheren Berichte besitzt. „Sie machen einen glücklicheren und zufriedeneren Eindruck, als bei meinem ersten Besuch." (Offizierslager von Heyport.) „In den Schlafeinrichtungen sind keine Veränderungen getroffen worden, doch da die Zahl der Gefangenen abgenommen hat, ist mehr Raum." (Dorchester.) „Die allgemeine Stimmung im Lazarett scheint mir besser als bei meinem letzten Besuch." (Dartford, Lower Southern Hospital für verwundete Kriegsgefangene.) „Seit meinem letzten Besuch hat sich in den Schlafeinrichtungen nichts verändert. Durch die verringerte Zahl der Leute ist es geräumiger geworden. . . . Die Leute schienen glücklicher und zufriedener als das letzte Mal." (Offizierslager von Donington Hall.)

Die letzte Ausführung erinnert mich an den berühmten Angriff gegen den übermäßigen Luxus von Donington Hall. In allen Ländern wird Einspruch gegen zu üppiges Kriegsgefangenenleben erhoben, das als unzulässig in Anbetracht der unmenschlichen Politik des Gegners erklärt wird. Ueberall kann man Patrioten solchen Schlages finden, die alles für vergeblich erklären, wenn bewiesen werden kann, daß der Feind zu gut behandelt wird. Der Lärm, der um Donington Hall gemacht wurde, führte dazu, daß verschiedene Gefangenenlager durch Unterhausmitglieder besucht wurden, und ergab einen Bericht in der Times vom 26. April 1915. Donington Hall wird beschrieben „als ein leeres großes Gebäude, in einer Senkung gelegen. Die Einrichtung entsprach ungefähr der einer gewöhnlichen Unteroffiziersmesse. Das Klavier war von den Gefangenen selbst beschafft worden. Der Billardtisch und der andere von der Phantasie übereifriger Patrioten erdachte Zubehör erwies sich als frei erfunden." Das Offizierslager von Dyffryn Aled in North Wales wird in demselben Bericht als ein „unzugängliches, düsteres, modriges Gebäude" beschrieben. „Die Fenster haben eiserne Gitterstäbe. Es wurde früher als ein Asyl für Lungenkranke benutzt. Die Küche schien fast noch der beste Raum im Hause" . . . . „Badeeinrichtungen gibt es keine. Die Bedienung bringt aus der Küche heißes Wasser für Sitzbäder." Was die äußere Lage von Dyffryn Aled betrifft, so kann man den amerikanischen Bericht anführen: „Die Lage des Hauses in einem romantischen Tal des Gebirges von Wales ist schön und gesund." Aber noch im April 1916 ist hier die Badeeinrichtung sehr primitiv. „Jeder Offizier hat ein Blechbecken." Ohne die Absicht, irgendein besonderes Aufsehen daraus zu machen, ist es doch vielleicht nützlich, hierbei an die amerikanischen Berichte über Friedberg und Krefeld vom Mai und April 1915 zu erinnern (Seite 12 und 8).

Freundliche Absicht

Die „Stobsiad", die in dem Gefangenenlager von Stobs in Schottland erscheinende Zeitschrift, enthält in ihrer 17. Ausgabe (Januar 1918) einen freundlichen Vorschlag für die internierten Feinde in Deutschland. Die Y.M.C.A. teilt ihnen von dem immer dringender werdenden Bedürfnis an englischen Büchern in englischen Kriegsgefangenenlagern in Deutschland mit: „Sollte es nicht möglich sein," fährt der Verfasser fort, „daß unsere deutschen Leser englische Bücher, die sie entbehren können, englischen Kriegsgefangenen zur Verfügung stellen, so wie man es hier mit deutschen Büchern für uns getan hat. Nähere Auskunft darüber erteilt Kommittee Elisabeth Rotten (Ber-

Digitized by Google

lin Nr. 24, Monbijouplatz 3). Wir würden uns freuen, wenn viele unserer Leser unserem Wunsche entgegenkommen würden." . . . . .

Gefangene als Arbeiter

Wie sehr Haß der Unwissenheit zuzuschreiben ist, beweisen die Berichte über die Gefangenen, welche bei uns auf dem Lande arbeiten.

„Was die deutschen Kriegsgefangenen betrifft, so hat es einiger Zeit bedurft, um die Vorurteile bei den Pächtern und den Leuten der Ortschaft, wo sie einquartiert waren und von wo aus sie zur Arbeit fuhren, zu zerstreuen. Nach einiger Zeit der Bekanntschaft erloschen diese Vorurteile. „Bei uns in West-Sussex sind sie unsere Hauptunterstützung," sagte mir Mr. Herbert Padwick, Vorsitzender und Vizepräsident der Landwirte: „Einige von ihnen sind selbst Landwirte oder Söhne von Landwirten. Ihre Arbeit geht langsam vonstatten, aber ist gewöhnlich gründlich. Sie pflegten scherzend zu sagen, daß sie die beste Ernte, die England je gehabt habe, hervorbringen wollten, weil sie sicher seien, daß sie doch Deutschland zugute kommen würde. Es ist kein Zweifel daran, daß sie zeitweilig fest daran geglaubt haben, sie haben jedoch jetzt anscheinend diese Illusion aufgegeben." (Daily News, den 20. August 1918.)

Man hört meistens günstige Aussagen der englischen Landwirte über die deutschen Arbeiter. „Ich meine, sie haben famos gearbeitet", sagte einer derselben zu mir, „sie haben wahrhaftig Ermunterung verdient". Bei näherer Bekanntschaft schwand die Vorstellung, daß alle Deutschen Hunnen seien. Auch in Deutschland schwanden ähnliche Vorurteile und ich erinnere mich, von einem deutschen Pächter gehört zu haben, der seine englischen Arbeiter auf eine Landpartie mitnahm. Er hatte scheinbar die Erlaubnis, ihnen weiteste Freiheit einzuräumen. In der deutschen Presse erhoben sich Einsprüche gegen diese Landpartie. . . . . .

Zivilgefangene.

Im Lande sich aufhaltende feindliche Untertanen.

Als Einführung in den neuen Abschnitt mögen einige Auszüge aus Dr. J. M. Spaights bedeutendem Werke „Kriegsrecht zu Land" von Nutzen sein. Dr. Spaights Urteil (Seite 28) lautet: „Im Lande lebende feindliche Untertanen werden nicht belästigt." Er fährt im Text fort: „Die Behandlung im Lande sich aufhaltender feindlicher Untertanen hat sich in neuerer Zeit sehr zum Bessern geändert. Nach früheren Anschauungen galten sie als Feinde und durften als solche in Gefangenschaft genommen werden. Unter Napoleon wurde im Jahre 1803 diese harte Maßregel gegen britische Untertanen, die sich bei Ausbruch des Krieges in Frankreich befanden, zum letzten Male angewandt. Gegenwärtig ist es sämtlichen Staatsangehörigen gestattet, unbehindert abzureisen, auch wenn sie der Armee einer der kriegführenden Parteien angehören."

Die Regierung hat das Recht, deutsche Untertanen zurückzuhalten. Aber es entspricht nicht mehr der Sitte. [Picton zitiert Memoranda der amerikanischen Gesandtschaft, die es England vorschlägt, den deutschen Zivilisten dieselbe Freiheit zu gestatten, die englische Zivilisten in Deutschland genossen (17. Oktober 1911 usw.). Sir Edward Grey aber (9. November 1914) gab nicht nach. Er begründete die englischen Maßnahmen auf die hohe Zahl (etwa 50,000) der ansässigen Deutschen. 1870 aber, wie Picton erwähnt, gab es in Paris allein 30,000 Deutsche. Diese wurden August 1870 aus dem Departement der Seine ausgewiesen, doch *nicht interniert*. Picton fährt fort:]

Ich habe nicht die Absicht, hier ein Urteil für oder gegen die allgemeine Gefangennahme auszusprechen. Es hat dies nichts mit dem Zweck des Buches zu tun. Es berührt denselben nur insofern, als hervorzuheben ist, daß Gefangenschaft ansässiger feindlicher Untertanen (so sehr Einzelfälle auch entschuldigt werden können) der modernen Sitte nicht mehr entsprach und nicht Deutschland, sondern England damit den Anfang machte. Die öffentliche Meinung irrt darin. Deutschland erließ diesen Befehl als „Gegenmaßregel". Nachdem er einmal erlassen worden war, wurde er mit größter Eile durchgeführt, konnte auch um so schneller durchgeführt werden, als die Anzahl der englische Untertanen verhältnismäßig gering war. . . .

Digitized by Google

Mr. Gerard an Mr. Page.

Amerikanische Botschaft, 8. November 1914.

Sir; wenn es auch schon fast zu spät ist, um praktischen Nutzen zu bringen, so halte ich es doch für meine Pflicht, der Menschheit gegenüber, Sie dringend um formelle Erklärungen der Englischen Regierung über die Organisation der Konzentrationslager deutscher Gefangener in England und Irland zu ersuchen. Es ist in Deutschland bekannt, daß viele der Internierten der Arbeiterklasse angehören und daß ihre gegenwärtige Lage sich durch die Internierung gebessert hat. Es wird ebenfalls anerkannt, daß die Englische Regierung das Recht hat, alle Personen, die unter begründetem Spionageverdacht stehen, in Haft zu nehmen. Oeffentliche Empörung hat dagegen die Nachricht erregt über Gefangennahme anderer deutscher Untertanen; die deutsche Obrigkeit sieht nicht ein, aus welchem Grunde deutsche Schiffsreisende in England nicht in Freiheit gesetzt werden, wenn auch unter polizeilicher Aufsicht, falls sie gezwungen sind, in England zu bleiben. Der Befehl der Internierung aller Engländer im Alter von 17 bis 55, welcher am 17. ds. in Kraft trat, war durch den von der öffentlichen Stimmung ausgeübten Druck veranlaßt. Dieselbe wird noch weiterhin durch Zeitungsberichte über zahlreiche Todesfälle in den Sammellagern in Erregung gehalten. Bis zum 6. ds. genossen die englischen Untertanen beträchtliche Freiheit und wie Sie aus meinem Telegramm vom 5. ersehen haben, sind zahlreiche Bittschriften eingegangen, worin die günstigen Umstände geschildert werden, in denen sie leben und ihren Geschäften obliegen dürfen und um die gleichen Zugeständnisse für deutsche Untertanen in England ersuchen. Ich glaube, daß Mißverständnisse, die wir, soviel in unserer Macht liegt, beseitigen sollten, Hauptschuld an dem englischen Vorgehen und den deutschen Wiedervergeltungsmaßregeln tragen. Ich bin der Meinung, daß wir unser möglichstes zu tun haben, um die wachsende Mißstimmung zu verhüten, die zwischen dem deutschen und dem englischen Volk in Entstehung ist, um es der Bevölkerung beider Länder zu ermöglichen, nach Beendigung des Krieges von neuem in freundschaftliche Beziehungen zu treten...

Berichte zweier entlassener Zivilgefangener über die Lagerzustände von Ruhleben vom 18. März 1915

Ich ziehe jetzt die Berichte über einzelne Zivilgefangenenlager heran. Das größte dieser Lager war jedenfalls das von Ruhleben.

Mr. John P. Bradshaw aus Ballymoney, Grafschaft Antrim, und Mr. William David Coyne aus Ballybaunis, Grafschaf Mayo, beide englische Staatsangehörige kehrten aus dem Gefangenenlager von Ruhleben, nach ihrer Entlassung wegen militärischer Untauglichkeit, nach England zurück. Sie erstatteten an das Home Office folgenden Bericht:

Eine ärztliche Untersuchung hatte ihre militärische Untauglichkeit festgestellt. Alle, die sich für untauglich hielten, waren 14 Tage zuvor aufgefordert worden, ihre Namen und Näheres über ihren Gesundheitszustand einzuschicken. Eine Woche später waren sie aufgefordert worden, anzugeben, wohin sie sich wenden würden, falls sie das Lager verlassen dürften; nur wenige englische Untertanen äußerten den Wunsch, das Lager zu verlassen, falls man es ihnen nicht gestatte, nach England zurückzukehren, wegen der in Deutschland herrschenden feindlichen Stimmung. Seit dem 7. März waren bedeutende Aenderungen in der Nahrungsmittellieferung eingetreten; Dank den Erkundigungen Rittmeister von Müllers war der bisherige Lieferant seines Amtes enthoben worden. Man vermutete im Lager, daß die amerikanischen Behörden, die Nachforschungen beschleunigt hatten. Die tägliche Ration ist über ½ Pfund Brot, mehr als die deutsche Bevölkerung erhält, es wird jedoch vermutet, daß eine Beschränkung der Ration bevorstehe. Brot ist in der Kantine nicht mehr erhältlich. Für die übrige Nahrung hat die deutsche Regierung 60 Pfg. pro Kopf festgesetzt. Der Ausschuß kauft pro Mann täglich 100 Gramm Fleisch (Knochen inbegriffen), meist Schweinefleisch, auch Schaffleisch, seltener Ochsenfleisch. Es wird in der Suppe gekocht und mittags erhält ein jeder ein Stück Fleisch, in der Größe eines Koteletts zur Suppe. Der nachbleibende Rest wird in der Baracke, die bei der Essensverteilung zuletzt an die Reihe kommt, verteilt; die Baracken wechseln in der Reihenfolge ab. Einmal in der Woche besteht das Mittagessen aus Wurst und Reis mit Pflaumen, Wurst wird auch abends zum Tee oder Kaffee verteilt. Für die Ersparnisse bei der Lebensmittellieferung und den Gewinn in der Kantine werden

Digitized by Google

Kleidungsstücke für die Unbemittelten gekauft. Das Fleisch wird durch zwei der Gefangenen, einem Tierarzt und einem Metzger untersucht; es wird von Schiffsköchen aus dem Internierten-lager gekocht. Das Essen ist gut zubereitet, die Speisen wohlschmeckend. Die beiden oben Genannten haben alle aus der Heimat gesandten Pakete erhalten. Anfänglich dauerte es vier Wochen, bis die Pakete aus England das Lager erreichten, jetzt 10—12 Tage. Die Beamten sind in der Zustellung von Geldsendungen an die Gefangenen peinlich ehrlich. Sie zahlen jedoch Geldsendungen nur in Silber oder Papier aus. Gefangenen, die ein Konto besitzen, werden alle zwei Wochen 20 Mark ausgezahlt, eine Extraauszahlung von 20 Mark kann zur Anschaffung von Kleidern, Stiefeln etc. erlangt werden, wenn dies als notwendig bewiesen wird. Schreiben darf jetzt jeder wöchentlich eine Postkarte von 9 Zeilen, monatlich einen Brief von 4 Seiten, außerdem Geschäftsbriefe, wenn ihre Notwendigkeit genügend begründet werden kann. Es ist ein dramatischer Verein gegründet worden, der kürzlich seine erste Vorstellung veranstaltete „Androcles und der Löwe" von Shaw. Der Zutritt war frei. Die Sitze kosteten jedoch 20 und 30 Pfg., nicht nach dem Rang der Plätze, sondern je nach den Mitteln der Käufer. Baron Taube und Graf Schwerin halten es für ihre Pflicht, an allen von den Gefangenen ausgehenden Veranstaltungen teilzunehmen und begrüßen die Versammlung zum Schluß durch eine kurze Dankesrede. Seitdem die Verpflegungsschwierigkeiten behoben sind, haben sich die Beziehungen zwischen den Beamten und Gefangenen bedeutend gebessert. Vor einem Monat wurden alle englischen Untertanen aus den Kolonien von neuem interniert. (Misc. Nr. 7, 1915, p. 81.)

Offizielle amerikanische Berichte

Wir kommen nun zu den Begleitbriefen der offiziellen amerikanischen Berichte vom 8. Juni 1915. (Misc. Nr. 13, 1915.)

Mr. Gerard an Mr. Page.

Amerikanische Botschaft, Berlin, 8. Juni 1915.

Sir; ich habe die Ehre, Ihnen hiermit die dreifache Abschrift eines Berichts des Herrn G. W. Minot über die Zustände des englischen Zivilgefangenenlagers Ruheleben bei Spandau zu übersenden. Ich gestatte mir hinzuzufügen, daß die Pflichterfüllung und das Entgegenkommen der Lagerbehörden behörden bewunderungswert sind und ihre Beziehungen zu unserer Botschaft höchst angenehme. Bessere Lagerkommandanten als Baron Taube und Graf Schwerin könnte man sich gar nicht wünschen.

James W. Gerard.

Der letzte Satz ist besonders bemerkenswert. Kein Lob könnte eindringlicher lauten.

Mr. Minot an Mr. Gerard

3. Juni 1915.

Sir; ich habe die Ehre, Ihnen folgenden Bericht zu übersenden mit Mitteilungen über die verschiedenen Verbesserungen, wie sie im Zivilgefangenenlager Ruhleben bei Spandau seit November 1914 vorgenommen worden sind.

Von 4500 englischen Zivilgefangenen in Deutschland befinden sich 4000 in Ruhleben, 500 in anderen kleineren Lagern. Die deutsche Regierung hatte befohlen, daß alle kleinen Lager aufgehoben werden sollten, sodaß sich demnächst sämtliche englischen Zivilgefangenen in Ruhleben befinden werden. Um das Lager den neuen Bedürfnissen entsprechend zu vergrößern und die nötigen Quarantäne-Maßregeln zu treffen, waren längere Erörterungen vonnöten, doch ist anzunehmen, daß demnächst alles erledigt sein wird. Die Vermehrung der Gefangenenzahl bedingt den Bau neuer Baracken. Dieselben waren schon meistenteils zu Beginn des Krieges überfüllt. Es sind 8 neue Baracken zu je einem Stockwerk errichtet worden. In jeder Baracke können 120 Mann untergebracht werden. Diese Baracken sind aus Holz gut gebaut, kräftig gedielt, mit großen Fenstern. Die Dächer sind mit wasserdichter Teerpappe bedeckt und die Wände zum Schutz gegen Regen gestrichen. Bei den vier jetzt bewohnten Baracken sind kleine Räume für die Wächter angebaut. In den neuen Baracken wird dies unterlassen, da man die Nachtwache bald abschaffen wird. Die letzten neuen Baracken sind für Kranke und schwächliche Personen besonders eingerichtet. Die Baracken sind durch Seitenwände in kleinere Abteilungen eingeteilt und zwei Wasserklosetts sind eingerichtet. Ein neues Waschhaus ist errichtet worden nebst Duschenbad und Waschtrögen.

Digitized by Google

Durch die Errichtung der neuen Baracken, die Ueberführung von über 100 Personen in Dr. Weilers Sanatorium und die Entlassung von ungefähr 100 Gefangenen haben sich die Wohnungsverhältnisse gebessert, besonders in den überfüllten Speicherräumen. 20 Prozent der Bewohner der Speicher wurden versetzt, und man nimmt an, daß, sobald die neuen Baracken bewohnbar sein werden, andere 55 Prozent die Speicher werden verlassen können. Die bedeutendste Verbesserung der letzten zwei Monate war die Bewilligung, den Rennplatz vormittags von 8—12, nachmittags von 2—5 benützen zu dürfen, der gewonnene Raum bietet Gelegenheit zu allen möglichen Rasenspielen; das nötige Material wurde vom Lager geliefert, ein Fußballplatz und ein kleiner Golfplatz sind angelegt worden. Dieses Grundstück bietet allen Gefangenen Gelegenheit, an körperlicher Bewegung im Freien teilzunehmen. Andere können sich draußen hinsetzen und den Spielen zusehen. Die Erlaubnis, die Tribünen zu benutzen, wurde später von 8 Uhr morgens bis 8.30 Uhr abends ausgedehnt. Die Tribüne ist aus Ziegeln und Zement gebaut, unterhalb der Sitzreihen befindet sich eine Halle, in der ein ganzes Theater eingerichtet ist, mit Bühne, Orchesterraum, Szenerie, Garderobe etc. Aufführungen verschiedenster Art von Shakespeare bis zu Varietévorstellungen werden fast jeden Abend veranstaltet. Die kleinen Räume beim Totalisator werden zu Ateliers und Studienräumen benützt. In anderen Räumlichkeiten sind eine Tischlerwerkstatt, eine Schneiderwerkstatt, ein Barbier und ein Schuhflicker untergebracht. Die Sitzreihen der Tribüne werden zu Schulzwecken und Vorlesungen benützt, die sehr systematisch geleitet sind; die Behörden haben für Wandtafeln und anderen Zubehör gesorgt.

Es folgt ein günstig klingender Bericht über Dr. Weilers Sanatorium. Ueber dies Sanatorium sind die persönlichen Aussagen sehr verschieden gewesen. Mr. Minot führt darauf die verschiedenen Verbesserungen an, die im Lager von Ruhleben stattgefunden hatten, in folgenden Rubriken: Wäscherei, Weißwäscherei, Betten, Zahnarzt, Post etc., er fährt in seinem Bericht fort: Man ersieht aus obigem, daß bedeutende Verbesserungen im Lager stattgefunden haben. Graf Schwerin, Baron Taube und die anderen Lagerbehörden taten alles, was in ihrer Macht stand, um diese Fortschritte zu fördern. Sie wurden darin von den Lagerbeamten unterstützt. Ein allgemeiner Aufschwung der moralischen und physischen Zustände des Lagers ist das Resultat dieser Verbesserungen. Der Gesundheitszustand im Lager war im allgemeinen vorzüglich, eine leichte Masernepidemie ausgenommen, kamen keine anderen Infektionskrankheiten vor. Die Besserung in der Lebensmittellieferung und Verpflegung hat fast alle früheren Klagen beseitigt. Die Arbeit schreitet fort und die Zustände bessern sich zusehends und stetig. Ich übersende Ihnen den Plan des Lagers, auf dem alle genannten Gebäude und Plätze bezeichnet sind. Ich füge noch außerdem eine Anzahl Programme der in Ruhleben veranstalteten verschiedenen Veranstaltungen und Spiele hinzu...

Einige Vergleiche

In einer Note vom 28. Juni 1916 (Misc. Nr. 25, 1916) tadelt Mr. Gerard strenge noch einige in Ruhleben bestehende Mißstände. Der Brief klingt auffallend anders, als die anderen Berichte: „Es ist unstatthaft, daß gebildete Leute zu sechsen in einem Pferdestall zusammengepfercht werden. In einigen der Dachräume stoßen die Lagerstätten aneinander. Das Licht reicht nicht zum Lesen aus und Lesen ist eine unentbehrliche Beschäftigung für diese unglücklichen Leute, wenn sie noch einen ganzen Winter in Gefangenschaft verbringen sollen. Auf dem Speicher oberhalb der Ställe sind die Zustände noch schlimmer."

Der Bericht Bischof Burys (Mein Besuch in Ruhleben) lautet: „Ich weiß nicht, ob unsere Internierungslager in Newbury*) oder die Rennbahn von Reading, oder die Verwendung von Rennbahnen zur Ausbildung unserer eigenen Leute (wie dies in Kempton Park geschah), die Ursache davon war, daß Ruhleben im November 1914 als Internierungslager für Zivilisten bestimmt wurde. Ohne daß ich eigene Beschreibungen hinzufüge, ist leicht zu verstehen, was sie gelitten haben, ehe die notwendigen Einrichtungen getroffen waren .... Die gerahmten Ställe sind jetzt mit Schlafstellen ausgestattet. Der breite, steingepflasterte Korridor bietet Luft und Raum, und die Speicher sind für ihren jetzigen Gebrauch sehr geeignet. Ich ziehe die Speicher den

*) In Newbury beklagte man sich über den Mangel an Beleuchtung.

Digitized by Google

Ställen vor, weil sie Gänge haben, aus denen man hinaussehen kann, während die Fenster in den Ställen sehr hoch angebracht sind. Ich habe häufig Teebesuche in den Ställen gemacht. Einmal war wieder eine ganze Gesellschaft von 16 Personen beisammen zusammengedrängt, jedoch ganz bequem."

Bischof Bury kennt Gefangenenlager in Deutschland und England. Seine Eindrücke sind umso wichtiger. Wir müssen in Betracht ziehen, daß er eine ganze Woche lang unter den Gefangenen in Ruhleben verbrachte. Von unserer Seite ist niemand aufgefordert worden, eine ganze Woche in einem Gefangenenlager zu verbringen. Bischof Bury erzählt: „daß, als die Obrigkeit kürzlich den Vorschlag machte, ein neues Lager für 600 Mann in Havelburg zu errichten, um der Ueberfüllung abzuhelfen, die Leute sofort die Behörden baten, davon Abstand zu nehmen, da sie nach so langer Zeit es vorzögen, da zu bleiben, wo sie waren."

Vor etwas jedoch muß ich den Leser, der Bischof Burys Buch zur Hand nimmt, warnen. Die Zustände im Lager während der durch seinen Besuch verursachten Aufregung, waren sicherlich nicht die gewöhnlichen. Die fürchterliche Einförmigkeit des Lagerlebens drängt sich daher in diesem Buche nicht so augenscheinlich auf. Es besteht jedoch, fürchte ich, kein Zweifel darüber, daß das Lagerleben überall (nicht nur in Ruhleben) „unerträglich" werden muß. Jahrelang, Tag und Nacht, sich mit über 1000 Mitgefangenen in einer großen Halle wie Alexandrapalast zusammen zu befinden, muß auf sensible Naturen zerstörend wirken. Jedoch sollten wir daraus nicht schließen (um Dr. Sigmund Schulze anzuführen), daß wir in bezug auf Kriegsgefangenenbehandlung berechtigt sind, anderen Vorwürfe zu machen, sondern vielmehr, daß wir energisch an der Beendigung des Krieges zu arbeiten haben.

Dr. Cimino, der sehr natürlicherweise antideutsch gesinnt ist, schreibt:

„Das einzige, worunter wir in Ruhleben wirklich gelitten haben, war die Kälte. . . . Tatsache ist, daß er (Graf Schwerin) ein so gutmütiger, alter Soldat war, wie nur je einer, der in eine englische Frau verliebt gewesen ist und seine englischen Gefangenen aufrichtig liebte . . . Bei den Konzerten war er regelmäßig anwesend, et pour cause: er liebte nämlich Musik leidenschaftlich. Zum Schlusse pflegte er eine kleine Ansprache zu halten. Aber eines Abends ließen wir ihn hoch leben, ‚denn er ist ein famoser, netter Kerl'." (Hinter Gefängnisgittern in Deutschland S. 95.)

Was die Nahrung betrifft, so dürfen wir nicht vergessen, daß die Blockade und der von den Alliierten auf die neutralen Staaten ausgeübte Druck immer wirksamer wurde. Im Oktober 1915 schrieb Mr. Gerard über Ruhleben:

„Die Nahrungsmittelversorgung ist vorzüglich, die Gefangenen kümmern sich selbst um die Küche; diejenigen, die in der Küche sind, werden vom englischen Fonds bezahlt, ausgenommen die 150 ℳ, die von den deutschen Behörden als Gehälter an die Köche bezahlt werden. Auf Wunsch erhalten die Gefangenen Brotkarten und können sich Brot, Kriegsbrot, wie wir es alle in Deutschland essen und das ganz schmackhaft ist, zum Preise von 55 Pfg. für den Laib verschaffen. Sie erhalten auch zu sehr viel geringerem Preise, als es in Berlin möglich ist, Essen in der Kantine, unter den Herstellungskosten." (Misc. Nr. 3, 1916.)

Die billigen Preise waren gleichwohl durch die Beiträge der englischen Regierung zum Lagerfonds ermöglicht. Am 22. Februar 1917 sprach Lord Newton im Oberhause über die Kriegsgefangenenfrage. Folgender Auszug ist aus dem Daily Telegraph:

„Es ist von keinem Nutzen, die Zustände der Kriegsgefangenenlager in Deutschland oder anderwärts zu übertreiben. Es entspricht weder der Wahrheit, noch hat es irgendeinen Zweck, das Gefangenenlager von Ruhleben als eine Art Hölle auf Erden darzustellen, wie dies andauernd geschehen ist, und die internierten Lager in England damit als wahre Paradiese zu vergleichen. Redner beklagt das Elend der Leute. Es ist aber ein Irrtum, anzunehmen, daß die Zivilgefangenen in Ruhleben es schlechter haben, als unsere Militärgefangenen. Ohne Sympathie für Deutschland zu empfinden, kann man trotzdem vermuten, daß sich die Zustände in Ruhleben sehr gebessert haben. Diese Zustände haben sich nicht durch das Vorgehen der deutschen Regierung gebessert, sondern vielmehr infolge ihrer Inaktivität. Sie gestatten es den englischen Gefangenen, neue Einrichtungen zu treffen und die Zustände erträglicher zu gestalten. Es sind kürzlich einige Gefangene von Ruhleben nach Eng-

Digitized by Google

land zurückgekehrt. Von ihnen sind ausführliche Berichte zu erhalten, außerdem kann sich ein jeder nach den Aussagen Bischof Burys bis zu einem gewissen Grade ein eigenes Urteil bilden. Redner kann nicht begreifen, warum Bischof Bury in England so vielfach angegriffen worden ist. Er ging mit der Erlaubnis der deutschen Regierung nach Deutschland, besuchte Ruhleben, lebte im Lager und gewann einen Einblick in die Verhältnisse. Er berichtet genau das, was er gesehen hat und wurde daraufhin beschuldigt, unzuverlässig und prodeutsch gesinnt zu sein."

Urlaub

Von Interesse ist auch folgender Privatbericht:

„Einer meiner Neffen, der in Ruhleben interniert ist, erhielt einen 14tägigen Urlaub, um Bekannte in Deutschland zu besuchen, deren Sohn in England gefangen ist. Mein Neffe wurde geradezu mit überwältigender Freundlichkeit aufgenommen. Seine Briefe klingen höchst interessant und rührend."

Gegenmaßregeln im guten Sinn sind doch wohl die praktischsten Mittel, die es gibt.... Andere Gefangene erhielten ebenfalls Urlaub und eine große Anzahl wurde ganz entlassen. Zu Weihnachten 1916 erhielten die meisten englischen Lagerangestellten in Ruhleben einen dreitägigen Urlaub, um nach Berlin zu fahren.

Tätigkeit der Gefangenen

Wir können mit Recht stolz sein auf die organisatorischen Talente der englischen Gefangenen in Ruhleben und auf ihre Energie, mit beschränkten Mitteln das Möglichste zu leisten. Die Schwierigkeiten, die sie dabei zu überwinden hatten, forderten ihren Erfindungsgeist heraus .....

Sechs Studenten aus Ruhleben absolvierten im Dezember 1916 in London die Universitätsprüfung, einer später noch mit gleichem Erfolg in Edinburgh (Observer 26. August 1917). In Anbetracht dessen, daß andauernde Gefangenschaft die Konzentrationsfähigkeit benachteiligt, ist dies außerordentlich.

Daß so etwas in Ruhleben möglich war, gereicht der englischen Fähigkeit und ihrer Ausdauer zur Ehre. Wir müssen ebenfalls bedenken, daß so etwas nicht möglich gewesen wäre, wenn die Deutschen sich tatsächlich als Barbaren gezeigt hätten.

Ein gut gesinnter Feind

Als Bischof Bury während seines Aufenthaltes im November 1915 fragte, was er den Gefangenen in Ruhleben sagen dürfte, erwiderte General Friedrich: „Ich bitte Sie, Ihr Möglichstes zu tun, um Ihre Landsleute aufzurichten und zu ermutigen. Appellieren Sie an ihren Patriotismus und ihre Männlichkeit. Es wird Sie niemand stören. Sie werden keine Zuhörer haben und unbeaufsichtigt sein. Wir schenken Ihnen volles Vertrauen und haben keineswegs den Wunsch, das Nationalgefühl irgend jemandes, der sich in deutscher Gefangenschaft befindet, zu beleidigen." („Mein Besuch in Ruhleben", p. 21.)

„Diese Worte", sagte der Bischof, „machten mir den Eindruck, direkt aus dem Herzen des Sprechers zu kommen." Manche der Leser werden sich skeptisch dazu stellen, doch sind die Worte auch durch die Tat bewiesen. Der Bischof sprach zu den Leuten über den Krieg und die Truppen und erzählte von seinen Kriegserfahrungen. „Ganz so, als spräche ich zu meinen Landsleuten hier zu Lande." Darauf wurde die englische Flagge aufgezogen und man sang „God save the King". Der Bischof hatte dabei nicht die Zeit, die Auslassung des zweiten Verses zu veranlassen, und man ist stolz darauf, daß die englischen Gefangenen trotz ihrer patriotischen Erregung diesen Vers beim Singen von selbst ausließen. Die ganze Szene brachte auf beiden Seiten das heraus, was an den Leuten am wertvollsten war. Bischof Bury erzählte dem deutschen Stab, daß sie bei der Versammlung alle zusammen „Schenk ihm den Sieg" gesungen hätten. Man lächelte nachsichtig.

Kriegsterror

Viel Vorteilhaftes wäre noch anzuführen. Leider werden diejenigen, die von den Deutschen Gutes berichten, der Deutschfreundlichkeit bezichtigt. Dies ist eine traurige, aber wahre Tatsache. Einer der Leute sagte mir einmal: „Ich muß mir meinen Lebensunterhalt verdienen, könnte man meine Identität in meinen Aussagen feststellen, so wäre ich ruiniert, ich bin bereits materiell schwer geschädigt. Im Privatgespräch werde ich aber stets, was auch kommen mag, die Wahrheit zu berichten." Die Kriegsvorurteile verlangen in der Tat imer nuv eine Art Geschichten zu hören und rächen sich an solchen, die

Digitized by Google

das sagen, was sie nicht zu hören wünschen, und so wird durch Unterdrückung die Wahrheit, deren wir so dringend zur Heilung unserer Wunden bedürfen, immer wieder aufs neue gedämpft. Eine Lehrerin schrieb mir: „Ich bin aufnahmefähig genug, um die guten Seiten des Feindes anzuerkennen, dies jedoch meinen Schülern mitzuteilen, ist eine andere Sache. Es wäre sehr unklug von mir, denn mein tägliches Brot hängt von der Schule ab." Der Herausgeber eines Provinzblattes schreibt ebenfalls: „Wenn man mit seinem Lebensunterhalt vom Publikum abhängt, so bedenkt man sich zweimal, ehe man seine Ansicht ausspricht."

Die letzten Tage in Ruhleben

Mr. Sylvester Leon berichtet uns einiges über die letzten Tage in Ruhleben (Herald, 4. Januar 1919):

„Die Soldaten sind auf Eurer Seite, sagte Mr. Powell zu den Internierten. Mit dem Siege der Revolution wuchs auch die Sympathie, die in den Tagen der alten Regierung zwischen Gefangenen und deutschem Militär bestanden hatte. Sie wurde im Lager allgemein; die Offiziere flohen oder kapitulierten mehr oder minder gutwillig; Soldaten- und Arbeiterräte regierten in den Städten des ‚Vaterlandes'. Ueber Mitteleuropa ging die Aera der Sozialdemokratie auf. ..... Es ist nur billig, zuzugestehen, daß die Ruhlebener Mannschaft in ihrer Pflichterfüllung loyal ausgehalten hat. Als man es ihnen nach Belieben freistellte, nach Hause zurückzukehren, machten sie keinen Gebrauch davon, sondern blieben bis zur Auflösung des Lagers freiwillig auf ihrem Posten. Von historischem Interesse ist, daß die rote Fahne, die als Symbol des revolutionären Sieges am Flaggenbaum des Lagers flatterte, aus der Zelle eines Internierten stammte. Sie wurde von einem anderen Internierten, Dr. phil. und Mitglied unserer kleinen Lagerschule, rot gefärbt und den Soldaten übergeben... Den ersten Eindruck, den man außerhalb des Lagers empfing, war der der furchtbar ernsten Lebensmittelfrage. Keiner, der es mit angesehen hat, wird den Anblick der hungernden Frauen und Schulkinder vergessen, die an den Pforten von Ruhleben standen und die Gefangenen mit Bitten bestürmten, als diese hinauszogen. Denn nur die Internierten besaßen noch überflüssige Nahrungsmittel. Die Ruhlebener gaben, was sie konnten. Sie hatten die nackte Wirklichkeit vor Augen. Und die Bevölkerung Spandaus kam in noch größeren Massen heran, um uns glückliche Reise zu wünschen. Das Lebewohl, das sie uns boten, war erstaunlich in seinem Enthusiasmus, auffallend und zugleich rührend in seiner freimütigen und sichtbaren Aufrichtigkeit." ....

Englische Lager Bericht über Knockaloe

Die uns zur Verfügung stehenden Berichte über unsere eigenen Internierten-lager datieren erst vom März 1916.*) Im Mai 1916 waren die Lager noch immer etwas mangelhaft eingerichtet. In dem amerikanischen Bericht vom 18. März 1916 über Knockaloe lesen wir:

„Die Baracken werden jetzt wasserfest gemacht und durch Filz und Teerpappe vor Wind und Wetter geschützt **)." Und in Bezug auf Gesundheitsbedingungen heißt es: „Seit unserem letzten Besuch sind sanitäre Verbesserungen getroffen worden.... In dem Lazarett-Lager 4 ist für die Kranken und Rekonvaleszenten ein Aufenthaltsraum errichtet worden; zum Waschen der Wäsche ist ebenfalls ein neuer Ausguß gemacht worden, es sind neue Latrinen eingerichtet; man scheint im Lazarett daran zu gehen, die Zustände zu verbessern. Da das Lager 4 die größte Anzahl älterer Leute besitzt, so befinden sich im Lazarett auch mehr Kranke, als andeswo, und es war ziemlich überfüllt. ...In dem Isolierlazarett fanden wir nur ein Bad und eine Wasserleitung, für alle die Leute, die an den verschiedensten ansteckenden Krankheiten litten. Wir machten die Behörden darauf aufmerksam, man versprach uns Beachtung. Es sind in allen Lazaretten sanitäre Verbesserungen notwendig, ausgenommen vielleicht im Lager 1. .... Es gingen Klagen ein über mangelhafte Lazarettbehandlungen, besonders für Augen, Ohren und Zähne. Die Leute beschwerten sich, daß es an ausreichenden Behandlungsmöglichkeiten fehle." Die letzten Klagen stimmen merkwürdig mit einigen in Ruhleben überein. (Misc. Nr. 3, 1916, Seite 3, 15 und 16.) .....

*) Der frühere Bericht des Internationalen Roten Kreuzes bringt wenig Ausführliches.

**) Vergl. den Bericht über Ruhleben vom 3. Juli 1915 (Seite 26 ff).

Digitized by Google

Die Berichte über Knockaloe klingen keineswegs begeistert, doch waren mannigfache Verbesserungen in Angriff genommen worden und es wurden noch mehr von dem neuen Kommandanten erhofft. „Der neue Kommandant, der erst seit zehn Wochen da ist, scheint das Vertrauen der Leute gewonnen zu haben. Er scheint alles, was in seiner Macht steht, zu tun, um die Zustände zu bessern. Wegen Anschaffung von Material für die Baracken, wie Filz, Dachpappe usw., hatte er manche Schwierigkeiten zu überwinden. Doch sagte er uns, daß er die Sache in die Hand nehmen und der Verbesserung die nötige Aufmerksamkeit schenken werde. Der Gesamteindruck des Lagers ist besser als bei meinem ersten Besuch. (Siehe Bericht vom 8. Juni 1916.) Man vernahm weniger Klagen und die Gefangenen schienen zufriedener."

Ein englischer Kommandant

Es ist mißlich, daß wir den früheren Bericht, auf den wir verwiesen werden, nicht einsehen dürfen. Doch ist es immerhin tröstlich, zu wissen, daß der neue Kommandant, Col. F. N. Panzera, sich als ein christlich gesinnter Mann erwies, der für die unglücklichen Leute, die seiner Fürsorge unterstellt waren, tatsächlich aufrichtige Sympathie empfindet. Gleich manchem anderen Lagerkommandanten, hier wie in Deutschland, hat er trotz verschiedenartiger Schwierigkeiten getan, was er konnte. Er ist seitdem leider gestorben, deshalb steht es uns wohl frei, die Worte, die er zu Weihnachten 1916 an die ihm unterstellten Gefangenen richtete, anzuführen. Es ist ein seltsamer Gedanke, sich vorzustellen, daß es seiner Stellung geschadet hätte, wenn diese einfachen, wohlgemeinten Worte bei seinen Lebzeiten veröffentlicht worden wären.

„Ich bedauere, daß die große Ausdehnung des Lagers es mir nicht gestattet, Sie alle persönlich zu begrüßen. Es würde, fürchte ich, wie Hohn klingen, wenn ich Ihnen ein fröhliches Weihnachtsfest wünschte, doch wünsche ich Ihnen, daß es so fröhlich sei, wie es unter diesen Verhältnissen sein kann. Aufrichtig und von Herzen wünsche ich Ihnen ein gutes neues Jahr. Möge das neue Jahr uns den Frieden bringen und Sie in Ihre Heimat zu Ihren Lieben zurückführen. Möge die Zukunft Ihnen Glück und Wohlstand bereiten und dadurch die schlimmen Tage der Gegenwart verwischen. Ich möchte Ihnen allen bei dieser Gelegenheit meine höchste Anerkennung aussprechen für das im ganzen Lager während des letzten Jahres vorherrschende gute Betragen. Nur sehr geringe Versehen sind vorgekommen, wie es ja bei einer so gemischten Gemeinschaft von 25,000 Leuten nicht anders sein kann. Im allgemeinen aber war die Führung ausgezeichnet, was die Aufgaben Ihrer Vorgesetzten sehr erleichtert hat. Nochmals ein möglichst gutes Fest und ein sehr viel besseres neues Jahr." . . . . .

Beispiel für Gerüchte und Tatsachen

Ich habe keinen Wert darauf gelegt, nachteilige „unoffizielle Berichte und Gerüchte" über Zustände in unseren und anderen Interniertenlagern anzuführen. Was ungünstige Kritik über unsere Lager sagt, können wir im Woman's Dreadnought (Band III, Seite 551) lesen. Der packende Aufruf der Lageraufseher von Knockaloe ist ebenfalls, auf Seite 561, abgedruckt. Es ist ein törichter hysterischer Brief. Die Hysterie, die in diesem Brief zum Ausdruck kommt, wundert mich in keiner Weise und ich muß gestehen, daß manches darin einen starken Eindruck auf mich gemacht hat. Die Verzweiflung der Internierten verhilft ihnen leider nicht zu einem weisen Urteil, hier wie drüben, und für diese Verzweiflung sind wir alle in jedem Lande bis zu einem gewissen Grade verantwortlich. . . . . .

Folgendes ist bezeichnend: Die Bevölkerung einer Stadt, in der sich ein Interniertenlager befand, geriet in Empörung, weil die Nachricht verbreitet wurde, einige feindliche Gefangene hätten Eisenbahnwagen ins Rollen gebracht, um sie gegen einen eintreffenden Passagierzug loszulassen. Ein Freund von mir konnte zufällig dem Ursprung dieser Geschichte nachgehen: „Die Wagen waren auf einem Abhang von selbst ins Rollen geraten. Zwei oder drei der feindlichen Gefangenen büßten fast ihr Leben ein, setzten sich jedenfalls großer Gefahr aus, um mit riesiger Anstrengung die Wagen aufzuhalten." So konnte in allernächster Nachbarschaft eines Lagers eine so tapfere Handlung durch öffentliche Leidenschaften in etwas Fürchterliches verwandelt werden. Man kann sich vorstellen, wie die Phantasie in den eroberten Gebieten wirkt! Jeder, der die Kriegsgreuel zu ergründen sucht, sollte dem Rechnung tragen. . . .

Digitized by Google

Repressalien im Guten.

Gegen die Erbitterung

Ich fürchte, daß bei uns, ebenso wie in Deutschland, unter den heimgekehrten Zivilgefangenen große Erbitterung herrscht. Man wird sich oft nicht darüber klar, wie oft finanzieller Ruin, Not, Krankheit, Tod die Folgen der Gefangenschaft sind. Der Mann ist interniert, Weib und Kind befinden sich in kläglicher Armut. Vielleicht ist die Frau zart, sie erkrankt und stirbt. In dem Gemüt der Leute, die solches in der Gefangenschaft erdulden, setzt sich gärende Bitterkeit fest und wird durch den seelischen Druck immer schlimmer. Man kann es von den Gefangenen kaum erwarten, daß sie den Lagerautoritäten ein gutes Andenken bewahren. Ein jeder, der unter Gefangenen gearbeitet hat, ist von ihrer Erkenntlichkeit gerührt gewesen, aber Bitterkeit ist stahlhart und tief in ihre Seelen gedrungen. Es ist vielleicht ganz nützlich, wenn wir uns klar machen, daß eine viel größere Anzahl von Zivilgefangenen in England in den Interniertenlagern geschmachtet hat. Wir wollen ihre Bitterkeit nicht durch unwürdige Kränkungen und Groll vermehren. Männer, die eine lange Zeit der Gefangenschaft ohne eigenes Verschulden erlitten und Feinden das Leben gerettet haben, ihre heroische Tat aber als gemeinen Mordversuch hingestellt sehen, müssen jeden Glauben an Gerechtigkeit verlieren. Ein Uebermaß an Großmut wäre viel weiser. Die Welt bedarf keiner neuen Apostel des Hasses. Laßt es uns versuchen, keinen neuen Haß zu schüren. . . .

Deutsche Arbeit an den Gefangenen

Die Mitteilungen, die dieses Kapitel enthält, verdanke ich hauptsächlich dem Friends Emergency Committee. Die meisten derselben erschienen bereits anderswo. Folgendes ist der Abdruck eines Briefes des Bischofs von Winchester an den Herausgeber der Times. Er erschien am 26. September 1916.

„Sir; nachfolgende Tatsachen können, falls sie bei Ihnen Aufnahme finden, inmitten all unseres Kriegselends und Jammers von Interesse sein und zur Ermutigung dienen. Der Ausdruck Repressalien wird oft im Kriege und auch in der Politik gebraucht; grausame Gegenmaßregeln werden Gott sei Dank von dem Gewissen und dem Instinkt der Völker verurteilt. Dies bezieht sich auf Repressalien im üblen Sinne. Seltner, wenigstens oberflächlich betrachtet, sind die gutgemeinten Gegenmaßregeln; hier ist ein solcher Fall:

Zu Beginn des Krieges vereinigten sich die Mitglieder der Society of Friends und andere Vereine zur Unterstützung feindlicher Untertanen, die durch den Krieg ins Unglück geraten waren. Deren Schicksal war oft ein klägliches. Wären ihnen die Mitglieder des Unterstützungskomitees nicht zu Hilfe gekommen, so wären sie durch den Druck der Verhältnisse, die feindliche Gesinnung ihrer früheren Freunde, den plötzlichen Verlust des Lebensunterhaltes, Internierung der Männer und erzwungene Beschäftigungslosigkeit, an den Rand der Verzweiflung gebracht worden. Das Komitee erwies Tausenden von Familen materielle Hilfe und was noch mehr ist, brachte heilende, menschenfreundliche Gesinnung zu den Männern ins Lager und zu den meist in England geborenen, verlassenen Frauen und Kindern. Es war ebenfalls zu Beginn des Krieges, daß eine Gesellschaft in Berlin zum gleichen Zweck zusammentrat. Sie erfuhr, was in England durch das Komitee geleistet wurde. Dies regte ihren Eifer an. Seitdem haben die beiden Vereine in engster Berührung miteinander gestanden und haben gegenseitig danach gestrebt, das, was beim „Feinde" drüben geschah, ehestens zu erwidern.

Das Berliner Komitee beschäftigte sich damit, englischen Frauen, die nach Deutschland kamen, um ihre Gatten in Ruhleben zu besuchen, Reiseermöglichung, Erleichterung und Unterkunft zu verschaffen und bemühte sich erfolgreich, die Arbeit anderer Vereine in Deutschland zum besten der Kriegsgefangenen zu unterstützen und zu vereinigen. Ende Juni kam zum besten dieser Arbeit eine Versammlung in Berlin zusammen, und zwar im Hause des Fürsten Lichnowski, des früheren Botschafters in London, der, um den Vorsitz zu führen, eigens von der Front gekommen war.

Viele angesehene Damen und Herren waren zugegen, es kam eine Sammlung von 8000 Mark zustande.

Meine Gründe, warum ich Ihnen diese Mitteilung mache, sind zweierlei, erstens: das Berliner Komitee verbreitet unausgesetzt in den deutschen Zeitungen und in anderen Blättern Berichte über die Tätigkeit des englischen Komitees und auch darin sollten wir es ihnen gleichtun; zweitens können

Digitized by Google

wir nicht dankbar genug dafür sein, daß wir in der Lage sind, Beispiele allgemeiner Menschenfreundlichkeit auch bei unseren Feinden zu erbringen, so nationalen Haß und nationale Vorurteile überbrückend, bei welcher Arbeit Dr. Sigmund Schultze und seine Kollegen so großen Eifer und Tätigkeit entwickeln. Mir persönlich sind die Namen vieler Personen in Deutschland bekannt, die an diesem Werke Anteil haben und ich bin von ihrer Aufrichtigkeit und ihren guten Absichten (wie auch ihr Standpunkt England und dem Krieg gegenüber sein mag) so fest überzeugt, wie wenn es meine eigenen Landsleute wären. Dies mag vielleicht zu meiner Entschuldigung dienen, daß ich Ihre Zeit in Anspruch nehme.

Edw. Winton, Farnham Castle Surrey, 27. September."

Dr. Rotten schrieb am 8. März: „Nur ein paar Zeilen, um Ihnen mitzuteilen, daß die zweite Sendung heute aus Bern eingetroffen ist. Sie enthielt die übrigen Berichte Ihrer Arbeit, nämlich 25 Exemplare Ihres vierten Berichtes, und 100 Abschriften von ‚Ein Tag in St.-Stephans-Haus'. Wir sind sehr erfreut, diese lebendigen Darstellungen Ihrer Unterstützung deutscher Gefangener in England so vielen zugänglich machen zu können, da unsere Erfahrung uns gelehrt hat, daß direkte Mitteilungen mehr Eindruck machen, als unsere verkürzten oder unverkürzten Uebersetzungen. Soeben sind zwei verschiedene kurze Ueberblicke über die Ziele unserer gegenseitigen Hilfsarbeit in England und Deutschland von zwei Zeitungen aufgenommen worden; wir hoffen, Ihnen demnächst davon eine Abschrift senden zu können. Von Herzen dankbar, mit besten Grüßen im Namen aller." ....

Verwandte der Gefangenen in Ruhleben

Von Dr. Rotten: „Als im April v. J. nach wiederholtem Ansuchen vor unserer Seite regelmäßige Besuche der Frauen und Kinder endlich erlaubt wurden, waren die Bestimmungen noch ziemlich streng. Als besondere Last wurde es empfunden, daß Mann und Frau beim Wiedersehen durch einen Tisch getrennt waren. Die Besuche verliefen jedoch befriedigend und die Einschränkungen wurden nach einigen Wochen gemildert. Jetzt dürfen die Besucher sich im Lager frei bewegen und mit ihren Angehörigen reden. Die Erlaubnis wurde in der Tat auch bald auf Mütter, Schwestern und Bräute ausgedehnt, wenn bewiesen werden kann, daß die Verlobung vor der Internierung stattgefunden hat. Frauen, die in Berlin oder Umgebung leben, dürfen ihre Männer einmal im Monat besuchen, die Dauer des Besuches ist auf eine Stunde festgesetzt, aber da dies nicht sehr genau genommen wird, so werden es meistens zwei Stunden. Frauen, die von weit herkommen, erhalten die Erlaubnis alle drei Monate, und es war lange Zeit die Sorge ihrer und unserer Bestrebungen, daß ihre Besuche in einem einzigen Zeitraum von zwei Stunden gemacht werden mußten.

Immer und immer wieder sah man es, daß die Freude des Wiedersehens nach so langer Trennung viel zu überwältigend war, als daß sie sich bei einem einzigen Male all die vielen wichtigen Mitteilungen machen konnten und daß es ihnen erst nachträglich immer einfiel, was sie alles hatten erzählen wollen. Wir machten diesbezüglich immer wieder neue Vorstellungen und erreichten es endlich, daß Frauen, die von auswärts kamen, Erlaubnis erhielten, sich eine Woche in Berlin aufzuhalten und in dieser Zeit zwei Besuche von je 2 Stunden machen durften. In Ausnahmefällen wurde ein dritter Besuch gestattet. Alle Frauen, die von weither kamen, erhielten von der Kommandantur zugleich mit der Bewilligung die Aufforderung, sich im Notfalle an uns zu wenden ....."

Folgende Mitteilung Dr. Rottens ist besonders interessant:

„Wir sind erfreut und dankbar, aus Ihrem Brief vom 31. Januar zu ersehen, daß ein ungenannter Amerikaner Ihnen die Summe von 400 Pfund geschickt hat, mit der Bestimmung, die Hälfte der Summe uns für unsere Arbeit an den Ausländern in Deutschland zu überweisen und daß die englische Regierung sofort ihre Zustimmung zur Auszahlung des Geldes gegeben hat. Es wird für unsere Arbeit von wesentlichem Nutzen sein und gewissenhaft nur für englische Untertanen und solche, die mit England verbündet sind, verwandt werden. Unsere Arbeit ist nun seit längerer Zeit derartig ausgedehnt, daß wir zur Unterstützung deutscher Untertanen im Ausland die Hilfe auswärtiger Stellen beanspruchen und dadurch die uns zur Verfügung stehenden Mittel nur zur Unterstützung der in Deutschland befindlichen Ausländer benützen können ....."

Digitized by Google

Professor Stange

Die von Professor Stange aus Göttingen geleistete hervorragende Arbeit habe ich bereits ein- oder zweimal erwähnt. Er leitet den Unterricht im Göttinger Lager, besucht dasselbe täglich, hält Vorlesungen und beaufsichtigt die Bibliothek. Er hat die gleichen Schwierigkeiten erfahren wie alle anderen Personen, die ihre Christenpflicht im Kriege ausüben wollen. Eine große deutsche Zeitung schrieb empört: „Die Kriegsgefangenen in Göttingen führen ein so bequemes Leben, als wenn sie in einem Badeorte lebten." Diese Zeitung verglich zweifellos die zu nachsichtige Behandlung in Deutschland mit der „scheußlichen" Behandlung deutscher Gefangener in Feindesland. Aber Professor Stange gab nicht nach: „Kein Interniertenlager", schrieb er, „kann mit einem ‚Ferienaufenthalt' verglichen werden. Trotz allem, was für die Gefangenen getan wird, ist und bleibt Gefangenschaft ein sehr hartes Los. Auch in Göttingen brauchen viele Gefangene nicht nur alle ihre eigenen Kräfte, sondern auch äußere Hilfe, um ihr Schicksal körperlich und seelisch zu ertragen." Professor Stange ist einer derjenigen, die es gelernt haben, die Sorge, Einsamkeit, Unsicherheit, die drückende Langeweile der Gefangenschaft, die entsetzliche monatelange und leider auch jahrelange Nervenspannung zu begreifen. In diesen, wie in so manchen anderen Umständen, die der Krieg zeitigt, sind es die entwickeltsten, die zartesten Naturen, die am meisten leiden und die am schwersten geschädigt werden, jene Naturen, die für eine bessere, würdigere Zukunft unentbehrlich sind. Professor Stange gibt sein Kriegsvorurteil England gegenüber offen zu. Sein Vorurteil schmolz jedoch, als er ihre Not erkannte, und er half mit Büchern, Unterricht und anderen Beschäftigungsmöglichkeiten aus. Professor Stange sieht ein, daß eine menschliche Behandlung der feindlichen Gefangenen die gute Behandlung der eigenen Landsleute im Ausland fördert, fügt aber hinzu: „Es muß ausdrücklich betont werden, daß wir in Göttingen die Gefangenenarbeit nicht zu diesem Zweck begannen. Was uns dazu veranlaßte, war einzig und allein die Not und das Elend der Gefangenen" (Seite 36 aus Professor Stanges Broschüre über das Lager Göttingen) ....

Wie die Deutschen sein können.

Zeugnis einer englischen Aerztin

Folgender Brief erscheint mir geeignet als Einführung in das neue Kapitel. Dr. Ella Scarlett-Synge ist die Tochter des dritten Barons Abinger. Sie besitzt eine langjährige medizinische Praxis und war mit Mrs. Fawcett von der Regierung in der Sammellagerkommission während des Burenkrieges angestellt. Dr. Scarlett-Synge befand sich zur Zeit des deutsch-österreichischen Vormarsches in Serbien. Sie hielt sich nachträglich in Deutschland auf und besuchte verschiedene Gefangenenlager. Nach ihrer Rückkehr schrieb sie nachstehenden kurzen Brief. Ihre Vertrauenswürdigkeit ist unzweifelhaft. Sie war bei verschiedenen Verlegern eingeführt, aber nur eine einzige Zeitung, der Manchester Guardian, veröffentlichte ihren Brief. Das ist bezeichnend genug für das im Krieg beobachtete System. Kriegführende Staaten suchen sich davon zu überzeugen, daß man durch Unterdrückung unbequemer Zeugnisse zur Wahrheit gelangen kann. Wir alle, die wir uns selbst gegenüber aufrichtig sind, wissen, wie schwer es ist, sogar in gewöhnlichen Streitigkeiten aufrichtig ehrlich zu bleiben. Aber um des bloßen Sieges willen mit Worten zu streiten, kann im Kriege oft von ebenso trauriger, folgenschwerer Wirkung sein, als nur um des Sieges willen zu kämpfen. Dr. Synge teilt uns nur das mit, was sie gesehen hat:

„..... Nachdem ich mich einige Wochen im deutschen Roten Kreuze in Serbien aufgehalten, begann ich einzusehen, welch falschen Begriff man sich in England von unseren Feinden macht. Ich beschloß, um die Erlaubnis nachzukommen, Deutschland zu bereisen, um persönlich zu ergründen, ob die Vorstellung, die man sich in England über die Behandlung englischer Kriegsgefangener macht, ebenso falsch sei. Ich erhielt die Erlaubnis, reiste nach Berlin, wo ich 14 Tage auf die Entscheidung des Kriegsministeriums zu warten hatte. Darauf wurde mir eine Liste mit Namen aller Lager zugestellt, unter denen ich meine Wahl treffen konnte, nebst der Erlaubnis, in Begleitung eines Offiziers die Lager zu besuchen und Bericht zu erstatten.

Digitized by Google

In diesem kurzen Briefe kann ich nur sagen, daß meine Annahme betreffend der guten Behandlung unserer Leute sich vollständig bestätigte, wie auch ein prächtiger kanadischer Unteroffizier in Gießen mir sagte (ich hatte sein Regimen vor einem Jahr in Vancouver ausrücken sehen): ‚Wenn einer sich anständig beträgt, so hat er sich über nichts zu beklagen' . . . . .

Der Zweck dieses Briefes ist nicht einem verfrühten Frieden das Wort zu reden, der letzten Endes verhängnisvoller wäre als der Krieg, er soll nur für eine bessere Behandlung unseres Feindes plädieren. Die Wahrheit, nur die Wahrheit allein soll gehört werden. ‚Laßt uns kämpfen, wenn wir kämpfen müssen, aber nicht mit Lügen.'

Niemand hat im Frieden mehr Achtung als ich vor der englischen Presse gehabt. Sie ist die größte Macht des Landes. Gestatten Sie, daß ich heute an diese Macht, die über Wohl und Wehe entscheiden kann, appelliere, auf daß der Kampf ehrlich geführt wird. Lassen Sie dabei denselben Geist herrschen, wie er in den großen öffentlichen Schulen gelehrt wird. ‚Gewinnt, wenn Ihr könnt, aber nur durch ehrliches Spiel.'

Ich bin in aufrichtiger Ergebung usw."

Dr. Synge war zu Beginn des Krieges äußerst antideutsch gesinnt. Ihre persönlichen Erfahrungen mit Deutschen (sowohl Zivil- als Militärpersonen) haben ihre Ansichten gründlich umgewandelt. Dr. Synge verließ Kanada, um in Nordserbien die Stellung eines Sanitätsoffiziers zu übernehmen. Sie hatte die Oberaufsicht über 12 Dörfer.....

„Dürfen wir Ihr Schulhaus für unsere Verwundeten benützen?" fragten die deutschen Aerzte, „es ist anscheinend am brauchbarsten dafür." Dr. Scarlett war starr vor Staunen. Sie hatte alles andere eher als Höflichkeit erwartet. Während ihrer dreimonatigen Erfahrung wurde sie nur einmal unhöflich behandelt, und zwar von einem sehr antienglisch gesinnten Arzt am deutschen Kriegshospital Nr. 58 in Belgrad. Dieser Mann ist ein Gegenstück zu einer äußerst antideutsch gesinnten Sorte von Leuten bei uns zu Lande. Ein deutscher Soldat, der zugegen gewesen, bat sie nachträglich, diese Unhöflichkeit entschuldigen zu wollen . . . . .

Dr. Scarletts Ehrlichkeit und Genauigkeit steht über allem Zweifel. Es kann jedoch hierbei etwas anderes eingewendet werden, nämlich Dr. Scarlett sei nur mit den besseren Deutschen in Berührung gekommen. Die Hauptsache ist aber, daß das bessere Deutschland in Wahrheit existiert, und alle, die während des Krieges in Deutschland gewesen sind, haben diese besseren Elemente kennen gelernt. Das will viel sagen . . . . .

„Wie erklären Sie sich diese Lügen?" fragte Dr. Synge einen bayerischen Soldaten. „Ach, ohne Lügen gäbe es keinen Krieg," erwiderte er.

Französische Aussagen

Madame F. L. Cyon befand sich in Lille, als die Stadt von den Deutschen eingenommen wurde, und arbeitete dort als Pflegerin einige Zeit während der deutschen Besetzung. Sie teilte mir einige Einzelheiten mit, die der Erwähnung wert sind. Ich denke, sie können dazu dienen, einige Haupteigenschaften der menschlichen Natur wirksam zu beleuchten. Ich habe auf Verlangen die Anführung der Namen unterlassen, außer dem von Madame Cyon . . . . .

Nach der Einnahme von Lille begannen die Deutschen sofort, das ausgebrochene Feuer zu löschen. Um die Verbreitung der Feuersbrunst zu verhindern, mußten einige Häuser gesprengt werden. Die Bevölkerung wurde durch Plakate davon in Kenntnis gesetzt, damit kein Schrecken entstände... Als Madame Cyon nach England zurückkehrte, wurde sie von einem Zeitungsreporter interviewt. Sie verlangte das Manuskript des Interviews zu sehen, bevor es veröffentlicht würde, und da sie fand, daß es in einem anderen Tone abgefaßt war, als wie sie es gemeint hatte, weigerte sie sich, es drucken zu lassen. In einem anderen Interview, das von irgend jemand anderem veröffentlicht wurde, hieß es, daß die Deutschen das Feuer in Lille absichtlich gelegt hätten. Dies ist nach Madame Cyons Aussage vollständig unwahr. Einen ähnlichen Fall willkürlicher Uebertreibung erlebte Madame Cyon während ihres Aufenthaltes im okkupierten Gebiet. Es wurden alle möglichen Schreckensnachrichten über die Zustände auf dem Lande verbreitet, und sie wurde davor gewarnt, Lille zu verlassen. Auf ihrer Reise nach Holland fand sie diese Nachrichten in keiner Weise berechtigt. Die Reise war unbequem und langweilig, aber ganz gefahrlos.

Digitized by Google

In den ersten Kriegstagen hielten sich belgische Flüchtlinge im Alexandra-Palast auf. Herr Cyon war Journalist und nahm sein Notizbuch zur Hand, um interessante Nachrichten einzusammeln. Er wollte sich jedoch nur auf bewiesene Tatsachen verlassen, was nicht bei allen Journalisten der Fall ist. Die belgischen Frauen waren voll von entsetzlichen Geschichten über deutsche Grausamkeiten. Aber diese schrecklichen Dinge waren immer anderen begegnet. Dies ist in der Tat ein charakteristischer Zug aller Geschichten über Kriegsgreuel. Daraus soll nicht gefolgert werden, daß Grausamkeiten überhaupt nicht vorkommen. Gewiß geschehen schlimme Dinge, aber sie werden von den erregten Köpfen ungebührlich übertrieben. Als gewissenhafter Beobachter verlangte Herr Cyon, mit irgend einem Augenzeugen unter den belgischen Flüchtlingen zu sprechen. Unter den Flüchtlingen, hieß es, sei eine Frau, deren kleiner Junge von den Deutschen auf beide Backen gebrandmarkt worden sei; er wurde an diese Frau verwiesen und sprach mit ihr, aber sie wußte gar nichts Aufregendes zu erzählen. „Aber ist denn Ihr kleiner Sohn von den Deutschen nicht mißhandelt worden?" fragte er. „Mein kleiner Sohn?" rief sie erstaunt, „ich habe gar keinen kleinen Sohn, ich habe überhaupt keinen Sohn" . . . . .

Aussagen anderer Art

Auf beiden Seiten wurden den Soldaten allerhand Greuel über den Feind erzählt. Haß ist bekanntlich eine der wirksamsten Waffen. Der Gegensatz zwischen dem, was die Soldaten erleben und was sie hören, wird treffend durch eine kleine Geschichte erläutert, die Mr. John Buchan in einem seiner Vorträge anführt. Ein schottischer verwundeter Soldat sprach mit ihm über die Deutschen. „Sie sind ein schlechtes, gemeines Pack, aber nicht die, die uns an der Front gegenüberstehen. Das sind richtige, anständige Kerle und famose Krieger" . . . . . (Times 27. April 1915.)

Weder Alle Barbaren, noch Alle ritterlich

Wir alle haben viele Geschichten von unseren Soldatenfreunden gehört. Viele dieser Aussagen und Erzählungen können wir heutzutage nicht veröffentlichen, aber manches ist zulässig. Wie z. B. folgendes:

„Einige unserer Leute waren in den deutschen Stacheldrähten zurückgeblieben. Wir konnten nichts tun, um zu ihnen zu gelangen. Die Deutschen machten uns von ihren Stellungen aus Zeichen; zuerst verstanden wir nicht, was sie meinten, aber dann wagten sich ein paar von uns heraus und brachten unsere Verwundeten zurück. Ich wandte mich an meinen Nachbar und sagte: „Es heißt immer, daß die Deutschen Barbaren sind, es sieht aber doch kaum so aus. Es war sogar dabei schwer, einige unserer Leute davon abzuhalten, auf die Deutschen zu schießen."

Die letzte Bemerkung wird nur bei denen Verwunderung erregen, die nie gehört haben, wie's im Kriege in Wirklichkeit zugeht. Menschlichkeit wird von Leidenschaft besiegt, und die Leidenschaft wird hierbei noch von der Vernunft unterstützt, denn ist die Vertilgung des Feindes nicht der Hauptzweck des Krieges? . . . .

Haß der Zivilbevölkerung

So entsetzlich der moderne Krieg auch ist, so gibt es Dinge, die manchem Soldaten noch schlimmer erscheinen . . . . .

Mr. Frederick Niven erzählt uns, welchen Eindruck ein brennender Zeppelin auf einen verwundeten Soldaten machte. Was ihn am meisten erschüttert hatte, war das entsetzliche Geschrei, das anhub, als das Luftschiff Feuer fing und niedersank. „Es erinnerte mich an das, was ich über die Zirkusspiele im alten Rom gelesen hatte. An das Daumenzeichen zur Tötung der um ihr Leben Flehenden in der Arena. Es war das Schlimmste, was ich in meinem Leben gehört habe. Ich habe auch an der Front Geschrei gehört. Aber dies war anders."

Das Folgende ist ein Brief eines tapferen Offiziers, der seitdem gefallen ist. „Gestern abends besuchte ich eine der Kirchen, um Gesang und Orgelspiel zu hören. Ich wurde nach vorne gedrängt und konnte vor Ende des Gottesdienstes nicht heraus. Ich hätte über die Predigt weinen mögen; es war eine entsetzliche mittelalterliche Schilderung von Himmel und Hölle, ein Verfluchen der gesamten deutschen Nation bis in die Hölle hinein. . . Der ganze Gottesdienst war so oberflächlich, so seelen- und herzlos, wie man es sich nicht vorstellen kann. Er machte mich tief traurig. Ich hätte, wie schon gesagt, laut weinen mögen. Meinen Sie, daß die Gemeinde, eine zahlreich versammelte Gemeinde alles, was sie von der Kanzel hörte, zu Herzen genommen und geglaubt hat? Es erscheint einem fürchterlich."

Digitized by Google

Freundliche Gesinnung der Bevölkerung

Über die Zivilbevölkerung, auch die deutsche, kennt nicht nur Haß. Es gibt ein besseres Deutschland, über das wir zurzeit nur einen flüchtigen Eindruck gewinnen können; um einen umfassenden Ueberblick zu erhalten, müssen wir uns meist an unbekannte Leute, unpopuläre, wenig gelesene Blätter halten. Im Dezember 1914 kehrte Frau Jackson, Gattin eines berufsmäßigen Golfspielers aus Deutschland nach Clacton-on-Sea zurück. Ihr Mann war im Golfklub in Köln angestellt gewesen. „Glauben Sie, daß der Haß in Deutschland gegen England allgemein ist?" wurde sie gefragt. „Nein," erwiderte sie, „die Deutschen hassen England natürlich als Nation, aber den einzelnen Engländer nicht. Wir sind von jedermann außerordentlich gut behandelt worden, obgleich man wußte, wer wir waren. Im Golfklub in Köln hoffen sie, daß mein Mann nach dem Kriege zurückkehren wird." Ich entnehme diesen Bericht dem „Clacton Graphic" vom 20.. Februar 1915.

Gewiß, auch in England ist viel Gutes getan worden, und in Deutschland hat man dies in Dankbarkeit anerkannt. Ich gestehe jedoch, daß einiges, was ich von drüben gehört habe, meinen patriotischen Neid erweckt hat. Ich möchte gern mein Vaterland in bezug auf Großmut stets an erster Stelle sehen. Als der gefangenen Kaplan O'Rorke in seiner Khakiuniform durch die Straßen von Burg ging, hörte er nicht eine Beleidigung. Drei englische Damen, die während des Krieges Deutschland bereisten, sind nicht durch ein einziges ungefälliges Wort verletzt worden. Miß Littlefair berichtet*) von einer einzigen anti-englischen Demonstration, aber von sehr viel mehr Beweisen der Freundlichkeit, und als einmal in einem Eisenbahnwagen ihre Mitreisenden ihre Nationalität erfuhren, änderten sie ihr entgegenkommendes Benehmen in keiner Weise. Ein kanadischer Kaplan erhielt die Erlaubnis, ungehindert in seiner Uniform durch Deutschland zu reisen und seine Landsleute in den verschiedenen Gefangenenlagern aufzusuchen. Er scheint durch die Bevölkerung keine Ungelegenheiten erlebt zu haben. Ueber die Spaziergänge gegen Rückkehr auf Ehrenwort hören wir aus Krefeld: „Mit der Bevölkerung hatte ich nicht den geringsten Verdruß" . . . .

Schulbücher

Sollte man Kindern überhaupt vom Kriege erzählen, so ist es die erste Pflicht jedes Lehrers, es vor allen Dingen zu vermeiden, jene Haßempfindungen anzuregen, die die Aussicht eines künftigen Friedens beeinträchtigen. Die deutschen Lehrbücher, in die ich Einsicht genommen habe, scheinen mir im allgemeinen dieser Pflicht zu genügen oder haben die Absicht, es zu tun. Man findet in ihnen natürlich vieles über die Tapferkeit und die Heldentaten der deutschen Soldaten. Alle Nationen bauen in zu primitiver Weise auf körperlichen Mut. Die deutschen Schulbücher trachten jedoch selten danach, den Haß zu schüren.

Ein betrübender Bericht über Vorfälle beim russischen Einfall beginnt mit den Worten: „Selbstverständlich sind nicht alle Russen Barbaren und die meisten Untaten sind den Kosaken zuzuschreiben." Eines der deutschen Lehrbücher erzählt von einem verwundeten Belgier; durch die wundervolle kleine Geschichte klingt nichts als Mitleid und weiter wird ein rührendes kleines Bild von einem verwundeten Deutschen gezeichnet, der sich vor einem verwundeten Russen fürchtet. Die Erzählung ist sehr fein. Ich kann den ganzen Inhalt nicht wiedergeben. Der Russe ist schwer verwundet, seine Wunden schmerzen, er bittet um Wasser. Der verwundete deutsche Soldat schwankt noch zwischen Mißtrauen und Mitleid, aber das Mitleid siegt und er kriecht mit seiner Feldflasche zum Russen hin. Später zweifelt er, denn seine Angst ist von neuem erwacht. Er sieht, wie der Russe etwas in seiner Tasche sucht. Ist es nicht am Ende ein Revolver? Der deutsche Soldat, von Schmerzen ermattet, harrt angstvoll, aber der Russe stirbt, bevor seine Hand das, was er suchte, aus der Brusttasche ziehen konnte. Als die Träger kamen, bittet der Deutsche, sie mögen nach dem Revolver suchen, den der Russe in der Tasche habe. Aber das, wonach die sterbende Hand gesucht hatte, war kein Revolver, sondern das Bild der Mutter des Toten. Ein so rührender Zug lebt lange im Gemüt eines Kindes . . . . .

*) Erlebnisse eines englischen jungen Mädchens im feindlichen Deutschland.

Digitized by Google

Die Brüderlichkeit der Feinde

Die Empfindungen des Soldaten im Kriege sind oft dieselben, wie die von Kapitän Ball, jenes Jünglings, der sich im Luftkampf so ausgezeichnet hatte:

„Ich griff zwei Albatros-Flugzeuge an und brachte sie herunter, indem ich die Führer erschoß. Schließlich wurde ich gezwungen, zu landen, aber ich war vollständig heil. Es war ein famoser Kampf; die Hunnen sind gute Gegner. Einer versuchte, mich zu rammen, nachdem er schon getroffen war. Er verfehlte mich nur um einige Zoll Breite. Ich bin wahrhaftig von Gott beschützt worden! Aber ach, man wird es so müde, nur für dieses ewige Morden zu leben. Ich fange wirklich an, mich als Mörder zu fühlen. Wie froh werde ich sein, wenn ich einmal aufhören kann." (Daily News vom 7. Mai 1918.

Kapitän Ball hat mit Morden aufgehört aus dem einzigen, heutzutage möglichen Grunde: er ist tot. Die letzten Worte Requiescat in pace haben einen besonders ergreifenden Klang, in diesen Tagen, wo Kinder, die niemals den Frieden gekannt haben, heranreifen.

Und doch, hinter all den von Haß und Furcht beseelten wilden Anschuldigungen lebt Brüderlichkeit, denn was bedeuten alle diese Angriffe, als daß einige törichte Leute, ohne Einsicht zur Macht gelangt sind und die große Kriegsmaschine in Bewegung gesetzt haben .... Es hat oft den Anschein, als wenn die Führer nur den einen Zweck verfolgen, die Einsicht der Wahrheit zu verhindern, denn wenn die Völker ihre Einheit und Gleichheit einsehen würden, so würde der Krieg aufhören und Hans und Jack und François und Ivan würden, hoffe ich, dazu kommen, ihrer Brüderlichkeit bewußt zu werden. Wir wollen es uns ins Gedächtnis zurückrufen, wie sie sich dessen auch trotz des Krieges ab und zu bewußt werden können.

Weihnachtsfeiern

„Wer denkt dabei nicht," schreibt Prinz Eugen Trubetzky im „Hibbert" (Juli 1915), „an die ergreifende Schilderung der Weihnachtsfeier in den Schützengräben, wie die Deutschen, als sie die Engländer ihre Weihnachtslieder singen hörten, aus den Gräben stiegen, um zu ihnen hinüber zu gehen und dem Feind die Hände zu schütteln. Aehnliches ist mehr als einmal zwischen Russen und Deutschen vorgekommen. Eben liegt der Brief eines russischen Soldaten vor mir, der sich darauf bezieht. Was ich Ihnen zu erzählen habe, so schreibt er, ist wie ein göttliches Wunder. Das Wunder, das so großen Eindruck auf ihn gemacht hatte, war, daß man während eines Waffenstillstandes sich beiderseitig so herzlich begrüßt und einander zugerufen hatte, wie es gar nicht zu beschreiben ist ..... Mitten aus dem Herzen des Krieges erheben sich mächtige Proteste gegen die vernichtende Gewalt des Todes. Wenn das Leben sich behauptet, so geschieht es immer, um eine lebendige Einigkeit herzustellen. Je heftiger der Krieg diese Einigkeit bedroht, oder durch gegenseitigen Haß zu sprengen sucht, desto mächtiger wird auch die innerliche Kraft in dem Bestreben, die Menschheit wieder zu vereinen. Wir können darin die Erklärung einer Tatsache erblicken, die uns bei erster Beobachtung unfaßlich erscheint. Im Kriege erreicht das universale Solidaritätsgefühl der Menschheit eine Höhe, wie es nie im Frieden möglich wäre."

„Am Weihnachtsabend," schrieb ein Mann der Londoner Schützenbrigade, „zündeten die Deutschen bunte Lichter und Kerzen auf den Schanzen an und am Weihnachtstage spielten wir zwischen den Gräben Fußball mit ihnen. Sie ließen uns auch unsere Toten, die vor ihren Stellungen lagen, begraben und einige brachten uns barhaupt unsere gefallenen Offiziere herüber, damit wir sie anständig bestatten konnten. Sie benahmen sich wirklich großartig dabei und sind famose Kerle. Ich habe jetzt eine ganz andere Meinung von den Deutschen. Jetzt hat das Feuer wieder auf beiden Seiten angefangen und wir sind wieder Feinde. Ist das nicht sonderbar?" (Nation, 2. Januar 1915.) „Diese Deutschen litten gleiches Elend und gleiche Not. Man empfand nur Mitleid für sie und ein Gefühl der Kameradschaft, wie für solche, die durch ein grausames Schicksal verfolgt werden. Dieses Gefühl der Kameradschaft erreichte am Weihnachtsfest und an anderen Tagen eine merkwürdige Höhe. Es wurde Waffenstillstand geschlossen, Leute, die sich gegenseitig totschießen wollten, kamen zusammen und fraternisierten. Es wurden photographische Aufnahmen gemacht, Gruppenbilder von Deutschen und Engländern. Sie tauschten Zigaretten aus, klopften sich auf die Schulter und verfluchten den Krieg. Der Krieg war zu der denkbarst tragischen Posse geworden. Die

Digitized by Google

fürchterliche Sinnlosigkeit des Krieges tat sich einem dar, wenn man diese, sich bis auf das Blut bekämpfenden Feinde im grauen Nebel nebeneinander stehen und Freundschaft miteinander schließen sah. Sie hatten so gar keine Lust, einander umzubringen, diese Germanen gleicher Rasse, gleichen Blutes, äußerlich so außerordentlich ähnlich und von gleicher menschlicher Beschaffenheit. Die gräßliche Torheit des Krieges, dieses Spiel des Teufels offenbarte sich in voller Nacktheit und zeigte sich neben diesen kleinen Soldatengruppen, die im flandrischen Nebel zusammenstanden. — Es war so weit gekommen, daß ein Armeebefehl solche Verbrüderungen verbieten mußte." Nur durch künstliche Reizmittel, künstliche Unwissenheit werden wir in diesen Tagen vorwärts getrieben. Damit will ich nicht behaupten, daß alle Führer und Leiter absichtlich grausam sind. Aber sie fürchten, daß ihre Leute sonst den Kampf aufgeben könnten. Der erste zu sein, der die Bruderschaft anerkennt, würde sogleich den Schein erwecken, daß man notgedrungen nachgeben muß, was in der Tat ernsthafte Gefahr mit sich brächte, und doch wird einmal die Zeit kommen, wo wir aus Liebe zur Menschheit ebensolche Gefahren zu bestehen haben werden, wie heute zu unserer Selbstbehauptung. Der Befehl, die Verbrüderung mit dem Feinde zu unterlassen, ist sogar unter diesen Umständen nicht immer befolgt worden. „Deutsche und Engländer, die sich monatelang in den Stellungen gegenüberlagen, trafen untereinander heimliche Abkommen, sie schossen nur zu bestimmten Stunden, auf bestimmte Ziele, um den Schein aufrecht zu erhalten, während der übrigen Zeit spazierten sie ruhig in Sicherheit umher, sich auf die gegenseitige Loyalität verlassend" (Gibbs, Die Seele des Krieges, Seite 351).

Verwundete

„Er erzählte mir, wie in der Nacht, als er verwundet worden war, die deutschen und französischen Soldaten miteinander geredet hatten. Die Mond schien und warf sein bleiches Licht über all die hingestreckten Gestalten, ließ ihre Züge sehr weiß erscheinen. Er hörte das leise Gemurmel ihrer Stimmen, das Stöhnen der Sterbenden, das sich zur fürchterlichen Qual steigerte. In dieser Nacht vergaßen die, die gleich wilden Tieren miteinander gekämpft hatten und nun nebeneinander lagen, ihre Feindschaft. Ein französischer Soldat reichte einem deutschen Offizier, der nach Wasser schrie, seine Feldflasche. Der Deutsche nippte daran und küßte die Hand dessen, der sein Feind gewesen. ‚Es wird keinen Krieg mehr geben drüben im Jenseits,' sagte er. Ein anderer Franzose von Montmartre fand wenige Fuß neben ihm am Boden liegend einen jungen Mann aus Luxemburg, der in Paris sein Laufbursche gewesen war. Der junge Deutsche weinte, als er ihn erkannte. ‚Dieser Krieg ist sinnlos, sagte er, wie glücklich waren wir in Paris, als wir noch Freunde waren. Warum zwingt man uns jetzt dazu, uns zu bekämpfen?' Er starb, den Franzosen umschlungen haltend, der es mir selbst erzählte und seiner Tränen sich nicht schämte." (Gibbs, Seite 288). „An einer Stelle, an der ein wildes Handgemenge stattgefunden hatte, konnte man nachträglich feststellen, daß die verwundeten Kämpfer den Inhalt ihrer Feldflaschen miteinander geteilt hatten." (Sheffield Telegraph 14. November 1914.)

Folgender Brief wurde bei einem gefallenen französischen Offizier gefunden:

„Neben mir liegen zwei andere Verwundete. Ich glaube, auch für sie ist wenig Hoffnung, der eine ist Offizier eines schottischen Regiments, der andere ein deutscher Ulan. Sie waren nach mir getroffen worden, und als ich aus meiner Betäubung erwachte, waren sie über mich gebeugt, bemüht, mir die ersten Handreichungen zu leisten. Der Engländer flößte mir Wasser ein, der Deutsche versuchte, mein Blut mit einem antiseptischen Präparat zu stillen. Der Schotte hatte ein zerschmettertes Bein, der Deutsche war durch ein Schrapnell an der Seite verwundet. Trotz ihrer eigenen Schmerzen versuchten sie, mir zu helfen, und als ich wieder bei vollem Bewußtsein war, gab der Deutsche jedem von uns eine Morphiumeinspritzung. Er nahm selbst eine. Er hatte das Morphium, sowie die Nadel und Gebrauchsanweisung ebenfalls von der Sanitätskolonne erhalten. Nach der Einspritzung fühlten wir uns wunderbar leicht und sprachen von unserem Leben, wie es vor dem Krieg gewesen war. Wir unterhielten uns auf englisch und sprachen von unseren Frauen, die wir zurückgelassen hatten. Der Deutsche und der Engländer waren beide nur ein Jahr verheiratet gewesen. Ich konnte es nicht begreifen, und ich glaube, sie dachten ebenso, warum wir überhaupt gegeneinander gekämpft hatten." (Daily Citizen 21. November 1914, angeführt in Edward Carpenters Buch The Healing of Nations, Seite 261.) . . . . .

Digitized by Google

In welch einen Abgrund erbitterter Haß führen kann, beweist der Auszug eines Telegramms, das ich der Daily News vom 23. Dezember 1915 entnehme:

„Die Boches werden zweifellos, wie im vorigen Jahre wieder Weihnachtsbäume haben, aber ohne der Nachricht über die zunehmende Lebensmittelknappheit viel Glauben zu schenken, kann man mit Sicherheit annehmen, daß ihre Speisekarte etwas magerer ausfallen wird, als bei unseren Leuten. Möge diese ihnen zu Bewußtsein kommende Tatsache sie nicht zu einem „strafenden" Ausbruch veranlassen. Der Grundsatz, daß, wenn man selbst nicht genug hat, es das Nächstliegende ist, dem anderen das Vergnügen zu verderben, hat guten Klang bei den Hunnen. Von englischer Seite wird jedenfalls nichts, was einem zeitweiligen Waffenstillstand ähnlich sieht, ausgehen. Alle Dienststellen haben Befehl erhalten, eingedenk zu sein, daß Krieg Krieg ist und die Deutschen unveränderlich irgend welche unheilvolle Absichten im Schilde führen, besonders wenn dies unter der Maske freundschaftlicher Gefühle geschehen kann." (Reuter.)

Dieser letzte Satz muß in jedem edlen Herzen (falls uns das moralische Zerstörungswerk des Krieges noch ein solches gelassen hat) ein Gefühl heißer Scham erwecken. Während all der zu Weihnachten 1914 vorgekommenen Verbrüderungen habe ich von keinem Verratsfall gelesen. Was ist es, was man bei diesen Verbrüderungen befürchtet? „An manchen Stellen haben wir unsere Leute mehrere Male ablösen müssen; sie freunden sich verdammt an", sagte ein deutscher Offizier *). „Wenn wir nicht aufpassen", sagte ein englischer Offizier, „so wird der Friede geschlossen werden, ohne daß irgendein General ein Wort dabei mitzusprechen haben wird." Ist diese Vorstellung wirklich schlimmer als die Vorstellung der zahllosen, zerschmetterten Leiber und trauernden Herzen? Wie zwecklos sind alle die demokratischen Experimente in Europa! Carlyle's Satire der 30 Leute aus Dumdrudge, die ohne daß sie wissen weshalb, 30 Leute aus einem anderen, irgendwo gelegenen Dumdrudge töten sollen, wird heute wenig mehr beachtet. Sie gibt trotzdem den wesentlichen Unverstand aller Kriege wieder.

In einem Brief an seine Mutter in Somerset schreibt ein Mitglied des Sanitätskorps:

„Du findest in meinem Brief einen deutschen Uniformknopf. Ich erhielt ihn als Andenken von einem verwundeten Gefangenen. Nachdem er verbunden worden war, wies er auf seine Knöpfe und machte mir begreiflich, daß ich einen davon abschneiden solle, er wußte nicht, wie er uns genugsam danken sollte, nachdem er seinen Tee getrunken, und seine Augen strahlten vor Dankbarkeit." (Daily News 25. August 1915.)

Aus einem Privatbrief: „Folgendes habe ich aus erster Hand, es ist sehr interessant. Dr. S. erzählte in einem Vortrag von seinem Besuch in einem hiesigen Lazarett. Im Lazarett befand sich ein Mann, der in Deutschland gefangen gewesen war. Dr. S. erkundigte sich nach der Behandlung. Im Laufe des Gesprächs erklärte der Mann, er würde lieber in einem deutschen Lazarett liegen, wenn er die Wahl hätte. ‚Das sind Aussagen, wie sie nicht in die Zeitung kommen,' sagte Dr. S. lächelnd." Eine Mutter zeigte mir die Photographie ihres Sohnes aus einem deutschen Gefangenenlager. Die Mutter war beglückt über das gesunde Aussehen ihres Sohnes. Dabei hatte er einen Bauchschuß erhalten, als er in Gefangenschaft geriet. . . . .

In Folgendem erzählt Philip Gibbs von einem deutschen Arzt, der Freunde und Feinde in gleicher Weise pflegte:

„Eine Anzahl Deutsche — ungefähr 250 — befanden sich ohne Nahrung und Wasser in einem Unterstande, während über ihnen unsere Granaten wüteten und den Boden aufrissen. Sie hatten einen deutschen Arzt dabei, ein Hüne von einem Mann, mit einem weiten Herzen. Die Verbandsstelle befand sich in der zweiten Stellung und er pflegte die Verwundeten während des Angriffes. Er trug die Verwundeten, die nicht zurückgebracht worden waren, in den Unterstand und wartete auf den Tod. Gegen 11 Uhr morgens erzählte er mir, hörte das Bombardement auf. Er hörte Getümmel über sich und nach einer kurzen Pause den Lärm englischer Truppen. Er stieg hinauf und sagte einem englischen Soldaten, der sein Bajonett auf ihn anlegte: ‚Ich ergebe mich, mein Freund'. Er half danach beim Verbinden unserer Ver-

*) Ernst Poole Cassell's Magazine No. 42.

Digitized by Google

wundeten, arbeitete tüchtig unter dem Feuer der deutschen Geschütze, die jetzt auf diese Stellung gerichtet waren." (Daily Chronicle, 5. Juli 1916.)

Es ist gewiß gar nicht schwer, aus jedem hartnäckigen Kampf wilde Geschichten zu erzählen. Der rechte Geist ist aber sicherlich der, wie er aus einem andren Bericht Mr. Gibbs hervorgeht (Daily Chronicle, 7. Juli 1916):

„An vielen Stellen betrugen sich die Feinde, wie ich berichtet worden bin, sehr anständig gegen unsere Verwundeten und halfen ihnen über die Schanzen hinüber. Wenn man solche Geschichten hört, fällt es einem überaus schwer, andere weniger hübsche zu erzählen." Vom 21. Juli 1916: „Jetzt kamen die Sanitäter an die Reihe, sie arbeiteten mit großem Mut, und hier muß man dem Feinde Anerkennung zollen. Wir hatten weiße Truppen gegen uns, sagte einer der Offiziere. Sie hinderten uns nicht, unsere Verwundeten zu holen, sobald der Kampf vorüber war." „O, dieser Krieg," sagte ein deutscher Arzt. „Wir hören nicht auf, uns untereinander ohne Sinn und Zweck umzubringen." (Daily Chronicle, 5. Juli 1916.) . . . . .

Die nächste kleine Begebenheit, die ich zu erzählen habe, hatte einen besonderen Reiz durch die wunderbare Gesinnung, die jeder der dabei Beteiligten bewiesen hat. Ein verwundeter Deutscher, Albert Dill, lag in einem hiesigen Lazarett. Er wurde von einem der Besucher gefragt, ob er einen besonderen Wunsch habe. Seine Antwort lautete: „Ich wünsche mir nichts so sehr wie Blumen für die liebe englische Schwester." Die Blumen kamen, sein Dankesbrief ist rührend. Es waren viel mehr, als er erwartet hatte, schrieb er. Um so größer war seine Freude. „Die Freude der Schwestern und Aerzte beim Anblick dieser reichen Blumenspende war auch sehr groß. Dieser Tag wird mich immer an die liebevolle, opferfreudige Pflege erinnern, die ich hier im Lazarett genossen." Und die „liebe, englische Schwester" schreibt: „Die Blumen, die Sie uns auf Wunsch Albert Dills geschickt haben, sind wirklich herrlich. Ich habe längere Zeit hindurch kranke Deutsche gepflegt, und ihre Dankbarkeit war immer beachtenswert. Hoffentlich war es uns in dieser Zeit vergönnt, ihre Leiden zu lindern und ihnen zu helfen, ihr schweres Schicksal etwas leichter ertragen zu können." Dieses kleine Erlebnis enthält einen großen Sinn, es ist ein Sieg des Geistes.

Schwester Katleen Cambridge befand sich während des englischen Rückzuges in der Nähe von Mons; sie berichtet, wie folgt (Daily News, 8. Jan. 1916):

„Nach der Schlacht konnte ich die Verwundeten in der von meiner Mutter und mir eingerichteten Ambulanz verpflegen und war sehr glücklich darüber. Um 4 Uhr nachmittag sah ich den ersten Trupp englischer Gefangener, die von Mons nach Brüssel marschierten. Sie machten gerade vor dem Schloß Halt. Die Deutschen waren damals gegen ihre Gefangenen sehr freundlich, sie boten ihnen Zigaretten an und gaben ihnen Wasser aus ihren eigenen Feldflaschen. Zwei der Leute, die durch ihre schrecklichen Wunden ermattet waren, sanken erschöpft in den Graben nieder. Der Baron ging hinaus und bot unsere Hilfe an. Der deutsche Arzt erwiderte, er wäre ihm sehr dankbar dafür, weil sie nach Brüssel müßten und nicht warten könnten. Die Leute wurden ins Schloß gebracht. Wir taten alles, was wir konnten für sie, und nach einigen Wochen erholten sie sich vollständig."

In dem Folgenden, dem Manchester Guardian entnommenen Auszug (17. Dezember 1917) hören wir zugleich von Vernachlässigung und ehrenvoller Behandlung: „Ein Schotte, der bei La Bassée verwundet worden war, lag acht Tage lang in einem deutschen Unterstand, den unsere Truppen eingenommen und wieder verlassen hatten. Eine Abteilung Deutscher hatte ihn im Dunkeln beschossen und ihm zu den 22 Wunden, die er schon erhalten, noch zwei leichte beigebracht. Ein paar Tage später gelang es ihm, einem anderen deutschen Truppenteil ein Zeichen zu geben. Er wurde herausgezogen und ins deutsche Feldlazarett gebracht, wo hunderte deutsche Verwundete lagen. Hier fand ihn ein junger deutscher Ingenieur, der viele Jahre in Liverpool und Glasgow verbracht hatte. ‚Hallo, Jock', rief ihm der Mann freundlich zu, ‚schlimm dran, was? Ich hole Ihnen den Arzt.' Er tat es. Die Wunden wurden notdürftig verbunden. Während acht Tagen geschah nichts weiter für ihn, bis es ihm gelang, die Aufmerksamkeit eines inspizierenden Offiziers auf sich zu lenken. Seine Wunden waren in einem sehr schlimmen Zustand, septisch und eiternd. ‚Er wurde wütend', erzählte der Schotte, ‚schlug einen

Digitized by Google

nicht enden wollenden Lärm. Ich wurde sofort versorgt und kann über die spätere Behandlung im Lazarett in Deutschland in keiner Weise klagen.'" .....

Ich entnehme derselben Zeitung vom 11. April 1918 die Geschichte eines Marinekriegsgefangenen, der durch Schweizer Vermittlung ausgetauscht worden war:

„Der Matrose hatte in der Schlacht bei Jütland, wo sein Torpedobootzerstörer unterging, ein Auge verloren. Das andere war durch einen Granatsplitter verletzt. Er wurde von einem, schon überfüllten englischen Rettungsboot aufgenommen, nachdem er fast eine Stunde halbblind herumgeschwommen war. Ein deutscher Zerstörer lief heran und nahm die ganze Bootsladung an Bord. Die Stimme eines Offiziers tönte vom Deck herab: ‚Jungens, vergeßt nicht, wie es die Engländer machen: Erst die Verwundeten!' ‚Er sprach so gutes Englisch, daß ich ihn für einen Schotten hielt', sagte der Erzähler ‚und ich glaubte, ein englischer Zerstörer hätte uns aufgenommen. Ich wurde hinauf gehißt, ich bemerkte, wie er mich anblickte und sich abwandte.' ‚Was ist los, Jock?' fragte ich. ‚Ich bin kein Jock', erwiderte er, ‚ich bin ein Hunne.' ‚Was', sagte ich, ‚ist dies kein englisches Schiff? So werft mich ins Wasser zurück und gebt mir die Möglichkeit, von einem unserer Schiffe aufgefischt zu werden.' ‚Nicht möglich, mein Söhnchen', sagte er, ‚du kommst nach Deutschland. Aber du wirst ausgetauscht werden. Du bist ja dienstuntauglich.' Er hatte scheinbar Verwandte in London und kannte England gut. Die ganze Zeit hindurch beschossen uns englische Schiffe und machten Jagd auf uns; er beugte sich über mich: ‚Wenn die englische Flotte uns versenkt, so hast du immer noch ein klein wenig Chance', sagte er." .....

Ein Verbot gegen Freundlichkeit

Ein junges Mädchen, das mit anderen zusammen verwundete Gefangene pflegte, schreibt: „Wir könnten unseren armen Soldaten viel mehr Trost gewähren, wenn es uns nicht verboten wäre, ihnen Rücksicht und Güte zu beweisen. Sicherlich werden wir schließlich so weit kommen, dieses Verbot nicht mehr zu befolgen, denn wir sind mit unserem ganzen Herzen bei unserer Arbeit." (La Guerre vue d'une Ambulance, Seite 116.) Man erschrickt ein wenig, wenn man von solchen Verboten hört. In einem Lande, wo eine der verbreitetsten Zeitungen den Soldaten anempfiehlt, den Feind gliech Schweinen niederzumetzeln, erscheinen diese Verbote besonders überflüssig. .....

Sind wir immer ritterlich?

Wenn wir jetzt unser Bestes tun, um die edlen Handlungen des Feindes zu weit verbreiteter Kenntnis zu bringen, so ist das nichts als eine amende honorable, denn in den ersten Kriegszeiten wurden von unserer Seite solche Berichte absichtlich unterdrückt, und sicherlich haben wir beständig dazu beigetragen, sie zu verschweigen. Der amerikanische Korrespondent der Times, Mr. Herbert Corey, schreibt im Oktober 1914: „Der Herausgeber Ihrer Zeitung zitiert die ‚Post', wonach letztere mir zum Vorwurf macht, daß ich behauptet habe, offizielle Nachrichten würden absichtlich entstellt, um die Wahrheit zu verschweigen und Deutschland anzuschwärzen. Ich entsinne mich dieses Satzes nicht. Ich erhob den Vorwurf, daß Nachrichten über deutsche Grausamkeiten im vollen Umfang wiedergegeben werden, während Aussagen, die für die deutsche Menschenfreundlichkeit und Höflichkeit sprechen, nicht die Oeffentlichkeit erreichen. Ich verbleibe bei dieser Behauptung." Man hat sich häufig darauf berufen, daß Deutschland das Urteil neutraler Staaten in unehrlicher Weise zu beeinflussen sucht. Der Brief Mr. Coreys erklärt es mir, warum einige neutrale Staaten England derselben Unehrlichkeit bezichtigen. Wir besitzen noch weitere Zeugnisse gleichen Sinnes. ....

Zweifellos haben die Leute oft nicht gewagt, Gutes über Deutschland auszusagen. Einer meiner Bekannten erzählt mir, daß sein Sohn einen Orden erhalten hatte, weil er einen schwerverwundeten Kameraden aus dem Bereich des deutschen Feuers geholt. Der Erzähler ergänzte ein wenig beschämt: „Ihnen kann ich es ja sagen, ich weiß, daß sich die Deutschen auch manchmal anständig betragen, aber ich wünsche nicht, daß dies allgemein bekannt wird. Mein Sohn schrieb, er hätte es nicht wagen können, wenn er nicht in Erfahrung gebracht hätte, daß von deutscher Seite befohlen worden war, das Feuer einzustellen" Der Erzähler hatte offenbar Angst, von seinen Nachbarn als deutschfreundlich angesehen zu werden, er meinte jedoch, dies einem Pazifisten gegenüber riskieren zu können.

Eine solche Befürchtung hat auch manchmal etwas Humorvolles. Ich befand mich einmal in der Eisenbahn zusammen mit einer großmäuligen, sehr patrio-

Digitized by Google

tischen Frau, einer „Munitionsarbeiterin", und einem Frontsoldaten. Ich fürchte, ich geriet mit dieser Munitionsarbeiterin ein wenig in die Haare; sie unterstützte ihre Behauptungen durch ein wütendes Grinsen, wobei sie ein so furchtbares Gebiß aufwies, daß es in meiner Vorstellung gewissermaßen ins Riesenhafte wuchs. Zur Erholung wandte ich mich an den Soldaten und, während sich der Zug fortbewegte, vertieften wir uns in soldatische Betrachtungen. „Ich bin zur Ueberzeugung gekommen, daß es überall Gutes und Schlimmes gibt", sagte er. „Ich habe schlechte Deutsche gekannt und auch solche, die sich unserer Verwundeten annahmen, wie es kein englischer Tommy besser für seinen Kameraden tun kann." Wir sprachen im gleichen Sinne weiter, aber so oft der Zug anhielt und unsere Unterhaltung von den anderen gehört werden konnte, verstummten wir. Ich glaube, unbewußt fürchteten wir uns vor den furchtbaren Zahnreihen, und ich bemerkte, daß der Soldat schüchtern hinblickte. . . . .

Einige englische Urteile

„Die Zeitungsberichte über die soldatische Minderwertigkeit der Deutschen ekeln mich an. Glaubt kein Wort davon. Sie sind in jeder Hinsicht hervorragend. Ihre Tapferkeit, Leistungsfähigkeit, Führung, Organisation und Ausrüstung werden von keiner anderen Truppe übertroffen. Sie stürmen in Haufen gegen unsere Stellungen und Maschinengewehre an, immer wieder unermüdlich, immer im Angriff. Ich bin voller Bewunderung für sie, und so geht es allen, die sie gesehen haben. Es ist jammerschade, daß so famose Soldaten so schlimm in Belgien gehaust haben; sie haben schlimm gehaust, da besteht kein Zweifel, aber an den Orten, wo ich gewesen bin, war es nicht so schlimm, wie es erzählt wird." Diese Zeilen aus dem Brief eines Brigadekommandanten wurden am 9. November 1914 in der Times veröffentlicht. . . . . Ein Offizier der ‚Sidney' machte eine begeisterte Beschreibung der Offiziere der ‚Emden': „Leutnant Witthoef war durch und durch ein netter Bursche. Leutnant Schal war ebenfalls ein guter Junge, halbenglisch. Sie waren tief gerührt darüber, daß der Kapitän bei der Einfahrt in Colombo sich Beifall und Hurra verbeten hatte, wegen der vielen Verwundeten (fast nur Deutsche), die wir an Bord hatten. Kapitän von Müller ist ein prächtiger Mensch. Am Tage, als er in Colombo das Schiff verließ, kam er zu mir auf das Achterdeck und dankte mir für die Pflege der Verwundeten, er schüttelte meine Hand und grüßte, was sicherlich sehr nett und höflich von ihm war. — Der Prinz von Hohenzollern war ein recht netter Bursche. Wir einigten uns darüber, daß es unsere Pflicht sei, einander zu schlagen, aber ohne jede Bosheit". Ein verwundeter Offizier sprach vor einer Studentenversammlung. Er verwahrte sich dagegen, prodeutsch zu sein, trat aber für eine gerechte Beurteilung des Feindes ein. Als er in das Lazarett gebracht wurde, bemerkte er an der Außenseite des Gebäudes ein Luftschiffabwehrgeschütz. Dies fiel ihm als eine, milde gesagt, unzweckmäßige Maßregel auf. Er erwartete, daß das Lazarett beschossen werden würde, was auch geschah. Er tadelte die Deutschen nicht. Bei einer anderen Gelegenheit wurde ein in der Nähe der Gefechtslinie befindliches Bauernhaus als erster Verbandplatz benutzt. Es konnte nicht als Lazarett erkannt werden; der kommandierende Offizier benachrichtigte von Kluck davon und der Bauernhof wurde seitdem verschont. Er sah die Deutschen eine Kirche beschießen, aber diese Kirche war von den Franzosen zu Beobachtungszwecken benutzt worden. Derselbe Offizier warnt die Leichtgläubigen davor, Soldatenbriefen allzu viel Glauben zu schenken. Ihm war, während er bei der Briefzensur beschäftigt war, der Brief eines Tommy in die Hände gefallen, der erst kürzlich nach Frankreich gekommen war und noch nie im Feuer gewesen. Er beschrieb trotzdem eine Schlacht, in der die Engländer Wunder verrichteten und er selbst sich durch Heldentaten auszeichnete. Da der Brief im übrigen harmlos war, so ging er durch. Es war die Art von Mitteilungen, gegen die das Preßbureau nichts einzuwenden hatte.

Besatzungstruppen

Nachrichten aus Brüssel und Gent heben das gute Betragen deutscher Offiziere und Mannschaften hervor. Am 28. Januar 1915 schreibt ein neutraler Berichterstatter in der Times: „Im allgemeinen kann man nicht behaupten, daß das deutsche Militär sich der Bevölkerung von Gent gegenüber schlecht beträgt. Beim Einmarsch der Truppen erging der strenge Befehl, sich jeder Art der Plünderung zu enthalten und in den Geschäften nichts ohne Bezahlung zu nehmen. Das bereitete vielen Leuten Mißvergnügen."

Digitized by Google

Mr. Gabriel Mourey erstattete einen Bericht über seine Verwaltung des Schlosses von Compiègne während der deutschen Besetzung. Die Besprechung dieses Buches in der Times ist so interessant, daß ich einige Auszüge daraus wiedergebe:

„Das Schloß diente während der letzten Zeit des strategischen Rückzuges als englisches Hauptquartier; während der letzten Augusttage konnte Mr. Mourey vom Fenster aus General French und Joffre auf der Schloßterrasse erblicken. Englische Soldaten rasierten sich friedlich unter den Bäumen des Parkes, vor kleinen Stückchen zerbrochener Spiegel. Sie verließen Compiègne in der Nacht und sprengten die Brücke Ludwigs XIV. Am nächsten Tage erschienen die Ulanen, gar nicht so fürchterlich, wie sie geschildert worden waren. General von Kluck richtete sich hier für einen Tag sein Hauptquartier ein. Der erste, der die Nachricht dieser fragwürdigen Ehre brachte, war ein Ingenieuroffizier, der kam, um eine drahtlose Telegraphenstation auf dem Dach zu installieren Er war sehr geschäftig, fand aber Gelegenheit, Mr. Mourey mitzuteilen, daß er Maurin heiße und daß dieses ein französischer Name sei. Er betonte dies mehrere Male: ‚C'est un nom français.' Er schien sehr stolz darauf zu sein. Von Kluck traf dann selbst ein. Er erkundigte sich sehr höflich in ausgezeichnetem Französisch, ob er das Schloß besichtigen dürfe. Mr. Mourey entwirft von ihm ein keineswegs unsympathisches Bild. Liebenswürdig, jedoch zurückhaltend, voll aufrichtiger Bewunderung für die Kunstschätze des Schlosses, nach jeder Erklärung ließ er ein leises: ‚Je sais' hören, was keineswegs beleidigend klang, sondern als wenn längst vergessene Erinnerungen seinem Gedächtnis wiederkehrten. Ab und zu murmelte er „kolossal" ebenso höflich, wie die englischen Offiziere zu allem ‚very nice' bemerkt hatten. Er versprach, daß dem Denkmal französischer Kaiserzeit alle Schonung widerfahren sollte. Von Kluck mußte fort. Ihm folgte von Marwitz, nicht weniger liebenswürdig, nicht weniger sympathisch. Er war so großmütig, eine schriftliche Proklamation zu unterzeichnen, die den Truppen verbot, das Schloß zu beschädigen. Er zog auch seiner Wege. Sein Generalquartiermeister benutzte die Gelegenheit, eine Kontribution von 5000 Franken von der Stadt zu erheben, ehe er dieselbe verließ, wie Gehazi in der Bibel hinter dem Wagen seines Herrn. Verschiedene, im Rang niedriger stehende Befehlshaber folgten, stumpfsinnig, brutalprahlerisch, beleidigend, weil sie eine Kultur, deren Sprache sie nicht verstanden, fürchteten."

Ich denke, auch wir kennen solche Leute bei uns zu Lande, und manche Soldaten haben Männer dieses Schlages auch anderswo als in der deutschen Armee kennen gelernt..... „Im ganzen betrugen sich die Deutschen in St. Quentin anständig. Ihr Regiment war streng, aber gerecht; wenn die Bevölkerung auf Schwarzbrot gesetzt wurde, so erhielt man doch genug und es war schließlich nicht so schlecht." Diese Aussagen sind besonders beachtenswert, weil in St. Quentin „als einem der wichtigsten Stützpunkte der deutschen Armee die verschiedensten Truppenteile fortwährend wechselten". (Philip Gibbs, The Soul of the War, Seite 152.) Das was Mr. Gibbs weiter zu sagen hat, ist nicht weniger bezeichnend. Französische Frauen verkauften sich bereitwillig an deutsche Soldaten. Auf Befehl der deutschen Obrigkeit wurden verschiedene Cafés geschlossen wegen der dort vorgekommenen Ausschweifungen. Ich wundere mich jetzt nicht mehr so sehr darüber, als damals, wie ich es las. Seitdem erzählte mir ein englischer Soldat, daß die Frauen in ihrer „albernen Verfessenheit" auf zweierlei Tuch sich auch feindlichen Soldaten hingaben. Eine Frau hatte ihm stolz gesagt, daß ihr Kind von einem deutschen Soldaten sei. . . . . .

Ich erinnere mich auch der ersten Erfahrungen, die einer meiner Bekannten in Frankreich gemacht. Er kam in ein Dorf, in dem Ulanen gewesen waren. Hatten die Bewohner irgend welche Klagen über das Betragen der Truppen zu führen? Nichts dergleichen. Sie waren mehr über das Benehmen einiger englischer Soldaten empört, die sich (wenn es wahr ist) scheußlich aufgeführt hatten. Für meinen Freund war es eine eindruckmachende Entdeckung. Er mußte einsehen, daß der Feind sich auch zuweilen anständig zu betragen versteht und schlimme Dinge über englische Soldaten auch von den Alliierten erzählt werden. Ich bin überzeugt, daß vielleicht keine Truppe der Welt humaner oder ebenso human ist, wie die englische. Ich widerspreche bloß der Annahme, daß die eine Partei unfehlbar und die andere hoffnungslos barbarisch ist. . . . .

Digitized by Google

In der Action Française (Paris, 12. Juni 1915) erschien eine ergreifende Schilderung aus dem Kriege, aus der ich folgendes wiedergebe: Eine französische Geschichte

„Ein hartnäckiger Kampf hatte vor der Festung stattgefunden. Viele Tote und ein paar Sterbende lagen am Boden. In der Nacht hörten wir ein schwaches Rufen: ‚Kamerad, Kamerad'. Wir antworteten, im Glauben, daß es Deutsche waren, die sich ergeben wollten. Die Rufe wiederholten sich, wir vermuteten Verrat. Ein jeder setzte sich in Bereitschaft. Plötzlich ertönten die Rufe in reinem Französisch: ‚Camarades français!' ‚Was gibt es?' ‚Ein Verwundeter liegt in der Nähe.' ‚Nein.' ‚Doch, vor dem Graben.' ‚Wir haben eben die Runde gemacht und nur Tote gefunden.' ‚Ja, aber dies ist ein Verwundeter, der um Hilfe bittet, wollt Ihr ihm nicht beistehen?' ‚Nein.' Durch die Stille hörten wir wieder: ‚Kamerad, Kamerad.' Der deutsche Offizier fragte sehr höflich: ‚Französische Kameraden, gestattet uns, dem Verwundeten zu Hilfe zu eilen.' Ein unerbittliches Nein war die Antwort. Ist hinter dieser scheinbaren Menschlichkeit und Beharrlichkeit nicht irgendein ein Streich verborgen? ‚Nun denn,' riefen die Deutschen, ‚geht Ihr, wir werden nicht schießen.' Können wir uns auf die Versicherung eines Deutschen, nach allem, was vorgefallen ist, verlassen? Wir zögerten jedoch nicht länger. Ein Soldat aus Lille sprang vor. ‚Gut, ich gehe ihn holen.' ‚Ich gehe mit', sagte ich dem Leutnant. Unser Schwadronsführer brachte noch ein paar andere herbei. ‚Kamerad', rief der Verwundete, ‚schont meiner.' Wir beruhigten ihn und schleppten ihn, da er eine zerschossene Hüfte hatte, in unseren Graben. Unterwegs wiederholte er immer wieder trotz seiner Schmerzen: ‚Gute Kameraden'. Er war sehr jung, kaum 18 Jahre alt, vom 205. Inf.-Regt. Ich rief zur deutschen Stellung hinüber: ‚Wir haben einen Verwundeten eingebracht. Gibt es noch mehr?' ‚Ja, 20 Meter von hier, weiter rechts.' Wir sahen uns um. ‚Da liegen nur Tote.' ‚Wartet, wir leuchten Euch.' Darauf etwas auf Deutsch, das wir nicht verstanden. Wird jetzt geschossen werden? Plötzlich leuchteten zwei fabelhafte Raketen auf. Wir sahen alles, als wenn es Tag wäre. Wir waren nur ein halbes Dutzend Marinesoldaten und befanden uns 20 Meter von den deutschen Gräben entfernt. Hinter dem jenseitigen Drahtverhau zeigten ein Offizier und einige Soldaten ihre Pickelhauben. Alles blieb ruhig. Wir blickten uns sorgfältig nach allen Seiten um. ‚Nichts, nur Leichen. Wir gehen zurück, geht auch Ihr zurück.' ‚Merci, camarades français!' rief der Offizier und die Leute wiederholten den freundlichen Gruß ihres Führers. Sobald wir hinter unserer Brustwehr waren, gab der Leutnant den Befehl, zu schießen, so laut, daß man es 60 Meter weit hören konnte. ‚Feuer, Luftsalve.' Und von drüben noch einmal als Antwort auf unsere Salve: ‚Wir danken euch, Kameraden.' Und alles versank wieder in Nacht und Schweigen. Der Tod konnte von Neuem seinem Handwerk nachgehen. Aber während dieser Nacht wurde kein einziger Schuß ringsum gehört."

Wie viel Vernunft ist wohl in einer Welt, die solche Leute gegeneinander aufhetzt, sich gegenseitig zu hassen und tot zu schießen? . . . . .

Noch einmal die Brüderlichkeit

„Im Wald von Ploegsteert befindet sich ein Ort, der nie von deutschen Granaten erreicht werden sollte. Es ist ein Grab mit einem sorgfältig gearbeiteten hölzernen Kreuz darüber, darauf die Inschrift: ‚Hier liegen zwei tapfere deutsche Offiziere.'"

‚Das ist ziemlich überraschend,' sagte ein Zivilst unserer Gesellschaft. ‚Aber sie waren tapfer,' erwiderte der Major. ‚Die Deutschen sind nicht immer so schlimm. Fünf Offiziere meines Regiments wurden einmal vermißt. Wir hatten die Hoffnung aufgegeben, ihre Leichen zu finden, aber als wir die Deutschen zurückdrängten, fanden wir ein Grab mit der Ueberschrift: ‚Hier ruhen fünf brave englische Offiziere.' Wir stellten die Identität fest und brachten die Leichen nach England."

Wir folgten einem anderen Seitenweg und kamen zu einem riesigen Erdwall, bedeckt von gelben Blumen, die von englischen Soldaten gepflanzt worden waren. Auf einem sauberen Holzkreuz, am Kopfende des Walles hatte ein englischer Soldat geduldig die Worte angebracht: ‚Hier ruhen 17 deutsche Soldaten.'

Kein englisches Grab im Wald von Ploegsteert war besser gepflegt oder mit mehr Blumen geschmückt, als die der deutschen Soldaten." (Mr. Wg. Shepherd, Spezialkorrespondent der Dail News, 1. Juni 1915.) . . . . .

Digitized by Google

Deutschland in Friedenszeit

Es sind genug der Beweise angeführt, um einen Eindruck von dem besseren Deutschland im Kriege zu geben. Wir wollen uns nun auch das, was Deutschland früher im Frieden geleistet, ins Gedächtnis rufen. „In klareren Augenblicken sind wir uns alle dessen bewußt, daß die Deutschen ein großes Volk sind und dazu berufen sind, in der Welt eine bedeutende Rolle zu spielen. Ihr Stolz auf die Kultur, die sie besitzen, ist keine leere Prahlerei. Wenn man es genau überlegt, so ist es eher von Wichtigkeit, daß unter uns ein Volk lebt, das danach strebt, auf seine Kultur stolz sein zu können. In der Natur des Engländers liegt es mehr, zu klagen, als sich zu rühmen, und wenn er mit irgend etwas prahlt, so ist es sicherlich nicht mit Kultur. Die Deutschen zeichnen sich, wie es mir scheint, durch zwei Dinge aus — durch die einfache Zartheit ihrer Empfindungen und den Trieb geduldiger Beobachtung. Lange Zeit hindurch, weiß ich, war es Mode in England, deutsche Literatur gering zu achten. Persönlich sehe ich dies als eine der Posen an, die selbstbewußte Leute zeitweilig anzunehmen lieben. Wenn man auch alle bedeutenden Namen, wie Goethe, Schiller, Heine usw. beiseite läßt, so bleiben doch noch die Volkslieder. Ein Volk, das solche Lieder zu dichten vermochte, hat außergewöhnliche Talente der Welt zu geben. Selbstverständlich neiden wir den Deutschen ihre Musik. Es ist viel übles, entwürdigendes Zeug während des Krieges geschwatzt worden, aber nichts war schlimmer, als das dumme Eifern gegen deutsche Musik, nur deswegen, weil es deutsche ist. Was hat wohl Beethoven, Bach, Schubert, Schumann und Wagner mit der heutigen Kriegspolitik zu tun? Auch wenn man von der Kunst absieht, so ist es klar ersichtlich, daß auf jedem Gebiete, wo genauere Beobachtungen, geduldige Gedankenarbeit erforderlich sind, die Deutschen nicht zu entbehren sind. . . . . Niemand wird Philosophie studieren, ohne auf die deutsche zurückzugreifen. Auch auf einem so typisch englischen Gebiet wie das Studium Shakespeares ist das Werk von Gervinus am grundlegendsten und seit Lessings Zeiten bis zu Ten Brink hat es eine ununterbrochene Reihe deutsche Shakespeare-Forscher gegeben. Alle die sich eingehend mit wissenschaftlichen Dingen befassen, wissen, was wir Deutschland zu verdanken haben. Es war in der Tat zeitweise schmerzlich, die große, geistige Produktion Deutschlands mit dem sehr kärglichen Strom englischen Schaffens zu vergleichen. Es hat selbstverständlich auch großartige englische Forscher gegeben, aber dem englischen Volkscharakter ist die Liebe zum Wissen nicht gegeben, und vor allem lieben wir es nicht, dieses Wissen in Anwendung zu bringen. Wieder und immer wieder brachten unsere wissenschaftlichen Blätter Angriffe gegen die Vernachlässigung der Wissenschaften, und diese Angriffe waren notwendig. . . . . Ich habe oft an diese Dinge gedacht, wenn ich Fabrikanten über die deutsche Konkurrenz klagen hörte. Der Krieg hat viele merkwürdige, intellektuelle Bocksprünge gezeitigt. Interessant ist, zu beobachten, wie erpicht die Freihändler nicht auf die zeitweilige, sondern dauernde Unterdrückung des deutschen Handels sind. Vor einigen Monaten noch predigten sie, wie vorteilhaft es für England sei, billige Waren zu beziehen. Sie erhoben Deutschlands sachliches Verfahren in den Himmel und wiesen darauf hin (mit vollem Recht), daß man einem Kunden, der einem Waren für 4 Millionen Pfund abnimmt, kaum den Untergang wünschen könne. Alle diese Tatsachen haben sich durch den Krieg nicht verändert. Das einzige, was geschehen ist, ist, daß eine verschämte Eifersucht nicht länger verschämt zutage tritt, sondern sich so erfolgreich hinter den Deckmantel des Patriotismus verbirgt, daß sie — zeitweilig — über die Hälfte unserer Landsleute irregeführt hat. Der Tag der Abrechnung wird anbrechen und wir werden dann ebensowenig wie früher irgendeinen Nutzen darin finden können, teuere Waren zu kaufen, nur um den Fabrikanten einen Gefallen zu bereiten. Ueberdies werden unsere Geschäftsleute bis zum Ende des Krieges kaum wissenschaftlicher zu arbeiten gelernt haben. Ein Verlagszirkular, das ich kürzlich erhielt, forderte, sich auf den englischen Patriotismus berufend, zur Anschaffung eines Werkes über angewandte Wissenschaft auf. Ich bin ja nicht besonders skeptisch, doch muß ich gestehen, daß dieser Art Geschäftssinn, der auf Patriotismus fußen will, mir Mißtrauen einflößt. Der wahre Patriot beruft sich nicht auf seine Vaterlandsliebe, um Geld zu machen. In diesem Fall war das genannte Buch ein wohlbekanntes und bedeutendes Werk. Interessant jedoch war, zu beobachten, daß fast alle seine Mitarbeiter Deutsche waren

Digitized by Google

und die übrigen Deutschschweizer. Wahrlich dieser Krieg hat trotz all seiner Greuel vieles gezeitigt, was die Götter zum Lachen bringen könnte." *)

Englische Anerkennung

Es ist erfreulich, bei englischen Kaufleuten Anerkennung für Deutschlands geschäftliche Verdienste zu finden. Die jährliche Konferenz des britischen Handlungsreisendenverbandes trat am 24. Mai 1915 in Manchester in der Townhall zusammen. Sir William Mather, der einstimmig zum Vorsitzenden erwählt worden war, äußerte sich folgendermaßen über Deutschland:

„Die Stellung, die Deutschland in der Handelswelt einnimmt, ist das Resultat jahrelanger, geduldiger, beharrlicher Organisation, zäher, geschäftlicher Nutzanwendung, sorgsamer Forschungsarbeit, voller Erkenntnis der Bedürfnisse und Forderungen des Handelsmarktes, den sie beschicken und des Vorsatzes, diesen Bedürfnissen in pünktlicher Uebereinstimmung mit den Wünschen und dem Bedarf des kaufkräftigen Publikums entgegenzukommen. Dieses Streben wurde von der deutschen Regierung finanziell freigebig unterstützt und durch nationalen Kredit für persönliche und private Unternehmungen gesichert. Die Stellung, die Deutschland sich durch behauptliche Nutzanwendung solcher Geschäftspraktiken erobert hat, kann nicht ernstlich angegriffen werden, noch kann sie durch irgend etwas anderes, als durch gleiche englische Geschicklichkeit, gleiche Spannkraft, gleiche Ausdauer und Wirksamkeit in jeder Handelsbranche bedroht werden." (Daily Telegraph, 25. Mai 1915.) . . . . .

Auf chemischem Gebiet gibt es glücklicherweise auch noch Leute, die unsere ungeheure Verpflichtung Deutschland gegenüber willig anerkennen. Im März 1915 sprach Professor Percy Frankland F. R. S. in der Sektion Birmingham der Gesellschaft chemischer Industrie über „Die chemische Industrie Deutschlands". Professor Frankland schreibt mit echt ritterlicher Höflichkeit in der Fußnote zu seiner gedruckten Rede: „Es ist dem Verfasser ein Vergnügen, die Unterstützung, die er durch die wertvolle Arbeit von Professor Lepsius, Berlin, ‚Deutschlands Chemische Industrie, 1888—1913' und die von Dr. Duisberg, Elberfeld, ‚Wissenschaft und Technik 1911' erfahren hat, anzuerkennen." Ich hoffe, daß der Beweis einer solchen Höflichkeit für den englischen Charakter typischer ist als ein gelegentlicher Mangel daran. Folgende Ausführungen aus Professor Franklands Rede sind von Interesse. . . . .

Professor Frankland betont dringend, daß wir den „Vermahnungen, die seit einem Menschenalter von den chemischen Berufsleuten bis zum Ueberdruß gepredigt werden," doch endlich Gehör schenken sollten. Dieselben weisen darauf hin, wie gefährlich und töricht es ist, die Wissenschaft zu vernachlässigen. Nicht nur bloßer Geschäftssinn, sondern Kenntnisse sind vonnöten. Es mag hinzugefügt werden, daß die Wissenschaft nur da nutzbringend angewandt wird, wenn man sich ihr um ihrer selbst willen widmet und nicht nur aus einem Mittel zum Zweck, um Geld zu machen. Das ist ein Ziel, das für den bloßen Geschäftssinn viel zu weit liegt. Adolf Baeyer hat im Jahre 1880 Indigo synthetisch dargestellt. Die Erfindung hatte 17 Jahre mühsamer Forschungen und eine Kapitalanlage von 1 Million Pfund erfordert, bevor die Erfindung geschäftlich ausgebeutet werden konnte. Leute, die nur an den Gewinn denken, sind einer so mühsamen Arbeit nicht gewachsen. Die Arbeit an sich muß Selbstzweck sein, und daran, fürchte ich, fehlt es bei uns in England.

Ich möchte die Aufmerksamkeit noch auf zwei andere Punkte in Professor Franklands Rede wenden. Indem er nachdrücklich die Notwendigkeit wissenschaftlich ausgebildeter Leiter betont: „Was verdankt z. B. die Firma Brunner, Mond & Co. nicht dem verstorbenen Dr. Ludwig Mond, F.R.S.?" In der Tat war Dr. Ludwig Mond ein Deutscher. Er kam nach England und brachte seine Energie, seinen Unternehmungsgeist und seine wirklich ungewöhnliche wissenschaftliche Begabung mit. Mit Hilfe von J. J. Brunner war es ihm möglich, die größten Alkaliwerke des britischen Staates zu gründen, welche unzweifelhaft die wissenschaftlichste und bedeutendste Fabrik ist, die wir besitzen. Beiläufig mag erwähnt werden, daß Brunner, Mond & Co. die erste Firma war, die den Achtstundentag einführte. Und dabei gibt es noch Leute (einige von ihnen sollten wahrlich besser belehrt sein), die den künftigen Ausschluß der Deutschen fordern. Ich wage es zu sagen, daß es von Vorteil wäre, wenn wir viele dieser geistesbeschränkten Leute gegen einen

*) Aus „Is it to be hate?", vom Verfasser, Seite 203.

Digitized by Google

einzigen Ludwig Mond austauschen könnten. Wollte man solchen Männern die Türe verschließen, so wäre das gleichbedeutend, sich dem Talente zu verschließen. Talent aber gedeiht am besten durch Wechselbefruchtung. Ich möchte an dieser Stelle ein Beispiel anführen, das mir persönlich mitgeteilt wurde. Der Erzähler sagte: „Als ich noch ziemlich jung war, faßte ich einmal den Entschluß, ein Geschäft, das ziemlich in Verfall geraten war, zu retten. Meine Freunde widersetzten sich ziemlich ernsthaft diesem Entschluß, aber ich blieb standhaft. Die Fabrik, die ich übernahm, beschäftigte 150 Arbeiter. Es mangelte an wissenschaftlicher Ausbildung, und das war, wie ich erkannte, die Hauptursache des Unglücks. Ich begann somit, meine Leute zur Ausbildung nach Deutschland zu schicken. Fremde werden auf den deutschen staatlichen Universitäten stets gern aufgenommen und gut unterrichtet. Meine Leute brachten die dort erworbenen Kenntnisse nach England. Der Erfolg war, daß, als ich mich von der praktischen Tätigkeit zurückzog, wir über 3000 Arbeiter beschäftigten. Diese 3000 Arbeiter haben ihre Beschäftigung Deutschland zu verdanken. Daran sollten die Leute denken, die immer behaupten, daß die Deutschen nach England kommen, ‚und uns das Brot vom Munde nehmen'." ..... Abgeschlossenheit schnürt die Möglichkeit des Fortschritts ab. Austausch ist, wie wir wissen, die Seele des Handels, und der Austausch von Persönlichkeiten und Gedanken fördert etwas, was bedeutend wertvoller ist als Handel. Die folgende und letzte Ausführung, die ich Professor Franklands Rede entnehme, bezieht sich, meine ich, auf die Möglichkeit künftiger Freundschaft. „Ungeachtet des Mangels materieller Beweise wage ich zu behaupten, ohne Widerspruch riskieren zu müssen, daß bei uns auf chemischem Gebiete mehr als auf jedem anderen wissenschaftlichen Gebiet geleistet wird. Ich schreibe dies der Tatsache zu, daß unsere Chemiker entweder in größerer Anzahl deutsche Universitäten besuchten oder von Leuten ausgebildet wurden, die dort ihre Studien gemacht haben. Ich bin überzeugt, daß niemand von uns in diesen traurigen Zeiten dessen uneingedenk ist, was wir der Gastfreundschaft und Anregung dieser Lehranstalten unserer Feinde zu verdanken haben." Wir begegnen so viel Kleinlichkeit und unwahrem Patriotismus, daß es ein Genuß ist, so wahrhaft edle Worte zu vernehmen. Von Wichtigkeit ist auch, was Professor Frankland in seiner Rede von den deutschen Arbeiterverhältnissen sagt: „Ich fühle mich verpflichtet, zu bemerken, daß die Arbeitsverhältnisse der Verwaltung große Ehre machen." ...

Die Politik der Boykottierung

Ein törichter Krieg wurde in England gegen deutsche Geistesarbeit im allgemeinen geführt, ein Kampf, so kleinlich, daß ihn viele von uns als Schande schmerzhaft empfanden. Wir erinnern uns noch, wie der Präsident des Training College in Mark Rutherford's Autobiographie die „Ungläubigen" zu seiner größten Selbstbefriedigung vernichten konnte. „Die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, war um so leichter, da er von deutscher Literatur keine Ahnung hatte; das Wort ‚deutsch' war ein Vorwurf, der etwas ganz Fürchterliches besagte, wenn auch niemand eigentlich genau wußte, was." Dieser Obskurant und Gegner des freien Gedankens hofft, daß wir uns von Deutschland wegen seines schlechten Rufes lossagen und die friedlichen Bahnen englischen Pietismus einschlagen würden. Der Engländer hat zu oft Neigung gezeigt, aus seiner Ignoranz eine Tugend zu machen.

Auf dem Gebiete der Industrie hat sich diese Tugend als ein Kartenhaus bewiesen und auf dem Gebiete der Religion, meine ich, nicht minder. Es wäre eine sehr verhängnisvolle Folge des Krieges, wenn wir durch ihn noch nachdrücklicher an unserer insularen Beschränktheit bestärkt würden.

Es ist Zeit, daß wir diese grotesken Karikaturen des deutschen Volkes abschaffen. Solche Karikaturen werden durch den Krieg gezeitigt, aber sie schaden einem dauernden Frieden. Es gibt ein großes deutsches Volk und dieses Volk und das unsere sollten sich in ihren Herzen zueinander finden. Das Deutschland der hervorragenden Wissenschaft, der Industrie und des Handels beschäftigt mich weniger. Es ist gut, aber es gibt noch ein besseres, und das ist das Deutschland der liebenden Ehegatten, der treuen Freunde, der treuen Frauen, der aufopfernden Mütter. Das Herz regiert die Welt. Wir brauchen die Herzen Deutschlands, Frankreichs, Endlands und der ganzen Welt, damit sie einander erkennen. „Herr, öffne uns die Augen!" Wenn dieses Gebet aufrichtig von unseren Lippen kommt, so werden wir den Weg zu einem Frieden der Herzen finden, der einzige Friede, der kein „Flickwerk" sein wird. —

Redaktionell abgeschlossen am 29. Oktober 1921.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Druck: F. Bruckmann A.-G. München. Buchbinder: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern b. Pforzheim.
Digitized by Google

Zum Geleit

Die hier gebotenen Proben italienischer Erzählungskunst stammen ungefähr aus den Jahren 1880 bis 1914. Der räumlichen Ausdehnung nach sind mit Ausnahme von Sardinien nahezu alle Landschaften vom äußersten Süden bis zum Alpenkamm zu Worte gekommen. Kein anderes romanisches Volk hat so stark wie die Italiener seine örtlichen Eigenarten und Bräuche, Trachten, Sitten, Volks- und Heimatkünste ausgeprägt. Bei keinem übt von altersher der Genius loci eine so weitgehende unterscheidende Macht und ist die Fühlung zwischen Schriftsprache und Mundart so eng. In der Uebersetzung gehen die landschaftlichen Färbungen des italienischen Ausdrucks notwendigerweise verloren und werden die einzelnen Stücke einander ähnlicher, als sie in Wahrheit sind. Ja, nicht nur das örtliche, auch das gemeinhin italienische Gesicht muß einigermaßen verblassen. Immerhin wird man — hoffen wir —, wenn nicht den Laut, so doch den Geist der italienischen Erzählungskunst in seiner Eigenart auch so noch erkennen. Denn im Schoße der Sprachen wirkt eine Art Vorbestimmung, ein stiller Hinweis oder Drang zu diesem oder jenem Kunstideal, etwas, das zwar kein Zwang, aber eine naturgeschichtliche Veranlagung ist. Echte Kunstwerke, die nicht den literarischen Moden, sondern dem geistigen Auftrieb ihres Volkes gehorchen, machen diesen einheimischen Zug auch für fremde Augen sichtbar, auch für den Uebersetzer schließlich greifbar.

Während die französische Sprache ihre Kinder vorzugsweise zu den mitteilsamen, unterhaltlichen, plaudernden und beredten Kunstarten erzieht, eignet der italienischen das Darstellerische, eine Art sprachlicher Baukunst, Plastik und Monumentalität, wobei das Rednerische, das dem Franzosen elementar ist, nur mehr dekorative Bedeutung hat. So wird man denn in unseren Proben, die kein Spiegel der Mode, sondern des italienischen Temperamentes sein wollen, nicht viel Spannendes, nicht viel Ueberraschendes und wenig leichtflüssige Unterhaltung finden, wohl aber Bilder und Szenen, die in sich selbst ruhen und die bei aller Lebendigkeit, Erregtheit und Farbigkeit, bei all ihrem Feuer und ihrer Wärme mit klaren, beschaulichen Augen gesehen sind.

Karl Voßler

Carlo Dossi*) / Die Karamellen.

Monsù, Karamellen für zwei Soldi", sagte ein Bub, der hurtig eintrat mit zwei Mädeln, die ihm zu jeder Seite einhertrotteten. Und alle drei stellten sich auf am Ladentische.

Der Kaffeewirt ließ seine Zeitung und erhob sich.

Ich betrachtete mir die Kleinen. Der „Mann" war in himmelblauer Bluse und mit einem Soldatenmützlein. Abgesehen von jenem bißchen einfältigen Aussehen, das die Jungen so um die acht Jahre haben, drückte sich in seinem Gesichtchen das Bewußtsein aus seines doppelt wichtigen Amtes, des Käufers und des Bewahrers einer achtbaren Summe. Welche Summe er in seiner Faust umschloß. Und schau mal an, wie fest er sie hielt!

Aber auch das Mädchen zu seiner Linken? Welch ein feines und empfindsames kleines Antlitz! ... Ein Antlitz, das eine von jenen mondscheingemachten Totenblassen versprach, die, wenn sie wo einen Blick fallen lassen, dann wehe!

Das Puttchen zur Rechten hingegen war ein munterer Sonnenstrahl. Sie war noch keine fünf. Drall, Milch und Wein, in einem kurzen gestärkten Röckchen, bewegte sie sich auf den Spitzen ihrer Kinderschuhe; mit den Händen sich am Rande des Schanktisches festhaltend, stützte sie, zwischen jenen, ihr Kinn darauf.

Und die sechs Aeuglein — zwei schwarze, zwei graue und zwei kastanien-

*) Pseudonym für Alberto Pisani Dossi, geb. 1849 in Zenevredo (Pavia), gest. 1910; lebte meist in Mailand.

Digitized by Google

braune — sammelten sich um die Hand des Kaffeewirtes. Diese tat ein kleines Gewicht auf die eine Schale der Wage; die Aeuglein begleiteten sie dorthin; sie machte sich nun daran, eine Büchse vom Gestelle zu holen; die Augen folgten ihr nach: tack, tack, ... der Kaffeewirt ließ auf den Untersatz die Karamellen fallen ... drei, vier, fünf ..., bei jedem „tack" blickten die Kinder einander heimlich an und lächelten.

Jedoch für zwei Soldi gab es nicht viel zu lächeln.

Mir kam ein Einfall.

Ich gab dem „Monsù" mit einem Gehüstel einen Wink, tat mir den Zeigefinger an den Mund und begann, im Rücken der Kleinen, Zeichen zu geben, das heißt auf die Büchse zu weisen, danach meine Hand gegen die Wagschale zu kippen.

Bah! Der Kaffeewirt war geradezu dickfellig. Abgesehen vom Zeichen, still zu sein, verstand er mich nicht im Geringsten. Vielmehr er hatte den Mut — ich unterstreiche, den Mut —, eine überzählige Karamelle wieder fortzunehmen und zurückzutun. Drei entmutigte Blicke folgten ihr und drei Seufzer.

Gut, die Tüte wurde angefüllt und dem kleinen Manne ausgehändigt.

Dieser ließ nun das Zweisoldistück locker. Alle drei, einen Augenblick, sahen ihm nach, wie es im Schlitze des Ladentisches verschwand; dann, mit einem Freudensprunge, entwischten sie.

„Was wünschten Sie?" fragte mich der Kaffeewirt.

„Ich wollte, daß Ihr ihnen die Büchse ausleertet," antwortete ich ärgerlich. „Gezahlt hätte ich."

Er machte ein etwas dümmerliches Gesicht.

„Zum ....", sprach er, „Sie hätten es sagen sollen."

Eine Frau hätte es verstanden.

Carlo Dossi / De consolatione philosophiae.

„Gott allein vermöchte es," antwortete feierlich der Doktor. Das Antlitz Arrigos nahm die Blässe des Antlitzes seiner jungen Frau an, die mit todesschweren Augenlidern vor ihm in jenem Bette lag, das an so viele Freuden und so viel Leben erinnerte. Arrigo war nahe daran, ein Geheul auszustoßen; er beherrschte sich kaum und, da er nicht anders konnte, lief er, seine Not im benachbarten Zimmer zu bergen. Und dort fiel er in einen Lehnstuhl zurück, das Gesicht in den Händen.

Die arme Lisa! Die arme Lisa! Noch kein Jahr war es her, daß sie ihm erschienen war auf seinem einsamen und kahlen Pfade, wie Tau, wie eine Blume, und er sah sie noch überschäumend von Jugend und Frische in seine muffige Studierstube eintreten, die Mäuse und Motten ihm fortzuscheuchen, die Fenster ihm aufzutun für die Sonne, die schafft, für die liebevolle Natur. O die Bücher rächten sich recht grausam an ihrer Nebenbuhlerin.

Und Arrigo schluchzte verzweifelt.

Doch, gibt es denn keinen Trost bei so großem, so fürchterlichem und unvorgesehenem Unglücke? Soll der Mensch immer allein, schutzlos, den hungrigen Tieren der eigenen Schmerzen überlassen bleiben? Was frommte es ihm, Jahre und Jahre, sich über den Büchern entfärbend, anderer Leute Erfahrung geerntet zu haben, wenn jetzt, wo es Not tat, er nicht imstande war, sich daraus auch nur ein einziges Brot zu backen? Was studierst du, wenn du nicht lernst, als guter Freund mit dem Unglück zusammenzuhausen, deinem notgedrungenen Gefährten? Was sinnst du?

O komm, Philosophie! Du, die du die Dinge und Ereignisse von außerhalb unser aus betrachtest, sie in ihrer Wesenheit schaust und nicht in ihrer Verhältnismäßigkeit — Du, die du allem eine Entschuldigung findest, und nichts kann dich bestürzen: Philosophie, die du reich die Armut Epicurs gemacht und glückselig den Reichtum Senecas; die du in ein wissenschaftliches Wechselgespräch den Todeskampf des Sokrates verwandeltest und in eine geruhige Accademie das Kaisertum des Marcus, — o du, die du nicht verlässest den, der dich liebt; einziger gegen die Schläge des Schicksals gefeiter Besitz.

Digitized by Google

Komm, mich trösten. Von deinen erhabenen Bereichen aus, unerschütterlich heiter, weißt du wohl, was die Welt ist: — ein Punkt, ein fast unwahrnehmbarer Punkt. Was ist denn da mit ihren geringfügigen Leidenschaften die Menschheit? Vielmehr — „zwischen dem Blitze des Lebens und dem Donner des Todes", wo ist da der Mensch?

Philosophie, gib mir, wenn nicht das Lächeln, wenigstens die Gleichgültigkeit des Weisen. Lüge, aber tröste mich.

Es gebe kein Uebel, hast du mir gesagt, daraus kein Gutes komme. Natur ist immerwährend unverbesserlich gut. Oberhalb dieser schwarzen Wolken leuchtet fleckenlos das Blau; die Wolken werden sich auflösen, das Blau nimmer. Dünkt dich also das Leben ein schmerzlicher Seufzer, ist da nicht vielleicht der Tod das Aufhören davon? Und, ist der Tod eines Schmerzes Ende, warum hassest du ihn, fluchtst ihm, willst du ihn der stehlen, die du liebst?

Die du liebst! — freilich, wahr ist das —, aber würdest du immer lieben? — Lisa war schön ... das Alter würde sie häßlich gemacht haben; Lisa war gut ... die Häßlichkeit hätte sie schlecht erscheinen lassen. Jetzt aber, bei ihrem vorzeitigen Tode, läßt sie dir ihr Andenken unversehrt. Sie wird dir immer jung und schön und mild und ... dein bleiben. Mehr von Sehnsucht denn von Befriedigung speist sich die Liebe. Ewig werden die Ideale geliebt, weil man sie nie erreicht. Ist es da nicht besser, daß du aufhörst vor der Sattheit?

Und dann bist du zum Studium geboren. Stille verlangen die Studien... Und wo anders je Stille finden außer in der Einsamkeit? Zerstreut von den täglichen so kleinlichen Familiensorgen, ein Auge über dem Kochtopfe, auf den deine Kindlein warten, und das andere über deinem Werkgewissen, würdest du dein ganzes Leben sozusagen geschielt haben, höchst unzufrieden mit dir selber. Wer nicht auf einem einzigen Wege schreitet, geht keinen zu Ende; wer den Bogen des eigenen Geistes nicht auf ein einziges Ziel hin spannt, trifft nicht. Dank also der Vorsehung, die dich durch die förderliche Prüfung des Schmerzes wieder zur Glückseligkeit führt. Deine Bücher haben dir verziehen und erwarten dich, bereit, dir ihre Schatzkammern wieder zu öffnen und abermals — zwischen Zeile und Zeile und den Rändern — die dort bewahrten Wahrheiten aus sich herauslesen zu lassen. Welche Stunden, welche Tage der Lust mit diesen deinen alten Gefährten! Sieh, und nun bist du am Schreibtische, zu einem einzigen Leibe mit ihm geworden, uneingedenk dieses höchst unsauberen Fleisches, des Seelenzuchthauses, uneingedenk jener Strafanstalt, die da „die Welt" heißt — und da bist du, in der fruchtbaren Umarmung mit einem anderen Hirne, Ideen aus Ideen zeugend, der Zukunft Gebiet abringend —, neue Sprossen zufügend der unendlichen Stiege zu Gott ....

Und schon schwieg Arrigos Schluchzen, und sein Blick triumphierte. Philosophie, die er so angerufen, saß ihm auf dem Schoße und warf ihr Haupt gegen seine Schultern zurück.

Siehe da, der Doktor. Sein Gesicht war von lang rund geworden.

Sie staunten, der eine über den anderen.

„Gerettet!" rief mit bewegter Stimme der Doktor.

„Wirklich?" machte Arrigo.

Die Stimme Arrigos knarrte. War's Freude? Her mit Euren Reagenzgläsern, Ihr Chemiker der Gefühle!

Matilde Serao*) / Ein Blumenmädchen.

Die Kleine ging langsam, dicht mauerlang, durch die enge, gewundene Via dei Mercanti. Sie sah nicht nach den Handwerkerstätten, hob die Augen nicht auf nach jenem langen Streifen Himmels, der zwischen den hohen Häusern erschien, blickte nicht einmal vor sich her. Sie sah hinab auf die Steine, als ob sie sie zählte. Sie ging, ohne sich um den Schmutz auf dem Pflaster zu kümmern, um die Stöße, die sie erhielt, um die spärlichen Wagen, die vorüberfuhren. Als sie an der Kirche des Cerriglio angelangt war, grad vor der Bildsäule des rotbekleideten Eccehomo mit der Dornenkrone, den von unbeweg-

*) Geb. 1856 in Patrasso, lebt in Neapel.

Digitized by Google

lichen Tränen erfüllten Augen, der mit geronnenem Blute befleckten Stirn und Brust, schenkte die Kleine ihm einen gleichgültigen Blick und kehrte um im gleichen steifen Gange.

Sie war ein Bettelkind. Sie hatte Hunger, sie fror, sie hatte Durst. Sie hatte nackte Beine, bare Füßchen, die der Straßenkot verunstaltete. An diesem eisigen Februartage hatte sie nichts anderes an als ein Hemd und ein zerrissenes, zerfranstes Röckchen, das in Gürtelhöhe von einem Stück Bindfaden zusammengehalten wurde. Festgewickelt um den Hals einen Häkelfetzen. Sonst nichts. Die Kleine war sehr mager, beinahe verdorrt; durch die Risse von Hemd und Röckchen schien eine blutlose, graue Hautfarbe durch; unter dem Halstuche sah man die beiden Schlüsselbeine hervorstechen, als wollten sie die Haut durchlochen; man konnte die kranke Armseligkeit dieses holzigen Mädchenkörpers erraten. Die Schultern waren spitzig, vornübergebeugt, wie die von jemand, der sich immer vor Kälte krümmt oder, um das Gekrampfe des Magens zu beschwichtigen. Ein ernstes, gedrücktes Gesicht von derselben bleiernen Farbe wie der Leib; die niedrige Stirn gefurcht; die dünnen Brauen zusammengezogen, zu groß die graugeliderten Augen, mit Schatten darunter, in Höhlen, tief; hart und starr die Seitenansicht des Antlitzes, schon fertig ausgebildet wie bei einer Frau; der Mund schmal, geschlossen, die Lippen bleich, bewegungslos, mit zwei Falten in den Winkeln. Sie war sieben Jahre alt.

Einst hatte sie eine hagere Mutter gehabt, die ebenfalls bettelte. Sie strichen beide durch die Gassen des Hafenviertels, nach milden Gaben. Sie aßen häufig Brot und schliefen unter einer Treppe, auf Stroh, die Tochter mit dem Kopfe im Schoß der Mutter. Dann war die Mutter am Typhus gestorben; die Kleine war allein geblieben auf der Straße. Sie weinte nicht, sie schrie nicht; sie ging nach milden Gaben und bekam nichts. Jenen Tag aß sie nicht und schlief unter freiem Himmel, auf der Stiege der Portanova-Kirche, zusammengeringelt wie ein Hund.

Drei Jahre lang hatte das Leben der Kleinen keine Abwechslung erfahren. Sie wußte nichts, hatte nichts in der Erinnerung als einen endlos langen Tag, an dem sie immer Hunger gehabt hatte. Beim Morgengrauen begann sie mit ihren Wanderungen. Die Strada dei Mercanti, ein langer, gewundener Darm, war ihr Haus und sie kannte darin und darum alle die seitlichen Hohlwege, die Sackgassen, die unheimlichen Winkel, die schwarzen Werkstätten, die stinkenden Gossen, die engen und düsteren Häusereingänge, die von einem schwachen und grauen Lichte erhellt waren, die abgetretenen Stiegen. Sie kam und ging, rastlos, von dem Portanova-Platze, der ihre Ausgangsstätte war, bis zur Kapelle des Cerriglio, ihrem Endziele. Sie hielt ein auf dem Porto-Platze, schlug einen Bogen und kam beim „Alten Sedile" vorbei, schenkte einen Blick dem Bildnis des Gottes Orion, das an der Mauer haftet und beim Volke Nicolo Pesce heißt, stieg alsdann die Straße Mezzocannone aufwärts, wo sie sich die Füße in den blauen, roten und veilchenfarbenen Abwässern der Färber netzte, die in gewissen, finsteren Höhlen um schwarze Kessel herum hantierten und darin ein geheimnisvolles Gewühle anrichteten. Oben angelangt, wagte sie sich nicht mehr weiter und stieg zurück zur Strada dei Mercanti hinab; sie sah nicht einmal hin auf die Speiseküche, die unter einem Torbogen aufgeschlagen war, wo Fische und Krapfen gesotten wurden, wo sich die lebhaft rosigen Massen der Bratzwiebeln ausbreiteten und die scharfen Düfte des Essigpastinaks. Sie wandte sich rechts über die schmierige Stiege von Santa Barbara, klomm hinauf bis zum allbekannten Zwiebackbäcker, aber die Zwiebacke erregten zu sehr ihre Lust und sie machte sich schleunig fort: beim Wiederhinabsteigen hielt sie ein vor der Tür der Badeanstalt, ein Becken von künstlichem Felsstein zu betrachten, darin kein Wasser war, daraus sich aber eine Pisangpflanze erhob mit breiten grünen Blättern. Sie setzte ihren Weg fort bis zum Cerriglio und kehrte um, immer mit ihrem behutsamen Schritte, dicht mauerlang, neben den Beinen der Fußgänger einhergleitend.

Jene dunkelen Hohlwege, jene Enge, jenes Elend, jene Feuchtigkeit schwitzenden Häuser, jene schlechten Gerüche, jene verdächtigen Toreingänge, jene düsteren Farben, jene Abwesenheit von Sonne, jene Wucherergesichter der Händler, jene unheimlichen Gesichter von deren Mittelsleuten, jene blöden Gesichter der üblen Frauenzimmer, jene schäbige, staubige, schadhafte Ware waren ihre ganze Welt. Sie spürte unbestimmt, daß oberhalb Santa Barbaras, oberhalb der Straße Mezzacanone, oberhalb des Cerriglio, gegen Ende der Via Prin-

Digitized by Google

cipessa Margherita, eine andere Welt vorhanden war, allein sie fürchtete, sich darein zu wagen, sie hatte davor eine wilde Scheu. Auch hier unten in der Via dei Mercanti hatte sie Angst: vor dem anderen Bettelvolke, das sie stieß, vor den Hunden, die sie beißen wollten, vor den Wachmännern, die sie verhaften konnten; aber sie war so gewitzigt, diesen Gefahren zuvorzukommen. „Dort oben" herrschte die unbekannte Gefahr. Wenn sie jenen Grenzen nahekam, schickte sie einen mißtrauischen Blick dahinauf und ergriff alsbald die Flucht, den Lockenkopf sich mit dem Arme bergend, als ob man sie verfolgte.

Sie bat um milde Gaben, aber man gab ihr nicht häufig. All dieses Volk, das sich abrackerte, den Unterhalt für einen harten Arbeitstag zu verdienen, Verläufer, versessen darauf, die Käufer zu umgarnen, Bauern, Lastträger, unter den Ballen gebeugt, schmierige und zerlumpte Dienstmägde, schenkten ihr keine Aufmerksamkeit. Irgend ein besserer Herr hielt sie für eine kleine Diebin, befühlte sich die Taschen und rief ihr eine Grobheit zu; irgendein anderer, gleichfalls anständig gekleidet, war arm, sah sie an und zuckte die Achseln. Einem anderen erregte sie Widerwillen, und er jagte sie mit ärgerlicher Gebärde von sich. Sie bat zunächst mit lauter Stimme, gleichsam befehlerisch aus der Pein heraus ihres Magens, der sich empörte, um ein Kupferstück, da sie am Tage zuvor nicht gegessen hatte; dann senkte sich ihre Stimme, wurde flehend, ängstlich, jammernd; wenige und eisige Tränen rannen ihr wangenab. Sie kam und ging weiter, wie triebmäßig, undeutliche Worte murmelnd, bis ihr die Stimme in der ausgetrockneten Kehle verdorrte; da bat sie um die Gabe mit der Kraft ihres Blickes. Gegen Ende des Tages, wenn man ihr nichts gegeben hatte, war sie von einer großen Müdigkeit ergriffen, der Schwindel im Kopfe ließ sie wanken, sie schleppte sich bis zu den Stufen der Portanova-Kirche und blieb dort, unbeweglich, hockend, gleich einem Häuflein Lumpen, das ein dumpfes Gejammer von sich gab. Sie erhob sich wieder, um noch weiter einherzustreichen, unter den Lichtern, die angezündet wurden, den Arbeitern, die von der Arbeit kamen, und dem Essensduft, der den halbgeschlossenen Werkstätten entstieg. Dann gelang es ihr wohl, zwei Centesimi oder eine Scheibe Brot oder einen Rippenknochen oder einen Kaldaunenüberrest zu ersammeln, und sie sprang fort, es zu verschlingen, bei einem unausstehlichen Magenbrennen. Oft aber kamen die Tage, an denen sie nichts hatte und in krankhafter Erstarrung einschlief, ohne etwas anderes gegessen zu haben als die Schalen fauler Orangen oder Erbsenkörner kauend. Der Sonnabend war ihr bester Tag; am Sonnabend schenkte ihr ein Weib mit einem rotseidenen Tuch um den Hals und kurzem, über dem Magen geschnürtem Rocke, hochhackigen, grünbetroddelten Halbschuhen, einem Silberkamm auf der Spitze des Aufbaues ihrer eingefetteten Haare und karminüberladenen Wangen einen Kupferfünfer. Das junge Weib stand meistens in einem Torweg gelehnt, die Hände in den Schürzentaschen, mit unstetem Blicke, stumpfem Gesichte, von Morgen bis Abend eine schleppende Weise vor sich herplärrend:

O, Stockfischgräte,
Muß denn dies Elend sein von früh bis späte?

Jeden Tag viele Male ging die Kleine an ihr vorüber; aber nur am Sonnabend schenkte ihr die andere einen Kupferfünfer. Dies fünf oder sechs Monate lang. Dann verschwand das Weib. Man hatte es oder es hatte sich in den Brunnen geworfen.

An jenem Sonntage fühlte sich die Kleine dem Tode nahe. Immerfort gingen ihr die Kräfte aus und sie setzte sich zu Boden. Die Werkstätten waren geschlossen, die eiligen Fußgänger gaben ihr kein Gehör, während sie sich nun alle nach den oberen Straßen zu richteten und „da oben" verschwanden. Sie folgte ihnen willenlos mit dem Blicke. Sie betrat die Portanova-Kirche. Die Kirche war leer, sie erschien ihr unermeßlich und furchtbar; sie ward von einer Kälteempfindung befallen, so mit ihren nackten Füßen auf dem Marmor. Der Küster bekam sie zu fassen und schmiß sie hinaus. Sie nahm ihren Lauf durch die entvölkerten Straßen wieder auf; sie sah sich allein, verzweifelt. Alle waren „dorthinauf" gegangen.

Da, ihrer Furcht vergessend, vom Hunger, vom Triebe gedrängt, überschritt sie die Grenze und stieg nach Durchquerung des Plätzchens, zu dem sich die Rua Catalana erweitert, die Stufen zu San Giuseppe hinan. Sie erstarrte vor Staunen; sie sah, was sie noch nie gesehen hatte, die breite Straße, die

Digitized by Google

sauberen Kaufläden, die weißen Paläste, die Gärten, den Himmel. Sie vergaß ihren Hunger vor einem so wunderbaren Schauspiele; sie dachte nicht mehr daran vor einem Spielwarengeschäfte. Dort oben war es schön; und sie folgte der Menge, die dort in Richtung nach Fontana Medina dahinströmte, hielt alle Augenblicke erregt, neugierig an, gänzlich uneingedenk, um milde Gaben zu bitten. Nur die Wagen setzten sie in Schrecken mit ihrem fortwährenden Kreuz und Quer; aber sie folgte dem Bürgersteige. Auf dem Rathausplatze, von neuer Müdigkeit überwunden, setzte sie sich auf eine Bank, nahe der Gartenanlage; doch ein Weilchen darauf sprang sie ab und hastete gleichfalls nach San Carlo zu; dort ging sie, klein wie sie war, verloren in der Menge, die sie nach San Ferdinando zu mitschleifte. Sie sah nichts, unter all diesem Volke zum Nichts geworden; ihr war warm, sie fühlte sich wohl. Dann und wann sah sie durch die Luft ein Blumensträußchen fliegen, dann ein anderes, dann einen ganzen Blumenregen; dann und wann warf sich die Menge zur Seite, um eine Kutsche durchzulassen, darin eine schöne Frau inmitten der Stoffe und der Blumen saß; — hastige, flüchtige, flimmernde Gesichte, die die Kleine beinahe außer Fassung brachten. So verstrich die Zeit. Es begann zu dunkeln. Die Blumen fielen langsamer, der Lärm ließ nach, die Menge lichtete sich. An der Kleinen ging die liebliche Erscheinung einer Frau vorüber in schwarzem, geschürztem, reichem Kleide, mit weißem, lächelndem Gesichte, mit riesigen Brillanten in den zarten Ohren. Sie trug in den Händen einen Blumenkorb mit Sträußchen und losen Blumen. Es war ein herrliches Blumenmädchen, das Geld im Grunde seines Korbes nur so anhäufte.

„Signora, Signora", murmelte eine Kinderstimme, „gib mir eine Blume". Und das Blumenmädchen, mit einer anmutigen, behenden Bewegung, ließ der Kleinen in die Hände ein Häuflein Nelken fallen. Die Kleine lächelte, steckte sich eine Nelke in ein Knopfloch ihres Hemdes und wollte nun ebenfalls Blumen verkaufen, da sie doch so viele hatte. Doch von ihr kauften die Leute nicht. Ein Hochschüler sagte ihr: „Wenn du größer sein wirst, wirst du Blumen verkaufen können." Ein fetter Herr begann gegen die Bettelei und die Untätigkeit der Stadtverwaltung loszuziehen. Die Kleine verstand den Sinn nicht, begriff jedoch, daß man sie schlecht behandelte. Nicht einmal „da oben" war man gut zu ihr. Sie war zerlumpt, barfuß, häßlich; ihre großen, aufgerissenen Augen erschreckten, ihr wirrhaariges und wildes Köpfchen erschreckte. Nun trat der Hunger wieder hervor, rasend, ihr in der Brust ein Feuer entzündend, sie zerreißend. Sie stand unterhalb der „Französischen Bäckerei", aus der ein Duft von Brot und kleinen Kuchen hervorquoll, der sie um die Sinne brachte. Sie bot ihre Blumen willenlos feil, ohne sprechen zu können, mit einem langsamen Schluchzen, das ihr die Brust auf- und niederwallen ließ. Ein Soldat kam vorüber und kaufte eine Nelke; er gab einen Kupferfünfer. Die Kleine trat in die Bäckerei und kaufte ein Fünferbrötchen. Das genügte ihr. Sie wollte fortgehen. Sie begann wieder Angst zu haben. Diese Wagen da betäubten sie, sie, die von der einen Seite zur anderen hinüber wollte. Sie nahm einen Anlauf, das Haupt beugend. . . . In einer Kutsche stieß eine Frau einen Schrei aus und verlor die Besinnung.

Doch auf der Straße, nahe dem Bürgersteige, lag ein unschuldiges Geschöpf in den letzten Zügen, mit den zerschmetterten kleinen Beinen. Sie rang mit dem Tode, zwischen den Nelken liegend, die rings um sie ausgestreut waren, eine davon sich an die Brust pressend, das Brötchen in der anderen Hand, weißen und ernsten Gesichtes, halbgeschlossenen Mundes, mit großen, erstaunten und schmerzlichen Augen, die den Himmel ansahen.

Salvatore di Giacomo*) / Fische auf dem Trockenen.

Ja, ja", wiederholte, mir gerad gegenüber sitzend am selben Tische, mein Dienstkollege de Laurenzi, — „ich bin entschlossen zum Widerstande! Wir werden schon sehen! Der Dienst? Die Pflichten des Dienstes? Die Dienststunden? Aber, der Dienst zählt nichts, mein Lieber, gegenüber all den

*) Geb. 1860 in Neapel, lebt in Neapel.

Digitized by Google

Erinnerungen, die einen an der Stätte festnageln, an der sich der Vater befunden hat. Der Vater, verstehst du? Und da sollte ich dem Schreibpulte meines Vaters entsagen, der Stube, darin sich mein Vater befunden hat, der Luft, die mein Vater geatmet! Das fehlte gerade noch! Doch, ich will das sehen, ich will das sehen!"

Er hielt ein. Der Kellner, einer der bejahrtesten in dieser elenden Kneipe, in die man frühstücken ging unter Priestern, Anwälten, Studenten und dem Sängerpersonal des benachbarten Theaters, setzte ihm just ein Gericht Stockfisch vor nach Livorneser Art, das in einer rotbräunlichen Tunke dampfte. Die kurzsichtigen Augen de Laurenzis näherten sich dem Gerichte, versenkten sich darein und befragten es begehrlich; in diesem saftigen Dampfe erbebten die Nüstern einer langen, schlaffen Nase und blähten sich auf.

„Nach Livorneser Art, Herr Professor," sprach der Kellner: „Sie werden mir noch sagen, daß es geschmeckt hat. Und was befehlen Sie danach?"

„Einen Käse und einen Fenchel."

„Den Wein wie gewöhnlich?"

„Wie gewöhnlich."

Er hub zu essen an, gierig. Und ich, der ich mein bescheidenes Frühstück beendet hatte, begann beim Schlürfen eines Kaffees und Rauchen einer halbgebrochenen Toscanerzigarre ihn in Augenschein zu nehmen, als ob ich ihn zum ersten Male sähe.

Lang, hager, mit vorgebeugten Schultern, mit einem großen, graulichen und ungepflegten Barte, über dessen zerzausten Haaren sich derweilen die Brotkrumen und die Tropfen fettiger Tunke aussprenkelten, mit abscheulichen Händen, knotigen und langen Fingern, die Krallen glichen, schlecht gekleidet, ganz eingeschlossen in einen alten, verschossenen und geflickten Ueberzieher, dessen Kragen, den einstmals kastanienbrauner Pelz geziert hatte, jetzt nur noch vier oder fünf elende Haarbüschel aufwies, — derart stellte mein Kollege de Laurenzi, ein Mann von ausgerechnet fünfundfünfzig Jahren, auf malerische Weise das erbarmenswerte Lumpenelend des kleinen Beamten dar. Verheiratet, belastet mit Kindern und kleinen Schulden, zu deren Begleichung sein Gehalt brockenweise und tagtäglich der Kasse des Rechnungsführers entrissen wurde, war er einer jener Unglücklichen, deren widerwärtige Berührung einen gleichsam dazu reizt, schlecht erzogenem Benehmen und gemeinen Gewöhnungen gegenüber keine Nachsicht zu üben, bezüglich dessen ich mich jedoch meistenteils zur Ueberzeugung beredete, daß er würdig sei des allertrübsten Mitleids.

Er war — erzählte er — ein Zeitungsschreiber von Ruf gewesen, in Oberitalien, zu seinen besten Zeiten: er übte auch noch hier das nämliche aus, jetzt, an einem Tageblatte, das so ziemlich sein Leben fristete und in dessen unbeachteten Spalten de Laurenzi von Zeit zu Zeit seine farblosen und unordentlichen, Altes wiederbeschwörenden, partenopeischen Berichte unterbrachte, die durchsetzt waren von schwülstigen Beweinungen und auf die elendeste Weise über den Rundschauen der jeweiligen Blätter gewebt, in denen er den ganzen lieben Tag über stöberte.

In der Staatsbibliothek, an der auch ich mich befand, war de Laurenzi eingetreten, als ihr ein Leiter vorstand, dessen olympischer Eitelkeit genugzutun schon ausreichte, um, wenn auch nicht seine Schätzung, so doch seine gleichgültige Billigung zu gewinnen. Als der gestorben war, hatte die Bibliothek den Vorrechten ohne Gegenleistung, die der ehemalige Zeitungsschreiber sich dort erworben hatte, eine bequeme und zahlende Freistatt nicht mehr bieten können. Jetzt mußte man arbeiten und im Dienste anwesend sein. Der neue Bibliothekar war streng: er sah ein in das Register, in das die Zeit, zu der die Beamten zum Dienste kamen, eingetragen wurde, merkte den Verspäteten Stunden und Minuten an, ließ von Mal zu Male Tagesbefehle umlaufen, in denen er Eifer, Einhalten der Dienststunden, Fleiß bei Erledigung der Aufgaben empfahl und beanspruchte, daß alle zum Zeichen achtungsvoller Zustimmung diese Ukase mitunterzeichneten.

Eine Sklaverei, ja, meine Herren: eine erbarmungslose, unerbittliche Unterdrückung des Geistes und der Persönlichkeit, eine skeptische Einschätzung des denkenden und schaffenden Ichs, der Nerven des anderen und des anderen Bildung, sofern es sich nicht um eine naturwissenschaftliche und mathematische handelte, in welchen Wissenschaften jener neue Direktor ganz furchtbar beschlagen war.

Digitized by Google

Ach ja: tragt nur in diese staubigen und schweigsamen Höhlen, deren Wände gefüttert sind mit der papierenen Geschichte des menschlichen Gedankens, tragt nur, wenn's Euch gelingt, die Fröhlichkeit, den Wagemut, die freie Entschlußkraft, die Poesie, die Unabhängigkeit da hinein: tragt da hinein Euer Talent, Eure Neuzeitlichkeit, Eure aufrichtigen und aufgeweckten Gepflogenheiten, so Ihr sehen wollt, wie nach und nach all diese noch lebendige Jugend Eures Geistes dahinwelkt! Mein Gott, welche Dürre und welche Trauer zwischen diesen stummen Mauern, belastet mit Folianten und Enzyklopädien: zwischen diesen Mauern, taub jedem unmittelbar dem Gefühle entspringenden Laute, und doch so vollgesogen von dem Klatsche, dem Neide und dem Kleinkriege, die das Bindegewebe des Beamtenlebens bilden, die ununterbrochene Uebung ihrer unfreundlichen und bissigen Reden, die tägliche Nahrung der Müssigkeit und der Unwissenheit ihres Denkens!

Was denn, zum Teufel, meinte nicht lassen zu wollen, als wär es ein Stück seines Herzens, mein Kollege de Laurenzi? Und woher hatte er diese ganze atavistisch-topographische Anhänglichkeit, die er mit so melodramatischem Schwunge äußerte? Ich verstand wahrhaftig nicht zwischen dem Stockfisch auf Livorneser Art und der Beschwörung des väterlichen Gedächtnisses irgend etwas in erträglicher Weise Uebereinstimmendes mir vorzustellen oder anzuerkennen. Verquickte nicht dieser Mann in so völliger Unkenntnis ihres verschiedenartigen Ausdrucks die Empfindungen der Psyche mit der allerrohesten physiologischen Befriedigung?

„Du wirst begreifen," sagte er, wie wenn er auf meinen Gedanken hätte Antwort geben wollen, und, nachdem er sein drittes Glas weißen Sizilianers geleert hatte, „du wirst begreifen, daß ich in den Bibliotheken nicht um meiner eigenen Bestrebungen willen stecke, nicht aus eigener Wahl. Was denkst du dir? Eine Staatsbeamtenstellung! Das ist ja eine Schinderei! Ein Sklavendasein! Aber weil da drinnen mein Vater, der ein Lernbeflissener war, gleichfalls Beamter gewesen und dort die Hälfte seines Lebens verbracht hat, habe ich dort gleichsam eine Ueberlieferung einführen wollen, die genau stimmen sollte und beispielswürdig sein in der Geschichte derartiger Nachfolgen innerhalb von Geschlechtern. Gehen wir?"

„Gehen wir. 's ist in der Tat Zeit, dort hinauf zurückzukehren." De Laurenzi ergriff ein Tafeltuch, säuberte sich die Lippen in Hast, und warf es dann ganz beschmutzt auf den Tisch wie einen Lappen. Er erhob sich: fuhr mit der Hand in die Tiefe einer der Sacktaschen seines Ueberziehers, fischte und fischte dort geraume Zeit und holte endlich wieder jene Kralle hervor, bewaffnet mit einem Zigarrenstummel.

„Wollen wir gehen," sagte er zu mir, nachdem er den Stummel angesteckt hatte.

Auf der Schwelle der Kneipe hielt er an, das Gespräch von neuem zu beginnen.

„Und so befinde ich mich denn in offenem Kriegszustande mit dem Herrn Direktor. Versteht sich: ich bin ein Außerordentlicher, fürs erste, ich bin in das Allerheiligste eingetreten ohne die Titel, die hierfür erfordert werden. Titel? Und mein Geist, und meine Vergangenheit? Diese Herren da sehen nicht mehr als Bibliographie, Zettelkatalog, Inventare: und wehe dem, der irgendwer oder irgendwas ist! Und dann Ausflüchte, geheime Berichte, Anzeigen; das ist ihre Kampfweise. Jetzt, wie sie's auch mir angezeigt haben, lassen sie amtliche Verfügungen ausgehen — und ich melde mich krank und reise nach Rom."

Er zog den Hut mit einer tiefen Verbeugung.

Der, den er gegrüßt hatte, lüftete vor ihm gleichfalls den Hut und ging vorüber, umringt von vier oder fünf anderen, die ihn begleiteten und mit denen er leidenschaftlich verhandelte.

„Lupus in fabula", sagte de Laurenzi, „der Abgeordnete Maliberti. Kennst du ihn nicht?"

„Nein."

„Willst du, daß ich dich ihm vorstelle, ein anderes Mal?"

„Aber nein . . .!"

„Du tust Unrecht. Eine Macht, weist du. Er ist es, der mich dem Minister vorgestellt hat. Und so kommt's, daß ich untergebracht bin, jetzt."

Digitized by Google

Er zündete seinen Zigarrenstummel wieder an, der ausgelöscht war, und fügte hinzu:

„Du wirst sehen, mein Lieber. Man hat eine Schlacht geliefert, in Rom, vor einigen Tagen. Aber ich hab's geschafft, diesmal. Aufrichtig gesagt, wenn ich du wäre, würde ich versuchen, den Abgeordneten kennen zu lernen. Bist du denn nicht Wähler? Nein? Wie, du wählst nicht? Du hast dich nicht eintragen lassen?" . . .

Er beschleunigte den Schritt. Er nahm die geringe Aufmerksamkeit wahr, mit denen ich seine Worte aufnahm, und blieb stehen, auf einmal.

„Du also gehst wieder in Dienst?"

„Und du kommst nicht?"

„Ich nicht. Ich gehe nach der Zeitung. Ich habe die Fahnen eines Aufsatzes zu korrigieren. Und das ist mir natürlich dringlicher."

Ich machte Miene, umzukehren.

„Sollte man nach mir fragen . . ."

„So . . .?"

„Ja gut . . . So ließe sich irgendwas erfinden. Erkrankung eines Kindes zum Beispiel. Die Influenza. Du könntest sagen, daß man von Hause nach mir geschickt habe, dringend. Eine Krankheit nach deiner Auswahl. Und dann rufst du mich bei der Zeitung an. Einverstanden?"

„Ja," murmelte ich, „einverstanden".

Er hatte sich bereits entfernt, mit großen Schritten, durch den Schmutz der Via Constantinopoli seine kotbespritzten Riesenstiefel schleifend, über denen, durchweicht und schlammdurchtränkt, die weiten und ausgefransten Mündungen seiner Beinkleider schlotterten.

Gerade fuhr ein Leichenwagen vorüber, einer von denen, die unterwegs zum Friedhof, fortwährend durch die Via di Foria kommen. De Laurenzi, gebeugt, die Hand an der Hutkrempe, glitt vorbei am gewaltigen und schwarzen Wagen, von dessen vergoldetem Aufbau vier unförmige Holzengelchen, mit ausgebreiteten Flügeln, ihren Flug nehmen zu wollen schienen. Die Straße, die dieser Totenzug kam, war schweigsam geworden mit einem Male. Und mir ward es, als ob sowohl von diesem langsamen Gefährte als auch von diesem gleichfalls begräbnishaften Manne sich in diesem Augenblicke ein gleicher Leichenausdruck löse, dessen Empfindung mir einige Sekunden nachdauerte. Dann entzog sich alles meinem Blicke. Doch über mir und meinem Gemüte lastete noch, während ich mich der Tür meiner Dienststätte näherte, als das letzte Wahrzeichen so großer Trübseligkeit ein bleierner und schwerer Winterhimmel. Die Luft schien mir gesättigt von einer widerwärtigen Feuchtigkeit, und mitzuwirken zu all dieser Trauer, all diesem Elend.

„Ich hoffe, daß man mich nicht nach ihm fragen wird," wünschte ich mir, als ich die Treppe der Bibliothek hinanstieg.

Wie ärgerte mich's, lügen zu müssen, wenn je! Ein dumpfer Groll, verquickt mit Unduldsamkeit und Verachtung, reizte mich derweilen wider diesen Mann, der mich zu einer mir widerstehenden Helferschaft zu nötigen beabsichtigte. Er, der da zärtlich tat gegenüber seinem Dienste, der Stube seines Vaters, dem Leben an dieser strengen und edelen Stätte, er, so wenig willig, so zynisch, so bereit, seine Würde und seine Eigenliebe mit einer Schülerlüge zu verkaufen?

Ein Mann von beinahe sechzig Jahren!

II.

„Stazza erwartet Sie", sagte mir an der Tür der Pförtner, als er mich sah. „Er hat nach Ihnen schon mehrere Male gefragt."

„Stazza? Und was will er? Wo ist er?"

„Im Direktorzimmer."

Es war einer der ältesten Beamten, ein ausgezeichneter Mensch, auf dessen gutmütiges Lächeln ich jeden Morgen stieß, seit den vier oder fünf Jahren, die ich dort in Dienst ging: das einzige, aufrichtige Lächeln, das ich dort antraf. In die Bibliothek war Stazza mit dreißig Jahren eingetreten; jetzt war er geschlagene fünfundsechzig. Er war noch ein Koloß: in seinen mächtigen, breiten Händen häuften sich gewaltige Bücherstöße, und er handhabte sie und trug sie hierher und dorthin ohne irgendeine sichtliche Anstrengung,

Digitized by Google

vorgestreckter Arme, langsam, geduldig, ruhig. Und weil die durch tätige Uebung erworbene Kenntnis der Oertlichkeit, an der er fast sein ganzes Leben gewirkt hatte, ihn geschickt und willig gemacht hatte zu den unbilligsten Anstrengungen, ward er ihrer nie müde. Er war sich seiner Ungelehrsamkeit bewußt, kannte das Ungenügen seiner Bildung, die noch weniger als mittelmäßig war und durchaus nicht zugenommen hatte, nicht mal durch den unmittelbarsten und beständigsten Verkehr mit den kundigen Mitinsassen dieser Stätte und mit den Lesern, — und bemühte sich daher, die Stärke seiner mächtigen Glieder als Ersatzkraft bietend und anwendend, diese seine große, geistige Geringfügigkeit wettzumachen.

Von Zeit zu Zeit, wenn mir's, um irgendein Buch zu suchen, widerfuhr, seine Stube zu betreten, wohin er sich nichts weiter hatte hinschaffen lassen, als eines der ältesten und bescheidensten Schreibpulte und zwei Stühle, — einen davon, seinen Hut daraufzutun, — hielt mich die einfältige Güte dieses Mannes dort eine Weile lang auf. Das war die halbe Stunde, während der Stazza sich eine kurze Rast gönnte. Wir machten unsere drei oder vier Geschwätze, ich gegen ein Büchergestell gelehnt, in der Hand den Band, den ich grad nötig hatte, er an seinem Pulte sitzend, die Ellbogen auf dem Tische.

Einmal, ich weiß nicht wie — erinnere mich auch nicht, warum —, fragte ich ihn, lächelnd:

„Und Sie glauben, man könnte eine Leidenschaft für die Bibliothek haben, unser einer?"

Stazza, ernsthaft, kniff die Augen zusammen nach dieser seiner üblichen Art, die er hatte, wenn er schwerwiegende Dinge sagen wollte.

„Man könnte? Man muß, lieber Kollege. Sehen Sie, ich habe weder Frau, noch Eltern, noch Geschwister. Und für mich ist die Bibliothek die Frau, ist die Mutter, irgendetwas wie eine Familie. Ich denke bisweilen, daß ich beinahe das Recht gehabt hätte, hier geboren zu werden, in einem dieser Räume. Sie lachen?"

„Nein, vielmehr, ich finde das natürlich. Das heißt, natürlich für Sie, der Sie nichts anderes tun, nichts anderes kennen, — verzeihen Sie."

„Freilich, Sie führen ein anderes Leben. Und dann . . . ."

Er blieb einen Augenblick unschlüssig. Dann fügte er hinzu mit einem Ausdruck aufrichtiger Demut:

„Und dann wissen Sie so vieles, was ich nicht weiß. Und dann sind Sie jung und haben an so viel anderes zu denken."

„Nein, das ist es nicht. Sagen Sie lieber, daß jeder nur dafür Sinn hat, was er in sich selber findet."

„Mag sein. Aber ich will Ihnen etwas erzählen: heute nacht, zum Beispiel, wissen Sie, was ich da geträumt habe? Daß unsere rote Katze im Saale der Incunabeln herumstreife."

Er lächelte, auf eine reine Weise. Da fühlte ich mich beinahe gerührt von dieser beschwichteten und zufriedenen Unschuld, die, wie von einem sachten Lichte der Seele, erleuchtet war von zwei klaren, hellblauen Augen. Nein, ich stellte wahrhaftig nicht diese unbewußte Tugend so vielen anderen des Lebens an die Seite, die schätzungswerter waren, erhabener, und es schien mir nicht geboten, Belehrung von hier anzunehmen: dies war eine nichtige Erscheinung, ein beinahe roher Ausdruck von Befriedigung, das gedankenlose und klägliche Anzeichen einer untergeordneten Natur, die, geruhig, der Tätigkeit fremd ist. Dennoch schien diese stärkende Glückseligkeit von belebender, sittlicher Wirkung mich mahnen zu wollen hinsichtlich der Dinge des Lebens.

Oder, hatte ich nicht vor mir ein Wesen, über das ich vielleicht allzu eilig aburteilte? Meine Einbildungskraft, die zum Errichten von Gebäuden neigte, wies mir nun ein feineres Urteil betreffend seiner: ich schob ihm nun ein mählich fortgeschrittenes Verzichten unter, eine fortgesetzte Bescheidung in seinen Ansprüchen, seinen Hoffnungen, seiner Freiheit, und alles das schien mir verlarvt von diesem dicken, vollblütigen und roten Gesichte, das eine kindliche Fröhlichkeit und Zufriedenheit ausdrückte und von einem ewigen Lächeln erhellt war.

So, mitunter, wenn ich ihn in gewissen Augenblicken erfassen konnte, in denen er sich ganz meinen Augen darbot, ließ ich über die Oberfläche dieses Menschen meinen forscherischen Blick gleiten und suchte sie zu durchdringen. Ich wußte, daß er allein stand, daß er zu Hause nur eine alte Magd hatte, daß

Digitized by Google

seine Gewohnheit, sich immer als erster im Dienste einzufinden und als letzter fortzugehen, — eine verletzende Ordentlichkeit für die Schätzung eines Nervenkranken, wie ich es bin, — sich kein einziges Mal gewandelt hatte, seit er in die Bibliothek eingetreten war. Dieser also hätte keine Jugend gehabt, keine Leidenschaften, Enttäuschungen, Entmutigungen? Was enthielt denn die Vergangenheit dieses rotfarbigen Riesen, der alle die Triebesgesetze vergewaltigte und überwand, denen drei Viertel der Menschheit unterworfen sind?

Ich schloß damit, daß ich mich schließlich dieser friedfertigen und gleichgültigen Undurchdringlichkeit ergab. Aber eine Empfindung von Widerwillen und Ueberdruß entfernte mich von meinem Genossen. Ich begegnete ihm, wir grüßten einander kühl, und ich ging ihm aus dem Wege, wodurch ich, vielleicht ohne solches zu wünschen, die Zahl der Personen vermehrte, deren Umgang, da drinnen, mir mit jedem Tage immer unerträglicher wurde.

III.

Ich trat ein in das Zimmer des Direktors.

Stazza, aufrecht vor dessen Schreibtische, wandte sich um. Er kam mir entgegen und streckte mir die Hände hin.

„Entschuldigen Sie tausendmal. Aber ich konnte nicht gehen, ohne Sie begrüßt zu haben. Leben Sie wohl, lieber Herr. Ich gehe fort."

Ich befragte mit den Augen den Direktor und meine anderen Kollegen, die, schweigend, Stazza umstanden.

„Ein bedauernswertes Ereignis," sprach der Direktor, das Schweigen brechend: „Unser ausgezeichneter Stazza ist in den Ruhestand versetzt worden. Er verläßt uns."

„Wie!" rief ich aus. „Auf die Weise! Mir nichts, dir nichts?" Stazza senkte das Haupt.

Der Direktor wies mit der Spitze des Papiermessers auf ein Blatt, das auf dem Tische lag.

„Soeben erhalte ich die ministerielle Mitteilung. Die üblichen Ueberraschungen. Doch bei Gott, ich hätte niemals gedacht! . . ."

Die Hände Stazzas streckten sich mir entgegen, zitternd. Ich ließ auf sie die meinen fallen und drückte sie, zwei, drei Mal. Ich sah dem Koloß ins Angesicht: er war erregt, zwang sich aber, ruhig zu scheinen. Nur war er noch etwas röter geworden im Antlitz. Er strich sich mit einer Hand über die Stirn, sah sich um, kehrte sich abermals nach dem Tische des Direktors, wie verloren.

„Also," stammelte er zu ihm, „wenn Sie gestatten . . . Ich gehe. Ich hoffe sehr, Sie wiederzusehen, bisweilen . . . ."

„Ach wo! Wollen Sie denn gehen gerade im Augenblick? Es ist doch noch Zeit. Sehen Sie, tun Sie, als ob ich Ihnen das Dekret noch gar nicht mitgeteilt hätte. . . . ."

„Nein, nein!" sagte er: „Erlauben Sie, entschuldigen Sie. Ich will gehorsam sein. . . ."

„Schade!" rief der Direktor aus„ als er ihn hinausgehen und hinter der Türe verschwinden sah. „Nach dreißig Jahren!"

Er stand auf, ging nach der Türe und blieb stehen auf der Schwelle. Von außen her hörte man die Stimmen der Beamten, die Stimme Stazzas, der sich verabschiedete, verworren.

Der Direktor trat wieder ein. Er ging auf den Balkon, blickte auf die Straße, ohne auf sie Acht zu geben.

Wir waren allein geblieben. Er kehrte um, trat an das Schreibpult heran, suchte dort nach irgendeinem Papier, las es und warf es hin, dort auf den Tisch, mit einer verstimmten Bewegung.

„Erlauben Sie?" fragte ich.

„Sehen Sie, sehen Sie!" rief er aus, „wen man mir für diesen Unglücklichen zum Ersatz gibt. Warten Sie. Lesen Sie nur!"

Er hielt mir jenes Blatt unter die Augen.

„Wie! De Laurenzi!"

„Ja! Versteht sich, er hat sich darum beworben und 's ist ihm tatsächlich geglückt. Er kommt auf den Etat und tritt an die Stelle Stazzas."

Digitized by Google

Er fügte hinzu, nach einem Augenblicke, während er sich wieder zum Sitzen vor seinem Schreibtische niederließ:

„Setzen Sie sich, bitte."

IV.

Ein Monat ging vorüber. Um diese Zeit erhoben die Studenten, wie üblich, einen Spektakel und zerschlugen Fenster und Bänke: die Universität wurde geschlossen und die Zahl der Leser in unserer Bibliothek nahm zu um das Doppelte. Es gab ein großes Getriebe, und Stazza ward vergessen. Nur bisweilen, in einem Augenblicke der Ruhe, lief sein Name im Geschwätze der Beamten, die sich im Ausleihsaale um den jüngsten Ministererlaß scharten. in welchem — schon bezeichnet mit einem Kreuzchen von seiten eines gewissen Totengräbers unter unseren Dienstkollegen — die Namen derer erschienen, die gestorben oder in den Ruhestand versetzt worden waren. Die Feststellung der Todesfälle und Verabschiedungen — eine Erquickung für die Ueberlebenden — war der Inhalt jener Bemerkungen und kalten und gleichgültigen Gespräche; meistenteils stritt man sich über die Dienstjahre des Angekreuzten oder über die Höhe seines Ruhegehaltes. Aber die Psychologie dieser Abgänge — eine Verbindung allzu feiner und allzu betrüblicher Schlüsse, die vielleicht in anderen Geistern sich aus der Untersuchung von dergleichen Fällen hätte ergeben können — beunruhigte gewiß nicht die Gemüter meiner Genossen. Stazza, schließlich, als Unterbibliothekar zu dreitausend, „liquidierte", wie man sagt, gegen zweihundert Lire im Monat. Ein Vermögen für einen Ungebildeten, für eine „tabula rasa" wie er, der solches den gebenedeiten Bourbonenzeiten verdankte, in denen es ebenso leicht war, in eine wissenschaftliche Anstalt ohne die hierfür erforderlichen Bildungseigenschaften einzutreten, wie sich an den Tisch zu setzen in einem öffentlichen Wirtshause.

„Wollen Sie Stazza sehen?", bemerkte mir an einem jener Tage der Diener, dem das Abstauben in meiner Stube oblag.

Mit dem Staubwisch in den Händen war er an den geschlossenen Balkon herangetreten und sah auf die Straße nieder durch die Scheiben.

„Kommen Sie, kommen Sie! Da ist er, da . . ."

Ich stand auf und lief zum Balkon.

„Sehen Sie ihn?"

„Wo ist er?"

„Sehen Sie ihn nicht? Dort; da sitzt er, draußen vor dem Kaffeehause uns gegenüber. Sehen Sie ihn? An jenem Tische links von der Tür. Sehen Sie, eben erhebt er den Blick. Er schaut hier herauf, er schaut nach unseren Balkonen."

„In der Tat."

Der Koloß war da, an einem Tische sitzend, auf welchem sich das Kaffeegeschirr und die Tasse befanden. Er ließ die Hände auf den Knien ruhen und hob von Zeit zu Zeit die Augen und ließ sie über die Front der Bibliothek hin- und hergleiten, langsam.

„So tut er jeden Tag, seit einem Monat," sagte der Diener. Und er fuhr mit dem Staublappen über die Scheiben, damit man besser sehen könne.

„Er kommt ins Kaffeehaus gegen 9 Uhr, läßt sich da draußen nieder und bleibt dort bis mittag. Dann kommt er nach dem Essen wieder, setzt sich an denselben Tisch und erhebt sich erst um drei."

„Und du, wie kommst du dazu, das alles zu wissen?"

„Mir hat es der Kaffeewirt gesagt. Der Herr Stazza zahlt ihm eine Lire täglich, von wegen der Belästigung.

Ich setzte mich wieder hin, nachdenklich. Der Diener, der vom Balkon nicht fortging, lachte und schaute weiter aus nach gegenüber. Und da sein warmer Atem die Scheibe trübte, wischte er von Zeit zu Zeit sie immer wieder mit dem Staublappen ab.

„Kurzum," redete er weiter, „die Bibliothek, die will er ganz und gar nicht vergessen. Er hat von ihr fortgemußt und läßt sie nicht mal in Frieden. Jetzt schmachtet er nach ihr von weitem, alle Tage."

Ich antwortete nicht. Ich ordnete gedankenlos ein Häuflein Zettel und erwartete, in einer gewissen Gereiztheit, daß der Diener aufhöre und weggehe.

„Siehe da, nun schläft er ein," sprach jener auf einmal. „Kommen Sie sehen. Er ist eingeschlafen."

Digitized by Google

Ich stand abermals auf und trat abermals ans Fenster. Stazza hatte den einen Arm über den Tisch gestreckt und das Haupt auf den Arm gelegt. Der Strohhut war ihm entglitten, von seinen Knien zu Boden. Grad hob ein Stiefelputzer, der seinen Kasten in den Schatten gestellt hatte, einige Schritte abseits, ihn ihm auf und tat ihn auf den Tisch neben das Geschirr.

Die Mittagstunde rückte vor; die Sonne prallte auf die Mauern. Auf einmal trat aus dem Innern der Kellner heraus und begann am Griffe zu drehen, um das Zelttuch niederzulassen, das langsam herabglitt und über den menschenleeren, breiten Bürgersteig, über die Tische, über Stazza einen gleichmäßigen Schatten für geraume Weile ausbreitete.

Es fehlten einige zehn Minuten an Bibliotheksschluß. Und, unlustig, in Erwartung, daß sie abliefen, begann ich aufs neue, meine Zettel zu ordnen. Der Diener war fortgegangen: die geräumigen Säle, die bis vor kurzem noch vom lästigen Stimmengewirr der Bücherverteiler schwirrten, beschwichtigten sich jetzt in einem tiefen Frieden.

Unerwartet — ich vergaß mich über meiner Verrichtung — schlug die große Wanduhr des Handschriftensaales drei. Es bebte jener Hall durch die Stille mit einem fröhlichen Klingen als wie von angeschlagenen Kristallgläsern fort. Es war die Stunde. Ich ging nach der Tür.

Jedoch auf der Schwelle, beim Hinaustreten, blieb ich stehen, überrascht. Dort, auf der Schwelle, auf dem Gange, über die Treppen sah ich eine bestürzte Menge wogen, murmelnd, die mir beinahe den Schritt vertrat.

Treppauf stürzte, in Hast, Pandolfelli, ein Bücherverteiler. Eine Stimme fragte ihn, vom Gange her:

„Sag, ist es wahr? Ist es wahr?"

Pandolfelli antwortete laut:

„Ja, er ist tot."

Ich fand mich dem Diener gegenüber, grad in dem Augenblick. Er öffnete die Arme, außer sich.

„Stazza!" sagte er mir. Und schlug die Handflächen krampfhaft aneinander.

„Dort vor dem Kaffeehause, eben jetzt. Ein Schlag. Erinnern Sie sich? Als er eingeschlafen schien."

Es erschien der Direktor, totenbleich. Andere Kollegen liefen herzu. Drei oder vier Leser säumten im Gange, neugierig.

Der Direktor fragte mich:

„Kommen Sie mit herunter?"

Ich fühlte dazu nicht die Kraft. Doch folgte ich ihm, und uns folgten alle die anderen.

Auf der Straße, als wir den Bibliotheksbau verließen, zeigte sich uns sofort das Kaffeehaus gegenüber.

Die Menge preßte sich vor dem Eingange.

Pandolfelli schaffte sich Raum und trat in das Innere.

Alsbald kam er wieder heraus, verkündend: „Sie haben ihn in einen Wagen getan und nach den Pellegrini gefahren. Aber er war schon tot. Ich habe mit dem Arzte gesprochen, der zufällig grade vorüberkam. Ein Herzschlag."

Auf die Straße kam der Kaffeewirt heraus, mit Tränen in den Augen.

„Dieser arme Herr! Welch ein Unglück! Haben Sie gesehen! Er kam hierher jeden Tag, immer zur selben Stunde. Grad gestern hatte er mir gesagt, mit seinem gewöhnlichen guten Lächeln: ‚Sie wundern sich, nicht wahr? Ja, ich bin pünktlich. Man hat mich da herausgesetzt' —, und er zeigte mir das Gebäude, in dem Sie sich befinden, meine Herren, — ‚aber ich bleibe weiter dort, in Gedanken wenigstens'."

Die Frau des Kaffeewirtes, ein kleines Weiblein, war gleichfalls auf die Straße herausgekommen.

Sie tat mir eine Hand auf den Arm. Sie flüsterte: „Aber, ist es denn wahr, daß man ihn herausgesetzt hat?"

Ich sah sie an, ohne zu antworten. Ich hörte hinter mir die ruhigen Stimmen meiner Kollegen.

Pandolfelli sagte zu einem anderen:

„Er ist gestorben nach dem Stundenplane, hast du nicht gesehen?" Die Stimme dessen, der die Kreuzchen zeichnete, bemerkte langsam:

„Eine unbesetzte Stelle."

Digitized by Google

Giovanni Verga*) / Schwarzbrot

(Aus der Sammlung: Ländliche Novellen)

Kaum hatte Gevatter Nanni die Augen geschlossen — und es war noch der Priester mit der Stola da — als sofort der Krieg unter den Kindern ausbrach darüber, wer die Begräbniskosten tragen sollte, so daß sie Ehrwürden mit dem Weihwedel unterm Arm fortschickten.

Denn Gevatter Nannis Krankheit war lang gewesen, von denen, die einem das Fleisch vom Leibe und das Gut aus dem Hause fressen. Jedesmal, wenn der Arzt das Papierblatt auf den Knien ausbreitete, um das Rezept zu schreiben, sah ihm Gevatter Nanni auf die Hände mit einer kläglichen Miene und murmelte: „Ach wenigstens, Euer Gnaden, schreibt es kurz, um Gottes Willen!"

Der Arzt tat sein Handwerk. Alle in dieser Welt tun auf die Weise ihr Handwerk. Bauer Nanni hatte in Ausübung des seinen sich jenes Fieber dort geholt, in der Lamia — gottgesegneten Ländereien, die Saaten von Manneshöhe hervorbrachten. Die Nachbarn hatten gut sagen gehabt: „Gevatter Nanni, auf dieser Wirtschaft in der Lamia werdet Ihr noch Euer Fell lassen!" Als wäre er ein Baron, gab jener zur Antwort, daß er machen könne, was ihm scheine und gefalle.

Die Geschwister, die wie die Finger der nämlichen Hand gewesen waren, so lange der Vater lebte, mußten nun ein jedes seine Angelegenheiten bedenken. Santo hatte Weib und Kinder auf dem Halse; Lucia blieb ohne Aussteuer, auf der Straße; und Carmenio, so er Brot essen wollte, mußte es außer Hauses suchen gehen und sich einen Herrn finden. Die Mutter überdies, alt und kränkelnd, von der wußte man nicht, wer sie zu unterhalten habe von all den dreien, die nichts hatten. Das heißt, daß es eine schöne Sache ist, die Toten zu beweinen, ohne an anderes denken zu müssen.

Die Ochsen, die Schafe, der Getreidevorrat waren mit dem Hausherrn fortgeschwunden. Es blieb das schwarz gewordene Haus mit dem leeren Bette, und die Angesichter der Vaterlosen, düster auch diese. Santo schaffte seine Sachen dorthin, samt der „Roten" und sagte, daß er die Mutter zu sich nähme. — So brauche er für das Haus keine Miete mehr zu geben, sagten die anderen. — Carmenio schnürte sein Bündel und wurde Hirt bei Schäfer Vito, der ein Stück Weide zu Camemi hatte; und Lucia, um nicht mit der Schwägerin zusammen zu hausen, drohte, sie würde lieber in Dienst gehen.

„Nein!" sagte Santo: „Man soll nicht sagen, daß meine Schwester bei anderen Leuten die Magd machen müsse." — „Er möchte wohl, daß ich sie bei der Roten mache", murrte Lucia.

Die große Frage drehte sich eben um diese Schwägerin, die sich in diese Sippe wie ein Nagel eingeheftet hatte. „Was kann ich dawider, jetzt, wo ich sie habe", seufzte Santo, die Achseln zuckend. „Freilich, ich hätte der guten Seele von meinem Vater folgen sollen, als noch Zeit war!"

Die gute Seele hatte es ihm ja gepredigt: „Laß die Nena, die weder Mitgift hat, noch Dach, noch Land."

Aber die Nena hing ihm immer an den Seiten, zu Castellucio, ob er nun grub oder schnitt, indem sie ihm die Aehren las oder mit den Händen ihm die Steine unter den Füßen entfernte. Und, wenn er sich ausruhte, an der Tür des Hauses, mit dem Rücken gegen die Wand, zur Stunde, wenn über dem Felde die Sonne starb und alle Dinge schwiegen:

„Gevatter Santo, so Gott will, dieses Jahr werdet Ihr euch nicht umsonst gemüht haben!"

„Gevatter Santo, wenn euch die Ernte gut gerät, müßt Ihr das große umhegte Stück in Bau nehmen, das in der Ebene; denn darüber sind die Schafe gegangen, und seit zwei Jahren ruht es."

„Gevatter Santo, diesen Winter, wenn ich Zeit habe, will ich Euch ein Paar dicke Ueberhosen machen, die Euch warm halten sollen."

Santo hatte die Nena kennen gelernt, als er zu Castelluccio arbeitete, — ein Mädchen mit roten Haaren, das eines Feldarbeiters Tochter war, und niemand wollte sie. Ihr, der Armen, war deshalb jeder Hund willkommen, der vorüber-

*) Giovanni Verga, geb. 1840 in Catania, lebt in Mailand und Catania.

Digitized by Google

rannte, und sie nahm sich das Brot vom Munde, um Gevatter Santo die schwarzseidene Kappe zu schenken, jedes Jahr zu St. Agrippina, und zu ermöglichen, daß er eine Flasche Wein vorfände oder ein Stück Käse, wenn er nach Castelluccio kam. „Nehmt das, mir zuliebe, Gevatter Santo, es ist vom selben, den der Herr trinkt." Oder: „Ich hab dran gedacht, daß Ihr letzte Woche nichts zum Brot hattet."

Er verstand nicht nein zu sagen, und steckte alles ein. Höchstens erwiderte er aus Nettigkeit: „Das geht so nicht, Gevatterin Nena, daß Ihr es Euch vom Munde nehmt, um es mir zu geben."

„Ich bin glücklicher, wenn Ihr es habt."

Und dann, jeden Samstag Abend, wenn Santo nachhause kam, fing die gute Seele wieder von vorne an, dem Sohne zu wiederholen:

„Laß die Nena, sie hat dies nicht; laß die Nena, sie hat das nicht."

„Ich weiß, daß ich nichts habe," sagte die Nena, auf der kleinen Mauer sitzend gegen die Sonne, die unterging. „Ich habe weder Land noch Häuser; und das bißchen Wäsche habe ich mir vom Munde absparen müssen auf Kosten des Brots, das ich esse. Mein Vater ist ein armer Feldarbeiter, der von seinem Herrn lebt. Und niemand wird sich die Last eines Weibes ohne Mitgift aufbürden wollen."

Allein sie hatte einen weißen Nacken, wie ihn die Rothaarigen haben; und wenn sie das Haupt gesenkt hielt, mit all diesen Gedanken darin, vergoldete ihr die Sonne hinter den Ohren die goldfarbenen Haare und die Wangen, die einen feinen Flaum hatten wie die Pfirsiche; und Santo sah ihre Augen, blau wie die Leinenblüte, und die Brust, die ihr das Mieder füllte und wallte wie die Saat. „Aengstigt Euch nicht, Gevatterin Nena," sagte er ihr: „An Männern, die Euch heiraten, wird es Euch nicht fehlen."

Sie schüttelte das Haupt, zu verneinen; und die roten Ohrgehänge aus Korallen kitzelten ihm die Wangen. „Nein, nein, Gevatter Santo. Ich weiß, daß ich nicht schön bin und daß mich niemand will."

„Seht nur!" sagte er auf einmal, da ihm dieser Einfall kam: „Seht nur wie die Geschmäcker sind!... Und da sagt man, daß rote Haare häßlich seien. und statt dessen, jetzt, wo Ihr sie habt, sind sie mir gar nicht zuwider."

Die gute Seele von seinem Vater, als er Santo auf die Nena so versessen sah, daß er sie heiraten wollte, hatte ihm eines Sonntags gesagt:

„Du willst sie durchaus, die Rote? Sag, willst du sie durchaus?"

Santo, den Rücken gegen die Wand und die Hände auf dem Rücken, wagte nicht, das Haupt zu erheben; doch nickte er ja, — ja, daß er ohne die Rote nicht wisse, was anzufangen, und daß solches Gottes Wille sei.

„Deine Sache ist's zu überlegen, ob du dich imstande glaubst, ein Weib zu erhalten. Du weißt schon, daß ich dir nichts geben kann. Nur eins habe ich dir zu sagen, ich und deine Mutter, die hier zugegen ist; bedenke, eh du heiratest, daß das Brot knapp ist und die Kinder rasch kommen."

Die Mutter, auf der Bank hockend, zupfte ihn am Rocke und sagte halblaut mit langem Gesichte: „Versuche, dich in Bauer Mariano seine Witwe zu verlieben; die ist reich und wird nicht viel Ansprüche machen, weil sie einen Schlag gehabt hat."

„Freilich," brummte Santo. „Freilich, und da soll sich Bauer Mariano seine Witwe mit einem Bettler wie mir zufrieden geben!..."

Gevatter Nanni bestätigte auch seinerseits, daß Bauer Marianos Witwe einen Mann suchte ebenso reich wie sie selbst, obwohl sie lahm war. Und dann wäre noch das andere Unglück gewesen, erleben zu müssen, daß die Enkel humpelig zur Welt kämen.

„Deine Sache ist es, dirs zu überlegen," wiederholte er seinem Jungen. „Bedenke, daß das Brot knapp ist und die Kinder rasch kommen."

Dann, am St. Brigittentage, gegen Abend, war Santo zufällig der Roten begegnet, die Wildspargel pflückte längs des Fußweges und bei seinem Anblick errötete, als ob sie nicht wüßte, daß er dort vorüber kommen müsse auf dem Heimwege nach der Ortschaft, und sie ließ den Rockzipfel fallen, den sie sich in den Gurt gestopft hatte, um zwischen den Indischfeigen auf den Knien kriechen zu können. Der junge Bursch sah sie, gleichfalls im Gesicht errötet und ohne ein Wort zu sagen. Schließlich begann er zu schwatzen, daß er die Wochenarbeit getan und heimkehre.

„Habt Ihr mir nichts nach dem Orte zu bestellen, Gevatterin Nena? Befehlt nur."

„Sollte ich die Spargel verkaufen gehen, würde ich mit Euch kommen und so

Digitized by Google

würde man den Weg zusammen zurücklegen," sagte die Rote. Und wie er, ganz verblödet, mit dem Haupte ja winkte, ja, — fügte sie hinzu, das Kinn auf der Brust, die wallte:

„Aber Ihr würdet mich nicht haben wollen, da die Weiber doch nur lästig sind."

„Ich würde Euch auf den Händen hintragen, Gevatterin Nena, ich würde Euch hintragen."

Da hub Gevatterin Nena an, die Zipfel des roten Tuches zu kauen, das sie auf dem Haupte hatte. Und Gevatter Santo wußte gleichfalls nichts zu sagen; und er sah sie an, sah sie an und wechselte den Doppelsack von einer Schulter zur anderen, als ob er den Reim nicht fände. Die Minze und der Rosmarin dufteten festlich, und der Bergeshang, drüben hinter den Indischfeigen, war ganz rot vom Sonnenuntergang. „Jetzt macht, daß Ihr fort kommt", sagte ihm Nena, „macht, daß Ihr fort kommt, denn es ist spät." Und dann begann sie dem Freudenlärm zuzuhören, den die Kohlmeisen machten. Aber Santo rührte sich nicht. „Macht, daß Ihr fort kommt, denn man könnte uns sehen, hier allein."

Gevatter Santo, der im Begriffe war, endlich fortzugehen, kam auf seinen vorigen Gedanken zurück, während er abermals mit den Schultern rückte, um den Doppelsack zurecht zu legen, nämlich, daß er sie tragen würde, wenn man den Weg gemeinsam zurücklegte. Und er sah Gevatterin Nena in die Augen, die ihn mieden und die Spargel mitten im Steinicht suchten, und ins Angesicht, das entflammt war, als ob der Sonnenuntergang darauf prallte.

„Nein, Gevatter Santo, geht nur allein, denn ich bin ein armes Mädchen ohne Mitgift."

„Lassen wir die Vorsehung walten, lassen wir sie walten .." Sie sagte immer nein, daß sie nichts für ihn wäre, diesmal mit finsterem und unwirschem Gesicht. Da verlor Gevatter Santo den Mut, warf sich den Doppelsack über die Schultern und ging weg, um gesenkten Hauptes fortzuschreiten. Die Rote wollte ihm wenigstens die Spargel geben, die sie für ihn gepflückt hatte. Die ergäben ein schönes Gericht, wenn er einwilligte, sie ihr zuliebe zu essen. Und sie steckte ihm die beiden Zipfel des gefüllten Rockes hin. Santo tat ihr einen Arm um den Gürtel und küßte sie auf die Wange, mit einem Herzen, das ihm schmolz.

Im selben Augenblick kam der Vater, und das Mädchen rannte erschrocken von dannen. Der Arbeiter trug das Gewehr über der Schulter und wußte nicht, wer ihn abhalten sollte, einen Willkomm zu geben Gevatter Santo, der ihm solch einen Streich spielte.

„Nein! So was mache ich nit!" erwiderte Santo mit gefalteten Händen. „Eure Tochter, die will ich wahrhaftig heiraten. Nicht aus Angst vor dem Gewehre; aber ich bin der Sohn eines anständigen Mannes, und die Vorsehung wird uns helfen, daß wir kein Uebel begehen."

So war denn am Sonntage drauf die Hochzeit gehalten, mit der Braut in Festkleidern und ihrem Vater, dem Feldarbeiter, in neuen Stiefeln, darinnen er watschelte wie eine Hausente. Der Wein und die gerösteten Bohnen versetzten auch Gevatter Nanni in fröhliche Stimmung, obgleich er das Sumpffieber schon im Leibe hatte; und die Mutter zog aus der Sitztruhe eine Rolle Gesponnenes, das sie beiseite gelegt hatte für die Mitgift Lucias, welche schon achtzehn Jahr alt war und, ehe sie zur Messe ging, jeden Sonntag, sich wohl eine halbe Stunde lang striegelte, sich im Wasser der Waschschale spiegelnd.

Santo, die Spitzen seiner zehn Finger in die Rocktaschen gesteckt, jubelte beim Betrachten der roten Haare der Braut, des Gespinstes und der ganzen Fröhlichkeit, die da seinetwegen da war an diesem Sonntage. Der Feldarbeiter, mit roter Nase, hüpfte in seinen Riesenstiefeln und wollte alle samt und sonders küssen, eines nach dem anderen.

„Mich nicht", sagte Lucia, des Gesponnenen wegen grollend, das man ihr wegnahm: „Das ist kein Wasser für meinen Mund." Sie hielt sich in einer Ecke, mit so verdrossener Miene, als ob sie schon wußte, was ihr zufiel, wenn der Vater die Augen geschlossen haben würde.

In der Tat fiel es ihr zu, das Brot zu backen und die Stuben für die Schwägerin auszukehren, welche, sobald Gott es Tag werden ließ, mit dem Manne aufs Feld hinaus ging, obwohl sie schon wieder schwanger war; denn, was das Anfüllen des Hauses mit Kindern anlangte, war sie schlimmer denn eine Katze. Jetzt tat anderes not als die Ostergeschenke und die zu St. Agrippina und die niedlichen Worte, die man mit dem Gevatter Santo austauschte,

Digitized by Google

wenn man sich zu Castelluccio traf. Dieser Gauner von Feldarbeiter hatte sein Geschäft zu machen verstanden, als er die mittgiftlose Tochter verheiratete, und Gevatter Santo kam es nun zu, sie zu unterhalten. Seit er die Nena hatte, sah er, daß ihm das Brot für sie alle beide fehlte, und sie mußten es herausholen aus der Erde von Licciardo, im Schweiße ihres Angesichts.

Während sie nach Licciardo gingen, die Doppelsäcke auf dem Rücken, sich den Schweiß mit den Hemdärmeln wischend, hatten sie im Kopf und vor den Augen immer die Saat, sodaß sie gar zwischen dem Steingeröll des Fußpfades nichts anders sahen. Ihm war sie wie der Gedanke eines Kranken, der ihm immer auf dem Herzen lastet, diese Saat: zuerst gelb, schlammüberschüttet vom großen Regen; als sie wieder zu Atem zu kommen anhub, — das Unkraut, sodaß Nena sich beide Hände zum Erbarmen zugerichtet hatte, es eines nach dem anderen auszuraufen, auf der Erde liegend, bei solchem Bauche, wobei sie, um sich nicht zu beschädigen, den Rock über die Knie sich heraufzog. Und sie fühlte die Last der Schwangerschaft nicht, noch den Schmerz der Weichen, wie wenn sie bei jedem grünen Halme, den sie vom Unkraute befreite, einen Buben gebäre. Und wenn sie endlich am Raine niederhockte, kaum noch bei Atem, sich mit beiden Händen das Haar hinter die Ohren zurückwerfend, war es ihr, als ob sie die Aehren hoch stehen sähe im Juni, sich in einer Woge unter dem Windhauche beugend, die eine über die andere; und sie machte ihre Rechnungen mit dem Gatten während der Zeit, wo er sich die nassen Ueberhosen abband und die Hacke am Grase des Raines reinigte: so viel habe die Aussaat betragen; so viel würde sie bringen, wenn die Aehre zu zwölf oder zu zehn oder auch nur zu sieben käme; der Halm sei nicht kräftig, aber das Korn sei dicht. Es genüge, daß der März nicht zu trocken werde und daß es regne, nur so viel nötig; St. Agrippina, die Gebenedeite, sie müsse dafür Sorge tragen. — Der Himmel war rein und das Sonnenlicht weilte, goldfarben, über den grünen Fluren, vom Westen her, der ganz in Feuer war und wo die Lerchen singend auf die Schollen niederfielen wie schwarze Punkte. Der Frühling begann aufzugehen allenthalben, in den Hecken von Indischfeigen, im Gestrüppe des Fußweges, im Steinicht, auf den Dächern der Häuser, grün wie Hoffnung; und Santo, der schwerfällig hinter seiner Gefährtin stapfte, die sich krümmte unter dem Sacke Viehstreu und mit solch einem Bauche, fühlte sein Herz voll Zärtlichkeit zur Aermsten und schwatzte mit ihr, derweil die Stimme infolge des Ansteigens gebrochen, darüber, was man tun würde, sollte der Herr die Saaten segnen bis zuletzt. Jetzt hatten sie nicht mehr über die roten Haare zu reden, ob sie schön oder häßlich wären, oder von anderen Dummheiten. Und als der tückische Mai alle Mühen und alle Hoffnungen des Jahres rauben kam, mit seinen Nebeln, sagten Mann und Weib, — die abermals auf dem Raine saßen und das Feld betrachteten, das zusehends vergilbte, gleich einem Kranken, der ins Jenseits hinübergeht, — kein einziges Wort, die Ellbogen auf den Knien und mit versteinerten Augen und bleichem Gesicht.

„Das ist die Strafe Gottes," murmelte Santo. „Die gute Seele von meinem Vater hatte es mir gesagt!"

Und in das kleine Haus der Armen drang die üble Laune der schwarzen und kotigen Straße. Mann und Weib kehrten einander den Rücken zu, knurrig, stritten jedesmal, wenn die Rote nach dem Geld für die Ausgaben fragte. Und wenn der Mann spät nachhause kam oder wenn kein Holz für den Winter da war und wenn das Weib langsam und träge wurde infolge der Schwangerschaft: — lange Gesichter, Schimpfen und auch Schläge. Santo packte die Nena an den roten Haaren, und sie krallte ihm die Nägel ins Gesicht; die Nachbarn liefen herzu, und die Nena kreischte, daß dieser Gottverlassene sie eine Fehlgeburt machen lassen wolle und sich nicht daran kehre, eine Seele zur Vorhölle zu schicken. Dann, als Nena gebar, schlossen sie Frieden, und Santo trug auf den Armen das Mägdlein herum, als ob er eine Prinzessin in die Welt gesetzt hätte, und lief, sie Verwandten und Freunden zeigen, vor lauter Zufriedenheit. Der Frau, solange sie zu Bette blieb, bereitete er die Suppe, fegte ihr das Haus, reinigte ihr den Reis und war ihr auch richtig zu Diensten, damit ihr nichts fehle. Danach trat er in die Haustür, mit dem Kinde am Halse, wie eine Kinderfrau, und wer ihn im Vorübergehen fragte, dem gab er zur Antwort: „Ein Mädchen, Gevatter. Das Unglück verfolgt mich bis dahinaus, und so ist mir ein Mädchen geboren. Meine Frau weiß nichts anderes hervorzubringen."

Die Rote, wenn sie sich die Schläge vom Manne holte, tobte sich aus gegen

Digitized by Google

die Schwägerin, die nichts tue, um im Hause zu helfen; und Lucia entgegnete schlagfertig, daß ihr, ohne daß sie einen Mann habe, die Wehen zugefallen seien wegen anderer Leute Kinder. Die Schwiegermutter, die Arme, suchte Frieden in diese Streitereien zu bringen und wiederholte:

„Die Schuld ist mein, da ich zu nichts mehr gut bin. Ich esse euch das Brot weg, ohne was dafür zu tun."

Sie war zu nichts anderem gut, als dieses Elend zu empfinden und es in sich drinnen zu bergen: Die Bedrängnisse Santos, die Heulereien seiner Frau, die Gedanken an den anderen, den fernen Sohn, der ihr im Herzen fest wie ein Nagel haftete, die üble Laune Lucias, die auch keinen Fetzen Kleides zum Feste hatte und keinen Hund vorüber gehen sah unter ihrem Fenster. Sonntags, wenn man sie nach dem Kränzchen der Gevatterinnen rief, die im Schatten plauderten, antwortete sie achselzuckend:

„Was wollt Ihr, daß ich da anfange? Das Seidenkleid sehen lassen, das ich nicht habe?"

Zum Nachbarinnenkränzchen kam bisweilen auch Pino il Tomo, der mit den Fröschen, der den Mund nicht auftat und zuhörte, mit dem Rücken gegen die Wand und die Hände in der Tasche, dahin und dorthin ausspuckend. Niemand wußte, was er dort zu suchen hatte; doch wenn sich in der Tür Gevatterin Lucia zeigte, sah Pino sie verstohlen an, indeß er tat, als wende er sich, um auszuspucken. Des abends dann, da die Türen alle geschlossen waren, wagte er sich gar so weit, ihr jenseits der Tür seine Liederchen zu singen, wobei er sich selber die Baßbegleitung machte: „Huum, huum, huum!" Bisweilen erkannten die Burschen, die spät nachhause kamen, ihn an der Stimme und sangen ihm den Froschvers nach, ihn zu necken.

Lucia indessen tat so, als ob sie im Hause hantiere, gesenkten Hauptes und abseits vom Lichte, daß man ihr nicht ins Gesicht sähe. Doch, wenn die Schwägerin brummte: „Jetzt beginnt die Musik," wandte sie sich um wie eine Viper, ihr zu entgegnen:

„Selbst die Musik macht Euch Verdruß. Bei diesem Sträflingsleben darf also nichts da sein, weder für die Augen noch für die Ohren."

Die Mutter, die alles sah, horchte gleichfalls hin, die Tochter betrachtend, und meinte, daß hinwider ihr diese Musik fröhliche Stimmung gäbe. Lucia tat, als wisse sie nichts. Jeden Tag jedoch, zur Stunde, da der mit den Fröschen vorüberkam, verfehlte sie nie, sich in der Tür zu zeigen, die Spindel in der Hand. Der Tomo, sobald er vom Flusse wiederkehrte, ging um und um durch die Ortschaft, und trieb sich immer in dieser Gegend herum, mit seinem Bündel Frösche in der Hand, ausschreiend: „Singfische! Singfische! Singfische!" — Als ob die Armen dieser Gasse imstande gewesen wären, Singfische zu kaufen.

„Und sie müssen gut für Kranke sein," sprach Lucia, die vor Lust verging, mit Tomo zu handeln anzufangen. Aber die Mutter wollte nicht, daß man ihretwegen etwas ausgäbe.

Tomo, der sah, daß ihn Lucia verstohlen betrachte, das Kinn auf dem Busen, verlangsamte den Schritt vor der Tür, und Sonntags faßte er den Mut, etwas näher heran zu kommen, ja sogar auf der Treppe zum Geländersteig daneben zu sitzen, die Hände niederbaumelnd zwischen den Beinen; und er erzählte im Kränzchen, wie man es anstelle, um Frösche zu fangen, und daß das eine Teufelsschlauheit erfordere. Er war schlau, schlimmer als ein Rotesel, Pino il Tomo, und wartete, bis die Gevatterinnen gingen, um Fräulein Lucia zu sagen: „Es ist wohl Regen für die Saaten nötig," oder: „die Oliven werden dieses Jahr knapp sein."

„Was geht Euch das an, der Ihr von den Fröschen lebt?" sagte ihm Lucia.

„Hört, meine Schwester; wir sind alle wie die Finger der Hand; und wie die Dachziegeln, von denen die eine der anderen das Wasser abgibt. Wenn weder Korn noch Oel geerntet werden, kommt kein Geld in den Ort, und keiner kauft mir meine Frösche ab. Geht Euch das ein?"

Dem Mädchen ging dies „meine Schwester" zum Herzen herunter wie Honig, und sie dachte daran den ganzen Abend wieder, während sie still am Lichte spann; und sie drehte und drehte daran wie die Spindel, die da schwirrte.

Die Mutter schien ihr's, der Spindel abzulesen, und da seit ein paar Wochen sich keine Liedchen mehr am Abend vernehmen ließen, und man den, der die Frösche verkaufte, auch nicht vorübergehen sah, sagte sie zugleich mit der

Digitized by Google

Schwiegertochter: „Wie traurig ist der Winter. Jetzt vernimmt man auch keine Seele mehr in der Nachbarschaft."

Jetzt mußte man die Türe geschlossen halten von wegen der Kälte, und aus dem Guckloche sah man nichts anderes als das Fenster von gegenüber, schwarz von Regen, oder irgend einen Nachbarn, der heimkehrte, unter dem durchnäßten Kapuzenmantel. Pino il Tomo aber ließ sich nicht sehen, sodaß, wenn ein armer Kranker Froschbrühe nötig hatte, wie Lucia sagte, er nicht wisse, was tun.

„Er wird sich sein Brot suchen gegangen sein in irgend einer anderen Welt," gab die Schwägerin zur Antwort: „das ist ein armseliges Handwerk, so jemand nichts anderes versteht."

Santo, der einen Samstagabend die Unterhaltung vernommen hatte, hielt aus Liebe zur Schwester ihr die Standpredigt:

„Mir gefällt sie nicht, diese Geschichte mit dem Tomo. Eine schöne Heirat wäre das für meine Schwester! Einer, der von den Fröschen lebt und den ganzen Tag mit den Beinen im Nassen steckt. Du mußt dir einen Landmann suchen, der, wenn er auch nichts besäße, doch wenigstens aus demselben Teige wie du gemacht ist."

Lucia blieb still, gesenkten Hauptes und mit gerunzelten Brauen, und biß sich bisweilen die Lippen, um nicht herauszuplatzen: „Wo finde ich denn den Landmann?" — Als ob es an ihr liege, zu finden. Jener einzige, den sie gefunden hatte, ließ sich jetzt nicht mehr sehen, vielleicht, weil die Rote irgendwie geschimpft hatte, neidisch und verklatscht, wie sie war. Schon pflege Santo seinem Weibe nachzusprechen, welches andauernd sage, daß der Fröschemann ein Taugenichts sei, und sicher wäre das Gevatter Pino bereits zu Ohren gekommen.

Daher brach alle Augenblicke Krieg zwischen den beiden Schwägerinnen aus.

„Hier bin ich nicht die Herrin!" murrte Lucia: „In diesem Hause ist Herrin, wer da verstanden hat, meinen Bruder zu umgarnen und ihn sich zum Manne zu fangen."

„Hätte ich gewußt, was danach kam, hätte ich ihn nicht umgarnt, ihn, euren Bruder; denn, hatte ich ehemals ein Brot nötig, so sind jetzt fünf erforderlich."

„Euch, was geht es euch an, ob der mit den Fröschen ein Handwerk versteht oder nicht? Wäre er mein Mann, wär's seine Sache, mich zu erhalten."

Die Mutter, die arme, legte sich ins Mittel, im Guten; aber sie war eine Frau von wenig Worten und wußte nichts anderes zu tun, als von der einen zur anderen zu laufen, die Hände in den Haaren, stammelnd: „Um Gottes willen! Um Gottes willen!" Aber die Frauenzimmer schenkten ihr nicht einmal Gehör und pflanzten einander die Nägel ins Gesicht, nachdem die Rote sich hatte das Schimpfwort entfahren lassen „Du Tollwütige!"

„Tollwütige du selbst! die du mir den Bruder gestohlen hast!"

Dann kam Santo dazu und haute sie alle beide, Frieden zu stiften, und die Rote brummte weinend:

„Ich sagte es zu ihrem Frommen. Denn, heiratet eine, ohne was zu haben, danach kommt das Unglück bald."

Und zur Schwester, die da kreischte und sich die Haare raufte, sagte Santo, sie zu begütigen, wiederum:

„Was kann ich dawider, jetzt, wo sie mein Weib ist. Aber sie ist dir gut und redet zu deinem Besten. Du siehst, wie schön weit wir's gebracht haben damit, daß wir heirateten."

Lucia beklagte sich bei der Mutter:

„Ich will's schon so weit bringen, wie sie es gebracht haben! Lieber will ich dienen gehen! Wenn sich hier ein Christenmensch blicken läßt, jagt man ihn einem weg." Und sie dachte, daß der mit den Fröschen sich nicht mehr sehen lasse.

Hernach brachte man in Erfahrung, daß er mit Bauer Marianos Witwe zusammen leben gegangen war; ja, sie wollten gar heiraten; denn, zwar hatte er kein Handwerk, aber er war ein Stück jungen Kerls, an dem der Schöpfer nicht geknausert hatte, und schön geradezu wie ein San Vito in Fleisch und Bein; und die Lahme hatte Gut genug, um sich den Mann zu nehmen, der ihr gut schien und gefiel.

„Seht her, Gevatter Pino", sagte sie ihm: „Das alles ist Wäsche, dies alles sind Ohrringe und goldene Halsketten; in diesem Henkelgefäße sind zwölf Kafiß Oel; und jener Flechtkorb ist voll Bohnen. Wenn Ihr's zufrieden seid,

Digitized by Google

könnt Ihr leben, die Hände auf dem Bauche, und werdet es nicht mehr nötig haben, bis zu den Knien im Morast zu stecken, um Frösche zu fangen."

„Ich, so weit mich's anlangt, wär's schon zufrieden", sagte der Tomo. Aber er dachte an die schwarzen Augen Lucias, die ihn aus dem Rahmen des Fensters her suchten, und an die Weichen der Gelähmten, die da schwappten wie jene der Frösche, wenn sie von da nach dort durch das Haus ging, ihm all dieses Gut zu zeigen. Einmal jedoch, wo es ihm nicht gelungen war, seit drei Tagen auch nur ein Körnchen zu ergattern, und es ihm widerfuhr, im Hause der Witwe sich aufzuhalten, bei Speise und Trank, und dem Regen von der Tür aus zuzusehen, entschloß er sich ja zu sagen, um des lieben Brotes willen.

„Es ist geschehn um des lieben Brotes willen, ich schwör es euch!" sagte er mit gefalteten Händen, als er Gevatterin Lucia aufs Neue vor der Tür aufsuchen kam. „Wär's nicht um die Teuerung gewesen, würde ich die Lahme nicht geheiratet haben, Gevatterin Lucia!"

„Geht, erzählt das der Lahmen", gab ihm das Mädchen zur Antwort, grün vor Galle. „Dies nur will ich euch sagen, daß Ihr euch nicht mehr unterstehe, den Fuß hierherzusetzen."

Und die Lahme sagte ihm gleichfalls, daß er sich nicht unterstehe, den Fuß dorthin zu setzen, sonst würde sie ihn aus dem Hause jagen, nackt und hungrig, wie sie ihn genommen: „Weißt du nicht, daß, nächst Gott, du mir das Brot, das du issest, schuldest."

Ihrem Manne, dem fehlte nichts: er war gut gekleidet, gut genährt, mit Stiefeln an den Füßen, ohne etwas anderes zu tun zu haben, als auf dem Platze müßig herumzulungern den ganzen Tag, beim Grünkrämer, beim Metzger, beim Fischhändler, die Hände auf dem Rücken und mit vollem Bauch, zuzusehen, wie man um die Sachen handelte. „Das ist sein Handwerk, den Bummler zu spielen", sagte die Rote. Und unverzüglich entgegnete Lucia, daß er nichts tue, weil er eine reiche Frau habe, die ihn erhalte: „Hätte er mich geheiratet, so hätte er gearbeitet, sein Weib zu erhalten." Santo, das Haupt über den Händen, dachte nach, daß seine Mutter ihm geraten hatte, die Lahme zu nehmen, und seine Schuld war es, daß er sich das Brot hatte vor dem Munde entwischen lassen.

„Wenn wir jung sind," predigte er der Schwester, „haben wir im Kopfe dieselben Grillen, wie du sie jetzt hast, und suchen nur, was uns gefällt, ohne ans Hernach zu denken. Frage nur jetzt die Rote, ob man wieder anfangen würde zu tun, was wir getan! ..."

Die Rote, auf der Schwelle hockend, nickte mit dem Haupte Zustimmung, während ihre kleinen Würmer sie umkreischten, sie an den Kleidern und den Haaren zupfend. „Wenigstens sollte einem der Herrgott nicht jenes Kreuz der Kinder schicken", klöhnte sie.

Von den Kindern schleppte sie die, die sie konnte, sich nach aufs Feld, jeden Morgen, wie eine Eselin ihre Füllen; die Kleine im Doppelsacke auf dem Rücken und die etwas größere an der Hand. Die anderen drei aber war sie gezwungen, zuhause zu lassen, um die Schwägerin zur Verzweiflung zu bringen. Die im Sacke und die da hinterher humpelnd nachtrottete, kreischten im Einklang den Fußweg lang in der Kälte des weißen Morgengrauens, und die Mutter mußte hin und wieder Halt machen, sich den Kopf kratzend und seufzend: „Ach, Herrgott!" und erwärmte mit dem Atem die blauen Händchen der Kleinen oder nahm aus dem Sacke den Säugling, ihm die Brust zu geben, während sie weiterging. Ihr Mann schritt vor ihr her, krumm unter der Last, und wandte sich kaum um, ihr die Zeit zu geben, daß sie ihn ganz außer Atem einhole, die Kleine mit der Hand hinter sich herziehend und mit nackter Brust — und es war ihm nicht drum zu tun, die Haare der Roten anzuschauen oder die Brust, die im Mieder wogte, wie zu Castelluccio. Jetzt warf die Rote sie hinaus in Sonne und Frost wie eine Sache, die zu nichts anderem gut ist, als Milch zu geben, genau so wie eine Eselstute. Ein wahres Arbeitstier — was das anbetraf, konnte ihr Mann sich nicht beklagen — beim Hacken, beim Schneiden und beim Säen, tüchtiger als ein Mann, wenn sie sich die Röcke hochschürzte, die Füße, bis zu halber Höhe schwarz, in der Saat. Jetzt war sie siebenundzwanzig und hatte alles andere zu tun, als auf niedliche Schuhe und blaue Strümpfe zu achten. „Wir sind alt," sagte sie zu ihrem Manne, „und man muß an die Kinder denken." Wenigstens halfen sie einander wie zwei Ochsen am gleichen Pfluge. Das war nun die Ehe.

Digitized by Google

„Allzugut weiß auch ich es!" brummte Lucia, „die ich die Kindswehen habe ohne ein Mannsbild. Wenn jene Alte die Augen schließen wird, falls sie mir da noch ein Stück Brot werden geben wollen, werden sie mir's geben. Falls aber nicht, setzen sie mich auf die Straße."

Die Mutter, die arme, wußte nicht, was antworten, und hörte ihr zu, neben dem Bette sitzend, das Sacktuch um den Kopf und das Antlitz gelb von der Krankheit. Tags setzte sie sich in die Tür, in die Sonne, und hielt sich dort ruhig und still bis zur Stunde, da der Sonnenuntergang auf den schwärzlichen Dächern gegenüber erblaßte und die Gevatterinnen die Hühner zusammenriefen.

Nur wenn der Doktor kam, sie zu besuchen, und die Tochter ihr das Licht ans Gesicht nahe hielt, fragte sie den Arzt, mit einem schüchternen Lächeln:

„Um Gottes willen, euer Gnaden... ist es eine lange Sache?"

Santo, der ein goldenes Herz hatte, gab zur Antwort:

„Mir kommt's nicht drauf an, Geld für Arzneien auszugeben, wenn nur diese arme Alte hier bliebe und ich wüßte, sie in ihrem Winkel wiederzufinden, wenn ich heimkomme. Und dann hat sie auch für ihr Teil geschafft, als dazu die Zeit war; und, wenn wir alt sein werden, werden unsere Kinder das gleiche tun um uns."

Und nun geschah es gleichfalls, daß Carmenio zu Camemi sich das Fieber geholt hatte. Wäre sein Herr reich gewesen, hätte er ihm die Arzneien gekauft; doch Schäferlein Vito war ein armer Teufel, der von diesem seinem bißchen Herde lebte, und den Jungen, den hielt er eigentlich aus Barmherzigkeit; denn diese paar Schafe hätte er auch selber hüten können, hätte er sich nicht gefürchtet vor der Fieberluft. Ueberdies wollte er auch ein gutes Werk tun, indem er dem vaterlosen Knaben Gevatter Nannis das Brot gab, die Gunst der Vorsehung zu gewinnen, die ihm helfen mußte, mußte, sofern es Gerechtigkeit im Himmel gab. Denn was konnte er dafür, wenn er lediglich dies Stückchen Weide zu Camemi besaß, wo die Fieberluft dick wie Schnee war und Carmenio sich das Terzanfieber geholt hatte. Eines Tages, als der Junge seine Knochen fiebergebrochen fühlte und sich vom Schlaf übermannen ließ im Schutze eines Felsblockes, der seinen schwarzen Schatten auf den staubigen Pfad warf, während die Fliegen in der Schwüle des Maitages schwirrten, brachen die Schafe in die Saaten des Nachbarn ein — einen armseligen, so gut wie brachen Acker, groß wie ein Taschentuch, den die Dürre halb aufgefressen hatte. Nichtsdestoweniger hütete Ohm Cheli, unter ein Laubdach verzogen, sie wie seinen Augapfel, diese Saat, die ihm so viel Schweiß kostete und die Hoffnung des Jahres war. Beim Anblicke der Schafe, die da herumstreiften —: „Ah, essen denn die kein Brot, diese Christenmenschen?" — Und Carmenio erwachte unter den Schlägen und den Fußtritten Ohm Chelis und begann wie ein Verrückter hinter den zerstreuten Schafen einherzulaufen, weinend und heulend. Gerade jene Hiebe hatten Carmenio noch gefehlt bei seinen Knochen, die ihm das Terzanfieber gebrochen hatte! Doch, bezahlte er etwa dem Nachbarn den Schaden mit seinem Geschrei und Aumeh? „Eine verlorene Ernte, und meine Kinder diesen Winter ohne Brot! Dies ist der Schaden, den du angerichtet, Mörder! Zöge man dir das Fell ab, wäre das noch nicht genug!"

Ohm Cheli suchte sich die Zeugen zusammen, um sie vor den Richter zu laden samt den Schafen Schäferlein Vitos. Als diesem die Vorladung zuging, war es wie ein Schlag für ihn und sein Weib. „Ach! dieser Schuft von Carmenio hat uns ganz und gar zugrunde gerichtet! Geht nur Gutes tun, wenn man's euch auf solche Weise heimzahlt! Hätte ich vielleicht selbst in der Fieberluft bleiben sollen, die Schafe zu hüten? Jetzt zu guterletzt macht uns Ohm Cheli noch arm mit seinen Unkosten!" Der Arme lief nach Camemi um die Mittagsstunde, denn vor Verzweiflung sah er mit den Augen nicht, all dieser Nöte wegen, die über ihn einherregneten, und bei jedem Fußtritt und jedem Halsgriffe, mit dem er Carmenio bearbeitete, überhaspelte er sich atemlos: „Du hast uns auf das Stroh gebracht! Du hast uns zugrunde gerichtet, Räuber!" — „Seht Ihr nicht, in welchem Zustande ich bin?" suchte Carmenio zu erwidern, die Schläge sich vom Leibe haltend. „Was für eine Schuld habe ich denn, wenn ich vor Fieber nicht aufrecht stehen konnte? Es hat mich hinterrücks überfallen, dort, unterm Felsblocke!" Doch so weit kam's, daß er auf der Stelle sein Bündel schnüren mußte, den zwei Unzen Valet geben.

Digitized by Google

die er bei Schäferlein Vito noch ausstehen hatte, und die Herde verlassen. Denn Schäferlein Vito war nun Willens geworden, ein ander Mal das Fieber sich selbst zu holen, so groß waren seine Nöte.

Zu Hause sagte Carmenio nichts, als er so mir nichts dir nichts mit dem Bündel über der Schulter am Stockgriffe heimkam. Nur die Mutter grämte sich, wie sie ihn so bleich und zusammengeschwunden sah, und sie wußte nicht, was sie denken sollte. Sie erfuhr die Sache hernach von Don Venerando, der dort in der Nachbarschaft zu Hause war und gleichfalls Grundbesitz zu Camemi hatte, anstoßend an Ohm Chelis dürren Acker.

„Sage nicht den Grund, warum dich Ohm Vito weggeschickt hat," flößte die Mutter dem Jungen ein, „sonst nimmt dich niemand zum Hüter." Und Santo fügte gleichfalls hinzu:

„Sag nichts davon, daß du das Terzanfieber hast, wo nicht, will dich niemand haben, da man wissen wird, daß du krank bist."

Allein Don Venerando nahm ihn für seine Herde von Santa Margherita, wo der Schäfer ihn ungestört bestahl und ihm mehr Schaden anrichtete als die Schafe in der Saat. „Ich werde dir die Arzneien geben; so wirst du keinen Vorwand zum Einschlafen finden und dafür, mir die Schafe laufen zu lassen, wohin sie wollen." Don Venerando hatte eine Zuneigung zur ganzen Familie gefaßt um Lucias willen, da er sie vom Altane aus sah, wenn er frische Luft schöpfte nach dem Essen. „Wollt Ihr mir auch das Mädchen geben, gebe ich euch sechs Tari den Monat." Und er sagte gleichfalls, daß Carmenio nach Santa Margherita mit der Mutter gehen könne, zumal die Alte von Tag zu Tage abfiel; bei der Herde wenigstens würde es ihr nicht an Eiern fehlen, an Schafmilch und Schaffleischbrühe, wenn eines einmal einginge. Die Rote beraubte sich des Besten und Allerbesten, um ihr ein Bündel Wäsche zusammenzubringen. Jetzt kam die Zeit der Aussaat, sie konnte nicht alle Tage nach Licciardo hin und zurück gehen, und die Knappheit an jeglichem nahte mit dem Winter. Lucia sagte diesmal allen Ernstes, daß sie dienen gehen wolle im Hause Don Venerandos.

Sie setzten die Alte auf den Esel — Santo auf der einen Seite und Carmenio auf der anderen — mit ihren sieben Sachen auf der Kruppe; und die Mutter, während sie machen ließ, sagte zur Tochter, sie mit den ernsten Augen im fahlen Gesicht anschauend:

„Wer weiß, ob wir uns wiedersehen? Wer weiß, ob wir uns wiedersehen? Sie haben gesagt, ich würde im April zurückkommen. Du, bleib in der Furcht Gottes im Hause deines Herrn. Dort wenigstens wird dir nichts abgehen."

Lucia schluchzte in die Schürze; und auch die Rote, die arme. In diesem Augenblick hatten sie Frieden geschlossen, und hielten einander umarmt, zusammen weinend. „Die Rote hat ein gutes Herz", sagte ihr Mann: „Das Unglück ist, daß wir nicht reich sind, um einander immer gut zu sein. Wenn die Hühner im Hühnerstalle nichts zu picken haben, picken sie aufeinander."

Lucia war nun gut untergebracht, im Hause Don Venerandos, und sagte, daß sie es nur mit dem Tode verlassen wolle, wie man so pflegt, um dem Herrn die Dankbarkeit zu bezeugen. Sie hatte Brot und Suppe, so viel sie wollte, ein Glas Wein täglich und ihr Fleischgericht an Sonn- und Festtagen. Zudem blieb auch der Monatslohn ihr unangebrochen in der Tasche und des Abends hatte sie Muße, sich auch die Ausstattungswäsche zu spinnen für sich selber. Den, der sie nähme, den hatte sie schon unter den Augen, im selben Hause: Brasi, den Küchenjungen, der da kochte und bei Bedarf auch in der Landwirtschaft mithalf. Der Herr hatte sich auf dieselbe Weise bereichert, im Dienste des Barons, und nun hatte er den „Don" und Grundbesitz und Vieh in Hülle und Fulle. Da die Lucia aus einer wohlhabenden Familie kam, die verarmt war, und man sie als anständig kannte, hatte man ihr die weniger harte Arbeit zugewiesen, das Tellerwaschen, Weinholen, die Obhut über den Hühnerstall; samt einem Verschlag zum Schlafen unter der Treppe, der wie ein Zimmerchen aussah, Bett, Spind und allem sonstigen; so daß Lucia ihn erst mit dem Tode verlassen wollte. Inzwischen machte sie Brasi freundliche Augen und vertraute ihm an, daß sie in zwei oder drei Jahren einen Sparpfennig zusammen haben werde und „in die Welt gehen" könnte, so der Herr sie dazu beriefe.

Brasi hörte auf diesem Ohre nicht. Doch gefiel ihm Lucia mit ihren Kohlenaugen und der Gnade Gottes, die sie an sich hatte. Ihr gleichfalls gefiel Brasi, klein, krausköpfig, mit einem feinen und verschmitzten Fuchsgesicht.

Digitized by Google

Während sie die Teller wusch oder Holz unter den Kessel tat, erfand er alle möglichen Bubenstreiche, sie lachen zu machen, als ob er sie kitzele. Er spritzte ihr das Wasser in den Nacken und steckte ihr Endivienblätter in die Haarflechten. Lucia schrie halblaut, damit es die Herrschaft nicht höre; sie verkroch sich im Winkel am Backofen, rot im Gesicht wie die Glut, und warf ihm die Scheuertücher und Reisig ins Gesicht, während ihr das Wasser den Rücken niederrann wie ein Entzücken.

„Und mit dem Fleische macht man die Klopse. Macht den Euren, denn den meinen habe ich fertig."

„Ich nicht," antwortete Lucia, „ich mag nicht solche Scherze."

Brasi tat, als ob er zur Demut gebracht wäre. Er hob das Endivienblatt auf, das er ihr ins Gesicht geworfen hatte, und tat es sich an die Brust, ins Hemde, murmelnd:

„Das gehört mir. Ich rühre Euch nicht an. Das gehört mir und soll hier bleiben. Wollt Ihr, was mir gehört, Euch an dieselbe Stelle tun, so ist's an Euch." Und er tat, als ob er sich einen Haarbüschel ausraufe, ihn ihr zu überreichen, und zeigte ihr die Zunge.

Sie habe ihn mit gewissen Bauernmädchenschlägen, die ihn den Rücken krumm machen ließen und ihm nachts schlechte Träume gäben, sagte er. Sie griff ihn an den Haaren wie ein Hündchen und empfand ein gewisses Vergnügen, ihre Finger in diese weiche und krause Wolle zu stecken.

„Tobt Euch nur aus! Tobt Euch nur aus! Ich bin nicht so empfindlich wie Ihr und könnte mich kneten lassen wie eine Wurst von Euren Händen."

Einmal überraschte Don Venerando sie bei solchen Spielchen und machte darüber einen Teufelslärm. Unanständigkeiten wolle er nicht in seinem Hause; wenn nicht, schmeiße er sie mit Fußtritten alle beide hinaus. Lieber jedoch, wenn er das Mädchen in der Küche allein fand, griff er sie unters Kinn und wollte sie mit zwei Fingern liebkosen.

„Nein! Nein!" widersprach Lucia. „Ich mag nicht solche Späße. Wenn nicht, nehme ich meine sieben Sachen und gehe."

„Von ihm magst du sie, von ihm! Und von mir, der ich dein Herr bin, nicht? Was soll das heißen? Weißt du nicht, daß ich dir goldene Ringe und Ohrgehänge schenken kann und dich aussteuern, wenn ich Lust habe?"

In der Tat könnte er das, bestätigte Brasi, da der Herr Geld habe, so viel er wolle, und seine Frau den Seidenmantel trage wie eine Dame, jetzt, wo sie hager und alt geworden sei, schlimmer als eine Mumie; dieserhalb steige auch ihr Mann in die Küche herunter, sich mit den Mädchen zu bespassen. Ueberdies kam er auch, seinen Vorteil zu überwachen, wieviel Holz brenne und wieviel Fleisch man übers Feuer setze. Er war reich, freilich, aber er wußte, was dazu gehört, ein Vermögen zu machen, und stritt den ganzen Tag mit seiner Frau, die jetzt, wo sie die Gnädige spielte, blauen Dunst im Kopfe hatte und sich über den Reisigrauch und den Zwiebelgestank beklagte.

„Die Aussteuer will ich mir schaffen, ich selbst, mit meinen Händen", erwiderte Lucia. „Die Tochter meiner Mutter will ein ehrenwertes Mädchen bleiben, wenn ein Christenmensch sie zum Weibe sucht."

„Dann bleibe es!" antwortete der Herr. „Du wirst sehen, was das für eine schöne Aussteuer sein wird! Und wie viele nach deiner Ehrbarkeit kommen werden!"

Waren die Nudeln zu weich gekocht, trug Lucia ein paar Spiegeleier auf, die angebrannt rochen, so zankte Don Venerando sie ganz gehörig aus, unter den Augen seiner Frau, ein ganz anderer Mann, den Bauch heraus und mit lauter Stimme. — Wie, bildeten sie sich ein, das Futter fürs Schwein zu machen. So was, bei zwei Dienstboten, die ihn knapp und kahl fräßen. Ein andermal würde er ihnen die Gottesgabe ins Gesicht schmeißen.— Die Gnädige, die Gebenedeite, wollte dies Gegacker nicht haben, der Nachbarn wegen, und schickte die Magd hinaus, in der Fistel kreischend:

„In die Küche! Fort von hier, Schluderweib! Du fauler Bauch!"

Lucia ging weinend in die Ecke am Backofen, doch Brasi tröstete sie mit seinem Spitzbubengesichte:

„Was kann Euch denn das ausmachen? Laßt sie schreien. Wollten wir auf die Herrschaft hören, dann — oh, wir Armen! Die Eier hätten verbrannt gerochen? Desto schlimmer für sie! Ich konnte nicht das Holz im Hofe spalten und zu gleicher Zeit die Eier umwenden. Man läßt mich den Koch und

Digitized by Google

den Hausburschen spielen, und da wollen sie bedient sein wie der König! Sie denken wohl nicht mehr daran, wie er Brot und Zwiebeln fraß unter einer Olive und sie die Aehren auf dem Felde auffammelte?"

Dann vertrauten Magd und Koch einander ihr „trauriges Los" an, daß sie „angesehener Leute" Kinder wären, und ihre Eltern reicher gewesen als der Herr, vor Zeiten. Der Vater Brasis war Stellmacher, nichts weniger! Und Schuld war es des Sohnes, der sich um das Handwerk nicht hatte bemühen wollen, sondern sich in den Kopf gesetzt, von Jahrmarkt zu Jahrmarkt zu ziehen, hinter dem Karren des Händlers her: Bei ihm hatte er das Kochen gelernt und Tiere zu warten.

Lucia begann aufs neue die Litanei ihres Unglücks: Der Vater, das Vieh, die Rote, die Mißernten: beide ganz dieselben, sie und Brasi, in dieser Küche; sie schienen wie geschaffen, das eine für das andere.

„Die Geschichte Eures Bruders mit der Roten?" erwiderte Brasi, „danke schön!" Aber er wollte ihr solche Kränkung nicht gerade ins Gesicht sagen. Es machte ihm nichts aus, daß sie ein Bauernmädchen war. Er sagte nicht nein aus Hochmut. Sie waren arm alle beide, und es wäre besser gewesen, sich in die Cisterne zu werfen, einen Stein am Halse.

Lucia schluckte all dies Bittere hinunter, ohne ein Wort zu sagen und, wollte sie weinen, ging sie sich im Verschlag unter der Treppe verbergen oder im Winkel am Backofen, wenn Brasi nicht da war. Nun war sie diesem Christenmenschen gut, wo sie tagsüber zusammen am Feuer standen. Die Ausputzer, die Schelte des Herrn, die nahm sie für sich hin und ließ ihm den besten Bissen, das bestgefüllte Weinglas, ging in den Hof, an seiner Stelle das Holz spalten, und hatte gelernt, die Eier zu wenden und die Nudeln in rechter Garheit auf die Schüssel zu tun. Als Brasi sie das Kreuz schlagen sah mit der Schüssel auf den Knien, ehe sie sich zu essen anschickte, sagte er ihr:

„Wie, habt Ihr Gottes Gabe noch nie gesehen?"

Er beklagte sich immer und über alles: daß es ein Sträflingsleben sei und daß er abends nur drei Stunden frei habe, bummeln oder in die Kneipe zu gehen; und wenn Lucia mitunter gelegentlich gesenkten Hauptes und errötend zu ihm sagte: „Warum geht Ihr nach der Schenke? Laßt doch die Schenke bleiben, die taugt nicht für Euch", antwortete er: „Man sieht, daß Ihr eine Unschuld vom Lande seid. Ihr glaubt, daß in der Kneipe der Teufel wäre. Ich bin geboren im Kaufmannsstand, meine Liebe. Ich bin bei Leibe kein Bauernjunge!"

„Ich sage es zu Eurem Besten. Ihr gebt dort Euer Geld aus, und dann gibt es dort immer Veranlassung, mit jemand in Streit zu geraten."

Brasi fühlte sich weich bei diesen Worten und vor jenen Augen, die ihn anzusehen vermieden. Und er genoß den Kitzel.

„Und Euch, was liegt Euch daran?"

„Garnichts liegt mir daran. Ich sage es um Euretwillen."

„Und Ihr, langweilt es Euch denn nicht, den ganzen Tag hier im Hause zu stecken?"

„Nein, ich danke Gott dafür, wie ich mich befinde, und wünschte, daß die Meinigen sich ebenso befänden; denn mir mangelt gar nichts."

Sie war dabei, den Wein abzuzapfen, hockend, das Kupfergefäß zwischen den Beinen, und Brasi war mit ihr in den Keller hinuntergegangen, ihr zu leuchten. Da der Weinkeller geräumig und dunkel war gleich einer Kirche, und man auch keine Fliege in diesem unterirdischen Gewölbe hörte, sie beide aber, Brasi und Lucia, allein, tat er ihr einen Arm um den Hals und küßte sie auf ihren Mund, rot wie Korallen.

Die Arme erwartete das, bange, während sie sich übergebeugt hielt, die Augen auf den Spund geheftet, und beide schwiegen, und sie seinen schweren Atem hörte und das Gurgeln des Weines. Dennoch stieß sie einen erstickten Schrei aus und warf sich nach rückwärts, über und über bebend, so daß ein wenig roten Schaumes sich auf den Fußboden ergoß.

„Ei, was macht denn das?" rief Brasi. „Als ob ich Euch eine Ohrfeige gegeben hätte! Also, stimmt es nicht, daß Ihr mir gut seid?"

Sie wagte nicht, ihm ins Gesicht zu sehen, und verging doch vor Lust dazu. Sie kümmerte sich um den verschütteten Wein, verlegend stammelnd:

„Oh, ich Arme! Oh, ich Arme! Was habe ich getan? Der Wein des Herrn.."

„Ach was! Laßt ihn laufen; er hat so viel davon, der Herr! Schenkt lieber mir Gehör. Wie, seid Ihr mir nicht gut? Sagt es, ja oder nein!"

Digitized by Google

Sie ließ sich diesmal an der Hand fassen, ohne zu antworten, und als Brasi von ihr verlangte, daß sie ihm den Kuß wiedergäbe, gab sie ihn ihm, rot von einem gewissen Etwas, das nicht lediglich Scham war.

„Habt Ihr denn nie welche bekommen?" fragte Brasi lachend. „Da hört denn doch alles auf! Ihr zittert am ganzen Leibe, als ob ich euch gesagt hätte, ich wollte Euch abstechen."

„Freilich, ich bin Euch ebenfalls gut", antwortete sie: „Und ich verging davon, es Euch sagen zu wollen. Wenn ich noch zittere, achtet nicht darauf. Es war von wegen der Angst um den Wein!"

„Ei, sieh doch! Ihr ebenfalls? Und seit wann? Warum habt Ihr es mir nicht gesagt?"

„Seit dem wir davon gesprochen, daß wir das eine für das andere wie geschaffen wären."

„Ah", sagte Brasi, sich den Kopf krauend. „Gehen wir hinauf, der Herr könnte kommen."

Lucia war ganz beglückt nach diesem Kusse, und ihr schien es, als habe Brasi ihr auf dem Munde das Heiratsversprechen besiegelt. Er aber sprach hierüber nicht einmal und wenn das Mädchen ihm diese Seite berührte, gab er zur Antwort:

„Was hast du für Eile? Außerdem ist es überflüssig, sich das Joch über den Hals zu legen, wo wir zusammen hausen können, als wären wir verheiratet."

„Nein, das ist nicht dasselbe; jetzt lebt Ihr auf Eure Faust und ich auf die meine; wenn wir aber heiraten, werden wir ein einziges Ding sein."

„Ein schönes Ding werden wir sein! Zudem sind wir nicht gemacht vom selben Teige. Geduld, wenn du nur ein wenig Mitgift hättest!"

„Ach, was für ein schwarzes Herz Ihr habt! Nein! Ihr seid mir niemals gut gewesen!"

„Freilich bin ich es Euch gewesen. Und stehe hier ganz zu Eurer Verfügung; jedoch ohne daß von dem da die Rede sei."

„Nein! Ich esse nicht von diesem Brote! Laßt mich bleiben und seht mich nicht mehr an!"

Jetzt wußte sie es, wie die Männer beschaffen waren. Alle Lügner und Verräter. Sie wollte kein Wort mehr über sie hören; sie wollte sich lieber kopfüber in die Zisterne werfen; sie wollte „Marienmädchen" werden. Sie wollte ihren guten Namen nehmen und ihn zum Fenster rauswerfen! Wozu sei er ihr nütze ohne Mitgift? Sie wollte sich den Hals brechen mit diesem alten Kerle von Herrn und sich die Mitgift verschaffen mit ihrer Schande. Von jetzt ab!... Von jetzt ab!... Don Venerando war immer um sie herum, bald mit Freundlichkeiten, bald mit Zanken, um nach seinem Vorteil zu schauen, ob sie nicht zu viel Holz ins Feuer täten, wieviel Oel sie zum Backen verwendeten, schickte Brasi weg, ihm für einen Fünfer Tabak zu besorgen, und suchte Lucia am Kinn zu fassen, wobei er ihr durch die Küche nachlief auf den Zehenspitzen, damit seine Frau es nicht höre, und das Mädchen schalt, daß es ihm nicht die gehörige Achtung entgegenbringe, da es ihn auf diese Weise zu laufen veranlasse. — „Nein, nein!" — Sie schien eine wildgewordene Katze. — Lieber nähme sie ihre sieben Sachen und würde gehen! — „Und was wirst du essen? Und wo findest du einen Mann ohne Ausstattung? Sieh diese Ohrringe! Und dann werde ich dir zwanzig Unzen schenken für deine Ausstattung. Brasi, für zwanzig Unzen läßt er sich alle beide Augen ausstechen!"

Ach! Dieses schwarze Herz von Brasi! Er ließ sie in den Tatzen des Herrn, die sie zitterig abtasteten. Er ließ sie mit dem Gedanken an die Mutter, der wenig helfen konnte, an das kahlgeplünderte Haus voller Unglück, an Pino di Tomo, der sie verlassen hatte, um das Brot der Witwe essen zu gehen. Er ließ sie mit der Versuchung der Ohrgehänge und der zwanzig Unzen im Kopfe.

Und eines Tages betrat sie die Küche mit ganz verstörtem Angesicht und den goldenen Ohrgehängen, die ihr gegen die Wangen schlugen. Brasi traten die Augen aus dem Kopfe und er sagte ihr:

„Wie schön seid Ihr so, Gevatterin Lucia!"

„Ah, ich gefalle Euch so? Gut, gut."

Jetzt, wo Brasi die Ohrgehänge sah und all das übrige, rannte er sich die Hacken ab, sich dienstbeflissen und eifrig zu bezeigen, als ob sie eine zweite

Digitized by Google

Hausherrin geworden wäre. Er ließ ihr die bestgefüllte Schüssel und den besten Platz am Feuer. Ihr gegenüber schüttete er rückhaltslos sein Herz aus, daß sie arm wären alle beide, und es der Seele wohl tue, seine Not jemand anzuvertrauen, der ihr gut sei. Werde er kaum, kaum so weit gekommen sein, zwanzig Unzen zu besitzen, würde er eine kleine Schenke auftun und ein Weib nehmen; er in der Küche, und sie am Schanktische. Dann würde man nicht mehr anderen unterstehen. Wenn der Herr ihnen Gutes erweisen wolle, vermöchte er das, ohne sich Unbequemlichkeiten aufzuerlegen, da zwanzig Unzen ja für ihn nicht mehr als eine Tabakspriese bedeuteten. Und Brasi, er, er würde nicht zimperlich sein, bei Leibe! Eine Hand wasche die andere in dieser Welt. Und seine Schuld wäre es nicht, wenn er sein Brot zu verdienen suche, wie er könne. Armut sei keine Schande.

Allein Lucia wurde rot oder bleich oder ihre Augen schwollen an von Tränen, und sie barg sich das Gesicht in der Schürze. Nach einiger Zeit ließ sie sich außer Hauses nicht einmal sehen, weder zur Messe, noch zur Beichte, weder zu Ostern noch zu Weihnachten.

In der Küche verkroch sie sich in den dunkelsten Winkel, mit gesenktem Gesicht, eingepackt in das neue Kleid, das ihr der Herr geschenkt hatte, mit weitem Gürtel.

Brasi tröstete sie mit guten Worten. Tat ihr den einen Arm um den Hals, befaßte ihr den feinen Kleiderstoff und lobte ihn ihr vor. Diese Goldohrringe schienen wie gemacht für sie. Wer gut gekleidet sei und Geld in der Tasche habe, habe keine Ursache, sich zu schämen und die Augen niederzuschlagen; besonders dann, wenn die Augen schön wären wie die Gevatterin Lucias. Die Arme machte sich Mut, indem sie sie ihm ins Antlitz heftete, noch verschüchtert, und stammelte:

„Wirklich, Meister Brasi? Seid Ihr mir noch gut?"

„Freilich, freilich, bin ich es noch!" entgegnete Brasi, die Hand auf dem Herzen: „Jedoch, was kann ich dafür, daß ich nicht reich genug bin, euch zu heiraten. Brächtet Ihr zwanzig Unzen mit, würde ich Euch blindlings nehmen."

Don Venerando hatte jetzt angefangen, auch ihm wohlzuwollen, und schenkte ihm die abgelegten Anzüge und die zerrissenen Stiefel. Wenn er zum Keller niederstieg, gab er ihm einen schönen Schoppen Wein und sagte:

„Da! trink auf meine Gesundheit."

Und der Dickbauch wackelte ihm, wenn er so sehr beim Anblick der Gesichter lachte, die Brasi schnitt, und wenn er ihn bleich wie ein Leichnam zu Lucia murmeln hörte:

„Der Herr ist ein anständiger Mann, Gevatterin Lucia! Laßt nur die Nachbarn reden; 's ist alles neidisches Volk, das Hungers stirbt und an Eurer Stelle sein möchte."

Santo, der Bruder, vernahm die Geschichte auf dem Platze, einige Monate danach. Und rannte zu seinem Weibe, außer Atem. Arm seien sie immer gewesen, doch ehrenwert. Die Rote geriet gleichfalls in Entsetzen und rannte zur Schwägerin, ganz außer Fassung, so daß sie kein Wort vorzubringen vermochte. Doch als sie heimkam, in das Haus ihres Mannes, war sie ganz anders, heiter und mit Rosen im Gesicht.

„Wenn du nur sähest! Eine Truhe, so hoch, voll Wäsche. Ringe, Anhänger und feine Halsketten von Golde. Dann sind auch noch zwanzig Unzen Bargeld für die Aussteuer da. Eine wahre Vorsehung Gottes!"

„Das macht es nicht!" wiederholte von Zeit zu Zeit immer wieder der Bruder, dem das nicht in den Kopf wollte. „Hätte sie doch wenigstens gewartet bis die Mutter die Augen schloß!..."

Folgendes geschah nun im Schneejahre, darin eine gute Anzahl Dächer einstürzte und im Lande ein großes Viehsterben war. Gott behüt davor!

In der Lamia und in den Bergen von Santa Margherita, als man da diesen fahlen Abend sinken sah, lastend von unheilkündenden dicken Wolken, so daß die Ochsen sich argwöhnisch umsahen und muhten, traten die Leute vor die Häuser, fern auszuschaun nach dem Meere, die Hände über den Augen, ohne was zu sagen. Die Glocke des „Alten Klosters" oberhalb des Ortes läutete, die Unglücksnacht zu beschwören, und auf dem Schloßberge war ein großes Gewimmel von Gevatterinnen, schwarz gegen den bleichen Blickrand, die am Himmel den Drachenschwanz betrachteten, einen pechfarbenen Streifen,

Digitized by Google

der nach Schwefel stank, sagte man, und eine üble Nacht bedeuten wollte. Die Weiber nahmen wider ihn Beschwörungen vor, mit den Fingern, wider den Drachen, zeigten ihm das Scapulier der Madonna über der nackten Brust, und spieen ihm ins Gesicht, wobei sie ein Kreuz bis zum Nabel hinab schlugen, und baten Gott und die Seelen des Fegfeuers und Sankt Lucia, da es ihres Festes Vorabend war, die Felder zu beschirmen und das Vieh, und ihre Männer gleichfalls — wer sie außer Ortes hatte. Carmenio war zu Wintersbeginn mit der Herde nach Santa Margherita gegangen. Der Mutter ging es diesen Abend nicht gut, und sie lag unruhig im Bette mit aufgerissenen Augen und wollte nicht mehr stille halten wie zuvor, und wollte dies und wollte das und wollte aufstehen und wollte, daß man sie umdrehe auf die andere Seite. Carmenio war ein wenig hierhin und dorthin gelaufen, um ihr zu Willen zu sein und zu versuchen, irgend etwas zu tun. Dann hatte er sich vor dem Bette hingepflanzt, entsetzt, mit den Händen in den Haaren.

Das Häuschen befand sich auf der anderen Seite des Sturzbaches, im Talgrunde, zwischen zwei großen Felsblöcken, die ihm auf das Dach kletterten. Gegenüber begann der Bergrücken, steil aufrecht, im Dunkel zu verschwimmen, das vom Tale aufstieg, welches kahl und schwarz von Steinen war, zwischen denen sich der weiße Strich des Fußpfades verlor. Bei Sonnenuntergang waren die Nachbarn von der Indischfeigen-Herde vorgekommen, um nachzusehen, ob nicht irgendwas nötig sei für die Kranke, die sich in ihrem Bette nicht mehr rührte, das Gesicht aufwärts und das Dunkel um die Nase. „Ein schlechtes Zeichen!" hatte Schäferlein Decu gesagt. „Hätte ich nicht meine Schafe da oben, bei diesem Wetter, das im Anzuge ist, würde ich dich heute Nacht nicht allein lassen. Ruf mich, wenn nötig!"

Carmenio antwortete ja, das Haupt gegen den Pfosten gestützt; aber als er ihn sich Schritt für Schritt entfernen sah und sich in der Nacht verlieren, bekam er große Lust, ihm nachzulaufen, zu schreien anzufangen, sich die Haare zu raufen — und er wußte nicht was.

„Wenn nötig!" rief ihm Schäferlein Decu von ferne, „so lauf nach der Indischfeigen-Herde, dort oben, da gibt's Leute."

Die Herde war noch sichtbar auf dem Felsen, gegen den Himmel, in diesem bißchen Dämmerlicht, das sich um die Berggipfel sammelte und das Gestrüppe der Indischfeigen durchbrach. Fern, ferne nach der Lamia zu und nach der Ebene, hörte man das Geheul der Hunde: Auuuh!... Auuuh!... Auuuh!..., das kaum bis dahin gelangte und die Gebeine erschauern ließ. Dann drängten sich die Schafe zusammen, um im ganzen Haufen durch die Umfriedung zu stürmen, von einer wahnsinnigen Angst gepackt, als witterten sie den Wolf in der Nähe, und bei diesem jähen Klingeln der Schafglocken schien es, als ob das Dunkel sich entzünde von so viel feurigen Augen rings herum. Dann blieben die Schafe unbeweglich stehen, eng aneinander gepreßt, die Nasen gesenkt, und der Hund beschloß sein Gebell mit einem langen und kläglichen Heulen, auf dem Schwanze sitzend.

„Hätte ichs gewußt!" dachte Carmenio. „Besser wars wohl, Schäferlein Decu zu sagen, daß er mich nicht allein lasse."

Von draußen aus dem Finsteren, wurden von Zeit zu Zeit die Herdenglocken hörbar, die aufklingelten. Vom Guckloche aus sah man das Viereck der Haustür schwarz wie den Mund eines Backofens; weiter nichts. Und der Bergrücken gegenüber und das tiefe Tal und die Ebene der Lamia, alles versank in diesem grundlosen Schwarz, daß es schien, als sähe man nur das Rauschen des Sturzbaches, da unten, nach dem Hause zu steigen, geschwollen und drohend.

Hätte er's gewußt, auch das! Vor Nacht wäre er nach der Ortschaft gelaufen, den Bruder zu rufen; und sicher wäre der zu der Stunde hier bei ihm gewesen, auch Lucia und die Schwägerin.

Da begann die Mutter zu reden, doch man verstand nicht, was sie sagte, und sie tastete über das Bett weg mit den dürren Händen.

„Mamma! Mamma! was wollt Ihr?" fragte Carmenio: „Sagt mir's, der ich hier bei Euch bin!"

Aber die Mutter antwortete nicht. Sie bewegte vielmehr das Haupt, als wollte sie sagen nein! nein! sie wolle nicht. Der Junge hielt ihr die Kerze unter die Nase und brach in Weinen aus vor Angst.

„Oh Mamma! meine Mamma!" jammerte Carmenio: „Oh daß ich allein bin und Euch keine Hülfe geben kann!"

Digitized by Google

Er tat die Haustür auf, um die von der Indischfeigen-Herde zu rufen. Doch niemand hörte ihn.

Ueberall war ein undurchsichtiges Leuchten; auf dem Bergrücken, im Tale, drunten in der Ebene — wie ein Schweigen, das gemacht war aus Baumwolle. Auf einmal klang erstickt ein Ton einer Glocke herüber, der von weitem kam, 'nton! 'nton 'nton! und es schien, als gerinne er im Schnee.

„Oh, heiligste Madonna!" schluchzte Carmenio: „Was soll diese Glocke bedeuten? — Ihr da von der Indischfeigen-Herde, Hülfe! Ihr heiligen Christenmenschen. Hülfe! Hülfe heilige Christenmenschen!" begann er zu schreien.

Endlich, da oben auf der Spitze des Indischfeigen-Berges, ließ sich eine ferne Stimme vernehmen, als wie die Glocke von Francofonte.

„Oooooh..... was ist looooos? Was ist looooos?"

„Hilfe, Ihr heiligen Christenmenschen! Hierher, Ihr da von Schäfer Decuuuuu....."

„Oooooh .. . lauf nach den Schafen!... Lauf naaach!"

„Nein! Nein! es sind nicht die Schafe.... nicht sie!"

In diesem Augenblick flog ein Käuzlein vorüber und begann zu schreien auf dem Hause.

„Das ist's!" murmelte Carmenio sich bekreuzend: „Jetzt hat das Käuzlein den Totengeruch verspürt. Jetzt liegt die Mutter im Sterben!"

Wie er so allein war im Hause mit der Mutter, die nicht mehr sprach, überkam ihn die Lust, zu weinen: „Mamma, was ist mit Euch? Mamma antwortet Ihr mir? Mamma, ist Euch kalt?" Sie atmete nicht, mit dunkelem Gesichte. Er machte das Feuer an, zwischen den beiden Steinen der Feuerstelle, und begann zuzusehen, wie die Laubreiser brannten, die ein Flämmchen aufzischen ließen und dann wisperten, als sagten sie sich Worte untereinander.

Als sie bei den Herden von Resecone gewesen waren, hatte der aus Francofonte beim Abendwachen gewisse Geschichten von Hexen vorerzählt, die auf Ginsterbesen ritten und Zauber über den Flammen der Feuerstätte trieben. Carmenio erinnerte sich nun der Leute des Meierhofes, wie sie gespannt, mit so viel Augen, um das Lämpchen, zugehört hatten, das am Pfeiler der großen dunklen Tenne gehangen, und wie niemand hinreichend Mut gehabt, in seinen Winkel schlafen zu gehen, an jenem Abend.

Zum Glück hatte er das Madonnenscapulier unter dem Hemde und das Bändchen Sankt Agrippinas um den Puls gebunden, welches von der Zeit schwarz geworden war. Ebenda in der Brusttasche hatte er seine Rohrflöte, die ihm die Sommerabende ins Gedächtnis wiederrief — juh, juh, wenn man die Schafe einläßt auf die Stoppeln, die gelb wie Gold sind allenthalben, und die Grillen um die Mittagsstunde zirpen und die Lerchen trillernd niederfahren, um sich hinter den Schollen zu bergen mit Sonnenuntergang und der Duft der Minze und des Rosmarins erwacht. — Juh! Juh! Kindlein Gesú! — Um Weihnacht, wenn er zur Ortschaft gegangen, dudelte man so während der Neuntage vor dem Altare, der beleuchtet und mit Orangenzweigen geschmückt war, und in jedem Hause, vor der Tür spielten die Kinder „Fossetta", mit der schönen Dezembersonne auf dem Rücken. Dann war man zur Mitternachtsmesse gegangen, im Haufen mit den Nachbarn, sich in den dunklen Straßen stoßend und lachend. Ach! warum hatte er jetzt diesen Stachel im Herzen? Und die Mutter, die nichts mehr sagte!! Und bis Mitternacht noch war geraume Zeit. Zwischen den Steinen der ungetünchten Mauern schienen soviele Augen zu sein, an jedem Loche, die daraus hervorsahen nach der Feuerstätte, erfroren und schwarz.

Auf seinen Strohsack, in einem Winkel, war ein Rock hingeworfen, lang ausgebreitet, der aussah, als blähten sich die Aermel; und der Teufel des Erzengels St. Michael auf dem Bilde, das zu Häupten des Bettes hing, fletschte die weißen Zähne, die Hände in den Haaren inmitten der roten Zickzackstrahlen der Hölle.

Tags drauf, bleich wie ebensoviele Tote, kamen Santo, die Rote, mit ihren Kindern hinterher, und Lucia, die in dieser Not nicht daran dachte, ihren Zustand zu verbergen. Rings um das Bett der Toten rauften sie sich die Haare und gaben sich Faustschläge auf's Haupt, ohne an etwas anderes zu denken. Dann, als Santo der Schwester inne ward mit solch einem Bauche, daß es eine Schande war, begann er mitten in der Totenklage:

„Hätte sie doch wenigstens diese Alte zuvor die Augen schließen lassen, wenigstens..."

Digitized by Google

Und Lucia ihrerseits:

„Hätte ich's nur gewußt! Hätte ich's nur! Ich hätte es ihr nicht am Arzte fehlen lassen und am Apotheker, nun, wo ich zwanzig Unzen habe."

„Sie ist im Paradies und betet für uns Sünder," schloß die Rote: „Sie weiß, daß Ihr die Mitgift habt und ist ruhig, die Arme. Meister Brasi wird Euch jetzt zweifelsohne nehmen."

Renato Fucini*)/Die Heimkehr aus den Maremnen.

In der Schankwirtschaft eines dürftigen Fleckens am Gebirgshange befanden sich zwei ältliche Hirten, über die fünfzig, welche, kaum daß ich eintrat, meine ganze Aufmerksamkeit auf sich zogen vonwegen eines gewissen aufgeregten und verzagten Wesens, das sie, schien es, nicht stillehalten lassen wollte. Sie trockneten sich den Schweiß aus dem Gesichte, obwohl es nicht heiß war, seufzten laut, und während sie zwischen den Blicken, die sie einander zuwarfen, nur wenige schmerzliche Einsilber tauschten, wandten sie das Auge auch nicht für ein Weilchen vom Fenster ab, aufmerksam auf die Straße hinauszusehen, die sich, weiß und staubig, vier gute Büchsenschüsse lang vor der Tür dahinstreckte.

„Ihr wollt wohl was trinken? He, junger Mann?" fragte mich die Wirtin, als sie mich abseits an einem Tische von gestrichenem Holze sitzen sah.

„Ich äße auch einen Happen, Verdiana, wenn Ihr mir etwas Gutes zu geben hättet."

„Nein, sieh da," sagte sie, nachdem sie mich ein wenig in Augenschein genommen hatte. „Entschuldigen Sie, daß ich Sie wahrhaftig nicht wiedererkannt habe. Wie geht's? Geht's gut? Die Ihrigen, sind sie wohlauf?"

„Alle wohl, danke. Und Ihr?"

„Ja, Signore. Ich kann nicht klagen. Soll's mal schlecht gehen, möchte es immer so sein. Ach! mit wem hab ich denn da noch jüngst über Sie gesprochen? Ja, der Mann kam durch, der mit den Straßen zu tun hat und die Steinhaufen zählen kommt, . . . das ist doch der Ingenieur? Er fragte mich, ob Sie seitdem dagewesen wären, und ich sagte nein. Wollen Sie, daß ich Ihnen Spiegeleier mache; es ist im Augenblick geschehen? Wenn nicht, kann ich Ihnen etwas Käse geben, aber wirklich guten. Anderes habe ich nicht."

„Drei Eier, recht weich gekocht und schnell."

„Ja, Signore." Und sie entfernte sich, sie mir zuzubereiten. Als sie aber vier Schritte getan, wandte sie sich um, mir zu sagen:

„Uebrigens! Da wäre noch Stockfisch vorhanden, den ich für diese Männer da gekocht habe und für die, die noch kommen sollen. Soll ich fragen, ob sie Ihnen davon abgeben wollen?"

„Nein nein; laßt es so gut sein, Verdiana. Lieber, was diese Leute da anlangt, sagt mir etwas von ihnen: wer sind sie? woher kommen sie? wer soll noch ankommen? was fehlt ihnen? Sie kommen mir so besorgt vor."

„Ihnen fehlt das Uebel des armen Mannes; das — sage ich Ihnen — ist, was ihnen fehlt: jenes Hauptübel, das einem die sieben Plagen nach sich zieht, schlimmer noch als teure Zeiten. Glauben Sie mir, seit den paar Stunden, daß sie hier sind, haben sie mir das Herz bluten machen, so daß ich mir vorkomme, ich hätte einen schlechten Traum und obendrein Fieber gehabt. Ja, ja, bisweilen kommen gewisse Sachen — ja, wirklich — auch bei Christenmenschen vor; ich meine, gewisse gottverlassene Dinge, die imstande sind, das Seelenheil zu gefährden. Sehen Sie diesen da, der gegen die Bank lehnt und sich den Bart kratzt? Dieser da ist der Vater eines jungen Burschen, der sich in die Tochter des anderen verliebt hat. Alle beide sind von da oben her; wie der Ort heißt, habe ich nicht gefragt. Aber er muß recht weit von hier sein, weil sie vor zehn Uhr, als sie mir hier ankamen, so müde waren, daß

*) Geb. 1843 in Monterotondo (Pisa), gest. 1920, lebte meist in Toskana.

Digitized by Google

sie nicht mehr konnten, und mir gesagt haben, daß sie bei Sonnenaufgang aufgebrochen waren. Also, um kurz zu machen, er sagt, daß diese Kinder einander um jeden Preis heiraten wollten, und dabei war, sagt er, nicht mal so viel da, Bettgestelle zu kaufen. Da faßte nun er, ich meine, der Bursch, der noch nie von Haus fortgewesen war, weil er, scheint es, nicht die beste Gesundheit hatte, sich ein Herz, tat sich mit einigen Viehhirten von Fiumalbo zusammen und zog in die Maremnen, gleichfalls sein Glück zu versuchen. Nun aber, warten Sie, werd' ich ihm sagen, daß er auch Sie den letzten Brief hören lasse, den sein Sohn ihm geschrieben hat."

„Nein, nein! Gott behüte! Erzählt nur, erzählt, Verdiana."

„Und die Eier, wollen Sie die nicht?"

„Einerlei. Gebt mir ein bißchen Käse und kommt wieder."

Obwohl ich noch nicht wußte, worum es sich handelte, sah ich mit wachsendem Mitgefühle diese beiden Alten an, die, bleich und staubig, die Augen groß aufgerissen, bald sich setzten, bald mich trübselig anschauten, nie auf einem Flecken Ruhe hatten und gleichsam einen Platz zu suchen schienen, wo sie einen Gedanken loswerden mochten, der sie verfolgte.

„Wieviel ist die Uhr, Signore?" fragte mich schließlich einer der Alten.

„Hört Ihr's? Grade schlägt es Mittag von der Dorfkirche."

Sie nahmen sich die Hüte ab, sagten das „Angelus Domini" her, sich mit den Ellenbogen auf die Querhölzer der Fensterscheiben stützend, und, nachdem sie miteinander einen Blick ausgetauscht hatten, der weniger trostlos als die anderen war, begannen sie aufs neue, aufmerksam auf die Straße auszuschauen.

In diesem Augenblicke tat mir die Wirtin auf den Tisch ein Käsestück auf einem gelben Papier, ein Glas und einen Fiasko Wein, setzte sich abermals mir gegenüber hin und fragte, wo wir stehengeblieben waren.

„Bei dem Briefe, den der junge Bursch . . . ."

„Ach, Signore. Wenn Ihr nur hören könntet, was für ein schöner Brief! Das muß, meine ich, ein junger Mensch sein, der viel gelesen haben muß, denn . . . . Doch, warten Sie, ich frage ihn, ob er ihn Ihnen zu lesen . . ."

„Nein, nein. Ich sagte Euch schon nein."

„Kurz und gut, ein Brief, sage ich Ihnen! . . . der — so gut bring ich's nicht heraus — Folgendes sagt: Er sagt, daß man wohlgetan habe, ihm von der Erkrankung des Mädchens Nachricht zu geben; daß man, was das anbelange, daß sie mit lauter Löchern im Gesichte bleiben würde, sich darum keine Sorge mache, denn ihm mache das nichts aus, wenn nur das Mädchen immer desselben Sinnes bliebe, ihm gut zu sein; daß er wohlauf sei; daß die Maremnen, Gott sei Dank, ihm gut angeschlagen seien, und daß er ihr einstweilen einige zwanzig Lire sende für ihre ersten Ausgaben. Und dann soundsoviel anderes, und dann sagt er zuletzt, daß er am Achten, das wäre grad heute, wiederkehre und daß er allen einen Kuß sende, auch seiner Giuditta. Und dann, vor dem Abschluß, sagt er, daß man, falls etwas Schlimmes geschehe, es ihm gleich schreiben solle, weil er dann nach Hause nicht mehr wiederkehren würde."

Die Alten hatten sich hingesetzt und sahen einander unverwandt, offenen Mundes, an.

„Sprecht leiser, Verdiana, denn sie sind dabei, zuzuhören."

„Ach, die armen Leute! Weiß Gott, wo sie ihren Kopf haben," antwortete mir die Wirtin und fuhr fort:

„Dem Jungen sein Vater sagt, daß er ihm sofort in der vorigen Woche antwortete, daß sie ihn sehnlichst erwarteten, und daß das Mädchen ganz und gar außer Gefahr wäre."

„Und dann?"

„Und dann, um kurz zu machen, begann es dem Mädchen schlimmer zu gehen, kaum daß der Briefbote abgegangen war; am Abend noch schlimmer; am folgenden Morgen schlimmer denn je, und gestern abend, um es ganz kurz zu sagen, übergab sie ihre Seele Gott, und um diese Stunde ist sie unterwegs, da man sie zum Friedhof trägt."

„O mein Gott, mein Gott, nehmt auch mich; ich kann nicht mehr, ich kann nicht mehr!" Hiermit warf sich der Vater des Mädchens, der die letzten Worte des Berichtes mitangehört hatte, über den Tisch, der für sie schon

Digitized by Google

gedeckt war, brach aus in ein anhaltendes Weinen und jammerte mit schluckender Stimme: „Ah! ah! ah!"

Ich warf einen vorwurfsvollen Blick auf die Wirtin und erhob mich unversehens, um auf ihn zuzugehen; allein ich kehrte alsbald auf meinen Platz zurück, ergriffen von einem Gefühle der Ehrfurcht vor der heiligen Verzweiflung dieses Mannes.

Sein Gefährte trat an ihn heran, tat ihm die Hände auf die Schultern und beugte sich über ihn, ihm ein Trostwort zu sagen; aber das Weinen schnürte ihm die Kehle zusammen. Und da sah er uns an und wies auf seinen Gefährten und wand sich und biß sich die Lippen, mit einem Ausdruck bald stumpfsinnigen Schmerzes, bald grimmiger Wut. Endlich faßte er sich ein Herz, strich sich mit einer Hand den Bart, schüttelte das Haupt, und, zu seinem Gefährten gewandt, sagte er ihm mit fester und klingender Stimme:

„Mut, Marcello! fasset Mut, auf, fasset . . . ." Doch er konnte nicht weiter, und schluchzend warf er sich über die Schultern des Freundes, zu klagen: „Gott sah uns in das Herz, er hätte uns so nicht züchtigen sollen."

„Was für eine Welt, nicht wahr, Verdiana?" sagte ich, Hut und Faust auf den Tisch schleudernd.

„Was wollen Sie, daß ich ihm sage? Ich habe meine geschlagenen fünfzig Jahr, und solch eine Geschichte ist mir noch nie vorgekommen."

Der Alte, der da hörte, wie ich an ihrem Schmerze teilnahm, eilte auf mich zu; und, als ob ich nur dazu getaugt hätte, ihm den Frieden wiederzugeben, empfahl er sich mir, mir fest die Hand zwischen den starken Schwielen der seinen drückend, daß ich ihn nicht im Stiche lasse, nur ja nicht; daß ich ihm helfe, um Gottes willen.

„Ueberlegt doch, Freund, was kann ich denn für Euch tun?"

„Lassen Sie uns nicht im Stiche. Wir wollten ja garnicht herkommen. Aber diese Weiber; es gab kein Mittel, sie zu überzeugen; sie haben uns mit Gewalt diesem Jungen entgegensenden wollen, daß wir zusähen, ihn vorzubereiten, damit er begreife . . . ."

„Alles sehr gut. Doch, was könnte ich ihm denn besser sagen als Ihr, der Ihr sein Vater seid?"

„Tut nichts. Sagen Sie ihm, was Sie wollen; Euer Gnaden werden es ihm besser sagen als wir, die wir zwei arme dumme Leute sind. Tun Sie uns den Liebesdienst, Signore, weil ich . . ., weil mir — jetzt weiß ich es genau —, kaum daß ich ihn sehe, der Mut fehlen wird und ich mich verraten werde. Versprechen Sie mir, uns nicht allein zu lassen, versprechen Sie es mir. Wenn nicht, begeht uns dieser Junge noch einen Wahnsinn. Und dann, befehlen Sie nur, und arm, wie wir sind, wollen wir uns bemühen, Ihren Liebesdienst zu entgelten."

„Ich werde bleiben, gut. Nun aber gönnt Euch Ruhe und trinkt ein Glas Wein."

„Ich könnte nicht . . . . Nein, wahrhaftig, ich könnte nicht . . . . Nein, vielen Dank . . ., nein, ich trinke wirklich nicht."

„Und Euer Gefährte?"

„Jetzt hat er sich ein wenig beruhigt; lassen wir ihn dabei."

„Wie Ihr wollt." Der Alte kehrte sachte, sachte zu seinem Gefährten zurück, und alle beide begannen wieder schweigend nach dem Straßengrunde zu sehen.

„Essen Sie den Käse nicht auf?" fragte mich die Wirtin.

„Ich habe keinen Hunger mehr."

„Trinken Sie nicht mehr?"

„Nein; tragen Sie nur alles ab: ich bin fertig."

Ich steckte die Pfeife an und setzte mich hinten in die Schenke und beschäftigte mich, über die Schultern der Alten weg die heitere Landschaft und die schmalen Straßenpappeln zu betrachten, die, im Seewinde zitternd, sich ihrer Flocken entledigten, welche, rings herum in der Luft schwebend, unter die Oelbäume niederfielen, weiß, langsam und still wie der Schnee.

Ich verlor mich in meinen schwermütigen Träumereien, als: „Das Schild über der Hgustür habe ich noch nicht umändern lassen, wissen Sie," mir mit leiser Stimme die Wirtin sagen kam.

„Welches Schild?"

Digitized by Google

„Ei. Erinnern Sie sich nicht, wie Sie voriges Mal so sehr gelacht haben und mir gesagt, es sei voller Schnitzer?"

„Freilich! Ja, ja."

„Sie hatten recht, wissen Sie. Eines Tages blieb der Bub des Scoti, der, wo in die Schule zum Pfarrer geht, — und wie der, sagt jener, kann es, was das Gedächtnis, die Sachen zu lernen, anlangt, keinen zweiten geben, — beinahe eine Stunde davor stehen, um sie, wie sie so war, abzuschreiben; und dann, danach ist von ihm und dem Herrn Kaplan so viel darüber studiert worden, und sie haben mir gesagt, daß am Fehler daran nicht zu zweifeln wäre, weil da nicht die richtigen Buchstaben stünden . . . Worüber lachen Sie?"

„Ich?"

„Ich glaubte . . . Wissen Sie, bisweilen . . . Also, auch Sie sagen mir, daß es so richtig ist?"

„Vortrefflich. Und laßt nicht mehr daran rühren, sonst verhunzt man es Euch."

„Und dann, — ja, Signore, — will heißen, wenn Cecchino, der Tischler, wiederkommt, lasse ich ihn es anbringen, sagen wir, in dieser Fassung." — Und sie zog aus dem Busen die verbesserte Abschrift des Schildes, sie mir zu zeigen:

Brot, Wein, Ligöre, Chaffe.

„Kein Tüttelchen daran rühren!"

Einige zwanzig Minuten waren verstrichen, als im Hintergrunde der Straße ein weißer Hirtenhund erschien. Die Alten erhoben sich jählings und begannen, genau hinzuspähn, mit der Hand die Augen sich beschattend. Aber der Hund kehrte, nachdem er die Nase in die Luft gehoben hatte, wieder um.

„Da sind sie schon, wissen Sie," sagte die Wirtin, die aus dem Küchenfenster ausschauen gegangen war. „Hören Sie nicht die Schafglocken?"

„Halt! Das sind sie wirklich, Gian-Luca," sagte der Vater des Mädchens. „Mut! Faßt Euch ein Herz und gehen wir ihnen entgegen."

Gian-Luca war weiß geworden wie gewaschene Leinwand. Er erhob sich schwankend, und, auf den Arm des Freundes gestützt, begab er sich entgegen seinem Jungen. Ich rührte mich nicht vom Flecke.

Schon seit einigen Minuten hatte ich die beiden Alten an der Straßenbiegung außer Sicht verloren, als ich Gian-Luca allein wiederauftauchen sah und in großen Sätzen daherrennen, mit den Händen in der Luft herumfahrend wie ein Verrückter. Und hinter ihm gleich darauf den anderen Alten, der sich abplagte, ihm zu folgen, und ihm außer sich nachrief, ohne gehört zu werden.

„Was mag da los sein, Verdiana?"

„Heiligste Jungfrau! Was mag da los sein?"

Der Alte stürmte an der Schenke vorüber .... „Gian-Luca! Was ist Euch geschehen?"

„Ah! Ah!" gab der, von der Qual und der Mühsal keuchend, von sich und setzte seinen atemlosen Lauf fort, bei jedem Zug einen Klagelaut von sich gebend.

„Aber, was ist denn los, was ist denn los?"

Der alte Marcello sagte es mir: der junge Bursch, ungeduldig, sein Mädchen wiederzusehen, hatte bei der ersten Wegkürzung, mittels der er seine Heimkehr um ein paar Stunden beschleunigen konnte, seine Gefährten verlassen, und, weg, wie eine Ziege, war er in einem Augenblicke über die Höhenpfade hin verschwunden und hatte somit die liebebesorgten Vorsichtsmaßregeln vereitelt, die von jenen armen Alten und ihren trostlosen Weibern mühsam ersonnen worden waren, damit die grausame Nachricht nicht so fürchterlich unvorhergesehen ihn träfe.

Marcello setzte den Lauf hinter dem Freunde fort, ihn anflehend, stehenzubleiben und ihn umsonst mit Namen rufend.

Vorüber kamen die Schafe, beinahe laufend, von den Schreien und Gertenhieben der Männer angetrieben, die, vom Vorgefallenen bestürzt, ohne zu wissen, daß in der Wirtschaft auch für sie ein Bissen zubereitet war, weiterzogen, den Trägen zupfeifend oder sie mit Steinen werfend; vorüber kamen die Esel, die an den Stricken zu einer Reihe aneinandergeseilt waren, zwischen Säcken und Körben ein Weib und zwei Buben schaukelnd, die sie ritten; vorüber kam die Staubwolke, die diese lärmende Truppe aufgewirbelt, entfernte

Digitized by Google

sich sachte, sachte das Glockengebimm, und bald verlor sich auch in den Bergklüften die Stimme Marcellos, die immer schwächer und klagender rief: „Gian-Luca, Gian-Luca!"

Die Wirtin warf einen letzten Blick nach der Seite hin der Höhen: „Arme Geschöpfe!" rief sie. Dann, sich mit einem langgezogenen Seufzer zum Innern ihrer Schankwirtschaft wendend: „Und nun, was soll ich mit all diesem Stockfisch anfangen?"

Antonio Fogazzaro*) / Der Tod des Signor Marcello.

(Aus dem Roman Leila.)

Es war ihr recht peinlich, zwei Stunden danach, aus ihrem Zimmer zum Nachtessen niedersteigen zu müssen. Sie wußte, daß sie nicht würde essen können, sah voraus das Gefrage des Signor Marcello, der auf alles achtgab, alles untersuchte, alles wissen wollte; besonders, wenn seine Stimmung liebevoll war. Jedoch, wenn sie nicht hinuntergestiegen wäre, wäre er ja heraufgekommen und hätte in ihrer Seele herumgestöbert, weiß Gott, mit wieviel Fragen. Sie stieg hinunter und schützte, um nicht essen zu müssen, ein märchenhaftes Kopfweh vor. Der Signor Marcello veranlaßte sie zu einer langen Reihe von Lügen mit einer langen Reihe von Fragen. Zum Teil gedemütigt durch ihre eigenen Unwahrheiten, zum Teil ungeduldig, war sie nahe daran, wütend auszurufen, daß ihr auch nicht das Geringste fehle. Sie tat es nicht, und der Signor Marcello wurde betrübt und still, immer mehr dazu neigend, zu argwöhnen, daß Donna Fedele mit ihrer Meinung recht habe, das junge Mädchen leide seit Massimos Abreise. Er blieb still, bis daß Giovanni, nachdem er abgetragen, sie allein ließ. Kaum war Giovanni aus dem Raume, und ehe noch Lelia ihren Kaffee fertig getrunken hatte, fragte er sie, ob sie Alberti gesehen habe, der sich auch von ihr verabschieden wolle. Sie antwortete mit einem halb matten, halb ärgerlichen „ja", trank ihren Kaffee aus, stand auf und bat um Erlaubnis, sich zurückzuziehen.

„Geh nur, liebes Kind," erwiderte der Signor Marcello. Er rief sie zurück, als sie grad am Hinausgehen war.

„Höre," sprach er. „Ich segne dich von heut ab auf jeden Fall, sei's, daß du heiraten solltest, sei's, daß du vorzögest, allein zu bleiben. Solltest du aber allein bleiben, so hoffe ich, wirst du mich nicht der Selbstsucht beschuldigen, weil ich gedacht hatte . . . ."

Und er lächelte mit einem seiner feierlichen Lächeln, voll von Traurigkeit und Zärtlichkeit.

„Danke, Papa," murmelte Lelia und enthielt sich nicht, zuzufügen, den möglichen Doppelsinn in Betracht ziehend:

„Ich weiß nicht, ob ich Ihren Segen verdiene."

Die kalten Worte mißfielen dem armen Alten. Lelia verspürte, ihm wehgetan zu haben, das schmerzte sie, aber sie konnte Worte nicht bereuen, die darauf abzielten, ihm schädliche Selbsttäuschungen zu benehmen. Sie glitt geräuschlos aus dem Saale und schloß die Tür hinter sich leise, leise zu.

Der Signor Marcello rührte sich nicht. Seit langer Zeit war ihm das Haus nicht so traurig, so leer vorgekommen. Er nahm einen der beiden Kelche an sich, darin, auf dem Tische, lebende Pflänzchen noch nicht aufgeblühter Alpenveilchen sich befanden, — eine Liebhaberei Lelias, die er nicht billigte. Er betrachtete mit liebevollem Mitleide die dunklen, hellgrün geäderten Blätter, die Knospe am luftigen Stiel, das kleine unschuldige Leben, das, seinem angeborenen Moosneste am Fuße einer Kastanie entrissen, in diesen naturwidrigen Aufenthalt gebracht worden war, um eine Blume seinen Peinigern zu schenken. Der Signor Marcello hatte die Blumen viel geliebt und gepflegt, hatte sich von ihnen wiedergeliebt empfunden, wenn er ihnen

*) Geb. 1842 in Vicenza, gest. 1911, lebte meist in Vicenza.

Digitized by Google

die staubigen Blätter abwischte oder ihren Durst mit dem Wasser der Riderella stillte, das er in der Sonne hatte lau werden lassen. Das gemarterte Pflänzchen, das ihn mit seinem schönen Dunkelgrün ergötzte, erwies sich liebreicher zu ihm als Lelia, die von ihrer Seele einen so großen Teil für sich hütete, die so eifersüchtig ihre eigene geistige Unabhängigkeit verfocht. Er hätte gern das kleine Leben geküßt, wenn er sich des nicht geschämt hätte als einer lächerlichen Empfindsamkeit.

Ein langes hohles Donnergrollen vom Priaforà-Berge her, der schon tagsüber drohend ausgesehen hatte, unterbrach sein Sinnen. Ihm fiel es ein, daß das große Fenster im Hauptsaale offen war. Um nicht Giovanni zu stören, der zur Nacht aß, ging er selbst schließen. Er machte die Runde durch das Erdgeschoß, schloß überall zu, treu seiner Gewohnheit, Dienstboten möglichst wenig in Anspruch zu nehmen, und kehrte in den Saal zurück. Es wurde rasch Nacht, beinahe eine Stunde früher, als der Zeit entsprach. Ein Blitz flammte auf, erlosch; abermals ließ das dumpfe Gekrach des Donners die Scheiben beben. Giovanni trat ein, zu schließen. Er gewahrte den Herrn, bei der Helligkeit der Blitze, und fragte, ob er Licht wünsche. Der Herr wünschte kein Licht, schickte ihn, die Fenster des Oberstockes schließen, trat an das große Fenster, das Dunkel zu betrachten, das von den Blitzen zerrissen wurde, die ihm über das Gesicht zuckten und wiederzuckten, lautlos, vom Tale des Astico her. Ihm tönte über dem Haupte das Getöse der Wettergegenmaßregeln, hallende Worte, eilige Schritte, Türknallen. Die mächtigen ernsten Klippen des Barco blitzten bleich auf und versanken. Es blitzten auf und versanken die Pappeln längs der Riderella, die steif in der windlosen Luft dastanden, wie die Vorposten einer Reservetruppe, die unbeweglich und stumm das Fortschreiten der Schlacht, die an ihrer Front entbrannt ist, abwartet. Auf einmal, mit einem Schlage, prasselte der Regen nieder, die Blitze hörten auf, man sah nichts mehr. Der Signor Marcello blickte weiter in das geräuschvolle Dunkel, bis daß er Giovanni mit der Stubenleiter eintreten hörte, der die Hängelampen zünden kam. Er gab ihm Befehl, nicht anzuzünden, wie's Brauch, wenn es keine Gäste gab oder wenn die Signorina den Abend nicht im Saale verbrachte. Es genüge, ihm seine Tischlampe zu bringen. Als er sie bekommen, tat er sich die Brille auf die Nase und begann, eine Zeitung zu lesen. Es war erst halb zehn; er war noch nicht schläfrig; und da er seit einiger Zeit an Schlaflosigkeit litt, wollte er nicht früh zu Bette gehen. Er hatte auch nicht einmal Lust, Klavier zu spielen. Er spielte gern in den Stunden heißen Leides. Es war keine solche; es war eine Stunde schweren und kalten Herzens. Gesundheitlich fühlte er sich wohl, kein anderes warnendes Anzeichen war jener Ohnmacht gefolgt. Wenn er sich in dieser Hinsicht geirrt hätte? Wenn ihn lange Jahre eines ähnlichen Lebens erwarteten? Wenigstens, wenn schon leben, dann für etwas Nützliches! Er hatte in vergangenen Tagen, auf den Rat eines Freundes hin, die Errichtung einer Ackerbausiedelung erwogen. Warum diesen Gedanken nicht wieder aufnehmen? Er könnte inzwischen dem Freunde darüber schreiben, ihn um seine Meinung darüber fragen. Er überlegte, wie er ihm schreiben sollte, ob sich verpflichten, oder sich nicht binden. Allein der Vorsatz, kaum gefaßt, erschlaffte in seinem Sinne. Er erhob sich mit einer Willensanstrengung, um ihn nicht ganz erlöschen zu lassen, um schreiben zu gehen; aber dann entschloß er sich nicht, versteinerte, die Lampe in der Hand, sinnend. Das Regengeprassel hatte sich zu einem einförmigen trübseligen Rauschen abgeschwächt. Der Alte tat die Lampe hin, trat auf die offene Veranda, die Nacht zu betrachten.

Es regnete über's ganze Land, ohne Wind, wie im Herbste. Der Regen verhüllte auch die Lichter von Arsiero. Dies war der Platz, wo er mit Don Aurelio den Kaffee einzunehmen gepflogen, wenn der Pfarrer die Messe in Santa Maria dei Monti gelesen hatte. Auch er war fort, der liebe Don Aurelio, fort für immer. Er würde ihn nie wiedersehen.

Er kehrte zurück in den Saal mit geschwollenem Herzen. Bittere Worte gegen die Priester von Velo stiegen ihm zum Munde auf, setzten ihm, ohne daß sie laut wurden, alle Gesichtsmuskeln in Bewegung, während er die Lampe wieder aufnahm, um zu Bette zu gehen, da er zum Schreiben alle Lust verloren hatte. Beim Anblick der Bibel und der Nachfolge Christi, die auf dem Nachttische lagen, entsetzte er sich, daß er den Antrieben seiner feurigen Natur Raum gegeben hatte, daß er der Liebe ermangelt, er selbst, der das

Digitized by Google

den anderen vorwarf. Er bekannte es Gott aus vollem Herzen, ergriff die kleine Bibel, preßte sie mit beiden Händen, ohne sie aufzutun, wie ein Schiffbrüchiger das Tau, bis daß er Frieden im Herzen strömen fühlte. Da er die Bibel wegtat, kam ihm der Gedanke, beichten zu gehen am folgenden Tage, grade zum Erzpriester. Ruhig infolge dieses Vorsatzes, schrieb er, wie er es jeden Abend tat, die Tagesausgaben an. Da es der Letzte des Monats war und er vergessen hatte, die Gehälter der Dienstboten auszuzahlen, legte er sie sorgfältig zurecht, jedes vom anderen wohlunterschieden, auf dem kleinen Schreibtische. Er legte auch andere Sümmchen aus Ersparnissen zurecht, monatliche Beisteuern für Arme. Das schwermütige Regenrauschen ließ ihn der beiden Kristallkelche wieder gedenken mit den Alpenveilchenpflänzlein, welche sich im Eßzimmer befanden. Er kramte auf einem Gestelle herum, bis daß er die beiden irdenen Gefäße gefunden hatte, denen sie entnommen waren, um auf barbarische Weise, wie es ihm schien, ins Kristall eingesetzt zu werden. Er tat sie in jene zurück, zufrieden ob dieser Handlung. Als ob sie das Regnen hörten und davon litten, sich nicht am lebendigen Himmelsnaß zu freuen, sagte er ihnen, geradezu zu ihnen sprechend, er würde sie hinaustragen. Und er trug sie liebevoll hinaus, ohne sich um den Regen zu kümmern, setzte sie, das eine bei dem anderen, hinter dem Landhause auf dem Rasenhange nieder. Wie er sich wieder aufrichtete, wurde er von Schwindel ergriffen. Er achtete nicht darauf. Es war ihm mehrmals vorgekommen, auch als er noch jung war, daß er von Schwindel ergriffen wurde, nachdem er am Erdboden herumgestochert hatte um seine Pflänzchen. Er wartete, bis der Anfall vorüberging, kehrte in das Zimmer zurück, sagte auf den Knien die Abendgebete her, zog sich aus, legte sich aufs Bett und streckte die Füße unter die Decken. In diesem Augenblicke ergriff ihn der Schwindel wieder, heftig. Er stützte das Haupt gegen die Rücklehne des Bettes auf. Da durchzuckte ihn vom Genick bis zu den Beinen ein Blitz. Er vermeinte, aufzuschreien, und schrie nicht auf, verspürte seine Arme eisig werden, erkannte, daß es der Tod war, bewegte umsonst die Lippen, um „in manus tuas Domine“ zu sprechen, und alles war schon vorüber; es lebte im Zimmer nichts weiter als das gleichgültige Flämmchen der Lampe, die das gelbliche Marmorantlitz erleuchtete, wie es gegen die Kopflehne zurücklag, ruhig, ernst, umwaldet von graublondem Haar. Einzig schlug dort nur das kleine gleichgültige Herz der goldenen Uhr, auf dem Nachttische.

Gabriele d'Annunzio*) / Die Götzendiener.

(Aus den „Novellen aus der Pescara“.)

I.

Der große sandige Platz flimmerte wie überstreut von zerpulvertem Vimsstein. All die Häuser ringsum mit dem weißen Kalkverputze schienen rotglühend wie die Mauern eines Riesenofens, der am Erlöschen war. Im Hintergrunde warfen die Wandpfeiler der Kirche das Strahlen der Wolken zurück und wurden rot wie graniten; ihre Fenster blitzten, als umschlössen sie den Ausbruch einer inwendigen Brunst; die Heiligengestalten begannen ein lebendiges Aussehen in Farben und Gebärden zu zeigen; die ganze Wucht des Baus nahm jetzt, unter dem Glanze der abendlichen Himmelserscheinung, eine verstärkte Vorherrschaft über die Häuser der Raduſaner an.

Aus den Straßen bogen auf den Platz Häuflein von Männern und Frauen, laut und mit Gebärden. In allen Gemütern wuchs der abergläubische Schrecken reißend schnell. Aus allen diesen ungebildeten Vorstellungsvermögen erhoben sich tausend Bilder göttlicher Strafe; die Deutungen, die leidenschaftlichen Widersprüche, die klagenden Beschwörungen, die zusammenhangslosen Berichte, die Gebete, die Schreie mischten sich in das dumpfe Gemurre

*) Geb. 1863 in Pescara.

Digitized by Google

eines bevorstehenden Sturmes. Schon seit mehreren Tagen verweilten diese blutigen Röten über Gebühr nach Sonnenuntergang am Himmel, griffen ein in die Geruhigkeit der Nacht, erleuchteten unheilvoll den Schlaf der umliegenden Gefilde, erweckten das Geheul der Hunde.

„Giacobbe! Giacobbe!" schrien, die Arme bewegend, einige, die zuvor leise geredet hatten, vor der Kirche, um einen Wandpfeiler der Vorhalle gedrängt. „Giacobbe!"

Da trat aus der Haupttür und näherte sich den Rufenden ein Mann, lang und hager, der krank zu sein schien am Auszehrungsfieber, kahl auf der Scheitelhöhe, und an den Schläfen und im Nacken gekrönt von einigem langem rötlichem Haar. Seine kleinen hohlen Augen waren beseelt wie von der Glut einer tiefen Leidenschaft, ein wenig schiefgestellt gegen die Nasenwurzel und von einer unbestimmten Farbe. Das Fehlen der beiden Vorderzähne im Oberkiefer gab der Bewegung seines Mundes, wenn er die Worte hervorbrachte, und der seines spitzen, dünn mit Haaren besäten Kinnes ein eigentümliches Aussehen saunischer Greisenhaftigkeit. Der ganze übrige Körper war ein elendes Gerüst von schlecht in den Kleidern verborgenen Gebeinen; und auf den Händen, auf den Pulsen, auf den Innenseiten der Arme, auf der Brust war die Haut voller blauer Zeichen — Einätzungen, beigebracht mit der Nadel und Indigopulver —, zur Erinnerung an besuchte Heiligtümer, empfangene Gnaden und eingelöste Gelübde.

Als der Eiferer an das Häuflein am Pfeiler herangetreten war, erhob sich ein Wirrwarr von Fragen seitens dieser angsterfüllten Menschen. — Nun? Was habe Don Cónsolo gesagt? Lasse man nur den Silberarm heraustragen? Wäre nicht der ganze Oberkörper — die Büste — besser? Wann würde Pallura mit den Kerzen wiederkommen? Wären es hundert Pfund Wachs? Nur hundert Pfund? Und wann würden die Glocken zu läuten beginnen? Nun? Nun?

Das Geschrei wuchs an um Giacobbe; die Entfernteren drängten zur Kirche zu; aus allen Straßen ergoß sich das Volk auf den Platz und füllte ihn. Und Giacobbe antwortete den Fragern, sprach mit leiser Stimme, als offenbare er schreckliche Geheimnisse, als brächte er Prophezeiungen von weither. Er hatte gesehen in der Höhe, mitten im Blute, eine drohende Hand und dann einen schwarzen Schleier, und dann ein Schwert und eine Trompete ....

„Erzähle, erzähle!" trieben ihn die anderen an, sich einander ins Gesicht sehend, gepackt von einer seltsamen Gier, Wunderdinge zu hören, während die Kunde sich mit reißender Geschwindigkeit von Mund zu Mund durch die versammelte Menge verbreitete.

II.

Der große rote Strich stieg vom Horizonte langsam zum Zenit heran und war im Begriffe, die ganze Himmelskuppel einzunehmen. Ein Dampf von geschmolzenen Metallen schien über den Dächern der Häuser zu wogen; und in die Klarheit, die vom Dämmer niederkam, mischten sich schwefelgelbe und veilchenblaue Strahlen mit einem ineinanderspielenden Gezitter. Ein langer Streifen von stärkerem Lichte lief auf eine Straße hin, die auf das Flußufer mündete; und man nahm im Hintergrunde das Flammen der Wasser wahr zwischen den langen und schmächtigen Pappelstämmen; weiter ein Stück kahlen Landes, darin sich im düsteren Scheine die alten Sarazenentürme wie steinerne Inseln erhoben. Die atemraubenden Ausdünstungen der Heumahd verbreiteten sich in der Luft; es war mitunter wie der Duft verfaulter Beeren im Laube. Schwärme von Schwalben schossen durch den Raum mit großem Lärm und Gepfeife, vom Grunde des Flußbettes nach den Dachrändern hin- und herwechselnd.

In der Menge ward das Gemurmel von Wellen erwartenden Schweigens unterbrochen. Der Name Pallura kreiste von Mund zu Munde; zornige Ungeduld machte sich hie und da Luft. Längs der Flußstraße sah man noch nicht die Fuhre auftauchen; die Kerzen fehlten; Don Cónsolo zögerte deshalb, die Reliquien herauszustellen und die Exorzismen vorzunehmen; und unmittelbar drohte die Gefahr Der Schrecken bemächtigte sich all dieses Volkes, das wie eine Herde von Tieren in Haufen stand, ohne es mehr zu wagen, die Augen zum Himmel zu erheben. Aus der Brust der Frauen

Digitized by Google

begannen Schluchzer vorzubrechen; und eine äußerste Ratlosigkeit bedrückte und verdumpfte aller Bewußtsein beim Vernehmen dieses Geweins.

Da endlich klangen die Glocken auf. Wo das Erz nur in geringer Höhe hing, streifte das dunkle Gebebe seines Geläutes alle Häupter; und eine Art ununterbrochenen Heulens setzte sich fort in der Luft zwischen Schlag und Schlag.

„Sankt Pantaleon! Sankt Pantaleon!"

Es war ein einstimmiger Schrei von Verzweifelten, die nach Hilfe riefen. Alle, auf den Knien, mit erhobenen Händen, weißen Angesichts, flehten.

„Sankt Pantaleon!"

In der Kirchentür erschien, im Rauche zweier Weihrauchfässer, Don Cónsolo, funkelnd in einer veilchenfarbenen Planete mit Goldstickereien. Er hielt den heiligen Silberarm hoch und beschwor die Luft, die lateinischen Worte rufend:

„Ut fidelibus tuis aeris serenitatem concedere digneris, Te rogamus, audi nos."

Das Erscheinen der Reliquie rief ein Fieber von Rührung in der Menge hervor, Tränen rannen aus aller Augen; und durch den schimmernden Tränenschleier sahen die Augen ein wunderbares, himmlisches Leuchten von den drei Fingern ausgehen, die — dort oben — die Gebärde des Segnens machten. Die Gestalt des Armes erschien nun vergrößert in der entflammten Luft; die Abendstrahlen erregten verschiedenartige Glanzlichter in den Edelsteinen. Der Balsam des Weihrauches ergoß sich rasch durch die frommen Nüstern.

„Te rogamus, audi nos!"

Doch, als der Arm wieder hineinkehrte und die Glocken verstummten, ward in der Augenblicksstille ein ganz nahes Schellengeläute hörbar, das von der Flußstraße aus heran klang. Da trat eine plötzliche Bewegung ein des Zusammenlaufens nach jener Richtung und viele sagten:

„Es ist Pallura mit den Kerzen. Es ist Pallura, der kommt. Da kommt Pallura."

Die Fuhre rückte vor auf dem Kiese knirschend im Schritte einer schweren, grauen Stute, der das lange Messinghorn, ähnlich einem schönen Halbmonde, auf der Kruppe glänzte. Wie ihm nun Giacobbe und die anderen entgegentraten, blieb das friedfertige Tier stehen, stark aus den Nüstern schnaufend. Und Giacobbe, der zu allererst herangetreten war, gewahrte alsbald im Grunde der Fuhre Palluras Körper, blutüberströmt, und hub an zu heulen, mit den Armen gegen die Menge fuchtelnd: „Er ist tot! Er ist tot!"

III.

Die grausige Kunde verbreitete sich in einem Nu. Das Volk preßte sich rings um die Fuhre, reckte den Hals aus, um etwas zu sehen, dachte nicht mehr an die Drohungen von oben, vom neuen, unerwarteten Ereignis betroffen, von jener wilden, natürlichen Neugier übermannt, die die Menschen angesichts des Blutes haben.

„Er ist tot? Was soll das heißen, er ist tot?"

Pallura lag rücklings auf den Wagenbrettern mit einer breiten Wunde mitten in der Stirn, mit einem zerrissenen Ohr, mit Schrammen an den Armen, an den Seiten, auf der einen Hüfte. Ein warmer Strom sickerte ihm über die Augenhöhlenabwärts zum Kinn und zum Halse, betropfte ihm das Hemd, bildete ihm schwärzliche und leuchtende Klümpchen auf der Brust, auf dem Ledergürtel und auf den Hosen. Giacobbe stand über den Körper gebeugt; alle anderen ringsherum warteten; ein Abendlicht erleuchtete die bestürzten Gesichter, und in diesem Augenblicke des Schweigens erhob sich vom Flußufer der Froschsang und die Fledermäuse huschten hin und wieder dicht über den Häuptern.

Plötzlich richtete sich Giacobbe auf mit einer von Blut beschmierten Wange und rief:

„Er ist nicht tot. Er atmet noch."

Ein dumpfes Murmeln lief durch die Menge und die Nächststehenden streckten sich, um zu sehen; und die Unruhe der Ferneren begann sich in Rufen zu äußern. Zwei Weiber brachten einen Krug Wasser, ein anderes irgendeinen Leinenlappen; ein Bursch bot eine Kürbisflasche mit Wein. Dem Wunden wurde das Gesicht gewaschen, der Blutstrom der Stirn gestillt, das Haupt aufgerichtet. Nun erhoben sich laut die Stimmen, nach des Vorfalles Ursachen

Digitized by Google

fragend. Die hundert Pfund Wachs fehlten. Kaum einige Bruchstückchen Licht staken im Fuhrengrunde in den Zwischenräumen der Wagenbretter.

Die Meinungen, mitten in dieser gereizten Stimmung, erhitzten und erbitterten sich immer mehr und stießen aufeinander. Und, da ein altererbter Haß gegen den Flecken Mascálico bestand, der gegenüber auf dem anderen Flußufer saß, bemerkte Giacobbe, heiserer Stimme, giftig:

„Sollten die Kerzen etwa Sankt Gonselvo dargebracht werden?" Da war's wie der Zündfunke einer Feuersbrunst. Der Kirchengeist ward auf einmal in diesem Volke rege, das während so vieler Jahre im blinden und wilden Dienste seines einzigen Götzen vertiert war. Die Worte des Eiferers verbreiteten sich von Mund zu Munde. Unter der unheilvollen Dämmerungsröte hatte die tobende Menge das Aussehen einer meuternden Negerschaft.

Der Name des Heiligen brach aus aller Munde wie ein Kriegsgeschrei. Die Leidenschaftlichsten stießen Flüche aus in der Flußrichtung, die Arme hinstreckend, die Fäuste hinballend. Dann wandten sich alle diese von Zorn und Glut enzündeten Antlitze, die breiten und mächtigen, denen die goldenen Ohrreifen und die große Stirnlocke ein sonderbares Aussehen von Barbarei gaben, wandten sich alle diese Antlitze zum Daliegenden und wurden von Erbarmen weich. Es war um die Fuhre ein mitleidiges Sorgen von Weibern, die den Sterbenden wiederbeleben wollten; so viele liebevolle Hände wechselten ihm die Leinlappen auf der Wunde, sprengten ihm das Gesicht mit Wasser, lehnten gegen seine weißen Lippen die Weinflasche, bildeten ihm eine Art weicheren Kissens unter dem Haupte.

„Pallura, armer Pallura, antwortest du nicht?"

Er lag zurückgelehnt mit geschlossenen Lidern, mit halboffenem Munde, mit einem braunen Bartflaum um Wangen und Kinn in einer sanften Jugendschöne, die noch durch die von der Schmerzverzerrung gespannten Züge schien. Unter dem Stirnverbande fädelte ihm ein Blutstreifen schläfenab; an den Mundwinkeln erschienen Bläschen rötlichen Schaumes; und aus der Kehle drang ihm eine Art schwachen, unterbrochenen Gepfeifs. Um ihn herum nahmen die Sorgen, die Fragen, die fiebrigen Blicke zu. Die Stute schüttelte dann und wann den Kopf und wieherte gegen die Häuser. Eine Bangigkeit, wie dicht vor dem Orkan, drückte auf der ganzen Ortschaft.

Da wurde Weibergeschrei, nach dem Platze zu, vernehmlich, Schreie einer Mutter, die lauter zu tönen schienen inmitten des plötzlichen Verstummens aller anderen Stimmen. Und ein riesiges Weib, erstickend von Fette, kreuzte die Menge und langte schließlich bei der Fuhre an. Da sie schwer war und nicht hinauf konnte, warf sie sich über die Füße des Sohnes, mit Liebesworten zwischen den Schluchzern, mit so schrillen Jammerlauten gebrochener Stimme und mit einem so furchtbar tierischen Schmerzensausdruck, daß über alle Umstehenden ein Schauer lief, und alle ihre Gesichter anderswohin kehrten.

„Zaccheo! Zaccheo! Mein Herz! Meine Wonne!" schrie die Witwe, ohne aufzuhören, die Füße des Verwundeten küssend und hin zu sich niederziehend.

Der Verwundete regte sich, verzerrte den Mund vor Schmerz, schlug die Augen nach oben auf; ohne Zweifel jedoch vermochte er nicht zu sehen, da eine Art feuchter Hülle ihm den Blick deckte. Dicke Tränen begannen ihm aus den Lidwinkeln vorzuquellen und über Backen und Hals ihm niederzurollen. Sein Mund blieb verzerrt. Aus dem schwachen Gepfeife der Kehle ward eine vergebliche Sprechanstrengung hörbar. Und rings herum drängte man:

„Sprich! Sprich!"

Und unter den Fragen bebte der Groll, verdichtete sich die Wut, ein dumpfes:

„Sprich, Pallura! Wer hat dich verwundet? Wer hat dich verwundet?" Rachetoben schüttelte sich und die Erbfeindschaft kochte in aller Gemüter.

„Sprich! Wer hat dich verwundet? Sag es uns! Sag es uns!"

Der Sterbende schlug den Blick auf zum anderen Mal; und da man ihm beide Hände fest umfaßt hielt, wachten, vielleicht infolge jener lebendigen Wärmeberührung, ihm für einen Augenblick die Lebensgeister wieder auf, sein Blick erleuchtete sich. Ueber seine Lippen drang ein unbestimmtes Gestammel zwischen dem Schaume, der reichlicher und blutiger hervortrat. Noch verstand man die Worte nicht. Man hörte in der Stille den Atem der keuchenden Menge und die Augen hatten im Grunde eine einzige Flamme, weil alle Gemüter ein einziges Wort erwarteten.

Digitized by Google

„Ma . . . Ma . . . Ma . . . scálico . . "

„Mascálico! Mascálico!" heulte Giacobbe, der übergebeugt stand, gespannten Ohres, die schwachen Silben aus diesem sterbenden Munde aufzufangen.

Ein unermeßlicher Lärm antwortete dem Schrei. In der Menge war es zunächst ein verworrenes Sturmwogen gewesen. Nun, da eine den Aufruhr übertönende Stimme den Weckruf darein geschleudert, schlug die Menge jach auseinander. Ein einziger Gedanke drängte diese Männer, ein Gedanke, der allen Gemütern in einem Augenblick aufgeblitzt schien: sich mit irgend etwas zu bewaffnen, um zu schlagen. Ueber aller Bewußtsein herrschte eine Art blutdürstiger Schicksalsmäßigkeit, unter der großen, finsteren Beleuchtung des Abenddämmers, in dem elektrischen Duft, der dem ängstenden Gelände entstieg.

IV.

Und die Schar, bewaffnet mit Sensen, mit Sicheln, mit Beilen, mit Hacken, mit Flinten, kam zusammen auf dem Platze vor der Kirche. Und die Götzendiener schrien: — „Sankt Pantaleon!"

Don Cónsolo, vom Lärme erschrocken, war tief in einen Chorstuhl hineingeflüchtet, hinter den Altar. Ein Häuflein Eiferer, angeführt von Giacobbe, drang in die Hauptkapelle, sprengte das Erzgitter, gelangte ins Untergewölbe, wo der Oberleib des Heiligen aufbewahrt wurde. Drei Lampen, von Olivenöl gespeist, glommen mild in der feuchten Luft des Heiligtumes; hinter einer Kristallscheibe funkelte der christliche Götze mit dem weißen Haupte mitten in einer großen Sonnenscheibe; und die Wände verschwanden unter dem Reichtum der Weihegaben.

Als der Götze, auf den Schultern von vier Herkulesgestalten, sich endlich zwischen den Pfeilern der Vorhalle zeigte und im Abendscheine aufstrahlte, ging ein langes Geächz der Leidenschaft durch das wartende Volk, flog ein Gebebe wie ein Freudenwind über aller Stirnen. Und der Zug setzte sich in Bewegung. Und das riesige Haupt des Heiligen schwankte da oben, vor sich herblickend aus den beiden toten Augäpfeln.

Am Himmel, innerhalb des gleichmäßigen und dunkelen Brandes, schossen hin und wieder lebhaftere Meteorstreifen einher; Häuflein feiner Wolken trennten sich vom Saume des Bereiches und fluteten langsam, sich auflösend. Die ganze Ortschaft Raduſa erschien dahinter wie ein Berg von Asche, der das Feuer in sich hütet; und vorne verloren sich die Massen des freien Geländes mit einem undeutlichen Geleucht. Ein mächtiges Froschsingen erfüllte die klingende Einsamkeit.

In der Flußstraße bildete die Fuhre Palluras ein Hindernis im Vorwärtsschreiten. Sie war leer, wies aber an mehreren Stellen Blutspuren auf. Zornige Verwünschungen brachen auf einmal innerhalb des Schweigens aus. Giacobbe rief:

„Setzen wir den Heiligen da hinein!"

Und die Büste ward auf die Wagenbretter gestellt und von kräftigen Armen in die Furt gezogen. Die Kampfprozession überschritt dieser Weise die Grenze. Den Reihen entlang liefen metallische Blitze; das Wasser, das man betreten, ließ leuchtende Spritzer springen, und eine ganz rote Strömung rannte zwischen den Pappeln, fern, auf die viereckigen Türme zu. Mascálico zeigte sich auf einer kleinen Anhöhe inmitten der Oelbäume, schlafend. Die Hunde bellten da und dort mit einer verbissenen Eigensinnigkeit der Erwiderungen. Der Zug, der die Furt überwunden, verließ die Heerstraße und rückte geschwinden Schrittes auf einer geraden Linie fort, die die Felder durchschnitt. Die Silberbüste wurde abermals auf Schultern getragen und überragte die Häupter der Männer zwischen dem überhohen, duftenden, ganz mit lebenden Glühwürmchen bestirnten Korn.

Auf einmal begann ein Hirt, der in einer Strohhütte das Korn zu bewachen hatte rnd beim Wahrnehmen so vielen bewaffneten Volkes von einer wahnsinnigen Angst gepackt wurde, hügellang hinaufzufliehen und aus vollem Halse zu schreien:

„Hilfe! Hilfe!"

Und die Schreie hallten im Oelhain wider.

Da war es, daß die Raduſaner zum Angriff übergingen. Zwischen den Stämmen der Bäume, den dürren Rohrstengeln, schwankte der silberne Heilige hin und her, gab klingende Laute von sich beim Zusammenstoß mit den Aesten

Digitized by Google

und erleuchtete sich von lebhaften Strahlen, so bald er ins Wanken kam. Zehn, zwölf, zwanzig Flintenschüsse hagelten, unstet aufblitzend, einer nach dem anderen gegen die Häusermasse. Man hörte das Geknatter, dann Schreie; dann hörte man einen großen Aufruhr; einige Häuser taten sich auf; andere schlossen sich; es fielen Fensterscheiben und zersprangen, es fielen Töpfe mit Basilikenkraut und zerschlugen sich gegen die Straße. Ein weißer Rauch stieg friedlich in die Luft, hinter dem Laufschritt der Angreifer, gegen das himmlische Flammen.

Alle, blind in einer kriegerischen Wut, schrien: „Tod! Tod!"

Ein Häuflein Götzendiener hielt sich rings um Sankt Pantaleon. Abscheuliche Schmähungen wider Sankt Gonselvo brachen aus zwischen dem Gewoge der Sicheln und der hochgeschwungenen Sensen.

„Dieb! Dieb! Lump! Die Kerzen! Die Kerzen!"

Andere Häuflein stürmten die Haustüren mit Axthieben. Und, da die Türen losgeangelt und zersplittert fielen, setzten die Pantaleoniden heulend ins Innere, zu morden. Halbnackte Weiber flüchteten in die Winkel, um Mitleid flehend; sie wehrten sich gegen die Hiebe, die Waffen packend und sich die Finger schneidend; sie wälzten sich hin auf dem Fußboden, zwischen Haufen von Decken und Laken, aus denen ihre schlaffen, rübengenährten Leiber hervorstachen.

Giacobbe, lang, hager, rötlich, ein Bündel dürrer Gebeine, das die Leidenschaft fürchterlich gemacht, der Feldherr des Gemetzels, hielt von Zeit zu Zeit ein, um eine breite Befehlsgebärde über allen Häuptern mit einer großen Heusense zu vollziehen. Er schritt, unerschrocken, ohne Hut, im Namen Sankt Pantaleons. Mehr als dreißig Mann folgten ihm. Und alle hatten das undeutliche und stumpfe Empfinden, inmitten einer Feuersbrunst zu schreiten, auf einem schwankenden Grunde, unter einem brennenden Gewölbe, das alsbald einstürzen sollte.

Doch von allen Seiten begannen die Verteidiger herbeizurennen, die Mascalicenser, stark und schwarz wie Mulatten, blutdürstig, die mit langen Klappmessern kämpften und nach Bauch und Hals zielten, mit Kehllauten ihren Stoß begleitend. Das Gemenge zog sich Schritt für Schritt nach der Kirche; aus den Dächern von zwei oder drei Häusern schlugen schon die Flammen; eine Horde von Weibern und Kindern floh Hals über Kopf zwischen den Oelbäumen dahin, von blindem Schrecken ergriffen, ohne Licht mehr im Blick.

Da entspann sich zwischen den Männern, ungestört von Tränen und Jammern, von Leib zu Leib ein wütender Kampf. Unter dem rostfarbigen Himmel bedeckte sich das Gelände mit Leichen. Abgebrochene Schmähungen entzischten den Zähnen der Getroffenen; und ununterbrochen hielt sich im Geschrei der Ruf der Radusaner: „Die Kerzen! Die Kerzen!"

Aber die Kirchentür blieb verrammelt, gewaltig groß, ganz eichen, wie sternenbesät von Nägeln. Die Mascalicenser verteidigten sie gegen die Stöße und gegen die Aexte. Der silberne Heilige, unbeweglich und weiß, schwankte im dichtesten Gemenge, noch hochgehalten von den Schultern der vier Herkulesgestalten, die von Kopf zu Füßen bluteten und nicht fallen wollten. Und es war der höchste Wunsch der Angreifer, den Götzen auf den Altar des Feindes zu pflanzen.

Während nun die Mascalicenser wie die Löwen kämpften, Wunder verrichtend, auf der steinernen Freitreppe, verschwand Giacobbe plötzlich, umging die Seite des Gebäudes, einen unverteidigten Durchgang zu finden, dadurch man in das Heiligtum gelange. Und, als er eine Oeffnung, ein wenig oberhalb des Erdbodens, wahrgenommen hatte, kroch er hinein, fand sich seitlich eingezwängt von der Enge, wand sich, bis daß es ihm gelang, seinen langen Körper durch den Schacht hindurchzubringen. Der herzstärkende Weihrauchduft schmolz in der nächtlichen Kühle des Gotteshauses. Im Finsteren tappend, geleitet vom Gedröhn der draußen tobenden Faustschläge, näherte sich dieser Mann der Tür, über die Sitze strauchelnd, sich im Gesichte stoßend und an den Händen. Schon hallte die wütende Arbeit der Radusaner Aexte über der Härte des Eichenholzes wider, als er mit einem Eisen die Schlösser aufzubrechen anhub, keuchend, erstickt von einer heftigen Herzbeklemmung, die ihm die Kraft minderte, den Blick von schicksalsvollen Blitzen durchzuckt, mit den Wunden, die ihn schmerzten und ihm eine warme Welle über die Haut laufen ließen.

„Sankt Pantaleon! Sankt Pantaleon!" gellten von außen die heiseren

Digitized by Google

Stimmen der Seinen, die, die Tür langsam nachgeben fühlend, die Stöße und die Axthiebe verdoppelten. Durch das Holz klang das schwere Geräusch der Körper, die stürzten, der trockene Laut des Messers, das dort drüben jemand in die Rippen fuhr. Und Giacobbe ward es, als halle das ganze Kirchenschiff wider vom Schlage seines wilden Herzens.

V.

Nach einer letzten Anstrengung ging die Tür auf. Die Radusaner stürzten hinein mit einem gewaltigen Siegesgeheul, über die Leiber der Getöteten weg, den silbernen Heiligen zum Altare tragend. Und ein lebhaftes Geblitze von Widerschein erfüllte auf einmal das Dunkel des Kirchenschiffes, ließ das Gold der Armleuchter aufglänzen, hoch oben die Orgelpfeifen. Und in diesem falben Glanze, der, bald hell, bald innehaltend, vom Brande der nächstgelegenen Häuser einfiel, entspann sich ein zweiter Kampf. Die Leiber, ineinander verstrickt, rollten über die Bodenziegel, ließen sich nicht mehr los, sprangen zusammen da und dort auf aus den Wutverschlingungen, stießen gegen und endeten unter den Bänken, über den Kapellenschwellen, den Kanten der Beichtstühle. In dem sammlungsvollen Raume des Gotteshauses hallte der kalt überlaufende Klang des Eisens, das ins Fleisch dringt oder über Knochen abgleitet, jenes einzigartige Gestöhn des Menschen, der an einer lebensempfindlichen Stelle getroffen ist, jener Knack, den das Schädelgehäuse gibt, wenn es unterm Schlage bricht, das Geheul dessen, der nicht sterben will, und die furchtbare Freude dessen, dem zu töten gelungen ist, — alles das, — deutlich wider. Und der milde Weihrauchduft schwebte über dem Kampfe.

Der Silbergötze hatte noch lange nicht die Herrlichkeit des Altares erreicht, da ein feindseliger Kreis ihm den Zutritt verschloß. Giacobbe schlug sich mit der Sense, mehrmals getroffen, ohne eine Handbreit von der Stufe preiszugeben, die er als erster erobert hatte. Es blieben nur noch zwei, den Heiligen hochzuhalten. Der riesige, weiße Kopf wackelte wie betrunken über dem Gewimmel des zornigen Geblüts. Die Mascalicenser rasten.

Da stürzte Sankt Pantaleon auf das Plaster, einen klingenden Laut von sich gebend, der Giacobbe tiefer ins Herz drang, denn ein Messerstich es vermocht hätte. Als der rothaarige Mähder ihn aufzurichten hinsprang, schlug ein großer Teufelskerl den Feind mit einem Sichelhieb über den Rücken. Zweimal erhob sich dieser und zwei andere Hiebe warfen ihn zurück. Das Blut überströmte ihm das ganze Gesicht und die Brust und die Hände; an Schultern und Armen blinkten ihm die weißen Knochen durch, bloßgelegt in den tiefen Einschnitten; trotzdem beharrte er dabei, wieder auf die Füße zu kommen. Von dieser wilden Lebenszähigkeit außer sich gebracht, stachen drei, vier, fünf Ackersleute zugleich ihn wutrasend in den Bauch, daß ihm die Geweide hervorquollen. Der Eiferer fiel rücklings, schlug mit dem Nacken gegen die Silberbüste, drehte sich in einem Ruck um, mit dem Gesichte gegen das Metall, mit vorgestreckten Pranken, die Beine eingezogen. Und Sankt Pantaleon war verloren.

Gabriele d'Annunzio / Die Fontäne.

(Aus dem Roman: Die Felsenjungfrauen.)

Als ich den Fuß auf die Schwelle setzte, erschien mir das phantastische Bild der Wahnsinnigen so lebendig und so wild, daß ich davon heimlich aufschauerte. Die ganze Oertlichkeit schien mir im Banne zu steh'n von ihrer unheilvollen Macht, betrübt und entsetzt von ihrer Allgegenwart. Ich wähnte im Angesichte ihrer Sprößlinge meine eigene Unruhe zu lesen. Und ich dachte, daß wir sie oben an der Treppe finden würden, wie sie uns erwarte.

Meinen Gedanken erratend, sprach Anatolia, Mut mir einzuflößen, leise zu mir:

„Ich wünschte nicht, daß Ihr fürchten solltet... Ihr werdet sie nicht sehen ... Ich habe es verstanden, es so einzurichten, daß ihr sie nicht sehen werdet, in diesen Stunden wenigstens.... Versucht, nicht daran zu denken, damit unsere Gastfreundschaft Euch nicht allzu traurig scheine."

Digitized by Google

Antonello blickte aufwärts nach den Glasscheiben der Loggien, die den Hof umgaben, spähend mit seinen unruhigen Augen, über denen fortwährend die Brauen zuckten.

„Siehst du das Gras?" rief Oddo aus, indem er mir das Grün wies, das längs der Mauern wuchs, in den Fugen der Pflastersteine.

„Ein Zeichen und Vorbedeutung von Frieden," sagte ich, indem ich den Druck von mir zu schütteln und mich wieder aufzurichten versuchte. „Mir tat es leid, es gestern in meinem Hofe nicht zu finden. Man hatte es entfernt, während ich es dem festlichen Laube von Myrthen und Lorbeeren vorgezogen hätte. Man muß das Gras wachsen lassen, besonders in den Häusern, die zu groß sind. Es ist etwas Lebendiges mehr."

Der Hof war klangvoll wie ein Kirchenschiff; und die Echos in ihm waren bereit, auch die sachten Worte wieder aufzunehmen. Als ich die stumme Fontäne betrachtete, gedachte ich der geheimnisvollen Musik, zu der das Wasser diese aufmerksamen und günstigen Echos hätte auffordern können.

„Warum schweigt die Fontäne?" fragte ich, willens, jede Gelegenheit zu ergreifen, um die Sache des Lebens in diesem Kreuzgange voll vergessener und erloschener Dinge zu verfechten. „Vorhin, als wir die Terrassen hinanstiegen, habe ich das Wasser laufen hören."

„Wendet Euch an Antonello," sagte Violante. „Er hat ihr das Schweigen auferlegt."

Der arme Gebrechliche färbte sich leicht im Antlitze und trübte sich im Blicke wie einer, der einem Zornesausbruch nachgeben wollte. Beinahe schien es, als ob die harmlose Beschuldigung Violantes ihm Scham und Schmerz bereite oder eine schon beigelegte Streitigkeit erneue. Er beherrschte sich; aber der Unmut verwandelte ihm die Stimme.

„Denke dir doch, Claudio, daß meine Zimmer grade dort liegen," sprach er, auf eine Seite der Loggia hinweisend, „und daß man von dort die Fontäne rauschen hört wie einen Wasserfall. Denk dir's nur! Ein Geräusch, das um den Verstand bringt: unglaublich. Hörst du denn nicht, welchen Widerhall schon die Stimme hier hat? Tages!"

In seinem ganzen langen und hageren Körper bebte die Abneigung gegen das Geräusch, der nervöse Schauder, der unbezwingliche Abscheu, von der er mir schon Tags zuvor die Beweise gegeben hatte beim Vernehmen der Karabinerschüsse und der menschlichen Schreie.

„Aber ich wünschte, daß du hören solltest, des nachts," setzte er fort, sich weiter erregend. „Ich wünschte, daß du hören solltest! Das Wasser ist nicht mehr das Wasser; es wird zu einer verlorenen Seele, die heult, die lacht, die schluchzt, die stammelt, die höhnt, die sich beklagt, die ruft, die beschwört. Unglaublich! Bisweilen, wenn ich schlaflos war, habe ich beim Zuhören vergessen, daß es das Wasser war, und ich habe mich nicht mehr entsinnen können .. verstehst du?"

Und er hielt unvermittelt ein, mit einem merklichen Kraftaufgebote, um sich zu beherrschen; und sah Anatolia wie verloren an. Der Schmerz, der ihr Antlitz verzog, schwand unter diesem Blicke, verzog sich ins Innere, verbarg sich. Und wie um das Unbehagen zu zerstreuen, das uns alle beherrschte, sagte sie mit einem beinah fröhlichen Scheine:

„Wahrhaftig, Antonello übertreibt nicht. Wollt Ihr, daß wir die verlorene Seele beschwören? Es ist ganz leicht."

Wir befanden uns alle da, neben der ausgedörrten Fontäne. Das unvorgesehene Einhalten und die Worte und der Anblick des Geplagten und die Feierlichkeit des umschlossenen Ortes und die silbrichte Kühle des Lichtes, das aus der Höhe dareinregnete, und das Bevorstehen der Verwandlung schienen diesem alten leblosen Gegenstande beinahe das Geheimnis eines Zauberwerkes zu verleihen. Die marmorne Wucht, — ein prunkhaftes Gebilde von neptunischen Rossen, von Tritonen, von Delphinen und von Muscheln in dreifacher Ordnung, — hob sich vor uns, bedeckt von graulichen Krusten und vertrockneten Flechten, da und dort weiß wie der Stamm der Silberpappel; und seine vielen menschlichen und tierischen Münder schienen beinahe, im Schweigen die Gebärde behalten zu haben des flüssigen Lautes, den sie zum letzten Male hervorgebracht hatten.

„Tretet beiseite," fügte Anatolia hinzu, während sie sich nach einer Erzscheibe beugte, die im Pflaster dicht am Rande des unteren Beckens eine kreisförmige Oeffnung verschloß. „Ich lasse das Wasser los."

Digitized by Google

Und sie tat die Finger in den Ring, der von der Mitte der Scheibe aufragte, und versuchte, die Last zu heben; doch, da ihr's nicht gelang, richtete sie sich wieder auf, im Antlitz gerötet von der Anstrengung. Wie ich ihr zu Hilfe kam und auftat, beugte sie sich von neuem und fand mit eigener Hand das verborgene Triebwerk. Wir traten beide zurück, mit einer einmütigen Bewegung, während man das Wasser schon murmeln hörte, das durch die Adern der entseelten Fontäne anstieg.

Es war ein Augenblick banger Erwartung, wie wenn die Münder der Ungetüme eine Antwort hätten geben müssen. Unwillkürlich stellte ich mir die Wollust des Steines vor, der vom frischen und flutenden Leben ergriffen wurde; ich bildete mir in mir selber ein den unwahrscheinlichen Schauer.

Die Muschelhörner der Tritonen bliesen, die Rachen der Delphine gurgelten. Aus dem Gipfel brach pfeifend ein dünner Strahl hervor, leuchtend und jäh, wie ein Degenstoß gegen das Himmelsblau; er brach sich, zog sich ein, zögerte, sprang wieder auf, gerader und stärker; er behauptete sich hoch in der Luft, wurde diamanten, wurde ein Stengel, schien zu blühen. Ein kurzes und abgesetztes Geräusch wie ein Peitschenknall hallte zunächst im umschlossenen Raume wider; dann war es wie ein Geprassel mächtiger Gelächter, war es wie ein Ausbruch von Beifallsklatschen, war es wie ein Platzregen. Alle Münder gaben ihre Strahlen von sich, die sich in Bogen krümmten, die darunter befindlichen Muscheln anzufüllen. Der Stein, der sich da und dort netzte, bedeckte sich mit dunkelen Flecken, blinkte an den glatt gewordenen Stellen, wurde gestreift von immer dichteren Rinnsalen; — entzückte sich endlich ganz und gar bei der Berührung des Wassers, schien den unzähligen Tropfen alle seine Poren zu öffnen, belebte sich wie ein Baum, der beglückt wurde von einer Wolke. Blitzschnell füllten sich die engsten Vertiefungen, flossen über, bildeten silberne Kränze, die fortwährend zerstört wurden, die sich fortwährend erneuten. Wie die augenblicklichen Spiele sich nach unten zu vermehrten über die Mannigfaltigkeit weg der Bildwerke, steigerten sich die ununterbrochenen Töne, eine Musik gestaltend, die immer tiefer wurde im mächtigen Widerhall der Wände. Kräftig, über der unbeständigen Symphonie des ins Wasser fallenden Wassers, herrschten das Sprudeln und das Zerschellen des Mittelstrahles, der gegen die Nacken der Tritonen die Wunderblumen zerschlug, die von Augenblick zu Augenblick an der Spitze seines Stengels erblühten.

„Hörst du?" rief Antonello aus, der diesen Triumph mit Feindesaugen betrachtete. „Scheint er dir auf die Dauer erträglich, dieser entsetzliche Lärm?"

„Ach, ich könnte Stunden und Tage zuhören," schien mir Violante zu sagen, indem sie über ihre Stimme einen ernsteren Schleier breitete. „Keine Musik wiegt mir die hier auf."

Sie war der Fontäne so nahe geblieben, daß sie über ihre Person die Spritzer der Strahlen empfing und ihre Haare schon von einem leuchtenden Gestäube bestreut trug. Die Macht ihrer Schönheit schloß noch einmal aus meinem Geiste jeden fremden Gedanken aus, jedes unstimmige Bild. Noch einmal erschien sie mir vereinsamt und unberührbar, außerhalb des alltäglichen Lebens, eher einem Kunstgebilde ähnlich als einem Geschöpfe unserer Art. Alle Dinge ringsum erkannten die Herrschaft ihrer Gegenwart, weil alle sich auf ihre Schönheit bezogen und sich der unterwarfen und sich nach der stimmten. Wie schon der große grüne Bogen, der sich bei ihrem ersten Erscheinen über ihr gewölbt hatte, wie der antikische Säulensockel, der sie getragen hatte, schien dieses klangvolle Gefäß, das sich gegen den Himmel öffnete, für sie allein geschaffen, schien in vollkommener Weise der idealen Harmonie zu entsprechen, die sich in ihrem schlichten Gebaren verwirklichte. Heimliche Verwandtschaften, die begrifflich nicht faßbar waren, verbanden ihrem Wesen die allerverschiedensten Dinge, bezogen die ringsum vorhandenen Geheimnisse auf ihr Geheimnis. Weil die Natur mittels solch einer menschlichen Gestalt eine ihrer Ideen höchster Schönheit offenbart hatte, kam es mir vor, als ob jede andere Idee, die in jeder anderen natürlichen Hülle beschlossen wäre, von Notwendigkeit als Wegweiser dienen müsse, den Geist des Beschauers dahin zu führen, daß er jene höchste und einzige begreife. Und so geschah es, daß ich beim Betrachten der Jungfrau an der Fontäne eine reine Wahrheit fand und pflückte: „Wenn die Schönheit sich zeigt, richten sich alle Wesenheiten des Lebens auf sie hin wie auf einen Mittelpunkt; so ist ihr denn das gesamte Weltall zinspflichtig."

Digitized by Google

Alfredo Panzini*) / Die Sankt-Damians-Austern.

Diese schlichte und witzige Begebenheit ist nicht mir widerfahren, sondern einem Herrn, welcher mir nahe steht durch Blutverwandtschaft und durch große Achtung und besonders große Zuneigung, die ich ihm entgegenbringe, da er ein Mann von ausnehmenden Tugenden ist; welche in der Welt besser würden gekannt und geschätzt werden, wenn nicht eine gewisse natürliche Verachtung der menschlichen Irrtümer und Eitelkeiten, eine ungesellige Art, für sich zu leben und sich sozusagen von seinem Gewissen zu nähren, eine sotane Scheu und mitunter auch Strenge anderen gegenüber den Glanz dieser Tugenden verhüllten und bis auf ihren Duft hin verbärgen.

Doch genug von ihm, und kehren wir zur Geschichte zurück, die ich, weil sich's so leichter erzählen läßt, in der ersten Person berichten werde; doch ich mache nochmal darauf aufmerksam, daß es sich nicht um mich handelt. Zum Beweise dessen diene, daß ich hinsichtlich meiner Leibesnahrung recht mäßig bin und mich wie ein Hidalgo mit einer Handvoll gedörrter Oliven erhalten könnte, während mein Freund hier den Eindruck von einem rechten Völler macht; ein unschönes Laster wie nur eines, — dementsprechend es Dante im Gesange über den Florentiner Ciacco kennzeichnet: und fangen wir ohne weiteres an:

Ich war jenen Morgen hungrig, hungriger als gewöhnlich, erstens weil vom reingewehten Aprilhimmel ein Gebirgslüftchen niederstrich, das einem angenehm die Haut überlief, und dann, weil die Frühstückszeit um eine gute Viertelstunde war hinausgeschoben worden, da ich zur Kassenverwaltung hatte gehen müssen, mein Gehalt abzuheben.

Im übrigen ist es unglaublich, wieviel den Appetit anzuregen die Gewohnheit dient, sich mit den Jungen beim Unterricht ein wenig außer Atem zu schreien; auch den Lungen bekommt das so gut! Diesen Morgen nun hatte ich mich beinahe ganz aufgelöst beim Erklären des Gesanges über Romeo von der Provence und verspürte das lebhafteste Bedürfnis, mich wieder instand zu bringen.

Sein Leben Stück für Stückchen sich erbettelnd . . .
Und wüßt die Welt es, welchen Mut er hatte,

„. . . . Ja, gerade so! . . . . Doch ja, treten wir hier ein: einmal ist keinmal. Was wird man denn mehr auszugeben haben? Eine Lira, — wenn es hoch kommt, zwei: und andererseits, haben wir nicht heute das Gehalt ausgezahlt bekommen? nonne meruimus hodie stipendia?"

Und mit solchen Worten — ohne einer weiseren Ueberlegung, vom gefaßten Vorsatze abzustehen, Raum zu geben — stieß ich mit Mut die Glastür eines der vornehmsten und berühmtesten „Restaurants" der Stadt auf und fand mich in einem prächtigen Saale, wo wunderschöne karmoisinrote Samtdivans vor breiten Tischen, die von Geschirr und schneeigem Linnen blinkten, sich in allem Frieden niederzulassen einluden. Und ich muß gestehen, daß mich, gerade diesem „Kaffee-Restaurant" den Vorzug zu geben, der Ruf seiner vorzüglichen Küche verführt hatte; und ich wollte mich persönlich überzeugen und wäre schon eher dorthin gegangen, wenn ich nicht an einer gewissen „animadversio", wie man auf Latein sagen würde, wider die Kellner litte, die von der Höhe herab ihrer steifleinenen Kragen, die sich gegen ihr glattes Kinn stemmen, einen mustern, einem, so auf beiden Füßen dastehend, die Lebensgeschichte ablesend, mit den Augen so ungefähr sagen: „Du bist kein Millionär, du bist kein Adliger, du bist kein Lebemann, du bist kein Zuhälter, du bist kein Schieber, du siehst ganz und gar aus nach einem armen Ehrenmanne, der sein Leben mit den Zähnen nachschleift, o weh! Welcher Wind hat dich hierher, deiner Art zuwider, verschlagen? Mach schleunig, daß du wegkommst." Und sie sagen nicht einmal Dank, wenn man auf dem Teller ein gutes Trinkgeld von zwanzig Centesimi läßt.

So dachte ich, doch siehe, wie oft geht doch das Menschenurteil irre. Kaum war meine Wenigkeit im Saale erschienen, als sofort der Wirt (ohne Zweifel war es der Wirt), der oben auf einer hohen Marmorbank thronte, sich von seinem seligen Sitze erhob, auf mich zukam, mir eine wirklich ganz liebens-

*) Geboren 1863, lebt in Mailand.

Digitized by Google

würdige Verbeugung machte und mich in ehrerbietigster Haltung anlächelte.

Es war ein hübscher junger Mann mit beginnendem Bartanfluge, fein gekleidet, sauber, frisch wie Fruchteis, und so wohlgenährt, so rosig, daß er dem Hause wahrhaftig Ehre machte: „Wenn die Krammetsvögel und Wachteln deines Restaurants ein so zartes Fleisch wie du haben, ist der Ruhm, den man von dir vernimmt, nicht angemaßt; aber hüte dich, junger Freund, dich etwa mal auf Entdeckungsreisen in unbekannte Länder hinauszuwagen, denn gerietest du zu deinem Unglück unter Lästrygonen und Menschenfresser, möchte ich gewiß nicht für deine Rückkehr einstehen!" so sagte ich ihm in Gedanken, mit dem gleichen Lächeln und Gruße sein Lächeln erwidernd. Er indessen, sein Lächeln wiederholend, machte einige kabbalistische Zeichen einem Kellner, der gleichfalls so geschmeidig und geschniegelt war, daß ich ihn an jedem anderen Orte für einen ehrenwerten Herrn Abgeordneten in jüngeren Jahren oder für einen Damenredner gehalten haben mochte oder für einen wohlgeleckten Aestheten, der sich anschickte, die Symbole seiner wunderbaren „Psyche" den verzückten Scharen zu offenbaren: und es war ein Kellner!

Der nun ging mir nach, nahm mir den Ueberzieher ab, den Hut, den Stock, führte mich an einen gedeckten Tisch, der beinahe unbesetzt war; da sich an ihm lediglich zwei schweigsame Engländer befanden, tief mit Essen beschäftigt, doch dabei mit solcher Zierlichkeit, daß sie sich ausnahmen, wie wenn sie Apothekerpillen zu sich nähmen.

Sie sagten von Zeit zu Zeit „Yes", und ich konnte nicht umhin, darüber nachzusinnen, wie diese Engländerschaft, die mit solchem Anstande und solcher Schamhaftigkeit ißt, dann mit solcher Gefräßigkeit Nationen und Völker schlucke.

Als ich Platz genommen hatte, sprach der Kellner, der vor mir stehen geblieben war und die Handflächen kaum auf den Tisch aufstützte:

„Beliebt es, damit zu beginnen, eine Trüffelpastete zu kosten? Sie ist eben vom Eise gekommen. Sie werden sie ganz vortrefflich finden. —" In Wirklichkeit sagte er nicht „ganz vortrefflich"; er sagte „glänzend", und mir klingt noch dies Wort in den Ohren nach, das er bei jedem Satze wiederholte.

„Beginnen wir, wie vorgeschlagen," antwortete ich.

„Und Wein, was für welchen befehlen Sie? Wir haben Barolo in Flaschen, der sehr gut ist."

„Ich zweifle nicht daran, doch genügt mir ein wenig Landwein."

„Vortrefflich."

Und sofort stellte er vor mir auf seinen Fiascohalter aus leuchtendstem Metalle einen Fiasco Toscaner hin, der auf einem Zettel die Bezeichnung trug: „Extra alter Chianti".

„Aber das ist zu viel," sagte ich, „außerdem muß er wohl sehr teuer sein."

„Durchaus nicht, Signore!", sagte der Aufwartende, „außerdem brauchen Sie davon nur so viel zu trinken, als Sie Lust haben."

Und, da ich leicht ... leicht die duftende Flüssigkeit in ein feines Kristallglas einschenkte und sie schlürfte, fand ich in der Tat, daß es ein ganz süffiger Wein war und entsann mich des Dithyrambus von Redi, wo es heißt:

Montepulciano ist aller Weine Fürst.

Auch die Pastete, obwohl ein gewürztes Gericht und ungewohnt meinem Geschmacke, war von seltener Feinheit, und als ich einige Röstbrodschnitte damit bestrichen hatte, sagte ich zu mir selber, daß ein Koch, der dergleichen Leckereien zu bereiten verstehe, durchaus der Dankbarkeit seiner Mitmenschen würdig sei. Nachdem ich besagte Speise fertiggegessen, erschien der Kellner und sagte mit höflichem Lächeln:

„Jetzt würde ich Ihnen eine Bologneser Nudelsuppe empfehlen; sie sind heute morgen frisch angekommen und im Augenblicke gerade richtig gar."

Es erschien mir nicht höflich zu sein, einen so uneigennützigen Rat zurückzuweisen, und ich nahm die Nudeln an, die denselben freundlichen Empfang wie die Trüffelpastete fanden.

„Jetzt, Signore, werde ich Ihnen eine gebratene Wachtel bringen mit Pilzen herum."

Ich hatte schon genug, und meine gewohnte Mäßigkeit ließ sich zum Frühstück nicht auf mehr als ein einziges Gericht und zuvor eine Brühe ein. Allein diese Pastete hatte unheilvoller Weise die Lage meines Magens ausgedehnt; überdies schien mir, bei der Suppe stehen zu bleiben, schäbig. Wahr

Digitized by Google

ist, daß die Worte: „Eine Wachtel mit Pilzen" mir die Ahnung eines schwindelhaften und meiner Börse durchaus nicht angemessenen Preises eingegeben hatten.

Aber der Kellner, der meinen Zweifel erkannte und meinem Gesichte ablas, beeilte sich, zu sagen: „Es ist eine Besonderheit des Hauses."

Wie konnte man da nein sagen? Und ich machte gute Miene auch zu dieser Wachtel, die ihres Rufes würdig war und keinen anderen Fehler hatte, als den, im Fiasko die Oberfläche des Weines sinken und in meinem Hirn einen gewissen Nebel steigen zu lassen.

„Jetzt aber ist es genug, Signor!" sagte ich zum Kellner, als der, nach Abräumung der Reste meiner armen Wachtel (denn nichts ist betrüblicher anzusehen als die Ueberbleibsel vom Essen) vor mich hin ein Schüsselchen gesetzt hatte, das von Silber schien und darauf über einem feinen Tuche prangten, und in ihren breiten Perlmutterschalen schwammen sechs frische Austern, milchig und von nicht gewöhnlicher Größe und Reinheit.

„.... außerdem, das da habe ich garnicht bestellt," setzte ich im Gefühle berechtigten Aergers hinzu.

„Freilich, Signore," beeilte sich der Kellner, mich mit der Anmut eines Kavaliers zu widerlegen. „Doch, wissen Sie" — und er senkte die Stimme —, „daß diese Austern nicht mitgerechnet werden. Heute" — und er senkte die Stimme noch mehr — „ist Sankt-Damians-Tag."

„Freilich; aber ich habe noch niemals sagen hören, daß die Austern einen Schutzheiligen hätten, dazu noch dieses Namens."

„Nein, Signore, nicht die Austern! Aber der Sohn des Wirtes von diesem Kaffeehause heißt Damiano; also ist sein Namenstag, und wir haben den Brauch, bei dieser Gelegenheit irgend etwas Feines den Herren Kunden zu bieten, die uns an diesem Familienfesttage beehren."

Was ließ sich dawider sagen? Ich hätte Zweifel vorbringen können an der Wahrheit solcher Behauptung; als ich aber die Augen von der kostbaren Schüssel hob und nach der Bank richtete, sah ich jenen trefflichen jungen Mann. der auf den mir glückbringenden Namen Damiano hörte, mir mit seiner ganzen Erscheinung zulächeln, als sagte er: „Glauben Sie's nur; es ist so, wie der Kellner behauptet. Sie können ruhig essen, ohne befürchten zu müssen, irgend eine Schuld oder Verpflichtung einzugehen."

Was will man mehr?

Ich nahm behutsam mit den Fingern eines jener kostbaren Weichtiere (und sie dufteten nach Seealgen und frischen Ozeanfluten) und schluckte es herunter in einem einzigen Happen, dessen Wonne mir heute noch im Herzen dauert, wie der göttliche Dichter sagt. Aber den Vers — o sieh die traurige Wirkung übermäßigen Zechens —, mir gelang es nicht, ihn vollständig wiederzufassen.

Und auch die übrigen fünf Austern erlitten dasselbe Schicksal wie die erste, und waren die eine köstlicher als die andere.

„Der Mensch, gefräßig und erfinderisch," dachte ich bei mir, „bringt zu Schatzung die Erde, die Luft und das Meer, um seine eigenen Gelüste zu befriedigen. Und, obwohl das Laster der Völlerei verächtlich und der menschlichen Würde unziemend ist, ist es gewiß, daß unsere gebrechliche Natur ihr öfter als gehörig verfällt;" — und jene Austernschalen riefen mir in den Sinn jenes wunderschöne Gedicht von Zanella wieder, das die Ueberschrift trägt: Auf eine versteinerte Muschel.

Ich schwamm mit den Nautilen
Und mit den Schneckenscharen,
Als Menschen noch nicht waren! —

Verse, die mir nie wie damals so voll verborgenen Sinnes vorgekommen sind.

Und der Kellner nahm mir jene Schalen fort und setzte vor mich eine Fruchtschüssel voll Mandeln, Datteln und anderen schmackhaften und seltenen Früchten dieser Erde, der Mutter aller gut und schönen Dinge.

Auch konnte ich nicht sagen: „Ich danke für Obst", da das nach einem so herrschaftlichen Mahle doch wohl unpassend geschienen hätte. Jedoch bei solcher Seligkeit durchbohrte mich ein bitterer Gedanke, und ich dachte, daß der Tagesverdienst, den mir die Kunst eines Oberlehrers einbrachte, nicht genügt haben würde, eine so üppige Tafel zu bezahlen. In der Tat mußten

Digitized by Google

all diese Speisen den Preis von fünf Lire und achtzig Centesimi übersteigen, über welche Summe ich täglich frei verfügen konnte nach zwölf Jahren Lehrtätigkeit.

Und da dieser Zweifel den angenehmen Vorgang der Verdauung beeinträchtigte, wollte ich mich seiner entledigen und rief den Kellner.

„Der Signor befiehlt?" — „Die Rechnung."

Der Kellner zog sich aus seinem Brustlatze ein Taschenbuch hervor aus schwarzem Leder, zückte einen fürchterlichen Bleistift (und in diesem Augenblicke verloren die neuen Papierscheine, die ich kurz zuvor auf der Kassenverwaltung erhoben hatte, von ihrer Farbe; sie erbleichten).

„Ist sofort fertig, Signore; das Frühstück zu festem Preise zwei Lire fünfzig, der Wein" — er prüfte den Fiasko kaum — „eine halbe Lira. Machen zusammen drei Lire." — Ich atmete auf.

„Es ist nicht möglich, preiswerter zu bedienen; ich werde, Signore, recht oft kommen", mußte ich sagen und das Lob wollte unwillkürlich ausbrechen.

„Es ist der Grundsatz des Hauses", sagte mit schlichter Bescheidenheit jener tüchtige Aufwärter.

„Dann bringen Sie mir noch einen Kaffee."

„Wünschen Sie auch ein Gläschen Kognak?"

„Warum nicht? Gern: semel il anno..."

Aber dieser wohlverdiente Kellner war fort, und als er wiederkam, flüsterte er mir ins Ohr.

„Wünschen Sie eine Schmuggelzigarre? Ich habe Havanna ‚hors ligne'."

„Das ist wider das Gesetz", sagte ich.

„Oh, dieserhalb dürfen Sie ruhig sein. Der Herr Oberstaatsanwalt, der hier zu Abend zu essen pflegt, raucht nur meine Havannas, vielmehr, er bezieht sie auf Vorrat."

„Wenn dem so ist: regis ad exemplum totus informabitur orbis..." Und der für mich unvergeßliche Kellner zündete mir eine wunderbare Havanna an: deren bläulicher Nebel gleichsam vermischt mit dem Nebel des Weines und des Likörs mich sanft in eine Empfindung unendlicher Seligkeit einlullte.

„Die Welt ist schön und herrlich und heilig künftige Zeit" — wiederholte ich bei mir mit dem großen Dichter: „Freilich, gewiß, die Welt ist schön und herrlich" und ich verspürte kein Geräusch mehr, obwohl der Saal voller Leute war.

Wie ich nun, siehe, so allmählich sachte wahrnahm, daß der Stuhl, der mir gegenüberstand, sich bewegte, tat ich die Augen auf und bemerkte den jungen Damiano, der verlegen vor mir saß.

„Was will der da?" fragte ich bei mir, die Augen öffnend.

Er lächelte, ich sah, daß er in seinem blühenden Gesicht vor Vergnügen und Freundlichkeit lächelte, aber dann vernahm ich jene herben Worte, die mir die Verdauung durcheinanderbrachten.

„Herr Professor, ich sehe, Sie erkennen mich nicht mehr... Ich dagegen kenne Sie sehr gut!"

„Wehe!" seufzte ich in meinem Herzen, „Süße des Ungekanntseins, allzuflüchtig entschwunden!"

„Wahrhaft, nein Signore, ich habe nicht die Ehre!" stammelte ich. Er lächelte immer noch.

„Ich bin Ihr Schüler gewesen vor zehn Jahren: Sie aber, sehe ich, entsinnen sich meines Gesichtes nicht; aber ich erinnere mich sehr gut Ihrer, Herr Professor."

Ich begann wieder im Herzen noch tiefer zu seufzen, und als der feinfühlige Mann, der ich bin, schämte ich mich, bei dem häßlichen Laster der Völlerei von einem meiner Schüler ertappt worden zu sein: nichtsdestoweniger gab ich zur Antwort:

„Ich bin Ihnen dankbar und freue mich des Andenkens wegen, ich bin Ihnen sogar sehr dankbar. Aber so viele junge Leute sind mir durch die Hände gegangen, daß ich mich kaum der einzelnen entsinnen kann."

„Oh, Sie müssen sich vielmehr sehr gut entsinnen, Herr Professor" — bestand jener mit noch unaussprechlicherem Lächeln.

„Glauben Sie mir!...." und ich tat die Hand auf die Brust.

„Mein Name ist Damiano Saltori... Dieser Name müßte Ihnen doch etwas sagen!" Er wartete einen Augenblick und sprach dann jene Schreckensworte aus: „Sie, Herr Professor, haben mich unerbittlich von der Prüfung

Digitized by Google

von der dritten zur vierten Gymnasialklasse ausgeschlossen. Auch sagten Sie ‚rausgeschmissen' und nicht ‚ausgeschlossen'. Sehen Sie, ob ich mich erinnere!"

„Was für eine Verräterei bedeutet das?" fragte ich bei mir, zusammenfahrend.

Ade Süßigkeit des Verdauens! Ich weiß nicht, was ich zur Antwort gab, jedenfalls aber verwirrte ich mich und muß wohl etwa folgendermaßen geantwortet haben:

„Entschuldigen Sie, ich tat das nicht absichtlich! Sollte es so gewesen sein, tut es mir leid! Aufrichtig!"

„Doch bin ich Ihnen ja mein Leben schuldig, Herr Professor!" rief da zu meiner größten Ueberraschung der Jüngling aus in äußerster Begeisterung, „ich verdanke Ihnen meinen jetzigen Wohlstand, mein Glück: wie oft habe ich Sie auf der Straße anhalten wollen und Ihnen meine Dankbarkeit bekunden, doch mir fehlte der Mut. Jetzt hingegen, wo Sie in mein Geschäft hereinkamen, habe ich mir erlaubt..."

„Ich begreife nicht..." entgegnete ich, immer noch verstört, da ich fürchtete, daß dieser mein alter Schüler sich seiner „rhetorischen Figur" entsinne, die unter dem Namen „Ironie" geht.

„Oh, eines ist klar: klar wie die Sonne: erinnern Sie sich dessen, was Sie mir sagten?"

„Ich? Nein, Signore!"

„Sie sagten mir: du bist ein guter und braver Junge, aber um die klassischen Studien weiterzuverfolgen, dazu bedarf es etwas mehr als Verstandes — und nicht mal den hast du — dazu ist Kunst vonnöten: Du hast keine Kunst; du bist eine Auster. Ich erinnere mich des wohl, wissen Sie."

Ich errötete bei der Erinnerung an diese vorzüglichen Austern, die ich vor kurzem verzehrt hatte, und ich fühlte sie in meinem Magen noch leben, mit samt ihren Schalen.

„Verzeihen Sie, eigentlich..." sprach ich, auf dem Gipfel der Verlegenheit.

„Ach wo, Sie haben heiligste Wahrheit gesprochen", fuhr der treffliche Damiano fort: „meine Eltern waren es, die das nicht begreifen wollten: ich sollte ein Rechtsbeflissener werden um jeden Preis, mit einem Doktortitel den Namen der Familie adeln, und — Lehrer und Stunden im Hause! Aber schon ging mir dieses Latein nicht ein, und italienische Aufsätze machen, brachte mich in kalten Schweiß. Und Sie haben mich ausgeschlossen und haben gut getan."

„Ich erinnere mich nicht, Signore..."

„Erinnern Sie sich nicht, Signore, eines Auftritts, der zwischen meinem Vater und Ihnen sich abspielte? Jenes Abgeordneten, unseres Stammgastes, der von der Schulleitung die Schriftstücke forderte, um sie zum Minister zu bringen, seiner Drohung, eine Maßregel zu verlangen."

Jetzt erinnerte ich mich in der Tat: es war der Abgeordnete... gewesen. Doch es ist besser, seinen Namen nicht zu nennen.

„Und Sie blieben hart," fuhr jener höchst sympathische Damiano fort: „man wollte zwei Vierer umbiegen und sie zu zwei Dreiern werden lassen; und auch der Vorsitzende wollte die zwei Vierer umbiegen, und Sie blieben hart. Und mein Vater sagte (ich muß lachen, wenn ich daran denke): ‚Wie! Gewähre ich nicht etwa Nachlaß meinen Schuldnern um Hunderte von Lire, und Sie wollen nicht um eine einzige Einheit nachgeben'..."

„Was wollen Sie, mein Herr..."

„Aber Sie haben sehr gut getan! Hernach, da haben es meine Eltern begriffen. Sie haben mich, wie ich wollte, in die Schweiz geschickt, wo ich die Sprachen und den Handel gelernt habe. Ich wollte Vaters Geschäft weitertreiben und vergrößern, er hinwieder wollte sich vom Betriebe zurückziehen... Heute, wie bin ich heute glücklich! Dieser Cornelius Nepos ging mir nicht ein..." — „Nur allzu richtig!..."

Und er wollte selbst mir den Ueberzieher umtun und reichte mir den Hut und den Stock und bat mich, oft wieder zu kommen und sein Geschäft zu beehren.

„Ich werde nie den Sankt Damianstag vergessen", sagte ich.

„Zu gütig, Herr Professor!" und er hielt mir, er selber, die Glastür auf, durch die ich trat aus dem „Restaurant" mit der herrlichen Havanna zwischen den Lippen wie ein Bankherr oder ein Adeliger, der gewiß nicht sein Frühstücksgeld veranschlagt.

Digitized by Google

Rundschau.

Franz von Buhl zum Gedächtnis.

Ein Mann ist in diesen Tagen von uns gegangen, jäh und unerwartet, der zu den Besten seines Landes zählte. Der letzte eines Namens, der untrennbar verwoben bleibt mit der Entstehung, dem Aufstieg und der Höhe unseres Reiches. Sein Großvater Franz Peter Buhl hatte die Steine sammeln und behauen helfen zur Grundlegung des einigen Deutschen Reiches. Sein Vater Armand hat als ein treuer Helfer Bismarcks den stolzen Bau mitaufgerichtet. Dessen Sohn aber, Franz v. Buhl, er hat als der letzte, nicht geringste dieser Reihe das Vermächtnis seiner Väter würdig übernommen. Ihm war es vergönnt an den Aufgaben Deutschlands auf der stolzen Mittaghöhe des Reiches schaffen zu dürfen, und er tat es mit der überreichen Fülle seiner Persönlichkeit.

Keiner, der ihn kannte, wird ihren Eindruck vergessen. Das Leben bejahend, von einer Schaffensfreudigkeit beseelt, die, von hohem Pflichtgefühl getragen, nie erlahmte, immer voll Anregung und Frohsinn, so stand er bei uns. Seine liebenswürdige Herzlichkeit zwang die Menschen in seinen Bann, sie fühlten das tiefe Verstehen, das er jedem, auch dem Gegner, entgegenbrachte. Zu jeder Überzeugung fand er die Brücke, nur nicht zu niedriger Gesinnung. Zu diesem Verständnis trat eine warme Glut für alles Schöne und Edle, die zu einer hellen Flamme aufschlug, wenn es ihm galt, solche Idee zur Tat werden zu lassen. Das waren die Augenblicke, in denen das ganze Feuer des Rheinländers durchbrach, wenn die Begeisterung ihn forttrug, eilends den gefaßten Entschluß zu erfüllen, freilich immer begleitet von dem klugen, scharfen Verstand, der streng das Erreichbare vom Unmöglichen schied. Fremd war ihm die graue starre Theorie. Seine Überzeugungen beruhten auf einem universalen lebensvollen Wissen, das sich mit den Werten seines Charakters zu einer seltenen Harmonie verband, die vielleicht ihren schönsten Ausdruck in der tiefen Religiosität fand, die ihm ein lebendiges Band zu seinem Schöpfer war.

Dem Wesen seiner Persönlichkeit aber entsprach das Wirken seines Lebens. Ein buntes Bild vielseitiger Arbeit, war es vereinigt durch ein Ziel: Dem Wohl seines Landes. Mit dem Erbe des Vaters, dem damals schon bekannten Weingut in der Pfalz, übernahm er die alte Überlieferung seines Hauses, vorbildlich im Weinbau voranzugehen. Seine unermüdliche Sorge, die er dieser Aufgabe zuwandte, trug reichen Segen. Weithin galt sein Rat und sein Urteil, ihm mit an erster Stelle verdankt der Pfalzwein seinen Ruf. Vom Deutschen Weinbauverband aus, dessen Präsident Franz v. Buhl 15 Jahre lang geblieben ist, nahm er immer weiter ausgreifend die Verbindung mit dem Weinbau des Auslandes auf. Und auch von diesen fremden Nationen als führend anerkannt, ward er von ihnen auf mancher Tagung der gemeinsamen Kongresse als Leiter ausersehen. Sie alle schätzten und verehrten diesen Mann, der mit so feinem Geschick und klugem Verständnis für das Wesen der anderen Nationen auch widerstrebende Interessen zu binden verstand.

Den Schritt ins politische Leben selbst hat Buhl verhältnismäßig spät getan. Doch als er sich mit 38 Jahren dazu entschloß, war er geschult im juristischen Denken, erfahren in der öffentlichen Verwaltung und war versehen mit dem Rüstzeug tiefgründiger Kenntnisse in Geschichte und Staatsrecht. Die Überlieferung des Vaters und Großvaters zog ihn in das nationalliberale Lager, mit dem ihn vor allem der Wille zu einem starken einigen Reich Bismarckischer Tradition verband. Freilich ein Parteimann im üblichen Sinne des Wortes ist er nie gewesen. Sein großer Zug mied die Schablone, frei von jeder kleinlichen

Digitized by Google

Hemmung erfaßte sein Auge immer nur das Ganze; staatserhaltend, in der besten Bedeutung des Wortes, hat er jede Bewegung gefördert, die dem deutschen Gedanken und einer organischen gesunden Entwicklung unseres Staates galt. Von glänzender Beredsamkeit, ein Meister des Wortes, das selten einer so klar und fein auszuprägen verstand, begabt mit einer klangvollen Stimme, deren melodischer Rhythmus das Ohr des Hörers gewann, hat er manche große Versammlung zu sich bekehrt. Und doch, mehr noch entsprach ihm das stillere Wirken am Verhandlungstisch, dort hat er sein Bestes hergegeben und erzielt. Die Annäherung der Führer unserer großen nationalen Parteien im Reiche, sie war im Frühjahre 1915 nicht zuletzt sein Werk. Inzwischen war er in den Bayerischen Landtag gewählt worden, hatte im sozialistischen Ludwigshafen als Vertreter einer bürgerlichen Einheitsfront mit aussichtsreichem Erfolge kandidiert und war drei Jahre vor dem Krieg durch seinen Herrscher in die I. Kammer als lebenslänglicher Reichsrat berufen worden. Auch hier der dritte Buhl, dem diese Ehrung und Anerkennung zuteil wurde. Dankbar hat er den Ruf empfunden, denn er schuf ihm die ersehnte Gelegenheit, seiner Politik zu leben, frei von jedem Zwang und unabhängig von der Polemik und Leidenschaft der Parteien. Bald als eines der bedeutendsten Mitglieder des Reichsrates anerkannt, wurden ihm wichtige Referate übertragen, die mit dem tiefen Verständnis, das er für alle Fragen der Inneren Politik hatte, stets die großen weltpolitischen Zusammenhänge zu verbinden wußten. Dort konnte man im Kriege seinen mahnenden erfahrenen Rat hören, der den Zwiespalt des Volkes bannen wollte, die Erbsünde der Deutschen. Als damals der letzte Ruf zur Sammlung erging, trat er an die Spitze der Vaterlandspartei in Bayern, um trotz seiner schon damals schwer erschütterten Gesundheit die beste Kraft einzusetzen. Daß es ihm, wie den anderen Führern nicht mehr gelungen ist, den nationalen Sinn in jenen verblendeten und zersetzten Schichten unseres Volkes zu neuem Leben zu erwecken, das war nicht seine Schuld. Unendlich schwer mußte er am Zusammenbruch des Reiches tragen, aber härter noch wie der Feind traf ihn das eigene Volk. Die Niedertracht, die es in diesen Tagen ausgespieen, der elende Verrat am eigenen Blute der Nation hat ihn zerbrochen. Todwund am Herzen ist er damals still heimgekehrt zu seinen Reben und Gärten, um Heilung zu suchen. Und doch, die Ruhe litt er nicht, immer wieder drängte es ihn zu helfen in der Verzweiflung des Landes und vor allem in der Not seiner Pfalz. Er hat vieles gelindert, denn auch der Feind hat diesen Mann achten müssen, an dem kein Falsch war. Noch einmal versuchten seine alten Freunde der Partei ihn wiederzugewinnen für das öffentliche Wirken. Zwei sichere Mandate wurden ihm geboten für Reich und Landtag; er hat entsagen müssen schweren Herzens. Er fühlte, seine Kraft ging zur Neige, aber gefreut hat ihn die Treue seiner Freunde, so von Herzen wohl wie ihn die schwarz-weiß-rote Schleife gefreut haben würde, die sie ihm aufs Grab gelegt haben, drüben in der geknechteten Pfalz, ein Sinnbild der Vergangenheit und ein Hoffen für die Zukunft.

Georg Enoch Freiherr zu Guttenberg-Buhl.

Die Astronomie in der „Kultur der Gegenwart".

Eingeleitet wird der neue Band des großangelegten Unternehmens (Leipzig, Teubner 1921) durch eine „Entwicklung des astronomischen Weltbildes" von Professor F. Boll. Es ist eine auf Kenntnisse von seltenem Umfange begründete Studie der Entwicklung der astronomischen Erkenntnis von den ersten Anfängen bei den Naturvölkern bis zur neuesten Zeit. Der Verfasser hat sich schon durch frühere Veröffentlichungen in diesem Gebiete als berufener Forscher legitimiert.

Digitized by Google

Seine glänzende und gedankenreiche Darstellungsgabe tritt auch im vorliegenden Artikel in all ihren Vorzügen hervor. Seine Auffassung des merkwürdigen Kulturphänomens, der Astrologie, wird allgemeines Interesse erwecken.

Diesem beachtenswerten Auftakte folgt in 11 Abschnitten eine Darstellung derjenigen Lehren der Astronomie, die sich in allgemein verständlicher Form darbieten lassen. Sie rührt ausnahmslos von bekannten Fachmännern her, verbürgt somit eine besondere Zuverlässigkeit, wodurch ihr Wert umsomehr erhöht wird, als fast überall der Ton auf Allgemeinverständlichkeit gestimmt ist. Das ist ein großer Vorzug vor so vielen populären Darstellungen der Astronomie, die so selten beide Ansprüche erfüllen.

Der verdiente Forscher im Gebiete der Chronologie F. G. Ginzel gibt eine Übersicht über die historische Entwicklung der „Zeitrechnung" und unterrichtet in überaus klarer Weise über die Entstehung und das Wesen dessen, was man Kalenderrechnung nennen könnte. Der Herausgeber, Professor Hartmann, berichtet über die „Zeitmessung" und stellt den ungeheuren Fortschritt dar, der in der Zeitbestimmung gemacht werden mußte, um jene Genauigkeit zu erreichen, welche gegenwärtig von der Wissenschaft und selbst schon von dem Verkehr gefordert wird. Daran schließt sich ein von Professor Ambronn ausgearbeitetes Kapitel über die Ortsbestimmung am Himmel und auf der Erde, welches in einem späteren Abschnitt nach der instrumental-mechanischen Seite hin ergänzt wird. Es wäre vielleicht doch sachgemäßer gewesen, diese beiden Artikel unmittelbar aufeinanderfolgen zu lassen, da sie im Grunde zusammengehören. Nachdem Herr von Flotow die Entwicklung der Lehre von der Erdgestalt und die damit zusammenhängende der Längenmaß-Systeme gegeben hat, wendet sich die Darstellung zu den astronomischen Fragen im engeren Sinne des Wortes.

Die Bewegungen in unserem Planetensystem, also der großen und kleinen Planeten, der Kometen und Sternschnuppen, die Erklärungssysteme von den ältesten Zeiten über Ptolemäus bis zu Kopernikus darzustellen, ist, wenn man mathematische Schlußfolgen möglichst vermeiden will, immerhin eine etwas spröde Aufgabe. Der Verfasser des Kapitels „Mechanische Theorie des Planetensystems" Herr von Hepperger hat sich aber der Aufgabe in ganz besonders geschickter Weise entledigt. In populären Darstellungen spielt die Behandlung der physischen Eigenschaften der Planeten oder, wie man kurz zu sagen pflegt, die Topographie der Planeten eine große Rolle. Das ist auch ganz angemessen, weil man hier mehr in die Einzelheiten gehen kann, ohne den Umfang des möglichsten Entgegenkommens einzuengen. Diese noch vor hundert Jahren von der strengen Wissenschaft wenig beachteten Fragen, können jetzt, wo große Fernrohre, photographische Aufnahmen als Forschungsmittel zu Gebote stehen, in einem sehr erweiterten Umfange behandelt werden. Das ergibt sich aus dem von Professor Graff geschriebenen Abschnitte, der bis zu den neuesten Ansichten z. B. über den Saturnring, über die auch in der breiteren Öffentlichkeit viel zu viel besprochenen Marskanäle, vordringt.

Ganz entsprechend ist, wenn der „Physik der Sonne" von Prof. Pringsheim ein besonderes Kapitel gewidmet wird. Denn das Studium der Sonne erfordert ganz eigene Methoden, deren Entwicklung der letzten Vergangenheit angehört.

Ebenso und vielleicht noch in höherem Maße ist die „Physik der Fixsterne", welche Prof. Guthnick bearbeitet hat, eine ganz moderne Disziplin. Denn erst die Entwicklung der astronomischen Photometrie und Photographie und der so vielfältigen spektralanalytischen Methoden, die Ansammlung von statistischen Daten über die Verteilung der Sterne, die Erforschung der höchst merkwürdigen veränderlichen Sterne, ermöglichten, den Fragenkreis der Physik der Fixsterne aufzurollen. In der eindringlichen und umfangreichen (sie umfaßt mehr als ein Fünftel des ganzen Bandes) Darstellung des Herrn Guthnick mag vielleicht dem

Digitized by Google

Fernerstehenden die Überfülle des dargebotenen Materials erdrückend scheinen. Der Fachmann aber wird gerade dieses Kapitel mit besonderer Freude begrüßen, denn es enthält die vollkommenste und zuverlässigste und bis auf die Gegenwart geführte Darstellung in diesem Gebiete, die wir besitzen. Man wird bei der Beschäftigung mit dem Gegenstand stets auf sie zurückgreifen müssen.

Eine scharfe Kritik werden zwar viele der neuen Resultate sich gefallen lassen müssen, was Herr Guthnick selbst zu bemerken nicht unterlassen hat. Denn manche „wilde" Hypothese ist ans Tageslicht getreten, die eine besonnene Kritik wenigstens vorläufig zurückweisen muß.

Die Entwicklung der Photometrie und das Studium der Bewegungen der Fixsterne hat im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts einen andern Fragenkreis, in viel umfassenderer Weise als dies früher möglich war, in Angriff zu nehmen erlaubt: Die räumliche Ausdehnung des Sternsystems, welches uns umgibt, die räumliche Verteilung der Sterne in ihm und ihre Bewegung. Hier treten Fragen von höchstem und allgemeinem Interesse in den Vordergrund. Ist das engere Sternsystem, dem wir angehören, ein in gewissem Sinne isoliertes, sind die weiteren unzweifelhaft ins Unbegrenzte gehenden Räume unseren Beobachtungen zugänglich, oder ist dies nicht der Fall?

Das was bisher als mehr oder weniger sicheres Erkenntnisresultat gewonnen worden ist, hat Herr Professor Kobold im Kapitel „Das Sternsystem" übersichtlich zusammengefaßt.

Den Schluß des Bandes bildet das Kapitel von S. Oppenheim „Die Gravitation". Die berechtigten Zweifel an der absolut genauen Richtigkeit des Newtonschen Gesetzes, an der gedanklichen Zulässigkeit von in die Ferne wirkenden Kräften werden in klarer Darstellung auseinandergesetzt und, wie es dem Zeitgeist entspricht, bildet den Schluß eine Besprechung der Relativitätstheorie. Ob diese an sich treffliche Auseinandersetzung die Meinung des Unterzeichneten zu widerlegen imstande ist, daß eine dem Nichtmathematiker wirklich verständliche Darstellung der neuen Relativitätstheorie überhaupt nicht möglich ist, möge hier unerörtert bleiben.

Überblickt man den reichen Inhalt dieses neuesten Bandes der Kultur der Gegenwart, so kann man sich nur über das Zustandekommen des Unternehmens freuen und das Studium dieser populären Astronomie im besten Sinne des Wortes angelegentlichst empfehlen: sowohl dem Fachastronomen als auch demjenigen, der Belehrung und geistige Erfrischung sucht.

Die Ausstattung des Bandes ist in Anbetracht der in unserem Vaterlande herrschenden Zustände überraschend schön und würdig. Hugo von Seeliger.

Neue Bücher.

Georg Dehio, Geschichte der deutschen Kunst, Band II (Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Textband geheftet M. 50.—, gebunden M. 65.—, Abbildungsband geheftet M. 75.—, gebunden M. 90.—). Es ist schwer zu beschreiben, mit welchen Gefühlen alle die, die wissen wer Dehio ist, der Vollendung seines großen Werkes entgegensehen. Als 1919 der erste Doppelband erschien, wurde er hier angezeigt als die „seit langem und wohl auf lange hinaus wichtigste Erscheinung auf dem Gesamtgebiete deutscher Kunst" (S. M. 17, II, 154 ff.). Nun ist der zweite Doppelband da, der die Zeit von 1250 bis 1500 behandelt und abermals eine Fülle von Wissen und Anschauung vermittelt, mit einer Beherrschung des ungeheuren Gebiets, einer Klarheit und Eindringlichkeit, einer gleichmäßigen Durchdringung und planmäßigen Auswahl des Stoffes, für welche kein Wort der Be-

Digitized by Google

wunderung zu stark und keines der Dankbarkeit genügend ist. Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, wie zerstreut und zersplittert die Voraussetzungen dieses Bandes in der Forschung vorlagen, um ihre außerordentliche Zusammenfassung auf 350 Seiten Großquart nicht zu würdigen, sondern nur zu ahnen. Die Gestalt Dehios wird zum Sinnbild: dieser in Reval geborene Deutsche, der Freund Viktor Hehns, muß am Abend seines Lebens aus Straßburg fliehen, und jetzt schenkt uns der über Siebzigjährige, der am meisten deutsche Kunststätten, die kleinsten, die entlegensten, die unbekanntesten selber aufgesucht und in seinem „Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler" zusammengestellt hat, das Werk, das die ganze Breite deutscher Kunst vom Ordenslande und der Slawenmark im Osten behandelt bis zum geschichtlichen Lotharingien.

Der Textband (IV. Buch) wird erschütternd eingeleitet über das eigentümliche Doppelschicksal der deutschen Hochgotik, zehn Seiten von klassischer Größe und Gültigkeit. Es folgt dann die Baukunst von 1250—1400, wo sich Dehio manchmal in ein paar Zeilen mit der ganzen Forschung auseinandersetzt und das letzte Wort spricht. Er zeigt, wie die ihrem Wesen nach germanische Gotik, die in Frankreich aufs glänzendste ausgebildet worden, in Deutschland vereinfacht und dadurch vor neue Aufgaben gestellt wird, wobei er den Unterschied zwischen Alt- und Neustämmen (Kolonialländern) in der Baugesinnung aufzeigt. Er behandelt dann nacheinander Wand- und Glasmalerei, Bau- und Grabplastik, Schmuck und Gestalt der gottesdienstlichen Gebrauchsgegenstände und die Andachtsbilder. (Wie ergreifend steht Seite 73 eine Anmerkung von 2 Zeilen da über das Leuchten der Glasmalereien im Straßburger Münster in winterlicher Morgenstunde! Oder wie überzeugend ist die Entwicklung des Vesperbilds aus der Marienlyrik, S. 120.) Es finden sich in diesen Kapiteln Prägungen, die für immer in der Kunstgeschichte weiterleben; so, wenn Dehio (S. 123) von jener „fruchtbaren Formlosigkeit" spricht, die „von altersher das Schicksal und, recht verstanden, das Privilegium der deutschen Kunst" war.

Das V. Buch behandelt das 15. Jahrhundert. Auch dieses Buch beginnt mit einer großartig knappen, reichen und tiefsinnigen Einleitung von nur 10 Seiten, abermals völlig klassisch: über die neue Gesamteinstellung zum Leben, die Wandlung im inneren Lebensprozeß, inneres Absterben, äußeres Abbröckeln des Reichs, neue Lebensstimmung von den Niederlanden bis Toskana, Unanwendbarkeit des Wortes Renaissance auf den Norden, Zusammengehörigkeit niederländischer und deutscher Kunst, tiefere Wurzeldeutschheit der Kunst des 15. Jahrhunderts, Verbürgerlichung, Verlust an Vornehmheit des Lebensgeschmackes, Widerspruch zwischen innerer Überfülle und äußerer Schwäche, Selbstgewahrwerden des Individuums, Rückgang der monumentalen Großkunst, Durchdringung der Natur mit menschlichem Lebensgefühl, Anerkennung zugleich der außermenschlichen Wirklichkeit wie der Freiheit des Subjekts.

Dehio formuliert sodann den Stilcharakter der sogenannten Spätgotik, die „weder Gotik ist noch Renaissance, sondern ein Drittes", ihre Systemlosigkeit, Tiefenerlebnis, Raumgefühl. Diese Seiten lassen uns jetzt schon mit Spannung seiner Behandlung des deutschen Barocks entgegensehen, wo zum Teil dieselben Unterströmungen gleich mächtig fließen: steht doch guter deutscher Barock oft nichts näher als dieser Spätgotik im Plastischen, in der Systemlosigkeit des Ornaments, im Raumgefühl, das ein sich bewegendes Grenzenloses will usw. In der Tat zieht Dehio diese Linie (S. 149) und schreibt ebenso kühn wie treffend: „Vielleicht ist die Spätgotik schon der Anfang vom Barock" und, noch kühner, aber nach unserer Überzeugung unbedingt richtig: „Vielleicht ist das Barock überhaupt die deutsche Ur- und Grundstimmung."

Er behandelt nun die einzelnen Landschaften und Schulen, in der Architektur, und in der darstellenden Kunst, Bilddruck, Kunstgewerbe. Im letzten (VI.) Buche:

Digitized by Google

Burg und Stadt, Befestigung, Wohnhaus, öffentliche Bauten, Binnenräume. (Es wird Oswald Spengler eine Genugtuung sein, daß Dehio, weitentfernt, in die Aburteilungen gelehrter Spezialkoryphäen einzustimmen, sich mit ausdrücklicher Zustimmung Spenglersche Formulierungen zu eigen macht, z. B. S. 167 ff.) Auch diese Kapitel strotzen von neuen Erkenntnissen und Prägungen.

Vom Illustrationsband kann nur gesagt werden, daß er sich dem Texte anschmiegt, wie noch nie Abbildungen zum Texte gestimmt haben. Alles ist mit höchster Umsicht gewählt, immer das Lehrreichste, das Deutlichste und Bezeichnendste. Kein effektvolles Bilderbuch, sondern eine meisterhafte Beispielsammlung. Das Verfahren, Text und Abbildungen zu trennen, bewährt sich auch in diesem Bande vorzüglich.

Über Hebbels lyrische Gedichte hat uns ein Franzose, Louis Brun, Professor am Lycée Charlemagne, einen fast 900 Seiten starken Band gegeben (Paris, Felix Alcan): Hebbel, sa personnalité et son œuvre lyrique. Er nennt Hebbel den faustischesten der neueren deutschen Dichter. Sein ganzes Buch zeigt, daß er sich in ihn mit einer Hingebung versenkt hat, wie keiner vor ihm, es gibt keine Seite der Persönlichkeit Hebbels, die er nicht liebevoll behandelt. Die Einteilung der Gedichte in den Lebenslauf und ihre Behandlung erinnert an das Werk von Professor Heinrich Bischoff über Lenau (vgl. Heft 10, S. 318). Ein Blick in die Anmerkungen allein zeigt, mit welcher Sorgfalt Brun arbeitet; der Band ist ein wahrhaftes „Corpus Hebbelianum" und jedem, der sich mit dem Dichter genauer befaßt, unentbehrlich. Es wimmelt von feinen Beobachtungen über Sprach-, Stil- und Rhythmuseigentümlichkeiten Hebbels. Besonders reich an Aufschlüssen und Anregungen ist der fünfte Teil mit seinen großen Zusammenfassungen, seiner allein 20 Seiten füllenden chronologischen Tabelle mit Titel, Versanhang, Gattung und Textverweis und der genauen Bibliographie. Das Werk gehört fortan zum eisernen Bestande der Hebbel-Forschung.

Liebhaber von Jagdgeschichten seien aufmerksam gemacht auf die „Bücherei von Berg und Wald, vom Weidpfad und vom Steppenwild", Verlag Rich. Eckstein, Leipzig. Bisher erschienen: Julius R. Haarhaus, Der Kreuzbock und andere Jagdgeschichten; — Arthur Schubert, Auf Grüngrund (Novelletten); — Fr. Penzoldt, Das verhexte Zielfernrohr und andere Jagdgeschichten; — F. Bergmiller, Auf Waldwegen. Preis des gehefteten Bandes 8 Mark.

Das Bibliographische Institut baut seine Klassikersammlung zielbewußt aus. Vor einiger Zeit haben wir den Arnim angezeigt. Nunmehr liegt eine dreibändige Ausgabe der Werke Geibels vor, herausgegeben von Wolfgang Stammler, der zum erstenmal einen kritisch gereinigten Text bietet (3 Bd. in Halbleinen 65 Mark). Die Generation, der ich angehöre, ist Geibel gegenüber in einem zwiespältigen Gefühl aufgewachsen, und manche haben dies Gefühl nie nachgeprüft. Offiziell war der Dichter des „Tods des Tiberius" angesehen und empfohlen, aber die damaligen Literaturkampfschriften verhöhnten ihn als Barden für höhere Töchter. Wer sich durch Vergleich mit anderen Literaturen seinen eigenen Maßstab geschaffen hat, kommt zu einem überraschenden Ergebnis. Zunächst kann Geibel außerordentlich viel, seine Formbegabung ist eine der glänzendsten und vielseitigsten, die wir haben. Sein klassisches Liederbuch und seine Übersetzungen aus dem Spanischen und Französischen beweisen es. Man hat neuerdings gegen seine Übertragungen und die seines ihn noch übertreffenden Jüngers Paul Heyse Einwände vernommen, als könnten wir heute mehr. Versuche es doch einer, das Gedicht von Barbier O Corse à cheveux plats besser zu übersetzen als Geibel, oder die sieneſischen Rispetti schöner als Heyse! Ich glaube, ein Verskünstler der soviel kann, wirklich kann, wäre in Ländern, wo auch Literaten noch Respekt vor dem handwerklichen Erbe der abgegangenen Generation haben, in Eng-

Digitized by Google

land, Italien, nie so hochnäsig behandelt worden. Aber Geibel war mehr und konnte mehr. Er hatte vor allem das untrügliche Bewußtsein der inneren Form, jenes letzte Gefühl für Gemäßheit des Tones, des Umfangs, des Metrums, des einzelnen Worts, der Vokale, das in der Lyrik unserer Zeit fast völlig verwildert ist. Ich glaube nicht, daß in Ländern, wo man vor dem Dichter Respekt hat, als vor einem, der nicht nur etwas kann, was wir andern nicht können, sondern vor allem etwas ist, was wir andern nicht sind, ich glaube nicht, daß, sagen wir in Frankreich François Coppée, dem gegenüber Geibel der unendlich größere Lyriker ist, daß in England Tennyson je so albern süffisant hätten behandelt werden dürfen. Aber Geibel ist mehr. Er ist vor allem ein Charakter, wodurch er sich unterscheidet von Nervenschock-Simulanten, die ihren apokalyptischen Gallimathias auf Büttenpapier aufsetzen, ehe sie ihn ihrem Verhölinis in die Maschine diktieren. Abermals möchte ich bezweifeln, ob ein poetischer Charakter, vom Range Geibels in England oder Italien wäre so schnöde behandelt worden. Vor allem war dieser Geibel deutsch bis in die Knochen, was ihn sehr vorteilhaft unterscheidet von so vielen Mitgliedern der Lyrikgewerkschaft, deren Knochen hochgradig rachitisch sind (manche haben überhaupt keine Knochen und sind Weichtiere, nicht gerade so genießbar wie Austern, aber immerhin damit zu verwechseln wie Miesmuscheln). Die Deutschen sind geneigt, höchst begabte Traditionshalter geringer zu schätzen, als geringer begabte Traditionsbrecher. Nicht die unverdorbene Leserschaft, wohl aber die Armen im Geiste, die sich immer erst aus einer Literaturgeschichte von einer Autorität die Erlaubnis holen, sich eines Dichters zu freuen, um ihn, wenn sie ihn dort schlecht behandelt finden, gleich preiszugeben. Mit dem kritischen Senf, ohne den wir glauben kein Werk der Literatur und Kunst mehr genießen zu können, verderben wir uns bloß Magen und Appetit. Es ist viel bildender und genußreicher, sich Geibel in seine Bibliothek einzustellen und sich in aller Ehrlichkeit und Unbekümmertheit dieses reinen und gediegenen Dichters zu freuen, als in allerhand Kompendien herumzustochern und sich dummes Zeug über „Münchner Schule“ und ähnliche Fiktionen der Literaturklitterung anzulesen.

Daß das Decamerone des Boccaccio zu den wichtigsten Quellenwerken der Literatur gehört, ist bekannt. Weniger bekannt pflegen die literarhistorisch nicht minder einflußreichen Novellen des Bandello zu sein. Es ist daher ein Verdienst des Verlages Georg Müller, der schon eine große Anzahl derartiger Werke der älteren Weltliteratur Liebhabern zugänglich gemacht hat, daß er auch diese nicht nach, sondern neben Boccaccio wichtigste Sammlung herausgibt. Die ersten 3 Bände (Halbleder 270 Mark und 30 Prozent) enthalten die ersten 45 Erzählungen. Bandello erzählt bekanntlich oft trocken; keinesfalls wird der Liebhaber obszöner Literatur bei ihm auf seine Rechnung kommen, wenn auch der Inhalt oft nach heutigen Begriffen unmoralisch ist. Shakespeare hat für „Viel Lärm um nichts“, „Die beiden Veroneser“, „Was ihr wollt“ und „Romeo und Julie“ Bandello benutzt. Die Müllersche Ausgabe enthält auch zum erstenmal in deutscher Übertragung die Widmungsbriefe Bandellos an berühmte Zeitgenossen.

Josef Hofmiller.

Richard Grauls Einführung in die Kunstgeschichte[1]).

Der gleiche Verlag, in den seinerzeit Springers Handbuch der Kunstgeschichte übergegangen ist, gab 1916 die siebente Auflage von Grauls Einführung in die Kunstgeschichte heraus. Zu 1022 Abbildungen ein Text von 162 Seiten! Das zeigt, daß der Verfasser in erster Linie durch das Auge wirken will. Der Text gibt

[1]) Alfred Kröner Verlag, Leipzig 1916. 7. umgearbeitete Auflage. 1022 Abb. 8°. 240 S.

Digitized by Google

in knapper, nur gelegentlich wie bei Dürer oder Raffael breiterer Form die Unterlagen für das Verständnis der Bilder und verzichtet auf eingehendere ästhetische Würdigung. Erfreulicherweise findet das Kunstgewerbe, in dem der Verfasser zu Hause ist, starke Berücksichtigung. Bei der Auswahl der Bilder wird das Bestreben deutlich, auch seltnere Werke oder minder übliche Ansichten bekannter Werke zu bringen, wie Nr. 170 die Karyatide aus Delphi, 203/4 den Wiener Zeuskopf, den Kopenhagener Menander (257), den ravennatischen Bischofsstuhl (336), die Ansichten der Sophienkirche, die syrisch-arabischen Bauten, den persischen Tierteppich des österreichischen Kaiserhauses (385), die gotischen Bauten aus allen Teilen Europas, die Übersichten über das Kunstgewerbe verschiedenster Stile. So darf man Grauls „Einführung" ein gutes Hausbuch nennen, das den Beschauer von der vorgeschichtlichen Zeit bis zu Adolf Hildebrand und Messel führt und wie kaum ein anderes Werk einen allseitigen Überblick ermöglicht. Will man etwas tadeln, so wäre es vielleicht die allzu große Häufung von Namen im Text und die Beibehaltung der üblichen Dreiteilung in Architektur, Plastik und Malerei. Gerade eine so knappe Darstellung hätte vielleicht den Versuch wagen sollen, das Ineinandergreifen der Künste und nicht ihre Zersplitterung vorzuführen.

Fr. W. von Bissing.

Karl Noetzels Einführung in den russischen Roman[1]).

Die Reihe gelehrter und gescheiter Bücher, die Noetzel über russische Dinge geschrieben hat, ist schon recht stattlich. Es sind lauter Werke eines wirklichen, tiefschürfenden Kenners, der die eine große Bedingung erfüllt, ohne die man über ein Land nicht schreiben soll: er hat Rußland ebenso mit dem Herzen, wie mit dem Verstande begriffen. Das zeigt auch das vorliegende Bändchen wieder, das ich noch wärmer empfehlen würde, wenn es nicht an dem typisch Noetzelschen Fehler litte, dem der allzu abstrakten und schwer verständlichen Sprache. Im ganzen Bändchen kaum ein Bild, das uns das Thema ein wenig näher brächte. Nun, da wird nicht viel zu machen sein: als durch und durch philosophischer Kopf denkt Noetzel eben abstrakt. Man wird das Buch mit großem Nutzen lesen; es sind glänzende Gedanken über die Psyche des Russen darin. Freilich glaube ich nicht, daß der Westeuropäer den Russen ohne einen längeren Aufenthalt im Lande wirklich verstehen wird. Aber Leuten, die schon in Rußland gewesen sind, wird das Buch sehr viel geben.

A. Dirr.

Der am meisten zeitgemäße Kalender

heißt „Deutsches Land in Feindesland" und ist erschienen bei Hermann Eichblatt, Leipzig-Gohlis (Preis 12 Mk.). Der Kalender bringt für jede Woche des Jahres 1922 ein schönes Bild aus den uns entrissenen Gebieten.

[1]) Musarion-Verlag, München, 1920.

Redaktionell abgeschlossen am 10. November 1921.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Druck von F. Bruckmann A.G., Graphische Kunstanstalten, und Knorr & Hirth G. m. b. H., München. Die Buchbinderarbeiten werden von Grimm & Bleicher Großbuchbinderei, München, ausgeführt. Papier von Bohnenberger & Cie. Papierfabrik, Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Bismarcks Persönlichkeit.

Ungedruckte persönliche Erinnerungen.

Zu den erschütterndsten Erfahrungen, die uns die Herrschaft des demokratisch-sozialistischen Parlamentarismus gebracht hat, gehört wohl die Tatsache, daß die Führung der Staatsgeschäfte fast durchweg vom Geiste alltäglichster Mittelmäßigkeit getragen wird. Persönlichkeiten von überragender Veranlagung des Verstandes und Willens scheinen seit der großen Umwälzung in den leitenden Stellen nahezu ausgestorben zu sein. Der Wechsel der Staatsform kann dafür schwerlich verantwortlich gemacht werden, denn wir haben es ja mit grimmigem Neide erlebt, daß im Freistaate Frankreich Männer mit bedeutenden Eigenschaften am Ruder standen, während das Ausmaß unserer Führer seit den Zeiten Wilhelms II. in verhängnisvoller Weise abgenommen hatte. Es ist aber wohl kaum ein Zweifel, daß die wesentliche Ursache für die jetzige Unzulänglichkeit in der sozialistisch-kommunistischen Entstehungsgeschichte unseres jüngsten Staatswesens liegt. Die trotzige, klassenbewußte Mißachtung jeder Überlegenheit, die naive Zuversichtlichkeit des Laien gegenüber den schwierigsten Fragen, das rücksichtslose Streben nach Ausnutzung der Parteimacht sind ja die natürlichen Kennzeichen jeder Bewegung, deren Ziel die Herrschaft der Massen bildet. Das schlimmste Zerrbild solcher Bestrebungen hat uns die Räteherrschaft gezeigt, die wahllos Gesindel aller Art in die verantwortungsvollsten Ämter hineinspülte, aber grundsätzlich scheint jede Verfassung, die eine hilflose Abhängigkeit der Staatsleitung von den schwankenden Meinungen und Stimmungen der Menge schafft, derartige Gefahren heraufzuführen.

Und doch kann kein Satz einleuchtender sein, als der, daß ein Volk nur gedeiht, wenn es von den Besten seines Stammes geleitet wird. Dieser selbstverständlichen Forderung verdanken die Monarchien ihre Entstehung, insofern ihre Begründer stets ihre Volksgenossen überragten, die ähnliche Eigenschaften auch bei den Nachkommen wiederzufinden hofften. Das gleiche Ziel hat die Wahl der Staatslenker in den Freistaaten. Die Lebenskraft jedes Staatsgebildes, mögen seine Einrichtungen sonst sein, wie sie wollen, wird davon abhängen, ob es sich die Gewähr dafür schafft, daß nur die Tüchtigsten seine Geschicke bestimmen. An sich wird dieses wichtigste Erfordernis weder durch die Einzelherrschaft noch durch die Volksherrschaft gesichert, da dort die Gefahr der Günstlingswirtschaft, hier diejenige des Parteiklüngels droht. Aber das Beispiel Friedrichs II. und Wilhelms I. einerseits, Washingtons und Lincolns andererseits zeigt, daß in beiden Fällen die Möglichkeit für eine glückliche Lösung der Grundfrage staatlichen Daseins vorhanden ist.

Das widerwärtige Treiben einer Zeit, in der nicht die persönliche Befähigung, sondern vor allem die Parteigesinnung den Zugang zur Staatsleitung bahnt, lenkt unseren Blick mit zwingender Macht auf jenen Abschnitt unserer Geschichte zurück, der unser Vaterland wirklich unter die Herrschaft seiner besten Söhne stellte. Die ragende Gestalt des ersten Kanzlers ist es, die uns den entsetzlichen Abstand unserer heutigen Staatsleitung von derjenigen einer noch in unserem Gesichtskreise liegenden Vergangenheit mit brennendem Schmerze einprägt. Das Vorbild, das uns seine gewaltige Persönlichkeit bietet, sollte gerade jetzt eindringliche Kraft gewinnen, um uns zu stählen für die Zeit, in der wieder ein wahrhaft großer Mann sich an die Spitze unseres Volkes stellen wird.

Vor uns liegen die Aufzeichnungen einer geistig sehr hochstehenden, längst verstorbenen Persönlichkeit, die das unschätzbare Glück hatte, dem eisernen Kanzler viele Jahre hindurch sehr nahe zu stehen. Was sie enthalten, ist lediglich eine sorgfältige Kennzeichnung des Menschen Bismarck. Sie wollen ihn wahrheitsgetreu schildern, ebenso weit entfernt von schwärmerischer Verhimmelung wie von nörgelnder Überlegenheit. Selbstverständlich ist auch diese Darstellung nur ein Spiegelbild, dem die Eigenart des Beobachters sein Gepräge gibt, aber

Digitized by Google

die Bedingungen, unter denen sie entstanden ist, geben doch die Sicherheit, daß sie überall auf umfassender und sorgfältiger Beobachtung beruht. Es konnte natürlich nicht fehlen, daß die Verehrung, die jeder Volksgenosse für den Schöpfer unserer Einheit empfinden muß, auch in der Beurteilung von Bismarcks Persönlichkeit zum Ausdrucke kommt, aber sie hat den Blick für die Schwächen und Einseitigkeiten nicht getrübt, denen auch dieser große Mann, wie jeder Sterbliche, unterworfen war. Da die Schilderung niemals für die Öffentlichkeit bestimmt war, trägt sie den Stempel des rein persönlichen Erlebnisses. Wir glauben aber dennoch im Sinne ihres Urhebers zu handeln, wenn wir sie denjenigen Deutschen zugänglich machen, die sich danach sehnen, ihren Blick aus der Not der Zeit zu erheben. Abgesehen von einer übersichtlicheren Gruppierung der zwanglos niedergeschriebenen Beobachtungen, werden wir bemüht sein, die Aufzeichnungen möglichst mit den gleichen Worten wiederzugeben, wie sie uns vorliegen.

*

Schon der äußere Eindruck Bismarcks, seine mächtige Gestalt, seine aufrechte, stramme, dabei ungezwungene Haltung, namentlich aber der durchdringende Blick seiner feuchten, leuchtenden, vergißmeinnichtblauen Augen, pflegte eine überwältigende Wirkung auf seine Besucher auszuüben; sie waren oft ganz überrascht über die Vornehmheit seiner Erscheinung und küßten ihm unwillkürlich die Hand. Auch sehr selbstbewußte Leute knickten bisweilen vor ihm zusammen wie ein Taschenmesser. Aus seinen Mienen, die einen unbeschreiblich freundlichen Ausdruck tragen konnten, sprach ein unbeugsamer Wille. In einem gewissen Gegensatze dazu standen seine hohe, weiche, schwache, fast weiblich klingende Stimme und die zarten, feinen Hände. Seine Bewegungen waren anmutig, bedächtig, natürlich; er war sehr geschickt. Der Gang war langsam, wenigstens im Alter; der Fürst blieb auf seinen Spaziergängen öfters stehen, um dieses oder jenes näher zu betrachten. Seine Verkehrsformen zeigten vollendete Höflichkeit und Aufmerksamkeit, waren aber durchaus frei und ohne jede Künstelei, nur bei ganz feierlichen Gelegenheiten und Fürstlichkeiten gegenüber steif und würdevoll. Frauen behandelte er mit großer Ritterlichkeit; er küßte seiner Schwester stets die Hand.

In seiner Kleidung war Bismarck einfach, altväterlich, aber sehr sorgfältig und sauber, immer wie aus dem Ei gepellt. Er trug meist einen schwarzen Rock und die weiße Binde, die er selbst knüpfte, sowie einen großen Schlapphut, aber auch gern Uniform, da sie ihm den Verkehr mit dem Kaiser erleichterte. Großen Wert legte er auf Bequemlichkeit der Kleidung; alles Modische oder gar Geckenhafte lehnte er mit Entschiedenheit ab. Er trug niemals einen Ring und fand einen Mann, der Schmucksachen anlegte, unmännlich und verächtlich. Auch bei seinen Untergebenen liebte er Auffälligkeiten in der Tracht nicht. Er mißbilligte modisch gekleidete, offenkundig eitle Menschen, konnte sich über eine neue Halsbinde bei einem ihm zugeteilten Herrn ärgern und regte sich über Minister mit wallenden Bärten auf, da sie entweder unsauber seien oder dem Staate durch die Pflege ihres Bartes die Zeit stöhlen; ein preußischer Minister habe dafür keine Zeit. Solche Dinge konnten ihm eine Persönlichkeit von vorneherein verleiden. Als Hilfe beim Sehen benutzte er eine Lorgnette.

Die Sprechweise Bismarcks war stockend, mühsam, durch Pausen unterbrochen; es war oft peinlich, ihm zuzuhören, weil man den Eindruck hatte, als bleibe er stecken. Er suchte sehr sorgfältig nach dem genau passenden Worte, machte lange Pausen zwischen Beiwort und Hauptwort, schoß dann plötzlich mit einer überraschenden Wendung heraus, auch über die Satzgrenze hinüber; es erschien wie ein qualvolles Ringen mit der Form. Dabei ergab sich dann schließlich ein sehr gewählter sprachlicher Ausdruck, der jedoch allen rein rednerischen Schmuck bewußt verachtete. Er habe schon manche glänzende Redner gehört, meinte der Fürst, bei denen nachher niemand wußte, was sie eigentlich gesagt hätten. Seine Ausdrucksweise war knapp, packend, sachlich, in gewissem Sinne nüchtern, ohne

Digitized by Google

schöne Beiworte, aber voll innerlichen Schwunges. Seine Reden hielt er meist frei oder nur durch kleine Aufzeichnungen unterstützt. Sehr gut gelangen ihm oft unvorbereitete Erwiderungen, bei denen er eine außerordentliche Schlagfertigkeit entwickeln konnte. Flüssiger als im Reichstage, wo er jede Wendung sorgsam abwog, äußerte er sich im kleinen Kreise, wo er Derbheiten nicht verschmähte, ohne doch jemals das Maß zu überschreiten. Aber auch hier sprach er in der Regel zögernd, bedächtig, überlegend. Dabei verstand er es glänzend, den Redekampf zu führen. Schließlich beherrschte er meist die Unterhaltung, plauderte ungemein fesselnd, unter Einflechtung politischer Darlegungen, lustiger Geschichten und zahlreicher Zitate. Gern bediente er sich dabei auch des Plattdeutschen, obgleich er es wohl kaum noch ganz geläufig sprechen konnte.

Dem schriftlichen Ausdrucke wendete er seine Sorgfalt in womöglich noch erhöhtem Maße zu. Er schrieb, wie bekannt, ein ausgezeichnetes, klares Deutsch und stellte an seine Mitarbeiter in dieser Hinsicht die allerhöchsten Anforderungen. Weitschweifigkeit und Künstelei im Ausdruck war ihm sehr zuwider. Über sprachliche Unzulänglichkeiten konnte er sich ernstlich erregen. Jedes Schriftstück, das durch seine Hände ging, sollte „in anständigem Deutsch" verfaßt sein. Er verbesserte selbst unerbittlich und ließ keine Nachlässigkeit durchgehen. Gegen Fremdwörter hatte er eine starke Abneigung, ebenso gegen die lateinischen Buchstaben. Er las kein derart gedrucktes deutsches Werk und nahm auch solche Widmungen nicht an.

Bismarck besaß eine sehr klare Auffassungsgabe; er war imstande, überall sofort das Wesentliche herauszugreifen. Draußen in der Natur bemerkte er alles und jedes, schöne Bäume, das Wild, die kleinen Änderungen beim Wechsel der Jahreszeiten, die Vögel. Dagegen fehlte ihm manchmal das Verständnis für verstiegene Witze, obgleich er über einfache, kindlich anmutende Wortverdrehungen, die er auch selbst öfters anbrachte, von Herzen lachen konnte. Anspielungen und Andeutungen entgingen ihm vielfach; er bediente sich ihrer auch selbst nicht, sondern pflegte sich offen und ohne Umschweife zu äußern. Die Herrschaft über seine Aufmerksamkeit besaß er in höchstem Maße. Wenn er nicht gerade leidend war, erschien er immer frisch und arbeitsfähig, auch nach stärkeren Kneipereien. Es war ihm möglich, unvermittelt vom Vergnügen zu verantwortungsvoller Tätigkeit überzugehen und umgekehrt. Wichtigste Verhandlungen führte er bisweilen am Frühstückstische, und er konnte arbeiten, obgleich die Kinder um ihn herumtobten, war durchaus nicht ablenkbar. Zeitungen pflegte er zu lesen, während rings um ihn die Unterhaltung geführt wurde, in die er ab und zu ein Wort einwarf; er beklagte sich nie über eine Störung. Niemals fand man ihn zerstreut; immer war er achtsam, bei der Sache, unermüdlich, ausdauernd bis zum äußersten.

Seine Vorstellungen waren von größter Lebendigkeit, doch besaß er keinen ausgeprägten Farbensinn. Er verfügte über eine sehr rege Einbildungskraft und war in gewissem Sinne ein Dichter, wenn er auch nie ein Gedicht verfaßt hat, was er auch wohl für lächerlich gehalten haben würde. Sehr gern bewegte er sich in Gleichnissen und Bildern, prägte geflügelte Worte, förderte eine unerschöpfliche Fülle von Einfällen zutage, von denen er sich in der zwanglosen Unterhaltung zu den mannigfachsten Abschweifungen verleiten ließ, ein Genuß für jeden Zuhörer; er wirkte daher in hohem Maße anregend, war niemals langweilig. Mit Rätseln befaßte er sich nur hier und da einmal; dem Schachspiel stand er fremd gegenüber; Karten hatten für ihn keine Anziehungskraft. Sehr gern beschäftigte er sich mit allerlei Plänen, auch wenn er eigentlich wußte, daß sie niemals zur Ausführung gelangen würden. So dachte er vielfach an Reisen, die aus den verschiedensten Gründen unmöglich waren, und spielte nach seiner Entlassung mit dem Gedanken, in den Reichstag zu gehen und die Regierung zu bekämpfen, um diesen Plan dann selbst unter dem Vorwande beiseite zu schieben, daß er in Berlin keine Wohnung finden könne.

Digitized by Google

Bismarcks Gedächtnis war außerordentlich umfassend. Vor allem besaß er sehr gründliche geschichtliche und geographische Kenntnisse und ein tief dringendes Verständnis für deren Bedeutung. Der Schatz seiner Erinnerungen war naturgemäß ungemein reich, und er war gern bereit, darüber mit der ihm eigenen bildhaften Lebendigkeit zu sprechen. Dabei stellte sich indessen öfters heraus, daß er sich in Zahlen und Daten irrte, und daß seine rege Einbildungskraft die Zuverlässigkeit der Wiedergabe beeinflußte. Ähnlich ging es mit den von ihm überall gern eingestreuten Zitaten und Geschichtchen. Dennoch hatte er ein so starkes Gefühl der Sicherheit, daß er der Meinung war, er irre sich nie. Es kam darüber vielfach zu lebhaften, ja leidenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Bucher, der regelmäßig Recht behielt. Familiengedenktage fielen ihm nicht ein; sie spielten für ihn eine geringe Rolle. Daß sein Sohn ihn gerade am Jahrestage des Todes der Fürstin besuchen wollte, war für ihn ohne besondere Bedeutung. Rechnen war nicht seine starke Seite. Dagegen beschäftigte er sich gern mit Sprachen; sie wurden ihm leicht. Das Französische beherrschte er mit vollendeter Sicherheit, das Englische nahezu. Seine Fähigkeit lag dabei mehr im sachlichen Ausdruck und im Verhandeln, als in der gesellschaftlichen Plauderei. Auf vielen anderen Gebieten, die ihn nicht anzogen, so auf demjenigen der Mathematik, der gesamten Naturwissenschaften, der Chemie, Physik, Erdgeschichte, namentlich aber auch der Technik, waren seine Kenntnisse sehr gering; er lehnte es ab, sich näher mit ihnen zu beschäftigen, und hatte keine rechte Vorstellung von ihrer Bedeutung.

Daß Bismarck eine ganz überragende Verstandesbegabung besaß, bedarf keiner besonderen Darlegung. Was ihn zunächst auszeichnete, war die Klarheit und Durchsichtigkeit seines Denkens. Sein geistiges Streben war durchaus auf das Tatsächliche gerichtet. Hier erfaßte er Einzelheiten wie Zusammenhänge mit größter Schärfe. Für ihn gab es keine Verschwommenheit, Dunkelheit, Zweideutigkeit, Schiefheit der Begriffe und Urteile, sondern nur genau umrissene Gegenständlichkeit, Sicherheit, Geradlinigkeit und Folgerichtigkeit. Geflissentlich hielt er sich daher von denjenigen Gebieten des Geistesleben fern, die sich mit den Rätseln des Daseins beschäftigen und der suchenden Ahnung wie der reinen Gedankenarbeit einen weiten Spielraum zugestehen müssen. Den religiösen Fragen stand er mit einer Art scheuer Zurückhaltung gegenüber, und die Philosophie lag ihm ganz fern. Die Beschäftigung mit abstraktem Denken erschien ihm als Firlefanz; Grübeleien mißachtete er. Für Seelenkunde und Ästhetik fehlte ihm jedes Verständnis.

Bismarcks Urteil war im allgemeinen vorsichtig. Er war nicht leicht begeistert, sondern nüchtern, abwägend und entschloß sich schwer und erst nach sorgfältigster Prüfung, neues anzunehmen. Mätzchen und Blendereien machten auf ihn nicht den geringsten Eindruck. Auf der anderen Seite hatte er nicht die Neigung, ohne weiteres abzusprechen, erschien nicht selten auffallend duldsam gegen die Meinungsäußerungen auch ganz junger Leute. Dennoch pflegte er an seinen Ansichten mit großer Zähigkeit, unter Umständen sogar Starrheit festzuhalten und ließ sich nicht leicht belehren. Manchmal konnten ihn Einzelbeobachtungen zu ungerechtfertigten Schlüssen veranlassen; dabei spielten dann besonders gemütliche Einflüsse, Neigungen und Abneigungen, eine Rolle. Sehr bemerkenswert war oft der Unterschied in seinen Urteilen über Fragen des gewöhnlichen Lebens und über Staatsangelegenheiten. Während er sich dort gewissermaßen gehen ließ und den alltäglichen Fehlerquellen des Denkens unterworfen war, nahm er hier einen ganz anderen Standpunkt ein, der ihn zu den höchsten geistigen Leistungen befähigte.

Unvergleichlich war seine Fähigkeit, Staatsangelegenheiten zu überblicken. Ihm stand hier in bewundernswertem Grade die Gabe des Augenmaßes zu Gebote, die Fähigkeit, die Bedeutung und das Gewicht der Dinge richtig gegeneinander abzuwägen, unbeirrt durch Schlagworte und Tagesmeinungen, durch Wünsche und Befürchtungen. Mit größter Klarheit und Sicherheit durchschaute er

Digitized by Google

die Beziehungen der Mächte zueinander, die üblichen Ränke und Kniffe, die Gegensätze und Gemeinsamkeiten. Von hoher Warte aus vermochte er sich ein Bild von zukünftigen Ereignissen zu entwerfen, die großen Linien staatlicher Entwicklungen zu erkennen. In unsere Zukunft sah er mit ernster Besorgnis. Ihn beunruhigte das von ihm selbst eingeführte allgemeine Wahlrecht, das den Massen einen zu großen Einfluß einräume und die Züchtung gewerbsmäßiger Politiker begünstige, der Mammonismus, der die Sitten verdarb und übermäßigen Einfluß auf die Staatsgeschäfte gewann, die Marinesucht, die Englands Feindschaft heraufbeschwöre, endlich die planlose Politik des Kaisers, von dem er meinte: „er geht im Walde rundherum und kommt niemals an den Rand".

In merkwürdigem Gegensatze zu seiner großartigen Einsicht und seinem Weitblick in Staatsangelegenheiten stand Bismarcks geringe Menschenkenntnis. Er beschäftigte sich wenig mit dem Einzelnen und suchte kein Verständnis für seine Eigenart zu gewinnen, soweit das nicht durch seine großen Aufgaben erfordert wurde. Den alten Kaiser, der allerdings eine sehr einfache, geradlinige Natur war, kannte er sehr genau. So wenig der Kanzler für Schmeichelei empfänglich war, ließ er sich doch unter Umständen durch fügsames Entgegenkommen beeinflussen, namentlich wo es ihm zur Förderung seiner großen Aufgaben erwünscht war. So kam es, daß bisweilen Persönlichkeiten Beziehungen zu ihm gewinnen konnten, über deren Verhalten er nachher enttäuscht war. Das galt z. B. von Harden, den er anfangs nicht durchschaute und mit Auszeichnung behandelte, über den er dann aber empört war. Im allgemeinen neigte er dazu, den Menschen Vertrauen zu schenken, war daher oft von verblüffender Offenheit, behandelte mitunter heikle Angelegenheiten in beängstigender Weise bei Tische in Gegenwart ferner stehender Personen. Andererseits traute er Jemandem leicht das Flunkern zu. Er selbst hatte von seinem Scharfblicke im Durchschauen der Menschen eine hohe Meinung. Daß der Kaiser ihn entlassen könne, hielt er für unmöglich und war darüber erstaunt, wie viele seiner früheren Freunde sich nach seinem Sturze von ihm zurückzogen. Offenbar legte er im täglichen Leben an die Menschen einen anderen Maßstab an, als in der Politik; er setzte unwillkürlich bei ihnen die gleichen Eigenschaften der persönlichen Zuverlässigkeit und Ehrenhaftigkeit voraus, die er selbst in höchstem Maße besaß.

Kennzeichnend für seine Anlage war seine großartige Einseitigkeit. Während er die weltumspannenden Fragen der hohen Politik mit nie versagender, überlegener Treffsicherheit beurteilte und behandelte, fielen in den Angelegenheiten des täglichen Lebens nicht selten geradezu naive und oberflächliche Meinungsäußerungen, so über Frauen, Modeangelegenheiten, Kunstfragen und andere Dinge, die seinem Gesichtskreise ferner lagen. Er war grundsätzlich kein Freund der Vielseitigkeit, suchte sich vielmehr nach Möglichkeit zu beschränken. Nur die Einseitigkeit mache stark, meinte er; wenn man ein Ding von allen Seiten betrachte, gehe die Tatkraft verloren. Seine eigene Neigung gehörte selbstverständlich in erster Linie der Politik und der Geschichte, die er als seine Lehrmeisterin betrachtete. Mit den Wikingern beschäftigte er sich gern; er gefiel sich in dem Gedanken, nicht begraben, sondern wie jene zwischen zwei Eichenwipfel gespannt und von Sonne und Vögeln vernichtet zu werden. Urkunden, Familien- und Stammesgeschichte, die Herleitung von Namen, sittengeschichtliche Tatsachen vermochten ihn sehr zu fesseln. Daß die Hohenzollern in der Vorzeit einmal einen Gutstausch von seiner Familie erzwungen hatten, konnte er ihnen eigentlich noch immer nicht verzeihen. Besondere Vorliebe besaß er ferner für Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwesen, weniger für Gartenbau; ihm wäre es am liebsten gewesen, wenn die Waldwildnis bis an sein Haus gereicht hätte. Auch für die Bedeutung des Handels, der Industrie, der Volkswirtschaft hatte er volles Verständnis; gegen die Angaben der Statistik hegte er Mißtrauen.

Mit ganzem Herzen hing er an der Natur, die ihn immer wieder entzückte, weniger durch Stimmungen und Beleuchtungen, als durch die Beobachtung

Digitized by Google

der Pflanzen- und Tierwelt. Schöne alte oder eigenartige Bäume liebte er sehr. Er duldete nicht, daß Wald geschlagen wurde, ließ überall aufforsten. Daß seine Mutter einmal alte Eichen hatte niederlegen lassen, konnte er ihr gar nicht vergessen. Während er früher ein leidenschaftlicher Jäger war, wurde ihm im Laufe der Jahre das Töten der Tiere immer widerwärtiger; er ging daher einfach mit dem Opernglas in den Wald, um das Wild, namentlich die Vögel, zu beobachten. Seine Vorliebe für die Landwirtschaft betonte er häufig, sprach davon, sich ganz auf das Land zurückzuziehen, und bedauerte, daß sein Sohn Herbert als „reine Ministerjöhre" nur Sinn für Politik und nicht für Landwirtschaft habe. Auf sein Verständnis für Pferde war er stolz, obgleich es keineswegs hervorragend war. Er ritt zwar gern und ausdauernd, aber nicht besonders gut und wußte nicht, was man sich und dem Pferde zumuten dürfe.

Von den Künsten war ihm nur die Musik näher vertraut. Er übte sie zwar nicht selbst aus, besaß aber ein feines Empfinden dafür und hatte es gern, wenn in seinem Hause musiziert wurde. Es handelte sich dabei jedoch fast nur um Gesang und Klavier, nicht um Kammermusik, namentlich um Mozart, aber auch um Löwesche Baladen und Schubertsche Lieder; die Fürstin war eine ausgezeichnete Klavierspielerin. Wagner sagte dem Fürsten nicht zu; er hätte es niemals fertig gebracht, die ganze Trilogie durchzuhalten. Dagegen besuchte er in Wien die Ausstellung, um Zigeunermusik zu hören. Am Theater hatte er Freude. Den Komiker Helmerding schätzte er sehr, lud ihn auch zu sich ein; mit Frau Lucca ließ er sich in Gastein photographieren.

Sehr merkwürdig war die Befriedigung seines Lesebedürfnisses. Vor allem las er mit größter Ausdauer Zeitungen, die ihm in Menge zugesandt wurden. Dabei liebte er es, mit einem der bekannten langen Bleistifte die Stellen anzustreichen, die seine Aufmerksamkeit erregt hatten. Die Hamburger Nachrichten, die Leipziger und Berliner Neuesten Nachrichten, früher auch die Kreuzzeitung, pflegte er regelmäßig zu lesen; auch das Siglsche Vaterland kam öfters in seine Hände. Große Freude hatte er am Kladderadatsch und auch an den Fliegenden Blättern. Weiterhin las er selbstverständlich viel Geschichte, Memoiren, Lebensschilderungen, Briefe, auch Reisebeschreibungen. Von der schönen Literatur bevorzugte er sehr einfache und harmlose, auch etwas empfindsame Bücher, „Gartenlaubengeschichten", so diejenigen von Charlotte Niese und Hermine Villinger, ferner die Erzählungen von Storm. Endlich aber konnte er sich auch mit Genuß in die Kinderbücher seiner kleinen Enkel vertiefen. Von den Klassikern stellte er Shakespeare und Schiller am höchsten, letzteren wohl noch über Goethe, dessen Haltung in vaterländischen Fragen ihm nicht zusagte.

Zu den bildenden Künsten und auch zum Kunstgewerbe gewann Bismarck durchaus kein Verhältnis. Er hat selbst nie gezeichnet und auch keinen Sinn dafür gehabt. Von Bildern kaufte er nur Landschaften und geschichtliche Darstellungen. Die ihm als Geschenke übersandten Kunstwerke pflegte er dem Bismarckmuseum zu überweisen, das er ebenso wenig besuchte wie andere Kunstsammlungen. In Fragen des künstlerischen Geschmackes war er gänzlich ohne Ehrgeiz. Er hatte wohl Freude an schönen Humpen, altem Silber, an dem bunten Geflimmer der Orden, am matten Glanz der Perlen, die er häufig für die Fürstin kaufte, aber gar keinen Sinn für Prunk und Kostbarkeiten; so wurde das große Silbergeschenk der Deutschen Städte von ihm niemals benutzt. Dagegen sah er gern alte Sachen von geschichtlichem Wert und Familienerbstücke. Für die neueren Kunstrichtungen war er ganz unzugänglich; den Jugendstil fand er „horribel". Sammlerneigungen besaß er nicht. Die Fürstenbilder und die zahllosen Geschenke, mit denen er überschüttet wurde, schob er nach Möglichkeit in das Museum ab, weil sie ihm unbequem wurden.

Die Verstandesanlage des Kanzlers war in allerhöchstem Maße schöpferisch. Seine Gedankenentwicklung vollzog sich nicht auf dem Wege planmäßig fortschreitender Schlußfolgerungen aus sorgfältig gesammelten Voraussetzungen,

Digitized by Google

sondern durchaus triebhaft, aus den Tiefen seiner Persönlichkeit heraus. Sie war gleichsam das Ergebnis dichterischer Eingebung, die mit staunenswerter Sicherheit den Kern der Dinge erfaßte. Aus dieser Quelle stammte wohl das starke Gefühl von der Richtigkeit der eigenen Überzeugung, die eben nicht die Lösung einer mehr oder weniger verwickelten Rechenaufgabe, sondern den unmittelbaren Ausfluß seiner gesamten Lebenserfahrung darstellte. Mit der Zuversichtlichkeit des Nachtwandelnden, aber mit dem klaren Blicke des Sehers verfolgte er daher die Pläne, die in den geheimen Werkstätten seines Innern herangereift waren und in glücklicher Stunde Gestalt gewonnen hatten. Freilich scheint die Geburt seiner Gedanken und Entschlüsse keineswegs immer leicht und mühelos vonstatten gegangen zu sein. Da er sehr an Schlaflosigkeit litt, beschäftigte er sich in den durchwachten Nachtstunden, oft in qualvoller Weise, viel mit den sein Innerstes bewegenden Ideen.

So war Bismarck durch und durch sein eigener Lehrmeister, ganz aus sich selbst herausgewachsen, keiner staatsmännischen Schule angehörig, wie seine Fachgenossen mit mißbilligendem Erstaunen feststellen konnten. Er war keineswegs unzugänglich für Anregungen und fremde Gedankengänge, aber er nahm sie niemals ohne weiteres hin, sondern verarbeitete sie vollkommen selbständig nach eigenen Gesichtspunkten. Nachahmungen anderer kannte er nicht. Lehrmeinungen, herrschende Anschauungen, Aussprüche von Fachgrößen hatten für ihn keinerlei Überzeugungskraft, wenn er nicht selbst ihre Richtigkeit erkannt hatte. Jedes Aufstellen von Grundsätzen, Richtlinien, Lehrgebäuden, die mit dem Anspruche auf Anerkennung auftraten, ging ihm gegen die Natur, obgleich er selbst, namentlich im Alter, dazu neigte, seine Anschauungen mit einer gewissen lehrhaften Starrheit festzuhalten und zu verteidigen. Er hielt es für abgeschmackt, jemandem aus der Wandlung seiner Ansichten im Laufe der Jahre einen Vorwurf zu machen. In der Tat klebte er nicht an bestimmten Meinungen; er müßte ja ein Esel sein, erklärte er, wenn er mit 50 Jahren dieselben politischen Überzeugungen hätte, wie mit 20 Jahren. So fand er es selbstverständlich, zwischen Freihandel und Schutzzoll je nach Bedürfnis zu wechseln und nicht auf einer Schulmeinung zu beharren. Einwendungen gegen seine Anschauungen und Gründe ließ er auf sich wirken, wenn sie ihm in angemessener Form vorgetragen wurden, und war durchaus entwicklungsfähig. Allerdings warf er seine Ansichten nicht leichthin über Bord, sondern verfocht sie mit großer Gewandtheit, oft auch Hartnäckigkeit.

Die unmittelbar aus der Urkraft der geistigen Persönlichkeit schöpfende Anlage Bismarcks bedingte es, daß er nicht darnach strebte, seine politischen Gedanken in ein Lehrgebäude zusammenzufassen; er konnte es wohl auch nicht. Zur Niederschrift der „Gedanken und Erinnerungen" konnte er nur mit großer Mühe gebracht werden. Wo es sich um die Gewinnung allgemeiner Begriffe, die Aufstellung von umfassenden Regeln handelte, lehnte er ab. Darum vermochte er auch seine Staatskunst auf niemanden zu übertragen, keine Schule heranzuziehen; sie war eine Fähigkeit, die nur in ihm verkörpert war und sich nicht in lehrbare Sätze fassen ließ. In dieser seiner Eigenart lag auch der Grund, warum er der mühsamen, von der Sammlung zahlloser Einzeltatsachen zur Gewinnung allgemeiner Gesetze fortschreitenden Arbeit des Forschers und Gelehrten mit entschiedener Mißachtung gegenüberstand. Das „Blech" der grauen Theorie, die Katheberweisheit hatten für ihn wenig Anziehendes. Verstärkt wurde sein Widerstand, wo ihm die Neigung zur Behandlung politischer Fragen nach bestimmten Lehrmeinungen begegnete. Die politisierenden Professoren und die Katheder-sozialisten, die Konfusionsräte, begoß er weidlich mit seinem Spotte.

Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß Bismarck nur wenig daran dachte, sich mit eigentlichen Weltanschauungsfragen zu beschäftigen. Er lebte zu sehr in der wirklichen Welt mit ihren wechselnden Bedingungen, um das Bedürfnis nach grundsätzlicher Stellungnahme zu empfinden. Eine Ausnahme bildeten natürlich die großen politischen Fragen. Vor allem bekannte er sich rück-

Digitized by Google

haltslos zum Deutschtum und gegen alle Fremdländerei. Die Germanen hielt er für die herrschende Rasse. Jedes moderne Volk gehe unter, meinte er, das nicht einen gewissen Anteil germanischen Blutes in sich habe. Namentlich die Slawen, die er als weibliche Nationen bezeichnete, bedürften der Germanen zu ihrer Entwicklung. Rußland werde eine große Zukunft haben durch die Verbindung mit dem Deutschtum. Dabei war er nichts weniger als blind gegen die Fehler der Deutschen. Bei ihnen spielten die Vereine und die Parteien, besonders der Parteizwang, eine viel zu große Rolle, die Neigung zum Kannegießern, zu theoretisieren, das Herumreiten auf Grundsätzen, die Abneigung gegen die Opferung eigener Anschauungen zugunsten großer Ideen. „Jeder Deutsche sollte eine halbe Flasche Sekt im Blute haben, um rascher zum Handeln zu kommen". Der leidenschaftliche Wunsch, an der Größe Deutschlands zu arbeiten, war die Triebfeder seines Handelns. Von den übrigen Völkern schätzte er besonders die Franzosen und die vornehme Liebenswürdigkeit ihres Adels sehr hoch; Gambetta und Thiers waren ihm persönlich angenehm. Er legte großen Wert darauf, jenen auf die Kolonialpolitik verwiesen zu haben. Auch in Rußland hatte er sich wohl gefühlt. Dagegen stand er den Engländern zwar bewundernd, aber kühl und voller Mißtrauen gegenüber, doch hegte er für ihre Königin aufrichtige Hochachtung.

Daß Bismarck die monarchische Staatsform als die beste erschien, ist nach seiner Abstammung selbstverständlich. Er hielt allerdings eine Einschränkung der Herrschergewalt für zweckmäßig, wäre aber unter Umständen auch bereit gewesen, zum Absolutismus zurückzukehren, da die Tätigkeit des Reichstags seinen Erwartungen gar nicht entsprach. Den gekrönten Häuptern gestand er ohne weiteres eine Ausnahmestellung zu, war ihnen gegenüber außerordentlich vorsichtig und fast zu unterwürfig im Verkehr. Diese Ehrerbietung vor den Fürsten entsprang jedoch nicht einer knechtischen Gesinnung, sondern sie war nur die äußere Form, die er ihrer besonderen Stellung schuldig zu sein glaubte. Er lehnte es ab, in seinem Hause ein Buch zum Einschreiben von Besuchern aufzulegen, weil das nur Herrschern zukomme. Die Mannentreue saß ihm tief im Blute. Bei jeder Gelegenheit betonte er die Wichtigkeit der Rolle, die den deutschen Fürsten in der Entwicklung unseres Vaterlandes zukomme. Er küßte auch dem jungen Kaiser die Hand, weil es sein König sei; der alte hatte es ihm nicht gestattet. Als er nach seiner Entlassung den Besuch in Berlin machen sollte, der ihm sehr schwer wurde, entschloß er sich dazu in dem Gedanken, daß er das tun müsse, wenn sein König es brauche. Diese Gesinnung hinderte ihn nicht, die Schwächen des Kaisers zu erkennen und zu verurteilen. Er spottete über die Vergleiche mit Friedrich dem Großen, den er sehr bewunderte, über das Gerede von dem „Herrn Vater" und „Herrn Großvater" sowie über seine Bezeichnung als „Handlanger" Wilhelms I., bewahrte jedoch in seinen Äußerungen immer eine angemessene Zurückhaltung. Die politische Entwicklung des Kaisers erschien ihm in hohem Grade bedenklich. Die Gestaltung der deutschen Zukunft sollte sich nach seiner Ansicht in der Richtung gegen Südosten, über Ungarn und den Balkan nach Kleinasien, vollziehen. „Wir sind wie Antaeus", meinte er, „und müssen mit den Füßen auf der Erde bleiben". Der Kolonialpolitik stand er daher zweifelnd gegenüber und ließ sich nur durch die Rücksicht auf die Volksmeinung, auf die von ihm als wichtige politische Mächte erkannten „Imponderabilien", zu einem Eintreten in dieser Richtung bewegen. Die Flotte sollte nach seiner Meinung dem Handel folgen; das äußerliche Gepränge bei ihrer Aufmachung war nicht nach seinem Geschmack.

Über das eigentliche Parteiwesen war Bismarck längst hinausgewachsen. Er betrachtete die Dinge und Geschehnisse immer in ihrem Verhältnisse zu seinem Lebenswerke und wurde demgemäß durch die Einzelströmungen gar nicht berührt. Als selbstverständlich verlangte er von den Parteien, daß sie nichts tun sollten, was nicht dem Vaterlande diene. Im Grunde seines Wesens war er natürlich konservativ, kein Rückschrittler, aber geneigt, das bewährte Alte nach Möglichkeit zu erhalten. Von der Regierung Friedrichs III. befürchtete er, daß sie zu sehr in

Digitized by Google

das liberale Fahrwasser geraten werde. Ihm wäre es lieber gewesen, mit den Konservativen zusammenzugehen, und es traf ihn schwer, daß sie ihn im Stiche ließen. Dem arbeitenden Volke stand er mit großer innerer Wärme gegenüber, fühlte sich ihm durchaus verbunden und hatte sehr bestimmte Meinungen darüber, was der König und der Adel dem Volke schuldig sei. Namentlich zur Hilfe in Krankheit und Alter fühlte er sich verpflichtet. Mit den Soldaten im Kriege hatte er großes Mitleid. Er schätzte auch Lassalle und war bestrebt, das Volkswohl auf alle Weise zu fördern. Allerdings waren seine Volksbeglückungspläne mehr diejenigen des wohlwollenden Herrn und gerieten deswegen in scharfen Widerstreit mit den Umwälzungsbestrebungen der Sozialdemokraten, die er mit größter Gewalt zu unterdrücken suchte.

Die religiösen Anschauungen Bismarcks haben offenbar im Laufe seines Lebens eine Wandlung durchgemacht. Ohne Zweifel hatte er von Hause aus ein starkes religiöses Bedürfnis. Als junger Mann war er sehr fromm, wie es auch die Fürstin war. Späterhin trat diese Neigung bei ihm zurück. Er hielt sich wohl noch an die äußeren Gebräuche der Kirche, wohnte der Einsegnung seiner Kinder bei und wollte keinen Anstoß erregen, besuchte aber sonst nie den Gottesdienst. Die „Pfaffen" haßte er, die protestantischen wie die katholischen; gleichwohl verwahrte er sich dagegen, daß er den Kulturkampf angefangen habe, und erklärte, er habe Falck sogar davor gewarnt. Dabei war er religiös duldsam, aber keineswegs freigeistig. Es scheint vielmehr, daß er absichtlich oder unwillkürlich einer bestimmten Stellungnahme in religiösen Fragen aus dem Wege ging; wenigstens sprach er niemals darüber und hatte eine Abneigung, auf derartige Unterhaltungen einzugehen. Den Glauben an Gott und das Bekenntnis zum Christentum betonte er; „wenn ich nicht an Gott glaubte, wäre das Leben überhaupt nichts wert", erklärte er. Von Christus sprach er nie; über den Zwang zur Sonntagsheiligung, der die Leute gegen ihren Willen an der Arbeit hinderte, war er empört. Im Grunde hatte er sich wohl noch etwas von dem naiven Kinderglauben bewahrt. Wenn er etwas vorhatte, schlug er öfters beliebig die Bibel auf, um darin zu lesen; ebenso pflegte er jeden Abend die Losung der Brüdergemeinde anzusehen. Sich mit den übersinnlichen Dingen wirklich auseinanderzusetzen, sich eine eigene Weltanschauung zu bilden, dazu fehlte ihm jedes Bedürfnis. Dagegen war er zweifellos etwas abergläubisch. Er sagte dreimal seinen vermeintlichen Todestag voraus und fiel auch einmal an einem solchen Tage ohnmächtig vom Stuhle.

In anderen großen Lebensfragen bewegten sich seine Anschauungen meist im Rahmen des Hergebrachten. Von dem Einflusse der Erziehung hielt er nicht viel, kümmerte sich auch kaum um die Erziehung seiner Kinder, ließ sie gewähren, versagte, wenn er eingreifen sollte. Für die klassische Bildung trat er mit Wärme ein; ebenso war er ein Verfechter der soldatischen Zucht und Unterordnung. Hinsichtlich der Frauenfrage, die ihn im ganzen wenig berührte, huldigte er altväterischen Anschauungen, hielt vieles für unweiblich, namentlich das Radeln. In der Frage des Zweikampfes nahm er die übliche Stellung des preußischen Offiziers ein. Das Studentenleben dagegen, insbesondere das Paukwesen, das er ja selbst gründlich mitgemacht hatte, erschien ihm späterhin in wesentlich anderem Lichte, als sein Sohn an einer Blutvergiftung infolge einer Hiebverletzung erkrankt war. Für Juden war er persönlich nicht sehr eingenommen; er war aber nicht ihr grundsätzlicher Gegner, mißbilligte vielmehr durchaus jede Verhetzung. Sie gehörten nun einmal dazu, meinte er, und müßten daher geduldet werden. Auf dem Gebiete des Strafrechts, das ihm im übrigen fern lag, war er entschieden gegen eine Milderung der Strafen und hielt eine entschlossene Ausmerzung der Verbrecher für notwendig. Die Abschaffung der Todesstrafe erschien ihm unsinnig; er zwang daher auch den damaligen Kronprinzen, die Todesurteile gegen Hödel und Nobiling zu unterschreiben. Eine Alkoholfrage kannte er nicht. Für den Rausch hatte er ein mildes Bedauern, verurteilte aber sehr scharf den Verlust der Selbstbeherrschung. Er selbst hielt viel auf geistige Getränke und konnte große

Digitized by Google

Mengen zu sich nehmen, ohne daß eine Wirkung auffällig wurde. Seinen Gästen liebte er besonders seine Marken aufzutischen. Alkoholfreie Weine, die ihm als Geschenk zugesandt wurden, ließ er entrüstet zurückgehen.

Den Grundzug der gemütlichen Regungen bildete bei Bismarck eine kräftige Lebensbejahung. Er lebte gern, empfand den Gedanken an seinen Tod sehr peinlich und war im allgemeinen erfüllt von Zuversicht und Selbstvertrauen, erst in den letzten Jahren seines Lebens vielfach sorgenvoll. Die sonnige Heiterkeit seiner Seele, die einen Hauptzug seines Wesens bildete, wurde mehr durch Krankheiten, als durch Erlebnisse getrübt. Er besaß sehr viel Humor, Sinn für komische Lebenslagen, für Zerrbilder, Ironie, Satire, Wortspiele, verspottete auch gelegentlich sich selbst. So sagte er unter Hinweis auf seinen Kahlkopf, es sei ebenso gemein für einen Mann, Haare zu haben, wie für eine Frau, sie zu verlieren. Grundlosem Wechsel der Stimmung war er nicht unterworfen; er war nicht launisch oder wetterwendisch, meist gleichmäßig. Dabei waren seine Gefühle tief, kräftig und nachhaltig, nur in Kleinigkeiten rasch wieder verblassend. Er besaß indessen eine große Fähigkeit, sich zu beherrschen und nach außen seine Ruhe zu bewahren, wenn es die Umstände erforderten. Seine Natur war außerordentlich leidenschaftlich, der stärksten seelischen Erregungen fähig. Infolgedessen wurde er leicht heftig und zornmütig, auch bei verhältnismäßig geringfügigen Anlässen, so daß man es oft gar nicht recht verstand, wenn etwa der Bleistift nicht gespitzt, die Pfeife nicht gestopft, ein Befehl nicht ausgeführt war. Besonders seine Hausgenossen, Frau, Kinder und Dienstboten, hatten unter diesem maßlosen Aufbrausen zu leiden, doch ließ er sich vielfach durch Zureden oder einen Scherz rasch wieder beruhigen. Zu solchen Zeiten konnte er sehr ungerecht werden, grollte auch wohl eine Zeitlang, war aber schließlich froh, wenn er wieder darüber hinweg gekommen war, ohne indessen dann weichmütig seine Übereilung einzugestehen. Er selbst erkannte an, daß Leidenschaft eine Schwäche sei, aber er fügte hinzu: „die Leute müssen wissen, daß man ungeheuer ins Zeug gehen kann; ohne Leidenschaft gibt es keine Tat". Seine Umgebung konnte diese Ausbrüche manchmal schwer ertragen. Man fürchtete ihn sehr, und selbst die Fürstin wagte ihm heikle Angelegenheiten nicht persönlich vorzutragen, sondern pflegte im Vorzimmer auf seinen Bescheid zu warten. Dabei war der Fürst sehr ärgerlich, wenn man vor ihm Angst hatte.

Die Ausdrucksformen seiner Gemütsbewegungen waren sehr kräftige. Wenn er schon in der gewöhnlichen, ungezwungenen Unterhaltung den derben „Bismarckschen Ton" liebte, so konnte er in der Erregung jedes Maß überschreiten, sich in den stärksten Ausdrücken ergehen, brüllen wie ein Stier, fluchen und rücksichtslos wüten, bis der Zorn verraucht war. Schwere seelische Erschütterungen konnten ihn zum Weinen bringen. Nach der Abschiedsaudienz beim Kaiser war er völlig außer sich; nach dem Tode der Fürstin schluchzte er wie ein Kind. Er erzählte selbst, wie er in Nikolsburg, als man ihm vorwarf, er wolle die Armee um die Früchte ihres Sieges bringen, vor Erregung den Drücker aus der Türe herausgedreht habe. Wo ihm in der Erfüllung seiner großen Aufgaben persönliche Widerstände entgegentraten, konnte er leidenschaftlich hassen und kannte dann keine Schonung, wie im Falle Harry Arnim. Bei solchen Schwierigkeiten war er bisweilen tagelang finster, mürrisch und gereizt. Auf der anderen Seite konnte er ausgelassen sein wie ein Kind, lachte von Herzen über harmlose Witze, vermochte sich manchmal gar nicht wieder zu beruhigen.

Eine sehr ergiebige Quelle für Verstimmungen war sein körperliches Befinden. Er war recht empfindlich gegen körperlichen Schmerz und Unbehagen, litt darunter stark, selbst bis zum Weinen, und klagte sehr, bisweilen in übertriebener Weise. Es war ihm dann ein Bedürfnis, von seiner Umgebung bemitleidet und liebevoll behandelt zu werden, und er empfand es bitter, wenn das nicht in genügendem Maße geschah. Durch freundlichen Zuspruch, Scherze, Mitleidsäußerungen ließ er sich öfters ablenken und vergaß dann seine Beschwerden.

Digitized by Google

Sehr eigentümlich war dabei seine Stellung zur Heilkunde und zu den Ärzten. Er war sehr bedacht auf alles, was seinen Körper anging, ließ sich regelmäßig messen und wägen, hatte auch immer einen Hausarzt, der ihn jeden Tag besuchen und lange Zeit hindurch sogar zu Bett bringen mußte. Für Mittelchen interessierte er sich lebhaft, gab auch anderen gern ein Pulver, wenn sie Kopfschmerzen hatten. Sein Hauptleiden war hartnäckige Schlaflosigkeit, die zeitweilig mit Opium, später mit Paraldehyd, auch mit Bädern und Wicklungen, behandelt wurde. Dabei hatte der Fürst aber sehr wenig Neigung, ärztlichen Ratschlägen zu folgen, verlangte vielmehr, ohne jede Änderung seiner Lebensweise wieder hergestellt zu werden. Von der Fürstin wurde er darin eifrig unterstützt; sie besorgte ihm heimlich Genüsse, die der Arzt verboten hatte. Als einmal wegen der Zulässigkeit von geräuchertem Lachs eine Leuchte der Wissenschaft befragt werden sollte, erklärte Bismarck kurzweg: „Ach, was versteht der Kerl von Lachs!“ und ließ es sich schmecken. Als Schweninger die Behandlung Bismarcks übernehmen sollte, war dieser gar nicht geneigt, ihm über seine Beschwerden genauere Auskunft zu geben, und erst die Bemerkung, daß er sich dann einen Tierarzt holen müsse, der seine Kranken auch nicht ausfragen könne, brachte ihn zum Nachgeben. Obgleich er an sehr quälenden Gesichtsschmerzen litt, ließ er doch niemals seine Zähne untersuchen, weil er sich vor dem Zahnausziehen fürchtete; es seien alles Schweinehunde, und sie täten einem dann etwas, meinte er. Es scheint aber, daß er selbst diese Schwäche als beschämend empfand.

Ein Grundzug seines Wesens war ein sehr starkes Selbstgefühl. Bismarck hatte natürlich das Bewußtsein, daß er ein Mittelpunkt war, um den sich alles drehte, daß in seinen Händen eine ungeheure Macht lag, und daß er berufen war, seinem Vaterlande die allergrößten Dienste zu leisten. Diese Erkenntnis gab ihm das Gefühl einer außerordentlichen Sicherheit. Er glaubte fest an seinen Stern und hatte die unbedingte Zuversicht auf das Gelingen seines Werkes. Niemals war er im Zweifel über das, was er wollte. Daraus entsprang bei ihm die feste Meinung, daß seine Mitwirkung durchaus unentbehrlich sei, wenn nicht alles drunter und drüber gehen solle, und der leidenschaftliche Drang, alle seine Kräfte zur Erreichung seiner hohen Ziele einzusetzen. Mit der größten Geduld suchte er daher den König durch immer wiederholte Auseinandersetzungen seinen Plänen geneigt zu machen. Um so größer war seine Enttäuschung, als es ihm nicht gelang, Macht über den jungen Kaiser zu gewinnen; er war nach seiner Entlassung auf das tiefste erschüttert und empört und verlangte von seiner Umgebung in grimmigem Humor, daß man ihn nur als „weggejagt“ bezeichnen solle.

Die wahrhafte Größe aber lag darin, daß dieses Gefühl der Überlegenheit bei Bismarck völlig frei war von persönlicher Eitelkeit. „Die Eitelkeit verdirbt das Augenmaß und beeinträchtigt die Klarheit des Urteils“, pflegte er zu sagen; „der klügste Mensch kann durch Eitelkeit zum Narren werden.“ Allerdings war er durchaus nicht unempfindlich gegen Anerkennung, freute sich harmlos und unbefangen über die Besucher, die ihm huldigten, und legte Wert darauf, geliebt zu werden, aber die Hauptsache war ihm dabei doch immer die Förderung seiner hohen Ziele, die er von seiner Volkstümlichkeit erhoffte. Darum unterzog er sich willig den großen Anstrengungen, die mit den Empfängen verknüpft waren, weil er sich verpflichtet fühlte, wenigstens auf diese Weise sein Werk zu stützen. Schmeicheleien und Schranzentum waren ihm widerwärtig. Prahlerei kannte er nicht. Über den Ruhm meinte er lächelnd: „Wat ick mi davör köp!“ Die Ordenswirtschaft belachte er, wenn er auch das „Herumfliegen des schwarzen Adlerordens“ unter dem jungen Kaiser mißbilligte. Gegen die Standeserhöhungen lehnte sich sein junkerlicher Stolz auf. Er mißbilligte daher auch Moltkes Freude an Orden sowie dessen Wunsch, Graf zu werden, und hatte zu ihm persönlich nur ein kühles Verhältnis, hauptsächlich allerdings wohl wegen seiner Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Kaiserin, als sie die Beschießung von Paris verhinderte. Der mehr spießbürgerliche Roon stand seinem Herzen näher. Die Erhebung in den Fürsten-

Digitized by Google

stand nahm er nur mit großem Widerstreben an, um den alten Kaiser nicht zu kränken. Als ihn darauf einer seiner neuen Standesgenossen beglückwünschte, daß er nun einer der Ihren sei, lachte er sehr und erklärte, daß er nicht zu den Kerlen gehöre. Gegen den Titel eines Herzogs von Lauenburg sträubte er sich heftig; er fand ihn lächerlich, weil der Kaiser selbst Träger dieser Würde sei, und weil er außerdem nicht genug Vermögen besitze, um standesgemäß auftreten zu können. Privatbriefe mit jener Aufschrift wies er zurück.

Im Zusammenhange mit dem trotzigen Selbstgefühl stand wohl Bismarcks persönliche Unerschrockenheit, die ihn Gefahren mißachten ließ. Feigheit war ihm schimpflich. Daß er im Zweikampfe seinen Mann stand und unbedenklich in voller Uniform ins Wasser sprang, um mit eigener Lebensgefahr seinem ertrinkenden Reitknechte zu helfen, ist bekannt genug. Die auf ihn verübten Mordanschläge machten ihm wenig Eindruck; er war nur empört darüber, weil er solche Angriffe nicht verdiene. Den Schutz durch Geheimpolizisten lehnte er entschieden ab, sobald er ihn bemerkte. Allein er besaß auch in höchstem Maße die „Zivilkurage", die er an vielen sonst mutigen Männern vermißte. Bei seinen Kämpfen in der Konfliktszeit und gegen Österreich war er sich völlig darüber klar, daß er ein sehr gewagtes Spiel unternahm, und meinte, er würde wohl auf dem Schaffot geendet haben, wenn der Ausgang unglücklich gewesen wäre. Für Drohungen war er vollkommen unzugänglich. Sein berühmtes Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt" war somit ein überaus kennzeichnender Ausdruck seiner eigenen Gesinnung. Darum durfte er auf die Waffe der Schwachen und Feigen, die Unwahrhaftigkeit, auch so gänzlich verzichten. Er konnte Falsches behaupten, aber niemals wider besseres Wissen. Jede Lüge war ihm verächtlich. Einen wahrhaftigeren Mann hat es nie gegeben.

Hand in Hand mit seinem starken Selbstgefühl ging ein unbändiges Unabhängigkeitsbedürfnis. Bismarck war durchaus eine Herrennatur, die sich nur Gott und dem Könige unterordnete, an dem er mit leidenschaftlicher Liebe hing. Er mochte sich nicht demütigen, auch wenn er im Unrecht gewesen war, und ließ sich den Anspruch der Überlegenheit von niemandem gefallen, lehnte sich gegen Versuche auf, ihm Eindruck zu machen. Mit Vorliebe erzählte er aus seinem Leben Geschichten, bei denen er Vorgesetzten ein Schnippchen geschlagen hatte. So stand er hoch über den Menschen und Dingen, suchte sich immer seine innere Freiheit zu bewahren und ließ sich durch keine äußere Einwirkung entscheidend beeinflussen. Trotz seiner sonstigen Offenheit erschloß er doch sein innerstes Empfinden Niemandem; er verbarg keusch in sich, was letzten Endes seine Seele bewegte, und gehörte daher, wie alle wahrhaft großen Menschen, zu den Einsamen.

Das sittliche Gefühl Bismarcks war von fast kindlicher Reinheit und Natürlichkeit. Zweideutigkeiten, Unklarheiten und Halbheiten auf diesem Gebiete waren bei ihm nicht zu finden. Es war natürlich, daß für ihn sein eigenes Ich eine sehr große Bedeutung hatte. So legte er auch an seine eigenen Handlungen vielfach einen anderen Maßstab an, als bei anderen. Schon die ungeheure Last der Staatsgeschäfte, die auf ihm lag, drängte ebenso wie seine vielfachen körperlichen Beschwerden dazu, daß seine eigenen Bedürfnisse überall im Vordergrunde standen; ihnen mußte sich alles unterordnen. Seine Familie sollte vor allem für ihn da sein, und er nahm es übel, wenn eines ihrer Mitglieder sich dieser ihm selbstverständlich erscheinenden Pflicht zu entziehen suchte. Dem Schmerze über den Tod der Fürstin mischte sich für ihn eine gewisse Gereiztheit bei, daß auch sie ihn nunmehr im Stiche gelassen habe. Trotz dieser starken Betonung seiner persönlichen Wünsche, die ihn etwas zum Haustyrannen machte, war er im Grunde bescheiden „wie ein anständiger Mensch", ohne Überhebung, anspruchslos und mit väterlicher Sorge bemüht, seiner Umgebung das Leben behaglich zu gestalten. Er war auch weit davon entfernt, den Erhabenen zu spielen, gab sich vielmehr völlig ungezwungen und gemütlich.

Die Weite seines Gesichtskreises und der Druck seiner Verantwortung, die seine

Digitized by Google

ganze Persönlichkeit in Anspruch nahm, brachte es wohl mit sich, daß Bismarcks Verhältnis zu den Seinen vielleicht kein so inniges war, wie man von vornherein hätte erwarten sollen. Er wünschte zwar immer, jemanden von seinen Angehörigen um sich zu haben, freute sich über Familienfeste und empfand auf das stärkste die Behaglichkeit, die er im Kreise der Seinen genoß. Aber in erster Linie waren seine Söhne doch seine natürlichen Helfer, deren Arbeitskraft er rücksichtslos in Anspruch nahm. Namentlich Herbert wurde völlig sein Sklave, das Arbeitstier, der Mond, der um die Sonne kreiste, wie man es mit Bitterkeit nannte. Es wurde dem Fürsten schwer, sich in den Gedanken zu finden, daß seinen Kindern ein Anrecht zustehe, ihr Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten. Weder die Fürstin noch seine Tochter nahmen trotz rührendster persönlicher Anhänglichkeit an seinem engeren geistigen Leben Anteil; sie lasen nicht einmal die Reden, die er gehalten hatte. Mit Kindern wußte Bismarck nichts anzufangen. Wenn er früher wohl einmal mit ihnen herumgetollt hatte, begnügte er sich bei seinen Enkeln, auch wenn er sich über ihr Erscheinen sehr gefreut hatte, mit der gelegentlichen Feststellung, daß sie sehr niedlich seien, ohne sich sonst weiter mit ihnen zu befassen. Erschütternde politische Ereignisse, der Mordanschlag Nobilings, seine Entlassung, regten ihn viel stärker auf, als etwa die Krankheit der Tochter oder selbst der Tod der Fürstin. Für die Kinder seines Bruders trat er nicht ein, um sich nicht dem Vorwurfe der Begünstigung auszusetzen. Dagegen tat er seinen Verwandten heimlich sehr viel Gutes, bezahlte Schulden und gewährte Zulagen.

Die starke Wurzel von Bismarcks Persönlichkeit war sein ungemein kräftig entwickeltes Heimatsgefühl. Er fühlte sich als Pommer, hing an den Jugenderinnerungen aus Kniephof, bevorzugte die Sitten, Gebräuche und Gerichte seiner Heimat. Die Bedeutung der Stämme und Rassen schätzte er sehr hoch ein. Eheschließungen mit Fremdstämmigen mißbilligte er, fand auch kein rechtes Verhältnis zu seiner ausländischen Schwiegertochter. Sein Herz gehörte ganz seinem Vaterlande; allgemeine Menschheitsfragen beschäftigten ihn wenig. Für Leute mit verschwommener Abstammung und Gesinnung hatte er den Ehrennamen „internationaler Schweinehund".

Seine Beziehungen zu anderen Menschen wurden von dem Gefühle vollkommener Gleichberechtigung beherrscht. Wenn er auch von den Pflichten durchdrungen war, die der Adel auferlegt, war Bismarck doch durchaus nicht adelsstolz oder hochmütig und hatte gar keine Empfindung für Standesunterschiede. Über sogenannte nicht standesgemäße Ehen dachte er weitherzig und hielt eine gelegentliche Blutauffrischung für zweckmäßig. Im persönlichen Verkehr behandelte er jedermann mit der gleichen wohlwollenden Höflichkeit. Im galt als Maßstab der Wertschätzung nur die Tüchtigkeit, gleichgültig, ob es sich um einen Kutscher, einen Fürsten oder um einen Millionär handelte. Vor den Rechten und der Eigenart seiner Mitmenschen hatte er große Achtung. Fremde Verdienste, geschichtliche Persönlichkeiten erkannte er rückhaltslos an. Von den Vorkämpfern für die deutsche Einheit aus dem Jahre 1848 meinte er: „Ich habe Glück gehabt und sie nicht." Neid und Mißgunst waren ihm gänzlich fremd. Ebensowenig kannte er Rachsucht. Während seine Angehörigen, namentlich die Fürstin, Kränkungen, die ihm widerfahren waren, nicht wieder vergessen und verzeihen konnten, kam er leicht darüber hinweg, wenn nicht das Gelingen seiner Pläne gefährdet war. Über den törichten Beschluß des Reichstags, ihm zu seinem 80. Geburtstag keinen Glückwunsch zu senden, zuckte er nur die Achseln. Von einem höheren Hofbeamten, der nach seiner Entlassung nichts mehr zu seiner Unterstützung zu tun wagte, meinte er nachsichtig, man könne das auch nicht von ihm verlangen, ihm sein Verhalten nicht übel nehmen. Einem anderen, der sein Duzfreund gewesen war, sich dann aber von ihm zurückgezogen hatte, kam er, als jener dann in Begleitung des Kaisers wieder erschien, mit unveränderter Freundlichkeit entgegen; er hatte anscheinend dessen Zurückhaltung gar nicht bemerkt. Als ein früherer Botschafter,

Digitized by Google

der sein erbitterter Feind gewesen war, an Zungenkrebs erkrankte und ihm den Wunsch zukommen ließ, sich wieder mit ihm auszusöhnen, ging er sofort zu ihm und besuchte ihn mehrere Male, obgleich die Seinen ihn davon abzuhalten suchten. Er müsse sich ja schämen, wenn er das nicht tue, erklärte er. Auch die Konservativen, die sich von ihm getrennt hatten, nahm er später wieder mit offenen Armen auf. Er dachte in solchen Fragen nichts weniger als kleinlich und hatte volles Verständnis für Menschlichkeiten. Über sein Schicksal war er durchaus nicht dauernd so verbittert wie seine Angehörigen.

Ein Ausfluß seines allgemeinen Wohlwollens für die Menschen war Bismarcks große Gastfreiheit. Er liebte es sehr, wenn man ihn besuchte, beklagte sich, wenn, um ihn zu schonen, Leute abgewiesen wurden, und war bemüht, seinen Gästen den Aufenthalt auf alle Weise angenehm und behaglich zu machen; er freute sich, wenn sie sich bei ihm wohl fühlten. Kurz vor seinem 70. Geburtstage lud er das ganze Regiment der Halberstädter Kürassiere ein, die es nicht gewagt hatten, die Erlaubnis zu einem Besuche zu erbitten. Für jedermann war er zugänglich, ging ohne weiteres auf Gespräche ein und vermochte es nicht immer, sich vor unbequemen Ausfragern zu schützen. Seine tief wurzelnde Höflichkeit machte es ihm schwer, ohne Schroffheit jemanden abzuschütteln. Er erzählte gern aus seinem reichen Leben, schilderte mit allen Einzelheiten, sprach sich mit größter Freiheit über alle möglichen politischen Fragen aus, wenn man ihn dazu anregte, war sehr liebenswürdig und geduldig im Anhören von Meinungsäußerungen. Bei seinen Ausfahrten benutzte er das Tor, wo die Leute auf seinen Anblick warteten, wurde nicht müde, halten zu lassen, und sprach grundsätzlich jeden Offizier an, auch ganz junge Leutnants. Bei einem Fackelzug drückte er jedem Teilnehmer die Hand und hörte damit auch nicht auf, als ihm die Hand schmerzte. Er hatte ein gewisses Bedürfnis, verwöhnt, gestreichelt, geliebkost zu werden, war auch selbst zärtlich, küßte die Leute auf die Wange, die ihm die Hand küßten; im Alter pflegte er auch junge Mädchen zu küssen. An seinen persönlichen Freunden, deren er eine ganze Reihe hatte, hielt er mit großer Treue fest; vielfach waren es allerdings wohl politische Interessen, die ihn mit ihnen verknüpften. Im ganzen waren jedoch seine inneren Beziehungen zu den Menschen trotz freundlichster Formen eher kühle. Gegen seine Dienstboten war er wohl einmal äußerst heftig, duldete aber nicht, daß jemand entlassen wurde. Sie hingen daher sehr an ihm, während sie der Fürstin gegenüber unbotmäßig waren.

Vom weiblichen Geschlechte hatte Bismarck eine geringe Meinung. Zwar gefielen ihm vornehme Frauen, und er ließ es nie an ritterlicher Aufmerksamkeit und Rücksicht für Damen fehlen. Aber sonst spielte alles, was lange Röcke trug, für ihn gar keine Rolle. Die Kaiserin Augusta, die seine Pläne immer wieder zu durchkreuzen und den Kaiser gegen ihn einzunehmen suchte, haßte er ehrlich. Sein allgemeines Urteil über die Frauen war oberflächlich und geringschätzig, etwa wie dasjenige eines Studenten oder Leutnants; er suchte auch keinen weiblichen Verkehr und hatte selbst zur Fürstin eigentlich kein tieferes innerliches Verhältnis. Über geschlechtliche Beziehungen dachte er ziemlich frei, doch waren seine Äußerungen über solche Dinge meist sehr harmloser Art. Von Verirrungen wußte er nichts. Seine eigenen geschlechtlichen Bedürfnisse scheinen nicht sehr stark gewesen zu sein. Sein Eheleben war tadellos.

Sehr bekannt ist Bismarcks Vorliebe für Tiere geworden, besonders für Hunde, die seine ständigen Begleiter waren. Ihnen gegenüber war er von unglaublicher Nachsicht, ließ sich alle durch sie verursachten Unbequemlichkeiten ohne weiteres gefallen. Er stand nachts auf, um sie herauszulassen, strafte sie nicht, wenn sie bissen. Eine Hündin, die an Gebärmutterkrebs litt, konnte er sich nicht entschließen, töten zu lassen, sondern behielt sie dauernd in seiner Umgebung.

Wenn Bismarck mit dem Namen des eisernen Kanzlers belegt wurde, so wird dadurch mit Recht die ungeheure Stärke des Willens gekennzeichnet, über die er verfügte. „Die Hauptsache ist die Tat", war sein Ausspruch. Er war ein

Digitized by Google

Mann von äußerster, rücksichtslosester Entschlossenheit, der ohne Schwäche und ohne Schwanken durchführte, was ihm als Ziel vorschwebte, bereit, jede Verantwortung zu übernehmen. Die Welt hätte einfallen können, bevor er nachgegeben hätte. „Das ist unser Mann" sagte Roon schon bei seinem ersten Auftreten. Schwierigkeiten, Widerstände, Gegnerschaften schreckten ihn nicht. Er war eine ausgesprochene Kampfnatur, die Genuß darin fand, sich mit ebenbürtigen Gegnern zu messen. In seiner Jugend galt er geradezu als Raufbold. Wer sich ihm entgegenstellte, den bekämpfte er mit leidenschaftlichem Hasse und rannte er nieder. Dabei war er durchaus kein planloser Draufgänger, sondern er verfolgte seine Pläne durch Jahrzehnte mit größter Nachhaltigkeit und Zähigkeit, bereitete sie sorgfältig vor und ließ sich durch keine Hindernisse von seinem Wege abdrängen. Es darf vielleicht als ein Sinnbild seiner Persönlichkeit gelten, daß er sich schon als Student bei einem Besuche der Vogesen sagte: „Dat möt wi hebben". Sein Handeln war immer durchaus folgerichtig und berechenbar, wenn man die Voraussetzungen und das Ziel kannte. Er sah den Weg klar vor sich und ging ihn mit unbeirrbarer Entschiedenheit. Seine Willensanlage trug daher den Stempel der unbedingten Zuverlässigkeit; man konnte Häuser auf ihn bauen. In fachlichen Fragen ließ er sich auf keine Weise beeinflussen, weder durch Einflüsterungen noch durch Bitten oder sonstige Rücksichten. Auch von der öffentlichen Meinung war er gänzlich unabhängig; wer sich ihr unterwerfe, sei schon verloren, meinte er. Dennoch benutzte er sie, wo sie ihm helfen konnte, und suchte auf sie einzuwirken, ganz besonders durch die Jugend bei den Empfängen von Studenten und Offizieren.

Die Triebfedern seines Strebens waren ganz unpersönliche. Sein Sinnen und Handeln galt Deutschlands Sicherheit, Glück und Größe, und das Gefühl der Verantwortlichkeit für sein Vaterland war es, was ihm die Nachtruhe raubte und ihn zu den folgenschwersten Entschlüssen befähigte, zur Auseinandersetzung mit Österreich und zum Kriege mit Frankreich, dessen Unvermeidlichkeit er klar erkannt hatte. Mit peinlichster Sorgfalt vermied er es, aus seiner Stellung für sich persönliche Vorteile zu ziehen. Kein Vorwurf konnte ihn mehr empören, als eine dahin gehende Unterstellung. „Wenn ich etwas bin, so bin ich ein ehrlicher Kerl", erklärte er. Nach seinen großen Erfolgen im Frankfurter Frieden sträubte er sich entschieden gegen eine Dotation vom Reiche, weil er sich nicht im Reichstage durchhecheln lassen wollte. Der Kaiser schenkte ihm dann persönlich den Sachsenwald. Jener Verzicht ist um so bemerkenswerter, als Bismarck sonst nach seinen eigenen Worten „gierig" nach Landbesitz war. Er wollte gern ein großes Gebiet sein eigen nennen, kaufte zu hohem Preise und hatte große Freude daran, seine Ländereien zu zeigen. Im übrigen galt er für geizig, und er war auch nicht besonders freigebig, machte nicht gern Geschenke; derartige Dinge mußte die Fürstin besorgen. Gegen Bettelbriefe, die ihm jeden Tag in ganzen Stößen zugingen, verhielt er sich gänzlich ablehnend, weil er sich nicht ausnutzen lassen wolle. Dagegen bezahlte er, ohne ein Wort darüber zu verlieren, auch sehr bedeutende Rechnungen für die Luxusbedürfnisse seiner Angehörigen. Er selbst hatte an Geschenken, auch unbedeutenden Aufmerksamkeiten, mehr Freude, als man eigentlich hätte meinen sollen.

Wollte Bismarck seine Ziele erreichen, so bedurfte er der vollsten Freiheit des Handelns. Er war daher in hohem Grade herrschsüchtig und verlangte unbedingte Unterordnung unter seinen Willen. Den Kampf um die Macht führte er mit größter Schärfe. Auch der alte Kaiser mußte sich ihm fügen; der Kanzler machte ihm durch seine Hartnäckigkeit und Gewalttätigkeit das Leben schwer und quälte ihn vielfach durch Verstimmungen und wohl nie ganz ernst gemeinte Rücktrittsdrohungen, um die von der Kaiserin ausgehenden Widerstände zu überwinden. Bismarck selbst arbeitete hart, aber gewandt und schnell, dabei sorgfältig, gründlich, umsichtig, großzügig; er konnte sich sehr rasch in eine Arbeit vertiefen und kannte keine Ermüdung. Diese Fähigkeiten setzte er, natürlich mit Unrecht,

Digitized by Google

auch bei seinen Mitarbeitern voraus und hatte daher gar keine Vorstellung von ihrer wirklichen Leistungsfähigkeit. Er überspannte seine Anforderungen und konnte sehr ungerecht werden, wenn sie nicht erfüllt wurden. Seine Untergebenen hatten vielfach schwer unter dieser rücksichtslosen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu leiden; sie rieben sich auf oder sie wurden widerspänstig.

Dazu kam, daß Bismarck es nicht verstand, die Arbeiten zweckmäßig einzurichten und zu leiten. Er glaubte, es werde alles schlecht gemacht, was er nicht selbst tue, und traute niemandem zu, seine Absichten richtig auszuführen. Infolgedessen nörgelte er über Kleinigkeiten, erschwerte seinen Mitarbeitern ihre Tätigkeit und erzeugte innere Reibungen, die ihn zu Klagen über Widerstände und Unfähigkeiten veranlaßten. Weil er nicht gern in Berlin, sondern lieber in Varzin war, mußten seine Untergebenen regelmäßig die 14-stündige Reise dorthin machen. Er war auch nicht imstande, sich genügend zu entlasten, weil er überall selbst eingriff und niemandem Selbständigkeit ließ. In dienstlichen Angelegenheiten war er streng und unbarmherzig; alles mußte pünktlich und genau erledigt werden. Er beurteilte die Leute lediglich nach ihrer Nützlichkeit für seine Zwecke und konnte sehr bissige Bemerkungen über Botschafter machen, die ihm schlechte Berichte lieferten und nicht leisteten, was er erwartete. Andererseits stellte er womöglich die Menschen dahin, wo es ihnen am liebsten war. Im ganzen war er als Vorgesetzter gefürchtet und verhaßt, weil er von seinen Untergebenen strammsten Gehorsam verlangte und unerbittlich einschritt, wo es ihm die Sache zu erfordern schien. So lag er in stetem, aufreibendem Kampfe mit den Herren vom grünen Tische, mit den Regierungsräten; es war nach seinem Ausspruche der einzige Kampf, in dem er nicht siegte.

Die geringe Fähigkeit des Fürsten, einen Betrieb zweckmäßig einzurichten, machte sich auch in seiner eigenen Wirtschaft geltend. Obgleich er an sich sparsam war, wurde doch maßlos vergeudet, weil er an allen Enden bestohlen und betrogen wurde. Alles war unpraktisch und schwerfällig, nicht den hohen Anforderungen angepaßt, die seine Stellung und seine Gastfreiheit mit sich brachten. Bismarck war kein Freund von Neuerungen; es sollte möglichst alles so bleiben, wie es immer gewesen war. Fortschritten in der Technik, selbst der Einführung von Wasserleitung und elektrischem Licht, stand er zweifelnd gegenüber. Er selbst empfand die Unzulänglichkeiten und Schäden der Wirtschaft nicht und nahm es übel, wenn man ihn darauf aufmerksam machen wollte. Für geschmackvolle Ausstattung des Hauses hatte er gar keinen Sinn; seine Einrichtung war altväterisch, nüchtern und möglichst bequem. Zum Entwerfen von Bauplänen hatte er kein Geschick. Als ihm eine Feuersbrunst wegen eines unzweckmäßig angelegten Kamins vorausgesagt wurde, kümmerte er sich nicht weiter darum, regte sich aber auch nicht sonderlich darüber auf, als der Brand wirklich eintrat. Das Abreisen war stets mit unendlichen Schwierigkeiten verknüpft, weil die Vorbereitungen sehr umständlich waren. Es wurde auch gern immer wieder hinausgeschoben, so daß man niemals recht wußte, woran man war.

Bismarcks Leben war in zielbewußter Zusammenfassung aller Kräfte nur der Erfüllung seiner hohen Sendung gewidmet. Außer den kurzen Ruhestunden im Kreise der Seinen, die vor seiner Entlassung karg genug bemessen waren, war seine Zeit wie sein Denken ganz durch die politische Arbeit in Anspruch genommen. Seine Erholung war namentlich das reichliche Zeitungslesen. Theater und Konzerte konnte er wegen der mit seiner Volkstümlichkeit verknüpften Behinderungen nicht besuchen; er pflegte in Berlin überhaupt das Haus nicht mehr zu Fuß zu verlassen. Die sogenannte Geselligkeit und große Essereien haßte er. Hoffestlichkeiten waren ihm ein Greuel; er lehnte deren Besuch ab, weil er keine Zeit habe und auch nicht so lange stehen könne. Spiele irgendwelcher Art liebte er nicht. Dagegen tanzte er in jungen Jahren gern. Auch an Leibesübungen, Turnen, Hanteln, und besonders Reiten, hing er sehr, während er den eigentlichen Sport als unnütze Zeitvergeudung mißbilligte. So lange er irgend konnte, ritt

Digitized by Google

er; auch ging er auf dem Lande viel spazieren; später machte er sehr ausgedehnte und anstrengende Wagenfahrten. Er hatte viele Beziehungen zu Zeitungen, schrieb aber selten eigenhändig, hielt meist nur Vorträge, nach denen dann Aufsätze ausgearbeitet wurden. Nach seiner Entlassung empfand er die erzwungene Untätigkeit sehr hart.

Die Lebensführung des Fürsten wurde stark durch seine Neigung beeinflußt, bis in die Nacht hinein zu arbeiten. Er pflegte erst gegen ½1 Uhr, öfters noch später, das Bett aufzusuchen. Auf die Mahnung, daß es Zeit sei, meinte er dann, es sei doch schade; er fühle sich gerade noch so munter. Die Nächte waren häufig zum Teil oder ganz schlaflos; ihn beschäftigten dann politische Sorgen und Pläne, Ärger über Reibungen, Schwierigkeiten mit dem Könige oder der Königin. Gegen 10 Uhr pflegte er sich zu erheben, nachdem er im Bette gefrühstückt hatte; dann kam das Bad, das Ankleiden und Rasieren, das er bis zuletzt selbst erledigte. Gegen ½1 Uhr erschien er zum zweiten Frühstück im Familienkreise. Er war dabei selbst nicht sehr pünktlich, ließ sich durch dieses oder jenes aufhalten, liebte es aber nicht, zu warten. Seine Eßlust war sehr stark. Als junger Mann verzehrte er einmal in einer Sitzung 12 harte Eier. „Wenn man Hunger hat, kann jeder Schweinhund essen", meinte er scherzend, „aber ohne Hunger — das ist etwas anderes." Seine Neigungen gingen dabei im allgemeinen auf die allereinfachsten Speisen; er hatte eine Menge von Lieblingsgerichten, meist hausbackener Art, namentlich solche, die ihm aus der Jugend vertraut waren, wenn er auch Leckerbissen keineswegs verschmähte. Auch zu trinken liebte er reichlich, bis dem ärztlicherseits Einhalt geboten wurde. Morgens nahm er Moselwein, Zitronenwasser, Milch zu sich, zum zweiten Frühstück Schaumwein. Bei seinen Spazierfahrten, auf denen er sich gewöhnlich von Verwandten oder Gästen begleiten ließ, wurden Bier und Schaumwein in Eis sowie einige Pfeifen mitgeführt; der Kutscher mußte an allem teilnehmen. Für Kaffee und Tee hatte der Fürst keine Vorliebe. Dagegen rauchte er fast ununterbrochen starke Zigarren, bis vom Arzte die Pfeife an deren Stelle gesetzt wurde. Um 7 Uhr fand das Abendessen statt; die Zeit nachher war dem Zeitunglesen bei einem Glase Bier im Kreise der Angehörigen und Gäste gewidmet, während dessen er sich hier und da an der Unterhaltung zu beteiligen pflegte.

Hinsichtlich seiner Lebensbedürfnisse war der Fürst im ganzen überaus anspruchslos. Jede Verkünstelung und Aufmachung, jedes Gepränge war ihm zuwider. Den Schmuck des Lebens konnte er leicht entbehren. Er war sehr empfänglich für naive Genüsse und fühlte sich auch in ganz einfachen Verhältnissen auf dem Lande wohl. Sein Streben richtete sich in erster Linie auf Behaglichkeit und Bequemlichkeit. Er hatte sehr die Neigung, sich helfen und bedienen zu lassen, war empfänglich für kleine Aufmerksamkeiten, dankbar für Liebesbezeugungen, ließ sich gern von Frauen seine Pfeife anstecken und anrauchen. Vor allem aber erfreute er sich an der Natur, am Rauschen der Quellen, am Singen der Amseln, an der Ankunft der ersten Stare, an den flinken Meisen, die er zu füttern pflegte. Eine saftige Wiese, ein hübscher Tannenzapfen, das frische Grün des Frühlings, die aufsprießenden Crocus, schöne Blumen, besonders Rosen, die Eichhörnchen, das Wild konnten ihn in lebhaftes Entzücken versetzen. Unter den Bäumen hatte er seine Lieblinge, die er auf seinen Fahrten besuchte, und mit Stolz fuhr er durch seine weiten Besitzungen, um den Stand der Saaten und die Arbeiten auf den Feldern zu besichtigen. Während seine natürliche Neigung dahin ging, das friedliche und regelmäßige Leben eines Landedelmannes zu führen und sich von der Liebe der Seinen verhätscheln zu lassen, warf ihn die unwiderstehliche Forderung seiner gewaltigen Persönlichkeit in das zermürbende Getriebe schwerster politischer Kämpfe und machte ihn zum bestgehaßten Manne Europas. Erst dann, als er das Höchste für Deutschland geleistet hatte und man ihn als unbequem und entbehrlich beiseite schob, war es ihm am Abend seines Lebens vergönnt, in diejenigen Bedingungen zurückzukehren, nach denen sich sein Herz im stillen im-

Digitized by Google

mer gesehnt hatte. Freilich begleitete ihn jetzt die quälende und nur allzu berechtigte Sorge, ob das kommende Geschlecht imstande sein werde, das Erbe zu erhalten, das er ihm hinterlassen hatte.

*

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die hier entworfene Schilderung der Persönlichkeit Bismarcks wesentlich neue, bisher unbekannte Züge enthält. Ihr Wert scheint uns mehr darin zu liegen, daß sie den Versuch macht, von einem einheitlichen Standpunkte aus ein möglichst zuverlässiges Bild davon zu geben, wie Bismarck wirklich war. Es wäre natürlich wünschenswert, zu prüfen, wie weit diese Darstellung mit dem sonstigen, ungeheuer reichhaltigen Beobachtungsstoffe im Einklang steht, den wir über das Leben, Wirken und Wesen Bismarcks besitzen. Diese umfassende Aufgabe mag der Geschichtsschreibung vorbehalten bleiben. Hier sollte nur gezeigt werden, wie der große Kanzler einem Beobachter erschien, der, allerdings erst in späteren Jahren, tiefe Einblicke in seine Persönlichkeit tun konnte und bemüht war, sie schlicht und unverfälscht wiederzugeben.

Was uns aus diesen Beobachtungen entgegentritt, ist der zwingende Eindruck, daß Bismarck nicht durch Volksgunst oder Fürstenlaune, sondern durch die innere Macht seiner Persönlichkeit auf seinen Platz in der Geschichte unseres Vaterlandes gestellt worden ist. Seine politische Sehergabe, die Klarheit und Schärfe seines Denkens, seine leidenschaftliche Liebe zum Vaterlande und endlich sein eiserner, unbezwinglicher Wille mußten ihn zu einem großen und erfolgreichen Staatsmanne machen. Daß er dabei jene freie und edle, fast kindliche Natürlichkeit besaß, die so oft die Begleiterin wahrer Größe ist, macht ihn unserem Herzen besonders teuer. Seine Schwächen, die vielfach nur die Kehrseite seiner großartigen Anlage sind, bringen uns sein Bild menschlich nahe. Wir erkennen aus ihnen, daß er ein Mensch war wie wir, der nur durch harte innere Arbeit zur Höhe seines Daseins gelangen konnte. Ein wahres Grauen aber erfaßt uns, wenn wir uns vergegenwärtigen, welche Nachfolger das Schicksal unserem ersten Reichskanzler gegeben hat! Unsere Zukunft wäre hoffnungslos, wenn der Tiefstand in der Folge der Persönlichkeiten, den uns die Entwicklung der Dinge gebracht hat, unser unabänderliches Los wäre. Das können, dürfen und wollen wir nicht glauben. Wenn die Urkraft seiner Veranlagung den Landjunker Bismarck zum größten Staatsmanne seines Jahrhunderts gemacht hat, so dürfen wir ja hoffen, daß sich, sobald die Zeit erfüllt ist, auch von neuem Männer finden werden, die Einsicht, Mut und Kraft genug besitzen, um unserem Jammer ein Ende zu machen. Denn das soll unser Trost sein: Bismarck war ein Deutscher! In seiner Persönlichkeit begegnen uns eine Reihe jener Wesenszüge, die wir mit Recht als die Wurzeln deutscher Größe betrachten. Noch lebt das Volk, dem er entstammte. Warum sollte es nicht ein zweites Mal in seiner Not einen Mann erzeugen können, der unserem Sehnen Erfüllung bringt?

Tim Kleins Bismarck

— unentbehrlich, unersetzlich für jeden, der in möglichst kurzer Zeit Bismarck wirklich kennen lernen will — ist eben im 96. bis 115. Tausend erschienen. Alles Wichtige ist mit jener Kunst des Auswählens symbolischer Tatsachen zusammengestellt, wie sie nur Tim Klein besitzt. Wir hatten angenommen, die neue Ausgabe, die gänzlich umgearbeitet ist und die neuesten Veröffentlichungen bis zum dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen" berücksichtigt, würde reißenden Absatz finden. Der Verleger, Wilhelm Langewiesche in Ebenhausen bei München, teilt uns mit, daß dies nicht der Fall ist und vermutet, der billige Preis (in jeder Buchhandlung gebunden M. 23.40) verhindere die neuen Reichen es zu kaufen.

Digitized by Google

Bismarck-Erinnerungen.

Von Luise Freiin von Poellnitz.

Den älteren unserer Leser, namentlich in Norddeutschland, ist der Name der Verfasserin des folgenden Beitrags, Luise von Poellnitz, wohl noch bekannt als der einer durch Empfindung, Schlichtheit, Verstand und Humor ausgezeichneten Schauspielerin der Berliner Bühnen (gest. 1904). Eine Reihe der besten Charakter- und Volksgestalten aus dem naturalistischen Jahrzehnt unserer Schauspielkunst (Ibsen, Hauptmann, Voß, Sudermann, Schnitzler) sind von ihr zuerst auf der Bühne nachgeschaffen worden. Als Mitglied des alten, in der preußischen Beamten- und Offiziersgeschichte ehrenvoll bekannten Geschlechts v. Poellnitz, war sie nicht ohne Kämpfe mit ihrer Familie zur Bühne gekommen; wie es heißt, hat erst die Vermittlung der damaligen Königin Augusta in den sechziger Jahren diese Schwierigkeiten behoben und auch ihr erstes Auftreten — damals als Sängerin — am Berliner Opernhaus ermöglicht. Aus diesen sechziger Jahren, und zwar offenbar aus dem Jahr 1867, stammen auch die folgenden Bismarck-Erinnerungen, die wir der Güte von Freiin Hertha von Poellnitz verdanken. Sie sind erst nach langer Zeit, beinahe 20 Jahre später, aufgezeichnet, und so ist das Gedächtnis der Erzählerin offenbar nicht überall ungetrübt geblieben. Die Erzählung von der Nacht nach der Schlacht bei Königgrätz ist offenbar eine Kontamination von kleinen anschaulichen Einzelzügen, die Bismarck aus dieser Nacht — in der das Hauptquartier aber in Horriz war — erzählt haben wird (vgl. z. B. J. Vilbort, Das Werk des Herrn von Bismarck, deutsche Ausg. Bd. II, S. 66 ff.), mit seiner Schilderung des großen bekannten Konflikts, den er in den Wochen darauf, vor allem in Brünn und Nikolsburg (das hier auch als Schauplatz genannt wird), mit König Wilhelm zu bestehen hatte. Sie bringt aber doch das unmittelbare Echo einiger sehr bezeichnender, in dieser Fassung u. W. bisher nicht überlieferter Bismarckworte. Auch die erste Erzählung vom 15./16. Juni 1866 bedarf noch der kritischen Durchleuchtung. Wir verweisen hier nur auf die Darstellung in der großen „Geschichte des Krieges von 1866 in Deutschland" von O. v. Lettow-Vorbeck, 1. Bd., S. 112 und 137 ff., und Moltkes Korrespondenz 1866, S. 221 ff. auf die Erzählung bei R. v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 276 f.

Zu beneiden waren die wenigen Auserwählten, die zu dem kleinen Zirkel gehörten, der sich Ende der sechziger Jahre jeden 2. Sonntag um den gastlichen Tisch des Ministers Graf Fritz Eulenburg versammelte. Graf Eulenburg war vor einigen Jahren ausersehen worden, den für den preußischen Staat so wichtigen Handelsvertrag mit Japan in Jeddo, dem heutigen Tokio, persönlich abzuschließen; er hatte auf den beiden, ihm zur Disposition gestellten Kriegsdampfern unserer damals noch jungen Marine die exotischen Schätze, des uns bisher fast unerschlossenen Inselreichs in seine Heimat entführt, die jetzt diese Räume schmückten. Die eigentlichen Privaträume des Ministers, die nach der Front „Unter den Linden" zu lagen, zeigten einen von den nach rückwärts gelegenen Repräsentationsräumen ganz verschiedenen Charakter. Tief dunkle, sattfarbige Damaststoffe deckten die Wände, geschmückt mit kunstvoll komponierten indischen Trophäen, fratzenhaften Götzenbildern und allen möglichen japanischen und chinesischen Kunstschätzen. Zu den Habitués dieser genußreichen Zusammenkünfte gehörten zwei Damen, die große Sängerin und kleine Baronin Pauline Lucca — Baronin von Rhaden — und die Schreiberin dieser Erinnerungen. Zu den regelmäßigen männlichen Gästen gehörte der Gatte der kleinen Diva Adolf v. Rhaden und Graf Heinrich Lehndorff, der Lieblingsadjutant des Monarchen, zwei prachtvolle, echt norddeutsche Erscheinungen. Außer diesem „eisernen Bestand" wechselten an der Tafel: Prinz Nikolaus von Nassau, der seinen Groll gegen Preußen bereits vergraben hatte; der Hofmarschall des Prinzen Carl, der alte liebenswürdige

Digitized by Google

Marchese Luchesini; der Bruder des Hausherrn, Graf Philipp Eulenburg, Kommandeur eines, wenn ich nicht irre, in Magdeburg garnisonierenden Ulanen-Regiments; der verflossene Gesandte Hessens, Exzellenz v. Schachten, ein Chevalier de l'ancien régime, der noch in der Erinnerung des seligen Wiener Kongresses schwebte; Hans von Rochow, der Gegner Hinkeldeys in dem todbringenden Duelle; Graf von Waldersee, damals noch Marine-Kapitän und Graf Otto Bismarck.

Einer dieser Abende wird mir ewig unvergeßlich bleiben und obgleich ich erst nach langen Jahren diese Erinnerungen zu Papier bringe, stehen diese Stunden mir so lebhaft vor Augen, als hätte ich sie gestern erlebt. Wir hatten uns nach dem Essen in einen der andern Salons verfügt, saßen, den Mokka aus rohrumflochtenen japanischen Schalen schlürfend, in zwanglosen Gruppen umher. Man hatte hyperbelt über Menschenverstand und tierischen Instinkt. Graf Eulenburg ließ einen kleinen japanischen Hund, den er von seinen Reisen mitgebracht, hereinführen. Das kleine schlitzäugige Tier erriet bei mir sofort die Sympathie für das ganze Hundegeschlecht und baute sich auf meinem Schoß unter zahllosen Windungen ein Nest, in welches er sich mit einem Seufzer der Erleichterung niederließ und in tiefen Schlummer sank. Die schöne weiße Hand meines Nachbars zur Rechten, des Hausherrn, lag auf dem schwarzen Fellchen, welches ihr eine kokette Folie verlieh, links von mir lehnte in einem Fauteuil in der Uniform der Halberstädter Kürassiere die Hünengestalt des preußischen Premiers. Die kleine Sangesfee neckte sich vis-à-vis mit den Grafen Lehndorff und Waldersee. Wir waren von Hundetreue auf Männertreue, von dieser auf Volksliebe und Gunst und schließlich auf den Feldzug des verflossenen Jahres und die Zeit kurz vor dem Ausbruch gekommen und beide Minister tauschten ihre Erinnerungen über den Vorabend der Kriegserklärung aus.

Graf Bismarck hatte von den Kämpfen gesprochen, die er in der Einsamkeit stiller Sommernächte in dem Park seines Ministerhotels in der Wilhelmstraße mit sich selbst bestanden. Die Unabweislichkeit des Krieges war ihm bewußt, er kannte den Widerstand unseres friedliebenden Herrn, kannte die Gefahr, die der kleinsten Großmacht, — nur einer Sympathie der italienischen vollkommen sicher — von einer Welt in Waffen drohte, kannte den Widerwillen der ganzen Nation und ihrer Führer gegen den Bruderkrieg. Nur zwei Männer standen ihm treu zur Seite: Graf Fritz Eulenburg und Moltke. Der anbrechende Tag fand ihn einmal an derselben Stelle seines Parkes, an der das scheidende Abendrot ihn verlassen. Täglich hatte er durch schwere Stunden seine ganze Beredsamkeit dem Widerstande des Monarchen gegenüber aufgeboten, täglich hatte sich die Menge vor dem Palais gesammelt und die Abfahrt des Ministers mit Drohungen, mit erhobenen geballten Fäusten begleitet — und das für seines Landes Heil und Größe einzig schlagende Herz des besten Patrioten hatte sich eines aufsteigenden bitteren Gefühls nicht erwehren können. Er fühlte: du mußt und wirst siegen! und diese Menge wird nach dem Erfolg dir zujauchzen, während sie dich steinigen würde, sollte das Glück dir abhold sein! Da kam der Abend des 15. Juni heran. Die Truppen standen kriegsbereit an der hessischen und hannoverschen Grenze. Graf Bismarck stand vor der Entscheidung, es mußte gehandelt werden, die Entscheidung noch heute von dem Monarchen erzwungen werden. Der Graf hatte im Lauf des Nachmittags auf eigene Verantwortung eine Depesche an den Grafen Vogel v. Falkenstein abgeschickt mit dem Befehl, falls er bis 5 Uhr morgens keine Konterorder erhalte, die Grenze zu überschreiten und so die Feindseligkeiten zu eröffnen.

Gegen Abend war der Graf in das Palais gefahren mit dem festen Entschluß den König ohne Entscheidung nicht zu verlassen. Moltke und Eulenburg harrten in banger Erwartung der Entschließung, der erstere in seinem Hause, letzterer im Verein mit der Gräfin Bismarck und dem Baron v. Keudell, dem jetzigen Gesandten in Rom, im Ministerium in der Wilhelmstraße. Lange bange Stunden

Digitized by Google

spannten alle Fibern der Harrenden. Bis 1 Uhr nachts dauerte der Kampf des Ministers mit dem Monarchen, den Bluts- und Wahlverwandtschaften an die feindlichen Höfe fesselten, bis endlich unter heißen Tränen um die erste Morgenstunde König Wilhelm seinen Namenszug unter die Kriegserklärung setzte. Graf Eulenburg, den es trieb, sofort dem harrenden Moltke die ersehnte Botschaft zu überbringen, stürmte die Treppe hinunter, den ersten ihm begegnenden Menschen, den alten Portier, an die Brust drückend. Kopfschüttelnd starrte der alte Zerberus des Palais dem zu Fuß durch die Nacht Stürmenden nach, der atemlos die Wohnung Moltkes erreichte und stürmisch die Klingel zog. Still, wie im tiefen Schlafe lag das Haus, kein Lichtschimmer verriet die bange Erwartung, mit welcher der schon damals greise General des erlösenden Wortes harrte. Er hatte gegen Mitternacht die ganze Dienerschaft zur Ruhe gesandt und öffnete jetzt ernst und schweigend in voller Generalsuniform, den Helm im Arm, Lackstiefeln an den Füßen dem fieberhaft erregten Freund selbst das Haustor. Es bedurfte keines Wortes, beide Männer sanken sich in die Arme und Graf Moltke trat sofort zu Fuß seinen Weg nach dem Palais des Königs an. Die ganze Nacht hindurch herrschte vielbewegtes und doch geräuschloses Leben zwischen des Königs Residenz, dem Auswärtigen Amte, Unter den Linden, militärischen Kommandos.

Vom Palais in der Wilhelmstraße flitzte der elektrische Draht nochmals die Marschorder an den General Vogel v. Falkenstein. Diese Depesche hat den General nie erreicht; die Hessen hatten die Telegraphendrähte durchschnitten, und wenn Graf Bismarck nicht in letzter Stunde noch dem König die Entscheidung entrang, so überschritt der General, die Konterorder vergebens erwartend, die Grenze und — Graf Bismarcks eigene Worte: — „das Haupt des preußischen Premiers lag als das eines Staatsverräters auf dem Richtblock."

Graf Bismarck hatte zuerst in unserer engeren Konversation seine Erzählung nur an die Schreiberin dieser Zeilen gerichtet, bald aber hatte sich der ganze Kreis um unsere Sitze gruppiert und lauschte. Wir waren auf der eingeschlagenen Bahn weiterschreitend zu den verschiedenen Ereignissen des Feldzuges gelangt, zu den Fehlern bei Nachod, zu dem Kampf bei Gitschin bis zur Schlacht bei Königgrätz. Graf Bismarck bestätigte die bekannte Anekdote von der Graf Moltke auf dem Schlachtfeld angebotenen Zigarre [1]), sprach auch von der schweren und tiefen Sorge des greisen Strategen, der dem Ausgang der Schlacht durchaus nicht mit so sanguinischen Hoffnungen entgegensah, wie man glaubte. Wenn das großartig geplante Manöver der Armee des Kronprinzen nicht gelang, war die Schlacht verloren. Aber es wurde ausgeführt, wie es geplant war. Unsern Monarchen hatte der anbrechende Sommermorgen bereits zu Pferde unter seine Truppen getrieben, fieberhafte Erregung herrschte in dem ganzen königlichen Stabe, die Ordonnanzen flogen mit Windeseile hin und her zwischen den einzelnen Truppenkörpern. Der Verlauf der Schlacht ist bekannt: nach dem Eingreifen der Kronprinzlichen Armee Sieg auf allen Punkten! König Wilhelm, von seiner fieberhaften Erregung bis zur Exaltation getrieben, setzte sich selbst mit jugendlichem Feuereifer an die Spitze der den fliehenden Feind verfolgenden Kavallerie, es gelang Graf Moltke erst nach energischen Vorstellungen, den König zurück in sein Hauptquartier Schloß Nikolsburg zu führen. Der greise Sieger hatte 16 Stunden ununterbrochen zu Pferde gesessen, seine Kraft nur noch an dem Glückgefühl des errungenen Sieges aufrecht erhalten. Vom Pferde steigend, taumelte der greise Herr, und nur dem schnellen Zuspringen Graf Lehndorffs war es zu danken, daß er nicht zu Boden sank. An Ruhe war nicht zu denken, der Kronprinz und Graf Bismarck trafen mit dem Stabe nach und nach im Hauptquartier ein, die Konsequenzen des Sieges mußten in Erwägung gezogen werden.

[1]) In einem kritischen Augenblick der Schlacht, vor dem Eingreifen der Kronprinzen-Armee, wollte Bismarck feststellen, ob Moltke den Kopf noch oben halte, und reichte ihm einen Zigarrenbehälter mit einer guten und einer weniger guten Zigarre. Als Moltke mit Bedacht von den beiden Zigarren die bessere auswählte, war Bismarck beruhigt.

Digitized by Google

„Das war die schwerste Nacht meines Lebens. Preußens Ruhm und Deutschlands Zukunft standen auf dem Spiele", rief Graf Bismarck aus.

Die ganze Hofgesellschaft kannte die Abneigung der Kronprinzessin gegen den Grafen, der ihrer englischen Politik durchaus und offen feindlich oft bis zum scharf zugespitzten Wortgefecht selbst im Salon entgegentrat. Der Einfluß der Kronprinzessin auf den Kronprinzen war damals noch bedeutend, ja furchterregend für jedes patriotische Herz; ich war zu der Frage wohl berechtigt: ob der Graf in jener Nacht unter der Gegnerschaft des Kronprinzen besonders gelitten habe, denn niemand hätte geahnt, daß es der König gewesen, der dem Grafen entgegen gewesen sei.

„Nein," antwortete der Graf, „der Kronprinz hat in jener Nacht fest und treu zu mir gestanden." Der Kronprinz und Graf Bismarck waren zum König gerufen worden.

Ehe man das Hauptquartier erfahren und gefunden, war es spät in der Nacht geworden. Graf Lehndorff hatte seinen Diener mit dem Gepäck verloren, konnte sich nicht umkleiden und hatte sich einen entdeckten, schön rund gestopften Strohsack vor die Zimmertür seines Herrn geschleift, gestiefelt und gespornt, bedeckt mit dem ganzen Staub und Schmutz des Schlachtfelds sank er auf demselben nieder. Seine Vorsicht, die Tür seines Herrn mit seiner Person zu verbarrikadieren, hätte diesen schwerlich vor Gefahr geschützt, denn als des Grafen alter Diener Friedrich ihn endlich gegen Morgen gefunden, hat der ihm Stiefel und Kleidung ausgezogen, ihm ein Lager bereitet und ihn darauf gebettet, ohne daß der Graf erwacht war. Drinnen kämpfte Bismarck unterdessen wieder einen schweren Kampf mit dem Monarchen. Der König, aufs äußerste vom Siegestaumel erregt, verlangte mit anbrechendem Morgen die weitere Verfolgung des Feindes und dessen Demütigung bis zum Siegeseinzug in Wien. Graf Bismarck stellte dem Herrscher die Unmöglichkeit solchen Handelns vor Augen. Die Armee trug Cholera und Typhus in ihren Gliedern, die Folgen der schlechten Feldlager in Böhmen bei nasser Witterung; die schlechten Wege hatten Schuhwerk und Kleidung zerstört, die Truppen hatten in der Schlacht Unbegreifliches an Pflichterfüllung geleistet, sie waren am Ende ihrer Kräfte. Neue Streitkräfte waren nicht heranzuziehen, die Mainarmee in Bayern nötig, man mußte dem Feinde goldne Brücken bauen, um die eigene Schwäche zu maskieren. Der König wollte nicht glauben, nicht begreifen, weinend wie ein Kind — Bismarcks Worte — warf er sich in die Sofaecke, deckte mit geballten Fäusten die Augen und rief: „Man will den Sieg, den Ruhm einschmälern, ich will nicht nachgeben, will nicht einhalten, ich bin von Staatsverrätern umgeben!" Ich führe jetzt den Grafen an, um seine mir unvergeßlichen Worte genau wiederzugeben:

„Der Mann, der da vor mir lag, den ich vergötterte, für den ich in Stücke mich hätte hauen lassen, verlangte wie ein Kind, den Mond vom Himmel von mir. Sein Gedanke war unausführbar, meine Pflicht gegen mein Vaterland gebot mir, ihm entgegenzutreten. ‚Majestät,' erwiderte ich, ‚so bleibt mir nichts weiter zu tun, als mein Amt als preußischer Premier Ew. Majestät zu Füßen zu legen, ich bin nur noch Ew. Majestät Major in der Armee und das erste österreichische Quartier ist mein Tod! Ich, der die Notwendigkeit dieses Krieges für Preußen erkannt und gegen eine Welt von Widersachern alles daran gesetzt habe, ihn ins Werk zu führen, darf besiegt nie nach Berlin zurückkehren. Die Armee ist dezimiert, ein Schritt weiter, und Frankreich greift in die Aktion. Es bedarf einer Heeresmacht nicht gegen uns, wenige französische Bataillons auf dem Schienenweg durch Bayern uns entgegengestellt, werfen unsere ganze disponible Kriegsmacht über den Haufen.' Ich bat, mich zu entlassen! Hier legte sich der Kronprinz ins Mittel, er verstand und begriff mich und mehr erschöpft als überzeugt gab der König nach."

Breslau, den 29. November 1886. Gez. Luise von Poellnitz.

Digitized by Google

Briefe über Bismarck.

Von seinem letzten Rechtsbeistand Heinrich Fülscher.

Mitgeteilt durch dessen Tochter Hildegard v. Stoutz, geb. Fülscher.

Mein Vater Heinrich Fülscher ist am 12. Januar 1858 in Glückstadt (Elbe) als Sohn des damaligen dänischen Deich- und Wasserbau-Kondukteurs Johann Fülscher geboren. Im Mai 1886 trat er aus dem Staatsdienst, wo er als Gerichtsassessor tätig war, aus, und ließ sich in Wandsbek als Rechtsanwalt nieder. Im August 1890 wurde er zum Königlichen Notar ernannt. Außer in seiner beruflichen Arbeit war er viel im öffentlichen kommunalen und politischen Leben tätig, wodurch er in weiteren Kreisen bekannt wurde. Seine selbstlose Güte, die Offenheit und Gradheit seines Charakters, sowie sein köstlicher Humor, verschafften ihm in allen Schichten der Bevölkerung Anhänger und Freunde.

Vom Jahre 1895 bis zum Tode des Fürsten Bismarck war er dessen Rechtsbeistand und ein häufiger Gast in Friedrichsruh. Als begeisterter Verehrer des großen Kanzlers erzählte er oft und gern im vertrauten Kreise von seinen Erlebnissen im Sachsenwalde. — Sein häufig ausgesprochener Wunsch war, seine Bismarckerinnerungen zu sammeln und sie der Öffentlichkeit zugängig zu machen. Schon auf der Heimfahrt von Friedrichsruh pflegte er sich Notizen über die Gespräche und die Aussprüche des Fürsten zu machen, um sie daheim in Briefen an seinen Vater bezw. in Diktaten an meine Mutter niederzulegen. Durch Arbeitsüberhäufung, lange Krankheit, und seinen frühzeitigen Tod, ging sein sehnlichster Wunsch, seine Bismarckerinnerungen auszuführen, nicht in Erfüllung. Im Jahre 1904 starb er nach langer schwerer Krankheit.

* * *

Wandsbek, 25. Okt. 1895.

Mein lieber, guter Alter!

Erst mal meinen innigsten Glückwunsch zu Deinem Geburtstage! Ich brauche Dir nicht zu sagen, wie sehr ich wünsche, daß Du uns Allen noch recht lange erhalten bleibst, als Stolz der Familie Fülscher. Ich danke Dir auch herzlich für Deine väterlich besorgte Mahnung wegen meiner Benehmigung dem Fürsten gegenüber — ich habe sie redlich befolgt, na, Du trautest mir ja auch zu, daß ich es ohnehin so gemacht hätte — und so wäre es auch gewesen.

II. historischer Teil. Also:

Ich will also mit meiner Ankunft in Friedrichsruh beginnen, wo ich selbstverständlich von einer fürstlichen Equipage (d. h. sie gehörte dem Fürsten, sonst war sie nicht sehr fürstlich, sondern ziemlich simpel) vom Bahnhof abgeholt wurde. Ich fuhr vor, begab mich in das Vorderzimmer und wollte meine Karte hineinschicken, worauf mir das berühmte, aus den Allers'schen Bildern bekannte Factotum „Friedrich" erklärte, der Fürst warte schon auf mich im Nebenzimmer. Das stimmte; ich machte einen Knix, er gab mir die Hand, begrüßte mich und sagte mir: „Ich habe bis dahin meinen juristischen Bedarf immer bei Justizrat Philipp gedeckt; der ist indes kränklich und alt geworden" usw. Dann rauschten wir gemeinsam durch diverse Gemächer bis zum Speisesaal; der Fürst ließ mir bei jeder Tür den Vortritt; bei der ersten sagte ich (allerdings nur in Gedanken) bitte, bitte! und wollte ihn vorbeilassen; als er aber nicht wollte, hielt ich es für angemessen, forsch voran zu gehen und hinter den betr. Thüren sofort Posto zu fassen, um ihn wieder etwas vorangehen zu lassen.

Schließlich kamen wir ins Speisezimmer, wo er sich oben an den gedeckten Tisch setzte und mich einlud, neben ihm Platz zu nehmen. Er sagte dann: „Es ist eine kleine Störung dazwischen gekommen; die Tochter des Großherzogs von Weimar, Prinzessin Reuß, ist von Berlin zum Frühstück herübergekommen; wenn wir vor

Digitized by Google

dem Frühstück nicht fertig werden, haben Sie vielleicht nachher auch etwas Zeit," was ich natürlich mit einer passenden Bemerkung bejahte. Wir besprachen indes noch eine Anzahl sehr interessanter Fragen (es handelte sich u. A. um sein Testament und um den Nachlaß der Fürstin, was ich indes, wie ich Dir wohl nicht zu sagen brauche, geheim gehalten wissen möchte). Dann wurde die Prinzessin gemeldet; sie tanzte an, mit ihr Graf und Gräfin Rantzau, Schweninger, die Jungen Rantzaus (famose Bengel) und deren sehr harmlos aussehender Erzieher.

Wir setzten uns, der Fürst trans den Tisch, die Prinzessin Heinrich VII. rechts, ich links von ihm, links von ihr Graf Rantzau und weiter links Dr. Schweninger, im Hintergrunde die Jungen mit ihrem Semmel-Türken. Erst gab es Bouillon mit geröstetem Brot. Aus den Gesprächen wird Dich Folgendes interessieren (von der weiteren Schilderung des originellen Menus will ich absehen.) Also alsbald fing die Prinzessin an mit einem Fragebogen; ihr Mann [1]) (der frühere Wiener Botschafter) habe sie gebeten, sie solle den Fürsten doch Verschiedenes fragen.

Also zuerst: wie denkt der Fürst über Rußland (wörtlich! ich mußte beinahe lachen) und über die jetzige deutsche Politik. Er dachte einige Augenblicke nach und sagte dann: „Ich werde nicht auf dem Laufenden gehalten, man verdeckt vieles vor mir; und wenn ich auch rathen sollte, rathen ohne thaten ist nichts; die beste Idee (oder Sache) wenn sie dumm ausgeführt wird, wird nichts; und die Politiker? Sie kochen nichts als pures Wasser, und sind zufrieden, wenn ihnen nur niemand den Kessel umstößt. Mit Japan hätten wir uns nicht entzweien sollen; es scheint ein Streich gegen England zu sein und im übrigen: na, Allerhöchstdieselben lieben die Veränderung; dabei fällt mir eine Geschichte ein, ein oller französischer König zeigte einer gescheiten Dame eine Inschrift im Schloß. Dieselbe lautete: ‚Souvent les femmes se varient etc.' Er ersuchte die Dame, es ihm vorzulesen; sie las: ‚Souvent les rois se varient'".

Es wurde dann über den Fürsten Stolberg [2]) gesprochen, der ein Kauz zu sein scheint. Bismarck sagte: „Ein deutscher Fürst? Was will das sagen? (Pause!) Ein deutscher Fürst bin ich auch; das kann man leicht werden." Prinzessin: „Wissen Sie noch, Durchlaucht, welche Angst Sie im Februar vor den Geburtstagsfeiern hatten? Und wie gut haben Sie alles überstanden; und wie herrlich waren alle die Reden, wie haben Sie alle Deutschen erfreut." Er: „Ja, auch meinen alten Kollegen Boetticher [3]); mit dem Mann ist es, wie auf der Treibjagd; immer, wenn ich auch gar nicht an ihn denke, kommt er mir vor den Schuß (kurze Pause!) und immer fühlt er sich getroffen, wenn ich auch gar nicht an ihn denke. Aber mit den Reden ist es eine eigene Sache; hier unter uns kann ich mich ja aussprechen; aber wenn ich öffentlich rede, wird mir jedes Wort verdreht; ich habe so das Gefühl, als wenn ich mit der Zunge steeple-chase reiten muß!"

Ich: „Haben Durchlaucht den Artikel über Boetticher in der neuesten Nummer der Zukunft gelesen?" „Ja!" Prinzessin: „Sehr gut war der Artikel, abgesehen von einigen Preßbengeleien. Welche Religion hat Maximilian Harden eigentlich? Ist er Jude?" Fürst: „Na, im öffentlichen Leben soll man sagen, ähnlich wie im code Napoléon: ‚la recherche de la religion est interdite' (Kann Christian erklären! es heißt eigentlich bei unehelichen Kindern: ‚La recherche de la paternité est interdite'). Na, die Juden, einerlei, es sind finanzkräftige Steuerzahler, und friedfertig. Makkabäer sind nicht viele unter ihnen." Prinzessin: „Na Singer [4]) ist doch ein Makkabäer!" Fürst: „Ach, der baut auch keine Barrikaden!"

Prinzessin: (aus dem Fragebogen ihres Mannes) „Wie denken Sie über die

[1]) Heinrich VII., Prinz von Reuß, 1825—1906. Von 1878 ab Botschafter in Wien. [2]) Graf Otto v. Stolberg, 1885—88 Minister des Königlichen Hauses, seit 1890 Fürst. Gest. 19. November 1896. — [3]) Karl Heinrich v. Boetticher, 1880—97 Staatssekretär und preußischer Staatsminister. — [4]) Paul Singer. Mit Bebel Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei.

Digitized by Google

Türkei und ihre Schulden? einen großen Happen haben sie sich ja alle schon genommen[1])." Ich: „Ja, nur der ehrliche Makler nicht."

Bismarck: „Na, es ist noch ein guter Happen nach; übrigens glaube ich nicht, daß Rußland mehr will als ein Protektorat à la Tunis und Eingang in den Bosporus; wenn es klug ist, so will es jedenfalls nichts weiteres; es hat sich schon genug kleine Bulgarien herangezogen, die nun, statt ihm für ihre Befreiung zu danken, bange vor ihm sind; d. h. Serbien ist vor Österreich bange, weil es dicht bei ihm liegt."

Prinzessin: „Wie denken Sie über die Gebietserwerbungen in China, Amoy[2]) etc.?"

Bismarck: „Na, ich will nichts sagen; aber unter der jetzigen Regierung wird es nichts; da wird es nur ein Tummelplatz für Rangstreitigkeiten. Flaggenhissen usw. Ein Oberst will nicht unter einem Major stehen; ich habe als Major manche Generäle unter mir gehabt — aber eben auf einem ganz anderen Gebiete, als dem militärischen, darauf kommt es doch nur an. [England und Armenien.] Armenien ist für England nur rein innere Politik; es ist nur für die Wahlen; die Armenier sind den Engländern ebenso gleichgültig, wie uns die Engländer (Pause!) — oder noch mehr."

Mittlerweile wurden Zigarren herumgegeben durch den einen jungen Rantzau. Ich dankte, da mir zum Rauchen die Andacht fehlte.

Bismarck: „Rauchen Sie nicht?" Ich: „Nur wenig, Durchlaucht!"

Er: „Ja, das Rauchen kommt immer mehr ab, wie soll es nur mit dem Tabacksmonopol werden, das wir doch mal als Ersatz für die durch die Handelsverträge weggeworfenen 40 [oder 14?] Millionen haben müssen?"

Ich: „Durchlaucht, wenn das Monopol erst kommt, werde ich schon aus Patriotismus rauchen!" Er lächelte und sagte: „Ja, früher habe ich sehr viele und schwere Zigarren geraucht, jetzt bin ich immer quängelicher und reizbarer geworden; ich weiß nicht, kommt das nun von dem Rauchen, oder der Politik?" Inzwischen wurde ihm ein bemalter Behälter mit 3 Pfeifen hingestellt; die Prinzessin zündete ihm die Pfeife an und steckte das abgebrannte Zündholz in ihr Portemonnaie. „Das nehme ich mit", „Zum Andenken", „nein, als Heiligtum". Er nahm ihre Hand und küßte sie, worauf sie sofort die seine wieder küßte, er küßte wieder die ihrige; als sie wieder küssen wollte, entzog er ihr lachend seine Hand. Die Prinzessin ist ein famoses Frauenzimmer, etwas emanzipiert, aber fidel. Sie raucht mächtig. Als sie gefragt wurde, ob sie noch Sect wolle, meinte sie: ach Durchlaucht, Sie hatten früher einen so großartigen Nordhäuser, kann ich davon nicht einen bekommen? Der Nordhäuser wurde herbeigeholt und schmeckte herrlich. Es wurde dann von Nordhäuser gesprochen und der Fürst meinte: „Ja, ganz vorzüglichen Nordhäuser braut auch Graf Münster[3]) auf seinen Gütern (Pause). Sein Schnaps ist besser als seine Politik." (Streich den Namen bitte durch, die Sache ist doch etwas forsch!)

Als ich mich mit der Prinzessin über Jena und Dornburg (sie ist Weimarerin) unterhielt, erzählte der Fürst eine Anekdote aus seinem 17. Jahre, wo er mal in Jena gewesen sei, von Göttingen aus; dieselbe erzähle ich als minder interessant gelegentlich. Überhaupt wurde soviel gesprochen, daß ich nur einen Teil wiedergeben kann. Die Prinzessin rauchte forsch; sie fährt auch Zweirad. Als sie sagte, man sitze im Rock so unbequem auf den gewöhnlichen Fahrrädern, meinte die Gräfin Rantzau: aber es soll jetzt zweitheilige Röcke geben. „Na", sagte sie, „sagen Sie doch nur auf gut Deutsch: Hosen".

[1]) Gemeint ist wohl die nach dem Russisch-Türkischen Kriege 1877—78 erzwungene Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens, Montenegros usw. — [2]) Amoy, Vertragshafen in der chinesischen Provinz Fu-Kien. — [3]) Graf Georg Münster, 1885—1900 deutscher Botschafter in Paris.

Digitized by Google

Nachdem Durchlaucht schon einige Zeit die Pfeife geraucht und sehr viel Sect und Maximiner Grünhäußer (von Stumm) getrunken hatte, merkte ich, daß ihm die Sitzung über wurde. Er wurde dann die Prinzessin auf seine Art los. „Ich weiß nicht, die Pfeife brennt so lange, sie will gar kein Ende nehmen". Dabei pokerte er in der Pfeife herum. „Aber Durchlaucht, Sie haben ja Zeit". „Ja ich denke nur, wenn Hoheit noch etwas spazieren gehen wollen, so wird es Zeit, da sonst der schöne Sonnenschein weggeht." Schweninger [1]) fiel sofort ein: „Vielleicht darf ich Hoheit nachher gleich abholen", worauf sie Lunte merkte und emporschwebte. Allgemeiner Abschied, dann blieb ich mit dem Fürsten allein; während er vor Tisch alle — auch den bekannten Diener Friedrich — hinausgeschickt hatte, da wir über geheim zu haltende Sachen sprachen (famos, nicht?) so kam jetzt Rantzau wieder hinein, der Dr. Chrysander abgelöst hat. Wir conferierten dann noch ca. 1/2—3/4 Stunden; ich bestand mein Examen glaube ich, ganz gut; als eine Pause eintrat, erhob ich mich halb und fragte, ob Durchlaucht noch Befehle für mich habe. Er sagte nein und gab mir die Hand, die er mir, als ich sie küssen wollte, lächelnd entzog; dafür sah er mich mit seinen deutschen Augen so an, daß ich ganz — na, ich weiß nicht, wie — wurde. Ich ging dann mit dem Grafen Rantzau hinaus, der, als er nicht mehr unter „Papachens" strengen Augen war, ganz famos wurde. Er sagte, auf meinen Zylinder und Bratenrock zeigend: „Die Dinger müssen Sie aber das nächste Mal nicht wieder mitbringen — die sind hier überflüssig; wir frühstücken hier alle im Pourt-Rock."

Nächste Woche werde ich wieder dort sein voraussichtlich. Ich könnte noch so vieles erzählen — von — na, das nächste Mal, wenn ich Euch persönlich sehe. Das Gespräch über den „Erbauer des Nordostsee-Kanals" [2]) habe ich Dir gestern schon mitgeteilt; es war mir mit die größte Freude.

So, wenn Du dies nun alles durchgelesen hast, verleb den Rest Deines Geburtstages recht vergnügt, mein guter Vater, und grüß Alle herzlich.

Dein Heinrich.

Wandsbek, den 1. November 1895.

Lieber Vater,

Ich bin heute (am 1. Nov.) allerdings etwas abgeschunden, will Dir indes doch noch von meinem gestrigen zweiten Besuch in Friedrichsruh erzählen. Also ich wurde wieder per Wagen abgeholt, und traf, bereits beim Frühstück begriffen, den Fürsten, Graf u. Gräfin Rantzau, Dr. Chrysander [3]) u. die Jungen. Ich saß wieder beim Fürsten; beim Frühstück ging es sehr gemüthlich her, derart, daß ich bisweilen erst mir klar machen mußte, bei w e m ich eigentlich saß. Wir sprachen über alles mögliche; er scherzte und ich machte auch einige Schnäcke, die ihm anscheinend gefielen; denn er war ganz reizend; ebenso war die sonst so steife Gräfin Rantzau ganz famos, und unterhielt sich lebhaft mit mir. Leider hatte der alte Herr heftige Gesichtsschmerzen; bisweilen hielt er sich beide Backen fest; er bedauerte, von den herrlichen Weintrauben nicht essen zu können, da ihm das Herausnehmen der Schalen Schmerzen machte, auch rauchen wollte er nicht; als ich fragte, ob mein Rauchen ihn auch belästige, meinte er: ‚Nein, im Gegenteil, das thue ihm wohl, der Duft.' Einige interessante Bemerkungen machte er doch, z. B. sagte er, Caprivi habe Moltke nicht leiden können; Moltke (er nannte ihn immer „Molk") habe es mit Caprivi verdorben durch folgende Geschichte: im Kriege 1870—71 sei Caprivi Chef des Generalstabes eines Armee-Korps gewesen,

[1]) Ernst Schweninger, bekanntlich der Vertrauensarzt des Fürsten Bismarck. — [2]) Der Vater des Rechtsanwalts Fülscher, wirkl. Geh Oberbaurat Fülscher war oberster Baubeamter und Mitdirigent der Baubehörde des Kaiser-Wilhelm-Kanals. — [3]) Dr. Rudolf Chrysander, Hausarzt und Privatsekretär des Fürsten Bismarck.

Digitized by Google

und sei als solcher von seinen Thaten jedenfalls selbst sehr befriedigt gewesen; kurz nach dem Kriege habe er mit „Moltke" über den Krieg und besonders auch über seine Leistungen gesprochen; Moltke, der ein schlechtes Personengedächtnis gehabt habe und oft etwas zerstreut gewesen sei (er habe ja auch an genug anderes zu denken gehabt) habe Caprivi gefragt: wo standen Sie denn eigentlich? Das habe Caprivi bitter gekränkt, da er doch angenommen habe, daß Moltke ebenso gut gewußt habe, wo er gestanden habe, als er, wo Moltke gestanden habe. Über das schlechte Verhältniß zwischen Caprivi und Waldersee sprach er auch, und über dessen Ursachen.

Er hatte, als ich kam, in der „Zukunft" gelesen; er meinte, die beiden letzten Nummern hätten interessante Artikel gebracht; aber jetzt in dieser Nr. sei von Harden überhaupt nichts drin, nur ein Artikel von Björnsterne Björnson — der ein langweiliger Schwätzer sei — damit warf er das Heft mitten in die Stube.

Dann sprachen wir über „Schweningern", Graf Rantzau hielt streng die Vorschriften inne — erst 1 Stunde nach Tisch ein Glas Bier; die Gräfin meinte, das falle ihr nicht ein; sie tränke, wann es ihr schmecke (das that sie auch, und es hat auch kolossal bei ihr angeschlagen). Der Fürst, der merkwürdigerweise fand, daß ich auch ziemlich stark sei, meinte, bei ihm als alten Mann komme es nicht mehr viel darauf an, deshalb lebe er, wie es ihm passe; aber, wenn man, wie ich, noch 40—50 Jahre vor sich habe, müsse man noch etwas für sich thun; ich sagte, ich litte leider etwas an Atavismus, mein Großvater hätte immer gesagt: ‚Ick eet und drink, wat ick mag, und li, wat mi davör hört' [1]), worauf er lachte, und meinte, ein liebenswürdiger Landgerichtspräsident habe ihm einmal in ähnlicher Weise gesagt: ‚Ick et min Swin, und li min Pin' [2]), worauf ich sagte, die Geschichte sei mir bekannt, das habe Witt in Altona gesagt.

Na, so ging es weiter, bis der Fürst sagte: „Ich möchte mit dem Herrn Justizrath (ich schrieb wohl schon, daß er mich dazu befördert hat) allein sein." Dann schoben sich alle, und ich blieb ca. 1—1½ Stunden mit ihm allein. Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß ich sehr gut bestanden habe; er zündete sich bei unseren Gesprächen doch noch eine Pfeife an, ich rauchte eine Henry Clay und nachher noch eine, dabei tranken wir eine ganze Pulle Mosel (Josephhöfer) aus; meist schenkte er mir ein, einmal auch ich uns beiden. Auch einen von dem vorzüglichen Nordhäuser tranken wir; er meinte, der Alkohol sei immer noch das beste Palliativ-Mittel gegen seine Gesichtsschmerzen. Am Ende unserer Besprechung ließ er den Grafen Rantzau kommen, und theilte ihm mit knappen Worten seine Entschlüsse in den von uns erörterten Angelegenheiten mit; es war interessant, wie rasch er sie gefaßt hatte.

Wir unterhielten uns dann noch einige Zeit. 1837 sei er zuerst in Wandsbek gewesen. Als ich sagte, ich habe mich so über das letzte Leit-Gedicht im Kladderadatsch (betitelt: ex abruptu) gefreut, meinte er: „Ja, der Kladderadatsch hat immer treu zu mir gehalten; er hat mich auch oft bekämpft; aber ich hatte immer das Gefühl, daß die Waffen nur stumpf waren."

Ich erzählte ihm, daß Du Moltke noch herumgeführt habest am Kanal, und daß Moltke immer noch daran festgehalten habe, eine Verdoppelung der Flotte sei besser; er meinte: „Ja, darin war er hartnäckig; aber wenn die Flotte auch verdoppelt würde, woher die Mannschaften bekommen?"; ich meinte, ob nicht die Bestrebungen der Regierung anzuerkennen seien, durch Unterstützung der Fischerei eine größere seemännische Bevölkerung heranzuziehen; er billigte es und kam dann auf die Heringe zu sprechen; die holländischen seien viel besser als die deutschen, nicht so hart; die Deutschen verständen das Salzen noch nicht; freilich hätten

[1]) ‚Ich esse und trinke was ich mag, und leide was mir dafür gebührt." — [2]) ‚Ich esse mein Schwein und leide mein Pein.'

Digitized by Google

einige Emdener Herren ihm mal gesagt: wenn wir die Heringe erst faul werden ließen, wie die Holländer es machen, könnten wir es auch, aber das glaube er nicht.

Zum Wandsbeker Kreistag, meinte er, sei er ein paarmal gewesen; aber das sei nichts mehr für ihn; wenn er da gesessen habe, habe er gedacht: ach, wenn Du doch nur bei Muttern geblieben wärest.

Als Graf Rantzau ihm vorschlug, verschiedene Familienangelegenheiten bis Weihnacht aufzuschieben, wo Herbert und Bill da seien, (es handelte sich um die Juwelen, kostbare Pelze usw. der Fürstin) meinte er lächelnd: „Na, bis dahin kann mir das alles gestohlen werden, und dann ist die Sache erledigt", das klingt ja nicht sehr geistvoll; aber er kam so schelmisch und urkomisch, behaglich schmunzelnd damit heraus, daß wir alle lachen mußten.

Na, schließlich verabschiedete er mich; er gab mir die Hand und sah mich so herzgewinnend freundlich, so strahlend lächelnd an, daß ich ihm — na, ich weiß nicht, was ich für ihn hätte thun können. Er sagte: „Na, ich denke, ich sehe Sie noch öfter bei mir".

Ich habe das herrliche Gefühl, einen Tag erlebt zu haben, wie nie wieder, und ohne jeden Mißton, ohne irgend einen nachträglichen Vorwurf über eine Ungeschicklichkeit oder dergleichen, wie ich mir sie leicht mache; ich habe das Gefühl, daß ich ihm gefallen habe; sonst hätte er so nicht sein können; oft mußte ich denken, ich säße bei meinem strengen, aber guten alten Großvater; und dabei, wie scharf waren seine Gedanken, wie energisch und klar sein Wesen!

Graf Rantzau führte mich — nachdem ich mich von der in einem Nebenzimmer am Klavier sitzenden Gräfin verabschiedet hatte — noch in ein Zimmer mit vielen herrlichen Geschenken, u. a. mehreren Lenbach'schen Portraits des Fürsten, und dem etwa 5 Fuß hohen Marmor-Modell des Bismarck-Denkmals auf der Rudelsburg; auch eine herrliche japanische uralte Broncen-Vase von Riesen-Größe zeigte er mir, die im Park stand, und die ihm die Deutschen Japans zum Geburtstag geschenkt hatten.

Das wären in der Hauptsache meine Erlebnisse im Sachsenwald, der in herrlicher Herbstfärbung im Sonnenschein balag. Ich habe Dir manches vielleicht etwas zu ausführlich erzählt; ich wollte aber zugleich eine Niederschrift meiner Erlebnisse für spätere Zeit vornehmen, und bitte Dich deshalb, mir diesen Brief zurückzuschicken.

Köstlich war die Freundschaft des einen Hundes (Rebecka heißt er, Beckisch wird er genannt) für mich; wenn ich ihn nicht klopfte, animierte er mich einigemale dadurch, daß er meinen Arm mit seinem mächtigen Kopf hochhob, wobei ich einmal, als der Fürst mir zutrank, fast den Wein verschüttet hätte.

Herzliche Grüße, lieber Vater, an Mutter, Chrischan und Anna

Dein Dich innig liebender Sohn

Heinrich.

Füllscher, Rechtsanwalt. Wandsbek, den 20. 12. 1895.

Meine lieben Eltern,

wie Ihr aus dem Datum ersehen wollt, fange ich mit meiner Weihnachtsepistel rechtzeitig an; es paßt mir heute Abend so schön, — und dann habe ich auch Allerlei aus meiner Klientel zu berichten, speziell aus Friedrichsruh. Einiges habe ich Dir, lieber Vater, ja schon erzählt, ich weiß aber nicht mehr was und bitte daher zu entschuldigen, wenn ich wiederhole.

Also — am Dienstag erschien ich in Friedrichsruh, um eine Unterschrift des Fürsten zu beglaubigen; er war indeß unpäßlich, und Graf Rantzau bat mich, zum Diner zu bleiben; da ich dies anderer Dispositionen halber ablehnen mußte, wurde ich auf Donnerstag zum Diner geladen, zu um 7.

Digitized by Google

Ich fuhr mit dem Zuge, der kurz vor 7 Friedrichsruh passierte; er mußte meinetwegen anhalten [1]). Nachdem ich einige Zeit in einem der gemütlich eingerichteten Zimmer gewartet und mir in Muße allerlei Dedicationen und Familienbilder angesehen hatte, erschien die ganze Gesellschaft — der Fürst, Graf und Gräfin Rantzau, Dr. Schweninger, der frühere Reichstags-Vicepräsident Bürklin, die Rantzau'schen Söhne und ihr Lehrer, d. h. Rantzau war schon vorher einmal da und begrüßte mich.

Gleich nach der Begrüßung (der Fürst sah herrlich aus und stand groß und prächtig in unserer Mitte) meinte er: „Der Schellwitz (s. neues Factotum an Stelle Chrysanders) paßt gut auf; heute beim Spaziergang im Park war er gleich an meiner Seite und widmete sich mir, ich komme mir ordentlich polizeilich bewacht vor" worauf Rantzau erwiderte: „Papachen, ich will ihm sagen, daß er Dich in Ruhe läßt". „Na, laß nur, er ist ein guter Kerl, aber ein bischen reichlich diensteifrig."

Wir gingen dann zu Tisch; ich saß wieder an meinem alten Platz links vom Fürsten, neben mir Rantzau; rechts Bürklin und neben ihm die Gräfin, neben Letzterer Schweninger. Dann erschien das opulente Diner — erst Schellfisch mit Sauce Hollandaise (keine Suppe), dann Varziner Küken, und dann Nüsse und Früchte. Dazu gab es erst Sect, dann aber gleich so herrliche Weine, daß ich den Sect stehen ließ; erst Bürklin zu Ehren einen wunderbaren Pfälzer, Gewürztraminer, schwer und feurig; dann einen Rüdesheimer Hinterhaus, der nicht dahin paßte und dann 1876er Rauenthaler Berg, Geschenk der Stadt Bremen — wohl mit das köstlichste, was existiert. Der Fürst war in bester Laune, obgleich er Schmerzen hatte und wenig aß. Reden — zum Theil auch Scherzreden — flogen hin und her; es würde zu weit führen, wenn ich Euch alles erzählen wollte; einige Haupt-Gespräche werde ich nachher berichten. Nach dem Essen rauschten wir ins Nebenzimmer, wo Kaffee und vorzüglicher Kognac serviert wurde, dazu importierte Cigarren; der Fürst zündete seine Pfeife an und machte es sich in seinem Großvater-Stuhl bequem; wir Andern saßen mit am runden Familientisch und dann war zwanglose Unterhaltung — ganz famos; nach dem Kognac mußten wir noch einen rheinischen Trester-Schnaps probieren, der ihm dediciert worden war; als ich erzählte, daß wir den als Soldaten im Elsaß geführt und auf den Märschen große Quantitäten davon vertilgt hätten, sagte er: „Ja, so unterwegs, da bekommt es gut! Wenn ich noch an 70 denke, wo wir da immer vor dem Feind waren — da habe ich oft ¼ oder ½ Pfund Speck gegessen und dazu ¼ Liter Kognac getrunken — und dann bisweilen in einer Ackerfurche geschlafen; einmal schlief ich so fest, daß man mich am nächsten Morgen kaum wach machen konnte — und ich habe mich nie wohler gefühlt als damals, das dauerte so lange, bis wir vor Paris waren; da kam die Diplomatie, und da war mein Brod gebacken."

Als ich mich nach Tyras erkundigte und seinen sonstigen Hunden, erzählte er viel Amüsantes, was ich gelegentlich mündlich erzählen will; schließlich fragte ich, ob der Hund, der neben ihm lag, nicht der vom Kaiser geschenkte sei. „Ja, den hat Boettticher besorgt, und ich kann wohl sagen, daß Boettticher nie einen Auftrag des Kaisers schlechter ausgeführt hat. Erst vergaß er es drei Monat, und als er dann erinnert wurde, kaufte er in Zahna diesen Köter für 600 Mark! Der Hund war total verhungert, kreuzlahm und voller Geschwüre. Als der Kaiser mich später einmal fragte, wie mir der Hund gefalle, sagte ich, ich müsse ihn noch herausfüttern, worauf Majestät sagte: ‚Na und was habe ich an Futtergeld für ihn bezahlen müssen' —— nein, das ist kein Hund für einen Kaiser —— das ist ein Hund für Boettticher" — — damit war das Thema erledigt. Er sprach noch so vieles über die Karolinen und Spanien, über Rußland, die Kölnische

[1]) Damals fuhren die Schnellzüge Hamburg-Berlin und Berlin-Hamburg in Friedrichsruh durch, und hielten nur auf Wunsch des Fürsten.

Digitized by Google

Zeitung — aber ich will Euch damit nicht die Zeit lang werden lassen. Von den Engländern meinte er: „Es ist ihre alte Gewohnheit, daß sie sich die Armeen, die sie selbst nicht haben, irgendwo auf dem Festland suchen".

Aus seiner Kindheit erzählte er eine drollige Anekdote. Seine Schwester habe sich so vor Fröschen gefürchtet, und da habe er ihr einmal einen großen mächtigen Frosch auf einer Säule, wo er nicht herunter konnte, vor ihre Stuben-Thür gestellt; nachher sei sie nicht bei Tisch erschienen, und als die Mutter sie gesucht habe, sei sie noch in ihrem Zimmer gewesen — der Frosch hatte sie blockirt. „Na, das war so ein Gymnasiasten-Streich."

Wie drollig und famos er bei all diesen Gesprächen ist, läßt sich gar nicht schildern — wie die Augen lustig blicken können — man traut es den mächtigen Augen gar nicht zu.

Nachher holte Rantzau erst die Stiftungsurkunde in elegantem Futteral, mit diversen Nachträgen — alle vom alten Kaiser eigenhändig genehmigt; dann warteten wir einen passenden Moment ab und schleiften den Alten ins Nebenzimmer, wo er mit einem Gänsekiel den neuen Nachtrag unterschrieb, und ich nachher seine Unterschrift beglaubigte — was er von Anfang bis zu Ende genau mit den Augen verfolgte. Dann blieb ich etwa 10 Minuten allein mit ihm im Nebenzimmer, wo wir einige Sachen besprachen. Nachher kam ich mit Rantzau noch in ein sehr animiertes Gespräch über alte Kieler Verhältnisse und Kieler Persönlichkeiten. Auf Lübbe hielt er große Stücke; der alte Burchardi (Burgfritz, wie er sagte) hatte ihn examiniert; es war sehr amüsant. Übrigens sagte er mir, nächstens wollten wir einmal 81er und 82er Rheinweine probieren „mein Schwiegervater hat einen guten Weinkeller."

Mittlerweile ist es der 23ste Abends 11 Uhr geworden, und es wird Zeit, daß ich den Brief beende. Wir haben eben den Tannbaum geputzt, und Henny, die sich etwas dabei übernommen hat, ist zu Bett gegangen. Die Kinder sind in riesiger Aufregung.

Viele herzliche Grüße Euch Allen! Euer Euch liebender Sohn Heinrich.

Wandsbek, den 24. Oktober 1897.

Mein lieber Vater,

Du siehst aus dem Datum, daß ich meinen Geburtstagsbrief schon rechtzeitig anfange. Ich habe auch die Absicht, Dir eine ganze Menge zu erzählen. Vor allem bin ich in letzter Zeit mehrfach in Friedrichsruh gewesen, und habe dort sehr Interessantes erlebt. Hauptsächlich die beiden letzten Male. Donnerstag, den 14ten war ich hier, um wegen einer Klage seines hiesigen Oberförsters Lange gegen ihn auf Pensionserhöhung mit ihm zu konferieren, um dann zwei Unterschriften von ihm zu beglaubigen, um darauf mit ihm nach seinem auf holsteinischem Gebiet gelegenen Gute Schoenau zu fahren und dort sein Testament zu errichten, und endlich, um mit ihm in Friedrichsruh Mittag zu essen. Alles verlief programmmäßig. Zunächst als ich gegen halb drei in Friedrichsruh eintraf, saß ich noch eine Zeit lang mit am Frühstückstisch, mit Ihm, dem Ehepaar Rantzau, der Gräfin Eickstedt und der Frau von ?...kowski. Die letztgenannten beiden Damen, sind sehr häufig in Friedrichsruh zu Besuch; beides riesig nette Damen, und samt der Gräfin Rantzau von ausgesuchter Liebenswürdigkeit gegen mich. Der Fürst ließ zunächst (die Frühstückzeit war ja längst vorbei) Stumm'schen Wein, Maximiner Grünhäuser, kommen, dann wurden die Unterschriften vollzogen, und er meinte, in Schoenau brauche er auch wohl nur zu unterschreiben. Ich sagte: „Nein Durchlaucht, ich muß noch ein langes Attest darunter setzen; unter anderem muß ich bescheinigen, daß Ew. Durchlaucht sich bei gesunder Vernunft befunden haben". Große Heiterkeit der Damen und des Grafen Rantzau! „Ja, ja," meinte der Fürst, „wollen Sie das denn so leichtsinnig bescheinigen? Wenn

Digitized by Google

man das durchgemacht hat, was ich durchgemacht habe, so ist es ein Wunder, wenn man dabei nicht verrückt geworden ist."

Dann wurde weiter geplaudert; der Fürst meinte: „Es ist mir geradezu unverständlich, daß der Fürst Hohenlohe noch immer Kanzler bleibt; ob er das nun aus Freundschaft (Verwandtschaft) thut, oder weil die Hohenlohes zu den Hohenzollern gehören, oder aus pekuniären Gründen? Er hat doch zu leben." Graf Rantzau meinte: „Wer weiß, Papa, vielleicht mag er es ganz gern" worauf der Fürst entgegnete: „Na, dann ist er..." und brauchte einen hier nicht wieder zu gebenden Ausdruck. „Aber Papachen" sagte Rantzau „er ist doch ein Deutscher Forscht!" „Ja, damit kann man ja schließlich auch auf mich exemplificieren; ich bin ja auch einer; habe mich allerdings lange genug dagegen gewehrt". So wurde noch allerlei gesprochen; dann ließ er anspannen; er zog erst ein gefüttertes Lederwams über, darüber einen großen Pelz; auf dem Kopf eine Jagdmütze; mir pumpte Graf Rantzau zu meinem Sommerüberzieher seinen Hawelock und wir stiegen in einen kleinen leichten Wagen, ungefähr wie eine Berliner Droschke I. Güte; ich saß an seiner rechten Seite. Als das Parkthor geöffnet wurde, standen vor demselben eine riesige Menge Leute, bei dem herrlichen Wetter besonders viele. „Ach, sagte der Fürst, diese vielen Menschen immer; ich mag gar nicht mehr aus dem Thor herausfahren!" Einige Hurrahs, und bald waren wir allein im herrlichen grünen Wald; bald ließ er halten, der Kutscher brachte ihm eine Pfeife mit geflochtenem Kopf und etwas Feuerschwamm; ich zündete eine Cigarre an, und weiter gings durch den Wald nach Schoenau. Der Fürst unterhielt sich ununterbrochen mit mir, machte mich auf schöne Bäume aufmerksam, freute sich über kleine Kinder, denen wir begegneten, machte mich besonders auf ein kleines Butt von ca. 3 Jahren aufmerksam, die mit einem kleinen Wägelchen wie ein Bild von Oscar Pletsch dastand, und meinte: „Sehen Sie mal, wie niedlich."

In Schoenau stieß Dr. Chrysander, der in einem anderen Wagen mitgefahren war, zu uns, wir begaben uns in das Wohnzimmer des Inspektors, und dann bescheinigte ich dem Fürsten, daß er sich bei gesunder Vernunft befunden. Es wurden noch ein paar Pferde, die für den Nachfolger Lange's gekauft waren, eingehend gemustert. NB. dabei fällt mir ein, dieser Nachfolger Lange's war an dem Tage auch da, ein hübscher, noch junger Forstassessor; d. h. in Friedrichsruh war er, nicht in Schoenau.

Nun ging's zurück durch den Wald; es wurde schon dunkel. Bei einer Brücke über die Bille, der sogen. Fürstenbrücke, mußte der Kutscher, wie auch schon auf der Hinfahrt, einen Schlagbaum öffnen, und der Fürst fuhr mich höchst eigenhändig über die Brücke.

Ein Stück weiter, an einer wundervollen Waldwand, ließ er halten, der Kutscher brachte eine große Flasche Spaten aus dem Kutscherbock heraus und lederne Becher. Dann machten wir mitten im Sachsenwalde einen richtigen „Dämmerungsschoppen" und darauf gings mit angezündeter Pfeife weiter. Als wir an der Wiese, auf der damals der Kaiser die Parade zu Ehren des Fürsten abhielt, vorüber kamen, sprach er davon und meinte, es sei eine ungeheure Ehre für ihn gewesen; ich sagte: „Ich finde, etwas einseitig militärisch", „na, das ist einerlei, aber es war doch eine große Ehre, viel mehr, als ich je verdient habe". Ich verkniff hierauf einen naheliegenden Gemeinplatz. Ich wies statt dessen auf die Ehrung Moltke's hin, daß ihm die Fahnen des Gardekorps eine Nacht in sein Palais gebracht wurden; ich sagte, ich finde die Idee so schön. „Ja, Moltke ist auch niemals schlecht behandelt worden". „Durchlaucht, da kam auch keine Politik dazwischen". „Nein, nein so war es wohl". Nebenbei gesagt, erzählte mir Oberstlieutnant v. Burt, Moltkes Neffe und Adjutant, als S. Majestät Caprivi seine Idee, die Fahnen des Gardekorps in Moltkes Wohnung zu bringen, erzählt habe, habe Caprivi gemeint, das sei viel zu viel Ehre für Moltke! Caprivi haßte Moltke.

Digitized by Google

Während der Rückfahrt meinte der Fürst u. a. auch, mit ihm werde es auf einmal vorbei sein. Er fühle sich doch recht matt. Ich sagte, ich fände ihn frischer als im vorigen Jahr. „Ach nein, doch nicht, aber ich kann ja nicht klagen; 5 Prozent aller Menschen werden ja nur so alt, wie ich". „Ja, und von diesen 5% sind auch nur wenige, die noch, wie Ew. Durchlaucht, die sieben Stufen in Schoenau hinaufsteigen können". „Ja, allerdings, wenn ich so denke, eine leichtsinnig verlebte Jugend, und dann Arbeit und Ärger, Ärger und Arbeit, dann muß ich doch wohl ein gutes Gegengewicht in mir haben".

Als wir im Schlosse wieder eintrafen, war für mich im 1. Stock ein sehr molliges Zimmer geheizt, in dem ich bis zum Mittagessen (7 Uhr) verblieb. Dann ging es zu Tisch; ich führte die Gräfin Rantzau. Es gab Schellfisch in Senfsauce, Rehrücken mit Compot, Käse und Brod und eine Menge schöne Früchte aller Arten. Bei Tisch ging es wieder vergnügt her. Der Fürst hatte sich kurz vorher an einer Nadel der Gräfin Eickstedt die Hand verletzt. Sie nahm jetzt seine Hand, streichelte sie, sagte: „Die arme Hand" und küßte sie dann. Es war zu niedlich, wie sie es machte; sie ist eine noch junge, ganz allerliebste Dame. Der Fürst lachte, und die Gräfin Rantzau meinte zu mir: „Wird man für so eine Körperverletzung überhaupt nicht bestraft, Herr Fülscher, muß man dafür nicht sitzen?" worauf ich sagte: „Das ist wohl das Mindeste, Exzellenz!" Da lachte die kleine Gräfin lustig auf: „Ich sitze hier ja schon, und so gut und schön, wie nirgends".

Na, nachher wurde wie gewöhnlich Kaffee und Cognac getrunken, hierauf spielte die Gräfin Rantzau ganz wunderhübsch Clavier, und schließlich empfahl ich mich dann. Im Handküssen habe ich jetzt übrigens eine hervorragende Fertigkeit; immer drei Handküsse, wenn ich komme, drei wenn ich gehe [1]). Dies war am Freitag. Am Sonnabend kam dann schon ein Telegramm, ob ich auch die Klage des Obersförsters Lange mitbekommen hätte; als ich dies bejaht hatte, wurde ich Sonntag Morgen durch einen Eilboten aus dem Bett getrommelt so gegen sieben; Chrysander schrieb mir (Graf Rantzau war zur Kindtaufe nach Schoenhausen) der Fürst möchte mich baldigst sprechen wegen der Lange'schen Klage; ich möchte so bald wie möglich hinkommen, und die Klage, sowie den Brief des Grafen Wilhelm mitbringen. Nun hatte ich einen Brief des Grafen Wilhelm garnicht mitbekommen und in der Langeschen Klagesache steht Termin erst auf den 10ten Dezember an. Lange ist nämlich mit seiner Pension von 4500 Mk. nicht zufrieden und hat eine ganz haltlose Klage gegen den Fürsten eingereicht. Er hat vom Fürsten 8000 Mk. Gehalt, wovon 6000 Mk. pensionsfähig, sowie ferner freie Wohnung, freie Feuerung, 30 Morgen Land, Futter für 3 Pferde und 3 Kühe bekommen, und will nun trotz der ausdrücklichen Bestimmung, daß nur 6000 Mk. pensionsfähig sein sollen, auch von alle den anderen Dienstamolumaten noch $^3/_4$ des Taxwerthes als Pension haben. Ich fuhr denn also am Montag, den 18ten August zum Frühstück hin. Als ich ankam, entschuldigte der Fürst sich, daß er mich bemüht habe; sein Wunsch, mich baldigst zu sprechen, habe auf zwei Mißverständnissen beruht; der Brief des Grafen Wilhelm gehöre zu einer anderen Sache und er habe geglaubt, der Termin sei schon in den nächsten Tagen. Ich sagte, ich meinerseits könne mich über diese beiden Mißverständnisse nur freuen, und damit war der geschäftliche Theil erledigt. Es waren diesmal außer dem Fürsten und mir nur die drei Damen und Chrysander da. Es war wiederum famos. U. a. kam das Telegramm der Leipziger an, welche gerade am 18. Oktober das neue Leipziger Bismarckdenkmal einweihten. Es war in sehr schönen Worten abgefaßt; unter Anderem enthielt es auch den Ausdruck „dem Drachentödter". „Ach Gott, wenn ich jetzt noch einen Drachen tödten sollte." „Aber Durchlaucht, Sie haben manchen Drachen getödtet", „Ja, aber nicht die richtigen! die weiblichen!".

[1]) Die Hand zu küssen ist in Schleswig-Holstein wenig Sitte.

Digitized by Google

Dann erzählte er, er habe die Nacht schlecht geschlafen: „und dann kommen mir oft so allerlei Einfälle; heute Nacht zum Beispiel mußte ich mich mit dem Manne vergleichen, der über den Bodensee ritt; nur, als er hinüber war, fiel er in Ohnmacht, und das ist bei mir nicht geschehen; ein Unterschied war aber doch noch zwischen dem dummen Kerl und mir; er wußte es nicht, daß er über das Eis ritt, und ich wußte es. Ich möchte den Ritt auch nicht noch einmal machen, könnte es auch gar nicht mehr, jedenfalls körperlich nicht, und auch geistig nicht". Übrigens als das Leipziger Telegramm kam, meinte er: „Überschwängliche Ausdrücke, viel mehr als ich geleistet habe". Auch eine Postkarte mit Ansicht des neuen Bismarckdenkmals kam von einem Leipziger Stammtisch. Der Fürst ist auf demselben ohne Kopfbedeckung, scherzte darüber, und meinte, er sähe auf dem Denkmal, bezw. auf der Postkarte recht „bürgerlich freundlich" aus. Ich erzählte dann, daß er sich mit dem König von Siam auch bereits auf Postkarten befinde, und daß man allgemein sich über seinen Cylinderhut so freue. „Ja," meinte er, „ich hatte lange keinen Cylinderhut getragen; zuerst wollte mein Schwiegersohn mir einen geben, der rutschte mir aber in den Nacken, sodaß ich aussah, wie ein alter Jude; dann fand sich noch in einer spinnwebenreichen Ecke einer von den meinigen vor."

Bismarcks Biograph Horst Kohl hatte die Abschrift eines Briefes eingesandt, in dem Bismarck sich vor Jahren über England ausgesprochen hatte. Horst Kohl fragte an, ob er ihn veröffentlichen dürfe. Bismarck sagte zu Chrysander: „Schreiben Sie ihm, er möge ihn auf keinen Fall veröffentlichen lassen, jedenfalls jetzt nicht, bei unserer Stellung zu England; ob es später ginge, sei auch noch fraglich". Dann wunderte er sich, woher man nun diesen Brief wieder habe; der müßte ja irgendwo gestohlen sein.

Wir tranken wieder, wie gewöhnlich, viel und zwar durcheinander, die Gräfin Rantzau Sect aus einem großen Wasserglas. Der Fürst meinte, er würde viel lieber Grog trinken als Sect, aber Schweninger sei ihm in der Diätetik jedenfalls über, und deswegen gehorche er ihm. Meine Handschrift lobte er auch; sie sei groß und deutlich. Ich schreibe nun an ihn immer besonders groß. Zu frühstücken gab es wieder allerlei. Der Fürst aß erst eine große Anzahl saure Delicateßheringe, dann Milchreis, dann Caviar usw. Es war wundervoller Caviar da, zwei Dosen von Jagstvami & Block, eine Krucke von Borchardt, dem Hoftraiteur in Berlin. Als die Gräfin Rantzau von mir erfuhr, daß ich (gleich wie der Fürst) den Caviar so liebte, nöthigte sie mich erst mehrfach, und als ich nach ihrer Ansicht immer noch zu bescheiden war und zu wenig nahm, kam sie mit der Borchardt'schen Krucke um den Tisch herum zu mir und packte mir den ganzen Rest, mindestens ¼ Pfund, auf den Teller. Ich habe dann darin so geschwelgt, daß ich den Tag nicht zu Mittag gegessen habe.

So, nun brennen mir die Augen, ich habe die 4 letzten Bogen heute, am 27ten, in einem weg innerhalb einer guten Stunde geschrieben.....

Dein Dich liebender Sohn Heinrich.

Bewahrst Du die Briefe, bitte, auf? Ich möchte mir eine Abschrift davon nehmen, für meine Bismarck „Memoiren".

Die Bismarck-Erinnerungen von Minister Lucius,

die kürzlich bei Cotta in 4. bis 6. Auflage erschienen sind, gehören zu den wichtigsten Quellen über Bismarcks Amtstätigkeit. Und zwar die Aufzeichnungen aus der Zeit, in der Lucius noch nicht Landwirtschaftsminister, sondern Abgeordneter und gern gesehener Gast bei Bismarck war, mindestens ebensosehr, wie die aus der Ministerzeit. Lucius hat fortlaufend Aufzeichnungen gemacht, die den Stempel der Genauigkeit tragen, ihn als Mann zeigen, der bei aller Bewunderung des Riesen nie auf sein eigenes Urteil verzichtete und als sympathische Persönlichkeit, zu deren klarer Sachlichkeit man sich aus dem Getriebe parteilicher Parteigeschäftsleute unserer Zeit gerne flüchtet.

Digitized by Google

Die Entlassung.

Nach den bayerischen Gesandtschaftsberichten.

Von Karl Alexander von Müller.

Nachdem die preußischen und österreichischen Archive in der Frage der Entlassung Bismarcks der Forschung zugänglich gemacht worden sind, hat uns die bayerische Regierung in dankenswertem Entgegenkommen Einsicht in das noch nie benützte Material ihrer Berliner Gesandtschaftsberichte jener Monate gestattet.

Die bayerische Regierung war über die Vorgänge bei der Entlassung Bismarcks gut unterrichtet. Über dreißig, zum Teil sehr ausführliche besondere Berichte hat ihr damaliger Gesandter in Berlin, Graf Hugo Lerchenfeld — derselbe, der in der gleichen Stelle noch den Weltkrieg und den Zusammenbruch des Kaiserreichs erlebte — vom 16. Januar bis in den April 1890 über diese Ereignisse erstattet. Klar, sachlich, gänzlich ungeschminkt, geben sie einen scharfen Einblick in jene schicksalsvollen Wochen und gereichen ihrem Verfasser wie der Regierung, die er vertrat, zur Ehre. Nicht alle Züge des gesamten Bildes, wie wir es heute, nach dem dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen" und nach den gleichzeitigen Kaiserbriefen, sehen, treten dabei hervor: auch ein so nahestehender und gut unterrichteter Beobachter konnte sie als Mitlebender noch nicht alle erkennen. Aber seine Berichte gehören doch an ihrer Stelle zu den unmittelbaren Urkunden jener Tage und bringen manchen eigenen Zug. Was sie im ganzen auszeichnet, ist die Ruhe und Gerechtigkeit der Betrachtung und eine gewisse stille Nachdrücklichkeit der Darstellung; bei aller Sparsamkeit erheben sie sich an einigen Punkten durch die reine Wiedergabe des Tatsächlichen zu einbringlicher Wirkung.

Ich beschränke mich an dieser Stelle im wesentlichen auf die zum Teil gedrängte, zum Teil wörtliche Wiedergabe der neuen Quelle. Sie im einzelnen kritisch in den bisherigen Zusammenhang der Forschung einzuarbeiten, muß der Zukunft vorbehalten bleiben. Wer sich zunächst hierüber unterrichten will, sei auf die sehr sorgfältige und fesselnde Darstellung von Wilhelm Schüßler (Bismarcks Sturz, 1. u. 2. Auflage 1921, bei Quelle & Meyer) verwiesen. Der erste Bericht[1]) stammt aus der Mitte Januar 1890: Er ist ein Beweis, wie plötzlich und überraschend die eigentliche Krise einsetzte. Gelegentliche frühere Verstimmungen zwischen Kaiser und Kanzler waren ja in den anderthalb Jahren der Regierung Wilhelms II. schon vorhergegangen und hatten auch die Diplomaten bereits beschäftigt[2]). Aber noch am 28. Oktober 1889 — kurz nach dem Zarenbesuch in Berlin — hatte Graf Lerchenfeld berichtet, daß die früheren Schatten in den beiderseitigen Beziehungen anscheinend völlig geschwunden seien und Fürst Bismarck die Lage wieder vollkommen beherrsche. Nun am 16. Januar meldet er, daß ihm in letzter Zeit von verschiedenen Seiten Andeutungen über neuerliche Meinungsverschiedenheiten zugekommen seien. Ob in der langen Abwesenheit Bismarcks fremde Einflüsse auf den Kaiser störend eingewirkt hätten oder ob die Differenzen rein sachliche Ursachen hätten, vermöge er noch nicht zu sagen. Tatsache sei jedenfalls, daß die Richtung des Kaisers sich in einzelnen Fragen von der des Kanzlers entferne und daß man in den hohen Regierungskreisen nicht ohne Besorgnis der Entwicklung der Dinge entgegensehe.

Er selbst führt drei Streitpunkte an. Zunächst sei es wieder einmal das Verhältnis Deutsch-

[1]) Die Berichte sind, mit einer einzigen Ausnahme (Nr. 139, unten Seite 169) sämtlich an den damaligen Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern, Freiherrn, später Grafen von Crailsheim gerichtet. Dieser hat sie dann fast alle, meist kurzhändig, manchmal mit kurzem formellem Begleitschreiben, an die Geheimkanzlei weitergegeben, die sie dem Prinzregenten vorlegte; sie tragen fast ausnahmslos den Sichtvermerk, keiner irgend eine Randbemerkung von dessen Hand. Dann kehrten sie wieder in das Ministerium des Äußern zurück. Vom 18. März ab hat auch der Kultusminister von Lutz noch Einsicht in die Berichte genommen. Die Visa, die er zum Teil schon mit zitternder Feder daraufsetzte, gehören zu seinen letzten amtlichen Unterschriften: die Tage des eigentlich leitenden Mannes im bayerischen Ministerium während der Bismarckischen Zeit gingen damals gleichfalls zu Ende. — [2]) Vgl. E. von Wertheimer, Bismarcks Sturz, in den Preuß. Jahrbüchern Bd. 184 (1921) S. 308 (nach dem Aktenmaterial des Wiener Staatsarchivs). Auch Lerchenfeld hatte am 21. Juni 1889 eingehend darüber berichtet.

Digitized by Google

lands zu Österreich und Rußland, das trennend wirke. „Se. Majestät beklagt sich darüber, daß Fürst Bismarck trotz aller üblen Erfahrungen immer wieder mit Rußland anzuknüpfen suche und daß darüber die Beziehungen zu Österreich vernachlässigt würden." Bismarck hingegen betrachte es als den Grundstein seiner Friedenspolitik, unbeschadet des Dreibundes, möglichst gute Beziehungen zu Rußland zu erhalten. Wie in fast allen früheren Fällen der Art habe sich auch jetzt die offiziöse Presse der Sache bemächtigt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" habe am 9. Januar (Nr. 14) einen Artikel aus der „Petersburger Zeitung" gebracht, der die Politik des Kanzlers im Gegensatz zu anderen Strömungen bespreche; der Kaiser sei darüber begreiflicherweise sehr verstimmt gewesen, der abschwächende Kommentar in Nr. 19 sei auf seinen besonderen Befehl erschienen.

Aber diese Meinungsverschiedenheit, meint der Gesandte, sei nicht neu und würde durch den persönlichen Verkehr zwischen Kaiser und Kanzler bald wieder auf ein unschädliches Maß zurückgeführt werden können. Bedenklich erschien ihm ein anderer Streitpunkt, der in seiner jetzigen Gestalt neuen Datums sei, obgleich auch seine Anfänge schon weiter zurücklägen: die Behandlung der Arbeiterfrage.

Er erinnert daran, mit welchem Interesse der Kaiser schon bei der ersten Streikbewegung in Rheinland-Westfalen (im Frühjahr 1889) persönlich eingegriffen habe. Schon damals sei Bismarck nicht mit allem, was auf kaiserliche Veranlassung geschah, einverstanden gewesen, da er streng auf dem Standpunkt stehe, daß zwischen den Streitenden Licht und Schatten gleich zu teilen, also nicht bloß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, sondern auch jene der Arbeitgeber von der Regierung zu schützen sei. Damals sei jedoch infolge der Entwicklung, welche die Dinge nahmen, die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit nicht deutlich hervorgetreten. Anders schon bei der Arbeiterbewegung, die im Herbst im Saargebiet und in Rheinland-Westfalen entstanden sei. Damals wollten die Arbeitgeber es darauf ankommen lassen, mußten sich aber infolge unmittelbaren Eingreifens der Oberpräsidenten zu einer nachgiebigen Haltung gegenüber den Arbeitern bequemen[1]). „Dieser staatliche Eingriff war aber" — wie er jetzt aus zuverlässiger Quelle erfahre — „auf Grund eines persönlichen telegraphischen Befehls Sr. Majestät geschehen, von welchem der Reichskanzler keine vorherige Kenntnis erhalten hatte[2]). Die Folge hievon war ein Telegramm des Reichskanzlers an einen der beteiligten Oberpräsidenten, worin derselbe darauf aufmerksam gemacht wurde, daß königliche Behörden nicht befugt seien, Allerhöchste Befehle ohne Gegenzeichnung des Ressortministers zu vollziehen." Das sei gewissermaßen die Vorgeschichte zu der jetzt schwebenden Differenz.

Diese selbst liege auf dem Boden des sogenannten Arbeiterschutzes. Seit Jahren beschließe der Reichstag immer wieder fast mit Einstimmigkeit Gesetzentwürfe über Sonntagsheiligung, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit usw., die dann vom Bundesrat nach Vorschlag Preußens regelmäßig abgelehnt würden. Seit Jahren versuche Herr v. Boetticher, den Reichskanzler für seine Ansicht zu gewinnen, daß die verbündeten Regierungen schon aus politischen Gründen dem Reichstag und der öffentlichen Meinung einige Zugeständnisse machen sollten. Aber Bismarck habe schon seit geraumer Zeit sein früheres reges Interesse an den sozialen Gesetzen verloren und lehne es beharrlich ab, seine Zustimmung zu irgendwelcher gesetzgeberischen Maßregel auf diesem Gebiet zu geben. Das Arbeiter-Invalidengesetz im verflossenen Jahr habe er wohl mehr aus persönlicher Rücksicht auf Herrn v. Boetticher vertreten, der andernfalls sein Amt niedergelegt hätte, als aus Interesse an der Sache. Vom Arbeiterschutz aber wolle er entschieden nichts wissen. Der Kaiser dagegen sei offenbar durch die Vorgänge in den Kohlenbergwerken dazu geführt worden, sich mit dem Los der Arbeiter überhaupt zu beschäftigen; die Frage des Arbeiterschutzes stehe jetzt im Vordergrund seiner Interessen.

Neuere Versuche Boettichers, den Kanzler zu einer Initiative auf diesem Gebiet zu bewegen, schienen ohne Erfolg geblieben zu sein; so habe sich der Kaiser, der nicht leicht eine einmal gefaßte Idee aufgebe, nach einem anderen Wege umgesehen, um diesem Ziel näher zu kommen. „Dieser unter den gegebenen Verhältnissen gewiß denkbar merkwürdigste ist, daß

[1]) Bericht Lerchenfelds vom 11. Dezember 1889. — [2]) Ein ähnliches Telegramm an den Oberpräsidenten v. Hagemann bereits vom 11. Mai 1889 (also während der ersten Streikbewegung) erwähnt Hans Rothfels, Zur Bismarck-Krise von 1890, in der Histor. Zeitschrift Bd. 1 (1920), S. 287.

Digitized by Google

der Kaiser die aus Anlaß der Leichenfeier [der Kaiserin Augusta] hierher gekommenen Fürsten, insbesondere den König von Sachsen und den Großherzog von Baden, für die Angelegenheit interessiert und an den König von Sachsen die ausdrückliche Bitte gestellt hat, daß Sachsen einen Gesetzentwurf über Arbeiterschutz im Bundesrat einbringe." Da der Kaiser auf dieser Bitte bestand und die sächsische Regierung einer gesetzlichen Regelung dieser Frage grundsätzlich zustimmte, so habe König Albert das Ansinnen nicht abgelehnt. Die sächsischen Ministerien seien bereits an der Arbeit, und wenn kein Zwischenfall eintrete, werde der Entwurf in naher Zeit dem Bundesrat vorliegen.

Wie der Reichskanzler diese Tatsache aufgenommen habe, sei noch nicht bekannt; Lerchenfeld vermutet, daß die Reise des Grafen Herbert nach Friedrichsruh[1]) damit zusammenhänge und daß man nach seiner Rückkehr bald näheres darüber erfahren werde. In Berlin glaube man nicht, daß der Kanzler hieraus eine Kabinettsfrage machen wird, „dazu scheint sie weder groß genug, noch bietet sie einen allgemein verständlichen, wenn ich so sagen darf, populären Anlaß. Ebensowenig glaubt man, daß der Kaiser die Dinge zum Äußersten kommen lassen will". Lerchenfeld selbst glaubt sogar, daß der Kaiser den Schritt nicht getan hätte, wenn er nicht überzeugt wäre, daß Bismarck schließlich nachgebe. „Aber immerhin zeigt der Vorfall, wie schwierig das Verhältnis zwischen einem jungen, tatendurstigen Kaiser und einem gesättigten, allen neuen Unternehmungen abgeneigten ersten Minister ist."

Es lasse sich nicht verkennen, daß sich bei Bismarck die Jahre allmählich doch fühlbar machten und daß er nicht mehr imstande sei, den riesigen, auf seinen Schultern lastenden Arbeitsstoff bis in alle Einzelheiten zu bewältigen. Bisher wolle er aber nichts aus der Hand geben, alle Dinge selbst ergründen und entscheiden, und so träten in vielen Zweigen der Verwaltung Stockungen ein. Er erinnert an die preußische Steuerreform, die sich unerledigt von einer Landtagssession in die andere schleppe, nur weil Bismarck über einzelne Seiten nicht mit sich ins reine komme und stets im letzten Augenblick den Fortgang der Sache hemme. „Über diesem Minister steht nun der junge Kaiser, der das Bedürfnis fühlt, etwas zu leisten und überall auf das Hindernis stößt: der Kanzler will nicht." Erschwert würden die Verhältnisse für alle Teile durch die Abgeschiedenheit, in der der Kanzler einen großen Teil des Jahres lebe und die einen regelmäßigen Gedankenaustausch zwischen ihm und dem Monarchen, wie zwischen ihm und den anderen Ministern hindere. So sei der Kaiser meist ohne verantwortlichen Ratgeber, da die Fachminister keinen Rat erteilen könnten, ohne genau zu wissen, wie der Kanzler zu der Sache stehe. Es sei unter diesen Umständen verständlich, wenn der Kaiser sich zuweilen an Unberufene wende, und es bleibe noch sehr anzuerkennen, daß es nicht häufiger geschehe und daß nicht weit mehr Friktionen entstünden.

Der Gesandte sieht aus dieser Lage nur e i n e n Ausweg: „daß der Reichskanzler das Detail der Geschäfte seinen Kollegen im preußischen Ministerium und seinen Vertretern im Reichsdienst überließe und sich nur die Leitung im Großen vorbehielte." Bisher habe er aber auf solche Vorschläge immer geantwortet, daß er nichts aus der Hand geben könne, solange die Verantwortung auf ihm laste. Ginge es nicht mehr, so würde er sich zurückziehen. Auf den Einwurf, daß sein Nachfolger, sei er wer er wolle, auch nicht alles in seiner Hand vereinigen könne, habe er erwidert, daß es nach ihm überhaupt keinen Reichskanzler mehr geben würde.

Diese Äußerung sei Lerchenfeld schon vor einiger Zeit mitgeteilt worden. Er habe aber nicht darüber berichtet, weil sie in vollem Widerspruch zu der staatsrechtlichen Überzeugung stand, welche Bismarck bei jeder Gelegenheit früher bekannt hatte; er habe deshalb die Richtigkeit der Wiedergabe bezweifelt. Nun sei sie ihm aber von sicherer Seite bestätigt worden und noch dazu mit der näheren Erläuterung, daß es sich nach dem Gedanken des Fürsten nicht bloß um eine tatsächliche Teilung der Geschäfte, sondern um eine formelle Abschaffung des Amtes handeln würde[2]). Der Kanzler habe diesen Zukunftsgedanken auch schon dem Kaiser mitgeteilt; dieser lehne ihn aber ab[3]) und in maßgebenden Kreisen bestehe auch dar-

[1]) Vom 15. bis 16. Januar. — [2]) Vgl hiezu Schüßler a. a. O., S. 31. — [3]) In einem späteren Bericht vom 2. April erzählt Lerchenfeld dagegen nach Angaben Caprivis, daß der Kaiser sich gleichfalls eine Zeitlang mit dem Gedanken getragen habe, das Amt des Reichskanzlers in einzelne Teile aufzulösen. „Als S. M. Anfang Februar Herrn v. Caprivi zum erstenmal eröffnete, daß er unter Umständen der Nachfolger des Fürsten Bismarck werden müsse, habe der Kaiser ihm zugleich

Digitized by Google

über kein Zweifel, daß die deutschen Bundesregierungen an der Einrichtung des Reichskanzlers festhalten wollten.

Graf Lerchenfeld faßt seine ausführliche Darstellung zum Schluß dahin zusammen: Die brennende Frage des Arbeiterschutzes werde wohl dieser Tage in irgend einer Form ihrer Lösung näher geführt werden. „Wie aber die Dinge liegen, werden über andere Anlässe ähnliche Differenzen entstehen. Daß die Lage akut werden könnte, glaube ich aber vorläufig nicht, weil weder Fürst Bismarck ernstlich daran denkt, sich zurückzuziehen, noch auch der Kaiser sich von ihm trennen will."

So weit der erste Bericht. Das Charakteristische in ihm scheint mir, bei aller Verehrung für Bismarck, die allgemeine Parteinahme für den Kaiser; die Einsicht in die Gefahr der Lage, aber noch der Glaube, daß beide Teile gleichmäßig eine Krisis vermeiden wollen und daß sie deshalb auch vermeidbar sei.

Schon am 20. Januar muß er jedoch melden, daß die Lage sich inzwischen durch zwei neue Streitpunkte noch mehr verwickelt hat. Der eine ist die Stellung Preußens zum Sozialistengesetz. Der Kaiser wünsche, daß die verbündeten Regierungen das Gesetz annehmen, wie es ihnen vom Reichstag geboten werde, d. h. ohne Ausweisungsparagraph. Er verlange dies schon mit Rücksicht auf das Kartell. Bismarck hingegen wolle dies nicht. Er wünsche, daß die verbündeten Regierungen, ohne ein Nachgeben in Aussicht zu stellen, den Beschluß des Reichstags abwarten, und scheine sich noch immer mit dem Gedanken zu tragen, das Nichtzustandekommen des Sozialistengesetzes politisch auszunützen [1]).

Da die Konservativen bereit seien, in zweiter Lesung für den Kommissionsbeschluß zu stimmen, wenn sie die Zusicherung erhielten, daß die Bundesregierungen den so abgeschwächten Entwurf annähmen, im andern Fall aber ihrerseits auf der Ausweisung bestehen und den Kommissionsbeschluß ablehnen würden [2]), so hänge alles davon ab, auf welcher Grundlage Kaiser und Kanzler sich verständigten. Vorläufig habe aber auch die Reise Herberts noch keine Klärung gebracht, weder in dieser Frage, noch in der des Arbeiterschutzes, noch endlich in einer dritten, der Regelung der Beamtengehälter. Diese letztere scheine zwar von geringerer Tragweite als die beiden anderen, sei aber dringlich, wenn ein unbequemer Beschluß des Reichstags vermieden werden solle.

Die Lage sei für einzelne Persönlichkeiten, namentlich Herrn v. Boetticher, sehr peinlich. „Die Parteien im Reichstag wollen wissen, was die Regierung beabsichtigt, Herr v. Boetticher kann ihnen aber nichts mitteilen, weil der Kanzler, der sehr verstimmt scheint, seit einigen Tagen überhaupt nicht mehr auf Anfragen antwortet. Dabei wächst die Ungeduld des Kaisers täglich. Se. Majestät war gestern zweimal auf dem Auswärtigen Amte, um zu erfahren, wie die Dinge in Friedrichsruh stehen, kurz die Situation ist für alle Beteiligte unerträglich und die einzige Lösung die, daß der Reichskanzler endlich nach Berlin kommt." Glücklicherweise sei dies für nächsten Mittwoch [den 22.], spätestens Donnerstag, zu erwarten; damit werde den peinlichen Zuständen wohl ein Ende gemacht werden.

Am 25. Januar berichtet er, daß Bismarck am 24. nachmittags endlich nach Berlin zurückgekehrt sei. Gleich nach seiner Ankunft habe eine Staatsministerialsitzung, dann abends 6 Uhr ein Kronrat unter Vorsitz des Kaisers stattgefunden — es ist der berühmte entscheidende Kronrat, in dem der erste, leidenschaftlich erregte Zusammenstoß erfolgte (s. Schüßler S. 71 ff.); aber der Gesandte weiß zunächst noch wenig darüber zu berichten: „Über die

angekündigt, daß seine Amtsführung nur solang zu dauern hätte, bis die an die Stelle des Reichskanzlers zu setzende Organisation durchgeführt sein werde." Nach dem Rücktritt Bismarcks hätte der Kaiser diesen Gedanken jedoch vollständig aufgegeben, es sei nie wieder davon die Rede gewesen. Caprivi nahm an, daß Bismarck dem Kaiser die Undurchführbarkeit klar gemacht habe. Auch er, Caprivi, sei zur Überzeugung gekommen, daß die ganze Gestaltung des Reichs einen Reichskanzler, wie ihn die Verfassung vorsehe, verlange. Nur werde er den einzelnen Ressorts mehr Selbständigkeit einräumen müssen, „denn in seiner alles umfassenden Tätigkeit könne niemand den Fürsten Bismarck ersetzen". — [1]) „Ohne Zweifel wird dabei der Reichskanzler von dem Gedanken geleitet, daß das Nichtzustandekommen des Sozialistengesetzes als günstige Wahlparole ausgenützt werden könne." (Bericht vom 14. Januar.) — [2]) Die Stellung des Reichstags hatte Lerchenfeld in zwei Berichten vom 11. und 14. Januar behandelt, die im folgenden erwähnte Frage der Beamtengehälter in einem vom 20. Januar. Vgl. hiezu Schüßler S. 60. Über das weitere Schicksal des Sozialistengesetzes sind einige Notizen in den Berichten vom 23. und 25. Januar.

Digitized by Google

Vorgänge in dieser Sitzung hüllen sich die Teilnehmer vorläufig in Schweigen. Ich habe nur gehört, daß der Kaiser den Wunsch ausdrücklich ausgesprochen haben soll, es möchte noch in letzter Stunde eine Verständigung mit dem Reichstag gesucht und das Sozialistengesetz in der Fassung zur Annahme gebracht werden, welche erreichbar erscheint, daß aber der Reichskanzler jeder Konzession einen absoluten Widerspruch entgegengestellt habe. Außerdem wurde mir erzählt, daß der Reichskanzler in einer äußerst gereizten Stimmung sein soll." Ob auch noch andere Fragen, insbesondere die des Arbeiterschutzes, behandelt worden seien, habe er noch nicht erfahren. Bis gestern abend sei diese noch genau so gestanden wie vor einigen Wochen. „Der Kaiser will, daß etwas darin geschieht; der Reichskanzler aber erklärt auf alle Vorstellungen, daß er Beschränkungen der Arbeit auf diesem Gebiete für schädlich halte und sich unter keinen Umständen darauf einlasse." Für die sächsische Regierung sei die Lage sehr peinlich. Der König habe dem Kaiser die Einbringung des Antrags zugesichert, andrerseits möchte die sächsische Regierung aber doch die Gewißheit haben, daß ihr Antrag nicht mit einer preußischen Mehrheit vom Bundesrat abgelehnt werde.

Die beiden nächsten Berichte gebe ich im vollen Wortlaut:[1])

„Nr. 48. Berlin, den 30. Januar 1890.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Hochverehrtester Herr Staatsminister!

Euer Exzellenz habe ich in den letzten Tagen nicht berichtet, weil es mir nicht gelungen war, einen klaren Einblick in die innere Lage zu gewinnen.

Was inzwischen geschehen war und was man vernommen hatte, ließ eher darauf schließen, daß die Krisis einer Lösung entgegenginge. In der Thronrede beim Reichstagsschluß war das Sozialistengesetz mit Stillschweigen übergangen und der Frage des Arbeiterschutzes nur in einer vorsichtigen, alle Deutungen zulassenden Weise gedacht. Der Reichskanzler hatte mit dem König von Sachsen eine eineinviertelstündige Unterredung gehabt, dabei auch den zu erwartenden Antrag besprochen, ohne einen Versuch zu machen, den König von der Stellung des Antrages abzubringen. Auch vernahm man, daß im Reichsamt des Innern Erwägungen über Arbeiterschutz stattfänden. Alles dies konnte man als beruhigende Symptome deuten.

Andererseits aber waren auch wieder Anzeichen dafür vorhanden, daß die Dinge einen glatten Verlauf nicht nehmen.

Heute mittag hat mich nun der Reichskanzler rufen lassen, und hat in einer fast einstündigen Unterredung mir sein Verhältnis zum Kaiser und die Krisis, wie er es nannte, geschildert. Die Unterredung war zu lang und ich war verhindert, Notizen zu machen. Ich kann also nicht wörtlich referieren und muß mich beschränken, das wichtigste der Mitteilungen wiederzugeben.

Der Reichskanzler begann damit, die Stellung des Kaisers und die seine zu dem sogenannten Arbeiterschutz darzulegen. Der Kaiser trage sich mit den weitgehendsten Gedanken. Er wolle auf einmal alle Menschen beglücken. Fremde Einflüsse phantastischer Leute (Hinzpeter, Graf Douglas, der Maler Heyden) seien vorhanden. Auf ihn und seine Minister wolle er nicht hören.

Er, der Reichskanzler, betrachte diese Beschränkungen der Freiheit des Arbeiters, zu verdienen, als eine Torheit. Hier folgte eine lange Entwicklung der bekannten Ansichten des Fürsten über die Frage.

Dann kam der Reichskanzler auf den zu erwartenden sächsischen Antrag über Arbeiterschutz zu sprechen. Wäre dieser ohne weiteres gestellt worden, so hätte er ihn im Bundesrat bekämpft. Nun habe aber der König von Sachsen mit dem Kaiser die Sache abgemacht, und zwar ohne daß sein Allergnädigster Herr seine Minister gefragt hätte[2]). Unter diesen Umständen könne er nicht im Bundesrat widersprechen. Er sei aber zu alt, und habe keine Lust, seinen Namen für Maßregeln herzugeben, welche seiner Überzeugung zuwiderlaufen.

Bisher habe er sich als Anwalt der Bundesstaaten und Fürsten im Reich betrachten können und seine Aufgabe darin erblickt, die Interessen dieser gegen Übergriffe zu schützen. Nun sei

[1]) Rechtschreibung und Zeichensetzung der Berichte habe ich, da sie von verschiedenen dritten Händen geschrieben sind, gleichmäßig modernisiert. Anrede und Schlußformel werden nur einmal als Beispiel gegeben: sie sind mit kleinen Abweichungen immer dieselben. — [2]) Vgl. Ged. u. Erinn., Bd. 3, S. 50 ff.

Digitized by Google

eine Reihe deutscher Fürsten, Sachsen, Baden, Weimar gegen ihn mit seinem kaiserlichen Herrn vorgegangen.

Seine Lage sei unhaltbar und er sei darum fest entschlossen, den übermäßig aufgebauschten Reichskanzler einer Schweningerkur zu unterziehen. Der Anfang sei gemacht, indem er dem Kaiser den Oberpräsidenten v. Berlepsch, auch einen der nicht ganz legitimierten Ratgeber Sr. Majestät, als Handelsminister vorgeschlagen habe, und der Kaiser sei sehr bereitwilligst darauf eingegangen. So wolle er nach und nach den Reichskanzler gliederweis ablegen, und nur den Rumpf, die Leitung der auswärtigen Politik, behalten. Sei er ganz aus dem preußischen Staatsdienst ausgeschieden, dann könnte im Bundesrat die preußische Stimme auch gegen seine Auffassung abgegeben werden.

Hier kam der Fürst wieder auf den sächsischen Antrag und sagte, daß nach seiner Überzeugung Arbeiterschutzgesetze, wie sie gedacht seien, einen höchst ungünstigen Einfluß auf die Wahlen üben würden. Er habe darum nach Dresden geschrieben und gebeten, man möge doch den Antrag bis nach den Wahlen zurückhalten.

Ich schalte hier ein, daß der Fürst dem sächsischen Gesandten gestern ausdrücklich gesagt hat, er könne dem König Albert schreiben, er, der Reichskanzler, werde an dem Tage seine Demission geben, an welchem der Antrag beim Bundesrat einkommt.

Auf die Wahlen zurückkommend, fuhr dann der Fürst fort, daß der Kaiser eine Proklamation erlassen wolle, worin den Arbeitern alles mögliche an Arbeiterschutz versprochen würde. Dies müßte den denkbar schlechtesten Eindruck auf alle besitzenden Klassen machen. Der junge Monarch wolle alle Leute zufrieden machen. Er wisse noch nicht, daß die absolute Zufriedenheit für niemand in der Welt bestünde. Derartige enthusiastische Bestrebungen seien gefährlich auf dem Thron.

Ich deutete hier dem Fürsten die frühere Stellung der Königlichen Regierung zu den im Bundesrat abgelehnten Anträgen Ackermann an, und sprach dann meine Meinung dahin aus, daß der Kaiser sich doch besinnen werde, den Fürsten abtreten zu lassen.

Der Fürst bestritt dies. Er fühle es lange, daß er dem Kaiser unbequem sei als ein Mentor, der immer widerspricht. Der Kaiser vermeide es, ihn zu sehen, er wolle Leute, welche ihm zu Gefallen sprechen und glaube, alles selbst machen zu können. Der Kaiser werde aufatmen, wenn er ihn erst einmal los sei.

Er, der Reichskanzler, könne ja einen Konflikt jeden Tag herbeiführen. Das wolle er aber nicht. Er würde sich lieber in der Stille zurückziehen. Wie es gehen werde, wisse er nicht, denn vier der anderen Minister seien auch müde und hätten ihm ihre Entlassung angeboten. Boetticher, Scholz, Goßler, Maybach. Er halte sie aber davon ab.

Am Schluß der Unterredung fragte ich den Fürsten, ob es ihm recht sei, wenn ich den Inhalt seiner Mitteilungen meiner hohen Regierung berichte. Er antwortete, daß er dies wünsche, damit die Königliche Regierung die Situation kenne.

Dem Vorstehenden werden Ew. Exzellenz entnehmen, daß der Reichskanzler ganz gegen seine Gewohnheit die ganze Angelegenheit akademisch behandelt hat, ohne zu einem bestimmten Schluß zu kommen. Trotz verschiedener Zwischenfragen, die ich gestellt, kann ich nicht sagen, was er vorhat. Er sprach von vollständigem Rücktritt, von Beschränkung seiner Tätigkeit, dabei aber, was die Hauptsache betrifft, den sächsischen Antrag, von dilatorischer Behandlung desselben, ohne aber anzudeuten, was später geschehen soll. Der Fürst war bei der Unterredung weder heftig noch ernster als gewöhnlich.

Wenn ich meine Ansicht aussprechen darf, so wünscht er durchaus nicht zurückzutreten, sondern nur, daß kein sächsischer Antrag auf Arbeiterschutz kommt. Zu dieser Auffassung bestimmt mich auch, was ich von anderer Seite höre, daß nämlich seit Sonntag, den 26., seine Stimmung jeden Tag wechselt und er erst seit gestern mit dieser Bestimmtheit Stellung genommen hat.

Ich werde morgen früh Ew. Exzellenz weiter berichten. Heute muß ich schließen, um diesen Bericht zur Post zu bringen.

Genehmigen Ew. Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung, mit welcher ich zu sein die Ehre habe

Ew. Exzellenz

ganz gehorsamster
Gr. H. Lerchenfeld."

Digitized by Google

„Nr. 50. Berlin, den 31. Januar 1890.

Im Verfolg meiner gestrigen Berichterstattung über die Differenz zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler kann ich Ew. Exzellenz noch folgendes melden:

Der Reichskanzler hat bereits aus Anlaß des Sozialistengesetzes Freitag, den 24. dieses Monats, seine Entlassung angeboten. Der Kaiser hat daraufhin im Kronrat, welcher am gedachten Tage stattfand, nachgegeben und das Gesetz ist, dem Wunsche des Reichskanzlers entsprechend, im Reichstag gefallen. Man hatte nun gehofft, daß der Fürst Bismarck seinerseits dem Kaiser im Arbeiterschutz entgegenkommen werde und bis Sonntag, den 26. ds. Mts., hatte es auch den Anschein, daß dies geschehen werde; dann zeigte sich der Reichskanzler schwankend, bis er vor zwei Tagen endlich den Standpunkt absoluter Verneinung annahm.

Der Gegensatz ist, wie ich schon früher berichtet habe, ein prinzipieller. Der Kaiser hat sich für die Verbesserung des Loses der Arbeiter begeistert und will mit allen Mitteln eine friedliche Lösung der sozialen Frage herbeiführen. Der Reichskanzler stellt sich seit geraumer Zeit auf den Standpunkt, daß die Arbeiter nicht zu befriedigen seien und mit Pulver und Blei behandelt werden müßten. Aus dieser pessimistischen Auffassung erklärt sich auch die Stellung des Reichskanzlers zum Sozialistengesetz. Er hält es für nützlich, wenn die Sozialdemokraten eine Zeitlang frei sich entfalten können, damit die besitzenden Klassen zum Bewußtsein der Gefahr kommen.

Von solcher Politik will der Kaiser nichts wissen; er hat bei jeder Gelegenheit erklärt, daß er seine Regierung nicht mit Blutvergießen seiner Untertanen beginnen wolle und friedliche Mittel verlange, um den Ausbruch der Krisis zu vermeiden.

Nun ist, wie ich Ew. Exzellenz schon wiederholt berichtet habe, der Kaiser Vorstellungen zugänglich und hat ja zuletzt auch bei dem Sozialistengesetz bewiesen, daß er dem Reichskanzler gegenüber das Opfer seiner Überzeugung bringt. Es wären darum gute Beziehungen zwischen beiden trotz des Unterschieds des Alters und der Auffassung denkbar, wenn der Reichskanzler seinen Herrn anders zu behandeln verstünde und ihn mehr sähe. Aber seit dem Beginn der Regierung Wilhelms II. hat er ihn meist entweder ohne Führung gelassen und ihm alles nachgegeben oder er hat sich, wie jetzt, zu ihm in einen schroffen Gegensatz gestellt. Es entspricht dies dem nicht zu ergründenden Naturell des großen Mannes, der keine andere als eine angriffsweise geführte Verteidigung je gekannt hat.

Das ist es auch, was die gegenwärtige Situation zu einer ernsten macht. Die offiziöse Presse ist zwar noch nicht angespannt worden, aber dafür hat der Reichskanzler in den letzten Tagen eine Reihe von Leuten rufen lassen und hat ihnen ohne jeden Rückhalt seine Ansicht über die Lage und über den Kaiser gesagt. Unter diesen befand sich auch der frühere Erzieher und Vertraute des Kaisers, Herr Hinzpeter, der die ganze Schale des Zornes und des Hohns des Fürsten zu kosten bekam, unter anderm das Angebot, ihn — Hinzpeter — zum Reichskanzler vorzuschlagen. Alles dies wird dem Kaiser wieder zugetragen und so ist es erklärlich, daß auch Se. Majestät in einer sehr gereizten Stimmung ist.

Der Großherzog von Baden ist bemüht gewesen, möglichst beruhigend auf den Kaiser zu wirken. Auch höre ich, daß Graf Waldersee sich nicht im geringsten in die Angelegenheit eingemischt hat. Die persönlichen Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler scheinen auch äußerlich die alten geblieben zu sein, wofür spricht, daß in diesen Tagen ein parlamentarisches Diner beim Reichskanzler stattfindet, an welchem Se. Majestät teilnimmt.

Wozu sich Sachsen entschließt, ist hier noch nicht bekannt. Ich zweifle aber nicht, daß der König Albert jedenfalls auf das Verlangen eingeht, den Antrag für Arbeiterschutz bis nach dem Wahltag auf sich beruhen zu lassen; damit ist vorläufig Zeit gewonnen.

Über die weitere Entwicklung der Dinge scheint mir hier jedermann, am meisten die Minister, im unklaren, nur das kann ich als die communis opinio bezeichnen, daß ein Rücktritt des Fürsten Bismarck trotz der allerdings schlimm verfahrenen Lage als sehr unwahrscheinlich betrachtet wird. Heute ist wieder Staatsministerialsitzung, in welcher der Reichskanzler seine Absichten vor seinen Kollegen entwickeln dürfte. Ich nehme an, daß dabei auch der kaiserliche Erlaß an das Staatsministerium über Arbeiterschutz, welcher nach dem Willen Sr. Majestät veröffentlicht werden soll und den der Reichskanzler in der gestrigen Unterredung mit mir berührt hat, zur Sprache kommt. Derselbe soll bereits entworfen sein.

Allmählich fangen weitere Kreise an, sich mit der Krisis zu beschäftigen und es wird kaum

Digitized by Google

mehr lange währen, bis die Presse von den Dingen Wind bekommt. Auf der Börse haben bereits gestern Gerüchte zirkuliert."

Das Wichtigste dieser Berichte, weshalb sie hier im Wortlaut wiedergegeben werden, ist die Unterredung mit Bismarck. Auffällig ist, wie wenig auch sie über den entscheidenden Kronrat vom 24. Januar enthalten. Ebenso fehlen bei Lerchenfeld Nachrichten über die scheinbare Wiederversöhnung am Geburtstag des Kaisers (Schüßler, S. 100).

Schon am 1. Februar folgt eine neue Meldung über die Staatsministerialsitzung, die am 31. Januar stattgefunden hatte (Schüßler, S. 101 ff.). Der Kaiser sei sehr ungehalten gewesen, daß Bismarck vor dem Kronrat am 24. Januar seine Kollegen zuerst allein um sich versammelt und für die Abstimmung in der Sozialistenfrage voreingenommen hatte. „Offenbar, um ähnlichem vorzubeugen, erschien der Kaiser gestern unangemeldet und unerwartet in der Sitzung. Diese nahm einen nach Lage der Dinge völlig unerwarteten Verlauf." Es sei nämlich beschlossen worden, daß der Kaiser zwei Erlasse, einen an den Reichskanzler, einen zweiten an die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Handels richten werde, um damit die Aktion für die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu eröffnen. (Es folgen einige Angaben über den Inhalt der Erlasse.) Diesem Beschluß habe der Reichskanzler zugestimmt, und man müßte also eigentlich die Krisis jetzt als überwunden betrachten, wenn nicht die letzten acht Tage so viel Wandlungen gebracht hätten, daß jedes Vertrauen auf die nächsten Stunden geschwunden sei. Eine große Schwierigkeit werde schon die redaktionelle Feststellung der beiden Erlasse bieten. Wie er höre, lägen Entwürfe schon heute vor, in denen das Wort „Arbeiterschutz" mit Rücksicht auf den Reichskanzler vermieden sei; ob der Entwurf im übrigen dem Kanzler entspreche, ob der Kaiser ihn dann nicht wieder ändere und den Arbeiterschutz doch hineinkorrigiere, werde abzuwarten sein [1]).

Lerchenfeld wirft die Frage auf, wie diese neueste Stellung Bismarcks sich erkläre. „Will er seinen Widerstand dem Drängen des Kaisers gegenüber fallen lassen oder glaubt er, durch diese Art der Einleitung die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben und auf diese Weise vereiteln zu können — ich weiß es nicht." Jedenfalls bleibe es schwer zu verstehen, daß der Kanzler, der im verflossenen Jahr die Beschickung der Konferenz in der Schweiz auf das entschiedenste abgelehnt habe, sich jetzt mit diesem Erlaß einverstanden erklärt habe, durch den sich Deutschland gewissermaßen an die Spitze der internationalen Regelung der Frage stelle. Überhaupt schließe doch dieser Beschluß für ihn ein größeres Opfer seiner Überzeugung ein, als es die Einbringung eines Arbeiterschutzgesetzes gewesen wäre, das unschwer so hätte gestaltet werden können, daß es an den bestehenden Verhältnissen wenig oder nichts ändere und doch dem Kaiser und der öffentlichen Meinung genüge. Auch wie sich diese neue Aktion zum sächsischen Antrag verhalte, sei noch unklar. Der Kaiser habe nicht die Absicht, auf ihn zu verzichten. Er habe im Gegenteil König Albert gebeten, sich keinesfalls davon abhalten zu lassen [2]). Was in Dresden geschehe, darüber habe sein sächsischer Kollege bis heute noch keine Nachricht; persönlich halte Graf Hohenthal dafür, daß jedenfalls vor den Wahlen der Entwurf von seiner Regierung nicht eingebracht werde.

Im ganzen habe die Situation also seit gestern eine etwas freundlichere Gestalt erhalten. „Die Stimmung der beiden maßgebenden Personen scheint aber nichts weniger als beruhigt. Die Gereiztheit und das Mißtrauen dauern fort und lassen neue Differenzen jeden Tag befürchten."

Die allgemeine Lage war in diesen Berichten klar und gut gekennzeichnet. Ihr Ernst veranlaßte den bayerischen Minister des Äußern, die Berichte dem Prinzregenten vorzulegen und zu überlegen, ob irgend ein unmittelbares Eingreifen der bayerischen Regierung möglich und nützlich sei. Er kam jedoch zu dem Schluß [3]), daß die dermalige Sachlage keinen Anhaltspunkt für ein solches Eingreifen zu bieten scheine, um so weniger, als Lerchenfelds letzter Bericht doch einige Hoffnung lasse, daß es gelingen werde, über die vorhandenen Schwierigkeiten und Gegensätze ohne eine eigentliche größere Krisis hinwegzukommen. Er forderte aber den Gesandten auf, zu berichten, wenn er glaube, daß von bayerischer Seite

[1]) Der endgültige Entwurf zu den beiden Erlassen stammte von Bismarck selbst: Geb. und Erinn., 3. Bd. S. 66. — [2]) Vgl. Schüßler S. 101. — [3]) Schreiben Crailsheims an den Chef der Geheimkanzlei, Generalleutnant Frhr. Freyschlag von Freyenstein und an Graf Lerchenfeld, beide vom 2. Februar 1890.

Digitized by Google

etwas geschehen könnte, um zu einer befriedigenderen Gestaltung der Verhältnisse beizutragen. „Daß wir der Sachlage mit tiefem Bedauern und ernster Besorgnis gegenüberstehen und dringend einen beruhigenden Ausgleich wünschen", schrieb Freiherr v. Crailsheim nach Berlin, „bedarf nicht der Versicherung". Er ermächtigte Lerchenfeld ausdrücklich, diesen Empfindungen und zugleich dem lebhaften Dank für die durch Bismarck persönlich gegebenen vertraulichen Mitteilungen Ausdruck zu geben, falls sich ihm eine Gelegenheit hiezu darbiete.

Wir stoßen damit im Rahmen unserer Berichte auf die Frage, inwieweit ein Eingreifen der Bundesstaaten zugunsten Bismarcks möglich gewesen wäre. Die nächsten Berichte Lerchenfelds geben darauf, auf Grund der Äußerungen Bismarcks und seines Sohnes selbst, eine Antwort. Ich bringe sie deshalb, da sie wiederum unmittelbare Besprechungen mit Bismarck, bezw. seinem Sohn enthalten, gleichfalls im vollen Wortlaut:

„Nr. 59. Berlin, den 8. Februar 1890.

Ew. Exzellenz bestätige ich gehorsamst dankend den hohen Erlaß vom 2. ds. Mts. Nr. 62, welcher sich auf die Friktionen innerhalb der preußischen Regierung bezog.

Meines unmaßgeblichen Erachtens dürfte bisher eine Gelegenheit zu einem nützlichen Eingreifen in die Entwicklung der Dinge der Königlichen Regierung nicht geboten gewesen sein. Bei dem leider vorhandenen Mißtrauen des Kaisers würde ein solches Eingreifen höchstens geeignet gewesen sein, die Gegensätze zu verschärfen und die Stellung des Reichskanzlers zu erschweren.

Übrigens kann ich konstatieren, daß inzwischen die Krisis ihren ganz akuten Charakter insoweit verloren hat, als die Gefahr eines Bruches zwischen dem Kaiser und seinem ersten Ratgeber, die einige Tage brennend schien, als überwunden betrachtet werden darf. Dabei kann ich aber leider nicht verhehlen, daß bei dem Reichskanzler die Absicht, sich aus dem preußischen Dienste zurückzuziehen, an Festigkeit zu gewinnen scheint. Der Fürst hat dies als sein bestimmtes Vorhaben nicht nur den am Geburtstag des Kaisers um ihn versammelten fremden Vertretern, sondern auch verschiedenen Abgeordneten des preußischen Landtags verkündet, welche Dienstag, den 4. ds. Mts.[1]), mit Sr. Majestät dem Kaiser bei ihm zu Tisch waren. Aber auch aus seiner nächsten Umgebung ist mir bestimmt versichert worden, daß an dem Ernst des Entschlusses nicht zu zweifeln sei.

Um über diese wichtige Frage Sicherheit zu erhalten, habe ich heute den Grafen Bismarck um eine Unterredung gebeten und die Krisis der letzten Wochen mit ihm besprochen. Ich leitete das Gespräch damit ein, daß ich dem Grafen den Schlußpassus der hohen Instruktion vom 2. lfd. Monats vorlas und ihm anheimgab, denselben seinem Vater mitzuteilen. Ich bemerkte dann, wie sehr Ew. Exzellenz und die Kgl. Regierung die hervorgetretene Spannung bedauerten und die Hoffnung festhielten, daß die vorhandenen Schwierigkeiten ohne eine eigentliche größere Krisis überwunden werden möchten. Im eigenen Namen fügte ich dann bei, wie ich mich für überzeugt halten könnte, daß meine hohe Regierung nicht bloß den völligen Rücktritt des Fürsten im höchsten Maße beklagen, sondern daß sie sicherlich auch jede Beschränkung seiner Geschäftstätigkeit, soweit sie nicht durch Alter und Gesundheit geboten erschiene, mit ernstem Bedauern wahrnehmen würde. Endlich bemerkte ich noch, daß nach meiner Auffassung die Sachlage keine Handhabe zu irgend einer Aktion der Königlichen Regierung bieten dürfte.

Graf Bismarck versprach mir, die für den Reichskanzler bestimmten Worte Ew. Exzellenz demselben zu wiederholen und pflichtete ausdrücklich der Ansicht bei, daß ein Eingreifen von dritter Seite nicht veranlaßt und nicht nützlich scheine. Sodann sprach er sich über die Absichten des Reichskanzlers und deren Motive dahin aus, daß in der Tat der Entschluß des Reichskanzlers, sich ganz aus dem preußischen Staatsdienst zurückzuziehen, feststünde. Der Fürst wolle zunächst Reichskanzler bleiben und damit die Hand in den Geschäften überhaupt behalten. Als Reichskanzler und als Äußerer Minister des Reiches werde alles zu seiner Kenntnis kommen und er daher auch nach Niederlegung des Vorsitzes im Staatsministerium in der Lage sein, seine Anschauungen zur Geltung zu bringen. Bei seinem Alter sei der Fürst nicht mehr imstande, alle Geschäfte mit einem jungen Kaiser zu führen, der selbst einen bestimmten Einfluß üben wolle. Es seien da Friktionen unvermeidlich, die den Reichskanzler

[1]) Schüßler gibt als Tag dieses Diners bei Bismarck den 5. Februar an (S. 100 u. 112). — Über die Frage der Abgabe des preußischen Präsidiums s. Schüßler S. 112 ff.

Digitized by Google

vor der Zeit aufreiben würden. Er, der Reichskanzler, betrachte es aber als seine wesentliche Aufgabe, sich im Interesse des Reichs für die auswärtige Politik so lange als möglich zu erhalten.

Ich bemerkte hier dem Grafen Bismarck, daß ich nicht recht abzusehen vermöge, wie der Fürst durch einen Verzicht auf die Präsidentschaft den Zweck erreichen wolle, seine Verantwortung zu entlasten, wenn er als Reichskanzler und als preußischer Minister des Äußern bei der Instruierung und Abgabe der preußischen Stimme noch mitwirke. Die Sachen würden doch zu seiner Kognition kommen, aber nicht im Stadium des Entstehens, sondern abgeschlossen, und bei jeder Meinungsverschiedenheit würde es dann erst recht zu Konflikten kommen. Ich wolle darum die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Reichskanzler auch in Preußen die Leitung behalte und die nötige Entlastung in der Weise suche, daß er sich um minder wichtige Dinge nicht mehr bekümmere und seinen Ministerkollegen größere Freiheit gebe. Damit kam ich auf die Ursachen der gegenwärtigen Krisis zu sprechen und äußerte, daß nach meiner persönlichen Ansicht es wohl möglich gewesen wäre, ein unschädliches Arbeiterschutzgesetz zu bauen und daß dies jedenfalls der großen Aktion auf diesem Gebiete vorzuziehen gewesen wäre, welche mit den Kaiserlichen Erlassen vom 5. ds. Mts. ins Werk gesetzt worden sei.

Graf Bismarck gab letzteres zu. Aber der Reichskanzler hätte es nicht vermocht, sich in Widerspruch mit seiner Überzeugung und seinen bestimmten früheren Äußerungen zu setzen. Als er gesehen, daß Se. Majestät an seiner Idee des Arbeiterschutzes und der Proklamation festhalte, habe er selbst dem Kaiser vorgeschlagen, die Erlasse zu redigieren, zugleich aber erklärt, daß er dieselben nicht gegenzeichnen werde. Übrigens, fuhr Graf Bismarck fort, wäre mit der Zustimmung des Reichskanzlers zu einem Arbeiterschutzgesetz nichts gewonnen gewesen, denn dieselbe Situation würde sich bei irgendeinem anderen Anlaß, übertriebene Forderungen des Militärs, übermäßige Heranziehung der Eisenbahnen zu militärischen Zwecken oder anderen Dingen, an denen es nie fehle, erneuert haben. Der Grund der heutigen Spannung sei eben ein tieferer und liege darin, daß der Kaiser sich unterdrückt fühle und das Bedürfnis habe, selbst zu regieren und persönlich etwas zu leisten. Deshalb sei auch der von mir angedeutete Ausweg, daß der Reichskanzler formell die Präsidentschaft behalte und den Ressortministern überlasse, die Geschäfte zu führen und den Kaiser zu beraten, nicht gangbar. Wenn der Reichskanzler jünger wäre und immer um den Kaiser sein könnte, dann würde das Verhältnis auch auf die Dauer befriedigend zu gestalten sein. Dies sei aber durch den Altersunterschied ausgeschlossen. Es müsse also ein anderer Ministerpräsident gefunden werden, man nehme an, Herr von Boetticher, der den Dienst ganz ausfüllen könne. Schließlich dürfe man auch nicht vergessen, daß der jetzige Reichskanzler nicht ewig lebe und da ein Nachfolger seines Kalibers kaum mehr zur Verfügung sein werde, so sei es vielleicht gut, daß bei Lebzeiten des Fürsten Bismarck der Übergang gefunden werde. Zudem sei der Augenblick für den Rücktritt des Fürsten als Ministerpräsident günstig, denn der nächste Reichstag werde außer der Militärvorlage, dem Sozialistengesetz und einem Nachtragsetat für die Wißmannsche Expedition wenig Wichtiges zu tun erhalten. Das Sozialistengesetz werde doch abgelehnt werden, die Militärvorlage und die Wißmannsche Vorlage würden wohl durchgehen und dann werde etwa von Ende Mai bis zum Herbst eine ziemlich geschäftslose Zeit eintreten, innerhalb welcher die neuen Verhältnisse sich bequem einleben könnten. Der Versuch müsse jedenfalls gemacht werden, denn der gegenwärtige Zustand sei unhaltbar. Einige Schwierigkeiten würden allerdings entstehen, denn soviel er, der Graf, höre, würden zwei der derzeitigen Minister ausscheiden, wenn der Reichskanzler die Präsidentschaft niederlege. Die Herren seien durch Kaiser Wilhelm I. verwöhnt, welcher seine Minister immer gesehen und gehört und bei jeder Gelegenheit ausgezeichnet habe. Dies sei anders geworden. Der jetzige Kaiser sähe manche der Minister nur sehr selten und liebe nach eigenen Heften zu handeln. Dies empfänden die Herren schmerzlich und wollten die Verantwortung los sein.

Ich sprach dann noch mit Graf Bismarck von den beiden Erlassen vom 5. ds. Mts. [so] und verhehlte nicht, daß mich persönlich die beiden Schriftstücke nicht angenehm berührt hätten. Es sei gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn Se. Majestät Allerhöchstseinen Ministern seine Ansichten bekanntgäbe. Wenn aber die Allerhöchsten Ansichten veröffentlicht würden, so wirkten sie präjudizieller als dies vom föderalistischen Standpunkte aus wünschenswert er-

Digitized by Google

schiene. Derartige Fragen wären doch zunächst im Bundesrat zu besprechen oder durch Fühlung mit den verbündeten Regierungen zu erörtern, bevor sie als Programm urbi et orbi verkündet würden. Was die Stellung der Königl. Regierung betreffe, so sei sie bisher die gewesen, daß sie eine Erweiterung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Fabrikarbeiter nicht für erforderlich halte. Besonders bedenklich erschiene mir aber der Passus über die Organisation einer Arbeitervertretung. Ich wisse bestimmt, daß zwei der ersten Unternehmer, Krupp und Stumm, sogar dem Kaiser gegenüber freimütig erklärt hätten, daß wenn derartige Organisationen von regierungswegen ins Leben gerufen werden sollten, sie entschlossen seien, aus ihren Werken Aktiengesellschaften zu bilden und sich persönlich zurückzuziehen.

Ohne eine Antwort auf das Vorstehende zu provozieren, ging ich dann auf den Umstand über, daß in dem Erlaß an den Reichskanzler nur Frankreich, England, die Schweiz und Belgien benannt und dagegen Österreich-Ungarn und Italien übergangen seien, und frug den Grafen, ob die den Vertretern der letztgenannten Staaten unoffiziell erteilte Antwort den wahren Grund enthielte. Dieselbe hatte gelautet, daß man zunächst die Zustimmung jener Staaten erhalten wollte, bei welchen man möglicherweise auf Schwierigkeiten stoßen würde. Graf Bismarck bestätigte dies im allgemeinen, teilte mir aber dann mit, daß ungeachtet der Fassung des Erlasses an alle europäischen Staaten gleichzeitig die Anfrage demnächst gerichtet werden würde. Sodann frug ich, wie wohl die Schweiz, welche erst ganz kürzlich ihrerseits die Einladungen zu einem Kongreß erlassen habe, bei welchem dieselben Fragen zur Erörterung kommen sollten, angesichts der vorjährigen Ablehnung Deutschlands, sich an diesem Kongreß zu beteiligen, sich nun ihrerseits zu dem Konkurrenzprojekt stellen werde.

Auf diese Frage konnte mir Graf Bismarck eine Antwort nicht erteilen und bestätigte damit, was ich schon aus anderer Quelle wußte, daß dem Erlaß keinerlei Fühlung mit den darin benannten Staaten vorausgegangen war.

Hier konnte ich das Gespräch nicht länger fortsetzen, obwohl ich an den Grafen noch gern die Fragen gestellt hätte, was unter der veränderten Lage aus dem sächsischen Antrage über Arbeiterschutz werden solle und welchen Zeitpunkt der Reichskanzler für seinen Rücktritt vom Ministerpräsidium ins Auge fasse.

Beim Scheiden sprach ich nur noch dem Grafen meine Zweifel darüber aus, daß der Kaiser ohne weiteres die Demission des Fürsten Bismarck als Ministerpräsident annehmen werde. Wie der Reichskanzler selbst ließ aber der Graf meine Zweifel nicht gelten und sprach die Ansicht aus, daß der Kaiser die Demission annehmen werde.

Ich habe mich bemüht, die Äußerungen des Grafen Bismarck möglichst getreu wiederzugeben. Daß manche derselben über das hinausgingen, was ein Minister einem Gesandten mitzuteilen pflegt, und daß das Gespräch den Charakter eines rein vertraulichen Gedankenaustausches trug, brauche ich nicht hervorzuheben.

Was nun die beiden Punkte betrifft, welche ich nicht mehr bei der Unterredung hatte berühren können, so habe ich über dieselben von anderer Seite folgendes erfahren. Der sächsische Minister Graf Fabrice war in der vorigen Woche in Berlin und hat mit dem Reichskanzler den sächsischen Antrag besprochen. Das Ergebnis der Unterredung war, daß es bei der Vertagung des Antrags bis nach den Wahlen sein Bewenden behält, entsprechend dem Wunsche des Reichskanzlers. Inzwischen ist der Entwurf längst fertiggestellt und hoffe ich, über dessen näheren Inhalt bald berichten zu können. Angesichts der großen, mit den kaiserlichen Erlassen eröffneten Aktion müßte man annehmen, daß Preußen Sachsen die Initiative abnehmen werde. Davon habe ich aber nichts vernommen, vielmehr scheint es bei der sächsischen Antragstellung zu bleiben.

Was den Zeitpunkt des Rücktritts des Fürsten Bismarck vom Ministerpräsidium anbelangt, so habe ich die Andeutung erhalten, daß der Reichskanzler das Eintreffen des sächsischen Antrags als Anlaß seiner Demission benützen wolle. Dafür spricht auch der Wunsch, den Antrag bis nach den Wahlen vertagt zu sehen, womit wohl vermieden werden soll, daß während der Wahlperiode eine Ministerkrisis sich abspielt.

Auffallend ist, daß die hier schon sehr bekannte Absicht des Fürsten, die Präsidentschaft niederzulegen, von dem Publikum sehr ruhig aufgenommen wird. Es genügt offenbar der öffentlichen Meinung, zu wissen, daß das Amt des Reichskanzlers und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in seinen bewährten Händen bleiben. Im übrigen scheint das Ge-

Digitized by Google

fühl, daß ins innere Staatsleben Neues kommen müsse, vorzuherrschen. Hierzu muß wohl auch die Haltung des Reichskanzlers beim Sozialistengesetz beigetragen haben, die eigentlich niemand recht verstanden hat und die vielfach als Eigensinn des alternden Kanzlers gedeutet wurde.

In vorstehendem habe ich versucht, Ew. Exzellenz die Lage zu schildern, wie sie mir von vertrauenswürdiger Seite geschildert wird. Dennoch kann ich, was die Hauptfrage des Augenblicks, den Rücktritt des Reichskanzlers von der Präsidentschaft, betrifft, den Zweifel nicht unterdrücken, daß die Dinge doch noch einen anderen Verlauf nehmen werden, als man nach den Äußerungen des Fürsten und seiner Umgebung annehmen sollte. Ich und mit mir die meisten Personen, welche die Verhältnisse kennen, vermögen sich vorläufig die Stellung des Reichskanzlers außerhalb des preußischen Dienstes nicht vorzustellen. Dieselbe würde eine gewisse Resignation erfordern, wenn sie nicht ein bloßer Schein sein soll, die bei einem Mann, der seit 28 Jahren alles bestimmt, und bei dem Charakter dieses Mannes kaum erwartet werden darf. Außerdem hege ich aber auch noch den Zweifel, ob der Kaiser so weit in der Entlastung des Fürsten gehen will, und endlich könnte wohl auch die Umgestaltung des preußischen Ministeriums sich unter den gegenwärtigen Umständen als eine sehr schwierige darstellen."

Der entscheidende Punkt in der Besprechung mit Herbert Bismarck sind die Bedenken, welche Lerchenfeld vom föderalistischen Standpunkt aus gegen die Erlasse vom 4. Februar, wie gegen die geplante Abtrennung des preußischen Ministerpräsidiums aussprach. Bismarck ging sofort darauf ein.

„Nr. 61. Berlin, den 10. Februar 1890.

Heute morgen hat mich der Reichskanzler wieder zu sich rufen lassen.

Er leitete das Gespräch damit ein, daß er mir sagte, er habe das Bedürfnis, mich darüber aufzuklären, wie es gekommen sei, daß die beiden kaiserlichen Erlasse vom 5. lfd. Monats erschienen seien, ohne daß die verbündeten Regierungen vorher Kenntnis davon erhalten hätten.

Weder er noch die übrigen Minister hätten von der Absicht des Kaisers gewußt. Als am Freitag, den 24. vor. Mts., der Kaiser im Kronrat erschienen sei, habe er einen teils von Sr. Majestät selbst, teils von Herrn Hinzpeter verfaßten Entwurf mitgebracht und verlesen. Dieser an das Staatsministerium gerichtete Erlaß, welchen sämtliche Minister hätten unterzeichnen und welcher dann mit seiner, des Reichskanzlers, Gegenzeichnung versehen hätte erscheinen sollen, sei stark sozialdemokratisch und überhaupt so bedenklich gewesen, daß er dem Kaiser vorgeschlagen habe, ihm eine Redaktion zu entwerfen, nachdem er sich überzeugt hatte, daß der Kaiser von seiner Idee nicht abzubringen sei. Er und die übrigen Minister hätten aber Sr. Majestät sofort erklärt, daß sie die Erlasse nicht gegenzeichnen würden. Die Situation hätte sich dann täglich geändert, er hätte selbst nicht gewußt, welchen Verlauf die Dinge schließlich nehmen würden und unter diesen Umständen sei es nicht möglich gewesen, den verbündeten Regierungen eine Mitteilung zu machen.

Der Reichskanzler fügte bei, daß er mir anheimstelle, meinen Kollegen diesen Zusammenhang zu erklären.

Sodann kam der Fürst auf die Politik des Kaisers zu sprechen und sagte, daß er es tief bedauere, seinen kaiserlichen Herrn diesen Weg wandeln zu sehen. Die in den Erlassen vertretenen Ideen seien Utopien. Sie seien darauf gerichtet, die Popularität der niedersten Klassen zu gewinnen. Das werde der Kaiser noch zu bereuen haben, denn diesen Klassen würde damit eine Macht gegeben, die das Königtum verliert. Seit 1862 wäre seine Politik dahin gerichtet gewesen, das Königtum zu stärken, und dasselbe habe sich nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland zu der jetzigen Höhe entwickelt. Wenn Utopien verfolgt und vom Thron nach Popularität gehascht werde, so führe dies zum Parlamentarismus und zum Niedergang der monarchischen Gewalt. Der Kaiser zehre an dem Ansehen und der Gewalt, die ihm sein Großvater hinterlassen habe. Wenn er so fortfahre, so brauche er das hinterlassene Kapital auf. Das sei es, was ihn, den Fürsten, schmerze an der gegenwärtigen Situation. Er habe sich vom Kaiser anderes erwartet.

Dann kam der Reichskanzler auf seinen Rücktrittsgedanken zu sprechen. Das Ausscheiden würde ihm nicht leicht, aber er könne die ständigen Friktionen nicht vertragen. Er sehe

Digitized by Google

voraus, daß er [so] beim Verbleiben im preußischen Staatsdienst in kürzester Zeit zum völligen Bruch mit dem Kaiser kommen müsse. Das wolle er vermeiden. Auch habe er eine zu gute Vergangenheit, als daß er gegen seine Überzeugung bei politischen Dingen mitwirke, die er für schädlich hielte. Er sei aber bereit, in der Stellung als Reichskanzler die äußere Politik noch ferner zu leiten. Ob dies gehen werde, wisse er nicht, denn die Stellung werde eine schwierige sein. Wenn er bisher einen bestimmenden Einfluß auf die Dinge besessen habe, so habe er dies nicht seiner Überlegenheit über seine Kollegen, sondern seiner festen Stellung bei Kaiser Wilhelm I. zu danken gehabt.

Ich nahm hier das Wort und sagte dem Reichskanzler, daß ich immer noch hoffen wolle, ihn von seiner Absicht zurückkommen zu sehen, indem ich auf die sich von selbst bietenden Bedenken hinwies, welche die Trennung zwischen dem Amt des Reichskanzlers und des preußischen leitenden Ministers bietet. Der Fürst ging bereitwilligst auf das Thema ein und sprach, die Reichsverfassung in der Hand, seine künftige Stellung durch. Dabei bezeichnete er als seine feste Absicht, auch das Ministerium der preußischen auswärtigen Angelegenheiten niederzulegen, um mit der Instruierung der preußischen Stimme nichts mehr zu tun zu haben. Die Fragen, welche er weiter erörterte, waren, ob er als Reichskanzler eo ipso Mitglied des Bundesrats sei. Ob er als solcher die preußische Stimme zu führen habe oder der Ministerpräsident; ob er hiezu eines besonderen Mandats bedürfe, wen die Bevollmächtigten im Bundesrat vertreten: ihre Souveräne oder ihre Regierungen? ob er als Reichskanzler den Ausschüssen des Bundesrats vorsitzen könne, wie sein Verhältnis und seine Kompetenz zum Reichstage sein werde?

Wie bekannt, gibt die Reichsverfassung über alle diese Fragen keinen bestimmten oder gar keinen Aufschluß. Die meisten gehören nicht dem Reichsrecht an, sondern gestalten sich nach den in den Einzelstaaten getroffenen Bestimmungen.

Ich konnte bei der Unterredung über diese Punkte konstatieren, daß der Reichskanzler sich selbst über seine künftige Stellung noch nicht klar geworden ist, daß er aber die Schwierigkeiten vollkommen übersieht, welche die Neuordnung der Dinge überall bietet.

Zugleich mußte ich den Bemerkungen und Fragen entnehmen, daß sein Ziel die Ausübung einer mäßigenden und kontrollierenden Gewalt ist, ohne selbst gezwungen zu sein, bei der Vorbereitung der Angelegenheiten in Preußen mitzuwirken. Handhabe hierzu will er im Bundesrate finden. Er sprach als seine Absicht aus, künftig seine Vertretung einzuschränken und auch bei den Ausschußberatungen mitzuwirken, um rechtzeitiger den Angelegenheiten näher zu treten. Alle Kombinationen, welche der Reichskanzler anstellte, stießen aber stets auf den Punkt, was entstehen wird, wenn die preußische Stimme gegen seine Ansicht instruiert sein sollte.

Nachdem dieser Teil des Gesprächs, der etwa eine halbe Stunde gedauert hatte, [beendet war,] wiederholte der Fürst, daß seine künftige Stellung nur ein Versuch sein solle, ob es gelinge, wisse er nicht.

Dann sprach der Fürst nochmals von den Erlassen und Arbeiterschutzgesetzen und über den üblen Einfluß, den der König von Sachsen, namentlich aber der Großherzog von Baden auf seinen kaiserlichen Herrn geübt hätte. Leider, fuhr er dann fort, habe er aber auch bei all seinen Kollegen nicht die Unterstützung gefunden, welche notwendig gewesen wäre, um den Kaiser umzustimmen. Sowohl Boetticher als Verdy hätten dem Kaiser zu Gefallen geredet. Maybach und Scholz würden mit ihm abtreten. Lucius und Goßler hätten sich durch ihn zum Bleiben bestimmen lassen. Beim weiteren Verlauf der Dinge, fuhr der Fürst dann fort, werde der Kaiser schon im Staatsrat auf Schwierigkeiten stoßen, denn dort würden sich manche Stimmen gegen das Programm erheben. Se. Majestät habe sich allerdings geäußert, auf der eingeschlagenen Linie nicht weiter fortschreiten zu wollen, wenn der Staatsrat widerspreche. Aber was helfe dies. Wenn der Kaiser dann zurückgehe, verliere er an Ansehen.

Ich brachte hier das Gespräch wieder auf Herrn von Boetticher und erfuhr, daß der Reichskanzler sich diesen Minister als seinen Nachfolger im Präsidium denkt, aber von einer gewissen Verstimmung gegen ihn nicht frei ist. Hierin liegt aber eine neue Schwierigkeit für das künftige Verhältnis des Reichskanzlers.

Am Schlusse der Unterredung hielt ich es für meine Pflicht, nochmals dem Fürsten die Bedenken gegen seinen Rücktritt aus dem Ministerpräsidium vom föderalistischen und speziell

Digitized by Google

bayerischen Standpunkt vorzutragen. Ich sagte ihm schließlich: „Lassen Sie doch die Dinge in Preußen einige Zeit laufen, aber behalten Sie formell die Hand im Geschäft. Es wird sehr bald der Augenblick kommen, wo man Ihren Rat braucht."

Der Fürst antwortete, daß das, was er vorhabe, einigermaßen dem entspreche. Er glaube aber nicht an seine Rückkehr in den preußischen Staatsdienst, dazu fühle er selbst keine Lust. Er müßte dann ein ganz neues Ministerium bilden und sei müde, die letzten Wochen hätten ihn sehr angegriffen. Jetzt leide er unter dem Zweifel, wie für die nächste Zukunft die Dinge am besten für das Reich zu gestalten seien. Er würde übrigens seinen Rücktritt aus Gesundheitsrücksichten verlangen. Vor der Öffentlichkeit wolle er nicht Meinungsverschiedenheiten mit seinem Herrn bekennen.

Bevor ich mich verabschiedete, entledigte ich mich noch des hohen Auftrags Ew. Exzellenz vom 2. lfd. Mts. [1])."

Dieser Bericht bezeichnet den einzigen Punkt, an dem die bayerische Haltung wirklich einen gewissen Einfluß auf die Krise gehabt hat — indem Bismarck sie benützte. Man weiß, daß er am 12. Februar dem Kaiser die staatsrechtlichen Bedenken Bayerns über die Ämtertrennung mitteilte und daraufhin seinen Rücktritt vom preußischen Dienst zurücknahm. (Schüßler, S. 118. Bismarck selbst erwähnt an dieser Stelle im 3. Bd. der Ged. u. Erinn. [S. 76] von Lerchenfelds Schritt nichts.) Der bayerische Gesandte berichtet über die Geschehnisse der nächsten Tage:

„Nr. 64 [Auszug]. Berlin, den 12. Februar 1890.

Im Nachgang zu meinem gehorsamsten Berichte vom 10. lfd. Mon. Nr. 61 beehre ich mich, Ew. Exzellenz noch folgendes ganz vertraulich zu melden.

Bevor der Reichskanzler am 10. lfd. Mon. mit mir über seine Absichten, den preußischen Dienst zu verlassen, sprach, hatte er am Tage vorher im Staatsministerium seinen Rücktritt bereits angekündigt und den Ausdruck des Bedauerns von seiten seiner Kollegen entgegengenommen. Er hatte auch dem Kaiser seinen Entschluß mitgeteilt und die Zustimmung Sr. Majestät erhalten. Sogar der Tag des Austritts war bereits festgestellt und hiezu der 20. lfd. Mon., der Tag der Reichstagswahlen, festgesetzt worden. Einesteils, um nicht vor der Wahl Beunruhigung zu erzeugen, andernteils, damit es nicht im Fall ungünstiger Wahlen den Anschein gewinne, als hinge der Rücktritt des Reichskanzlers mit diesen zusammen [2]).

Es schien also eine vollendete Tatsache vorzuliegen. Soeben erfahre ich aber, daß seit heute Fürst Bismarck völlig anderen Sinnes geworden sei und sich entschlossen habe, im preußischen Dienst zu bleiben, nachdem er sich überzeugt habe von der Unmöglichkeit, die preußischen Geschäfte von denen des Reichskanzlers zu trennen.

Die Schwankungen des Fürsten werden allmählich ein Rätsel für jedermann, und Ew. Exzellenz werden sich vorstellen, welche Unruhe in den hiesigen hohen gouvernementalen Kreisen bei der bestehenden Unsicherheit herrscht. Ob heute abend die Lage nicht wieder eine ganz andere ist, wenn der Reichskanzler, wie er beabsichtigt, dem Kaiser Vortrag wird erstattet haben, ist nicht zu wissen.

Dabei soll, wie ich vernehme, die Spannung zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler, unter dem Einfluß von Zuträgereien, welche in solchen unklaren Situationen selbstredend nicht ausbleiben können, noch fortgesetzt wachsen, so daß, wenn auch für diesmal die Krisis überwunden werden sollte, die begründete Befürchtung vor deren Rückkehr bestehen wird.

Daß gegenseitiges Mißtrauen in den hohen gouvernementalen Kreisen vorherrscht, haben Ew. Exzellenz schon aus der Äußerung des Reichskanzlers über Herrn von Boetticher entnehmen können, welche ich vorgestern berichtet habe. Wenn nun jemand das Verdienst hat, ohne jede Spur von Selbstsucht bestrebt gewesen zu sein, den Reichskanzler zu stützen und die Krisis zu verhindern, so ist es der Staatssekretär des Innern gewesen. Ich habe mir auch erlaubt, diesen und anderen Äußerungen des Fürsten über Herrn v. Boetticher mit Zweifeln und Einwürfen entgegenzutreten, bis mir der Fürst endlich sagte, daß er, der alles durchgelebt habe, diese Dinge doch am besten wissen müsse, eine Bemerkung, auf die es für mich allerdings keine Antwort gab."

[1]) Vgl. auch den Bericht Boettichers über diese Unterredung Lerchenfelds mit Bismarck bei G. v. Eppstein, Fürst Bismarcks Entlassung, S. 62 f. — [2]) Vgl. Ged. u. Erinn. 3. Bd., S. 74; Schüßler S. 115.

Digitized by Google

(Es schließen sich noch einige Notizen über den preußischen Staatsrat an, der demnächst unter dem Vorsitz des Kaisers zusammentreten werde. Die neuen Ernennungen im Staatsrat seien vom Kaiser selbst bestimmt; unter ihnen falle vor allem die des Professors A. v. Heyden auf, der ein sehr unbedeutender Maler, aber in seiner Jugend im Bergfach gewesen sei und dem Kaiser seine gesammelten Erfahrungen mitgeteilt habe.)

Es folgt kein Bericht bis zum 19. Februar — „weil bis vor zwei Tagen die Verhältnisse sich nicht geändert hatten. Man durfte zwar hoffen, daß der Reichskanzler schließlich in seinen Ämtern bleiben werde, aber einstweilen wechselte die Stimmung bei ihm täglich und schien ein anderer Ausgang der Krisis nicht ausgeschlossen". Noch Sonntag den 16. sei ihm von ganz zuverlässiger Seite mitgeteilt worden, daß der Fürst als seine bestimmte Absicht ausgesprochen habe, am 20. Februar nicht nur den preußischen, sondern auch den Reichsdienst ganz zu verlassen. Seit zwei Tagen dagegen scheine Bismarck zum entgegengesetzten Entschluß gekommen zu sein, nämlich sowohl Reichskanzler wie preußischer Ministerpräsident zu bleiben, und diesmal scheine der Entschluß ein endgültiger zu sein.

Lerchenfeld versucht, diese auffälligen fortgesetzten Sinnesänderungen Bismarcks zu erklären. Daß der Rücktritt aus dem preußischen Dienst allein keinen Ausweg biete, habe der Fürst bei reiflichem Nachdenken selbst erkennen müssen. Außer dem Kaiser habe wohl auch niemand diese Lösung als tunlich betrachtet. Die Frage mußte sich ihm also schließlich so stellen, ob er seine beiden Ämter oder keines niederlegen wolle. „Zur ersteren Alternative drängte ihn, neben Müdigkeit und Verdruß, die Erkenntnis, daß es mit seiner dominierenden Stellung dem Kaiser gegenüber vorbei sei, daß künftig mit eigenen Ideen des Kaisers und fremden Einflüssen an Allerhöchster Stelle gerechnet werden müsse." Auf der anderen Seite sei Bismarck aber doch wieder zu sehr mit seinem eigenen Werk verwachsen, als daß er sich entschließen könnte, es anderen Händen zu überlassen. Die letztere Erwägung habe den Ausschlag gegeben, und so dürfe man denn fürs erste die Krisis als überwunden betrachten. Der Graf wiederholt aber auch hier, daß irgend eine Sicherheit für die Zukunft damit noch nicht gegeben sei. Bismarck selbst betrachte seinen neuesten Entschluß als provisorisch, nur für die nächsten Wochen geltend; auch andere hielten die Lage für sehr unsicher, da die trennenden Punkte zwischen Kaiser und Kanzler nicht beseitigt seien. Der letztere habe insoweit nachgegeben, daß er Erhebungen und Erwägungen über die Arbeiterfrage auf internationalem und nationalem Boden nicht mehr entgegengetreten sei, ja sogar die Hand gegeben habe, die Beratungen in die Wege zu leiten. Dabei habe er aber seine ablehnende persönliche Ansicht und Stellung vorbehalten und es bleibe noch abzuwarten, ob und inwieweit er imstande sein werde, gegenüber dem Ergebnis der Beratungen, fertigen Gesetzentwürfen und zu treffenden Maßregeln Opfer seiner Überzeugung zu bringen.

Der Kaiser andererseits werde auf die Ausführung seiner Ideen sicher nicht verzichten. Er habe sich mehr und mehr in sie eingelebt, und der politische Erfolg, den er über den Kanzler davongetragen, sei wohl auch nicht geeignet, ihn künftig nachgiebiger zu machen. Was Bismarck erreichen könne, wenn er sich damit begnügen wollte, wäre, einen mäßigenden Einfluß auf den Kaiser zu üben, denn dieser sei sachlichen Vorstellungen nicht unzugänglich. Gänzliche Abweisung dagegen, wie sie nun einmal im Naturell des großen Mannes liege, würde keinen Erfolg mehr haben und bald zum gänzlichen Bruch führen. Das persönliche Verhältnis zwischen beiden sei unter dem Druck der jüngsten Differenzen ein sehr unerfreuliches geworden. Im äußeren Verkehr sei zwar nichts davon zu bemerken. Der Kanzler sei bei jeder Begegnung voll Devotion, und der Kaiser voll Aufmerksamkeit, „aber unter dieser äußeren Beherrschung liegt der Stachel verborgen".

Am 24. Februar[1]) sendet Lerchenfeld einige Nachrichten über die Vorbereitung der internationalen Konferenz, in deren Programm auffälligerweise trotz der bestimmten Erklärung Englands der Normalarbeitstag aufgenommen worden sei — warum, wisse er nicht. Vielleicht erkläre es sich daraus, daß der Kanzler, seit er gezwungenermaßen auf das Programm des Kaisers eingegangen sei, diesem Programm eine sehr weite Deutung gebe, jedenfalls eine weitere, als der Kaiser selbst, der im Wunsch, etwas Positives zu erreichen, die Grenzen mög-

[1]) Über das Ergebnis der Reichstagswahlen findet sich auffälligerweise kein Bericht vor. Die vom Preuß. Min. d. Innern über die Wahlergebnisse aufgestellten Nachweisungen übersandte Lerchenfeld unterm 23., 26. Febr. u. 15. März ohne Kommentar.

Digitized by Google

lichst eng ziehen wolle. Er habe dies wiederholt erklärt und sogar besonders bemerkt, daß er den Normalarbeitstag von der Erörterung der Konferenz ausgeschlossen wissen wolle.

In dem Streit zwischen Kaiser und Kanzler herrsche augenblicklich Waffenstillstand — ein richtiger Friedensschluß aber sei noch nicht erfolgt. Der Gesandte faßt noch einmal kurz die Entwicklung in den beiden letzten Wochen zusammen: Nachdem Bismarck am 10. die gemeldete Unterredung mit ihm gehabt habe, habe er am Tage darauf Boetticher gefragt, ob er einverstanden sei, unter Verzicht auf das Staatssekretariat des Innern, die Präsidentschaft im preußischen Staatsministerium zu übernehmen. Wie zu erwarten war, habe Boetticher diesen Tausch abgelehnt, der ihn, abgesehen von anderen Nachteilen, jedenfalls auch in eine auf die Dauer unhaltbare Stellung zum Kanzler gebracht hätte. Mit dieser Antwort habe sich der Kanzler dann zum Kaiser begeben und diesem mitgeteilt, „wie er aus einer Unterredung mit mir den Eindruck gewonnen habe, daß sein Rücktritt von den anderen Bundesregierungen mit Beunruhigung werde aufgenommen werden" und wie der Gedanke, Boetticher die Präsidentschaft zu übertragen, an dessen Widerstand gescheitert sei. Er halte unter diesen Umständen den früher ins Auge gefaßten Ausweg nicht für gangbar und habe sich entschlossen, bis auf weiteres die Präsidentschaft fortzuführen. Der Kaiser habe sich damit einverstanden erklärt.

„Dieser Vorgang, der mir aus ganz sicherer Quelle zugekommen ist, würde an sich die Deutung zulassen, daß die Rücktrittsprojekte des Reichskanzlers lediglich ein taktisches Manöver gewesen sind. Diese Auffassung wäre irrig." Richtig sei, daß der Fürst seit Beginn der Krisis in seinen Absichten beständig geschwankt und fast jeden Morgen widerrufen habe, was er den Abend vorher als seinen feststehenden Entschluß bezeichnet hatte. Man dürfe nicht übersehen, daß Einflüsse in seiner nächsten Umgebung auf seinen Rücktritt gedrungen hätten, unter anderm auch Schweninger, der heute noch erkläre, daß der Fürst der Arbeit und der Aufregung seiner Stellung gesundheitlich nicht mehr gewachsen sei[1]). Diese Einflüsse im Zusammenhang mit dem erlittenen Ärger hätten dem Fürsten oft das Wort „halbe oder ganze Entlassung" auf die Zunge gelegt. Wenn es aber darauf angekommen sei, es bindend auszusprechen, hätten doch immer wieder andere Erwägungen durchgeschlagen.

Sehr merkwürdig sei nun, was seitens des Kanzlers auf die Unterredung mit dem Kaiser erfolgt sei. „Das erste war ein Erlaß an sämtliche Reichsressorts, daß künftig kein Immediatvortrag, ohne mit der eigenhändigen Unterschrift des Kanzlers versehen zu sein, abgehen dürfe. Dann kamen unangenehme Erörterungen mit den einzelnen Ministern; dazwischen immer wieder Aussprüche, die auf einen baldigen Rücktritt und zwar aus allen Ämtern schließen ließen, und endlich offenbar lancierte Andeutungen in der Presse, daß der Kanzler mit Rücktrittsgedanken umgehe."

Glücklicherweise hätten der Kaiser und andere Beteiligte die Ruhe ihrerseits nicht verloren, und so scheine seit den letzten Tagen, wie bemerkt, Waffenstillstand eingetreten zu sein. So unerfreulich der Ausfall der Reichtagswahlen in anderer Hinsicht sei, so habe er vielleicht doch auch dazu beigetragen, daß der Kaiser sich mehr dessen bewußt werde, wie unersetzlich die Persönlichkeit Bismarcks sei und daß auch dieser die Gefährlichkeit seines Rücktritts stärker empfinde. Um wirklich zum Frieden zu gelangen, sei es aber noch notwendig, daß Kaiser und Kanzler sich einmal aussprächen und selbst einen modus vivendi suchten. Dazu wäre jedoch vor allem die Feststellung des Streitgegenstandes erforderlich. Bis jetzt vergrößere der Kanzler wohl absichtlich das Programm des Kaisers in der Arbeiterfrage, um alles ablehnen zu können. Dieser Stein des Anstoßes müsse beseitigt werden, was um so leichter wäre, als die Forderungen des Kaisers nicht hoch gespannt seien. Er wolle ein Arbeiterschutzgesetz im Rahmen weiterer Beschränkung der Sonntagsarbeit und der Frauen- und Kinderarbeit.

Verschiedene einflußreiche Personen seien bestrebt, eine Unterredung zwischen Kaiser und Kanzler auf der Grundlage eines vorher festzustellenden Programms in Szene zu setzen. Ob und wann dies gelinge, sei noch abzuwarten. Aber nachdem der Kanzler nicht zum Entschluß gekommen sei, abzugehen, werde er wohl selbst das Bedürfnis haben, seine Beziehungen zum

[1]) Vgl. hiezu den Bericht des öst.-ung. Gesandten vom 10. Februar bei Schüßler S. 264 f. — Über Bismarcks Schwankungen s. auch den ungefähr gleichzeitigen Bericht des öst.-ung. Gesandten vom 26. Febr. bei Schüßler S. 265.

Digitized by Google

Kaiser wieder normaler zu gestalten und hiezu eine persönliche Aussprache zu benützen. Was ihm, dem Gesandten, vor allem die Lage erfreulicher erscheinen lasse, sei, daß Boetticher, der zeitweise sehr hoffnungslos schien, seit einigen Tagen wieder guten Mutes wäre und eine baldige Beruhigung erwarte.

Die Aussprache, die hier noch als unsicher erwähnt wird, ist die berühmte Aussprache zwischen Bismarck und dem Kaiser, die am 25. Februar wirklich stattfand. (Schüßler, S. 133 ff.) Lerchenfeld berichtet über sie erst unterm 28. Februar:

„Nr. 88. [Auszug] Berlin, den 28. Februar 1890.

In meinem gehorsamsten Bericht vom 24. lfd. Mon. Nr. 80 habe ich Ew. Exzellenz gemeldet, daß demnächst eine Aussprache zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und dem Reichskanzler stattfinden solle, von welcher man sich für den Ausgleich der Gegensätze viel versprach. Die Aussprache hat denn auch, und zwar wie ich höre am 24. ds. Mts. [so], stattgefunden und soll anscheinend einen sehr befriedigenden Verlauf genommen haben. Über den Inhalt habe ich bis jetzt nur erfahren, daß der Reichskanzler vom Kaiser die Zusicherung energischen militärischen Eingreifens für den Fall erbeten habe, daß die auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu treffenden Maßregeln die vom Reichskanzler befürchteten Folgen haben sollten. Der Kaiser hätte diese Zusicherung unbedingt erteilt.

Trotz des wie gesagt scheinbar höchst erfreulichen Verlaufs der Unterredung ist jedoch die günstige Wirkung, die man sich von derselben versprochen hatte, ausgeblieben. Der Kaiser soll sich zwar nachher sehr zuversichtlich ausgesprochen und eine gute Stimmung gezeigt haben, der Reichskanzler hingegen zur Zeit wenn möglich noch gereizter und verstimmter sein als vorher, so daß also die Situation sich um nichts gebessert hat[1]).

Der Reichskanzler fährt einerseits fort, mit den üblichen Schwankungen seinen Rücktritt anzukündigen, andererseits reißt er mehr wie je alles an sich. Keine Vorlage an den Bundesrat darf mehr von einem der Staatssekretäre gezeichnet werden. Keiner dieser Herren, keiner der Minister, Herrn v. Maybach ausgenommen, genießt mehr das Vertrauen des Fürsten. Daß dessen Gesundheit, wenn er alle Details wie jetzt selbst bearbeiten will, ganz abgesehen von dem Ärger und der Aufregung, welche die politische Situation mit sich bringt, den Anstrengungen nicht lange widerstehen kann, ist wohl außer Zweifel. Ebenso müßte man annehmen, daß das Verhältnis zum Kaiser und zu seinen Kollegen auf die Dauer für niemand erträglich ist. Bisher ist aber, wie gesagt, noch kein Schimmer von Hoffnung sichtbar, daß der Reichskanzler einlenken und sich mit der Situation, wie sie sich einmal gestaltet hat, abfinden könnte."

So habe er zwar bis heute an den Beratungen des Staatsrates teilgenommen, aber mit einer eigentümlichen, ihm sonst fremden Zurückhaltung, aus welcher deutlich die Absicht hervorleuchte, zu bekunden, daß er grundsätzlich dem ganzen Beratungsstoff ablehnend gegenüberstehe. Hätte er statt dessen versucht, auf die Beschlüsse mäßigend einzuwirken, so wäre es ihm ein leichtes gewesen, alle zu weitgehenden Neigungen zu ersticken. Diejenigen Mitglieder des Staatsrates, welche wie der Korreferent Jencke die Regierung verhindern wollten, auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und der Einrichtung von Arbeitervertretungen bedenkliche Maßregeln zu treffen, hätten dies selbst erwartet. So aber wachse der Einfluß Miquels, „dessen phantastische Pläne und oratorische Leistungen ihren Eindruck auf den jungen Kaiser nicht verfehlen". Der Staatsrat arbeite nun seit drei Tagen als Abteilung unter dem Vorsitz des Kaisers von 11 Uhr bis 6 oder 7½ Uhr nachmittags, wobei der Kaiser unermüdlich den Debatten folge. Die Frage des Arbeiterschutzes sei gestern bereits erledigt worden. Die Frage des Normal-Arbeitstages sei grundsätzlich ausgeschlossen geblieben und zwar auf Verlangen des Kaisers, während Bismarck jetzt die Ansicht verlauten lasse, daß die Festsetzung des Normalarbeitstages noch der einzige vernünftige Gedanke des ganzen Programmes sei. Der Bericht geht dann über auf die Stellung, welche die Öffentlichkeit bisher zur Krisis eingenommen habe (vgl. Schüßler S. 119 und 130 f.):

„Wie Ew. Exzellenz nicht entgangen sein wird, hat die Presse die Reichskanzlerkrisis inzwischen vielfach besprochen. Den Anstoß haben Andeutungen und Nachrichten gegeben, welche offenbar vom Reichskanzler selbst lanciert worden sind. So war in den „Hamburger Nachrichten" vor drei Tagen zu lesen, daß Fürst Bismarck seine Entlassung als Minister-

[1]) Vgl. hiezu Eppstein S. 84, Schüßler S. 139 f.

Digitized by Google

präsident und Reichskanzler habe nehmen wollen, aber in Rücksicht auf den Ausfall der Reichstagswahlen seinen Entschluß vertagt habe.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Presse diese Nachrichten mit auffallender Kühle behandelt. Von dem Schrecken, der zur Zeit des Battenbergischen Heiratsprojektes, als es hieß, der Reichskanzler wolle zurücktreten, die Gemüter durchfuhr, ist diesmal nichts zu bemerken. Einzelne Blätter, ja auffallenderweise vorgestern die früher so kanzlerische „Post", haben sogar Artikel gebracht, welche geradezu eine Abwendung von der Politik des Reichskanzlers darstellen. Den Artikel der Post hat denn auch die fortschrittliche Vossische Zeitung unter der Spitzmarke abgedruckt „Die Ratten verlassen das Schiff".

In den maßgebenden Kreisen hier ist nur eine Stimme, daß der Rücktritt des Reichskanzlers einen schweren Verlust für Preußen und das Reich darstellen würde und daß alles versucht werden müsse, einen Ausgleich herbeizuführen. Auf diesem Boden steht auch der Kaiser, der das Gewicht des großen Mannes für die äußere und innere Politik Deutschlands vollkommen würdigt, der selbst nicht am wenigsten unter den gegenwärtigen Verhältnissen leidet und gern bereit wäre, seinerseits Entgegenkommen zu zeigen, wenn dieses nur von der anderen Seite auch einigermaßen erwidert würde. Wie aber ein Ausgleich gefunden werden soll, wenn wie bisher die Gereiztheit des Reichskanzlers und die Tendenz, allem zu widersprechen, von welcher Seite es auch kommt, noch immer zunimmt, ist vorläufig ein Rätsel.

Daß der gegenwärtige Zustand, bei welchem Kaiser und Reichskanzler sich als politische Gegner behandeln, und sich gegenseitig matt zu setzen suchen, nicht fortdauern kann, ohne zu einer vollständigen Desorganisation zu führen, darüber ist alles einig. Um so größer waren die Hoffnungen, welche man auf die jüngste Unterredung gesetzt hatte. Nachdem nun diese nicht erfüllt worden sind, stellt sich allmählich eine gewisse Entmutigung ein und tritt sogar der Zweifel auf, ob der Reichskanzler bei seinem durch das Alter noch verschärften Naturell trotz seiner in vieler Hinsicht noch ungeschwächten Leistungsfähigkeit noch imstande ist, unter den gegebenen Verhältnissen an der Spitze der Geschäfte zu bleiben.

Dieser Zweifel taucht leider auch bei denjenigen nach und nach auf, welche dem Fürsten Bismarck die größte Anhänglichkeit bewahren und sein Verbleiben am dringendsten wünschen.

Daß es auch Andersdenkende gibt, in den dem Hof und der Regierung nahestehenden Kreisen, ist sicher. Diese Gegner des Reichskanzlers halten sich in der letzten Zeit auffällig zurück und scheinen die Taktik zu befolgen, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen."

Lerchenfeld erwähnt in diesem Zusammenhang zwei Namen: Waldersee und Miquel. Der erstere sei allerdings während der ganzen jetzigen Krise nicht genannt worden. Ja es habe sich sogar das Gerücht verbreitet, daß sein Einfluß bei dem Kaiser im Rückgang sei und daß er sich auf die Seite des Reichskanzlers geschlagen habe. Lerchenfeld glaubt jedoch diesem Gerücht nicht und ist der Ansicht, daß Waldersee in demselben Grad an Einfluß gewonnen habe, wie das Verhältnis Bismarcks zum Kaiser getrübt worden sei. „Dafür wird es wohl keines anderen Beweises bedürfen als den, daß in den Tagen, wo man ernstlich mit dem Abgang des Fürsten zu rechnen begann, Graf Waldersee schon als Reichskanzler ins Auge gefaßt war" [1]). Daneben nennt er Miquel, den damaligen Oberbürgermeister von Frankfurt, als „eine Persönlichkeit, welche allmählich zu großer Bedeutung gelangt ist." Er gehöre heute zu den Personen, welche einen entscheidenden Einfluß auf den Kaiser ausüben. Dieser habe ihm bereits das Handelsministerium und dann das Oberpräsidium der Rheinprovinz übertragen wollen. Das erstere sei nur am Widerspruch Bismarcks gescheitert, das letztere habe

[1]) Diese Meldung ist nach allem, was wir wissen, irrig. Schon Anfang Februar hatte der Kaiser mit Caprivi verhandelt. In einem späteren Bericht vom 26. März kommt Lerchenfeld selbst auf diese Nachricht zurück. Er habe sie aus der denkbar besten Quelle empfangen. „Sei es, daß sie dennoch irrig war, sei es, daß sich inzwischen die Kaiserliche Gunst gewendet hat, jedenfalls ist heute Graf Waldersee nicht mehr der Mann der Situation." Der Kaiser habe ihn, wie auch die Blätter schon berichtet hätten, vor einer Anzahl junger Offiziere in einer Weise kritisiert, die vielleicht einen anderen zur Einreichung seines Abschiedsgesuches veranlaßt hätte. „Ob aber Se. Majestät sich von der Tragweite seiner Worte Rechenschaft gegeben hat, steht dahin." Graf Waldersee habe sich in Urlaub begeben, und man betrachte dies vielfach als Einleitung eines Wechsels im Generalstab. Vorläufig halte er, Lerchenfeld, diese Annahme für irrig.

Digitized by Google

Miquel selbst abgelehnt. Sollte es jetzt zu einer Krisis kommen, so würde er sicher zu einer Rolle berufen. „Ich würde dies bedauern, denn nach allem, was ich von Herrn Miquel weiß, besitzt derselbe mehr blendende als solide Eigenschaften und nicht den Charakter, der große Garantien bietet. Daß er Unitarier ist und sich mit Projekten trägt, welche Eingriffe in die Kompetenz der Einzelstaaten darstellen, ist bekannt. Ich brauche nur an das von ihm im Reichstag erörterte Reichswohnungsgesetz zu erinnern."

Unterm 1. März folgen nur kurze Notizen über die Beschlüsse des Staatsrats, dessen Abteilungen am 29. Februar ihre Sitzungen vollendet hatten. Wenn Bismarck überhaupt geneigt sein sollte, irgendwelche Maßnahmen anzunehmen, könnte er nach dem, was Lerchenfeld höre, mit dem Inhalt der Beschlüsse zufrieden sein. Es sei sowohl für Sonntagsruhe, wie für Frauen- und Kinderarbeit nur das Mindestmaß an Zugeständnissen empfohlen worden. Speziell die Arbeitervertretung solle nur als fakultativ befürwortet sein, d. h. in das Belieben der Arbeitgeber gestellt bleiben. Wahrscheinlich habe der Wunsch, dem Kanzler eine Brücke zu bauen, diese Entscheidungen beeinflußt. Auch diejenigen Sachverständigen hätten ihnen zugestimmt, die ursprünglich dem ganzen Reformwerk ablehnend gegenübergestanden waren.

Die Berichte der folgenden Tage stehen unter dem Zeichen einer scheinbaren Entspannung, die aber rasch von neuen Verwicklungen abgelöst wird. Sie spitzen sich, wie es scheint, zunächst nicht zu. Die Fragen der praktischen, nächsten Arbeit, vor allem die Vorbereitung des kommenden Reichstags drängen sich in den Vordergrund, — bis jählings die Katastrophe hereinbricht.

Unterm 4. März — am gleichen Tag, an dem bereits eine neue, heftige Auseinandersetzung zwischen Bismarck und dem Kaiser stattfand (Schüßler S. 142) — meldet Lerchenfeld, daß die Situation in den letzten Tagen etwas an Spannung verloren zu haben scheine. Der Kanzler habe dem Kaiser wieder Vortrag erstattet und dem Hofdiner zu Ehren des Staatsrates beigewohnt. Selber spreche Bismarck allerdings noch so, als wenn sein Verbleiben im Amt nicht von langer Dauer sein könnte. In der Staatsministerialsitzung vom 2. März habe er sich ungefähr dahin ausgedrückt, daß ihn der Ausfall der Wahlen bestimmt habe, seine Demission zu vertagen; „er wolle diesem Reichstage noch einmal ins Auge sehen".

Eine Besserung der Beziehungen des Kanzlers zu den einzelnen Ministern, namentlich zu Boetticher, sei noch nicht eingetreten. Es seien vor allem zwei Dinge, die er diesem vorwerfe; einmal hätte er ihn in der Frage des Arbeiterschutzes im Stich gelassen und den Kaiser in seinen Plänen bestärkt und dann hätte er in der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter im Bundesrat und Reichstag am 20., bezw. 21. Januar gegen seine bestimmten Weisungen gehandelt. Der letztere Vorwurf sei in der Tat formell begründet. Bismarck habe ihm selbst bestätigt, daß er dem Staatssekretär schon vor der Bundesratssitzung vom 20. Januar die bestimmte briefliche Anordnung erteilt habe, gegenüber der Reichstagsresolution jede Stellung zu vermeiden [1]). Warum Boetticher dem entgegengehandelt habe, sei ihm nicht bekannt. „Ich nehme an, daß er deren innere Richtigkeit nicht anerkannte und daß vielleicht der Kaiser eine Pression in entgegengesetzter Richtung auf ihn ausübte."

Neben diesen ostensibeln Gründen dürfte aber, meint der Gesandte, noch ein anderes Vorkommnis von Einfluß auf das Verhältnis Bismarcks zu Boetticher gewesen sein. Der Kanzler habe, wie berichtet, in der Staatsministerialsitzung vom 9. Februar förmlich von seinen Kollegen Abschied genommen. Nach dem späteren Verlauf der Dinge dürfe man vermuten, daß er dabei auf Widerstand rechnete, zum mindesten die Bitte erwartete, seinen Entschluß zu vertagen. „Jedenfalls wäre es ihm erwünschter gewesen, dem Kaiser gegenüber als Motiv seiner Sinnesänderung die Bitten und Wünsche der Staatsminister als meine Äußerungen aus der Unterredung vom 10. Februar ins Feld zu führen." Boetticher habe aber an-

[1]) Die Gründe Bismarcks hiezu seien gewesen, „daß wenn der Reichstag ... eine bestimmte Summe für Beamtengehälter in den Etat eingestellt hätte, er damit seine Kompetenz überschritten und eine Torheit begangen haben würde, welche zu verhindern für den Bundesrat kein Anlaß vorgelegen habe". Dieser hätte dann die Wahl gehabt, diese Summe zu dem Zweck zu verwenden oder nicht. So habe er sich vom Reichstag nötigen lassen, was an sich schon seiner Stellung schade. Auch würde sich die Unzufriedenheit der Beamten, die in jedem Fall eintrete, gegen ihn richten, andernfalls hätte der Reichstag die Verantwortung zu tragen gehabt.

Digitized by Google

genommen, daß es sich um eine unabänderliche Tatsache handle und habe dem Fürsten sofort namens der übrigen Minister eine wohlgesetzte Abschiedsrede gehalten[1]).

Auf jeden Fall habe das früher so gute Verhältnis zwischen beiden einen schweren Stoß erlitten. Die Erlasse an die Staatssekretäre (betreffend das Verbot der Unterzeichnung von Immediatberichten und Anträgen an den Bundesrat) hätten ihre Spitze nur gegen Boetticher. Diese Erlasse seien auch noch weitergehend, als er vorher wußte, indem zukünftig den Vertretern des Kanzlers auch verboten sei, ohne seine Genehmigung irgend eine Erklärung im Reichstag abzugeben. Endlich habe Bismarck auch die Blankette für seine Vertretung im Bundesrat zurückgezogen und angeordnet, daß ihm unter Vorlage der Tagesordnung jedesmal die Entscheidung unterstellt werde, ob er selbst den Vorsitz führen oder ein anderes Mitglied substituieren wolle.

Dem sächsischen Gesandten sei folgendes begegnet. Er hatte den Auftrag erhalten, den Entwurf des sächsischen Antrags vertraulich in Berlin mitzuteilen und hatte deshalb, wie üblich, das Schriftstück Herrn v. Boetticher übergeben. Darauf habe Bismarck den Gesandten vorgestern zu sich gebeten und von ihm offiziell Auskunft verlangt, ob die Anträge förmlich im Bundesrat eingebracht seien oder nicht. „Sei ersteres gemeint, so müsse er sich dagegen verwahren, daß seine Person umgangen werde. Er als Reichskanzler habe das Recht, Mitteilungen für den Bundesrat zu erhalten, nicht Herr v. Boetticher, denn nach Artikel 15 der Reichsverfassung stehe ihm die Leitung der Geschäfte des Bundesrats zu und das Stellvertretungsgesetz berühre sein Verhältnis zum Bundesrat in keiner Weise."

Boetticher befinde sich seit diesen Mißhelligkeiten in einer äußerst peinlichen Lage. Bismarck habe ihm wiederholt die bittersten Vorwürfe gemacht und ihm rundweg erklärt, daß er kein Vertrauen mehr zu ihm habe. Unter andern Umständen würde der Staatssekretär ohne Zweifel seine Entlassung genommen haben. Aber er wolle um jeden Preis Bismarck im Amte erhalten und fühle, daß sein eigener Rücktritt den kaum beschwichtigten Konflikt neu zum Ausbruch bringen würde. In der Tat würde der Kaiser, wenigstens jetzt, Boetticher und andere Minister dem Kanzler nicht opfern. So bleibe dem ersteren nichts übrig, als mit Geduld eine Besserung seiner Beziehungen abzuwarten. Die Erfahrung spreche zwar nicht dafür, daß Bismarck das einmal verlorene Vertrauen wiedergewinne; immerhin wäre bei Boetticher eine Ausnahme vielleicht möglich, weil der Fürst doch selbst ein großes Interesse habe, die Dinge nicht zum Äußersten zu treiben und sich seines unersetzlichsten Mitarbeiters zu berauben. Wie sollten aber die Geschäfte im Reichstag gehen, wenn der Kanzler alles selbst vertreten wolle? Ursprünglich hätte er die Absicht gehabt, den Reichstag bald nach den Wahlen zu versammeln. Der Gedanke sei jedoch fallen gelassen worden, weil das Parlament sofort mit dem Nachtragshaushalt für die Heeresbedürfnisse begrüßt werden solle. Nach dem heutigen Stand dieser Vorlage könne die Einberufung frühestens am 14. April erfolgen.

Den Schluß des Berichtes füge ich im Wortlaut an:

„Daß große Militärforderungen in Sicht sind, wird allmählich auch in Abgeordnetenkreisen bekannt. Zugleich wird dort der Wunsch laut, daß die verbündeten Regierungen die Einbringung der Militärforderungen, wenn irgend möglich, bis zum Herbst vertagen und dem Reichstag im Frühjahr nur Arbeiterschutzgesetze und andere unbedenkliche Vorlagen machen möchten, für welche eine Majorität sicher vorhanden ist. Man fürchtet in Reichstagskreisen, daß, wenn gleich nach den Wahlen der Reichstag auf eine so schwere Probe gestellt wird, er dieselbe nicht besteht. Ganz abgesehen aber davon, ob diese Taktik, nachdem die Vorlage einmal erwartet wird, sich noch empfiehlt, nehme ich auch an, daß der Kaiser und der Reichskanzler auf solche Wünsche auch aus anderen Gründen nicht eingehen werden. Wie man mir sagt, will der Kaiser die Einbringung eines Arbeiterschutzgesetzes und der Militärvorlage und will, daß der Reichstag aufgelöst werde, wenn er letztere ablehnt, in der Erwartung, daß durch Neuwahlen ein gefügigerer Reichstag gefunden werde. Der Reichskanzler teilt diese Erwartung nicht. Er hat sich kürzlich über die Möglichkeit einer Auflösung ungefähr dahin geäußert: der Kaiser habe ein physisches und moralisches Hurra-Bedürfnis und glaube, er sei populär. Das sei aber nicht der Fall, denn durch sein Vorgehen bei den Streiks und seine Erlasse über Arbeiterschutz habe er die Arbeiter unruhig und begehrlich gemacht und die besitzenden Klassen erschreckt. Das hätten die Wahlen gezeigt. Jetzt verlange

[1]) Vgl. den Bericht des öst.-ung. Gesandten vom 26. Februar bei Schüßler S. 265 f.

Google

er, man solle ihm durch Neuwahlen wie im Jahr 1887 einen besseren Reichstag schaffen. Das sei jetzt unmöglich. Unter dem alten Kaiser sei dies gelungen, denn dieser sei wirklich populär gewesen. Er habe mit Ruhe regiert und jedermann habe gewußt, daß er mit dem Reichskanzler und seinen Ministern einig war. Der jetzige Kaiser hingegen habe seine, des Reichskanzlers, Autorität selbst untergraben. Überhaupt könne man eine Politik wie 1887 einmal mit Erfolg machen. Ein zweites Mal werde sie nicht gelingen.

Soviel ich weiter erfahren habe, soll auch hinsichtlich der weiteren Behandlung des Sozialistengesetzes der Kaiser und der Reichskanzler anderer Meinung sein. Se. Majestät wünscht, daß zunächst wenigstens von der Einbringung eines solchen Gesetzes ganz abgesehen werde. Der Reichskanzler empfiehlt, sofort ein noch verschärftes Gesetz vorzulegen. Jeder dieser Vorschläge scheint mir den voneinander abweichenden Grundanschauungen zu entsprechen, von welchen auf beiden Seiten ausgegangen wird. Der Kaiser ist durchdrungen, daß die geplanten Reformen auf dem Boden der Arbeitergesetzgebung allseitig freudige Aufnahme finden und den sozialen Frieden begründen werden. Der Reichskanzler ist vom Gegenteil überzeugt und glaubt, mit der Angst der besitzenden Klassen rechnen zu sollen.

Wenn ich die Lage richtig beurteile, so irrt der Reichskanzler, wenigstens für diesen Augenblick. Denn von einer Angst der besitzenden Klassen, die diesen oder einen neuen Reichstag bestimmen könnte, ein verschärftes Sozialistengesetz anzunehmen, ist nichts zu bemerken. Zudem hat der Kaiser durch die Worte, mit denen er den Staatsrat schloß: „Was die Sozialdemokraten betrifft, so lassen Sie das meine Sorge sein", ängstliche Gemüter beruhigt und hegt überhaupt niemand Zweifel, daß Se. Majestät es gegebenenfalls an der nötigen Energie fehlen lassen wird.

Ich bin auch überzeugt, daß der Reichskanzler mit seiner Ansicht nicht durchdringen und vorläufig ein Sozialistengesetz nicht eingebracht werden wird.

Was nun nochmals die Militärvorlage betrifft, so scheint mir die vielfach verbreitete Ansicht, daß der neue Reichstag ohne weiteres den allerdings große Opfer verlangenden Entwurf ablehnen werde, noch sehr fraglich. Wenn, wie mir General Verdy gesagt hat, es dabei bleibt, daß hinsichtlich des Septennats und der Dauer der Dienstpflicht bei den Fußtruppen Konzessionen in Aussicht gestellt werden können, so halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die Majorität dies als Brücke zu einer Verständigung mit der Regierung benützt. Dabei kommt noch das weitere Moment in Betracht, daß die Fortschrittspartei sichtlich bestrebt ist, sich bei dem Kaiser möglich zu machen. Sie nützt dafür dessen Differenz mit dem Reichskanzler nach Kräften aus. Wenn nun diese Tendenz, welche zurzeit aus den meisten Preßorganen hervorleuchtet, sich im Reichstage erhält, so ist nicht zu erwarten, daß der Fortschritt in einer Frage äußersten Widerstand leistet, welche dem Kaiser besonders am Herzen liegt.

Zurzeit sind jedoch alle diese Kombinationen noch verfrüht. Die brennende Frage bleibt noch immer, wie sich das Verhältnis des Reichskanzlers zum Kaiser gestalten wird.

Wie ich eingangs gesagt habe, hat die Spannung nachgelassen. Sodann scheint mir sicher, daß der Reichskanzler sich nicht zum freiwilligen Rücktritt entschließen kann und daß der Kaiser klug und ruhig genug ist, seinerseits den Bruch zu vermeiden. Andererseits fährt aber der Kaiser fort, nach eigenen Heften Politik zu machen und sich Rats überall zu erholen, wo er ihm in angenehmer Form entgegengebracht wird, und dabei den Reichskanzler und andere berufene Ratgeber in einem Grade zu umgehen, wie er in einem modernen Staat wohl noch nicht erlebt worden ist. Der Reichskanzler wiederum ist zwar so weit gekommen, daß er in der Arbeiterschutzfrage bis zu einem gewissen Grade nachgeben will, aber er tut dies grollend, und bei allen seinen Maßnahmen zeigt sich der innere Widerwille und die Absicht, Hindernisse zu bereiten. Von einer Übereinstimmung zwischen den Ministern ist keine Spur mehr vorhanden. Die Herren widersprechen zwar dem Reichskanzler nicht, aber einzelne scheinen doch schon über ihn hinüber auf eine weitere Zukunft zu blicken. Dazu kommt, daß der Reichskanzler es nicht lassen kann, allen Leuten seine Beschwerden über den Kaiser mitzuteilen und allen Zuträgereien damit Stoff liefert.

Daß unter diesen Verhältnissen von einem normalen Gang der Staatsmaschine nicht die Rede sein kann, ist einleuchtend und ebenso, daß dieser Zustand nicht auf die Dauer haltbar ist. Es ist möglich und zu hoffen, daß die künftige Reichstagssession die Elemente der hiesigen Regierung einander wieder näher bringt. Es scheint mir aber auch nicht ausgeschlossen,

daß vor dem Reichstag die Differenz zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler ebenso in die Erscheinung tritt, wie dies jetzt schon in der Presse geschieht und damit eine nicht mehr zu beschwörende Krisis herbeigeführt wird."

Am 9. März ergänzt er seine Mitteilungen über die Differenz bezüglich der Vorlage eines neuen Sozialistengesetzes. Wie er inzwischen erfahren, habe Bismarck in der letzten Staatsministerialsitzung vom 2. März seine Absichten näher dargelegt. Diese gingen dahin, daß in dem neuen Entwurf die Strafe der Ausweisung aus dem Wohnort durch den Verlust der Staatsangehörigkeit und Ausweisung aus dem Reichsgebiete ersetzt werden solle. Außerdem wolle er, daß die Teilnahme an sozialistischen Bestrebungen durch den Verlust des aktiven und passiven Wahlrechtes geahndet werde. Hinsichtlich der formellen Behandlung solle er sich dahin geäußert haben, daß zunächst ein Beschluß des Bundesrates herbeizuführen und später in der Thronrede die Einbringung des verschärften Gesetzes dem Reichstag bei seiner Eröffnung kundzugeben sei. „Wie mir aus guter Quelle versichert wird, hätte der Reichskanzler sich gegenüber seinen Ministerkollegen auf die ausdrückliche Zustimmung des Kaisers zu dem im obigen Sinne verschärften Sozialistengesetze und dem formellen Vorgehen berufen, worauf auch das Preußische Staatsministerium sein Einverständnis ausgesprochen hätte."

Dienstag den 4. habe dann der Kanzler dem Kaiser über diese Angelegenheit Vortrag erstattet[1]) und sei dabei auf einen absoluten Widerspruch bei diesem gestoßen. „Der Kaiser soll geäußert haben, daß er dem Reichstage zunächst ein Sozialistengesetz nicht vorgelegt wissen wolle, da irgend eine Aussicht auf dessen Annahme nicht bestehe, daß eine derartige Maßregel nur beunruhigend wirken und die Annahme der Arbeiterschutzvorlagen und Militärvorlagen beeinträchtigen würde." Unter diesen Umständen werde das Präsidium das frühere oder ein verschärftes Sozialistengesetz vorläufig nicht wiedervorlegen.

Am gleichen Tage folgt noch erst telegraphisch, dann schriftlich die Nachricht, daß Boetticher ohne Vorwissen des Kanzlers durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens ausgezeichnet worden sei. Der Orden sei von einem eigenhändigen kaiserlichen Dankschreiben begleitet gewesen für die großen Verdienste, welche der Staatsminister „besonders auch in letzterer Zeit Sr. Majestät geleistet habe". Es erinnere an das gedeihliche Wirken, das Boetticher unter Aufopferung seiner Kräfte und Gesundheit schon unter Wilhelm I. und jetzt unter Wilhelm II. auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung entfaltet habe und bemerke, daß der 9. März vom Kaiser für die Verleihung ausgewählt worden sei als der Todestag des Herrschers, welcher in der unvergeßlichen Thronrede die Grundlage der Sozialpolitik gelegt habe. Man hätte befürchten müssen, daß diese Auszeichnung das Verhältnis zwischen Bismarck und Boetticher abermals verschlechtern würde, ja daß sie vom Kanzler als eine Verletzung empfunden werden könnte, geeignet, neuerdings eine Krise herbeizuführen. Wie er indessen erfahre, habe Bismarck die Nachricht ruhig aufgenommen und Boetticher im Staatsministerium sogar beglückwünscht. Überhaupt solle er diesem auf unmittelbares Verlangen des Kaisers, wie man erzähle, schon seit einigen Tagen wieder größeres Entgegenkommen zeigen[2]).

Ein Bericht vom 15. März ergänzt diese Nachrichten dahin, daß der nächste Anlaß zur Ordensverleihung der gewesen sei, daß Bismarck sich beim Kaiser über Boetticher beschwert habe. Der Kaiser, fest entschlossen, diesen nicht zu opfern, hätte dann „gewissermaßen als Akt der Verteidigung seiner eigenen Autorität die Verleihung vollzogen". Das kaiserliche Handschreiben, in dem Boetticher das volle kaiserliche Vertrauen auch für die Zukunft zugesichert werde, habe den Erfolg gehabt, diesen etwas mehr mit seiner schwierigen Aufgabe auszusöhnen. In der eigenen Auffassung seiner Stellung zu Bismarck habe sich aber nichts verändert. Boetticher betrachte sich nach wie vor als der Mann des Fürsten Bismarck und sehe seine Aufgabe darin, diesen nach Kräften zu unterstützen und dessen völligen Bruch mit dem Kaiser zu verhindern. Er werde darum auch persönlichen Anfeindungen gegenüber die Geduld nicht verlieren, solange nicht ein dienstlicher Grund ihm das Verbleiben im Amt unmöglich mache. Einen solchen Grund würde er darin sehen, wenn ihm der Reichskanzler

[1]) Über die vorhergehende Audienz des Herrn v. Helldorff und den Abfall der Konservativen von Bismarck, s. Schüßler S. 141. — [2]) Vgl. hiezu Geb. u. Erinn. 3. Bd., S. 78; Schüßler S. 147.

Digitized by Google

dem künftigen Reichstag gegenüber vollständig die Hände binden wollte, wie dies in der Absicht des Fürsten zu liegen scheine. Boetticher habe dies auch Bismarck schon offen erklärt, dieser habe es aber vorläufig mit dem Bemerken abgetan, man könne überhaupt gar nichts erklären und den Reichstag reden lassen[1]).

Die Ordensverleihung habe der Kanzler, wie berichtet, wenigstens äußerlich sehr kühl hingenommen. „Er ist überhaupt in der letzten Woche ruhiger, sogar weich gestimmt, bleibt aber dabei, alle Staatsgeschäfte an sich zu ziehen, sichtlich bemüht, damit zu beweisen, wie seine Arbeitskraft nicht abgenommen hat." Nur der dringende Rat seines Arztes habe ihn abgehalten, am 12. beim Hofdiner zu Ehren des Prinzregenten zu erscheinen. Schweninger habe ihm, Lerchenfeld, erst kürzlich versichert, daß der Fürst die große Arbeit der letzten Wochen gegen alles Erwarten gut ertragen habe. Lerchenfeld hält es aber für unmöglich, daß dies auf die Dauer der Fall bleiben könne, wenn die Tendenz, alles bis in die Einzelheiten zu bestimmen, noch immer weiter zunehme, wie es gegenwärtig der Fall sei. Denn inzwischen sei auch den preußischen Ministern auf Grund einer alten Kabinettsordre von 1852 untersagt worden, über Angelegenheiten des Ressorts mündliche oder schriftliche Vorschläge ab majestatem ohne Vorwissen und Einverständnis des Ministerpräsidenten zu erstatten. Bismarck habe diese längst aus der Übung gekommene Kabinettsordre in einer der letzten Staatsministerialsitzungen verlesen und bemerkt, daß er in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage die genaue Beachtung der Vorschrift verlange. In Regierungskreisen bezeichne man diese Maßregel als „Ministersperre".

Lerchenfeld kommt dann wiederum auf das Verhältnis Bismarcks zu den Parteien zu sprechen: Mit der Haltung der nationalliberalen Partei im letzten Reichstag, namentlich mit deren Stellung zum Sozialistengesetz, sei der Fürst, wie bereits früher berichtet, sehr unzufrieden gewesen. Man hatte vor dem Schluß des Reichstages sogar befürchtet, daß er nach Berlin kommen werde, um an die Nationalliberalen eine förmliche Absage zu richten, was der Partei noch einige Sitze mehr gekostet hätte. Ihre Schwächung bei den Wahlen habe seine Stimmung auch nicht verbessert und es habe sich erwarten lassen, daß er sich nach anderen Bundesgenossen umsehen werde. Dies sei geschehen, denn am 12. sei Windthorst zu ihm gerufen worden. Über den Inhalt der Verhandlungen habe er noch nichts erfahren. „Die Tatsache allein aber, daß Fürst Bismarck mit dem Mann gesprochen hat, mit dem er seit 8 Jahren jede Verbindung ostensibel abgelehnt hat, scheint an sich schon sehr bezeichnend und hat hier sensationell gewirkt." Der nächste Effekt sei ein weiteres Abrücken der nationalliberalen Presse von Bismarck gewesen, das seinen schärfsten Ausdruck in dem Artikel „Offiziöser Unfug" der Kölnischen Zeitung vom 13. gefunden habe.

Der Gesandte erinnert daran, daß in den letzten Reichstagssessionen immer von Zeit zu Zeit und zu bestimmten Zwecken eine Annäherung der Regierung an den rechten Flügel des Zentrums, d. h. an Franckenstein und seine näheren Freunde, stattgefunden und daß ebenso die Konservativen mit diesem Flügel Fühlung behalten und Geschäfte gemacht hätten, zum nicht geringen Ärger Windthorsts[2]). „Im Zentrum selbst gingen die Strömungen zuweilen soweit auseinander, daß man im Grund mit zwei Parteien zu rechnen hatte." Dies Verhältnis sei durch den Tod Franckensteins anders geworden. Ferner habe das Vorgehen dieser Partei bei den Wahlen, wo sie fast überall unter dem Wahlspruch „vor allem gegen das Kartell" handelte, die Konservativen aufs äußerste verstimmt. Auch diese würden daher ein Bündnis Bismarcks mit dem Zentrum als wenig angenehm empfinden. Ihre Führer hätten bereits unter der Hand erklärt, daß sie den künftigen Reichstagspräsidenten nicht stellen wollten, obwohl das Zentrum seine Stimme für die Wahl anbiete. Das bedeute, daß man auf konservativer Seite nicht mit dem Zentrum paktieren wolle. Ob es dabei bleibe, sei freilich noch die Frage, besonders, wenn es Bismarck gelingen sollte, sich mit Windthorst zu verständigen. Der Gegenstand einer solchen Verständigung dürfte — abgesehen von der minder wichtigen Forderung für Wißmann — wohl nur in der Militärforderung zu suchen sein, über andere Regierungsvorlagen würde eine grundsätzliche Differenz kaum entstehen.

In der Militärvorlage höre er, daß der Gedanke, den Verdy ihm gegenüber angedeutet hatte, dem Reichstag in der gesetzlichen dreijährigen Dienstzeit Zugeständnisse zu machen,

[1]) Vgl. hiezu den Gedanken des „legalen Staatsstreichs" bei Schüßler S. 152 ff. — [2]) Vgl. Schüßler S. 156 ff.

Digitized by Google

einem grundsätzlichen Widerspruch beim Kaiser und dessen Ratgebern begegne. Es werde sich nun fragen, ob etwa vom Grundsatz des Septennats etwas nachgegeben werden könnte. Ganz ohne Konzessionen werde es dem Reichstag schwer werden, die hohen Summen zu bewilligen [1]).

Das Staatsministerium habe sich bereits in der letzten Woche mit den Vorlagen des Kriegsministers beschäftigt und zunächst beschlossen, daß dieser mit dem Reichsschatzsekretär und dem preußischen Finanzminister eine Verständigung suchen solle, indem alle Forderungen gestrichen würden, die nicht im Interesse der Schlagfertigkeit absolut notwendig erschienen. Auch die Deckungsfrage habe das Staatsministerium schon erörtert, aber gefunden, daß es sich nicht empfehle, dem künftigen Reichstag, dessen Auflösung vielleicht notwendig werden könnte, sofort eine Steuervorlage zu machen, da eine solche bei etwaigen Neuwahlen jedenfalls ungünstig wirken würde. Man sei aber der Ansicht gewesen, daß es sich nicht vermeiden lasse, dem Reichstag Steuervorlagen im allgemeinen anzukündigen und daß man sich baldigst über die Deckungsfrage mit den Bundesregierungen benehmen müsse. Zuerst nach dem Zusammentritt des Parlaments solle eine Novelle zur Gewerbeordnung betreffend den Arbeiterschutz eingebracht werden. „Es entspricht dies dem besonderen Wunsch des Kaisers, der befürchtet, daß wenn es über der Militärvorlage zur Auflösung kommen sollte, der Arbeiterschutz im Reichstag unerledigt bliebe." Da Berlepsch aber zur Fertigstellung der Arbeiterschutzvorlage nebst Motiven noch mehrere Wochen verlange, werde der Reichstag erst in den letzten Tagen des April einberufen werden. —

Man gewinnt den Eindruck, daß man mitten in der praktischen Arbeit stehe und daß der Streit zwischen Kaiser und Kanzler hinter ihr augenblicklich zurückgetreten scheine. Völlig unvermittelt melden zwei lakonische Chiffretelegramme vom 18. März die jähe Katastrophe. Das erste von 2 Uhr 16 nachmittags berichtet, daß die Veranlassung des Rücktritts Bismarcks die vom Kaiser verlangte Aufhebung der Ministersperre sei; auch Graf Bismarck sei fest entschlossen, seine Entlassung zu nehmen. Das zweite von 4 Uhr 36 nachmittags ergänzt, daß das Entlassungsgesuch um 12 Uhr mittags eingereicht wurde, die Annahme unzweifelhaft und daß zur Nachfolge voraussichtlich Caprivi berufen sei. Noch am gleichen Tag läßt der Gesandte ihnen eine ausführliche Darstellung folgen. Der Minister werde aus seinen letzten Berichten entnommen haben, daß man hier trotz allem die Hoffnung noch immer nicht aufgegeben hatte, daß der Rücktritt Bismarcks vermieden werden könnte. Inzwischen sei die Krisis überraschend schnell eingetreten. Er schildert den Verlauf der Dinge bereits ebenso, wie er inzwischen bekannt geworden ist.

Samstag, den 15., habe der Kaiser den Kanzler um ½10 Uhr morgens in die Wohnung des Grafen Herbert rufen lassen, wo er bei Gelegenheit seiner Ritte in den Tierpark öfters vorsprach. Diese Unterredung habe den Verlauf der Krise entschieden. Der Kaiser habe vom Kanzler verlangt, daß er die Minister ermächtige, mit Sr. Majestät direkt zu verkehren und habe ihm Vorwürfe gemacht, daß er gegen seinen ausdrücklichen Wunsch eine Annäherung an das Zentrum gesucht habe. „Zum erstenmal soll bei dieser Unterredung beiderseits die Ruhe nicht bewahrt worden sein, welche bisher immer den persönlichen Verkehr zwischen dem Kaiser und seinem ersten Ratgeber, trotz sachlicher Differenzen und tiefer Verstimmung, ausgezeichnet hatte."

Sonntags sei dann ein Inzidenzfall eingetreten, welcher die Lage noch verschärfte. Das Auswärtige Amt hatte dem Kaiser einen Bericht [so] des Konsuls in Kiew vorgelegt, worin dieser Kriegsrüstungen der Russen meldete. Am genannten Tag sei der Bericht ans Amt zurückgelangt mit einer eigenhändigen Notiz des Kaisers, des ungefähren Inhalts, „daß wenn die Russen, wie aus vielem hervorgehe, geradezu den Krieg vorbereiten, dies die Politik Deutschlands ändern müsse. Der Kaiser werde es unter solchen Umständen ablehnen, zu den Manövern nach Petersburg zu gehen. Am Schluß der Notiz folgt eine kurze Bemerkung, welche, wie ich höre, in sehr verletzender Form den Vorwurf enthält, daß das Auswärtige Amt dem Kaiser Berichte absichtlich vorenthalte" [2]).

[1]) Vgl. Ged. u. Erinner. 3. Bd., S. 78 f. — [2]) Der Wortlaut des kaiserlichen Handbillets im 3. Bd. der Ged. u. Erinner., S. 88. Bismarck verlegt die Rücksendung der Kiewer Berichte auf den 17. März früh, dagegen den 1. Besuch Hahnkes schon auf den 16. März Nachm. Vgl. auch Schüßler S. 201 ff.

Digitized by Google

Montag früh sei General v. Hahnke im Auftrag des Kaisers bei Bismarck erschienen und habe die Aufhebung der Ministersperre verlangt. Der Kanzler habe die Notwendigkeit der Disziplin im Dienst geltend gemacht, die dem General verständlich sein müsse, und im übrigen eine ausweichende Antwort gegeben. Diese habe der Kaiser ungenügend gefunden und den General wenige Zeit nachher noch einmal beauftragt, vom Kanzler ein bestimmtes Ja oder Nein zu verlangen. Diese Botschaft sei an sich ein Ultimatum gewesen. Wie man ihm sage, habe Hahnke aber auch noch ausdrücklich den Wunsch des Kaisers überbracht, daß Bismarck im Fall der Ablehnung seine Entlassung einreichen möge. Die Antwort war ein bestimmtes Nein und die Ankündigung des Entlassungsgesuchs. Um 3 Uhr nachmittags habe der Kanzler von diesen Vorgängen im Staatsministerium Mitteilung gemacht und in längeren Ausführungen sein bisheriges Wirken besprochen, „wobei er Besorgnisse wegen des künftigen Gangs der äußeren Politik kundgab“ [1]). Bei Berührung der Sozialpolitik hätte er Boetticher als seinem verdienstvollsten Mitarbeiter auf diesem Gebiet einige anerkennende Worte gewidmet. Nachmittags 5 Uhr seien die Ereignisse allgemeiner bekannt geworden. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ hatte jedoch bereits um 2 Uhr eine Mitteilung im Auswärtigen Amt erhalten, welche noch in der 5-Uhr-Ausgabe des Blattes Aufnahme gefunden habe.

Ihm, Lerchenfeld, habe Graf Herbert noch gestern abend auf das bestimmteste gesagt, daß er seinem Vater folgen und auf seiner heute einzureichenden Entlassung bestehen werde. Nach der Staatsministerialsitzung hätte man allgemein angenommen, daß auch die Minister Maybach und Scholz zurücktreten würden. In einer spät abends bei Boetticher stattgehabten Besprechung der Staatsminister (außer Bismarck Vater und Sohn) sei jedoch vereinbart worden, daß kein Minister seine Entlassung nehmen werde.

Als mögliche Nachfolger Bismarcks hätte man in der letzten Zeit Boetticher, General Caprivi und Miquel genannt. Inzwischen scheine die Wahl Caprivis festgestellt, er sei bereits in Berlin. Diese Wahl werde allgemein Beifall finden. „Der Rücktritt des Fürsten Bismarck erfüllt doch jeden mit banger Sorge, und man wird darum einen Mann als Nachfolger mit Freude begrüßen, dessen Charakterfestigkeit außer Zweifel steht und der darum auch Garantien gegen ein zu persönliches Regiment des Kaisers bietet.“ So viel er höre, würden namentlich auch die Staatsminister den General gern als Kanzler und Ministerpräsident begrüßen, vor allem Boetticher, der selbst die Nachfolgerschaft durchaus nicht angestrebt habe. Wie sich Caprivi selbst zu seiner Wahl stelle, sei ihm noch nicht bekannt. Jedenfalls werde sich der Wechsel des Reichskanzlers sehr rasch vollziehen. Dagegen beabsichtige der Kaiser, das Entlassungsgesuch des Staatssekretärs des Äußern abzulehnen — ob mit Erfolg, sei wohl zu bezweifeln; Graf Herbert dränge seit langer Zeit hinaus; er habe auch seinem Vater seit dem Beginn der Krisis am entschiedensten geraten, jeden Kompromiß abzulehnen.

„Die Presse hat die Nachricht ziemlich kühl aufgenommen. In allen Kreisen der Bevölkerung ist aber der Eindruck ein mächtiger. Er wird vermehrt durch das schmerzliche Gefühl, daß die Trennung in Streit und Hader und unter tiefer Kränkung des großen Staatsmannes sich vollzieht.“ Welches Rücktrittsmotiv nach außen in den Vordergrund gestellt werde, wisse man noch nicht. Auch nicht, in welche Form der Kaiser die Annahme der Entlassung kleiden werde. Trotz der beiderseitigen tiefgehenden Entfremdung sei zu hoffen, daß die Formen gewahrt würden, namentlich vom Kaiser.

Am folgenden Tag, dem 19. März, berichtet Lerchenfeld, daß das Abschiedsgesuch Bismarcks erst am 18. abends abgegangen sei, da das sehr umfangreiche Schriftstück vom Kanzler mit besonderer Sorgfalt redigiert wurde. Die Annahme werde Bismarck entweder heute oder morgen früh in Form eines kaiserlichen Handschreibens zugehen, vorausgesetzt, daß der Boettichersche Entwurf, der dem Kaiser zurzeit vorliege, dessen Billigung finde. Die Ernennung Caprivis werde unmittelbar folgen. In einer Versammlung der Kommandierenden Generäle, die hierher berufen worden seien, um ihr Votum über die neue Militärvorlage abzugeben, habe der Kaiser ihn bereits gestern abend als Nachfolger Bismarcks angekündigt. Er habe sich, wie sich jetzt herausstelle, schon Anfang Februar der Geneigtheit Caprivis zur Annahme des Amtes versichert. Umlaufende Gerüchte, daß der Personenwechsel mit Verfassungsänderung

[1]) Protokoll der Staatsministerialsitzung vom 17. März im 3. Bd. der Ged. u. Erinner. S. 163 ff.; vgl. ebendort S. 90 ff.

Digitized by Google

oder gar mit einer Neuorganisation der Reichsämter verbunden sei, entbehrten jeder Begründung.

Herbert Bismarck wolle sein Entlassungsgesuch erst nach der Annahme des Entlassungsgesuches seines Vaters einreichen. Der Kaiser versuche ihn jedoch aus naheliegenden Gründen im Amt zu erhalten. In der Tat würde der Eindruck, den der Rücktritt Bismarcks auf die fremden Staaten ohne Zweifel üben werde, noch wesentlich vermehrt, wenn der Staatssekretär seinem Vater in der Demission folgen würde. Im Lauf des heutigen Tages habe der Kaiser Herbert auch durch Graf Philipp Eulenburg und andere wiederholt auffordern lassen, von seinem Rücktritt abzusehen, vorläufig ohne Erfolg. Nach der bekannten Stimmung des Grafen würden wohl auch die dringendsten Aufforderungen ihn nicht von seiner Absicht abbringen.

Den Bericht vom 20. März, der Bismarcks eigene Äußerungen über seine Entlassung enthält, lasse ich wiederum im vollen Wortlaut folgen [1]):

„Nr. 130. Berlin, den 20. März 1890.

Heute früh hat Fürst Bismarck mich ersuchen lassen, ihn um 3 Uhr nachmittags zu besuchen. Als ich zu dieser Stunde dort erschien, hatte der Fürst bereits den Kaiserlichen Brief erhalten, mit welchem sein Abschiedsgesuch angenommen worden ist.

Der Fürst sagte mir nach der Begrüßung, daß sich die Dinge schneller entwickelt hätten, als er es selbst erwartet habe. Er habe tatsächlich seinen Abschied nicht verlangt, sondern erhalten und kenne selbst die Gründe nicht, welche bestimmend auf den Kaiser eingewirkt hätten, ihn zum Rücktritt gerade in diesem Augenblick aufzufordern.

Se. Majestät habe an ihn das Verlangen gerichtet, die Kabinettsordre vom Jahre 1852 außer Wirksamkeit zu setzen. Er, der Fürst, sei zu Lebzeiten des Kaisers Wilhelm I. nie gezwungen gewesen, diese Ordre anzuwenden, da bei seinem Verhältnis zu seinem früheren Herrn ein eigenwilliges Vorgehen seiner Kollegen von vornherein ausgeschlossen war. In der neueren Zeit aber sei das Ministerium demoralisiert gewesen, nicht zum wenigsten durch die Schuld Herrn v. Boettichers, der an seinem Amte klebte und sich einem allerhöchsten Stirnrunzeln nicht aussetzen wollte. In diesen Umständen sei für ihn als Ministerpräsident die Nötigung gelegen, auf die alte Ordre zurückzugreifen.

Er habe deshalb auch dem Kaiser nur erwidern können, daß er an diesen Bestimmungen im Interesse des Dienstes festhalten müsse und zugleich Sr. Majestät bemerkt, daß die Ordre zu Recht bestünde und nur vom Könige selbst aufgehoben werden könne. Der Kaiser habe darauf eine Vorlage wegen Aufhebung der Ordre verlangt und nachdem er, der Fürst, darauf nicht eingegangen sei, dasselbe kategorisch wiederholt.

Eigentliche Differenzen hätten zwischen Sr. Majestät und ihm gerade im gegebenen Augenblick nicht bestanden. Der Kaiser habe zwar daran Ärgernis genommen, daß er, der Fürst, den Abgeordneten Windthorst empfangen habe. Da aber irgendeine Abmachung zwischen dem Reichskanzler und dem gedachten Abgeordneten nicht getroffen worden sei, so könne er auch in dieser Unterredung keine Erklärung für den allerhöchsten Entschluß erblicken.

Als Reichskanzler habe er seit 23 Jahren die Gepflogenheit gehabt, jeden Abgeordneten zu empfangen, welcher das Verlangen hiezu ausgesprochen hatte. Windthorst habe letztlich durch Herrn v. Bleichroeder einen solchen Wunsch geäußert und darum habe er ihn empfangen. Bei der Unterredung habe ihm der gedachte Abgeordnete seine Ideen dahin entwickelt, daß er für Gegenleistungen auf kirchenpolitischem Gebiet bereit sei, alles im Reichstag zu gewähren, was von der Regierung verlangt werde. Für ihn, Fürst Bismarck, seien die Dinge, welche der Abgeordnete Windthorst verlangte, kein noli me tangere, er wisse aber, daß die verlangten Konzessionen in hohem Grade unpopulär seien und daß kein Darandenken bestünde, daß Se. Majestät der Kaiser sich darauf einlassen könnte. Darum sei Windthorst auch von ihm dahin beschieden worden, daß die Regierung nicht in der Lage sei, irgend etwas zu gewähren.

Ich schalte hier ein, daß nach Nachricht aus anderer Quelle Windthorst den status quo ante 1871 auf dem Gebiet der Kirche und Schule verlangt hat.

Bei einem kürzlichen Vortrage, fuhr der Fürst fort, habe ihn nun der Kaiser wegen dieser Unterredung mit Windthorst zur Rede gestellt und zwar mit den Worten: „Der Abgeordnete

[1]) Am gleichen Tag nachmittags 5 Uhr 10 schickte Lerchenfeld ein Chiffretelegramm voraus, daß Bismarck um 2 Uhr die erbetene Entlassung erhalten habe.

Digitized by Google

Windthorst war ja bei Ihnen?" Auf die Bejahung der Frage habe der Kaiser erwidert: „Warum haben Sie mir das nicht vorher geschrieben?" Der Fürst habe dann erwidert, daß er hiezu keine Veranlassung gehabt habe und daß er als erster Minister das Recht in Anspruch nehme, mit einem Abgeordneten zu sprechen, ohne jedesmal eine besondere kaiserliche Genehmigung vorher zu erholen. Der Kaiser hätte ferner noch bemerkt, daß Herr Windthorst durch Vermittlung des Herrn v. Bleichroeder die Audienz beim Reichskanzler verlangt habe, worauf er, der Reichskanzler, erwiderte, daß Bleichroeder sein Bankier sei, daß er überhaupt Juden für einen nützlichen Teil der menschlichen Gesellschaft halte, durch welche er schon ganz anders wichtige Geschäfte, auch bei fremden Kabinetten, mit Erfolg gemacht und daß er sich im übrigen freuen müsse, Se. Majestät so genau über alles unterrichtet zu sehen, was im Hause des Reichskanzlers vorginge.

Zum besseren Verständnis des Vorstehenden muß ich hier einschalten, daß das Mißtrauen des Kaisers seit den letzten vier Wochen gegen den Reichskanzler so vorgeschritten war, daß er denselben polizeilich überwachen ließ und alle einzelnen Personen kannte, die dort verkehrten; ferner, daß der Verkehr des Reichskanzlers mit Herrn v. Bleichroeder seit Jahresfrist schon ersterem vom Kaiser zum Vorwurf gemacht wurde. Der Vorwurf datiert von der Frage der russischen Konversion, welche im Juli vorigen Jahres spielte.

Fürst Bismarck fuhr dann fort, indem er es als möglich bezeichnete, daß der Besuch Windthorsts den eigentlichen Grund der raschen Entwicklung der Dinge gebildet habe. Der Kaiser habe gewußt, daß der Reichskanzler entschlossen war, sich zurückzuziehen. Es war mit Sr. Majestät vereinbart, daß er zunächst mit der Niederlegung seiner preußischen Ämter beginnen wolle, und daß dies am 21. [so] vorigen Monats geschehen sollte. Se. Majestät habe aber gewünscht, daß er noch die große damals geplante Militärvorlage im Reichstag vertreten solle. Zugleich habe Se. Majestät die Einbringung eines verschärften Sozialistengesetzes verlangt.

Letzteres Verlangen des Kaisers, das er vollkommen gebilligt habe, sei für ihn der Grund der Ablehnung des durch den Reichstag abgeschwächten Sozialistengesetzes gewesen. Man hätte doch nicht vernünftigerweise daran denken können, die Reichstagsbeschlüsse anzunehmen, wenn man ernstlich der Absicht war, kurze Zeit später mit einer Verschärfung des früheren Gesetzes hervorzutreten. Das Verlangen des Kaisers, daß der Fürst die beiden genannten Vorlagen im Reichstag noch vertrete, sei für ihn bestimmend gewesen, den Gedanken, aus dem preußischen Staatsdienst auszutreten, zugleich aber Reichskanzler zu bleiben, wieder fallen zu lassen, weil er sich sagen mußte, daß er mit größerer Autorität vor dem Parlament auftreten könnte, wenn er noch im Besitz der preußischen Ämter sei. Er habe aber, als er dem Kaiser sein Verbleiben als Ministerpräsident ankündigte, gleich mitgeteilt, daß er im Mai ganz zurücktreten werde. Der Kaiser habe die Mitteilung mit Kopfnicken und mit der Bemerkung: „Dann bleibt also alles beim alten" hingenommen. Der Fürst habe aber schon gefühlt, daß der Kaiser wenig von der Änderung seines Entschlusses befriedigt sei.

Inzwischen habe der Kaiser aber seine Absichten geändert. Se. Majestät habe nichts mehr von dem Sozialistengesetz wissen wollen und heute sei auch die große Militärvorlage als aufgegeben zu betrachten. Man werde die Artillerie vermehren und alles weitere beim alten lassen. Der Kaiser wolle offenbar jede Differenz mit dem Parlament vermeiden und eine Politik einschlagen, welche sich großer Popularität erfreuen soll. Denn wie er, der Kanzler, höre, sei der Kaiser sogar geneigt, auf die zweijährige Dienstpflicht einzugehen, was Se. Majestät früher, als er, der Fürst, einmal diesen Punkt berührte, mit der größten Entrüstung abgewiesen habe.

Ich brachte hier die Unterredung auf den Nachfolger des Reichskanzlers, General Caprivi. Fürst Bismarck sagte mir, daß er von dieser Wahl äußerst befriedigt sei und daß er selbst diese Persönlichkeit dem Kaiser vorgeschlagen habe. Er habe aber auch dem Kaiser weitere Veränderungen im Ministerium empfohlen und als geeignete Personen den Oberpräsidenten Grafen Zedlitz und speziell für das preußische Justizministerium den badischen Gesandten Freiherrn von Marschall bezeichnet. Wenn Zeiten kämen, wo es auf der Straße unruhig werde, dann gewinne das Justizressort an großer Bedeutung und würde es gut sein, wenn ein kluger und mutiger Mann wie Herr von Marschall dasselbe inne habe[1]). Die jetzigen Minister seien nichts als Unterstaatssekretäre, die selbständig keine Politik leiten könnten.

[1]) Vgl. Schüßler S. 114.

Digitized by Google

Fürst Bismarck erzählte mir dann, daß der Kaiser eine Ordre an ihn geschickt habe des Inhalts, daß das preußische Ministerium des Äußern von seinem Sohn übernommen werden solle. Er habe abgelehnt, in dieser Hinsicht im Sinn der Ordre auf seinen Sohn, der entschlossen sei, seine Demission zu geben, zu wirken und die Überbringer der Ordre, General Hahnke und Geheimrat Lucanus, an den Grafen Herbert direkt gewiesen. Sein Sohn sei heute krank und angegriffen und könne nicht zu den Geschäften, welche er jetzt schon geführt, auch noch seine, des Fürsten, Geschäfte übernehmen, noch dazu unter einem Nachfolger, welcher wie General Caprivi sich zunächst informieren müsse. Außerdem hänge er, der Fürst, an seinem Sohn, derselbe sei noch jung, habe eine Zukunft vor sich und solle nicht unter den jetzigen Verhältnissen verbraucht werden. Wenn man fühle und wisse, daß ein Schiff im Sinken sei, so vertraue man demselben den Sohn nicht an.

Ferner erzählte mir der Reichskanzler, daß ihn der Kaiser zum Generaloberst der Kavallerie mit dem Rang eines Feldmarschalls ernannt und ihm die Würde eines Herzogs von Lauenburg übertragen habe. Letzteres habe er aber rundweg abgelehnt, trotz stundenlangen Zuredens der kaiserlichen Sendboten. Es sei ihm schon im Jahre 71 „die Durchlaucht" höchst unbequem gewesen und auf den Herzog ließe er sich unter keinen Umständen ein [1]).

Ich brachte das Gespräch dann nochmals auf den Grafen Herbert und bemerkte, daß, wenn ich auch an ein längeres Verbleiben des Genannten unter den gegenwärtigen Umständen, so sehr ich es bedaure, nicht glauben könne, es mir doch im Interesse der auswärtigen Politik zu liegen schiene, wenn der Staatssekretär nicht gleichzeitig mit ihm, dem Reichskanzler, den Abschied nehmen wollte. Die fremden Mächte würden ohnedies einen sehr gewaltigen Eindruck von dem Abgang des Kanzlers erhalten und das Vertrauen in die deutsche Politik eine heftige Prüfung zu bestehen haben. Bliebe Graf Herbert im Amte, so würde gewissermaßen die Firma fortgesetzt und die zu fürchtenden Wirkungen einigermaßen abgeschwächt. Der Fürst erwiderte mir, daß dies eigentlich auf eine Täuschung hinauslaufe, die Leute würden allerdings annehmen, daß der Sohn die Fühlung mit dem Vater aufrecht erhalte, aber es sei doch etwas anderes, ob er, der Fürst, bloß im Wagen sitze und sein Sohn fahre, oder ob er selbst die Zügel in der Hand halte.

Ich nahm dann Abschied von dem Kanzler und dankte ihm für das Vertrauen und Wohlwollen, welches er mir durch beinahe 10 Jahre geschenkt, sodann sagte ich, daß ich mich für berechtigt hielte, auch im Namen meiner Regierung ihm deren Dank für alles, was er speziell im Interesse Bayerns während seines langen Wirkens getan habe, auszudrücken.

Der Fürst stellte mir beim Abschied anheim, Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzregenten von den Gründen seines Rücktritts Bericht zu erstatten."

Ehe noch dieser Bericht in München einlief (nach dem Präsentationsvermerk Crailsheims war dies erst am 22. März der Fall), hatte man dort erwogen, ob eine eigene Kundgebung zur Entlassung angezeigt sei. Am 20. März hatte der Chef der Geheimkanzlei an Crailsheim geschrieben, daß der Regent die Erlassung eines Handschreibens an Bismarck „im Hinblick auf die von Sr. Majestät dem Kaiser und König zu fraglicher Angelegenheit eingenommene Stellung zurzeit nicht für angezeigt" erachte. Am 21. März, vermutlich unter dem Eindruck der kaiserlichen Abschiedserlasse, änderte man den Entschluß:

Handschreiben des Prinzregenten Luitpold an Bismarck [2]). (Entwurf.)

„An den Fürsten von Bismarck, Herzog von Lauenburg.

Mein lieber Fürst und Herzog! Daß Sie aus dem Dienst des Reiches scheiden, dem Sie durch eine lange Reihe von Jahren, inmitten einer großen weltgeschichtlichen Epoche, Ihre Kräfte geweiht haben, erfüllt Mich mit dem tiefsten Bedauern. In der hohen und bedeutungsvollen Stellung, die Ihnen zugewiesen war, haben Sie Mein vollstes Vertrauen jederzeit genossen und immer gerechtfertigt.

[1]) Vgl. Ged. u. Erinner. 3. Bd., S. 101 f. — [2]) Der Entwurf stammt von der Hand des Staatsrats im Min. d. Äuß. Dr. v. Mayer und ist von Crailsheim unterzeichnet. Über die Titelfrage (Hoheit oder Durchlaucht) war noch ein Telegrammwechsel mit Lerchenfeld vorangegangen. Dieser hatte empfohlen, von der Verleihung der Herzogswürde vorläufig überhaupt keine Notiz zu nehmen, da Bismarck entschlossen scheine, sie anzulehnen. Das Telegramm lief aber zu spät ein, und Crailsheim wies den Gesandten an, das Handschreiben, das dringend an diesen abgegangen war, gleichwohl zu übergeben. Lerchenfeld meldet am 22., nachmittags 5 Uhr 15, daß die Übergabe bereits erfolgt sei.

Digitized by Google

Unsterbliche Verdienste haben Sie Sich um Deutschland erworben. Tief durchdrungen waren Sie stets von dem Gedanken an des Reiches Machtstellung [1]) wie von der Achtung für die Rechte seiner Glieder. Und weit hinaus über die Marken des Reiches haben Sie, mit weitschauendem Blick, im Dienst des Friedens, eingewirkt auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse.

Innig erfreut über die Gnadenbeweise und Auszeichnungen, mit welchen Ihr Kaiserlicher Herr bei Ihrem Rücktritt Sie geehrt hat, schließe Ich dem Danke des Kaisers auch Meinen und Meines Volkes Dank an.

Möge ein freundliches Geschick, nach einem Leben voll rastloser und glänzender Arbeit, Ihnen noch viele Jahre der verdienten Ruhe gewähren.

Mit hoher Wertschätzung und dankbarer Gesinnung verbleibe ich

München, den 21. März 1890. Ihr wohlgewogener
gez. Prinz Luitpold."

Das Handschreiben ist ohne politischen Akzent — das interessanteste daran vielleicht die kleine Berichtigung von der Hand des Prinzregenten. Bismarck antwortete in gleicher Weise:

Bismarck an Prinzregent Luitpold (Original).

„Berlin, den 22. März 1890.

Durchlauchtigster Prinz-Regent!
Gnädigster Herr!

Eurer Königlichen Hoheit huldvolles Schreiben vom 21. d. M. habe ich mit tiefer Bewegung erhalten und erlaube mir, Allerhöchstdenenselben meinen untertänigsten Dank für die darin ausgesprochene gnädige Gesinnung zu Füßen zu legen.

In dem Augenblicke, da ich mich gezwungen sehe, von der verantwortlichen Stelle zurückzutreten, in welcher ich mich des Vertrauens Eurer Königlichen Hoheit erfreute, erinnere ich mich dankbarst des gnädigen Wohlwollens, womit Eure Königliche Hoheit mich seit zwanzig Jahren auszuzeichnen geruht haben. Ich nehme in das Privatleben die ehrerbietige Dankbarkeit mit für die Betätigung der gnädigen und bundesfreundlichen Gesinnung, in der Eure Königliche Hoheit mir meine amtliche Aufgabe stets zu erleichtern die Gnade gehabt haben, und verharre jederzeit in ehrfurchtsvollster Anhänglichkeit

Eurer Königlichen Hoheit untertänigster Diener
gez. v. Bismarck.

Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold,
Regenten des Königreichs Bayern. München. Eingeschrieben."

Inzwischen hatte Lerchenfeld unterm 22. März berichtet, daß alle Versuche, Herbert Bismarck an der Einreichung seines Abschiedsgesuches zu verhindern oder ihn zur Zurücknahme desselben zu bewegen, gescheitert seien. Der Kaiser wie Caprivi bedauerten diesen Entschluß, der im Augenblick eine große Verlegenheit bereite. General Caprivi, selbst nicht in diplomatischen Dingen erfahren, hätte sein Amt in der sicheren Voraussetzung angenommen, daß Herbert ihn unterstützen werde. Ein anderer Kandidat, der sowohl Geschäftsgewandtheit als genügende Autorität besäße, sei nicht vorhanden; man müßte auf Persönlichkeiten greifen, die entweder zu alt oder zu jung für den Posten wären oder deren Begabung kaum über das Mittelmaß hinausreiche.

Die ostensibeln Gründe Herberts seien seine zurzeit in der Tat angegriffene Gesundheit und grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten mit mehreren seiner Kollegen. Er habe jedoch auch unumwunden ausgesprochen, daß er zu lang die Geschäfte unter seinem Vater fast selbständig geführt habe, als daß er von irgend einem anderen Instruktionen empfangen könne und daß er darum weder in der Lage sei, seinen jetzigen Posten unter dem neuen Kanzler weiterzuführen, noch irgend eine andere Stellung im diplomatischen Dienst anzunehmen. Daß Graf Herbert, wie man danach vermuten könnte, die Nachfolge seines Vaters angestrebt habe, glaubt der Gesandte nicht. Er sei auch längst darauf vorbereitet gewesen, daß der Kaiser hierin andere Absichten habe. Herbert habe auch schon früher wiederholt geäußert, daß er nur solange, wie sein Vater Kanzler sei, im Amt bleiben wolle. Die tiefgehende Verstimmung, die er über den plötzlich provozierten Rücktritt seines Vaters empfinde, sei sicherlich nicht geeignet, seine

[1]) Eigenhändige Verbesserung des Prinzregenten für: Einheit.

Digitized by Google

Absichten zu ändern. Auch habe er sehr viele Feinde am Hof und der Regierung, und sein Verhältnis zu den übrigen Ministern sei in der letzten Zeit höchst gespannt gewesen. Der Kaiser scheine nunmehr zu beabsichtigen, ihn vorläufig zur Annahme eines längeren Urlaubs zu bestimmen, um wenigstens zunächst der Wahl eines Nachfolgers überhoben zu sein. Vermutlich werde der Graf sich aber auch auf diesen Kompromiß nicht einlassen.

Bismarck selbst fasse die Lage mit etwas mehr Ruhe als sein Sohn auf. „Bei der jüngsten Unterredung mit mir erschien mir sogar der Fürst weit weniger gereizt wie bei den früheren Unterredungen in letzter Zeit. Immerhin hat er das Vorgehen seines kaiserlichen Herrn sehr bitter empfunden und scheidet mit entschiedenem Groll von Sr. Majestät und einem Teil seiner Kollegen." Alle Bemühungen, ihn zur Annahme des Herzogstitels zu bewegen, habe er entschieden abgelehnt. Da andererseits der Kaiser die Verleihung nicht zurückgenommen habe, so werde es dabei bleiben, daß er diesen Titel rechtlich besitze, ohne ihn zu führen. Er, Lerchenfeld, habe deshalb empfohlen, von dieser Titelverleihung vorläufig keine Notiz zu nehmen und empfehle dies auch bei etwaigen weiteren Mitteilungen an den Fürsten.

Über den Eindruck des Rücktritts bei den fremden Kabinetten erfahre er folgendes. In Österreich[1]) und Italien habe man sich bereits über die Ereignisse beruhigt. „Schwieriger dürfte es sein, die guten Beziehungen zu Rußland aufrecht zu erhalten, welche zum größten Teil auf dem Vertrauen beruhten, welches der Reichskanzler bei Kaiser Alexander besaß. Diese Beziehungen waren auf dem Punkt, unbeschadet der Tripleallianz, sehr gesicherte zu werden. Ob der Wechsel in der Leitung der deutschen Politik hiefür kein Hindernis bildet, wird abzuwarten sein." Der Kaiser scheine jedenfalls entschlossen, die Politik im Bismarckischen Sinn auch gegenüber Rußland weiterzuführen. Er habe gestern früh auch Graf Schuwalow zu sich rufen lassen, um ihm hierin bindende Zusicherungen zu geben[2]).

Der neue Kanzler habe sein Amt nur widerstrebend übernommen und fühle sich unter der Last der Verantwortung gedrückt. Viele zweifeln, ob er lange bleiben werde, denn er sei nichts weniger als nachgiebig und dürfte auch dem Kaiser gegenüber seine Stellung wahren. „Leider ist aber nicht zu verkennen, daß Se. Majestät in neuester Zeit sich gewöhnt hat, sehr nach eigenen Heften zu handeln und daß es daher an Konfliktsstoff mit seinem ersten Minister nicht fehlen wird."

Bismarck habe geäußert, daß er den Grund des plötzlichen Vorgehens des Kaisers nicht kenne. „Tatsächlich liegen aber die Gründe auf der Hand. Der Kaiser hatte das Gefühl, daß der Fürst ihn als Feind behandle und alle seine Absichten auf Umwegen durchkreuze. Se. Majestät befürchtete aber besonders, daß der Fürst seine Stellung im Reichstag benützen werde, um Überraschungen zu bereiten und die kaiserliche Politik zu durchkreuzen. Mit anderen Worten, es war an die Stelle des Vertrauens das höchste Mißtrauen getreten."

Seit der Entlassung stelle der Kaiser in Unterredungen mit verschiedenen Personen die Sache so dar, als ob er sich durch das Interesse an der Person des Fürsten Bismarck habe bestimmen lassen, diesem den Rücktritt nahezulegen. „Se. Majestät äußerte unter anderm, daß er gesehen habe, wie der Fürst sich bei der gegebenen Situation aufreibe; daß er dies nicht habe geschehen lassen können; daß er vielmehr einen Mann erhalten wolle, dessen Rat das Deutsche Reich nicht entbehren könne."

Lerchenfeld fügt dieser kaiserlichen Äußerung kein Wort bei[3]).

---

[1]) Am 16. April berichtet Lerchenfeld von der Übersendung des kaiserlichen Handschreibens an Franz Josef durch den Flügeladjutanten Graf Wedel. Dieser sei ermächtigt gewesen, die schriftlichen Mitteilungen des Kaisers mündlich noch zu vervollständigen. Die Antwort Kaiser Franz Josefs sei am 14. April durch dessen Generaladjutanten Freiherrn Bolfras von Ahnenburg übergeben worden. — [2]) Vgl. Schüßler S. 220 f. u. 221 ff., Geb. u. Erinner. 3. Bd., S. 106. [3]) Am gleichen Tag legte er in gesondertem Bericht auch die Adresse vor, welche die Mitglieder des Bundesrats am selben Tag an Bismarck gerichtet hatten. (Gedruckt bei Eppstein, S. 203.) Man hätte zuerst an eine Deputation, dann an eine Protokollstelle gedacht, schließlich sei man übereingekommen, eine Adresse zu verfassen, welchem Vorschlag Boetticher beitrat. Auf Ersuchen der Kollegen habe Lerchenfeld das Schriftstück entworfen. Boetticher und Unterstaatssekretär Bosse hätten es durchgesehen. Da die Einholung der Unterschriften der nicht in Berlin anwesenden Bevollmächtigten die Absendung zu sehr verzögert hätte, habe man davon abgesehen. „Teils in Rücksicht auf diesen Mangel, teils weil eine ganz offizielle Äußerung des Bundesrats ohne förmlichen, auf Instruktionen beruhenden Beschluß nicht zulässig schien, endlich aber die Extrahierung eines solchen Beschlusses in dem gegenwärtigen

Digitized by Google

Am 23. März folgen zunächst weitere Nachrichten über den Rücktritt Herberts, der formell immer noch nicht zum Abschluß gekommen war. Vermutlich werde er aber demnächst sein Amt endgültig niederlegen. Er berufe sich namentlich darauf, daß eine interimistische Vertretung bei der immerhin verwickelten politischen Situation schädlich sein könnte. Als Nachfolger nenne man Graf Hatzfeldt, Herrn von Alvensleben, Gesandten in Brüssel, und die beiden Gesandten von Bülow in Bern und Bukarest. Alvensleben scheine die meisten Aussichten zu haben.

Caprivi habe eine längere Unterredung mit Bismarck gehabt, von der er sehr befriedigt zurückgekommen sei. Bismarck habe seinem Nachfolger die ganze Lage entwickelt, eine Menge Fragen mit ihm durchgesprochen und dabei merkwürdigerweise das Geständnis gemacht, daß er in letzter Zeit auch in einigen Dingen Fehler begangen habe[1]). Mitte nächster Woche werde Bismarck mit seiner Familie nach Friedrichsruh übersiedeln. Man sei sehr gespannt, ob er noch den Versuch machen werde, sich vom Kaiser zu verabschieden, ob der Kaiser noch den Fürsten und die Fürstin besuchen werde.

Den Schluß des Berichtes lasse ich wörtlich folgen:

„Ew. Exzellenz wird der Leitartikel der gestrigen Nordd. Allgemeinen Zeitung (Abendausgabe) nicht entgangen sein, der, offenbar unter dem Einfluß des Fürsten Bismarck geschrieben, die Gründe seines Rücktritts in schonungsloser Offenheit darlegt. Der Artikel hat die schon allenthalben bestehende Sorge vermehrt, daß der im Groll scheidende Staatsmann und sein Sohn ihre künftige Muße dazu benützen könnten, der neuen Regierung in der Presse Opposition zu machen.

Nachdem der erste Eindruck des Rücktritts des Fürsten Bismarck vorüber ist, nimmt die Bevölkerung Berlins den Abschied von ihrem Liebling nicht nur leicht, sondern zeigt eine entschiedene Parteinahme für den Kaiser, den sie bei Ausfahrten akklamiert. Die höheren Kreise teilen diese Stimmung nicht. Dort herrscht aufrichtiges Bedauern über den Rücktritt des Fürsten und wenn auch anerkannt wird, daß er manche Fehler gemacht und daß der Zustand, wie er sich zuletzt gestaltet hat, ein unerträglicher geworden war, so beklagt man doch aufs tiefste, daß sich die Trennung zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler, wenn sie schon unvermeidlich war, nicht in schonenderen Formen für den großen Staatsmann vollzogen hat. Der monarchische Sinn, der in diesen Kreisen herrscht und die Disziplin verhindert, daß das Vorgehen des Kaisers offen getadelt wird. Aber ein stummer Vorwurf richtet sich gegen den Thron, und man sieht mit einer gewissen Sorge den kommenden Regierungshandlungen des Kaisers entgegen.

Der Kaiser selbst empfindet dies und bemüht sich in Gesprächen mit den verschiedenen Persönlichkeiten, Erklärungen seines Vorgehens zu geben, wobei das Ruhebedürfnis des Fürsten Bismarck in den Vordergrund gestellt wird. Gegenüber einem meiner Kollegen hat Se. Majestät bei dem heutigen Ordensfest sich besonders eingehend geäußert und denselben versichert, daß er, der Kaiser, die schwersten inneren Kämpfe durchzumachen gehabt habe, bevor er zu dem Entschluß gekommen sei, das Verhältnis zu lösen. Bei allen Vorträgen sei der Fürst von einer Erregtheit und Heftigkeit geworden [so], von der sich niemand einen Begriff machen könne. Er, der Kaiser, sei gewiß nicht undankbar, aber weder er noch vor allem Fürst Bismarck hätten den Zustand länger ausgehalten. Es sei darum besser, wie es gekommen sei. Der Fürst müsse dem Reiche erhalten bleiben, um bei schwierigen äußeren Verwicklungen auf seinen Rat zurückgreifen zu können.

Gestern hat der Reichskanzler noch die Staatsminister bei sich zu Tisch versammelt. Das Diner hat unter dem Eindruck gelitten, den das absichtlich eisige Benehmen des Wirtes gegenüber Herrn von Boetticher auf die übrigen Gäste machte.

Die Aufgabe, welcher General Caprivi entgegengeht, ist unter den gegebenen Verhältnissen keine leichte. Die Hauptschwierigkeit wird er in seinen Beziehungen zum Kaiser finden. Die

Augenblick nicht ganz bedenkenfrei schien, so kam ich mit Herrn v. Boetticher überein, der Adresse einen mehr privaten Charakter in Form und Inhalt zu geben. Es fehlt die Unterschrift „Der Bundesrat" und es ist nicht eigentlich die Körperschaft als solche, sondern die unterzeichneten Bevollmächtigten, welche zu dem scheidenden Vorsitzenden sprechen." Die Antwort Bismarcks („An den Bundesrat") vom 24. März gedruckt bei Eppstein S. 205 f. Lerchenfeld legte sie unterm 27. März gleichfalls seiner Regierung vor. — [1]) Vgl. hiezu die ganz abweichende Darstellung im 3. Bd. der Geb. u. Erinner. S. 114 f.; auch Schüßler S. 229 f.

Digitized by Google

Tendenz des Hohen Herrn, bei seiner besonders raschen Auffassung wechselnde Eindrücke in sich aufzunehmen, plötzliche Beschlüsse zu fassen und alle Schranken der Ressorts zu überspringen, hat in letzter Zeit noch immer zugenommen. Es kommt dazu, daß der Kaiser sich an keine Zeiteinteilung hält, daß daher wichtige Vorträge verschoben werden, wichtige Aktenstücke liegen bleiben und somit der Geschäftsbetrieb an Allerhöchster Stelle ein stoßweiser, unregelmäßiger ist. In allem diesem eine Besserung herbeizuführen, wird auch einem so bedeutenden und tatkräftigen Mann wie dem neuen Reichskanzler schwer fallen. Vor allem aber wird er seinem Herrn den Glauben benehmen müssen, daß er als Kaiser auch sein eigener Reichskanzler sein kann. Ob dies gelingt, ist fraglich. Im entgegengesetzten Falle würde aber dann Graf Caprivi nicht lange Reichskanzler bleiben, denn er gilt nicht für eine Natur, welche sich gegen bessere Überzeugung einem fremden Willen unterwirft."

Am 24. März berichtet Lerchenfeld über seine erste amtliche Besprechung mit Caprivi (dies ist der einzige der hier vorliegenden Berichte, der unmittelbar an den Prinzregenten stilisiert ist.)

„Nr. 139. Berlin, den 24. März 1890.

Soeben hat mir der Reichskanzler General Caprivi, nachdem er mich und meine Kollegen schon bei dem gestrigen Ordensfeste begrüßt hatte, den ersten Besuch gemacht.

Er wiederholte mir heute, was er mir schon gestern gesagt hatte, daß er nur sehr wider Willen und nur aus militärischem Gehorsam die Stellung übernommen habe und sprach die Hoffnung aus, daß der Bundesrat ihm sein Vertrauen entgegenbringen werde.

Ich benützte diese erste Unterredung sogleich, um den Reichskanzler um die Ermächtigung zu bitten, mich in allen Fällen, welche mir wichtig erschienen, vertrauensvoll an ihn direkt zu wenden. Wenn das Verhältnis, fuhr ich fort, im Bundesrat zwischen den Bundesstaaten ein so erfreuliches gewesen sei, so gebühre ein großes Verdienst dem Fürsten Bismarck, welcher für die Interessen und Wünsche der einzelnen Staaten stets Verständnis und Herz gehabt und in vielen Gelegenheiten nach der Erwägung gehandelt habe, es sei weit wichtiger, daß Bayern befriedigt sei, als daß diese oder jene Maßregel getroffen oder dieser oder jener Paragraph gerade so oder so gefaßt werde. Nach meinen Erfahrungen bilde den größten Feind des föderalistischen Prinzips, auf welchem das Reich beruhe, der Ressortbürokratismus, der seiner Natur nach doktrinär sei und unifizierend wirke. Gegen diesen müsse der Appell an den Reichskanzler frei sein, welcher über den Ressorts stehe und die Fragen vom höheren politischen Standpunkte beurteilen könne.

Der Reichskanzler erwiderte mir, daß er mir nur empfehlen könne, mich stets vertrauensvoll an ihn zu wenden. Er sei entschlossen, in den Beziehungen zu den Bundesstaaten sich an das Beispiel seines Vorgängers zu halten. Nach seiner Überzeugung beruhe die Größe und Kraft Deutschlands auf dem festen Zusammenhalten der Bundesfürsten. Die anderen Grundlagen, welche man geschaffen habe, hätten sich insgesamt als hinfällig erwiesen. Soweit es an ihm sei, werde alles geschehen, um das innige Verhältnis der Regierungen zu pflegen."

Ich hebe aus diesem Bericht die prophetischen Worte über den unifizierenden Ressortbürokratismus als den größten Feind des föderalistischen Prinzipes hervor.

Am 26. März heißt es, daß der Kaiser sich nach verschiedenen persönlichen Besprechungen mit Herbert entschlossen habe, dessen Entlassungsgesuch anzunehmen. Caprivi selbst sei nach genauerer Einsicht in die hiesigen Verhältnisse von seinem ursprünglichen Verlangen, Herbert an seiner Seite zu behalten, zurückgekommen. Auch habe Schweninger dem Kaiser bestätigt, daß der Graf in der Tat leidend sei und einer längeren Ruhe bedürfe [1]). Alvensleben sei schon gestern abend in Berlin erwartet worden, an seiner Ernennung sei kaum mehr zu zweifeln, so ungern er den schwierigen Posten übernehmen würde.

„Die Frage, ob Fürst Bismarck sich vom Kaiser verabschieden werde oder nicht, ist tatsächlich in bejahendem Sinn entschieden. Der Fürst ist in das Schloß gefahren und wurde auf dem Rückweg Gegenstand einer überraschenden herzlichen Ovation der Bevölkerung. Überhaupt fängt seit 2 Tagen Berlin an, sichtbar von dem Rücktritt des Fürsten Notiz zu nehmen.

[1]) Unterm 27. berichtet Lerchenfeld, daß Herbert wenigstens scheinbar in voller Gunst vom Kaiser scheide. Dieser habe ihm selbst die Kette der Großkomture des Hohenzollernordens umgehängt.

Digitized by Google

Während bis dahin die Wilhelmstraße ihr gewöhnliches Ansehen gezeigt hatte, umstehen seit gestern den ganzen Tag über zahlreiche Gruppen das Kanzlerpalais, die Ein- und Ausfahrten beobachtend." Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung habe die Aufnahme weiterer Aufklärungen über die Gründe des Kanzlerwechsels verweigert. Der Erfolg der Krisenartikel sei nur der gewesen, „daß die fortschrittliche Presse, voran das ‚Berliner Tageblatt' daran Anlaß nahmen, den zurücktretenden Staatsmann mit Schmutz zu bewerfen."

Am 27. März erfolgte die erste Vorstellung Caprivis im Bundesrat:

„Nr. 151. Berlin, den 27. März 1890.

Der Reichskanzler von Caprivi hat sich in der heutigen Bundesrats-Plenarsitzung dem Bundesrate vorgestellt.

Nach der Begrüßung richtete er ungefähr folgende Worte an die Versammlung: „Ich bin gekommen, um mich den geehrten Herren vorzustellen. Die Schwierigkeiten meiner Stellung empfinde ich tief und erkenne ich klar. Wohin sich mein an so große Verhältnisse nicht gewöhntes Auge richtet, sehe ich überall die Zukunft unklar, zweifelhaft und dunkel. Einer der wenigen hellen Punkte in diesem Bilde ist das Verhältnis des Reichskanzlers zum Bundesrate. Das Deutsche Reich, zu welchem eine demokratische Bewegung die erste Anregung gegeben, hat sich verhältnismäßig günstig konsolidiert und hat, wenn auch begleitet von der Teilnahme breiter Massen, seinen Hauptstützpunkt in der bundestreuen Gesinnung der deutschen Regierungen gefunden.

Die große Gefahr, die uns droht, ist die sozialdemokratische Agitation, aber auch diese dunkle Wolke zeigt einen lichten Saum. Die Bundesregierungen in ihrer Vereinigung im Reiche sind heute ungleich mehr in der Lage als im Jahre 1848 die Einzelstaaten, revolutionäre Strömungen in geeignete Bahnen zu leiten und in den Schranken zu halten.

Die gewaltige Gestalt des Fürsten Bismarck kann nicht durch eine einzelne Person ersetzt werden, um so mehr ist es die Aufgabe der Bundesregierungen und ihrer Vertreter, fest zusammenzustehen und mit vereinten Kräften den kolossalen Verlust auszugleichen und die große Lücke auszufüllen.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, die intimen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, zwischen Preußen und den übrigen Bundesstaaten durchaus einträchtig zu erhalten. Ich bin überzeugt, daß die gleiche Gesinnung von den hohen Bundesregierungen gehegt wird.

In diesem Sinne bitte ich um die Mitwirkung und Hilfe aller einzelnen Mitglieder des Bundesrats bei der Erfüllung unserer gemeinsamen Aufgabe."

Ich nahm hierauf im Namen der Versammlung das Wort, um den nunmehrigen Vorsitzenden in unserer Mitte ehrerbietig zu bewillkommnen. Ich dankte ihm für das Vertrauen, welches er der Versammlung entgegenbringe und versicherte ihn, daß er jederzeit auf unsere Unterstützung rechnen könne und daß wir freudig unter seiner Leitung für das Wohl des Reiches zu wirken bestrebt sein würden. Ich fügte hinzu, daß wir nicht verfehlen würden, die eben gehörten Worte des Vorsitzenden zur Kenntnis unserer hohen Regierungen zu bringen. Ich könne aber jetzt schon für meine Regierung die Versicherung geben, daß die Äußerungen des Vorsitzenden, welche den föderalistischen Charakter des Reichs so treffend zum Ausdruck gebracht hätten, von meiner Regierung mit besonderer Genugtuung vernommen werden würden, und ich sei überzeugt, daß wohl sämtliche hohen Bundesregierungen die gleichen Empfindungen hegen.

Der Reichskanzler übertrug dann, wie er sich ausdrückte, in Rücksicht auf andere unaufschiebbare Geschäfte, den Vorsitz Herrn von Boetticher und verließ die Versammlung."

Unterm selben Tag berichtete Lerchenfeld, daß Herbert seine Entlassung am 26. abends in aller Form erhalten habe; da Alvensleben wider Erwarten abgelehnt, sei für den Augenblick eine Vakatur eingetreten. Weder der gegenwärtige Unterstaatssekretär Berchem, noch Graf Radowitz, noch Graf Hatzfeldt kämen ernsthaft in Betracht. Die Wahl werde deshalb vermutlich auf eine Persönlichkeit außerhalb des Reichsdienstes fallen, nämlich den hiesigen badischen Gesandten Freiherrn von Marschall [1]). Dieser sei durch die Kanzlerkrisis zu großem Einfluß

[1]) Die Meldung von der Ernennung Marschalls erfolgte durch Telegramm vom 28., 4 Uhr nachmittags, und Bericht vom gleichen Tag. Marschall erzählte Lerchenfeld, daß er schon vor einer Woche gefragt worden sei, ob er bereit wäre, das Auswärtige Amt zu übernehmen. Er

Digitized by Google

gelangt. Durch den Großherzog von Baden sei er in nahe persönliche Beziehungen zum Kaiser gekommen, der ihn in jüngster Zeit wiederholt zu Rat gezogen habe. Während der Krise habe er die Auffassung vertreten, daß der Kaiser sich nicht von Bismarck trennen solle; in allen praktischen Differenzpunkten aber (Arbeiterschutz, Sozialistengesetz) sei er von Anfang an auf seiten des Kaisers gestanden und habe demzufolge „im Verein mit seinem Landesherrn, vielleicht ohne es zu wollen, beigetragen, die Krisis zu befördern, jedenfalls zu beschleunigen". Ihm dabei ehrgeizige Motive vorzuwerfen, wie dies von der Familie Bismarck geschehe, halte er für ungerecht; Marschall sei ein durchaus loyaler Mann. Seine Befähigung als Leiter der großen Politik werde er allerdings erst zu beweisen haben. „Seine sehr bedeutenden Anlagen, seine große Arbeitskraft und das Vertrauen, welches er einzuflößen versteht, berechtigen aber zur Hoffnung, daß er die Stelle in jeder Beziehung ausfüllen wird." Er sei sehr beliebt bei den maßgebenden Räten des Auswärtigen Amtes, seine intimen Beziehungen zu Boetticher und anderen Mitgliedern des Staatsministeriums und den Chefs der Reichsämter würden ihm den künftigen schwierigen Verkehr mit den anderen Ressorts erleichtern.

„Die letzte Zusammenkunft des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck soll weniger dramatisch verlaufen sein, als man befürchtet hatte. Der Fürst ist überhaupt in den letzten Tagen ruhiger geworden; nur mit dem Gedanken kann er sich nicht abfinden, daß die Welt seinen Rücktritt als freiwillig und infolge seines Kräftenachlasses erfolgt betrachten könnte. Aus diesem Grunde hat ihn das bekannte kaiserliche Telegramm an eine Persönlichkeit in Weimar (Graf Goertz oder Graf Eulenburg?) besonders verletzt.

Ich habe gestern im kleinen Kreise beim Fürsten gegessen. Er sprach in der bekannten offenen Art über die letzten Ereignisse und versicherte immer wieder, daß er durchaus nicht habe zurücktreten wollen, sondern vom Kaiser weggeschickt worden sei. Er fühle sich so gesund wie seit zehn Jahren nicht und habe sich darauf gefreut, dem Reichstag entgegenzutreten.

Was mich in den Äußerungen des Fürsten besonders peinlich berührte, war der Pessimismus, mit welchem er von der Zukunft sprach. Es ist allerdings auf einen gewissen Grad begreiflich, daß sich in den langen Jahren absoluter Macht in dem Kopfe des großen Mannes seine Schöpfung mit der eigenen Person identifiziert hat. Aber daß er selbst und noch mehr sein Sohn sich das Reich ohne Bismarck gar nicht vorstellen können, wirkt doch befremdend. Dabei denkt der Fürst sehr hoch von seinem Nachfolger, aber er nimmt die Möglichkeit gar nicht an, daß dieser besser als er selbst Einfluß auf den Kaiser gewinnen könnte. Zu Sr. Majestät ist jede Spur von Vertrauen bei dem Fürsten geschwunden. Er betrachtet ihn als den sicheren Verderber des Reichs."

Dies waren die letzten Worte, die Lerchenfeld in Berlin von Bismarck hörte.

Am 29. März faßt Lerchenfeld selbst noch einmal seine gesamte Auffassung über die Krise zusammen:

„Nr. 162. Berlin, den 29. März 1890.

Nach dem Abschluß der Kanzlerkrisis will ich mir gestatten, einige kurze Rückblicke auf die Vergangenheit zu werfen.

Die ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und seinem ersten Ratgeber sind auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, speziell über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland entstanden. Hier sind nach meiner festen Überzeugung einzelne Personen von der Schuld nicht freizusprechen, dem Kaiser übertriebene Nachrichten über russische Rüstungen bloß zu dem Zweck hinterbracht zu haben, Se. Majestät mißtrauisch gegen den Leiter der auswärtigen Politik zu machen. Diese Differenzen wurden jedoch immer bald wieder ausgeglichen. Als Kaiser Alexander nach Berlin kam, war Kaiser Wilhelm II. fest entschlossen, seinen Gast kühl zu behandeln. Es vergingen aber nicht 48 Stunden, so hatte der Reichskanzler mit unvergleichlichem Geschick die Monarchen einander näher gebracht, so daß sie in Freundschaft voneinander schieden.

Ernster und folgenschwerer waren die Meinungsverschiedenheiten, welche zuerst bei dem

hätte Bedenken geltend gemacht, daß er kein Preuße sei, sich bisher mit auswärtiger Politik wenig beschäftigt habe, und habe deshalb auch seinerseits zunächst Alvensleben empfohlen. — Die Wahl mache hier allgemein guten Eindruck, auch im diplomatischen Corps. Nur Bismarck und sein Sohn teilten diese Befriedigung nicht. (Bericht vom 2. April).

Digitized by Google

Ausbruch der Streikbewegung am Rhein, Westfalen und Schlesien über die Behandlung der Arbeiterfrage entstanden sind. Es trat schon damals der Gegensatz in dem Naturell der beiden maßgebenden Personen zutage. Während Fürst Bismarck sich in seiner ganzen politischen Laufbahn nie um den Eindruck seiner Handlungen auf die öffentliche Meinung gekümmert hat, zeigte sich beim Kaiser das Bedürfnis nach äußerem Erfolg. Er wollte als Retter der Gesellschaft auftreten und anerkannt werden. Die Beschäftigung mit diesen Streikbewegungen zeitigte nach und nach im Kaiser ein großes Interesse für die Arbeiterfragen im allgemeinen und den Glauben, daß er berufen sei, die soziale Reform auf dem gesetzlichen Wege durchzuführen. Dabei konnte sich Se. Majestät mit Recht darauf berufen, daß der Reichskanzler selbst durch die Versicherungsgesetze die Politik des Reiches in diese Bahnen gelenkt habe.

Aber inzwischen war der greise Staatsmann an seinem eigenen Werke bedenklich geworden und entschlossen, wenn auch nicht rückwärts, keineswegs mehr vorwärts auf diesem Wege zu gehen. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß mit weiteren Konzessionen nur die Begehrlichkeit der Arbeiter vermehrt würde und daß der drohenden sozialen Revolution je früher desto besser mit Waffengewalt begegnet werden müsse. Aus dieser Auffassung entwickelte sich das politische Programm, welches Fürst Bismarck nach den Reichstagswahlen dem Kaiser empfohlen hat. Es lautete in Kürze: Vorlage eines weitgehenden Militärgesetzes und eines verschärften Sozialistengesetzes, eventuell Auflösung des Reichstags und Oktroierung eines neuen, auf einer Versammlung der deutschen Fürsten vereinbarten Wahlgesetzes [1]).

Bei Sr. Majestät dem Kaiser war hingegen unter dem Einfluß der Regierung fernstehender Personen die Idee von seiner sozialen Mission immer gewachsen. Er verlangte innere Reformen, internationale Abmachungen. Die pessimistische Politik des Fürsten Bismarck lehnte er entschieden ab, entschlossen, zunächst zu versuchen, ob nicht im Wege der Reform eine Heilung der sozialen Schäden zu erreichen sei. Sowohl bei Sr. Majestät dem Könige von Sachsen als bei Sr. Kgl. Hoheit dem Großherzog von Baden fand der Kaiser Verständnis für seine Politik.

Eurer Exzellenz ist bekannt, wie diese Meinungsdifferenz über die innere Politik sich nach und nach zuspitzte. Aber sie war von vornherein mehr die äußere Veranlassung, als der innere Grund des Streites zwischen Kaiser und Kanzler, und sie trat auch gegen das Ende so sehr in den Hintergrund, daß sich schließlich die Krisis deutlich als das zeigte, was sie wohl von Anfang an war: ein Kampf um die Macht.

Se. Majestät der Kaiser hat trotz mancher Verschiedenheiten doch viel von dem Charakter seiner Mutter geerbt. Rasch und dabei wechselnd in seinen Entschlüssen, voll Tatenlust und Selbstgefühl hat er sich niemals gern einem fremden Willen gebeugt. Man hatte erwartet, daß der Ernst der Regierungsgeschäfte seine jugendliche Energie und Unruhe zügeln und seinem Denken und Handeln Stetigkeit geben würde. Diese Erwartung hat sich aber bisher leider nicht erfüllt, im Gegenteil scheint der Besitz der Macht jene Eigenschaften noch zu steigern.

Wenn für die Entwicklung des Prinzen Wilhelm und des nachmaligen Kaisers ein Einfluß von Bedeutung war, so ist es der des früheren Reichskanzlers und dessen ältesten Sohnes gewesen. Beide haben den damaligen jungen Prinzen gegen den Willen seiner Eltern an sich gezogen und in die Politik eingeführt. Nach ihrem Gedanken sollte der von Begeisterung für seinen Großvater und von dessen Regierungsmaximen erfüllte Enkel unter der Herrschaft des Kaisers Friedrich eine Stütze der kanzlerischen Politik werden. Der Reichskanzler war damals das Ideal des Prinzen. Letzterer bewunderte ihn in seiner Größe und seinen Fehlern, und es ist daher nicht zu verwundern, wenn der junge Herr manche Eigenschaften von seinem Lehrmeister annahm, die sich jetzt gegen diesen selbst richteten.

Als dann später der Reichskanzler berufen war, die ersten Schritte des Monarchen zu lenken, hat er nicht verstanden, erziehend zu wirken. Er brachte mit Absicht seinem kaiserlichen Herrn eine Devotion entgegen, die dessen ohnedies entwickeltes Selbstgefühl allzusehr steigern mußte. Er war es, der dem Kaiser immer wieder sagte, daß er, der Kaiser, einst sein eigener Reichskanzler sein müsse, ohne an die Möglichkeit zu denken, daß Se. Majestät die Nutzan-

[1]) Dies ist auffälligerweise die einzige Stelle in den mir vorliegenden Berichten, an der Lerchenfeld von diesem sog. „Staatsstreichplan" Bismarcks spricht.

Digitized by Google

wendung früher ziehen könnte. Auch ließ er dem Kaiser gleich anfangs in vielen Dingen zu freie Hand und vermied es ängstlich, ihm zu widersprechen, überzeugt, daß in wichtigen Dingen sein eigenes Wort schließlich doch den Ausschlag geben müsse. Endlich — und dieser Punkt hat sich als besonders nachteilig erwiesen — ließ er den Kaiser viel zu oft und zu lang ohne Ratgeber. In den Augen des Reichskanzlers und daher auch in denen des Kaisers waren die übrigen Minister nichts als Unterstaatssekretäre. Er selbst aber war meist abwesend und glaubte, durch seinen Sohn die Fäden halten zu können. Letzteres hat sich als Täuschung erwiesen. Graf Bismarck besaß keinen eigenen Einfluß auf den Kaiser und hat, wie es scheint, versäumt, den Reichskanzler rechtzeitig über die Entwicklung der Dinge zu informieren.

So kam es, daß der Kaiser immer selbständiger wurde, immer mehr den Glauben gewann, alles allein entscheiden zu können, und im gleichen Maße die Fesseln unwilliger ertrug, die ein Ratgeber von der Bedeutung des Reichskanzlers ihm auferlegte.

Dennoch würde die Krisis, dessen bin ich überzeugt, wenigstens jetzt noch nicht eingetreten sein, wenn Fürst Bismarck nach dem Beginn der Mißhelligkeiten konsequenter und ruhiger vorgegangen wäre. Er hat aber, wie stets, wenn er auf Widerstand stieß, die Verteidigung angriffsweise geführt und damit den Kaiser aufs tiefste verletzt. Se. Majestät mußte unter dem Eindruck sein, daß sein erster Minister ihm zwar ostensibel nachgebe, daß aber jeder Schritt desselben zu dem Zwecke unternommen werde, die Absichten des Kaisers zu vereiteln, ihn zu isolieren und schließlich matt zu setzen. Daß der Kaiser diesen Zustand nicht länger ertragen konnte, ist erklärlich, aber unerklärlich bleibt, daß Se. Majestät so leichthin den Streit mit einem Manne begonnen hat, in dessen Natur für Nachgeben nie Raum gewesen ist, dessen Erhaltung im Amt aber von unschätzbarem Werte für das Deutsche Reich und die eigene Größe des Kaisers gewesen wäre.

Gestern hat Berlin von dem Fürsten Bismarck Abschied genommen. Die Ovationen der Bevölkerung begannen am Palais des Reichskanzlers und setzten sich bis zum Lehrter Bahnhof fort. Dort war alles versammelt, was die Hauptstadt an Personen von Rang und Stellung besitzt. Auch der Kaiser hatte durch Kommandierung einer Ehreneskadron und durch Übersendung von Blumen den Scheidenden geehrt. Kein Auge blieb beim Abschied trocken, aber in die Trauer mischte sich eine Begeisterung, wie ich sie hier nie gesehen habe."

Es ist charakteristisch, daß die nächsten Berichte, in denen die Krisis allmählich verklingt, sich insbesondere noch mit der Person des Kaisers beschäftigen. Jedermann hier stelle sich jetzt die Frage, heißt es am 30. März, ob es Caprivi gelingen werde, den notwendigen Einfluß auf den Kaiser zu gewinnen, um diesen von zu selbständigem unüberlegtem Handeln abzuhalten und die kaiserliche Politik in ruhigere Bahnen zu lenken. Die Absicht Caprivis sei, nach außen und innen eine klare und einfache Politik zu verfolgen. Im Innern werde man zunächst wohl alle schwierigen Dinge vertagen; so habe man aus der Militärvorlage alle weitausschauenden Teile entfernt, so daß sie lediglich noch die Vermehrung der Artillerie und anderer technischen Waffen zum Gegenstand haben werde. In der äußeren Politik sei nach der übereinstimmenden Anschauung Caprivis und Marschalls an dem Ziele nichts zu ändern; in der Ausführung aber werde sich Deutschland künftig größere Zurückhaltung auferlegen müssen. „Fürst Bismarck hat tatsächlich die Politik aller Staaten geleitet. Stark durch die Furcht und das Vertrauen, welches er gleichzeitig einflößte, konnte er sich Probleme stellen, an welchen jeder Nachfolger scheitern würde." Der Dreibund werde ohne Zweifel auch die Grundlage der künftigen Politik Deutschlands sein. Ebenso werde man nach dem Vorbild Bismarcks möglichst freundliche Beziehungen zu Rußland zu unterhalten suchen. Caprivi selbst genieße das allgemeine Vertrauen. An Boetticher und Marschall werde er gute Stützen finden. Er „ist, wie er mir selbst gesagt hat, entschlossen, zunächst unter Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten Sr. Majestät, vorsichtig und unter Umständen nachgiebig vorzugehen, so wenig letzteres auch seinem eigenen Naturell entspricht". Es werde sich bald zeigen, ob der Kaiser gewillt sei, rein sachlich vorgebrachten Vorstellungen mehr nachzugeben als den leidenschaftlichen Mahnungen und Drohungen des Fürsten Bismarck und ob der häufigere Verkehr mit seinen berufenen Ratgebern anderweitige, unberufene Einflüsse abzuhalten vermöge.

„Vielfach wird mir versichert, daß der Kaiser triftigen Gründen gegenüber nachzugeben weiß, und dies berechtigt zu guten Hoffnungen für die Amtsführung des neuen Reichskanzlers.

Digitized by Google

Ob aber nach scheinbar endgültiger Verständigung Se. Majestät bei seiner großen Impressionabilität nicht plötzlich wieder, eigenen oder fremden Gedanken folgend, von der Richtung abspringt, wird zunächst noch abzuwarten sein. Jedenfalls dürfte der Reichskanzler und die Minister unter folgenden zwei Eigenschaften des Hohen Herrn zu leiden haben. Einmal, daß Se. Majestät keine Grenze der Hierarchie und der Ressorts kennt, sondern, wenn es ihm gefällt, irgend einen Rat aus einem Amt rufen läßt und ohne Wissen von dessen Chef die wichtigsten Dinge mit ihm bespricht und demselben Aufträge gibt[1]) — selbst fremde Diplomaten sind hievon nicht ausgeschlossen —, ferner daß die Tageseinteilung Sr. Majestät, der stets zu viel und zu vielerlei unternimmt, den Dienst wesentlich erschwert. Unter Kaiser Wilhelm I. hatte jeder Minister seine bestimmten Vortragstage und die schriftlichen Vorlagen erledigte Se. Majestät selbst mit der größten Pünktlichkeit. Jetzt gibt es hiefür keine Regel, die Vorträge sind seltener und finden zu den unwahrscheinlichsten Stunden statt, und die schriftlichen Vorträge werden mit Adjutanten hin und her besorgt und bleiben oft lange Zeit unerledigt."

Die Verheißungen und Versprechungen, daß Bismarcks unentbehrlicher Rat dem Reiche erhalten bleiben sollte, erwiesen sich alsbald als das, was sie waren: Bewußte Heuchelei. Bei der Reichstagseröffnung am 6. Mai wurde der bereits vorbereitete Teil der Thronrede, der „die Verdienste des großen Staatsmannes anerkannte", wegen einiger Artikel der „Hamburger Nachrichten", die man Bismarck zuschrieb, im letzten Augenblick gestrichen, die Worte, mit denen Caprivi seines Vorgängers gedenken sollte, um damit den Parteiführern Gelegenheit zu geben, ihrerseits „die Gefühle dankbarer Verehrung" gegenüber Bismarck namens des Reichstags auszusprechen, im letzten Augenblick weggelassen. Man „wollte und konnte", so motivierte Caprivi selbst dies Vorgehen, „nicht die Gefahr laufen, daß der Ausdruck des kaiserlichen Bedauerns über den Verlust des großen Mannes von diesem in der Presse als Heuchelei erklärt würde und ebensowenig durfte man eine nationale Ehrung in dem Augenblick in Szene setzen, wo die Politik des Kaisers von dem zu Ehrenden angegriffen und einer der ersten Beamten des Reiches (Herr v. Boetticher) in so rücksichtsloser und ungerechter Weise von ihm beleidigt sei". (Bericht vom 7. Mai.)

Schon in den nächsten Wochen ließ sich die Regierung auf den traurigen Kampf gegen Bismarck ein, der sich bis zum Uriasbrief von 1892 steigerte.

Nachwort.

Es sei erlaubt, einige Bemerkungen anzufügen, nicht über den Inhalt der vorstehenden Gesandtschaftsberichte, welche zunächst für sich selber sprechen mögen, noch über die darin berührten Einzelfragen, sondern einige allgemeinere Gedanken, die beim Rückblick auf die Entlassung Bismarcks heute in uns wachgerufen werden.

Wenn man den Zeitraum von 1862, d. h. dem Jahr, in welchem Bismarck als leitender Staatsmann sein Werk für das neue Deutsche Kaiserreich begann, bis 1918, d. h. dem Jahr, in welchem dieses Kaiserreich in Niederlage und Revolution verschwand, als eine zusammenhängende geschichtliche Einheit betrachtet, so liegt der Sturz Bismarcks fast arithmetisch genau in seiner Mitte. Achtundzwanzig Jahre, ein knappes Menschenalter, rückwärts spannt sich der Bogen des Aufstiegs, genau wieder achtundzwanzig Jahre, ein knappes Menschenalter, vorwärts die Bahn zum Untergang. Die beherrschende Gestalt in der einen Hälfte ist Bismarck, in der andern Wilhelm II.; ihr persönlicher Zusammenstoß 1890 bezeichnet den Wendepunkt, führte den Wandel herbei.

Das System Wilhelms II., das sich 1890 durchsetzte, hat nach außen wie im Innern mit Katastrophen geendigt. Es ist in sich selbst zusammengebrochen in einem Einsturz, der zu den furchtbarsten in dem an furchtbaren Schicksalsschlägen reichen Leben unseres Volkes gehört. Dies können heute auch seine Freunde und Anhänger nicht mehr bestreiten; es ist durch die Geschichte erwiesen. Fast dreißig Jahre lang hat es sich unbehindert mit all seinen Kräften ausgewirkt, und der Erfolg liegt vor Augen. Die einzige Möglichkeit seiner Verteidigung ist die, daß das Bismarckische Reich, wie Wilhelm II. es übernahm, von Anfang an nicht

[1]) Vgl. Bismarcks Äußerungen zum Vertreter der Köln. Zeitung, Justizrat Fischer: Köln. Zeitg. vom 15. Januar 1921 Nr. 36.

Digitized by Google

lebensfähig war, daß es den Keim des Verderbens schon damals in sich getragen habe; daß es auch ohne Wilhelm II. hätte zugrundegehen müssen; ja daß Bismarck selbst es nicht hätte retten können. Dieser Beweis wird schwer zu führen sein. Denn was wir in der Vergangenheit tatsächlich sehen, ist dies: Solange Bismarck es führte, wuchs das Reich an Stärke und Kraft; solange er selbst seine Geschicke lenkte, gab es keine Schwierigkeit, die er nicht überwand; nie ist eine Lage über ihn gekommen, die stärker war als er. Wenn man sagt, daß er bei weiterem Leben sein Spiel nicht mehr hätte durchführen können, weil niemand heute sagen kann, wie er es ermöglicht hätte, so ist zu erwidern, daß er nicht Bismarck gewesen wäre, wenn ein anderer auch sagen könnte, was er getan hätte. Seine Lösungen waren immer die, die kein andrer gesehen hatte, kein andrer durchführen konnte. Wenn man sagt, daß sein Reich dann eben so aufgebaut war, daß es ohne ihn nicht bestehen konnte, so ist zu erwidern, daß es ohne ihn auch niemals zustande gekommen wäre. Die Deutschen wären dann jetzt einfach wieder auf den Punkt zurückgekehrt, wo sie vor ihm auch waren. Vor der Geschichte wird es dabei bleiben, daß er der Erbauer des neuen Deutschen Kaiserreiches ist und Wilhelm II. sein Verderber. In diesem Licht wird auch der persönliche Zusammenstoß zwischen beiden Männern erscheinen, dem der Gründer des Reiches zum Opfer fiel.

Zu uns allen spricht heute über diese Dinge mit unmittelbarer Kraft der 3. Band seiner „Gedanken und Erinnerungen": die erschütternde Stimme eines Toten aus dem Grabe — des größten deutschen Toten seit Goethe: eine prophetische Warnung vor Folgen, die inzwischen Wirklichkeit geworden sind. Der tote Recke tritt noch einmal in den Streit der Lebenden, und sein Wort schlägt noch immer wie einst durch alle Hüllen der Schlagworte und Verschleierungen an das Herz der Wirklichkeit.

Das Kennzeichnende an diesem 3. Bande ist seine erschreckende Zeitgemäßheit. Sie ist ungleich größer als es seinerzeit die der beiden ersten Bände war, von denen uns, bei all ihrer hinreißenden Größe und Wucht, schon lange vor dem Krieg, das Gefühl eines seltsam weiten zeitlichen Abstandes trennte, einer inneren Fremdheit ihrer und unsrer Welt, die kaum eine ihrer Lehren für uns noch ohne weiteres anwendbar erscheinen ließ. Denn sie handelten vom Zeitalter Bismarcks, dieser Band aber handelt von dem Wilhelms II.

Was ihn von Anfang bis zum Ende erfüllt, ist die Sorge vor diesem Zeitalter, die Angst um sein Reich. Aus der grausam zurückhaltenden Erzählung seiner Entlassung leuchten seherische Blicke auf, von furchtbarer Klarheit über die Gefahren; schonungslos sachlich spricht er sie aus. Er kennt die Schwächen des Kaisers genau, die zur Niederlage und zur Revolution führen werden: die Neigung, „seine Feinde durch Liebenswürdigkeiten zu gewinnen, anstatt seinen Freunden Mut und Vertrauen einzuflößen", „antimonarchische Kräfte in den Dienst der Krone zu stellen", den Glauben, „daß sich die revolutionären Gefahren auf dem Wege der Popularität bekämpfen ließen". Er sieht das Ende Wilhelms II. und warnt ihn davor: „Die festeste Stütze der Monarchie suche ich aber in beiden nicht (d. h. weder im nationalen noch im christlichen Gedanken), sondern in einem Königtum, dessen Träger entschlossen ist, nicht nur in ruhigen Zeiten arbeitsam mitzuarbeiten an den Regierungsgeschäften des Landes, sondern auch in kritischen lieber mit dem Degen in der Faust auf den Stufen des Thrones für sein Recht kämpfend zu fallen, als zu weichen. Einen solchen Herrn läßt kein deutscher Soldat im Stich." Er spricht von der Sozialdemokratie: er habe (1890) den Satz vertreten, „daß die Sozialdemokratie in höherem Grade wie gegenwärtig das Ausland eine Kriegsgefahr für Monarchie und Staat involviere und als innere Kriegs- und Macht-, nicht als Rechtsfrage von staatlicher Seite angesehen werden müsse". Er spricht vom Zentrum, dem gegenüber Wilhelm II. dieselbe „Politik des Entgegenkommens, um nicht zu sagen Nachlaufens" angenommen habe wie gegenüber der Sozialdemokratie: „Es ist zu befürchten, daß auch diese begünstigte Stütze der Monarchie eine weichende sein wird in Momenten, wo man ihrer bedarf." Jedenfalls werde die volle Befriedigung der Bundesgenossen beim Zentrum „sich als ebenso unerreichbar erweisen wie die der Sozialisten, und es wird sich im Falle der Gefahr und Not um analoge Ergebnisse handeln, wie bei dem Verfall des Deutschen Ordens in Preußen den Söldnern gegenüber stattfanden, welche der Orden nicht bezahlen konnte". Hat er nicht Erzberger, die Friedensresolution, Max von Baden gesehen? Bei der mangelnden Neigung unserer Zeit, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, ist zu erwarten, daß man versuchen wird, diese Worte mit dem großen Lob- oder Tadelschor, der sich über den 3. Band erhebt,

Digitized by Google

zu überschreien oder totzuschweigen. Aber sie enthalten seine entscheidenden Sätze, und kein Überschreien oder Verschweigen kann an ihrer Wahrheit etwas ändern. Was heute, nach dem Sturz des Kaiserreichs in Deutschland regiert, sind die Mächte, welche Bismarck als die im Kern unversöhnlichen Gegner seines Staates betrachtete. Sie haben gesiegt. Sie beherrschen heute sein Reich: aber es ist nicht das seinige mehr.

Ungeheuer verstärkt sich für jeden, der die Geschichte dieser Entlassung überdenkt, der Eindruck des Widerspruchs, der zwischen diesem Mann und seiner Zeit klafft. „Er war undemokratisch bis zum Grunde" ‚man erlaube mir, diese früheren Worte wieder aufzunehmen, „im Kern seines Wesens überhaupt kein Mensch des 19. Jahrhunderts, sondern ein Urgestein aus früheren Schichten, das plötzlich im Flugsand auftaucht, eine Gestalt viel mehr aus der Welt Shakespeares als aus der der humanistischen deutschen Dichtung oder gar seiner eigenen Gegenwart." (Geschichtliche Randglossen, Süddeutsche Monatshefte, November 1919.) Keines seiner beiden Hauptwerke, weder die Erhöhung Preußens noch die Errichtung des neuen preußisch-deutschen Kaiserreiches, entsprach der herrschenden Zeitströmung, in Europa oder auch nur in Deutschland. In ständigem Kampf mit ihr hat er sie ihr abgerungen. Immerfort hat sie gearbeitet, sie wieder zu unterwühlen. Es ist ihr nicht gelungen, ihn bei Lebzeiten zu bezwingen, aber auch er hat es nicht vermocht, ihre Gewalt in das Bett seiner Schöpfungen herüberzuleiten. Immer stärker drängte sie seit Ende der siebziger Jahre von neuem gegen ihn an.

Den unmittelbarsten Eindruck dieses Kampfes mit der Zeit geben seine Reden aus dem letzten Jahrzehnt seiner Kanzlerschaft. Täuschen wir uns nicht darüber hinweg, daß das deutsche Volk von 1881—1887, wenigstens soweit es wählend an der Politik teilnahm, einen Reichstag entsandte, der im schärfsten Gegensatz zu Bismarck stand, ihn als bittersten Feind bekämpfte. Im Februar 1890, nach der kurzen Unterbrechung des sog. Kartellreichstags für Bismarck — wieviel Mühe hatte es gekostet, ihn herbeizuführen, ihn zu sichern — entschied das deutsche Volk in den Wahlen abermals im gleichen Sinn gegen ihn. Von 7 Millionen Wählerstimmen wurden 4½ Millionen gegen ihn abgegeben. Eine Tatsache, die für die Entlassung und für die Verantwortung dafür von großer Wichtigkeit ist. Hätte Wilhelm II. einen Mann, hätte er einen Bismarck zu entlassen gewagt, hinter dem die überwältigende, entschlossene Mehrheit des deutschen Volkes gestanden wäre? Die Formen der Entlassung waren autokratische und trugen alle persönlichen traurigen Charaktermerkmale ihres Urhebers. Aber die Entlassung selbst war kein autokratischer Streich gegen den Willen des Volkes. Dieses hat sich in seiner politischen Vertretung nicht nur nicht dagegen erhoben, sondern sie laut oder stillschweigend gebilligt. Der Kaiser hatte, indem er Bismarck entließ, einen nicht geringen Teil seines Volkes, die Mehrheit seiner Volksvertreter hinter sich. „Das System Bismarck fällt", schrieb die Frankfurter Zeitung am 18. März 1890 (Abendblatt, Leitartikel), „es stirbt ab an dem jugendkräftigen Wesen einer neuen Zeit, die sich aus dem Volke heraus offenbart und auch auf der Höhe die Geister beherrscht." „Die Nation ist ruhig; nicht ohne Bewegung, aber ohne Furcht vor der Zukunft sieht das deutsche Volk den gewaltigen Mann aus der Machtfülle scheiden, in der er für die innere Entwicklung seit Jahren ein unüberwindliches Hindernis geworden war... Möge auch von ihm gelten, daß nicht wiederkehrt, was einmal gegangen ist; die Nation wird dann den 18. März 1890 bald zu den Tagen zählen, deren man mit Freuden gedenkt" (Frankfurter Zeitung vom 21. März 1890, Abendblatt, Leitartikel). Ist es nicht der gleiche Ton wie der Wilhelms II.: „Herrlichen Zeiten führe ich Euch entgegen?" Der gleiche wie beim Beginn der Revolution 1918, bei der Annahme des Ultimatums 1921? Und hören wir nicht heute neben allen diesen Verheißungen den stolz verächtlichen Ton des Alten, der zu solchen Worten des Kaisers anmerkt: „Hoffen wir, daß die nächste Generation die Frucht dieses ... Selbstvertrauens ernten wird"? Wir haben sie geerntet.

Seit er den Staat leitete, war er, oft als Einziger, auf der Bresche gestanden für ein deutsches Königtum gegen Parlamentsherrschaft, Mehrheitstyrannei, Demokratie. 1890 trat sein König selbst, aus Eitelkeit, auf die Seite der Gegner, vor denen Bismarck ihn bisher geschützt, gegen die er ihn emporgehoben hatte. Das war es, was der Gründer des preußisch-deutschen Kaisertums vom Januar bis zum März 1890 erlebte.

Digitized by Google

Wochen eines verzweifelten Kampfes, den wir jetzt durch die Fülle der Zeugnisse — Bismarcks und des Kaisers selbst, dann Lucius, Boetticher, Rottenburg, die österreichischen, die bayerischen Gesandtschaftsberichte — fast von Tag zu Tag, manchmal von Stunde zu Stunde verfolgen können. Unerwartet findet er sich zu ihm gezwungen, in ihn verstrickt, Es ist doch so gewesen: bei aller Menschenkenntnis und Menschenverachtung hatte er es nicht glauben können, daß der Kaiser ihn entlassen, daß seine Kollegen ihn verraten würden. Jählings, mit dem Kronrat vom 24. Januar, steht er vor der offenen Gegnerschaft seines Monarchen, vor dem Abfall seiner Amtsgenossen. Noch einmal in dieser Sitzung ringt er mit der Wucht seines Willens und seines Ansehens den vereinigten Widerstand zu Boden. Aber es sind bereits seine letzten Pfeile, die er in diesem ersten Kampf verschossen hat. Schonungslos wie immer übersieht er seine eigene Lage. Schon am Tage darauf sagt er zu einem Vertrauten, sein Verbleiben im Amt sei unmöglich, der Kaiser sei ihm völlig entfremdet, die Stimme andrer Leute habe bei ihm mehr Gewicht als die seinige; im Kronrat habe er sich überzeugt, daß seine Kollegen ihn verlassen hätten. Er lag bei diesen Worten, erzählt Rottenburg, in seinem Schlafrock auf dem Sofa, Tränen in den Augen.

Er hätte nicht Bismarck sein müssen, hätte er nicht trotzdem den Kampf aufgenommen. Nicht nur eine, sei es noch so großartige, Selbstsucht trieb ihn dazu. Nicht nur sein löwenhaftes Herz erlaubte ihm nicht, kampflos den Platz zu räumen: je stärker die Feinde wurden, um so kühner sah er ihnen ins Auge. Er wußte auch, was er für Deutschland bedeutete und welche Gefahren sein Rücktritt für Deutschland mit sich brachte. Es war seine Pflicht zu bleiben und sich nicht von Schwächeren vertreiben zu lassen. Er sah genau die Stelle, an der er am unentbehrlichsten war: in der Leitung der auswärtigen Politik, wo die verhängnisvolle Erneuerung des russischen Vertrages vor der Türe stand. Sein Streben, dessen höchstes Ziel stets die Stärkung der Monarchie gewesen war, mußte sein, wenn möglich ohne offenen Kampf mit dem Kaiser eine Lösung zu finden; aber alle Leidenschaft seines stolzen und dämonischen Herrscherwillens bäumte sich auf gegen das Kleinliche und Niedrige, das ihn nun zu fällen strebte. Er rang darnach, das Wichtigste zu retten, indem er alles Minderwichtige preisgab. Die ganze Findigkeit seines rastlos kombinierenden Geistes erschöpfte sich in Plänen, die dies ermöglichen sollten. Er dachte an Abgabe aller entbehrlichen Beigaben des Kanzleramtes, an Niederlegung aller preußischen Ämter, an ausschließlichen Rückzug auf das Altenteil des auswärtigen Dienstes. Aber was ihm entgegenstand, war die Güte seines eigenen Werkes. Kein Glied ließ sich schadlos aus dem Organismus lösen. Alle Pläne erwiesen sich beim Durchdenken als unmöglich, wenn nicht das Einvernehmen zwischen Monarch und Kanzler gesichert war. Er sah sich um nach Bundesgenossen: Minister, Bundesregierungen, Parteien, Presse. Aber er wußte am besten, daß er selbst die Stellung des Kaisertums so stark und unangreifbar gemacht hatte, daß es für ihn gegen den Kaiser keine Hilfe gab. Wir sehen in den Lerchenfeld'schen Berichten, wie er sie ablehnen muß, wenn sie ihm, schüchtern genug, angeboten wird. Er hätte seine eigene Schöpfung zerstören müssen, wenn er zu solchen Mitteln greifen wollte — und vielleicht wäre sie stärker gewesen als er.

Furchtbare Tage und Wochen! Der Held, der nie in seinem Leben im Entschluß gezweifelt hatte, beginnt zu schwanken, irre zu werden, zu widerrufen. Was er gestern als feste Entscheidung bekannt gab, hebt er heute wieder auf, was er heute dafür ankündigt, wird er morgen wieder fallen lassen. Von der ersten Minute an ist es ein vollkommen hoffnungsloser Kampf, den er kämpft, weil er selbst sich gegenübersteht, und er weiß es. Es ist das größte Zeichen seiner übermenschlichen Kraft, wie das Ringen sich hinauszögert, indem seine Überlegenheit ihm immer wieder Teilerfolge verschafft; aber für das Ganze helfen sie nichts. Erst in den allerletzten Stadien feiert seine diplomatische Meisterschaft noch einen vollen Triumph: die Art und Weise der Entlassung, die er der Ungeduld des Kaisers aufzwingt, setzt Wilhelm II. in jedem Schritt vor der Geschichte ins Unrecht. Aber es ist *sein* Kaisertum, das dadurch geschwächt wird, und die Wiedervergeltung, die furchtbare, die es einst treffen wird, zerschmettert zugleich sein Werk.

Erschütternd ist die Kleinheit und Kleinlichkeit der Welt, mit der er ringt. Wenn man seine Erinnerungen liest, hat man nicht so sehr den Eindruck eines Riesen unter gewöhnlichen Menschen, sondern er erscheint wie der einzige vollständige Mensch inmitten von Zwergen und traurigen Bruchstücken. Kein großer Gegenspieler in der ganzen Handlung; ein tragi-

Digitized by Google

sches Schicksal, das sich in stumpfer Alltäglichkeit abspielt. Es wird immer eine Schande vor der Geschichte bleiben, daß nicht ein einziger bedeutender Deutscher offen für ihn aufgestanden ist, kein Minister, kein Bundesfürst, kein General (auch Moltke nicht), kein leitender Parteiführer, kein großer Volkstribun, kein geistiger Führer des Deutschtums. Die einen kochten eifrig ihre Parteisuppe am allgemeinen Unheil, die andern standen zur Seite und ballten die Faust im Sack. Kein Schrei der Empörung fegt die schmachvollen Lügen und Heucheleien der kaiserlichen Abschiedserlasse beiseite. Alles, was nicht offen zustimmt, nimmt hin, fügt sich, stellt sich geschickt und froh über die eigene Gewandtheit auf den Boden der neuen Tatsachen. In dieser Welt triumphiert Wilhelm II. Und nur einer sieht den Tag der Wiedervergeltung kommen, an dem dieser Kaiser selbst, wie er jetzt, in Not rundum Hilfe und Teilnahme suchen wird: Und niemand von all denen, mit deren Zustimmung er ihn jetzt stürzt, wird dann bei ihm stehen; keiner wird sich für ihn opfern, auch keiner seiner treuesten Anhänger, genau so wie sich keiner für Bismarck geopfert hat: kein Minister, kein Bundesfürst, kein General, kein Parteiführer, kein großer Preßtribun, kein geistiger Führer des Deutschtums. Ein Volk, das seinen Helden kampflos preisgab, wird auch seinen Kaiser kampflos fallen lassen, der kein Held ist.

Weihnachtsrundschau.

Über Goethe wird in Deutschland immer noch unheimlich viel geschrieben. Hier sollen nur ein paar Bücher genannt werden, die wert sind, aus dieser Flut herausgefischt zu werden. Zunächst ein Sonderdruck des „Märchens" mit 10 farbigen Bildern nach Gemälden von Hermann Hendrich und einem Nachwort von Max Hecker (Leipzig, J. J. Weber, gebunden 28 Mark). Sodann eine Ausgabe des „Reineke Fuchs" mit Wiedergabe nach den 57 Radierungen des Allart von Everdingen (gleichfalls Verlag J. J. Weber, in Leinen geb. 33 Mark), mit Einleitung des Leipziger Stadtbibliothekars Johannes Hofmann. Beide Werke Goethes dürfen als sozusagen aktuell bezeichnet werden: wobei das „Märchen" mehr die allgemein politischen Probleme versinnbildlicht, der Reineke hingegen die parlamentarische Welt der neuen Schönheit und Würde aus dem Allzumenschlichen ins Rein-Tierische erhebt.

Wer hätte nicht schon so und so oft die „Bekenntnisse einer schönen Seele" im ‚Wilhelm Meister' überschlagen? Es war daher ein famoser Einfall des jungen und rührigen Verlags Walter Seifert (Stuttgart), gerade von diesen Aufzeichnungen eine hübsch ausgestattete kleine Sonderausgabe zu machen (geb. 12 Mark), und uns Sündern so zu verstehen zu geben, daß man dieses zarte Kapitel nur überschlagen dürfe, um es in die Tasche zu stecken und auf einer stillen Lieblingsbank zu lesen.

Der 8. Band des „Jahrbuchs der Goethegesellschaft" ist im Inselverlag erschienen. Vielleicht entschließt sich der eine oder andere Leser, nachdem er in dessen reichen Inhalt Einsicht genommen, Mitglied zu werden. Es sind soviel illustre Ausländer in der Gesellschaft, daß sich der internationalste Deutsche nicht mehr genieren braucht, diesem Klub beizutreten. Schließlich schadet es nicht, wenn es außer den Deutschen, die in die Weimarer Fürstengruft einzubrechen pflegen, auch noch andere gibt, die die Erinnerung an die daselbst bestatteten Großen pflegen.

Eine Ausgabe des II. Teils des „Faust", die unter jeder Seite die manchen Lesern sehr wünschenswerten Erläuterungen gibt, erschien bei der „Vereinigung Wissenschaftlicher Verleger", und der Erklärer ist Adolf Trendelenburg (geh. 60 Mark). Wer die Ratlosigkeit kennt, mit der manche Leser dem zweiten Teil entgegenstehen, muß froh sein, daß er jetzt auf die Frage nach einem fortlaufenden Kommentar unter dem Text auf eine derart fast übergründliche Ausgabe verweisen kann.

Die Veröffentlichungen über Goethes Verhältnisse zu der Frau sind noch immer ebenso zahlreich wie überflüssig. Besonders beliebt sind nach wie vor Rettungen, beziehungsweise

Digitized by Google

Verunglimpfungen der Frau von Stein, beziehungsweise der Christiane Vulpius; wobei das Prügelmädchen der diese Sorte Literatur kultivierenden Damen mehrstenteils die Vulpius ist, wohingegen die Herren besagtes Frauenzimmer mit einer Nachsicht zu behandeln pflegen, die — na! na! ... wir wissen schon: ce qui se ressemble und so weiter... Soweit man eine Ehe nach dem Briefwechsel der beiden Kontrahenten beurteilen kann, ermöglicht dies das ausgezeichnete Buch von Hans Gerhard Gräf: „Goethes Ehe in seinen Briefen" (Frankfurt, Rütten & Loening, geheftet 60 Mark): 40 Seiten Einleitung, hiergegen fast 500 Seiten Briefe von Ihr und Ihm. Anstatt psychologischen Klatsches authentische Dokumente, womit wohl dem Andenken beider Ehegatten, aber nicht dem Tratschbedürfnis männlicher und weiblicher Blaustrümpfe gedient ist. Zu allem Überflusse hat das (übrigens auch sehr schön ausgestattete) Werk das Motto der Bettina: „Dies Buch ist für die Guten und nicht für die Bösen", womit es von vornherein auf einen größeren Leserkreis verzichtet.

Wenn im Verlage Beck (München) eine Biographie erscheint, so weiß man unbesehen, daß sie gediegen ist. Harry Maync hat ein, oder vielmehr das Buch über Immermann geschrieben (gebunden 60 Mark), einen stattlichen Band von über 600 Seiten. Immermann gehört zu den am ungerechtesten verkannten und vergessenen bedeutenden Köpfen des 19. Jahrhunderts. Maync hat ganz recht: sein Roman „Münchhausen" ist heute noch nicht übertroffen. Es gewährt einen hohen Genuß, die meisterhaften Analysen der Werke Immermanns und die Darstellung seines Lebens nachzulesen. Wie jeder unserer heimlichen Herzöge und Fürsten des Geistes, hat er seine über ganz Deutschland verstreute Gemeinde, deren Gliedern es erfreulich sein wird zu vernehmen, daß das Andenken ihres Mannes derart erneuert worden ist. Schon die Aufnahme der Werke Immermanns in die Reihe der Klassiker des Bibliographischen Instituts bedeutete einen Anfang seines Wiederauflebens. Die Biographie von Maync ist ein weiterer großer Schritt.

Ist es bei Immermann gelungen, wenigstens den Anfang zu machen mit der Wiederaufnahme des heute noch lebensfähigen Teiles seines Werks in den Blutkreislauf der Literatur, so ist Clemens Brentano in noch viel höherem Grade des Näherbringens bedürftig. Der Hüter des Nachlasses dieses genialen Dichters, Lujo Brentano, legt aus seinen Familienschätzen einen kleinen, aber ungemein anziehenden Band vor: „Clemens Brentanos Liebesleben" (mit 8 Bildnissen, Frankfurter Verlagsanstalt, geb. 30 Mark). Das Kostbarste sind wohl die bisher völlig unbekannten Briefe, die Brentano an eine Geliebte seiner Jugend, Gritha Hundhausen geschrieben hat. Außer diesen höchst merkwürdigen Dokumenten sind besonders die von der allgemeinen Ansicht stark abweichenden Andeutungen Lujo Brentanos über seines Oheims Ehe mit Sophie Mereau von Interesse. Allem Anschein nach birgt das Archiv des Neffen noch ganz gewaltige Überraschungen, die nur an den Tag zu kommen brauchen, um den Namen Brentano mit einem Schlage so bekannt zu machen, wie er bisher halbverschollen war.

Wenn von Brentano die Rede ist, klingt unwillkürlich die Gitarre an der Wand, und man denkt ans Volkslied. Darum sei im Vorbeigehen geschwind der reizenden Sammlung deutscher Volkslieder gedacht, die Hermann Hesse unter dem Titel „Der Lindenbaum" ausgewählt hat (Berlin, S. Fischer).

Die „Briefe der Diotima", 19 an der Zahl, sind von Frida Arnold und Carl Viëtor im Inselverlag veröffentlicht worden (16 Mark), worüber die große Gemeinde der Verehrer Hölderlins beglückt sein wird.

Eine neue Biographie Ludwig Anzengrubers erschien bei Cotta. Ihr Verfasser ist Professor Alfred Kleinberg. (Preis geh. 48 Mark.) Diese neue Darstellung geht gegenüber der ersten von Anton Bettelheim mehr ins einzelne und bringt eine Zusammenstellung alles Wissenswerten über den großen österreichischen Dramatiker und Erzähler. Jedes einzelne Stück, jede Erzählung bis herab zur kleinsten Kalendergeschichte wird nach ihrer Bedeutung gewürdigt.

Der Name Anton Bettelheims ist nicht nur mit Anzengruber aufs engste verbunden, sondern vor allem auch mit der Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach, der er ein schönes biographisches Denkmal gesetzt hat (Leipzig, Quelle & Meyer). Der meisterliche Biograph Beaumarchais, Anzengrubers, Rochus von Liliencrons, der Gründer des Biographi-

Digitized by Google

schen Jahrbuchs, hat uns auch hier wieder ein Buch geschenkt, voll Kenntnis und Wärme, wie die große Herzenskennerin selbst, der es gewidmet ist.

Mit Romanen wird der Büchermarkt überschwemmt, das meiste ist gänzlich überflüssig. Es verschönert unser Dasein nicht, es vertieft es nicht, es macht es nicht reicher. Besonders dick habe ich die neue Sorte parfümierter Schundliteratur, die dem Leser jeden Komfort bietet wie ein Großstadthotel, kaltes und warmes Wasser zu jeder Tageszeit, Telephon auf dem Nachtkastl, alle Helden und noch mehr natürlich die Heldinnen in untadeliger Gesellschaftstoilette, Musik zum Nachmittagstee, Musik zum Abendessen, Kellner im Frack (20 Prozent Trinkgeldablösung), Foxtrott, Ehebruch, Ehescheidung und derlei kitschige Begebenheiten mehr. Warum die Leute eigentlich so erhaben tun über Courts-Mahler und Anny Wothe? Das bissel gequälte Psychologie und virtuose Milieuschilderung macht das Kraut noch lang nicht fett. Geschriebenes Kino ist noch ekelhafter als gefilmtes.

Von Paul Heyse hat Erich Petzet eine fünfbändige Auswahl der schönsten Novellen gemacht (Cotta, Halbleinen 125 Mark). Was ist der Grund, daß Heyse, der bei Lebzeiten vielen Leuten veraltet schien, heute künstlerischer wirkt als die meisten Lebenden? Ich glaube, es ist etwas, das dem Musikalischen verwandt ist. Eine Novelle von Heyse ist vor allem gebaut, wie eine Sonate gebaut ist und nicht gespritzt oder getupft oder geknetet. Jede Begebenheit hat ihren spezifischen Stil, in dem vorgetragen sie glaubhaft wirkt, und nicht nur glaubhaft, sondern gemäß. Diese Gemäßheit des Grundstils erfordert Gemäßheit der einzelnen Teile, ein inneres Umschmelzen alles Stofflichen, bis etwas ganz andres, Neues da ist. Abtönung des Landschaftlichen, Abstimmung des Dialogs, Wahl der Tempi, Durchführung des Themas, Kontrapunktik der Gegenthemen, Blutsverwandtschaft der einzelnen Sätze, Engführung, Lösung, Abklang; ich finde nur musikalische Vergleiche. Das alles ist nun in den besten Werken Heyses meisterhaft, und es gewährt einen hohen Genuß, die Reintönigkeit dieser Kunst auf sich wirken zu lassen. Die Vorzüge Heyses sind vielfach auch vermeidender Art: nirgends ein zuviel, oder zu stark, oder zu grell. Heyse, der neben vielem andern auch, wenn es ihm im Scherz beliebte, eine gefährliche Spottdrossel sein konnte, hätte jederzeit schärfere, effektvollere, schmissigere Akzente gehabt. Es ist ihm nie eingefallen, den ihm gemäßen Ton zu verlassen, um etwa bei Keller oder bei Meyer oder bei Storm oder bei den Russen oder den Franzosen sich einen Modeton auszuborgen. Denn gekannt hat der Herausgeber des deutschen und des ausländischen Novellenschatzes so ziemlich alles, und gekonnt hätte er so ziemlich auch alles, von der Immensee-Zartheit bis zum derbsten Naturalismus. Darum ist diese Auswahl von Petzet so verdienstlich, weil sie den Deutschen wieder einmal die Nase auf einen der eminentesten Erzähler des Jahrhunderts stößt. Wäre Heyse ein Franzose gewesen, ich möchte nicht wissen, wieviel Übersetzungen wir von seinen Werken alljährlich serviert bekämen, und in welchem Deutsch! Aber er war nur ein Deutscher, der eine Sprache schrieb, an der wir alle noch auf ein Jahrhundert hinaus zu lernen haben.

Bei Strecker & Schröder, Stuttgart, sind zwei hübsche Sammelbände erschienen. Kleinstadtgeschichten: Novellen von Hermann Kurz, Zschokke, Keller, Isolde Kurz, Max Dürr, Ottomar Enking, Alfred Bock. Der andere heißt: Um Haydn und Mozart; er enthält Novellen von E. T. A. Hoffmann, Riehl, Matthäus Gerster, Perkonig und Mörike. Preis geheftet je 12 Mark.

Auffallend mehren sich die Sammlungen unserer romantischen Erzähler. Novellen der Romantik: 4 von Tieck, 2 von Fouqué, 1 von Brentano, 4 von Arnim (J. J. Weber, geb. 26.50). Romantik-Land: Novellen und Gedichte von Goethe bis Eichendorff, mit 16 Bildern von Cornelius, C. D. Friedrich, Jos. A. Koch, Rethel, Runge, Schinkel und Schwind (Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt, geb. 24 Mark). Die Zusammenstellung von Prosa und Dichtung ist mit Feinheit und Umsicht gemacht. Eine Sammlung: Der lichte Steig, bei Franz Ludwig Habbel, Regensburg, enthält als Einzelbände: Das kalte Herz, von Hauff; Den tollen Invaliden, von Arnim; und den Zwerg Nase, von Hauff.

Wer Hagens Norica schätzt, oder Riehls kulturgeschichtliche Novellen, wer überhaupt Sinn hat für deutsche Vergangenheit, dem wird Hans von Hammersteins Roman „Ritter, Tod und Teufel", ein bewegtes, buntes, frisches Buch, ein paar gute Stunden bereiten (Leipzig, Amelang, gebunden 30 Mark).

Für einen der bedeutendsten unserer lebenden Erzähler halte ich E. G. Kolbenheyer.

Digitized by Google

Seine Werke sind: der Spinoza-Roman Amor Dei; Meister Joachim Pausenwang; Montsalvasch; und der große Paracelsus-Roman, von dem bisher 2 Teile erschienen sind: Die Kindheit des Paracelsus, und, als neuester, Das Gestirn des Paracelsus. (Alles bei Georg Müller, München, verlegt). Wer Raabe schätzt, und zwar die schweren und schwersten Werke von Raabe, der greife nach Kolbenheyer: Nicht, daß er Raabe nachahmte; er ahmt gar niemanden nach. Aber es ist derselbe deutsche Geist, dieselbe Tiefe.

Ein Buch, das jeder Verehrer Wilhelm Raabes besitzen sollte, ist das Raabe-Gedenkbuch (Berlin-Grunewald, Hermann Klemm, in Pappband 25 Mark). Es ist geschmückt mit einer großen Anzahl Bilder, darunter dem bekannten Bildnisse von Hanns Fechner in farbiger Wiedergabe, und enthält kostbare Gedanken und Einfälle von ihm und Gespräche mit ihm. Auch die Aufsätze über ihn sind trefflich geeignet, den Mann und seine Werke näher zu bringen.

An dem Roman „Suso" von Ludwig Diehl hätte der alte Herr seine Freude gehabt. Es ist ja ein Wagnis, aus dem großen mittelalterlichen Mystiker den Helden einer Erzählung zu machen, aber, soweit dies Wagnis in moderner Sprache überhaupt gelingen kann, ist es gelungen. Das Buch hat jetzt schon einen großen Erfolg und scheint eines der beliebtesten Weihnachtsbücher werden zu sollen. (Stuttgart, Strecker & Schröder, geheftet 18 Mark).

Der Roman „Krauskopf" von Hermann Wette erschien zuerst in 3 Bänden, und fand rasch eine Gemeinde. Er ist einer der besten Entwicklungsromane, die wir besitzen. Der Verfasser hat das Werk kurz vor seinem Tode noch in einen Band zusammengedrängt, wodurch es an innerem Reichtum nichts verloren, an Körnigkeit und Fülle noch gewonnen hat. Das Werk ist von Anfang an glänzend besprochen worden und verdient, als richtiges deutsches Heimat- und Volksbuch, einen großen Erfolg. (Verlag Richard Hermes, Hamburg, gebunden 30, geheftet 18 Mark).

Für die Agnes Günther-Gemeinde: die erste (dialogische) Form des Problems ihres wundersamen Romans: „Von der Hexe, die eine Heilige war". Zwei Ausgaben, eine kleine, billige, ohne Bilder, und eine größere mit Scherenschnitten von Tilla Ebhardt, beide im Verlage der Christlichen Welt (Marburg) erschienen.

Von Willy Seidel, der die beiden glänzenden Bücher „Der Garten des Schuchan", und „Der Sang des Sakkhie" (Inselverlag) schrieb, liegt ein neuer Roman vor, der aber nicht im Buchhandel zu haben ist, sondern nur an Mitglieder des „Volksverbands der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag" (Berlin W. 50, Rankestraße 34) abgegeben wird. Der Roman von Willy Seidel, „Der neue Daniel", ist allein schon den Eintritt wert. Er spielt in Amerika während des Weltkrieges und behandelt die Tragik eines mit einer Engländerin vermählten Deutschen. (Für Mitglieder kostet er 12.80 Mark.)

Nicht ohne Wehmut nimmt man den Band „Das wilde Jahr" aus dem Nachlasse des toten Ludwig Ganghofer vor, zu dem der tote Ludwig Thoma das Vorwort geschrieben hat. (Berlin, Grote, gebunden 25 Mark). Er enthält die letzten Arbeiten dieses Erzählers, dem tausendmal mehr eingefallen ist, als den Leuten, die füffifant über ihn die Nase rümpfen, darunter den Anfang der autobiographischen Aufzeichnungen „Buch der Berge". Ein Autor, der sein ganzes Leben lang seinen Mitmenschen soviel frohe Stunden bereitet hat, ist nicht so leicht zu ersetzen. Ich benütze die Gelegenheit, um auf ein paar andere Werke des Verlags Grote aufmerksam zu machen: Federer, Berge und Menschen; Jegerlehner, Bergluft; Raabe: Chronik der Sperlingsgasse, Horacker, Unruhige Gäste, Im alten Eisen, Nach dem großen Kriege, Die Kinder von Finkenrode, Halb Mär halb mehr; Erich Wentscher, Freiheit; Wildenbruch, Das schwarze Holz, Lukrezia. —

Der neue Roman von Ernst Zahn heißt Jonas Truttmann, und ist erschienen in der Deutschen Verlagsanstalt (gebunden 27 Mark). Von Zahn kann man ähnlich sagen wie vorhin von Ganghofer: wenn jemand sein ganzes Leben lang, Buch auf Buch und Jahr für Jahr, seine nicht kleine Begabung als Schriftsteller mit solchem Ernst und solchem Verzicht auf billige Effekte in den Dienst der Volkserziehung gestellt hat: Hut ab! Der Mann ist nützlicher, als alle Grausen-, Brunst- und Skandal-Exploiteurs, mögen ihre Namen noch so berühmt sein.

Den Franzosen wenn es so gegangen wäre wie uns, so gäbe es in jeder französischen Stadt eine Straßburger-, Colmarer-, Rigaer-, Danziger-, Deutschböhmen-, Bozener-, Meraner-,

Digitized by Google

Eupener-, Togo-, Kamerun- usw.-Straße, und die Hälfte aller Buben würden zur Erinnerung an Straßburg Erwin getauft. Aber den glorreichen Majoritäten deutscher Stadträte fällt es im Traum nicht ein, das zu tun, was jede französische, italienische, tschechische, serbische Stadt in unserem Falle längst getan hätte. Darum sei hier den Familien und den Schulen empfohlen, den Band „Verlorenes Land", der bei Velhagen & Klasing, mit vielen Bildern geziert, erschienen ist, in ihre Büchereien einzustellen mit der Inschrift, die ich vor Jahren in Schloß Coppet an einem unter Glassturz aufbewahrten Granatsplitter fand: Haud obliviscendum nepotibus!

Gleichzeitig erscheinen von Velhagen & Klasings Volksbüchern zwei hübsche Bände über Lessing und Mozart, jeder reich illustriert. Von früheren Bänden dieser mit Recht beliebten Sammlung empfehlen wir besonders: Tizian, Beethoven, Dürer, Wagner, Raffael, Goethes Faust, Goethe, Hans Thoma, Wilhelm Busch, Arndt, Spitzweg, Prinz-Regent Luitpold.

Zwei eigenartige liebe Bücher aus dem Furche-Verlag: Lob der Armut: ein Buch vom einfachen, bedürfnislosen Leben, und Vom Reisen und Wandern, beide mit je über 50 Abbildungen, das erste 20, das andere 24 Mark gebunden. Bücher, wie es vorhin einmal hieß: nicht für die Bösen, sondern die Guten; nicht für die Lauten, sondern die Stillen, nicht für das Schieber- und Wuchererpack, sondern für den Mittelstand.

Eine prächtige Auswahl aus den Schriften des tiefsinnigen Görlitzer Schusters Jakob Böhme ist ebenfalls im Furche-Verlag erschienen (60 Mark). Sie ist so zusammengestellt, daß sie nicht einen Traktat enthält, der in der Auswahl des Inselverlags steht. Böhme ist schon rein sprachlich so charaktervoll und originell, daß man von ihm einen Genuß hat, auch wenn man inhaltlich nicht viel mit ihm anfangen kann. Als geistesgeschichtliches Dokument für einen Zustand der deutschen Seele ist er vom größten Interesse.

Die Leser wissen, wie hoch ich die Nachgelassenen Schriften von Otto Braun stelle. Sie haben verschiedene Schicksale gehabt, zuerst waren sie in der Deutschen Verlagsanstalt, aber als sie merkten, daß die Memoiren Mathias Erzbergers im selben Verlag erschienen seien, entwichen sie fluchtartig zu Bruno Cassirer, und jetzt haben sie im Insel-Verlag ihre Ruhe gefunden (21 Mark), aus dem sie vielleicht die dort seit neuerem stark grassierende expressionistische Dichtung wieder vertreibt. Denn Otto Braun war selber ein Dichter und äußerst wählerisch in bezug auf Gesellschaft.

Etwas ganz Apartes ist die Sammlung Scriptor-Drucke des Drei-Masken-Verlags. Es sind schmale Hefte, deren Inhalt nicht gesetzt, sondern geschrieben und direkt nach dieser Handschrift gedruckt worden ist. Als kleine Zugabe oder Überraschung läßt sich nicht leicht etwas Niedlicheres denken. (Preis je 15 Mark). Liebesgedichte: Das Rosenband, (Gedichte aus dem Rokoko); Mutter; Trostbüchlein; Dantes Sonette, Balladen und Sestinen (in italien. Sprache). Am schönsten geschrieben sind die beiden letzten, die Trostgedichte in ebenso wundervoller Fraktur, wie der Dante in einer herrlichen Antiqua.

Als das Werk „Ein Jahrhundert München" bei Franz Hanfstängl zum erstenmale erschien, waren wir alle von diesen zeitgenössischen Bildern und Dokumenten entzückt. Es war für uns Münchner das Weihnachtsbuch des Jahres 1919, wie „Als Herre Krist geboren ward", von dem gleich die Rede sein soll, das Buch der Weihnacht 1920 war. Wir hatten noch die grauenhaften Tage der Räterepublik in frischer Erinnerung, und so überkam uns angesichts dieses Bandes über das gemütliche München 1800 bis 1900 ein schwer zu beschreibendes Heimweh wie nach einem verlorenen Paradies. Nun ist die zweite Auflage da, und sie ist ein ganz neues Buch: Das Bessere war auch hier der Feind des Guten, neue Quellen flossen, seltene Blätter wurden zugänglich, an Abbildungen allein hat die 2. Auflage um über 100 mehr als die erste. Für jeden, der das München vor dem Kriege gekannt und gern gehabt hat, eine köstliche Erinnerung. (Preis Halbleinen 80, Ganzleinen 90 Mark.)

Der vorhin erwähnte Band Als Herre Krist geboren ward war das schönste Buch der Weihnacht 1920, und als Weihnachtsbuch ist er heute noch nicht übertroffen (Preis 96 Mark). Er enthält die schönsten Marien-, Verkündigungs-, Krippen- und Kindheitsbilder der Altdeutschen und Altniederländer in vorzüglicher Wiedergabe, als Text mittelalterliche Volks- und Kirchenlieder, Predigten, Mystiker. Die Ausstattung ist liebevoll bis ins kleinste. Die herrlichen gotischen Initialen Beringers, die Umrahmungen nach Dürers Ge-

Digitized by Google

betbuch des Kaisers Maximilian, alles wirkt zusammen, aus diesem Weihnachtsbuche ein Schmuckkästchen zu machen.

Die heurige Weihnachtsüberraschung der Gesellschaft für christliche Kunst ist eine Veröffentlichung Cajetan Oßwalds über den Malerpoeten Matthäus Schiestl (120 Textbilder, 12 farbige, 10 zweifarbige ganzseitige Einschaltbilder, Preis 96 Mark). Dieser im Salzburgischen geborene, im Fränkischen aufgewachsene Maler ist ein Künstler nach dem Herzen des Volkes, so deutsch und herzlich, daß man ihm nicht mehr kritisch gegenübersteht, sondern sich nur aufrichtig freut, daß in dieser kalten, frechen, gemeinen Zeit noch so holdselige Sachen gemalt werden. Ein Buch wie geschaffen fürs deutsche Haus.

Ein andres Bilderwerk, das uns sehr lieb ist, legt der Delphin-Verlag vor: „Münchener Landschafter im 19. Jahrhundert" (81 meist ganzseitige Abbildungen, Pappband 80 Mark). Der Text stammt von dem Spitzweg- und Feuerbach-Forscher Uhde-Bernays. Das Werk ist eine sehr ernste und kritische Darstellung dessen, was die Münchener Landschafter des 19. Jahrhunderts erstrebt und nicht erstrebt, erreicht und nicht erreicht haben. Alle bedeutenden Landschafter von Kobell und Wagenbauer über Rottmann und Schleich bis zu Toni Stadler, Fritz Baer und Karl Haider werden darin teils besprochen, teils gewürdigt. München ist eine merkwürdige Stadt im Künstlerischen. „Letzten Endes", wie jetzt jeder Fortbildungsschüler sagt, macht es den Malermodenschwindel nicht mit und steht dem aufgeregten Getue der Kunstjobber mit der Geberde des Götz von Berlichingen gegenüber. Erst neulich war wieder so ein Kunstreisender mit seinem expressionistischen Musterkoffer bei uns und tat — ogottogottogott! — erstaunt, daß wir so rückständig seien. „Am Rhein, sehen Sie, den ganzen Rhein entlang" — — —. Mir san an der Isar.

Ein köstliches Seitenstück zu dem schönen Bande von Uhde-Bernays, alles andere als eine Konkurrenz, völlig anders und selbständig angelegt nach Text und Bildern, gerade deshalb die unentbehrliche Ergänzung dazu, zugleich aber auch zu dem vorhin erwähnten „Jahrhundert München": „Die Entdeckung der Münchner Landschaft" von G. J. Wolf (Hanfstängl, geb. 135 Mark). Der Begriff Münchner Landschaft dieses Buches reicht vom Königs- bis zum Eibsee, vom Watzmann bis zur Zugspitze, und die Texte vom 18. Jahrhundert bis ins 20. Es wäre falsch, die beiden Bücher gegeneinander auszuspielen. Freuen wir uns im Gegenteil, daß wir uns an beiden freuen können, und daß jedes das unerschöpflich schöne Thema so unabhängig behandelt.

Wir denken noch an die Zeit zurück, da der Isenheimer Altar in der Alten Pinakothek aufgestellt war. Das bleibende Ergebnis dieses vorübergehenden Aufenthaltes sind mehrere Mappenwerke unserer größten Verlage. Das Mathias Grünewald-Werk des Furcheverlags (10 mehrfarbige, 21 einfarbige Wiedergaben, Halbleinen 80 Mark) legt das Hauptgewicht trotz der vorzüglichen Reproduktionen auf die Erkenntnis durch den Text. Dieser Text, der von Wilhelm Niemeyer stammt, ist in der Tat eine in jeder Beziehung außerordentliche Leistung. Wie hier versucht wird, jede einzelne Tafel des großen Altarwerkes mit Worten nachzuschaffen, wie das spezifisch Grünewaldische herausgearbeitet wird, das ist schon als Leistung deutscher Prosa erstaunlich, als Einführung in das Isenheimer Altarwerk wohl das beste, was für ein größeres Publikum in Betracht kommt.

Manchmal wird einem angesichts des heutigen künstlerischen Bolschewismus ganz schlecht. Dann wirkt eine kurze Lesung im Flörke wie ein Glas Kognak. Das Böcklinbuch Flörkes, jahrelang vergriffen, ist wieder zu haben (München, Bruckmann 36 Mark): einseitig, prachtvoll einseitig, aber ungeheuer anregend.

Veröffentlichungen über Rembrandt: Rembrandts Handzeichnungen, I. Band (Hermann Freise's Verlag, Parchim i. M.) glänzende Wiedergaben von 56 der bedeutendsten Zeichnungen des Rijksprentenkabinetts Amsterdam. — Bei Hugo Schmidt, München, erscheint die Rembrandt-Bibel, das Alte Testament liegt fertig vor, vom Neuen der erste Teil. Alles, was von Rembrandt an Zeichnungen, Gemälden und Stichen zur Bibel vorhanden ist, wird in diesem Werke veröffentlicht, mit den dazugehörigen Texten der Heiligen Schrift. Ohne Zweifel ein ganz ausgezeichneter Gedanke. Professor Bredt überwacht Auswahl und Ausführung. Der Preis (etwa 54 Mark das ganze Werk) ist äußerst niedrig.

Ein nicht nur für die Jugend, für die es zunächst bestimmt ist, sondern auch für Erwachsene anregendes Buch ist der bei Bong erschienene Band „Gemälde und ihre Meister,

Digitized by Google

die unsere Jugend kennen sollte". Es behandelt 48 Gemälde von Giotto an bis Leibl und Segantini, und enthält 48 Wiedergaben, darunter 8 farbige. Wenn es Erwachsene gibt, die am liebsten der Entente unsere alten Meister um einen Pappenstiel hinschmeißen, damit Platz für ihr bolschewistisches Geschmier in der Galerie wird, so ist es wünschenswert, daß wenigstens das kommende Geschlecht im Geiste des Respekts vor den alten Meistern erzogen wird, und dazu kann dieses kleine Buch treffliche Dienste leisten.

Bücher für die Jugend. Das Angebot ist überschwemmend, das Gute spärlich, aber immer noch soviel, daß kein Mensch Zeit hätte, alles zu nennen. Ich nenne nur ganz wenig, aber dafür bürge ich, daß es lauter gute, brauchbare Bücher sind.

Die Bücher des Verlags Thienemann, Stuttgart, schätze ich sehr. Als das schönste Knabenbuch empfehle ich, wie im Vorjahre: Leopold Weber, Asgard, Die Götterwelt unserer Ahnen (16.50 Mark), die beste mir bekannte künstlerische und doch jedem Knaben verständliche Einführung in die Edda. Für Mädchen: Helene Raff, Regina Himmelschütz, eine Geschichte aus den bayerischen Bergen (16.50 Mark).

Sehr nett, vor allem auch mit reizenden Zeichnungen geschmückt ist „Märchenfäden" von Hildegard Nusser-Stavenhagen (Berlin, Max R. Hoffmann). Die Geschichten bilden mit feiner Phantasie Motive aus unseren bekanntesten Märchen weiter.

Ganz ausgezeichnet sind die bei Gerhard Stalling in Oldenburg herausgegebenen 2 Jugendschriften: Miguel de Cervantes, Don Quixote; und Will Vesper, Gute Geister. Der Don Quixote ist von Hans Pape famos illustriert (28 Mark gebunden). Auch die Bilder zu „Gute Geister" (20 Mark) passen zu diesen für ältere Kinder vorzüglich geeigneten Märchen, Gleichnissen und Legenden.

Ich warne alle Bücherkäufer, sich unter keinen Umständen Bücher aufschwätzen zu lassen, die bolschewistisch illustriert sind. Das ginge uns grad noch ab, daß der kubistische, futuristische usw. Unfug noch die Jugendliteratur infizierte! Kaufe niemand das Zeug, dann bleibt es liegen, und die Verleger überlegen sichs dann, ob sie nochmal so etwas machen!

In Bilderbüchern leistet die Firma Hegel & Schade Hervorragendes. Ihre 2 schönsten, überhaupt wohl die schönsten deutschen Bilderbücher sind: Georg Scherers Deutsches Kinderbuch (15 Mark), und Die schöne alte Zeit (20 Mark). Beide illustriert von Ludwig Richter, Oskar Pletsch u. a. Man verlange vor allem diese beiden, sie gehören in jedes Haus. Von den diesjährigen Veröffentlichungen der Firma nenne ich die beiden Aufstellbücher und Ausmalspiele „Der Bahnhof", und „Der Gutshof" (je 12 Mark); die schöne Sammlung Elbsagen (17.50); und Esselborn, Wie Hannen-Peterle ein Mann wurde (16.—).

Ein prächtiges Knabenbuch ist „Auf großer Safari mit treuen Askari" von Reinhard Röhle (Union Deutsche Verlagsgesellschaft), ein Buch, in dem die uns gestohlenen ostafrikanischen Kolonien wieder lebendig werden, mit Romantik und Humor geschildert, wie es Knaben mögen, Abenteuer, auch kriegerische, aber durchaus nicht zuviel, ergötzliche Vorkommnisse, Spannung, Land und Leute.

Das bei Bruno Cassirer erschienene Klein-Irmchen, ein Kinderliederbuch von Christian Morgenstern, mit Zeichnungen von Josua Leander Gampp (35 Mark) ist etwas vom Hübschesten, was uns seit langer Zeit untergekommen ist.

Ein wirklich künstlerisches Bilderbuch ist ABC im Walde, Verlag Offenstadt & Fellheimer, Nürnberg (20 Mark), mit guten Versen und stimmungsvollen Bildern.

Ausgezeichnet für kleine Kinder ist „Schweinchen schlachten", Verlag Gerhard Stalling (20 Mark), lauter kurze Verslein, viele alte dabei, kindliche Bilder.

Zuguterletzt: Fröhliche Kindheit: Bilder von Ludwig von Zumbusch, Text von Fritz von Ostini (München, Georg W. Dietrich, 60 Mark); muß man zu diesen beiden Namen noch ein Lob hinzufügen?

Josef Hofmiller.

Redaktionell abgeschlossen am 26. November 1921.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck der Beiträge dieses Heftes den Tageszeitungen auszugsweise bei genauer Quellen- und Preisangabe gestattet. Druck: F. Bruckmann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Einleitende Bemerkungen.

„Schuldfrage" — welch eine Gedankenfülle in einem einzigen Worte! Ursprünglich handelt es sich um ein Gefühl des Entsetzens beim Ausbruch der Weltkatastrophe, welche von der Gesamtheit als ein an unserem Menschentum begangenes „Verbrechen" empfunden wird. Aber alsbald versteht es die Propaganda der einen Mächtegruppe, ihre Tätigkeit mit genialem Scharfblick auf dieses allgemein verbreitete Gefühl einzustellen und die „Schuld" an diesem Verbrechen dem Gegner zuzuschieben: einerseits um die eigenen nationalen Leidenschaften zu jenem fanatischen Paroxysmus emporzupeitschen, der allein ein Durchhalten bis zum endgültigen Erfolge gewährleistet, andererseits um einen moralischen Rechtstitel für die unerhörten Bestimmungen des angestrebten Friedens zu erfinden, welche sich im 20. Jahrhundert mit einem — weitaus ehrlicheren — „Wehe den Besiegten" nicht mehr gut hätten begründen lassen. Und endlich — Aufbäumen des vergewaltigten Gerechtigkeitssinnes bei den Neutralen und Selbsterhaltungstrieb eines um Existenz und Zukunft ringenden Volkes. Schuld und Öffentlichkeit.

Je mehr sich nun aber die Bedeutung der Schuldfrage durchsetzt und je öfter dieser Ausdruck in der praktischen Politik des täglichen Lebens wiederkehrt, um so größer auch die Gefahr, daß dieses Wort zu einem Begriff erstarrt, daß die hinter ihm stehende Gedankenwelt verblaßt, das ihm zugrunde liegende Bild sich verdunkelt — kurz, daß der Sinn der Schuldfrage von den breiten Schichten nicht mehr lebendig begriffen wird, sondern zum Schlagworte herabsinkt.

Die These von der Alleinschuld Deutschlands ist in Art. 231 des Versailler Vertrages und im Ultimatum vom 16. Juni 1919 enthalten.

Wie soll man sich nun eine Revision des Schuldspruches der Versailler Machthaber, die ja Ankläger und Richter in einer Person gewesen, vorstellen? Selbst wenn die zurzeit bestehenden Rechtsbeziehungen der einzelnen Staaten zueinander in absehbarer Zukunft einer so umwälzenden Veränderung unterworfen werden könnten, daß, analog der formellen Verurteilung Deutschlands, jetzt eine formelle Kassation dieses Urteils oder eine formelle Freisprechung durch eine besondere Instanz in den Bereich einer denkbaren Möglichkeit gerückt würden, so dürfte dieses neue Urteil doch wohl nur insoweit in moralischer und politischer Hinsicht praktische Bedeutung erlangen können, als es von der öffentlichen Meinung aller Kulturstaaten angenommen und dadurch die bisherigen von der Kriegspropaganda großgezogenen, mehr oder weniger ehrlichen Anschauungen über die wahren Ursachen des Krieges richtiggestellt werden würden. Letzten Endes wird also die Schuldfrage nicht von Politikern, Geschichtsschreibern oder Richtern, sondern von den breiten Massen der Öffentlichkeit entschieden werden. Nicht ein kleiner Kreis zünftiger Diplomaten oder Fachwissenschaftler, nicht eine geheime Feme, sondern öffentliche Schöffen werden das endgültige Urteil fällen.

Mag nun ein derartiger Ausblick für alle diejenigen, deren Denken sich in den Bahnen des Glaubens an einen absoluten geschichtlichen Fortschritt bewegt — ich für meine Person kann diese optimistische Geschichtsauffassung nicht ohne weiteres teilen — auch etwas Beruhigendes haben, so besteht doch gerade für Politiker und Historiker die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, durch wissenschaftliche Vorarbeiten die öffentliche Meinung in den Stand zu setzen, nationale, aber auch parteipolitische Voreingenommenheiten zu überwinden, die äußerst verwickelten Ideenverbindungen der Vorkriegspolitik zu erfassen, sich auf Grund des Urkundenmaterials ein eigenes Urteil über die in Frage kommenden Geschehnisse zu bilden. Wird diese Vorarbeit in objektiver Weise geleistet, ließe sich namentlich mit der Zeit auch eine Wechselwirkung und gegenseitige Befruchtung mit analogen Bestrebungen im Auslande erzielen, so würde in der öffentlichen Meinung aller Kulturstaaten, d. h. aller solcher, die diese Bezeichnung überhaupt noch verdienen, die geschichtliche Entwicklung, die zum Weltkrieg hat führen müssen, sich in einem klaren, selbständig erschauten, und doch durchaus einheitlichen Bilde kristallisieren.

Aber wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, daß wir mit starren Theorien oder dem alleinigen Sammeln urkundlichen Tatsachenmaterials, so nützlich dieses auch als Baustein zur Wiederaufrichtung der historischen Wahrheit sein möge, nicht zu dem erstrebten Ziele gelangen können. „Diplomatische Aktenstücke und Volksaufklärung" nennt Prof. Karo eine in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 16. September 1921 erschienene Abhandlung, in

Digitized by Google

der er anläßlich des von mir herausgegebenen Quellenwerkes zum Studium der Ententepolitik[1]) darauf hinweist, daß Dokumente an sich eines der untauglichsten Mittel zur Volksaufklärung sind und daß der Laie das Recht hat, zu fordern, daß aus der Fülle des Stoffes das Wichtigste klar, knapp und eindringlich hervorgehoben werde.

Meinerseits kann ich mich dieser Ansicht nicht nachdrücklich genug anschließen. Das obenerwähnte, von mir herausgegebene diplomatische Quellenwerk möchte ich als die Struktur der Ententepolitik der letzten fünf Vorkriegsjahre bezeichnen. Mehr beansprucht es nicht zu sein — aber auch nicht weniger. Denn mag auch der eine oder andere Teil noch fehlen, im Laufe der Zeit wird auch er vielleicht noch hinzugefügt oder von der geschichtlichen Forschung „rekonstruiert" werden können. Aber an den großen Linien, so wie sie jetzt bereits feststehen, wird dadurch nichts mehr geändert werden können. Es handelt sich darum, diesem Gerüst Seele und Form zu geben, in die Tiefe zu schürfen, den Sinn der sich aus den veröffentlichten Dokumenten ergebenden Tatsachen klarzustellen: Diese letzteren dürfen nicht als für sich bestehende, nur dem Kausalitätsprinzip unterworfene Einzelheiten aufgefaßt werden; die Tatsachen der geschichtlichen Erkenntnis sind „Beziehungen" im Spenglerschen Sinne, meist nicht auf den ersten Blick erkennbar, für den Laien oft eine Geheimsprache redend. Hier also muß die oben skizzierte objektive und wissenschaftliche, aber doch popularisierende Vorarbeit einsetzen.

Was heißt „Einkreisung"?

Der Aufforderung des Herrn Herausgebers der Monatshefte Folge leistend, will ich auf den folgenden Seiten den Versuch machen, einige Tatsachen, so wie sie aus den von mir veröffentlichten und weiteren, hier zum ersten Male an die Öffentlichkeit gelangenden Aktenstücken ergeben, in ihren „Beziehungen" zu einem der Grundprobleme der Vorkriegsgeschichte, dem der Einkreisung Deutschlands, zu untersuchen. Denn in der Tat ist dieses Problem für die Beurteilung der Schuldfrage von entscheidender Bedeutung. Das Wort „Einkreisung" selbst hat leider mit der Zeit etwas Abgegriffenes, fast Triviales erhalten und gibt den ihm zugrunde liegenden Gedankengang nur unvollkommen wieder. Und es ist wohl der Unklarheit des Ausdrucks mit zuzuschreiben, daß gerade in dieser Frage die Meinungen der beiden Gegner so weit auseinandergehen: das Bestehen machiavellistischer Einkreisungsabsichten schon lange vor dem Kriege wird von der einen Seite ebenso leidenschaftlich bestritten, wie von der anderen behauptet. Ich glaube auch nicht, daß es, im jetzigen Zeitpunkte wenigstens, für die Klärung der öffentlichen Meinung und der dadurch beabsichtigten Entgiftung der internationalen Beziehungen förderlich wäre, die Frage in dieser Form zur Diskussion zu stellen. In den nachfolgenden Betrachtungen soll daher das Moment der Absicht gänzlich ausgeschaltet werden und will ich mich ausschließlich auf den Boden nicht abzuleugnender Tatsachen stellen. Für unsere Zwecke genügt es, das „Einkreisungsproblem" folgendermaßen zusammenzufassen: Hat die Entente in ihrer zwangsläufigen Entwicklung zur politischen Isolierung Deutschlands und zur Hemmung seiner wirtschaftlichen Entwicklung geführt oder nicht? Und wenn wir berücksichtigen, daß allein das Prinzip des europäischen Gleichgewichtes den allgemeinen Frieden unseres Kontinents so lange hat gewährleisten können, so gewinnen wir zur Beurteilung der Ursachen, die zum Kriege geführt haben, einen einwandfreien und durchaus vorurteilslosen Ausgangspunkt, wenn wir untersuchen, ob in den letzten Jahren vor dem Kriege die politische und militärische Erstarkung des Ententeblockes bereits soweit vorgeschritten war und sich noch weiter entwicklungsfähig zeigte, daß das Axiom des europäischen Gleichgewichtes hinfällig wurde und damit auch der Eckpfeiler der Erhaltung des europäischen Friedens in sich selbst zusammenbrach.

Ganz abgesehen von dem sich immer enger gestaltenden Verhältnis der drei Verbandmächte England-Frankreich-Rußland — einem Verhältnis, das 1914 einem Bündnisse gleichkam, auch ohne daß dasselbe in formalen Abmachungen erschöpfend zum Ausdruck gebracht worden wäre — tritt diese allgemeine Tendenz der Ententepolitik, ob bewußt oder unbewußt bleibe wie gesagt dahingestellt, in einer ganzen Reihe praktischer politischer Tagesfragen deutlich in Erscheinung und diese sollen in den folgenden einzelnen Abschnitten an der Hand meines Urkundenmaterials kurz geschildert werden.

Neue Urkunden.

Mehrere neue Urkunden sollen hierbei zum ersten Male Verwendung finden. In diesen Rahmen will ich auch eine Darstellung der für die allgemeine europäische Politik wichtigsten Phasen der Londoner Botschafterkonferenz 1912/13 einfügen und zwar ausschließlich auf Grund bisher unveröffentlichter Dokumente.

[1]) Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. (Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin und Leipzig, 1921.)

Digitized by Google

Österreich-Ungarn, Rußland und der Balkan.

Das elastische System.

Fürst Bismarck hatte die große Gefahr, die ein Erstarren des europäischen Bündnissystems für die Erhaltung des europäischen Friedens bedeuten würde, erkannt, und sein Bestreben stets darauf gerichtet, diesem System eine gewisse Elastizität zu bewahren. Seine Bündnispolitik der achtziger Jahre wird ausschließlich von diesem Gesichtspunkte aus geleitet und auf diese Erwägung ist auch der Abschluß des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages vom Jahre 1887 zurückzuführen. Dadurch, daß Deutschland und Rußland sich „wohlwollende Neutralität" in genau bestimmten Fällen zusagten, hat Bismarck damals der Möglichkeit eines Bruches zwischen Österreich-Ungarn und Rußland vorgebaut. Als im Jahre 1908 die Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn die Beziehungen zwischen der Donaumonarchie und dem Zarenreiche einer äußersten Belastungsprobe unterwarf, hatte sich bereits in Europa eine verhängnisvolle Wandlung vollzogen.

Die Erstarrung.

Der russische Außenminister Iswolsky schrieb an den russischen Botschafter in Paris am 5. November 1908[1]):

„In der allgemeinen europäischen Situation hat sich eine radikale Veränderung vollzogen; unter dem Einfluß von politischen, ich möchte sogar sagen, historischen unabwendbaren Notwendigkeiten haben sich die Mächte in zwei verschiedene Gruppen geteilt: auf der einen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn — auf der anderen Rußland, Frankreich und England. Italien, durch den Dreibund gebunden, aber gleichzeitig sich zu Frankreich und zu uns hingezogen fühlend, scheint zu zögern; die Türkei wird sich auf die Seite derer stellen, die ihr neues Regime zu stützen verstehen und ihr eine uninteressierte Freundschaft zeigen. Diese neue Situation bietet uns gewiß große Vorteile, was Macht und Sicherheit anbelangt, aber sie enthält auch große Gefahren."

Damit ist die europäische Bündnispolitik endgültig in die Erstarrungsphase eingetreten. Ausgleichende, vermittelnde Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Nationen, die verschiedenen Mächtegruppen angehören, gestalten sich immer schwieriger. Eine mäßigende Einwirkung auf den Bundesgenossen muß der Rücksichtnahme auf das kompakte Zusammenhalten der gemeinsamen Politik untergeordnet werden. In der Ententepolitik tritt diese zwangsläufige Entwicklung deutlich in Erscheinung. Machtzuwachs ist ihre Losung und zwei Wege führen zu diesem Ziele: Vermehrung der eigenen Kräfte und Schwächung der des Gegners. **Die Erhaltung des europäischen Friedens, der eigentliche Sinn des europäischen Bündnissystems, tritt immer mehr in den Hintergrund, sinkt zur belanglosen, wenn auch besonders häufig wiederkehrenden Phrase der diplomatischen Umgangssprache herab, vornehmlich zur Beruhigung der öffentlichen Meinung dienend.**

Die Doppeltendenz der Entente.

Diese Doppeltendenz der Entente findet besonders prägnanten Ausdruck in ihren Beziehungen zu den beiden Bundesgenossen Deutschlands. Während Italien immer mehr vom Dreibunde abgezogen und der Ententekoalition angegliedert wird, wendet man Österreich-Ungarn gegenüber das entgegengesetzte Verfahren an, und zwar ist Rußlands Balkanpolitik der Hebel, der gegen Österreich-Ungarn angesetzt wird.

Die Grundlinie der russischen Politik Österreich-Ungarn gegenüber ist, was Klarheit und Präzision anbelangt, ein Muster moderner zielbewußter Diplomatie und, seit 1908 festgelegt, wird dieselbe von der russischen politischen Leitung mit unbeirrbarer Konsequenz durchgeführt. In der nachbismarckschen Periode bildete das Mürzsteger Abkommen des Jahres 1903 den letzten Versuch, eine Parallelität der russischen und österreichisch-ungarischen Interessen auf dem Balkan herzustellen. Als sich der k. u. k. Außenminister Baron Ahrenthal im Jahre 1908 zur Proklamation der Annexion Bosniens und der Herzegowina entschloß, hat er der Monarchie keine neuen Gebiete zugeführt, sondern nur einem schon tatsächlich bestehenden Zustande formelle Sanktion gegeben. Einen derartigen Schritt mag Ahrenthal im Hinblick auf die soeben vollzogene jungtürkische politische Umwälzung in Konstantinopel für unaufschiebbar gehalten haben — jedenfalls bedeutete er aber einen unheilbaren Bruch mit Rußland, das sich durch das einseitige Vorgehen des Wiener Kabinettes für benachteiligt erklärte

[1]) Dipl. Akt. S. 71.

Digitized by Google

und sich seinerseits vollkommene Handlungsfreiheit auf dem Balkan vorbehielt. Dieser Bruch nahm einen so schroffen Charakter an, daß sogar die üblichen Formen des diplomatischen Verkehrs zwischen den beiden Kabinetten aufgehoben wurden. Es ergaben sich jedoch hierdurch für die Behandlung der laufenden politischen Angelegenheiten so große Unzuträglichkeiten, daß auf Ahrenthals Initiative im März 1910 die normale Tätigkeit der beiderseitigen diplomatischen Vertreter wieder hergestellt wurde, nachdem beide Kabinette dem Grundsatz der Erhaltung des bestehenden Zustandes auf dem Balkan zugestimmt hatten. Eine wirkliche Aussöhnung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland hat aber auch im Jahre 1910 nicht stattgefunden und soweit letzteres in Betracht kam, hat sich Iswolsky absichtlich mit einer Fassade, der rein formalen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, begnügt. Welches der wirkliche Standpunkt Rußlands ist, erhellt unter anderm aus folgenden Auszügen aus der damaligen russischen diplomatischen Korrespondenz: Als dem russischen Botschafter in Paris, dem in Orientfragen ganz besonders kompetenten Nelidow, von den mit Wien auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung des bestehenden Zustandes auf dem Balkan, schwebenden Verhandlungen Mitteilung gemacht wurde schrieb der Botschafter am 3. Februar 1910 an den Außenminister Iswolsky [1]):

„Eine derartige Übereinkunft, für eine bestimmte Anzahl von Jahren geschlossen, ließe den Balkanstaaten vollkommene Freiheit, sowohl was ihre innere Entwicklung, als auch ihre gegenseitigen Beziehungen anbelangt, welche letztere sie in jeder Weise weiter ausbauen könnten. Gleichzeitig wäre Rußland in den Stand gesetzt, in aller Sicherheit seine militärischen Kräfte auszubilden und sich für Ereignisse vorzubereiten, die nicht vermieden werden können. Unterdessen würde die weitere Entwicklung des ottomanischen Reiches klarer zutage treten, die dortigen Probleme würden reifen und wir könnten den vorauszusehenden Ereignissen besser gerüstet entgegentreten."

Im Zusamenhang mit diesen Verhandlungen seien auch noch folgende zwei Telegramme angeführt [2]):

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den Außenminister Iswolsky vom 2. Februar 1910: „Die aus dem Ausland kommenden Nachrichten über eine bevorstehende Annäherung zwischen Rußland und Österreich haben hier ungeheures Aufsehen erregt. Die Agitation verschärft sich mit jedem Tage und ruft in politischen, administrativen und sozialen Kreisen große Beunruhigung hervor. In Zeitungsartikeln, sogar offiziellen, wird die Ansicht vertreten, daß im Falle einer Versöhnung der beiden Monarchien Serbien das Opfer sein wird, da es Österreich zur vollen Versklavung überlassen werden würde. Aus diesem Anlaß ist ein besonderer Ministerrat einberufen worden und man wendet sich an mich von allen Seiten mit ängstlichen Fragen. Ich glaube, es wäre nötig, einige beruhigende Erklärungen abzugeben, wenn Sie dies für möglich halten. In diesem Falle bitte ich, mich zu benachrichtigen, in welchem Sinne ich mich hier aussprechen kann."

Iswolsky antwortete telegraphisch am 4. desselben Monats:

„Ihr Telegramm vom 2. Februar erhalten. Unsere Verhandlungen mit Österreich müssen der serbischen Regierung gar keine Besorgnisse einflößen. Es handelt sich weder um eine Teilung in Interessensphären, noch in der einen oder anderen Form um die Rückkehr zum früheren Einverständnis, sondern nur um die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten. Unser hauptsächlichstes Ziel: die bestmögliche Erhaltung des status quo auf dem Balkan und die friedliche Entwicklung und Unabhängigkeit der Balkanstaaten. Sie können dies dem Belgrader Kabinett vertraulich mitteilen. Ich habe in diesem Sinne schon mit dem serbischen Gesandten gesprochen."

Ein interessantes Streiflicht auf die grundsätzliche Haltung Serbiens gegenüber der Möglichkeit einer österreichisch-russischen Verständigung in Balkanfragen — welche, wie man die Dinge jetzt überschauen kann, den Ausbruch des Weltkrieges vielleicht auch nicht verhindert, aber jedenfalls den Balkan als europäischen Brandherd ausgeschaltet haben würde — wirft

[1]) Dipl. Akt. S. 118. — [2]) Dipl. Akt. S. 120.

Digitized by Google

folgender Auszug aus dem Berichte des russischen Botschafters in Wien, N. Giers, vom 15. Februar 1911 [1]):

„Nachdem ich mit größter Aufmerksamkeit und Objektivität die Berichte unserer Vertreter in Sofia und Belgrad und auch unseres Geschäftsträgers in Konstantinopel gelesen habe, komme ich zu dem Schluß, daß alle aus geheimen Quellen geschöpften Nachrichten der serbischen Regierung nur unter Vorbehalt angenommen werden können. Die schwache Seite der Serben ist ihr beständiges Bedürfnis politischer Intrigen, eine Unmenge der unwahrscheinlichsten Nachrichten, die ausschließlich den Zweck verfolgen, keine guten Beziehungen Rußlands zu denjenigen Mächten zuzulassen, mit denen Serbien selbst in schlechten Beziehungen ist. Die ganze Atmosphäre Belgrads ist mit ungerechtfertigter Empfindlichkeit und Erregung gesättigt. Die serbische Regierung will nicht zulassen, daß Rußland auf irgendeiner Grundlage ein Übereinkommen mit Österreich abschließt; wenn nicht die serbische Regierung, so lenkt der serbische Generalstab unsere Aufmerksamkeit auf die allerverräterischsten Absichten Österreichs... Ich halte es für meine Pflicht, zu erklären, daß ich ganz wie unser Geschäftsträger in Konstantinopel der Ansicht bin, wir müssen die Notwendigkeit, ein neues Abkommen mit Wien zu treffen, ernstlich ins Auge fassen, um soweit als möglich auf friedliche Weise unsere Interessen zu schützen. ...Ich habe nur die Verpflichtung, die Balkanintrigen unwirksam zu machen, die gegen ein solches Abkommen gerichtet sind und die uns leicht und gegen unseren Willen zu einem völligen Bruche mit Österreich führen könnten."

Ziel der russischen Balkanpolitik.

Die offizielle russische Politik, so wie sie von der Zentralstelle in Petersburg festgelegt und von den russischen Diplomaten in den Balkanhauptstädten vertreten wurde, hat jedoch die im Interesse der Erhaltung des Friedens gebotene wirkliche Verständigung mit Österreich-Ungarn nie in ihre Berechnungen einstellen wollen. In der Tat hätte auch eine derartige Verständigung der ganzen Tendenz der Politik Rußlands Österreich gegenüber widersprochen, deren Grundlinien folgende waren: Keine Verständigung mit Österreich, um selbst vollkommen freie Hand auf dem Balkan zu behalten; absolute Zurückweisung von Kompromissen und gegenseitigen Kompensationen, selbst wenn um den Preis gewisser Zugeständnisse an Österreich im westlichen Balkan die Zustimmung des Wiener Kabinetts zur Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne gewonnen werden könnte; Bindung der österreichischen Balkanpolitik durch internationale Garantie der Erhaltung des bestehenden Zustandes auf dem Balkan, so wie Rußland diesen bestehenden Zustand auffaßte (was dem Petersburger Kabinett auch in Paris und Rom gelungen ist, wie wir weiter unten sehen werden); hinter diesem gegen Österreich-Ungarn errichteten Damm sollen dann die Balkanstaaten erstarken, unter russischer Führung zu einem festen Blocke zusammengeschmiedet werden, um im historischen Augenblicke der Entscheidung des Balkan- resp. Meerengenproblems die ihnen vom Panslawismus zuerteilte Rolle gegen die Donaumonarchie spielen zu können.

Die Bestrebungen Rußlands, einen derartigen Block der Balkanstaaten ins Leben zu rufen, setzen bereits im März 1909 ein, hatten aber außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden, ehe der Zusammenschluß Serbiens und Bulgariens im März 1912, und Bulgariens und Griechenlands im Juni 1912 gelang. Wie groß diese Schwierigkeiten waren, wie systematisch aber auch die Arbeit der russischen Diplomatie, zeigt folgender Auszug aus dem Berichte des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 25. November 1910 [2]):

„... Aus der langen Reihe meiner Berichte weiß die kaiserliche Regierung, daß ich während einer dreijährigen Tätigkeit in Sofia nichts unterlassen habe, um aufrichtige und dauerhafte Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien herbeizuführen... Alle diese Versuche haben jedoch bis jetzt zu keinem praktischen Ergebnis geführt und man kann mit Sicherheit sagen, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen auch jetzt keinen Erfolg in dieser Hinsicht werden erzielen können. Man muß nicht vergessen, daß die Bulgaren praktisch veranlagte Leute sind, und dem Ministerium wird bekannt sein, daß der jetzige bulgarische Ministerpräsident sich in der Politik als einen Realisten bezeichnet hat. Wenn man sich auf diesen Standpunkt

[1]) Dipl. Akt. S. 135 u. 136. — [2]) Dipl. Akt. S. 146 u. 147.

Digitized by Google

stellt, so muß ein Übereinkommen mit Serbien unnütz erscheinen. Es kann Bulgarien nichts geben, denn an und für sich kann es nicht dazu beitragen, Bulgarien die Verwirklichung seiner nationalen Aspirationen zu erleichtern... Unter solchen Umständen wird es nötig sein, die Politik Bulgariens sozusagen zu kanalisieren, wobei wir natürlich darauf Bedacht haben müssen, daß die Richtung, die wir der bulgarischen Politik zu geben suchen, im allgemeinen der serbischen entspricht. Soviel ich weiß, haben sich die serbischen politischen Führer endgültig auf Rußlands Seite gestellt und befinden sie sich folglich auch auf dem Wege einer Annäherung an Frankreich und England. Diese Formel müßte auch von Bulgarien angenommen werden. Zu diesem Zwecke wird es nötig sein, letzteres zu überzeugen, daß, indem es diese Formel annimmt, es sich damit auch die restlose Verwirklichung des nationalen Ideals zusichert... Aber um der Entwicklung der Dinge diese Richtung zu geben, ist es notwendig, daß auch wir die von uns zu verfolgenden Ziele genau umschreiben und die Mittel hierzu vorbereiten unter der Bedingung natürlich, daß unsere Politik, wie ich schon früher betont habe, einen ‚nationalen und slawischen' Charakter trägt. Wenn wir auf die eine oder andere Weise hier bewiesen haben werden, daß Rußland sich endgültig auf diesen Standpunkt gestellt hat, dann wird es leicht sein, eine Vereinigung der slawischen Balkanstaaten herbeizuführen, denn dann werden sie alle ein allgemeines, grundsätzliches Interesse daran haben. Aus diesem Grunde habe ich öfters darauf hingewiesen, daß die Einigung der Balkanvölker nur möglich ist, wenn Rußland die ganze Angelegenheit in seine eigenen Hände nimmt; im anderen Falle werden alle Bestrebungen zu keinem Ergebnis führen."

Über den Abschluß des Bündnisses berichtet der russische Außenminister Sasonow am 30. März 1912 folgendermaßen telegraphisch nach Paris und London[1]):

„Persönlich. Zwischen Serbien und Bulgarien ist mit unserem Wissen ein Bündnis abgeschlossen worden zu gegenseitiger Verteidigung und zum Schutze der gemeinsamen Interessen für den Fall der Veränderung des bestehenden Zustandes auf dem Balkan oder des Angriffes einer dritten Macht auf eine der vertragschließenden Parteien. Geschow und der serbische Gesandte in Sofia, Spalaikovitch, haben das Zustandekommen dieses Vertrages dem englischen Gesandten in Bulgarien, Ironside, mitgeteilt. Ich bitte Sie, einen Ihrer Ansicht nach richtigen Zeitpunkt zu benutzen, um Poincaré obiges mündlich zu seiner persönlichen Information mitzuteilen, indem Sie ihn auf die allerernsteste Weise darauf aufmerksam machen, daß der Abschluß des Bündnisses unbedingt geheimgehalten werden muß. Sie können hinzufügen, daß, da eine besondere Geheimklausel beide Seiten verpflichtet, die Ansicht Rußlands einzuholen, ehe sie zu aktiven Maßnahmen schreiten, wir der Ansicht sind, daß wir auf diese Weise ein Mittel in Händen haben, auf beide Staaten einzuwirken und daß wir gleichzeitig eine Schutzmaßregel getroffen haben, um uns der Erweiterung des Einflusses einer größeren Macht auf dem Balkan zu widersetzen."

Daß aber in Wirklichkeit diesem Bündnis noch weitaus größere Bedeutung beigelegt werden mußte, ergab sich bei Ausbruch des Balkankrieges im Herbste desselben Jahres. Dies ist u. a. aus folgenden Dokumenten ersichtlich:

Telegramm des russischen Botschafters in London an Außenminister Sasonow vom 21. Oktober 1912[2]): „Ich habe seinerzeit Nicolson ganz vertraulich von dem Abschlusse des serbisch-bulgarischen Bündnisses Kenntnis gegeben. Nicolson wußte bereits davon, wahrscheinlich durch das Pariser Kabinett. Er hat damals diese Konvention als gegen die Möglichkeit österreichischer Übergriffe gerichtet betrachtet. Er hat keine Bemerkung hinzugefügt und nur gesagt, daß er kein Zutrauen zu der Diskretion König Ferdinands habe und nicht erstaunt sein würde, wenn letzterer im geheimen dem Wiener Kabinett irgendwelche Mitteilungen hierüber zukommen ließe."

Auszug aus einem sehr vertraulichen Brief des Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 31. Oktober 1912[3]):

[1]) Dipl. Akt. S. 154. — [2]) Dipl. Akt. S. 552. — [3]) Dipl. Akt. S. 561 u. 650.

Digitized by Google

„In letzter Zeit hat der französische Außenminister in seinen Gesprächen mit Iswolsky wiederholt darauf hingewiesen, daß es ihm durchaus wünschenswert erscheint, Grey ausführlichere Mitteilungen über den Inhalt des serbisch-bulgarischen Bündnisses und über die Haltung Rußlands in dieser Frage zu machen... Sie können Grey sagen, die russische Regierung habe gewußt, daß Geschow seinerzeit durch Vermittlung des englischen Gesandten in Sofia dem Londoner Kabinett hierüber Mitteilung gemacht habe; es habe deshalb für Sie nicht die Notwendigkeit bestanden, mit Grey ausführlich über diesen Vertrag zu sprechen, um so weniger, als der letztere auf Wunsch der beiden interessierten Regierungen sehr geheimgehalten werden sollte. ... Als der Vertrag unterschrieben war und uns mitgeteilt wurde, haben wir vieles in ihm gesehen, was über die oben beschriebenen Ziele hinausging und was uns ernstliche Bedenken einflößen mußte. Aber das hauptsächlichste Ziel, den unnormalen Beziehungen zwischen zwei benachbarten und blutsverwandten Völkern ein Ende zu setzen, war erreicht. Dieses Resultat wollten wir durch Entgegnungen und Proteste nicht in Frage stellen. In diesem Vertrage war auch die Rolle Rußlands als des höchsten Schiedsrichters im Falle von Meinungsverschiedenheiten festgelegt worden. Man hat uns nicht gefragt, ob wir damit einverstanden sind, daß Rußland in einem bulgarisch-serbischen Vertrage erwähnt wird, aber wenn wir einen derartigen Vorschlag ablehnten, so mußten wir befürchten, die weitere Entwicklung der Politik der beiden Länder in einem unerwünschten Sinne zu beeinflussen. Diese Erwägungen haben uns veranlaßt, uns aller Entgegnungen zu enthalten."

Ohne die Bildung dieses Balkanblockes wäre der Krieg der vier Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Griechenland, Montenegro gegen die Türkei im Jahr 1912 kaum ausgebrochen, aus dem die Alliierten als Sieger mit einem ungeheuren Gebietszuwachs hervorgegangen sind. Die Teilung der Beute konnte jedoch nicht auf friedlichem Wege erfolgen und führte zum Kriege Bulgariens mit seinen früheren Verbündeten, denen sich auch noch Rumänien anschloß.

Bulgariens Opferung

Es ist in der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt geworden, daß dem Eintritt Rumäniens in den Krieg die Preisgabe Bulgariens durch Rußland vorausgegangen ist. Rußland war mit Bulgarien viele Jahre hindurch durch eine Militär-Konvention verbunden, welche beide Teile im Falle eines Angriffes zu gegenseitiger militärischer Unterstützung verpflichtete. Noch im Dezember 1912 hatte die russische Regierung es für nötig befunden, Rumänien eine Warnung zu erteilen und hatte darauf hingewiesen, daß die öffentliche Meinung es ihr nicht erlauben würde, im Falle eines bulgarisch-rumänischen Zusammenstoßes die Rolle eines unbeteiligten Zuschauers zu spielen. Jetzt aber hatte sich in der Politik des Petersburger Kabinettes in dieser Frage eine radikale Änderung vollzogen: man hatte wohl erkannt, daß ein allzu starkes Bulgarien unter Umständen für die Verwirklichung der russischen Balkanpläne ein ernstes Hindernis bedeuten könnte. Über diese entscheidende Wendung in der russischen Politik, welche das Schicksal Bulgariens im voraus besiegelte, berichtet Sasonow:

„Ein paar Tage vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten teilte der rumänische Gesandte in Petersburg mir mit, daß seine Regierung sich zum Eingreifen in einen eventuellen Krieg zwischen den ehemaligen Verbündeten werde entschließen müssen. Ich fragte, ob Rumänien nicht fürchte, daß in diesem Falle Bulgarien, nachdem es mit Serbien und Griechenland abgerechnet, sich gegen Rumänien wenden werde. Der Gesandte antwortete mit der Frage: ‚Welches würde dann die Haltung Rußlands sein?' Ich antwortete: Unter den gegebenen Verhältnissen werden wir Bulgarien nicht beistehen.'"

Rumänien konnte sich nun ungefährdet gegen das von seinen früheren Bundesgenossen hart bedrängte Bulgarien wenden.

Dieser Übermacht mußte Bulgarien unterliegen und der mit so unendlicher Mühe gebildete Balkanblock zerfiel. Aber der ungeheure Machtzuwachs, mit dem die Serben aus diesem Kriege hervorgingen, und der Anschluß Rumäniens an Rußland einerseits, und an Serbien und Griechenland andererseits haben zu Beginn des Jahres 1914 das Ausscheiden Bulgariens mehr als wettgemacht und bedeuten eine weitere Verschiebung des Kräfteverhält-

Digitized by Google

nisses zu Ungunsten Österreich-Ungarns. Hierüber berichtet folgender Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Wien an Sasonow vom 3. April 1914[1]):

„... So beklagenswert auch der zweite Balkankrieg vom Standpunkte des Slawentums gewesen ist, so kann man doch nicht leugnen, daß das Resultat dieses Krieges, soweit die speziellen russischen Interessen in Frage kommen, für uns vorteilhaft gewesen ist. In der Tat, was wäre geschehen, wenn in Sofia beim Abschlusse des Waffenstillstandes mit der Türkei die Stimme der Vernunft gesiegt hätte und die bulgarische Regierung bereit gewesen wäre, die berechtigten Forderungen Serbiens hinsichtlich der Abänderung des zwischen ihnen bestehenden Vertrages und die völlig unberechtigten, aber verhältnismäßig bescheidenen Forderungen Rumäniens anzunehmen? Bulgarien wäre, was Ausdehnung seines Territoriums und Stärke seiner Bevölkerung anbelangt, der größte Balkanstaat geworden; Rumänien hätte sich beeilt, sich ihm zu nähern, wahrscheinlich auch die Türkei; und wenn schließlich auch noch eine Annäherung mit Österreich stattgefunden hätte — was ich stets für möglich gehalten habe, sogar noch vor dem Kriege mit Serbien — so würde sich auf dem Balkan ein uns feindlicher Block gebildet haben, der aus Österreich, Bulgarien, Rumänien und der Türkei bestanden hätte. Jetzt aber ist unter den obwaltenden politischen Bedingungen Österreich auf dem Balkan völlig isoliert, und jeder Versuch seinerseits, den bestehenden Zustand zu ändern, würde einen entschiedenen Widerstand von seiten des Blockes Rumänien, Serbien und Griechenland auslösen... Diese Lage und die Erkenntnis, daß das Wiener Kabinett einen Fehler begangen hat, indem es Bulgarien während der letzten Krise unterstützt hat, rufen in Österreich-Ungarn jene allgemeine Nervosität hervor, die sich in letzter Zeit bemerkbar macht. Zum Schluß möchte ich mein Bedauern aussprechen, daß unsere und besonders die französischen Zeitungen ihrer Freude anläßlich der neuen Richtung der rumänischen Politik so geräuschvoll Ausdruck verleihen. Dieser Lärm ist ganz unnütz; denn für uns ist die Tatsache bedeutsam, daß wir Rumänien von der uns gegenüberstehenden Koalition losgelöst haben, nicht aber der errungene diplomatische Erfolg. Dieser Lärm regt aber unsere Gegner auf und veranlaßt sie, alles zu tun, um das Verlorene wieder gutzumachen. In Rumänien wird dieser Umstand von den uns feindlich gesinnten Elementen dazu benutzt werden, um die Sache so darzustellen, als ob die Ententemächte Rumänien kompromittieren und jeden Rückzug abschneiden wollen."

Geplante Vereinigung Serbiens mit Montenegro.

Noch einen letzten Trumpf wollte Rußland gegen Österreich-Ungarn ausspielen: die von letzterem stets gefürchtete Vereinigung Serbiens mit Montenegro. Im März 1914 begannen mit russischer Zustimmung Verhandlungen zwischen Belgrad und Cetinje „über die Vereinigung beider Nationen auf militärischem, diplomatischem und finanziellem Gebiete, unter dem Vorbehalte der Unabhängigkeit und Eigenart beider Staaten und ihrer Dynastieen". Das Wiener Kabinett muß von diesen Verhandlungen erfahren haben, denn der k. u. k. Botschafter in Petersburg wies noch im selben Monat Sasonow auf die Beunruhigung hin, die eine Vereinigung Serbiens mit Montenegro in der Monarchie hervorrufen müßte. Er erklärt:

„Wenn eine solche Vereinigung stattfindet, so würde Österreich-Ungarn nicht stiller Zuschauer bleiben können. Die Interessen der Monarchie im Adriatischen Meer lassen keine Verschiebung des Gleichgewichtes zu. Das Adriatische Meer bedeutet für Österreich-Ungarn dasselbe wie das Schwarze Meer für Rußland." Sasonow gab dem österr.-ung. Vertreter gegenüber das Bestehen derartiger Verhandlungen nicht zu, ließ jedoch gleichzeitig durch die russische Gesandtschaft in Belgrad dem serbischen Ministerpräsidenten Pasitsch eine Warnung zukommen „um in dieser für Serbien so wichtigen Frage zur äußersten Vorsicht zu raten". Über seine diesbezügliche Unterredung mit Pasitsch berichtet der russische Gesandte Hartwig am 7. April 1914[2]):

„... Ich habe die erste Gelegenheit benutzt, um Pasitsch Ihren Standpunkt in dieser Frage mitzuteilen, und habe mich hierbei überzeugen können, daß er die Gefahr einer künstlichen Beschleunigung einer normalen Entwicklung vollkommen einsieht und daß er von der Not-

[1]) Dipl. Akt. S. 622—624. — [2]) Dipl. Akt. S. 628—29.

Digitized by Google

wendigkeit, die größte Vorsicht zu beobachten, durchdrungen ist. Natürlich sieht man sowohl in Serbien als auch in Montenegro allerseits deutlich ein, daß nach den letzten Ereignissen auf dem Balkan eine Vereinigung beider Staaten früher oder später stattfinden muß. Es steht zu wünschen, daß diese Vereinigung erst später erfolgt, damit beide Regierungen Zeit haben, die nötigen vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Und dann kann man wohl annehmen, daß es in der ganzen Welt keine Macht geben wird, welche diese historische Entwicklung hemmen kann. Das jetzt in Aussicht genommene serbisch-montenegrinische Übereinkommen wird die nötige Grundlage bilden, und man kann im voraus behaupten, daß die serbische Regierung keinen einzigen unvorsichtigen Schritt unternehmen wird."

Verständigung Rußlands mit Italien und Frankreich.

Die Lage Österreich-Ungarns auf dem Balkan gestaltete sich um so schwieriger, seine Politik war um so eingeengter, als es dem Wiener Kabinett, ohne einen allgemeinen Krieg hervorzurufen, nicht mehr möglich gewesen wäre, das durch die soeben geschilderten Ereignisse zu seinen Ungunsten völlig verschobene Gleichgewicht auf dem Balkan durch aktive Maßnahmen seinerseits wieder herzustellen. Gegen eine derartige Eventualität hatte sich Rußland den Beistand nicht nur Frankreichs, sondern auch Italiens zu sichern gewußt, wie aus folgenden Dokumenten hervorgeht:

Eigenhändiger Brief Poincarés an den russischen Botschafter in Paris, Iswolsky vom 4. November 1912 [1]):

„Wie ich Ihnen soeben gesagt habe, flößt die rätselhafte Haltung Österreichs der französischen Regierung ebensolche Bedenken ein wie der russischen. In Übereinstimmung mit dem Ministerrate halte ich es für zweckmäßig, uns schon jetzt auf ein gemeinsames Programm zu einigen, wenn Österreich versuchen sollte, eine territoriale Vergrößerung zu verwirklichen. Sie haben die Güte gehabt mir zu sagen, daß ein solcher Fall in den in Racconigi getroffenen Abmachungen vorhergesehen worden ist und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen. Auch die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen allen möglichen Bestrebungen Zugang verschaffen würde. Ich möchte deshalb wissen, ob die kaiserl. russische Regierung ebenso wie die unsrige eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen."

Auszug aus einem Briefe Iswolskys an den russischen Außenminister Sasonow vom 7. November 1912 [2]):

„Was den Vorschlag Poincarés anbelangt, der Möglichkeit territorialer Erwerbungen Österreichs auf dem Balkan vorzubeugen, so halte ich es für nötig, Ihnen den genauen Wortlaut der Mitteilung Poincarés zu übersenden, da ich die Möglichkeit von Fehlern in meinem chiffrierten Telegramm befürchte. Ich habe Ihnen soeben telegraphiert, daß ich es für wünschenswert halte, diese Mitteilung sachlich und in schriftlicher Form zu beantworten. Der französische Vorschlag ist erfolgt, nachdem die Frage vom Kabinett beraten worden war, und in ihm wird ein ganz neuer Standpunkt Frankreichs in der Frage der territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan zum Ausdruck gebracht. Während bis jetzt Frankreich erklärt hatte, daß örtliche, sozusagen rein balkanische Ereignisse es zu keinem aktiven Handeln veranlassen könnten, scheint die französische Regierung jetzt zuzugeben, daß eine territoriale Erwerbung von seiten Österreichs auf dem Balkan das allgemeine europäische Gleichgewicht und folglich auch die eigentlichen Interessen Frankreichs berühre. Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Erwerbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Übereinkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in

[1]) Dipl. Akt. S. 576—577. — [2]) Dipl. Akt. S. 575—76.

Digitized by Google

eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann. Einstweilen unterbreitet er diese Frage natürlich nur unserer Beratung, aber in einem Gespräche mit mir hat Paléologue deutlich zugegeben, daß das vorgeschlagene Übereinkommen zu diesen oder jenen aktiven Schritten führen kann... Es scheint mir, daß wir alles oben Dargelegte ernstlich prüfen und diese Gelegenheit benutzen müssen, um den neuen Standpunkt der französischen Regierung im Falle einer möglichen Ausdehnung Österreichs auf dem Balkan festzulegen und für die Zukunft eine gemeinsame Aktion Rußlands, Frankreichs und Englands vorzubereiten, wenn Österreich im Laufe der weiteren Entwicklung seinen jetzigen Standpunkt des Verzichtes auf alle territorialen Kompensationen aufgeben sollte."

Sehr vertraulicher Brief Sasonows an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 14. November 1912[1]):

„In Anbetracht der Bedeutung der Erklärungen, die Ihnen vom französischen Außenminister gemacht worden und in Ihrem Briefe vom 7. November enthalten sind, bin ich ganz Ihrer Ansicht, daß es wünschenswert ist, den neuen Standpunkt der Regierung der französischen Republik hinsichtlich einer eventuellen Ausbreitung Österreichs auf dem Balkan festzulegen. Ich bin daher damit einverstanden, daß der Brief Poincarés von uns ebenfalls schriftlich beantwortet wird, und da der Brief des französischen Ministers an Sie gerichtet war, so wäre es am besten, wenn auch unsere Antwort durch Ihre Vermittlung erfolgen würde. Beiliegend der Entwurf eines solchen Briefes, und ich halte es nur für nötig, folgende Erwägungen hinzuzufügen: Alle uns zur Verfügung stehenden Informationen weisen darauf hin, daß wenigstens im jetzigen Zeitpunkt Österreich nach keinem territorialen Erwerbe auf dem Balkan strebt. Immerhin könnte sich Österreich je nach Entwicklung der Dinge und vor allem in Anbetracht des Konflikts mit Serbien wegen des Zuganges zur Adria zur Annexion türkischen oder sogar serbischen Territoriums entschließen. In beiden Fällen wäre es für uns sehr wichtig, die Gewißheit zu haben, daß im Falle einer Einmischung von unserer Seite Frankreich nicht teilnahmslos bleiben wird. Andererseits muß man in Betracht ziehen, daß die Lage auf dem Balkan sich sehr schnell verändert und wir nicht alle Zufälligkeiten voraussehen können, die uns zu der Ergreifung dieser oder jener Maßregel veranlassen könnten, und ich halte es deshalb für notwendig, in unseren Verhandlungen mit den ausländischen Kabinetten alles zu vermeiden, was unsere Aktionsfreiheit in Zukunft einschränken könnte. In dieser Hinsicht scheint es mir wünschenswert, in Ihrer in Aussicht genommenen schriftlichen Erklärung an Poincaré allzu kategorische Erklärungen zu vermeiden, wie sie sich z. B. aus den Worten des französischen Ministers ergeben: ‚sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen'. Denn dieses könnte sich auch auf Rußland im Gebiete der Meerengen beziehen. Letztere Erwägung teile ich natürlich ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information mit."

Der russische Triumph.

Die Balkanpolitik Rußlands seit 1908, klar konzipiert und konsequent durchgeführt, ist ein glänzender Erfolg der russischen Diplomatie.

Der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff schreibt an Sasonow am 24. November 1912[2]):

„Wenn ich mich nicht irre, so will mir scheinen, daß die öffentliche Meinung in Rußland sich vor allem von dem Gedanken einer Revanche für 1909 leiten läßt; ich selbst hege dies Gefühl zu sehr, als daß es mir erlaubt wäre, ein derartiges Gefühl in Rußland abfällig zu beurteilen. Aber es scheint mir auch, daß wir diese Revanche schon in weitgehendem Maße erreicht haben und zwar dank der Politik des Kaisers, dessen berufener Vertreter Sie sind. Nicht die Befürchtung eines Konfliktes mit den Balkanalliierten und ihren Armeen hält Österreich im jetzigen Zeitpunkte zurück. Rußland allein und die Stellung, die es einnimmt, haben Österreich veranlaßt, auf sein Programm, wie es nach 1909 bestand, zu verzichten: auf jede territoriale Ausdehnung, auf den Sandschak und auf Saloniki; auch ist Österreich gleichzeitig veranlaßt worden, der Aufteilung des Balkans zwischen den Alliierten und der Schaf-

[1]) Dipl. Akt. S. 583—84. — [2]) Dipl. Akt. S. 594.

Digitized by Google

fung eines albanischen Staates unter dem Protektorate aller Mächte zuzustimmen... Ich glaube, daß, wenn die russische öffentliche Meinung eines Tages die Dinge in diesem Lichte erblicken wird, keine einzige Epoche der neueren Geschichte Rußlands ruhmvoller erscheinen wird."

Die Bajonette der Balkanstaaten konnten von nun an von der Entente gegen Österreich-Ungarns militärisches Gewicht in die Wagschale des Dreiverbandes geworfen werden. Und wie eine schwüle Vorahnung der kommenden Ereignisse klingen die Worte, die der deutsche Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg anläßlich der neuen Militärvorlage im Februar 1913 an den französischen Botschafter in Berlin richtete [1]):

„Die Vermehrung der deutschen Armee hat keine aggressive Bedeutung, ist aber dadurch notwendig geworden, daß das plötzliche Entstehen von sehr bedeutenden Militärstaaten auf dem Balkan dazu geführt hat, daß Österreich-Ungarn, vom Bündnisstandpunkte aus, nicht mehr als derselbe wichtige Faktor wie bisher betrachtet werden kann."

Italiens Verhältnis zur Entente.

Die Absprengung Italiens vom Dreibund.

Wie oben bereits erwähnt, ist die von der Entente Italien gegenüber angewandte Taktik durchaus anders geartet als das Österreich-Ungarn gegenüber befolgte Verfahren und besteht hier das nicht abgeleugnete Bestreben, diesen Bundesgenossen Deutschlands in das eigene Lager hinüberzuziehen. Alle politischen Fäden, die in dieser Richtung gesponnen worden sind, — ähnlich wie Rußland gegen Österreich-Ungarn angesetzt wurde, tritt hier Frankreich in den Vordergrund — entwirren zu wollen, würde weit über den Rahmen unserer Betrachtung hinausgehen. Ich will mich daher darauf beschränken, in loser Reihenfolge eine Anzahl von Dokumenten anzuführen, welche die eigentümliche Stellung Italiens im Dreibunde und sein Verhältnis zu den einzelnen Ententestaaten beleuchten.

Auszug aus einem Briefe des russischen Geschäftsträgers in Rom an den Außenminister Iswolsky vom 22. Juni 1909 [2]):

„... Vor allem muß ich Ihnen das Bedauern Tittonis übermitteln, Sie nicht in Venedig gesprochen zu haben, wohin Sie, wie er glaubte, nach Ihrem Münchener Aufenthalt kommen würden...

Ich zweifle auch nicht, daß Tittoni Ihnen genaue Einzelheiten über die letzte Zusammenkunft der Könige von Italien und England in Bajae gemacht hätte. Wie mir Sir Renell Rodd selbst mitgeteilt hatte, war die Abmachung getroffen worden, daß im Laufe dieser Begegnung keine politischen Fragen besprochen werden sollten. König Eduard hat anders entschieden und hat zwei Unterredungen, die eine mit König Viktor Emanuel, die andere mit Tittoni gehabt und hierbei jedesmal über dasselbe Thema gesprochen, nämlich über das Gleichgewicht in der Adria und über die Haltung Italiens im Falle eines englisch-deutschen Krieges. Der englische Botschafter hat mir versichert, daß sowohl der König als auch Tittoni keine Antwort auf die ihnen gestellten Fragen gegeben haben, daß aber die besagte Unterredung auf beide augenscheinlich einen großen Eindruck gemacht hat... Was den Eindruck Tittonis anbelangt, so hat mir der französische Botschafter gestern erzählt, der Minister scheine vor allem erstaunt gewesen zu sein, daß König Eduard von der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Konfliktes zwischen England und Deutschland gesprochen habe, einer Wahrscheinlichkeit, die Tittoni bis jetzt als eine rein theoretische Frage betrachtet habe und die ihm plötzlich als unmittelbar bevorstehend erschienen sei. Gegenüber Barrère hat er sich aller Kommentare enthalten, hat ihm aber zu verstehen gegeben, wie schwer es für Italien sein werde, in einem Konflikte Partei zu ergreifen, da es nicht einfacher Zuschauer werde bleiben können."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden Außenminister vom 9./22. Juli 1911 [3]):

[1]) Dipl. Akt. S. 710. — [2]) Dipl. Akt. S. 449 u. 50. — [3]) Dipl. Akt. S. 459/60.

Digitized by Google

„Persönlich. Ich ersehe aus Ihrem Telegramm Nr. 921, daß zwischen uns und Österreich-Ungarn ein Meinungsaustausch über Albanien begonnen hat. Aus diesem Anlasse richte ich Ihre besondere Aufmerksamkeit auf meinen vertraulichen Brief über meine Unterredung mit dem hiesigen italienischen Botschafter, welchen Sie morgen erhalten werden. Dieser Brief wird Ihnen in Erinnerung bringen, daß Tittoni und ich uns in Racconigi gegenseitig verpflichtet haben, kein neues Übereinkommen über Albanien abzuschließen, ohne uns vorher verständigt zu haben. Ich bitte Sie, mir Instruktionen für den Fall zukommen zu lassen, daß der italienische Botschafter sich mit einer neuen Anfrage an mich wendet."

Schluß eines Briefes des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 14./27. September 1911 [1]):

„Ich habe meine Unterredung mit Tittoni dazu benutzt, um ihn daran zu erinnern, unter welchen Bedingungen wir unsererseits versprochen hatten, die Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis anzuerkennen. Ich fragte ihn von mir aus persönlich, ob er nicht glaube, daß Italien, welches augenblicklich zur Ausführung seines Programmes in Tripolis schreitet, uns jetzt Garantien geben solle, daß es in Zukunft nicht vergessen wird, die übernommenen parallelen Verpflichtungen hinsichtlich unserer Rechte auf die türkischen Meerengen einzulösen. Tittoni hat bejahend geantwortet und geäußert, es werde leicht sein, die diesbezüglichen Verpflichtungen in einer passenden Formel niederzulegen."

Auszug aus einem streng vertraulichen Briefe des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1911 [2]):

„Die Ereignisse des letzten Sommers müssen überall ernste Sorge hervorrufen. Ein anscheinend unbedeutendes Ereignis, wie das Erscheinen des „Panthers" in Agadir, hat den europäischen Frieden in Frage stellen können. Wenn es Frankreich und Deutschland gelungen ist, den Frieden zu erhalten, so ist in Italien die öffentliche Meinung stärker als die Regierung gewesen und wer kann dafür bürgen, daß in Zukunft das Erscheinen eines Kanonenbootes in irgendwelchen strittigen Gewässern nicht ein Ereignis nach sich zieht, dessen Eintreten hinauszuschieben alle Mächte, wenn auch nicht immer ganz aufrichtig, bemüht sind.

Das Bestreben Deutschlands, sich für den Fall eines Krieges ein möglichst günstiges Terrain zu schaffen, verdient entschieden Nachahmung. Ich habe in diesen Tagen mit Barrère über dieses Thema gesprochen. Er hat mir Mitteilung über die Pläne gemacht, die jetzt im französischen Generalstabe ausgearbeitet werden und deren technische Einzelheiten uns wahrscheinlich bereits bekannt sind. Er behauptet, daß Deutschland aus Mangel an Zutrauen zu der „wohlwollenden Neutralität Belgiens" sich eine Umgehung des rechten französischen Flügels von Schweizer Seite her zu sichern sucht. In dem Bestreben, die Schweiz zum Kampfe heranzuziehen, muß man eine Enttäuschung über die von Italien zu erwartende Hilfe erblicken. Die von Italien mit Frankreich abgeschlossenen Verträge bleiben nach wie vor ein Geheimnis. Doch ist man immerhin über deren Inhalt unterrichtet. Es hat der Aufmerksamkeit der Bundesgenossen Italiens nicht entgehen können, daß die nach Tripolis aus dem Norden Italiens geschickten Regimenter von der französischen und nicht von der schweizerischen oder österreichischen Grenze genommen worden sind ... Um die gegenüberstehende Seite zu schwächen, werden Frankreich und England ein Mittel finden müssen, um Italien zu einem aktiveren Übereinkommen zu bewegen. Sowohl Barrère als auch Rodd sehen diese Notwendigkeit ein und suchen nach einem Mittel, dies zu erreichen. Die veränderte geographische Lage Italiens, die Sorgfalt, mit der die Vorbereitungen zur Expedition nach Tripolis getroffen worden sind, die Deutschland nicht wohlgesinnte öffentliche Meinung, die Befürchtungen, die die Politik der Schweiz erregt — alles dieses läßt es England und Frankreich ganz besonders wünschenswert erscheinen, sich den Beistand Italiens für den Fall eines Krieges zu sichern.

Wenn nach Beendigung des tripolitanischen Krieges Frankreich und England die erwähnten Abmachungen getroffen haben werden, werden auch wir erwägen müssen, welche Vorteile wir

[1]) Dipl. Akt. S. 460. — [2]) Dipl. Akt. S. 474/75.

Digitized by Google

aus einer Annäherung an Italien ziehen könnten. Der Sinn unserer Abmachungen mit Italien müßte folgender sein: man muß versuchen, von unserer Grenze einen Teil der österreichischen Kräfte abzulenken, die sonst gegen uns Verwendung finden würden.

Wie ich bereits in meinen Berichten erwähnt habe, ist das heutige Italien nicht mehr jener Faktor, dessen Verbleiben im Dreibund uns als ein totes Gewicht für seine Bundesgenossen wünschenswert erscheint."

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 17./30. Mai 1912[1]):

„Die in letzter Zeit bemerkbare Verschlechterung in den französisch-italienischen Beziehungen kann uns nicht gleichgültig lassen. Wie Ihnen gut bekannt, halten wir es nicht für nützlich, auf den formalen Austritt Italiens aus dem Bestande des Dreibundes hinzuarbeiten, aber indem die jetzige Lage der Dinge äußerlich weiterbestehen bleibt, halten wir es für sehr wünschenswert, die Beziehungen des Königreiches zu uns und zu Frankrich in Wirklichkeit möglichst eng zu gestalten.

Da wir selbst augenblicklich in dieser Hinsicht eine besonders günstige Position einnehmen, sind wir natürlich bereit, diese günstige Lage zu benutzen, um, wenn Frankreich dies wünschen sollte, ihm unsere tatkräftige Unterstützung zur Beilegung seiner Schwierigkeiten mit Italien zuteil werden zu lassen. Eine dieser Schwierigkeiten ist augenscheinlich das weitere Schicksal des französisch-italienischen Abkommens vom Jahre 1902.

Dieses Abkommen ist uns nie mitgeteilt worden und bezog sich, soweit bekannt, hauptsächlich auf eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeere und müßte daher eigentlich zeitlich unbegrenzt sein. Da es aber immerhin möglich ist, daß dieses Abkommen auch andere Bestimmungen enthält, die an einen gewissen Termin gebunden sind, so wird vielleicht jetzt nach zehnjähriger Dauer die Frage der Erneuerung dieses Abkommens aufgeworfen. Soviel wir wissen, wünschen die Franzosen die Erneuerung des Abkommens, während die Italiener, wohl unter dem Einflusse ihres Botschafters in Paris, der für Handlungsfreiheit eintritt, sich nicht beeilen wollen, sich durch neue Verpflichtungen zu binden, ehe die jetzige verworrene politische Lage eine Klärung erfahren hat.

In England fängt man an sich zu beunruhigen, da man dort die Befürchtung hegt, daß im Falle einer Veruneinigung Italiens und Frankreichs ersteres sich wieder enger an den Dreibund anschließen wird. In diesem Falle könnte Tripolis in italienischen Händen eine bequeme maritime Operationsbasis für den Dreibund im Mittelmeere werden.

Ich richte daher an Sie die vertrauliche Bitte, die soeben erwähnten Informationen nachzuprüfen und wenn möglich festzustellen, ob jetzt wirklich die Rede von der Erneuerung des Abkommens vom Jahre 1902 ist, welches seine Bestimmungen sind und wie sich die französische Regierung zu dieser Frage stellt. Endlich möchten wir auch wissen, ob Frankreich unserer Vermittlung zur Verbesserung seiner Beziehungen zu Italien bedarf."

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912[2]):

„Nach Empfang Ihres vertraulichen Briefes vom 17./30. Mai habe ich Poincaré zu einer Aussprache über die französisch-italienischen Beziehungen veranlaßt. Ich habe versucht festzustellen, ob das Gerücht, daß das Abkommen vom Jahre 1902 abgelaufen ist und zwischen Frankreich und Italien Schwierigkeiten hinsichtlich der Erneuerung dieses Abkommens entstanden sind, der Wirklichkeit entspricht. Ich habe hierbei darauf hingewiesen, wie wenig eine Erkaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien und die Rückkehr des letzteren zum Dreibund den Interessen der drei Ententemächte entspricht, und auch angedeutet, das wir bereit wären, Frankreich unsere guten Dienste anzubieten.

Poincaré hat auf das bestimmteste erklärt, daß das Abkommen des Jahres 1902 an keine Frist gebunden ist. Wenn uns der Wortlaut dieses Abkommens nicht mitgeteilt worden ist, so ist es nur deshalb nicht geschehen, weil Frankreich es ohne Einwilligung Italiens nicht tun kann.

[1]) Dipl. Akt. S. 465/66. — [2]) Dipl. Akt. S. 467/69.

Digitized by Google

Aber der Inhalt des Abkommens sei uns bekannt. Es enthält eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeere. Seiner Natur nach ist also das Abkommen ein unbefristetes. Eine praktische Folge dieses Abkommens ist ferner der Verzicht der Konzentrierung der französischen und italienischen Armee an der französisch-italienischen Grenze. Sollte Italien aus irgendeinem Anlasse eine Änderung in der bestehenden Lage herbeiführen wollen, so würde dies einen unfreundlichen Akt Italiens Frankreich gegenüber bedeuten. Aber glücklicherweise ist hiervon keine Rede...

„Übrigens", fügte er hinzu, „habe ich Grund zur Annahme, daß Italien von der Freundschaft Frankreichs fest überzeugt ist und daß gerade jetzt die italienische Regierung Rußland und Frankreich für seine besten Freunde hält und von ihnen viel mehr als von seinen Bundesgenossen Hilfe erwartet."

Was die Frage des formalen Austrittes Italiens aus dem Dreibund anbelangt, so ist Poincaré mit Ihnen ganz einverstanden, daß kein Grund vorliege, ein solches Resultat zu erstreben, da dieses nur gefährliche Verwicklungen hervorrufen könne. Am besten wäre es, die jetzige Lage beizubehalten, da Italien ein hemmendes Element im Dreibunde sei. Immerhin dürfe Frankreich nicht vergessen, daß Italien der uns gegenüberstehenden politischen Kombination angehört. Deshalb müsse die französische Regierung darauf bedacht sein, daß Italien im Mittelmeere nicht die Vorherrschaft zufällt. Bei dem jetzigen Kräfteverhältnis der Flotte genügt eine einfache Mobilisation der französischen Seestreitkräfte, um einen jeglichen feindlichen Versuch von seiten Italiens unmöglich zu machen. „Sie können überzeugt sein," sagte er mir mit besonderer Betonung, „daß Frankreich fest entschlossen ist, auch in Zukunft das Übergewicht über Italien im Mittelmeere zu behaupten." Diese Erklärungen Poincarés entsprechen nicht ganz den von unserem Geschäftsträger in Rom mitgeteilten Informationen. Ich habe aber keinen Grund, an der Aufrichtigkeit Poincarés zu zweifeln, welcher, wenn er auch oft eine unnötige Schroffheit und Geradlinigkeit an den Tag legt, mir jedoch niemals Anlaß gegeben hat, an seiner Wahrheitsliebe zu zweifeln. Außerdem scheint mir, daß in letzter Zeit sich die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, und persönlich zwischen Poincaré und Tittoni, bedeutend gebessert haben."

Bericht des russischen Außenministers Sasonow über die Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Poincaré anläßlich seines Besuches in Petersburg im August 1912 [1]):

„... Die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien berührend, habe ich Poincaré meine aufrichtige Freude geäußert, daß diese Beziehungen, die eine Zeitlang so gespannt schienen, sich augenscheinlich bessern, was namentlich am Vorabend der Erneuerung des Dreibundes ganz besonders wichtig sei. Ich lenkte hierbei seine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es für Frankreich ganz besonders wichtig sei, Italien streng im Rahmen der formalen Erfüllung seiner Verpflichtungen seinen Bundesgenossen gegenüber zu halten, ohne ihm Grund zu geben, sich letzteren enger anzuschließen, da dieses für den Fall eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich unvorteilhaft wäre.

Unter der Bedingung, daß zwischen Italien und den drei Ententemächten freundschaftliche Beziehungen bestehen und gegenseitiges Zutrauen herrscht, ist das Verbleiben Italiens als totes Gewicht im Dreibunde nicht nur Frankreich und Rußland, sondern sogar Italien nützlich, da dies eine Garantie gegen einen italienisch-österreichischen Krieg bedeutet, in den auf die eine oder andere Weise auch die anderen Staaten hineingezogen werden könnten" [1]).

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 351 [2]):

„Fortsetzung meiner Telegramme Nr. 349 und 350. Im Laufe der Unterredung berührte Poincaré die Frage, welche Stellung Italien im Falle eines österreichisch-serbischen Konfliktes einnehmen werde, und fragte mich, ob ich ihm den genauen Inhalt unserer Abmachungen mit Italien mitteilen könne. Ich erwiderte ihm, ich könne ihm nur in allgemeinen Umrissen sagen, daß in Racconigi festgestellt worden ist, daß sich sowohl Rußland als auch Italien der

[1]) Dipl. Akt. S. 793. — [2]) Dipl. Akt. S. 481.

Digitized by Google

Ausbreitung einer dritten Macht auf dem Balkan widersetzen werden, daß aber hierbei nur diplomatische Schritte in Aussicht genommen wurden, und daß keine Verpflichtungen hinsichtlich eines aktiven Eingreifens eingegangen worden sind. Ich bemerkte meinerseits, daß auch wir den genauen Inhalt der zwischen Frankreich und Italien gültigen Abmachungen nicht kennen. Poincaré beeilte sich zu sagen, daß für die beiden Bundesgenossen der Augenblick gekommen sei, sich mit voller Offenheit über die gegenseitigen Beziehungen zu Italien zu unterrichten; Italien sei berufen, bei den jetzigen Ereignissen eine große Rolle zu spielen, und diese müsse im voraus klargestellt werden. Er fügte hinzu, daß, wenn Sie seine Ansicht teilen, man vielleicht bei Italien anfragen und seine Zustimmung erhalten könnte."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912. — Nr. 376[1]):

„Ich habe den Inhalt Ihres Telegrammes Poincaré mitgeteilt, der hierauf über denselben Gegenstand mit den Botschaftern von Italien, Deutschland und Österreich Unterredungen hatte. Tittoni bestätigte ihm den in den Telegrammen 374 und 375 dargelegten Plan und ergänzte ihn dadurch, daß Diakowo, Ipek und Prisren den Serben bleiben müsse. Tittoni sagte Poincaré auch, daß infolge der erregten öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt wären, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern, und daß Sie die Forderungen Serbiens, einen territorialen Ausgang zum Adriatischen Meer zu erhalten, unterstützen müssen. Das macht ihm, Tittoni, Sorgen, denn Italien hat sich verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen, und im Falle eines Krieges wegen dieser Frage muß Italien Österreich bewaffnete Unterstützung leisten. Poincaré bemerkte, das stehe schwerlich im Einklang mit dem, was ihm über das russisch-italienische Abkommen in Racconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus dem französisch-italienischen Abkommen von 1902, kraft dessen Frankreich das Recht habe, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen.

Tittoni antwortete, daß das Abkommen mit Österreich über Albanien der Verständigung mit Frankreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend sei. Das bringt Italien in eine äußerst schwierige Lage und deshalb sucht es mit allen Kräften eine friedliche Lösung der Lage zu erreichen. Im Laufe des Gespräches sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland auf bewaffnete Hilfe von seiten Frankreichs vollkommen rechnen könne. Das machte, sagt Poincaré, auf Tittoni einen sichtbaren Eindruck."

Veränderung der Weltlage durch die anglo-russische Konvention über Persien.

Die Knebelung Persiens.

Am 31. August 1907 schlossen England und Rußland ein Abkommen über Persien, Afghanistan und Tibet. Während Rußland seine Uninteressiertheit in den beiden letzten Ländern erklärte, wurde Persien auf Grund des Übereinkommens in drei Zonen geteilt: im Norden eine russische Einflußsphäre, im Süden eine englische, und zwischen diesen beiden eine dritte, neutrale Zone. Der Vertrag garantierte ausdrücklich die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Persiens und folglich auch das Prinzip der „offenen Tür" und der freien Betätigung aller anderen Nationen in diesem Lande. Wie freilich die anglo-russische Politik die persische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit auffaßte, haben die nachfolgenden Ereignisse bewiesen und die bevorzugte Stellung, die diese beiden Großmächte in allen Fragen des öffentlichen Lebens Persiens für sich beanspruchten — Bestimmung der Regierungsform, Ernennung der persischen Beamten, Anstellung von ausländischen Beiräten und Instrukteuren, Finanzverwaltung, Gendarmerie, Anleihen, Konzessionen, Eisenbahnen — ist in der neueren Geschichte wahrscheinlich eines der krassesten Beispiele imperialistischer Vergewaltigung eines unabhängigen, freien und entwicklungsfähigen Volkes. Das Vorgehen Rußlands und Englands in Persien hat in der Folge denn auch nicht nur zur offenen, aber immer wieder gewaltsam unterdrückten Auflehnung der Perser geführt, sondern auch zu Verwahrungen der

[1]) Dipl. Akt. S. 473.

Digitized by Google

anderen, in ihren Handelsinteressen geschädigten Mächte, vornehmlich Deutschlands, Anlaß gegeben, bis schließlich auch das Berliner Kabinett von Erwägungen der allgemeinen Politik ausgehend, die Vorzugsstellung Rußlands und Englands in Persien anerkannt hat. Die jeden Billigkeitsgefühles bare und der englischen freiheitlichen Überlieferung hohnsprechende Politik des liberalen Kabinettes Asquith hat im englischen Parlament mehrfach zu heftigen Angriffen gegen den verantwortlichen Staatssekretär, Sir Edward Grey, geführt, wobei es diesem jedoch, dank seinem großen persönlichen Einflusse, stets gelungen ist, die gegen seine persische Politik gerichtete Opposition zum Schweigen zu bringen — eine schwierige Aufgabe, da er in den öffentlichen Debatten nie hat zugeben können, daß er sich aus Rücksichten der höheren Politik, d. h. Erhaltung der Ententekoalition, in persischen Fragen bewußt in das Schlepptau der dem gewöhnlichen Engländer an und für sich unsympathischen reaktionären russischen Politik nehmen lassen mußte, ja sogar die Interessen Englands in Persien bis zu einem gewissen Grade geopfert hat. Es ist nicht meine Absicht, die einzelnen Phasen der Aufteilung Persiens zwischen Rußland und England an der Hand des mir vorliegenden Aktenmaterials zu beleuchten, sondern es soll hier nur die ganz außerordentliche Wirkung hervorgehoben werden, die die anglo-russische Konvention des Jahres 1907, obwohl auf den ersten Blick nur von örtlicher Bedeutung, tatsächlich auf die gesamte politische Konstellation Europas ausgeübt hat. Diese Einsicht, bisher nicht genügend erkannt, ist eine unumgängliche Voraussetzung zum Eindringen in das politische Labyrinth der Vorkriegszeit.

Bedeutung der Konvention.

Die große Bedeutung der anglo-russischen Konvention für die Weltpolitik ist auf zwei Momente zurückzuführen: Erstens ist sie von Anfang an gegen Deutschland gerichtet; zweitens wird sie in ihrer logischen Entwicklung bald zum Tragbalken der ganzen Ententepolitik, gleichzeitig aber auch zu ihrem schwachen Punkt. Mit dem Aufhören der Kooperation Englands und Rußlands in Persien wäre auch die Entente selbst zerfallen und hätte sofort eine Neuorientierung der englischen Politik, im Sinne einer Annäherung Englands an Deutschland, eingesetzt, wobei sogar die Flottenfrage, selbst nach der Ansicht eines so tiefblickenden Staatsmannes wie Grey, keine unüberwindliche Schwierigkeit gebildet hätte. Welch' eine Perspektive für die Erhaltung des Weltfriedens!

Schon das konservative Kabinett Lord Lansdownes hatte nach dem Russisch-Japanischen Kriege den Abschluß eines Übereinkommens mit Rußland ins Auge gefaßt, um dem langjährigen Zwiste der beiden Mächte in Zentralasien ein Ende zu setzen. Aber die eigentlichen Schöpfer der Konvention von 1907 sind König Eduard, der englische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Sir E. Grey, der damalige russische Außenminister A. P. Iswolsky und der russische Botschafter in London Graf Benckendorff.

Die Berichte des letztgenannten Diplomaten, obschon nicht immer klar in Anlage und Ausdruck, zeigen in ungewöhnlich hohem Grade politischen Scharfblick, Sicherheit des Urteils und Verständnis für die Psychologie der englischen öffentlichen Meinung. Da er auf russischer Seite von Anfang an die Konventionsverhandlungen in London geleitet hat, muß sein Urteil über den wahren Charakter und den lebendigen Kern dieses Abkommens ganz besonders kompetent erscheinen.

Als Folge des Besuches des russischen Kaisers in Potsdam im Jahre 1910 wurden zwischen Berlin und Petersburg Verhandlungen eingeleitet, die sich mehrere Monate hinzogen und die u. a. den Bau einer Eisenbahn von Bagdad über Khanekin nach Teheran ins Auge faßten. Das Londoner Kabinett erklärte sich sofort durch einen derartigen Schritt Rußlands aufs höchste benachteiligt, wies darauf hin, daß England dadurch Deutschland gegenüber in eine unvorteilhafte Lage gerate, und obwohl es zugab, auf Grund des Buchstabens der anglo-russischen Konvention keinen formellen Protest gegen einen derartigen Plan einlegen zu können, gab es in Petersburg deutlich zu verstehen, daß es im Falle eines russischen Nachgebens gegenüber den Wünschen Deutschlands sofort die nötigen Konsequenzen für seine eigene Politik zu ziehen gezwungen sein würde. Die ganze Tätigkeit Benckendorffs in jener Zeit ist darauf gerichtet, seine eigene Schöpfung zu retten und die Möglichkeit einer Trennung der englischen und der russischen Politik zu verhindern, und in seinen Berichten kommt er hierbei auf die wahren Motive des Abschlusses der anglo-russischen Konvention und auf den eigentlichen, wenn auch gewissermaßen versteckten Sinn dieses Übereinkommens zu sprechen. Am 14. Februar 1911 schreibt er an den russischen Außenminister Sasonow[1]):

[1]) Dipl. Akt. S. 387.

Digitized by Google

„Beim Abschlusse des persischen Abkommens garantierten wir uns gegenseitig unsere Interessen in diesem Lande, und ohne die wirtschaftlichen Interessen der anderen Staaten direkt ausschließen zu wollen, wollten wir doch außer den russischen und englischen keine anderen politischen Interessen gelten lassen; auch nicht zulassen, daß ein anderer Staat sich solche politische Interessen schafft. Deutschland wird aber jetzt die Möglichkeit haben, dies zu tun — dazu kann es die Frage der Bahnbauten benutzen."

Und in seinem Briefe vom 26. Februar, ebenfalls an Sasonow gerichtet, heißt es[1]):

„Die englisch-russische Konvention, deren Wortlaut absichtlich so gefaßt war, daß Proteste anderer Mächte unmöglich gemacht wurden, verfolgte aber — ich glaube nicht, daß man dies bestreiten kann — den Zweck, der öfters zutage getreten ist, nämlich unsere Anstrengungen zu vereinigen, um Deutschland zu verhindern, in Persien Fuß zu fassen; Deutschland sollte sich dort nicht Interessen schaffen, die politischen Charakter annehmen könnten. Dieses Einvernehmen ist bald auf die ganze Frage der Bagdadbahn ausgedehnt worden."

Schon am 17. August 1910 hatte Benckendorff an Sasonow geschrieben[2]):

„Dann will ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß der englische Standpunkt negativer Natur ist. England hat weniger Interesse daran, was in Persien vor sich geht als daran, daß es jede andere Macht außer Rußland und England daran verhindern will, in Persien eine Rolle zu spielen. Dies bezieht sich vor allem auf Deutschland und die Türkei, natürlich aus politischen Gründen."

Auswirkung auf Europa.

Welches ist nun die Bedeutung der Kooperation Englands und Rußlands in Persien für die Entwicklung ihrer Gesamtpolitik gewesen?

Nach Abschluß der Konvention von 1907 hat Rußland zu verschiedenen Malen die persische Regierung durch militärischen Druck zur Annahme bestimmter politischer und wirtschaftlicher Forderungen gezwungen, nachdem es ihm nicht gelungen war, dies auf dem gewöhnlichen Verhandlungswege zu erreichen. Derartige militärische Interventionen Rußlands haben Grey stets große Schwierigkeiten in seinem eigenen Lande, besonders im Unterhause bereitet, da sich die öffentliche Meinung Englands über das gewalthaberische Vorgehen Rußlands mehrfach so erregt zeigte, daß Grey sich hieraus ergebende ungünstige Wirkungen auf das weitere Bestehen des englisch-russischen Übereinkommens befürchten mußte.

Bei einem derartigen Anlasse schrieb Benckendorff am 25. November 1908 an den russischen Außenminister Iswolsky[3]):

„... Diese Frage einer bewaffneten Intervention in Persien erscheint mir so wichtig, daß ich mir Vorwürfe machen müßte, wenn ich nicht nochmals die Aufmerksamkeit des kaiserlichen Ministeriums auf die Folgen lenken würde, die sich für uns aus einem Bruche unseres Übereinkommens mit England und einer neuen Orientierung der englischen Politik ergeben würden.

Ich gebrauche absichtlich diese Ausdrucksweise, die, wie ich weiß, in Rußland gewöhnlich nicht angewandt wird. Man stellt sich bei uns gern auf den Standpunkt, daß man zwischen einer Annäherung an England und zwischen einer solchen an Deutschland wählen kann. In Wirklichkeit haben wir zwischen einer Isolierung, die ein deutsch-englisches Übereinkommen hervorrufen wird, und einer Annäherung an England zu wählen. Aus politischen Gründen hat England niemals von einem Übereinkommen mit Deutschland sprechen wollen und hat seine Sicherheit in den Ententen mit Frankreich und Rußland gesucht ...

Ich glaube, man kann nur in London beurteilen, wie nachdrücklich die Bestrebungen Deutschlands sind, zu einem Einvernehmen mit England zu kommen, namentlich die Bestrebungen Kaiser Wilhelms, welcher einen Fehler nach dem andern begangen hat, hauptsächlich weil seine persönlichen Schritte resultatlos verlaufen sind und er sich in London einer Mauer gegenüber befunden hat. Aber die Fehler des Kaisers bedeuteten ebensoviele neue Schwierigkeiten, die er sich selbst schaffte. Wenn man annimmt, daß die letzten Ereignisse in Berlin dem Kaiser

[1]) Dipl. Akt. S. 348. — [2]) Dipl. Akt. S. 202. [3]) Dipl. Akt. S. 716—718.

Digitized by Google

eine größere Zurückhaltung auferlegen werden, so müßte die deutsche Politik, in dieser Richtung gesteuert, uns um so gefährlicher werden... Es ist aber trotzdem richtig, daß, wenn man die englische Mentalität so nimmt, wie sie tatsächlich ist, Deutschland als Land und als Nation günstiger als früher beurteilt wird. Man hat Achtung vor seiner Kraft, seiner Energie, vor den durch seine Arbeit erzielten Resultaten. Man mißtraut noch entschieden der deutschen Regierung, dem Lande selbst aber weniger. Und von Zeit zu Zeit lassen sich viele Stimmen hören, die behaupten, daß im Grunde genommen Kaiser Wilhelm England gegenüber aufrichtig zu sein scheint... Der Schluß, den ich aus obigem ziehen will, ist der, daß, wenn aus irgendeinem Grunde unser Übereinkommen mit England gebrochen würde, trotz der hohen Bedeutung, die England seinen Abmachungen mit Frankreich beilegt, der Boden für ein englisch-deutsches Einvernehmen viel besser geebnet wäre, als man gewöhnlich annimmt."

Im Herbste 1910 faßte der damalige russische Außenminister Sasonow erneut die Ausübung eines Druckes auf Persien ins Auge, um bestimmte russische Forderungen durchzusetzen. Noch am 26. September 1910 erklärte Grey, einem derartigen Plane ablehnend gegenüberzustehen. Aber schon zwei Tage später, am 28. September, konnte der russische Geschäftsträger in London nach Petersburg telegraphieren[1]):

„Von der Erwägung ausgehend, daß eine Störung des englisch-russischen Einvernehmens in Persien unzulässig ist, hat Grey dem englischen Gesandten in Teheran telegraphiert, er solle seinen russischen Kollegen bei den Verhandlungen mit der persischen Regierung unterstützen unter der Voraussetzung, daß unsere Truppen in nächster Zeit abberufen werden."

Und am 1. Oktober berichtete der russische Gesandte in Teheran nach Petersburg[2]):

„Der englische Gesandte hat kategorische Weisung erhalten, unsere Forderungen zu unterstützen. Grey fügt hinzu, die Solidarität der beiden Gesandtschaften wäre wichtiger als alle Erwägungen bezüglich der Erhaltung des jetzigen persischen Ministeriums."

Welches die Folgen eines derartigen „Umfalles" Greys waren, ersieht man aus folgendem charakteristischen, sehr geheimen Briefe Sasonows an den russischen Gesandten in Teheran vom 8. Oktober 1910[3]):

„Wie Ihnen bereits bekannt, ist es uns geglückt, das Londoner Kabinett dazu zu bewegen, einen gemeinsamen Druck auf die persische Regierung auszuüben... Sir Edward Grey hat dem englischen Gesandten in Teheran die nötigen Instruktionen zukommen lassen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich dem Geiste des russisch-englischen Abkommens anzupassen und keine Meinungsverschiedenheit in bezug auf grundsätzliche Fragen der persischen Politik zuzulassen.

Ich stütze mich auf Erwägungen, die einer sicheren Grundlage nicht entbehren, wenn ich sage, daß das Londoner Kabinett die englisch-russische Konvention vom Jahre 1907 als bedeutsam für die asiatischen Interessen Englands betrachtet; daß dieses Abkommen für England im Sinne der englischen europäischen Politik jedoch noch eine viel größere Bedeutung hat. Infolgedessen brauchen wir keinen Zweifel zu haben, daß die englischen politischen Kreise wirklich den Wunsch haben, das englisch-russische Abkommen genau einzuhalten.

Diese Erwägungen haben für uns eine große Bedeutung, da wir überzeugt sein können, daß die Engländer, in Europa politische Ziele vitaler Bedeutung verfolgend, im Notfall auf einige Interessen in Asien verzichten werden, nur um die für sie so wichtige Konvention mit uns zu erhalten. Aus diesem Umstande können wir natürlich Nutzen für uns ziehen, so z. B. in der persischen Politik."

Welchen Nutzen nun Sasonow aus dieser Haltung Englands für die russischen Interessen in Persien zu ziehen beabsichtigte, geht aus folgenden Stellen desselben Briefes hervor:

[1]) Dipl. Akt. S. 204. — [2]) Dipl. Akt. S. 205. — [3]) Dipl. Akt. S. 205—208.

Digitized by Google

„Deshalb müssen unsere Maßregeln nicht den Charakter einer Übereinkunft mit den Persern annehmen. Wir müssen mit ihnen nicht zu handeln anfangen, sondern wir müssen sie davon überzeugen, daß wir unser freundschaftliches Verhältnis zu Persien nicht wiederherstellen werden, wenn sie uns diese oder jene Konzession erteilen, sondern nur, wenn ihre ganze Politik uns gegenüber grundsätzlich geändert wird. Ich gehe auch von der Erwägung aus, daß Persien unser viel mehr bedarf als wir seiner, und wir haben genug Mittel, den Persern diese Erkenntnis beizubringen. Ich nehme an, wir könnten zu diesem Zwecke mit einem System kleinerer Unannehmlichkeiten anfangen... Sodann könnte man zu wichtigeren Maßnahmen greifen... Endlich, wenn dies alles nicht wirkt, können wir zu denjenigen äußersten Maßnahmen schreiten, die in Ihrem Telegramm Nr. 177 erwähnt sind, d.h. uns weigern, irgendwelche Beziehungen zum Ministerium zu unterhalten; erklären, daß unsere Truppen nicht nur nicht abberufen, sondern im Gegenteil verstärkt werden; die Bezahlung der Schulden verlangen, die Zollämter besetzen und schließlich drohen, daß wir in Teheran einrücken werden."

Wie weiter oben erwähnt, drohten die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland über das Bahnprojekt Bagdad—Khanekin—Teheran im Jahre 1911 zu einer ernsten Krise in den englisch-russischen Beziehungen zu führen. Wie außerordentlich groß die Bedeutung der englisch-russischen Kooperation in Persien für die Gesamtpolitik der beiden Großmächte um diese Zeit bereits geworden war, ergibt sich aus folgenden Dokumenten[1]):

Telegramm des russischen Botschafters in London an den Außenminister Sasonow vom 7. Februar 1911:

„Gestern hat Cambon Nicolson unmittelbar nach mir aufgesucht. Er sagte mir, er sei überrascht gewesen, wie beunruhigt Nicolson sei, der immer wieder auf die außerordentliche Bedeutung der Linie Teheran—Khanekin für die Entente hingewiesen habe, da die Entente hauptsächlich auf einer gemeinsamen Politik in Persien beruhe. ...Es besteht für mich kein Zweifel, daß diese Frage die Axe der politischen Situation geworden ist und daß England ihr eine so große Bedeutung beilegt, daß, im Falle wir die Linie Deutschland überlassen, England seine ganze Politik ändern wird. Die Beunruhigung Nicolsons hat eine persönliche Seite, da sowohl Grey als auch er im Augenblicke der allgemeinen Beunruhigung der öffentlichen Meinung nach der Potsdamer Zusammenkunft dafür gebürgt haben, daß Sie in Potsdam nichts versprochen haben, was den englischen Interessen zuwiderlaufe. Nicolson hat Cambon erklärt, daß, wenn kein Ausweg gefunden werden könne, dies den Zusammenbruch der ganzen englischen Politik seit 6 Jahren bedeute."

Telegramm des russischen Botschafters in London an den Außenminister Sasonow vom 9. Februar 1911[2]):

„Persönlich. Sehr vertraulich. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß, wenn der Tod seines Bruders für Grey natürlich ein schwerer Schlag war, dieses Unglück nicht der einzige Grund seiner augenblicklichen Abwesenheit ist. Unsere letzten Beschlüsse hinsichtlich Persiens haben viel dazu beigetragen, und es hat große Anstrengungen gekostet, ihn von seinem ursprünglichen Vorhaben abzubringen, seine Entlassung zu nehmen und sich vom politischen Leben zurückzuziehen. Unsere Haltung in der Eisenbahnfrage hat seine innere Überzeugung erschüttert, daß Rußland noch volle Handlungsfreiheit in seiner persischen Interessensphäre besitzt, und er glaubt, daß England in einer so wichtigen Frage zuerst hätte gefragt werden müssen. Da er kein Dokument besitzt, auf das er sich offiziell hätte stützen können, hatte er in seinem Rücktritte den einzigen Ausweg gesehen. Jetzt hat er auf diesen Gedanken verzichtet, aber der auf Grey gemachte Eindruck beweist die große Bedeutung, die England den Fortschritten Deutschlands in diesen Gegenden, hauptsächlich aus strategischen Erwägungen, beilegt. Hiervon ist weder im großen Publikum noch in der Presse etwas bekanntgeworden. Aber es steht fest, daß die englische öffentliche Meinung, weniger auf dem Wortlaut, als auf dem Geist unserer

[1]) Dipl. Akt. S. 391 u. 392. — [2]) Dipl. Akt. S. 392 u. 393.

Digitized by Google

späteren Übereinkommen und Abmachungen über die Bagdadbahn fußend, unsere Interessen in diesem Teile des Ostens für noch solidarischer als anläßlich der Annexionskrise auf der Balkanhalbinsel hielt. Wenn wir einer derartigen Enttäuschung nicht vorbeugen können, so müßte dies schwerwiegende Folgen nach sich ziehen ..."

Auszug aus einem Privatbriefe Benckendorffs an den Außenminister Sasonow vom 14. Februar 1911 [1]):

„... Ich will hier nicht versuchen, das Geheimnis des Daily Telegraph [2]) aufzuklären. Es läßt sich jedoch nicht leugnen — es ist der Appell eines mächtigen Souveräns an die britische Nation. Die Form des Verfahrens mag nicht glücklich gewesen sein — das Wesen der Sache liegt aber klar zutage.

Und was ist die Antwort Englands gewesen: ‚Wir sind gebunden und können nur zu vieren [3]) verhandeln.' Dasselbe ist noch neuerdings Cassel und Gwinner gesagt worden. Ich persönlich bin fest überzeugt, daß das Londoner Kabinett auch in Zukunft auf diesem Standpunkte verharren wird — solange, als die anglo-russische Entente bestehen wird, — aber in ihrem ganzen Umfange besteht. Sie muß die Basis der ganzen englischen Politik sein — von Marokko bis China. Dies glauben der König, Grey, Asquith, Balfour, Lansdowne, Nicolson und Hardinge. Nichts weniger jedoch: die Sicherung des Friedens zwischen den beiden großen Nationen in Asien und der Schutz der gemeinsamen Interessen. Sowie die Entente auf bestimmte Fragen beschränkt wird, muß England sich gezwungen sehen, die deutschen Wünsche in bezug auf Konzessionen und Teilung von Einflußsphären zu berücksichtigen — dies wird unsere Entente schrittweise ausschalten und dann wird das englisch-deutsche Abkommen einen allgemeinen Charakter annehmen, denn eine solche Kombination hat für England eine verlockende Seite: die Möglichkeit, die Rüstungen einzuschränken. Eine derartige Entente wird gewiß viele Schwierigkeiten zu überwinden haben — vor allem der Anfang wird schwer sein, aber einmal im Flusse, wird sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben und die Isolierung Rußlands ist die unausbleibliche Folge. Ich weiß wohl, daß ich mich wiederhole, aber der Ernst der Lage zwingt mich, meine Ansicht offen und unumwunden auszusprechen."

Gefahren für die englisch-russische Entente.

Im November 1911 hatte der damalige Vertreter des russischen Außenministeriums, Neratow, beschlossen, wieder einmal Persien gegenüber Gewalt anzuwenden um die Annahme von drei russischen Forderungen zu erzwingen, u. a. die Entfernung des Rußland mißliebigen Amerikaners Morgan Shuster, der zur Reorganisation der persischen Finanzen nach Teheran berufen worden war. Dieser Entschluß Neratows flößt Grey die allergrößten Besorgnisse ein. Über seine diesbezüglichen Unterredungen mit dem Grafen Benckendorff telegraphiert Grey an den englischen Botschafter in Petersburg am 2. Dezember 1911 [4]):

„... Ich wies den Botschafter ernstlich darauf hin, daß die russischen Truppen nur im äußersten Notfalle Teheran besetzen, und daß keine weitergehenden Forderungen erhoben werden sollten, ohne sich vorher mit uns zu verständigen. Ich befürchte, das Petersburger Kabinett gibt sich nicht genügend Rechenschaft darüber, wie unerwartet die persische Frage, wenn nicht richtig behandelt, die ganze Frage der äußeren Politik zur Diskussion stellen kann. Wenn Forderungen erhoben werden, von denen wir nicht behaupten können, daß sie sich mit der englisch-russischen Konvention decken, so würde die persische Frage verschwinden und an deren Stelle die ausländische Politik überhaupt, sowohl Rußlands als auch Englands, treten.

[1]) Dipl. Akt. S. 384—85. — [2]) Gemeint ist das vom Daily Telegraph gebrachte Interview mit Kaiser Wilhelm während seines Aufenthaltes in Highcliff, in dem der Monarch sich so offen über die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Deutschland und England aussprach. — [3]) Benckendorff will hier sagen, daß ähnlich wie England sich seinerzeit geweigert hatte, mit Deutschland allein über die Bagdadbahn zu verhandeln und darauf bestanden hatte, daß derartige Verhandlungen „zu Vieren", d. h. gleichzeitig zwischen England, Frankreich, Rußland und Deutschland geführt würden, jetzt auch Rußland nicht ohne seinen politischen Partner in Verhandlungen über die Bahnlinie Bagdad—Khanekin—Teheran mit Deutschland hätte eintreten sollen. — [4]) Dipl. Akt. 241/42.

Digitized by Google

Dies wäre bedauernswert, und ich hege die größten Besorgnisse ... Ich fürchte, die russische Regierung gibt sich nicht Rechenschaft, um einen wie großen Einsatz es sich handelt und wie große Anstrengungen wir machen müssen, um zu vermeiden, daß unsere Politik sich trennt."

Benckendorff telegraphiert am selben Tage an Neratow [1]):

„In einem besonderen Telegramm berichte ich Ihnen über meine heutige Unterredung mit Grey. Ich will hier Ihre besondere Aufmerksamkeit auf die allgemeinen Folgerungen Greys lenken: Wenn die Gemeinsamkeit unseres Handelns in Persien aufhört, so würde dies notwendigerweise den Bruch der Entente bedeuten. Dies würde in kürzerer Zeit, als man allgemein annimmt, eine neue Orientierung der englischen Politik nach sich ziehen, über die Grey sich weiter nicht geäußert hat. Dies Ereignis würde an dem Tage eintreten, an dem er im Parlamente erklären müßte, daß zwischen England und Rußland nicht mehr völliges Einvernehmen herrscht. In einem solchen Falle würde er zurücktreten, da, wie er sagte, es den Interessen Englands nicht entsprechen würde, wenn er eine andere Politik weiterführen würde als die, welche er bis jetzt mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vertreten hat, da er ein überzeugter Anhänger einer solchen Politik ist ... Noch nie habe ich Grey so beunruhigt gesehen und Cambon hat mir diesen Eindruck bestätigt. Der italienische Botschafter hat mich gefragt, ob ich die Demission Greys für möglich halte. Grey hat allein mit mir gesprochen, nicht einmal mit Cambon."

Über die großen Schwierigkeiten, gegen die Grey im Parlament zu kämpfen hatte, berichtet Benckendorff am 4. Dezember 1911 [2]):

„... In Wirklichkeit ist Grey, wie er in seiner Rede erklärt hat, nicht gegen eine Besserung der Beziehungen zu Deutschland. Eine solche erscheint ihm sogar wünschenswert. Aber er will ihr nicht die beiden Ententen zum Opfer bringen und er ist überzeugt, daß eine ernstliche Annäherung an Deutschland nur unter dieser Bedingung möglich ist. Wie er mir gestern vertraulich erklärt hat, steht und fällt er mit dieser Politik. Aus diesem Grunde sagte er, muß die russische Politik England gegenüber ganz klar sein. Er fügte hinzu, daß, wenn unser Einvernehmen die jetzige Krise überlebt, England darin den Triumph der gemeinsamen persischen Politik erblicken würde, was zur Kräftigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern führen muß ... Der Gedanke, daß die russische Regierung die Integrität oder die Unabhängigkeit Persiens — so wenig faktische Bedeutung diese Begriffe auch den beiden Mächten gegenüber haben mögen — verletzen wollte, kommt bei Sir Edward Grey nicht in Betracht. Dies ist aber sicherlich der Ausgangspunkt der Opposition. Mehrfach hatte Grey darauf hingewiesen, daß die beständige Steigerung der russischen Ansprüche an Persien die englische Opposition stärkt. Er gibt sich Rechenschaft, daß seine Demission mit Bestimmtheit zu einem völligen Wechsel der englischen Politik führen muß ... Wenn wir in ihm nur einen Staatsmann von großen Verdiensten verlieren würden, so müßte diese Erwägung vielleicht den Interessen Rußlands untergeordnet werden und könnte die Entschließungen der kaiserlichen Regierung nicht beeinflussen. Aber ich glaube wiederholen zu müssen, der Rücktritt Greys zieht die Neuorientierung der englischen Politik nach sich."

Endlich schreibt Benckendorff am 28. Januar 1912 an den inzwischen wieder nach Petersburg zurückgekehrten Sasonow [3]):

„... Was ich vermeiden möchte, ist, unsere Entente mit England, unsere Beziehungen zu diesem Lande von dem Verhalten der persischen Regierung abhängig zu machen und dadurch sozusagen den Schlüssel der englisch-russischen Beziehungen in die Hände der persischen Regierung zu legen ... Man darf sich nicht verheimlichen, daß die Opposition in England wächst. Die persische Frage fällt am meisten in die Augen; sie ist aber nicht die einzige. In Wirklichkeit handelt es sich um die Beziehungen zu Deutschland; man findet sie zu gespannt, und man macht Grey dafür verantwortlich — meiner Ansicht nach zu Unrecht. Bonar Law

[1]) Dipl. Akt. S. 239/40. — [2]) Dipl. Akt. S. 243/44. — [3]) Dipl. Akt. S. 251/53.

Digitized by Google

hat in seiner Rede der auswärtigen Politik nur ein paar Worte gewidmet. Er hat jedoch mit der Äußerung geschlossen, daß die Greysche Politik logischerweise dazu hat führen müssen, die ganze Verstimmung (ill will) in Deutschland auf England zurückfallen zu lassen. Dies ist das Hauptthema der Opposition, so sehr es auch geleugnet werden mag. Wenn es sich nur um die Angriffe des persischen Komitees handeln würde, so wäre die Sache nicht gefährlich. Man macht jedoch Grey den Vorwurf, die Angelegenheiten des nicht sehr dankbaren Frankreich (Marokko!) besorgt zu haben und nun die Interessen Italiens (Tripolis!) und Rußlands (Persien!) zu vertreten. Frankreich und Italien gehören schon der Vergangenheit an, die persische Frage bezieht sich jedoch auf die Gegenwart, und die Opposition wird zu beweisen suchen, daß Grey die Interessen Englands in Südpersien und in Indien zugunsten Rußlands vernachlässigt ... Der deutsche Botschafter war soeben bei mir. ‚Die öffentliche Meinung in England fängt an, sich wieder uns zuzuwenden', hat er mir gesagt. Dies ist richtig. Man muß nur vermeiden, daß sie sich in demselben Maße von uns abwendet. Und doch ist dies der Fall. Man kann diese Entwicklung noch aufhalten; sie kann aber auch schnelle Fortschritte machen, wie Grey selbst mir vor einigen Wochen gesagt hat. An jenem Tage war Grey sehr ernst.

Ich habe Bedenken, immer wieder die Kassandra zu spielen, aber wer hätte die Pflicht, wenn nicht ich, Ihnen zu schreiben, was ich voraussehe und was ich beobachte?"

In Wirklichkeit hat die anglo-russische Konvention alle Stürme und Krisen überstehen können. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen England und Rußland, von dieser Konvention ausgehend, führt bald zu einer völligen Solidarität der allgemeinen Politik der beiden Länder, welche in der Erklärung zusammengefaßt wird, die der englische Botschafter in Petersburg, Sir George Buchanan, im November 1911 im Auftrage Greys an den russischen Premierminister Kokowtzew und den damaligen Verweser des Außenministeriums Neratow richtet:

„Es gibt keine einzige Weltfrage, in der Rußland und England nicht Hand in Hand vorgehen [1])."

Der ferne Osten.

Die Gemeinsamkeit der Weltpolitik Englands und Rußlands sollte sich, wie Benckendorff weiter oben ausführt, „von Marokko bis China" erstrecken, um die Entente in ihrem ganzen Umfange aufrechtzuerhalten, mit anderen Worten, um dadurch die mit den politischen Zielen Rußlands und Frankreichs unvereinbare Möglichkeit eines Ausgleiches der Interessen Englands und Deutschlands auszuschließen.

Rußland und Japan.

So apodiktisch meine Formulierung des Ententegedankens erscheinen mag — so ist sie doch unter Berufung auf eine ganze Reihe von Äußerungen führender Ententepolitiker in vollem Umfange und in ihrer ganzen Bedeutung für die Beurteilung der „Schuldfrage" aufrechtzuerhalten.

Das politische Kräfteverhältnis im fernen Osten wurde in den letzten Jahren vor dem Weltkriege durch zwei politische Vereinbarungen bestimmend beeinflußt: das englisch-japanische Bündnis, welches heute durch die Washingtoner Konferenz wieder in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt worden ist, und das teils öffentliche, teils geheime russisch-japanische Abkommen über die Mandschurei von 1910, dem im Jahre 1912 eine geheime Konvention über die russische und japanische Interessensphäre in der Mongolei folgt. Die letzten beiden Verträge bilden die weitere Entwicklung des im Jahre 1907 zwischen Rußland und Japan abgeschlossenen Abkommens und bedeuten sowohl eine restlose Verständigung dieser beiden Mächte über ihre Expansion in China, als auch einen militärischen und politischen Zusammenschluß gegen jeden Einspruch von seiten Amerikas oder Europas — mit Ausnahme der beiden Bundesgenossen der vertragschließenden Parteien, d. h. Englands und Frankreichs.

Gestützt auf seine Abkommen mit Japan konnte Rußland nun seine traditionelle Politik

[1]) Dipl. Akt. S. 228.

Digitized by Google

der territorialen Erwerbungen in China, die stets im Vordergrund seiner Bestrebungen gestanden und die Grundlinie seiner „bisherigen Politik gebildet hatte“ [1]), mit um so größerem Nachdrucke durchsetzen, „als sich seine Drohungen in Peking nun auch auf die außerordentlich große moralische Wirkung seines engen Einvernehmens mit Japan“ stützten.

Die Bestimmungen des mandschurischen Abkommens von 1910 sind am 28. Juni desselben Jahres zur Kenntnis Sir Edward Greys gebracht worden. Der russische Botschafter in London berichtet am selben Tage über seine diesbezügliche Unterredung mit dem englischen Staatssekretär [2]):

„Grey ist von dem Schritte der russischen Regierung sehr befriedigt und bittet mich, Ihnen seinen besten Dank zu übermitteln. Er habe stets mit Genugtuung die Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Rußland und Japan im Laufe der letzten drei Jahre verfolgt und sei von der Bestätigung seiner Beobachtung, die ich ihm gebracht habe, außerordentlich befriedigt. Das politische Interesse Englands im fernen Osten bestehe in der Erhaltung des Friedens, wie seine Handelsinteressen auf dem Grundsatze der offenen Tür begründet seien. Grey hat mich gebeten, seinen Erklärungen den herzlichsten und freundschaftlichsten Ausdruck zu verleihen.“

Englisch-japanisches Bündnis.

Die durch die Versöhnung Rußlands und Japans ermöglichte und von Grey so warm begrüßte Sicherung des Friedens im fernen Osten hatte aber für die englische Weltpolitik noch insofern ganz besondere Bedeutung, als von nun an auch das englisch-japanische Bündnis einen direkten Aktivposten der Ententepolitik in Europa darstellte. Über die Erneuerung der englisch-japanischen Allianz in diesem Sinne berichtet Benckendorff am 17. Juli 1911 folgendermaßen nach Petersburg [3]):

„Ich habe soeben mit Sir A. Nicolson eine sehr vertrauliche Unterredung über die Erneuerung der englisch-japanischen Allianz gehabt. Ich sagte ihm, daß wir uns über den veränderten Text des Vertrages nicht wundern, da dies augenscheinlich eine Folge des beabsichtigten Schiedsgerichtvertrages mit den Vereinigten Staaten sei. Was jedoch die Verlängerung des Vertrages selbst anbelange, so könne man in Rußland nicht vergessen, daß der ursprüngliche Allianzvertrag eine Vorsichtsmaßregel gegen einen eventuellen Konflikt zwischen Rußland und England bedeutete, wie mir dies Lord Lansdowne selbst einmal in einem Privatbriefe mitgeteilt hat.

Sir Arthur entgegnete, daß in England niemand an die Möglichkeit einer Rückkehr zu den früheren Beziehungen zwischen Rußland und England glaube und daß solche Erwägungen bei der Erneuerung des Bündnisses mit Japan nicht mitgespielt haben. In Wirklichkeit handele es sich um eine sehr heikle Frage, die speziell die Kolonien, d. h. Australien, betreffe... Der soeben erneuerte Vertrag ist eine Garantie gegen alle möglichen Zufälligkeiten und in diesem Sinne findet die Erneuerung in England lebhafte Zustimmung. Er ist, sagte er, eine Garantie gegen die schlechte Laune Japans, welche durch die schlechte Behandlung der Japaner, vor allem in Australien, hervorgerufen wird. Sir Arthur fügte hinzu, auch eine andere Erwägung habe mitgesprochen. Beim Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses habe England seine Seestreitkräfte im fernen Osten bedeutend vermindern und seine Flotte in europäischen Gewässern in demselben Maße verstärken können. Auf diese Weise besitze England eine wichtige Garantie für die Erhaltung des Friedens im fernen Osten und sei in die Lage versetzt worden, seine Seestreitkräfte dort zu stärken, wo man sie gegebenenfalls brauchen werde.“

Auch Rußland ist von jetzt ab bestrebt, sich in militärischer Hinsicht im fernen Osten möglichst zu entlasten, wodurch sein Gewicht in Europa dementsprechend zunimmt. Anläßlich einer durch ein internationales Bankkonsortium an China zu gewährenden Anleihe telegraphiert der russische Außenminister am 18. März 1912 nach London [4]):

„Eine solche Tätigkeit des Syndikates wird militärische Rüstungen des asiatischen Reiches gegen europäische Staaten möglich machen. Rußland, als die nächste Nachbarin Chinas,

[1]) Dipl. Akt. Ber. d. russ. Gesandten i. Peking v. 14. Juli 1910 S. 267/68. — [2]) Dipl. Akt. S. 266. — [3]) Dipl. Akt. S. 280—81. — [4]) Dipl. Akt. S. 286.

Digitized by Google

wird dies zu allererst zu fühlen bekommen und wird infolgedessen gezwungen sein, seine ganze Aufmerksamkeit auf den fernen Osten zu lenken... Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Grey auszusprechen und ihm zu bedenken zu geben, ob es den Interessen der Mächte der Tripleentente entspricht, daß Rußland seine Aufmerksamkeit und seine Kraft nach dem fernen Osten ablenken muß."

Und am 22. desselben Monates telegraphiert Sasonow hinsichtlich einer eventuellen Beteiligung Rußlands an diesem Syndikate[1]):

„Wir können dies aber nur unter Bedingungen tun, die uns erlauben würden, nicht unsere Aufmerksamkeit von unseren Interessen in Europa und der Balkanhalbinsel abzulenken, um sie der Verteidigung unserer Stellung im fernen Osten zuzuwenden. Wir sind der Ansicht, daß dies ein gemeinsames Interesse der Mächte des Dreiverbandes ist."

Wirtschaftliche Hemmungen.

Nächst der politischen Isolierung Deutschlands haben wir uns, gemäß der in den einleitenden Ausführungen enthaltenen Fragestellung, noch mit der Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Zentralmächte, als einer logischen Folge der Ententepolitik, zu befassen. Wenn wir bei unserer Betrachtung der politischen Seite des Einkreisungsproblems das Moment der vorbedachten Absicht unberücksichtigt gelassen haben, so fällt im wirtschaftlichen Ringen der Entente gegen die Zentralmächte gerade dies Moment, mehr noch als die erzielte Wirkung, in die Wagschale. Der außerordentliche Aufschwung des gesamten Wirtschaftslebens der Welt in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Kriege hat bis zu einem gewissen Grade hierüber hinwegtäuschen können — ja man muß sich sogar fragen, ob nicht gerade die latente, mit politischen Beweggründen in ständiger Wechselwirkung stehende Konkurrenz zweier großer Wirtschaftsgruppen zu diesem Aufschwunge mit beigetragen hat. Verderblich und verwirrend hat eben nur die Vermischung mit politischen Aspirationen und Motiven gewirkt, d. h. der Umstand, daß der an und für sich freie wirtschaftliche Wettbewerb zu einer politisch vergifteten Waffe mißbraucht worden ist, sowie namentlich, daß Fragen rein wirtschaftlicher Natur durch Anwendung politischer Machtmittel, ja sogar kriegerischer Maßnahmen oft einer gewaltsamen Lösung zugeführt wurden.

Es ist uns im Rahmen unserer Untersuchung natürlich nicht möglich, ein auch nur annähernd klares Bild von der wirtschaftlichen Auswirkung des zwischen Dreibund und Dreiverband bestehenden politischen Gegensatzes zu gewinnen. Wir wollen uns daher in diesem Abschnitte nur mit einigen wenigen, für die allgemeine Tendenz charakteristischen Beispielen, ohne chronologische Einteilung, begnügen.

Ähnlich wie Rußlands — politischer — Drang nach Osten, war auch das deutsche — wirtschaftliche — Streben nach dem Süden zu einem Schlagworte politischer Katheberweisheit vor dem Kriege geworden.

In einem vertraulichen Berichte des russischen Botschafters in Paris Nelidow vom 1. April 1909[2]) heißt es:

„... Das Streben der mitteleuropäischen Staaten zum Mittelmeere widerspricht sowohl unseren eigenen Absichten als auch den Interessen unserer Bundesgenossen und Freunde, der Franzosen und Engländer. ... Alle diese Umstände weisen darauf hin, wie nötig es für uns ist, uns noch enger mit Frankreich und England zu verbinden, um gemeinsam dem weiteren deutsch-österreichischen Vordringen auf dem Balkan entgegenzutreten."

Wenn die in diesem Berichte angeführten Erwägungen noch bis zu einem gewissen Grade politisch-militärischer Natur sind, so ist der auf politischer Grundlage geführte, rein wirtschaftliche Kampf gegen die Zentralmächte nicht minder erbittert.

Iswolsky schreibt aus Paris am 25. April 1911[3]):

„In einer meiner Unterredungen mit dem französischen Außenminister habe ich die Frage der soeben in Frankreich abgeschlossenen Anleihe der Stadt Budapest erwähnt. .... Ich habe Cruppi nicht verheimlicht, daß die Gewährung einer Anleihe durch französische Banken einen

[1]) Dipl. Akt. S. 286/87. — [2]) Dipl. Akt. S. 112. — [3]) Dipl. Akt. S. 786—88.

Digitized by Google

unangenehmen Eindruck in Rußland hervorrufen wird, wo man dies natürlich als den ersten Schritt zur Finanzierung auch anderer ungarischer Anleihen betrachten muß. Um auf Cruppi den nötigen Eindruck zu machen, habe ich ihm anläßlich dieses besonderen Falles folgende Erwägungen allgemeiner Natur unterbreitet. In letzter Zeit, sagte ich, habe ich schon mehrmals die ernstliche Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Schädigung vitaler Interessen Rußlands durch Finanzprojekte französischer Banken lenken müssen. ... Derartige Unternehmungen, z. B. wie die Eisenbahn Chinchou—Aigun oder das Eisenbahnnetz in Kleinasien, würden uns ungeheure Ausgaben bei der Befestigung unserer asiatischen Grenzen auferlegen, und dies würde unsere militärische Stellung an unserer Westgrenze schwächen, was den gemeinsamen Interessen Frankreichs und Rußlands widerspricht. Jede Österreich-Ungarn oder sogar nur Ungarn gewährte Anleihe schwächt gleichfalls die Lage Rußlands und folglich auch des Zweibundes ... Erst in den letzten Tagen haben wir im Parlamente Ribot in beredter Weise von der Notwendigkeit einer einheitlicheren und logischeren Politik der drei Ententemächte sprechen hören, und Cruppi selbst hat darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, diese politische Kombination in Wirklichkeit und sozusagen jeden Tag in Anwendung zu bringen. Mir scheint es, daß ausländische Anleihen und Finanzierungen ein Gebiet darstellen, in dem die höheren politischen Interessen Frankreichs und Rußlands in Einklang gebracht werden müssen, und es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn das Streben französischer Finanzleute nach persönlichem Gewinn die Oberhand über die höheren Ziele der beiden verbündeten Mächte gewinnen sollte. Der Minister hat mir erwidert, daß er meine Ansicht durchaus teile und bereit sei, diesen Standpunkt in jedem einzelnen Falle zu vertreten. ... Trotz dieser kategorischen Erklärung Cruppis erlaube ich mir, dem Gedanken Ausdruck zu verleihen, daß vielleicht die größte Schwierigkeit der russisch-französischen Beziehungen darin besteht, die Interessen der hier so einflußreichen Finanzkreise mit der allgemeinen Richtung der Politik des Zweibundes in Einklang zu bringen. ... Die französischen Ersparnisse, die eine Anlage in auswärtigen Anleihen und Unternehmungen suchen, machen den Kampf mit den kosmopolitischen Tendenzen des hiesigen Kapitals außerordentlich schwer. Wir haben daher die Aufgabe, die Projekte der französischen Finanzkreise aufmerksam zu verfolgen, und in denjenigen Fällen, in denen unsere Interessen ernstlich bedroht sind, müssen wir rechtzeitig einen energischen Druck auf die französische Regierung ausüben, um die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern."

In diesem Zusammenhang sollen auch folgende Auszüge aus einer Denkschrift des russischen Finanz-Sachverständigen N. N. Rafalowitsch vom 14. Mai 1914[1]) angeführt werden, die von der russischen Botschaft in Paris nach Petersburg weitergeleitet worden ist:

„... Die grundlegenden Veränderungen in der politischen Struktur der Balkanhalbinsel müssen die bisherigen französisch-österreichischen finanziellen Beziehungen ungünstig beeinflussen. Um dies Ziel zu erreichen, bedarf es unsererseits eines ganz planmäßigen Vorgehens. Hierbei müssen wir zwischen den Bestrebungen der Österreicher unterscheiden, ihre Werte auf der Pariser Börse unterzubringen und Hand in Hand mit den französischen Banken auf dem Balkan vorzugehen. Was erstere Bestrebungen anbelangt, so brauchen sie uns nicht ernstlich zu beunruhigen, da sie ‚ein Attentat mit unzulänglichen Mitteln' darstellen. Die französischen Banken befürchten allzusehr die Einmischung ihrer Regierung und den Protest der öffentlichen Meinung, um sich leichten Herzens zu einer solchen Operation zu entschließen, welche durch einen einzigen Zeitungsartikel oder durch einen einzigen Schritt von seiten Rußlands zunichte gemacht werden kann. Als Beispiel hierfür kann der erfolglose Versuch gelten, für das österreichische Schatzamt eine ziemlich bedeutende Summe dadurch zu realisieren, daß die alte Streitfrage der österreichischen Südbahnen in einem für die französischen Inhaber der Aktien günstigen Sinne gelöst wurde. Dieser Versuch ist im vorigen Jahre verhindert worden, wenn er überhaupt ausführbar war, indem im Echo de Paris ein entsprechender Zeitungsartikel veröffentlicht wurde. Was die Zusammenarbeit der französischen und österreichischen Banken anbelangt, so können wir auch hier eine sehr nützliche Rolle spielen ... Wir

[1]) Dipl. Akt. S. 789—90.

Digitized by Google

müßten als allgemeine Regel aufstellen, daß man in uns interessierenden Fragen und Ländern die Franzosen nie allein mit den Österreichern lassen darf. Wo die Franzosen mit russischen Elementen zusammenarbeiten werden, dort wird es für Österreicher keinen Platz mehr geben. Außerdem bedeutet dies für uns die einzige Möglichkeit, rechtzeitig über alles unterrichtet zu sein, was wir verhindern wollen."

Verhinderung deutscher Beziehungen zum Balkan.

Wie Finanzfragen zur Erreichung bestimmter politischer Ziele mißbraucht wurden, ergibt sich aus den bulgarischen Anleiheverhandlungen im Frühjahr 1914[1]). Die Aufnahme einer größeren Anleihe im Auslande war um diese Zeit für das Ministerium Radoslawow zu einer Lebensfrage geworden und diesbezügliche Schritte wurden in Berlin unternommen. Sofort erwägt man in Petersburg und Paris, wie der Abschluß einer derartigen Anleihe in Berlin vereitelt werden kann und auch das Londoner Kabinett wird um seinen Beistand ersucht. Man stimmt zu diesem Zwecke dem Plane des russischen Gesandten in Sofia zu, dem Könige von Bulgarien sofort unter besonders günstigen Bedingungen einen großen Vorschuß zu gewähren und den späteren Abschluß einer Anleihe in Aussicht zu stellen.

Der russische Gesandte in Sofia schreibt:

„Der französische Vertreter der französischen finanziellen Interessen in Sofia ist überzeugt, daß eine derartige Operation der Realisation der Anleihe gleichkommt und es den Berliner Banken unmöglich machen wird, die Anleihe zu erhalten. Abgesehen davon, daß wir Bulgarien dem österreichischen Einflusse in Zukunft entziehen, wird auf diese Weise auch der hiesige Einfluß Österreichs und Deutschlands geschwächt und früher oder später wird auch der Sturz des jetzigen Kabinettes eintreten ..."

Der bulgarischen Regierung gegenüber soll zwar offiziell erklärt werden, daß der Vorschuß erfolgt, weil „Rußland ... nach wie vor um Bulgarien und seine politische und finanzielle Unabhängigkeit besorgt ist", und daß „die Regierungen Rußlands und Frankreichs vom Wunsche beseelt sind, Bulgarien den Beweis ihrer uneigennützigen Freundschaft zu geben".

Wie es sich jedoch mit der „uneigennützigen Freundschaft" in Wirklichkeit verhielt und um was für einen politischen Wucher es sich handelte, ergibt sich aus dem Telegramm des russischen Botschafters in Paris vom 30. Mai 1914[2]):

„... Solange wir uns auf einen Vorschuß beschränken und die Anleihe nicht abgeschlossen ist, werden Rußland und Frankreich die Möglichkeit haben, in wirksamer Weise auf die Richtung der bulgarischen Politik einzuwirken; was das definitive Verlangen anbelangt, der König solle sich verpflichten, ein anderes Kabinett zu ernennen, so können wir dieses später vorbringen, nachdem Bulgarien, nach Empfang eines bedeutenden Vorschusses, nicht mehr die Möglichkeit haben wird, sich in finanzieller Beziehung frei zu machen ..."

Als die entscheidenden militärischen Erfolge der Balkanstaaten gegen die Türkei im Herbste 1912 territoriale Veränderungen zugunsten der ersteren unvermeidlich erscheinen ließen, verzichtete Österreich-Ungarn, wie bekannt, auf seine ursprünglichen Pläne hinsichtlich des Sandschaks von Nowibazar und stimmte der Aufteilung dieses Gebietes zwischen Serbien und Montenegro zu. Die russische Regierung arbeitete ihrerseits, auf Veranlassung Englands und Frankreichs, ein Projekt der territorialen Neuregelung des Balkans aus, wobei sie ängstlich vermied, die Möglichkeit einer wirklichen Verständigung Österreich-Ungarns mit den Balkanstaaten auf rein wirtschaftlicher Grundlage zuzulassen. Rußland nahm in dieser Frage einen so unnachgiebigen Standpunkt ein, daß Benckendorff aus Zweckmäßigkeitsgründen sogar Bedenken hatte, denselben den Kabinetten von London und Paris in seinem ganzen Umfange mitzuteilen; er telegraphierte am 30. Oktober 1912[3]):

„... Denn wenn wir schon heute voraussehen lassen würden, daß wir in Zukunft zu verhindern suchen werden, daß Österreich sich in ökonomischer Hinsicht mit den vergrößerten Balkanstaaten verständigt, wären die Rollen ausgewechselt. Ich zweifle, daß wir in diesem

[1]) Dipl. Akt. S. 631—38. — [2]) Dipl. Akt. S. 636/37. — [3]) Dipl. Akt. S. 559—60.

Digitized by Google

Falle eine wirkliche Unterstützung bei den Westmächten finden würden. Denn wenn eine ökonomische Verständigung zwischen souveränen Staaten und entsprechend ihren gegenseitigen Interessen in Zukunft der Gefahr eines europäischen Krieges vorbeugen kann, so scheint mir, daß eine derartige Verständigung sowohl von der öffentlichen Meinung, als auch von den Regierungen der Westmächte gebilligt werden wird."

Anläßlich des Zusammentrittes der Pariser Finanzkonferenz im Frühjahr 1913, die sich mit den durch den Balkankrieg aufgeworfenen finanziellen Problemen zu befassen hatte, vertrat Grey die Ansicht, daß man zur Sanierung der türkischen Finanzen dieselben in Zukunft einer europäischen Kontrolle unterwerfen müßte. Rußland, teilweise von der Erwägung ausgehend, daß Deutschland hieraus Nutzen ziehen könnte, widersetzte sich dem Greyschen Standpunkte und der russische Botschafter in Konstantinopel telegraphierte am 10. Mai 1913 [1]):

„Obwohl ich persönlich überzeugt bin, daß die Türkei sich dem allgemeinen Verfalle nähert, so muß ich doch betonen, daß die türkischen Politiker die Lage des Reiches durchaus nicht für so hoffnungslos halten, als daß sie eine weitgehende internationale Vormundschaft zulassen würden. Außerdem können sie in dieser Hinsicht auf die Unterstützung einiger Großmächte rechnen. Die Ententemächte müssen dieses im Auge behalten, um nicht mit Vorschlägen hervorzutreten, über die keine Einigung erzielt werden kann. Wenn ich diese Frage vom Standpunkte unserer eigenen Interessen betrachte, so kann ich mich der Einsicht nicht verschließen, daß die Einführung eines internationalen Elementes in unsere bisherigen direkten Beziehungen zu der Türkei unser historisches Streben, uns der Meerengen zu bemächtigen, nur hindern und verzögern kann. Soweit die Türkei nicht ein großer Markt für den Absatz unseres Handels ist, sind wir an ihrer Wiedergeburt durchaus nicht interessiert. Das Vorteilhafteste wäre für uns, wenn in der Türkei zeitweilig genügend Ordnung wiederhergestellt würde, um die persönliche und materielle Sicherheit der Einwohner ohne Unterschied der Konfession und der Nationalität zu ermöglichen. Dies würde uns erlauben, die Liquidation der Türkei bis zum Augenblicke hinauszuschieben, in dem unsere Teilnahme die größten Vorteile versprechen würde..."

England die treibende Kraft.

Ich muß es mir aus Raummangel versagen, noch weitere Beispiele der Hemmung der wirtschaftlichen Ausdehnung der Mittelmächte durch die Entente aus dem außerordentlich umfangreichen, jetzt zugänglichen Material anzuführen. Genügt es doch, Marokko, Kleinasien mit seinem heiß umstrittenen Komplex von Eisenbahnen und Konzessionen, Persien, China zu nennen. Fürwahr, auch in diesem Sinne erstreckt sich die Entente „von Marokko bis China"! Ich will dieses Kapitel mit folgenden Auszügen aus einem Briefe des russischen Botschafters in London an Sasonow vom 8. Februar 1912 beschließen [2]):

„... England befindet sich an der Spitze eines ungeheuren Kolonialreiches, welches seiner Tätigkeit, seinem Unternehmungsgeiste und seinem Kapital genügt; dieses Reich steht mitten in der Umformung und inneren Entwicklung, die oft mit außerordentlicher Geschwindigkeit vor sich geht, wie z. B. in Kanada und in Indien. England ist mit Ländereien gesättigt, so daß es, kaum daß es ein neues Gebiet erworben hat, und wir wissen, um den Preis welcher Anstrengungen, sich beeilt, ihm seine Autonomie zurückzugeben. England hat in Wirklichkeit kein anderes Ziel im Auge, als seine Verbindungswege und Handelsstraßen zu sichern, was oft ungeheure Schwierigkeiten bietet. Als Mittel hierzu hat es sehr weise den Frieden mit seinen früheren Rivalen Frankreich und Rußland gewählt. Sollte dieses Mittel versagen, so bleibt ihm nur übrig, mit seinem hauptsächlichsten Nebenbuhler, d. h. Deutschland, ein Übereinkommen zu treffen, sozusagen auf Grund eines Kompromisses mit ihm zu teilen. Wie ich darauf hingewiesen habe, scheint sich die englische öffentliche Stimmung Deutschland zuzuwenden.

Deutschlands Lage ist bis zu einem gewissen Grade derjenigen Englands entgegengesetzt. Als anläßlich der Marokkokrise der deutsche Botschafter dem englischen Minister erklärte:

[1]) Dipl. Akt. S. 694—95. — [2]) Dipl. Akt. S. 745/46 und 743.

Digitized by Google

‚Man teilt die Welt, wir sind mehr eingeengt als alle anderen, wir haben auch ein Anrecht auf einen Teil der Beute', so war in diesen Worten ein Teil Wahrheit enthalten.

Es ist kein Geheimnis, mit welchem Erfolge Deutschland nach seinen Siegen und der Konsolidierung seiner Macht seine inneren Kräfte entwickelt hat. Sehr reich, ist es noch energischer und unternehmender als reich. Es braucht Kapital. England kann ihm dieses nur in unzulänglichem Maße zur Verfügung stellen; aber Frankreich wird es können, und wenn England sich diesem einmal nicht mehr widersetzt, so würde der französische Markt für Deutschland nicht lange mehr verschlossen bleiben. Nicht ohne Ehrgeiz, seine kolonialen Besitzungen zu vergrößern, geht Deutschland doch eher auf dem Wege der Durchdringung vor, indem es sich hauptsächlich großartigen Unternehmungen zuwendet, bei denen es jedoch stets auf den Widerstand Englands stößt. Es ist wahr, daß Rußlands Gewicht außerordentlich bedeutend ist, aber in überseeischen Fragen ist England, selbst allein, das größte Hindernis. Der schlagendste Beweis scheint mir die Bagdadbahn zu sein. Meiner Ansicht nach ist die Rolle, die dieses Unternehmen in der Weltpolitik spielt, viel bedeutender, als man auf den ersten Blick glauben könnte. Das Interesse, welches es in Deutschland hervorruft, umfaßt das ganze Land. Die Finanz fast ganz Europas, selbst Englands, beteiligt sich an diesem Projekte. Und doch ist es hauptsächlich England, welches Schwierigkeiten in den Weg legt... Es haben bereits verschiedene Ansätze zu Verhandlungen stattgefunden; die internationalen Verpflichtungen Englands, aber vor allem sein Mangel an gutem Willen haben niemals erlaubt, diese Verhandlungen weiter fortzuführen. Es wäre anders, wenn England, unserer Unterstützung beraubt, sich entschließen würde, den nötigen guten Willen zu zeigen und seine jetzigen Ansprüche zu mäßigen, indem und weil es in einem Übereinkommen mit Deutschland eine jener Sicherungen erblicken würde, die es nötig zu haben glaubt...

Es ist aber trotzdem richtig, daß jedesmal, wenn die deutsche Regierung ihre Interessen in Gebiete tragen wollte, in denen Interessen anderer Mächte bestanden, sie sich nicht der einen oder anderen Macht gegenübergestellt sah, sondern einer Mächtegruppe..."

Die Londoner Botschafterkonferenz 1912/13.

Der Krieg keine historische Notwendigkeit.

Die Frage, ob die logische, sozusagen zwangsläufige Entwicklung der Ententepolitik zur Einkreisung Deutschlands, in dem oben gekennzeichneten Sinne, führen mußte, hat den allgemeinen Ausgangspunkt unserer Betrachtung gebildet. Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die in den vorhergehenden Kapiteln enthaltene Antwort auf unsere Frage sich nur auf die zwangsläufigen Folgen der gegebenen Orientierung der Ententepolitik bezieht, nicht etwa auf eine unabwendbare historische Entwicklung, nicht auf ein „Schicksal", das unsere Kultur ereilen „mußte". Wenn nun jetzt von einigen politischen Führern nachträglich behauptet wird, sie hätten den Krieg schon mehrere Jahre vor seinem Ausbruch als „unvermeidlich" erkannt, so kann man nicht umhin, zu entgegnen, daß diese Unvermeidlichkeit sich nur auf die Folgen der gerade von ihnen vertretenen Politik beziehen kann: ihre eigene Verantwortung für den Krieg wächst mit dieser Erkenntnis ins Ungeheure, denn an und für sich „brauchte" es nicht zu einem Kriege zu kommen — im Gegenteil, es hätte ganz anders kommen können.

Als die französische Akademie den früheren französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon, nach dem Kriege zu einem der „40 Unsterblichen" erwählte, um dadurch der gesamten französischen Diplomatie in der Person eines ihrer hervorragendsten Vertreters die höchste in Frankreich mögliche Ehrung zu erweisen, hat der Botschafter in seiner feierlichen Antrittsrede bemerkenswerte Ausführungen über seine Berliner Tätigkeit gemacht. Für ihn war der Krieg schon zwei bis drei Jahre vor seinem Ausbruch, d. h. gleich nach Beilegung der Agadirkrise, ein Ereignis, mit dessen Eintritt bestimmt gerechnet werden mußte. Seine ganze Tätigkeit war darauf gerichtet, die noch übrigbleibende Spanne Frieden zu nutzen, um Bundesgenossen zu werben und für eine günstige politische Position zu „manövrieren". Dieser Standpunkt des äußerst geschickten Diplomaten, der auch in den schwierigsten Lagen viel Takt und Umsicht gezeigt hat, muß um so mehr befremden, als man

Digitized by Google

bisher stets annehmen zu können glaubte, daß gerade Cambon an der Herstellung normaler Beziehungen zwischen Paris und Berlin und der Beseitigung realer Kriegsursachen arbeitete.

Agadir war kein Ereignis, aus dem auf kriegerische Absichten Deutschlands geschlossen werden konnte — auch von seiten der Entente wird dies zugegeben. Taktisch ein plumper Fehler, ist Agadir psychologisch nur erklärbar durch das in Deutschland zunehmende Gefühl einer Isolierung, das triebhafte Bedürfnis, sich durch einen diplomatischen Faustschlag Luft zu verschaffen. Die deutsche Politik erhält dadurch etwas Sprunghaftes und Unberechenbares. Oft handelte es sich auch um einen Irrtum in der psychologischen Einschätzung der Gegenseite. In diesem Zusammenhang soll ein bisher unveröffentlichtes Dokument hier Platz finden.

Besuch des Prinzen Heinric in Sandringham

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 22. Januar 1913 Nr. 22:

„Persönlich und sehr vertraulich. Montag nach dem Diner hat der König Cambon von dem letzten Besuche des Prinzen Heinrich von Preußen erzählt. Cambon hatte mir hierüber berichtet. Gestern abend sagte mir der König in Gegenwart Cambons, er wolle mir dasselbe erzählen, hinzufügend „in vertraulicher Weise". Prinz Heinrich hatte nur einige Stunden in Sandringham zugebracht. Er hat den König gefragt, ob er eine Frage an ihn richten dürfe: „Im Falle eines Krieges, welches würde die Haltung Englands sein?" Der König hat geantwortet: „Unter gewissen Umständen würde England sich ‚sicherlich' auf die Seite Rußlands und Frankreichs stellen." Der Prinz zeigte sich sehr überrascht und antwortete, die Sache sei so ernst, daß er sofort seinen Bruder, den Kaiser, hiervon benachrichtigen müsse. Der König hatte keine Einwendungen erhoben. Nach seiner Rückkehr nach Berlin hat der Prinz dem König geschrieben, der Kaiser sei ebenso erstaunt gewesen und er fügte hinzu, daß am Tage seiner Unterredung mit dem König, Lord Haldane genau dasselbe dem Fürsten Lichnowsky gesagt habe. Der König sagte mir, daß während obiger Unterredung der Prinz erklärt habe, daß eine starke Entente zwischen Deutschland und England unbesiegbar wäre und das politische Programm der beiden Länder bilden müsse. Der König hat geantwortet, es handle sich für ihn und für England um eine Ehrenfrage, daß er in dieser Hinsicht nur einen bedingten Unterschied zwischen einem unterschriebenen Bündnisvertrag und Freundschaften machen könne, die nichtunterschriebene Bündnisse seien, daß sein Vater in den neun Jahren seiner Regierung die Ententen mit Frankreich und mit Rußland gegründet habe, und daß er selbst, der erst zwei Jahre regiere, nicht daran denken könne, dieselben zu erschüttern, und daß er die Absicht habe, sie ebenso aufrechtzuerhalten. Der König hat hinzugefügt, daß er seit diesem Tage mit dem mäßigenden Einflusse des Berliner Kabinetts sehr zufrieden sei, was ihn mit Genugtuung erfülle."

Der Ausspruch über die „Unbesiegbarkeit" einer eventuellen deutsch-englischen Entente, der dem Prinzen Heinrich zugeschrieben wird, ist, wiederum psychologisch beurteilt, kein glücklicher zu nennen — löst er doch unwillkürlich den Gedanken an eine gemeinsame deutsch-englische Weltherrschaft oder Weltbeherrschung aus. Es wäre richtiger gewesen, tiefer zu blicken und zu sagen: eine deutsch-englische Zusammenarbeit in den wichtigsten politischen Problemen, und zwar unter Beibehaltung der bestehenden Bündnisse und Ententen, ist das beste, — ja das einzige Mittel, Europa den Frieden zu erhalten. Einen unwiderlegbaren Beweis der Richtigkeit dieser Behauptung bilden die Verhandlungen der Londoner Botschafterkonferenz 1912 bis 1913: nur dank der kombinierten Parallelaktion Englands und Deutschlands hat damals die auf dem heißen Balkanboden entstandene furchtbare Spannung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland nicht zum Kriege geführt. Die Londoner Konferenz hat 1¼ Jahre nach Beilegung der Agadirkrise getagt: damit fällt auch die Cambonsche These von der Unvermeidlichkeit des Weltkrieges, bzw. wird sie auf die Zwangsläufigkeit der spezifischen Ententepolitik beschränkt. Die englisch-deutsche Politik, die den Londoner Beratungen zugrunde gelegen hat, bildet eine Ausnahme, und bestätigt als solche unsere allgemeine Schlußfolgerung.

Die folgenden Seiten geben eine kurze Schilderung einzelner Phasen der Londoner Botschafterkonferenz von diesem Standpunkte aus und zwar ausschließlich an der Hand bisher unveröffentlichter Dokumente. Meinerseits will ich mich auf eine möglichst kurze Angabe der den einzelnen Dokumenten zugrunde liegenden Tatsachen beschränken. Dieses Kapitel soll also

Digitized by Google

nur eine bestimmte Episode der Vorkriegspolitik darstellen. Es gibt dem Leser an einem Beispiel Gelegenheit zu einem Einblick in die Wirklichkeit der diplomatischen Vorkriegsgeschichte.

Die Veranlassung der Konferenz

Die militärischen Erfolge, welche die vier alliierten Balkanstaaten im Herbste 1912 gegen die Türkei errungen hatten, machten eine weitere Aufrechterhaltung des territorialen Besitzstandes auf dem Balkan unmöglich und stellten damit das ganze Balkanproblem in einer äußerst akuten Form zur Diskussion. Österreich-Ungarn sah sich in die Notwendigkeit versetzt, auf sein früheres Balkanprogramm zu verzichten, willigte sogar in die Aufteilung des Sandschaks zwischen Serbien und Montenegro ein, widersetzte sich aber einem unmittelbaren Zugang Serbiens zur Adria und bestand ferner darauf, daß das von albanischen Stämmen bewohnte Gebiet, welches in geographischer, ethnographischer und kultureller Beziehung eine Einheit darstellte, in Zukunft unter der Garantie der Mächte einen unabhängigen Staat bilden sollte. Im Prinzip wurde die Notwendigkeit der Bildung eines derartigen autonomen Albaniens von allen Mächten zugegeben, während aber Österreich-Ungarn einen möglichst lebensfähigen Staat erschaffen wollte, war Rußland bestrebt, seine geographische Ausdehnung zugunsten der slawischen Nachbarstaaten möglichst einzuschränken. Besondere Schwierigkeiten bereitete die Frage, ob die bedeutendste und in strategischer Hinsicht wichtigste Stadt Albaniens, Skutari, am gleichnamigen See gelegen, Montenegro oder dem neuen Albanien zugesprochen werden sollte. Trotzdem Skutari seit Ausbruch des Balkankrieges von Montenegro belagert wurde, war es dem König Nikita noch nicht gelungen, den heldenmütigen Widerstand der türkischen Garnison Skutaris unter Essad Pascha zu brechen.

Die Unnachgiebigkeit, mit der Serbien auf einem Zugang zur Adria bestand, hatte im November 1912 in Europa eine äußerst gefährliche Spannung hervorgerufen und es war nur unter den größten Schwierigkeiten gelungen, einen Zusammenstoß zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, welcher jedenfalls zu einem allgemeinen Kriege geführt hätte, zu vermeiden: man einigte sich schließlich dahin, daß Serbien durch eine auf albanischem Boden zu erbauende Eisenbahnlinie einen Handelsausgang zu einem albanischen Hafen an der Adria erhalten sollte.

Von den übrigen noch zu lösenden Problemen war die Bestimmung der albanischen Grenze das Gefährlichste, da in dieser Frage der österreichisch-russische Gegensatz am heftigsten zutage trat. Die diplomatischen Verhandlungen wurden in besonderem Maße noch dadurch erschwert, daß sowohl Österreich-Ungarn als auch Rußland bereits umfangreiche militärische Maßnahmen ergriffen hatten und eine Teilmobilisation durchgeführt worden war. Da das politische Bild sich fast täglich verschob und die telegraphischen Verhandlungen zwischen den sechs Kabinetten unter diesen Umständen, schon aus rein technischen Gründen, zu häufigen Mißverständnissen und Verzögerungen führten, so wurde beschlossen, die in London beglaubigten Botschafter Frankreichs, Rußlands, Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens unter dem Vorsitz des englischen Staatssekretärs Grey im Dezember 1912 zu einer besonderen Konferenz zusammentreten zu lassen, die sich mit allen durch den Balkankrieg aufgeworfenen und noch nicht gelösten Fragen befassen sollte.

Gemeinsamkeit der deutsch-englischen Interessen.

Es standen sich also in London wiederum Dreibund und Dreiverband gegenüber. Aber in diese starre Gruppierung der Mächte war ein neues Element eingeführt worden: in einer offenen Aussprache mit dem deutschen Botschafter, dem Fürsten Lichnowsky, wies Grey, noch vor Zusammentritt der Konferenz, auf das ganz besondere gemeinsame Interesse Englands und Deutschlands hin, eine friedliche Lösung zu finden, und hob damit diese beiden Staaten aus der allgemeinen Gruppierung sozusagen auf eine höhere Stufe empor: „England und Deutschland seien diejenigen Staaten, welche in Balkanfragen am wenigsten und deshalb an der Erhaltung des Friedens am meisten interessiert seien, denn wenn der Krieg ausbräche, so läge der wahre Grund soviel tiefer, als die sekundären Ursachen, die den Krieg hervorrufen könnten, daß er, Grey, keine ernstliche Garantie erblicke, daß England und Deutschland nicht auch alle beide in den Krieg hineingezogen würden."

Drohende Haltung Frankreichs.

Am 17. Dezember 1912 fand die erste Sitzung der Botschafter-Konferenz statt. Die folgenden Telegramme enthalten die hauptsächlichsten Forderungen Rußlands und sind für die prinzipielle Stellungnahme Frankreichs und Englands zu diesen Forderungen kennzeichnend: Poincaré — rückhaltlose Unterstützung, ja direkte Ermutigung Rußlands zur Unnachgiebigkeit gegen Österreich-Ungarn, mit anderen Worten — militärische Hilfe Frankreichs im Falle

Digitized by Google

eines Krieges[1]); Grey — nur diplomatische Unterstützung Rußlands, Versuch mit Hilfe Deutschlands und Italiens einen russisch-österreichischen Kompromiß herbeizuführen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London Graf Benckendorff vom 26. Dezember 1912 Nr. 2988:

„Ich bitte Sie, Grey darauf hinzuweisen, es sei für uns wünschenswert, der tatkräftigen Unterstützung der Vertreter Frankreichs und Englands auf der Botschafterkonferenz in folgenden Fragen sicher zu sein, deren Annahme für uns unbedingt notwendig: 1. Anerkennung des Rechtes Montenegros auf den Besitz Skutaris und Einbeziehung der Bojana in montenegrinisches Gebiet, wenn es nicht gelingen sollte, die Grenze zwischen Albanien und Montenegro südlicher des Flusses Drin zu ziehen. Falls Grey darauf hinweisen sollte, daß die Montenegriner Skutari noch nicht genommen haben, könnte man entgegnen, daß sie auf das schon besetzte Giovanni di Medua und Alessio verzichten könnten. 2. Die östliche Grenze Albaniens wird gemäß den von uns als Minimum angegebenen Bestimmungen gezogen. 3. Das Recht Serbiens, gleichberechtigt mit den Großmächten die Eisenbahn und den Hafen zu finanzieren und zu kontrollieren. 4. Die unbedingte Berechtigung Serbiens durch albanisches Territorium und den Hafen sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten Kriegsmaterial zu transportieren. Die österreichischen Einwendungen gegen die Kriegszeit sind an und für sich unannehmbar, ohne von der Unklarheit dieses Ausdrucks zu sprechen, da wir nicht einsehen, wessen Krieg mit wem das Wiener Kabinett meint."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an Sasonow vom 28. Dezember 1912 Nr. 474:

„Ihr Telegramm 2988 erhalten. Nachdem Poincaré sich mit Cambon beraten hatte, hat Poincaré mir noch einmal bestätigt, daß er uns in London in den von Ihnen erwähnten Punkten in jeder Weise unterstützen wird ... Übrigens wird Cambon vorgeschrieben, in diesen wie in allen anderen Punkten in vollem Einverständnis mit dem Grafen Benckendorff zu handeln."

Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 2. Januar 1913 Nr. 482:

„Louis telegraphiert aus Petersburg, daß der österreichische Botschafter Ihnen mitgeteilt habe, Österreich widersetze sich auf das entschiedenste der Zuerteilung Skutaris an Montenegro und Sie selbst hätten ihm, Louis, gesagt, Sie wären einverstanden, die Stadt Skutari selbst Albanien zu überlassen, und die Umgebung — Montenegro. Poincaré sagte mir, er sei über diese Nachricht erstaunt und er befürchtet den Eindruck, den sowohl bei uns als auch in Frankreich weitere Zugeständnisse an Österreich machen würden. Der französische Gesandte telegraphiert aus Cetinje, der König beklage sich über die schwache Unterstützung von seiten Italiens in der Frage Skutari."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an Sasonow vom 6. Januar 1913 Nr. 491:

„Ich habe mich im Sinne Ihres Telegrammes mit Poincaré ausgesprochen, der mir sagte, der französische Botschafter in London habe die Weisung erhalten, in der Frage Skutari in vollem Einvernehmen mit dem Grafen Benckendorff vorzugehen. Poincaré fügte hinzu, seiner Ansicht nach wäre es zweckmäßiger, diese Frage bei den Beratungen nicht einzeln, sondern im Zusammenhang mit allgemeinen Fragen der albanischen Grenzen zu behandeln, da Österreich sonst versuchen könne, um den Preis von Zugeständnissen in Skutari sich anderweitige Vorteile auszubedingen. Aus dem Gespräche mit Poincaré habe ich den Eindruck gewonnen, er bedaure Ihren Entschluß, die albanische Frage noch vor Beginn der österreichischen Demobilisation zu beraten und er scheint sehr wenig geneigt, den österreichischen Forderungen gegenüber noch weiter nachzugeben."

[1]) Außer den hier folgenden Dokumenten muß in diesem Zusammenhang noch auf die wichtige Änderung der französischen Balkanpolitik im November 1912 hingewiesen werden (siehe Seite 193/94); ferner auf die Erklärung Poincarés dem italienischen Botschafter in Paris am 20. November 1912, Frankreich werde in der Frage der albanischen Grenzen Rußland gegen Österreich-Ungarn bewaffnete Hilfe leisten und rechne auf Grund des französisch-italienischen Abkommens von 1902 auf die Neutralität Italiens im Falle eines Krieges mit Deutschland und Österreich (Dipl. Akt. Seite 473).

Digitized by Google

Mäßigender Einfluß Englands

Telegramm Sir E. Greys an den englischen Botschafter in Petersburg v. 1. Januar 1913:

„Was Sasonows Ersuchen anbelangt, ich solle in der Frage Skutari unterstützen, so ist das, was ich dem italienischen und deutschen Botschafter bereits vor Weihnachten gesagt habe, als eine solche Unterstützung anzusehen und ich will mit denselben noch einmal im selben Sinne sprechen. Ich habe auch die Absicht, den Standpunkt der russischen Regierung in bezug auf die östliche Grenze Albaniens im allgemeinen zu vertreten. Aber die öffentliche Meinung in England würde niemals diese beiden Fragen allein als wichtig genug betrachten, um einen europäischen Krieg auszulösen und es muß daher wohl verstanden sein, daß diplomatische Unterstützung alles ist, was ich versprechen kann... Ich denke, daß ehe man einen endgültigen Beschluß faßt, man von dem italienischen und deutschen Botschafter erfahren müßte, was ihre Regierungen von einem Kompromis halten und was für Instruktionen sie in dieser Hinsicht erhalten haben. Sobald Fürst Lichnowsky zurückkehrt, werde ich die nötigen Erkundigungen einziehen..."

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 3. Januar 1913 Nr. 464:

„Grey sagte mir, ehe er an die Frage Skutari direkt herantrete, wolle er das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Italien und Österreich bezüglich der Befriedigung Montenegros abwarten. Er sagte mir, Italien sei nicht weniger als wir besorgt, Montenegro zu befriedigen... Er sagt mir, von Lichnowsky erfahren zu haben, daß die Instruktionen des letzteren dahin gingen, eine Lösung zu befürworten, auf die sich Österreich und Italien geeinigt hätten. Hieraus folgt, daß Lichnowsky und vor allem Imperiali nur in bedingtem Maße eine rein österreichische Lösung befürworten würden. Grey hat mich gefragt, ob in diesem Falle eine derartige Lösung nicht auch für uns annehmbar wäre. Ich antwortete ihm, daß dies für uns eine neue Fragestellung bedeute, daß ich aber glaube, in bejahendem Sinne antworten zu können."

Gleichzeitig mit der Botschafterkonferenz hatten in London auch zwischen den Balkan-Alliierten und der Türkei, nach Vereinbarung eines Waffenstillstandes, Präliminarfriedensverhandlungen begonnen. Diese führten jedoch zu keinem Ergebnis. Die Botschafterkonferenz erwog daher die Möglichkeit einer internationalen Demonstration, um ein Wiederaufleben des Krieges zu verhindern. Von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten eine für die slawische Sache ungünstige Wendung befürchtend, wollte jedoch Rußland auf die Türkei einen militärischen Druck ausüben, um sie zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Hierüber berichten die folgenden Telegramme, wobei wieder die mäßigende Einwirkung Englands zutage tritt, unter möglichster Schonung der Gefühle Rußlands.

Telegramm Sasonows an den Grafen Benckendorff vom 5. Januar 1913 Nr. 3099:

„Da die Botschafterkonferenz im Prinzip eine Flottendemonstration beschlossen hat, halte ich es für möglich, in einen sofortigen Meinungsaustausch mit den Pariser und Londoner Kabinetten zu treten. Ich bitte Sie, dem Außenminister vertraulich mitzuteilen, unsere Schwarzmeerflotte sei bereits seit zwei Monaten in voller Bereitschaft und könne sofort auslaufen. Gleichzeitig können Sie der Regierung mitteilen, die russische Regierung habe beschlossen, nach dem 1. Januar alle Reservisten im europäischen Rußland und im Kaukasus unter den Fahnen zurückzubehalten. Diese Maßregel kann getroffen werden, ohne daß ein besonderes Dekret veröffentlicht wird."

Persönliche Aufzeichnung des Verfassers auf Grund einer Mitteilung Greys an Benckendorff vom 6. Januar 1913:

„Grey will sich die Sache überlegen, doch bemerkt schon heute: Die gemeinsame Aktion kann nur eine diplomatische sein, da ein Druck, der zum Kriege führen könnte, ausgeschlossen erscheine. Außerdem: wenn das gemeinsame Vorgehen der drei Ententemächte den besonnenen Elementen in Konstantinopel auch eine Handhabe zur Nachgiebigkeit liefern würde, so müßte man andererseits befürchten, daß die chauvinistischen Elemente in der Türkei aus einem solchen Vorgehen auf einen Gegensatz der Ententemächte den Dreibundmächten gegenüber schließen würden — was unbedingt zum Kriege führen würde."

Digitized by Google

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 22. Januar 1913 Nr. 21:

„Persönlich. Sehr vertraulich. Ich habe in Windsor den König sehr beunruhigt über die allgemeine Lage gefunden. Seine Majestät hat sich mit Cambon und mir ganz offen ausgesprochen. Der König glaubt, daß, wenn die Botschafterkonferenz mit einem Mißerfolg endet, die Verantwortung auf Österreich zurückfällt ... Jedoch schon bei unserer ersten Unterredung hat der König mich mit Besorgnis gefragt, welche Bedeutung die Drohung habe, die wir in Konstantinopel ausgesprochen hätten, daß Rußlands Neutralität nicht aufrechterhalten werden könne, wenn die Feindseligkeiten wieder aufgenommen würden. Ich antwortete, daß ich in diesem Punkte über die Absichten der kaiserlichen Regierung nicht genügend unterrichtet sei, daß meiner persönlichen Ansicht nach, zwei Fälle vor allem die bewaffnete Intervention Rußlands nach sich ziehen würden: 1. So große militärische Erfolge der Türkei, daß dadurch die durch den Krieg erzielten Resultate wieder in Frage gestellt würden. 2. Bewaffnete Einmischung von seiten Rumäniens. Der König antwortete, daß dieses ganz natürlich sei, aber daß man seiner Ansicht nach im Anfang Zurückhaltung zeigen müsse, da der Zweck und das Resultat der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten der Fall von Adrianopel sein müsse. Ich lege dieser Bemerkung die größte Bedeutung bei und ich habe Grund zu glauben, daß dies die Ansicht aller Mächte ist. Ein voreiliges Eingreifen könnte die ganze Sachlage verändern und die Stimmung in Europa beeinflussen, welche augenblicklich so günstig wie nur möglich ist, vor allem dank unserer Mäßigung, welche jedoch, ohne unsere Freunde und Bundesgenossen zu entmutigen, nicht weitergehen sollte, vor allem wenn der Verzicht auf Skutari nötig werden sollte, wie ich es voraussehe. Ich brauche Ihre Aufmerksamkeit nicht darauf zu lenken, daß der Standpunkt des Königs in bestimmteren Ausdrücken die Ansicht Greys wiederspiegelt, zu dem, wie er mir sagte, er vollkommenes Zutrauen habe. Übrigens befanden sich unter den geladenen Gästen in Windsor außer Cambon und mir, auch die Minister Churchill und Lloyd George, welche sogar in Gegenwart eines einflußreichen Vertreters der konservativen Partei Lyttleton beide mit mir ganz in demselben Sinne wie der König gesprochen haben, eine militärische Unterstützung Englands andeutend. Ich kann ihren Worten nicht die Bedeutung einer politischen offiziellen Erklärung beimessen, aber auch sie geben fraglos die Ansicht Greys wieder. Bis jetzt habe ich nichts Bestimmteres gehört, was ich vor allem dem Umstande zuschreibe, daß Österreich für verantwortlich gehalten wird. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr die Worte des Königs, wie ich sie in diesem und vor allem im nächsten Telegramme (s. Telegramm Nr. 22 auf Seite 213) wiedergebe, wegen seiner konstitutionellen Lage als vertraulich betrachtet werden müssen."

Deutsch-englische Vermittlung in der Frage Skutari.

Die Verhandlungen über Skutari hatten auch Ende Januar noch zu keiner Einigung geführt. Um diese Zeit tritt die Vermittlertätigkeit Lichnowskys und Greys in London und die mäßigende Einwirkung des Berliner Kabinettes in Wien noch deutlicher in Erscheinung.

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 18. Januar 1913 Nr. 16:

„... Lichnowsky, der bisher mir gegenüber große politische Zurückhaltung gezeigt hatte, ist nach einem Diner bei Mensdorff zu mir gekommen und hat mich gefragt, „wie stehen jetzt die Sachen?" Ich antwortete ihm, ich hätte das Gefühl, sie ständen schlecht, daß man sich in Wien nicht Rechenschaft gebe, daß wir an der äußersten Grenze der Nachgiebigkeit angekommen seien, und daß wir kein weiteres Opfer Serbien und Montenegro zugunsten Österreichs auferlegen könnten, daß wir die österreichischen Interessen in hohem Maße berücksichtigt hätten, ohne daß Österreich unsern Anstrengungen in diesem Sinne und zur Erhaltung des Friedens Gerechtigkeit widerfahren lasse. Ich sagte, er solle alles, was ich auf der Konferenz sage, buchstäblich nehmen und daß ich nicht etwa zu diplomatischen Übertreibungen Zuflucht nehme. Lichnowsky erwiderte mir darauf: „Sie wissen, wenn ich als Vermittler zwischen Ihnen und Mensdorff nützlich sein kann, so bin ich gern bereit, dies zu tun." Ich antwortete ihm, daß ich gegebenenfalls nicht zögern würde, ihm den Sachverhalt darzulegen, wie er wirklich ist. Ich glaube, daß die Beziehungen zwischen Lichnowsky und dem Deutschen Reichskanzler engere sind, als die der meisten Botschafter, und ich zweifle, daß er mit mir ohne bestimmte Instruktionen so gesprochen hat. Dies wäre ihm nicht ähnlich ..."

Digitized by Google

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 25. Januar 1913 Nr. 39:

„Sie werden aus meinem Telegramme Nr. 38 ersehen haben, daß Mensdorff ganz unnachgiebig geblieben ist. Trotz der nur indirekten Unterstützung, die ihm Lichnowsky und Imperiali erwiesen haben, haben diese beiden einen ungünstigen Eindruck: Lichnowsky ebenso wie Imperiali. Nach Aufhebung der Sitzung ist Lichnowsky zu Grey gegangen ..."

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 28. Januar 1913 Nr. 52:

„Die montenegrinischen Vertreter sind heute zu Grey gekommen und haben ihm erklärt, daß wenn Skutari Albanien zugesprochen würde, König Nikolaus vor einem Kriege nicht zurückschrecken würde. Grey hat sie auf die Gefahren hingewiesen, die dadurch für Montenegro entstehen würden. Die Vertreter haben geantwortet, daß sie von den russischen Waffen unterstützt werden würden. Grey hat ihnen entgegnet, daß ihre Worte bedeuteten, daß wenn Rußland zu den Waffen gegen Österreich greift, zuerst Deutschland, dann die anderen Mächte mit hineingezogen werden würden, und daß Europa wegen Skutaris in Blut und Flammen aufgehen würde, was er als ein für Europa unzulässiges Resultat betrachte. Grey sagte mir, die Vertreter hätten nicht umhin gekonnt, die Sache von der humoristischen Seite aufzufassen und hätten behauptet, Österreich werde nachgeben, und hätten um seine Unterstützung gebeten."

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 28. Januar 1913 Nr. 53:

„Am Schlusse der letzten Sitzung sagte mir Lichnowsky, man käme zu keiner Einigung und er wolle hierüber mit Grey sprechen. Grey sagte mir gestern, er habe Lichnowsky gesprochen, der ihm gesagt habe, seiner Ansicht nach befände man sich in einer Sackgasse und er frage sich, ob jetzt nicht für Deutschland und England der Augenblick gekommen sei, ein Kompromiß zu finden. Grey antwortete, er könne nichts tun, ohne mich zu fragen; Lichnowsky sagte, er würde zuerst seine Regierung befragen und dann Mensdorff. Ich antwortete Grey, ich hätte prinzipiell keine Einwendungen zu machen, unter der Bedingung, daß die größte Vorsicht beobachtet werde ..."

Telegramm Sasonows an den Grafen Benckendorff vom 4. Februar 1913 Nr. 199:

„Wir glauben ebenso wie Sie, daß die Unterstützung Deutschlands in der Frage der albanischen Grenzen sehr nützlich ist. Sie könnten Grey sondieren, ob er es für möglich findet, in einen Meinungsaustausch mit Berlin einzutreten, denn wir könnten nicht die Initiative zu direkten Verhandlungen mit Berlin ergreifen, haben aber keine Einwendungen dagegen, daß Grey, welcher unsern Standpunkt in der Gesamtfrage der Grenzen gut kennt, über diese Frage mit Lichnowsky spricht, nachdem er sich vergewissert hat, daß Lichnowsky gleichfalls von seiten Österreichs hierzu ermächtigt ist ..."

Mission des Prinzen Hohenlohe.

Wohl unter dem Einflusse der in Wien erteilten Ratschläge entschloß sich Kaiser Franz Joseph, einen besonderen Abgesandten, den Prinzen Hohenlohe, mit einem eigenhändigen Briefe an den Zaren, nach Petersburg zu schicken, um den Versuch zu machen, durch eine persönliche Aussprache eine Klärung der österreichisch-russischen Beziehungen herbeizuführen. Über diese Mission berichtet folgendes Dokument:

Auszug aus einem sehr geheimen Brief Sasonows an den russischen Ministerpräsidenten Kokowtzew vom 6. Februar 1913 Nr. 105:

„... Den kategorischen Erklärungen, die mir vom besonderen Abgesandten des Kaisers Franz Joseph, dem Prinzen Hohenlohe, gemacht worden sind, Bedeutung beilegend, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen hierüber Mitteilung zu erstatten. Der Prinz hat mir erklärt, daß der hauptsächlichste Zweck seiner Mission darin besteht, in Rußland über den wahren Charakter der österreichischen militärischen Maßnahmen aufzuklären, die er in seiner Eigenschaft als Generalstabsoffizier persönlich kennt. Er fügte hinzu, daß er für die Richtigkeit seiner Angaben mit seinem Ehrenworte bürgt und sich vollkommen Rechenschaft von der Bedeutung dieser Garantie gibt. Der Prinz teilte mir mit, daß die österreichischen militärischen Vor-

Digitized by Google

bereitungen hauptsächlich in folgendem bestehen... Gleichzeitig versicherte Hohenlohe, daß die österreichische Regierung durchaus nicht die Absicht habe, Rußland anzugreifen. Auf meine Frage, ob das Wiener Kabinett nicht etwa agressive Absichten Serbien gegenüber hege, antwortete er mir, daß in diesem Falle seine Regierung nicht drei Monate gewartet und seine Einwilligung zu der Londoner Botschafterkonferenz gegeben haben würde. Ein Krieg Österreichs mit Serbien wäre nach seinen Worten nur möglich, wenn Serbien in Bosnien und der Herzegowina agressiv vorgehen würde. Zur allgemeinen politischen Lage übergehend, lenkte Hohenlohe meine Aufmerksamkeit auf die außerordentlich schwierige Lage, in die sich die habsburgische Monarchie durch den Krieg versetzt sieht. Diese Frage beunruhige nicht nur den Kaiser, sondern auch den Thronfolger, dem ganz irrtümlicherweise kriegerische Absichten zugeschrieben werden, während er „der friedliebendste Mensch in der Monarchie" sei, der sich von der schweren Verantwortung Rechenschaft gibt, die ihm vielleicht in allernächster Zukunft beschieden sein wird. Österreich muß durch den Umstand beunruhigt sein, daß Serbien und Montenegro eine gemeinsame Grenze haben werden. Trotzdem hat sich das Wiener Kabinett mit diesem Ausgange abgefunden. Graf Berchthold muß viele Vorwürfe anhören, die ihm von seiten der öffentlichen Meinung gemacht werden, weil er sich im Anfang des Krieges nicht eingemischt hat, und auch weil er sich bereit erklärt hat, an der Londoner Botschafterkonferenz teilzunehmen. Alles beides hat er getan, um freundschaftliche Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten. Die albanische Frage, in der Österreich den Standpunkt einnimmt, daß ein lebensfähiges Albanien geschaffen werden muß, ist daher jenes politische Minimum, auf dem das Wiener Kabinett bestehen muß.

Ich entgegnete dem Prinzen, indem ich auf die Notwendigkeit hinwies, unsere öffentliche Meinung zu berücksichtigen, welche nicht verstehe, daß den Siegern immer neue Opfer auferlegt werden. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit darauf, wie schwer es für uns sei, uns noch weiter jener Friedfertigkeit und Nachgiebigkeit zu befleißigen, welche, wie alle zugeben, die russische Regierung seit dem Anfange der Krise an den Tag gelegt hat..."

Die Nordostgrenze Albaniens.

Mitte Februar war man endlich so weit, daß man sich im Prinzip über die Zuerteilung Skutaris an Albanien geeinigt hatte, als Kompensation sollten aber auf Verlangen Rußlands mehrere andere albanische Grenzstädtchen Serbien resp. Montenegro zugesprochen werden. Um diese Frage entspann sich ein Feilschen und Handeln, welches zu einer bedenklichen Zuspitzung der politischen Gegensätze führte. Auch jetzt sind London und Berlin bestrebt, einen Ausgleich zwischen den russischen und österreichisch-ungarischen Wünschen herbeizuführen, wobei Grey manchmal zur Ausübung eines recht bestimmten Druckes greifen mußte und sich im kritischen Augenblicke sogar veranlaßt sah, die Unterstützung des französischen Botschafters in London anzurufen, um das Petersburger Kabinett zur Annahme des Wiener Vorschlages zu bewegen.

Telegramm Sir E. Greys an den englischen Botschafter in Petersburg vom 15. Februar 1913:

„Der Eindruck besteht, daß die Verhandlungen über die albanische Grenze absichtlich in die Länge gezogen worden sind, in der Hoffnung, daß Skutari eingenommen werden wird und man ist geneigt, uns einen Vorwurf wegen dieser Verzögerung zu machen. Meiner Ansicht nach würde der Fall von Skutari einen Ausgleich mit Österreich noch schwieriger machen und ich glaube, daß dies die Lage nicht erleichtern würde und daß man nicht zögern sollte, der österreichischen Kritik der russischen Grenzlinie sobald als möglich eine Antwort zu erteilen. Die Einwendungen Österreichs bezüglich Taraboſch und der Ebene von Luma werden viel Gewicht haben und wenn Österreich dazu gebracht werden könnte, seine Zustimmung zur Einbeziehung der Städte von Diakowa und Dibra in serbisches Territorium zu geben, so hoffe ich, daß auch Rußland seine Zustimmung geben wird."

Telegramm Sir E. Greys an den englischen Botschafter in Petersburg vom 20. Februar 1913.

„Mensdorff sagt, Österreich werde einwilligen, daß das Tal von Reka und die Stadt Dibra aus Albanien ausgeschlossen bleiben, würde dies aber nur tun, wenn die übrige öster-

Digitized by Google

reichische Grenzlinie angenommen wird. Er bestand darauf, daß Grey diesen Vorschlag empfehlen solle, da es wichtig sei, die Frage der albanischen Grenze nicht länger zu verschleppen. Grey sagte, er würde auf einer Regelung bestehen, wenn Österreich sowohl Diakowa als auch Dibra aufgeben würde, aber er könne nicht mehr tun, als den Vorschlag weitergeben, wenn Österreich nur eine Stadt aufgibt. Mensdorff war sehr kategorisch, daß Österreich nicht auf beide verzichten könne. Es hat bereits auf drei von den strittigen Plätzen verzichtet, das heißt, Prizrend, Ipek und Dibra gegen Skutari und Diakowa. Mensdorff war beauftragt, Grey den Ernst der Lage oder die Gefahr einer weiteren Verschiebung der albanischen Grenzfrage nicht zu verheimlichen. Dies wäre der letzte Versuch, eine Einigung zu erzielen. Graf Berchtold bitte daher Grey, diese Mitteilung als einen Beweis seines ehrlichen Willens aufzufassen, in letzter Stunde einen Bruch der Konferenz zu vermeiden, und all die Folgen, die sich daraus ergeben würden. Der deutsche Botschafter hat Grey benachrichtigt, daß seine Regierung in den letzten Tagen die allergrößten Anstrengungen in Wien gemacht hat, und daß er sicher sei, daß Österreich nicht bewogen werden könnte, beide Städte aufzugeben. Der italienische Botschafter teilt Grey dasselbe mit, was seine Regierung anbelange, und sagt, daß beide Regierungen ernstliche Vorstellungen in Wien gemacht haben und daß ein großer Druck nötig war, um den Verzicht auf Dibra zu erreichen. Sasonow könne mit dem deutschen Botschafter in Berlin sprechen oder direkt in Berlin selbst, wenn er etwa glaubt, daß dort mehr erreicht werden könne, da Grey sicher ist, daß der deutsche Botschafter in London alles getan, was in seinen Kräften steht. Greys Eindruck ist der, daß nichts über diesen Vorschlag hinaus erreicht werden kann und er hat alle Argumente angeführt, indem er z. B. darauf hinwies, wieviel Österreich durch die Lösung der Balkankrise gewonnen hat. Grey glaubt, Sasonow müsse damit rechnen, daß die Konferenz mit einem Fiasko endigt, wenn er nicht auf eine der beiden Städte verzichtet. Es ist möglich, daß Österreich, wenn dies gewünscht wird, dazu gebracht werden kann, auf Diakowa statt auf Dibra zu verzichten, aber nicht auf beide. Rußland könne wohl sagen, daß ohne Rußlands Einfluß sowohl Ipek und Prizrend als auch Dibra Albanien zugesprochen worden wären, und Serbien und Montenegro sich niemals im Sandschak die Hand hätten reichen können. Von diesem Standpunkt aus, selbst wenn Diakowa, eine Stadt von nur 6000 Einwohnern, Albanien zugesprochen wird, ist die Lösung der Balkankrise nicht in einem für Österreich günstigen Sinne erfolgt, besonders wenn man sie mit dem Standpunkt Österreichs vor vier Jahren vergleicht."

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 22. Februar 1913 Nr. 150.

„Grey teilt mir ein Telegramm mit, welches er an den englischen Gesandten in Belgrad schickt: „Vesnitch ist zu mir gekommen, um die Argumente zu wiederholen, welche es Serbien unmöglich machen, auf Diakowa und Dibra zu verzichten. Ich frug, von wem Diakowa besetzt sei und ob diese Stadt Serbien oder Montenegro gehören solle. Vesnitch sagte, er glaube, sie sei von Serben besetzt, sie solle an Serbien fallen und Ipek an Montenegro. Ich antwortete, daß ohne die Unterstützung Rußlands Ipek und Prizrend zu Albanien gekommen wären und wenn es unmöglich wäre, Diakowa und Prizrend auf diplomatischem Wege zu erlangen, so würde Serbien eine ganz unvernünftige Handlung begehen, indem es zu den Waffen greift, um diese beiden Plätze mit Waffengewalt zu behaupten und dadurch Gefahr läuft, alles zu verlieren, was es bereits erreicht hat. Ich brauchte folgenden Vergleich: Ein Mensch, der eine schönere Besitzung erbt, als er erwarten konnte, begeht Selbstmord, weil er noch zwei andere Felder nicht erhalten kann."

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 22. Februar 1913 Nr. 152:

„Ich glaube, daß die Worte, die der deutsche Staatssekretär Jagow an unseren Botschafter gerichtet hat, und die sich auf die Hoffnung des Berliner Kabinettes beziehen, die Schwierigkeit mit Diakowa und Dibra beizulegen, den von Österreich vorgeschlagenen Kompromiß im Auge hat, nämlich die wichtigen Punkte wie Dibra und Reka aufzugeben und Diakowa für Albanien zu erhalten. Dieser Kompromiß ist vor allem das Werk Deutschlands. Ich sehe hierin den Beweis, daß das Berliner Kabinett in diesem Vorschlag eine Beilegung der Schwierigkeit erblickt. Man muß erwarten, daß nach dieser Anstrengung Deutschland seine

Digitized by Google

Haltung ändern wird. Die hiesige deutsche Botschaft ist überzeugt, daß Österreich über diesen Kompromiß nicht hinausgehen wird."

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an Sasonow vom 21. März 1913 Nr. 244:

„Dringend. Grey teilt mir die Bedingungen mit, unter denen Österreich sich soeben bereit erklärt hat, Diakowa an Serbien abzutreten... Grey drückt die ernste Hoffnung aus, daß wir den österreichischen Vorschlag annehmen werden, um den Meinungsverschiedenheiten ein Ende zu setzen und daß unsere sofortige Annahme es ermöglichen wird, die in der Frage der nördlichen und nordöstlichen Grenze Albaniens erzielte Einigung bekannt zu geben, und daß die kaiserliche Regierung diese Gelegenheit benutzen wird, um eine allgemeine friedliche Lösung schnellstens herbeizuführen."

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an Sasonow vom 21. März 1913 Nr. 246:

„Nachdem der französische Botschafter Grey gesehen hatte, wollte er mich sprechen, um den nachdrücklichen Rat des Ministers zu wiederholen, wir sollten den österreichischen Vorschlag annehmen. Der Botschafter telegraphiert in diesem Sinne nach Paris. Er teilt vollkommen die Ansicht Greys, daß unsere Weigerung oder sogar eine nur bedingte Annahme eine äußerst gefährliche Lage herbeiführen würde, namentlich im jetzigen Augenblicke, angesichts der österreich.-montenegrinischen Schwierigkeiten. Sowohl er als auch Grey glauben, daß, da wir in letzter Zeit das Los von Diakowa ausschließlich mit demjenigen von Skutari in Verbindung gebracht haben, die übrigen Mächte eine weitere Unnachgiebigkeit Österreichs im Falle unserer Weigerung für berechtigt halten würden... Der Botschafter wiederholte in seinem und in Greys Namen die tiefe Überzeugung, daß nur unsere unbedingte und sofortige Zustimmung die allergefährlichsten Folgen abwenden könne."

Telegramm Sasonows an den russischen Geschäftsträger in London vom 22. März 1913 Nr. 677:

„Der österreichische Botschafter hat mich benachrichtigt, Mensdorff sei beauftragt, zu erklären, Österreich sei damit einverstanden, daß Diakowa nicht an Albanien kommt... Nachdem Mensdorff die Erklärung abgegeben haben wird, ... sind Sie Ihrerseits ermächtigt zu erklären, daß wir mit der Einverleibung Skutaris in Albanien einverstanden sind..."

Zuspitzung der Lage durch den Fall Skutaris.

Aber ein neues Ereignis drohte plötzlich das unter so großen Schwierigkeiten erreichte Resultat wieder umzustoßen. Trotz des Beschlusses der Botschafterkonferenz hatte der König von Montenegro die Belagerung Skutaris fortgesetzt, und was seinen Waffen nicht gelungen war, erreichte er, wie sich später herausstellte, durch eine geheime Vereinbarung mit Essad Pascha, dem Kommandanten der belagerten Festung: am 23. April 1913 traf die Nachricht von der Übergabe Skutaris an die Montenegriner in London ein. Die große Gefahr für den europäischen Frieden bestand darin, daß Sasonow geneigt war, hierin eine vollendete Tatsache zu erblicken, die die frühere Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Zuerteilung Skutaris an Albanien hinfällig machte, und als er mit dieser Ansicht nicht durchdringen konnte, versuchte er die Evakuation Skutaris durch Montenegro von anderweitigen territorialen und finanziellen Entschädigungen zugunsten Montenegros abhängig zu machen. Sasonow stützte sich hierbei auf einen Schritt des montenegrinischen Vertreters in London, Popowitsch, der offiziös und, wie sich später herausstellte, ohne hierzu von seiner Regierung ermächtigt zu sein, erklärte, Montenegro werde Skutari gegen territoriale und finanzielle Kompensationen herausgeben. Trotz der Zweideutigkeit dieser Erklärung war Sasonow geneigt, seine ganze weitere Politik auf dieselbe abzustellen und Österreich-Ungarn für die Folgen eines etwaigen Versuches, die bedingungslose Evakuation Skutaris militärisch zu erzwingen, verantwortlich zu machen. Dies bedeutete den Krieg. Über diese dramatische Episode berichten die letzten Telegramme, die in diesem Kapitel veröffentlicht werden. Auch diesmal hat Grey die französische Regierung durch einen Schritt des englischen Botschafters in Paris

Digitized by Google

veranlaßt, sich dem englischen Standpunkte hinsichtlich der Berechtigung eines etwaigen Vorgehens Österreich-Ungarns gegen Skutari anzuschließen und dadurch Rußland zurückzuhalten.

Telegramm des russischen Gesandten in Cetinje an Sasonow vom 1. April 1913 Nr. 149:

„Ich komme soeben vom König, der mich sehen wollte. Es wurde von dem Sturm auf Skutari gesprochen, welcher gestern begonnen hat. Auf meine Bemerkung, daß die Verantwortung für die Weigerung, die Forderungen der Mächte anzunehmen, ausschließlich auf den König falle, ist der König in unmöglichen Ausdrücken auf die Mächte hergefallen und hat mir kategorisch erklärt, daß er dieselben nicht beachten werde und den Sturm bis zum Ende fortsetzen wolle. Ich war gezwungen, die Unterhaltung abzubrechen..."

Telegramm des russischen Botschafters in London an Sasonow, vom 8. April 1913 Nr. 318.

„Cambon hat heute morgen Grey und mir ein von Pichon erhaltenes Telegramm gezeigt, welches folgende Ausführungen über die Jagow zugeschriebenen Worte enthält. Nach sicheren Informationen aus Petersburg würde Rußland im Falle der Einnahme Skutaris durch Montenegro seine Haltung ändern. Jagow sagt, daß in diesem Falle aus Gründen, die er ausführlich entwickelt, dies den Krieg bedeuten würde. Grey erwiderte, daß die Einnahme von Skutari an sich nicht notwendigerweise zu solchen katastrophalen Folgen führen müsse, er glaube nicht, daß Österreich in diesem Augenblicke die Angelegenheit allein in seine Hände nehmen würde. Er glaubt nicht, daß diese Einnahme den Entschluß der Mächte modifizieren könne, welcher die Basis einer friedlichen Regelung bilde, und daß Österreich berechtigt wäre, sich auf diesen Standpunkt zu stellen; daß sich aber die Mächte vor allem zu verständigen haben würden, was gemeinsam zu unternehmen wäre."

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 1. Mai 1913 Nr. 390.

„Nach meinen letzten Informationen wird Österreich sehr schnell handeln, nachdem das Resultat der hiesigen Beratungen bekannt sein wird. Dieselben Informationen besagen, daß Österreich vom Meere her gegen Skutari vorgehen wird, unter Vermeidung eines Angriffes von Norden."

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 1. Mai 1913 Nr. 393.

„Grey teilt mir vertraulich den Text seines Telegrammes vom 30. April an den englischen Botschafter in Petersburg hinsichtlich der Haltung Rußlands mit. Ich richte Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß dieses Telegramm abgeschickt worden ist, ehe Popowitch seinen Schritt hier gemacht hat, der die heute nachmittag stattfindende Konferenz weniger entscheidend machen kann, als Grey gestern glaubte. Grey wird versuchen, die Frage offen zu lassen, indem er auf den Schritt Popowitchs hinweist."

Das im Telegramm Benckendorffs Nr. 393 erwähnte Telegramm Greys an Buchanan vom 30. April enthält den Auftrag, Sasonow mitzuteilen, daß man nach Ansicht Greys schon jetzt mit einem aktiven Vorgehen Österreichs rechnen müsse, und daß es für das Londoner Kabinett von Wichtigkeit sei zu wissen, welche Stellung die russische Regierung in diesem Falle einzunehmen gedenke.

Am 2. Mai ist die Antwort Buchanans in London eingetroffen. Sasonow hat dem englischen Botschafter folgende Mitteilung gemacht:

„Der Kaiser, der den Krieg nicht wolle, habe ihm die größte Geduld vorgeschrieben. Auch er selbst, Sasonow, wolle keinen Krieg, ein solcher wäre vom russischen Standpunkte aus zwecklos. Denn wenn der heutige Status quo auf dem Balkan erhalten bleibe und erstarke, so bedeutet jeder Tag eine weitere Schwächung Österreichs. Andererseits braucht Rußland einen Krieg mit Österreich selbst nicht zu fürchten. Aber ein Krieg mit Deutschland sei für Rußland eine ernste Sache, wenn es auch Frankreichs sicher ist; die Haltung Englands sei ungewiß.

Aus diesen Erwägungen geht hervor, daß wenn Österreich seine beabsichtigten Operationen

Digitized by Google

auf Skutari und Albanien beschränkt, er, Sasonow, hoffe, die russische öffentliche Meinung zurückhalten zu können. Greift aber Österreich Montenegro selbst und Serbien an, um womöglich eine Verschiebung der Verhältnisse auf der Balkan-Halbinsel herbeizuführen, so bestehe kein Zweifel, daß die öffentliche Meinung die russische Regierung zum Kriege zwingen werde."

Telegramm Sasonows an den russischen Botschafter in Rom vom 3. Mai 1913 Nr. 1136:

„Nachdem die montenegrinische Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, sich dem Willen der Mächte zu unterwerfen, unter der Bedingung der Gewährung von Kompensationen ökonomischer und territorialer Natur, müßte jedes Vorgehen Österreichs anders beurteilt werden und würde jeglicher Berechtigung entbehren. Infolgedessen kann ich nicht auf meinem früheren Standpunkte bleiben, daß es, im Falle eines Vorgehens Österreichs, vorzuziehen wäre, daß Italien gemeinsam mit Österreich handelt, denn bei der jetzigen Lage der Dinge könnten die Folgen eines österreichischen Vorgehens für den allgemeinen Frieden viel gefährlicher werden. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit dem italienischen Außenminister auszusprechen."

Telegramm des Grafen Benckendorff an Sasonow vom 3. Mai 1913. Nr. 404:

„Streng persönlich. Gestatten Sie mir, meine Meinung offen auszusprechen. Die Krise ist akut und verschärft sich. Die Nachrichten aus Sofia sind wenig beruhigend, sie drohen, das Balkan-Einvernehmen zugunsten Österreichs zu brechen. Die Korrektheit unserer Haltung, unser Bestreben, den Frieden in außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu erhalten, ist der beste Teil der von uns in England und Frankreich, und vielleicht auch anderswo, gewonnenen Position. Wenn Österreich sich über den Schritt Popovitchs hinwegsetzt, so wird die Verantwortung des Wiener Kabinetts in den Augen der ganzen Welt außerordentlich groß — das ist natürlich klar. Aber ich glaube, es wäre für unsere Interessen schädlich, schon jetzt, ehe man die österreichische Entscheidung kennt, dem Schritte Popovitchs eine Bedeutung beizulegen, die genügen würde, unsere Haltung zu ändern. Dieser Schritt ist eine neue Tatsache, es wäre schwer, mehr zu sagen, da der Schritt nichts Neues enthält und Fragen wiederaufwirft, die schon geregelt waren. Seitdem die offizielle montenegrinische Antwort auf unsere Kollektivnote, welche den Schritt Popovitch nicht ganz bestätigt, erfolgt ist, versucht Popovitch seinem Schritt eher einen offiziösen als einen offiziellen Charakter zu geben. Auf das Drängen Nicolsons hat er ihn jetzt in schriftlicher Form gemacht. Heute, wie früher weigert sich Montenegro. die Entscheidung der Mächte anzunehmen; es verlangt Unterhandlungen, zu denen es auf Grund des erfolgten Beschlusses der Mächte nicht berechtigt ist. Es stellt Bedingungen, die von Österreich mehrfach aufs energischste zurückgewiesen worden waren. Es erscheint mir übertrieben, aus einem derartigen Schritte zu folgern, daß auf Montenegro keine Verantwortung fällt. Es wird von seiten aller Kabinette behauptet werden, daß Montenegro sich zuerst unterwerfen muß. Dies ist bei der letzten Botschafterberatung wenigstens stillschweigend angenommen worden ... Die Mächte dürften nicht zu der Annahme berechtigt werden, daß eine Änderung in der Haltung Rußlands, die auf Grund einer unzulänglichen Tatsache erfolgt ist, den Krieg unvermeidlich macht ..."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an Sasonow vom 4. Mai 1913 Nr. 212:

„... Heute hat der hiesige englische Botschafter eine Mitteilung gemacht, welche Pichon folgendermaßen in einem Telegramm an Delcassé und Cambon resümiert hat: ‚Grey ist der Ansicht, man könne keine Einwendungen gegen ein österreichisches Vorgehen machen, welches ausschließlich die Evakuation Skutaris bezweckt; er ist der Ansicht, die Mächte müßten diesem Vorgehen gewisse Grenzen vorschreiben, und soweit sich das Vorgehen Österreichs in diesen Grenzen halten wird, sollte die Blockade und die Botschafterkonferenz bestehen bleiben.' Die französische Regierung schließt sich dieser Ansicht vollkommen an."

Die Anstrengungen Greys sind von Erfolg gewesen und am 5. Mai konnte er der Botschafterkonferenz mitteilen, der König von Montenegro habe ihn telegraphisch benachrichtigt, Skutari werde den Mächten bedingungslos übergeben werden.

Digitized by Google

Anläßlich der Aufwerfung der Schuldfrage in Versailles, hat die deutsche Delegation die Abschrift eines Briefes des Grafen Benckendorff an den russischen Außenminister vom 12./25. Februar 1913 über die Londoner Botschafterkonferenz vorgelegt. Dieser Brief findet sich auf Seite 183 des diesbezüglichen deutschen Versailler Weißbuches. So interessant sein Inhalt auch an und für sich schon ist, so kommt doch die ganze Bedeutung dieses Dokumentes für die Beurteilung der Politik der einzelnen Mächte, ganz besonders derjenigen Frankreichs, erst zur vollen Geltung, wenn der Brief Benckendorffs im Zusammenhang mit den in diesem Kapitel veröffentlichten Telegrammen gelesen wird.

Schlußbetrachtungen.

Die militärischen Abmachungen der Entente.

Es mag vielleicht befremden, daß ich bei einer Schilderung der ausgesprochenen Tendenz der Entente, das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht Europas zu ihren Gunsten zu verschieben und dadurch die gegenüberstehende Mächtegruppe zu isolieren und zu hemmen, — den militärischen Abmachungen und Vereinbarungen der Ententemächte miteinander und mit den in ihrem Fahrwasser segelnden Trabanten nicht ein besonders Kapitel widme.

In der Tat, das Bestehen derartiger Abmachungen und ihre außerordentlich große Bedeutung kann von niemandem in Abrede gestellt werden. Wir denken hierbei in erster Linie an die französisch-russische Allianz mit ihrer genauen Definition des casus foederis, der aber mit außerordentlicher Elastizität den jeweiligen politischen Verhältnissen angepaßt werden kann — siehe z. B. Poincaré und die französische Balkanpolitik.

Sodann kommen in Betracht die Abmachungen des französischen und englischen Generalstabs über gemeinsame Operationen der Landstreitkräfte, ebenfalls durch ständige Fühlungnahme den beiderseitigen militärischen Bedürfnissen des Augenblickes Rechnung tragend, und die maritimen Vereinbarungen hinsichtlich der Gruppierung der englischen und französischen Seestreitkräfte im Mittelmeer und in der Nordsee. Die praktische Wirksamkeit dieser militärischen Abmachungen wird im November 1912 durch die zwischen dem französischen Botschafter in London Paul Cambon und Sir Edward Grey gewechselten Briefe ganz außerordentlich erhöht. Zwar kann Grey sich, wenn auch nicht auf den Geist, so doch auf den Buchstaben dieses Schriftwechsels berufend, im Mai 1914 immer noch behaupten, daß „zwischen beiden Mächten kein Bündnis geschlossen sei", aber in Wirklichkeit ist er der Ansicht, daß diese beiden Briefe vor allem bezwecken [1]), „den Inhalt der militärischen Abmachungen in das rechte Licht zu setzen, welche zwischen den Armee- und Marinebehörden für den Fall vereinbart worden sind, daß die Notwendigkeit eines aktiven Zusammenwirkens der englischen und französischen See- und Landstreitkräfte entsteht", und ferner, daß „ohne solche vorherige (diplomatische) Abmachungen ein sofortiges (militärisches) Zusammenwirken, selbst beim besten Willen und trotz der engen politischen Entente zwischen beiden Regierungen, ernsten technischen Schwierigkeiten begegnen würde."

Die auf Grund des französisch-russischen Allianzvertrages abgeschlossenen militärischen Vereinbarungen werden im Jahre 1912 durch eine anläßlich der Anwesenheit Poincarés in Petersburg unterzeichnete französisch-russische Marinekonvention vervollständigt. Eine ganze Reihe strategisch-technischer Bestimmungen enthaltend, gibt sie der russischen Flotte u. a. die Möglichkeit, sich im westlichen Mittelmeer auf die französischen Häfen zu stützen. Den Zentralmächten gegenüber versuchen sowohl Rußland als auch Frankreich, die wahre Bedeutung der Konvention als möglichst belanglos hinzustellen, und auf eine diesbezügliche deutsch-österreichische Anfrage antwortet man in Paris [2]) „in allgemeinen und unbestimmten Ausdrücken ausweichend."

Im Mai 1914 reifte dann der in Rußland schon lange gehegte Wunsch, auch mit England ein militärisches Abkommen abzuschließen. In diesem Monate hatte der König von England in Begleitung Sir Edward Greys einen Besuch in Paris abgestattet, der, wie Grey nach seiner Rückkehr nach London dem russischen Botschafter zu verstehen gab, „den Beginn einer noch stärkeren Annäherung Englands an Frankreich bedeutete". In Paris war dann auf die Initiative des französischen Außenministers Doumergue, der wiederum auf besonderen Wunsch Rußlands handelte, der Abschluß einer englisch-russischen Marinekonvention, analog den

[1]) Dipl. Akt. S. 814 u. 815. — [2]) Dipl. Akt. S. 471.

Digitized by Google

schon bestehenden Vereinbarungen zwischen dem französischen und dem englischen Generalstabe, im Prinzip beschlossen worden. Sofort entfaltete die russische Admiralität eine ganz besonders rege Tätigkeit, um die russische Marine durch Ankauf von ausländischen Kriegsschiffen zu vergrößern, wohl von der Berechnung ausgehend, daß im englischen Urteile der Wert einer Annäherung Englands an Rußland mit der wachsenden Stärke der russischen Flotte ebenfalls steige [1]). Die eigentlichen Verhandlungen über die abzuschließende Marinekonvention sollten vom Prinzen Louis Battenberg persönlich im August 1914 in Petersburg geführt werden.

Um unser Bild von den militärischen Abkommen der Entente zu vervollständigen, müßten wir auch noch auf die militärischen Vereinbarungen mit einigen außerhalb dieser Koalition stehenden Mächten hinweisen: Japan, den verschiedenen Balkanstaaten, Portugal, und nicht zu vergessen, die stillschweigende, vielleicht nur mündliche Verständigung zwischen Frankreich und Italien hinsichtlich ihrer gemeinsamen Grenze in den Alpen.

Die militärischen Vereinbarungen als Barometer

Wenn ich, trotz der offensichtlichen Bedeutung dieser militärischen Vereinbarungen, mich nur mit ihrer einfachen Aufzählung begnüge, so lasse ich mich von zweierlei Erwägungen leiten: Einerseits sollte ihre Würdigung vom rein militärischen Standpunkte aus dem Urteile Sachverständiger vorbehalten bleiben, die hierbei auch das Anwachsen der Wehrkraft der einzelnen Länder und der Schlagfähigkeit ihrer Armeen mit zu berücksichtigen hätten; andererseits will ich aber den Anschein vermeiden, als ob das Bestehen aller dieser Vereinbarungen militärischer Natur in ein direktes Kausalitätsverhältnis zum Ausbruch des Weltkrieges gebracht werden solle. So wie vor dem Weltkriege Politik getrieben wurde, sind alle militärischen Vereinbarungen ein Postulat staatsmännischer Voraussicht. Vom Standpunkte unserer Betrachtung aus sind sie ein logisches Korrelat der Ententepolitik, nur ein Barometer der ständig zunehmenden Solidarität und politischen Intimität dieser Mächtegruppe. Diese progressive Solidarität kommt, neben dem sich immer enger gestaltenden militärischen Verhältnis, in der straffen Zusammenfassung ihrer Politik in allen akuten Tagesfragen zum Ausdruck — ich nenne nur die zahlreichen Balkankrisen, Agadir, die Konstantinopeler Militärmission des deutschen Generals Liman von Sanders. Aber nicht in dieser Solidarität an und für sich, mit ihren logischen, militärischen und politischen, Folgeerscheinungen, ist die wahre Kriegsursache zu suchen, sondern — und damit kehren wir wieder zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurück — in der durch sie bewirkten, sozusagen in geometrischer Progression zunehmenden Verschiebung des europäischen Gleichgewichtes zugunsten der Ententegruppe. Erst hierdurch sahen sich die Regierungen der beiden Zentralmächte im Jahre 1914 in eine Zwangslage versetzt, und — man muß es ruhig sagen, selbst auf die Gefahr hin, auf parteipolitischen Widerspruch zu stoßen — die deutschen Volksmassen haben sich doch nicht getäuscht, als sie, ohne sich von den inneren Zusammenhängen deutlich Rechenschaft zu geben, im August 1914 aus reinem Instinktgefühl in einer beispiellos einmütigen patriotischen Aufwallung die Waffen zur Selbstverteidigung zu ergreifen glaubten.

Das Wesentliche: das Verschwinden des Gleichgewichts.

Die außerordentliche Gefahr, die das Verschwinden des europäischen Gleichgewichtes für den Frieden bedeuten mußte, war schon lange vor dem Kriege deutlich erkannt worden. Bei der Zusammenkunft Kaiser Wilhelms und des Zaren Nikolaus im Jahre 1909 in den finnischen Gewässern, hatte der russische Außenminister Iswolsky eine eingehende politische Aussprache mit dem gleichfalls anwesenden deutschen Staatssekretär Baron Schön. Hierüber berichtet Iswolsky [2]):

„Ich habe die Gelegenheit benutzt, um ihm nochmals positive Zusicherungen hinsichtlich der Natur unseres Übereinkommens mit England zu geben, eines Übereinkommens, welches keinen allgemeinen Charakter und keine gegen Deutschland gerichtete Spitze besitzt. Ich fügte hinzu, daß man sowohl in Petersburg als auch in Paris fest überzeugt ist, daß jeder Versuch, die gegenwärtigen Ententen in Allianzen umzuwandeln, eine ernste Gefahr für den Frieden bedeute, und daß deshalb Deutschland nicht das geringste Mißtrauen zu Rußland oder Frankreich zu hegen brauche."

Schon im Mai desselben Jahres hatte der russische Geschäftsträger in Berlin Iswolsky gewarnt [3]):

[1]) Vergl. Dipl. Akt. S. 801. — [2]) Dipl. Akt. S. 699. — [3]) Dipl. Akt. S. 729.

Digitized by Google

„Deutschland ... befürchtet die Möglichkeit einer noch weiteren Annäherung der russischen und englischen Politik, nicht nur in den speziell orientalischen Fragen, sondern auch in solchen, die die Weltpolitik betreffen."

Was für eine Bedeutung haben von diesem Gesichtspunkte aus die oben angeführten Worte Greys: „es gibt keine Weltfrage, in der England und Rußland nicht Hand in Hand vorgehen", und die Erklärung Benckendorffs: „die Entente müsse sich von Marokko bis China erstrecken"? Für die ganze Richtung, die die politische Entwicklung genommen hatte, ist der Umstand bezeichnend, daß, als wieder anläßlich einer Monarchenbegegnung, diesmal in Baltischport im Sommer 1912, der Deutsche Reichskanzler dem russischen Außenminister gegenüber zwar den Nutzen der bestehenden internationalen Gruppierungen für die Erhaltung des europäischen Friedens zugab, aber doch auf die Notwendigkeit hinwies, daß dieses Verhältnis die einzelnen Mächte nicht hindern sollte, gute Beziehungen auch zu den Mächten der anderen Gruppe zu unterhalten, — Sasonow es nicht mehr für nötig oder möglich befunden hat, Herrn v. Bethmann-Hollweg eine der oben angeführten Iswolskyschen Erklärung analoge beruhigende Versicherung zu geben.

Konnte der Krieg vermieden werden?

Die Bedeutung des europäischen Gleichgewichtes für die Erhaltung des Friedens ist aber von niemand klarer erkannt worden als von Sir Edward Grey: Der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, telegraphiert am 10. Februar 1910 nach Petersburg[1]):

„... er (Grey) sagt mir, der Krieg wäre unvermeidlich geworden erstens, wenn Deutschland wirklich isoliert wäre, und zweitens, wenn es die Hegemonie in Europa erlangt hätte. Da die letzte Gefahr nicht mehr besteht, so begrüßt er alles, was die erstere vermindert."

Am 8. Februar 1912 schreibt Graf Benckendorff[2]):

„... Andererseits hat Sir Edward Grey, sowohl öffentlich als auch mir gegenüber stets in Abrede gestellt, daß er Deutschland isolieren wolle. Jeder Versuch, hat er mir wiederholt, den Dreibund zu zerstören, wäre ein Fehler. Seiner Ansicht nach würde die Isolierung Deutschlands eine tatsächliche Gefahr für den Frieden bedeuten."

Wenn die in einer Isolierung Deutschlands liegende Gefahr den beiden bedeutendsten Führern der Entente — Iswolsky und Grey — so deutlich zum Bewußtsein gekommen war, so muß man sich unwillkürlich die Frage vorlegen, wie diese Erkenntnis mit dem Umstande vereinbar ist, daß gerade von der Entente kein ernstlicher Versuch gemacht worden ist, ihre Politik, die, wie wir gesehen, in ihrer zwangsläufigen Entwicklung zur Isolierung Deutschlands führen mußte und auch tatsächlich geführt hat, rechtzeitig im Interesse des Weltfriedens auf ein anderes Geleise umzuleiten, indem sie z. B. zum elastischeren Bündnissystem des Fürsten Bismarck zurückkehrt?

Soweit Paris und Petersburg in Frage kommen, wäre eine derartige „Umkehr" mit ihrer Politik unvereinbar gewesen: Sowohl die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens, als auch die Besitzergreifung von Byzanz und die unbestrittene Hegemonie über alle slawischen Stämme waren nur im Rahmen eines allgemeinen Krieges zu erreichen.

England

Kann aber ohne weiteres dasselbe auch von England behauptet werden? Die Urteile hierüber werden gewiß auseinandergehen. Ich persönlich möchte diese Frage, auf Grund der während meines fast zehnjährigen Aufenthaltes in England vor und während des Krieges gewonnenen Eindrücke, verneinend beantworten — wenigstens soweit die große Majorität der englischen Nation und der verantwortliche Leiter ihrer auswärtigen Politik in Frage kommen.

Im Jahre 1911, als die unheilschwangeren Wolken der Marokkokrise über Europa hingen, sagte Grey zum russischen Botschafter in London[3]):

„Ich glaube nicht, daß Kaiser Wilhelm den Krieg gewollt hat, als dieser Zwischenfall entstand; ich glaube auch nicht, daß er den Krieg heute will. Es erscheint mir ausgeschlossen, daß er — selbst in der obenerwähnten schwierigen Lage — sich zu einem Kriege wegen einer derartigen Frage entschließen würde, wenn er die furchtbaren Folgen des allgemeinen Zusammenstoßes vor Augen hat, den er hervorrufen würde."

[1]) Dipl. Akt. S. 728. — [2]) Dipl. Akt. S. 743. — [3]) Dipl. Akt. S. 435.

Digitized by Google

Und Benckendorff fügt hinzu:

„Ich kann nicht leugnen, daß die Weitherzigkeit dieses Urteils mir begründet scheint."

Alles, was uns über die politische Tätigkeit Sir Edward Greys bisher bekannt geworden, muß uns gerechterweise veranlassen, auch ihn mit derselben Weitherzigkeit zu beurteilen.

Wenn dem aber so ist, wenn ihm nicht, wie einem Poincaré oder einem Sasonow, der Weltbrand als die unvermeidliche ultima ratio vorschwebt, wohin sollte ihn denn dann seine Ententepolitik, „mit der er stand und fiel", eigentlich hinführen? Ich glaube, daß selbst im Falle der Öffnung der englischen Archive diese Frage nicht restlos beantwortet werden würde: dies wäre nur im Rahmen, sagen wir, einer politischen Selbstbiographie Greys möglich. Wir Außenstehenden sind auf Hypothesen angewiesen, die rein subjektive Bedeutung haben. Auch hier kann ich also nur eine persönliche Ansicht äußern. Ich glaube, daß Grey als Abschluß „seiner" Ententepolitik nicht den Krieg — wenigstens keinen, in den England unbedingt hätte eintreten müssen — angenommen hat, sondern die, als Folge der Ausreifung seiner Politik, automatisch einsetzende Mattstellung Deutschlands, die es England erlaubt hätte, die Verhältnisse auf dem europäischen Kontinente seinen Wünschen entsprechend zu regeln und die Interessen seines Kolonialreiches durch einen in Berlin diktierten Kompromiß sicher zu stellen. Im schlimmsten Falle gab es noch eine Variante: Grey konnte voraussehen, daß im Laufe der nächsten Jahre Rußland und Frankreich so erstarkt sein würden, daß sie zusammen mit ihrer Gefolgschaft allein die kriegerische Auseinandersetzung mit den Zentralmächten hätten übernehmen können, und England beim Friedensschluß, auch ohne sich am Kriege beteiligt zu haben, die Früchte seiner weitblickenden Politik geerntet hätte.

Mit dieser Hypothese scheint das Verhalten Greys in den kritischen Tagen des Jahres 1914 im Widerspruch zu stehen: Nicht etwa der Umstand, daß England in den Krieg eintrat — die nachfolgenden Ereignisse haben ja bewiesen, daß die englische Berechnung des gegenseitigen Kräfteverhältnisses um diese Zeit und die hieraus sich ergebende Notwendigkeit der englischen Beteiligung am Kriege eine richtige war — sondern daß Grey nicht wie schon bei früheren Gelegenheiten, so auch jetzt wieder, die Kluft, die sich plötzlich in Europa aufgetan hatte, mit bewährter staatsmännischer Weisheit überbrückte, um, da die Zeit doch für die Entente arbeitete, das von ihm erstrebte Ziel später auf friedlichem Wege zu erreichen. Der Widerspruch ist aber nur scheinbar. Grey ist in seiner ganzen Berechnung ein großer Fehler unterlaufen: Er hat die Konzentration der russischen Nationalpolitik seit 1908 und die auf diese heftig reagierenden französischen Revanchepläne nicht richtig eingeschätzt. Grey wird auch von englischer Seite vorgehalten, er hätte den Krieg 1914 vermeiden „können", wenn er „gewollt" hätte. Man ist versucht, mit dem indischen neti neti zu antworten — „es ist nicht so, und ist auch nicht so". Grey hat gewiß kein Blutbad in Europa „gewollt"; sein Prestige war so groß, der Einfluß der englischen Politik so real, daß er durch einen rücksichtslosen Machtspruch aller Wahrscheinlichkeit nach die Kriegshetzer in Paris und Petersburg noch zum Schweigen bringen „konnte". Aber um welchen Preis? Während der bosnischen Annexionskrise hat Grey das Petersburger Kabinett wissen lassen, England werde über eine diplomatische Unterstützung der russischen Politik nicht hinausgehen können — wohl oder übel hat Iswolsky damals diese „Warnung" beherzigen müssen. Während der zahlreichen Balkankrisen, namentlich im Winter 1912/13, hat Grey sich auf denselben Standpunkt gestellt, wenn auch nicht mehr in so unbedingter Weise: Trotzdem hat sich Sasonow diesmal nicht mehr ganz so leicht gefügt. Seine üble Laune ist während der Londoner Botschafterkonferenz mehr als einmal in Erscheinung getreten — er fühlte eben schon, daß man „das Jahr 1909 mit den jetzigen Ereignissen nicht vergleichen könne, denn sowohl die allgemeinen Bedingungen, als auch das Verhältnis der gegenseitigen Interessen und Kräfte sind andere als früher". Dieser Standpunkt des Petersburger Kabinetts hat Grey während der Tagung der Konferenz manche schwierige Stunde bereitet. Aber als nun auch im Winter 1913/14 Grey sich an einer kriegerischen Lösung der Liman von Sandersschen Krise, so wie sie von Sasonow leichten Herzens ins Auge gefaßt wurde, nicht ohne weiteres beteiligen wollte, hat Sasonow sich direkt als von England im Stich gelassen bezeichnet, und wenn damals von russischer militärischer Seite die Chancen eines kriegerischen Zusammenstoßes mit den Zentralmächten

Digitized by Google

nur etwas günstiger beurteilt worden wären, so hätte die russische politische Leitung wahrscheinlich auch allein zu den Waffen gegriffen.

Grey war ein zu feiner Psychologe, um sich, angesichts der furchtbaren Spannung, die durch den Mord in Serajewo entstanden war, in den kritischen Tagen des Jahres 1914 nicht zu sagen, daß eine Wiederholung seines früheren Verfahrens, wenn auch den Frieden erhalten konnte, so doch der Entente einen tödlichen Schlag versetzen mußte: Rußland hätte sich dieses Mal nicht als von England „verlassen", sondern „verraten" bezeichnet. Dies hätte den sofortigen und völligen Zerfall der Entente bedeutet, da ein Einvernehmen mit Frankreich, ohne Rußland, für die englischen Interessen nicht mehr dieselbe Bedeutung haben konnte. So nahe am Ziele, hätte Grey alle Früchte seiner so klug angelegten und mit so unendlicher Mühe durchgeführten Politik preisgeben müssen. Der Schaden für die Interessen Englands konnte ein nie wieder gutzumachender sein. Unter diesen Umständen mußte Grey der Krieg als das kleinere Übel erscheinen, und obwohl er es stets so ängstlich vermieden hatte, seine Handlungsfreiheit durch formale Bündnisse im voraus zu binden, hat die logische Entwicklung der von ihm vertretenen Politik dazu geführt, daß er im Juli 1914 kein freier Mann mehr war. In diesem Sinne hat Grey damals weder „gewollt", noch „gekonnt".

In mehreren Veröffentlichungen der Kriegsliteratur wird erzählt, der damalige russische Botschafter in Paris, Iswolsky, habe beim Ausbruch des Krieges geäußert: „Jetzt habe ich endlich meinen Krieg." Hier liegt ein Irrtum vor, und zwar eine Verwechslung mit einer ähnlichen Äußerung über Iswolsky, die Jaurès einige Stunden vor seiner Ermordung getan hat. In Wirklichkeit hat Iswolsky, wie die Herren der damaligen russischen Botschaft in Paris erzählt haben, ausgerufen: „Dies ist der stolzeste Tag meines Lebens" — es war aber nicht etwa der Tag, an dem der Krieg zwischen Rußland und Deutschland ausbrach, sondern der Tag, an dem England beschloß, in den Krieg einzutreten...

Dezember 1921. B. von Siebert.

Rundschau.

Neue Bücher.

Borinskis Literaturgeschichte. Das zweibändige Werk des Münchner Literaturhistorikers (Deutsche Verlagsanstalt, 643 und 673 Seiten, wovon 20 genaues Register, 165 Bildnisse, 98 Mark) war ein Bedürfnis und ist ein Ereignis. Ein Bedürfnis insofern, als seit Scherer eine Gesamtdarstellung der deutschen Literatur durch einen einzigen Verfasser von fachwissenschaftlicher Seite nicht mehr versucht worden war: Nadler ist noch nicht abgeschlossen, Bartels und Biese, so verdienstlich beide sind, stehen doch nicht mitten im literaturgeschichtlichen Forschungsbetrieb. Ein Ereignis insofern, als alle die Forderungen, die in bezug auf Auffassung und Darstellung von Literaturgeschichte zu erheben sind, in dem Werke Borinskis erfüllt werden: Weite des weltliterarischen Horizonts, Sicherheit des Urteils, Einbeziehung alles Geistigen im weitesten Sinne, Mut zur Wertung, Nichtüberschätzung der Publikumsgattungen, Gleichmäßigkeit der Stoffdurchdringung. Der erste Band schließt mit Lessing ab, der zweite beginnt mit Herder und reicht bis in die Gegenwart, von deren einigermaßen bedeutenderen Namen man auch nicht einen vermissen wird. Von der ganz auf große geschichtliche Gesichtspunkte eingestellten Disposition mag eine Zusammenstellung der Kapitelüberschriften des ersten Teils wenigstens einen Begriff geben. I. Germanische Vorzeit: (1) Volkstum, (2) geschichtliche Wurzeln der deutschen Literatur bei den Goten. II. Geistliche Ausbildungszeit der Sprache und Literatur: (3) Christlich-deutsche Dichtung unter den Karolingern, (4) Antik-klassische Weltbildung unter Karolingern und Ottonen, (5) Streng geistliche Gegenwehr gegen die Verweltlichung der Bildung, (6) Geistliche im Wettbewerb mit dem Spielmann um das Publikum der Kreuzzüge, (7) Fahrende geistliche Lehrer der ritterlichen Dichtung. III. Ritterliche Blüte unter den schwäbischen Kaisern: (8) Entstehung der höfischen Gesellschaft, (9) Einführung der höfischen Epik, (10) das Altertum in der ritterlichen Dichtung, (11) Hartmann von Aue und seine Schule, (12) Wolfram von Eschenbach und seine Fortsetzer, (13) Gottfried von Straßburg, der

Digitized by Google

Meister der jüngeren höfischen Gesellschaft, (14) Minnesang, (15) Die theologische Seite des Minnesangs, Marienbichtung, (16) Die philosophische Seite des Minnesangs, Spruchdichtung, (17) Die natürliche Seite des Minnesangs, „Minnesangs Frühling", (18) Blüte in Walter von der Vogelweide, (19) Minnesangs Herbst und Winter, (20) Nibelungen: Kritik, Geschichte und Sage, (21) die zweiteilige Dichtung, (22) Gudrun, (23) Dietrichepen. IV. Verfall des Rittertums, Aufkommen der Städte: (24) Literatur des Deutschherrenordens und der Bettelorden, (25) Geistliches Volkslied und Volkstheater, (26) Straf- und Lehrdichtung, (27) Versuche zur Neubelebung des Rittertums, (28) Fabel-, Sitten- und Lasterschilderung, (29) Schwankbilder, (30) Fastnachtspiel und -Schwank, (31) Erbauliche Erzählungen und Volksbücher, (32) Lyrik des späten Mittelalters, Meistergesang, (33) Volkslied. V. Renaissance und Humanismus: (34) Wiedererwachen weltlicher Wissenschaft und Lebenskunst, (35) Heimatsrecht und -Geschichte in der Landessprache, (36) Universitäten und Naturwissenschaft, (37)Humanismus in Deutschland, (38) Religiöser Zug des deutschen Humanismus. VI. Reformation und Gegenreformation: (39) Luther, deutsche Schriftsprache, protestantisches Kirchenlied, (40) Streit, Spott, Laune, (41) Unterhaltungsliteratur des aufsteigenden Bürgertums, (42) Humanismus und Drama. VII. Jahrhundert des Dreißigjährigen Krieges: (43) Deutsche Renaissancedichtung, (44) Sprachgesellschaften und Barockdichtung, (45) „Politische" Literatur. VIII. Zweite bürgerliche Blüte: (46) Ansätze zur selbständigen Erneuerung, (47) Klopstock und Wieland, (48) Lessing.

Ich habe den Aufbau des ersten Bandes einzeln ausgeführt, um zu zeigen, wie klar Borinski den riesigen Stoff durch umsichtige Gliederung bewältigt. Nicht minder einleuchtend ist die Zerlegung des Stoffs im zweiten Bande. Die Gefahr der Unübersichtlichkeit ist vermieden. Mit großem Geschick führt Borinski bis in die unmittelbare Gegenwart, und erreicht Vollständigkeit, ohne an Übersicht einzubüßen. So ist sein Werk nicht nur ein Nachschlagebuch, das nicht leicht versagt, sondern es stellt auch die Einzelerscheinung von vornherein in einen geschichtlich bedingten geistigen Zusammenhang, und wirkt dadurch im höchsten Sinne bildend. Vor allem aber wirkt bildend die mutige Kritik, mit welcher Borinski dem 19. Jahrhundert gegenübertritt. Die Verschwommenheit der Romantik, die Literatenhaftigkeit des Jungen Deutschland, die philiströse Selbstgerechtigkeit nach 70, die Berliner Mache hinter den Saisonklassikern seit 90, mit einem Worte: das Abrücken von der hohen Literatur zugunsten der breiten, von den zeit- und publikumslosen Gattungen zugunsten der Unterhaltungs-Belletristik: er weiß es, er hat den Mut es auszusprechen. Da er längst auf das verzichtet hat, was man so Karriere nennt, kann er sich den Luxus erlauben, sich nicht in jeden Dreck einfühlen zu müssen. Er geht nicht mit, er läuft nicht nach, er steht allein, wie es sich gehört.

Was Mayne für Immermann (vgl. voriges Heft Seite 179) hat Hermann Schneider für Ludwig Uhland geleistet (Berlin, Ernst Hoffmann & Co.): Das Buch. Es ist ein stattlicher Band geworden, über 500 Seiten, der mit ungemeiner Liebe und Treue der ehrwürdigen Existenz dieses Dichters, Forschers und Charakters nachgeht. Besonders der Forscher und der Politiker Uhland erfahren zum erstenmale die ihnen gebührende Berücksichtigung. Das Buch ist frei von jeder Überschätzung.

Das vorzügliche zweibändige Werk des Freiburger Universitätsprofessors Philipp Witkop über die Deutsche Lyrik von Luther bis Nietzsche, in seiner Art ein Seitenstück zu Diltheys „Erlebnis und Dichtung", ist in 2. Auflage erschienen. Sie bedeutet gegenüber der ersten vielfach eine Erweiterung. So sind die Dichterprofile von Gryphius und Lenz hinzugekommen und vor allem das schöne Kapitel über Peter Hebel. Ich schätze das Werk Witkops als eine der schönsten Brücken, die ein Wissenschaftler von der großen Dichtung zu den nach ihr Bedürftigen geschlagen hat.

Immer wieder mache ich die Erfahrung, daß die Kenntnis der englischen Literatur bei uns recht mäßig ist. Es kommt z. B. vor, daß heut noch Defoe und Cooper für Knabenschriftsteller à la Karl May gehalten werden. Ich empfehle aus diesem Grunde ganz besonders Eduard Engels „Geschichte der Englischen Literatur" von den Anfängen bis zur Gegenwart (Leipzig, Brandstetter, geheftet 40 Mark), ein ebenso gediegenes wie anregendes Werk, das ausgezeichnet in diese wahrhaft große Literatur einführt.

Wer sich vorzugsweise mit dem 19. Jahrhundert befassen will, wird begeistert sein von Leon Kellners „Englischer Literatur der neuesten Zeit, von Dickens

Digitized by Google

bis Shaw" (Leipzig, Bernhard Tauchnitz), ein Buch, das sich vielfach ebenso spannend liest, wie die Romane, die es behandelt. Aus diesem Werk bekommt man einen Begriff, wie unvergleichlich großartig — es gibt kein anderes Wort dafür — die englische Literatur des abgelaufenen Jahrhunderts ist.

Ausländische Bücher sind für uns unerschwingbar geworden. Aber der Inselverlag hat 3 Sammlungen, die viel besser sind, als alles, was um diesen Preis je in Frankreich oder Italien, und zum mindesten ebensogut, wie alles, was in England um denselben Preis gedruckt worden ist. Wer sich dafür interessiert, lasse sich von seinem Buchhändler den kleinen Katalog Orbis Literarum kommen, er wird sicher mehr finden, als er auf einmal kaufen kann, z. B. Balzacs Contes drolatiques um 40, den ganzen Dante italienisch und lateinisch um 30, den ganzen Homer griechisch um 60, Nibelungen und Kudrun mittelhochdeutsch zusammen um 40, Dostojewskis Schuld und Sühne russisch um 50 Mark. Dazu die kleine Sammlung Pandora, eine fremdsprachliche Inselbücherei, von der jedes der niedlichen Bändchen 5 Mark kostet.

Wenn von Houston Stewart Chamberlain ein neues Buch erscheint, ist das Urteil darüber von allen Tüchtigen, die bei den heutigen Tarifsätzen für freie Bahn (I. Klasse) sind, gesprochen: sie lesen es nicht, und ihre Presse schweigt es tot. Wir sind dem Verfasser der „Grundlagen" für zu zahlreiche und zu nachhaltige Anregungen verpflichtet, als daß wir ihm nicht mit besonderer Aufmerksamkeit folgen sollten, wenn er uns seine letzten Überzeugungen über „Mensch und Gott" mitteilt. Dies ist nämlich der Titel seines neuen Buches, das allen Denkenden, gleichviel welcher Weltanschauung oder Konfession, die reichsten Anregungen gibt. (Verlag F. Bruckmann, München, geheftet 24, Halbleinen 36 Mark.)

Von sonstigen Werken Chamberlains nennen wir die berühmten „Grundlagen des 19. Jahrhunderts", die mit ihren über 1200 Seiten, gebunden, um 40 Mark noch immer eines der billigsten deutschen Bücher sind; außerdem die „Lebenswege meines Denkens", deren letztes Kapitel, wo sich Chamberlain über Bücher und Leser äußert, allein schon die 30 Mark wert ist, die diese interessanteste aller neuesten Autobiographien kostet. (Beides bei Bruckmann.)

Der Basler Psychiater Otto Hinrichsen, der als Dichter unter dem Namen Otto Hinnerk bekannt geworden ist, hat im Rheinverlag, Basel, ein eigenartiges Buch erscheinen lassen: „Der Umgang mit sich selbst." Es ist in Briefform gehalten und handelt von den Nöten des Seelenlebens, von jenem nie zufriedenen Suchen, Ringen, das ein Merkmal sowohl sehr gesunder wie etwas kranker Seelen sein kann. Wer an die Freudsche Psycho-Analyse als an die Pfarrer-Kneipp-Pillen des seelischen Verdauungsapparats glaubt, wird diese liebenswürdigen und verstehenden Briefe weniger würdigen, als der unbefangene Leser, der sich freut, von einem gebildeten Seelenarzte beraten zu werden. Der von Hinrichsen am liebsten zitierte Dichter ist Fontane: Das allein genügt, um zu zeigen, wes Geistes dieser kluge, überlegene Gemütsinternist sei.

Die Leser erinnern sich, daß an dieser Stelle das Buch von Werner Mahrholz „Deutsche Selbstbekenntnisse" (Furche-Verlag) angelegentlich empfohlen worden ist. Heute sei nicht minder nachdrücklich auf das Werk Theodor Klaibers aufmerksam gemacht: „Die deutsche Selbstbiographie" (Stuttgart, J. B. Metzler), das denselben Gegenstand zum Teil von demselben Gesichtspunkte aus, zum Teil unter anderer Einstellung, vor allem viel stärkerer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts behandelt. Die deutschen Autobiographien sind wohl der wertvollste Bestandteil unserer nichtbelletristischen Literatur, soweit sie für den großen Kreis der Gebildeten in Frage kommt. Aber das Gebiet ist so unübersehbar, besonders im schreibseligen letzten Jahrhundert, daß man ordentlich dankbar ist für einen Führer von der Kenntnis, Gewissenhaftigkeit und Anregungsfähigkeit Klaibers.

Hugo Schmidt, München, gibt Kunstbreviere heraus, Bände in Groß 8°, illustriert, mit Text, Preis durchschnittlich 10 Mark gebunden. Der neueste behandelt Tizian. Außerdem veröffentlicht Hugo Schmidt besonders Werke über spanische und deutsche Kunst. Eine der letzten Erscheinungen ist das Buch von Zoege von Manteuffel über den Deutschen Holzschnitt (geb. 24 Mark, 77 Abbildungen). Mit diesem Buche beginnt ein neues, dankenswertes Unternehmen des Verlags: „Kunstgeschichte in Einzeldarstellungen".

Josef Hofmiller.

Digitized by Google

Deutsch oder lateinisch?

In Aphorismen, die ich im Aprilheft 1921 der Süddeutschen Monatshefte veröffentlichte, hieß es: „seit Kriegsausbruch kommen mir Parteistreitigkeiten so vor, wie wenn auf einem Schiff, das in einem Sturme mit einem Leck auf dem Weltmeer umhergetrieben wird, einer sagte: bevor wir uns zusammentun um unser Leben zu retten, muß erst abgestimmt werden, ob künftig die Speisekarten des Schiffes in Fraktur oder in Antiqua gedruckt werden."

Damals dachte ich noch nicht daran, daß einmal ein Heft der Süddeutschen Monatshefte in Antiqua (lateinischen Buchstaben) gedruckt werden würde und daß, nicht nur bildlich gesprochen, wirklich Deutsche im Kampf um Leben oder Sterben sich darüber streiten würden, ob das richtig sei.

Unsere Freunde wissen, daß die Süddeutschen nicht nur Fraktur reden, sondern auch Fraktur schreiben. Wir sind Anhänger der Fraktur, weil die spezifische deutsche Schrift bei einem Volk mit so geringem Nationalgefühl einer der Reifen ist, die die auseinanderstrebende Masse zusammenhalten.

Maßgebend war uns Folgendes: als die „Gegenrechnung" hinausgegangen war, bekam unser Verlag täglich Briefe von Auslandsdeutschen, die uns mitteilten, daß es viele Tausende von Ausländern gibt, die gut deutsch können, aber sich im Lesen von Fraktur so schwer tun, daß eine Antiqua-Ausgabe der „Gegenrechnung" ein Lebensbedürfnis für die Bekämpfung des Lügenfeldzuges sei. Unser Verlag mußte sich daher entschließen, die „Gegenrechnung" neu setzen zu lassen, in lateinischen Buchstaben.

Und weil „Die Wahrheit über Oberschlesien" vor der Entscheidung Verbreitung im Ausland finden sollte, hat er sie gleich in lateinischen Buchstaben setzen lassen.

Nun bitte ich, mich nicht weiter mit Briefen zu überschwemmen. Vereine und Einzelpersonen, die das Bedürfnis haben, sich gegen solche ausnahmsweise Verwendung von Antiqua zu äußern, sollen nur auf eine Postkarte die zwei Buchstaben „J a" schreiben. Dieses „J a" soll bedeuten, daß sie die Frage, die ich am Schluß des folgenden Erlebnisses stelle, bejahen.

Ich war kürzlich in Kärnten und wurde dort von einem Führer des deutschen Abstimmungskampfes herumgeführt. Er zeigte mir die Anschläge und Inschriften, die heute noch im Abstimmungsgebiet an den Häusern zu sehen sind. Da fiel mir auf, daß alle diese Inschriften in lateinischen Buchstaben geschrieben sind. Ich fragte nach dem Grunde und erhielt die Antwort: „Für die Leute, die in deutscher Schrift schreiben, hätten wir diese Inschriften kaum gebraucht, sondern sie waren vor allem für die Winden bestimmt, die in so großer Zahl für uns gestimmt haben und die keine deutschen Buchstaben lesen können."

Die Frage, die ich zum Schluß stelle, ist also diese:

Hätten die Deutschen beim Abstimmungskampf die Inschriften in deutschen Buchstaben machen sollen, auf die Gefahr hin, das Abstimmungsgebiet an die Jugoslaven zu verlieren?

Wer diese Frage bejaht, wird gebeten, die zwei Buchstaben „J a" zu schreiben. Beifügung eines Lichtbildes der „J a"-sager erwünscht. E.

Eine Geschichte des französischen Großen Hauptquartiers.

Aus englischem Mund hat es uns gesagt werden müssen, wie trefflich unter Herrn v. Tirpitz an unserer Flotte gearbeitet worden war. Die englische Geschichte des Weltkrieges hat dargelegt, welch überragende Bedeutung die Fahrt der Goeben und Breslau nach Konstantinopel in den ersten Kriegswochen gehabt hat. Jetzt kommt der Verfasser der amtlichen französischen Heeresberichte in den drei letzten Kriegsjahren, Jean de Pierrefeu, und legt Zeugnis ab für die wunderbaren Taten unseres Heeres. In fünf große Abschnitte gliedert er seinen Stoff. „Der Generalstab des Sieges, Joffre-Dämmerung, Das tragische Zwischenspiel Nivelles, Pétain, der Organisator des Sieges, Foch und Pétain" sind sie überschrieben. Mit einer Offenheit, die auch vor der Kritik führender Persönlichkeiten nicht zurückschreckt, werden die Vorgänge geschildert. Erst das Hauptquartier in Chantilly, wo einst der große Condé

Digitized by Google

gewohnt hat. Wir werden Zeugen der weitgehenden Arbeitsteilung in den verschiedenen Büros, wir lernen aber vor allem den Geist des Hauptquartiers kennen. Wie P. dem General Pellé, seinem Vorgesetzten, vorgestellt wird, sagt dieser zu ihm: „Sie sind Kritiker? Sie haben niemals Politik getrieben? Ausgezeichnet! Wir verabscheuen hier alles, was Politik heißt. Tardieu (P.s Vorgänger) machte leider in Politik, oder vielmehr, er hatte darin gearbeitet. Das war genug, um ihn verdächtig zu machen. Er war Abgeordneter, das erregte den Neid seiner Kollegen. In Paris bildet man sich fest ein, wir wären von der Politik besessen. Wir sagten nicht die Wahrheit... Sie werden dem Publikum alle Vorgänge mitteilen, mit der Vorsicht, die gegenüber einem großen, so empfindlichen Kind, wie die Franzosen es sind, nötig ist. Die Presse hat eine große Aufgabe: sie muß dem Lande Vertrauen geben." P. macht sich ans Werk. Sein erster Bericht ist ein stilistisches Wunder in einigen dreißig Zeilen: alle die Einzelnachrichten sind darin sorgfältig zusammengefaßt. Es wird dem General unterbreitet, und kehrt dick durchstrichen zurück mit der eigenhändigen Verbesserung: „An der gesamten Front nichts Bemerkenswertes."

Das Leben im Großen Hauptquartier war nicht lustig: mit größter Strenge wurde jedes menschliche Wesen ferngehalten, das nichts dort zu suchen hatte, gleichgültig, ob in Zivil oder Uniform. Die Mahlzeiten sind kurz, das Ganze gleicht einem Kloster oder besser noch, meint der Verfasser, einer Erziehungsanstalt, deren Zöglinge nie gemeinsame Erholungszeiten hätten. Freudlosen Automaten gleich arbeiten die Insassen der Büros, die es einander zuvorzutun trachten in Aktenanhäufung. Eine strenge und nicht leicht zu fassende Hierarchie beherrscht das ganze Leben. „Einem halben Jahrhundert Demokratie zum Trotz blieb die Militärkaste aufrecht und ungebrochen, mit ihren ererbten Vorurteilen, ihrer besonderen Sinnesart." Und P. findet diesen Zustand berechtigt, ja notwendig. Und innerhalb des Offizierskorps nimmt der meist aus der Provinz sich rekrutierende Patentoffizier (breveté) eine besondere Stellung ein, der fast immer aus der Kriegsschule hervorgegangen ist, und mit Recht eine hohe Achtung bei den anderen, aber auch bei sich selbst genießt. Er ist fast immer, was man so reaktionär nennt, wahrt die guten, alten Traditionen der Armee. Unter diesen zuweilen engen, aber trefflichen Leuten beanspruchen wieder einen besonderen Rang für sich die Angehörigen des „dritten Büros". Sie führten im Großen Hauptquartier den Spitznamen der Jungtürken, so selbstsicher traten sie bei jeder Gelegenheit auf. Sie waren die reinsten Vertreter jenes Geistes der Kriegsschule, von der der Verfasser sagt: „Sie verbreitete eine optimistische Auffassung, vertrat den Gedanken von der Kraft des Willens und der Energie, des Adels, der Würde und der persönlichen Freiheit gegenüber den Schicksalsmächten. Und das sofort nach 1870, im selben Augenblick, wo die Literatur, die Philosophie, die École normale sogar, in Pessimismus und in den Glauben an eine unabänderliche Vorbestimmung verfielen, wo es Mode war, Schopenhauer zu preisen und mit einem vornehmen Lebensüberdruß zu prunken."

Den moralischen Wert der patentierten Offiziere stellt P. ungemein hoch. Weniger ihre Geistesbildung. Das Sinken der Kultur, das man schon im ganzen französischen Volk beklagen müsse, wird bei den Offizieren besonders fühlbar. Mit dem geistigen Leben der Nation haben sie keinen Zusammenhang. Kunst und Literatur insbesondere sind für die meisten Bücher mit sieben Siegeln. Aber vielleicht hat gerade diese Enge dem französischen Offizierkorps eine gewisse Überlegenheit über dasjenige deutsche gegeben, das sich im Lauf des Krieges herausgebildet hat. Mars und die Musen sind keine Genossen. ...Im Großen Hauptquartier herrschte auch eine entschiedene Abneigung gegen alles, was mit der Volksvertretung zusammenhing. Bei Tisch, wo man sich gelegentlich freier gehen ließ und auch Witze nicht scheute, fiel manches herbe Wort, und einem

Digitized by Google

Kameraden, der Kabinettchef bei Herrn Millerand gewesen und von dort an die Front gekommen war, brachten die Herren des Hauptquartiers ihre Glückwünsche dar, daß er endlich aus der Stickluft in reinere Regionen komme. Der also Gefeierte machte erst ein schiefes Gesicht, bald aber stimmte er mit ein und beim Abschied konnte einer der höheren Offiziere äußern, der Aufenthalt im Großen Hauptquartier habe den Kameraden von den Pestkeimen des Parlaments befreit.

„Niemals der Ansicht eines Soldaten in militärischen Dingen entgegenzutreten, gilt einem vaterländisch gesinnten Franzosen für selbstverständlich. Jeder ist sich der Unmöglichkeit bewußt, als Zivilist über militärische Dinge mit einem Offizier zu streiten. Während der ganzen Zeit, da Herr Millerand Kriegsminister war, hat er nach diesem Grundsatz gehandelt." Mit den Zivilisten in Paris, und gar den Ministerien, den Sitzen aller bösen Geister nach der Meinung des Hauptquartiers, ging man keineswegs sänftiglich um: der unglückliche Verbindungsoffizier, der zwischen Paris und dem Hauptquartier vermittelte, hatte nicht wenig auszustehen. Fast so schwierig war die Aufgabe der Herren, die für die fremden Militärmissionen zu sorgen hatten, unter denen die belgische sich des größten Ansehens erfreute, die japanische am fleißigsten arbeitete, die englische bald ein völliges Sonderdasein führte.

Der Mißerfolg am Hartmannsweilerkopf Ende 1915 machte die Gegner Joffres im Parlament mutig. Im Hauptquartier glaubte man zu wissen, daß Joffre den Zivilisten gegenüber zu nachgiebig sei. Die Ernennung des Generals von Castelnau zum Generalstabschef war ein deutlicher Wink. Joffre suchte den Einfluß des neuen Mannes mit allerhand kleinen Mitteln zu beschneiden, Castelnau durfte Joffre nie ohne Zeugen sprechen, hatte bald alles gegen sich bis auf wenige Freunde. Dennoch hielt er aus, und um den Schein zu wahren, gingen Joffre und Castelnau täglich nachmittags einige Zeit miteinander spazieren. Die siegreichen deutschen Kämpfe um Verdun, das nicht wenige geneigt waren, dem Sieger zu überlassen — Briand freilich erklärte stets, die Feste müsse unter allen Umständen gehalten werden — schienen den Gegnern Joffres recht zu geben. Die Hartnäckigkeit der Deutschen setzte unsere Feinde in Erstaunen. Im Hauptquartier setzte man ihr den Hinweis auf die ungeheuren Verluste entgegen. Die immer wiederkehrende Wiederholung von Ausdrücken wie „erschöpft durch die ungeheuren Verluste...", niedergemäht von unserer Artillerie...", „unter sehr beträchtlichen Verlusten, wie die Gefangenen aussagen... gab der Feind den Kampf auf", machte auf die Neutralen, ja selbst auf die Deutschen den stärksten Eindruck und trug dazu bei, allen Ableugnungen des Turms von Nauen zum Trotz, in ihren Reihen das Gespenst riesiger Blutverluste umgehen zu lassen, das die übelste Wirkung haben mußte. Die öffentliche Meinung in Frankreich war geneigt, Nauen mehr zu glauben als dem eignen Hauptquartier. Dennoch hielt Joffre und sein Stab an der Ueberzeugung fest, die Abnutzung des Feindes müsse den Sieg entscheiden. „In einigen Wochen", ließ General Pellé verkünden, „werden die deutschen Kräfte erschöpft sein und der Gesamtstärke der Koalition (7 Millionen gegen 10) gegenüberstehen." P. macht bei dieser Gelegenheit sich Luft. Nach den Darstellungen des Großen Hauptquartiers aus Joffres und Nivelles Zeit wäre alles vom Hauptquartier vorausgesehen worden, alle Operationen planmäßig verlaufen. Er warnt die künftigen Geschichtsschreiber gegen die tägliche Entstellung der Wahrheit, die er als Zeuge erlebt hat. Schlimm genug, daß ein Geschichtsforscher vom Range Louis Madelins kritiklos die Archive des Hauptquartiers benutzt. Glaubt er für Frankreich zu arbeiten? Die Wahrheit allein kann Frankreich nutzen. „Eines Abends, in Chantilly, zeigt man mir den berühmten Befehl von der Marne, der die Schwenkung gegen Norden anordnete, eigenhändig von Oberst Gamelin geschrieben und von Joffre gezeichnet. Endlich sollte ich erfahren, wem die Ehre zukäme, gerufen zu haben:

Digitized by Google

‚Hier muß man haltmachen und siegen!' Grausame Enttäuschung! Der berühmte Befehl trug drei verschiedene Daten übereinander. Aus ihm werden wir die Wahrheit nicht erfahren."

Während Pétain Verdun hielt, setzten die Kämpfe an der Somme ein, von denen manche den großen Erfolg erwarteten, und die die Franzosen Ströme Bluts gekostet haben. „Es ist schlimm, daß die Führer, um ihr Avancement zu beschleunigen, Erfolge erstreben auch da, wo sie an sich nutzlos sind. Es hat jedesmal, wenn das Oberkommando den Divisionären zu sehr freie Hand ließ, Zeiten gegeben, wo das Blut unserer Soldaten floß, um Sterne auf den Achselstücken der Offiziere zu befestigen", sagt B. und er bemerkt weiter, daß nach den Sommekämpfen die Gesundheit Fochs als erschüttert galt und man über den einst viel Gefeierten die Achseln zuckte. Es kam nach der Stellung von Foch zur Disposition des Kriegsministers zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Foch und Joffre im Hauptquartier. Es dauerte nicht lange, da mußte Joffre selbst mit dem Titel eines Marschalls seinem Nachfolger General Nivelle Platz machen. Nivelle, der sich in Verdun ausgezeichnet hatte, hatte den Auftrag erhalten, das Große Hauptquartier aus Chantilly zu verlegen, wo die Offiziere angeblich ein Lotterleben führen sollten. So unbegründet der Vorwurf war, man mußte packen und nach Beauvais übersiedeln, wo man keineswegs begeistert aufgenommen wurde. Allein schon die Polizeistunde um 8½ Uhr machte die Einwohner mißmutig. Alles, was Unterröcke trug und nicht bodenständig war, wurde ausgewiesen. „Um's kurz zu sagen, man belästigte ausgiebig unter fadenscheinigen Vorwänden und ganz zwecklos eine Bevölkerung von 50 000 Seelen, die sich in Zukunft sicher nicht durch Liebe zum Heer auszeichnen wird. Das einzige Mal, wo das Große Hauptquartier stürmisch begrüßt wurde, war der Tag seiner Abreise nach Compiègne." Hier versammelte sich am 6. April 1917 das berühmte Kriegskomitee; als bald danach die deutschen Erfolge einsetzten, wurde die Uneinigkeit der französischen Führer völlig offenbar. Nivelle fand Unterstützung bei Herrn Malvy, den man im Heer anklagte, es mit den Defaitisten zu halten, und den man im Großen Hauptquartier am liebsten in Haft genommen hätte. Umsonst: Nivelle mußte gehen, und er ging, ohne daß irgend jemand davon Notiz nahm, abgesehen von den wenigen, die mit ihm das Hauptquartier verließen. Zur ungeheuren Freude aller derer, die an den Sieg glaubten, wurde Pétain sein Nachfolger. Mit seiner Ankunft ging eine tiefe Veränderung vor sich. Die Armee zeigte Spuren deutlichen Verfalls. Anfang Juni hatte ein in die vorderste Linie geschicktes Regiment den Gehorsam verweigert. Andernorts hatten sich Soldatenräte gebildet, wurden Lebensmittel in der Umgebung requiriert, Solderhöhung, regelmäßiger Urlaub gefordert und für den Angriff bestimmte Bedingungen gestellt. Ein General war mißhandelt worden, ein Automobiltransport mit Maschinengewehren war auf der Fahrt nach Paris aufgehalten worden, wo die Leute vom Parlament die Einstellung der Feindseligkeiten fordern wollten. Rote Fahnen waren gehißt worden, die Vorbereitungen waren in aller Stille, aber offenbar gleichmäßig auf der ganzen Front getroffen worden. Vielfach hatten die Meuterer ein strenges Alkoholverbot erlassen, ihre Offiziere abgesetzt, aber nicht behelligt. Sechszehn Armeekorps waren beteiligt. Im Hauptquartier herrschte Empörung gegen die politischen Hetzer, die Syndikalisten, die Gewerkschaften und die schwache Regierung. B. meint, man habe aber zu wenig gewisse tiefere Ursachen beachtet. So sei im Winter 1915/16, als in weiten Kreisen Besorgnisse wegen der neuen Winterkampagne herrschten, ein offizieller Bericht ausgegeben worden, der die rührende Vorsorge der Heeresleitung für das Wohl der Soldaten in den Winterquartieren schilderte. Kaum hatten die Zeitungen ihn gebracht, da trafen bei den Pariser Zeitungen 200 000 Briefe ein, die in heftigster Weise gegen diese Darstellung protestierten. Es zeigte sich, daß fast nirgends die angeordneten Maßnahmen getroffen waren.

Digitized by Google

Zur besseren Kontrolle wurde die Postzensur herangezogen mit dem ausdrücklichen Auftrag, weniger die in den Briefen ausgesprochenen Empfindungen der Soldaten zu beachten, als die Tatsachen, die diese Empfindungen veranlaßten. Der Soldat fühlte sich vielfach verlassen, abgestoßen von der papiernen Kampfeswut der Zeitungen und Zivilisten, von den immer wiederkehrenden Siegesversicherungen, der Herabsetzung der Feinde. „Wenn's diesmal mißlang, wird's auch künftig so sein. Die Deutschen kommen nicht durch, aber wir auch nicht. Der Deutsche schlägt sich gut! Wer weiß es besser als wir Soldaten. Wie lange soll's noch dauern? Schließe man doch gleich Frieden, wo unsere Führer unfähig sind, uns zum Siege zu führen. Die hinten werden nie einen Frieden zustande bringen. Wir gehen nicht mehr nach vorn! Nieder mit dem Krieg!" Diese Stimmung nutzen die Syndikalisten aus. Sie konnten es tun, solange der Feind nicht angriff.

Pétain erkannte die Gefahr. Wöchentlich fuhr damals ein Verbindungsoffizier nach Paris und sorgte dort für die Überwachung aller verdächtigen Politiker. Das war unter Nivelle. Pétain sah davon ab, setzte bei der Regierung strenge Maßnahmen gegen Anarchisten und Defaitisten an der Front und unter den Urlaubern durch, beseitigte die Berufungsmöglichkeit bei Verurteilung wegen Rebellion und Desertion vor dem Feind. Einige 10 Hinrichtungen genügten in Verbindung mit der Einführung von allerhand Verbesserungen in der Verpflegung, der Urlaubserteilung, der Unterbringung, um die aufsässige Stimmung zu unterdrücken. Er suchte, im ständigen Kampf mit der Zensur und der Regierung, die seine allzugroße Volkstümlichkeit fürchtete, durch Zeitungsartikel der Front den Sinn der Kämpfe zu erklären. Er schritt aber auch in der Erkenntnis, daß als Folge der russischen Revolution die gesamte deutsche Macht sich gegen den Westen kehren werde, zu einer völligen Reorganisation des Hauptquartiers. Die Deutschen hatten eine neue Verteidigungsart erfunden, die das französische Oberkommando durchaus überrascht hatte — eine Folge der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs. Es galt neue Mittel des Kampfes zu finden. Aus den Zeitungen, unter anderem dem Madrider ABC, aus deutschen Befehlen, die man sich so oder so verschafft, aus der Erfahrung der einzelnen Truppenteile sucht man sich eine Vorstellung von den Absichten der Feinde zu bilden. Man fängt an, an den Ernst des strategischen Rückzugs zu glauben. Die Offenheit, mit der vielfach die deutsche Heeresleitung ihre Absichten kundgibt, die anfangs verblüfft, kommt zu Hilfe. Man beschäftigt sich eingehend mit den Stoßtrupps. Es zeigt sich ganz deutlich, daß die Franzosen erst seit sie Ludendorff sich gegenüber haben, neuen Gedanken begegnen. Man sucht sie sich anzueignen. Aber der Gegner weiß immer Neues zu erfinden. Wohl heißt es in einer am 27. September 1917 ausgegebenen Abhandlung Die Abwehrschlacht nach der Auffassung der Deutschen: „Heute gibt es keine Überraschung mehr, die Kenntnis, die wir von der deutschen Taktik haben und von der Entwicklung des Gegenangriffs in tiefer Linie gestattet uns den Durchbruch." Wenige Monate später, in jenen Apriltagen des Jahres 1918, wo uns der Sieg winkte, bekennt P.: „Noch einmal drückt der furchtbare Widder, den Ludendorff geschaffen hat, die Reihen ein und höhlt einen Sack aus... Unsere Feinde zogen mit einer neuen Kampfesweise zu Felde, die ihre Truppen vollkommen beherrschten. In Galizien, in Riga, bei Caporetto war sie erprobt worden, jetzt hatte sie auf weiter Front, die man bis dahin für unerstürmbar gehalten hatte, ihr Meisterstück vollbracht. Wohl hatten wir sie studiert, aber niemals ihre Anwendbarkeit bei uns für möglich gehalten. Es trat sicher zutage, daß kein Teil unserer Front mit Verteidigungsmitteln ausgerüstet war, die hinreichten, dieser Methode zu widerstehen, wenn sie, wie geplant, zur Durchführung kam. Überall da, wo der Feind uns würde überraschen können, und seine für den Vorsturm ausgerüsteten und bewaffneten

Digitized by Google

Bataillone würde in den Kampf werfen können, war der volle Durchbruch zu fürchten. Wahrhaftig, man stand neuen Tatsachen gegenüber. Die Schnelligkeit der feindlichen Bewegungen ist erstaunlich. Nicht nur die Raschheit, mit der das deutsche Oberkommando den Kampf verlegt und ihn jeweilig gegen jene Stellungen lenkt, die es für am wenigsten gut bewacht glaubt, noch mehr die Wirkung seiner Methode, dieser kurzen und rücksichtslosen Artillerievorbereitung, die den Verteidiger außer Gefecht setzt. Und dann wieder die Geschicklichkeit der deutschen Einheiten sich einzuschmuggeln, sich immer dort einzuschleichen, wo französische und englische Korps aneinander stoßen. Die Soldaten der Verbündeten scheinen ungeeignet für diese völlig unbekannte Kampfweise, sie wissen in der Verteidigung die Handstreiche des Angreifers nicht zu parieren. Sie bedürfen all ihres Mutes und Opfergeistes, um nur zu widerstehen... Man muß zugestehen, unsere Gegenangriffe haben nicht die Kraft, gleich den Angriffen des Feindes, alles vor sich herzufegen. Unser Vordringen wird rasch gehemmt. Wie schwer muß es werden, das verlorene Gebiet wieder zu gewinnen! Es grenzt wirklich ans Wunderbare. Bis heute hatte man solche Sprünge vorwärts nicht erlebt. Und was ernster war, man fühlte, diese Erfolge wurden dem verdankt, was man nicht von einem Tag auf den anderen schaffen konnte, der Erziehung der Einheiten und Truppenteile. Der Feind hatte, dank seiner zahlenmäßigen Überlegenheit, 80 Divisionen aus der Front ziehen können, um sie abzurichten; wir konnten bei unseren dünnen Reihen an derartiges nicht denken." So urteilte man im April 1918 über das Verhältnis des deutschen zu dem Heer der Verbündeten im Hauptquartier Fochs, der soeben das Oberkommando über die Gesamtstreitkräfte der Verbündeten übernommen hatte.

Man muß, um die Lage voll zu würdigen, die Schilderung hinzunehmen, die unmittelbar nach dem deutschen Angriff vom 21. März der Geschichtsschreiber Madelin dem Verfasser vom Zustande des Landes gab: „Überall, auf allen Straßen, fliehende englische Soldaten mit bleichen Gesichtern, zerfetzten Kleidern, teils verwundet, teils erschöpft, so schleppten sie sich zu den südlich gelegenen Lazaretten, und kreuzten den Weg der dem Feind entgegeneilenden Franzosen. Frauen, Kinder, Greise, beladen mit Matratzen und eilig zusammengerafftem Gut flohen finsteren Blickes vor dem Feind. Der Fluch der Zurückgebliebenen folgte dem Hauptquartier, das von Compiègne nach Provins verlegt wurde, obwohl die deutschen Flieger niemals das Große Hauptquartier angriffen, so oft sie dazu in der Lage gewesen wären." P. wagt seinem Leser nicht zu sagen, daß eine gewisse Ritterlichkeit diese Schonung, die, wie er zugibt, gegen unser Interesse war, veranlaßte. Er schreibt: „Infolge einer sonderbaren Scheu im Kriegsspiel, die durchaus den starren Ideen dieses Volkes, dessen nationale Industrie noch heute der Krieg ist, entspricht, wurde das Große Hauptquartier immer geschont." Wie schwer ist es doch einem Franzosen, uns gerecht zu werden! Voll Besorgnis blicken Pétain und Foch in die Zukunft. Es gilt den Mut nicht zu verlieren, aber auch den Eifer derer zu zügeln, die die erlittenen Schlappen gutzumachen wünschen. Wo wird der Gegner den neuen Angriff einsetzen? Werden die frischen amerikanischen Truppen den Kampfwert der erprobten haben? Auf jeden Fall muß eine neue Niederlage der Engländer vermieden werden. Sie baten um Hilfe, und die Gefahr bestand, daß sie nachließen. Der Nachrichtendienst, der kürzlich umgebildet worden war, versagte. Niemand erwartete den deutschen Angriff am Damenweg. Noch einmal gelingt die Überraschung. Aber freilich, sie bringt nicht die Entscheidung. „Foch," sagt P., „erfüllt von tiefer militärischer Bildung, geneigt das Problem in seinen großen geistigen Linien zu sehen, sucht den entscheidenden Zug, der, wenn auch gefahrvoll, die strategische Lösung bringt. Ludendorff, ganz im Banne der modernen Kriegstechnik, die ganz aufgeht in der Anwendung mechanischer Mittel, ist geschickt wie ein Industrieller. Er zieht die Bilanz seines Handelns und will den größt-

Digitized by Google

möglichen Erfolg mit geringstem Einsatz." Ich habe diese, gewiß einseitige Charakterisierung hergesetzt, weil sie in manchem das richtige trifft, und für den französischen Verfasser, über den ich berichte, mir bezeichnend scheint. P. wirft der französischen Heeresleitung mangelnde Aufmerksamkeit, vor allem aber Unterschätzung des Gegners vor, noch mehr der eignen Bundesgenossen: was den Deutschen gegenüber Russen, Italienern, Engländern geglückt sei, werde ihnen im Kampf mit Franzosen nie gelingen. Es müssen ängstliche Stunden und Tage gewesen sein, und mit Mühe nur vermochte P. seine Berichte so abzufassen, daß sie nicht Paris allzusehr beunruhigten. Und die deutliche Schadenfreude der Engländer und Italiener, daß nun auch die Franzosen ihr Fett weghätten, machte die Sache nicht besser. P. betont, daß unter dem Eindruck der späteren Siege die eindringlichen Lehren dieser Niederlagen nur zu leicht vergessen seien, daß wenn man auf deutscher Seite damals dem Rat des Deutschen Kronprinzen gefolgt wäre und bis zur Marne vorgestoßen wäre, man keinen Widerstand gefunden hätte. Der Geist der Kriegsschule, den er oben so gelobt hatte, habe versagt, er sei nicht biegsam genug, Neuerungen zu wenig zugänglich. Es werde notwendig sein, daß hervorragende Zivilisten sich in Zukunft auch ernsthaft mit militärischen Angelegenheiten beschäftigen.

Aber schon bedachte die oberste Leitung den Gegenstoß. Und gleichzeitig kamen die Amerikaner und mit ihnen kehrte das Siegesvertrauen in den französischen Reihen ein. Im Hauptquartier untersuchte man eifrig alle Wege, um den deutschen Stößen zu begegnen. Man hatte zwei Monate Zeit. Mitte Juli begann die neue deutsche Offensive, diesmal ohne den erwarteten Erfolg. P. schreibt entgegen der gewöhnlichen Ansicht, die Foch für den Sieg verantwortlich macht, Pétain das eigentliche Verdienst zu. Noch hielten die Deutschen fast überall stand, waren die französischen Fortschritte gering. „Die Deutschen zogen sich kraftvoll kämpfend und keineswegs in Auflösung zurück." **Bis zum 15. Oktober blieb diese Haltung, selbst der Zusammenbruch Bulgariens änderte nicht viel.** P. meint, wie ich das auch von deutscher Seite gehört habe, Ludendorff hätte mit der ganzen Macht bis zur Grenze sofort zurückgehen sollen, dort, gestützt auf die unerschütterte Heeresmacht, hätte die Deutsche Regierung den Frieden anbieten sollen. Vielleicht wären dann die Feinde zum Frieden bereit gewesen. Man wird hinter diese Möglichkeit, wie hinter soviel andere Friedensträume ein ? setzen müssen. Jedenfalls war es nicht Ehrgeiz und Habsucht, die angeblichen Erzfehler der Deutschen, die das Vorgehen der Obersten Heeresleitung bestimmten, sondern das wohlerwogene deutsche Interesse. Der Rückzug sollte in voller Ordnung und unter Bergung des für Deutschland so wichtigen Kriegsgeräts vollzogen werden. Am 2. oder 3. November nachmittags begegnete P. dem General Dubois auf der Treppe. „Hören Sie eine erstaunliche Nachricht und bewahren Sie Haltung", sprach der General. „Eine Depesche aus Bern meldet, daß die Deutschen bei der Bundesregierung Schritte für einen Waffenstillstand getan haben." Sollte es wirklich wahr sein? Ja, es war wahr. Wilson hatte die Deutschen, die bei ihm um Waffenstillstand baten, an Foch gewiesen, die Deutschen Bevollmächtigten waren unterwegs nach der französischen Front. Sofort ging man an die Vorbereitungen. Bald lagen **zwei Entwürfe** vor. Beide forderten den Rückzug der Deutschen aus den besetzten Gebieten in einer für die Durchführung genügenden Frist, die Zurücklassung des gesamten bei Beginn der Bewegung nicht abtransportierten Kriegsmaterials, hingegen die Belassung der mitführenden Waffen und Gepäckstücke an die Deutschen. In dem einen Entwurf wurde die Besetzung des linken Rheinufers, sowie der Brückenköpfe auf dem rechten Ufer verlangt, **in dem anderen nicht.** War die Ausarbeitung der beiden Entwürfe reine Vorsicht, oder hatte Foch die Meinung Pétains eingeholt? P. bekennt, darüber nichts zu wissen. „Die allgemeine Ansicht war, daß

Digitized by Google

diese Bedingungen, vor allem die Besetzung der Brückenköpfe so hart seien, daß die Deutschen sie unbedingt ablehnen würden." „Als man den Deutschen die härtesten Bedingungen anbot, nahmen sie sie ohne Zögern an."

Doch hören wir weiter. Foch wollte den Deutschen die militärische Ehre lassen. **„Die Deutschen, gute Soldaten, haben sich auch gut geschlagen. Man wird ihr Heer bestehen lassen.** Für die Österreicher, diese Schmutzfinken (salopards), allgemeine Entwaffnung"[1]). So äußerte er zu einem der Offiziere seiner Umgebung. Der Gedanke der gänzlichen Entwaffnung konnte nur von den vorsichtigen Zivilisten gefaßt werden. Noch gab es im Hauptquartier einen ängstlichen Augenblick. Man fürchtete beim Ausbruch der Revolution in Deutschland eine Rückwirkung auf Frankreich. Aber Frankreich „zog Ordnung, wenn auch unter Beibehaltung von Irrsalen, Leiden und Krieg der blutig aufsteigenden Sonne der Brüderlichkeit, in deren Begleitung nicht weniger Trauer und Ruinen erstehen und obendrein noch Anarchie, vor."

Den Schluß des Buches zu behandeln, die Verlegung des Hauptquartiers nach dem deutschen Metz, wo leider viele Akten und noch mehr Material zurückgelassen waren, sei mir erspart. Vieles steht noch in den beiden dünnen Bänden, was auch dem deutschen Leser nützlich zu wissen wäre. So, was P. über die „Organisation der befreiten Gebiete" zu sagen weiß, wodurch uns der Einfall eines französischen Industriellen verständlich wird, trotz des Widerspruchs der französischen Arbeiter ganz Nordfrankreich ausschließlich mit deutschen Kräften, deutschem Material wiederaufzubauen, dann das Kapitel über die Franzosen in Italien mit dem energischen Eingreifen Clémenceaus, oder endlich jene furchtbare Szene in Compiègne, wo nachts an dreihundert Flüchtlinge aus Noyon eintreffen (mit behördlichem Transport), Greise, Kinder, Frauen, obdachlos in Kälte und Nässe stehen müssen, weil die Bürger es verschmähen, sie aufzunehmen, so daß sieben Unglückliche mit dem Tode abgehen; vielleicht findet sich ein andermal Gelegenheit, davon zu reden. Ich habe, möglichst unter Beibehaltung des Wortlautes, und mit möglichst wenig eignen Zusätzen, aus diesem halbamtlichen Bericht über das französische Hauptquartier zusammengetragen, was mir in diesem Augenblick für deutsche Leser besonders lehrreich schien. Zum Schluß stehe für den, der sich das Büchlein zu beschaffen vermag, der genaue Titel: Jean de Pierrefeu. G. Q. G. Secteur 1. Trois ans au Grand Quartier Général par le rédacteur du Communiqué, I und II, Paris. L'édition française illustrée, 1920.

Friedrich Wilhelm von Bissing.

Zur geistigen Einkreisung.

Maurice Barrès und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus von Ernst Robert Curtius. Verlag von Friedrich Cohen in Bonn. 1921.

Die Besprechung dieses Buches hätte eigentlich im Juliheft der Süddeutschen Monatshefte, das unter dem Titel „Der große Betrug" erschien, und die Schuld am Kriege behandelte, veröffentlicht werden sollen. Denn wenn irgendeine Einzelpersönlichkeit genannt werden kann, die bewußt und erfolgreich von langer Hand auf den Krieg hingearbeitet hat, so ist es außer gewissen russischen und französischen Politikern und Militärs ohne Zweifel Maurice Barrès gewesen.

In Deutschland ist bezeichnenderweise der Name dieses Mannes nur in den engsten Kreisen bisher bekannt gewesen. Lediglich Literaturhistoriker waren auf

[1]) Foch übersieht über der Schande der K. u. K. Armee, wie viel Heldentum die Deutschen im Egerland und in den österreichischen Alpenländern bewiesen haben — und noch beweisen.

Digitized by Google

seine Romane aufmerksam geworden. Auch die deutsche auswärtige Diplomatie hat, soviel wir wissen, kaum auf das unheimliche Treiben von Barrès hingewiesen. Um so verdienstlicher ist es, daß Curtius jetzt den deutschen Männern, für die ja das Frankreich vor dem Kriege noch immer das Land friedliebender Rentner ist, die Augen öffnet; nicht in politisch-tendenziöser Absicht, sondern als ungewolltes Resultat einer Studie, die eine vornehme literarisch-ethische Untersuchung sein will und ist. Nirgends anders als in Deutschland hätte eine Arbeit wie die vorliegende entstehen können. Curtius ist auf dem Wege der literarischen Betrachtung die politische Bedeutung und die verhängnisvolle systematische politische Hetzarbeit dieses Mannes aufgegangen, das Endurteil über seinen Charakter ist vernichtend, und trotzdem hat er so ruhig und sachlich seine Entwicklung verfolgt, so objektiv seine hohe geistige Bedeutung auf literarischem und nationalem Gebiete nach allen Seiten hin dargestellt, als wenn es sich um eine Erscheinung längst vergangener Zeiten handelte und nicht um einen Mann, der ein Hauptschuldiger ist an all dem entsetzlichen Kriegsleid, das uns allen noch frisch in der Seele brennt.

Er zeigt uns in geradezu meisterhafter Art die komplizierte Geistes- und Gemütsverfassung dieses Gemischs aus überfeinertem Ästhetentum und vaterländischer Kraft, aus sinnlichstem Genußleben und asketischem Entsagungsvermögen, aus rührender Heimatsliebe und kosmopolitischen Anwandlungen, aus selbstvernichtender Aufrichtigkeit und bewußter Lüge. Er zieht die Entwicklungslinie von einer Periode, in der Barrès nichts höher steht als Goethe und Wagner und deutsche Literatur- und Kunsteinflüsse ihm Richtung und Ziel geben bis zu der Zeit, in der er alles Deutsche als kulturlos, kläglich und verächtlich hinstellt. Von dem Ichkultus geht Barrès aus und entwickelt sich über den Regionalismus zum Propheten des Nationalismus, der schließlich als Künder und Priester des Revanchegedankens sein ganzes Volk mit fortgerissen hat, eines Revanchegedankens, der doch nur der Ausdruck der Sorge um die Sammlung versinkender Kräfte, um die Sicherung und Festigung eines angekränkelten Volkslebens ist. Sein Revanchеplan ist ein System von Maßnahmen, mit denen er zugleich das eigene und das gesamtfranzösische schwindende Lebensgefühl stärken will. Das aber ist ihm in vollem Maße gelungen.

Zu einer Zeit, in der die französische offizielle Politik des Präsidenten Grévy und seines Ministers Ferry auf friedliche Verständigung mit Deutschland gerichtet war, hat er den Revanchegedanken als eine logische Folge seiner gesamten Lebensanschauung aufgenommen und in die weitesten Kreise zu tragen verstanden. Zu seiner Verwirklichung hat er den Boulangismus zu benutzen versucht und nach dessen Zusammenbruch den Dreyfußhandel aufgegriffen, um nationale Leidenschaften zu wecken. Aber wenn diese Versuche mit den Grundlagen, auf denen sie fußten, zusammenbrechen mußten, so ist die Wirkung seiner literarischen Tätigkeit, die er in mehreren Zyklen von Tendenzromanen aufnahm, ungleich tiefer gewesen und hat zum Ziele geführt. Mit einer doppelten Trias hat er das Volk gewonnen und der gewollten Stimmung zugeführt: „L'énergie nationale" und „Les bastions de l'Est". Hat er zunächst den vornehmen literarischen Schein noch zu wahren gesucht, so hat er den Schleier in den beiden Romanen „Au service de l'Allemagne" und „Colette Baudoche" doch völlig fallen lassen und hetzt nun mit einer so unverfrorenen Gemeinheit gegen alles was Deutsch heißt, daß der schlimmste Gassenbemagog ihn nicht mehr übertreffen kann.

Und was das Schlimmste ist: der Gassenredner glaubt vielleicht, was er sagt, weil er sein Urteil über deutsches Wesen nur verleumderischen Hetzschriften entnimmt, aber Barrès kennt Deutschland genau und dankt einen guten Teil seiner Bildung der deutschen Philosophie und Literatur. So sinkt er herunter zum bewußten gemeinen Lügner, dem jedes Mittel recht ist, um sein in Unwissenheit und Hochmut verblendetes Volk reif zu machen zum letzten bewußt von ihm verfolgten Ziele: zum Kriege.

Digitized by Google

Ich kann in dieser Zeitschrift leider nicht ausführlicher auf die literarisch tiefgründigen und psychologisch feinen Ausführungen eingehen, wie Curtius diese allmähliche Entwicklung Barrès' überzeugend darstellt. Für die Leser der „Monatshefte" steht die politische Bedeutung dieses Chauvinisten im Vordergrund und nach dieser Richtung hätte ich gewünscht, daß Curtius auch die Frage berührte, wie weit Barrès als Organisator der Revanchebewegung auf anderen Gebieten mit tätig gewesen ist, wie weit er die Theateraufführungen, die Filmdarstellungen, vor allem aber die Schulbücher in ihrer immer deutlicher werdenden Revanchetendenz mit beeinflußt hat. Auf einem Gebiete kann ich selbst eine Ergänzung über die unheilvolle Tätigkeit, die B. ausgeübt hat, geben.

Die für die Förderung des Revanchegedankens bedeutungsvollste Zeitschrift in Frankreich waren die „Marches de l'Est". Sie aber sind nicht nur von B. mitbegründet, sondern ständig inspiriert worden. Dieselbe Tendenz, nur den Umständen entsprechend vorsichtiger, verfolgten in Elsaß-Lothringen die „Revue illustrée Alsacienne" und die „Austrasie" in Metz. Beiden hat B. nahe gestanden. Der Herausgeber der Revue war der kürzlich in Straßburg verstorbene Dr. P. Bucher, der intimste Freund Barrès', der, wie ich selbst 1915 feststellen konnte, Hunderte von Briefen mit B. über die Ausbreitung des Revanchegedankens in Elsaß-Lothringen gewechselt hat. Viele Tage und Wochen hat B. als Gast Buchers alljährlich in Straßburg oder auf dem Odilienberge ungestört geweilt, um diesem französischen Agenten persönlich die Richtlinien für französische Werbearbeit zu geben.

Die in Metz erscheinende „Austrasie" war ebenso von dem Barrèsschen Kreis gegründet worden, um die französischen Sympathien in Lothringen wieder lebendig zu machen. Wenn ihr Herausgeber, ein Herr Thiriat, nicht die Hoffnungen seiner Auftraggeber in so vollem Maße erfüllt hat wie Herr Bucher, so lag das daran, daß er in zu enge Beziehungen mit deutschen Kreisen geriet; die Absicht bei der Gründung der Zeitschrift war aber, wie sich aus dem 1915 aufgefundenen Briefwechsel ergab, genau dieselbe bei der „Revue Alsacienne".

Vor allem aber ist der persönliche Verkehr, den Barrès mit seinen Agenten und Befehlsempfängern in Elsaß-Lothringen gepflogen hat, geradezu verhängnisvoll geworden und es klingt wie ein Hohn, wenn die deutsche Regierung in ihrer Harmlosigkeit Barrès kurz vor 1914 gestattete, öffentlich als Redner in Elsaß-Lothringen aufzutreten.

Barrès hat schon vor etwa 25 Jahren einmal offen ausgesprochen: wenn Frankreich noch 20 Jahre hingehen läßt ohne Krieg gegen Deutschland, dann ist Elsaß-Lothringen unwiderruflich fest in die deutsche Art und den deutschen Staat eingewachsen. Deutlicher noch äußerten sich die „Marches de l'Est" kurz vor dem Kriege: „Wenn Frankreich den 50. Jahrestag der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Deutschen herankommen läßt ohne Rückeroberung, dann kann es endgültig ein Kreuz auf das Grab seiner Hoffnungen setzen." (Ich zitiere nach dem Gedächtnis.)

Es ist Frankreich gelungen die Zeit einzuhalten. Sein gut Teil hierzu hat Barrès getan. Darin beruht die Bedeutung dieses Mannes, die weit über die des erfolgreichen Literaten hinausgeht.

Das Curtiussche Buch gibt uns ein Bild dieser Wirksamkeit, das durch Tiefe und Klarheit der Forschung und die Eindringlichkeit der Darstellung so überzeugend wirkt, daß jetzt auch der naivste und harmloseste deutsche Träumer über die treibenden Kräfte zur „Schuld am Kriege" nicht mehr im unklaren sein kann.

Prof. Dr. Wolfram (Frankfurt a. M.)

Redaktionell abgeschlossen am 20. Dezember 1921.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck der Beiträge dieses Heftes den Tageszeitungen auszugsweise bei genauer Quellen- und Preisangabe gestattet. Druck: F. Bruckmann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Zur Einleitung.

Vorbemerkung

Kann man von einer auswärtigen Politik der bayerischen Revolution sprechen? Wie trat sie in Erscheinung? Zeitigte sie Taten und Wirkungen? Hat sie sichtbare Spuren hinterlassen?

Die Bezeichnung mag etwas gewagt erscheinen für die Versuche, welche der revolutionäre Ministerpräsident Kurt Eisner in den stürmischen Monaten nach dem deutschen Zusammenbruch und nach der Umwälzung unternahm, um auf dem Wege über den jungen bayerischen Freistaat die außenpolitische Führung des Reiches entscheidend zu bestimmen.

Dieses Streben wirkte sich vor allem aus in einer Tat, die in aller Welt das größte Aufsehen erregte: In einer amtlichen Veröffentlichung vom 24. November 1918 machte der Leiter des neuen Volksstaates Mitteilungen aus geheimen diplomatischen Urkunden der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, in denen er einen Beweis für die Schuld der ehemaligen kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruche erblickte [1]).

In der Heimat und draußen in der Welt spielten diese Enthüllungen seitdem eine bedeutsame Rolle in der sogenannten Schuldfrage. Sie fanden eine Stätte auch in den Versailler Friedensverhandlungen und kehrten dort in wohlberechneter Aufmachung wieder als Beweismittel gegen Deutschland, in einer der Anklageschriften der Entente. So hinterlassen sie also Spuren, welche die Jahrhunderte überdauern werden.

Veranlassung genug, um die geschichtlichen Umstände und Vorgänge, die Beweggründe, Absichten und Ziele einmal gründlich aufzuklären, die jene Veröffentlichung verursachten, und sich gleichzeitig über Inhalt und Bedeutung der diplomatischen Schriftstücke, die ihr zugrunde lagen, klar zu werden.

Sie bildet in dem Baugefüge der Versailler Schuldanklage einen mit Vorbedacht behauenen Stein. Es kann nicht Nebensache sein, diesen zu zerschlagen, und damit zur Lockerung und zum künftigen Einsturz jenes ebenso künstlichen wie gebrechlichen Bauwerkes beizutragen. Wenn es Poincaré für gut und nötig fand, in der Ansprache, mit der er als französischer Staatspräsident seinerzeit die Friedenskonferenz begrüßte, auf die aus bayerischen Geheimschränken gekommenen angeblichen Schuldbeweise triumphierend hinzudeuten, wenn man sie dann in einer welthistorischen Versailler Niederschrift verewigte, freilich im Sinne der Entente, so kann man wohl unter Anpassung eines bekannten Wortes sagen: Auch Urkunden haben ihre Schicksale!

In der vorliegenden Abhandlung habe ich versucht, diese Schicksale aufzuhellen. Niemand zuleide, niemand zuliebe ist sie geschrieben, sie will einfach ergründen und darstellen, wie es gewesen. Es handelt sich weder um eine Verteidigung dessen, was man altes System nennt, noch um eine Anklageschrift, die vorhandene innerpolitische Gegensätze verschärfen oder neue schaffen soll. Auch hier möge das Wort gelten, daß die Suche nach der Wahrheit und diese selbst den Geist des Ausgleichs ausströmen.

Dem bayerischen Landtag, der die Angelegenheit zum Gegenstand einer feststellenden Untersuchung machte und mich zum Berichterstatter bestellte, lege ich die sämtlichen, großenteils unveröffentlichten Dokumente, auf denen die nachstehende Arbeit beruht, gleichzeitig vor. [2])

Beitrag zur „Schuldfrage"

Man wird sie als Beitrag zur Klärung der „Schuldfrage" ansehen können! Was heißt aber: Schuld am Kriege? Ist der Begriff so klar und eindeutig, daß er für jeden dasselbe sagt? Das ist eine viel erörterte historisch-politische und philosophisch-ethische Streitfrage. Es ist nicht nötig, sich hier darauf einzulassen. Einige Bemerkungen werden genügen, um zu kennzeichnen, von welcher Auffassung hier ausgegangen ist.

In der Zeit, da die politische Hochspannung in Europa ins Unerträgliche stieg und sich schließlich im Juli 1914 in einem furchtbaren Weltgewitter entlud, gab es so wenig wie heute

[1]) In der Presse erschienen am 24/25. November 1918. — [2]) „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und Versailler Vertrag." Darin auch die Berichte der bayerischen Gesandten in Berlin, Wien, Paris, Petersburg und Rom aus den letzten Vorkriegs-Wochen.

Digitized by Google

ein internationales Strafgesetzbuch oder einen internationalen Moralkodex, nach dem sich die verantwortlich handelnden Staatsmänner hätten richten können — vorausgesetzt, daß die jeweiligen Partner auf der andern Seite das gleiche taten.

Aber, so hört man sagen, es gibt doch gewisse allgemeine menschliche Sittengesetze, die auch damals für diejenigen galten, die in ihren Händen die Geschicke die Völker trugen. Das mag man gelten lassen. Es geht jedoch nicht an, in die Beurteilung der europäischen Zustände, der politischen Vorgänge und Verwicklungen, aus denen der Krieg herauswuchs, nachträglich hochgeschraubte moralische Forderungen und Gesetze hineinzutragen, die damals für keine der Parteien, die sich gegenüberstanden, verbindlich waren, von keiner als zwingend erachtet wurden. Das ist die ungeheuerlichste Lüge von Versailles, daß die furchtbare Anklage gegen Deutschland von einem nachträglich vorgewandten Moralstandpunkt ausgeht, den vordem keine der Siegermächte für ihr eigenes außenpolitisches Handeln als ausschlaggebend betrachtete. Keine von ihnen hat je den Krieg als letztes Mittel zur Wahrung der eigenen vermeintlichen oder wirklichen Lebensinteressen verworfen, fast alle haben sie dieses Mittel angewandt, wo es ihnen gutdünkte: ob's nun hieß Amerikaner gegen Spanier, Briten gegen Buren, Japaner gegen Russen, Franzosen gegen Marokkaner, Italiener gegen Tripolitaner und Türken, oder wie immer.

Man geht in die Irre, wenn man mit dem Maßstab erdentrückter Ideen an der Welt von 1914, vor allem an Deutschland, nach der Schuld am Kriege sucht. Sie kann nicht nur mit Gesinnung und Weltanschauung, sondern muß nach historischen Entwicklungen und Tatbeständen, nach Handlungen und Gegenhandlungen, kurz im geschichtlichen Sinn erfaßt werden. Alle solche Schuld ist relativ. Man wird im wesentlichen genug getan haben, wenn die gesamten Tatbestände und Zusammenhänge erst einmal vorurteilsfrei und einwandfrei aufgedeckt sind. Hieraus ergeben sich dann von selbst die Folgerungen, vielleicht nicht immer und in allem mit zwingender Sicherheit, aber doch im ganzen mit stetig wachsender Zuverlässigkeit. Auf alle Fälle wird allein *dadurch* die Möglichkeit eines gerechten Urteils verbürgt.

Darum laßt uns den Versailler Schuldspruch immer wieder prüfen! Prüfen bis ins kleinste und einzelne hinein, mit den Hilfsmitteln, die uns heute in beweiskräftigen Urkunden in großem Umfange schon gegeben sind. Da brauchen wir nicht erst nach dem *Begriffe* der Schuld zu fragen! Die Verbandsmächte haben wahrlich deutlich genug hineingeschrieben, was sie darunter verstehen, wessen sie uns anklagen. Wir brauchen nicht unsere Unschuld dartun wollen. Zerstören wir vor allem das Eine, Ungeheuerliche, Schamlose, was sie unserem Volke als Verantwortung aufzubürden wagen:

Deutschland hat ohne jede Not den Weltkrieg aus ruchloser Gesinnung, mit frevler Absicht und verbrecherischem Tun von langer Hand planmäßig vorbereitet und herbeigeführt. Es hat den Weltbrand dann mit kalter Überlegung entzündet. Die Reihe der Geschehnisse, die den Ausbruch des Krieges mit sich brachten, ist mit Vorbedacht von jenen ersonnen und ausgeführt worden, die in Berlin die höchste Macht besaßen. Unausgesetzt hat Deutschland während Jahrzehnten das Evangelium des Hasses und der Gewalt gepredigt, Eifersucht und Zwietracht in der Welt gesät, um seinem zügellosen Machtwillen zu frönen, um zur Vorherrschaft zu gelangen, um andere Völker zu unterdrücken. Es hat das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker begangen, das beispiellos dasteht in der Geschichte.

In *dieser* Art, in *diesem* Sinne wurde einem geschlagenen Volke gegenüber die Schuldfrage aufgeworfen, zum ersten Male in der Geschichte. *So* fällte man in Versailles das Urteil, auf das die „Strafe" sich gründet. Hier gibt es keinen Zweifel mehr, was unter Schuld zu verstehen sei. Und gegen *diesen* offenbaren und grauenvollen Fehlspruch geht der Kampf der Wahrheit und des Rechtes.

Verkgenossen Eisners.

Schon im Kriege begann und bereitete die Entente vor, was sie im Schuldspruch in Versailles vollendete.

Ihr zur Seite ging, wenn auch mit anderem, idealistischem Endziel, auch jene Richtung des internationalen Pazifismus, die in teilweise grotesker Verkennung der Wirklichkeit im neudeutschen Wesen nichts als den unverbesserlichen Todfeind wahrer Menschheitskultur sah. Eine besonders deutlich ausgeprägte Gestalt der frommen angelsächsischen Spielart dieser

Digitized by Google

Friedensfreunde war der Amerikaner George D. Herron. In der Schweiz trieb er sein Wesen. Er selbst erzählt in einer späteren Schrift wie er und seine angelsächsischen Gesinnungsgenossen unter die Kriegshetzer gingen, Italien und Amerika in die Kriegsstimmung hineintreiben halfen. Besessen von einer gänzlich überspannten Vorstellung dessen, was sie an Deutschland als militaristischen Geist, als rohen Machtgedanken, als „Germanismus" haßten, wetteiferten sie zur Freude eines Lord Northcliffe mit den wildesten französischen und englischen Nationalisten im Wortkampfe gegen Deutschland.

Von der deutschen Niederlage erwarteten sie den Anbruch eines neuen, besseren Weltzeitalters der Humanität.

Sie gingen hierin einig mit revolutionären Sozialisten wie Kurt Eisner, einig auch mit Vertretern des radikalen Pazifismus in Deutschland, wie Friedrich Wilhelm Foerster. Nicht immer waren diese beiden dieser Ansicht gewesen. Es ist bekannt, daß Eisner sich bei Kriegsausbruch in der sozialdemokratischen Partei eifrig für die Bewilligung der Kriegskredite einsetzte. Damals war er auf guter Spur, indem er glaubte, daß Petersburg im Bunde mit Paris letzten Endes den Weltbrand entzündet habe. Das war noch ein Stück von jenem Eisner, der in früheren Schriften (1901) die Revancheluft Frankreichs und „den furchtbaren russischen Bergsturz", den Europa bebend als sein Schicksal erwarte, für die drohendste Gefahr hielt. Gegen den Weltkrieg, der daraus entstehen würde, wußte er damals auch nur eines: „Wir müssen alles an Soldaten aufbieten, was wir können." Frankreich hielt er für russischer als Rußland. Hier beherrsche der Zarismus nur die Regierung, in Frankreich das Volk! An seinem Chauvinismus müsse der Fortschritt Europas scheitern.

An dem deutschen Militarismus fand er nicht nur Schädliches, sondern auch gewisse Vorteile für das soziale, körperliche und geistige Gedeihen des Proletariers.

Auch Foerster hat sich erst zu dem entwickelt, was er heute vertritt. Noch 1916 hielt er dafür, daß militaristische Überspannung und Imperialismus auch bei den Verbandsmächten als geschichtliche Kräfte ein unheilvolles Werk getan hätten. Die preußisch-militärische Denkweise war ihm damals noch die Antwort eines kraftvollen Volkes auf die allgemeine europäische Anarchie im Staatenverkehr. „Es war ja doch die Napoleonische Invasion, die den Schwerpunkt deutschen Wesens wieder von Weimar nach Potsdam verlegte."

Der „bewaffnete Friede" erschien ihm noch nicht als die Schuld eines Friedensstörers, den man unschädlich machen müsse, sondern als die am stärksten ausgeprägte Form einer allgemeinen europäischen Zersetzung. Er lehnte ab, es einfach als zielbewußte und kulturfeindliche Bosheit zu betrachten, wenn ein Volk von so gewaltiger Schaffenskraft, wie das deutsche, inmitten des unsicheren Weltzustandes nur mit Hilfe von eisernen Sicherungen seine Weltarbeit sicherstellen zu können glaubte. Es hatte ja gefährliche Nachbarn; Frankreichs Revanche-Verlangen war unberechenbar und die panslavistische Politik und Propaganda hat unablässig den staatlichen Bestand der Nachbarländer bedroht, und zwar nicht bloß mit Programmen, sondern durch weitverzweigte Wühlereien, die seit Jahrzehnten den österreichischen Staat zu unterminieren suchten!

„Die hochentwickelte militärische Organisation des europäischen Zentrallandes war doch schließlich der begreifliche, wenn auch kurzsichtige Ausdruck der unberechenbaren europäischen Lage, von der sich das Zentralland am schwersten bedroht fühlen durfte."

Von solchen abwägenden Urteilen finden sich in den späteren Schriften Försters kaum noch geringe Spuren. Nun überragt in seiner Vorstellung der deutsche Schwertgeist und Machtwille an Furchtbarkeit und ethischer Verworfenheit alles Vergleichbare in der Welt. Mit unsachlicher Übertreibung drückt er diesen Erscheinungen den Stempel einer allgemeinen, alles überschattenden und beherrschenden deutschen Geistes- und Seelenverfassung auf. Diese hat die Welt in Erregung und in Aufruhr versetzt, sie trägt mit ihren weltpolitischen Auswirkungen in erster Linie die Schuld am Weltkriege.

Das ganze Geschichtsbild ordnet er dieser Lehre zwangvoll unter. So verschließt sich ihm der Blick auf die geschichtlichen Bedingnisse preußisch-deutschen Werdens. Ihm schwindet das Augenmaß für eine gerechte historische Würdigung des von der Schöpferkraft Bismarcks errichteten Werkes, das im Epigonenzeitalter Wilhelms II. unterging.

Kurzsichtig wird Foerster für die Schwächen, Fehler und Verbrechen der Westmächte, ungerecht gegen die eigene Nation. Noch 1916 schrieb er: „Unser Kaiser ließ den Gegnern den

Digitized by Google

Vorsprung in der Mobilmachung, um selber den Vorsprung in der Friedensliebe zu behalten". Nun hält er es allen urkundlichen Zeugnissen zum Trotz für unwiderleglich, daß die leitenden Kreise in Berlin 1914 dem Kriegswillen dunkler Gewalten verfielen. Die Mittelmächte, so sagte er noch vor Kriegsende, im Oktober 1918, auch in einer an das bayerische Ministerium des Äußern gerichteten geheimen Denkschrift, trügen sowohl in bezug auf die vorbereitenden Ursachen des Weltkrieges, wie in bezug auf die letzten Entladungen die Hauptschuld. Die „Einkreisung" aber ist ihm nur Reaktion auf die böswillige oder törichte Haltung Deutschlands in all den Krisen der Vorkriegszeit.

Daher predigt Foerster, auch schon während des Krieges, im Vereine mit seinem internationalen Freundeskreis dem deutschen Volke Buße, Sühne, Einkehr und Umkehr. Die unerläßliche Vorbedingung dazu erkennt er nunmehr in der „vollständigen Niederwerfung des preußischen militärischen Systems". Über diese Niederlage führt nach seiner Meinung der Weg zur innerlichen Neugestaltung Deutschlands und der Welt. Deutschland opfere sich, demütige sich, damit es sich und die Welt erlöse, die voll Sehnsucht auf sein Schuldbekenntnis und seine Besserung wartet!

In solchen Gedanken traf sich Foerster schon während des Krieges mit Herron und mit Eisner. Sie kamen auch damals schon in persönliche Berührung. Die revolutionäre Streiktaktik, mit der Eisner das Ende des Krieges erzwingen wollte, lehnte Foerster ab. Er geht sozusagen außenpolitische Wege, um zu einem nach seiner Ansicht leidlichen Frieden zu kommen. Die Akten des bayerischen Ministeriums des Äußeren berichten über Einwirkungen in Wien, bei Kaiser Karl, die Foerster zusammen mit Lammasch unternahm, um eine Aktion Österreichs herbeizuführen, die auch zum Heile Deutschlands ausschlagen würde. Gegen diese „Professorenpolitik" richtete sich der lebhafte Unwille Czernins.

Nach der Umwälzung, als Eisner seine außenpolitische Mission für Deutschland zu erkennen glaubte, führten die Wege der also gesinnungsverwandten Männer zusammen. Von der Schweiz aus griffen Herron und Foerster mit in den Gang der Dinge ein, dieser in amtlicher Eigenschaft als Gesandter des bayerischen Volksstaates.

Neben ihnen wirkten in der deutschen Reichshauptstadt noch Kräfte mit, wobei auch Maximilian Harden nicht fehlte. So entstand mit der Umwälzung der Versuch, deutsche Außenpolitik im Sinne der eben kurz berührten geistigen und politischen Strömung zu machen. Sehen wir zu, wie er verlaufen ist.

Die Anfänge.

Kundgebung vom 8. November 1918.

Zur Macht gelangt, nimmt Eisner seine Anschauungen sofort und unbedenklich zum Ausgangspunkt für sein praktisches politisches Handeln und macht sie zur Grundlage seiner Staatsführung. Er ist von der Überzeugung durchdrungen, daß durch die Umwälzung in Bayern für Deutschland eine neue, verhältnismäßig günstige Lage geschaffen sei, die man ausnützen könne, um von der Entente erträgliche Friedensbedingungen zu erlangen. Mit dem ihm eigenen Einfühlungsvermögen gibt er sich der Hoffnung hin, auf diese Weise so etwas wie der Retter Deutschlands werden zu können. In diesen hochgeschwellten Gefühlen ist er in der Folge von seinen pazifistischen Freunden in verhängnisvoller Weise bestärkt worden, so zwar, daß ihn nicht einmal die Waffenstillstandsverhandlungen von seiner Linie abwendig machen konnten.

Schon in dem Aufrufe, der den erstaunten Münchnern am Morgen des 8. November verkündete, daß über Nacht der Freistaat Bayern geboren worden sei, weist Eisner im Hochgefühle seines Erfolges sich und dem neuen Staatswesen eine höchst bedeutungsvolle außenpolitische Rolle zu. „Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten", so hieß es darin. „Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt." Die Umwälzung erscheint unter diesem Gesichtspunkte gleichsam als rettende nationale Tat. Deutschland sei dadurch vor der verderblichen Überflutung durch die feindlichen Heere und durch demobilisierte oder aufgelöste deutsche Truppen bewahrt worden, so wird in der Kundmachung behauptet, als ob nicht schon vorher vom Reiche die Verhandlungen über einen Waffenstillstand eingeleitet gewesen wären.

Digitized by Google

Aber freilich, diesen Bemühungen des Reiches traute Eisner keinerlei Kraft und Erfolgsmöglichkeit zu. In der ersten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 8. November sprach er seine außenpolitischen Leitgedanken deutlicher aus. Unter Hinweis auf die wider Erwarten gut gelungene und rasch verlaufene Umwälzung in München rühmte er, daß man durch entschlossene Taten überraschend schnell Geschichte machen könne. Das wollte er nun auch in der Außenpolitik erproben. An dem Erfolg schien er nicht zu zweifeln. An Stelle der nach seiner Meinung fälschlich so genannten Berliner „Volksregierung" will Eisner die Regierung des Volksstaates Bayern bei den kommenden Verhandlungen mit der Entente in den Vordergrund rücken. Denn mit den Machthabern in Berlin, welche die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit und die Mitschuld am Ausbruch des größten Verbrechens der Geschichte trügen, werde Wilson keinen Verständigungsfrieden schließen. Bei ihnen könne es sich höchstens um bedingungslose Kapitulation handeln. Anders stünde es mit der bayerischen Volksregierung, deren „treibende Kräfte" von Anfang des Krieges an „in einsamer und gefährlicher Opposition" die deutsche Kriegspolitik bekämpft hätten[1]). Eisner glaubte bereits bestimmt zu wissen, daß man den Kräften dieser Revolution, welche niemals die Internationale geschädigt hätten, auf seite der Entente Vertrauen entgegenbringe, so daß sie für Deutschland einen milderen Frieden erwirken könnten.

Solche zuversichtliche Worte aus dem Munde des Oberhauptes des neuen bayerischen Staates mußten nicht nur bei seiner gesinnungsmäßigen Anhängerschaft hochgespannte Erwartungen wecken, sondern ließen auch andere Kreise des deutschen Volkes begreiflicherweise aufhorchen. Daß Eisners Verfahren nicht nur ein agitatorisches Mittel war, um der revolutionären Bewegung festen Halt und neuen Antrieb in weiteren Volkskreisen zu geben, daß er vielmehr auch selbst aus einem inneren Antrieb heraus solch weitreichende Erwartungen hegte, hat die Entwicklung in der Folgezeit erwiesen.

Zunächst allerdings schien die so kräftig zur Schau getragene Zuversicht einen kaum mehr zu reparierenden Stoß zu erleiden, als am nächsten Tage die ungeheuerlichen Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden. Unter dem Eindrucke ihrer Furchtbarkeit schien auch Eisners Hoffnungsfreudigkeit ins Wanken zu kommen. In dem Aufrufe, den er in der Nacht vom 10. auf 11. November an die Völker der Ententestaaten und an das Proletariat der gesamten Welt richtete, erhob er bittere Klage über die Bedingungen des Waffenstillstands. Auch in diesem Appell an die Welt klingen aber gleichwohl die vorhin gekennzeichneten Leitgedanken wieder deutlich an. Auch hier wird Bayern eine führende Rolle in Deutschland zugewiesen und rühmend hervorgehoben, daß die bayerische Revolution in einer stürmischen und von endgültigem Erfolge gekrönten Erhebung alles und alle beseitigt habe, was schuldig und mitschuldig am Weltkriege war. Die anderen deutschen Staaten würden in unaufhaltsamem Drange diesem Beispiele folgen.

Dann aber bricht die Klage hervor:

„In diesem Augenblick stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. Wir verstünden wohl die Empfindungen, die die alliierten Mächte veranlaßten, solche Bedingungen zu stellen, wenn sie damit die Schuldigen treffen würden. Die deutschen Autokraten und Militaristen verdienen keine Schonung. Jetzt aber hat das Volk sich befreit, und die Bedingungen, die ihm jetzt auferlegt werden, bedeuten seine Vernichtung."

Fast schien es also, als ob Eisner an der Möglichkeit der von ihm beabsichtigten Politik verzweifelte. Da gingen ihm von seinen Vertrauten und Freunden in der Schweiz Nachrichten zu, durch welche er sich wieder aufgerichtet fühlen mußte.

Meldungen aus der Schweiz. — Foerster.

Der von Eisner zum vorläufigen Gesandten bei der Schweizer Republik bestellte Professor Friedrich Wilhelm Foerster, den er angewiesen hatte, durch Vermittlung der Berner Bundesregierung den bayerischen Aufruf auf diplomatischem Wege den Entente-

[1]) Für seine Person nicht zutreffend. Siehe oben S. 243.

Digitized by Google

regierungen zu übermitteln, sandte schon am nächsten Tage (13. November) eine Drahtnachricht, worin folgende tröstliche Sätze standen:

„Hatte soeben mit einem zufällig hier anwesenden, höchst einflußreichen Vertreter der Entente mehrstündige Unterredung in Ihrem Sinne. Durch die vierjährige deutsche Bluffpolitik ist das Mißtrauen uns gegenüber so groß geworden, daß man fürchtet, auch die jetzige Umwälzung sei nur eine Parade, oder nach kurzer Zeit würde die jetzt verdrängte Reaktion wieder hervorbrechen. Nur darauf beziehen sich die harten Bedingungen. Man wird uns aber bestimmt in großem Stile in der Ernährung helfen, sobald der neue Geist deutlich und zuverlässig in Wort und Tat zutage tritt.“

Eine weitere Drahtung des inzwischen in aller Form und Eile zum Gesandten in Bern ernannten Professors vom 14. November enthielt folgende Verheißungen:

„Aussichten für Milderung der Waffenstillstandsbedingungen verbessern sich unverkennbar, auch auf englischer Seite. Doch wird sich diese Milderung mehr in tatsächlicher Praxis als in sofortiger öffentlicher Zurücknahme einzelner Punkte vollziehen... Sie dürfen jedenfalls in der Organisation der Volksernährung zuverlässig damit rechnen, daß die auf der Ententeseite noch vorhandenen Widerstände nur vorübergehende sind und auf einer abwartenden Haltung in bezug auf die Konsolidierung des neuen Deutschland beruhen.“

Der neue Gesandte teilte zum Schlusse noch mit, daß er im Sinne der bayerischen Regierungsproklamation, die nach seiner Angabe in der Schweiz großen Eindruck gemacht hatte, nachdrücklichst darauf hingewiesen hätte, wieviel die Entente jetzt zu dieser Konsolidierung Deutschlands beitragen könne.

Herron an Jaffé! Noch beruhigender und verheißungsvoller lauteten die Mitteilungen des mit Förster befreundeten und anscheinend vom bayerischen Finanzminister Jaffé angerufenen amerikanischen Pazifisten George D. Herron in Genf. Er drahtete ebenfalls unterm 14. November „in alter Freundschaft und mit brüderlichen und herzlichen Grüßen“ an Jaffé und Eisner:

„Ich habe Ihre Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gesandt und ebenfalls eine persönliche Erklärung und Bitte an den Präsidenten gerichtet[1]). Ich glaube, es sei nicht ratsam, die Kundgebung in diesem Augenblick an die öffentliche Presse zu geben, weil dies nur dazu dienen würde, das Bolschewiki-Feuer zu schüren, und die Erwägung der von Ihnen gewünschten Ziele zu verhindern. Ich möchte Sie besonders auf die Tatsache aufmerksam machen, daß Sie, wie ich fürchte, nicht genügend in Betracht gezogen haben, daß der Waffenstillstand nur ein zeitweiliges militärisches Übereinkommen, nicht aber ein Friedensvertrag ist. Der Waffenstillstand betrifft nur unmittelbar militärische Zustände und hat mit der politischen Sachlage oder der Friedenskonferenz nichts gemein. Machen Sie das Ihren Leuten klar! Besonders Sie als Antimilitaristen sollten sehen, daß der Zweck dieses Waffenstillstandes ist, Ihre eigenen Feinde in Deutschland zu zerstören und den Weg für Ihr Programm zu klären... Außerdem besteht auf der Seite der Entente keine Absicht, Ihr Volk in ökonomisches Elend zu bringen, sondern man wünscht im Gegenteil, Ihnen so schnell wie möglich ökonomische Hilfe zu bringen. Schließlich können Sie versichert sein, und das ohne den geringsten Zweifel, daß, wenn es Ihnen gelingt, unverzüglich eine wirklich demokratische Regierung in Bayern und den anderen deutschen Staaten zu errichten, der Präsident der allererste sein wird, Ihnen alle mögliche Sympathie und Hilfe zu bringen. Der Präsident wünscht nicht im geringsten, das deutsche Volk zu zerstören, sondern im Gegenteil so schnell wie möglich seine Erlösung und Befreiung zu erreichen.“

Regierungskundgebung vom 15. November. Ob Eisner außer diesen Mitteilungen noch andere ähnliche Informationen über die Stimmung und Absichten der Entente erhielt, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls aber halfen ihm diese Meldungen aus der Schweiz, den Niederbruch, den seine Hoffnungen durch die Waffenstillstandsbedingungen erlitten hatten, rasch und vollständig überwinden. In dem Regierungsprogramm des neugebildeten bayerischen Ministeriums vom 15. November kam bereits wieder eine erstaunlich kühne Auffassung der Lage zum Ausdruck. Eisner glaubte nun Ankündigungen machen zu können, die bei denen, welche sie lasen, nicht geringe Erwartungen wecken

[1]) Herron hat später erklärt, mit Wilson nie in persönlichen Beziehungen gestanden zu haben! Wie er (in anderem Zusammenhang) seine Bekanntschaft mit Jaffé in Abrede stellen konnte, ist nach obigem nicht verständlich.

Digitized by Google

mußten, wenn sie, ja wenn sie für bare Münze nahmen, was eine schwere Selbsttäuschung des bayerischen Staatslenkers und seiner Gewährsmänner war:

„Die ersten Handlungen der revolutionären Regierung haben bedeutsame Erfolge gezeitigt. Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Unser Appell an das Weltgewissen blieb nicht ungehört. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden erheblich gemildert. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet [1]), spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen. Amerika verheißt dem besiegten Feinde durch Versorgung mit Lebensmitteln den furchtbaren Übergang zu erleichtern. Wir hoffen, daß es auch gelingen wird, die Zufuhr von Rohstoffen zu ermöglichen. Wir haben heute die Zuversicht, daß dank unserer ebenso revolutionären wie besonnenen Politik unser in jener Note an die Entente ausgesprochener Gedanke der Erfüllung entgegenreift, daß der Völkerbund in der gemeinsamen Arbeit der Feinde an der Überwindung der Kriegszerstörungen sich bilden müsse."

Hier wird also bereits von Erfüllungen gesprochen. Niemand hat später davon etwas verspürt. Wie befangen aber der Ministerpräsident in seinem Glauben war, zeigt folgender Vorgang:

Ein Vertreter der deutschen Oddfellows wollte sich mit einer drahtlichen Aufforderung an den Groß-Sire der Oddfellows der Vereinigten Staaten wenden, um ihn an seine Menschenpflicht zu erinnern und ihn und seinen Bund zum Eintreten für eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zu veranlassen. Eisner lehnte die Weiterleitung des Telegramms nach Amerika ab und antwortete dem Urheber:

„Anregung durch meine eigenen Schritte bei der Entente überholt, Waffenstillstandsbedingungen bedeutend gemildert und wesentliche Zusicherungen von Lebensmitteln bereits erhalten."

Im Vertrauen auf diese Mithilfe der gegnerischen Mächte will der Ministerpräsident Eisner nun auch innerhalb der deutschen Stämme eine „innige Gemeinschaft" mit Einschluß der Deutschen Österreichs vorbereiten. Er versäumt aber nicht, zu betonen, daß die „Selbstbestimmung Bayerns" dabei gesichert bleiben müsse. Mit den so zu schaffenden „Vereinigten Staaten von Deutschland", zweckmäßiger gegliedert wie bisher, ohne jede Vorherrschaft eines Einzelstaates und mit ausreichender Freiheit und Selbständigkeit Bayerns, soll, so verheißt er, für das deutsche Volk auch in nationaler Hinsicht eine glücklichere Zukunft beginnen.

Sieht man von der Angliederung Österreichs ab, so stimmt dieses Programm eines deutschen Staatenbundes auffallend mit den Anschauungen und Plänen zusammen, welche Professor Förster, fußend auf Constantin Frantz, schon während des Krieges in Wort und Schrift verfochten hatte. Man versteht, wenn sowohl Eisner wie Förster in der Folge eine gewisse Sorge vor der deutschen Nationalversammlung hatten, von der mit Sicherheit zu erwarten war, daß sie eine derartige Rücklehr zu der überlebten staatlichen Bildung des einstigen deutschen Bundes nicht mitmachen würde. Wohl auch nicht mitmachen *konnte*. Schon deshalb nicht, weil ein solcher lockerer deutscher Staatenbund mit Sicherheit der Tummelplatz der französischen Zertrümmerungsabsichten werden mußte; weil so den Franzosen reiche Gelegenheit geboten wurde, ihre Mauerbrecher anzusetzen, um den Bau der deutschen Einheit zum Einsturz zu bringen.

Bericht Försters vom 16. November

Ein langer Bericht Försters vom 16. November schildert dann ausführlich die Lage. Er ist im höchsten Maße kennzeichnend für die naive Vertrauensseligkeit, mit der radikale deutsche Pazifisten auf die Entente zu bauen bereit waren, gerade als ob Clémenceau und Lloyd George ihresgleichen wären. Er zeugt aber auch von hochgespanntem Selbstgefühl und von dem fast unbegrenzten Vertrauen, das sie in die Kraft ihrer Gedankengänge setzten.

Der Professor begründet eingangs die Übernahme des ihm von Eisner übertragenen Amtes mit der „besonders intimen Gesinnungsgemeinschaft", die ihn in den Fragen der Weltpolitik mit Eisner verbinde. In amtlicher Stellung glaubt er seine „alten und neuen Beziehungen zu den maßgebenden Ententekreisen" in der schwersten Krise Deutschlands wirksamer verwerten zu können.

Hören wir von ihm selbst, wie er das anfing:

[1]) Clémenceau, der Militarist!

Digitized by Google

„Da ich im gegnerischen Lager wegen meines Universitätskonfliktes ein unbedingtes Vertrauen genieße, so dient meine Ernennung auch dazu, den Absichten der neuen bayerischen Volksregierung bei der Entente Vertrauen zu schaffen. Übrigens habe ich von dem Augenblicke an, in dem ich Sie zu meiner aufrichtigen Freude in der Macht wußte, sofort ganz in Ihrem Sinne gewirkt, wobei mir zugute kam, daß der intimste Vertrauensmann Clémenceaus, der sich in ununterbrochener Verbindung mit den leitenden Männern der Ententestaaten befindet, mich hier besuchte und seitdem fast jeden Tag ein Exposé über irgend eine wichtige Frage von mir erbittet, das er dann übersetzt und an die genannten Stellen sendet. Zufällig hatte ich sofort nach Empfang Ihres Telegramms wieder Gelegenheit, dem Genannten in dreistündiger Unterredung die ganze Sachlage darzulegen, wobei ihm das moralische Element in Ihren Kundgebungen besonderes Vertrauen einflößte. Er hat sofort nach dieser Unterredung an Clémenceau und an die amerikanische Gesandtschaft telegraphiert. Sie dürfen als schönsten Lohn für alle Ihre Mühen das Bewußtsein haben, daß Sie in diesem Augenblicke Deutschland gerettet haben. Denn die Berliner Kundgebungen vermochten kein Vertrauen zu erwecken.

Bei der Beurteilung der ersten Waffenstillstandsbedingungen ist zu beachten, daß dieselben noch auf Wilhelm II. zugeschnitten waren und das damals noch nicht überwundene schuldige militärische Deutschland treffen sollten. ‚Wir wollten hart sein', sagte der Genannte, ‚wir wollten dem militärischen Deutschland die ganze Wucht seiner Niederlage zeigen und damit dem deutschen Volke grell zum Bewußtsein bringen, wohin es geführt worden ist.'

Von diesem Standpunkt aus sind auch die starken Garantien begreiflich, die man forderte; solange jenes militärische Deutschland nicht radikal aus dem Sattel gehoben war, mußte man ja in der Tat jede Lebensmittellieferung noch als Proviant für den Feind betrachten. Nun ist ja alles in bestem Gange. Mir wird soeben auch von zuverlässiger Seite aus Bern telephoniert, daß die Entente auch in bezug auf Tempo und Frist der Demobilisierung zu größtem Entgegenkommen bereit sei, um ein Chaos zu verhindern. Ganz besonders hat man in Frankreich nunmehr den dringenden Wunsch, das zweitausendjährige Nachbarschaftsverhältnis zum deutschen Volke auf eine neue Grundlage zu stellen."

Nicht ohne pikanten Beigeschmack ist es, daß der Gesandte es für nötig hielt, in seinem Berichte dem revolutionären Freund und Staatslenker eine sehr eindringliche Vorlesung über die Gefährlichkeit und völlige Unzweckmäßigkeit jedweder bolschewistischen Methode zu halten. Die Entente erkläre, daß sie den Krieg gegen die deutsche Unmenschlichkeit nicht geführt habe, um dafür den bolschewistischen Zarismus einzutauschen. Wie gut, daß der bayerische Ministerpräsident auf den unblutigen Charakter der von ihm geleiteten Umwälzung hinweisen könne! In jeder öffentlichen Kundgebung der Regierung solle man, so rät der Gesandte, kräftige Töne der Ablehnung gegen die östlichen Methoden anschlagen. Die Atmosphäre müsse in dieser Hinsicht völlig gereinigt werden, sonst werde die Übersee Lieferungen großen Stiles an Deutschland nicht wagen.

Unbarmherzig zerstört der Briefschreiber alle Hoffnungen auf eine sogenannte Weltrevolution, indem er auseinandersetzt, daß sowohl in Frankreich wie in England und Amerika soziale Umwälzungen gänzlich ausgeschlossen seien. Nichts könne sich dort durchsetzen, was auch nur entfernt an Bolschewismus erinnere. Der Westen habe dem Gewaltregime in jeder Form den Krieg erklärt, zum Teil aus Idealismus, zum größeren Teil aus dem Lebensbedürfnis einer geordneten Weltwirtschaft heraus, das dort auch von den Arbeitern richtig erkannt werde.

Ein weniger in seinen eigenen Ideen befangener Berichterstatter hätte vielleicht noch hinzugefügt: Nur eine von den Alliierten selbst ausgeübte Weltherrschaft würde den Ententestaaten allenfalls noch annehmbar erscheinen. Aber Förster war der Meinung, daß die Entente, ausgenommen Italien, nicht vom Imperialismus beherrscht sei. Sie hege jedoch noch ein außerordentliches Mißtrauen in bezug auf die Tiefe und die Dauer der Umwälzung in Deutschland. Von den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung fürchte sie die Wiederkehr der alten Tonart und Praktiken. Auf der andern Seite wünsche sie allerdings auch nicht, „daß die neue Richtung sich nur mit äußeren Mitteln, also durch autokratische Herrschaft einer bestimmten Volksgruppe behaupte". Denn eine solche Gewaltherrschaft „bietet erst recht keine solide Garantie".

Digitized by Google

Der Gesandte rät daher, unbedingt und ohne Kleingläubigkeit die Konsequenzen des demokratischen Prinzips zu ziehen, wobei es unbenommen bleibe, aus berechtigter Notwehr die Wahl zur Nationalversammlung einigermaßen hinauszuschieben.

Die Reaktion will Förster mit geistigen Mitteln überwinden. Die Hauptsache würde dabei sein, „daß man in größtem Maßstab an die Aufklärung des deutschen Volkes geht, dessen Bildungsschichten ja in der Tat noch keine Ahnung von den wahren Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung haben".

Anregung zum „Schuldbekenntnis".

Es wäre beinahe verwunderlich zu nennen, wenn sich im Zusammenhange aller dieser Bemühungen, mit der Entente auf guten Fuß zu kommen, nicht auch der Gedanke geregt hätte, durch ein möglichst markantes Bekenntnis der deutschen Schuld, die man ja für gegeben erachtete, zu wirken. Aus den Berichten, die aus der Schweiz kamen, konnte man in München wohl den Schluß ziehen, daß man mit einem solchen Vorgehen starken Eindruck machen und Wohlwollen erringen würde.

So war man denn durchaus aufnahmefähig für den Vorschlag, den Försters amerikanischer Gesinnungsgenosse Herron in folgendem Telegramm vom 17. November an Jaffé und Eisner gelangen ließ:

„Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten Wilson und die Ententeregierungen zu überzeugen, daß Ihre Regierung vertrauenswürdig ist[1]). Ihre beiden Telegramme, mit meinen Begleitworten versehen, wurden unverzüglich an den Präsidenten und an die Ententeregierungen telegraphiert. Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen. Zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. Drittens unternehmen Sie die ersten Schritte zur Berufung einer bayerischen oder deutschen Kommission, die die verheerten Gebiete Frankreichs und Belgiens besuchen und Ihrem Ministerium unverzüglich darüber Bericht erstatten sollte. Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands, sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen."

Die Münchner Regierung befolgte zunächst eiligst den letzten Ratschlag. Förster wurde beauftragt, durch den Schweizer Bundesrat bei der Entente um die Erlaubnis einzukommen, daß eine bayerische Kommission, die von den deutschen Truppen verursachten Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich feststelle. Umgekehrt wurde auf Anregung Försters an die Entente auch die Bitte gerichtet, eine Kommission der Alliierten nach Bayern zu senden, damit sie durch Augenschein einen Eindruck bekomme von dem neuen Geiste und von den Ernährungsverhältnissen.

Berliner Bericht von Dr. Muckle. — Harden.

Diesem ersten Schritte folgte dann bald der entscheidende zweite. Den letzten Anstoß hiezu scheint eine Anregung gegeben zu haben, die aus Berlin kam. Eisner hatte dorthin den Privatdozenten Dr. Muckle als Bevollmächtigten Bayerns beim Reiche entsandt. Unterm 19. November erstattete Muckle folgenden höchst bemerkenswerten Bericht:

„Sehr verehrter Herr Eisner!

Gestern abend, am 18. November, hatte ich eine lange Unterredung mit Maximilian Harden, der sich in einer verzweifelten Stimmung befindet. Harden stimmt mir in der Beurteilung der politischen Lage vollkommen zu, und da ich nicht als Privatmann vor Harden stand, so erklärte er, durch mich erst habe er wieder einen Lichtblick gewonnen. Er bedauere sehr, mich nicht früher gesprochen zu haben, viele Qualen wären ihm erspart geblieben.

Harden und ich beurteilen die politische Lage folgendermaßen:

1. Die herrschenden Regierungsmänner sind unfähig, die großen Aufgaben zu lösen, die in diesem Augenblick das niedergeworfene, von Kräften des Aufruhrs durchzuckte Deutschland bedrängen. Harden bekräftigt mein Urteil: es handelt sich um Klein- und Spießbürger oder doch um Menschen ohne Leidenschaft und Schwung, denen die Revolution kein heiliges Erbe ist, das es zu mehren gilt, sondern irgend ein politischer Vorgang, den man hinnimmt, wie einen Punkt der Tagesordnung einer Parlamentssitzung. Während in Bayern förmlich lebensdurstige Kräfte aufquellen, ein Drang zur Höhe die Massen belebt und ein feierlicher Ernst das gewaltige Ereignis weiht, herrscht in Berlin Verdrossenheit, eine

[1]) Wie schon Seite 246 erwähnt, hat Herron den Präsidenten nicht gekannt.

Digitized by Google

bange Schwüle. Man hat den Eindruck, als ob das Ideal des Sozialismus die Regierungsmänner kalt ließe, das Wort Sozialismus, mag es auch in eine ferne Zukunft weisen, verpönt wäre. So ist die Folge, daß die den Kreisen der Reaktion angehörenden denkenden Geister die Bewegung belächeln, als einen Vorgang ohne fortwirkende Kraft betrachten. Ebert mag ein aufrichtiger, pflichteifriger Mensch sein: Jeder weite Blick, jede Selbstständigkeit in der Beurteilung der Lage, der politische Instinkt, der das erst Werdende wittert, geht ihm ab. Erzberger, den ich gestern sprach, hat man richtig als den süddeutschen Scheidemann bezeichnet. Auch ich habe den Eindruck bekommen, daß er bei allem Fleiß seiner Aufgabe nicht von ferne gewachsen ist. Er ist ein Kleinbürger ohne tiefere Bildung, ein Emporkömmling, dessen wichtigste Sorge war, zu fragen, ob ich mich mit Exzellenz anreden lasse. Und Männer solchen Schlages sollen dazu berufen sein, ein Volk, das in einem Abgrund stöhnt, wieder ans Licht zu führen. Harden ist verzweifelt, ich selbst aber komme aus dem Staunen nicht heraus, daß derartiges überhaupt möglich ist.

2. Die Reaktion ist im Anzug: Die proletarischen Gruppen bekämpfen sich in leidenschaftlichster Weise, während auf der anderen Seite eine ganze Reihe der schlimmsten Vertreter des alten Systems wichtige Positionen innehaben (Auswärtiges Amt, Auslandsvertretung u. a.). Die Offiziere, deren Geist sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen gewandelt, wagen sich wieder keck hervor, im Reichskanzlergebäude — ein typischer Fall, den ich selbst erlebt — schreit ein Regierungsrat mit junkerlicher Stimme, daß die Halle erdröhnt, im Osten bemächtigen sich hohe Offiziere der Soldatenräte.

3. Die Gefährdung durch Liebknecht ist groß: Harden wie ich geben Liebknecht recht, wenn er betont, daß die Revolution eine Halbheit, ja weniger als dies ist, und daß es ein Leichtes sein wird sie abzuwürgen. Liebknechts Haß richtet sich wohl gegen die Vertreter des alten Systems, vor allem aber, wie er sich ausdrücken könnte, gegen die Verräter unter den Sozialisten. Aber wenn Liebknecht die Diktatur des Proletariats preist und den Terror heilig spricht, so birgt eine solche Agitation ungeheure Gefahren. Sollte es Liebknecht gelingen, mit seinem Geiste größere Arbeitermassen zu entflammen, — und mit dieser Möglichkeit muß gerechnet werden — so ist nicht nur nicht an Friedensschluß zu denken, sondern es muß selbst damit gerechnet werden, daß die Entente mit eherner Hand Ordnung schafft. Was das bedeutet, brauche ich nicht auszumalen.

Süddeutschland, insbesondere Bayern, müssen unbedingt zu den Berliner Vorgängen Stellung nehmen. Siegt die Reaktion — und die heutige Regierung ist alles andere wie ein Wall gegen sie — dann werden selbstverständlich die Ergebnisse der Revolution des Südens in Frage gestellt. Schafft die Entente Ordnung, so sinken wir in die tiefste Tiefe der Erniedrigung. Wir Süddeutschen allein bilden einen festen Mittelpunkt in diesem Wirbel, der uns hier umbrandet. Wir verfügen über Machtmittel, die vielleicht stark genug sein könnten, die Klärung und Festigung herbeizuführen.

Um die versinkende Flamme des revolutionären Geistes zu beleben, müssen wir verlangen (das ist auch Hardens Meinung)

a) sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, Verhaftung der Schuldigen, Einführung eines Staatsgerichtshofes.

Damit würde man Liebknecht zu einem guten Teil das Wasser abgraben.

b) Es sollte versucht werden, die Regierung sofort von den unfähigen Elementen zu säubern. Eine Regierung muß gebildet werden, die aus überzeugten, starken, hochgebildeten Männern sich zusammensetzt, die auch vor den Augen der Feinde bestehen können, und es ist sehr zu erwägen, ob nicht Liebknecht aufzunehmen wäre, um ihn, der gefährlich ist wie ein Sprengstoff, zu versöhnen.

Sollte die Reichsregierung unseren ernstesten Vorstellungen kein Gehör schenken, so müßten wir den Abfall des Südens wenigstens androhen. Preußen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir uns herauszuarbeiten suchen, hinabdrücken.

Die Lage ist sehr ernst. Der Hamburger Soldatenrat verlangt die Verlegung des Reichsmarineamts nach Hamburg, in Sachsen machte sich ein gefährlicher Radikalismus geltend, kurz, während im Süden Ordnung herrscht, grollen im Norden dämonische Kräfte, die irgendwie gebändigt werden müssen. Vielleicht ist es gut, wenn Sie den Ministerrat

Digitized by Google

einberufen, auf daß ich mit Vollmachten ausgestattet werden kann. Es muß sofort gehandelt werden.

Harden ist weitaus der bedeutendste der Politiker, die ich bisher gesprochen habe. Eine gewisse Leidenschaft ist ihm nicht abzusprechen, an Bildung überragt er die andern unendlich. Heute abend wird er sich bei mir einstellen. Ich glaube, daß Harden als Delegierter bei den Friedensverhandlungen schon seines Ansehens wegen, das er auf seiten der Entente genießt, Großes leisten könnte. Wie stellt sich die bayerische Regierung zu einer Entsendung Hardens?

Ich erfahre soeben, daß der Vollzugsausschuß der Berliner Soldatenräte für Hinausschiebung der Einberufung der konstituierenden Versammlung ist.

Der Gesandte Muckle."

So kam nun auch Maximilian Harden im Wirkungskreis der Münchner Revolutionsführer zu Ehren. Das muß einigermaßen wundernehmen. Gehörte er denn nicht auch zu den Belasteten? Er, der bis 1916 die Kriegführung in schroffster Form und die weitestgehende Annexionspolitik verfochten hatte? Seitdem hatte er sich allerdings gründlich ins Gegenteil verkehrt. Nach der Revolution gar überbot er sich in fortgesetzten tollen Anschuldigungen nicht nur der ehemaligen kaiserlichen Regierung, sondern auch des deutschen Volkes, nach dem auch von Förster gebilligten Motto: „Deutschland hat den Schlaf der Welt gemordet" [1]). Galt er etwa darum nun als revolutionsfähig?

Das Schreiben Muckles wirkte wie ein Alarmruf. Man fand bestätigt, daß der Rat der sechs Volksbeauftragten, der mit Ebert an der Spitze die oberste Reichsleitung verkörperte, nicht fähig sein würde, die Dinge zu meistern, obwohl den drei Mehrheitssozialisten drei Unabhängige zur Seite standen. Es herrschte auch Empörung darüber, daß diese Sechsmänner in den Reichsministerien und Staatssekretariaten noch immer Kräfte walten ließen, die man in München als schuldbeladene Vertreter des alten Systems, ja geradezu als verkappte Träger der Gegenrevolution ansah. Der Zorn richtete sich vor allem gegen Erzberger, der der Waffenstillstandskommission vorstand und gegen das Auswärtige Amt, das auch jetzt noch von Dr. Solf geleitet wurde, und in dem Dr. David als Unterstaatssekretär schaltete. Ihnen wurde vorgeworfen, daß sie die Außenpolitik des Reiches nach wie vor mit den verruchten Praktiken der alten Zeit betrieben. An David stieß sich Eisner, weil er bei der Entente als der „schwarze Mann" gelte, „von dem alle Regierungspublikationen ausgehen, welche die Unschuld Deutschlands beweisen sollen".

Bayern in Deutschland voran!

Man sah also die Revolution, so wie man sie in München verstand, in Gefahr, auf der einen Seite bedroht von der angeblich sprungbereiten Reaktion, auf der anderen Seite vom Bolschewismus der Spartakusleute. Hier mußte sofort eingegriffen werden! Da Berlin offensichtlich aktionsunfähig war, so galt nun die Losung: Bayern in Deutschland voran!

Indes man sich in München zur rettenden Tat bereitete, hatte der Berner Gesandte in seinem Bereiche kräftig vorgearbeitet, um den Vorrang Bayerns und der Münchner revolutionären Sonderart den Alliierten klarzumachen.

Er schrieb in einem Briefe vom 21. November darüber folgendes an den Ministerpräsidenten: **„Für Bayerns neue Regierung treffe ich überall die aufrichtigste Sympathie, auch gestern abend beim italienischen Gesandten, Berlin hingegen gilt als undurchdringliches Geheimnis. Man fürchtet von dorther eine ‚imperialistische Republik'. Ich habe das wachsende Vertrauen zu Bayern benutzt, um den beifolgenden Kommentar zu Ihrem Ersuchen um Sendung einer Kommission in die Hand der hiesigen Ententevertreter zu bringen. Vertrauliche Behandlung ist schon deshalb gesichert, weil die Herren offiziell noch keinen direkten Verkehr mit mir haben dürfen. Ich glaubte, mit jenem Kommentar im Sinne Ihrer Worte zu handeln, die besondere Form der bayerischen Revolution in ihrem moralischen Einflusse geltend zu machen. Es ist augenblicklich von hoher politischer Bedeutung, der Entente, gerade weil sie Berlin mit größtem Mißtrauen betrachtet, ohne den dortigen Schwierigkeiten gerecht werden zu können, die Perspektive zu eröffnen, daß Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen werde. Einen ganz ausgezeichneten Eindruck hat das kürzlich veröffentlichte Programm der bayerischen Regierung überall gemacht. Was das schwerbedrückte deutsche Volk jetzt fast noch mehr braucht, als materielle Nahrung, das sind solche erhebende Perspektiven."**

[1]) Das hat bekanntlich besonders in Amerika unheilvoll gewirkt.

Digitized by Google

Der von Förster erwähnte Kommentar empfiehlt Bayern als denjenigen deutschen Staat, der unter günstigen Umständen das politische und soziale Programm ausgestalten werde, durch das Deutschland wieder aufgerichtet und die Welt vor der Gefahr des Bolschewismus behütet werden könne.

München gegen Berlin.

Die diplomatischen Enthüllungen.

Der Feldzug gegen Berlin wurde sofort nach Empfang des Schreibens Muckles eröffnet, nach dem Plane, den dieser mit freundlicher Unterstützung Hardens entwickelt hatte. Der Gesandte in Berlin erhielt telegraphische Weisung, unverzüglich bei der Reichsregierung Schritte zu tun, daß „die Urkunden über den Ursprung des Krieges umgehend veröffentlicht würden." Denn dies sei das einzige Mittel, um zu erreichen, daß die Friedensverhandlungen im Gefühle gegenseitigen Vertrauens geführt würden.

Aber noch ehe dieses Verlangen in Berlin amtlich verbeschieden war, entschloß sich Eisner, selbständig mit einer Aktenpublikation vorzugehen. In den Geheimschränken des Münchner Ministeriums des Äußern und der bayer. Gesandtschaft in Berlin hatten sich Dokumente gefunden, die nach seiner Ansicht einen Beweis dafür abgeben konnten, daß der Weltkrieg 1914 von einer kriegs- und beutelüsternen Klique in Berlin mit Hilfe gleichgesinnter oder unterwürfiger Regierungsorgane planmäßig und mit Vorbedacht entfesselt worden sei.

Auf der Reise nach Berlin zu der auf 25. November einberufenen Konferenz der einzelstaatlichen Ministerpräsidenten scheint die Veröffentlichung derjenigen Aktenstücke, die man für besonders belastend hielt, vorbereitet worden zu sein. In den Räumen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin diktierte Eisner für die Presse vor allem einen Auszug aus dem Berichte, den der Legationsrat Hans von Schoen am 18. Juli 1914 in Vertretung des damals beurlaubten bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld von Berlin aus an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling erstattet hat.

Am Morgen des 24. November standen diese Enthüllungen, gleichsam als Morgengabe für die Versammlung der deutschen einzelstaatlichen Ministerpräsidenten, in einem Berliner Blatt; am nächsten Tage verbreitete sie die Korrespondenz Hoffmann von München aus amtlich in alle Welt.

Die Überraschung war eine allgemeine und vollkommene. Namentlich auch bei der Reichsleitung. Diese wollte keineswegs, wie später zur Rechtfertigung des bayerischen Vorgehens behauptet worden ist, die Erörterung der sogenannten Schuldfrage unter den Tisch fallen lassen. Im Gegenteil! Sie war sich bereits schlüssig geworden, die deutschen Akten über den Kriegsausbruch herauszugeben. Freilich, davor scheute sie mit Recht zurück, in einer derartig schwierigen und verantwortungsvollen Sache überstürzt zu handeln. Auch war sie nicht gesonnen, „einseitige Anklagen auf die ehemalige deutsche Regierung zu häufen und unter Freisprechung der imperialistischen Ententepolitik das geschichtliche Urteil vorzeitig dahin festzulegen, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage". So das Auswärtige Amt in einer späteren Erklärung.

Wie die Reichsleitung dann in einer Note vom 29. November an die alliierten Regierungen darlegte, wollte sie, daß ein vollständiges und wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juni 1914 geschaffen werde. Eine neutrale Kommission sollte unter Zuhilfenahme der Akten und Dokumente aller am Kriege beteiligten Länder die Kriegsursachen und damit die Schuld am Kriegsausbruch untersuchen.

Für ihren Teil hatte die Reichsregierung bereits Auftrag gegeben, die Veröffentlichung der deutschen Akten in Angriff zu nehmen. Sie stemmte sich jedoch dagegen, einzelne aus dem Zusammenhange herauszugreifen und sie vorweg der Öffentlichkeit preiszugeben. Die Akten sollten vielmehr in ihrer Gesamtheit durchgearbeitet, kritisch erforscht und gesichtet und dann ohne Rückhalt, ohne Vertuschung oder Beschönigung der Tatsachen im Zusammenhang herausgegeben werden.

Das eigenmächtige bayerische Vorgehen durchbrach in unerträglicher Weise diese wissenschaftlich und politisch einwandfreien Grundsätze. Es war von ganz anderen Gesichtspunkten und Zwecksetzungen getragen.

Beweggründe.

Eisner selbst hat in späteren Reden, namentlich in den Sitzungen der verschiedenen Räte, dann im provisorischen bayerischen Nationalrat und in seiner Wahlrede vom 12. Dezember

Digitized by Google

1918 seine Absichten und Beweggründe so freimütig aufgedeckt, daß darüber kein Zweifel mehr bestehen kann.

Er verfolgte ein doppeltes Ziel, ein innenpolitisches und ein außenpolitisches. Die Reaktion sollte durch die Enthüllungen aufs Haupt geschlagen, die Konterrevolution, die nach Ansicht der Münchner Führer auch in den Reichsämtern ganz gemütlich mitregierte, „in die Luft gesprengt werden". Um sie tödlich zu treffen, sollte der letzte Schleier von den Geheimnissen dieses Weltkrieges gerissen werden.

So glaubte er auch den Weg bereiten zu können für eine Umbildung des Reichsregiments, wobei er München einstweilen zum politischen Vorort Deutschlands zu machen gedachte, wenigstens solange, bis Berlin sich von seiner revolutionären Kraftlosigkeit erholt haben würde. Bevölkerung und Führerschaft der Reichshauptstadt staken nach Eisners Meinung infolge von Krieg, Hunger und Elend in einem Erschöpfungszustande, der die nötige Entschlußkraft nicht mehr aufkommen ließ. Daher sollte „frischere Luft" aus dem kräftigeren bayerischen Süden dorthin einströmen.

In Berlin konnte es in diesem Zeitpunkte nach Eisners Ansicht keine Regierung geben, die einen leidlichen Frieden zuwege brachte. Er entschied: „Auch keine Nationalversammlung, die von dort ausgeht, wird das können. Die Massen selbst müssen sich rühren und ihrerseits zum Frieden kommen. Bis dahin wird München allerdings der Vorort von Deutschland sein müssen..." „Ich sehe das Heil Deutschlands in der Kraftentfaltung der Glieder. Berlin ist gegenwärtig weder wirtschaftlich noch politisch aktionsfähig. Was sollen wir in Bayern machen? Wir müssen zunächst versuchen, uns selbst zu helfen."

Vor allem sollte aber der Schlag das „Hauptquartier des Weltkrieges" endlich zerstören, das Eisner noch immer in Berlin in Restbeständen vorhanden wähnte. Im Auswärtigen Amte sei das Nest, das ausgeräuchert werden müsse, wenn man zum Frieden kommen wolle. Eine Verwegenheit und ein Irrsinn sei es, Männer wie Erzberger, Solf und andere zu Verhandlungen ins feindliche Lager zu schicken. Diese Art Leute seien schuld am Krieg und an der Kriegsverlängerung. Auf diesen Herren laste die Blutschuld. Nur die revolutionären Aufsichtsmänner könnten belassen werden.

Nur dann konnte nach dieser Auffassung die Pforte ins gelobte Land des Wilsonschen Völkerbundes für Deutschland geöffnet werden, wenn man sich mit Abscheu von der fluch- und schuldbeladenen Vergangenheit abwandte und alle Verbindungen mit ihr zerschnitt. Mit der Formel, daß ja schließlich alle Regierungen, auch die alliierten, ihren gemessenen Anteil der Schuld am Kriegsausbruche trügen, würde man auf keinen Fall mehr auskommen, so erklärte Eisner, selbst wenn diese Annahme richtig wäre. Für ihn und seine Gesinnungsgenossen aber war es eine voll erwiesene Tatsache, daß das kaiserliche Deutschland den Weltkrieg geplant und vorsätzlich entfesselt hatte. Wozu also erst noch lange Untersuchungen darüber anstellen, wer die Schuld trug, oder wie sie sich auf die verschiedenen kriegführenden Staaten verteilte? Es genügte, die Schuld Deutschlands zu bekennen und die Aufrichtigkeit dieses reumütigen Bekenntnisses sowie die völlige Abkehr von dem, was war, durch die Veröffentlichung besonders gewichtiger Dokumente vor aller Welt zu bezeugen. Nur so konnte es gelingen, die Waffenstillstandsbedingungen zu mildern und einen erträglichen Frieden von den Siegern zu erlangen!

Für gänzlich verfehlt hielt es Eisner, daß Solf sich einseitig mit Wilson in Verbindung gesetzt, daß er sich nicht allgemein an die Völker und an die Regierungen der Entente gewandt hatte. Er beleidige alle Mächte, indem er sein Vertrauen nur diesem einen Mann schenke. Das sollte jetzt anders werden, und Eisner glaubte sich durch die Verbindungen, die er zu den Alliierten zu besitzen meinte, in der Lage, diesen Fehler wieder gutzumachen.

Deutsche Staatenkonferenz.

In der Konferenz der Ministerpräsidenten am 25. November legte er seine Anschauungen dar, um gegen den Einspruch der Reichsregierung sein Vorgehen zu rechtfertigen. Dabei berief er sich, was die Außenpolitik anlangt, vor allem auch auf seine bessere Kenntnis der Stimmung und der Absichten der Entente, die er nicht nur aus Zeitungen kenne, sondern aus persönlichen Berichten. Deutschland müsse völlig unverdächtige Unterhändler schicken, dann bestehe Aussicht, bei den Verbandsmächten etwas zu erreichen. Clémenceau selbst habe kürzlich geäußert, daß die Waffenstillstandsbedingungen nicht dem deutschen Volke, sondern nur Wilhelm II. gegolten hätten.

Digitized by Google

Wer hört nicht aus solchen Redeführungen die Töne heraus, die in den Schweizer Informationen Eisners immer wieder anklangen? Der geheimnisvolle „intime Vertraute" Clémenceaus, mit dem der Gesandte in Bern nach seiner Angabe in steter Fühlung stand, hatte es offenbar dem bayerischen Ministerpräsidenten besonders angetan.

Er wollte wohl das Seinige zur besseren Ausgestaltung dieser Beziehungen beitragen, indem er den großen französischen Patrioten Clémenceau „der a u c h ein Dichter ist", gelegentlich mit auffallend betonter Freundlichkeit erwähnte. Das ist dem Ministerpräsidenten von weiten Kreisen, bis tief hinein in die sozialistischen Reihen, als würdelose Anbiederung bei einem feindlichen Militaristen übelgenommen worden, die auf der Gegenseite doch nur mit Mißachtung bedankt werde.

Seine beflügelte Phantasie und wohl auch sein starker Drang, als besser unterrichteter Kenner der außenpolitischen Lage vor dem Auswärtigen Amte und vor seinen deutschen Ministerkollegen den Vorrang zu behaupten, ließen Eisner manches als bereits gesichert annehmen, was kaum entfernt zu hoffen stand. So war er schon einmal, als er in seiner programmatischen Kundgebung vom 15. November die ihm von Förster und Herron in Aussicht gestellten Verbesserungen der Lage als gegebene Tatsachen verkündete, in die Irre gegangen. Der Wunsch war da der Vater des Gedankens und — der Rede.

Wenn er erwartet hatte, mit seinen Enthüllungen und Mitteilungen die schleunige Umformung der obersten Reichsleitung und die sofortige Entfernung der ihm unlieben Persönlichkeiten aus den Reichsämtern bewirken zu können, so sah er sich bitter enttäuscht. In der Versammlung der Ministerpräsidenten machten zwar verschiedene Radikale seinen Sturmangriff mit, andere Teilnehmer gaben dies oder jenes als berechtigt zu, verhielten sich aber sonst kühl und wieder andere traten ihm entgegen.

Am meisten Anklang fand noch der Gedanke, daß mit der belasteten Vergangenheit gründlich zu brechen und mit ihren verantwortlichen Vertretern abzurechnen sei. Gleichwohl wurde der Vorschlag Karl Kautskys, des Gesinnungsgenossen und Freundes Eisners, die Persönlichkeiten, welche durch die veröffentlichten bayerischen Dokumente bloßgestellt seien, unverzüglich vor einem Staatsgerichtshof aburteilen zu lassen, nicht zum Beschluß erhoben.

Ohne Erfolg blieb auch der wichtige bayerische Antrag, anstelle der Reichsleitung der sechs Volksbeauftragten eine Art von bundesstaatlichem Reichsdirektorium mit der Einleitung und Führung der Vorfriedensverhandlungen zu beauftragen. Dieser Versuch, der Münchner Staatsführung in der auswärtigen Politik des Reiches eine bestimmende Rolle zu verschaffen, war zu durchsichtig, als daß er in dieser Versammlung hätte Gegenliebe finden können. Auch Haase widersprach, da das bestehende Reichsregiment sehr wohl fähig sei, die schwierige Aufgabe zu übernehmen.

Die von der Versammlung beschlossenen Richtlinien betonten, daß die auswärtige Politik einheitlich geführt und in der Hand der Reichsleitung zusammengefaßt bleiben müsse. Das hielt man für eine unerläßliche Vorbedingung, um die deutschen Länder über den Wirrwarr und die Fährnisse der Revolution hinweg fest zusammenzuhalten und die Reichseinheit zu wahren, bis eine möglichst bald zu wählende Nationalversammlung die Grundlagen für eine neue Verfassung geschaffen haben würde.

In der Frage der Aktenveröffentlichung faßte die Versammlung keinen Beschluß, überließ es also den Volksbeauftragten und dem Auswärtigen Amte, diese Angelegenheit nach den Gesichtspunkten weiterzuführen, die sie für angebracht hielten.

Der Bruch mit Berlin.

Das Ergebnis der Tagung bedeutete für die bayerische Staatsleitung einen zweifellosen Mißerfolg. Unbefriedigt und in Unfrieden schied der Ministerpräsident von Berlin. Sein Gesandter Muckle richtete alsbald eine Art Ultimatum an die Reichsregierung. Darin wurde angedroht, daß die bayerische Regierung jeden Verkehr mit dem Auswärtigen Amte abbrechen würde, wenn ihren Forderungen in den Personalfragen nicht stattgegeben würde. Noch ehe überhaupt eine Antwort der Reichsregierung erfolgt war, vollzog Eisner den Bruch durch folgendes in München sofort in die Presse gegebenes Telegramm nach Berlin (27. November):

„Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen und das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Äußern des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen."

Digitized by Google

Die deutsche Öffentlichkeit wußte im ersten Augenblicke nicht recht, was sie von diesem höchst merkwürdigen Schritte halten, ob sie ihn ernst nehmen oder belächeln sollte. Er hatte aber doch sehr seine ernste Seite. Es schien nicht von vornherein unmöglich, daß die partikularistische Strömung in Bayern zu einer zeitweisen Trennung des Landes vom Norden führen könnte, wenn dieser etwa von bolschewistischen Unruhen erschüttert wurde. Es war also bedenklich, wenn die Führung der bayerischen Republik in der Lage blieb, weiterhin auswärtige Politik auf eigene Faust zu machen, wozu in den eigenmächtigen Aktenveröffentlichungen bereits ein wenig erfreulicher Anfang gemacht war.

Man verstehe nicht recht, so meinte der „Vorwärts", warum von München aus der Boden gar so „überstampft" werde: „Mißtrauische glauben schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichszertrümmerung einen Frieden erkaufen."

So standen die Dinge aber nun glücklicherweise nicht. Zwar sprang der Vollzugsausschuß des Münchener Arbeiter- und Soldaten- und Bauernrates dem Ministerpräsidenten noch mit einer scharfen Kundgebung gegen Erzberger, Solf, David und Scheidemann bei. Allein der Höhepunkt der bayerischen Sonderaktion war erreicht. Es ging nun rasch und entschieden damit abwärts. Das Land verweigerte, wie die Pressestimmen aus allen Parteilagern mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialisten deutlich anzeigten, die Gefolgschaft für diese Politik. Sie fand auch im Ministerrat, den Eisner in diesen Dingen überhaupt nie rechtmäßig befragt hatte, keinen Rückhalt. Kritik und Widerstand regten sich überall, in Presse und Versammlungen, aber auch in den Sitzungen der verschiedenen Räteorganisationen und hernach des provisorischen Nationalrats, also in den Körperschaften, die vorerst als Träger der Staatsgewalt zu gelten hatten.

Um so lebhafter wurde der Widerstand, je mehr Eisner sich auf seine Anschauungen versteifte, je mehr er auf seinem Schein bestand, und je mehr seine Verheißungen sich als unwahrscheinlich erwiesen.

Widerstand im Lande. — Einspruch der Reichsleitung.

Bringt man den reichlichen Anteil, den die bloße Parteipolemik an den unerquicklichen Auseinandersetzungen hatte, in Abzug, so bleibt noch genügend sachlicher Gehalt, der der Opposition ihre Berechtigung gab. Wenn die Tonart der Presse zum Teil überaus heftig und oft auch persönlich gegen Eisner zugespitzt war, so trug der Angegriffene daran selbst ein gut Teil der Schuld. Denn er pflegte ebenso scharfkantig zu erwidern und reizte seine publizistischen Gegner bis aufs Blut, indem er sie verächtlich behandelte.

Aber auch rein sachlich sah er sich immer mehr in die Verteidigung gedrängt. Dem Nichtbayern wurde das Recht und die Eignung bestritten, so vordringlich als Wortführer und Vorkämpfer der bayerischen Eigenart aufzutreten, wie er das tat. Man hielt dieses allzu stark zur Schau getragene Bayarentum für eine äußerliche Geste, die dazu bestimmt sei, politisch zu wirken, in Wirklichkeit aber ohne tieferen Hintergrund sei. Eisner mache aus der Not eine Tugend, schrieb Dr. Heim, jedoch gebe es Anhaltspunkte dafür, „daß die Alliierten die Aktionen des Herrn Eisner richtig einschätzen".

Gegen die Veröffentlichung der bayerischen Aktenstücke erhoben sich die schwersten Bedenken. Wohl wurde das Recht und die Notwendigkeit, volle Aufklärung zu schaffen, nicht bestritten. Die öffentliche Meinung stand aber, abgesehen von den Gesinnungsgenossen Eisners, in diesem Punkte ziemlich geschlossen auf der Seite der Reichsleitung. Man billigte die oben erwähnte Leitsätze, nach denen sie wirkliche Klarheit schaffen wollte. Und man stimmte überzeugt in den Protest ein, den die Reichsleitung vom 26. November durch die Deutsche Allgemeine Zeitung erheben ließ.

Darin hieß es unter anderem:

„Die Veröffentlichung der Münchner Regierung hat naturgemäß dort das größte Aufsehen erregt, wo man die relative Bedeutung dieser bruchstückhaften Wahrheiten nicht erkennen kann oder nicht erkennen will. Es kann auch nicht ausbleiben, daß das feindliche Ausland und parteiische neutrale Stimmen sich des gebotenen Stoffes bemächtigen, um in der Schuldfrage ein endgültiges Urteil zu Lasten Deutschlands zu sprechen. Im Namen der Wahrheit legen wir dagegen Verwahrung ein. Es soll rücksichtslos volle Klarheit geschaffen werden. Nachdem die Veröffentlichung aus russischen Archiven durch die revolutionäre Regierung die Schuld der zaristischen Regierung klar erwiesen hat, ist die neue

Digitized by Google

deutsche Regierung bereit, festzustellen, ob Deutschland eine Mitschuld trifft. Das ganze Gleichgewicht der historischen Wahrheit jedoch wird erst hergestellt sein, wenn auch die Pariser und Londoner Archive durch das französische und englische Volk geöffnet sein werden. Um aber zu verhüten, daß unzulängliche Enthüllungen in diesen Prozeß der historischen Gerechtigkeit störend eingreifen, möchten wir hoffen, daß die zusammenfassende Darstellung der Ursachen des Weltkrieges durch die deutsche Regierung tunlichst beschleunigt werde."

Das Auswärtige Amt erklärte am 26. November noch im besonderen, daß die bayerische Veröffentlichung gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für die deutsche politische Arbeit wirken werde.

„Unsern Feinden und Verhandlungsgegnern ist sie eine Waffe in der Hand, die diese zu benützen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der Vertreter Bayerns in Bern, Professor Förster, seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelsmannes von Clémenceau angeraten hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, daß es Herrn Clémenceau nur darauf ankommt, uns vor aller Welt durch unser eigenes Zeugnis ins Unrecht zu setzen. In den schrecklichen Irrtum, daß Clémenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen ließe, wenn nur die Schuld am Kriege von Deutschland auf sich genommen würde, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen."

Auf Anregung von Clémenceau?

Diese amtlichen Berliner Auslassungen machten auch in Bayern großen Eindruck und verschärften die Stimmung gegen Eisners Sonderpolitik. Man forderte besonders auch Aufklärung über die Tätigkeit des Gesandten in Bern, die in der Darlegung des Auswärtigen Amtes in eigentümlichem Lichte erschien.

Professor Förster kam selbst diesem Verlangen am 28. November mit folgender Pressenotiz nach:

„Gewiß habe ich angeraten, das deutsche Volk über die wahre Vorgeschichte des Krieges aufzuklären. Dieser Rat aber entstammte keiner vom Ausland kommenden Anregung. Vielmehr habe ich stets die Auffassung vertreten, daß die jahrelange Irreleitung des deutschen Volkes durch das Berliner Auswärtige Amt die Hauptschuld an der Kriegsverlängerung trage und daß die moralische Aussöhnung Deutschlands mit dem Auslande erst dann möglich sei, wenn das deutsche Volk endlich wahrheitsgemäß erfahre, wie dieser Krieg entstanden und geführt worden ist. Um eine solche Auffassung zu vertreten, braucht man keine Anregung von Clémenceau, sondern nur ein wenig alte deutsche Wahrheitsliebe. Gewiß hatte ich Aussprachen mit Entente-Vertretern, einen Rat in bezug auf deutsche Fragen aber habe ich dabei weder erbeten noch empfangen. Wohl aber zeigten mir jene Aussprachen, daß man drüben an eine wirkliche Erneuerung Deutschlands noch nicht glauben will: das deutsche Volk, so sagt man, habe sich nur institutionell, aber noch nicht moralisch gewandelt.

Es ist darum zweifellos, daß das deutsche Volk allein durch die volle Erkenntnis dessen, was geschehen ist, die richtige innere Stellung zu der erschütternden Erfahrung der jetzigen Stunde finden kann. Wenn nun das Berliner Auswärtige Amt meint, daß solche Aufklärung im gegenwärtigen Augenblick unterbleiben sollte, so zeigt das leider, daß die dort maßgebenden Männer noch immer nicht den unseligen Irrtum abgetan haben, als müsse man um der Feinde willen dem deutschen Volke die Wahrheit vorenthalten, als ob das Ausland nicht längst über alle jene Dinge genau informiert wäre, und als ob nicht gerade das freie Bekenntnis der Schuld dem Ausland allein die Bürgschaft gebe, daß wir uns ehrlich von dem bösen Geiste lossagen wollen, der uns in diesen Krieg getrieben hat."

Das Auswärtige Amt hatte seine Angaben aber nicht aus der Luft gegriffen. Sie gründeten sich allem Anscheine nach auf eine Äußerung Dr. Muckles, der einem Ausfrager folgendes erklärt hatte:

„Der provisorische bayerische Gesandte in Bern, Professor Förster, welcher Beziehungen unterhält zu Männern, die mit den Anschauungen Clémenceaus vertraut sind, hat versichert, daß die Veröffentlichung von Akten, welche erwiesen, wie sehr die deutsche Re-

Digitized by Google

gierung 1914 zum Kriege drängte, besänftigend auf Clémenceau wirken müsse und daß damit die Sache des Friedens nur gefördert werden könne."

Diese Darstellung bezeichnete Professor Förster als eine „Legende, an der kein wahres Wort ist" und bemerkte dazu:

„Ich habe nur ganz allgemein den Rat gegeben, nunmehr die ganze Literatur hereinzulassen, die sich mit den Kriegsursachen beschäftigt, weil meiner Überzeugung nach das vier Jahre unter Zensur gehaltene deutsche Volk ohne eine solche Aufklärung zu keiner moralischen Verständigung mit der Umwelt kommen kann."

Natürlich griff auch die Agence Havas in diesen nicht uninteressanten Streit über die erste Urheberschaft des Veröffentlichungsgedankens ein. Sie verkündete, daß Clémenceau „zu keiner Zeit und in keiner Form" Beziehungen zu den offiziellen Agenten oder Sekretären Nord- und Süddeutschlands hatte, so daß keiner von ihnen von der französischen Regierung habe inspiriert werden können.

An der Hand der oben mitgeteilten Berichte aus der Schweiz können wir heute den Zusammenhang der Dinge besser erfassen, als er aus diesem Hin- und Her von Erklärungen zu ersehen war.

Davon, daß Clémenceau die Aktenpublikation Eisners angeregt habe, ist in den Geheimberichten allerdings nicht die Rede. Auch Förster hat einen solchen ausdrücklichen Vorschlag, soweit die Akten erkennen lassen, nicht gemacht. Wohl aber legte einer aus seinem engsten ententistischen Freundeskreise, wie wir schon wissen Herr George D. Herron, der Münchner Revolutionsregierung dringend ans Herz, mit einem förmlichen deutschen Schuldbekenntnis vorzugehen und damit eine entscheidende moralische Wirkung bei der Entente herbeizuführen. Ob diese Anregung *nur* dem Gehirne Herron's entsprang, oder ob sie nicht sozusagen als geistiges Gemeingut des ganzen Kreises um Förster, einschließlich des „intimen Vertrauensmannes" des Herrn Clémenceau gelten kann, möge der Leser selbst auf grund der mitgeteilten Tatsachen erwägen. Daß die amtlichen Berichte Försters dazu angetan waren, eine solche Anregung zu stützen, wird nicht mehr geleugnet werden können, zumal wenn man seine grundsätzlichen Auffassungen über die Verantwortlichkeit am Kriege mit in Betracht zieht.

Den „Vertrauten" des Herrn Clémenceau, der in jenen geheimen Berichten in gewichtiger Rolle erscheint und durch die Berliner Indiskretion unversehens ans Tageslicht geriet, deckte Herr Förster in seinen öffentlichen Erklärungen mit anerkennenswertem Geschick, ganz nach Art der von ihm sonst wenig geschätzten zünftigen Diplomatie.

Die Krise.

In den Vertreter-Versammlungen der Räte, die Ende November und anfangs Dezember 1918 im Landtagshause tagten, stellte sich der Ministerpräsident als einen der wenigen vor, die sich von jeher mit auswärtiger Politik befaßt hätten. Aber das einmal erwachte Mißtrauen gegen seine Staatskunst war damit auch hier nicht ohne weiteres zu beschwichtigen. Es kam besonders in den Reden von Vertretern aus der Provinz lebhaft zum Ausdruck.

Eigentlich fand nur das theoretische Abrüstungsprogramm, das alle Heere in allen Ländern abschaffen und nur Polizeitruppen belassen wollte, ungeteilten Beifall. Eisners Friedenspolitik dagegen wurde von nicht wenigen Rätemitgliedern als eine recht problematische Sache angesehen. Von wirklichkeitsfremder Ideologie sprach der eine oder andere, oder auch davon, daß der Minister zu viel Vertrauen auf die bisherigen Feinde, zu wenig auf das eigene Volk setze.

Der Angelpunkt des Streites war naturgemäß die Frage der verfassunggebenden Körperschaften, der deutschen Nationalversammlung und des Landtags. Die überwältigende Mehrheit des Volkes, einschließlich der Konservativen auf der einen, der Mehrheitssozialisten auf der anderen Seite verlangte, daß schleunig die Wahlen ausgeschrieben werden sollten. Diese Meinung galt auch im Reichskabinett. In der Tat gab es nach Lage der Dinge keinen anderen Weg, die Revolution zu überwinden, aus ihren Wirren heraus und wieder zu geordneten staatlichen Zuständen zu kommen, als den Weg einer auf der allgemeinen Volksbefragung und auf den daraus hervorgegangenen Parlamenten aufgebauten Demokratie.

Von der Entscheidung darüber hing die endgültige Lösung aller weiteren Streitfragen ab, namentlich auch derjenigen, wie das Verhältnis zwischen Einzelstaaten und Reich sich gestalten und wie die auswärtige Politik geführt werden sollte.

Digitized by Google

Es mußte Befremden erregen, daß der bayerische Ministerpräsident auf den im Lande stürmisch erhobenen Ruf nach der Nationalversammlung und dem Landtag eine klare und unzweideutige Antwort schuldig blieb. Der Argwohn kam auf, daß Eisner bereit sei, die Alleinherrschaft der Räte weiter gewähren zu lassen. Seine Auffassung, daß diesen jedenfalls eine gleichberechtigte mitbestimmende Gewalt neben den künftigen Volksparlamenten gesichert werden müßte, verwarf man als undurchführbar und als unvereinbar mit dem Wesen des demokratischen Staates.

Scheidung der Geister.

Hier schieden sich also die Geister! Auch im Ministerrate! Darüber ließen, wie die Akten ausweisen, die Auer und Timm ihrem führenden Kollegen keinen Zweifel. Die provisorische Regierung der beiden sozialistischen Gruppen zerkrachte, wenn der leitende Mann nicht einlenkte. Wie überaus kritisch und bedenklich die Lage war, erfuhr die Öffentlichkeit insbesondere auch aus einem Artikel des Münchner mehrheitssozialistischen Blattes. Es gab dem in München weilenden, Eisner so nahestehenden Berner Gesandten Förster das Wort zu einem eindringlichen Appell an den Ministerpräsidenten und an die Arbeiter- und Soldatenräte, sich dem Wahne von der Diktatur des Proletariats endgültig zu entringen, damit man aus der „gänzlichen Unhaltbarkeit der politischen Lage in Bayern" herauskomme. Ähnlich wie in seinen Geheimberichten wies Förster „aus intimer Kenntnis der Sachlage" nun in der Öffentlichkeit darauf hin, „daß die Entente mit uns weder Frieden machen, noch uns Nahrung senden, sondern aller Voraussicht nach Deutschland nach Ablauf des Waffenstillstandes militärisch besetzt wird, wenn bis dahin keine Anzeichen für die Einsetzung einer dauerhaften, den Willen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringenden vertragsfähigen Regierung zu bemerken sind".

Auch nach Försters Meinung stand der Bürgerkrieg bevor, wenn nicht der Geist des Rechtes und des gegenseitigen Vertrauens „über jede Art von Autokratie den Sieg davontragen würde".

Solche Worte aus dem Munde eines Mannes, den man in anderen grundlegenden Auffassungen eines Sinnes mit dem Ministerpräsidenten wußte, mußten die größte Besorgnis erwecken. Sie trafen mitten hinein in die im Gange befindlichen Verhandlungen der Landesvertretungen der Räte, die eben in München tagten. Auch hier drehten sich die Auseinandersetzungen um den Kernpunkt: Hie Rätewesen — hie allgemeine Volkswahlen und verfassunggebende Parlamente.

Noch am 30. November hatten die Bevollmächtigten der bayerischen Räte in Berlin mit aller Entschiedenheit sich gegen die schleunige Einberufung der Nationalversammlung erklärt. Das gleiche tat als einziger bundesstaatlicher Vertreter der bayerische Gesandte Dr. Muckle.

Wie sie telegraphisch an Eisner meldeten, erklärten sie in der Sitzung der Soldatenräte Großberlins folgendes:

„Wir Bayern haben die Revolution nicht als Kinderspiel vollbracht, es war uns vielmehr furchtbarer Ernst. Wir verlangen deshalb, daß im Norden, in Preußen kein Mittel unversucht gelassen wird, um die Ergebnisse der Revolution für alle Zeiten zu sichern. Wir verlangen deshalb, neben der Aufrechterhaltung des Vollzugsrats, daß alle Vertreter des alten Systems im Auswärtigen Amte sofort entfernt werden, weil die feindlichen Regierungen mit diesen vertrauensunwürdigen Leuten keinen Frieden schließen werden. Wir sind deshalb zu der Forderung gezwungen, daß die revolutionären Gruppen Deutschlands sich zu einer festen Einheit zusammenfinden, daß der Bruderkampf in dieser tiefernsten Stunde aufhört, daß vor allem hier in Berlin sofort eine Klärung eintrete. Sollten diese Bedingungen nicht in der allernächsten Zeit erfüllt werden, so sieht sich das bayerische Volk gezwungen, selbst zu handeln und Schritte zur Erreichung des Zieles für ganz Deutschland zu unternehmen, da es weiß, daß seine Regierung das Vertrauen des Auslandes besitzt."

Ein zweites Telegramm lautete:

„Hiesige Verhältnisse erfordern schleunigste Konsolidierung Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Bayerns. Drängt Aktionsausschuß zu schleuniger Terminsetzung für Zuwahl."

In einem dritten teilte Muckle mit:

„Habe als einziger gegen rasche Einberufung der Nationalversammlung protestiert. Suche Unabhängige und Mehrheitssozialisten zu versöhnen. Cohn billigt meinen Plan."

Digitized by Google

Nun fragte es sich, ob die Landesvertretungen der Räte sich diesen Standpunkt ihrer Bevollmächtigten in Berlin zu eigen machen würden mit allen daraus sich ergebenden, überaus ernsten Konsequenzen. Die Krisis war also da.

In der Sitzung des Landessoldatenrats am 1. Dezember tritt sie deutlich in Erscheinung, gleich kommt aber auch die Wende. Besonders von Rednern aus der Provinz wird Eisners Friedenspolitik und sein Verhalten zum Reiche angegriffen. Die Opposition gibt ihrem Unwillen darüber Ausdruck, daß die Landesvertretungen der Räte von den Maßnahmen der Staatsleitung nicht unterrichtet worden seien. Man spricht von diktatorischen Anwandlungen und persönlichem Regiment. Die Münchner Radikalen treten als Verteidiger vor ihren Führer und bleiben dabei, daß dessen Politik im Reiche den Vorrang verdiene und daß der Friede über Bayern kommen müsse. Wende.

Nun folgt eine kompromißartige Lösung des Konflikts: Es wird eine Kommission bestellt, welcher der Ministerpräsident Einsicht in die aktenmäßigen Unterlagen seiner Friedenspolitik gewährt. Sie läßt sich überzeugen, daß seine Bemühungen nützlich seien und findet, es bestehe Aussicht, „daß die Entente mit ihm in Vorverhandlungen über den Frieden trete". Eine Zusicherung, daß dies wirklich gelingen werde, könne aber nicht gegeben werden.

In diesem Zeitpunkte tritt nun auch das Gesamtministerium zum ersten Male in diesen Fragen in Erscheinung. In einer vorsichtig gehaltenen Erklärung deckt es nach außen seinen Vorsitzenden, wendet sich aber gleichzeitig an die Reichsregierung mit dem Vorschlag, in einer zweiten deutschen Staatenkonferenz in Jena die Fragen der Friedensverhandlungen und der Neuordnung des auswärtigen Dienstes sowie der Aktenveröffentlichungen nochmal zu behandeln.

Somit war die bisherige Linie persönlichen eigenwilligen und eigenmächtigen Handelns vom Gesamtministerium preisgegeben. Es lenkte ein in die Bahn ordnungsgemäßen bundesstaatlichen Zusammenwirkens mit dem Reiche. Wenige Tage später lehnte die Reichsleitung den bayerischen Vorschlag ab mit der Begründung, die Richtlinien für die Behandlung der fraglichen Angelegenheiten seien bereits in der letzten Staatenkonferenz festgelegt, über Neubesetzungen im Auswärtigen Amte aber werde im Reichskabinett eben beraten.

Indem die bayerische Regierung sich mit dieser Antwort begnügte, fügte sie sich der Reichsgewalt. Die Wirkungen der bereits vollzogenen höchst persönlichen außenpolitischen Handlungen des Ministerpräsidenten waren damit allerdings nicht aus der Welt geschafft. Davon aber, daß der bayerische Volksstaat und sein Ministerpräsident in Deutschland die Führung nehmen, daß München zum politischen Vorort werden müsse, konnte nicht mehr die Rede sein.

In der Tat hat Eisner auch seiner ersten Enthüllung keine weiteren mehr folgen lassen, wie er ursprünglich angekündigt hatte. Er rechtfertigte diesen Verzicht damit, daß die Reichsregierung selbst die schleunige Herausgabe der deutschen Urkunden übernommen hätte. Ein Hauptgrund war aber doch wohl, daß die Hoffnung, mit solchen Belastungen der früheren deutschen Staatsgewalt die ebenfalls belasteten Genossen von der Mehrheitspartei in der Reichsleitung aus dem Sattel zu heben und selbst die Geschicke des Reiches ausschlaggebend zu bestimmen, geschwunden war. Ob es gerade Eisners Aktion zuzuschreiben war, daß im Auswärtigen Amte Veränderungen eintraten und Solf sein Amt niederlegte, steht dahin. Der neue Leiter der auswärtigen Geschäfte des Reiches, Graf Brockdorff-Rantzau, war sicher auch nicht nach dem Herzen des bayerischen Ministerpräsidenten.

Eine gewisse Genugtuung mochte es für diesen sein, daß mit der Herausgabe der deutschen Urkunden über den Ausbruch des Weltkrieges sein politischer Gesinnungsgenosse Karl Kautsky betraut wurde, der damals noch die gleiche Auffassung von der deutschen Schuld hatte wie Eisner.

Aus diesen Tatsachen heraus erklärt es sich, daß Eisner in der großen programmatischen Rede, die er am 13. Dezember in der Sitzung des endlich zusammenberufenen provisorischen bayerischen Nationalrates hielt, zunächst nicht näher auf die umstrittenen Punkte einging. Er begnügte sich, das alte System in überaus scharfen allgemeinen Wendungen zu brandmarken, ohne sich um Beweise zu kümmern, und malte dann im Gegensatz dazu ein leuchtendes Bild des kommenden Zeitalters der internationalen sozialistischen Völkerverbrüderung und der Humanität. Widerstand im Vorparlament.

Digitized by Google

Aus dieser Welt holden Scheins wurde der poetische Staatsmann sehr unsanft herausgerissen durch die folgende Debatte. Sie erhielt dadurch eine eigenartige Bedeutung, daß ein gemäßigter Pazifist, Professor Quidde, gegen hemmungslose Schwarmgeisterei des internationalen revolutionären Sozialisten in die Schranken trat und ihm den bisherigen Mißerfolg seiner Tätigkeit auf den Kopf zusagte. Als unbequemer Mahner warf er die Frage auf, was mit den Verheißungen geworden sei, die Eisner in seinen ersten Regierungskundgebungen gemacht, daß nämlich der bayerische Freistaat Deutschland einen besseren Frieden bringen werde, daß die Lenker der Ententemächte nach der Umwälzung schon menschlicher sprächen als früher, daß die Waffenstillstandsbedingungen gemildert seien. Illusionen, Phantastereien seien das gewesen, die bewiesen, „daß der Herr Ministerpräsident die Tatsachen der auswärtigen Politik nicht richtig einschätzen konnte."

Das waren bittere Worte aus dem Munde eines Pazifisten. Noch schärfer ging dieser mit dem Schuldbekenntnis ins Gericht. „Es ist eine Illusion, daß wir bessere Bedingungen bekommen, wenn wir uns selbst recht erniedrigen. Das ist bei vielen jetzt eine krankhafte Vorstellung, so krankhaft wie die Wahnideen des Militarismus während des Krieges, daß wir im Büßergewande den Feinden gegenübertreten müßten, daß das uns Sympathien verschaffe... Die durch den Krieg erbitterten Ententevölker fragen nicht, ob die Schuld die alten deutschen Machthaber trifft, oder das deutsche Volk im ganzen, sondern sie schreiben mit Freuden alles das, was wir vorbringen auf das Kerbholz des deutschen Volkes selbst... „Wir sollten in diesen Tagen des schweren nationalen Unglücks in diesen Tagen, wo die ganze Welt darnach trachtet, uns mit Friedensbedingungen niederzudrücken, stolzer als je und erhobenen Hauptes als Deutsche dem Auslande gegenübertreten. Lassen Sie mich Ihnen das als Pazifist sagen...!"

Andre Redner, darunter auch der Mehrheitssozialist Eduard Schmid, folgten Quiddes Spuren. Die Erwiderung des also angegriffenen Ministerpräsidenten klang matt und resigniert und entbehrte der beißenden Schärfe, die er sonst in solchen Fällen im Übermaß bereit hatte. Für ihn bemühte sich sein Freund Landauer, eine verlorene Position zu verteidigen.

Festhalten an der Grundrichtung.

Trotz allem verlieh Eisner seinem Glauben an die Wunderkraft seiner Enthüllungen auch in der Folgezeit immer wieder Ausdruck. Das Bekenntnis der Schuld blieb für ihn Vorbedingung eines „ehrlichen Friedens". „Bergehohes Material", so rühmte er im Nationalrat, könnte man beibringen zum Beweise dafür, daß das Ausland nunmehr anfange, an die sittliche Erneuerung und aufrichtige Umkehr Deutschlands zu glauben und die Umwälzung als eine moralische Auflehnung gegen die Verderbtheit der alten Zeit zu begreifen. Doch begnügte er sich, auf einen Artikel in der deutschfeindlichen Daily Mail hinzuweisen, deren Korrespondent mit diesem Eindruck von München weggegangen sei.

In diesen Anschauungen konnte er sich nach wie vor bestärkt fühlen durch die Mitteilungen, die ihm auch weiterhin aus seiner Schweizer Informationsquelle zuflossen.

In einem Bericht vom 22. Dezember 1918 glaubt der Gesandte in Bern folgendes über die allgemeinen Absichten der Entente-Völker gegenüber Deutschland feststellen zu können:

„Frankreich ist noch von völligem Mißtrauen erfüllt. Greift kein Militär ein, so heißt es: voilà l'anarchie et le bolchévisme — wird mit Truppen gedroht, so heißt es: voilà la contre-révolution! Der Franzose, der von der Idee ausgeht, vermißt bei uns noch jede Spur von ‚repentir' und glaubt daher an keine gründliche Umkehr. Die Leitartikel des ‚Temps' bestätigen das immer wieder...

Die Aufklärungspropaganda in bezug auf die Schuldfrage ist aus diesem Grunde höchst wichtig. Für Frankreich ist ein neuer Geist in Deutschland weit entscheidender als neue Institutionen.

Ich möchte deshalb sehr befürworten, daß man den Herrn von der Freien Zeitung [1]), die in der Schuldfrage ganz ausgezeichnet gearbeitet haben, ihre Absichten in Deutschland möglichst erleichtert.

Die Amerikaner fragen weniger nach der Schuldfrage, ihnen kommt alles auf die

[1]) Deutsche, die während des Kriegs von der Schweiz aus mit reichlichen Mitteln und Seite an Seite mit der Entente-Propaganda gegen Deutschland gearbeitet hatten. — Die Grelling, Fernau und Genossen sollten nach Försters Meinung förmlich im Dienste der deutschen Regierungen das Volk aufklären. Der Vorschlag blieb erfolglos.

Digitized by Google

praktische Frage an, ob sich bei uns eine wirklich demokratische Regierung mit vollkommener Ordnung durchsetzen kann, so daß die Lebensmitteltransporte nicht in ein Chaos hineinkommen. Es werden keine Abmachungen stattfinden, bevor über diesen Punkt keine zuverlässigen Informationen vorliegen.

Was England betrifft, so scheint es mir nach vielen Informationen, als ob dort eine neue Orientierung in bezug auf Deutschland zum Durchbruch käme, die möglicherweise auch in Kapitalsanlagen großen Stils — schon um uns nicht ganz in amerikanische Abhängigkeit zu bringen — ihren Ausdruck finden könnte. Damit hängen viele an mich gelangende Anfragen von englischer Seite zusammen in bezug auf die baldige Möglichkeit geordneter Zustände in Deutschland. Mr. Henderson war kürzlich in Genf; ich konnte Informationen beruhigender Art in bezug auf die Konsolidierung der Ordnung in Deutschland in seine Hände gelangen lassen.

Ein Mitglied der Independant Labour Party, Member of Parliament, schrieb mir von London aus einen Brief, dessen Kopie ich beilege. Diesen Brief darf ich wohl ganz besonderer Vorsicht empfehlen, damit nichts daraus in die Zeitungen komme [1]).

Als meine Hauptaufgabe betrachte ich hier, durch Exposés, die ich in die mir zugänglichen Kreise der Entente gelangen lasse, sowie durch mündliche Informationen das Vertrauen zur deutschen Ordnung und zu allmählichem Durchbruch der Wahrheit zu stärken."

Mit Spannung und Enttäuschung zugleich wird man wohl in München folgende sehr vorsichtige Ankündigung des Gesandten vernommen haben:

„In meinem letzten Briefe stellte ich in Aussicht, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß der bereits in meinen früheren Berichten erwähnte ganz persönliche Vertrauensmann Clémenceaus nach München käme. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, bemerke ich, daß es sich hierbei nicht um einen von Clémenceau ausgehenden Antrag handeln würde, genau so wenig wie das in den bisherigen Unterredungen des Betreffenden mit mir der Fall war, sondern einfach darum, daß der Erwähnte, wahrscheinlich sogar ohne Wissen Clémenceaus, ganz als Privatmann zum Zwecke zuverlässigster Information nach München käme. Es scheint jedoch, daß diese Möglichkeit zurzeit etwas in die Ferne gerückt ist, weil allen meinen Eindrücken nach auf Seite der Entente-Leute die Parole ausgegeben ist, zunächst Besprechungen mit deutschen Vertretern aus dem Wege zu gehen, bevor nicht in Paris allgemeine Richtlinien für die weitere Behandlung der deutschen Frage zwischen den beteiligten Staatsmännern vereinbart worden sind ..."

Soweit sich aus den Akten und aus mündlichen Zeugnissen ermitteln läßt, ist die Münchner Revolutionsregierung nie in die Lage gekommen, den geheimnisvollen Vertrauensmann des Gewaltigen in Paris kennenzulernen.

West-östliche Orientierung?

Deutsch-österreichische Frag

Zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und seinem Gesandten in Bern gab es auch einen Meinungsaustausch über Deutsch-Österreich. Foerster hat nicht unterlassen, seine auch öffentlich gegenüber einem Vertreter der Agence Havas vorgebrachten Einwände gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich in einer kurzen Denkschrift (21. November 1918) für die bayerische Regierung zusammenzufassen und ihr seine Ansichten nahezulegen. Nicht in seiner Eigenschaft als Gesandter, aber doch „als Professor Foerster, der sich viel mit den österreichischen und südeuropäischen Fragen beschäftigt hat"!

Im Anschluß an das Bekenntnis der bayerischen Regierung zu einer „föderativen Verknüpfung" Österreichs mit Deutschland empfahl er dringend, eine solche Lösung mindestens noch hinauszuschieben. Er wollte die Entente nicht gegen Deutschland aufbringen, deren „Mißtrauen in die Realität eines neuen Geistes" noch nicht überwunden sei! Die Alliierten wünschten um keinen Preis jetzt eine Vergrößerung Deutschlands! Sollte die Vereinigung

[1]) Der Brief kam von Stephan Sanders, Sekretär der Fabian Society, und brachte zum Ausdruck, daß die Zusammensetzung der neuen deutschen Regierung mit Scheidemann, Ebert, Landsberg an der Spitze und mit Ausschluß von Männern wie Liebknecht und Ledebour den Eindruck mache, daß zwar neue Männer gekommen, aber die alten Methoden geblieben seien.

Digitized by Google

trotzdem unerwartet vollzogen werden, meldet Foerster, so würden wahrscheinlich auf der Gegenseite Vorschläge kommen, „zur Ausgleichung dieses Agrandissements das linke Rheinufer an Frankreich abzugeben". Auch in der polnischen Frage würde man Deutschland dann zu kurz kommen lassen!

Der Gesandte findet den Anschluß auch vom Standpunkte Deutsch-Österreichs aus nicht zweckmäßig. Er fürchtet für die Kulturwürde Österreichs, wenn es sich nach Norden umstellt. Gegen die reichsdeutsche Betriebsamkeit käme es nicht auf und würde zu einer Wirtschaftsprovinz Berlins. Die wirtschaftliche Tradition des Landes sei seit Jahrhunderten nach Südosten orientiert.

Umgekehrt komme jetzt schon, mitten im Rausche der jungen nationalen Selbständigkeit, den slawischen Partnern zum Bewußtsein, daß sie auf ihre deutsch-österreichischen Nachbarn angewiesen seien. Foerster hält diese slawischen Staatsgebilde für nicht lebensfähig und sieht bereits entstehen, was er wünscht: Eine deutsch-slawische Gemeinschaft nicht nur in der Wirtschaft, sondern „mit ihren psychologischen und soziologischen Anpassungen", die zu enger politischer und kultureller Gemeinschaft führen müssen. Also, anstelle der eben zertrümmerten Habsburger Doppelmonarchie eine „neue Konföderation der Südoststaaten"! Dieser Gedanke müsse triumphieren über die Idee der Vereinigung mit Deutschland. „Es war der alte Sinn der deutschen Südostmark durch Föderation mit der slawischen Welt deutsche Kulturmacht zu fördern."

Als Vorkämpfer übernationaler Staatsformen, als abgesagter Feind des „auflösenden" und „kleingeistigen" Nationalprinzips, wollte Förster also den Versuch eines kleinen mitteleuropäischen Völkerbundes gemacht wissen, der nach ihm auch für den europäischen Frieden von entscheidender Wichtigkeit wäre. Dieser Gesichtspunkt gebe für die Alliierten, namentlich für England den Ausschlag: „Es wäre daher sehr wichtig, wenn unsere auswärtige Politik hier nicht die Absichten der Entente gerade in dem Augenblicke durchkreuzen würde, in dem wir vor einer Hungersnot stehen und ganz vom guten Willen unserer Feinde abhängig sind".

m Gegensatz r öffentlichen Meinung.

Man sieht, der Gesandte zog alle Register, um der bayerischen Staatsleitung seine Vorschläge einleuchtend und annehmbar zu machen. Er überging dabei, daß der Krieg für das von der Entente verkündete Recht der nationalen Selbstbestimmung entschieden hat, und daß dieses doch auch für die Deutschen Österreichs gelten müßte. Seiner Lehre von der „deutsch-slawischen Symbiose" zuliebe beschneidet er dem eigenen Volke dieses Grundrecht und verschmäht auch nicht, die Wünsche und Absichten der Entente als Richtpunkte zu nehmen. Er leistet Vorarbeit für jene, die das Heil Mitteleuropas mit der Zersplitterung und der völligen staatlichen Ohnmacht des deutschen Volkes heraufführen möchten.

Oder wäre es etwas anderes, wenn die alten Grenzmarken Deutschlands in Ost und West, wie Foerster es mit ihnen vorhätte, zu sogenannten übernationalen Gebilden würden? Wer wollte nach solcher deutscher Selbstaufgabe die Franzosen dann noch hindern, aus dem ganzen Linksrhein den von ihnen beabsichtigten neutralen, kulturell gemischten Zwischenstaat zu gestalten? Wohin käme es, wollte das deutsche Volk selbst sein auch ihm verbürgtes Grundrecht aufgeben, eine große nationale Volksgemeinschaft zu bilden, über die heutigen Grenzen des Reiches hinaus?

Solche zwingende Erwägungen, die ja allenthalben auftraten, konnte auch der bayerische Ministerpräsident nicht von der Hand weisen. Mochten seine persönlichen Überzeugungen ihn vielleicht in manchem in die Foerstersche Gedankenrichtung weisen, er widerstand und trug in diesem Falle den Anforderungen der politischen Wirklichkeit Rechnung. Er verfiel nicht in den ihm zugedachten Fehler, einer Doktrin zuliebe ein bedenkliches politisches Experiment zu befürworten, das nur auf Kosten des deutschen Volkes zu machen wäre.

Der internationale Sozialist tat dem pazifistischen Gesandten, der auch einem Vertreter der Ententepresse seine Pläne entwickelte, Einhalt: „Ich bitte Sie, gelegentlich in der Öffentlichkeit festzustellen, daß Ihre Anschauungen über den Anschluß Österreichs Ihre Privatansichten sind und sich nicht decken mit meinen Anschauungen oder denen der bayerischen Regierung".

Für diese Haltung wird auch mitbestimmend gewesen sein, daß die sozialistischen Leiter der deutsch-österreichischen Republik, obwohl gerade sie in der alten Doppelmonarchie Vorkämpfer der nationalen Autonomie gewesen waren, entschlossen für den Anschluß an Deutsch-

Digitized by Google

land auftraten. Auch war zu beachten, daß so einflußreiche Politiker wie Dr. Heim sich für einen engeren Zusammenschluß der österreichischen Alpenländer mit Bayern einsetzten. Davon erhoffte er allenfalls die Möglichkeit eines zeitweise selbständigen lebensfähigen südöstlichen deutschen Staates im Falle einer Überflutung des deutschen Nordens durch den Bolschewismus. Diese für manchen verführerische großbayerische Idee trieb naturgemäß diejenigen, die eine Angliederung nicht an Bayern, sondern an das Deutsche Reich als solches für das Richtige erachteten, zu stärkerer Kraftentfaltung an.

Tschecho-Slowakei.

Mit einem anderen unmittelbaren östlichen Nachbarn, der Tschecho-Slowakei, der Freundin der Franzosen, suchte die Münchener Revolutionsregierung alsbald in engere Fühlung zu kommen. Ein eigener diplomatischer Vertreter wurde nach Prag gesandt, der vor allem den wirtschaftlichen Warenaustausch wieder in Gang bringen sollte, auf den beide Länder von jeher angewiesen waren. Aber die Bemühungen, böhmische Kohlen zu bekommen, um der Kohlennot in Bayern abzuhelfen, blieben ohne nennenswertes Ergebnis. Aus dem erstrebten Handelsabkommen ist nichts geworden. Dazu liefen beunruhigende Gerüchte um, die sicherlich nicht ganz unbegründet waren, daß die Tschechen ihren französischen Freunden mit einem Vormarsch auf der Mainlinie entgegenkommen würden, wenn sich die Friedensverhandlungen zerschlagen sollten und daß sie an der bayerischen Grenze militärische Vorkehrungen träfen.

Schließlich blieb von allem nur ein weitschweifiger, für die Veröffentlichung in den Zeitungen bestimmter Erguß des außerordentlichen Gesandten in Prag übrig (1. Dezember), der den Stand der Verhandlungen im rosigsten Lichte erscheinen ließ und es lediglich dem Einspruch Berlins zuschrieb, wenn das Handelsabkommen noch nicht fertig sei. Sonst begnügte er sich, mit allgemeinen und vielverheißenden Wendungen die erfreulichen Aussichten und Wirkungen einer Anlehnung Bayerns an Frankreich im Westen und an die Tschecho-Slowakei im Osten darzutun.

Man kann verstehen, daß gegen eine von solchen Gesichtspunkten geleitete Tätigkeit von Berlin aus Einspruch erhoben wurde. München hat denn auch seinen Bevollmächtigten unverrichteter Dinge wieder heimgerufen.

Vorgängige Bemühungen während des Krieges.

Die Vorschläge Försters zur Behandlung der deutsch-österreichischen Frage erscheinen als Versuche, die Bemühungen, die er schon während des Krieges in dieser Sache in Wien selbst aufgewendet hatte, fortzusetzen.

Damals, Anfang Juli 1917, hatte der Münchner Professor die Möglichkeit bekommen, seine Ansichten über eine „zeitgemäße Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems" vor Kaiser Karl zu entwickeln. Dieser zeigte sich „hellsichtig für die Forderung der Stunde" und war zur Bewilligung weitgehender Autonomie für die österreichischen Völker bereit.

Ein Kabinett aus allen Nationen der Monarchie war bereits in Aussicht genommen, „das der Aufgabe gewachsen gewesen wäre". Da verhinderte deutsch-österreichischer Widerstand die Ausführung des Planes.

Foerster glaubte, daß eine solche Neuordnung auf die Ententevölker einen tiefen Eindruck gemacht hätte. Ja, ihm schwebte die Möglichkeit vor, dadurch den Frieden herbeizuführen und ihn durch eine „Friedensföderation der europäischen Südostvölker" für die Zukunft zu festigen.

Diese Angaben macht Foerster selbst in seinem Nachkriegsbuche „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland" (1920). Sie werden, wenn auch in anderer Auffassung, bestätigt durch Geheimberichte, die der Reichskanzler und in Abschrift die bayerische Regierung von der deutschen Botschaft in Wien 1917 über die damalige Wirksamkeit Professor Foersters in Wien erhielten. Man hatte auf deutscher Seite den Eindruck, daß Foerster und sein Freund Lammasch vor allem auf eine Sonderfriedensaktion Österreichs abzielten. Sie sprachen sich dahin aus, daß Österreich im Auslande beliebt sei und auch in Frankreich und England Sympathien genieße. Die Entente dächte nicht daran, Österreich zu schwächen. Ihr Haß richte sich lediglich gegen Deutschland.

Ein Bericht der deutschen Botschaft vom 20. Juli 1917 meldet, Kaiser Karl nehme seit ungefähr vier Wochen dem Grafen Czernin immer mehr die Zügel der Regierung aus der Hand, ganz durchdrungen von dem Gedanken, „daß es ihm gelingen müsse und werde, den allgemeinen Frieden zu machen . . .".

Digitized by Google

„Zu diesem Zwecke beruft der Monarch fast täglich Pazifisten zum Meinungsaustausch auch nach seinem Sommersitz in Reichenau, wo er sonst nicht gerne gestört wird. Seine Hauptratgeber sind drei Professoren, Professor Lammasch (Herrenhaus), Professor Redlich (Abgeordnetenhaus) und der Münchener Professor Foerster. Diese drei halten fest zusammen. Sie vertreten den Standpunkt, daß Deutschland an der Verlängerung des Krieges die Schuld trägt, und daß Österreich, überall beliebt, zur Vermittlung berufen sei. Sie machen dafür Propaganda. Professor Lammasch hat neulich dem Grafen Czernin vorgeschlagen, uns ein Ultimatum zu stellen, binnen 48 Stunden in die Abtretung Elsaß-Lothringens einzuwilligen, andernfalls werde Österreich einen Sonderfrieden schließen. Graf Czernin hat ihn mit den Worten abgewiesen, er mache keine ‚Schweinereien'. Die beiden anderen Professoren dürften der Ansicht ihres Freundes nicht fernstehen. Dem Grafen Czernin sind die Professorenberufungen sichtlich unangenehm. Er kann sie aber anscheinend nicht verhindern. Er ist überzeugt, daß Kaiser Karl viel zu vornehm denkt, um einer direkt illoyalen Handlung fähig zu sein, daß er aber von diesem Friedensstifterspiel nicht abzubringen ist. Das Spiel ist gefährlich, unsere hiesigen Freunde sind sehr beunruhigt, die Gegner ermutigt ..."

Die Enthüllung und ihre urkundlichen Unterlagen.

Urkundliche Unterlagen.

Der Enthüllung Eisners lagen folgende Aktenstücke zugrunde:

1. Ein Bericht des bayerischen Geschäftsträgers in Berlin, des Legationsrats Hans von Schoen, vom 18. Juli 1914 an den Vorsitzenden im bayerischen Ministerrat Grafen von Hertling. Schoen vertrat den damals beurlaubten Gesandten Grafen von Lerchenfeld. Urschrift des Berichts in den Berliner Gesandtschaftsakten. Aus diesem Dokument wurden Teile veröffentlicht.

2. Eine Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914, in München aufgenommen um 7 Uhr 45 Minuten früh. Niederschrift bei den Akten des Münchener Ministeriums des Äußern. Hieraus wurde ein Satz entnommen.

Eine weitere Fernsprechmeldung vom gleichen Tage, abends 8 Uhr in München aufgenommen. Niederschrift ebenfalls in den Akten des Münchner Ministeriums des Äußern. In der Veröffentlichung wörtlich abgedruckt.

3. Ein Bericht des Gesandten Grafen Lerchenfeld aus Berlin vom 4. August 1914. Daraus wurde eine Bemerkung über Belgien wiedergegeben.

Der sachliche Zusammenhang und der geschichtliche Ablauf der in den Berichten und Meldungen behandelten Vorgänge und Ereignisse ist in der Veröffentlichung nicht ersichtlich gemacht. Vielmehr handelt es sich um eine lose und äußerliche Aneinanderreihung. Nur soweit läßt sich ein verbindender Gedanke erkennen, als gewisse Höhepunkte der Entwicklung unmittelbar vor dem Kriege beleuchtet werden sollten:

1. Die Haltung der Reichsregierung zum austro-serbischen Konflikt *vor* dem Ultimatum vom 23. Juli 1914. Die Entente beschuldigte bekanntlich schon während des Krieges Deutschland, daß es seinen österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zur kriegerischen Auseinandersetzung mit seinem serbischen Gegner angetrieben und auf diese Weise planmäßig und vorsätzlich den Weltbrand entfacht habe. Diese Auffassung teilten Eisner und seine Gleichgesinnten. Der Bericht des Herrn von Schoen schien ihnen den Beweis hierfür zu bringen.

2. Der kritische Zeitpunkt der englischen Vermittlung nach der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Serbien. Deutschland wurde und wird bekanntlich beschuldigt, dem nochmaligen am 29. Juli 1914 von England ausgegangenen Versuch, eine Vermittlung der Mächte herbeizuführen, seine Unterstützung versagt, ja sie hintertrieben zu haben. Die beiden erwähnten Fernsprechmeldungen galten dem Urheber der Veröffentlichung anscheinend als Belege, daß der gute Wille zur Beihilfe in Berlin in der Tat nicht vorhanden war.

3. Der deutsche Kriegsplan, durch Belgien vorzubrechen.

Wir werden uns in möglichster Kürze klar zu machen haben, ob die Dokumente wirklich die ihnen zugeschriebene Beweiskraft besaßen und wie sie in der Form wirkten, in der sie publiziert wurden [1]).

[1]) Der vollständige Wortlaut der amtlichen Veröffentlichung Eisners vom 24. November 1918, ebenso der ihr zugrunde liegenden diplomatischen Schriftstücke findet sich in vergleichender Gegenüberstellung in der von mir bearbeiteten, dem Landtag im Drucke vorgelegten Aktensammlung: „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und Versailler Vertrag". Sie enthält auch die bayerischen Gesandtenberichte aus Berlin, Wien, Paris, Petersburg und Rom aus der Zeit vom Mord von Serajewo bis zum Kriegsbeginn. Diese bilden eine Ergänzung

In der Veröffentlichung vom 24. November 1918 war bekanntlich als Verfasser statt des Legationsrats von Schoen der Gesandte Graf Lerchenfeld angegeben. Schon am nächsten Tage erfolgte eine amtliche Richtigstellung durch den Bevollmächtigten Dr. Muckle. Gleichwohl wurde auch in der Folgezeit, namentlich im Auslande, fast stets wieder Graf Lerchenfeld als Verfasser angeführt. Selbst in der welthistorischen Denkschrift der Ententekommission vom 29. März 1919, die in Versailles die Schuldanklage gegen Deutschland zu begründen hatte, wird auf den Bericht als Beweisdokument unter diesem falschen Namen Bezug genommen. Auch ein Zeichen dafür, mit welcher Gewissenhaftigkeit man in Versailles gearbeitet hat!

Bericht von Schoen vom 18. Juli 1914.

Gesandtschaftsberichte bedürfen, bevor sie als geschichtliche Zeugnisse verwendet werden wollen, einer kritischen Untersuchung ihres Inhalts. Das bedeutet keinen Vorwurf für die Berichterstatter. Diese müssen möglichst rasch ihre Regierungen unterrichten und können unmöglich immer und in allem die Tatsachen und Zusammenhänge sofort richtig sehen und wiedergeben. Sie werden zuweilen auch über Stimmungen, Meinungen, einzelne Äußerungen usw. schreiben, die an sich wissenswert und bezeichnend sein mögen, aber in der Entwicklung der Geschehnisse keine wesentliche und bestimmende Rolle spielten.

Auch der Bericht des Herrn von Schoen befaßt sich nicht etwa ausschließlich mit den tatsächlichen Vorgängen. Er bezieht sich, wie das Auswärtige Amt in seiner Erklärung am 26. November 1918 betonte, auch auf „Meinungen und Spekulationen", von denen einzelne amtliche Berliner Persönlichkeiten in bezug auf den Verlauf der Krise und die vermutliche Haltung der Entente beherrscht wurden. Er bietet auch keine unmittelbaren Nachrichten aus allererster Hand. Der Verfasser selbst nennt einleitend seine Informationsquellen: den Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann und den Sachreferenten für Balkan- und Dreibundangelegenheiten im Auswärtigen Amte, ferner den österreichisch-ungarischen Botschaftsrat in Berlin. Gewiß Persönlichkeiten, die im allgemeinen als gut unterrichtet gelten konnten, die aber doch nicht zu den unmittelbaren und verantwortlichen Trägern der Handlung gehörten, wie etwa der Reichskanzler[1]).

Schon aus diesen Gründen war es geboten, den Bericht des Herrn von Schoen nicht aus dem Gesamtbestande der Akten herauszugreifen und für sich zu veröffentlichen. Er mußte zum wenigsten mit anderen, mehr unmittelbaren Zeugnissen verglichen und in sachlichen Zusammenhang gebracht werden. Da dies unterblieb, konnten die veröffentlichten Auszüge keine unbestreitbare Beweiskraft beanspruchen. Sie wirkten aber auch einseitig, weil andere wichtige Stellen des Berichtes weggelassen wurden.

Die abgedruckten Bruchstücke heben mit starker Betonung und entschiedenen Wendungen die unbedingte Bereitwilligkeit Deutschlands heraus, dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen in seinem Streit mit Serbien zur Seite zu stehen, ihm auch freie Hand zu lassen für eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Serbien, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen und eines Krieges mit Rußland hin. Herr von Schoen urteilte, die deutsche Reichsregierung habe dem Bundesgenossen Blankovollmacht erteilt zu jedem Vorgehen, das er für nötig befinde.

Er machte über den Inhalt des in Wien geplanten Ultimatums allgemeine Angaben und meinte, es liege auf der Hand, daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht werde annehmen können. „Die Folge wäre also der Krieg."

Aus dem Zusammenhang des Berichtes ergibt sich, daß der bayerische Geschäftsträger mit dieser Bemerkung nicht einen allgemeinen Weltkrieg, sondern lediglich den Krieg zwischen der Donaumonarchie und Serbien im Auge hatte. Das geht insbesondere auch hervor aus den Stellen, die bei der Veröffentlichung weggefallen sind.

Nur kurz ist in dem Gesandtschaftsbericht auf die Beweggründe der deutschen Haltung verwiesen. Es handelte sich nach der Ansicht Zimmermanns für Österreich-Ungarn um eine Schicksalsstunde. Der Donaustaat sei jetzt, wie früher die Türkei, der kranke Mann in

---

zu der deutschen Aktenpublikation: „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch". In dieser Zeitschrift wurde der unverkürzte Wortlaut des sog. „Lerchenfeldschen Berichtes" veröffentlicht durch Georg Karo im Heft „Ende des Reichs" (Sept. 1919), mit den wirklichen Lerchenfeldschen Berichten verglichen durch Karl Alexander von Müller im Heft „Der große Betrug" (3. Auflage im Druck).

[1]) Zimmermann spricht denn auch in einer Erklärung (siehe Seite 266) von einem „Stimmungsbericht" mit „subjektiv gefärbten Stellen, dessen Verfasser doch nicht in die Vorgänge intim genug eingeweiht war, um ein objektiv zuverlässiges Bild der Dinge zu geben."

Europa. Um seinen staatlichen Bestand als Großmacht zu retten, so ist der Sinn des Berichtes, müßte Österreich-Ungarn die serbischen Umtriebe endgültig mit aller Macht niederzwingen. Zimmermann besorgte, daß der „kranke Mann" die Entschlußkraft dazu nicht aufbringen und so lange mit der Aktion gegen Serbien zögern könnte, daß dieses Zeit bekäme, von sich aus eine Genugtuung für die Bluttat von Sarajewo anzubieten. So würde, das ist der unausgesprochene Gedanke, es der verdienten Züchtigung entgehen.

Man gab sich in Berlin, das ist aus dem Berichte deutlich zu erkennen, von Anfang an der verhängnisvollen Hoffnung hin, daß eine rasche bewaffnete Auseinandersetzung mit Serbien beendigt sein würde, bevor das hinter Serbien und der großserbischen Bewegung stehende Rußland eingreifen würde. Herr Zimmermann rechnete auch damit, daß England und Frankreich im friedlichen Sinne auf Petersburg einwirken würden.

Das waren Erwägungen, die man anstellen konnte, wenn man glaubte, den Krieg auf seinen Herd beschränken, ihn also „lokalisieren" zu können, nicht aber, wenn man den österreichisch-serbischen Konflikt dazu benützen wollte, um daraus einen allgemeinen europäischen Krieg entstehen zu lassen.

Allein an solche Tatsachen kehrten sich weder die Ausleger des Gesandtenberichtes im feindlichen Auslande, noch auch diejenigen im Lande, die von vornherein von der Schuld der früheren deutschen Machthaber überzeugt waren. Sie erblickten in der Schilderung des Gesandtenberichtes einen vollen und endgültigen Beweis dafür, daß die Reichsregierung den Waffengang Österreichs mit Serbien zielbewußt vorbereiten half, um so die Welt in Brand zu setzen. Diese Auslegung wurde ermöglicht dadurch, daß in der Veröffentlichung die Stellen des Berichtes fehlten, die von der Lokalisierung des Streitfalles sprachen.

Entgegnungen Bethmann-Hollwegs und Zimmermanns.

Die öffentliche Meinung in Deutschland begriff zwar nach dem Vorgange der Reichsregierung mit richtigem Verständnis, daß einzelne, aus dem Ganzen der Aktenlage gerissene und noch dazu fragmentarisch wiedergegebene Dokumente von vornherein keine ausreichende Beweiskraft besäßen, daß ein solches Verfahren eher *gegen* den Geist der Wahrheit verstoße. Allein sie stand dem sachlichen Inhalt der Enthüllung zunächst hilflos gegenüber. Überrascht und betroffen beachtete sie viel zu wenig die gewichtigen Einwendungen, welche beteiligte ehemalige deutsche Staatsmänner, Bethmann Hollweg und Zimmermann, gegen die Enthüllungen erhoben (Deutsche Allgemeine Zeitung, 26. und 28. November 1918).

Beide sagten mit Recht, man könne die Darlegungen des bayerischen Gesandtenberichtes nur dann zutreffend beurteilen, wenn man sie richtig in den Zusammenhang des geschichtlichen Verlaufes einstelle, also mit in Betracht ziehe, wie die Weltlage im Juli 1914 war, was sich *vor* der Abfassung des Berichts, *vor* dem 18. Juli 1914 und dann *hernach*, in den Wochen bis zum Ausbruche des Weltkrieges, begeben hat.

Sie schilderten in ihren bemerkenswerten Erklärungen, ähnlich wie Bethmann im Reichstag des öfteren getan, die ungeheuer bedrohte, ja lebensgefährliche Lage, in die Österreich-Ungarn und damit Deutschland im Jahre 1914 geraten sei. Wodurch? Durch die Zusammenballung feindlicher Mächte: Das revanchelustige Frankreich im Bunde mit dem nach dem Besitze der türkischen Meerengen lüsternen Rußland, beide mit politischen Zielen, die schließlich nur durch einen Krieg zu verwirklichen waren, beide ermutigt und vorangetrieben durch die Unterstützung, die Großbritannien ihrer Gesamtpolitik seit langem zuteil werden ließ. Damit im Verein die aggressive russisch-serbische Balkanpolitik und die von Petersburg und Paris gestützte großserbische Bewegung, die auf die Unterwühlung und Auflösung der Donaumonarchie abzielte. Wenn Österreich-Ungarn den Anlaß der Bluttat von Sarajewo nicht benützte, um sich aus einer unerträglichen Anhäufung von Gefahren mit einem entscheidenden Schlag von seinem serbischen Bedränger zu befreien, verlor es seine Großmachtstellung und ging dem Verfall entgegen.

„Daß diese Situation für Deutschland immer lebensgefährlicher wurde, je mehr die Stellung seines österreichischen Bundesgenossen durch die mit russischer Beihilfe erfolgenden Umtriebe geschwächt wurde, liegt auf der Hand. Man muß sich dabei daran erinnern, daß das große Programm des Präsidenten Wilson über den versöhnenden Völkerbund, das ja auch heute noch auf seine Verwirklichung wartet, jedenfalls damals noch keinerlei Geltung hatte, daß nationale Selbstbeschränkung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens durchaus noch nicht als allgemeines Gebot internationaler Moral angesehen wurde, daß

Digitized by Google

vielmehr vielen ungehemmter Machtwille als nationale Tugend und der Krieg als loyales Mittel zu seiner Betätigung galt. Ich meine, der russisch-japanische Krieg, der Burenkrieg, der italienisch-tripolitanische Krieg sind dafür klassische Beweise. Mit diesem Zustand mußte Deutschland rechnen, wenn es die Bedeutung der serbischen Machenschaften gegen Österreich-Ungarn richtig einschätzen wollte und das war der Grund, der einzige Grund, weshalb Deutschland dem Vorgehen gegen Serbien zustimmte. Duldete Österreich-Ungarn tatenlos seine weitere Unterminierung, so mußte Deutschland einem Zustand entgegensehen, wo es, sozusagen bündnislos, der auf die russische Allianz und die englische Freundschaft gestützten Revanchepolitik Frankreichs allein gegenüberstand" (Bethmann Hollweg, Deutsche Allgemeine Zeitung 27. November 1918).

Diese Kommentare zu dem bayerischen Gesandtschaftsberichte konnten berechtigterweise nicht beiseite geschoben werden. Sie berichtigten übrigens auch wichtige Einzelheiten. In den Angaben des Gesandtschaftsberichtes über das in Wien in Aussicht genommene Ultimatum, das am 23. Juli in Belgrad überreicht werden sollte, erblickte man besonders im Auslande den Beweis, daß die Berliner Regierungskreise das Ultimatum schon lange vorher genau kannten, daß sie selbst an der Vorbereitung desselben sich beteiligt hätten und für seine Schärfe mitverantwortlich seien. Man übersah oder wollte übersehen, daß das bayerische Aktenstück über den Inhalt des künftigen Ultimatums nur drei allgemein gehaltene Angaben zu machen wußte. Die Note selbst enthielt aber 10 Punkte, die weit über das hinausgingen, was Schoen als Inhalt des Ultimatums gemeldet hatte. Ähnliches wie er haben Vertreter der Verbandsmächte in Wien ihren Regierungen ungefähr zu gleicher Zeit auch schon berichtet.

Der britische Botschafter drahtete, wie das englische Blaubuch erkennen läßt, schon am 16. Juli eine Voraussage dessen, was bevorstand, nach London. Ein französischer Konsularbericht vom 20. Juli unterrichtete Paris nicht nur über eine ganze Anzahl von Punkten, die für die österreichische Note vorgesehen waren, sondern auch darüber, daß man in Wien vorhatte, militärisch gegen Serbien einzuschreiten.

Schwerlich wird man bezweifeln können, daß auch Petersburg von seinem französischen Bundesgenossen unterrichtet wurde. Die Verbandsmächte konnten also rechtzeitig handeln, wenn sie es für nötig hielten. Entweder haben sie die österreichische Aktion zunächst nicht für so ernst genommen, wie sie es später glauben machen wollten, oder sie unterließen es, rechtzeitig wirklich entscheidend im Sinne der Friedenserhaltung einzugreifen. Sie haben also keinen Anlaß, sich in dieser Hinsicht gegenüber Deutschland überheblich zu gebärden.

Nun stellten Bethmann und Zimmermann nochmals ausdrücklich fest, daß die Berliner Regierung von dem Wortlaut des Ultimatums erst mit der Übergabe Kenntnis erhielt, ohne noch etwas daran ändern zu können, und daß sie über die Schärfe der Note erstaunt und unwillig war. Die Darstellung, als ob die Nordlandsreise des Kaisers und die Beurlaubung des deutschen Generalstabschefs gleichsam Manöver gewesen seien, um eine Unschuldsmiene aufsetzen und über das Ultimatum überrascht tun zu können, wies Bethmann als unzutreffend zurück. Zimmermann widersprach, daß Wien zu seinem Vorgehen von Berlin förmlich angestachelt worden sei. Man ließ Österreich gewähren, aus Bündnisrücksichten, um eine Besserung der für den Dreibund gefährlichen Balkanlage zu erzielen.

Das hinderte die Entente nicht, gerade diese Dinge in ihrer Versailler Anklagebegründung vom 29. März 1919 in tendenziöser Aufmachung zu verwerten und daraus einen Beleg für die heimtückische Bosheit zu machen, mit der Berlin das Attentat auf den Weltfrieden vorbereitet habe.

Eisners Kürzungen.

Auch aus dem bayerischen Gesandtschaftsbericht ließ sich erkennen, daß in Berlin keineswegs der Wille herrschte, den allgemeinen Weltkrieg zu entfesseln. Niemand dachte daran, die Gefahr absichtlich heraufzubeschwören. Man glaubte sie im Gegenteil zu bannen, wenn Österreich-Ungarn einen schnellen und entscheidenden Schlag gegen Serbien führte.

„Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren", sagte Bethmann Hollweg in seiner Erklärung vom 27. November 1918, „war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Gescheitert ist unsere Absicht lediglich an Rußland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen."

Digitized by Google

Es mag trotzdem zweifelhaft sein, ob eine solche Politik Aussicht hatte, ihren Zweck zu erreichen. Man mag sie vielleicht für töricht, verfehlt und gefährlich halten. Auch mögen bei ihrer Durchführung schwere Mißgriffe vorgekommen sein, die Kopflosigkeit verrieten! Allein von einem vorsätzlichen Kriegswillen, der ein Attentat auf den Weltfrieden vorhatte, war sie ganz gewiß nicht getragen. Das ist durch die seitdem bekannt gewordenen deutschen, österreichischen und sonstigen Zeugnisse unwiderleglich erwiesen.

Viel zu wenig trat dieser Grundzug in der gekürzten Wiedergabe des bayerischen Gesandtschaftsberichtes hervor. In ihr fehlten, wie bekannt, diejenigen Stellen, die zum Teil ausführlich die Frage der Lokalisierung behandeln und darlegen, was die Reichsregierung zu unternehmen gedachte, um die Beschränkung eines etwaigen austro-serbischen Krieges sicherzustellen und den Weltbrand zu verhindern.

Nicht als ob Kürzungen bei solchen Veröffentlichungen von Urkunden an sich unstatthaft wären. Nein! Allein sie müssen so beschaffen sein, daß der Sinn und Zusammenhang des Ganzen nicht entstellt wird. Der übrigbleibende Auszug muß den wesentlichen Inhalt immer noch hervortreten lassen. Hier aber sind ganze Absätze ausgefallen, die geradezu das Leitthema des Berichtes darstellen. Wenn man schon von der in diesem Falle gebotenen wörtlichen Wiedergabe absah, so mußte ein Hinweis gebracht werden, der den wesentlichen Inhalt dieser ausgefallenen Stellen kenntlich machte. Wäre das geschehen, so wäre sicherlich alsbald die Forderung nach Bekanntgabe des Wortlautes aufgetaucht.

Ein Vergleich mit anderen bei den Akten befindlichen bayerischen Gesandtschaftsberichten aus Berlin und Wien hätte die Bestätigung für die schon im Berichte vom 18. Juli geschilderten Bestrebungen auf lokale Begrenzung des Streitfalles ergeben. Herr von Schoen selbst griff acht Tage später auf sein Schreiben zurück in seinem Bericht vom 26. Juli:

„Die Meldung einiger Pariser Blätter, daß Deutschland bei der französischen Regierung eine Demarche unternommen habe, der der Charakter einer Drohung zukomme, ist durchaus unzutreffend. Die Reichsleitung hat vielmehr, wie ich es Euer Exzellenz schon vor acht Tagen als ihre Absicht anzukündigen die Ehre hatte[1]), in Paris, Petersburg und London gleichmäßig dahin zielende Schritte unternommen, daß die Mächte den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien als eine Angelegenheit betrachten, die diese beiden Staaten allein angehe und deshalb lokalisiert bleiben müsse."

In einem Berichte an Hertling vom 29. Juli 1914 kennzeichnet Graf Lerchenfeld die Haltung Deutschlands mit folgendem treffenden Satz:

„Die Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, daß der Alliierte mit einem Gewinn an Prestige aus der Sache hervorgeht, aber der Weltfriede erhalten bleibt."

Bethmann Hollweg befand sich auf der rechten Spur, als er in seiner Erklärung darauf hinwies, der bayerische Gesandtschaftsbericht vom 18. Juli beziehe sich ausschließlich auf den österreichisch-serbischen Konflikt, zeige vor allem nicht, was nach dem 18. Juli folgte. Er erinnerte an die späteren deutschen Vermittlungsversuche, die in Gang kamen, nachdem die von London aus zunächst vorgeschlagene europäische Konferenz von Deutschland und Österreich aus gewichtigen Gründen abgelehnt worden war: Deutschland war bereit, seine Bundespflichten zu erfüllen, hat es aber „in schärfster Form" abgelehnt, sich von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung seiner Ratschläge in einen Weltkrieg hineinziehen zu lassen. Man führt, so sagte der einstige Kanzler, zu einem Bundesgenossen, zu seinem einzigen Bundesgenossen, nicht eine solche Sprache, wenn man gleichzeitig den Krieg will, den man ohne diesen Bundesgenossen gar nicht ausfechten kann. Die russische Generalmobilmachung brachte den Krieg, was nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow kein Mensch mehr bezweifeln könne.

Versäumnisse.

Ueber dem Aktenstücke vom 18. Juli 1914 waltete auch später noch ein Unstern. Es ist nicht zweifelhaft, daß durch eine sofortige Bekanntgabe des Wortlautes die schädliche Wirkung der Veröffentlichung abgeschwächt worden wäre. Sie blieb aber aus. Das mag sich erklären aus den Wirren der Revolutionszeit, in denen alle Gemüter mit näher liegenden Dingen voll beschäftigt waren, sowie aus der ersten Verblüffung über die Enthüllung.

[1]) Im Original nicht gesperrt!

Digitized by Google

Allein, daß es Monate und Monate dauerte, bis der Wortlaut endlich ans Tageslicht kam, muß doch wundernehmen. Erst am 2. August 1919 tat Herr von Schoen selbst in der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu wissen, sein Bericht sei durch Kürzungen verstümmelt, und der Inhalt und Zweck dadurch entstellt worden. Bald darnach brachte die Deutsche Allgemeine Zeitung den Wortlaut.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, warum diese Enthüllung so verspätet kam. Warum haben die verantwortlichen Stellen im Reiche nicht schon früher für die Bekanntgabe des Wortlauts gesorgt? Als Grund wurde angegeben, daß die Urschrift nicht früher zur Hand gewesen sei. Sie sei erst lang nach dem Tode Eisners in seiner Wohnung wieder vorgefunden worden.

Die Tatsache an sich ist richtig. Allein das Schriftstück ist trotzdem schon lange vor dem August 1919 wieder in amtlichen Verwahr gekommen. Die Sache verhält sich nämlich, wie die Akten im bayerischen Ministerium des Äußern ausweisen, folgendermaßen: Am 7. Mai, also bald nachdem München von der kommunistischen Räteherrschaft befreit war, ersuchte das Auswärtige Amt namens der Friedensdelegation in Versailles das Ministerium des Äußern in München um „abschriftliche Mitteilung der sämtlichen politischen Briefe der bayerischen Gesandtschaft in Berlin um die Zeit vom 18. Juli 1914 bis zum Kriegsausbruch". Es stellte sich heraus, daß die Konzepte der Berliner Gesandtschaft in der Zeit Eisners zu seinem Gebrauch in das Ministerium des Äußern in München übersandt worden waren. Doch fanden sie sich auch hier nicht mehr vor. Man entdeckte sie unversehrt am 10. Mai in der ehemaligen Wohnung Eisners in Großhadern. Die Abschriften wurden gefertigt, darunter auch eine solche des Berichts von Schoens, und dem Auswärtigen Amte übersandt. Es hat der bayerischen Gesandtschaft in Berlin unterm 22. Mai den Empfang bestätigt.

Die Abschriften sind aber nicht mehr rechtzeitig zur Kenntnis der deutschen Friedensdelegation in Versailles gekommen. Die deutsche Viererkommission, welche die Gegendenkschrift gegen das Schuldgutachten der Alliierten abfaßte, kannte den Wortlaut des Schoenschen Berichtes nicht, konnte ihn also auch nicht gegen die Entente geltend machen.

Gewiß, man hätte auch damit an dem Friedensvertrag nichts geändert. Aber dieser wichtige Akt deutscher Verteidigung durfte schon wegen der Wirkung auf die öffentliche Meinung der Welt doch nicht unterbleiben. Und wenn die Feststellung in der Denkschrift der deutschen Viererkommission nicht mehr möglich war, warum hat man nicht für einen Nachtrag gesorgt? Warum ist der Viererkommission der Wortlaut überhaupt erst durch den Abdruck in der Deutschen Allgemeinen Zeitung bekannt geworden?

Warum ist er nicht noch in den Wochen, bevor das Friedens-Ultimatum der Alliierten an Deutschland erging, bekanntgemacht worden. Dieses trägt das Datum des 16. Juni 1919. Die Mantelnote enthält bekanntlich die Anklage, daß Deutschland den Krieg planmäßig vorbereitet und vorsätzlich entfesselt habe. Sie beruhte auf der Denkschrift der Ententekommission vom 29. März, in welcher die Eisner'sche Enthüllung als Beweismittel verwendet war.

Eine nachträgliche Erwiderung unserer Friedensdelegation oder der Viererkommission in diesem Punkte, auf Grund des Wortlautes des Berichtes, hätte also noch rechtzeitig kommen können, bevor die Alliierten ihre Mantelnote hinausgegeben hatten. Die Viererkommission hätte sicherlich nicht mit einer solchen Erwiderung gezögert, wenn man ihr den Bericht im Wortlaut zugeleitet hätte. Warum ist das unterblieben? Warum trug die Reichsregierung nicht selbst Sorge für eine rechtzeitige Bekanntgabe des Textes?

Das Telephonat vom 31. Juli 1914.

Nachfolgende Gegenüberstellung zeigt die Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli früh 7^{45}, im Wortlaut [1]), daneben den veröffentlichten Auszug.

Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914. Aufgenommen in München 7^{45} vorm.

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen.

Veröffentlichung Eisners.

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Überzeugung ausgesprochen,

[1]) Der weitere kurze Inhalt des Telephonats betrifft einige Gegenstände, die zu dem hier behandelten Punkt in keiner sachlichen Beziehung stehen.

Digitized by Google

Man erwartet sich in den Berliner maßgebenden Kreisen nicht, daß die Demarche Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

„daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden".

Die Fernsprechmitteilung der Berliner Gesandtschaft bezieht sich auf die letzte von London aus eingeleitete Vermittlung. Diese beabsichtigte, den zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nach erfolgter Kriegserklärung bereits eröffneten Waffengang zu begrenzen. Die Donaumonarchie sollte einstweilen Belgrad und serbisches Gebiet besetzen und als Pfand dafür behalten, daß sie von den Serben Genugtuung erlangen würde. Eine Ausgleichsaktion der europäischen Großmächte sollte gleichzeitig eingreifen. Auf ähnlicher Grundlage hatte die Reichsregierung schon vorher von sich aus zu vermitteln versucht. Sie kam dem englischen Wunsch, die Londoner Vorschläge nach Wien weiterzugeben, sofort nach und empfahl sie dort in wiederholten sehr eindringlichen Vorstellungen am 29. und 30. Juli zur Annahme. Bethmann Hollweg führte dabei eine nicht mißzuverstehende Sprache. Er ging soweit, vor einem Mißbrauch der deutschen Bundestreue ernstlich zu warnen. „Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen."

In dem Fernspruch der bayerischen Gesandtschaft war also richtig von einer gemeinsamen Demarche Englands und Deutschlands die Rede, auf die eine Antwort noch nicht eingetroffen sei. In diesem Hinweis lag geradezu ein Kernpunkt der Meldung. In der Veröffentlichung aber ist dieser völlig unter den Tisch gefallen. Mit dem aus dem Zusammenhang genommenen einzelnen nackten Satz, den sie brachte, mußte der Anschein erweckt werden, als ob es sich damals um einseitige Bemühungen Sir Eduard Greys gehandelt hätte. Beim Leser konnte wohl auch der Eindruck entstehen, als ob Berlin den Vermittlungsschritt des englischen Staatsmannes geringschätzig behandelt oder unlieb empfunden hätte.

In der Tat wurde der veröffentlichte Satz später von der Versailler alliierten Kommission zur Feststellung der Verantwortlichkeit in dem Gutachten vom 29. März 1919 in diesem Sinne ausgebeutet.

Jedenfalls bestand die Möglichkeit, daß böswillige Ausleger diesen Sinn zum Schaden Deutschlands herauslasen. Das blieb vermieden, wenn der erste Teil der Meldung, dessen sachliche Wichtigkeit in die Augen sprang, mit wiedergegeben oder wenigstens ein Hinweis auf den Inhalt gemacht wurde.

Um so mehr mußte dies geboten erscheinen, als die bayerischen Akten noch weitere Meldungen der Berliner Gesandtschaft enthalten, die denselben überaus wichtigen Gegenstand behandeln und die wirklichen Vorgänge und Zusammenhänge klar und eindeutig erkennen lassen. Schon am 30. Juli 1^{05} nachm. gab die Gesandtschaft in Berlin folgende Drahtung nach München:

„Reichskanzler mitteilt, daß Deutschland Vermittlungsversuch in Wien macht auf Grundlage, daß Österreich Erklärung in Petersburg wiederholt, keinen dauernden Territorial-Erwerb zu beabsichtigen und Besitzstand Serbiens nicht tangieren zu wollen, sondern lediglich zu bezwecken, durch temporäre Besetzung Garantien zu erhalten, daß Serbien österreichische Wünsche erfüllt.

Daneben Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys auf gleicher Basis, der durch Reichskanzler zur ernsten Erwägung nach Wien weitergegeben ist. Reichskanzler hat umgehend zustimmende Antwort erbeten. Bis Eintreffen österreichischer Antwort bleibt Zustand der drohenden Kriegsgefahr, worauf Mobilmachung folgen würde, aufgeschoben. Reichskanzler gibt Hoffnung nicht ganz auf, obgleich seine Vermittlungsaktion durch russische Mobilisierung sehr erschwert."

In einem brieflichen Berichte des Grafen Lerchenfeld vom 30. wird diese Drahtung näher erläutert durch folgende Äußerungen, die Bethmann Hollweg dem bayerischen Gesandten an diesem Tage gemacht hatte:

„Vorläufig wäre von Wien noch keine Antwort da. Der Kanzler habe aber heute nacht in energischster Weise dem Wiener Kabinett erklärt, daß Deutschland sich nicht in das

Digitized by Google

Schlepptau der Balkanpolitik Österreichs stellen könne. Für den Fall, daß Österreich zustimmend antworte, gebe der Reichskanzler die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nicht auf. Sicher sei dies aber nicht, da die von Rußland bereits vorgenommene Mobilisierung den russischen Rückzug sehr erschwere. Das Vorgehen Deutschlands werde dadurch sehr erschwert, daß man nicht wisse, was bei den getroffenen Maßregeln in Rußland und Frankreich Bluff oder Ernst sei.

Solange die österreichische Antwort nicht eingetroffen sei, gehe Deutschland nicht damit vor, den Zustand der drohenden Kriegsgefahr zu erklären, dem, wie die Dinge in Deutschland lägen, die Mobilisierung, und zwar nach unserer Militärverfassung die Mobilisierung der ganzen Armee, folgen müsse. Lange dürfe mit der Entscheidung in Deutschland nicht gezögert werden, da wir sonst gegen Rußland und Frankreich ins Hintertreffen kämen.“

Nach einigen anderen Mitteilungen, die auf die vorstehende Angelegenheit keinen Bezug haben, äußerte der Kanzler am Schluß zu Lerchenfeld:

„Es sei traurig sagen zu müssen, daß gewissermaßen durch elementare Kräfte und die lange dauernde Verhetzung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt wäre den kein Staat wünsche.“

Am 31. Juli früh 7^{45} erfolgte sodann durch Fernsprecher die Meldung, die Eisner benützt hat.

Am gleichen Vormittag 11^{50} ließ die Gesandtschaft noch nachstehende Drahtmeldung folgen:

„Antwort aus Wien noch nicht eingetroffen, da Tiszas Ankunft in Wien erst abgewartet wird, doch wird sie heute nachmittag erwartet. Sollte Österreich dem deutschen und englischen Vermittlungsvorschlag zustimmen, wird er dem Zaren mit Umgehung Sasonows telegraphiert und gleichzeitig Ultimatum wegen Einstellung der Rüstungen gestellt. England arbeitet mit uns, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es noch in letzter Stunde die Aktion zum Stehen bringt. Lage bleibt kritisch, da Rußlands Stellung zum Vermittlungsvorschlag zweifelhaft. Diesseitiger Generalstab drängt auf Entscheidung.“

Im Bericht des Gesandten vom 31. Juli schließt die Reihe dieser Meldungen mit folgenden Sätzen:

„Daß Kaiser Franz Joseph die Vermittlungsvorschläge abgelehnt hat, wird hier bedauert, weil damit Rußland noch mehr ins Unrecht versetzt worden wäre.

Immerhin herrscht die Meinung vor, daß, nachdem Rußland zur partiellen Mobilisierung geschritten ist, der Weltkrieg nicht mehr aufzuhalten gewesen ist. Kaiser Nikolaus wäre kaum stark genug gewesen, die Demobilisierung zu verfügen, ohne eine Satisfaktion von Österreich-Ungarn, die, wie die Dinge liegen, nicht zu erhalten war.“

Wer diese Aktenstücke im Zusammenhang liest, wird zugeben, daß sie unter keinen Umständen übergangen werden durften, wenn der in ihnen behandelte Gegenstand überhaupt in einer Veröffentlichung berührt wurde.

Was auch die Ursache sein mag, daß sie nicht zum Zuge kamen, der eine Satz, den die Veröffentlichung brachte, gab von dem wahren Sachverhalt kein Bild. Er war geeignet, zu verwirren und Kombinationen Spielraum zu lassen, die der Wahrheit zuwider liefen.

Weitere urkundliche Belege.

Die beiden anderen von Eisner benützten urkundlichen Belege reichen an Wichtigkeit an die eben behandelten nicht heran. Der Fernspruch der Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli abends 8 Uhr berichtet kurz über Vorgänge (Ultimata an Rußland und Frankreich), die nicht strittig sind; im übigen gibt er der sehr weitgehenden Zuversicht Ausdruck, mit der die leitenden Kreise des Generalstabes den Feldzug gegen Frankreich hofften erledigen zu können.

Ernsthafter ist der aus dem Lerchenfeldschen Berichte vom 4. August entnommene Satz genommen worden: Der deutsche Generalstabschef habe erklärt, „daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung der Neutralität Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich sei“.

Es ist bekannt, daß der Reichskanzler bereit war, den aus der Notlage des Zweifrontenkrieges entsprungenen deutschen Kriegsplan aufzugeben und die Neutralität Belgiens zu beachten, wenn England sich dann dem Kampf zwischen Dreibund und Zweiverband fernhielt. Diese Zusage ist nicht gegeben worden.

Auch diese Berichtstelle über Belgien wurde in der Versailler Schuldbegründung verwendet.

Digitized by Google

Vielleicht deshalb, weil der Ausdruck „Angriffskrieg gegen Frankreich“ dazu verlockte. Es liegt aber auf der Hand, daß dieser Ausdruck hier nur auf den unmittelbar bevorstehenden militärischen Waffengang, nach bereits erfolgtem Kriegsausbruch, Bezug hatte, bei dem man angriffsweise dem Gegner zuvorkommen wollte. Es war nicht ein Angriffskrieg im politisch-diplomatischen Sinn des Wortes gemeint.

Deutsches Scheinmanöver?

In den späteren großen deutschen und österreichischen Aktenpublikationen findet man die Meldungen des Grafen Lerchenfeld über den letzten englisch-deutschen Vermittlungsversuch in allem wesentlichen bestätigt.

Die Behauptung der Entente, daß es sich auf deutscher Seite lediglich um Scheinmanöver gehandelt habe, die absichtlich erst in einem Augenblick erfolgt seien, als der Krieg nicht mehr hätte verhindert werden können, wird durch die Akten als unhaltbar erwiesen. Mit Recht hatte der frühere Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann in seiner wiederholt angeführten Erklärung vom 28. November 1918 bereits betont, daß die Dinge vielleicht doch noch anders gelaufen wären, wenn England sich dazu aufgerafft hätte, in Petersburg ein ähnlich ernstes und deutliches Wort der Abmahnung zu sprechen, wie Berlin es in Wien getan hat. Dann hätten die französischen und russischen Hetzer sicherlich nicht gewagt, Rußland zum Kriege anzutreiben.

Der Wiener Ballplatz erleichterte ihnen allerdings dieses Geschäft, indem er die deutsch-englischen Vorschläge trotz der dringlichen Mahnung der deutschen Reichsregierung mit sträflicher Nachlässigkeit behandelte und erst am 1. August wenig bestimmt beantwortete. Das kann aber nicht der deutschen Reichsleitung zur Last gelegt werden.

Wirkung bei den Gegnern und Verwertung in Versailles.

Der bayerische Ministerpräsident glaubte mit seinen Enthüllungen seine Meinung von dem unbedingten Kriegswillen des kaiserlichen Deutschland unwiderleglich bewiesen. In dem Gesandtenbericht vom 18. Juli sei „in aller Gemütlichkeit auseinandergesetzt, wie man beabsichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln...“. „Ich habe damit jedem, der lesen kann“, sagte er ein andermal, „jedem der ehrlich ist, bewiesen, wie eine verbrecherische Horde von Menschen diesen Weltkrieg inszeniert hat, wie man ein Theaterstück inszeniert. Denn dieser Krieg ist nicht entstanden, er ist gemacht worden...“

Die gleichen Folgerungen zogen die Preßorgane der Unabhängigen und der Spartakusleute. Sie verlangten schärfste Sühne für die nun aufgedeckte Tücke und Kriegswut der früher herrschenden Kreise. Auch die Scheidemann, David, Ebert, Molkenbuhr, Braun, Fischer hielten sie durch die Enthüllungen so schwer getroffen, daß sie aus der Regierung des neuen deutschen Volksstaates verjagt werden müßten.

Selbst einige mehrheitssozialistische Blätter sahen in dem bayerischen Gesandtenberichte „die volle Bestätigung der Anklagen, die einst Fürst Lichnowsky und Mühlon gegen die deutschen Mitanstifter des Weltkrieges erhoben“. Diese Blätter haben offenbar nicht bedacht, daß auch diese Anklagen durch andere Zeugnisse auf ihren richtigen Wert zurückgeführt worden waren, unter Mitwirkung sozialdemokratischer Politiker, so des bayerischen Landtagsabgeordneten Alwin Saenger, der eine kritische Untersuchung der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky verfaßt hatte.

Das feindliche Ausland.

Natürlich bemächtigte sich die Entente unverzüglich des ihr gebotenen willkommenen Stoffes. Die Schuldfrage sei nun gelöst, so hieß es in den maßgebenden Londoner und Pariser Regierungsblättern, die Deutschen selbst hätten die gründlichste Vorarbeit für das Urteil geleistet.

„Niemals in der Geschichte wurde ein Verbrechen kaltblütiger und mit mehr Überlegung vorbereitet. Neben dieser kleinen Gruppe von Verschwörern in Berlin und Wien erscheint Napoleon in seinen schlimmsten Augenblicken als ein unschuldiger Mann. Es ist wahr, sie hatten einen anderen Krieg geplant und der Kaiser konnte die Hand aufs Herz legen und erklären, er wünsche diesen Krieg nicht. Der Krieg, mit dem er rechnete, sollte Frankreich durch einen schnellen Schlag zu Boden werfen und Rußland durch eine rasche Bewegung erledigen, während Deutschland Europa die Bedingungen diktieren würde. Einen teuflischeren

Digitized by Google

Plan hat es nie gegeben, niemals einen Plan, der auf so viel Fehlberechnungen gegründet war und so vollständig scheiterte. Jetzt ist es Sache der Welt, die Urheber des Verbrechens der Gerechtigkeit zu überantworten" (Westminster Gazette; aus Deutsche Allg. Ztg. 28. November 1918).

Die Gutgläubigen, die gehofft hatten, daß die Alliierten ihren Zorn und ihre Härte auf die ehemalige kaiserliche Regierung und die ehemals herrschenden Schichten abladen und dem deutschen Volke als solchem mit Milde entgegenkommen würden, oder daß sie vielleicht Bayern das Schuldbekenntnis seines Staatslenkers danken würden, sahen sich grausam enttäuscht. Das deutsche Volk hat seine Regierung gewähren lassen, so hieß es, und trägt dafür insgesamt die Verantwortung, Bayern so gut wie Preußen und das übrige Deutschland. Das Journal des Débats verhöhnte den bayerischen Partikularismus, der sich so die Gunst der alliierten Mächte zu erringen hoffe.

Das Auswärtige Amt hat leider recht behalten: In den Pressestimmen des Auslandes sah man alsbald den Beweis geliefert, daß durch derartige aus dem Zusammenhang gerissene Enthüllungen die an sich schon schwierige Lage Deutschlands auf dem Friedenskongreß ins Ungemessene gesteigert werde. „Bei jeder Gelegenheit werden die Ententevertreter damit hausieren, und, um immer extremere Forderungen durchzusetzen, darauf verweisen."

Genau so, wie hier vorausgesagt, verfuhr die Entente später bei dem Friedensgeschäfte, indem sie die Schuld, welche die bayerische Enthüllung auf die verantwortlichen Staatshäupter und Statsmänner laden wollte, dem deutschen Volke aufbürdete.

Es ist schon oben darauf hingewiesen, daß man in Versailles mit offenbarer Genugtuung von den bayerischen Dokumenten Gebrauch machte. Dies geschah vor allem in dem „Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Mächte für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Sühne." Diese Denkschrift trägt das Datum des 29. März und bildet die Grundlage für die spätere Anklage und den Schuldspruch im Ultimatum vom 16. Juni und im eigentlichen Friedensvertrag.

Das erste Kapitel des Kommissionsberichtes ist überschrieben: „Vorgefaßte Absicht, Krieg führen zu wollen." Als Beweisdokument wird in diesem Abschnitt auch Eisners Enthüllung verwendet.

Das vermeintliche Lerchenfeld'sche Schreiben ist darin folgendermaßen ausgebeutet:

„Nach einer in Potsdam am 5. Juli 1914 stattgefundenen ‚entscheidenden Beratung' faßten Wien und Berlin folgenden Plan: ‚Wien wird an Belgrad ein sehr energisches, kurzfristiges Ultimatum richten.'

‚Es ist offensichtlich', schreibt einige Tage später der bayerische Gesandte von Lerchenfeld in einem Bericht an seine Regierung, ‚daß Serbien nicht in Forderungen einwilligen kann, die unvereinbar mit der Würde eines unabhängigen Staates sind.'

In diesem Bericht vom 18. Juli 1914, dessen Inhalt niemals offiziell dementiert wurde, offenbart Graf Lerchenfeld, daß von diesem Zeitpunkt ab das Ultimatum an Serbien gemeinsam zwischen den Berliner und Wiener Regierungen beschlossen war, daß letztere für dessen Überreichung die Abreise des Präsidenten Poincaré und des Herrn Viviani nach Petersburg abwarten würde und daß man sich weder in Berlin noch in Wien Illusionen über die Folgen hingab, zu denen dieser drohende Schritt führen würde. Man war vollkommen davon überzeugt, daß der Krieg daraus hervorgehen würde.

Der bayerische Bevollmächtigte erklärte überdies, daß die einzige Befürchtung der Berliner Regierung darin bestehe, daß Österreich-Ungarn im letzten Augenblick zögern und zurückgehen und daß andererseits Serbien auf die Ratschläge Frankreichs und Englands hin dem auf es ausgeübten Druck nachgeben würde. ‚Nun erachtet aber die Berliner Regierung den Krieg für notwendig.' Deshalb erteilt sie dem Grafen Berchtold unbeschränkte Vollmacht und beauftragt den Ballplatz schon am 18. Juli 1914, mit Bulgarien zu unterhandeln, um es in ein Bündnis und in den Krieg hineinzuziehen.

Um dieses Einverständnis zu verbergen, hatte man abgemacht, daß der Kaiser eine Fahrt auf der Nordsee unternehmen und der preußische Kriegsminister in Urlaub gehen würde. Auf diese Weise war die kaiserliche Regierung in der Lage zu behaupten, daß sie von den Ereignissen vollkommen überrascht worden sei.

Unversehens richtete Österreich an Serbien das Ultimatum, das in der Absicht, es un-

Digitized by Google

annehmbar zu machen, mit Sorgfalt vorbereitet war. Dadurch wurde niemand getäuscht: Die ganze Welt begriff, daß dieses Ultimatum den Krieg bedeute", gemäß dem Ausspruch Sasonows, Österreich-Ungarn wollte Serbien verschlingen."

Wer erkennt nicht, daß hier das bayerische Dokument mit tendenziöser Verschärfung gewaltsam für die Zwecke des Schuldbeweises zurechtgemacht ist?

Stellungnahme der deutschen Viererkommission.

Die deutsche Viererkommission schilderte in ihrem Gegenberichte vom 28. Mai die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konfliktes nach der Aktenlage und erhob insbesondere auch Einspruch dagegen, daß zwischen Berlin und Wien ein geheimes Komplott zur Vernichtung Serbiens und zur Entfesselung des Weltkrieges geschmiedet worden sei. Sie fügte bei: „Diesem Tatbestand haben die späteren in dem Kommissionsbericht angeführten angeblichen Enthüllungen Eisners und anderer, soweit sie nicht Unrichtiges enthalten, neues nicht hinzugefügt."

Sie stellte auch fest, daß die Nordlandreise des Kaisers im Juli 1914 zu dem alljährlich üblichen Zeitpunkt angetreten worden sei, und daß der preußische Kriegsminister seinen Urlaub schon am 2. Juli erbeten hatte, daß also diese Vorgänge nicht in eine solche Beziehung zu den politischen Ereignissen gebracht werden können, wie es der Kommissionsbericht der Entente mit Hilfe des bayerischen Gesandtenberichts versucht. Beiläufig bemerkte die deutsche Viererkommission noch, daß dieses bayerische Aktenstück, das mehrere schon öffentlich berichtigte Irrtümer aufweise, nicht vom Grafen Lerchenfeld, sondern vom Legationsrat von Schoen stamme.

Wie sehr wären diese Feststellungen der deutschen Viererkommission verstärkt worden, wenn sie hätte anführen können, daß sich der Gesandtenbericht bei der Veröffentlichung Kürzungen hatte gefallen lassen müssen, und welchen Inhalts die weggelassenen Stellen waren!

Ihre Auffassung darüber hat die Viererkommission nachträglich im August 1919 öffentlich kundgegeben, als sie Kenntnis vom Wortlaute erhalten hatte:

„Diese Stellen beweisen von neuem, daß die Reichsleitung nicht den europäischen Krieg gewollt und betrieben, sondern von Anfang an auf die Lokalisierung des Konflikts zwischen Österreich und Serbien hingearbeitet hat, und ernstlich bestrebt war, alle Anlässe zu einem europäischen Krieg auszuschalten."

Bekenntnisse und Wandlungen.

Kautsky.

Zur Begründung und Rechtfertigung der Veröffentlichung der bayerischen Dokumente ist von Schriftstellern, die zum Gesinnungskreise Eisners gehörten, nachträglich geltend gemacht worden, die Publikation sei weniger dazu bestimmt gewesen, die geschichtliche Wahrheit im einzelnen darzutun, als vielmehr berechtigten politischen Zwecken, Zielen und Überzeugungen zu dienen. Es habe sich vor allem darum gehandelt, für das niedergebrochene und unglückliche deutsche Volk einen Wegweiser zur Umkehr aufzurichten und ihm die Bahn zur Verständigung mit seinen bisherigen Feinden zu eröffnen.

Es sollte gezeigt werden, meint F. W. Foerster[1]), daß der Krieg nicht vom deutschen Volke gewollt war, sondern daß bestimmte Gruppen hinter den Kulissen auf die kriegerische Lösung hingearbeitet, die Tätigkeit aber nach außen geschickt verdeckt hatten. Ganz ähnlich rückt Karl Kautsky[2]) den politischen Zweck in den Vordergrund. Er stellt die Enthüllungen in eine Reihe mit den nach seiner Ansicht belastenden Zeugnissen, die in den Denkschriften Muehlons und Lichnowskys enthalten waren. Er glaubt, daß durch die Münchner Dokumente manchem der Star gestochen wurde, der an jenen Bekundungen noch kein Genüge hatte.

Man wird diese Art von Begründung heute kaum noch aufrecht erhalten können. Denn die von Eisner benützten bayerischen Aktenstücke und die Art ihrer Verwendung sind jetzt voll in das helle Licht gerückt, das von der inzwischen vollendeten Publikation der deutschen und österreichischen Akten, aber auch zahlreicher ausländischer Urkunden ausstrahlt. Ihre Beweiskraft für die Schuldfrage ist damit ganz anders klargestellt, als es im November 1918 der Fall war. Auf diese Schriftstücke kann heute niemand mehr eine solche Schuldanklage

[1]) Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland 1920, S. 29 ff.
[2]) Wie der Weltkrieg entstand, 1919, S. 35.

Digitized by Google

gegen Deutschland aufbauen, wie sie in Versailles erhoben worden ist, gleichgültig wie er sonst die deutsche Außenpolitik vor dem Kriege beurteilen mag.

Von seinem ursprünglichen Standpunkt aus, der mit demjenigen Eisners übereinstimmte, fand Kautsky, daß die im Gesandtschaftsberichte vom 18. Juli vorgenommenen Streichungen keine ungünstige Wirkung verursacht hätten. Ihm erscheint die von Berlin im Juli 1914 erstrebte Lokalisierung des Krieges als zweckloses und gefahrvolles Beginnen, das von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt und nur geeignet war, eine europäische Lösung der Krise, d. h. eine Entscheidung durch den Areopag der europäischen Mächte, zu vereiteln. Er erachtete es für recht und billig, daß dieser Umstand, den er für eine volle Tatsache hinnimmt, durch die Münchner Dokumente entsprechend gekennzeichnet wurde.

Es ist aber doch sehr die Frage, ob die Voraussetzungen, die Kautsky für seine „europäische Lösung" annimmt, in jenen kritischen Wochen der europäischen Hochspannung auch wirklich gegeben waren. Die verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands hatten darüber eine andere Meinung. Gewichtige Kenner des Urkundenstoffes verneinen sie entschieden. Wer kann sagen, daß die von Kautsky gemeinte Lösung gelungen und der Ausbruch des Weltkrieges wirklich hintangehalten worden wäre? Ist es so sicher, daß eine Verzichtspolitik der Mittelmächte die kriegerischen Neigungen auf der Gegenseite beseitigt hätte? So sehr Kautsky die Blindheit und Vertrauensseligkeit verwirft, mit der man in Berlin auf den Erfolg eines raschen österreichischen Vorgehens gegen Serbien baute, muß er doch zugeben: „Man hatte beabsichtigt, überraschend loszuschlagen, um Europa, bevor es sich recht besinnen könnte, vor vollendete Tatsachen zu stellen, denen es sich fügen mußte. *Auf diese Weise hoffte man, durch Überrumpelung mit dem Krieg den Weltfrieden zu erhalten*".

So bedauert er denn, daß Eisner die „Unvorsichtigkeit" beging, seine Aktenpublikation „mehr als Journalist zu behandeln, dem es auf die Wirkung ankommt, denn als Historiker, dem es um die Vollständigkeit und Unversehrtheit seiner Quelle zu tun ist".

Als Kautsky noch 1918 von den Volksbeauftragten damit betraut wurde, die deutschen Akten über den Ursprung des Krieges zu bearbeiten und herauszugeben, da griff er sein schwieriges Werk ungefähr mit derselben Zielsetzung an, die auch Eisner vorschwebte. Kautsky erwartete, daß sich ein überwältigender Beweis für den verbrecherischen Kriegswillen der einstigen deutschen Regierung ergeben werde. Ohne jedes „beschönigende Suchen nach Schuldigen im Auslande", wollte er lediglich die Verantwortlichkeit des eigenen Landes feststellen, um den Bruch der neuen Zeit mit der Vergangenheit bis in die letzten Folgerungen hinein zu offenbaren. Er geriet damit in Gefahr, den Begriff der Schuld am Kriege gefährlich zu verengen und einseitig zu fassen und er ist dieser Gefahr in seiner ersten Schrift, die neben der Aktenpublikation erschien, nur zu sehr erlegen.

Gleichwohl gewann er aus dem Studium der Urkunden, da er nach wissenschaftlicher Methode verfuhr, die Kraft zu einer bedeutsamen Wandlung seiner Auffassung.

Nicht als ob er die deutsche Staatsmacht von ehedem nun in wesentlich milderem Lichte oder gar im Unschuldsglanze sähe. Im Gegenteil, er urteilt nach wie vor hart über ihre ganze Außenpolitik und lädt eine schwere moralische Verantwortung auf ihre Schultern. Aber in dem Hauptpunkte, auf den schließlich alles ankommt, gewann er eine wesentlich andere Überzeugung. Sein ursprünglicher felsenfester Glaube an die bösewichtartige und komplottmäßige Brandstifterrolle Berlins verließ ihn. Er erwies sich ihm zu seiner Überraschung als unhaltbar, als er erst genauen Einblick in die gesamten Akten getan: „Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet, es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht".

Seine Vorstellung von der „deutschen Schuld" wird eine wesentlich andere. Im Lande der Denker und Dichter und der höchsten wissenschaftlichen Leistungen berief ein nach seiner Meinung unfähiges, von Stümperhaftigkeit und Strebertum erfülltes Regierungssystem Elemente zur Staatsleitung, die das Volk sinnlos in ein Abenteuer hineinzogen, aus dem es schließlich keinen anderen Ausweg mehr gab, als den Krieg: „Ich werde zum Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber, die sie als die großen Verbrecher behandeln will. Ich werde um so mehr zu ihrem Ankläger dem deutschen Volke gegenüber."

Die Art wie Kautsky das Werk der deutschen Aktenpublikation durchführte, im Zusammenhalt mit der daraus entstandenen Wandlung seiner Grundanschauung bedeutet ein gewichtiges Zeugnis gegen Eisners Veröffentlichung der bayerischen Dokumente.

Digitized by Google

Auch Professor Foerster kommt nicht ohne Bedenken durch und meint, durch die „gewiß illoyale Unterdrückung eines Teils des Schoenschen Berichts, der, wenn auch nur scheinbar gegen Eisners Schuldauffassung zu sprechen schien, sei die Wirkung der Veröffentlichung großenteils vereitelt worden."

Leider war die Wirkung bemerkbar genug. Wir wissen ja, wie die Entente den ihr gebotenen Stoff ausbeutete.

Dunkle Mächte?

Foerster gibt zu, daß die deutsche Reichsleitung ehrlich bemüht war, den Konflikt zu lokalisieren. Allein er sieht ihr andere Kräfte entgegenwirken. Eine „unverantwortliche militärische Autokratie verbunden mit gewissen dunklen Gewalten", gilt ihm als Trägerin des deutschen Willens in den entscheidenden Tagen. Sie führte die blutige Lösung herbei!

„Eisner erkannte diese Kräfte trefflicher in dem Schoenschen Berichte, er beging aber den schweren Fehler, nur diejenigen Absätze abzudrucken, die jenen Geist spiegelten, und diejenigen fortzulassen, die den gehorsamen Staatsbeamten Bethmann Hollweg zum Ausdruck brachten, der zwar den Krieg nicht wollte und nicht für wahrscheinlich hielt, aber nicht merkte, daß er im Dienste einer Tradition stand, deren Methode innerhalb der ganzen gegebenen Lage unrettbar in die europäische Katastrophe führen mußte".

Hätte Eisner, so argumentiert Foerster, beides in unterschiedlichem Druck nebeneinander gestellt, und die beiden Typen, die dahinter standen, in ihrer unverkennbaren Tendenz charakterisiert, dann hätte er vielen die Augen darüber geöffnet, „daß die Welt eben doch den richtigen Instinkt hatte, wenn sie behauptete, die preußische militärische Autokratie habe planmäßig den Weltkrieg entfesselt — auch wenn weder der Kanzler noch der Kaiser den Krieg gewollt hat".

Dieser Versuch, mit einer Hilfsformulierung die unhaltbar gewordene Auffassung von der allein ausschlaggebenden Schuld Deutschlands am Weltkrieg unter Zuhilfenahme bayerischer Dokumente zu retten, ist von Hans Delbrück mit vernichtender Wucht zerschlagen worden. Er führt den Nachweis, daß nirgends in den verantwortlichen Stellen, auch nicht in den militärischen, derartige autokratische oder verborgene dunkle Mächte die Entscheidung gaben.

„Vom Kaiser, von Bethmann, von Moltke, von Jagow steht fest, daß sie friedlich, ja mehr oder weniger sogar pazifistisch gesinnt waren... Von Tirpitz, dem eigentlichen Haupt der Draufgängerpartei, ist bekannt, daß er außer sich war über den Ausbruch des Krieges. Daß der deutsche Botschafter in Wien, von Tschirschky, ein Kriegshetzer gewesen sei, wird auf das Entschiedenste bestritten[1]). Es bleiben noch Beamte zweiter Ordnung, wie der Staatssekretär Zimmermann. Wo, bei welcher Gelegenheit, hat dieser einen Einfluß in dem bezeichneten Sinne geübt? Der Bericht Szögyenys nach Wien, mit dem auch Professor Foerster wieder arbeitet, ist erstens bestritten, und würde zweitens als Kriegs-Intriganten den Staatssekretär von Jagow erscheinen lassen, der ganz gewiß gerade so wie sein Vorgesetzter von Bethmann Hollweg zur Friedensrichtung gehörte. Wo steckt also die geheimnisvolle Macht, die dahin gearbeitet haben soll, daß sich der serbische Krieg zum Weltkrieg auswuchs?"

Selbst wenn man vieles gelten lassen will von der Kritik, die sich gegen das sogenannte militaristische und machtpolitische Wesen des Wilhelminischen Deutschland richtet, so könnten dadurch die von Delbrück angeführten unwiderleglichen Tatsachen nicht aus der Welt geschafft werden. Es handelt sich in diesem Falle nicht darum, ob es einen solchen Schwertgeist gab, der die Welt hätte verderben müssen, sondern darum, „ob Menschen dieser Gesinnung auf die Beschlüsse, die den Krieg entzündeten, einen Einfluß gehabt haben und das ist nicht nur ein bloßer Verdacht, sondern eine nachweisbare Unwahrheit" (Delbrück).

Gegen diese durchschlagenden Argumente wird schwerlich etwas Stichhaltiges einzuwenden sein. Im übrigen aber urteilt Foerster selbst, wie folgt:

„Ein wirkliches tragisches Verschulden Eisners lag eben in einer gewissen spielerischen Art, schwerwiegende Dinge zu behandeln, an einem bohèmeartigen Mangel an starkem Verantwortlichkeitsgefühl. Dieses Manko aber war kein Novum in der neudeutschen politischen Praxis; Wilhelms II. und Bülows geniale „Staatskunst" waren die berühmten Muster für einen solchen Stil in der Behandlung schwerwiegender und folgenreicher politischer Angelegenheiten"

Was soll dieser seltsame Vergleich? Er hinkt nicht nur, sondern er könnte auch dann nicht zur Rechtfertigung dienen, wenn er in seinen Voraussetzungen richtig wäre.

Übrigens hat kein Geringerer als E. D. Morel, der englische Vorkämpfer für Recht und Gerechtigkeit unter den Völkern, die hemmungslose deutsche Selbstbezichtigung schonungslos

[1]) Auch in einem Gutachten des bayerischen Gesandten in Wien, Frhr. v. Tucher!

Digitized by Google

bloßgestellt: Mit ihrer Einseitigkeit und ihren Übertreibungen schädige sie nicht nur ihr eigenes Volk und stärke die Kräfte, die hinter dem Versailler Vertrag stehen, sondern errege auch die Verachtung des Auslandes.

Auch ein Schuldbekenntnis.

Auch George D. Herron nahm nach Versailles das Wort; ihm löste das Entsetzen über den Gewaltfrieden die Zunge[1]). Mit so nebensächlichen Einzelheiten, wie mit dem von ihm mitverursachten Schuldbekenntnis eines bayerischen Ministerpräsidenten gibt sich dieser in Weltteilen denkende Pazifist allerdings nicht ab. Den Blick aufs Ganze und Große gerichtet, stimmt er eine weithinhallende Klage über Versailles an. Er erkennt diesen aus Lug und Trug, aus Täuschung und Wortbruch entsprungenen vorgeblichen Frieden als ein verruchtes teuflisches Werk, durch das die Menschheit in eine noch schlimmere Hölle gestürzt werde, als der Krieg selbst war. Damit hat der deutsche „Vorkriegsgeist", von dem Herron eine abenteuerliche Vorstellung hat, von jener Welt Besitz genommen, die auszog, ihn zu vernichten.

Die prometheische Lichtgestalt Wilsons, des Friedensbringers und Völkerversöhners, an den er und seine Gesinnungsgenossen mit brünstiger Hingabe geglaubt, verwandelt sich Herron in eine bemitleidenswerte Fratze.

Und er erinnert sich mit brennender Reue, daß er und seinesgleichen selbst das Kriegsfeuer gegen Deutschland geschürt, wo sie nur konnten. Sein Bekenntnis gilt für jenen großen Teil des internationalen Pazifismus, den seine Wahnvorstellungen von der sogenannten deutschen Weltgefahr an die Seite der französischen und englischen Kriegshetzer führten, sodaß Lord Northcliffe seine Freude daran haben konnte. Dieser Fanatismus half mit, als es galt, Italien, Rumänien, Nordamerika in den Krieg zu treiben, weil er in dem Irrwahn lebte, der Sieg über den „Germanismus" bedeute den ewigen Weltfrieden, bedeute den Völkerbund, aufgerichtet auf der Grundlage der Gleichheit und Brüderlichkeit aller Nationen.

Für diesen Pazifismus, der über die natürlichen und geschichtlichen Grenzen einer vernünftigen Friedensbewegung hinausirrend seiner Schwarmgeisterei nachjagte, legt Herron folgendes Geständnis ab:

„Auf uns, die Pazifisten, auf uns, die Gläubigen an eine bessere Welt, auf uns, die wir unsere Friedenssehnsucht unterdrückten und in Kriegswünsche und Petitionen an unsere verschiedenen Vaterländer umzuwandeln die Selbstverleugnung hatten, — auf uns ruht, lastet und drückt eine beinahe unerträgliche Bürde von Schuld und Unterlassungssünde. Wir haben den Krieg gegen Deutschland und für die Demokratie gepredigt — wir haben den Krieg gegen den Krieg und für die Liga der Nationen geführt: Vor Gott und den Menschen, vor unserem eigenen Herzen und Gewissen, vor Zukunft und Gegenwart stehen wir als verantwortlich dafür da, daß wir unseren eigenen Prinzipien untreu wurden, daß wir eine einzige und höchste Gelegenheit vorübergehen ließen, daß wir es ruhig mit ansahen, wie diese unglaubliche Tragödie des Versailler Friedens sich in Szene setzen und bis zu ihrem unheilvollen Ende abspielen konnte."

Ein merkwürdiges und lehrreiches Begleitstück dieser Tragödie war die auswärtige Politik der bayerischen Revolution.

Rundschau.

Die körperliche Erziehung des wachsenden Menschen.

Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes muß in erster Linie einsetzen bei unserem Menschenkapital, an dem durch Krieg und Hungerblockade Raubbau getrieben worden ist. Die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend ist eine Aufgabe die aufs allerernsteste in Angriff genommen werden muß, ganz besonders auch deshalb, weil eine sehr wichtige Einrichtung, die früher viele Versäumnisse ausgleichen konnte, jetzt wegfällt, das ist der obligatorische Militärdienst. Eine vorzügliche Übersicht über alles, was zur körperlichen Erziehung getan werden kann und getan werden muß, hat der hervorragende Münchner Orthopäde Georg Hohmann herausgegeben, der sicher vielen Lesern der Zeitschrift als einer unserer sympathischsten Politiker bekannt ist. Das kleine Bändchen ist in der hübschen Serie „Wissenschaft und Bildung" des Verlags von Quelle und Meyer erschienen. (Preis 10 Mark.) Es behandelt die Hygiene des Säuglingsalters, des Kleinkindes, des heranwachsenden Kindes bis über die Pubertätszeit hinaus und gibt auf alle Fragen, die eine Mutter oder ein Erzieher zu stellen hat, kluge und wertvolle Antwort. Viele Textabbildungen beleben das flüssig und angenehm geschriebene Buch, das auf das wärmste empfohlen werden kann. Herm. Kerschensteiner.

[1]) Herron, Der Pariser Frieden und die Jugend Europas. 1920.

Digitized by Google

Brennende Fragen aus dem Gebiete des Strafwesens.

Der Aufsatz Heinrich Seyfarths in der Mainummer 1921 der Südd. Monatshefte regt zu schärfstem Widerspruch an. Der Verfasser klagt darüber, daß den entlassenen Gefangenen von der Gesellschaft ein fast unüberwindliches Mißtrauen entgegengebracht werde. Ich behaupte, daß dieses Mißtrauen völlig berechtigt ist, daß es sich aber in der Zeit der vollkommenen Freizügigkeit weniger wie je auswirken kann. Noch nie waren die Folgen einer strafbaren Handlung, soweit sie in der „Verachtung" der Mitmenschen bestehen, so gering wie in den letzten Jahrzehnten, noch nie hatte der Verbrecher so günstige Gelegenheit, sich der etwaigen Verachtung durchaus zu entziehen.

Die drei Gegenbeispiele des Aufsatzes können diese Tatsache nicht umstoßen. Soll ich zu ihnen Stellung nehmen, so erkläre ich folgendes: Als ich auf die Schule ging, lernte ich, daß der Mörder von den Erynien gepeitscht werde, daß er nie mehr im Leben Ruhe und Rast finden könne. Ich habe das als eine gerechte Strafe empfunden und ich empfinde es noch jetzt so. Diese Empfindung ist gesund und sie muß in unserem Volke gestärkt werden. Ich stimme mit dem Verfasser darin überein, daß die Begnadigung falsch war; der Fehler lag aber in dem ersten Gnadenakt der Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus. Der bisher völlig unbescholtene Beamte, der die Kasse des Staates bestahl, mußte diesen Fehl„griff" schwer büßen. Aber der Staat hat die Pflicht, seine Beamten zu lehren, daß öffentliche Gelder nicht angegriffen werden dürfen. Sollte der Staat seinen unwürdigen Diener nach verbüßter Strafe wieder an eine Kasse setzen? Ich sage nein, unbedingt nein. Ein Beamter, der diesen Namen tragen darf, greift nicht daneben, und wenn er es doch tut, so gehört er ausgestoßen aus der Gemeinschaft der Männer, die dem Volk ein Muster sein sollen an ernster Auffassung ihrer Pflicht. Wer Gelegenheit hat, in der psychiatrischen Literatur Gutachten über Beamte zu lesen, die etwa im Verlauf eines Disziplinarverfahrens begutachtet wurden, ist erstaunt über die Langmut, welche die vorgesetzten Behörden auch in dem Königreich Preußen mit seiner strammen Beamtendisziplin vielfachen, sogar gehäuften, wenn auch geringeren Vergehen gegenüber an den Tag gelegt haben. Irgendwo muß aber einmal das Recht vor die Gnade gehen. Exempla trahunt. Das dritte Beispiel zeigt nur, daß eine kurze Stunde über das Schicksal eines leichtsinnigen jungen Menschen entscheiden kann.

Ich bin der Meinung, daß die Öffentlichkeit ein volles Recht hat, gegen Verbrecher aufs äußerste mißtrauisch zu sein. Gerade die hohe Rückfälligkeitsziffer spricht da eine nicht mißzuverstehende Sprache. Man kann für die Diebe, Räuber und Mörder sozial denken; vielleicht auch manchmal mit einer gewissen Berechtigung für die Opfer dieser in ihrer Art oft außerordentlich tüchtigen Spezies. Wer auf diesem Standpunkt steht, und ich hoffe, es sind noch viele Menschen, der verlangt, daß die Allgemeinheit noch viel mehr als bisher gegen diese Zunft geschützt werde.

Die Hoffnung, aus Verbrechern ordentliche Menschen machen zu können, ist utopisch und alle Pläne, welche einem Traum Wesen geben sollen, sind zum Scheitern verurteilt, wie sie bisher immer gescheitert sind. Möge dieser Traum noch so schön sein, möge er immer wieder von Menschen, die von den besten Absichten beseelt sind, geträumt werden, er wird stets sich als das erweisen, was er ist: eitel Schaum.

Freilich laufen manche, nur zu viele, frei herum, die eine gemeine, sogar eine verbrecherische Gesinnung haben. Aber Gesinnung kann man nicht strafen und daß mancher sich frei bewegt, der mehr auf dem Kerbholz hat als einer, der gerade sitzt, kann uns nur mit Bedauern erfüllen darüber, daß die Nürnberger von ihrer alten Gewohnheit immer noch nicht abgegangen sind, keinen zu hängen, den sie nicht haben und daß die Gesetze so weite Maschen haben. Ich wüßte nicht,

Digitized by Google

daß man daraus andere Schlüsse ziehen könnte; ich wüßte nicht, daß solche Gedanken pharisäisch wären.

Der Verfasser des Aufsatzes irrt meiner Überzeugung nach, wenn er den Ursprung der Rückfälligkeit zahlloser Gefangener in der Art des Strafvollzuges sucht. Ja, wenn das so wäre! Dann wäre sein Optimismus durchaus angebracht und keinem Menschen würde es einfallen, seine warnende Stimme zu erheben. Allein die meisten Verbrecher werden deshalb rückfällig, weil das Verbrechen in ihrer Natur liegt, weil es bequemer ist zu stehlen als hart zu arbeiten, weil sie brutal sind und deshalb das Leben ihres Nächsten für nichts achten, weil ihnen die Hemmungen fehlen, weil ihr Wille schwach ist und weil es unmöglich ist, den Willensschwächlingen ein Rückgrat einzusetzen, das der Versuchung widerstehen könnte, weil es nicht möglich ist, den Rohling zu einem sanften Lamm zu machen, oder da Hemmungen einzuschalten, wo sie von Natur aus nicht vorhanden sind. So liegen diese Dinge in Wirklichkeit und an dieser unerbittlichen Tatsache wird wenigstens dem erwachsenen Verbrecher gegenüber alles zunichte werden, was die Hoffnungsfreudigkeit ersinnt, um ihn davor zu bewahren, das zu begehen, wozu er seiner Veranlagung nach berufen ist.

Es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, wie die Öffentlichkeit besser als bisher vor dem Verbrecher geschützt wird; denn wo man nicht heilen kann, da muß man vorbeugen.

Ich kenne ein junges, hübsches, sexuell sehr erregbares Mädchen, das bisher zu drei Männern Liebesbeziehungen hatte. Der erste endete auf dem Schlachtfeld, der zweite wurde von ihr mit Säure übergossen, wobei infolge ihrer mangelhaften Technik nur der Überzieher ruiniert wurde. Wegen mangelnden Strafantrages erfolgte nichts. Dem dritten Mann schüttete sie die Säure ins Gesicht und verletzte ihn an einem Auge so, daß anfänglich angenommen wurde, dieses Auge sei verloren. Später stellte sich heraus, daß der bleibende Schaden weit geringer war. Daß das Attentat keine schlimmeren Folgen hatte, lag nicht in der Absicht des Mädchens; denn es wollte den Geliebten so entstellen, daß ihn nie ein anderes Mädchen liebhaben würde. Es war nur ein glücklicher Zufall, daß das Licht des einen Auges nicht für immer erlosch. Wäre es zur Verhandlung gekommen, so wäre die Strafe ihrer Dauer nach nicht allzu hart ausgefallen. Nach ihrer Verbüßung wäre das Mädchen vielleicht in dem engen Kreise der Wissenden „verachtet" worden, von einigen möglicherweise bewundert. Aber nichts hätte sie daran gehindert, alsbald wieder ein Verhältnis anzufangen — ihre sexuelle Begehrlichkeit hätte das erfordert — und der nichts Böses ahnende Partner wäre ständig in dringendster Gefahr für Leib und Leben gewesen; die Katastrophe hätte eines Tages kommen müssen. Hätte das Mädchen in richtiger Einschätzung ihres ungebändigten Charakters der Liebe fernerhin entsagt? Gewiß nicht. Hätte jemand ihren neuen Geliebten gewarnt? Gewiß niemand. Wer weiß in der großen Stadt denn etwas von seinem Nächsten? Wer kennt seine Vorgeschichte? Praktisch niemand. Wer wäre Schuld gewesen an einem möglicherweise großen, nicht mehr gut zu machenden Unheil? Die wenigen Menschen, die das Mädchen kraft ihres Amtes kennen, praktisch niemand. Zum Glück erwies es sich, daß das Mädchen psychopathisch veranlagt ist und das gab die Möglichkeit, es in einer Anstalt zu internieren. Dadurch wurde einer Untat vorgebeugt, die nach menschlicher Voraussicht hätte kommen müssen und deren Schwere einzig und allein vom Zufall abhängig gewesen wäre.

Die Direktoren der Zuchthäuser entlassen Tag für Tag Menschen, von denen sie genau wissen, daß ihr Lebenslauf Verbrechen ist. Sie können das nicht ändern.

Es lag mir daran, die andere Seite des in dem Aufsatz aufgeworfenen Problemes *grell* zu beleuchten. Ich tue das in einer Zeit, wo niemand mehr die Konsequenzen seiner *Handlungen* tragen will, bald niemand mehr sich getrauen wird, sie dem Verbrecher aufzuerlegen. Zu gleicher Zeit wird ein Volk zu seinem Entsetzen mit Ruten und Skorpionen gezüchtigt für seine *Unter-*

Digitized by Google

lassungen, die es beging, als sein Schicksal seit Jahrzehnten immer deutlicher an seine Pforten pochte, bis es sich in einer unseligen Stunde dort an der Marne erfüllte: in einer Stunde das Schicksal eines ganzen großen Volkes, nicht das eines einzelnen leichtsinnigen Spielers. Dr. Wilh. Korte, Oberarzt, Eglfing

Russische Literatur.

Man muß dem Inselverlag dankbar sein — und das werden besonders die zahlreichen jetzt in Deutschland lebenden russischen Flüchtlinge tun —, daß er auch russische Literatur in der Ursprache herausgibt. Zunächst sind erschienen Turgenjew, Gedichte in Prosa (Pandora Nr. 59) und von Dostojewski der „Großinquisitor", der „Teufel" und der „Alb des Iwan Fjodorowitsch" zusammen in Nr. 25 der Sammlung Pandora. (Jedes Bändchen 5.— M.) Die Brüder Al. und David Eliasberg haben die Ausgabe einer schön gelungenen Anthologie (Rußkij Parnaß) besorgt, die derselbe Verlag in recht befriedigender Ausstattung gedruckt hat. Nicht weniger als 68 russische Dichter von Lomonossow und Derschavin bis zu den neuesten sind in charakteristischen Dichtungen vertreten.

Karl Nötzel, der ausgezeichnete Kenner Rußlands, gibt im Drei Masken Verlag, München, eine wohlgelungene Übersetzung von zwei Stücken aus der „Rechtfertigung des Guten" des bisher größten russischen Philosophen Wladimir Solovjow (1853—1900) heraus und zwar „Die nationale Frage im Lichte der Sittlichkeit" und „Der Sinn des Krieges". Beide zusammen in einem Band. Die vorzügliche Einleitung die Nötzel dazu geschrieben hat, teilt alles Wissenswerte über des Philosophen Leben, Persönlichkeit und Wirken mit. Man kann den Inhalt der beiden Stücke andeuten in zwei Aussprüchen des Philosophen selbst: „Liebe jede Nation wie deine eigene" und „Der Krieg war ein unmittelbares Mittel für die äußere und ein mittelbares für die innere Vereinigung der Menschheit".

Über das, was von Frühjahr 1917 bis August 1918 in Rußland, speziell in Petersburg vor sich gegangen ist, versucht der frühere Chef der russischen Geheimpolizei Komaroff-Kurloff in einem umfangreicheren, bei Scherl erschienenen Band „Das Ende des russischen Kaisertums" Rechenschaft abzulegen. Er greift natürlich weit zurück, um aufzuzeigen, was für Bestrebungen und Mächte zu dem tragischen Ende nicht nur des Kaiserhauses, sondern des ganzen Reiches geführt haben, sein Hauptzweck aber ist die Widerlegung aller in Gesellschaft und Presse ausgestreuten Lügen und Verleumdungen über das Herrscherhaus selbst. Adolf Dirr.

Kleine Gedanken.

Die russische Literatur ist heute ebenso krank wie ganz Rußland: entweder Freiheit ohne Gott, oder Gott ohne Freiheit.

Tolstoi ist noch nicht vergessen, aber schon in die Ferne gerückt: wehe nicht ihm, sondern uns!

Die russische Literatur vom Anfang des 20. Jahrhunderts ist nicht schlechter als die vom Anfang des 19. Jahrhunderts. Aber damals war die Zeit der Ernte, und heute lesen wir hinter den Schnittern die Ähren auf wie Ruth auf dem Felde Boas'.

[Aus Mereschkowski „Auf dem Wege nach Emmaus", Essays. Piper & Co.]

Redaktionell abgeschlossen am 26. Januar 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Hetzarbeit?

Die Welt bezichtigt jeden Deutschen der Hetzarbeit, der feststellt, daß andere gehetzt haben und hetzen. Für Versöhnungspolitik dagegen hat man es bis heute gehalten, das deutsche Volk über die wirklichen Stimmungen der anderen Länder im unklaren zu halten. Wenn im Krieg einer der größten deutschen Verlage an den deutschen Herausgeber französischer Schulausgaben das Ansinnen gestellt hat, alle deutschfeindlichen Stellen aus den französischen Schriftstellern fortzulassen, um versöhnend zu wirken, so kann man sich nicht wundern, daß in der vorausgegangenen Friedenszeit in den deutschen Schulbüchern rührende und zudem erfundene Anekdoten aus dem Leben der französischen Generale zu finden waren, die die Pfalz verwüstet haben, und daß in dem deutschen Institut zu Dorlisheim im Elsaß in den Pausen — nicht etwa in der französischen Sprachunterrichtsstunde — von den jungen Mädchen nur französisch gesprochen werden durfte, bei Strafe von 5 Pfennig für jedes deutsche Wort. Doch es bedarf keiner Einzelheiten — jeder der vor dem Krieg in eine deutsche Schule gegangen ist, weiß, daß Hetze gegen Frankreich unbekannt war. Ja, gleich nach 1870 begann eine ganz besondere Pflege französischer Literatur in Deutschland, und wenn man weiter zurückblickt, so muß man sagen, daß die Vorstellung vom „ritterlichen Frankreich", die Bewunderung des „Großen Jahrhunderts" (insbesondere Racines und Corneilles), ja die ganze Weltstellung der französischen Sprache und Zivilisation mit deutscher Hilfe geschaffen wurde. Die Selbstanbetung der Franzosen hätte die Weltstellung des französischen Geschmackes nicht schaffen können, wenn nicht die Anbetung eines anderen Volkes, des deutschen, hinzugekommen wäre. In diesem Augenblick, in dem die Franzosen alles tun, um im deutschen Elsaß durch die Schule die deutsche Sprache mit Stumpf und Stiel auszurotten, ist unmittelbar gegenüber auf der rechten Rheinseite das Französische die meistgepflegte fremde Sprache und haben schon die kleinen Buben in den badischen Realschulen sechs Wochenstunden Französisch.

Man hat Schwärmerei und Nichtkennen der Wirklichkeit in Deutschland von jeher für Philosophie und stets das eigene Humanitätsideal für die Zukunft der Welt gehalten. Wenn durch den Krieg, bei andern durch den „Frieden" ein Erwachen immer weiterer Volkskreise aus Jahrhunderte langem Traum erfolgt, so wird die nachstehende Sammlung von Zeugnissen französischer Kriegsvorbereitung stets zu jenen Urkunden gehören, die dem von Natur zu Begriffen und Worten neigenden deutschen Denken das bieten, was ihm fehlt: Anschauung.

Paul Nikolaus Cossmann.

Digitized by Google

Frankreichs Kriegsvorbereitung in der Schule und bei der Jugend.

Von Bruno Stehle.

Im Jahre 1917 wurden mir auf Veranlassung des Ministeriums des Innern für Elsaß-Lothringen aus den besetzten Gebieten von Lille bis in die Vogesen, besonders auch aus dem Gebiete von Longwy französische Jugendschriften und Schulbücher in großer Zahl zugeschickt, wie sie eben vielfach aus dem Schutt und der Asche der zerstörten Häuser herausgeholt wurden. Beim Durcharbeiten dieser Bücher fand ich, daß die Franzosen in ihnen und durch sie ganz offenkundlich auf den Krieg hinarbeiteten.

Da zur Zeit die Schuldfrage im Mittelpunkt der Erörterungen steht, dürften nachfolgende Auszüge aus diesen Büchern nicht unwillkommen sein. Sie sind nach meiner Überzeugung wohl imstande, zur Aufhellung der wichtigsten aller Fragen ein Scherflein beizutragen.

München, im Februar 1922. Dr. Stehle.

Einleitung.

Bis jetzt wurde hauptsächlich auf diplomatischem Gebiet von uns der Beweis, daß Deutschland zu Unrecht die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges zugeschoben werde, zu erbringen gesucht. Neben diesen Wegen müssen wir noch andere aufsuchen, um der Wahrheit zum Siege zu verhelfen, und einen solchen Weg schlagen die nachfolgenden Ausführungen ein.

Wenn man mit einem so gewaltigen und deshalb gefürchteten Gegner, wie Deutschland Frankreich gegenüber es war, den Kampf aufnehmen will, muß man vor allem der Volksstimmung Herr sein. Das ganze Volk muß in einen solchen politisch erregten Zustand versetzt werden, daß es vor der schweren Last eines Kampfes auf Leben und Tod nicht zurückschreckt. Die Leidenschaften müssen aus dem tiefsten Grunde der Volksseele heraufgepeitscht werden. Das haßerfüllte Innere der Gesamtbevölkerung muß blindlings auf das eine Ziel losgehen: auf Besiegung und Vernichtung des verfluchten Feindes.

Es soll hier nicht die Rede davon sein, wie Frankreich im Reichsland kein Mittel unversucht ließ, den Gedanken an die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens im Volke wachzuhalten, wie es durch gewisse Vereine die Erinnerung und Liebe zur mère patrie aufrecht erhielt, wie es das Elsaß mit französischen Zeitschriften überschwemmte, wie es den Roman in seine Dienste stellte, wie es über das ganze Reichsland durch ausgedehnte Werbetätigkeit in Wort und Schrift ein Netz spannte, an dem offen und versteckt elsässische Französlinge mitarbeiteten, wie drüben über den Vogesen Frankreich vor allem auch das Theater und den Film zu seinen Zwecken benützte. Ihren Höhepunkt erreichten diese Dinge, als elsässische Politiker als Wanderredner drüben über den Vogesen von Stadt zu Stadt zogen und das französische Volk aufhetzten. Noch schlimmer zeigte sich dieser Höhepunkt auf reichsländischem Boden in Noiseville und Weißenburg anläßlich der Enthüllung französischer Schlachtendenkmäler.

Alle diese Vorgänge bedeuteten eine stete Kriegsgefahr. Und in der Tat war das französische Volk schon im Mai und Juni 1914 so aufgeregt, daß mir z. B. befreundete elsässische Familien dringend abrieten, auf einem Pfingstausflug in die Vogesen französischen Boden zu betreten.

Alles das bedarf noch eingehender Darstellung, wenn Frankreichs Schuld an Herbeiführung des Weltkrieges vor aller Welt klargelegt werden soll. Hier soll nur von dem die Rede sein, wie Frankreich die Schule, die höhere wie die Volksschule, das Schulbuch und die Jugendschrift in seinen Dienst dazu stellte. Es ist ein altes, bekanntes Wort, demjenigen gehöre die Zukunft, der die Jugend habe. Hierin können wir dem wohlberechneten, schlauen Vorgehen der Franzosen unsere Bewunderung nicht versagen. Es fällt dem ehrlichen, schwerfälligen Deutschen wie Schuppen von den Augen, wenn er endlich in dieses Getriebe hineinsieht, in dem ein großes Räderwerk in Bewegung gesetzt ist, durch die nur ein großes Ziel verfolgt wird: Frankreichs durch den Krieg von 1870/71 verlorene Welt- und Machtstellung wieder zurück-

Digitized by Google

zugewinnen und das ehedem geraubte Reichsland erneut an Frankreich anzugliedern, den Rhein zur Grenze des Landes zu machen und Süddeutschland von Preußen zu trennen.

Um diese großen Ziele zu erreichen, nahmen die Franzosen die Schule und die in die Schulen amtlich eingeführten Schulbücher mit zu Hilfe. Dem gewaltigen Einfluß der Schule, den sie auf alle Teile des Volkes ausübt, da sie ja alle umfaßt, kann sich niemand entziehen. Jährlich wurden viele Hunderttausende aus der Schule entlassen, traten hinaus ins Leben, angefüllt mit Revancheideen, verbreiteten sie bei andern und vertieften sie in sich. So ergoß sich alljährlich ein neuer Strom des Hasses und wilder Kriegsgier aus der Schule über das ganze Volk und durchtränkte es mit seinem unheilschwangeren Gifte in allen seinen Schichten.

Es handelt sich hier um Schulbücher, die ja jedes Kind in ganz Frankreich besitzen muß. Dabei möchte ich auf die Höhe der Auflage hinweisen, die einzelne Bücher erlebt haben, und man wird ihre Gefährlichkeit erkennen. Das Buch: G. Bruno, Les enfants de Marcel. Instruction morale et civique en action verzeichnet die 36. Auflage. — Burle, L'histoire nationale, racontée aux enfants 64. Aufl. — L. Lanier, C. Rogeaux, A. Laborde, Cours de géographie méthodique. La France et ses colonies. 101. Aufl. — Désiré Blanchet, Histoire de France. 1913, 239. Aufl. — Quéchot, Deuxième livre de lecture expliquée 130000 Exemplare. A. Delapierre et A. P. de Lamarche, Exercices de mémoire 525000 Exemplare. — Gauthier et Deschamps, Cours élémentaire d'histoire de France. Paris, Hachette et Cie., 660000 Exemplare. — Ernest Lavisse, La première année d'histoire de France. 76. Aufl. Die Geschichte Frankreichs von demselben Verfasser ist in 300000 Exemplaren verbreitet. — Das Buch Le tour de la France par deux enfants par G. Bruno. Paris. Eug. Bélin, erreichte im Jahre 1910 gar die 356. Auflage. Rechnen wir auf eine Auflage nur 5000 Exemplare — das ist aber viel zu wenig — so trug das Buch seine Gedanken in 1780000 Häuser. So gewaltig wuchern diese Giftpflanzen.

Staatsbürgerliche Erziehung in Frankreich.

Wie geringes Verständnis in politischen Dingen überhaupt der Deutsche zeigt, geht auch daraus hervor, daß die meisten, die in den letzten Jahrzehnten nach Frankreich hinüberzogen, um die französische Sprache an Ort und Stelle zu studieren, an den politischen Bestrebungen im allgemeinen, an den Rache- und Wutausfällen im besonderen achtlos vorübergingen. Während des Krieges hat man dann endlich davon gehört — als es zu spät war. Und doch hatten z. B. die Lehrer Gelegenheit genug, die Schulbücher und den Unterrichtsgang auf diesem Gebiete kennenzulernen [1]).

In Wahrheit ist staatsbürgerliche Erziehung die Grundlage jeder weiteren Bildung bei den Franzosen. Sie ist aber nicht ein besonderes Fach, sondern alle Unterrichtsgegenstände müssen auf sie hinzielen. Die Art und Weise, wie die Franzosen beim Erteilen dieses Unterrichtes vorgehen, ist äußerst geschickt und vorbildlich. Darüber handelt in der Vorrede seiner „Bürgerkunde" Paul Bert [2]), Professor an der Sorbonne, Unterrichtsminister im Kabinett Gambettas von 1881—82, der die vollständige Verweltlichung der Schule in der Kammer durchsetzte. Er schreibt: Bürgerkunde

„Wenn die Schule Männer und Frauen erziehen soll, deren Moral sich nicht auf die Religion stützt, und sie sittlich bleiben sollen, auch nachdem sie zu glauben aufgehört haben, muß sie ihre erste Aufgabe in der Erziehung der Kinder zu guten Bürgern erblicken.

. . . . . .

Dieser Unterrichtsgegenstand darf sich aber nicht darauf beschränken, über bürgerliche, verwaltungstechnische, militärische und politische Einrichtungen zu lehren; die Kinder sind vielmehr insbesondere und hauptsächlich bekannt zu machen mit allen Errungenschaften, welche das Vaterland der Revolution verdankt, damit die Liebe zum Vaterlande nicht als

[1]) Zu nennen ist: Reichenbach, Revanche! Die friedensgefährlichen Tendenzen der französischen Volkserziehung in Schule und Heer. Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher. Die Schrift fand aber nicht die Beachtung, die sie verdiente. — Fritz Holl, Der Vergeltungsgedanke im französischen Schulunterricht. Süddeutsche Monatshefte, September 1917, Heft 12. — [2]) Paul Bert, L'instruction civique à l'école. Paris, Picard-Bernheim 9. éd. 1883, S. 6 und 7.

Digitized by Google

leere Formel gleich religiösen Glaubenssätzen dem Gedächtnis des Schülers eingeprägt werde; er soll die Wurzeln der Vaterlandsliebe, aus denen sie entspringt, kennen, ihre Erhabenheit schätzen und ihre Notwendigkeit begründen lernen, damit er sich auf die Pflichten dem Vaterlande gegenüber besinne.

Aus dieser Erkenntnis heraus entspringt die völlige Hingabe ans Vaterland, die restlose Pflichterfüllung und die Aufopferung für das Vaterland, für seine politischen Grundsätze, deren Sieg einen freien Mann und Bürger aus ihm gemacht hat. Auf diese Weise wird die nationale Erziehung wirklich fest und dauernd begründet.

Dieser bürgerkundliche Unterricht darf aber nicht auf besondere Stunden beschränkt bleiben; er muß wie der Moralunterricht den gesamten Unterricht durchdringen; alle Unterrichtsgegenstände (Diktat, Lesen, Schreibvorschriften) und besonders der Geschichtsunterricht sollen auf ihn hinzielen und Beiträge liefern.

Der Geschichtsunterricht dient aber diesem Zwecke nicht, wenn er das Gedächtnis mit einem Ballast von Namen unbekannter Könige, mit Daten von Schlachten, legendenartigen Erzählungen, abgeschmackten Anekdoten belastet. Die Jugend soll einen Einblick in die Entwicklung der Menschen im Laufe der Zeiten gewinnen; sie soll erfahren, mit welchen Opfern und Leiden die Nation gegründet und wie bürgerliche und religiöse Freiheiten erkauft worden sind, welchen Glanz Frankreich über die Welt verbreitet, welche berühmten und verdienstvollen Männer Frankreich hervorgebracht, für welche großen Ideen es sich stets zum Vorkämpfer gemacht hat, damit sie die großen Männer ehren und verehren lernen, die im Kampfe um den Fortschritt und die Grundsätze der Wahrheit gelitten haben, damit sie die gesellschaftlichen Einrichtungen, welche diese Männer vorbereitet haben, lieben lernen, um ihrerseits ihre Verteidigung und Vervollkommnung in die Hand zu nehmen und endlich auch, um den Fanatismus und die Tyrannei verachten und hassen zu lernen. Auf diese Weise wird in den Herzen der Jugend die Liebe, Verehrung und Achtung für Vaterland und Freiheit entfacht.

Der Unterricht in Bürgerkunde ist gleicherweise in den Mädchen- und Knabenschulen zu erteilen; denn die Kenntnis der Ideen der Freiheit und Gleichheit ist für die künftigen Gattinnen und Mütter ebenso wichtig wie für die Knaben; es ist nötig, daß die einen wie die andern durchdrungen sind von der Größe der Aufgabe, die jeder Bürger in einem demokratischen Staate zu erfüllen hat."

Paul Berts Ausführungen bildeten das Rezept, nach dem eine große Zahl ähnlicher „Bürgerkunden" angefertigt wurden, an denen der angehende Staatsbürger für das Vaterland herangebildet werden sollte.

Vaterland. Was ist das Vaterland? Die Beantwortung dieser Frage geschieht nicht auf dem Wege der Definition, sondern wird als eine mehr gefühlsmäßige Erörterung gegeben und folgt in den meisten Büchern der Darstellung von E. Souvestre in seiner Schrift Le philosophe sous les toits. Sie lautet folgendermaßen:

„Das ist alles, was dich umgibt, was dich erzogen und ernährt hat, alles was du geliebt hast. Diese Fluren, die du siehst, diese Häuser[1]), diese Bäume, diese jungen Mädchen, die dort lachend vorübergehen[2]), das ist das Vaterland. Die Gesetze, die dich schützen, das Brot, durch das deine Arbeit bezahlt wird, die Worte, die du wechselst, Freud und Leid, die dir von Menschen und Dingen kommen, unter denen du lebst: das ist das Vaterland. Das Kämmerchen, in dem du ehedem deine Mutter gesehen, die Erinnerungen, die sie dir hinterlassen hat, die Erde, in der sie ruht: das ist das Vaterland. Du siehst es, du atmest es überall! Stelle dir, mein Sohn, deine Rechte und Pflichten vor, deine Neigungen und deine Bedürfnisse, deine Erinnerungen und deine Dankbarkeit, zusammengefaßt unter *einem* Namen, dann wird dieser Name sein: Vaterland.

Die Augen voll Tränen stand der Knabe da, dem dies gesagt wurde, und er zitterte vor Erregung."

Auf der letzten Seite ihrer Geschichte wenden sich Gauthier und Deschamps[3]) an den kleinen Franzosen und rufen ihm zu:

---

[1]) Dafür in einigen Büchern moissons (statt maisons) Ernten. — [2]) Dieser Satz fehlt in manchen Büchern. — [3]) Gauthier et Deschamps, a. a. O., S. 93.

Digitized by Google

„Du hast geweint, kleiner Franzose, als du dein Vaterland 1870 so schwach und erniedrigt sahst.

Trockne deine Tränen, mein Kleiner; sieh doch, wie schön heute Frankreich ist, wie stark und friedliebend, Frankreich, das sich selbst regiert.

Betrachte die herrlichen Kolonien, die es erobert hat! Wie schreiten seine stolzen und wohldisziplinierten Regimenter vorüber, die dich beschützen! Sieh, wie die größten Herrscher Europas kommen, um offiziell Besuch zu machen. Unser republikanisches Frankreich empfängt sie mit stolzer Würde, aber doch mit Liebenswürdigkeit.

Betrachte das alles, kleiner Franzose, und erhebe dein Haupt. Sage dir, daß du der Sohn einer großen, einer mächtigen Nation bist und man sich danach benehmen muß.

Tu für das unsterbliche Vaterland, was du für deinen Vater und deine Mutter tust: Arbeite, arbeite, mein Sohn, um dich deiner Ahnen würdig zu zeigen, die für das so süße Frankreich, für das leidenschaftlich verehrte Frankreich ihre Seelen, ihr Leben geopfert haben."

Es klingt heutzutage wie ein Hohn in Anbetracht des rohen Vorgehens der Franzosen gegen die Besiegten, wenn wir in dem Moralbüchlein von Lechantre[1]) von Frankreich lesen:

„Der Reichtum seines Bodens, die Schönheit seines Klimas, die Gerechtigkeit seiner Gesetze, der Edelsinn in seinen Gefühlen, die glänzenden Fortschritte in den Künsten, Wissenschaften und in der Industrie, die Siege seiner Heere und die Werke seiner großen Männer haben Frankreich zur Königin der zivilisierten Welt gemacht."

In dem Moralbuch von Poignet und Bernat[2]) finden wir gar den Satz:

„**Jeder Mensch hat eine doppelte Heimat, sein Vaterland und Frankreich.**" „Frankreich ist ein ruhmreiches Land, es ist im wahrsten Sinne des Wortes das Land des Ruhmes und der Tapferkeit; es hat alle Völker besiegt, und wenn es manchmal unterlegen ist, so geschah dies nicht aus Mangel an Mut. Es ist weiter ein vornehm und edeldenkendes Land, und es hat oft gekämpft und sein Blut vergossen, um die Schwachen gegen die Unterdrücker zu unterstützen."

Caumont[3]) drückt den Gedanken von der doppelten Heimat, der in Frankreich gang und gäbe zu sein scheint, folgendermaßen aus:

„Frage deinen Freund, welches Land er am meisten liebt, so wird er dir antworten, das ist mein Heimatland. Und nichts natürlicher als das. Aber fragt ihr ihn dann, welchem Land er nach dem Seinigen den Vorzug gebe, so wird er euch sagen: das ist Frankreich. Alle Gefragten werden in der Antwort darin übereinstimmen, daß Frankreich ihr zweites Vaterland ist."

Lavisse, von dem später noch öfters die Rede sein wird, meint:

„Indem wir Frankreich verteidigen, verteidigen wir das schönste und edelste Land der Welt."

Nach Victor Hugo gibt Frankreich die Tagesordnung für das Denken der Welt an. Es wirft eine Frage auf, und sie wird sofort von der ganzen Menschheit erörtert. Es löst sie, und diese Lösung wird Gesetz. Die edlen Regungen aller Völker stammen von ihm, alle unmerklichen Übergänge vom Schlechten zum Guten.

Fahne

Sind schon solche Besprechungen imstande, derartige Aufregungen, Zittern und Tränen im kleinen Franzosen auszulösen, wie wir oben gehört haben, so noch vielmehr die Erinnerung an die französische Fahne, die Trikolore.

Nach G. Bruno[4]) ist:

„Treue der Fahne die erste Soldatentugend, seine Fahne verlieren, ist für ein Regiment fast soviel wie die Ehre verlieren. Ach! meine Freunde, unsere Soldaten mußten im letzten Kriege viele Demütigungen erleiden, aber die härteste war die nach der schimpflichen Kapitulation von Sedan und Metz, als sie dem Feinde die Fahnen übergeben mußten."

Darauf erzählt Verfasser, wie die Fahnen in Metz, die den Deutschen hätten übergeben

[1]) Lechantre, Résumé d'instruction morale et civique. 29. éd. Douai, A. Degez, S. 18. — [2]) Poignet et Bernat, Le Livre unique de morale et d'instruction civique. Paris, Vve August Godchaux, 1910, Lekt. 18. — [3]) Caumont, Lectures courantes. Notre département Meurthe et Moselle par Crosson. Paris, Delagrave, S. 229. — [4]) Les enfants de Marcel. Instruction morale et çivique en action. 36. éd. Paris, Belin frères, S. 147.

Digitized by Google

werden sollen, vor diesen teilweise gerettet wurden. Die Fahnenstangen wurden verbrannt, das Fahnentuch in Teile zerrissen und die Stücke unter die Soldaten verteilt:

„Dieses Stück der glorreichen französischen Fahne, das ich von Metz wegtrug, habe ich stets gehütet; ich werde es wie eine heilige Reliquie bis zu meinem Tode aufbewahren."

Die Trikolore, das Symbol der Großmut, der Ehre und des Ruhmes [1]), ist wie ein politischer Katechismus, geschrieben mit drei Farben. Sie hat drei Farben, um unsere drei Glaubenssätze uns ins Gedächtnis zu rufen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit [2]).

Die Trikolore gibt in den schlimmsten Zeiten neuen Mut, neue Kraft, neue Hoffnung. Nach einem kleinen Gedichte [3]) „Der Trommelschläger" kehren die Truppen aus dem Kampfe zurück. Sie sind besiegt; aber erhobenen Hauptes können sie einziehen; sie haben ihre Pflicht getan. Obgleich unsere Niederlage traurig ist, begrüßen wir die Ankommenden mit Hochachtung und rufen ihnen zu:

„Wohlan, Mut, weinen wir nicht!
Arbeiten und hoffen wir: das nächste Mal wird der Sieg unser sein!
Wir werden der Fahne den Trauerflor abnehmen; in ihren Falten werden wir Siege verzeichnen."

Dieses Vorgehen in der staatsbürgerlichen Erziehung ist von höchster Bedeutung; denn durch sie wurde der Boden in dem kindlichen Herzen bereitet, das deutschfeindliche Nationalgefühl bis zur Siedehitze gesteigert. Der Schüler ist in einer gewaltigen Erregung, und begierig wird er die Lehren, die ihm auf diesem Gebiete in den verschiedenen Fächern zuteil werden, in sich aufnehmen. Ein heiliger Schauer durchrieselt die noch zarten Glieder bei den Worten Vaterland und Trikolore, und grimmer Zorn steigt später in ihm auf, wenn von dem Jahre 1870/71, den bösen Deutschen, dem verstümmelten Vaterlande, den verlorenen Provinzen die Rede ist. Sein Auge glüht, krampfhaft ballt sich die Faust, er schwört, jedem Deutschen den Fehdehandschuh ins Gesicht zu schleudern. Im Weltkrieg haben wir den französischen Schulmeister an seinen Früchten erkannt. Gefangene und Verschleppte aus Elsaß-Lothringen wissen davon zu erzählen.

Es läßt sich übrigens nicht leugnen, daß solche Verehrung der Trikolore, wenn sie in der französischen schwülstigen Aufmachung auch übertrieben ist, etwas Rührendes und vor allem in hervorragendem Sinne etwas Erzieherisches an sich hat. In der Bürgerkunde von dem schon genannten Bert finde ich eine Stelle, die auch uns zum Vorbild und zur Nachahmung dienen könnte. „Große Manöver sind in der Nähe; dahin geht morgen der Ausflug", so sprach der Lehrer. „Alle müssen dabei sein, um das französische Banner zu begrüßen!" Und einige Seiten weiter ermahnt er eindringlich: „Morgen, wenn die Trikolore an euch vorüberziehen wird, vergeßt ja nicht, euer Käpplein abzunehmen und mit Hochachtung das Symbol des Vaterlandes zu begrüßen [4])."

Also nicht um ihre Neugierde zu befriedigen, sollen die Kinder zu den Manövern hinausziehen, sondern einzig und allein um der Trikolore, dem Symbol des Vaterlandes, ihre Huldigung darzubringen, ihre Liebe zum Vaterlande zu steigern.

Hetzarbeit in französischen Jugendschriften.

Wenn im folgenden Mitteilungen aus Jugendschriften und Schulbüchern gemacht werden, so muß man, um ihre bodenlose Gemeinheit recht zu würdigen, sich stets vor Augen halten, daß wir in der gesamten deutschen Jugendliteratur nichts besitzen, was auch nur im entferntesten damit zu vergleichen wäre. Dies hervorzuheben, scheint mir wichtig. Ich kenne kein deutsches Kinderbuch, in dem — nicht Haß gegen den Erbfeind gepredigt wird — nein, in dem der Erbfeind auch nur mit einem Worte erwähnt wird. Wie innig, sinnig, unschuldig, aus reinem deutschen Gemüt entsprungen sind dagegen unsere Jugendbücher!

[1]) Vgl. La fin d'un drapeau in Bouillot, Le Français par les textes. Paris, Hachette et Cie., S. 360. Ebenso Mironneau, Choix des lectures. Paris, Armand Colin, S. 359. — [2]) Partie scolaire. Manuel général de l'instruction morale. Année scolaire 1910—11, S. 379. — [3]) G. Jost et V. Humbert, Lectures pratiques. Paris, Hachette et Cie., S. 135. — Vgl. im folgenden das Gedicht von Max Tiple „An die Blumen des Elsaß". — [4]) Paul Bert a. a. O., S. 11 und 30.

Digitized by Google

Das erste Buch, dem unsere Besprechung gilt, ist eine Weihnachtsgeschichte, wohl gemerkt, eine Geschichte zum Christfest. Verfaßt ist es von keinem Geringeren als von dem Dichter Déroulède. Wir Deutsche nannten ihn freilich seinerzeit den verrückten Poeten. In Frankreich aber genießt er hohes Ansehen.

Dieses Weihnachtsbuch, in Großoktav, mit zahlreichen farbigen Bildern, führt den Titel: Monsieur le Hulan et les trois couleurs[1]). Der Herr Ulan und die drei Farben. Gewidmet ist es aux tout petits, also den ganz Kleinen. Der Ulan ist der Repräsentant des Deutschen an sich. In dieser Gestalt wird in diesem Hochgesang des Hasses der Deutsche schon den ganz kleinen französischen Kindern vorgeführt. Also ein Säufer schlimmster Sorte ist der Deutsche und ein Mörder unschuldiger Kinder und wehrloser Frauen dazu. Als ein ganz niedrigstehendes Individuum nach jeder Seite erscheint dieser Ulan, der hier als Vertreter der deutschen Regierung die Aufsicht über das politische Gebaren der elsaß-lothringischen Bevölkerung führt.

Schade, daß neben dem Inhalt, den ich teils in Versen, teils in Prosa wiedergebe, nicht auch die Bilder vorgeführt werden können. Sie erst würden uns den rechten Begriff von dem schändlichen Machwerk geben.

Der Herr Ulan.

Es war Weihnachtsabend. In einem elsässischen oder vielleicht auch lothringischen Dorfe, vielleicht in beiden, nahe an der Mosel und nicht weit vom Rhein, stellten die Kleinen ihre Schuhe an den Ofen und schliefen dann den Schlaf der glücklichen Kindheit. Und siehe, um Mitternacht, da machte sich das Jesuskind auf den Weg, riß vom Himmelszelt ein Sternlein los, das ihm auf dem Wege leuchten sollte, teilte die Geschenke eiligst aus — es hat ja viel zu tun an diesem Abend — und kehrte dann in den Himmel zurück, nachdem es den Stern am Firmament aufs neue befestigt hatte.

Am andern Morgen fanden die Kinder in ihren Schuhen dreifarbige Schleifen, riefen jubelnd aus: „O liebe Farben, ich erkenne euch wieder!“ und befestigten sie an ihren Mützen. Außer sich vor Freude liefen sie auf den großen Platz, wo Großmütterchen und Großvater wohnten. Dieser lächelte, als er die Kinder sah; Großmutter aber küßte sie.

„War das in Lothringen? war's im Elsaß?
Sicher war's in Freundesland.“

Mit diesen Schleifen geschmückt, kommen die Kinder an einer Kneipe vorbei. Rauchend sitzt auf einer Bank ein Ulan unter der Tür. Die Farben, die er zu tragen verbietet, und die er auch aus den Herzen reißen möchte, machen ihn rasend. Er läßt den Armen die Köpfe abschlagen.

Dann wackelt der Ulan, stolz auf seine Tat, die er göttlich findet, wie eine besoffene Ente seiner schrecklichen Behausung zu und betrinkt sich hier noch mehr in Bier und Wein. Schwankend geht er seiner Sitte gemäß weiter und begegnet einer Frau, die er anstößt. Er mustert sie. Ja, ja, diese blauen Augen, dieses weiße Gesicht, diese roten Lippen... Ja, bei Gott! Das sind eben die Farben, die er zu tragen verbietet und — je mehr er darüber nachdenkt, je mehr er sie selbst betrachtet, desto mehr sieht er ein, daß man ihn verspotten will. „Das Gesicht ist ja eine Kokarde“, ruft er aus. Die Frau fleht umsonst, der Ulan läßt sie erschießen.

„Aber alle diese Grabhügel sind kaum geschlossen,
Da erheben sich aus dem Boden zu Hunderten
Kornblumen, Lilien und Klatschrosen;
Wie eine Fahne bedecken sie die Erde.
Der Herr Ulan, er heult vor Wut
Und läßt hundert Bündel Reisig holen.“

„Heraus mit ihnen mit Stumpf und Stiel! Diese verfluchten Blumen! Ins Feuer mit euch! und ihr Farben, die ihr zu triumphieren glaubt!“ ...so rief er. Aber sieh! die Flamme, eine Stunde weit zu sehen, stieg rot, weiß, blau zum Himmel. Der Herr Ulan ließ sie ersticken.

[1]) Paul Déroulède, Monsieur le Hulan et les trois couleurs. Conte de Noël, Illustration de Kauffmann. Paris, A. Lahure, C. Marpon et E. Flammarion.

Digitized by Google

„Die Flamme ist gelöscht, nichts rührt sich mehr,
Nur der Rauch... O verhaßtes Schauspiel!
Selbst der Rauch erhebt sich in des Himmels Blau
In weißen Flocken zu dem roten Glanz der Sonne.
Der Herr Ulan entflieht in seine Hütte,
Legt sich nieder auf den Bauch und schließt die Augen.
Und als er sah, daß Menschen, Erd' und Himmel
Daß alles sich gen ihn verschwor,
Daß die drei Farben, die ihn außer Fassung bringen,
Immer weiter glänzen, um ihn verrückt zu machen,
Da tut der Herr Ulan, was er muß tun,
Der Herr Ulan läßt sich begraben."

Damit ist die schreckliche Geschichte — man kann auch sagen Blödsinn — wohl zu Ende? Nein, noch nicht! Es folgt ein noch größerer! Alles wurde wieder hergestellt, wie rechtens war. Die Getöteten stehen aus ihren Gräbern auf:

„Die kleinen Kinder holen ihre Köpfe wieder,
Die Frau mit ihren blauen Augen kehret in ihr Heim zurück,
Und von des Himmels Höhen streut der liebe Gott
Glück aus mit vollen Händen und Blumen auch im Überfluß."

Das Buch ist, wie gesagt, mit Bildern reich geschmückt. Das Titelbild zeigt eine Nachtigall, die dem Dichter diesen grandiosen Stoff zuraunte, singend auf einem Zweig, der mit blauen Kornblumen, weißen Wucherblumen und rotem Mohn geschmückt ist. Sie selbst trägt eine blau-weiß-rote Schleife um ihren Hals. Im Hintergrund erhebt sich das Straßburger Münster in die blaue Luft. Der Herr Ulan, wo immer er auftritt, zeigt sich mit seinen gespreizten Beinen, seiner roten Nase, seiner herausfordernden Stellung als echter Wüterich. Mit sichtlicher Freude betrachtet der Unmensch die Leiber der armen Kinder, die um den Hackklotz liegen. In ihm steckt noch das Beil, und in Strömen fließt das Blut von ihm zur Erde. Auf dem Stiel des Beiles sitzt der Totenvogel und teilt des Unholds Freude. Die Erschießung der Frau in elsässischer Tracht, das Hinschlachten der Kinder, deren Köpfe und Körper zerstreut am Boden liegen, müssen auf die Herzen der ganz Kleinen, denen das Buch gewidmet ist, einen unauslöschlichen Eindruck machen.

So sehen französische Jugendschriften aus, Jugendschriften zum Weihnachtsfeste, dem Feste der versöhnenden Liebe, geschrieben.

Solch rohes Vorgehen lernten dann die elsässischen Französlinge von den Franzosen. In ihrem Solde schrieb der Colmarer Hansi zwei Bücher Mon village und L'histoire d'Alsace.

Das Buch Mon village[1]), mein Heimatdorf, ist ausdrücklich für französische Kinder bestimmt. Die Jugendschrift trägt die Widmung: Pour les petits enfants de France, Für die kleinen Kinder Frankreichs. Das Buch erschien kurz vor dem Weltkrieg.

Schon das Vorwort zeigt die Tendenz des Buches und offenbart, wozu die Kinder geführt werden sollen.

S. 1: „Im ganzen Elsaß werdet ihr Kinder finden, die glücklich sind, wenn sie mit französischen Soldaten spielen, stolze junge Leute, die den Rücken nicht krümmen wollen, und alte tapfere Männer, die vor Glück strahlen, daß sie in Frankreich gedient haben. Aber überall werdet ihr auch unglückseligerweise den Gendarmen finden, einen Tölpel von fremder Rasse, den Vollstrecker ungerechter und aufreizender Gesetze. Dieses Dorf, dessen lachende Häuser ebenso viele Leiden verbergen, ist ein Abbild des ganzen Elsaß."

Nun folgen 15 Bilder mit nebenstehendem Text, die ich am besten selbst sprechen lasse, und es ist nur schade, daß die Bilder hier nicht gegeben werden können; sie erst würden eine richtige Vorstellung von der Niedertracht dieses Geschreibsels gewähren.

S. 2: Blühende Bäume, grünende Wiesen, so beschreibt und malt Hansi das Dorf und seine Umgebung. Singende und spielende Kinder. Die Kinder des Dorfes spielen mit den 10(!) Kindern des Gendarmen Soldat; aber so, daß diese stets den Feind darstellen

[1]) Mon village. Ceux qui n'oublient pas. Dessins et commentaires par l'oncle Hansi. Staat librairie Strasbourg 1914.

Digitized by Google

müssen und in die Flucht geschlagen werden. „Sollte man nicht glauben, daß es das größte Glück sei, in diesem Dorfe zu leben? Ja, wenn man da unten auf der großen Straße nicht auch die plumpe und vierschrötige Gestalt des Gendarmen erblickte!"

S. 4 und 5 schildern die Ankunft des Storches, angeblich des Symboles des Elsaß, und die Freude von alt und jung über dieses Ereignis ist groß. Die Kinder läßt er das Verschen singen, nebenbei eine dreiste Lüge, elsässische Dorfkinder können nicht französisch singen:

Cigogn', Cigogn'! t'as d'la chance	Storch, Storch, du hast es fein,
Tous les ans pass's en France,	Darfst jedes Jahr in Frankreich sein!
Cigogn', Cigogn'! Rapport' nous	Storch, Storch! bring uns du
Dans ton bec un p'tit piou-piou![1])	Im Schnabel einen kleinen Piou-Piou.

S. 6 und 7 wird uns die Schule[2]) des Dorfes vorgeführt. Der neue Lehrer mit roten Haaren, einer großen Brille — alle Deutschen seit der Urzeit tragen nach Hansis Zeichnungen Brillen — einem Gummistehkragen und mit einem grünen Röcklein angetan, steht in scharfem Gegensatz zum alten Schulmeister, der schon die Väter und Mütter der Kleinen Französisch lehrte. Um die Dummheit dieses neuen Lehrers, den die Regierung schickte, offen kundzutun, ließ er ihn auf die große Schultafel schreiben: Groß-Berlin ist die größte Stadt der Welt. 2×2=5. Er spricht nur ein mühsam angequältes, gesuchtes Hochdeutsch, ist Berichterstatter der deutschen Straßburger Zeitung, trägt beim Unterrichten stets einen Stock in der Hand und verprügelt alle Kinder mit Ausnahme der des Gendarmen. Für diese ist er ganz Honig und ganz Zucker. Er glaubt alles zu wissen und kann doch nichts als patriotische Lieder zum Überdruß lernen und wiederholen lassen.

Die Kinder sind nach dem Bilde eine böse Bande. Einer der Buben spielt mit französischen Soldaten, ein anderer läßt einen Maikäfer, den er an einem Bein angebunden, über den Tisch krabbeln, ein dritter malt seinem Vordermann, dem Sohne des Gendarmen, eine Pickelhaube auf den Rücken, ein vierter hat den Lehrer abgezeichnet. Aber der sieht von alldem nichts, er steckt seine Nase in das Buch und unterrichtet drauf los.

Bild und Beschreibung auf S. 8 bis 12 führen uns in eine elsässische Wohnstube, in der die Mutter ihre Mädchen für den Kirchgang richtet. Die Wände der Stube sind mit zwei Bildern geziert, von denen das eine Napoleon I. darstellt, das andere einen französischen Soldaten, wohl eine Erinnerung an die Soldatenzeit des Besitzers. Mit der Schilderung des Sonntagmorgens hört Hansi bald auf, bringt dafür eine aufhetzende Geschichte von dem kleinen Yerri Klipfel. Sein Vater sprach eines Tages ein unvorsichtiges Wort über Kaiser Wilhelm und mußte deshalb flüchten. Da er noch militärpflichtig war, wurde sein Hab und Gut eingezogen; die Mutter starb aus Gram darüber. Sein Vater war natürlich nach Frankreich geeilt, trat in die Fremdenlegion und schickte von da aus dem Kleinen Bilder (französische Soldaten) und ein Stück blau-weiß-rotes Band, das er sorgfältig in seinem Gebetbuch aufbewahrte.

S. 12 sehen wir auf dem Bilde drei alte französische Veteranen, die zur Kirche gehen. Mit ernsten, verdrossenen Gesichtern schreiten sie einher, in ihren langen Röcken, roten Westen und mit der französischen Medaille auf der Brust. Sie sprechen kein Wort auf ihrem Wege.

„Die Einwohner meines Dorfes lieben das Schweigen, und man kann sagen, daß die Stimmen von ehedem, die Stimmen des Schmerzes und des Zornes stumm sind... Und man weiß wohl, falls zufällig einer der Unsrigen unzufrieden ist, daß Staatsanwalt und Gendarm da sind, um ihm den Mund zu schließen."

Zum Schluß läßt er die drei den Schwur erneuern, den in der Nationalversammlung zu Bordeaux der elsässische Abgeordnete leistete:

„Wir schwören für uns wie für unsere Kinder und ihre Nachkommen, ewig das Recht der Elsässer und Lothringer in Anspruch zu nehmen, Glieder der französischen Nation zu bleiben."

S. 14 und 15 wird ein Sonntag-Nachmittag in dem Dorfe geschildert. Die Buben spielen mit Soldaten und schreien vor Freude, wenn sie im Spiel einen französischen Tambour-Major, eine Marketenderin mit ihrer Wespentaille oder einen Fähnrich gewinnen.

[1]) Infanterist. — [2]) Auf die elsäß. Lehrer waren die Franzosen und elsäß. Französlinge besonders geladen, da sie sich fast ohne Ausnahme ganz auf deutschen Standpunkt gestellt hatten.

Digitized by Google

„Im ganzen Elsaß hat an der Börse, an der mit kleinen Soldaten gehandelt wird, die Pickelhaube nicht den Wert eines Kirschensteines, und vier dieser kläglichen, schwarzen Soldaten kommen im Preise kaum einem Rothosen gleich, ganz wie in der Geschichte."

Am Sonntag Nachmittag geht auch der Herr Gendarm, begleitet von seiner Gattin, mit seinen 10 Kindern spazieren:

„Die Fräulein Irmentrude, Hildegarde, Elsa, Hulda, die Herren Wilhelm, Siegfried, Inhaber von Freistellen am Gymnasium — auf unsere Kosten —, endlich Karlchen mit seiner ewigen Brotschnitte und Hänschen in seiner Schürze aus Wachstuch. Dieser großartige Aufzug marschiert am Freiheitsbaum vorbei, und sofort hören die Vögel auf zu singen."

Die deutschen Touristen mit den runden, federgeschmückten Hütchen, dem Rucksack, der bequemen Joppe, den Wadenstrümpfen und den genagelten Schuhen haben es Hansi angetan. Er findet nicht Worte und Bilder genug, um über sie seinen beißenden Spott immer wieder auszugießen und die schlimmsten Zerrbilder von ihnen zu zeichnen (S. 16 und 17). Wie ganz anders sind die Franzosen dargestellt! Auch sie erscheinen von drüben in unserm Dorf, aber sie kommen im Kraftwagen, in feinem Anzug, Damen und Herren; und die putzigen, feinen Kinderchen erst! Ihnen ruft Hansi S. 18 zu:

„Französische Touristen, ihr solltet wohl wieder kommen, uns öfters besuchen, uns eure Freunde von drüben zuführen, uns Bücher, Zeitungen, Bilder bringen. Die kleinen Elsässer lieben die Franzosen aus Naturtrieb, fast ohne sie zu kennen. Wenn sie sie öfters sehen könnten, würden sie sie noch viel mehr lieben."

Meßti oder Kilwe (Kirchweih) ist im ganzen Elsaß ein großes Fest. Ihm widmet Hansi vier Seiten (S. 20—23) in Wort und Bild. Nach diesem tragen Kinder Teig zu Kuchen, Gugelhopf und Bretzeln in gewaltiger Ausdehnung zum Bäcker, um hier die guten Sachen backen zu lassen. Aus dem Hintergrund sieht der Sohn des Gendarmen voll Gier auf das leckere Gebäck, während er selbst nur ein Stück Schwarzbrot in der Hand hält. Er denkt beim Anblick der Süßigkeiten an seinen Vater, der zu sagen pflegt: „Diesen Elsässern geht es noch viel zu gut." „Und Karl wälzt in seinem Kopfe schreckliche Rachepläne für später — wann er einmal Polizeikommissar sein wird."

Dann beginnt das Fest auf dem öffentlichen Platze. Ringelspiele, Kaufbuden mit Gertweiler Lebkuchen, ein Tanzplatz, die Musikanten fehlen nicht.

„Aber das Fest beginnt nicht vor dem Rundgang des Herrn Gendarmen. Denn er macht ihn, um zu sehen, ob die deutsche Fahne dem Gesetz gemäß höher hängt als die übrigen Fahnen; dann beguckt er aufs genaueste die Bude mit den Lebkuchen, um nachzuforschen, ob man da vielleicht Backwerk, geziert mit Bildern in französischen Farben, ausstellt."

S. 24, 25. Kaisers Geburtstag. Vor uns auf dem Bilde der Rathausplatz von Weißenburg. Rechts vom Rathaus das Gasthaus zum Schwanen. Aus ihm torkelt eine große Anzahl von Festteilnehmern. Der Platz selbst wimmelt von betrunkenen Offizieren und Beamten in Frack und Uniform. Einer von ihnen fällt eben auf den Boden, ein anderer schläft auf der Erde, indem er sich dabei an einen Laternenpfahl anlehnt.

Solchem Bilde entspricht der begleitende Text. Er schließt nach Schilderung der betrunkenen Gesellschaft, die aus Schul-, Kommerzien-, Archiv-, Forst-, Sanitäts- und Rechnungsräten, gewöhnlichen, Geheimen und Wirklich Geheimen erster, zweiter und dritter Klasse besteht, mit den Worten: „Als ich klein war, schien es mir, daß an diesem Tage die Franzosen keine große Mühe haben würden, das Elsaß wieder zu holen."

So feiern Deutsche im Elsaß das Kaiserfest. Andere Feste feiern elsässische Kinder. Wir werden S. 26 und 27 auf einen Berg geführt, auch bei Weißenburg. Auf ihm erhebt sich das französische Weißenburger Denkmal mit dem großen gallischen Hahn, das vor einigen Jahren errichtet wurde. In seiner Nähe stehen ein elsässischer Knabe und ein elsässisches Mädchen. Sie tragen einen Kranz von Immortellen in der Hand und schauen unverwandt nach dem Horizont, an dem Scharen französischer Soldaten vorüberstürmen, die Rachegeister kommender Zeiten. Im Winde weht die Trikolore.

„Und wenn wir gegen Abend zu dem französischen Denkmal kommen, das auf dem Boden errichtet wurde, auf dem die Unsrigen dreimal mit dem Länderräuber sich geschlagen haben, da ergreift uns eine tiefe Bewegung. Die letzten Strahlen der unter-

Digitized by Google

gehenden Sonne vergolden den stolzen Hahn aus Erz; er scheint in Zorn zu geraten, und auf seinen Ruf glaubt man herauf vom Horizont die Schwadronen heldenmütiger Kämpfer heranstürmen zu sehen. Wahrhaftig, das ist ein Fest des Herzens, an dessen Feier uns keine Regierung wird hindern können."

S. 28, 29. „Aber das schönste Fest unseres Dorfes, das Fest des 14. Juli, feiert man hier nicht. Nach Nanzig zu gehen, um der Parade beizuwohnen, das ist der goldene Traum eines jeden Knaben. Diejenigen, die dieses Glück haben, ziehen schon am frühen Morgen fort, und ihr fröhliches Lachen schallt in die frische Morgenluft hinaus. Sie kommen zurück, wenn der Gendarm schon zu Bette liegt; und der Wagen, der sie am Bahnhof aufnimmt, ist mit (französischen) Fahnen ganz beflaggt. In alle Winde konnten sie hinausrufen, was ihr Herz drückte; für Monate ist Freude in ihr Herz eingezogen... Die Fahrt nach Nanzig ist mit großen Ausgaben und Mühen verbunden; aber während Wochen und Monaten werdet ihr die Festteilnehmer ohne Mühe erkennen: ihre Augen glänzen von inniger und strahlender Freude wieder."

Letztes Bild. Es ist Nacht. Auf der einen Seite der Nachtwächter Spinner und der alte Schulmeister Vetter, auf der andern das Dorf in Dunkel gehüllt. Auf der Straße nur der Nachtwächter mit seiner Laterne. Früher war Spinner, erzählt uns der Text, ein nüchterner Mann, jetzt aber hat er sich angewöhnt, sobald einem Zeppelin etwas zugestoßen, in der Kneipe zu erscheinen und sich einen halben Liter Wein zu bestellen. So wurde er in Anbetracht der Häufigkeit solcher Unglücksfälle zum Trinker. Er hofft, daß beim nächsten Zusammenstoß die Preußen gründlich verhauen werden. „Bessere Tage werden kommen, und dann werden diese braven Leute mit Gerechtigkeit behandelt werden, und es wird in meinem Dorfe nur freie und glückliche Elsässer geben."

Im Dorfe wird es still und stiller. Alles schläft. Nur aus dem Haus des alten Schulmeisters schimmert noch ein Licht heraus. Er hat einige Bauern um sich versammelt, übersetzt und erklärt ihnen Zeitungen, die aus Nanzig gekommen sind. Im Elsaß sind sie verboten, weil sie die Liebe zu Frankreich wachhalten.

Damit endigt das Buch, das „für die kleinen Kinder Frankreichs" geschrieben ist und nicht allzulange vor Ausbruch des Weltkrieges erschien. Es sollte jedenfalls ein Hauptschlager sein, um durch Verhetzung des Volkes jenseits der Vogesen seinen Ausbruch möglichst zu beschleunigen. Dieses Buch lag damals öffentlich in einer Straßburger Buchhandlung aus.

Ebenso bewarf Hansi alles, was deutsch ist, in seinem schon 1912 erschienen Buche „Die Geschichte des Elsaß". L'histoire d'Alsace. racontée aux petits enfants d'Alsace et de France par l'oncle Hansi. Paris, H. Floury 1912. Auch in diesem Buche wird das Deutschtum auf jeder Seite in Wort und Bild herabgerissen, mit Kot beworfen. Alles, was an das Deutsche in Vergangenheit und Gegenwart erinnert, sollte verekelt werden. Der Gedanke, daß beide in Paris erschienenen Bücher, deren treffliche Ausstattung hohe Summen erforderte, mit französischem Gelde herausgegeben wurden, liegt nahe.

Das Buch, 1912 erschienen, in den Händen französischer und auch elsässischer Kinder, mußte einen glühenden Haß gegen Deutschland hervorrufen. Mit den Waffen des Spottes, des Hohnes, der Lüge und Verleumdung wird da in Wort und Bild gegen uns losgezogen, und ich halte es für geradezu ausgeschlossen, daß ein Kind sich dem Einfluß dieser niedrig stehenden Schmähschrift und dieser Schmähbilder entziehen konnte.

Wissenschaftlich ist das Buch wertlos. Verfasser bringt nicht mehr, als jeder Leitfaden über elsässische Geschichte auch gibt, nur dargestellt — nicht von einem französischen Standpunkt aus — sondern von dem eines Lügners und Verleumders.

Es muß hier ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der Titel racontée aux petits enfants d'Alsace irreführend ist. Von den elsässischen kleinen Kindern konnte nur eine ganz verschwindende Zahl das französische Buch lesen; es wurde für die kleinen Kinder Frankreichs geschrieben, wie es ja auch heißt: aux petits enfants de France.

S. 2 schildert er die linksrheinischen Kelten als große, schlanke, tapfere Männer, deren hübsche Frauen Kleider von lebhaften Farben und schönen Schmuck lieben [1]). Die Germanen dagegen auf der rechten Seite des Rheines waren im Gegensatze zu ihnen Wilde. Sie trugen lange, schlecht gekämmte, fuchsrote Haare, Bärte Bürsten gleich, wie heute noch...; waren sie zahlreich, so glaubte man, eine Herde Bären oder Wölfe zu sehen.

[1]) Nachkommen dieser hübschen keltischen Frauen sind die heutigen Französinnen (!).

Digitized by Google

Und nun fährt Hanſi fort:

„Der Rhein trennte dieſe beiden ſo verſchiedenen Völker; erinnert euch wohl daran! Wenn ihr ſpäter in der Schule, oder im Lyzeum ſein werdet, ſo wird man verſuchen, euch den Glauben beizubringen, daß das Land der Germanen ſich bis zu den Vogeſen ausdehnte; das iſt nicht wahr. Die größten Gelehrten haben dafür den Beweis erbracht [1]). Wiederholt dies in der Pauſe bei allen euren Kameraden, aber widerſprecht in der Klaſſe nicht dem Herrn Profeſſor. Als ich noch klein war, bin ich mit drei Stunden Nachſitzen beſtraft worden, weil ich mich weigerte, es zu glauben."

S. 3. „Dieſe beſtändigen Einfälle wiederholten ſie Hunderte von Jahren hindurch. Und wenn ihr heute euch mit elſäſſiſchen Bauern, mit Leuten aus dem Volke unterhaltet, die Vertrauen genug in euch ſetzen, um ihre Gedanken mitzuteilen, ſo werdet ihr bemerken, daß alle, alle einen inſtinktiven Haß und eine Wut gegen den Badener und gegen alles haben, was von der rechten Rheinſeite kommt. Dieſer Haß kommt eben ſchon aus den älteſten Zeiten."

In dieſem Sinne iſt Hanſis Buch geſchrieben; dementſprechend ſind die Bilder. Häßlicher konnte man die alten Deutſchen, konnte man Arioviſt und ſein Gefolge nicht darſtellen. Um den Spruch: „Gott mit uns", der ſich auf jeder Gürtelſchnalle unſerer Soldaten befindet, zu verſpotten, trägt S. 5 ein Germane auf dem Gürtel den Spruch: Wotan mit uns!

S. 6. Nach Hanſis Schilderung ſuchten 58 v. Chr. Schwaben, Bayern, Preußen, Sachſen [2]) in das Elſaß einzufallen. Die Preußen ſind noch ungebildeter als die andern. Im ganzen waren es 120 000, „die auf ihrem Zuge alles verbrannten und plünderten, indem ſie in ihre Säcke, die ſie auf dem Rücken trugen, alles ſteckten, insbeſondere Sonnenuhren, die in dieſer fernen Zeit als Stutzuhren dienten." Vgl. die angeblichen Uhrendiebſtähle des Jahres 1870/71.

S. 8. „Ihre Beuteſtücke, das Silberzeug und vor allem die Sonnenuhren, die ſie in ihren Säcken hatten, hinderten die Germanen, nach der verlorenen Schlacht über den Rhein zu ſchwimmen": *ſo ſchildert Hanſi die Schlacht zwiſchen Cäſar und Arioviſt im Jahre 58 v. Chr.*

Hier ſei eingeſchaltet, daß Hanſi überall, wo er einzelne Bilder deutſcher Soldaten in den Text einſtreut, dieſe geſtohlene Stutzuhren unter dem Arme tragen läßt; ſo S. 62, 76, 84, 85. Ja ſogar einer von den durch Turenne aus Türkheim hinausgeſchlagenen Brandenburgern (1675) trägt auf ſeiner Flucht eine große *Wanduhr* unter dem Arm (S. 60).

S. 12. Unter den Römern erlebte das Elſaß glückliche Zeiten.

„Der Prokonſul, heute Statthalter, hätte wohl gelacht, wenn man ihm von Rom aus befohlen hätte, die Straßennamen ins Lateiniſche zu überſetzen. Niemals beſchäftigte er ſeine Legionsſoldaten damit, aufzupaſſen, ob am Tage des Cäſarfeſtes die galliſchen Wirtſchaften mit Girlanden und Blattwerk geziert ſeien und ob im Innern eine Büſte des Auguſtus über dem Ladentiſch throne. Auch konnten ſie ſingen was ſie wollten. Sie konnten nach ihrer Sitte den Hymnus der Maſſilier [3]) oder das Lied Sambremoſa [4]) anſtimmen, ohne daß ein Zenſor ſich jemals darum bekümmerte. Ein Barbier nannte ſich im Keltiſchen ‚Barreckes' [5]), und die Centurionen und Tribunen ließen ſich bei ihm raſieren, ohne die Forderung zu erheben, daß der Barbier ſich ‚Friſonius' nenne."

Zu ſolchen läppiſchen Haßausbrüchen läßt ſich der Verfaſſer hinreißen und nennt das dann Geſchichte. Aber eines erreicht er damit. Die unſchuldigen Kinderſeelen, für die das Geſchreibſel beſtimmt iſt, an dem auch viele kritikloſe Alte ihre Freude haben, hüben wie drüben der Vogeſen, vergiftet er für immer.

Solches Gift zu verſpritzen gibt ihm nun der Zug der Hunnen, die ja über den Rhein von Oſten herkamen, willkommene Gelegenheit. S. 20. „*Alles, was im Laufe der Zeiten an Unglück, Elend und Häßlichem ins Elſaß kam, das kam von der*

[1]) Eine unverſchämte Lüge. — [2]) Sehr bezeichnend für dieſen Hiſtoriker, als ob es damals dieſe Völkerſchaften gegeben hätte. — [3]) Anſpielung auf die Marſeillaiſe. — [4]) Sambre et Meuse. — [5]) Elſäſſiſches Dialektwort für Perruquier. — Das Ganze eine Verhöhnung der deutſchen Beſtimmungen über franzöſiſche Straßenſchilder, über die Feier des Kaiſerfeſtes, über das Singen der Marſeillaiſe und das Spielen des Marſches Sambre et Meuse und franzöſiſche Firmenſchilder.

Digitized by Google

rechten Rheinseite. Nach den Alemannen die Vandalen, nach den Vandalen die Hunnen und so fort bis auf unsere Tage. Heute noch die Architekten, die die Baudenkmale restaurieren [1]), die Polizeikommissare, die Ausnahmegesetze, die alldeutschen Tageszeitungen, die Margarine: alles kommt von drüben über den Rhein [2])!"

Wenn der Verfasser der elsässischen Geschichte auf der einen Seite alles herunterreißt, was von drüben kommt, so wird auf der andern Seite alles Französische in den Himmel erhoben. Um die hl. Odilia ihrem Vater zu entziehen, der das blinde Kind töten lassen wollte, wurde sie nach Frankreich in ein Kloster gebracht. „So wurde Odilia", fährt Hansi S. 24 fort, „ganz wie die kleinen Elsässerinnen heute in Frankreich erzogen, und das ist zweifelsohne der Grund, warum ihre Erziehung so vollkommen war."

Die glänzende Geschichte unseres Elsaß im Mittelalter, besonders die Zeiten unter den Staufen, passen Hansi wenig in seinen Kram. Nun, so übergeht er eben diese Verhältnisse und lügt dreist drauf los, indem er S. 31 erzählt: „Der deutsche Kaiser war sehr weit weg, und man kannte ihn wenig. Er dachte nicht daran, seine Sprache den neuen(?) Untertanen aufzuzwingen; es war ihm gleichgültig, ob sie ihn verabscheuten oder nicht. Und keine politische Polizei war damit belastet, Erkundigungen über die Gesinnungen der Elsässer einzuziehen. Da das Land fast unabhängig blieb, ist es wahrscheinlich, daß die Annexion keinerlei Gewalttätigkeit gegen die Gefühle der großen Masse der Einwohner ausübte."

Es würde zu weit führen und wäre dem Buche zuviel Ehre angetan, wollten wir noch mehr aus dem Geschreibsel, in dem jedes Kapitel von ähnlichen Bosheiten strotzt, in dieser Ausdehnung mitteilen. Daß sein Herz bei Vorführung der französischen Zeit geradezu schwelgt, kann nach dem Gesagten nicht wundernehmen. Aber den Schluß des Buches S. 99 wiederzugeben, kann ich mir nicht versagen; hier ruft er uns Deutschen zu:

„Fahret nur fort, Jagd auf die französischen Inschriften bis zu den Leichensteinen zu machen! Erfindet, verkündiget täglich neue quälende Maßnahmen! Was kümmert das uns! Die Alldeutschen, diese Schwachköpfe, geschwollen von Hochmut bis zum Platzen, diese Strohpuppen, die gerne die Eroberer der Welt sein möchten, und die nichts als gehässige Denunzianten oder lächerliche Maulhelden sind, verlangen mit großem Geschrei nach neuen Gewalttaten gegen uns. Was liegt daran! Recht und Gerechtigkeit haben stets triumphiert. Man ist in diesen Tagen soweit gegangen, wenn wir nicht gescheit würden, uns mit der größten Strafe zu drohen — — uns zu Preußen zu machen. Lachen wir, fassen wir Mut, indem wir uns auf die Lehren unserer Geschichte besinnen. Wir haben die Hunnen, Vandalen und Panduren über uns ergehen lassen... und Elsaß ist Elsaß geblieben."

Über die Bilder ließe sich vieles sagen. Auf zwei sei noch besonders aufmerksam gemacht. S. 21 sehen wir im Hintergrund das brennende Metz, im Vordergrund sitzt Attila hoch zu Roß und neben ihm seine Führer. In der Mitte jubeln die hunnischen Reiter über die brennende Stadt und schwenken Lanzen und Schwerter hoch in der Luft. Ganz dasselbe Bild nach Zusammensetzung und Stellung der Personen S. 91. Nur im Hintergrund Straßburg mit seinem Münster, das sich vom hellerleuchteten Himmel scharf abhebt und statt der Gottesgeißel sitzt Wilhelm I. auf seinem Pferde — ein neuer Attila — und betrachtet die brennende Stadt.

Dieses Buch, eine Hetzschrift schlimmster Art von Anfang bis zu Ende, soll sich einer besonderen Empfehlung des französischen Kultusministers erfreuen und in Tausenden von Exemplaren in Frankreich und im Elsaß verbreitet worden sein.

---

[1]) Eine Verhöhnung der Restaurierung der Jung-St.-Peterskirche in Straßburg. — [2]) Es ist eigentlich Hansi zuviel Ehre angetan, wenn man ihn überhaupt einer Entgegnung würdigt. Und doch nur einige Beispiele: Die Wiege des Erbauers des wunderbaren Straßburger Münsters, Erwins von Steinbach, stand im Schwarzwald; der größte Schulmann des Elsaß, Johannes Sturm, stammte aus Schleiden in der Eifel: der Vater des bedeutendsten Malers seiner Zeit, Martin Schongauer, kam aus Bayern ins Elsaß. Die Familie des Malers Hans Baldung, von dem das Hochaltarbild im Freiburger Münster gemalt ist, kam aus Schwäbisch-Gmünd. Nicht aus dem Elsaß, sondern aus Mainz war auch Gutenberg, der Erfinder der Buchdruckerkunst. Was haben die Hohenstaufen für das Elsaß getan! An sie erinnern die zahlreichen Ruinen einstiger herrlicher Ritterburgen und die prachtvollen Gotteshäuser in Hagenau, Schlettstadt, Rosheim.

Digitized by Google

Ebenso schamlos ist ein Buch, das ein französischer Geschichtsprofessor geschrieben, der die Geschichte einer Familie aus Molsheim, Unter-Elsaß, schildert. Natürlich muß der Träger der Geschichte aus dem Elsaß sein; dadurch hatte Verfasser am ehesten Gelegenheit, gegen das Deutschtum loszufahren. Besonders zu betonen ist, daß dieses Buch auf dem Titel die ausdrückliche Bemerkung trägt, daß es für Schulbibliotheken amtlich genehmigt wurde. Welche Verbreitung muß das Buch haben! Mir lag die 51.(!) Auflage vor. Der Titel lautet:

Jean Felber von A. Chalamet, Prof. der Geschichte, Paris, Picard und Kaan. 51. Auflage, amtlich genehmigt für Schulbibliotheken. Geschichte einer elsässischen Familie aus Molsheim. Die zahlreichen Wanderungen der einzelnen Mitglieder durch ganz Frankreich geben Gelegenheit zu allerhand Belehrungen geschichtlicher, geographischer und naturkundlicher Art. Die Hauptsache sind aber der Krieg von 1870/71 und die Schilderung der mannigfachen Leiden, die er für die Familie Felber bringt.

Einleitung (S. 5). Die Geschichte Elsaß-Lothringens ist enthalten in zwei Sätzen: „Elsaß-Lothringen ist lange französisch gewesen und hat während zwei Jahrhunderten nicht aufgehört, Frankreich Beweise seiner Zuneigung und Hingebung zu liefern. — Elsaß-Lothringen ist uns nach dem unheilvollen Kriege von 1870 gewaltsam entrissen, ist von den Deutschen genommen worden, die es gegen seinen Willen und ohne es zu befragen, zu einer Provinz ihres Reiches gemacht haben." Dann fährt er fort:

„... Ihr sollt wissen, daß 1870 unsere Soldaten in mehreren Schlachten besiegt wurden, nicht weil sie es an Mut fehlen ließen, sondern weil sie nicht zahlreich genug und nicht genügend vorbereitet waren, um gegen die furchtbaren deutschen Heere zu kämpfen.

Ihr sollt wissen, daß damals 30 unserer Departements die Schande und den Schmerz des feindlichen Einfalls tragen mußten.

Ihr sollt wissen, daß über 6 Monate lang Frankreich den Kampf fortsetzte, ohne sich durch unerhörtes Unheil niederdrücken zu lassen; daß es durch seine Hartnäckigkeit sogar seine Feinde in Staunen setzte; daß es Heere aus nichts schuf, um die Geschlagenen zu ersetzen, daß es alle rief, die ein Gewehr halten konnten ...

Als seine Heere jedoch überall zurückgeschlagen, seine Festungen genommen waren, als seine Hauptstadt Paris in Feindesgewalt gefallen war, da mußte Frankreich nachgeben. Es mußte die Bedingungen des Siegers ertragen, und der Sieger war unbarmherzig. Er nahm ein Stück aus unserm Leibe; er nahm uns Elsaß-Lothringen; er wendete gegen uns die Kanonen von Straßburg und Metz, dieser so französischen Städte, 1½ Millionen Elsässer, die Franzosen bleiben wollten, verurteilte er dazu, Deutsche zu werden.

Vergessen wir nicht!

Gedenken wir dieser Tausenden von Mitbürgern, die schon so lange leiden und nicht müde werden, zu hoffen.

Deutschland hat es vermocht zu siegen und zu erobern; Liebe hat es nicht zu gewinnen gewußt. Heute wie am Tage nach ihren Siegen werden die Deutschen in den geraubten Provinzen verabscheut. Sie sind dort nicht zu Hause; sie lagern dort wie in Feindesland und halten sich bloß durch Gewalt.

In ihrem Zorn vermehren sie die Strenge; die Gefängnisse füllen sich mit elsässischen Patrioten, unnachsichtige Richter sehen überall Verbrechen. Für ein Wort, eine Geste, ein Lied läuft man Gefahr, wie ein Übeltäter verhaftet und eingekerkert zu werden. Unglückliche Menschen sind verurteilt und monatelang in Haft gehalten worden für den einfachen Ruf: Vive la France! oder weil sie die dreifarbige Kokarde, die Farben des verlorenen Vaterlandes, an den Hut gesteckt hatten.

Sogar die kleinen Kinder sind ein Gegenstand der Unruhe für diese so starken und selbstbewußten Deutschen. Ja, eure Kameraden, die elsaß-lothringischen Schulkinder, werden als Verdächtige und Aufrührer behandelt. Man hat aus ihrem Lehrplan das Französische gestrichen; man verbietet ihnen den Gebrauch des Französischen unter sich, bei Unterhaltung und Spiel; man bestraft sie, wenn sie die verbotene Sprache sprechen."

Kriegserklärung. (S. 42). „... Wie so viele andere, so hielt damals Vater Felber Frankreich für unbezwingbar ... Hatten nicht unsere Ahnen in den Kriegen der Revolution zwanzigmal gesiegt über diese Deutschen, diese heute so anmaßenden Preußen?

Digitized by Google

Wenn diese Lektionen nicht gereicht haben sollten, wenn diese Burschen wieder Händel suchten, wenn sie Jena vergessen hatten, unsere Generäle und Soldaten würden ihnen das Gedächtnis schon wieder auffrischen."

Die Deutschen hausen in einem Bauernhof (S. 62). — „Sie gaben den Pferden Heu, daß es ihnen bis an den Bauch reichte; dann waren die Hafersäcke an der Reihe, die sie mit dem Säbel aufschlitzten ...; die einen verwüsten den Garten, andere jagen nach Hühnern und Enten, andere bringen aus dem Hause ganze Körbe voll Speck und Wurst. Die Köche werfen Fleisch und Gemüse in die Kessel, in denen das Schweinefutter gekocht wird; eine auf dem Misthaufen gefundene Gabel dient zum Umrühren... ihr schlechtes Schwarzbrotzerbröckeln sie und werfen es in die Brühe, bis diese eine Art Mörtel bildet, in dem der Löffel aufrecht stehen bleibt."

Belagerung Straßburgs (S. 64). — „Die Besatzung ist bereit, auf schanzende Arbeiter zu schießen; aber ein beobachtender Offizier gibt plötzlich Gegenbefehl: Nicht schießen! Es sind keine Deutschen, sondern französische Bauern, die sie zwingen, ihre Arbeit zu tun, die Elenden!... So eine Schandtat! Die Feiglinge bleiben in ihren Löchern versteckt und nötigen Franzosen zum Bauen der Deckungen, unter deren Schutze sie eine französische Stadt beschießen werden!... Mit Absicht werfen sie Tod und Brand in die bevölkerten Straßen der Stadt. Sie beschießen die Stadt, aber ohne die Wälle anzugreifen. Sie töten in den Betten Greise, Frauen und Kinder; doch die Soldaten bekämpfen sie nicht. In schändlicher Berechnung zählen sie darauf, daß die erschreckte Bevölkerung die Besatzung zur Übergabe zwingen werde... Die öffentlichen Gebäude werden nicht verschont; dort diese Feuergarbe ist die brennende Bibliothek; morgen wird es das wunderbare einzige Bauwerk, der Stolz der Straßburger, das Münster sein, welches das Ziel der feindlichen Artillerie bilden wird."

„Das Bürgerspital stand in Flammen. Man glaubte, es sei durch das rote Kreuz der Genfer Konvention geschützt, die von Deutschland mitunterzeichnet wurde. Aber Deutschland verleugnete seine Unterschrift und seine Verpflichtungen, es mißachtete die Wissenschaft und steckte die Bibliothek in Brand; es mißachtete Kunst und Religion durch Beschießung des Münsters; es mißachtete die Leiden und die Menschlichkeit, indem es das Spital dem Feuer weihte... 600 zerstörte Häuser, 10 000 obdachlose Menschen, Hunderte von Getöteten oder Krüppeln, das waren die deutschen Gaben an diejenigen, die sie ihre elsässischen Brüder nannten."

In deutscher Gefangenschaft (S. 77). — „Die Märsche waren lang, die Ernährung unzureichend, die Begleitmannschaften hart und grausam. Einige der Unglücklichen fielen entkräftet zu Boden. Da kamen die deutschen Soldaten und richteten sie auf mit Fußtritten und Kolbenstößen... Über 20 000 Franzosen starben nach erschreckenden Leiden auf Deutschlands Straßen und in seinen Gefängnissen... Die Franzosen wurden aufgeladen in Viehwagen, die zum Transport von Kavallerie gedient hatten und ungereinigt geblieben waren. Die Gefangenen konnten weder sitzen noch liegen; sie litten durch Kälte und Hunger; beim Aussteigen versagten die Glieder ihren Dienst... Fast alle husteten, die Kranken wurden erst im letzten Augenblick in die überfüllten Lazarette aufgenommen."

Die Deutschen in Molsheim (S. 113). — „Anfangs waren alle voller Hoffnung. Wer es gewagt hätte, von der Möglichkeit unserer Niederlage zu reden, wäre als Verräter und als schlechter Franzose bezeichnet worden... Was die Flüchtlinge von der preußischen Grausamkeit erzählten, von Raub und Mord, die sie verübten, war nicht beruhigend. Wir konnten aber nicht glauben, daß ein kultiviertes Volk so nach Art der Wilden Krieg führe... Doch sollten wir bald eines Besseren belehrt werden... Fast alle diese Deutschen kannten unser Land; wir hatten den Fehler begangen, sie früher zu leicht bei uns aufzunehmen.

Der Bürgermeister und zwei andere hochstehende Bürger wurden verhaftet, in Ketten gelegt und eingekerkert. Zwei arme Teufel, die zu viel geredet und laut ihre Meinung über die Preußen ausgesprochen hatten, wurden zum Tod verurteilt und erschossen. So handeln die Preußen überall. Über 20 elsässische Dörfer haben das gleiche harte Schicksal

Digitized by Google

erlitten, wie Molsheim. Wenn sie aber meinen, daß man diese Abscheulichkeiten je vergessen wird, ... Nur Geduld! Was heute nicht geschieht, kann morgen getan werden; der Tag der Rache wird kommen..."

Rückkehr der Familie nach Molsheim. (S. 135). — „Die Preußen haben endlich unser Häuschen verlassen, aber in welchem Zustand! Alles ist geraubt: die Möbel sind weggekommen oder verbrannt; sie haben unsern Wein getrunken, unsere beiden Kühe gestohlen, die Obst- und Spalierbäume ausgerissen."

Ende des Krieges (S. 136). — „Wir deutsch werden! Wir, die wir sie verabscheuen; die wir alle unsere Söhne dem französischen Heere gaben, damit sie Deutschland bekämpften; ist denn das möglich? Hat man das Recht, die Leute gegen ihren Willen an sich zu reißen? Ach! Frankreich muß wirklich ganz entkräftet sein, daß es diese Ungerechtigkeit zuläßt! Die unglücklichen Elsässer rufen ihm zu: Wir sind Franzosen, wollen Franzosen bleiben! Und Frankreich sollte nichts für sie tun können, müßte sich abwenden von den Flehenden, sollte ihren Bitten kein Gehör schenken!"

Es folgt die Darstellung der Nationalversammlung in Bordeaux und die wörtliche Wiedergabe des Protestes der elsaß-lothringischen Abgeordneten bei dieser Versammlung: Die Vertreter des Elsasses und Lothringens haben vor Eintritt in die Verhandlungen eine Erklärung abgegeben, die ihr Recht bei Frankreich zu bleiben ausdrücklich hervorhebt:

„Wir werden, allem Recht zu Trotz und durch abscheuliche Gewalt mißbraucht, fremder Herrschaft ausgeliefert und haben eine letzte Pflicht zu erfüllen. Wir erklären aufs neue für nichtig einen Vertrag, der ohne unsere Einwilligung über uns verfügt. Die Zurückforderung des alten Rechts bleibt jedem einzelnen nach Maßgabe des Gewissens vorbehalten... Unsere Wünsche begleiten Sie, und wir werden vertrauensvoll warten, bis das wiedergeborene Frankreich den Lauf seiner hohen Bestimmung aufs neue aufnimmt. Ihre elsaß-lothringischen Brüder, für den Augenblick von der gemeinsamen Familie getrennt, werden dem abwesenden Frankreich ihre kindliche Liebe erhalten, bis zu dem Tage, wo es zurückkehren wird, seinen Platz an unserm Herde wieder einzunehmen."

Ausspruch eines jungen Franzosen (S. 215). — „Unser Lehrer sagte, wir müßten uns kräftigen und den Marsch üben, um einst gute Soldaten zu werden. Und wir wollen alle Soldaten werden, um den Preußen das Elsaß wiederabzunehmen. Euer Lehrer tut recht daran, Euch Liebe zum Elsaß einzupflanzen; denn im Elsaß wird auch Frankreich sehr geliebt."

Jeans Bruder entzieht sich der deutschen Wehrpflicht (S. 240). — „Um diesem Schmerz, dieser Demütigung zu entgehen, blieb nur ein Mittel: Fortgehen in die Verbannung. Grausame Wahl, vor die die preußische Eroberung unsere jungen elsässischen Mitbürger stellte! Bleiben sie im Lande, dann werden sie deutsche Soldaten und laufen Gefahr, im Kriegsfalle gegen Frankreich kämpfen zu müssen. Entschließen sie sich aber fortzuziehen, so trennen sie sich für immer von Heimat, Familie und Jugendfreunden; denn wer ins Elsaß zurückkehrte, würde als Fahnenflüchtiger mit jahrelangem Gefängnis bestraft. Nun, sie zögern nicht; jährlich verlassen Tausende von ihnen die Heimat."

18 Jahre nach dem Kriege (S. 344). — „Seit der preußischen Eroberung hat sich die arme Stadt Molsheim sehr verändert. So viele unbekannte Gesichter sieht man, so viele befreundete sieht man nicht mehr!... Fort ist der brave Schulmeister Mathis, der 40 Jahre seines Lebens in Molsheim zugebracht hat... Der arme Mann war ein zu guter Franzose; die neuen Herrscher des Elsasses haben ihn weggejagt. Um ihn zu ersetzen, ließen sie aus Deutschland einen jungen Mann kommen mit unangenehmem Äußern, hochmütigem und selbstgefälligem Ausdruck, mit falschem Blick hinter einer großen Brille. Niemand hat Lust, sich mit ihm zu unterhalten. Fort ist auch Lipp, der Wirt Zum goldenen Pflug; sein Nachfolger stammt von jenseits des Rheins. Das Wirtshaus wird nur noch besucht von trinkenden, schreienden, schimpfenden preußischen Soldaten. Nur rasch vorüber und weiter! Was ist dieser große Neubau dort in der Vorstadt? Eine neu erbaute Kaserne für die deutsche Garnison. Hier auf dem Marktplatz haben wir wieder exerzierende deutsche Soldaten. Man trifft sie ja überall an, diese Fremden, als greifbares Bild der Eroberung und Unterjochung. Überall auf dem Pflaster ertönt der Schritt

Digitized by Google

ihrer schweren Stiefel; sie gehen vorbei steif, hochmütig, wortlos. Es sind ja nur Fremdlinge hier im Elsaß, nie werden sie aus den Herzen unserer annektierten Mitbürger das Andenken an den lebhaften, lustigen, gutmütigen, französischen Troupier vertreiben.

Aber still! Hier muß man schweigen und seine Gefühle im Herzen vergraben können; denn überall im unglücklichen Elsaßlande drohen Spionieren und Angeberei. Jeder Tag bringt die Kunde von lächerlichen, gehässigen Verurteilungen vor Gericht. Hier werden Eltern mit unerschwinglichen Geldstrafen bedacht, weil ihre Söhne auswanderten, um nicht im deutschen Heere dienen zu müssen; dort werden junge Leute eingekerkert, weil sie die Marseillaise gesungen oder den Deutschen Böses nachgesagt haben.

Aber nun kommt das Schönste. Entmutigt von ihren fruchtlosen Bemühungen und in der Einsicht, daß sie im Elsaß stets Feinde sein werden, haben die Deutschen ein neues Verfolgungsmittel ersonnen. Sie wollen alle Beziehungen zwischen Frankreich und Elsaß unterbrechen. Niemand mehr darf die Grenze ohne Erlaubnis der deutschen Behörde überschreiten, und diese Erlaubnis wird heute versagt...

So wird 18 Jahre nach der Eroberung das Elsaß von den Deutschen behandelt, grausamer Gegensatz! Während 1889 Frankreich das 100jährige Gedächtnis der Revolution, der Befreiung und Freiheit aller feierte, wurden unsere unglücklichen Mitbürger in dieser Weise verfolgt."

Schluß (S. 368). — Eine Anrede an eine Jugendwehr in Frankreich: „Am Tage der großen Prüfung müßt Ihr besser vorbereitet sein, als Eure Väter es 1870 waren... Frankreich hat große Generäle, große Schriftsteller, Künstler und Gelehrte gehabt. Aber andere Völker können ähnlichen Ruhm für sich auch beanspruchen. Frankreich eigentümlich ist jedoch, daß sein Volk gut, großmütig, gerechtigkeitliebender ist als andere, daß es an die Möglichkeit des Besserwerdens der Welt glaubt und an dieser Besserung arbeiten will. Nirgends findet man glühendere Menschenliebe und lebendigeres Mitgefühl für die Schwachen und Enterbten... Wir haben sehr schlimme Zeiten durchlebt; aber heute dürfen wir auf eine bessere Zukunft hoffen."

Der letzte Satz ist der Ausspruch eines Jungen (S. 370):

„Beruhige dich, Großvater, habe Vertrauen! **Wir, die kleinen Schuljungen von heute und Soldaten von morgen, wir werden den Preußen das Elsaß wieder abnehmen.**"

Hetzarbeit in französischen Schulbüchern.

Mit solchem Schmutz bewarf Frankreich in seinen Jugendschriften das deutsche Volk. Die eigentlichen Schulbücher strotzen von demselben Unflat. Und doch ist ein Unterschied zwischen ihnen. Die Jugendschriften werden im stillen Kämmerlein von dem glücklichen Besitzer verschlungen, vielleicht auch im Kreise der Familie vorgelesen. Die einzelnen Stücke in den Schulbüchern werden in der Schule gemeinsam gelesen, vom Lehrer besprochen und erklärt, wobei selbstredend mehr Gelegenheit gegeben ist, sich eingehend mit dem Inhalt zu beschäftigen. Ein reges Frage- und Antwortspiel vertieft die Gedanken, holt Lesestücke mit ähnlichen Gedankengängen herbei, zieht Vergleiche und verankert so alle diese Stoffe fest in der kindlichen Seele. Und da diese noch weich ist wie Wachs, bleiben die Eindrücke, die die Schule vermittelt, bis ins späteste Alter.

Daß zu solcher Hetzarbeit besonders Erzählungen aus dem Kriege 1870/71 sich eignen, ist naheliegend. In ihnen werden die Deutschen überall als grausame Barbaren geschildert.

Die erste der nachstehenden Erzählungen findet sich in einer Reihe von Lesebüchern; der Text hier ist aus einem Mädchenlesebuch[1]) genommen; er lautet:

„Im Jahre 1870 marschierte in Lothringen ein französisches Regiment, das verfolgt wurde, an dem Bauerngut Villedieu vorbei. Bald nachher kamen die Preußen. ‚Welchen

[1]) Marie Robert Halt, Suzette. Livre de lecture courante à usage de jeunes filles. Paris, Delaplane, S. 17. — Decolly, Pagnoz, Serout, Langue française. Paris, Bibliothèque d'éducation. — J. Dussonchet, Cours primaire de Grammaire française. Paris, Hachette et Cie., S. 158. — M. Guyan, La première année de lecture courante morale. Armand Colin et Cie., 1889.

Digitized by Google

Weg haben die Franzosen genommen?' fragte der Hauptmann die junge Bäuerin Susanne Didier. Die Landsmännin der Johanna d'Arc verweigerte die Auskunft. ‚Sprich oder stirb!' — Sie blieb stumm. Schon sind die Gewehre auf sie gerichtet. Sie schweigt noch immer. — ‚Feuer!' — Das edle Mädchen fiel, von der Kugel getroffen, zu Boden."

Ebenso erschossen wird nach einem anderen Lesestück ein Waisenknabe mit seinem Lehrer, der ihn aufgezogen[1]). Er hatte zugunsten der Franzosen spioniert, wurde dabei von den Ulanen gefangen, war nicht zum Reden zu bewegen und erlitt wie sein Pflegevater, der ebenfalls beharrlich schwieg, den Tod durch Erschießen. Bei der letzten Frage: „Wollt ihr reden?" riefen sie: „Es lebe Frankreich!" Da fielen die edelmütigen Opfer, von 12 Kugeln durchbohrt, zur Erde. Eine Zeichnung, die uns die Erschießung veranschaulicht, muß die Geschichte noch gruseliger machen.

Eine solche Erzählung geben Poignet und Bernat[2]) in Lektion 17:

„Der kleine Hirtenknabe, der für sein Vaterland stirbt. Eines Tages — Jahre sind verstrichen — lag Frankreich mit einem andern Lande im Kampfe. Unsere Soldaten hatten tapfer gestritten, um die Feinde zu hindern, in das Vaterland einzudringen. Aber ach! Die Feinde waren zahlreicher, und die Franzosen wurden umzingelt, besiegt, zerstreut. Einige hundert Mann allein entkamen dem Blutbad und zogen sich kämpfend nach Frankreich hinein. Die kleine Truppe, von dem siegreichen Feinde fast umschlossen, fand sich plötzlich durch einen breiten und tiefen Fluß aufgehalten. Keine Brücke! Keine Schiffe! Wie sollten sie hinüber kommen? Schon näherte sich das feindliche Heer. Ein kleiner Hirtenknabe, ein Kind von eurem Alter, hütete am Ufer des Flusses seine Herde. Er sah die abgeschnittenen Franzosen und die ihnen drohende Gefahr. Er lief zu ihnen und wandte sich an ihren Führer mit den Worten: ‚Sie wollen hinüber? Folgen Sie mir! Ich kenne eine Stelle, wo das Wasser nicht tief ist, eine Furt. Vertrauen Sie sich mir an, und in einigen Minuten werden Sie an dem andern Ufer in Sicherheit sein.' Die Franzosen folgten ihrem kleinen Führer. Der Offizier ließ zuerst alle seine Soldaten hinübergehen, dann, im Begriffe selbst die Furt zu durchwaten, sagte er zu dem Kind: ‚Du rettest uns das Leben, aber du setzest dein eigenes aufs Spiel. Wenn du in die Hände der Feinde fällst, werden sie dich töten. Komm mit uns!' ‚Nein', sagte das Kind, dabei zeigte es mit dem Finger auf eine niedrige Hütte. ‚Dort wohnt meine alte Mutter, ich kann sie nicht verlassen. Lassen Sie mich hier und fliehen Sie!' Kaum war eine Stunde vergangen, seitdem die Flüchtigen die Furt durchschritten hatten, als der feindliche Vortrab an das Ufer des Flusses kam. Wütend war der Offizier, als er außer Schußweite in der Ferne die französischen Soldaten sah, die eben verschwanden. Plötzlich fiel sein Blick auf den kleinen Hirtenknaben. Mit rohen Worten hieß er ihn herankommen. ‚Ein Trupp französischer Soldaten hat eben den Fluß überschritten; du mußtest sie sehen.' ‚Ja', sagte das Kind. ‚Zeig uns die Stelle, an der sie hinüber sind.' Keine Antwort. ‚Nimm dich in acht,' sagte der Offizier, ‚wenn du nicht antwortest, kann ich dich erschießen lassen.' Der Kleine hob seinen Kopf in die Höhe, sagte aber nichts. ‚Du hast ihnen', schrie der Hauptmann, ‚die Furt gezeigt.' Diesmal sprach der Kleine. Mit ruhiger Stimme antwortete er: ‚Ja, ich hab's getan.' Der Hauptmann lud seine Pistole und richtete sie auf die Brust des Kindes. ‚Führe uns an die Furt oder du bist des Todes ...' ‚Ich kann nicht,' sagte das Kind, ‚ich kann mein Vaterland nicht verraten.' — ‚Vorwärts, oder ich schieße', schrie der Hauptmann. — Das heldenmütige Kind nahm, ohne sich von der Stelle zu rühren, seinen alten Strohhut vom Kopf, rief barhäuptig: ‚Es lebe Frankreich!' und fiel tot zur Erde."

Ähnlich die Geschichte, die sich in dem Buche von Liard[3]) findet:

„Während des Krieges von 1870 näherten sich die Preußen dem Dorfe Pasly. Der Gemeindelehrer Julius Desbordeaux versammelte sofort die kräftigen Bewohner des

[1]) La deuxième année d'André, Cours moyen. Librairie catholique Emmanuel Vitte, Paris, Lyon. — [2]) A. Poignet et Bernat, Le livre unique de morale et d'instruction civique. Paris, Vve Auguste Godchaux. Dieselbe Erzählung, bedeutend erweitert, in M. Guyan a. a. O. [3]) Louis Liard, Morale et enseignement civique à l'usage des écoles primaires. Paris, Léopold Cerf., S. 106. Kurz mitgeteilt in Jarrach, Lavatre et Batittat, Leçons de Morale et d'instruction civique. Paris, Garnier frères, S. 75.

Digitized by Google

Dorfes und schickte sich an, an ihrer Spitze den Feind zu vertreiben. Vergebliche Mühe! Die Preußen waren zu zahlreich für diese handvoll tapferer Leute. Herren des Dorfes geworden, gingen sie schnurgerade auf die Schule los, nahmen den Lehrer gefangen und erschossen ihn."

Hier hätte doch notwendigerweise der Verfasser, der über Bürgerkunde und Gesetze unterrichten will, in den Anmerkungen klarmachen müssen, daß der angebliche Schulmeister mit seinen Dorfleuten gegen reguläre Truppen nicht kämpfen durfte, und daß er nach allgemeinem Völkerrecht erschossen werden mußte, sobald er in die Hände der Deutschen fiel.

Ganz auf demselben Standpunkt steht ein Lesestück in Tartière's Buch: Voix alsaciennes, Elsässische Stimmen, S. 68. Es ist der französische Volksschullehrer Max Tiple, der folgendes Gedicht schrieb:

Der Sohn einer elsässischen Mutter, die sich abends auf die Schwelle ihres Hauses setzt, wenn die untergehende Sonne ihre letzten Strahlen herübersendet, fragt, warum sie weine, warum sie verbiete, Blätter und Blüten unter den nahen Eichbäumen zu sammeln, warum der süße Name Frankreichs auf ihren Lippen schwebe, warum sie die Preußen hasse, warum sie sie verabscheue, verfluche, sie samt ihrem König. Im Jahre 1870 im Monat August, war die Antwort, ergriff dein Vater das Gewehr, um unsere Heimat, das Elsaß zu verteidigen. Es waren hundert Freiwillige, die dasselbe taten. Aber die Hälfte davon wurde von den Ulanen ergriffen und erbarmungslos erschossen. Dein Vater war auch in der Zahl.

„Du, mein Kind, erinnere dich deines Vaters,
Der durch sie hingerichtet wurde ganz nahe hier,
Und eine Stimme möge dir jeden Augenblick sagen: ‚Hoffe!'
Frankreich, das es hört, wird dir herzlich danken."

In das Geschichtsbuch von Ducoudray[1]) sind Lesestücke eingeflochten, und eines dieser Lesestücke, No. 40 S. 124, stellt folgende Opfertaten, wie sie der Verfasser auffaßt, zusammen, indem er dieses mitteilt:

Züge der Aufopferung und des Heldenmutes.

„An der Aisne wurden die drei Lehrer Debordeaux, Paulette und Leroy, der Förster Jousselin erschossen, weil sie das Vaterland verteidigt hatten. Ein alter Untersuchungsrichter von 71 Jahren mischte sich unter die Kämpfenden. Die Preußen verurteilten ihn zum Tode durch Erschießen, und als er zum Tode ging, sagte er: ‚Ich sterbe für das Vaterland, ich sterbe zufrieden.' In Bougival, in der Nähe von Paris, schnitt Debergue[2]) den Telegraphendraht der Deutschen durch. Diese verurteilten ihn zum Tode. Man bot ihm an, ihn loszukaufen; schon eröffnete man eine Liste für Unterschriften. Debergue wollte nichts davon wissen. ‚Das hat keinen Wert', sagte er, ‚zahlet nicht! Ich werde es wieder tun.' Fräulein Dodu, Vorsteherin eines Postamtes zu Pithiviers, hatte die Geschicklichkeit, die Drahtberichte aufzufangen, welche ihr Telegraph, der von den Preußen hergestellt war, aufnahm. Sie fing sie auf und hielt die französische Behörde über die Anordnungen des Feindes auf dem Laufenden.

Jedes Land, das vom Feinde eingenommen war, hatte seine unbekannten Opfer voll treuester Hingabe."

Moral.

Wie die Franzosen zur Moral erziehen, für die sie in Ermangelung des Religionsunterrichtes eine stattliche Zahl Moralbücher herausgegeben haben, geht aus der Erzählung von einem elsässischen Sergeanten, namens Hoff aus dem Unterelsaß, Kanton Maursmünster, hervor, der im Jahre 1870 im französischen Heere diente[3]). Mitte August erhielt er einen Brief, wonach sein Vater, ein alter Mann von 64 Jahren, von den Preußen erschossen worden sei, als er versuchte, Haus und Hof zu verteidigen. Die Nachricht stellte sich nachher als falsch heraus, und man hätte meinen sollen, daß der Sergeant darüber glücklich gewesen und dem gnädigen Geschick in irgend einer Form seinen Dank ausgesprochen hätte. Aber nein!

[1]) Ducoudray, Histoire et civilisation de la France moderne et contemporaine. Paris, Hachette et Cie. — [2]) Ausführlich beschrieben in Mironneau, Choix de lectures. Paris, Armand Colin. 2. Teil, S. 258. — [3]) Les lectures du soldat. Livre de lecture courante à l'usage de l'armée. Paris, Librairie Delagrave.

Digitized by Google

„Von diesem Augenblick an wurde der Krieg für Hoff eine persönliche Angelegenheit. Das persönliche Rachegefühl verband sich in ihm mit dem unbeschreiblichen Hasse, den jeder Elsässer in der Tiefe seines Herzens gegen die Leute von der andern Rheinseite nährt."

Noch eine Schauergeschichte aus dem Buche von Tartière[1]):

„Knaben schneiden im Jahre 1870 im Dorfe Briannois an Pferden von Ulanen die Gurten, welche das Sattelzeug festhalten, entzwei. Die Ulanen drohen, sie würden das Dorf anzünden, wenn die Schuldigen nicht ausgeliefert würden. Da werden Knaben im zarten Alter von 10 bis 12 Jahren als die Schuldigen vorgeführt. Sie sollten sofort erschossen werden. Alles Bitten und Jammern der Mütter war umsonst, schon gab der rohe deutsche Führer, ein Mann mit lang herabhängendem rotem Schnurrbart, den Befehl zur Ausführung, als ein Hausierer herbeieilte und erklärte, er sei der Täter. ‚Ich bin Franzose, ein guter Franzose, und ich rühme mich dessen. Wenn die Tat ein Verbrechen ist, so erschießt mich!' Der Offizier betrachtete den Hausierer scharf, glaubte auf sein Wort, ergriff einen Revolver, zielte und gab dreimal Feuer. Die Kinder aber übergab er ihren Müttern. Sofort verließ die preußische Abteilung das Dorf."

Um diesen Gruselgeschichten noch mehr Nachdruck zu verleihen, sind sie teilweise mit Bildern versehen. So erzählt Paul Bert in seiner Bürgerkunde S. 26:

„Als die Preußen uns Elsaß-Lothringen nahmen, verübten sie zuvor alle Art von Greuel, und jetzt wird es beinahe wie eine deutsche Provinz behandelt." Über diesen Worten ein Bild mit der Unterschrift: Les férocités de la guerre, die Roheiten des Krieges, mit folgender Darstellung: An einer Mauer stehen drei Personen, die erste ist eine Frau. Deutsche Soldaten erhalten von einem Offizier eben den Befehl, diese zu erschießen. Erschossene liegen schon auf der Erde. Ein Mann wird zur Richtstätte geschleppt und dabei von einem Soldaten mit Kolbenstößen mißhandelt. Eine Frau hebt jammernd ihre Hände in die Höhe und fleht um Mitleid.

Reichenbach gibt in seinem Buche Revanche eine Abbildung von Brosolette wieder „Die Rache der Bayern".

„Beim Angriff auf Bazeilles haben die Bayern grausame Verluste gehabt. Um sich zu rächen, verbrennen sie im Dorfe 360 Häuser; sie erschießen ungefähr 100 Einwohner, darunter einen Greis von 86 Jahren. Sie werfen eine Frau mit ihren beiden Kindern in den Brunnen."

Diesen Vorgang hat das Bild zum Gegenstand. Ein Bayer, kenntlich an seinem Raupenhelm, wirft das Kind in den Brunnen, während ein anderer die schrecklich jammernde Mutter auf dem Boden zum Brunnen zerrt.

In dem schon genannten Moralbuch von Poignet und Bernat findet sich die Erschießung des Hirtenknaben durch 6 preußische Soldaten. Der Knabe stürzt eben zu Boden.

Mädchenerziehung.

Aber nicht nur die Knaben wurden in der bis jetzt geschilderten Art und Weise zum Haß gegen alles Deutsche erzogen, auch in den Lesebüchern, für Mädchen geschrieben, stehen ähnliche Dinge. In dem Lesebuch „Suzette" Suschen[2]) heißt es S. 255:

„Ungeheure Massen von Truppen, Kanonen, Gewehren umgeben uns, bedrohen uns mit der Zerstückelung Frankreichs, d. h. mit seinem Tod. Und der Tod Frankreichs würde eine ungeheure Leere in die Zivilisation bringen! Denn — nicht aus nationaler Eitelkeit sagen wir dies — **Frankreich allein** ist unter den Nationen über den Kreis seines Interesses hinausgegangen, um sich das Interesse der Welt angelegen sein zu lassen. Es hat an das allgemein Menschliche gedacht.

‚Wohlan! Am Tage der Gefahr müssen alle ihre Kinder sich um die Mutter, das Vaterland, scharen! Alle, hört ihr! Denn ihre Töchter dürfen den Söhnen in keinerlei Hinsicht nachstehen. Sie dürfen aus ihrem Herzen nicht Tränen, sondern müssen Aufmunterungen zum Heldentum schöpfen! Sie müssen den Feigling verachten! Sie müssen, wie der große Aufruf des Konventes es gesagt hat, die Kleider und Zelte der Soldaten schaffen, wenn es daran mangelt. Sie müssen die Verwundeten verbinden! Endlich müssen sie sich erinnern, daß damals, als Frankreich dem Untergange nahe war, bei dem Einfall, wo die Männer den Mut verloren, die Vater-

[1]) Tartière, De tout un peu, S. 167. — [2]) Marie Robert Halt, Suzette, a. a. O.

Digitized by Google

landsliebe ungestüm, prächtig in einer Frauenseele, in der großen Johanna d'Arc auflammte und alles rettete!... Heute noch zählt die Vaterlandsliebe auf die Seele der Frauen! Sie können nicht wollen, daß dem Opfer, das ein solches Vaterland erheischt, sich nur ein einziger von uns entzieht.'

Auf diese Auseinandersetzung antwortete eine der Zuhörerinnen: ‚Ich habe drei Söhne, mein Herr, von diesem Augenblick an gebe ich sie dem Vaterlande!'

‚Ja, ja', sagte er, ‚das Herz unserer Johanna d'Arc ist unter den Frauen Frankreichs noch nicht erstorben'."

Bis zu welchen Kindereien die Gehässigkeit gegen alles Deutsche führt, zeigt eine Erzählung aus Erckmann-Chatrians, Les Volontaires, die mehrfach wiederkehrt[1]). Man kann sich nur wundern, daß die französische Schule, daß französische Lehrer solch läppische Dinge der Aufnahme in ein Lesebuch für wert halten, und man kann es nur daraus erklären, daß auch der Haß, wie die Liebe, blind macht. Le chien Scipio heißt die Überschrift des Stückes in dem einen Buch, un chien savant in dem andern. Die Weisheit des Hundes bestand darin, daß er über einen Stock sprang, wenn man ihm zurief: „Spring für die Republik!" oder „spring für den General Hoche" oder „für Mac-Mahon!" Rief man dagegen: „Spring für den König von Preußen oder für Bismarck" dann zog er den Schwanz ein und lief davon. Und über diesen letzten Satz schreibt Verfasser noch eine Frage vor, so wichtig erscheint ihm die Sache, die lautet: **Warum floh der Hund beim Namen Bismarck?** Sicherlich stellt er die Frage doch nur, weil er dadurch veranlassen wollte, daß über den größten Staatsmann des 19. Jahrhunderts die ganze Schale des giftigen Zornes bei dieser Gelegenheit ausgegossen werde.

In dem Buche von Caumont Lectures courantes des écoliers français finden sich weitere Stellen, die noch mehr aufreizend wirken. S. 220 heißt es z. B. von den Lothringern:

„Seufzend unter dem Gesetz des Eroberers hört die annektierte Bevölkerung die wahre Stimme Frankreichs, und mit ihm ruft sie: ‚Noch ist nicht alles verloren!'"

S. 224 und 225 ist der Kampf in Fontenoy im Januar 1871 geschildert. Die Franzosen wurden geschlagen, eiligst verließen sie den Ort.

„Nun stürzte sich eine ganze Armee auf den Flecken. Die Deutschen begannen die Bewohner auszuplündern. Nach der Plünderung zündeten sie den Ort an. Hilfe zu bringen wurde verboten; und eine arme Kranke verbrannte bei lebendigem Leibe in ihrem Bett, ohne daß man sie diesem schrecklichen Tod entreißen konnte. Nur die Kirche und einige Gebäude, die der Feind für sich brauchte, blieben stehen.

Diese Rache der Deutschen, genommen an einer unschuldigen Bevölkerung, ist eine der hassenswertesten Handlungen, die in diesem schrecklichen Feldzug von 1870/71 begangen worden sind. Kaltblütig ein friedliches Dorf in Brand stecken, auf die Bewohner eine Treibjagd wie auf Rotwild zu veranstalten, weil eine reguläre Truppe dort siegte und einen feindlichen Posten aufhob, das ist eine Grausamkeit, die der Feind weder rechtfertigen noch entschuldigen kann.

Dank dem französischen, englischen, schweizerischen und belgischen Edelsinn erhob sich Fontenoy wieder aus den Ruinen; aber geblieben ist ihm von diesem Tage mit der Verehrung der Toten die Erinnerung an die Jäger und der Haß gegen die Preußen."

Abstammung.

Das französisch Volk ist bekanntlich ein Mischvolk, es setzt sich aus keltischem, römischem und germanischem (fränkischem) Blut zusammen. Letzteres streifen die meisten der Verfasser dieser Lehrbücher kaum oder berühren es nur vorübergehend. Sehr zu Unrecht. Denn das Übergewicht, das heute noch der Norden Frankreichs auf allen kulturellen Gebieten über den Süden hat, beruht auf dem stark germanischen Einschlag. Nur eines dieser Bücher, soweit ich sehe, kann ohne Bosheit an der fränkischen Einwanderung nicht vorübergehen. In dem Buch von Guiot und Mane[2]) steht S. 41 und 42 geschrieben:

„Das Volk der Franzosen entstand aus 3 Völkern, den Galliern, den Römern und den Franken. Nach der Niederlage Attilas bei Châlons s. M. erfreuten sich die friedliebenden

[1]) Bouillot, Le Français par les textes. Paris, Hachette et Cie., S. 219. Das Buch ist in 200000 Exemplaren verbreitet. — A. Mironneau, Choix de lectures. Cours élémentaire. Paris, Armand Colin, S. 191. — [2]) Guiot et Mane, Histoire de France. 3. éd. Paris, Paul Delaplane.

Digitized by Google

Völkerschaften eine Zeitlang der Ruhe. Aber plötzlich brachen die Franken herein. Das sind eure dritten Ahnen. Ihr braucht aber nicht stolz auf sie zu sein, meine Freunde, sie gleichen einer Herde wilder Tiere[1])."

Oben wurde von Abbildungen in den Lesebüchern gesprochen, durch die die kindliche Phantasie noch mehr aufgeregt und der Haß gegen alles Deutsche noch tiefer in die Seelen der Kinder hineingehämmert wurde.

Aus diesem Grunde sind **auch die Decken der Schreibhefte** mit Abbildungen versehen, und zwar mit Bildern, die sich vielfach auf Vorgänge im Krieg von 1870/71 beziehen. Da wird vorgeführt, wie Julchen Dodu, von der wir oben erzählten, zum Verhör gebracht wird; wie der Lothringer Freischärler Léon Mercier von Celles in Raon-l'Etape zum Tode geht; wie die in Metz gefangenen Soldaten vor ihrem Abschub in die Gefangenschaft ihren Offizieren Lebewohl sagen; wie vor Metz der Oberst Péan seine Fahne zerreißt und die einzelnen Stücke an seine Offiziere und Unteroffiziere verteilt; wie vor Metz die Soldaten ihre Waffen zerschlagen, damit sie ja nicht in die Hände der Deutschen fallen.

Täglich haben die Kinder diese Hefte in der Hand. Die Bilder haben sicherlich ihren Zweck erfüllt.

Das Elsaß.

Wie schon aus dem Vorhergehenden ersichtlich ist, spielt in den Jugendschriften wie in den Schulbüchern das Elsaß eine große Rolle. Es dahin zu bringen, daß die Franzosen an dem Gedanken an die Wiedereroberung des Elsaß zähe festhielten, betrachteten die Hetzer als ihre wichtigste Aufgabe. Nur das Elsaß nicht vergessen lassen: dann wäre ja alle ihre Mühe umsonst. Wenn sie täglich Elsaß-Lothringen, seine Bewohner, seine glänzende Industrie, die reichen Bodenschätze, den Überfluß des Landes an Korn, Obst, Wein, Hopfen den Franzosen vor die Seele stellten, so mußte die Sehnsucht nach dem verlorenen Lande täglich aufs neue erweckt werden. Dazu mußten sie die Leiden der elsaß-lothringischen Bevölkerung in den grellsten Farben zu schildern, die Leiden, angetan von einer übelwollenden Regierung und ihren bösartigen Beamten. Je größer diese angeblichen Leiden wurden, desto höher wuchs auf der anderen Seite nach französischer Darstellung die Liebe der Reichsländer zu Frankreich, und Frankreich wiederum suchte durch sein herzliches Entgegenkommen diesen Schmerz zu lindern und die trauernde Tochter liebevoll an sein Herz zu drücken.

Die Auswanderung der Elsässer.

Der Frankfurter Friede war geschlossen. Das uralte deutsche Land, Elsaß und Deutsch-Lothringen, im 16., 17. und 18. Jahrhundert zur Zeit unseres Niederganges und unserer Schwäche von den französischen Königen geraubt, kam zum alten Vaterlande zurück. Ein Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung glaubte in der alten Heimat nicht bleiben zu können, sie zog hinüber auf französischen Boden. Man kann es verstehen, daß der Entschluß manchem schwer wurde, das schöne Land, Haus und Hof und Familie und Geschäft zu verlassen. Aber es trieb sie unwiderstehlich hinüber über die Vogesen, und mit ihnen zog unversöhnlicher Haß gegen alles, was deutsch war. Solche Stimmung zu benutzen, ließen sich die Franzosen nicht entgehen, und in ihren Schulbüchern wurde der Jammer und das Elend dieser Auswanderer in grellen Farben geschildert. Und dabei stets der Ausblick in die Zukunft, die Hoffnung, daß auch diesen Ausgewanderten wie den Zurückgebliebenen die Stunde der Befreiung, die Stunde der Rückkehr schlagen werde zur mère patrie.

Der schon erwähnte Ducoudray[2]) schreibt darüber:

„Die elsässische Auswanderung.

Die Elsässer, die Lothringer verließen in großen Massen ihr schönes Land, um nicht unter dem deutschen Joch leben zu müssen, und kamen nach Frankreich, um ihr Vaterland wieder zu finden. Sie mußten ihr väterliches Erbe, die Gräber ihrer Eltern verlassen, sie mußten sich den Erinnerungen entziehen, die einen jeden von uns mit seinem Heimatdörflein verknüpfen. Viele jedoch konnten sich nicht zu diesem Opfer entschließen, ihr kleines Haus zu verlassen; sie warten, Frankreich immer getreu, auf die Stunde der Befreiung."

[1]) Auch in den Choix de lectures von A. Mironneau heißt es von den Franken: „Von ferne sehen sie wie eine Herde wilder Tiere aus" (Aus Chateaubriand, Les Martyrs). Vgl. auch Hansi, S. 291. — [2]) Ducoudray, a. a. O. S. 256.

Digitized by Google

Ganz derselbe Satz findet sich in dem 2. Buch von Ducoudray[1]), in dem cours l'histoire. S. 246.

Diesen Schilderungen sind mehrfach Bilder beigegeben; sie sollen die Phantasie der Kleinen noch mehr aufreizen; so in der nationalen Geschichte von Burle[2]). Im Hintergrund stehen Männer und Frauen, die einen letzten Blick auf die Heimat werfen; sie schwenken Tücher und sagen Lebewohl; im Vordergrund überschreiten andere die Grenze; eine Frau weint. Der Text dazu lautet folgendermaßen:

„Der Abzug der Elsässer.

Als Deutschland sich des Elsaß und Lothringens bemächtigt hatte, wollte eine große Zahl Elsässer und Lothringer das deutsche Joch nicht tragen, und sie verließen ihr schönes Land.

Sie zogen aus, indem sie einen letzten Blick auf ihr Haus warfen, das sie hatte auf die Welt kommen sehen und in dem sie die glücklichen Tage ihrer Kindheit verlebt hatten, und sie kamen nach Frankreich, um Gastfreundschaft zu erbitten.

Diejenigen, welche ihnen nicht folgen konnten, sind Frankreich doch treu geblieben: sie erwarten den Augenblick ihrer Befreiung, um wiederum Franzosen zu werden."

Einen solchen Auszug aus Lothringen schildert Bouillot[3]) nach Maurice Barrès' Colette Baudoche, S. 358. In einer Schlucht hielten die Auswanderer, die Pferde werden ausgespannt. Man fragte die Armen, wohin sie gingen. Viele wußten nur zu antworten: Nach Frankreich ... Und als dein Großvater zu ihnen sagte, wie werdet ihr leben? antworteten sie beharrlich: wir wollen nicht als Preußen sterben.

„Um zu verstehen, wieviel Leute ausgewandert sind, müßt ihr wissen, daß in Metz, wo wir unser 50 000 waren, nach dem 1. Oktober (1871) nicht mehr als 30 000 getroffen wurden."

In der Anmerkung dazu heißt es S. 359:

„Um die Annexion im Jahre 1871 zu beschönigen, behaupten die Deutschen, daß Elsaß-Lothringen ein deutsches Land und die Elsaß-Lothringer deutschen Stammes sind. Weiset diese Anmaßung zurück, indem ihr euch die Geschichte Frankreichs von ihrem Anfang an überlegt und euch von dessen Geschichte leiten lasset."

Wir haben bis jetzt absichtlich unterlassen auf die Geschichtslügen, die den jungen Franzosen aufgetischt werden, näher einzugehen. Aber der Satz: Weiset die Anmaßung zurück usw. ist doch zu unverschämt, als daß man ohne weitere Bemerkung an ihm vorübergehen könnte. Aus der Geschichte Frankreichs kann man nur lernen, daß die Franzosen seit 1552 Stück für Stück im Westen unseres Reiches losrissen, daß sie seit dem Dreißigjährigen Krieg, seit 1635, sich in alle deutschen Händel mischten, daß sie bis 1815 durch ihre Kriege und Schlachten, die sie zur Zertrümmerung des alten Reiches und zum Sturze des Habsburgischen Hauses auf deutschem Boden schlugen, unser Vaterland immer wieder und wieder bedrohten und es in die schrecklichste Not, in unsägliches Elend stürzten. Elsaß und Lothringen sind aber deutsche Länder, bewohnt von Stämmen der Alemannen und Franken, die im Jahre 870 v. Chr. durch den Vertrag von Mersen zum erstenmal zum Deutschen Reiche kamen.

Der genannte Ducoudray hat ein weiteres Buch geschrieben, Histoire et civilisation de la France moderne et contemporaine, in dem er S. 125 sagt:

„Die Auswanderung der Elsässer.

Was die Elsässer und Lothringer betrifft, so verließen sie massenhaft ihr schönes Land, um nicht unter dem deutschen Joch zu leben. Man schätzt diejenigen, die seit 1871 nach Frankreich gekommen sind, um ihr Vaterland wieder zu finden, auf 300 000. Sie mußten ihr väterliches Erbe, die Gräber ihrer Eltern verlassen, aus ihrem Herzen die Erinnerungen reißen, die einen jeden von uns mit seinem Heimatsort verbinden.

Diejenigen, welche, in Liebe an ihr Haus gefesselt, zurückblieben, geben bei jeder Wahl öffentlich Zeugnis von ihrer unbesiegbaren Liebe zu Frankreich, die ihnen unaufhörliche Quälereien zuzieht. Denn die Deutschen wollen um jeden Preis das Land germanisieren,

[1]) Fast gleich nach Text in seinem cours d'histoire, S. 246. — [2]) E. Burle, L'histoire nationale, racontée aux enfants. Paris, Alcide Picard. 64. éd. S. 58 u. 59. — [3]) Bouillot, Le Français par les textes a. a. O.

Digitized by Google

untersagen den Gebrauch der französischen Sprache, verhindern die ausgewanderten Kinder, ihre Eltern wieder zu sehen, und bestrafen mit grausamer Strenge die geringste Äußerung des Schmerzes um das französische Vaterland."

Sehnsucht der Elsaß-Lothringer nach Frankreich.

In den neunziger Jahren vergangenen Jahrhunderts drohte der Gedanke an die verlorenen Provinzen im französischen Volke allmählich zu verblassen. Am 21. September 1917 schrieb der bekannte Schweizer Oberst Egli in der Neuen Freien Presse: „In den Jahren 1897 und 1898 hatte ich Gelegenheit, dem französischen Wesen in Heer und Volk näherzutreten... Der Haß gegen Deutschland schien sich zu verflüchtigen, und ich kam damals mit der Überzeugung nach Hause, daß Frankreich nicht mehr für Elsaß-Lothringen kämpfen werde."

Dieses Abflauen war den Kriegshetzern das schlimmste, was ihnen geschehen konnte; dann nützte ja alles Aufpeitschen des Hasses nichts mehr. Jammernd rufen deshalb Paul und Viktor Margueritte in ihrem Buch, der Krieg von 1870/71, aus:

„Eine der verderblichsten Krankheiten, die ein Volk annagen kann, ist das Vergessen, vor allem das Vergessen schlimmer Tage... Allzu viele unserer Jünglinge wissen fast nichts von der harten Erschütterung, der blutigen Warnung von 1870... Fast allenthalben kommt das Vergessen, verdeckt diese so nahe Vergangenheit mit Schmutz und Asche. **Das Vergessen ist weder schön, noch edel, noch stolz. Es wäre unwürdig des Siegers; beim Besiegten ist es sträflich.** Nicht als ob es gut wäre, Rache und Haß zu schüren; nicht als sollte zum grausamen Kriege getrieben werden. Keiner, der wert ist, Mensch zu heißen, darf leichten Herzens die Rückkehr dieser Geißel herbeiwünschen. Doch wer weiß? Morgen vielleicht kann zur Verteidigung heimatlicher Erde, zur Ehre unserer Fahne dieser Krieg, den die Mütter verfluchen, sich uns als heiligste Pflicht aufdrängen. Indem wir der Vergangenheit gedenken, werden wir im Notfalle bereit sein für die Zukunft.

Denselben Gedanken drücken Martin und Lemoine aus, wenn sie in ihren lectures choisies[1]) sagen:

„Ein Volk kann groß und stark bleiben, wenn es auch vom Glück verraten oder von der Überzahl besiegt wurde, falls es nur das Bewußtsein und den Schmerz seiner Niederlage wahrt. Wenn es vergißt, ist es für immer verloren."

Ebenso kann man getrost behaupten, daß wie in Frankreich, so auch bei uns in den letzten 10 bis 15 Jahren vor dem Kriege der größte Teil des elsässischen Volkes sich mit den neuen Verhältnissen abgefunden hatte; aber eine böse Klique in Straßburg und besonders in Colmar ließ das Volk nicht zur Ruhe kommen.

Aus deren Gesinnung schlossen die Franzosen auf die Stimmung des ganzen elsässischen Volkes und fabrizierten für ihre Schulbücher Lesestücke verlogenster Art, die die unverbrüchliche Treue der Elsässer zu Frankreich beweisen sollten.

Eine solche Geschichte erzählen uns Poignet und Bernat[2]) in ihrer Bürgerkunde, die aber auch zugleich beweist, wie dumm sie ihre Leser einschätzen; denn daß diese Mitteilung geflunkert ist, sollte eigentlich doch jeder einsehen, selbst ein durch Haß blind gemachter Franzose.

In dem Buche „Le deuxième livre d'André"[3]) gibt Verfasser dieselbe Geschichte in veränderter Form und weiß sie dadurch, daß er in der Einleitung Bismarck hineinbringt, noch aufreizender zu machen. S. 129 steht die unverschämte Lüge, die wir hier mitteilen:

„Man erzählt, daß Herr von Bismarck bezüglich unseres Unglücks zweierlei bedauerte. Der erste Schmerz bestand darin, daß er den Sieg nicht noch mehr ausnützte, indem er von Frankreich eine Entschädigung von 15, 20 oder 30 Milliarden verlangte, und der zweite, daß er unserem Vaterlande nur 2 Provinzen entriß. Er gab auf einmal seinen Ärger und seine Hoffnung, eines Tages mehr zu kriegen, zu erkennen, indem er an die Schulen geographische Karten verteilen ließ, auf denen Flandern, Belfort, die Franche-Comté, die Champagne usw.... schon als deutsche Länder eingezeichnet waren.

Eines Tages besuchte ein preußischer Inspektor eine Schule Elsaß-Lothringens und wandte sich an einen Schüler, dessen feindlichen Blick er unschwer erkennen konnte.

---

[1]) Martin et Lemoine, Lectures choisies d'auteurs français. S. 282. — [2]) A. Poignet et H. Bernat, Le livre unique de morale et d'instruction civique. 9. éd. Paris, Vve Auguste Godchaux. Lekt. 18. — [3]) Le deuxième livre d'André. Choix de lectures courantes etc. Cours moyen. Librairie catholique, Emmanuel Vitte, Lyon, Paris.

Digitized by Google

‚Wie heißt du?' — ‚Johann Schwab.' — ‚Dein Alter?' — ‚Dreizehn Jahre.' — ‚Was arbeitet dein Vater?' — ‚Für's Vaterland gestorben.' — ‚Für das deutsche Vaterland vermutlich?' — ‚Keineswegs; wir sind keine Deutschen.' — ‚Meinetwegen', sagte der Inspektor ärgerlich. ‚Will sehen, was du in Geographie kannst. Kannst du mir sagen, welches die hauptsächlichsten Völker Europas sind?' — ‚Ja, Frankreich...' — ‚Warum beginnst du damit? Deutschland ist stärker und größer.' — ‚Frankreich', erwiderte das Kind, ‚ist die erste der Nationen.' — ‚Das ist falsch!' schrie der Inspektor; ‚übrigens wette ich, daß du nur mit Mühe es finden und mir auf der Karte zeigen kannst.

In der Tat, die Karte, die er dem Kinde zeigte, war eine von denjenigen, die man auf Bismarcks Anordnung so schmählich gefälscht hatte.

‚Nun, zeige mir, wo Frankreich liegt', wiederholte der Inspektor.

Das Kind wurde plötzlich bleich, dann leuchtete es schnell aus seinen Augen, die es auf seine Kameraden gerichtet hatte. Es wandte sich von der falschen Karte ab, schaute mit klarem Blick in die Augen des Deutschen, stand fest und schrie:

‚Ihre Karte trügt. Ich werde hier Frankreich nicht suchen. Frankreich ist da!'

Und dabei legte es stramm seine Hand auf das Herz. Eine feine Antwort! Jeder kleine Franzose muß sie bewundern und der Reihe nach wiederholen, indem er auf sein vaterlandsliebendes Herz zeigt: ‚Ja Frankreich ist hier, für immer!'"

Zu solchen Lügen, zu solchen Mätzchen griff der französische Schulmeister, um sein Volk irrezuführen.

Weil wir eben von Bismarck als Kartenfälscher gehört haben, möge noch eine weitere Stelle, die über ihn handelt, hier einen Platz finden. Die Einigung Deutschlands unter dem größten deutschen Staatsmann wird in dem Buche von Paul und Viktor Margueritte, Histoire de la guerre de 1870—71 mit folgender Charakteristik besprochen:

S. 2: „Frankreich glaubte an ein gerechtes Nationalitätenprinzip, nahm selbst ohne Furcht für seine Grenze die Möglichkeit einer zukünftigen Einigung Deutschlands an. Es hatte so blinden Glauben, daß es lange den drohenden dunklen Punkt nicht gewahrte, das von Preußen herannahende Gewitter... 1862 wurde Bismarck Minister des Äußern. Sofort überstürzen sich die Ereignisse. Wer soll zunächst aufgegessen werden? Der Schwächste, der kleine König von Dänemark... Wer ist nun an der Reihe? Der Hunger ist nur größer geworden. Man hat nun gute Lust, Österreich zu verspeisen... Wenn Napoleon III. nur auf einen Augenblick nicht zusehen wollte! und Bismarck reist nach Biarritz... Bismarck: ein Koloß an Gestalt, Körperkraft und List.... Weitester und lebhaftester Geist, aber mit einem Stein anstelle des Herzens... Hartes, praktisches Genie, **Raubtierseele.** Menschgewordener Franzosenhaß und Menschheitsverachtung. Kein großer Mensch, aber ein großer Preuße."

Die unverbrüchliche Treue der Elsässer, ihr unbedingtes Festhalten an Frankreich schildert auch Chalamet in seinen kleinen moralischen Erzählungen[1]), die für die Kleinen, also für sieben- bis achtjährige Kinder geschrieben sind, die die mechanischen Leseschwierigkeiten eben erst überwunden haben. In diesem Buche lesen wir S. 77: Elsaß-Lothringen.

Nach einer Beschreibung Elsaß-Lothringens fährt Verfasser auf S. 78 fort:

„Sie haben die Elsaß-Lothringer nicht gefragt, ob sie Deutsche werden wollen; sie kannten die Antwort nur zu gut.

Die Elsaß-Lothringer lieben Frankreich. Viele Jahre sind seit der Eroberung vergangen, und sie betrachten die Deutschen immer noch als Fremde, als ihre Feinde.

Jedes Jahr verläßt eine große Anzahl von elsaß-lothringischen Militärpflichtigen ihr Land, da sie nicht deutsche Soldaten werden wollen, und lassen sich in das französische Heer einreihen. Die Elsaß-Lothringer haben Frankreich nicht vergessen, und Frankreich darf sie nicht vergessen."

Das genügt dem Herausgeber des ersten Lesebuches nicht; an einer Erzählung S. 80, die

[1]) A. Chalamet, Mes premières lectures. Historiettes morales. Paris, A. Picard et Kaan. 24. Aufl.

Digitized by Google

von Gift strotzt, mit der Überschrift Un patriote sucht er weiterhin durch Vorführung der angeblich französischen Gesinnung der Elsässer folgendermaßen zu hetzen:

„Viel Volks war in dem Gerichtssaal in Weißenburg im Elsaß versammelt. Alle Blicke richten sich auf Hieronymus Brunner, der auf der Anklagebank sitzt. Aber es sind Blicke voll Teilnahme, Blicke, die klar zum Ausdruck bringen, daß alle Elsässer, weit davon entfernt, ihn zu tadeln, für ihn Partei ergreifen.

Welches Verbrechen hat denn Hieronymus Brunner begangen?

Vor 8 Tagen öffnete der deutsche Herr Kreisdirektor von Weißenburg sein Fenster, um die frische Morgenluft einzuatmen, als sein Gesicht, erst lächelnd, sich plötzlich verfinsterte und einen strengen Ausdruck annahm.

Der Herr Kreisdirektor fuhr sich mit der Hand über die Stirne und rieb sich die Augen. War er wach oder träumte er nur?

Aber nein! er irrte nicht: Da unten auf der Spitze des höchsten Pappelbaumes, auf der Wiese wehte eine französische Fahne, eine gute Trikolore im Wind.

Das ist wieder einmal ein Streich dieser elsässischen Schurken, brummte der Kreisdirektor vor sich hin. Ja, ja! Wir werden doch niemals mit diesen Lumpen fertig werden!

Es war das Werk eines Augenblicks, in die Kaserne zu laufen, dorther einige Soldaten zu holen und den aufrührerischen Baum über dem Boden absägen zu lassen.

Aber man mußte den Schuldigen finden, den Verwegenen bestrafen, der es gewagt hatte, den Eroberern des Elsaß Trotz zu bieten. Ein Deutscher, der ihn in der Nacht beim Herabsteigen vom Pappelbaum bemerkt hatte, zeigte ihn an.

Deshalb saß Hieronymus Brunner auf der Anklagebank.

Seine Verteidigung war sehr einfach und kurz: Ich werde nicht versuchen zu leugnen, sprach er; Ihr habt mich gefaßt, Ihr werdet mich bestrafen; ich bettle nicht um Gnade. Ich habe die Fahne mit den drei Farben, die Ihr ohne Wutausbruch nicht sehen könnt, seit meiner frühesten Jugend verehren und lieben gelernt. Als ich ganz klein war, hat mir mein Großvater, ein alter Soldat der Republik, oft von seinen Feldzügen erzählt, die er im Schatten dieser Fahne mitgemacht hat.

Später habe ich in Frankreich gedient und ganz nahe von hier seit dem ersten Tage des Einfalls gekämpft, als die Franzosen, die einer gegen vier kämpften, der Übermacht erlagen. Verwundet und aufgehoben auf dem Schlachtfeld wurde ich als Gefangener nach einer deutschen Festung geschickt, wo ich 10 Monate verblieb.

Als ich zurückkam, fand ich unser Haus durch die Deutschen geplündert; mein Vater, durch den Einfall der Deutschen zugrunde gerichtet und über das Unglück seines Hauses verzweifelt, starb alsbald. Nachher kündigte man mir an, daß ich nicht mehr Franzose sei, sondern Deutscher geworden, wie alle Elsässer.

Ach, daß ich doch fort gekonnt hätte, mich in Frankreich hätte niederlassen können, wie es soviele andere getan haben! Aber ich war der Älteste von 7 Geschwistern, die nur mich als Stütze hatten, und alles, was wir noch besaßen, unser kleines Haus, einige Streifen Landes, alles befand sich hier.

Ich wurde also mit Gewalt Untertan des deutschen Kaisers; aber ich habe im Innern meines Herzens die Liebe zu Frankreich bewahrt. Mein Sohn wurde 20 Jahre alt; er ist letzten Monat weggegangen, er ist heute französischer Soldat. Was mich anlangt, so könnt ihr mich bestrafen und einsperren: nichts wird mir die Erinnerung an das verlorene Vaterland rauben!

Hieronymus Brunner wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt."

Ich habe bei dem Durcharbeiten dieser Bücher den Eindruck gewonnen, daß solche Stücke über Elsaß-Lothringen in ein Lesebuch aufgenommen werden mußten, wenn es überhaupt auf Abnehmer und Einführung in die Schule rechnen wollte. Unter den 34 Stücken dieses Lesebuches findet sich keines über Frankreich, und solche hätten für die Kleinen doch zunächst gelegen. Aber just eines über Elsaß-Lothringen!

Diese Sehnsucht nach Frankreich, wie sie Brunner angedichtet wird, wird auch anderweitig an den Elsässern gerühmt. Bouillot[1]) entnahm ein Stück aus René Basaine's Roman Les Oberlé und gab ihm die Überschrift: Pour voir la France. Vor den Abschnitt setzt er folgende Inhaltsangabe:

[1]) Bouillot, Le Français par les textes. Paris, Hachette et Cie., 1912. S. 174.

Digitized by Google

„Johann Oberlé ist ein junger Elsässer von 20 Jahren, dessen Familie aus wichtigen Gründen nach der Annexion im Elsaß bleiben mußte. Er machte seine Studien in Deutschland und kehrte nach langer Abwesenheit in seine Familie zurück. Die Erinnerungen seiner Kindheit wachten in ihm aufs neue auf, und er wurde von einer unwiderstehlichen Sehnsucht ergriffen, irgend ein Eckchen von Frankreich zu sehen. Er benützte eine Geschäftsreise, die er in die Vogesen machte, um dieses Verlangen zu stillen. Den ganzen Tag marschiert er vorwärts, und abends kommt er auf dem Kamm der Vogesen an.

Hier fand er einen alten Mann, der ihm nahe der Schlucht den nächsten Weg nach der Grenze zeigte. Er eilte, um dieses geheimnisvolle Frankreich zu sehen, das in seinen Träumen, in seinem Leben einen so breiten Raum einnahm... Frankreich, für das so viele Elsässer gestorben waren und das so viele andere erwarteten und mit heimlicher Liebe, die die Herzen traurig macht, liebten.

Und nun steht der Elsässer oben auf dem Kamm und sieht hinunter in das Tal von Longemer und Retournemer. Er trank das Bild bis zur Trunkenheit und schwieg. Die Erregung wuchs in ihm. Er fühlte, daß seine Seele in ihren Tiefen aufjauchzte. Wie ist es schön! sprach er zu sich..."

Eine ähnliche Situation führt uns G. Bruno in seinem Buche Le tour de la France[1]) vor. Der Verfasser läßt zwei junge Lothringer von 7 und 14 Jahren, Kinder eines Maurers aus Pfalzburg, im Jahre 1871 bei Nacht und Nebel durch die deutschen Absperrlinien nach Frankreich auswandern. Es ist doch zu eigenartig, daß die beiden Kinder gerade aus Pfalzburg sein müssen! Ja, sonst könnte man bei einer Beschreibung Frankreichs vom Reichsland nicht sprechen, man könnte nicht hetzen. Der Vater selbst starb plötzlich infolge eines Unfalles und konnte infolgedessen seinen sehnlichsten Wunsch, innerhalb Jahresfrist für Frankreich zu optieren, nicht mehr ausführen. Die Kinder aber hatten ihm noch auf dem Todesbette das feierliche Versprechen gegeben, nach dem geliebten Frankreich auszuwandern und sich so als würdige Lothringer zu zeigen. Das letzte Wort des sterbenden Pfalzburgers war: La France. Auf ihrer Fahrt zu Fuß, zu Wagen, zu Schiff, auf der Eisenbahn bekundeten sie bei jeder Gelegenheit ihr lebhaftes Interesse für Frankreich, für französische Einrichtungen und fanden deshalb überall liebevolle Aufnahme und gutes Fortkommen.

„Auf dem Wege durch die finsteren Tannen der Vogesen überfiel sie Mutlosigkeit. Aber bald erhob sich in dem Herzen des Älteren ein teures Erinnern und kam ihm zu Hilfe. Er rief sich den tiefen Blick seines sterbenden Vaters vor die Seele, als dieser die Hand Julians in die seine legte und sie ihm anvertraute. Er glaubte noch zu hören, wie das Wort, schwächer als ein Hauch, über die Lippen des Vaters schwebte: Frankreich. Und ihm gab er ganz still das Wort zurück: ‚Frankreich! Vaterland!'

Endlich kamen sie hinüber nach Frankreich. Freudejauchzend warf sich der eine in des andern Arm, und Andreas rief: ‚Geliebtes Frankreich, wir sind deine Söhne, und wir wollen unser ganzes Leben lang deiner würdig bleiben.'"

Eine solche Beschreibung Frankreichs auf Grund einer Reise findet sich auch in einem Lesebuche von Fournier[2]); diesmal wird die Reise in einem Flugzeug unternommen. Der Vater mit seinen beiden Kinder ist unweit Belfort nahe an der Grenze. „Wir sind ganz nahe an der Grenze", sagte Moritz in seiner lebhaften Art, „wir wollen die verlorenen Provinzen jenseits der Vogesen besuchen. Und dann liebt man da unten ja immer noch Frankreich."

„‚Ja, immer noch', antwortete der Vater. ‚Trotz der langen Jahre, trotz der Gewaltmaßregeln, die man bei ihnen anwandte, hoffen die Elsaß-Lothringer. Alles, was ihr Herz an Gutem besitzt, fassen sie in das eine Wort Frankreich zusammen. Das Flugzeug kennt keine Grenzen. Also vorwärts auf unserm großen Vogel! Hier die elsässische Tiefebene mit ihren Matten, ihren blühenden Kirschbäumen, ihren Tabak- und Hopfenfeldern! Im Vordergrund des Tales erblickt man zwei Industriestädte: Mülhausen und Colmar, die die Baumwollwaren weben. Der Rhein, der

[1]) G. Bruno, Le tour de la France par deux enfants. Paris. Eug. Belin 1910. 356. Aufl. S. 25.
[2]) M. Fournier, 54 lectures graduées. Cours élémentaire. De 7 à 9 ans. Paris, Gedalge et Cie. A travers la France. S. 186.

Digitized by Google

ehedem unsere Grenze bildete, rollt noch immer seine grünen Wogen am Fuße der alten Burgen vorbei.

Seht dort, ganz im Norden, einen Glockenturm aus rotem Sandstein, das ist das Münster von Straßburg. In seinen Straßen schreiten schwerfällig nach dem Klang der Pfeife Soldaten. Das sind nicht unsere munteren Rothosen.'"

In den Exercices de mémoires von Delapierre et Lamarche[1]) ist S. 79 ein Gedicht von Erckmann-Chatriand, das auch in andern Büchern wiederkehrt, abgedruckt: Dis-moi quel est ton pays! Mit einem Titelbild. Eine Elsässerin sitzt am Wegesrand und sieht hinunter in ein Tal. Über dasselbe zieht der Genius von Frankreich (Die Revancheheilige Jeanne d'Arc) mit der Trikolore, hinter ihm ein französischer Feldherr hoch zu Roß, mit geschwungenem Degen, dem viele Soldaten folgen.

Die erste Strophe lautet:

Sag' mir, welches ist dein Land?
Ist es Frankreich oder Deutschland?
Es ist ein Land der Ebene und voll Berge,
. . . . . .
Es ist das alte, treue Elsaß.
. . . . . .
Das die alten Gallier erobert haben,
Und das der Fremde uns genommen.
Es ist die alte französische Erde
Klebers und der Marseillaise.

Letzte Strophe:

Sag' mir, welches ist dein Land?
Ist es Frankreich oder Deutschland?
Es ist ein Land der Ebene und voll Berge
Wo mit den Ähren auf den Bergen und auf den Gefilden
Der Haß gegen deine Feinde
Und die tiefe und lebendige Liebe,
O Frankreich, zu deiner edlen Rasse sprießen.
Ihr Deutsche, das ist mein Land!
Mag man sagen und tun, was man will,
Eher wird man das Herz von seinem Platze reißen,
Als daß man das alte Elsaß ändert.

Darauf folgt die Bemerkung: „Die Elsässer sind unsere Brüder; junger Franzose, denk daran!"

In der Erklärung des Stückes, die beigefügt ist, sagt der Verfasser: „Alles ist schön in diesen Versen, welch herrliche Beschreibung des Elsaß; dieses Land mit den gelben Ähren, den großen Hopfenblüten, den grauglänzenden Hügeln, dieses französische Land des Kleber und der Marseillaise. Und welch männliche Kraft in den beiden letzten Versen jeder Strophe!"

In dem Werkchen von Désiré Blanchet[2]), das im Jahre 1913 die 239.(!) Auflage erlebte, ist S. 256 Elsaß-Lothringen ein besonderer Abschnitt gewidmet, der folgendermaßen lautet:

„Elsaß und Lothringen, im Herzen unsere Provinzen, sind Frankreich durch das sieghafte Deutschland entrissen worden.

Da sind Metz und Straßburg, diese beiden Bollwerke Frankreichs. Metz, diese unbezwingliche Stadt, die Vaterstadt des Marschalls Fabert, dieses Vorbildes der Ehre, übergeben durch einen anderen Marschall von Frankreich, Bazaine, den Verräter an Ehre und Vaterland! Straßburg, die französisch gesinnte Stadt[3]), die Heimat Klebers! Colmar, die Vaterstadt des Generals Rapp und des Admirals Bruat! Mülhausen, die Heimat unserer großen Industriellen! Die Elsaß-Lothringer haben nicht aufgehört, gegen ihre Annexion an Deutschland zu protestieren. Frankreich wird sie nicht vergessen."

Dieselben Worte finden sich auch in der Histoire de France von D. Blanchet und J. Toutain (Paris, E. Belin, 2. Aufl. 1908), S. 101, mit dem Zusatz: „Alle Hoffnungen der Elsaß-Lothringer", sagt M. Mézières, „sind auf Frankreich gerichtet. Das Land gehört den Deutschen, die Seelen aber uns." Ähnlich in Blanchet, Histoire de France, Paris, E. Belin, S. 260. Derselbe Gedanke in Calvet, Histoire de France, Paris, Bibliothèque d'éducation, S. 167: „Der Krieg von 1870 trennte mit Gewalt von ihrem französischen Vaterland die Elsässer und Lothringer, die zum mindesten im Herzen gute Franzosen geblieben sind." Derselbe Gedanke fast in jedem Schulbuch. So auch im Carnet de morale et d'instruction civique par A. F. Cuir et Z. Avronsart, S. 39: „Frankreich mußte die Be-

[1]) Delapierre et Lamarche, Exercices de mémoire. Paris, Alcide Picard. 525e Mille. S. 89.
[2]) Désiré Blanchet, Histoire de France. Paris, Eug. Belin. 239. Aufl. 1913. — [3]) La cité patriote.

Digitized by Google

dingungen des unerbittlichen Siegers auf sich nehmen, der ihm Elsaß und einen Teil von Lothringen entriß. Aber diese beiden Provinzen sind im Herzen französisch geblieben, und trotz aller Anstrengungen konnten die Preußen sie nicht germanisieren." Der naheliegende Schluß ist naturgemäß, nämlich daß sie wieder französisch werden müssen, und sei es auch um den Preis eines Weltkrieges.

Der Lehrer Dès und seine Frau, die Inspectrice des écoles maternelles, gaben eine Bürgerkunde[1]) heraus und besprechen S. 188 im Kapitel 6 das Vaterland. Als Beispiel für Vaterlandsliebe wird Elsaß-Lothringen mit den Worten angeführt: „Diese beiden Provinzen gehören seit 1871 zu Deutschland. Aber die Elsaß-Lothringer bestehen darauf, sich Franzosen zu nennen, und verlieren nicht die Hoffnung, es wieder zu werden. Sie verfehlen keine Gelegenheit, gegen die deutsche Regierung Protest zu erheben und ihre Sympathien für Frankreich zu bekräftigen."

Ein Gedicht von glühendem Haß gegen Deutschland und der innigsten Liebe zu Frankreich führt uns das Lesestück von Martin und Lemoine[2]) vor, das den Titel führt: „Das Kodizill des Meisters Moser." Ihm soll, wenn er längst in die Erde gebettet ist, die Rückkehr von Elsaß-Lothringen nur mit den Worten: „Es ist getan!" mitgeteilt und ins Grab hinein mit stärkster Stimme gerufen werden. Der alte Moser hatte einen Sohn bei Metz verloren, er liegt eben auf dem Totenbette, es geht ans Sterben. Da ruft er noch aus:

„Mehr als einer von euch wird mich überleben und lange.
Es werden manche fünf, zehn, zwanzig Jahre leben
Und mehr. Die werden das Ende des Martyriums sehen,
Das, was ihr wohl wißt und was man nicht sagen kann,
Was wir in unsern Nächten ohne Schlaf träumen.
Also höret wohl! Ich will, daß zu dem Stein, unter
Den ihr bald meinen Körper legen werdet,
Die, welche hier sind und dann leben werden,
Welche Jahreszeit es sei oder Wetter, Tag und Stunde,
Ohne einen Augenblick zu zögern,
Atemlos gelaufen kommen
Und mit den Lippen, auf die Stelle gepreßt,
An der mein Kopf liegt, und indem man mich dreimal ruft:
Moser, aus ganzem Herzen, mit der stärksten Stimme,
Ohne mir etwas zu erzählen,
Mit einem einzigen Schrei das Gewicht hebend, das mich erstickte:
Moser, Moser, soll er einfach sagen,
Es ist getan!"

Dem Brauche dieses Lesebuches gemäß macht Verfasser auf ein Aufsatzthema im Anschluß an dieses Gedicht aufmerksam, indem er zur Bearbeitung auf folgende Gedanken hinweist: „Beschreibt eine elsässische Familie, deren Herz französisch ist. Zeigt, wie diese das Joch des Auslandes erträgt, und entwerft das Bild eines vertrauten Abends, wo jeder mit leiser Stimme, aber frei von seinen Neigungen und Hoffnungen spricht."

Also auch der Aufsatzunterricht wurde in den Dienst der Verhetzung gestellt.

Geographieunterricht.

Geographiebücher.

Schon im vorhergehenden sind viele Stellen angegeben, aus denen das heiße Verlangen Frankreichs nach Wiedereroberung des Elsaß offen spricht. Sie wurden in den früheren Abschnitten mitgeteilt, um die Textstellen nicht zu sehr auseinanderzureißen. Besonders die Geographie- und Geschichtsbücher bieten den Verfassern reichlich Gelegenheit, von dem Reichsland zu sprechen.

Dabei ist in den Geographiebüchern ein doppeltes für die französische Darstellung sehr bezeichnend. Auf den Karten ist das Reichsland vielfach als nicht zu Deutschland gehörend gezeichnet, durch Schraffierung und Färbung wird es als französisches Gebiet gekennzeichnet oder erscheint als schwarzer Fleck, um dadurch die Trauer um das verlorene Land auszudrücken. „Ihr bemerkt rechts", sagt Cuissart[3]), „einen schwarzen, gleichsam in Trauer ge-

[1]) Albert Dès et Madame Dès, Education morale et civique. Montuçon, éd. Thorinand. 7. éd.
[2]) Martin et Lemoine, Lectures choisies d'auteurs français. S. 272. — [3]) E. Cuissart, Lectures courantes II, S. 85. — Hanriot-Huleux, Cours de la langue française I, S. 77. — P. Beck, Leçons de Choses. S. 27.

Digitized by Google

kleideten Teil. Dieser Teil Frankreichs(!) sind das Elsaß und die Teile Lothringens, die uns die Deutschen 1870 entrissen haben. **Bereitet euch vor, eines Tages diesen Verlust wieder gutzumachen!"**

Dann wird die Geographie Elsaß-Lothringens nicht unter Deutschland behandelt, sondern unter Frankreich. Man setzt sich also ohne weiteres über den Frankfurter Frieden hinweg und tut so, als ob er niemals existiert hätte. Da wo noch Teile von Deutschland neben Frankreich auf den Karten gezeichnet sind, wird, um ja nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, als ob Elsaß-Lothringen zu Deutschland gehöre, das Wort Allemagne im Bogen von der Pfalz ausgehend unter sorgsamer Umgehung des Reichslandes nach Baden hineingeschrieben.

Französische Geographiebücher unterscheiden sich von den deutschen dadurch, daß in ersteren Karten und Text ein Buch bilden. Die Karten sind in den begleitenden Text hineingedruckt.

Zu den am meisten verbreiteten Geographiebüchern gehören die von Foncin[1]); es sind 4 Bände in Quart. Den ersten Teil nennt er Elementarkursus; die folgenden sind dem Alter der Schüler gemäß 1., 2. und 3. Schuljahr genannt. In jedem Band wird Frankreich aufs neue und stets erweitert behandelt.

Auf den Karten, die dem Text beigedruckt sind, ist Elsaß-Lothringen nicht zu Frankreich gehörend, aber auch nicht als Teil Deutschlands gezeichnet; das Land trägt eine besondere Farbe. Das Wort Allemagne ist erst in die Karte der Pfalz hineingeschrieben.

Der Verfasser ist ein Mann, der eine hohe Stellung unter den französischen Schulmännern einnimmt. Er nennt sich auf dem Titel selbst: Docteur ès lettres, Directeur honoraire de l'enseignement secondaire, Président de l'Alliance française pour la propagation française dans nos colonies et à l'étranger. Der Elementarkursus erlebte 7 Auflagen. Der dritte Jahrgang (im Jahre 1910) 18, der 2. Jahrgang (1916) 46 und der erste Jahrgang, der für die Volksschulen und die unteren Klassen der höheren Schulen bestimmt ist, gar — 228 Auflagen. Man kann also nicht sagen, daß man es mit einem minderwertigen Buche aus der Provinz zu tun habe, Foncins Geographiebücher sind vielmehr Arbeiten, die einen Mann in angesehener Stellung zum Verfasser haben, die in außergewöhnlich hohen Auflagen (228) erschienen sind, deren Gedanken also durch ganz Frankreich in Millionen von Exemplaren verbreitet wurden.

Im ersten und dritten Jahrgang sind Elsaß-Lothringen besondere Kapitel gewidmet, aber auch hier nicht bei Besprechung von Deutschland, sondern bei der Behandlung von Frankreich. Da steht im 1. Jahrgang S. 29 geschrieben:

„212. Treues Festhalten der Elsaß-Lothringer zu Frankreich. Aber alles das ist nichts neben der Gewalt, die man dem Willen dieser Söhne Frankreichs angetan hat, die es aus ganzem Herzen lieben und ihrer Mutter entrissen worden sind.

Die Elsaß-Lothringer verwahren sich immer gegen ihre Annexion durch Deutschland, gegen die Gewalt, die ihr Recht drückt, aber nicht unterdrücken konnte. Viele ihrer Söhne kommen nach Frankreich, um nicht deutsche Soldaten werden zu müssen.

Überdies sind die Elsaß-Lothringer durch die Eroberer einer Regierung unterworfen, die sie jeglicher Freiheit beraubt.

Das Unglück und das treue Festhalten der Elsaß-Lothringer müssen sie uns lieben lassen als wahre Freunde und noch mehr als die übrigen Franzosen.

Und wenn Elsaß-Lothringen wieder französisch wird, so wird die Rückkehr der Provinzen zum Vaterlande, dessen Gebiet man geraubt hat, dessen Herz aber immer ihm gehört, eine große Freude sein."

Im 3. Teil, der für höhere Schulen und Handelsschulen bestimmt ist, nimmt der Verfasser den Mund voll. Auch hier sei besonders hervorgehoben, daß diese genannten 10 Abschnitte, nach denen unser Reichsland behandelt wird, unter Frankreich stehen und zwar vor Algerien.

„75. Die elsaß-lothringische Frage. — Der unheilvolle Krieg von 1870/71 hat uns Elsaß-Lothringen genommen.

[1]) Foncin, Géographie. 1. Cours élémentaire. 2. Première année. Cours moyen. 3. Deuxième année. 4. Troisième année. Paris, Armand Colin.

Digitized by Google

Die Deutschen rufen, um ihre Eroberung zu rechtfertigen, die Geschichte zu Hilfe: Aber wenn dieses unglückliche Gebiet ehedem an das Deutsche Reich angeschlossen war, so hat es doch zuvor einen Teil von Gallien ausgemacht, und Gallien erstreckte sich bis an den Rhein.

Sie sprechen von der Rasse, der Sprache: Aber in der Schweiz beispielshalber bilden deutsche, französische, italienische, in den Vereinigten Staaten die verschiedensten Völkerschaften eine einzige Nation.

Um die Wahrheit zu sagen, sie haben nur ein Argument uns entgegenzuhalten: das Gesetz des Stärkeren, das sich in diese berüchtigten Worte zusammenfassen läßt: die Gewalt drückt das Recht. Aber es gibt ein unverjährbares Recht, das über der Gewalt steht, das ist das Recht, das ein jeder Mensch und folglich auch ein jedes Volk hat, nämlich frei über seine Person zu bestimmen.

Deshalb hatte Herr Grosjean in der Nationalversammlung zu Bordeaux am 1. März 1871 das Recht, im Namen der Abordnung von Elsaß-Lothringen zu sprechen: wir erklären einen Vertrag, der ohne unsere Zustimmung über uns verfügt, für null und nichtig. — Frankreich, das der Erklärung der Menschenrechte treu bleibt, kann anders nicht denken."

„78. Vereinigung mit Frankreich. In dem Teil von Lothringen, der heute verloren ist, befinden sich ganz oder teilweise das Bistum Metz, durch Heinrich II. im Jahre 1552 erobert; das französische Luxemburg (Diedenhofen), im pyrenäischen Frieden 1659 von Spanien abgetreten, Deutsch-Lothringen (Saargebiet), das durch den Frieden von Utrecht 1713 erworben wurde.

Was das Elsaß betrifft, so hat uns der Westfälische Friede (1648) den südlichen Teil gegeben[1]); die freie und kaiserliche Stadt Straßburg wurde 1681 besetzt, das Bistum wurde durch den Frieden von Ryswick (1697) erworben. Die Revolution vereinigte mehrere Herrschaften, die den Fürsten von Württemberg, Pfalz-Zweibrücken und Baden noch verblieben waren; und im Jahre 1798 bat die Republik Mülhausen von selbst um Einverleibung in Frankreich."

„79. Ethnographisches. Die Sprachgrenze in Lothringen läuft ein wenig im Süden der früheren politischen Grenze bis 1870. Im Jahre 1875 verstanden von 1 200 000 Lothringern mindestens 400 000 kein Deutsch. Im Elsaß (800 000 Einwohner) herrscht die deutsche Sprache. Aber in mehreren Vogesentälern wird ausschließlich Französisch gesprochen. Übrigens hat Frankreich nichts getan, um seine Sprache zu verbreiten. Diese Rücksicht auf die Muttersprache, so bedauerlich es auch heute ist, ist vielleicht eine der Ursachen, die ihm die Elsässer gewonnen haben. Bei Ausbruch des Krieges waren sie schon lange Franzosen im Herzen und durch freie Wahl. Die Lothringer hatten niemals aufgehört, es zu sein."

„83. Neuer politischer Zustand. Elsaß-Lothringen ist ein Reichsland. Es scheint sich seit 1879 seiner Autonomie zu erfreuen, und seit 1874 ist es im Deutschen Reichstag vertreten. Doch das ist nur Schein. Der Statthalter ist vom Kaiser beauftragt; die Beamten sind Deutsche; die Kreisdirektoren sind unbeschränkte Herren in ihrem Gebiet; die Landesvertretung oder die Abgeordneten im Reichstag sind tatsächlich ohne Macht. Schon von Anbeginn durch die Nötigung zum Treueid für den Kaiser wertlos, hat die Landesvertretung keine Gewähr für ihre Unverletzlichkeit, die allein die Unabhängigkeit sichert. Die meisten der gewählten Abgeordneten gehören der elsaß-lothringischen Partei an."

„84. Stellung Elsaß-Lothringens in Deutschland. Als Glacis Deutschlands gegen einen Revanchevers uch (man hat mehr als 500 Millionen Mark für militärische Arbeiten ausgegeben) bildet Elsaß-Lothringen gewissermaßen das Pfand für die Dauer des neuen Deutschen Reiches. Um es zu erhalten, muß Deutschland eine große militärische Macht entfalten, die gleichzeitig die preußische Vorherrschaft gewährleistet. Aber heute, mehr wie jemals, fühlt sich der Elsaß-Lothringer trotz der Annexion in seinem Herzen als Franzose. Das Land wurde mit Gewalt erobert: es ist französisch von Rechts wegen. Solange es von seinem Mutterlande getrennt sein wird, solange es in Knechtschaft verharren muß, wird es für die

[1]) „Gegeben" ist sehr gut ausgedrückt statt: „wir haben es geraubt".

Digitized by Google

Versöhnung von Frankreich und Deutschland ein unübersteigbares Hindernis bilden; Elsaß-Lothringen wird sie zugrunde richten und den europäischen Frieden aufs schwerste trüben."

Elsaß-Lothringen widmet eine besondere Beschreibung, S. 48, auch der Atlas La France von H. Le Leap et J. Baudrillard[1]), aber keineswegs bei der Besprechung von Deutschland, sondern ebenfalls anläßlich der von Frankreich, und es ist der Abschnitt eingeschoben zwischen Französisch-Lothringen und der Normandie:

„Elsaß-Lothringen.

Gambetta wollte, ‚daß man immer daran dächte, aber nie davon spräche'. Aber muß man, um daran zu denken, es nicht wissen?

Elsaß-Lothringen ist Reichsland, d. h. es ist nicht besonderer Besitz irgend eines deutschen Staates, sondern es ist gemeinsamer Besitz aller deutschen Fürsten und das Symbol der deutschen Einigkeit.

‚Teueres Elsaß', sagte Michelet, ‚kleines Frankreich, mehr Frankreich als Frankreich', wieviel große Männer hat es unserm Lande gegeben! Generäle wie Fabert, Kellermann, Custine, Kleber, Ney usw.; Schriftsteller wie About, Erckmann-Chatrian; Maler, Tondichter, Gelehrte, Industrielle!

Wir, die wir gegen das rohe Wort ‚Gewalt drückt das Recht' Einspruch erheben, wir, die wir die Treue der Elsaß-Lothringer kennen, wir vergessen hinter der blauen Linie der Vogesen das ‚verlorene Paradies' nicht. Der Storch, der das Sinnbild des Elsaß ist, kehrt stets zu seinem alten Neste im Frühjahr zurück: wünschen wir, daß das ‚verlorene Paradies' das ‚wiedergefundene Paradies' werde."

Auch der von dem katholischen Schulverein herausgegebene Atlas[2]) bespricht Elsaß-Lothringen inmitten des Textes von Frankreich S. 19; es sei nur der Schlußsatz hervorgehoben: „Trotz seiner Einverleibung in Deutschland ist Elsaß-Lothringen in Geist und Herz französisch geblieben."

In dem Atlas La France et ses Colonies und zwar in der Ausgabe, die für das Schluß- oder Abgangszeugnis für die Volksschule bestimmt ist, 101. Auflage im Jahre 1911, lesen wir S. 54[3]):

„Der traurige Krieg von 1870/71 hat unsere Ostgrenze verstümmelt. Ganz Elsaß, ausgenommen das Territorium Belfort, und ein Teil von Lothringen sind Frankreich durch Deutschland trotz der Proteste der Bewohner und der geheiligten Rechte der Geschichte genommen worden."

Und auf derselben Seite steht weiter:

„Die beiden Provinzen Elsaß und Lothringen, die heute das Reichsland bilden, hatten sich frei an Frankreich angeschlossen(!!). Durch Gewalt haben sie aufgehört, französisch zu sein. Mit ihnen hat Frankreich eine reiche, wunderbar fruchtbare und wohlangebaute Ebene verloren, Berge und Hügel, bedeckt mit Wäldern und Reben, Täler mit Fabriken übersät, Salz- und Eisengruben, große Städte, starkbefestigte Plätze und Industrieorte, Stätten der Wissenschaft, des Geistes und des Patriotismus. Auf diesem Gebiet von 14 500 Quadratkilometern lebten in blühenden Verhältnissen 1 600 000 fleißige, intelligente, biedere, Frankreich ergebene Menschen, die ihm seit der Annexion durchaus treu geblieben sind."

Geschichtsunterricht.

Neben dem Geographieunterricht sind es besonders die Geschichtsstunden, in denen die Hetzer sich austoben und in der Jugend die Gier nach dem deutschen Lande unterhalten. Die ganze Bösartigkeit der französischen Gesinnung und Erziehungsweise wird durch diese Stellen enthüllt. Wir geben im folgenden eine Reihe von Auszügen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Gedanken nach Inhalt und Form sich ähnlich sind. Würden sie nur in dem

[1]) Paris, Ch. Delagrave. — [2]) Atlas-Géographie. Librairie catholique. Lyon, Paris. Emmanuel Vitte. 10. édit. Collection publiée sous le patronage d'Associations scolaires. — [3]) L. Lanier, C. Rogeaux, A. Laborde, Cours de géographie méthodique. La France et ses colonies. Cours du certificat d'études primaires. 101. éd. Paris, Aug. Belin 1911.

Digitized by Google

einen oder anderen Buche vereinzelt gefunden, so könnte man mit Recht von einzelnen Entgleisungen sprechen. Wir weisen aber nach, daß diese chauvinistischen Darstellungen, diese Ausbrüche wilder Leidenschaft in Frankreich das Übliche waren.

Beginnen wir mit den Geschichtsbüchern von Ernst Lavisse[1]), der zu den bedeutendsten Geschichtsschreibern Frankreichs in der Gegenwart zählt; und dieser Ruf der Gelehrsamkeit, den er in seiner Heimat genießt, gibt seinen Arbeiten, die er für Kinder schrieb, doppelte Bedeutung. Seine Geschichte Frankreichs ging in mehr als 300 000 Exemplaren bis jetzt in die Welt. Freilich hat der Mann bei allen ehrlich und ernst denkenden Forschern arg eingebüßt mit seiner unglaublichen Behauptung, der elsässisch-alemannische Dialekt sei keltischen Ursprungs. Zu solchen Torheiten kommen Leute, die blinder Haß führt. Nach meiner Meinung sind es Bosheit, Gemeinheit und Tücke, die ihm beim Niederschreiben dieser an Wahnsinn grenzenden Idee die Feder führten[2]). Die Elsässer müssen eben mit Gewalt zu Kelten gemacht werden, damit Frankreich Anspruch auf das Land erheben kann.

Auf Seite 231 widmet er Elsaß-Lothringen einen besonderen Abschnitt, in dem er sagt:

„Das Elsaß war seit mehr als 200 Jahren französisch, Lothringen seit mehr als 100 Jahren. Sie liebten Frankreich genau so, wie es die Länder lieben, die immer französisch waren.

Ja, sie liebten es vielleicht noch mehr, weil sie an der Grenze lagen, nahe am Feinde. Deutschland hat sie genommen, ohne sie zu fragen, ob sie deutsch werden wollten. Als Frankreich Nizza und Savoyen erwarb, da geschah dies mit Zustimmung der Bewohner. Frankreich glaubt nicht, daß man das Recht habe, Menschen wie das Vieh zu behandeln, das seinen Herrn wechselt, ohne daß man es fragt.

Heute sind fast alle Elsaß-Lothringer, die zur Zeit des Krieges (1870) im Mannesalter standen, tot. *Aber ihre Kinder haben Frankreich nicht vergessen. Das ist für immer das Vaterland ihres Herzens.*

Die Deutschen quälen sie auf jegliche Art und Weise. Sie wollen selbst nicht, daß sie Französisch im Elsaß sprechen. Man hat nicht das Recht, sich Jean und Jacques zu nennen; man muß sich Johann und Jakob nennen. Man hat nicht mehr das Recht, Elise zu heißen, man muß Elsa sagen. Die Deutschen verbieten sogar, daß man auf die Grabsteine französische Namen schreibt[3]).

In den Volks- wie Höheren Schulen erzählen die Lehrer und Professoren böse und lügenhafte Dinge von Frankreich.

Die Deutschen verpflichten die Elsässer und Lothringer in dem deutschen Heere zu dienen. Aber es gibt viele elsässische und lothringische Familien, die ihre Kinder in Frankreich untergebracht haben, und andere sind im Elsaß und in Lothringen geblieben. Sollte es nun einen Krieg geben, so würden Brüder gegen Brüder zu kämpfen gezwungen sein.

Das ist eine scheußliche Sache.

Weil die Elsaß-Lothringer sich Frankreichs erinnern und es lieben, *müssen die Franzosen sich auch Elsaß-Lothringens erinnern und es lieben, das ist eine nationale Pflicht.*"

Einige Zeilen weiter spricht Lavisse von Deutschland und seinen Verbündeten (S. 246):

„Le devoir patriotique. [Die vaterländische Pflicht.]

Deutschland und seine Verbündeten. Der Dreibund. — Seitdem Frankreich besiegt wurde und Deutschland ihm Lothringen und Elsaß genommen, lebt Europa in Kriegs-

[1]) Ernest Lavisse, Histoire de France. Armand Colin, Paris. — [2]) Vgl. darüber Menges-Stehle, Deutsches Wörterbuch für Elsässer. Gebweiler, Boltzesche Buchhandlung 1911. — [3]) Dieser Abschnitt enthält grobe Lügen. Vor dem Kriege ist niemals eine Bestimmung gegen das Französischsprechen erlassen worden; auch konnten die Eltern ihre Kinder rufen, wie sie wollten. Daß auf Grabsteine französische Inschriften eingegraben wurden in einem Lande, das größtenteils kein Französisch verstand, war zum mindesten geschmacklos. Diese Geschmacklosigkeit wurde verboten. — Was tun seit der Besetzung des Landes im November 1918 die Franzosen in dem rein alemannischen und fränkischen Gebiet? Der gesamte Unterricht wird schon den sechsjährigen kleinen Kindern französisch erteilt; wochenlang bestand 1918 und 19 der gesamte Unterricht im Eintrichtern der Marseillaise.

Digitized by Google

furcht, weil es weiß, daß Frankreich die schönen Provinzen, die man ihm geraubt, nicht vergißt[1]).

Zum Schutze dieser Provinzen vermehrt Deutschland ohn' Unterlaß seine militärische Stärke.

Es hat mit Österreich und Italien einen Bund geschlossen, um sich gegen einen Angriff von seiten Frankreichs zu schützen. Das nennt man den Dreibund."

Nachdem der Verfasser klargelegt, was triple entente[2]) (Dreiverband) und paix armée (bewaffneter Friede) ist, folgt der letzte Abschnitt:

„Indem wir Frankreich verteidigen, verteidigen wir das Land, in dem wir geboren sind, das schönste und edelste Land der Welt.

Indem wir Frankreich verteidigen, zeigen wir uns als gute Söhne. Wir erfüllen eine Pflicht gegen unsere Väter, die sich Jahrhunderte hindurch soviel Mühe gegeben haben, unser Vaterland zu schaffen.

Indem wir Frankreich verteidigen, arbeiten wir für alle Menschen aller Lande; denn Frankreich hat seit der Revolution in der Welt die Ideen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit ausgebreitet.

Frankreich ist das gerechteste, das freieste, das menschenfreundlichste der Länder."

Derselbe Lavisse[3]) schrieb ein Büchlein „Der erste französische Geschichtsunterricht", von dem mir aus dem Jahre 1909 die 76. Auflage vorliegt. Es enthält einen Abschnitt über die gegenwärtige Lage Frankreichs, in dem es S. 216 heißt:

„Frankreich bedroht niemanden und verlangt von seinen Nachbarn nur die Achtung seiner Freiheit und seiner Rechte. Zur Verteidigung und nicht zum Angriff hat es sein Heer wieder auf die Höhe gebracht und ein wahrhaft nationales Heer, gebildet aus allen Bürgern, geschaffen.

Niemand von uns hat jedoch vergessen, daß mehr als 1 500 000 Einwohner, die gute Franzosen waren, gezwungen wurden, 1871 Deutsche zu werden, und wir bewahren unsern aus dem Vaterlande verbannten Brüdern ein treues und tiefes Gedenken."

Ein drittes Buch schrieb Lavisse mit dem Titel: Histoire de France, cours élémentaire[4]), in dem er S. 161 bei Besprechung des Krieges von 1870 und der Belagerung von Paris folgendes sagt:

„Pflicht der kleinen Franzosen.

Später werdet ihr die Geschichte dieses Krieges besser verstehen. Ihr werdet wissen, daß eure Großväter bei der Verteidigung unseres Vaterlandes tapfer ihre Pflicht getan haben.

Die Deutschen nahmen uns zwei schöne Länder, Elsaß und Lothringen.

Die Elsaß-Lothringer waren gute Franzosen, sie liebten Frankreich, wie ihr es liebt. Sie wurden gezwungen, Deutsche zu werden, aber sie lieben Frankreich weiter, und deshalb quälen sie die Deutschen.

Die Deutschen sind ein sehr hochmütiges Volk, sie suchen jede Gelegenheit, um uns Übles zuzufügen.

Aber Frankreich hat nach dem unglücklichen Krieg den Mut nicht verloren.

Unsere Soldaten von heute sind ebenso tapfer, wie die von 1870, und sie sind zahlreicher.

Unsere Generäle sind ebenso tapfer wie die von 1870, aber sie sind besser geschult.

Unsere Gewehre und Kanonen sind besser als die von 1870. Wir sind weit besser auf den Krieg vorbereitet.

---

[1]) Das heißt doch klar ausgedrückt, daß es, sobald es möglich ist, den Kampf aufnimmt. — [2]) Hier fehlt eine genauere Darlegung des Wesens des Dreiverbandes, wie ihn am 6. Dezember 1911 der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl in einem Bericht schilderte: „Es ist wahr, daß mit oder ohne schriftliche Verpflichtung jedermann in England oder Frankreich die entente cordiale als ein Defensiv- und Offensivbündnis gegen Deutschland ansieht. Dies entspricht genau dem Charakter, den der verstorbene König von England ihr hat geben wollen. Die entente cordiale ist nicht auf der positiven Grundlage der Verteidigung gemeinsamer Interessen gegründet worden, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich.... Die entente cordiale hat in Frankreich den Gedanken an die Revanche, der geschlummert, zu neuem Leben erweckt. Ihr entstammt auch der Zustand der Unruhe und des Unbehagens, in dem Europa sich seit sieben Jahren befindet". — [3]) Ernest Lavisse, La première année d'histoire de France. Paris, Armand Colin. — [4]) Paris, Armand Colin, 1913.

Digitized by Google

Generäle, Offiziere, die Infanterie, Kavallerie und Flieger verstehen alle ihr Handwerk. Wenn Frankreich angegriffen wird, werden alle ihre Pflicht tun.
Frankreich ist gut verteidigt."

Den Schluß aus diesen Worten zu ziehen, unterläßt Lavisse. Er überläßt es dem Leser und Lehrer, und der Schluß drängt sich von selbst auf: Voran zum Rachezug! Unter diesen glücklichen Umständen muß er gelingen.

E. Devinat behandelt in seiner „Geschichte Frankreichs" [1]) ebenfalls die elsaß-lothringische Frage:

„1. Bis zum Jahre 1870 zählten Elsaß und Lothringen zu unsern schönsten Provinzen. Der Friede von Frankfurt hat sie uns gewaltsam entrissen. Wie grausam war die Trennung! Als die Versammlung von Bordeaux den Vertrag annahm und den Frieden bestätigte, protestierten die Abgeordneten von Elsaß-Lothringen und verließen darauf den Sitzungssaal. Im Jahre 1874 sprach im Deutschen Reichstag ein Abgeordneter feierlich diese Worte: Im Namen der Elsaß-Lothringer, die durch den Frankfurter Vertrag verkauft wurden, protestieren wir gegen den Mißbrauch der Gewalt, deren Opfer unser Land ist.

2. Vom Rhein bis zu den Vogesen war es nur ein Schrei. Wir wollen Franzosen bleiben! Am 1. Oktober 1872 mußten die Annektierten zwischen Frankreich und Deutschland wählen. Das hieß, sie wurden Deutsche, wenn sie in ihrem Geburtslande blieben."

Die Geschichtslügen aus alter und neuer Zeit, die in den einzelnen Büchern sich finden, zurückzuweisen, würde zu weit führen. Über die Eroberungen im 16. und 17. Jahrhundert, über die von Metz, Tull und Verdun [2]), über die des Elsaß und von Straßburg gehen die Verfasser kurz hinweg und berichten nur die Tatsachen selbst. Es ist dies leicht zu verstehen, wenn man bedenkt, daß solcher Raub mit den Ideen der gerechtesten Nation unter der Sonne schlecht vereinbar ist. Nur Ducoudray kann sich einer Lüge nicht enthalten, indem er mitteilt: „Bernhard von Weimar, ein Schüler Gustav Adolfs, eroberte das Elsaß, und sterbend vermachte er es Frankreich."

Das ist eine grobe Geschichtsfälschung. Bernhard von Weimar hatte die Absicht, ein eigenes Fürstentum am Oberrhein zu gründen; erst nach seinem Tode, der ganz plötzlich und unerwartet eintrat, fielen seine Eroberungen den Franzosen zu, nachdem Bernhards Brüder von Richelieu beiseite geschoben waren. Dessen Gold spielte damals eine ähnliche Rolle, wie im Weltkrieg der Dollar.

In Abschnitt 3 S. 285 f. ist mehrfach von den drei französischen Farben gesprochen; diese drei Farben begeistern den Sänger zu wunderlichen Tönen, wie Déroulède in seinem „Der Herr Ulan" und den Volksschullehrer Max Tiple in nachstehendem Liede Aux fleurs d'Alsace, An die Blumen des Elsaß. Dieses Gedicht, das sich in dem Büchlein von Tartière, De tout un peu, S. 272, findet, wurde an den Blumenspielen in Toulouse preisgekrönt. Tartière meint, daß das Gedicht durch vollkommene Ausführung, durch ausgesuchte Feinheit, durch den Adel und Stolz der Gefühle ausgezeichnet sei. Nach den Anmerkungen sind die Schmerzen, von denen in der 2. Strophe die Rede ist, hervorgerufen durch den Krieg von 1870 und durch die Abtretung des Elsaß an Preußen. Das Gedicht lautet:

An die Blumen des Elsaß.

Wacht endlich auf! Es ist wohl Zeit!
Ihr Blumen der Felder, ihr Blumen der Wälder!
Unter dem sanften Hauch, der euch umkost,
Öffnet euch alle auf einmal!
Durchduftet das Elsaßland,
Und um einzuschläfern seine Schmerzen,
Die seit 16 Jahren [3]) nichts lindert,
Laßt eure Köpfchen im Winde schaukeln, ihr Blumen!

Kommt in Büscheln hervor, ihr Kräuter!
Seid ein glänzender Schmuck
Und bildet stolze Fahnen,
Wallend unter der goldenen Sonne!
Blühet alle geschwind, geschwind!
Kornblume, süßer Stern des Ährenfeldes,
Maßlieb und Mohn [4])
In einer Liebe vereint!

[1]) E. Devinat, Histoire de France. Cours moyen. Préparation au certificat d'études primaires. Paris. Molleroz et Martinet. — [2]) Vgl. Karl Alexander von Müller, Wie die Deutschen Provinzen verlieren, im Heft „An die deutschen Arbeiter" (S. M. Januar 1918). [3]) Das Gedicht stammt aus dem Jahre 1886. — [4]) Also blau, weiß, rot.

Digitized by Google

Das Gesetz verbietet euch zu erscheinen,
O, ihr drei Farben, die wir lieben!
Aber trotz des frechen Auges des Reiters [1])
Schmücket festlich Berg und Tal.
Schleudert Preußen den Fehdehandschuh
Ins Gesicht, das euch des Landes verweist,
Und seid im Elsaßland
Das stolze Banner, das man dort segnet.

In dem aus dem Jahre 1878 stammenden Gedicht von Eugen Manuel „La France en deuil“[2]) wird das trauernde Frankreich aufgefordert, die Trauer abzulegen, da es bei Gelegenheit der Weltausstellung seine unerschöpfliche Lebenskraft aufs neue bewiesen habe. Aber Frankreich antwortet:

„Ich kann es nicht. Wohl habe ich mich neu erhoben, den Haß bezwungen und die Achtung erkämpft; aber ein Teil meines Selbst ruht in der Erde. Der Gedanke an Elsaß-Lothringen läßt mich keinen Trost finden. Das Elsaß will nicht, daß ich getröstet werde, und Lothringen ruft mir zu: ‚Meine Mutter, denk an uns!‘ Ja, ich habe tapfere und treue Söhne, die sich zärtlich um mich scharen. Aber über den Lebenden kann ich die Toten nicht vergessen, jener Mutter gleich, die das leidvolle Wort sprach: ‚das Kind, das ich verloren habe, war das, das ich am heißesten liebte‘.“

Carré und Moy[3]) haben ein Büchlein geschrieben, um die Kinder zur Abfassung von Briefen und Aufsätzen zu befähigen. S. 75 wird eine Abhandlung über die Trauerfarbe verlangt, und dabei werden folgende Anhaltspunkte gegeben:

„1. Eines Abends blättert im Kreise der Familie die kleine Tochter in einem Atlas. 2. Auf der Karte von Frankreich sieht sie im Osten eine Gegend, die Trauerfarbe trägt. Sie frägt ihren Vater... 3. Antwort des Vaters: ‚Warum ist Frankreich in Trauer?‘“ Man sieht auch daraus, daß der Franzose keine Gelegenheit, keine Unterrichtsstunde und keinen Unterrichtsstoff vorübergehen ließ, ohne die Kinder aufzureizen.

Übrigens ist auch auf einer Karte Frankreichs in dem Geschichtsbuche des schon oft genannten Lavisse S. 216 Elsaß-Lothringen tief schwarz gezeichnet, als tief schwarzer Fleck, um die Trauer um den Verlust darzustellen, um dem Kindesherzen einen tiefen Eindruck zu machen. Dasselbe S. 226.

Rechtschreibeunterricht.

Selbst die Diktatstunde wurde dazu benützt, den Vergeltungsgedanken im französischen Schulkinde zu pflegen. Eine solche Rechtschreibeübung entnehmen wir dem Buche von Larive und Fleury[4]), wo es heißt: „An einem Oktobertage, seinem 8. Geburtstage, führte man das Kind auf den Friedhof. Seine Mutter kniete an einem Grabe nieder und weinte. Der Vater entblößte das Haupt und sagte: Lies! Und das Kind las laut: Louis Gauthier, Franzose, gestorben für das Vaterland im Alter von 20 Jahren, Oktober 1870. — ‚Das war deiner Mutter Bruder, und ein Preuße hat ihn meuchlerisch getötet! Du wirst daran denken!‘ — ‚Ja, Vater.‘ — ‚Siehst du die Tannen dort am Horizont? Nun, dort ist französische Erde, sind französische Kinder. Die Preußen sind gekommen und haben gesagt ‚dieses reiche Land gehört uns, diese französischen Kinder sind unser‘, und haben alles weggenommen. Du wirst daran denken!‘ — ‚Ja, Vater!‘“

Wir haben schon öfters darauf aufmerksam gemacht, daß es für unsere Schulschriftsteller einen Frankfurter Frieden nicht gibt. Elsaß wird eben zu Frankreich gerechnet, unter Frankreich besprochen; dem Kinde darf nicht der Gedanke kommen, daß es anders ist und sein könnte.

Louis Liard[5]) zieht anläßlich der Besprechung des Vaterlandes auch die Elsässer herbei und gibt folgendes zum besten (S. 99):

„Ist es (Frankreich) nicht in der Tat aus Völkern verschiedenen Ursprungs gebildet,

[1]) In der Anmerkung sagt der Herausgeber: „reître ein aus dem Deutschen genommenes Wort. Le reître war ein deutscher Edelmann des Mittelalters.“ Hier wohl allgemein „deutscher Soldat“, und zwar in beschimpfendem Sinne. Am 1. August 1918 schrieb der „Matin“ über die Ermordung des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn: „Le reître a été exécuté“, was man vielleicht mit den Worten übersetzen kann: An dem Kommisstiefel ist das Urteil vollzogen worden. — [2]) A. Mironneau, Choix de Lectures. Paris, Armand Colin, 1908, S. 376. Das Gedicht wurde zum Weihnachtsfeste der Elsaß-Lothringer 1878 geschrieben. — [3]) Carré et Moy, L'année préparatoire de rédaction et d'élocution. Paris, Armand Colin et Cie., S. 75. — [4]) Larive et Fleury, Dictées I, S. 117. — [5]) Louis Liard, Morale et enseignement civique à l'usage des écoles primaires. Paris, Leopold Cerf.

Digitized by Google

den Kelten, den Römern, den Franken, von denen die einen dem Boden des alten Galliens entstammen, die andern durch Einfall und als Eroberer gekommen sind? Soweit brauchen wir nicht zurückzugehen; ist es nicht im 17. Jahrhundert durch Völker germanischer Rasse vergrößert worden? Und doch, wer wollte zu sagen wagen, daß die Elsässer keine wahren Franzosen gewesen sind? Sie würden antworten, daß sie es noch sind, obgleich sie im Jahre 1871 gegen ihren Willen mit Völkern germanischen Ursprungs vereinigt wurden."

Auf die verschiedenartigen Volksstämme Frankreichs kommen auch Martin und Lemoine in ihren Lectures choisies S. 206 zu sprechen, wo ebenfalls von den Elsässern als guten Franzosen die Rede ist:

„Die Basken, die Elsässer, die Savoyarden mögen eine andere Abstammung, einen andern Dialekt, eine unterschiedliche Geschichte, andere Gewohnheiten und sogar andere Gesetze haben, sie sind wahrhaft Franzosen, denn ihr Herz ist französisch. Ihre Wünsche und Gedanken gelten Frankreich. Die Bretonen, die wie ihre Vorfahren, die Kelten, sprechen, sind ebenso gute Franzosen, wie die Elsässer, die deutsch sprechen."

Im Jahre 1882 schrieb Paul Bert seine schon öfters genannte Bürgerkunde und spricht S. 347 von der Einheitlichkeit des französischen Volkes. Einen Frankfurter Frieden gibt es für ihn nicht; denn er schreibt: „Es gibt keine Provenzalen, keine Bretonen, keine Elsässer, keine Burgunder mehr: es gibt nur Franzosen." Also 1882 erscheinen die Elsässer noch für ihn auf derselben Stufe stehend wie die übrigen französischen Völkerschaften.

Singstunde.

Unter den Büchern, die zur Verfügung gestellt wurden, befand sich ein einziges Schulliederbuch[1]); dieses zeigt, daß auch die Gesangstunde zur Verhetzung der jungen Welt benützt wurde. In das Buch ist ein Wechselgesang zwischen Frankreich und Elsaß aufgenommen, dessen Strophen folgendermaßen lauten:

Frankreich und Elsaß.

Frankreich — Elsaß, lieb Elsaß,
Woran denkst du drüben über den Bergen?
Fürchte nicht, daß bei uns die Erinnerung an dich erlischt,
Stets denken wir dein, stets lieben wir dich.

Elsaß — O, Frankreich, lieb Frankreich,
Auf ewig lebst du in meiner Erinnerung.
Nichts kann mir meine geheime Hoffnung rauben,
Es wird kommen der Tag, der uns vereinen muß.

Frankreich — Elsaß, lieb Elsaß,
Wird es sein eine Morgenröte von brennender Glut?
Wird es nötig sein, Ströme von Blut zu vergießen,
Damit du endlich deinen Platz bei mir wieder findest?

Elsaß — O, Frankreich, lieb Frankreich,
Genug des Blutbades! Das gefällt nur den Königen.
Von dem von seinen langen Leiden befreiten Volke
Will ich treu erwarten mein Recht.

Beide — Bis der Tag uns hold ist,
Laßt uns beide wachen, ohne etwas zu vergessen.
Ja, zuletzt wird für alle die Gerechtigkeit leuchten,
Friedliche Morgenröte, ruhig glänzend.

Aufforderung zum Rachezug.

Welche Sehnsucht nach dem in solchen Farben geschilderten reichen und schönen Lande Elsaß mußte in den Herzen der französischen Jugend aufsteigen, aber auch welch flammender Haß gegen diejenigen, die das früher in verbrecherischer Weise geraubte Land zurück-

[1]) Chants populaires pour les écoles. Poésies de Maurice Poucher, mélodies composées ou recueillies par Julien Tiersot. Paris, Hachette et Cie., 1907. S. 8.

Digitized by Google

geholt haben und jetzt dessen Bewohner angeblich mißhandeln, wenn diese Gedanken in der Schule zum Gegenstande ausführlicher Besprechung gemacht wurden! Mit der Jugend wurde das ganze Volk dadurch in eine Stimmung hineingepeitscht, die nötig ist, um das furchtbare Ringen mit dem Feinde aufzunehmen. Und sie fassen den Mut, sie nehmen das Ringen auf.

Zum Rachezug fordern manche Stellen auf, die wir bis jetzt kennengelernt haben. Es sei an Vorgebrachtes zunächst erinnert.

S. 286 wird auf den Kampf und den gewiß erwarteten Sieg in dem Gedicht „Der Trommelschläger" hingewiesen mit den Worten:

„Arbeiten und hoffen wir: das nächste Mal wird der Sieg unser sein!"

S. 294 ruft Chalamet bei der Erzählung der Zurückeroberung Elsaß-Lothringens aus:

„Vergessen wir nicht!"

„Gedenken wir dieser Tausenden von Mitbürgern, die schon so lange leiden und nicht müde werden zu hoffen!"

Bei Schilderung der angeblichen Greueltaten, die gegen die Bewohner von Molsheim verübt wurden, werden die Worte (S. 296) gebraucht:

„Nur Geduld! Was heute nicht geschieht, kann morgen getan werden; der Tag der Rache wird kommen!"

Damit nicht genug! Gegen Schluß seines Buches legt ein junger Franzose das Gelübde ab (S. 296):

„Unser Lehrer sagte, wir müßten uns kräftigen und den Marsch üben, um einst gute Soldaten zu werden. Und wir wollen alle Soldaten werden, um den Preußen das Elsaß wieder abzunehmen. Euer Lehrer tut recht daran, Euch Liebe zum Elsaß einzupflanzen; denn im Elsaß wird auch Frankreich sehr geliebt."

Das Buch schließt mit dem Aufruf zum Rachezug: „Beruhige dich, Großvater, habe Vertrauen! Wir, die kleinen Schuljungen von heute und Soldaten von morgen, wir werden den Preußen das Elsaß wieder abnehmen" (S. 297).

Daß auch die französische Frau einen Krieg der Rache herbeisehnte, geht aus den Worten einer Zuhörerin hervor (S. 301), die in Begeisterung ausrief: „Ich habe drei Söhne, mein Herr, von diesem Augenblick an gebe ich sie dem Vaterlande!" „Ja, ja," sagte er, „das Herz unserer Johanna d'Arc ist unter den Frauen Frankreichs noch nicht erstorben".

S. 302: „Sie warten, Frankreich immer getreu, auf die Stunde der Befreiung."

S. 303: „Sie erwarten den Augenblick ihrer Befreiung, um wiederum Franzosen zu werden."

Ganz deutlich liegt die Aufforderung zu neuem Kampfe auch in den Worten S. 305: „Indem wir der Vergangenheit gedenken, werden wir im Notfall bereit sein für die Zukunft" und „Ein Volk kann groß und stark bleiben, wenn es auch vom Glück verraten oder von der Überzahl besiegt wurde, falls es nur das Bewußtsein und den Schmerz seiner Niederlage wahrt. Wenn es vergißt, ist es für immer verloren."

Bekannt ist das Wort Gambettas (S. 312): „Immer dran denken, aber nie davon sprechen!", nämlich an den Rachezug, die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen. Und auf derselben Seite:

„Wir, die wir gegen das rohe Wort ‚Gewalt drückt das Recht' Einspruch erheben, wir, die wir die Treue der Elsaß-Lothringer kennen, wir vergessen hinter der blauen Linie der Vogesen das verlorene Paradies nicht. Der Storch, der das Sinnbild des Elsaß ist, kehrt stets zu seinem alten Neste im Frühjahr zurück: wünschen wir, daß das verlorene Paradies das wiedergefundene Paradies werde."

Als einen der größten Deutschenfresser haben wir den Geschichtsprofessor Lavisse kennengelernt, der offen erklärt: „Seitdem Frankreich besiegt wurde und Deutschland ihm Elsaß-Lothringen genommen, lebt Europa in Kriegsfurcht, weil es weiß, daß Frankreich die schönen Provinzen, die man ihm geraubt hat, nicht vergißt." (S. 313 f.).

Weiter fordert Lavisse S. 314 zum Kampfe mit den Worten auf: „Frankreich hat nach dem unglücklichen Kriege den Mut nicht verloren."

S. 309 f. hörten wir Cuissarts Wort: „Ihr bemerkt rechts einen schwarzen, gleichsam in Trauer gekleideten Teil. Dieser Teil Frankreichs sind das Elsaß und die Teile Lothringens,

Digitized by Google

die uns die Deutschen 1870 entrissen haben. Bereitet euch vor, eines Tages diesen Verlust wieder gut zu machen!"

Soweit die Stellen, die schon früher angeführt wurden.

Es ist immer dasselbe Ziel, das den französischen Kindern vor die Seele geführt wird: Wir holen Elsaß-Lothringen wieder. In seinem Realienbuch gibt Paul Bert[1]) folgende Erzählung, um die Kampfbegier der Jungen zu reizen:

„‚Willst du auch Soldat werden?' fragte der Offizier den ihn anstarrenden Georg. — ‚Ja, Herr!' — ‚Um eine so schöne Uniform zu bekommen?' — ‚Und um die Preußen zu schlagen', fügte der kleine Andreas mit den Zähnen knirschend hinzu. — ‚Du liebst die Preußen nicht?' ‚Ja, wissen Sie denn nicht, daß sie uns Elsaß-Lothringen genommen haben? Aber wenn wir groß und Soldaten sind, schlagen wir sie und nehmen es ihnen wieder ab.' Der Offizier lächelte nicht mehr. Er betrachtete das Kind ernst, mit sonderbarem Blick..."

Nach demselben Realienbuch S. 41 werden Knaben dem greisen Helden von Vernon vorgestellt, wo die Preußen Frauen und Kinder mißhandelten und alles niederbrannten.

„Frankreich stirbt noch nicht aus. Diese wackeren Knaben werden dereinst ihre Väter rächen. — Der Greis richtete sich auf: ‚Ja, dieser Tag wird kommen. Dann eile zu den Fahnen, denke an die Beschimpfungen und Gewalttaten der Preußen und schlage dich wie ein Löwe!' — ‚Ja, ich will General werden und mich tapfer schlagen.' — ‚Wie alt bist du', fragte lächelnd der Greis. — ‚7 Jahre... es lebe Frankreich!'"

Um den Gedanken an die Befreiung der verlorenen Provinzen recht lebendig zu erhalten, haben die Franzosen (im Jahre 1881) **Schülerbataillone,** bataillons scolaires, eingerichtet, die Jugend sollte ganz militärisch erzogen werden im Hinblick auf den kommenden Revanchezug. Nach Cuissart a. a. O. S. 163 sprach der französische Unterrichtsminister zum ersten Pariser Schülerbataillon: „Liebe kleine Bürger und Soldaten! Unter einer sehr unterhaltenden Form tut ihr etwas sehr Ernstes. Ihr arbeitet an der militärischen Ausbildung des Frankreich von morgen. Dieses Frankreich von morgen seid ihr."

Im Jahre 1896 **am 30. Juli** hat **Poincaré,** der spätere Präsident und jetzige Ministerpräsident, bei der Preisverteilung des Gymnasiums zu Commercy in Französisch-Lothringen eine Rede über Heimat und Vaterland gehalten. Dabei sprach er folgende Worte:

„Das Wohlergehen Frankreichs ist unumgängliche Vorbedingung für den Weltfrieden (harmonie universelle), für den Fortschritt, für die natürliche Entwicklung der Menschen und der Dinge. Alles, was den Ruhm unseres Landes verdunkelt und seine Macht schwächt, muß gefährlich und verhängnisvoll zurückwirken auf die entlegensten Teile der Kulturwelt... Wir brauchen leider unser Gedächtnis nicht anzustrengen, um uns der Prüfungen der Vergangenheit zu erinnern. Sie ließen unter unsern Augen blutige Spuren, die noch nicht vergingen. Wir können sagen, daß jeder Tag und jede Nacht, die anbricht, ja jede Stunde, die schlägt, die grausamen Lehren der Geschichte in unverminderter Lebendigkeit erneuert... Schon naht das 20. Jahrhundert. Möge es für Frankreich bringen die Austilgung der unvergeßlichen Schmach und die Vergeltung für die unverdiente Unbill." —

Im Jahre 1870 hat sich die Stadt Chateaudun[2]) durch den Widerstand gegen die Deutschen ausgezeichnet; die Kämpfe sind in einer Jugendschrift besonders beschrieben, und diese ist der Bibliothek für nationale Erziehung einverleibt. In der Vorrede dieses Buches heißt es:

„Die Hoffnung ist der Trost der Leidenden, man muß auf bessere Zeiten hoffen, die die Rache vorbereiten, das entsetzliche Unglück austilgen werden, das die einfachste Voraussicht hätte verhindern können."

Den Schluß des Buches bildet ein Gedicht, dessen letzte Verse hier mitgeteilt seien:

„Seien wir ihre Feinde,
Erbitterte, fort und fort, bis zur Rache!

[1]) Paul Bert, Leçons de Choses, S. 26. — [2]) J. B. Bernat, Chateaudun! Episodes de la guerre 1870, Bibliothèque d'éducation nationale. Paris, Alcide Picard et Kaan. 2. éd.

Digitized by Google

So wie er sich gezeigt hat, seien auch wir o h n' E r b a r m e n!
Und triumphierend über das Geschick und den Verrat,
Laßt uns am Rhein unsere alte Grenze wieder nehmen!"

Einen ähnlichen Gedanken finden wir in einem Gedicht von André Theuriet[1]), in dem er den lothringischen „Kuchen" besingt; das Gedicht schließt mit den Worten:

„Trinken wir auf ein gemeinsames Erinnern,
Auf den gemeinsamen Haß,
A u f d i e R a c h e d e r Z u k u n f t,
Auf das freie Lothringen!"

In den Erklärungen zu diesem Gedicht heißt es: „Die Schlußstrophe enthält Hoffnungsgedanken, einen Hinweis auf Lothringen, das heute noch verloren ist, d a s a b e r e i n e s T a g e s z u m V a t e r l a n d z u r ü c k k e h r e n w i r d!"

Dieselbe Hoffnung ist ausgedrückt in dem Buche La France et ses colonies[2]) S. 25:

„Dieses Gebiet ist mit einem besonderen Namen bezeichnet (Reichsland) und ist einer besonderen Regierung überwiesen, da die Sieger wohl wußten, daß diese Länder, die sie mit Gewalt eroberten, früher oder später zu ihrem freigewählten Vaterland zurückkehren oder der Freiheit wieder gegeben werden.

‚Espérons! Hoffen wir!' hat Gambetta einst ausgerufen, u n d d i e s e s ‚H o f f e n w i r!' i s t d a s W o r t d e r Z u k u n f t g e w o r d e n; in ihm leben Gambettas Gedanken und Wünsche weiter."

Den Revanchekrieg predigt auch L e c h a n t r e[3]), wenn er anläßlich der Besprechung der Zahl der französischen Departements sagt: „Frankreich ist in 86 Departements eingeteilt; dazu kommt das Territorium Belfort, das uns vom Elsaß übrig geblieben ist, das die Deutschen samt einem Teil von Lothringen im Kriege 1870/71 uns genommen haben u n d d a s w i r e i n e s T a g e s w i e d e r z u g e w i n n e n h o f f e n."

Ähnlich Pierre Laloi[4]), der S. 162 in dem Kapitel Devoirs politiques sagt: „Die Zukunft der Republik ruht auf jedem von euch. Wenn jeder von euch seine Pflicht tut, dann wird die Republik stark sein; stark genug, um uns glücklich leben zu lassen u n d u m u n s e i n e s T a g e s d i e B r ü d e r w i e d e r z u g e b e n, d i e w i r v e r l o r e n h a b e n: d i e B r ü d e r v o n E l s a ß-L o t h r i n g e n."

Zum Rachezug fordert auch eine kleine französische Geschichte auf, die schon 1872 erschien[5]), während im allgemeinen die früheren Arbeiten sich noch eine gewisse Zurückhaltung auferlegten; der Schlußsatz lautet S. 253:

„Wenn wir lernen, unsere Fehler einzusehen, wenn wir lernen, uns zu bessern und uns zu erinnern, ist nichts verloren, u n d d i e Z u k u n f t v e r d a n k t u n s e i n e g l ä n z e n d e R a c h e, d i e k e i n E r b a r m e n k e n n t, an einem Feinde, der alle Gesetze der Menschlichkeit verletzte und sich über alle Rechte des Siegers hinwegsetzte."

In der Geschichte von B l a n c h e t u n d T o u t a i n[6]) steht S. 101 ein kleiner Abschnitt mit der Überschrift: Espérance, Hoffnung! Er lautet:

„Frankreich wird nicht untergehen! Es stellt in Europa das Ideal der Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, der sozialen Verpflichtung dar. Es ist für den Fortschritt der Menschheit notwendig. Die Republik, ihrer Stärke bewußt und immer durch das Rechts- und Gerechtigkeitsgefühl geleitet, wird das nationale Erbteil bewahren. W i e d e r h o l e n w i r d a s W o r t G a m b e t t a s: H o f f e n w i r!"

In dem Schlußsatz seiner französischen Geschichte fordert Dalliès[7]) zum Rachezug auf:

„Wir verloren, es ist nicht zu leugnen, zwei tüchtige Provinzen; aber das Herz der Bewohner ist uns geblieben; u n d m a n w ü r d e n i c h t i n e i n e r e i n z i g e n u n s e r e r S c h u l e n e i n e n S c h ü l e r f i n d e n, d e r h e r a n g e w a c h s e n n i c h t z u

[1]) A. Delapierre et A. P. de Lamarche, Exercices de mémoire. Paris, Librairie d'éducation nationale. Alcide Picard. 525e Mille. S. 74, 75. — [2]) Lanier, Rogeaux, Laborde, La France et ses colonies. Paris, Eug. Belin. 2. éd. 1911. — [3]) Lechantre, Resumé d'instruction morale et civique suivi de règles de civilité. Douai, A. Degoz, 1912. 29. éd. — [4]) Laloi a. a. O. — [5]) M. H. Pigeonneau, Petite histoire de France. 8. éd. Paris. Eug. Belin, 239. éd. 1913. — [6]) D. Blanchet et Toutain, L'histoire de France à l'école. Paris, Eug. Belin. 2. éd. 1908. — [7]) Dalliès, Précis d'histoire de France. Paris, Gedalge. S. 297.

Digitized by Google

sterben bereit wäre, falls es nötig ist, um unsere Brüder von Elsaß-Lothringen zu befreien und sie zurückzubringen in die große französische Familie, der sie angehören."

Der Rachekrieg kommt; wenn nicht heute, so doch morgen, in der Zukunft. Das sagen deutlich Martin und Lemoine in ihrem Buche Lectures choisies d'auteurs français S. 267:

„Wir hüllen unser Vaterland in zärtliche Liebe, in seinem Wesen vergrößern wir unser Leben; welch ein Glück, wenn wir mit dem Opfer unseres Lebens dazu beitragen könnten, aus der Zukunft die Revanche von gestern und heute zu machen!"

Wie oft wurde im Gegensatz zu solcher Gesinnung von Deutschland aus die Hand zum Frieden, zur Versöhnung geboten. Es war stets vergebens. Kein Wunder, wenn drüben Ansichten herrschend waren, wie dieselben Verfasser S. 283 ihres Buches sie äußern:

„Wir müssen es als eine Feigheit betrachten, eine Nation zur Freundin zu haben, die ihre Kraft mißbrauchte, um uns zu beleidigen und uns zu verstümmeln, und die ihr Unrecht ohne Bedenken gegen uns aufrecht erhielt."

Einen Vergleich zwischen dem deutschen und französischen Heer zieht Burdeau[1]), indem er S. 34 seines Buches folgendes ausführt: „Frankreich hat nur 38 Millionen Einwohner, während Deutschland 56 Millionen zählt. Die Deutschen haben also die größere Anzahl, und wir müßten uns damit helfen, daß wir alle ohne Ausnahme militärisch geschult werden, bessere Manneszucht halten, besser marschieren, schießen und manövrieren als die Deutschen. Das Wohl Frankreichs hängt davon ab", d. h. der Ausfall des zukünftigen Rachekrieges.

Die Arbeit von Laloi[2]), deren 56. Auflage aus dem Jahre 1910 vorliegt, ist für uns hochinteressant, weil sie am offensten in ihren Revanchebestrebungen vorgeht.

Um seine Landsleute zu erhöhten körperlichen Übungen anzueifern, macht er S. 36 darauf aufmerksam, „daß die Deutschen die Strapazen des Marsches besser ertrügen, daß sie besser über einen Graben zu springen, die Hindernisse zu nehmen verständen. Mit dem Ball wird nicht mehr wie früher gespielt; alle ihre ehemaligen guten Eigenschaften seien auf die ‚Feinde' übergegangen, und deshalb seien die Franzosen 1870 besiegt worden."

Aber auch erhöhte geistige Ausbildung verlangt Laloi und stellt S. 18 die Preußen als Muster auf:

„In Preußen gehen alle Kinder zur Schule; sie sind besser unterrichtet als bei uns. Und nur deshalb haben uns die Preußen in dem verfluchten Krieg von 1870 geschlagen. Deshalb will die Republik, daß ihr ebensogut unterrichtet werdet wie die Preußen, ja noch besser. ‚Und wir, wir wollen es auch, Herr Inspektor,' sagte Peter; ‚wir werden nicht mehr geschlagen werden, Sie werden es sehen'."

S. 152 wird ein Manöver angesichts Sedan in echt französisch schwülstiger Weise beschrieben.

„Der Oberst, erregt wie seine Soldaten, zeigte auf die im Winde wehende Trikolore. ‚Kinder,' rief er, ‚wenn wir in den wahren Krieg ziehen werden, lassen wir uns die nicht nehmen, nicht wahr?' Und das Regiment antwortete einhellig: ‚Es lebe Frankreich! es lebe die Republik!'"

Immer derselbe Gedanke, im nächsten Krieg werden wir siegen. Daß er kommt, daß er bald kommt, ist eine ausgemachte und erwünschte Sache.

Von diesem spricht Laloi besonders S. 171 in einem Abschnitt mit der Überschrift: „Man darf niemals an seinem Vaterlande verzweifeln."

„Wie ist Frankreich in den Abgrund hinabgestiegen!... Wir werden uns niemals mehr erheben!... Diesen Worten folgte ein Stille von einigen Minuten, dann rief ein junger Mann: Ich bin 20 Jahre alt, und ich werde die Wiedergeburt des Vaterlandes sehen... Niemals, niemals darf man an seinem Vaterlande verzweifeln. Vor 4 Jahrhunderten sank Frankreich noch tiefer als jetzt... Wohlan, ich sage euch, das Frankreich des 19. Jahrhunderts wird sich wie das des 14. in die Höhe arbeiten. Ich sage euch, daß, wenn diese Sauerkrautesser, diese Städtebombardierer nach dem Frieden auch noch in einigen unserer Provinzen bleiben werden, so doch der Tag kommen wird,

[1]) Burdeau, Education civique. Paris, Alcide Picard. — [2]) Pierre Laloi, La première année d'instruction morale et d'instruction civique. Paris, Armand Colin 1910.

Digitized by Google

an dem von ihnen in Frankreich nichts übrig sein wird, als diejenigen, welche unter der Erde schlafen."

Der letzte Abschnitt des Buches von Laloi führt die Überschrift: „Wie man sein Vaterland lieben muß?" (S. 172).

„Das Vaterland ist die Vereinigung aller Franzosen, die dieselbe Sprache sprechen, wie wir, und von denselben gerechten Gesetzen regiert werden... Das Vaterland ist Frankreich in der Vergangenheit, Frankreich in der Gegenwart, Frankreich in der Zukunft. ... Die Deutschen werden uns jetzt eine Bresche schlagen, aber Frankreich wird im Frieden seine Kräfte wieder sammeln, es wird durch sein Heer die männlichen Tugenden wieder erwerben, und ohne Ungeduld, aber mit unerschütterlicher Zuversicht wird es die Stunde der Vergeltung erwarten."

So offenkundig alle diese Aufreizungen zum Rachekrieg sind, so hatten die französischen Schulbücher doch die Unverfrorenheit, uns Deutschen solche Kriegsgelüste anzudichten, um das eigene Volk zu täuschen und die Außenwelt zu beschwichtigen. So heißt es in dem Buche von Choublier, Geschichte Frankreichs, S. 597:

„Nach 1870: Deutschland haßt uns und fürchtet unsere Wiedererneuerung. Es will den Krieg, um das Ergebnis von 1870 sicherzustellen; aber es mag die Verantwortung vor Europa nicht übernehmen. Es wünscht, daß Frankreich beginne, und um es dahin zu bringen, stellt es unserm Nationalstolz unaufhörlich neue Fallen. Abgesehen von seinen ungeheuren Rüstungen schloß es mit Österreich und Italien ein enges Bündnis, das angeblich dem Frieden dienen soll, in Wirklichkeit aber eine ständige Herausforderung zum Kriege ist... Wie oft haben die durch Deutschland hervorgerufenen Zwischenfälle gedroht, das Pulverfaß zu entzünden. April 1877 war es die Verhaftung des französischen Polizeikommissars Schnäbele, den man an der Grenze in einen Hinterhalt gelockt hatte; im September war es der Überfall von Vexaincourt: ein deutscher Soldat schießt an der Grenze auf französische Jäger, tötet einen und verwundet andere. In beiden Fällen war das gute Recht Frankreichs so augenscheinlich, daß es wenigstens zum Teil die verlangte Genugtuung erhielt, aber zeitweise schien der Krieg unvermeidlich. Im übrigen verfolgt Deutschland mit unbarmherziger Strenge alles, was in Elsaß-Lothringen die Erinnerung an Frankreich wachruft und wachrufen könnte."

Und nun zum Schluß dieses Abschnittes noch eine Mitteilung, die einem anderen Gebiete als dem der Schule entnommen ist, und die beweist, wie tief die Revanchegedanken in das Volk eingedrungen sind. Schillers unsterbliches Lied von der Glocke schließt mit den Worten:

Friede sei ihr erst Geläute.

Rache dagegen, wenn auch nicht dem Worte, so doch dem Gedanken nach, steht auf einer am Schlusse des vorigen Jahrhunderts in Frankreich gegossenen Glocke.

In das Zeughaus in Berlin wurde nämlich eine französische Glocke mit dem Datum 18. Juli 1897 aus Marquillies gebracht. Dieser Ort liegt im Departement du Nord, Arrondissement Lille, Canton la Bassée, 25 Kilometer südwestlich von dieser Stadt, also in dem Gebiet, das von uns besetzt war.

Die Inschrift der Glocke schließt mit den Worten: J'espère un jour sonner la victoire et le retour à la France de l'Alsace-Lorraine. Ich hoffe, eines Tages den Sieg zu verkünden und die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich.

Auf einer Kirchenglocke!

Frankreichs Bundesgenossen in den französischen Lehrbüchern.

Über den Bund mit dem zaristischen Rußland sagen Gauthier und Deschamps[1]) in ihrem Geschichtsbuch S. 140:

„Der Zar Nikolaus II. war 1896 in Paris. Frankreich empfing seinen ‚Freund und Verbündeten' in würdiger Weise; das Volk empfing ihn mit Begeisterung und Ehrfurcht, die Dichter stimmten ihre Leier, um das Bündnis der beiden großen Völker zu feiern.

[1]) Gauthier et Deschamps, Cours moyen d'histoire de France. Paris, Hachette et Cie.

Digitized by Google

Es ist ein Glück für uns, daß diese Freundschaft zwischen uns begründet wird;
Sie ist für Europa ein Gewinn, was daraus auch werden mag.
Es hat in diesen Tagen tiefer Erregung gesehen,
Daß eine große Sache sich in der Welt vollzieht:
Die Stärke und das gute Recht vereint, die Herren der Zukunft."

Der Entstehung des neuen französisch-russischen Bündnisses widmet Devinat[1]) in seiner Geschichte Frankreichs ein besonderes Kapitel:

„Das französisch-russische Bündnis. Im Jahre 1875 gab es neue Herausforderungen und Beleidigungen für uns von jenseits des Rheines; es war in derselben Zeit, als das deutsche Heer sich zum Kriege rüstete. Bismarck, beunruhigt durch das rasche Aufblühen Frankreichs, wünschte ihm neue Schläge beizubringen und ihm dadurch ein Ende zu bereiten.

Seine bedrohlichen Absichten beunruhigten lebhaft unsere Regierung. Der General Le Flô, unser Gesandter in St. Petersburg, hatte die Freundschaft des Zaren erworben. Er bat ihn um eine Unterredung, machte ihn auf die Haltung Deutschlands aufmerksam und auf die Gefahr, die Frankreich drohe. Als der Zar sah, wie die Tränen über das Antlitz des braven und biederen Soldaten rannen, wurde er bewegt und gab ihm diese beruhigende Antwort:

Regen Sie sich nicht auf, General! Die Interessen unserer beiden Länder sind dieselben, und wenn sie eines Tages bedroht werden sollten, werden Sie es schnell erfahren.

Darauf schwieg er einen Augenblick und fügte dann hinzu: Und Sie werden es durch mich erfahren. In der folgenden Woche begab sich der Zar nach Berlin. Er erklärte, daß er als einen persönlichen Feind einen jeden betrachte, der um seines eigenen Vorteils willen Europa in die Schrecknisse des Krieges wiederum verstricke.

Bismarck wagte nicht, sein Vorhaben auszuführen, und Frankreich konnte fortfahren, seine Wunden zu heilen.

22 Jahre nachher wurde das französisch-russische Bündnis der Welt verkündet."

Das Kapitel der französisch-russischen Freundschaft behandelt auch Burle[2]) in seiner nationalen Geschichte und führt S. 67 folgendes aus:

„Im Monat Oktober wollte der Zar Nikolaus II., begleitet von der Kaiserin und seiner Tochter, der Großfürstin Olga, der französischen Nation seine persönliche Teilnahme und die des russischen Volkes ausdrücken und landete in Cherbourg. Die Stadt war festlich geschmückt, der Zar wurde durch den Präsidenten der Republik, die Präsidenten des Senates und der Abgeordnetenkammer, sowie durch die Minister empfangen.

Nach Cherbourg besuchte die Kaiserliche Familie Paris, wo sie bei ihren Spazierfahrten während dreier Tage mitten durch die Stadt, nach Versailles und Chalons s. M. die Begeisterung von ganz Frankreich, dessen Herz in Übereinstimmung mit dem von Rußland schlug, sehen konnte.

Das russische und das französische Volk sind ebenso einig, ebenso brüderlich befreundet, wie es der Kaiser und der Präsident der Republik sind."

Derselbe Burle schreibt in genanntem Buch S. 65:

„Frankreich und Europa.

Unsere Mitbürger des Elsaß, seit 1871 von uns getrennt, haben nicht aufgehört, gegen ihre Annexion an Deutschland zu protestieren.

Um seine Eroberung zu sichern, hat sich Deutschland nicht damit zufrieden gegeben, ein beträchtliches Heer zu unterhalten: es hat auch mit Österreich und Italien den Dreibund geschlossen.

Das ist ohne Zweifel eine gewaltige Verbindung, die gegen uns gerichtet erscheint. Aber die begeisterten Kundgebungen, die unserer Flotte anläßlich des Besuches des russischen Hafens Kronstadt im Jahre 1891 zuteil wurden, und die Feste, die in Toulon und Paris im Jahre 1893 den russischen Marinesoldaten und im Jahre 1896 dem Zaren Nikolaus II. gegeben wurden, haben gezeigt, daß wir in Europa nicht allein stehen.

[1]) Devinat, Histoire de France. Cours moyen. Préparation au certificat d'études primaires. Paris, Molleroz et Martinez. S. 210. — [2]) Burle a. a. O.

Digitized by Google

Das Vaterland ist noch immer verstümmelt, aber dank der Republik hat Frankreich, zurzeit blühender als je, sein Ansehen nach außen wieder gefunden."

Auch Laclef und Bergeron[1]) sehen in Rußland ihre Hoffnung auf eine glückliche Zukunft. S. 265 sagen sie:

„Diese Verbindung mit Rußland hat unserm Lande unter den großen Nationen die Stelle wieder gegeben, die ihm gebührt. Frankreich bedroht niemand. Wie in den vergangenen Zeiten ist es in Rücksicht auf andere Völker von edlen Gefühlen beseelt[2]). Aber es kann die Verstümmelung, die es durch den Frankfurter Frieden erlitten hat, nicht vergessen, und es erwartet im Sammeln seiner Kräfte die Sühne, die ihm gebührt."

Die Geschichte Frankreichs von Blanchet und Toutain[3]) widmet dem französisch-russischen Bündnis einen besonderen Abschnitt.

„Der Kaiser Alexander III. und nach ihm Nikolaus II. sind wahre Freunde Frankreichs gewesen, und sie haben das französisch-russische Bündnis veranlaßt. Der Besuch Nikolaus II. in Paris rief eine unbeschreibliche Begeisterung hervor. Seit dieser Zeit haben Rußland schwere Schicksalsschläge getroffen. Der Krieg mit Japan ist unglücklich ausgegangen. Es verlor einen großen Hafen Port-Arthur am Chinesischen Meer und wurde in der Mandschurei besiegt.

Aber Rußland hat seine Kräfte wieder in die Höhe gebracht. Mittelst einer mehr liberalen Regierung stellt es seine alte Macht wieder her. Frankreich ist in guten wie schlimmen Tagen Rußland treu geblieben."

Aber nicht nur auf Rußland, auch auf England setzt Frankreich seine Hoffnung. In seinen Lectures élémentaires, einem Büchlein, das in 160 000 Exemplaren verbreitet ist, wirft Devinat[4]) die Frage auf:

„Ist Frankreich nicht die mächtigste Nation?"

„Nein," lautet die Antwort, „es hat eine schöne Flotte, aber Englands Flotte ist stärker als die seinige. Es hat ein schönes Heer, aber man sagt, daß das deutsche Heer nicht weniger, vielleicht sogar mehr vermag.

Übrigens hat Frankreich Verbündete und Freunde. Im Falle eines Krieges mit Deutschland würde ihm Rußland mit seinen Soldaten und Kanonen, würde ihm England mit seinen Schiffen helfen."

Frankreichs Kriegsziele in seinen Lehrbüchern.

So wenig Deutschland auch während des Kampfes klar erkannte, festumrissene Kriegsziele vorschwebten, so ruhig und sicher ging Frankreich schon vor dem Kriege auf sein Ziel los. Dieses Ziel war ein dreifaches.

Zunächst sollte durch Wiedereroberung des altdeutschen Landes Elsaß und Lothringen der Raub Ludwigs XIV. erneuert und das durch die Verluste von 1870/71 gesunkene Ansehen in Europa wiederhergestellt werden. Dafür Beweise hier zu erbringen, ist nicht nötig. Die vorhergehenden Auseinandersetzungen beweisen dies auf jeder Seite. Frankreich hat dies Ziel erreicht. Wie jetzt gegen die deutschen Stämme der Alemannen und Franken vorgegangen wird, darüber bringen die Zeitungen aus Straßburg und Colmar und Metz täglich jammervolle Klagen. Mit Gewalt soll in kürzester Zeit alles unterdrückt werden, was an ihre deutsche Abstammung erinnert, mit Gewalt soll ihnen vor allem ihr Heiligstes, ihre Sprache genommen werden. Mit Lüge und Tücke werden aus germanischen Stämmen Kelten gemacht.

Mit der Wiedereroberung des Elsaß haben die Franzosen ihr zweites Kriegsziel, den Rhein als Grenze ihres Landes teilweise erreicht. Von Basel bis Lauterburg scheidet er deutsches

[1]) Laclef et Bergeron, Histoire de France essentielle des écoles primaires. Paris, Eug. Delatain. 19. éd. — [2]) Das ist wohl die frechste Lüge in diesen Büchern. Man denke nur an die unausgesetzten Bedrohungen Deutschlands z. B. des Dreißigjährigen Krieges, Ludwigs XIV., der großen Revolution bis zu Napoleon; erst mit seinem Sturze 1815 endigte diese traurige Periode. — [3]) Blanchet et Toutain, Histoire de France. Paris, Eug. Belin 2. éd. 1908. S. 105. — [4]) Devinat, Lectures élémentaires illustrées. Paris, Librairie Delagrave.

Digitized by Google

und französisches Gebiet. Das genügt ihnen aber nicht. Der ganze Rhein soll die Grenze ihres Landes bilden. Das ist ihr altes Programm, dem, wenn es erfüllt war, die Forderung nach Brückenköpfen auf dem rechten Rheinufer stets folgte[1]). Frankreich muß seine natürlichen Grenzen haben; den Ozean, die Pyrenäen, die Alpen und den Rhein; es ist die alte Grenze Galliens. Deshalb die Besetzung der Pfalz, deshalb die Besetzung der Rheinprovinz. Wenn die Verhältnisse es ihnen gestatten, werden sie diese Länder behalten. Es sind dies keine neuen Gedanken, sie sind das alte Testament des Kardinals Richelieu, des größten Feindes deutscher Freiheit. Das letzte Ziel ist die Trennung Süddeutschlands (unter französischem Protektorat) von Preußen.

Auch das alles ist längst vor Ausbruch des Weltkrieges in französischen Schulbüchern dem Volke nahegebracht. In dem Schulblatt Partie scolaire[2]), Jahrgang 1910/11 heißt es S. 379:

„Die Kriege Ludwigs XIV. waren alle von dem Gedanken beeinflußt, der seit Franz I. die Politik der großen Könige und großen Minister Frankreichs bestimmt hatte und den Richelieu in die Worte zusammenfaßte: Frankreich muß überall da sein, wo einstens Gallien war."

Auf diese alten Grenzen des ehemaligen Galliens kommt auch Ducoudray[3]) in seinem cours d'histoire S. 2 zu sprechen, indem er sagt:

„Umschlossen im Westen durch den Atlantischen Ozean, im Süden durch die Kette der Pyrenäen und das Mittelländische Meer, im Osten durch das Massiv der Alpen, dann durch den Rhein war Gallien auch noch im Norden durch diesen Fluß seiner ganzen Länge nach begrenzt."

In der Anmerkung zu dieser Stelle schreibt der Verfasser:

„In den ältesten Zeiten hatte Gallien natürliche Grenzen, die wir verloren haben."

Den Verlust der Rheingrenze im Jahre 1871 bejammert derselbe Ducoudray in seiner Histoire élémentaire de la France S. 251 mit den Worten:

„Endlich hat der schreckliche Krieg von 1870 eine neue Wunde geöffnet und bis an die Vogesen und an die Mosel die Grenzen Frankreichs zurückgeschoben. Das ist eine traurige Wahrheit, welche die neuen Geschlechter sich immer vor Augen halten müssen."

Nun, diese Worte wurden treulich befolgt; der Wunsch, den Rhein als Grenze des Landes wiederum zu erhalten, wurde den neuen Geschlechtern zur Genüge vor Augen geführt. In den lectures courantes von A. Barot[4]) stellt der kleine Fritz in dem Gedichte la patrie von Ed. Siebecker die Bitte:

„Vater, erkläre mir doch, was das Vaterland ist,
Von dem man in jedem Augenblick von euch reden hört."

Da wird ihm die Antwort:

„Das bin ich, das ist meine Liebe, deine Mutter, deine Schwestern, das Dörflein, das Haus, das Zimmer, in dem du das Licht der Welt erblicktest; dann das Land
Von den Gestaden der Bretagne bis zu den Häfen der Provence
Und von den Bergen von Bearn[5]) bis an die Ufer des Rheins."

Désiré Blanchet[6]) spricht in seiner Geschichte Frankreichs über den Verlust Elsaß-Lothringens mit den Worten:

„Frankreich hat mit Elsaß-Lothringen 1 500 000 gute Franzosen verloren; es verlor die reichen Industriegebiete von Mülhausen und Colmar; es verlor seine natürliche Rheingrenze."

Ein Buch, das für unsere Zwecke einen recht interessanten Stoff zur Darstellung bringt, trägt den Titel: Choublier, Histoire de France à l'usage des aspirants aux brevets de capacité de l'enseignement primaire. Paris, Delalain, 14. éd. 1905. Auch hier das alte Lied

[1]) Vgl. Aloys Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1918. — [2]) Partie scolaire. Manuel général de l'instruction morale. Année scolaire 1910—11. — [3]) G. Ducoudray, Cours d'histoire. Cours moyen. Histoire élémentaire de la France. Paris, Hachette et Cie., 1893. — [4]) A. Barot, Lectures courantes. Paris, Henry Paulin et Cie. 1905. — [5]) Landschaft in den Pyrenäen. — [6]) D. Blanchet, Histoire sommaire de la France depuis la mort de Louis XI. jusqu'à nos jours. Paris, Eug. Belin, 1893. 15. éd., S. 185.

Digitized by Google

vom Rhein als der natürlichen Ostgrenze, auch hier die Hoffnung, daß kein Unglück sich nicht wieder gutmachen lasse. Also ein offenkundiger Hinweis auf den nächsten Krieg, in dem Elsaß-Lothringen wieder zurückerobert werden soll. Doch das Tollste in diesem Buche ist der Satz S. 396, den ich gleich nachher anführen werde, daß 1681 bei der Eroberung von Straßburg nur die Rechte des Herrschers, d. i. des deutschen Reiches, nicht aber des Volkes verletzt worden seien, da die erworbenen Gebiete wirklich französisch waren nach ihrer Lage und keinerlei Nationalitätentrennung stattfand. Keine Nationalitätentrennung! Ob der Verfasser wohl jemals im Elsaß, in Straßburg war! Dann hätte er auf Schritt und Tritt sehen und hören müssen, daß Straßburg eine durch und durch deutsche Stadt noch ist, wie es 1681 eine solche war.

Hier einige Stellen, aus denen die Sehnsucht nach dem Rheine als Ostgrenze deutlich herausspricht sowie der feste Entschluß, diese Ostgrenze mit Gewalt zu nehmen. S. 303 spricht der Verfasser von der Einnahme von Metz:

„Der Vertrag von Chambord sicherte den deutschen Protestanten die Hilfe Frankreichs unter der Bedingung, daß sie dem König helfen wollten, sich der Städte mit nichtdeutscher Sprache wie Cambrai, Metz, Tull, Verdun, und ähnlicher zu bemächtigen... Metz wurde durch eine Kriegslist genommen (1552) ...Unsere Waffen hatten diesmal den richtigen Weg genommen; statt sich in unfruchtbaren Bemühungen jenseits der Alpen zu erschöpfen, hatten sie unser Land den natürlichen Grenzen näher gebracht."

S. 305 „Der Vertrag von Chateau-Cambrésis 1559. Die Unternehmungen in Italien hatten das unangenehme Ergebnis, daß sie Frankreich von dem Wege ablenkten, wo es seine wahre Grenze gefunden hätte: Der Erwerbung seiner natürlichen Ostgrenze."

S. 360 „Richelieu: Er war überzeugt, daß Frankreichs Größe und Europas Sicherheit mit der Erniedrigung des Hauses Habsburg verknüpft sei... Es war die Sache Europas, die Richelieu vertrat; doch betrieb er keine uneigennützige Politik; soweit Gallien sich ausdehnte, so weit muß Frankreich reichen, war sein Wort."

S. 396 „Straßburg 1681: Dieser Erwerb war trotz des Scheins des Rechts widerrechtlich; man kann jedoch daran erinnern, daß nur die Rechte des Herrschers, nicht aber die des Volkes verletzt wurden, da die erworbenen Gebiete wirklich französisch waren nach ihrer Lage und keinerlei Nationalitätentrennung stattfand."

S. 587: „1870 vollendete die 1866 begonnene deutsche Einigung. Der Kaiser geworbene König von Preußen leistete sich die eitle Genugtuung, seiner neuen Würde im Schloß zu Versailles huldigen zu lassen... Frankreich ging aus dem Krieg hervor besiegt, zerschmettert in seiner Macht und tief gedemütigt in seiner gloire... Es blieb ihm aber der gerechte Stolz, kein Opfer gescheut zu haben, um den Sieg festzuhalten; es blieb ihm auch die Hoffnung, daß bei seiner starken nationalen Einigkeit, seinem Patriotismus und dem Reichtum seiner Kräfte kein Unglück sich nicht wieder gutmachen läßt."

„Geduld und Mut. Unsere Geschichte verpflichtet uns, zur selben Zeit Geduld und Mut zu fassen. Frankreich hat schreckliche Krisen durchgemacht; aber immer ist es aus ihnen glücklich hervorgegangen. Jeder von uns möge seine Pflichten erfüllen, die ihm seine Stellung auferlegt, und Frankreich wird den Rang einnehmen, der ihm gebührt."

Einen ähnlichen Gedanken spricht Quéchot[1]) in seinem Lesebuch aus, den er an ein Gedicht Espérance anschließt. Danach hat Frankreich zwei große Männer, die auf der Welt ihresgleichen nicht mehr haben: Viktor Hugo und Pasteur. Alle anderen Nationen können nicht einen einzigen Namen aufweisen, der diesen zwei französischen Namen gleich wäre. Daran schließt sich der Ausruf: „Nein, unsere Rolle ist noch nicht ausgespielt!"

Ganz offen und unumwunden verlangt diese völkerbeherrschende Stellung Frankreichs

[1]) Quéchot, Deuxième livre de lecture expliquée. Paris, Hachette et Cie. 1910, 4. éd. 130000 Exemplare.

Digitized by Google

derselbe Ouéchot im Anschluß an ein Gedicht von de Laprade, das den Titel führt La France. Da wird in der Anmerkung zu diesem Gedicht gefragt:

„Und wie werden wir Frankreich ebenso lieben, wie es der Dichter liebt?" Antwort: „Indem wir niemals die Hoffnung aufgeben, es eines Tages an der Spitze der Nationen wieder zu sehen."

Diese Forderung ist übrigens schon in dem Lesestück S. 305 aufgestellt, in dem der Verfasser Johann Schwab sagen läßt: „Frankreich ist die erste der Nationen."

Auch die furchtbare Rache, die jetzt an uns genommen werden soll, ist den Kindern schon in ihren Schulbüchern eingeredet worden.

„Seien wir ihre Feinde,
Erbitterte, fort und fort, bis zur Rache!
So, wie er sich gezeigt hat, seien auch wir ohne Erbarmen!"

heißt es in dem Buche von Bernat über Chateaubun, wie oben S. 319/20 zu lesen ist. S. 320 spricht Pigeonneau ebenfalls von einer glänzenden Rache, die kein Erbarmen kennt.

Schluß.

In dem Vorgeführten glaube ich den Beweis erbracht zu haben, daß Frankreich durch die Schule das Volk seit langen Jahren zu dem Kriegsgedanken zwang.

Erst wurde in das durch eingehende staatsbürgerliche Erziehung schon aufgeregte Gehirn des Kindes infernalischer Haß gegen alles Deutsche eingehämmert. Im Jahre 1562 schrieb die hochgebildete Gräfin Anna Alexandrine von Fürstenberg für ihren Sohn Egenolph, Herrn von Rappoltstein, eine Schrift mit dem Titel: „Mütterliche Ermahnung" — einen Regentenspiegel, in dem sie auch auf die Wichtigkeit des Schulwesens und der Erziehung hinweist. In diese für die Sittengeschichte des Elsaß wichtige Niederschrift nahm sie einen Satz aus den Episteln des Horaz auf, der in ihrer Übersetzung lautet: „Es ist wohl zu wissen, so man etwas Wohl- und Guten Geschmackes in einen neuen Hafen oder in ein Gefäß tut, so behält es den guten Geschmack; so man aber etwas Ungeschmackes oder Stinkendes darein tut zum ersten, so behält es auch den Geschmack. Also steht es auch um der Kinder Herz."

Wenn der alte Horaz und eine Fürstin der beginnenden Neuzeit recht haben, — und sie haben es — so ist es gewiß tief bedauerlich, daß ein mit hohen Geistesgaben ausgestattetes Volk solch „Ungeschmackes und Stinkendes" seit mehr denn 4 Jahrzehnten „zum ersten" in die Kinderseelen goß. Bei solcher Erziehung des ganzen französischen Volkes, an der Tausende von Lehrern, geführt von blindem Haß, und viele, viele Tausende, nein Millionen von Büchern in gleichem Sinne unablässig arbeiteten, ist es wohl zu verstehen, daß Frankreich die von uns in den letzten 40 Jahren so oft dargebotene versöhnende Hand zurückwies. Wenn man früher schon diese von uns zum ersten Male in solcher Ausdehnung dargestellte Literatur französischer Schulbücher in Deutschland gekannt hätte, so wäre sicherlich, wenn nicht alles, so doch manches unterblieben. Wie konnte man einem Volke, das so erzogen wurde, Vertrauen entgegenbringen? Und wie konnte man von einem Volke, das bis in die letzten und feinsten Verästelungen des Geäders seines Körpers vergiftet und verpestet wurde, Vertrauen erwarten? Wie konnte man glauben, daß ein Volk, das von Männern, die wie Paul Bert Ministersessel innehatten, durch Lügen und Verleumdungen so irregeführt, so verhetzt wurde, sich zu einem nur halbwegs freundschaftlichen Verhältnis zu uns bequemen würde? An wieviel Orten wurde täglich und stündlich im Sprach- und Literaturunterricht, in Grammatik, Geschichte, Geographie, Bürgerkunde und Moralunterricht an der Hand dieser Bücher Haß, unauslöschlicher Haß den Kindern, deren Herz noch weich ist wie Wachs, gepredigt! Unsere Bemühungen waren umsonst; jetzt wissen wir auch, warum.

Dann riß Frankreich die Wunden, die das Jahr 1870/71 geschlagen, durch Hetzerzählungen aus diesem Kriege, immer erneut auf, schilderte in den düstersten Farben die Leiden des angeblich geknechteten elsässischen Volkes und seine Sehnsucht, nach Frankreich zurückzukehren, fälschte mit Lüge und Tücke die Geschichte, wo es nötig schien, wog die gegenseitigen Kräfte genau ab, wies auf die kommenden Bundesgenossen hin, stellte die Kriegsziele, unter denen die Eroberung des ganzen linksrheinischen Gebietes vor allem reizte, vor die Augen des ländergierigen französischen Volkes und lehrte Rache, die kein Erbarmen kennt.

Nachdem Frankreich die Verhetzung des Volkes so weit getrieben hatte, konnte es das Unternehmen wagen, die Welt in Flammen zu setzen.

Digitized by Google

Neue Bücher.

Von dem bekannten Wiener Zisterzienser und Orientalisten Rivard Schlögl erschien im Wiener Burgverlag (Richter & Zöllner) eine vollständige Übersetzung des Neuen Testaments, die erste Lieferung einer vollständigen Übertragung des babylonischen Talmuds, und der 1. Band der neuen Verdeutschung des Alten Bundes. Die offiziell-kirchlichen Stellen haben ihre Stellung dadurch kundgegeben, daß sie Schlögls Neues Testament auf den Index der verbotenen Bücher setzten; dem Alten Bunde wird vielleicht dasselbe Schicksal beschieden sein. Für die Interessenten aller Konfessionen, vor allem die Fachgelehrten, ist Schlögls zum Teil kühner Versuch jedenfalls von großer Bedeutung.

Eine andere Bibelübertragung ist „Die frohe Botschaft nach Markus", aus der griechischen Urschrift übersetzt von Roman Woerner. Diese Eindeutschung liest sich vor allem ganz ungewöhnlich schön; durch die Einteilung in Verszeilen erinnert sie an den Heliand; in einem Anhange gibt der Übersetzer kurz und sachlich Rechenschaft über sein Verhältnis zum Grundtexte. (Verlag C. H. Beck, München, leicht gebunden Mk. 14.).

Vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle empfohlen: Die kirchlichen Hymnen in den Nachbildungen deutscher Dichter, mit den danebengestellten lateinischen Texten, einer Einleitung und Anmerkungen, herausgegeben von Prof. Dr. Hellinghaus (M.-Gladbach Volksvereinsverlag). Im selben Verlag erschienen nun, in gleicher Ausstattung, und vom nämlichen Herausgeber „Hundert Marienhymnen lateinisch und deutsch". Es ist noch nicht überall die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Hymnen der katholischen Kirche schon rein formal wesentliche und wertvolle Bestandteile der Weltliteratur darstellen; vielleicht helfen die beiden Bändchen, in diesem Sinne aufzuklären.

„Der Blumenstrauß des hl. Franz von Assisi", von Dr. Otto Kunze aus dem Urtext neu übersetzt, mit 8 Federzeichnungen von Otto Graßl (Verlagsanstalt Tyrolia). Nachdem das Interesse weiterer Kreise für die Fioretti in Deutschland allgemach fast so stark wird wie in England und Amerika, wird auch diese neue Ausgabe der anmutigen frühfranziskanischen Legendensammlung Anklang finden.

Unser verehrtester Mitherausgeber Hans Thoma erzählt „Biblische Geschichten in allemannischer Mundart" (F. A. Perthes, Gotha, 7 Vollbilder des Meisters): „Mi Herz isch voll gnueg," sagt er, „so daß i au fremde Gschichte mitem eigne Schnabel verzehle will: d' Muettersprach isch z' nächst am Herze entstande, drum goht sie au z' Herze!"

Wilhelm von Scholz beschenkt uns mit einem Buche „Der Bodensee"; es enthält zarte und starke Bilder vom See, besonders aus dem Winkel Konstanz-Meersburg, und vom Überlinger See. Scholz versteht es wie nur wenige, die Seele einer Landschaft lebendig zu machen (Georg Müller, geheftet 26 Mk.).

Hölderlin fängt leider an, große Mode zu werden. Leute, die vor drei Jahren noch für Meyrink, und vor einem für Tagore schwärmten, tun jetzt verzückt beim Namen Hölderlins. Wenn diese Mode nur lächerlich ist, wie jede andere auch, so ist der Hölderlin-Kultus mancher der Besten der jüngeren Generation ein wesentliches Symptom unserer Zeit, das in mancher Beziehung sehr zu denken gibt. Das Wertvollste, was seit langem über den großen Dichter erschien, sind die beiden Vorträge Norberts von Hellingrath, des frühverblichenen, dem Vaterlande geopferten, über „Hölderlin und die Deutschen", und „Hölderlins Wahnsinn", die in einem edlen schmalen Bande bei Hugo Bruckmann erschienen (15 Mk.). Dichter, im Sinne von vates, haben wir nie einen größeren besessen und werden nie mehr einen so großen bekommen.

Hölderlin ist auch, neben Stefan George, die nicht umfangreiche, aber inhaltsreiche Schrift „Dichter und Helden" von Friedrich Gundolf gewidmet (Heidelberg, Weiß'sche Universitätsbuchhandlung, geh. 10 Mk.). Es stehen vorzügliche Dinge in dieser Schrift, zum Beispiel über die modische Vermenschlichung großer Dinge und großer Männer, oder Sätze wie dieser: „Die Verehrung der großen Menschen ist entweder religiös oder sie ist wertlos. Große Menschen als Genußmittel verwenden ist ärger als alle Großheit leugnen." Oder die Bemerkungen über Dante, Shakespeare, Goethe. Oder das schöne Wort: „Erste Aufgabe und Folge aller Bildung ist: die Ehrfurcht wachzuhalten."

Bei Hanfstängl (München) ist eine deutsche Übersetzung von Defoes „Robinson Crusoe" herausgekommen, die nicht nur geistreich und eigenartig illustriert und vorzüglich ausgestattet, sondern vor allem wortgetreu übersetzt ist, ohne Weglassungen, ohne Zusätze, so daß dieser zugleich sachlichste und spannendste Roman der Weltliteratur endlich in einer schönen Ausgabe deutsch genossen werden kann.

Josef Hofmiller.

Berichtigung.

Die im Januarheft besprochene Literaturgeschichte unseres im Januar leider verstorbenen Mitarbeiters Karl Borinski ist nicht, wie dort angegeben, in der Deutschen Verlagsanstalt, sondern in der Union, Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, erschienen.

Redaktionell abgeschlossen am 27. Februar 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Süddeutsche Monatshefte

Unter Mitwirkung von

Josef Hofmiller, Karl Alexander von Müller,
Hans Pfitzner, Hans Thoma

herausgegeben von

Paul Nikolaus Cossmann

Neunzehnter Jahrgang. Zweiter Band

April bis September 1922

* *
*

Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H., München, Leipzig, Berlin
Alle Rechte vorbehalten

Digitized by Google

Die Deutschen in Frankreich.

Die Franzosen in Deutschland. (April 1922.)

	Seite
1871 und jetzt	1
Friedrich Crämer, Die Deutschen in Frankreich 1871—73	2
Französische Zeugnisse	20
E. D. Morel (Kings Langley, England), Brief an die Süddeutschen Monatshefte	26
Joseph King (London), Eine moralische Eiterbeule in Europa	26
E. N. Benett (London), Einige Betrachtungen über die militärische Besetzung des Rheinlandes	28
Ben C. Spoor (M. P., London), Weiß und Schwarz am Rhein	30
E. A. Bagley (M. P., London), Die schwarze Macht am Rhein	32
H. W. Massingham (Herausgeber von „Nation and Athenaeum", London), Ein Blick auf die französische Okkupation	33
Offener Brief an die Universitäten der Welt	37
Harold Picton, Brennende Fragen aus dem Gebiete des Strafwesens	38
Josef Hofmiller, Neue Bücher	39
Büchernotizen	40
Josef Hofmiller, Die Relativität der französischen Literatur	41
Armeebefehl des Prinz Friedrich Karl von Preußen vom 6. August 1870	48

Die Kriegsschuldlüge vor Gericht. (Mai 1922.)

Bericht über den Prozeß um die Eisnerschen Dokumenten-Fälschungen am Amtsgericht München I, 27. April bis 11. Mai 1922.

	Seite
Vorwort des Herausgebers Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode	49
Die Schuldokumente	50
1. Verhandlungstag (Aufnahme des Tatbestandes. Zeugenaussagen: Frau Eisner, Hans von Weber, Professor Preetorius, Bebel, Dr. Lindner, von Papius. Erklärungen Fechenbach, Dr. Löwenfeld, Professor Cossmann.)	52
2. Verhandlungstag (Zeugen und Sachverständige: Professor v. Müller, Dr. Muckle, Graf Soden, Dr. Dirr, Staatsrat von Lößl, Graf Lerchenfeld, Freiherr von Lersner, Graf Montgelas)	61
3. Verhandlungstag (Zeugen und Sachverständige: Unterleitner, Dr. Dirr, Graf Monts, Dr. Striedinger, Professor Delbrück, Professor Quidde.)	74
4. Verhandlungstag (Zeugen und Sachverständige: Dr. Fischer, Graf Montgelas, Professor Delbrück, Dr. Nögerath, Professor Karo, Dr. Thimme.)	85
5. Verhandlungstag (Zeugen und Sachverständige: Dr. Lepsius, Ministerialdirektor von Müller. Ausländische Gutachten. Erklärung Professor Cossmann, Plaidoyer Dr. Löwenfeld.)	102
6. Verhandlungstag (Plaidoyers Graf Pestalozza, Dr. Warmuth, Dr. Pflaum, Schlußerklärungen Fechenbach, Professor Cossmann)	112
Die Urteilsverkündung	122

Digitized by Google

Die Wurzeln des Weltkrieges. (Juni 1922.)

Auf Grund der neuen Bismarck-Akten.

Von Johannes Lepsius, Mitherausgeber der Bismarck-Akten.

	Seite
Die große deutsche Aktenpublikation	129
Die Aktenpublikation und die Schuldfrage	132
Das Kriegsschuldproblem	136
Deutschlands Nachbarn	138
Frankreich	139
Thiers	141
Mac Mahon	142
Grévy	144
Sadi Carnot	151
Rußland	153
Die russische Regierung	154
Zarenpolitik	156
Die Meerengen	157
Russische Expansion	159
„Wenn nur Österreich nicht wäre"	160
Russisch-französische Annäherung	163
Zarismus und Revolution	165
Bismarcks Friedensprogramm für Kaiser Friedrich	167
Anhang: Das Bündnisangebot des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury vom Jahre 1889	169
Rußlandkunde	172

Poincaré. (Juli 1922.)

Seine Außenpolitik vor dem Kriege.

Auf Grund neuer bisher unveröffentlichter Dokumente.

	Seite
Widmung	173
Poincaré als Außenminister 1912	
I. Die Anfänge seiner Politik	174
II. Die erste Reise nach Rußland	185
III. Poincaré und die Balkankrise	194
Wie Poincaré die Weltgeschichte aufgefaßt wissen möchte	209 u. 220
Die drei Konferenzen der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland 1911, 1912 und 1913. Amtliche Protokolle.	
I. Konferenz vom August 1911	210
II. Konferenz vom Juli 1912	214
III. Konferenz vom August 1913	217

Die zerstörten Gebiete.

Von Otto von Stülpnagel.

Die Sabotage des Wiederaufbaus Nordfrankreichs durch die französische Regierung. (August 1922.)

	Seite
Otto von Stülpnagel, Vorwort	221
Johann Albrecht Loeser, Die Sabotage des Wiederaufbaus Nordfrankreichs durch die französische Regierung	222
Die Wahrheit über den Wiederaufbau in Nordfrankreich	222
Frankreichs Unfähigkeit zum Wiederaufbau	223
Das Wiesbadener Abkommen	227
Die Beteiligung deutscher Arbeiter	231
Die Wiederherstellung Ostpreußens als Beispiel deutscher Leistungsfähigkeit im Wiederaufbau	235
Zu unseren Bildern	236
Arthur Ketzer, Französische Stimmen	237
Josef Hofmiller, Bücherrundschau	243

Digitized by Google

Seite

Bilder aus Frankreich:
Tafel 1. Arras, Mont-Saint-Eloi . 245
„ 2. Neuville, Ypern, Coucy . 247
„ 3. Péronne, Béthune . . . 249
Bilder aus Ostpreußen:
Tafel 4. Groß-Sobrost, Affauen . 251
Tafel 5. Stallupönen, Heiligenstein 252
„ 6. Ortelsburg, Tarpukischen, Sameluchen 253
„ 7. Goldap 254
„ 8. Darkehmen 255
„ 9. Gerdauen 256

Wer ist verantwortlich für den Krieg?

(September 1922.)

Von T. Palamenghi-Crispi.

Berechtigte Übersetzung aus dem Italienischen von Karl Gutbrod.

Seite

Vorwort zur deutschen Ausgabe. (Mit Brief Iswolskis an Sasonow vom 19. Dezember 1913/1. Januar 1914) 257
An den Leser 258
Das Vermächtnis des früheren Kriegs 259
Frankreich gegen Italien im Hinblick auf den Dreibund 264
Das französisch-russische Bündnis . 272
Eduard VII. 280
Die „Entente cordiale“ 283
Die Triple-Entente 285
Dem Krieg entgegen 286
Wollte Deutschland den Krieg? . 289
Nachwort 295
Höflers Logik 296

F. Bruckmann A.G., München.

Digitized by Google

1871 und jetzt.

Wir wollen in diesem Hefte schweigen von den früheren Verwüstungen der Pfalz und des ganzen Rheinlands, von dem Verhalten der Franzosen im besetzten Gebiet zur napoleonischen Zeit und dem entgegengesetzten der Deutschen, als sie vor hundert Jahren in Frankreich als Sieger einzogen — nicht als ob der durchschnittliche Charakter der beiden Völker sich seitdem wesentlich geändert hätte: aber wir wissen, daß viele Deutsche meinen, solche alte Geschichten hätten keinen Wert. Damals sei die Menschheit überhaupt noch anders gewesen. Wir beschränken uns also darauf in dem kleinen Zeitraum von 50 Jahren die Besetzung durch Deutsche und die Besetzung durch Franzosen darzustellen.

Die Besetzung durch Deutsche stellen wir dar durch Aktenstücke und zwar sowohl durch deutsche als auch durch französische.

Die Besetzung durch Franzosen lassen wir durch Augenzeugen schildern. Auch hier Akten sprechen zu lassen, wie wir könnten, verbietet sich deshalb, weil jeder Deutsche des besetzten Gebietes, dessen Name hier genannt würde, der Gewalttätigkeit der Franzosen, der Rechtlosigkeit für sich, seine Familie und sein Eigentum ausgesetzt wäre. So bleibt uns, wenn wir die Verhältnisse in den jetzt von Franzosen besetzten Gebieten darstellen wollen, nur die Mitwirkung von Ausländern, die nicht gehindert werden können, die besetzten Gebiete zu bereisen und die dem Zugriffe der Franzosen nicht ausgesetzt sind.

Die Mitarbeiter dieses zweiten Teiles sind Engländer. Wir haben nie ein Hehl gemacht aus unserer Beurteilung der englischen Politik, aber wir salutieren vor diesen Engländern, die, obwohl sie die nationale Richtung unseres Blattes kennen, unserer Einladung gefolgt sind, um die Stimme der Ehrlichkeit und Menschlichkeit vor der ganzen Welt zu erheben.

Paul Nikolaus Cossmann.

Digitized by Google

Die Deutschen in Frankreich 1871—73.

Auf Grund der Akten des Bayerischen Kriegsministeriums.

Von Friedrich Crämer.

Die deutschen Akten.

Die gegenwärtigen überaus traurigen Zustände im besetzten Gebiet, insbesondere das Verhalten der Franzosen, haben mich auf den Gedanken gebracht, alles zusammenzustellen, was von seiten der deutschen Truppen während der Okkupation in Frankreich 1871—73 geschehen ist, alle Bestimmungen und Maßnahmen aus den amtlichen Berichten dieser Zeit zusammenzutragen, um einen Vergleich zu ziehen von damals und jetzt.

Insbesondere war ich als Arzt zum Studium der geschichtlichen Grundlagen angeregt worden, nachdem ich mich mit den schweren Folgen der Hungerblockade auf die Volksgesundheit eingehend in Wort und Schrift beschäftigt, das durch die Milchnot infolge der Ablieferung der Milchkühe entstandene schreckliche Kinderelend kennengelernt und gesehen hatte, welch ungeheuren dauernden Schaden die jetzige Generation durch das niederträchtige und grausame Vorgehen unserer Feinde gesundheitlich erlitten hat.

Dieser Schaden wird durch die außerordentliche Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch die französischen Truppen ins Unermeßliche gesteigert und bildet auf Jahrzehnte hinaus eine ungemein große Gefahr nicht bloß für unsere armen Volksgenossen im besetzten Gebiet.

Ich hatte das Glück, im Bayerischen Kriegsarchiv das größte Entgegenkommen zu finden, es sind mir alle in Betracht kommenden Akten bereitwilligst zur Verfügung gestellt worden. Herr Oberst Bezzel hatte die große Freundlichkeit, mir in der Auswahl der Akten behilflich zu sein, wofür ich ihm an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank zum Ausdruck bringe.

Ohne dieses Entgegenkommen wäre es mir nicht möglich gewesen, alle die Tatsachen einwandfrei festzustellen und zu sammeln, die einen Vergleich zwischen dem Verhalten unserer Truppenführer und Truppen und dem französischen Besatzungsheer gestatten. Meine Absicht, auch die preußischen Akten über die Okkupationszeit einzusehen, ließ sich nicht ausführen, weil diese Akten z. Zt. dem Herrn Reichsschatzminister zu Zwecken einer von ihm beabsichtigten Veröffentlichung zur Verfügung gestellt sind.

Da aber das Oberkommando preußisch war und alle wichtigen Bestimmungen und Befehle für alle Truppenteile gleich waren, kann man von vornherein annehmen, daß die preußischen Akten nichts wesentlich anderes enthalten werden wie die bayerischen. Zudem ist es nicht zweckmäßig, die Veröffentlichung dieser Zusammenstellung aufs Ungewisse zu verschieben.

Außer dem amtlichen Material stehen mir noch wertvolle Berichte von Augenzeugen zur Verfügung. Drei Offiziere, die der Okkupationsarmee seinerzeit angehört haben, haben mir ihre Erlebnisse und Beobachtungen in liebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellt; auch ihnen danke ich an dieser Stelle für ihre freundliche Unterstützung bei dieser Arbeit. Einige eigene Beobachtungen aus dieser Zeit kann ich selbst noch beifügen, so daß es hoffentlich gelingen wird, ein deutliches und klares Bild über alle Vorgänge während unserer Okkupation zu zeichnen und so jedermann zu ermöglichen, selbst einen Vergleich zu ziehen.

Friedensvertrag.

Am 27. Januar 1871 kapitulierte Paris, es wurde ein Waffenstillstand bis 24. Februar bezw. 3. März geschlossen, am 26. Februar wurden in Versailles Friedenspräliminarien vereinbart mit nur 2 Hauptbedingungen: Abtreten von Elsaß-Lothringen an Deutschland und Zahlung einer Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Francs innerhalb 3 Jahren, welche durch eine je nach den Abzahlungen genau geregelte Besetzung französischen Gebietes sichergestellt wurde; der endgültige Friede wurde am 10. Mai zu Frankfurt am Main geschlossen.

Man muß die rasche Folge dieser Ereignisse immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen, um die ganze Ungeheuerlichkeit und Unmenschlichkeit des Waffenstillstandes und vor allem des Versailler Gewaltfriedens richtig einzuschätzen.

Um die Bedeutung des Friedensvertrages von Frankfurt a. M. richtig würdigen zu können, ist es sehr lehrreich, einzelne Unterartikel noch besonders hervorzuheben:

1. Die Festung Belfort wird übergeben, die tapfere Besatzung räumt die Festung unter militärischen Ehren und behält ihre Waffen.

Digitized by Google

2. Einwohnern in den abgetretenen Gebieten, welche Franzosen bleiben wollen, steht es frei, auch in den mit Deutschland verbundenen Territorien gelegene Immobilien zu behalten.
3. Teile des okkupierten Gebietes werden nach Art und Form der Zahlung der Milliarden geräumt.
4. Den deutschen Truppen sind Requisitionen in natura und Geld verboten, vorausgesetzt, daß die französische Regierung für den Unterhalt der Truppen sorgt.
5. Französische Gefangene werden von der deutschen Regierung entlassen.
6. Handelsbeziehungen werden auf Grundlage der Meistbegünstigung zwischen Frankreich und Deutschland aufgenommen.
7. Schiffahrtsverträge und Eisenbahnabkommen werden wieder in Kraft gesetzt, ebenso die Abkommen über den Schutz des Eigentums von geistigen und künstlerischen Werken.
8. Alle vertriebenen Deutschen bleiben in vollem Genuß aller Güter, welche sie in Frankreich erworben haben, Deutsche, die in Frankreich gewohnt haben, können dorthin zurückkehren und ihren Wohnsitz wieder nehmen.
9. Die Bedingungen sind in voller Gegenseitigkeit auf die französischen Untertanen anwendbar.
10. Beide Regierungen verpflichten sich, für die Gräber zu sorgen, die in ihrem Gebiete liegen.
11. Die Ostbahnen werden an Deutschland abgetreten, Deutschland zahlt für die abgetretenen Strecken 325 Millionen Francs.

Französischen Truppen wird die Erlaubnis gegeben, durch das Okkupationsrayon durchzumarschieren.

Weiter wird bestimmt, daß die Wahlen für die Conseils generaux usw. nicht beschränkt werden dürfen, entsprechende Weisungen haben die Kommandos ergehen zu lassen.

Die Waffenstillstandsbedingungen waren unerhört mild: Waffenstillstand

1. Übergabe der sämtlichen Pariser Forts mit dem Kriegsmaterial.
2. Alle französischen Soldaten in Paris sind Kriegsgefangene mit Ausnahme von 12 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Paris.
3. Die Stadt Paris zahlt 200 Millionen Frs. Kriegskontribution.

Mit dem Abschluß der Friedenspräliminarien beginnt die Okkupation, die auf 3 Jahre vorgesehen war, aber schon im Sommer 1873, also nach 2½ Jahren ihr Ende fand, weil Frankreich früher als man erwarten konnte, die Kriegsentschädigung gezahlt hat und Deutschland genau vertragsgemäß die Räumung der besetzten Gebiete vollzog. Beginn der Okkupation.

Wenn man bedenkt, daß Frankreich im Jahre 70/71 vollständig mit den Waffen besiegt worden ist, daß, abgesehen von kleinen Fehlschlägen vor Orleans ein großer Sieg dem andern folgte, so muß man die außerordentliche Milde der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen bewundern. Stellt man dagegen die Tatsache, daß insbesondere die französische Armee und dazu nicht aus eigenen Kräften jahrelang vergebens die deutschen Stellungen berannt und niemals wirklich gesiegt hat, so erscheinen die uns auferlegten Bedingungen noch ungeheuerlicher.

Welcher Geist Deutschland von Anfang an den Besiegten gegenüber beherrschte, geht schon daraus hervor, daß das durch die 4 Monate lange Einschließung völlig ausgehungerte Paris sofort nach dem Waffenstillstandsabschluß mit Lebensmitteln versorgt wurde, d. h. daß schon am 5. Februar ein Lebensmittelzug die deutsche Linie passieren durfte und daß Bismarck am 6. Februar an die Heeresleitung telegraphierte: ‚Von französischer Seite ist mir mitgeteilt worden, daß Proviantzüge in Melun und anderen Stationen zurückgehalten werden; diese Züge mit Lebensmitteln müssen ohne allen Verzug passieren.' So haben die deutschen Barbaren gehandelt, und wie ist es ihnen vergolten worden bei der Beendigung des Weltkrieges? Man hat die unmenschliche Hungerblockade noch ein halbes Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes fortbestehen lassen.

Sehr bezeichnend sind folgende Befehle.

In einem Korpsbefehl heißt es: Es entspricht ebensosehr dem eigenen Interesse als den Abmachungen des Präliminar- und Waffenstillstandsvertrages, daß die strengste, nichts Unbilliges fordernde Disziplin gehandhabt wird.

Noch deutlicher läßt der Oberkommandobefehl die ritterliche Gesinnung erkennen, von der unsere Heerführer erfüllt waren:

Digitized by Google

„Die Lage ist die, daß wir einen siegreichen Krieg geführt, unsere Gegner vollständig überwunden haben, daß aber Friede geschlossen ist. In den von uns besetzten Landesteilen sind wir nach wie vor die Herren, aber in sehr viel anderen Verhältnissen als während des Krieges selbst. Das Wohl und die Sicherheit der Truppen bilden auch jetzt noch die ersten Gesichtspunkte. Aber gebot der Krieg hiebei oft ein rücksichtsloses Durchgreifen, so gebietet der von S. M. ratifizierte Friede Rücksichtnahmen, soviel nur irgend zulässig sind. Hiezu kommt — und hier appelliere ich an unser Selbstgefühl — daß wir Sieger sind und daß dem Überwundenen gegenüber das alte Wort: Noblesse oblige von uns zu erwarten ist, denn wir repräsentieren hier die ganze Armee.

Am meisten geschieht dies durch Schonung des Gefühls der Überwundenen.

In allen von unseren Truppen okkupierten Landesteilen gilt der Etat de siège nach dem französischen Gesetz vom 9. 8. 1849.

Die Truppenbefehlshaber haben nicht mehr das Recht, disziplinäre Strafgewalt gegenüber Franzosen zu üben oder Requisitionen oder Strafkontributionen auszuschreiben."

In einem vertraulichen Zirkular heißt es: „Ich erinnere daran, welche Kritik in bezug auf die ganze französische Nation das Verhalten der französischen Truppen in Deutschland im Anfang des Jahrhunderts hervorgerufen hat. Sie überhoben sich des Sieges, mißbrauchten die Gewalt, behandelten die Überwundenen mit Härte und Nichtachtung. Wir wollen uns vornehmer verhalten. Vornehm ist es aber, den überwundenen Gegner seine Niederlage nicht auf Schritt und Tritt fühlen zu lassen, und selbst ehrt sich der Sieger und erhöht selbst den Glanz seines Sieges, wenn er dem Gegner Ebenbürtigkeit zugesteht."

Verpflegung und Unterbringung der Besatzungsarmee.

Nach der Konvention betr. die Ausführung der Friedenspräliminarien von Versailles (26. II. 71) zahlte die französische Regierung für jede Portion 1 Fr. 75, für jede Ration 2 Fr. 50. Für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 71 wurde die Vergütung auf 2 Fr. 25 ermäßigt.

Die Vergütung ist zu bezahlen für 500 000 Portionen und 150 000 Rationen täglich. Nach der Bezahlung der ersten halben Milliarde der Kriegskosten wird die Entschädigung wöchentlich um ein Viertel vermindert, nach 4 Wochen sind es nur noch 150 000 Portionen und 50 000 Rationen, 14 Tage nach Zahlung der ersten Milliarde noch 120 000 Portionen und 40 000 Rationen, 14 Tage nach Zahlung der ersten 1½ Milliarden noch 80 000 Portionen und 30 000 Rationen, 14 Tage nach Zahlung der zweiten Milliarde nur noch 50 000 Portionen und 18 000 Rationen. Es wird der französischen Regierung anheimgegeben, für die Verpflegung der in Frankreich befindlichen deutschen Truppen selbst zu sorgen.

In jeder Stadt, jedem Ort, in dem deutsche Truppen liegen, müssen Wohnungen für Offiziere bereitgestellt werden und zwar für den Chef der Armee ein vollständig eingerichtetes Haus.

Für den Kommand. General	6	Stuben,	2	Gesindestuben,	1	Küche
„ „ Divisionsgeneral	5	„	1	Gesindestube,	1	„
„ „ Brigadegeneral	4	„	1	„	1	„
„ „ Regimentskommand.	3	„	1	„	1	„
„ „ Bataillonskommand. u. Kompagniechef	2	Stuben,	1	Schlafgelaß für den Burschen.		
„ „ Leutnant	1	„	1	„	„	„

Die bei den Bewohnern einquartierten Mannschaften haben Teil an Feuer und Licht; zu Quartieren für Mannschaften und Pferde werden die öffentlichen und die zu diesem Zwecke vermieteten Gebäude benützt. Nur wenn diese nicht ausreichen, werden die Truppen bei den Bewohnern einquartiert.

Kostspielige Anlagen für die Einrichtung von Schießplätzen, soweit es die öffentliche Sicherheit und die Polizei erlauben, sind zu vermeiden, diese Arbeiten werden durch die Truppen, soweit als möglich, selbst ausgeführt.

Digitized by Google

Die Entschädigung für die bei den Truppenübungen vorkommenden Flurbeschädigungen werden durch 2 Sachverständige abgeschätzt, je einer von beiden Parteien. Sind mit diesen Übungen Biwaks verbunden, dann liefert die französische Regierung das erforderliche Lagerstroh.

Werden Pferde mietweise gebraucht, dann werden 40 Cts. für den Kilometer bezahlt, Mehrkosten erstattet die französische Regierung.

Die einzelne Portion setzt sich zusammen aus 375 Gramm Fleisch, 125 Gramm Reis, Graupe oder Grütze, 250 Gramm Erbsen, Bohnen, Linsen, 1500 Gramm Kartoffeln, 25 Gramm Salz, 25 Gramm Kaffee, 1/12 Quart Branntwein oder ½ Liter Wein, 5 Zigarren = zusammen 1 fr. 75 Cts.

Die Konvention ist unterschrieben von Jules Favre, v. Stosch und Engelhard.

Aus all den genannten Bestimmungen kann man erkennen, mit welcher Rücksichtnahme und Schonung gegen die Besiegten, gegen die französische Regierung und das französische Volk vorgegangen worden ist; ja, wie sich später noch zeigen wird, wurde diese Rücksichtnahme so weit getrieben, daß sie uns jetzt fast lächerlich erscheinen muß.

Welche Unsummen müssen jetzt von uns für kostspielige Anlagen von Schieß-, Flug- und Exerzierplätzen bezahlt werden. Große wertvolle Ländereien, bestes Ackerland, gleich im Ausmaß von 600 Tagwerk werden mit brutaler Gewalt mit Beschlag belegt.

Von einer Eskadron wurde 1871 in Stenay ein Exerzierplatz von solcher Ausdehnung verlangt, daß der französischen Regierung unverhältnismäßig hohe Kosten erwachsen wären. Das Gesuch wurde von der deutschen Heeresleitung abgewiesen. Wenn fiskalische gedeckte Reitbahnen nicht vorhanden sind, hieß es, erhält jede Eskadron eine unverwahrte, offene Bahn in der Größe von 56×28 Meter.

Der Schießplatz in Sedan hat sich zu klein erwiesen, es wurde bestimmt, daß die Frage mit dem französischen Delegierten geregelt werden soll. Alle Vorschläge und Forderungen an französische Behörden wurden durch den französischen Delegierten auf Antrag des Kommandos besorgt; darüber bestanden genaue Bestimungen. Der Verkehr war stets ein äußerst höflicher und entgegenkommender. In dem Abschnitt über Verkehr mit den französischen Behörden werde ich noch ausführliche Belege dafür erbringen.

Die Unterbringung der Offiziere und Mannschaften und der Pferde bot natürlich vielfache Schwierigkeiten, aber alle diese Schwierigkeiten wurden zu überwinden versucht und stets die größtmöglichste Rücksichtnahme auf die Bevölkerung beobachtet. Nach der Konvention war genauestens geregelt, wieviel Raum den einzelnen Offizieren, wie oben bemerkt, zukomme. In den Akten wurde besonders vermerkt, daß wegen Unterbringung von Mannschaften und Pferden, sowie wegen der Bereitstellung von Exerzier- und Schießplätzen niemals besondere Schwierigkeiten bestanden. Ja in einem Bericht heißt es sogar, es bestehen nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern die Delegierten der Mairien entsprachen den kontraktlichen Ansprüchen in zuvorkommender Weise — also müssen unsere Ansprüche sehr bescheiden und die Art der Anforderung stets eine höfliche und rücksichtsvolle gewesen sein, sonst hätten die französischen Behörden, die wegen jeder Kleinigkeit vorstellig wurden, sofort Beschwerde eingelegt.

Einquartierung besonders bei armen Leuten führte natürlich öfters zu Mißhelligkeiten, weil die Leute den Soldaten auch möglichst wenig bieten wollten; dabei erhielten die Mannschaften ihr Essen stets von ihrer Abteilung, von den Einwohnern durften sie nur Feuer und Licht beanspruchen.

In einem Falle bat das französische Gouvernement, darüber hinwegzusehen, wenn in einer Baracke der neuen Garnison noch nicht alles in Ordnung sei. v. Manteuffel (Oberkommando der Okkupationsarmee) bestimmte, daß es sich empfehle, den französischen Behörden gegenüber hierin Entgegenkommen zu zeigen.

Die Mairie von Chateau Porcien bat um Freimachung von Wohnungen für die armen Leute des Ortes; dieser Bitte wurde entsprochen und eine Kompagnie aus Chateau Porcien in Baracken verlegt.

Der Präfekt der Ardennen teilt dem Kommandeur der zweiten bayerischen Division mit, daß auch seinerseits allen Wünschen, welche mit dem Wohle der Truppen vereinbar sind, bestens nachgekommen werden wird.

Digitized by Google

Am 13. 6. 71 befiehlt das Oberkommando:

„Nachdem es mehrfach in letzter Zeit vorgekommen ist, daß Truppen sich außerhalb der von den Maires angewiesenen Quartieren ohne Billete selbst einquartiert haben und ferner auch von Truppenkommandeuren aus Veranlassung besonders widerspenstigen Verhaltens in Wohnungsfragen Geldstrafen und Geldkautionen Kommunen und einzelnen Personen auferlegt worden sind, so wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese beiden Arten des Verfahrens nach abgeschlossenem Frieden nicht mehr zulässig und durch keinen Artikel der abgeschlossenen Konvention gerechtfertigt sind. Ungeeignete Quartiere sind zurückzuweisen und die Maires zur Gestellung geeigneter Quartiere anzuhalten."

Der Souspräfekt von Verdun verspricht alle Wünsche zu erfüllen, der Brief ist außerordentlich höflich gehalten. Niemals wurde an die Behörden in befehlendem Ton geschrieben, niemals brutal vorgegangen und so erklärt sich, daß die französischen Behörden sich eines sehr höflichen Tones befleißigten.

Wie streng man sich an die Konvention hielt und wie wenig man den eigenen Offizieren gegenüber entgegenkam, mögen folgende zwei Vorkommnisse beleuchten.

Ein Major Haag hatte in Sedan eine Wohnung, die zwei Kilometer von der Kaserne entfernt war und verlangte deswegen vom Präfekten einen Wagen. Dieses Verlangen wurde in einem Schreiben an den Präfekten von deutscher Seite als unberechtigt erklärt.

Noch schlechter ging es einem Oberleutnant Urban, der bei wohlhabenden Leuten zwei Zimmer bekommen sollte. Der betreffende Hausbesitzer zeigte sich äußerst widerhaarig und weigerte sich, bessere Zimmer herzugeben. Auch die Benützung des Abortes im Hause ward nicht zugestanden, der Abort im Garten sei gut genug für den Offizier. Es kam fortwährend zu Zwistigkeiten und da Oblt. U. sich die besseren Zimmer erzwingen wollte, kam es zur Anzeige; ein Disziplinarverfahren wurde gegen ihn eingeleitet, der Offizier disziplinär bestraft und angeordnet, daß er irgendwo untergebracht werden soll, wo ein Vorgesetzter wohnt, weil er unverträglich sei.

Selbsteinquartierung unverheirateter Offiziere war nicht gestattet, konnte aber durch das Kommando erlaubt werden, das sich dann mit der französischen Intendanz ins Benehmen setzte, damit sie sich so einrichten könne, daß ihr nicht infolge Leerstehens von gemieteten konventionsmäßigen Wohnungen Mehrkosten erwachsen.

Bezüglich der Quartiere und deren Einrichtung heißt es in einem Befehl, ist konventionsmäßig zu verfahren, nicht konventionelle Ansprüche sind nicht zu vertreten, Androhung von Repressalien ist zu vermeiden. Man gibt sich dadurch Blößen, die der Kommandant auszugleichen nicht die legitime Macht hat.

Die für die Verpflegung ausgesetzten Summen 10 Frs. täglich, können Offiziere nur in Ausnahmefällen und wenn die Quartiergeber wirklich mittellos sind, beanspruchen.

In einem Falle wurden höchst übertriebene Klagen über Eingriffe von Offizieren und Mannschaften wegen Unterkunft von einem französischen Hausbesitzer dem Kommando vorgebracht, der Besitzer hatte nicht das leiseste Entgegenkommen gezeigt, obwohl er Platz genug hatte.

Die Unterkunft der deutschen Offiziere in Bürgerquartieren wurde wie früher bei den französischen Offizieren gehandhabt, dadurch bekamen die Bürger auch Mieteinnahmen. Bei Wohnungsmangel für Offiziere wurde verlangt, daß in fiskalischen Gebäuden Wohnungen, wenn auch mit größeren Kosten eingerichtet werden. Die französische Regierung mußte verheirateten Offizieren das Service zur Selbsteinmietung zuzahlen.

Nach einer Bestimmung vom 21. 2. 72 sollen weitere Baracken gebaut werden, weil dadurch die Entfernung der Pferde und Trainsoldaten aus Privatquartieren ermöglicht wird.

Entlastung der Einwohner.

Schon am 10. 9. 70 hat v. d. Tann in einem Tagesbefehl Rücksicht gegen die feindlichen Einwohner mit den Worten gefordert:

„Durch Disziplin und rücksichtsvolles Verfahren gegen die feindlichen Einwohner ehrt Ihr Euch ebenso wie durch Eure Tapferkeit auf dem Schlachtfeld."

Die Entlastung der Einwohner geht besonders auch aus folgenden Bestimmungen hervor: „Da das Département des Ardennes eines derjenigen ist, das am längsten okkupiert bleibt, so liegt es im Interesse der Einwohner, wenn möglichst bald durch Herbeischaffung der erforderlichen Lagerstätten und sonstigen Utensilien das ehemalige französische Remontedepot

Digitized by Google

zur Unterbringung von Mannschaften eingerichtet wird. Dann kann ein Teil der Einquartierungslast den Einwohnern abgenommen werden."

In einem weiteren Befehl heißt es: „Es ist festgestellt worden, daß manche kleine Orte viel zu stark belegt sind; das ist gewiß gesundheitsschädlich, überdies entsteht dadurch eine Teuerung der Lebensmittel. Es dürfte sich daher wohl empfehlen, auf eine Verminderung der Garnisonen auf dem Lande im Arrondissement Sedan Bedacht zu nehmen. Dieses Arrondissement hat während des Krieges besonders stark gelitten, auch durch die Rinderpest. Deswegen wird Dislokation der Truppen angeordnet. Die französische Behörde solle Vorschläge machen und Orte bezeichnen, in welchen nach ihrer Ansicht die Truppen untergebracht werden können, im Interesse der Erleichterung des Landes."

Bei Truppendislokationen wird wiederholt von seiten der deutschen Truppen bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt. Das zeigt sich auch in kleinen Dingen. Bei der Auswahl eines Exerzierplatzes handelte es sich darum, eine weniger wertvolle Wiese auszusuchen. Im Beisein des Maire und mit dessen Zustimmung wurde bestimmt, daß der Maire seine Forderung bei dem Kommando anmelden soll.

Aus all den Bestimmungen und den Einzelvorkommnissen geht hervor, daß niemals gewalttätige brutale Übergriffe, wie jetzt täglich in der Pfalz, stattgefunden haben, daß man strengstens an das Übereinkommen sich hielt und alles vermeiden wollte, was die Einwohner zu sehr belasten konnte. Auch hier also wieder überall Milde und Rücksichtnahme.

Man ging sogar so weit, daß man den Mannschaften das Betreten von Privathäusern, um sie zu besichtigen, verbot, ebenso war verboten, in Privatgärten spazierenzugehen, Blumen abzureißen usw. Weiter heißt es:

„Das Betreten von Gärten und eingefriedigten Grundstücken ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Besitzers aufs strengste untersagt, ebenso das Betreten der Weinberge; Private dürfen nicht geschädigt werden."

„Selbst dann, wenn sich die Bewohner an einem Gefechte beteiligt haben, dürfen Ortschaften nicht abgebrannt werden."

Bei den eigenartigen Pachtverhältnissen der französischen Gutspächter kam es öfters zu Ungerechtigkeiten, wenn die Pächter abziehen mußten. Die deutschen Truppen gewährten den Landleuten beim Umziehen infolge von Pachtänderung Schutz und Unterstützung.

Verkehr mit den französischen Behörden.

Ein trefflicher Gradmesser für das Verhalten der deutschen Verwaltung und unserer Truppen im Besetzungsgebiet, für die Behandlung der französischen Einwohner und für das Entgegenkommen, das den französischen Behörden von den deutschen Oberkommandos, den Truppenführern und den deutschen Zivilkommissaren gezeigt wurde, ist der Schriftverkehr mit den französischen Behörden. Der Briefwechsel war von beiden Seiten ein äußerst höflicher und freundlicher, von seiten der französischen Präfekten, Sousprāfekten usw. beschränkte er sich nicht auf die alltäglichen Redensarten, oft ließ er große Anerkennung und Dankbarkeit für das Entgegenkommen der deutschen Truppenführer erkennen. Ich führe eine Reihe von Beispielen im Wortlaut an, aus dem der Leser selbst sich ein Urteil bilden kann.

Brief an einen Präfekten: „Ich benütze diese Gelegenheit, um Ihnen, verehrter Herr Praefect, meinen verbindlichsten und aufrichtigsten Dank für Ihr mir in so delikater Beziehung bewiesenes Entgegenkommen und Vertrauen auszusprechen und mich Ihrem freundlichen Angedenken angelegentlichst zu empfehlen."

v. Manteuffel richtete an den französischen Kommissar Graf St. Vallier und den französischen Finanzminister de Goulard ein Dankschreiben für die Bereitwilligkeit, die deutschen Truppen mit Tabak und Zigarren zu versorgen. Mit deutschen Tabakhändlern hatte es in Frankreich zuerst Schwierigkeiten gegeben, deswegen wurde ihnen der Aufenthalt in Frankreich verboten. Die französische Regierung wurde veranlaßt, an jedem Ort Zigarrenhändler aufzustellen, welche deutsche Zigarren steuerfrei an Soldaten zum Einkaufspreise verkaufen mußten; sie hat bereitwilligst diese Forderung erfüllt.

Am 5. 1. 72 schrieb der Präfekt der Ardennen an General v. Maillinger: „En vous remerciant personellement de cette communication je vous prie Mons. le Colonel de vouloir bien être auprès de S. Exc. M. Lieut. Général de Maillinger l'interprête de mes sentiments de gratitude pour l'esprit de conciliation, qu'il apporte constamment dans les questions délicates, qui s'imposent à notre examen.

Digitized by Google

Veuillez agréer mons. L. Colonel l'assurance de ma considération la plus distinguée."

(Indem ich Ihnen persönlich für diese Mitteilung danke, bitte ich Sie Herr Oberst, bei Sr. Exzellenz dem Herrn General v. Maillinger der Dolmetsch meiner dankbaren Gefühle zu sein für den Geist der Versöhnung, den er stets bei heiklen Fragen, die er unseretwegen zu prüfen hat, bekundet. Genehmigen Sie, Herr Oberst, die Versichererung meiner ausgezeichneten Hochachtung.)

Ein zweiter Brief schließt mit den Worten: „Je vous remercie de cette communication, à laquelle je suis très sensible, et vous prie d'être convaincu, que je ne négligerai rien pour écarter dans la limite de possible toutes les causes de conflicte provenant de fait de mes administrés."

(Ich danke Ihnen für diese Mitteilung, für die ich sehr empfänglich bin. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich nichts unversucht lassen werde, um in den Grenzen der Möglichkeit alle Ursachen für Reibungen, die sich aus dem Verhalten meiner Untergebenen ergeben können, zu beseitigen.)

Für die Überführung französischer Kranker durch deutsche Truppen in das große Spital erfolgte ein Dankschreiben der französischen Behörde, das mit den Worten schloß: „Permettez mons. L. Géneral que je vous rends l'assurance de ma plus sincère gratitude et veuillez agréer le sentiment de ma plus haute considération."

(Gestatten Sie, Herr General, daß ich Ihnen die Versicherung meiner aufrichtigsten Dankbarkeit gebe und genehmigen Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.)

In den Akten finden sich Dutzende solcher Briefe, die alle gleich höflich gehalten sind und erkennen lassen, welchen Respekt man vor den Deutschen hatte, welches Vertrauen man ihnen entgegenbrachte und wie dankbar man für jedes Entgegenkommen war. Solche Briefe sind nur möglich, wenn der Gegner überall mit Schonung rücksichtsvoll vorgeht. In keinem Schriftstück an die französischen Behörden findet sich ein befehlerischer Ton, niemals wurde Gewalt angewendet.

Daß viel Schwierigkeiten zu überwinden waren, daß häufig Reibungen vorkamen, versteht sich von selbst, aber beide Teile hatten das Bestreben, einen befriedigenden Weg zu finden und dies gelang auch fast ausnahmslos. Die Bestimmung des Versailler Übereinkommens wurde von den deutschen Truppenführern stets peinlichst eingehalten und jeder Übergriff der Truppen bestraft und unmöglich gemacht. General von Maillinger erklärt in einem Tagesbefehl: „Genaueste Beobachtung aller Vorschriften und Gesetze ist besonders in einem Land notwendig, wo jede unserer Handlungen von der ungünstigsten Seite beurteilt wird und demnach der Ruf, den wir uns verdienen, für lange Zeit als der Ruf des deutschen Heeres fortleben wird."

Klagen von seiten der französischen Behörden wurden in entgegenkommendster Weise behandelt, z. B. klagte die französische Regierung, daß die deutschen Truppen bei Felddienstübungen den Bahndamm betreten und Barrieren zerbrochen haben. Das Oberkommando befiehlt daraufhin, alle Truppen darauf hinzuweisen, daß derartige Handlungsweisen unerlaubt sind und daß dafür Sorge getragen werden muß, daß Anlässe zu solchen Klagen für die Folge vermieden werden.

Deswegen wurde auch der französische Kommissar ersucht, die Bahnverwaltung anzuweisen, daß deutsche Offiziere, die befehlsgemäß den Bahnkörper betreten müssen, nicht gehindert werden. Diese Offiziere bekamen dann schriftliche Legitimation von der französischen Behörde, die sie auf Verlangen den Eisenbahnbeamten vorzuzeigen hatten!

Nach Abschluß der Friedenspräliminarien ersuchten die französischen Bahnen um Paris, der Bahnverwaltung gehörige Gebäulichkeiten, Schupfen usw., die von deutschen Truppen besetzt waren, freizumachen, um den Bahnbetrieb wieder aufnehmen zu können; dem Gesuch wurde entsprochen.

Der Präfekt von Sedan beschwert sich beim Oberst v. Lindauer (Sedan) darüber, daß die Soldaten ihn nicht grüßten. (Der Präfekt trug keine Uniform, sondern nur eine Mütze mit Silberstickerei.) Die Beschwerde wird in anständigster Weise behandelt und dem Präfekten vom Obersten versichert, daß ein freundlicher Verkehr mit den Behörden sein sehnlichster Wunsch sei.

Schon am 28. 3. 71 konnten die Präfekten und Sousprăfekten im besetzten Gebiete ihre

Digitized by Google

Funktionen wieder übernehmen, ebenso waren die Gendarmen wieder in ihre Befugnisse eingesetzt, denen man vorher schon das Tragen ihrer Waffen erlaubt hatte. Märkte konnten wieder abgehalten werden, so in Charenton, St. Denis. Ja den Unteroffizieren und Gemeinen der 3. Armee wurde befohlen, den französischen Gendarmerie-Offizieren Honneurs zu erweisen, dagegen mußten die französischen Gendarmen die deutschen Offiziere grüßen.

Zwangsmaßregeln waren strengstens verboten, sie durften auch Gemeinden gegenüber zur Gewinnung von Brennholz nicht angewendet werden.

Zerstörungen von Forstkulturen waren ebenfalls verboten, es wurde befohlen, daß mit Holz haushälterisch umgegangen werden muß.

Fast lächerlich möchte es erscheinen, daß der Präfekt der Ardennen Entschädigungsansprüche gestellt hat, weil deutsche Truppen zur Ausschmückung ihrer Kaserne zum Pfingstfest Birkenbüsche aus dem Gemeindewalde geholt hatten. Eine Entschädigung wurde wegen des geringfügigen Schadens von dem deutschen Truppenkommando abgelehnt, aber bestimmt, daß künftighin auch die Entnahme solcher Büsche aus dem Gemeindewald zu unterbleiben hat.

Stets war die Heeresleitung darauf bedacht, die Bevölkerung zu schonen und somit möglichst zu schützen und zu unterstützen. So wurde bestimmt, daß ungedroschene, in Scheunen liegende Getreidefrüchte möglichst im Einvernehmen mit den Mairien unter Beiziehung armer Ortsbewohner ausgedroschen und die Frucht gemahlen werden soll; dadurch sollen den friedfertigen Einwohnern Brot und Mehl verschafft werden.

Nicht alle französischen Behörden waren entgegenkommend, an einzelnen Orten wurden die vorschriftsmäßigen Leistungen für die Besatzungstruppen erst auf wiederholtes Verlangen vollzogen.

Auf den Bericht eines Truppenkommandeurs über das Verhälnis zwischen den deutschen Truppenbefehlshabern und den französischen Behörden, erwidert v. Manteuffel am 11. 11. 71: „Zu meiner Freude habe ich aus dem Bericht ersehen, daß dieses Verhältnis ein gutes ist, und daß die französischen Behörden bemüht sind, den uns zustehenden Anforderungen nachzukommen."

In einzelnen Fällen war das Verhalten der Beamten nicht entsprechend, das geht aus einer Bemerkung vom 2. 4. 73 hervor, in der es heißt, die Beamten beobachten durchschnittlich eine sehr passiv feindselige Haltung, während das Verhalten der deutschen Offiziere zur Bevölkerung nie zu Konflikten geführt hat.

Stimmung der Bevölkerung.

Die Stimmung der Bevölkerung im besetzten Gebiete gegen marschierende und in Garison liegende deutsche Truppen war unter den bestehenden Verhältnissen ausnahmslos eine zufriedenstellende, häufig sogar waren die französischen Einwohner freundlich und zuvorkommend. Die gebildeten Kreise zeigten würdige Trauer, die ungebildeten Grimm und Haß über die erlittene Niederlage.

Ein Ereignis soll besonders hervorgehoben werden: Ein deutsches Regiment zog 1873 bei großer Hitze, die zahlreiche Fälle von Hitzschlag zur Folge hatte, in Sedan ein. Im kritischen Augenblick kam die französische Bevölkerung hilfreich herbei, sonst wäre das Unglück noch größer gewesen. Merkwürdig war nach der Beobachtung eines Augenzeugen (Major Koch-Breuberg) das Verhalten der Einwohner ein paar Stunden später — und das paßt so völlig zum Charakter der Franzosen — man begegnete nur feindseligsten Blicken.

Höchst bezeichnend für den Charakter der Franzosen ist die Tatsache, daß sie im Privatverkehr mit deutschen Offizieren bei verschlossenen Türen höflich und zuvorkommend waren, auf der Straße aber und vor anderen Franzosen so taten, als wäre man ihnen völlig unbekannt.

Daß manche französische Dame auch damals schon dem Feinde gegenüber jede Spur von Anstand und Würde vermissen ließ, geht daraus hervor, daß eine Französin vom Fenster aus gelacht hat, als der Leichenzug des Söhnchens eines deutschen Offiziers vorbeiging.

Alle Kommandostellen melden immer wieder, daß die Bevölkerung dauernd eine friedliche Gesinnung zeigt, insbesondere sucht der bessere Teil der Einwohner alles zu vermeiden, was zu Differenzen mit den deutschen Truppen führen könnte. Eine gewisse (wohl erklärliche) Spannung zeigte sich nur dort, wo die Truppen in Bürgerquartieren untergebracht waren; im allgemeinen jedenfalls waren die Leute ruhig, verträglich, aber zurückhaltend. Auch 1873 hat sich das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den deutschen Truppen nicht geändert.

Digitized by Google

Während französische Soldaten unbehindert in Urlaub ins besetzte Gebiet kommen durften, haben sich französische Offiziere im besetzten Gebiet nicht einwandfrei benommen, sie erwiderten meist den Gruß der deutschen Soldaten nicht, grüßten auch Offiziere nicht, wenn sie nicht sahen, daß diese bedeutend älter waren. Daraufhin sah sich das Oberkommando veranlaßt zu bestimmen, daß französische Offiziere sich auf der Kommandantur melden müssen und daß sie aus der Stadt verwiesen werden, falls sie es unterlassen, die deutschen Offiziere zu grüßen.

Deutschen Soldaten war es nicht erlaubt, mit Waffen das besetzte Gebiet zu betreten.

Paßzwang für deutsche Soldaten.

Alle den Okkupationsrayon betretenden deutschen Soldaten, welche nicht zur O. A. gehörten, mußten sich den von der französischen Behörde vorgeschriebenen Paßformalitäten unterwerfen.

Bei all diesen Bestimmungen sieht man den himmelweiten Unterschied zwischen dem Verhalten der deutschen Barbaren und der an der Spitze der Zivilisation marschierenden Grande nation, die in allem und überall ein auch nur halbwegs ritterliches Verhalten vermissen läßt.

Lausbübereien.

Was würde wohl in der Pfalz geschehen, wenn sich Schüler eines Gymnasiums ein solch ungezogenes Betragen gegen französische Offiziere erlaubt hätten, wie die eines Collège in Mézières, die auf dem Fußsteig den Offizieren nicht auswichen. Sie wären wahrscheinlich wegen Beleidigung der französischen Offiziere zu Freiheits- und Geldstrafen verurteilt worden. Das Truppenkommando begnügte sich der Direktion mitzuteilen, daß bei der Fortdauer des kindischen Unfugs ernste Maßregeln ergriffen würden. Ich will hier einschalten, daß während der Okkupation keinerlei Bestimmungen bestanden, die den Zivilisten vorgeschrieben hätten, vor entgegenkommenden Offizieren den Bürgersteig zu verlassen.

Freundlichkeiten.

Das Pompierskorps in Charleville stellte die Bitte, bei der Fronleichnamsprozession Waffen tragen zu dürfen. Der Bitte wurde entsprochen.

Erwähnenswert dürfte auch sein, wie man noch vor Friedensschluß mit Gemeinden bei Auferlegung von Kontributionen verfahren ist. Der betreffende Befehlshaber mußte sich mit dem Präfekten in Verbindung setzen wegen der Höhe der zu leistenden Kontribution, damit nicht Gemeinden wegen des gleichen Vergehens doppelt bestraft werden. Stundung soll gewährt werden, wenn Gemeinden sich entsprechend verhalten, es soll billige Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung obwalten. Wenn $^1/_3$ der Summe pünktlich und willig erlegt ist, soll Stundung der Restsumme **auf unbestimmte Frist** gewährt werden, bei üblem Verhalten der Bevölkerung dagegen wurde keine Stundung gewährt.

Allenthalben wurde bei Zahlungsschwierigkeiten willigen Gemeinden großes Entgegenkommen gezeigt, bei widersetzlichen Gemeinden aber erfolgte Exekution in der Weise, daß das Kommando Einquartierung mit voller Verpflegung, Offiziere dazu noch 6 Frs. täglich, anordnete. Geradezu unverständlich muß uns folgendes Vorkommnis erscheinen:

Im Jahre 73 sollten für die gefallenen deutschen Soldaten Leichensteine aufgestellt werden. Nur mit Wehmut kann man den Befehl v. d. Tanns lesen, der nähere Bestimmungen dazu enthielt: „Bei der Aufstellung von Leichensteinen ist **alles zu vermeiden, was bei den Franzosen demütigende Erinnerungen wachrufen könnte, daher sollen eiserne Kreuze weggelassen werden.**“

Verhalten der deutschen Truppen. Disziplin.

Die Stimmung der Bevölkerung war natürlich auch abhängig vom Verhalten der deutschen Truppen. Daß da Unregelmäßigkeiten und Übergriffe vorkamen, ist selbstverständlich, aber stets wurde in solchen Fällen mit größter Strenge vorgegangen und auf straffe Disziplin gesehen.

Die Kommandantur von Sedan berichtet, daß sie stets nach Möglichkeit ein gutes Einvernehmen mit der dortigen Bevölkerung zu erhalten versucht hat und daß diese Bemühungen von besten Erfolgen gekrönt gewesen seien. Es sei nicht minder ihr eifriges Bestreben gewesen, die dort garnisonierenden Truppen durch straffe Disziplin vor Ausschreitungen gegen die Bewohner zu bewahren, sie glaubt auch hierin die geeigneten Maßregeln mit Glück angewendet zu haben, da eine wesentliche Klage gegen das Benehmen der Truppen nicht eingelaufen sei, ja im Gegenteil, alle Einwohner hätten sich immer höchst anerkennend über diese ausgesprochen.

Gegen Ausschreitungen der Truppen wurde nachdrücklichst vorgegangen, so heißt es in einem Tagesbefehl vom 15. 2. 72: „Durch betrunkene Soldaten wurden an Sonntagen brutale Ausschreitungen verübt. Dabei fand auch Waffenmißbrauch statt. Es wird dagegen strengste

Digitized by Google

Strafe angedroht. Durch solche Roheiten wird der ehrenvolle Name verdunkelt, den sich die Armee aus langem Kriege unter schweren Opfern erworben hat."

Nicht immer war es den Soldaten leicht, die Ruhe zu bewahren. So kam es öfters vor, daß in der Dunkelheit einzelngehende Soldaten angegriffen und mißhandelt wurden, so daß die Bestimmung notwendig wurde, es solle nie einer allein gehen. Den Soldaten wurde Schutz gegen aggressive Haltung der Bevölkerung zugesichert unter der Voraussetzung, daß jede herausfordernde Haltung der Truppen unterbleibt. Es wurde bestimmt, daß bei Exzessen und Konflikten mit der Bevölkerung der Tatbestand von Offizieren genauestens festgestellt wird.

In einzelnen Orten wurde öfters auf deutsche Truppen geschossen, auch Angriffe auf der Straße von vorbeifahrenden Wagen mit der Peitsche wurden gemeldet. An anderen Orten dagegen war das Benehmen der Einwohner gegen Offiziere musterhaft.

Wegen fahrlässiger Veranlassung eines Exzesses wurde ein Offizier bestraft. Gegen eine etwas rabiate Wirtin, die gegen einen Offizier sich ungezogen benahm, mußte scharf vorgegangen werden. Ein Offizier wollte in der betreffenden Wirtschaft Billard spielen, da wurden ihm die Bälle weggenommen. Zur Strafe wurden 2 Faß Wein beschlagnahmt und auf die Wache gebracht. Nachdem die Wirtin ihr Unrecht eingesehen, wurden die Fässer unversehrt zurückgegeben. Soldaten, die sich dann in den Weinkeller begaben und Wein wegnahmen, wurden wegen Plünderung zur Anzeige gebracht.

Ein angetrunkener Soldat hatte sich in einer Wirtschaft Roheiten zuschulden kommen lassen, Gläser zerschlagen, die Tochter des Wirtes leicht im Gesicht verletzt u. a. Wegen dieses groben Exzesses wurde der Soldat zum Schadenersatz verurteilt, durfte für 6 Monate außer Dienst den Yatagan nicht mehr tragen, durfte 3 Monate nur in bestimmte Orte gehen, außerdem wurde ihm die freie Verfügung über sein Geld entzogen.

4 Soldaten, die im gleichen Café waren und die Exzesse nicht verhinderten, wurden auch bestraft, außerdem wurde abendlicher Patrouillendienst angeordnet. Daraufhin wurde Befehl herausgegeben folgenden Inhalts:

„Es mögen solche Soldaten nur wenige sein, viele aber sind ihrer, welche als Zeugen derartiger Ausbrüche rohen Übermutes sich der Pflicht entschlagen, dabei mitzuwirken, daß die Täter ermittelt werden. Das ist falsche Kameradschaft und hat zur Folge, daß ich meine berechtigte Entrüstung nicht auf den Urheber der Exzesse beschränken kann, sondern auf das Ganze richten muß, auf welches denn auch das ungünstigste Urteil unserer Vorgesetzten und der öffentlichen Meinung fällt. In einer wohldisziplinierten Truppe hält der Soldat auf Ehre seines Standes, seiner Abteilung und verhindert seine Kameraden an unwürdigen Handlungen und vertuscht solche nicht. Wenn dieser Geist mangelt, laufen wir Gefahr, durch die brutalen Ausschreitungen einzelner den ehrenvollen Namen zu verdunkeln, welchen die Armee sich erworben hat. Dazu dürfen wir es, werde ich es nicht kommen lassen und sollte es der äußersten Mittel bedürfen. Ich erwarte aber und vertraue noch heute der Gesinnung der überwiegenden Mehrzahl, daß ich harter Maßnahmen überhoben bleibe."

Das Oberkommando gab dazu einen Befehl heraus, in dem es heißt: „Solche Handlungen dürfen nicht geduldet werden, auf Aufrechterhaltung der Reputation der Truppen, die die Garnison Charleville bilden, muß streng gesehen, alle beteiligten Soldaten müssen eruiert und arretiert werden."

Anläßlich des Vorkommens von Reibungen zwischen Offizieren und der Bevölkerung von Longwy (B. Inf.-Reg. 14. 8. 72) wurde vom Oberst folgende Offiziersexpedition herausgegeben: „Die letzten Vorkommnisse zwischen Offizieren und hiesigen Einwohnern, welche allerdings bis jetzt vereinzelt dastehen, geben mir die Veranlassung, die Herren Offiziere besonders und wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß allen Reibungen mit Franzosen am besten durch reserviertes, würdiges Verhalten vorgebeugt wird. **Es entspricht keineswegs dem Wesen eines gebildeten Offiziers, wenn er in seiner durch den Belagerungszustand geschützten Stellung sich ein Benehmen gegen Franzosen erlaubt, durch welches diese leicht zu einer Handlung hingerissen werden können, die der Beurteilung durch das Militärgericht verfällt.** Der bisher im Regiment herrschende gute Geist und das bei jeder Gelegenheit taktvolle Benehmen der Herren Offiziere bürgen zwar dafür, daß derlei Gewaltakte nicht mehr vorkommen, welche in Zukunft strengste Beurteilung erführen und harte Maßnahmen zur Folge hätten."

Ein Präfekt bedankt sich beim General dafür, daß Soldat Schuster wegen Mißbrauch der

Digitized by Google

Waffen bestraft worden ist (Angriff mit Yatagan und Abfeuern des Dienstgewehres gegen den Quartiergeber) und schließt sein Schreiben mit den Worten: Veuillez agréer M. l. Général l'assurance de ma haute considération — —

In einem Regimentsbefehl des 13. Inf.-Regt. (Oberst Graf Ysenburg), der im Hinblick auf vorgekommene Exzesse gegen Einwohner ausgegeben worden ist, heißt es: „Ersuche die Herren Bataillonskommandeure, die Disziplin und Manneszucht bei der unterstellten Kompagnie genauestens zu überwachen, sowie die Herren Kompagniechefs zu veranlassen, daß sie bei jeder Gelegenheit, besonders bei Verlesungen wiederholt eindringlich ihren Mannschaften anempfehlen, Konflikte, Reibungen und Streitigkeiten mit den Franzosen zu vermeiden und deren Verhalten im Wirtshause und auf der Straße zu kontrollieren bezw. kontrollieren zu lassen."

In einem Armee- und Divisionsbefehl wurde das Herumziehen von einer Wirtschaft zur anderen an Sonntagen verboten, verrufene Lokale durften nicht betreten werden, Exzedenten müssen von den anderen anwesenden Soldaten und namentlich von Unteroffizieren notiert und weitere Exzesse unmöglich gemacht werden; wenn notwendig, soll freie Verfügung über das Vermögen entzogen werden.

Wegen Waffenmißbrauchs, der zu einer unbedeutenden Verletzung geführt hatte, wurde der Betreffende zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, in einem anderen Falle wegen Waffenmißbrauchs und Körperverletzung 3 Monate Gefängnis und 100 Frs. Geldbuße, — also auch hier wegen geringfügiger Vergehen ausgiebige Bestrafungen.

Justizwesen. Ich habe schon hervorgehoben, daß in allen Fällen von Roheitsdelikten strengste Untersuchung durchgeführt und die betreffenden Schuldigen hart bestraft worden sind, während Franzosen, die sich Mißhandlungen gegen Soldaten, Reizungen der Soldaten, Beschimpfungen und Lausbübereien zuschulden kommen ließen, mit leichten Strafen davonkamen.

Kamen Exzesse vor, so wurden nicht bloß die unmittelbar Beteiligten bestraft, sondern auch die betreffende Abteilung. So wurde z. B. in Charleville wegen eines Exzesses auf Divisionsbefehl der Zapfenstreich auf 7 Uhr festgesetzt, Urlaub nach 7 Uhr nur mit besonderer Erlaubnis erteilt, die Patrouillen wurden verstärkt.

Zu dem Vorfalle in Charleville schreibt der Speierer Anzeiger am 4. 1. 72: Der Übermut und die Skandalsucht der Franzosen reizt die deutschen Soldaten bei jeder Gelegenheit, die Preußen wie die Bayern haben sich gegen das unverschämte französische Gebaren zu wahren. (Zwei Soldaten waren von unbekannten Franzosen in einer Bude gestochen worden, General Manteuffel verlangt wiederholt Beschleunigung der Untersuchung.)

Bei Verhandlungen gegen Franzosen konnte auch ein Franzose die Verteidigung übernehmen. Einem französischen Arrestanten wurde bei seiner Verhaftung sein Geld abgenommen, dann bei der Überstellung an das Tribunal wieder ausgeliefert.

Zwei deutsche Soldaten wurden durch Franzosen so schwer mißhandelt, daß sie bewußtlos waren, dazu die Bemerkung: „selbst wenn die beiden schuld waren, sind die Franzosen viel zu weit gegangen." — Man stelle sich ein solches Vorkommnis in der Pfalz vor, wie da die Bemerkung gelautet hätte.

Zwei *französische* Soldaten hatten sich sehr unverschämt betragen, hatten den deutschen Posten Cochon beschimpft und zwar wiederholt, sie kamen mit einer geringen Haftstrafe davon.

Arbeiter warfen in einer Fabrik mit Steinen und Kastanien auf einen Soldaten, wurden angezeigt und vom französischen Gericht mit je 1 Fr. bestraft. Solch lächerlich geringe Strafen wurden oft ausgesprochen.

So wurden bei einem Exzeß, an dem auch deutsche Soldaten beteiligt waren, die beiden schuldigen Franzosen zu je 3 Tagen Gefängnis und 10 Frs. Geldstrafe verurteilt, die deutschen Soldaten waren schuldlos.

Zwei Franzosen hatten auf preußische Soldaten ein Attentat verübt, sie wurden durch die französische Jury *freigesprochen*, die *französischen Richter haben Nationalhaß über die Gerechtigkeit gestellt*. Dazu bemerkt v. Manteuffel: „Wenn wir das auch tun, verfallen wir in denselben Fehler. Ich denke, wir wollen fortfahren, *Recht und Gerechtigkeit zu üben*."

Digitized by Google

Die überaus milden Bestrafungen, die von französischen Behörden wegen Beleidigungen, Anrempelungen, Mißhandlungen deutscher Soldaten ausgesprochen wurden, mußten es den deutschen Behörden ganz außerordentlich erschweren, ihre Untergebenen von Selbsthilfe abzuhalten.

Fast alle vorgekommenen Beleidigungen und Angriffe gegen deutsche Soldaten sind im Zustande der Trunkenheit verübt worden, die Arbeiter in Sedan z. B. suchten sich Samstags durch unmäßiges Trinken zu unterhalten; daß dann Reibungen und Streitigkeiten vorkamen, ist selbstredend. Weil innerhalb des Okkupationsgebietes von Landeseinwohnern gegen die Truppen der deutschen O. A. wiederholt Angriffe mit tödlichen Waffen verübt worden sind und die zur Sicherheit der Truppen getroffenen Anordnungen häufig nicht befolgt wurden, wurde zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß alle die, die sich gegen diese Verordnungen vergehen, vor ein Kriegsgericht gestellt und mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden. Am 15. 2. 72 erließ v. Maillinger einen Tagesbefehl wegen der Häufung von Exzessen, in demselben heißt es: „Es häufen sich, namentlich von Soldaten der Garnisonen Charleville und Mézières, die Exzesse gegen Einwohner, die Exzedenten, nicht selten in trunkenem Zustande, insultieren meist in der Dunkelheit friedliche Leute aller Stände und scheuen sich nicht, selbst von der Waffe Gebrauch zu machen, die ihnen außer Dienst gegeben wurde im Vertrauen auf ihre Ehrliebe und für Fälle der Notwehr."

Ein Fall von schwerer Verletzung eines Soldaten mit Todesfolge durch einen Franzosen muß noch besonders hervorgehoben werden, weil er beweist, wie sich deutsche Gerichte niemals durch Haß und Rachsucht verleiten ließen vom Rechtsweg abzugehen. Der Wirt Guilbert hatte im Januar 72 einem Pionier nach einem Wortwechsel mehrere Stiche in den Rücken versetzt, die den Tod des Soldaten zur Folge hatten. Das Bezirksgericht Germersheim hat Notwehr angenommen und das **Verfahren gegen den französischen Wirt eingestellt!!**

In den Akten der 3. bayer. Brigade findet sich noch die Meldung, daß ein Unteroffizier von 2 französischen Zivilisten durch Messerstiche derart verletzt wurde, daß er am 3. Tage starb. Über die Bestrafung der Messerhelden ist nichts angegeben, der Belagerungszustand wurde zeitweise verschärft.

Eigentumsdelikte.

Der Einwohnerschaft der besetzten französischen Landesteile wurde Sicherheit des Eigentums versprochen, in einem Armeebefehl des Oberkommandos wurde strenge gerügt, daß einzelne Truppenteile sich in Form von Requisitionen Unregelmäßigkeiten erlaubt hatten, die als Gewaltsamkeit zu bezeichnen sind. „Wiederholt haben sich Mannschaften an dem unter den Schutz unserer Ehre gestellten Eigentum vergriffen. Das darf nie wieder vorkommen, solche Ausschreitungen müssen im Keim erstickt werden."

Wegen einer unbedeutenden Beschädigung eines Wagens wurde der betreffende Soldat bestraft und Schadensersatz geleistet.

Wertvolle Gegenstände usw., die in zerstörten Häusern gefunden wurden, mußten an die Kommandantur in Versailles abgeliefert werden.

Daß man auf den Schutz der Industrie und Kunst bedacht war, geht daraus hervor, daß auf Befehl des Kronprinzen die Porzellanfabrik Sèvres nur mit schriftlicher Erlaubnis betreten werden durfte. Die Ausübung der Jagd und Fischerei ohne Erlaubnis des Jagdeigentümers war verboten.

Selbst in kleinsten Dingen übte die deutsche Verwaltung größte Rücksichtnahme. So wurde für die Benützung des Mairiesaales für Gottesdienstzwecke in Vouzières eine Miete gefordert, dann aber darauf verzichtet. Die Heizung dieses Lokals wurde von der französischen Behörde als untunlich nicht gefordert.

Der Witwe Boëtt in Longjumeau wurde angeblich ihr Gasthausschild, den Postillon von Longjumeau darstellend, von bayerischen Soldaten oder einem Offizier mitgenommen. Die genaue, sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß das Schild mit ausdrücklicher Genehmigung der Besitzerin abgenommen worden ist und sich im Besitz des Oberstabsarztes Dr. Friedrich befindet. Ein französischer Schloßbesitzer richtete an das deutsche Truppenkommando ein Dankschreiben für die Zurückstellung von Aktienpapieren, die in seinem Keller gefunden und dem Ortspfarrer übergeben worden waren: „Ich danke Ihnen von Herzen. In Ihrem Gefühl für Recht und Ehre wollten Sie verhindern, daß ein friedlicher Bürger

Digitized by Google

seines ganzen Vermögens beraubt wurde." In dem Schloß hatten vorher höhere französische Offiziere gewohnt, es herrschte größte Unordnung und starke Verunreinigung. Wegen der noch fehlenden Papiere wurde genaueste Untersuchung eingeleitet.

Assistenzarzt Dr. Julius Hopf hatte einen Teil der Wertpapiere gefunden und sofort abgeliefert. Das Schloß war nach seiner Schilderung in einem verwahrlosten Zustand, sämtliche Gelasse strotzten derart von Schmutz, ja manche waren in einem derartig schweinischen Zustand, daß man sie nicht beziehen konnte. Kurz vorher waren französische Truppen im Schloß, Kreidebeanschreiben an den Türen bewiesen das; diese hatten höchstwahrscheinlich im Keller in den Papieren gewühlt und welche mitgenommen. Alle Weinflaschen waren zerschlagen, kein Tropfen Wein mehr vorhanden. Die Namen der französischen Offiziere standen noch an den Türen, sie gehörten dem 21. französischen Armeekorps an.

In einer Broschüre wurden natürlich deutsche Truppen der Zerstörung und Verwüstung des Schlosses bezichtigt.

Wurden verdächtige Beutestücke gefunden, so wurde sofort Untersuchung eingeleitet.

In einem Schlosse war der Witwe von H. Balzac, wie der dortige Gärtner erzählte, von pommerischen Soldaten das Silber gestohlen worden. Später stellte sich heraus, daß der Gärtner, der sich durch großen Aufwand verdächtig gemacht hatte, den Silberdiebstahl begangen hatte (Koch-Breuberg).

Gegen Roheit der Soldaten wurde mit aller Schärfe vorgegangen. So hatten deutsche Soldaten bei einem Geflügelzüchter die Hühner mit blanker Waffe zusammengehauen. Wegen dieses Beweises mangelnder Manneszucht wurden die Täter streng bestraft. An einer Straße wurden Obst- und andere Bäume mit dem Säbel abgehauen. Sofort wurde strenge Untersuchung eingeleitet und die Mannschaft darauf aufmerksam gemacht, daß der strenge Bestrafung zu erwarten hat, der sich widerrechtliche Handlungen gegen französische Einwohner zuschulden kommen läßt.

Den deutschen Soldaten wurde die Verwüstung von Landhäusern vorgeworfen. Diese Verwüstungen waren aber nach Meldung der Offiziere schon vorhanden, als die deutschen Truppen hineinkamen, andere deutsche Truppen waren vorher nicht da. Fenster, Türen und Spiegel waren zerschlagen, Kästen erbrochen, Tapeten heruntergerissen, Porzellan zertrümmert. Auch in verschlossenen, verlassenen Häusern waren die gleichen Unordnungen, sie waren also wohl von den fliehenden Einwohnern selbst veranlaßt; die Keller waren sämtliche leer.

Schon vor dem Friedensschluß wurde von der Heeresleitung mit größter Strenge darauf gesehen, daß fremdes Eigentum nicht angetastet werden darf. Vor dem Einzug in Paris gab der Kronprinz einen Befehl heraus, in welchem es heißt: „Beim Einzug in Paris muß jede Beschädigung fremden Eigentums und jede Überschreitung der erteilten Vorschriften peinlichst vermieden werden."

Kriegsgreuel.

Auch im Kriege 70/71 gab es natürlich sog. Kriegsgreuel, selbstverständlich wurden sie von den Franzosen den deutschen Truppen vorgeworfen.

Den Truppen des I. bayer. A.-K. und der preußischen Division Schöler wurde der Vorwurf gemacht, in Bazeilles am 1. September 1870 mit ungerechtfertigter Grausamkeit gegen die Bewohner des genannten Ortes gehandelt zu haben. Das Dorf soll angezündet worden sein, um die Einwohner dafür zu strafen, daß sie sich an der Verteidigung beteiligt hatten. Von 2000 Einwohner sollen kaum 300 übrig geblieben sein. Die Bayern hätten ganze Familien in die Flammen zurückgestoßen und die Frauen erschossen, die entfliehen wollten. (Bericht in der Times.)

Die eingeleitete Untersuchung ergab, nach der Mitteilung des deutschen Kommissärs, der die französischen Behörden um einen erschöpfenden Bericht ersucht hatte, folgendes:

Während des Kampfes am 31. 8. und 1. 9. sind verbrannt oder erstickt 2 bettlägerige Frauen, 3 Männer, 2 Kinder, während des zweitägigen Kampfes wurden getötet, verwundet oder vermißt 1 Frau, 30 Männer, im ganzen also 39 Personen.

Durch die gegenseitige zweitägige Beschießung und den sechsstündigen mörderischen Straßenkampf wurde der größte Teil des Dorfes ein Raub der Flammen. Der Maire von Bazeilles fügte dem Berichte bei, daß seit der Schlacht von 2048 Einwohnern 140—150 durch Krankheiten infolge von Mangel und Elend verstorben sind.

Digitized by Google

Während in den von den Franzosen besetzten Gebieten das Kapitel Prostitution und Bordelle eine so große, für die Franzosen überaus schmachvolle Rolle spielt, einer wirklichen Kulturnation durchaus unwürdig, findet man in den Akten der Okkupationszeit 71—73 nur die Bestimmung, daß Prostituierte unbedingt einer geregelten Behandlung zugeführt werden müssen. Es wurde an den Präfekten der Ardennen das Ersuchen gestellt, umgehend entweder einen französischen Arzt zu bestimmen, der sich dieser Aufgabe unterzieht, oder gefälligst anzuzeigen, ob die Assistenz eines deutschen Militärarztes erwünscht ist, worauf das Nötige veranlaßt werden wird. Prostituierte, Bordelle.

Während der ganzen Zeit der Besetzung ist es niemals vorgekommen, daß von der französischen Regierung die Errichtung von Bordellen gefordert worden ist.

Ein einziger Fall von Notzucht ist vorgekommen an einer Wäscherin. Der Fall kam zur Anzeige und als die Verhandlung stattfinden sollte, zog die Wäscherin den Strafantrag zurück! Also war es wohl keine wirkliche Notzucht. Notzucht.

Die Revolution in Paris durch die Kommune brachte den Deutschen mancherlei Schwierigkeiten; den Wünschen der französischen Regierung wurde das größte Entgegenkommen gezeigt. So wurde der französischen Regierung gestattet, auch im besetzten Gebiet Nationalgarden zu formieren, zu bewaffnen und in Marsch zu setzen. Revolution in Paris. Kommune.

Die Kommune hatte das Fort Vincenne besetzt, es wurde ihr von deutscher Seite ein Ultimatum gestellt, daß das Feuer beginne, wenn nicht binnen 24 Stunden das Fort desarmiert werde. Die Kommune gab nach.

Nach Fort Vincenne waren berittene französische Gendarmen durch Leute aus Mentreuil verschleppt worden. Die deutschen Truppen bemühten sich, diese Gefangenen zu retten.

Alle besseren Kreise im Besatzungsgebiet wünschten Ruhe und Ordnung. Gerade während der Kommune war das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und unseren Truppen ein gutes; nach einer Meldung des 10. Infanterie-Regiments vom 10. 5. 1871 wurde es zusehends besser, weil sich die Bevölkerung der Kommune gegenüber durch die deutschen Truppen geschützt fühlte und Angst hatte vor dem Abrücken unserer Truppen.

Auch unter den Fabrikarbeitern bestand keine Sympathie für die Kommune, es war vielmehr eine allseitige Abneigung und der Wunsch zu erkennen, daß mit Hilfe deutscher Truppen die Ordnung wiederhergestellt werde.

Höchst bemerkenswert ist, daß sogar Rekrutenaushebungen in dem besetzten Gebiet stattfinden durften. Die Musterung hat sich in Briez und Montmedy in aller Ruhe vollzogen, sämtlichen deutschen Mannschaften wurde der Besuch von Wirtshäusern, in welchen für gewöhnlich nicht ausschließlich deutsche Soldaten verkehrten, für die Musterungstage verboten. Um Konflikte zu vermeiden, wurde die Aushebung in Orten vollzogen, die nicht von deutschen Truppen besetzt waren. Kann man sich ein größeres Entgegenkommen vorstellen? Militärisches.

In einem äußerst höflichen Schreiben des Präfekten in der Angelegenheit der Aushebung von Nationalgarden schreibt der Präfekt: Je ne pense pas, que cette précaution soit aujourd'hui nécessaire; le bon esprit, qui anime la population des Ardennes et l'excellente discipline de vos troupes me sont une garantie, que la tranquillité ne pourra être troublée.

(Ich denke nicht, daß diese Vorsicht heute notwendig ist; der gute Geist, der die Bevölkerung der Ardennen beseelt und die ausgezeichnete Disziplin Ihrer Truppen sind mir eine Gewähr, daß die Ruhe nicht gestört werden kann.)

Die Behandlung der deutschen Presse im besetzten Gebiete von seiten der Franzosen ist eine geradezu lächerliche, eines sogenannten Siegers völlig unwürdige. Alles wird verboten, nackte Tatsachen dürfen nicht veröffentlicht werden, weil so ziemlich alles, was sich im besetzten Gebiete ereignet, ein geradezu jämmerliches Licht auf die Grande nation wirft. Presse.

Da ist es doch recht bemerkenswert, einen Vergleich zu ziehen mit der Behandlung der französischen Presse 1871—73. Eine Zensur bestand nicht und war nicht erlaubt; durch mißverständliche Auslegung der Bestimmungen war sie von einzelnen Kommandos geübt worden. Zeitungen, die sich unverschämt gegen Deutschland betrugen, wurden verboten und zwar durch den Präfekten. Der Courrier des Ardennes z. B. sprach von Horde allemande. Darauf wurde an die Präfekten ein Anschreiben gerichtet unter Angabe der beleidigenden Stelle und dem Ersuchen um Abhilfe.

Digitized by Google

Unpassende Blätter konnten beschlagnahmt werden, unpassende Abbildungen aus den Schaufenstern entfernt werden — das war alles!

Rückmarsch, Aufhebung der Besetzung.

Vor dem Rückmarsch, bei Aufhebung der Besetzung wurde der französischen Verwaltung sämtliches Material übergeben, so daß nichts zu reklamieren war. Die Ablieferung der Offizierswohnungen und der Unterkunftsräume der Mannschaften und des Inventars erfolgte an den französischen Delegierten allerseits ohne Beanstandung.

Nur von einem französischen Delegierten wurde bemängelt, daß Utensilien in Kasernen zerstört waren. Zwei zerschnittene Bettücher wurden gefunden, der Täter bestraft und Ersatz geleistet.

Die eisernen Öfen in den Kasernen und Baracken wurden schon im Sommer 1873 der französischen Verwaltung zurückgegeben.

Die 4. Inf.-Brig. meldet, daß sämtliche von den Truppen besetzten Lokale in sehr gutem Zustande sind. Vom Kommandeur ist bezeugt, daß alles so trefflich erhalten seinerzeit den französischen Behörden übergeben werden kann.

Behandlung der Gefangenen in Deutschland.

Es ist außerordentlich lehrreich, auch noch die Behandlung der französischen Gefangenen in Deutschland eingehend zu schildern und der Grande nation zu zeigen, daß wir auch damals schon die Worte Recht, Gerechtigkeit, Menschlichkeit nicht im Munde geführt, sondern stets in die Tat umgesetzt haben.

Die Bestimmung lautete: Gefangene Unteroffiziere und Mannschaften sind wie die bayerischen Mannschaften zu verpflegen und bekommen als Lohn täglich 8 bezw. 4 Kreuzer. Als Kleidung wurde jedem Gefangenen gegeben 1 Rock und 1 Mantel, 1 Beinkleid, 2 Hemden, 1 Mütze, 1 Paar Schuhe und Stiefel, 1 Halsbinde, 2 Paar Socken oder Fußlappen.

Die Gefangenen durften nur mit leichten Arbeiten beschäftigt werden, auch zu Festungsarbeiten wurden sie herangezogen, aber nur 6 Stunden täglich, dann erhielten sie eine Zulage von 12 Kr. für den Arbeitstag.

In Augsburg wurden Spaziergänge auf größere Entfernungen außerhalb der Stadt unter entsprechender Bedeckung angeordnet.

Den Offizieren war die Wahl des Aufenthaltsortes freigestellt; den allenfalls noch ankommenden französischen Offizieren wurde es anheimgegeben, ihren Aufenthalt in Neuburg oder Ingolstadt oder Bayreuth oder Würzburg oder Landshut zu wählen, im Akt heißt es: Es wird ihnen freigestellt, wo sie ihren Aufenthalt nehmen wollen!

Der gefangene Offizier durfte die Waffe nur dann tragen, wenn das vom Kriegsministerium bekanntgegeben war, sonst wurde ihm die Waffe abgenommen. Kriegsgefangene Offiziere wurden mit Friedensschluß der Gefangenschaft entbunden, und zwar auch solche, die keinen Revers unterschrieben hatten.

Der General erhielt monatlich 140 fl., Stabsoffiziere 43 fl. 45 Kr., Subalternoffiziere 21 fl. Jedem Offizier wurde sein Diener belassen.

Die Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen war genau vorgeschrieben: Heizbare Räume, Strohsack und Decke, Kopfpolster; im Lager Lechfeld wurden die Gefangenen in der kalten Jahreszeit mit Leibbinden und Mänteln versehen. Auf Sanitätsgutachten hin durften die Gefangenen wegen der klimatischen Verhältnisse im Winter nicht im Lager Lechfeld bleiben, weil die Leute sich nicht erwärmen könnten und keinen trockenen Fuß bekämen. Die Baracken mußten sofort heizbar gemacht werden.

Gefangene Offiziere, die einen Revers unterschrieben hatten, konnten auf eigene Kosten Privatquartier beziehen.

Französische Offiziere meldeten den Verlust von Säbeln, Koffern usw.; in jedem einzelnen Fall wurde genaue Nachforschung angeordnet, es wurden genaue Bestimmungen erlassen, über das Eigentum gefangener Offiziere, das sorgfältig registriert, der Zeughausdirektion eingeliefert werden mußte, ebenso mußte das im Besitz bayerischer Truppen befindliche Privateigentum von französischen Kriegsgefangenen an die Zeughaushauptdirektion eingeliefert werden.

Die zu Freiheitsstrafen verurteilten französischen Soldaten wurden in St. Georg oder Ebrach untergebracht.

In Dillingen wurde einem Abbé erlaubt, im Gottesdienst an die Kriegsgefangenen eine mündliche Ansprache in französischer Sprache zu halten. Einem Offizier, der darum nach-

Digitized by Google

suchte, auf zwei Tage nach München zu fahren, um sich die Sehenswürdigkeiten anzusehen, wurde Erlaubnis erteilt.

Das Betragen mancher französischer gefangener Offiziere war öfters anmaßend und in hohem Grade unanständig. So haben sich französische Offiziere in Passau sehr unanständig benommen, haben sehr verdächtige Schenken aufgesucht, eine Dirne mußte aus den Armen eines französischen Offiziers arretiert werden. An einer Schlägerei in der Theresienstraße in Passau waren französische Offiziere beteiligt. In der Ilzstadt waren die Töchter einer Wirtschaft sehr zugänglich, der dort wohnende Offizier bekam sehr viel Besuch von seinen Kameraden. Wegen des Betragens dieser Offiziere war die Bevölkerung sehr erbittert.

Nach Friedensschluß wurde genehmigt, daß National- und Mobilgardisten, sowie Zivilpersonen, die auf kürzestem Wege nach Frankreich zurückwollen, gegen ermäßigte Fahrtaxe reisen können.

Offizieren, die auf eigene Kosten nach Frankreich zurückkehren wollten, wurde die Abreise gestattet und die Wahl der Reiseroute freigestellt. Vor dem Abgang dieser Offiziere wurden ihnen die Gebühren inkl. Abgangstag ausbezahlt. Wer nicht auf eigene Kosten reisen konnte, wurde bis zum Rücktransport auf freien Fuß gestellt, blieb aber in diesseitiger Verpflegung.

Aus eigener Beobachtung kann ich noch beifügen, daß damals die Behandlung, Beaufsichtigung französischer Gefangener in Ingolstadt eine denkbar milde war. Es war dem Publikum erlaubt, die Gefangenenlager zu besuchen, so daß sich jedermann selbst von der Unterbringung der gefangenen Franzosen ein Bild machen konnte. Besonders die Turkos wollte jeder sehen.

Ich erinnere mich, auf dem Markt in Ingolstadt zwei französische Offiziere, die sich etwas kaufen wollten, aber mit der Händlerin nicht zurechtkamen, bei ihrem Kauf unterstützt zu haben.

Es gab weder Stacheldraht, noch sonstige strenge Abschließungen, die Gefangenen bewegten sich im Brückenkopf frei, Quälereien oder gar unmenschliche Behandlung wie in Frankreich waren völlig ausgeschlossen.

Berichte von Augenzeugen.

Zum Schluß lasse ich noch die Aufzeichnungen von drei bayerischen Offizieren folgen, die der Okkupationsarmee angehört haben. Ich habe an die Herren verschiedene Fragen gestellt und um schriftliche Beantwortung gebeten.

Bei der Unterredung mit Herrn Oberst Schraudenbach erhielt ich mündlich noch nachfolgende Mitteilungen, die ich voranstelle:

Oberst Schr. war 8 Monate in Vouziers, hat nur die günstigsten Erfahrungen gemacht, besonders auch mit Hauswirten, hat immer in der Familie verkehrt, bei der er gewohnt hat. Der Verkehr mit dem Souspräfekten gestaltete sich äußerst zuvorkommend. Beim Abrücken aus Vouziers in die Heimat hielt der Sousprafekt eine Ansprache an die deutschen Offiziere, in der er bedauerte, daß es ihm ob seiner Stellung nicht möglich war, mit den Herren zu verkehren.

Das Aushängen der Trikolore durfte erst n a c h Abrücken der deutschen Truppen erfolgen. Versuche, das vorher schon zu tun, wurden von französischen Genbarmen auf Anordnung des Sousprafekten verhindert und die Trikolore heruntergenommen.

Ein bayerischer Soldat, der schon auf Festung war, gegen den aber sonst nichts Neues vorlag, ist einmal im angetrunkenen Zustand in das Familienzimmer der Wirtin eingedrungen und hat mit dem Yatagan in die Schüssel, die mit Lapinragout gefüllt war, hineingehauen. Beim Herumfuchteln mit dem Seitengewehr wurde die Tochter der Wirtin am Auge verletzt. Vor dem Hause entstand ein Auflauf. Hptm. Schr. ist sofort eingeschritten, der Mann wurde verhaftet und genaue Untersuchung eingeleitet. Bei der Verhandlung hat das Mädchen so günstig für den Mann ausgesagt, daß er mit einer leichten Strafe davonkam.

Von einem anderen Herrn wurde mir mündlich ein Vorkommnis erzählt, das ein Licht auf die stramme Disziplin wirft, die stets eingehalten wurde. Zwei bayerische Soldaten drängten in unverschämter Weise einen französischen Bürger vom Bürgersteig herunter. Der Adjutant des betreffenden Truppenteils kam zufällig dazu und verabfolgte dem einen Soldaten auf der Stelle für seine Roheit eine Ohrfeige — damit war der Fall glatt erledigt.

Oberst Schraud...

Oberst Schraudenbach schreibt:

„Meine Erfahrungen während der Okkupation in Frankreich beziehen sich auf die Stadt

Digitized by Google

Vouziers a. A. in der Zeit vom November 72 bis August 73, I. Bat., 10. Inf.-Reg. Das Verhältnis zur Bevölkerung war durchaus gut.

Die Mannschaften waren in unmittelbar an die Stadt anschließenden, von der französischen Regierung erbauten Baracken befriedigend untergebracht, für Heizung und Beleuchtung war ausreichend gesorgt.

Für Beschaffung der notwendigen Gebrauchsgegenstände und Genußmittel war im Baracement selbst weitgehendst Gelegenheit geboten, so daß für die Mannschaften kein Anlaß bestand, solche in Geschäften oder in Gasthäusern der Stadt zu suchen, wodurch jede nähere Berührung mit der Einwohnerschaft hintangehalten wurde. Den immer wiederholten Mahnungen an die Soldaten, sich auf der Straße anständig und würdig zu betragen, wurde von diesen bereitwilligst nachgekommen und fand bei der Bevölkerung volle Anerkennung.

Ich erinnere mich nur eines Exzesses, den ein an und für sich schon schlecht beleumundeter Soldat sich in einem Gasthaus in der Stadt zuschulden kommen ließ. Durch das rasche und energische Eingreifen der Vorgesetzten an Ort und Stelle wurde die momentane Erregung der Bürger schnell wieder beseitigt.

Für die Offiziere waren von der französischen Behörde Wohnungen gemietet, die in bezug auf Raum und Bequemlichkeit bescheidenen Ansprüchen entsprachen. Auch diesen wurden Beheizungs- und Beleuchtungsmaterial geliefert.

Ein Gebot an die Bevölkerung, Offiziere auf der Straße zu grüßen oder diesen auf dem Trottoir auszuweichen, war nicht erlassen.

Die drei oder vier in der Stadt stationierten französischen Gendarmen hatten von ihrer Behörde die Anweisung erhalten, die deutschen Offiziere zu grüßen, was sie, wenn auch mit sichtlichem Widerwillen, anstandslos taten.

Der Souspräfekt — ein Korse — war in jeder Beziehung entgegenkommend. Als Vermittler des Verkehrs zwischen diesem und dem Bataillons-Kommandeur war ein Offizier kommandiert.

Unserer Forderung nach Bereitstellung eines Exerzierplatzes und Schießplatzes wurde ohne weiteres entsprochen. Die Instandsetzungsarbeiten des letzteren betätigten unsere Mannschaften selbst.

Bordelle bestanden nicht.

Die Gehälter wurden nach den damaligen bayerischen Normen ausbezahlt. Als sogenannte Okkupationszulage erhielten die Offiziere nach Chargen abgestufte Bezüge, die für einen Hauptmann 300 Fr. monatlich betrugen. Unteroffiziere und Mannschaften erhielten Löhnungszulagen und einen Zuschuß zur Menage, deren Höhe ich mich nicht mehr erinnere.

Ein Gruß seitens eines Stadtbewohners an einen Offizier erfolgte nie. Anders verhielt sich die Landbevölkerung. Ich habe nie einem Bauern außerhalb der Stadt begegnet, der mir nicht sein ‚bon jour' zurief.

Ich habe hierwegen gelegentlich mit meinem mir besonders liebenswürdig entgegenkommenden Hausherrn gesprochen, er erklärte mir dieses Verhalten damit, daß die Landbevölkerung durchweg bonapartistisch und gegen die Republik gesinnt sei und von den Deutschen die Wiedereinsetzung des Kaisers erhoffe. Die Stadtbevölkerung dagegen sei streng republikanisch und betrachte die Deutschen als Feinde der Republik.

Es war von höherer Stelle angeordnet worden, daß alle 14 Tage ein Gottesdienst für die katholischen Soldaten in der Stadtkirche stattfinden solle. Der Stadtpfarrer, schon in seinem Äußeren als Fanatiker erkennbar, wie wir sie schon während des Krieges öfters unter den französischen Geistlichen gesehen hatten, wehrte sich, aber vergebens, dagegen. Als nun der Gottesdienst im Gange war, nahm dieser Herr keinen Anstand, während der Messe den Klingelbeutel herumgehen zu lassen und die von den Soldaten reichlich gespendeten Sous in Empfang zu nehmen.

Der zelebrierende deutsche Militärgeistliche hatte noch kaum den Altar verlassen, so erschien der Herr Stadtpfarrer mit einem langen Besen und kehrte eigenhändig die Kirchengänge aus.

Als im August 1873 der Rückmarsch der Okkupationsarmee angeordnet wurde und der Tag unseres Abmarsches von Vouziers festgesetzt worden war, ließ der Sousprafekt unseren Kommandeur durch die Delegierten wissen, daß er diesem seinen Abschiedsbesuch abstatten

Digitized by Google

volle. Er erschien hierzu in voller Uniform, hielt (wie schon angedeutet) eine längere Ansprache an die versammelten Offiziere, in der er diesen, sowie der Mannschaft seine uneingeschränkte Anerkennung über ihre Haltung und Führung während der ganzen Zeit ihrer Anwesenheit aussprach und zum Schlusse sagte: Er bedauere, daß die politischen Verhältnisse ihm nicht gestattet hätten, mit den Offizieren in näheren Verkehr zu treten. Wenn er aber von jetzt ab einem von uns begegne, so werde es ihm eine große Freude sein, diesem die Hand zu drücken.

Das war wohl eine Anerkennung deutscher Disziplin, deutschen Anstandes und deutschen Wohlverhaltens, wie man sie nicht besser wünschen kann.

Seitens des Oberkommandos der Okkupationsarmee, General von Manteuffel, waren Verhaltungsmaßregeln an die Truppenteile ergangen, in denen diese angewiesen waren, alles zu vermeiden, was Konflikte mit der Bevölkerung herbeiführen könnte. Diesem Erlaß wurde bereitwillig nachgekommen, und wenn Klagen über ordnungswidrige Vorkommnisse einliefen, wurden eingehendste Berichte und Verantwortungen verlangt und, im Falle auch nur der Schein eines Unrechtes auf seiten der deutschen Truppen festgestellt werden konnte, wurde strengste Rüge erteilt."

Mündlich hat mir Herr Oberst Schraudenbach noch versichert, daß die Offiziere gezittert hätten, wenn eine Unregelmäßigkeit vorkam.

Major Kreutzer. Major Kreutzer, vom 1. Bataillon 10. Inf.-Reg., Chateau Thierry, dann Lager Chalons, zuletzt Vouziers schreibt:

„Einwohner wurden nie aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Einquartierungen der Offiziere wurden im Einvernehmen mit den französischen Zivilbehörden geregelt, die Mannschaften wurden in Chateau Thierry in Bürgerquartieren, im Lager Chalons und in Vouziers in Baracken untergebracht.

Die Offiziere durften ihre Familien nachkommen lassen. Die Wohnungen mit Einrichtungen wurden von den französischen Behörden geliefert im Einvernehmen mit der Präfektur. Ausschreitungen kamen nie vor.

Bordelle wurden nicht verlangt.

Einmal wurde in Vouziers am 24. Dezember 72 die Zeitung konfisziert wegen unpassender Ausdrücke gegen die Deutschen.

Die Zivilbevölkerung brauchte die deutschen Offiziere nicht zu grüßen, auch nicht die Fahnen.

Ruhe und Ordnung wurden streng aufrechterhalten, der Verkehr durfte in keiner Weise gestört werden.

Wenn auch die Stimmung der Bevölkerung eine ernste war, so war doch das Einvernehmen ein gutes.

Schieß- und Exerzierplätze wurden durch die Zivilbehörden im Einvernehmen mit dem Militär bereitgestellt."

Major Koch-Breuberg. Die Aufzeichnungen von Major Koch-Breuberg sind etwas ausführlicher. Sie lauten: „1. Die Aufrechterhaltung der Disziplin und Ordnung war musterhaft. Manche Offiziere äußerten, daß Manteuffel die Franzosen mit Glacéhandschuhen anfasse. Nachts gingen Patrouillen. Daß auf beiden Seiten unbedeutende Vorfälle sich ereigneten, ist natürlich.

2. Über die Anlage von Schießplätzen weiß ich nur mehr, daß in Lager Chalons und in Sedan dergleichen schon vorhanden waren.

3. Die französische Bevölkerung benahm sich im allgemeinen würdig, namentlich die besseren Stände. Der Verkehr, wenn vorhanden, wurde allerdings möglichst geheimgehalten. Der Sousprafekt von Sedan war sehr entgegenkommend, ich selbst verkehrte mit ihm. Er sagte mir, daß er viel freier verkehren würde, aber das Volk (die Fabrikarbeiter) zu fürchten habe. Leutnantsbesuche nahm er sonst nicht an, da seine Frau jung und schön war. Wie es an anderen Orten war, kann ich nicht sagen, doch gab es viele Offiziere, die mit französischen Familien verkehrten. In Reims, wo ich mit den 64ern war, schien weniger Verkehr stattzufinden. Wir Bayern waren eben beliebter.

4. Belegung von Privathäusern erinnere ich mich nur aus Montmirail. Es wurde die Bevölkerung möglichst geschont.

Digitized by Google

5. Die Kosten für Besatzung waren für Frankreich nicht hoch oder beschwerlich. Der Kleinhandel blieb normal.

Die Gehälter weiß ich nicht mehr. Ich bezog als Oberleutnant 800 Gulden = 65 Gulden monatlich. Mit der Zulage erhielt ich aber 400 Fr. monatlich nebst freier Verpflegung und 6 Stearinkerzen täglich. Manteuffel gab von den Ersparnissen im Jahre 72 48 000 Fr. an jedes Regiment. Am Schluß des Jahres 1873 erhielt jeder Leutnant 200 Taler, das ging progressiv aufwärts. Das Mittagessen kostete 3 Fr. inkl. Wein.

6. Im Lager Chalons war eine eigene Bordellstraße schon vorhanden, schwach besetzt. In Sedan waren 2 Bordelle, eines besser, das andere mehr für Mannschaft. Straßenprostituierte erinnere ich mich nicht. Man war damals doch moralischer wie jetzt. Einige Offiziere hatten grisettenartige Verhältnisse, aber die Vorgesetzten waren dagegen. Verlangt wurden Bordelle nicht, sie waren schon vorhanden.

7. Kein Einwohner wurde aus seiner Wohnung verdrängt. Alles wurde durch die Mairie und einen eigenen Offizier geregelt.

Ausschreitungen kamen fast nicht vor.

Mit welcher Strenge man auch gegen Offiziere vorging, die sich etwas zuschulden kommen ließen, beweist der Fall, daß ein bayerischer Offizier, dem ein Jagdhund zugelaufen war und der ihn behalten hatte, beseitigt wurde.

8. Kein Einwohner war gehalten, uns Offiziere zu grüßen. Nur in den Cafés, z. B. in Reims, waren Tafeln angebracht: On est prié de se décoiffer. Die Bayern taten darin gar nichts. Der Preuße konnte das landesübliche Hutauf im Café nicht leiden.

Die Franzosen wichen auf der Straße meist selbst aus. Eine Bestimmung über Fußsteige gab es nicht. Fahnen brauchten nicht gegrüßt zu werden. Man hielt jedoch die Plätze in der Nähe von Paraden usw. frei., bei Standmusiken sah man oft auch Franzosen.

Schließlich bemerke ich noch, es gab in der Provinz viele vernünftige Franzosen. Das Volk scheint erst später zu dem intensiven Haß erzogen worden zu sein. Nach unserem Wegzug wurden (merkwürdigerweise!) die Fenster in den von uns frequentierten Hotels eingeworfen, aber ernste Störungen kamen auch da nicht vor."

Zusammenfassung.

Die Berichte stimmen bis ins kleinste überein. Dabei hatten die drei Herren keine Gelegenheit, sich gegenseitig zu verständigen. Aber nicht bloß untereinander findet diese Übereinstimmung statt, auch der Inhalt der Akten wird durch sie nur bestätigt.

Fasse ich das Ganze kurz zusammen, so kann ich sagen, das Verhalten unserer Truppen war ein erfreulich gutes, ihr Schild ist rein, die Behandlung der französischen Einwohner war eine äußerst rücksichtsvolle und schonende, der Verkehr mit den französischen Behörden äußerst höflich und entgegenkommend. Vergebens wird man nach Gewaltmaßregeln, Brutalitäten, Schikanen und Quälereien suchen, wie sie bei den Franzosen im besetzten Gebiet an der Tagesordnung sind.

Französische Zeugnisse.

Die im vorhergehenden Beitrag gesammelten Zeugnisse über die deutsche Besetzung Frankreichs 1871 bis 73, welche aus amtlichen deutschen Quellen stammen, werden Punkt für Punkt bestätigt durch die gleichzeitigen amtlichen französischen Quellen. 1903 ist in Paris in zwei starken Bänden „Occupation et Libération du Territoire 1871—73" der Schriftwechsel zwischen dem damaligen französischen Präsidenten Thiers, dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier, dem französischen Gesandten in Berlin Vicomte de Gontaut-Biron, dem außerordentlichen Bevollmächtigten der französischen Regierung beim Oberkommando des deutschen Besetzungsheeres Graf de Saint-Vallier, und dem General von Manteuffel, eben diesem Oberbefehlshaber des genannten Heeres, dem General von Fabrice, dem zeitweiligen deutschen Bevollmächtigten bei der französischen Regierung und dem Grafen Harry von Arnim, dem deutschen Gesandten in Paris, im vollen Wortlaut veröffentlicht worden (aus dem Nachlaß von Thiers. Paris, Calmann-Lévy). Das Werk,

Digitized by Google

as in Deutschland so gut wie unbekannt geblieben ist[1]), müßte eigentlich hier Stück für Stück abgedruckt werden. Wir beschränken uns auf einige Beispiele, indem wir die Öffentlichkeit wie die Forschung nachdrücklich auf diese bisher vernachlässigte Quelle hinweisen.

Geist der deutschen Besetzung. Verkehr mit den französischen Behörden.

Ueber den allgemeinen Geist, in dem die deutsche Besetzung von dem Oberbefehlshaber, General von Manteuffel, geleitet wurde, über die Art und die Formen, wie der Verkehr zwischen ihm und den französischen Behörden sich gestaltete, geben gleich die ersten Briefe zwischen Manteuffel und Thiers Aufschluß.

Thiers an Manteuffel.

„Versailles, 1. Juli 1871.

Exzellenz, Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, konnte in seinen Heeren keinen ausgezeichneteren Offizier finden, der für uns besser gewählt gewesen wäre, ihn in Frankreich zu vertreten. Ich habe mit lebhafter Genugtuung vernommen, daß es Ew. Exzellenz sind, mit denen ich die heiklen Fragen behandeln muß, die aus der gegenwärtigen Lage entstehen können, und ich hoffe, daß Sie alle zur gegenseitigen Genugtuung der beiden Völker werden gelöst werden.

An meinem Teil werde ich mich sehr über die Gelegenheit freuen, die sich mir bieten wird, die Bekanntschaft Ew. Exzellenz zu machen, und ich bitte Sie, im Präsidentschaftspalais absteigen zu wollen, wo Sie ein geeigneteres Absteigequartier finden werden, als in den Hotels von Versailles.

In dieser Hoffnung bitte ich Sie, die Versicherung meiner ausgezeichneten und herzlichen Hochachtung zu empfangen.

A. Thiers."

Manteuffel an Thiers.

„Compiègne, 1. Juli 1871.

Exzellenz, ich kann nicht französisch schreiben, aber mein Freund (ich darf ihn mit diesem Namen bezeichnen), Leopold Ranke hat mir gesagt, daß Ew. Exzellenz nicht gern deutsch lesen; so danke ich Ihnen denn so gut ich es eben kann, auf französisch[2]) für den liebenswürdigen Brief, den Ew. Exzellenz die Güte hatten, mir zu schreiben. Ich habe Herrn d'Hérisson gebeten, der Dolmetsch meiner Empfindungen zu sein und Ew. Exzellenz zu sagen, daß ich Ihre Weisungen über den Tag erwarte, an dem ich die Ehre haben könnte, mich Ew. Exzellenz in Versailles vorzustellen.

Ich bitte Ew. Exzellenz, die Versicherung meiner tiefen Ehrerbietung zu genehmigen.

E. Manteuffel."

Für die erste Bitte, die Thiers bei dieser Zusammenkunft aussprach, die Begnadigung zweier verurteilter Franzosen, wendete sich Manteuffel sofort unmittelbar an Kaiser Wilhelm. Unterm 10. Juli 1871 dankt Thiers ihm für den Eifer, mit dem er diese Angelegenheit aufgenommen habe. „Diese Befreiungen werden, wenn Sie sie erreichen können, einen glücklichen Eindruck auf die Gemüter machen und dazu beitragen, uns dem Ziele zu nähern, das wir beide, Sie Herr General und ich, verfolgen: nämlich, die Feindschaften zu besänftigen und die Konflikte zu vermeiden... In allen diesen Dingen rechne ich auf Ihr edles Herz und auf Ihren seltenen Verstand. Machen wir diesen Schrecklichkeiten des Krieges ein Ende und halten wir, soweit es an uns sein wird, weiteres Blutvergießen auf... Ich danke Ew. Exzellenz für Ihre edelmütigen Absichten und beglückwünsche mich, Ihre Bekanntschaft gemacht zu haben."

Manteuffel erwidert darauf am 11. Juli: „Ich kann Ew. Exzellenz nicht ausdrücken, wie die Grundsätze, die Sie in Ihrem Brief aufstellen, in meinem Herzen Widerhall finden. Ich wiederhole Ew. Exzellenz noch einmal die Versicherung, daß es mein lebhaftester Wunsch ist, aus allen meinen Kräften dazu beizutragen, daß die Schrecklichkeiten des Krieges ein Ende nehmen und weiteres Blutvergießen aufgehalten wird."

Thiers, der von dem „Verkehr der sich zwischen uns herstellt, entzückt" ist, sendet Manteuffel auf dessen Wunsch zwei ständige besondere Vertrauensmänner, den Grafen de Saint-Vallier

[1]) Vergl. jedoch den, freilich durch zahlreiche Druckfehler entstellten Aufsatz des Fürsten Hatzfeldt in der „Deutschen Nation". Märzheft 1922. S. 184—187. — [2]) Dieses wie alle anderen in dem genannten Werk enthaltenen Schreiben deutscher an französische Stellen ist in französischer Sprache geschrieben.

Digitized by Google

und Herrn Blondeau, früheren Chefintendanten der französischen Armee. Schon am 17. Juli 1871 berichtete Saint-Vallier über seinen Einstand bei Manteuffel.

„Seit meiner Ankunft in Compiègne habe ich jeden Tag Herrn Jules Favre über meine Unterredungen mit Herrn von Manteuffel Bericht erstattet und habe ihm die ersten Zugeständnisse mitgeteilt, die wir erreichten; ich kann mit meiner Aufnahme und mit dem Verhalten des kommandierenden Generals nur sehr zufrieden sein, und unsere Beziehungen nehmen einen Charakter des Vertrauens an, zu dem sich Herr von Manteuffel zu meiner Genugtuung selbst sehr beglückwünscht... Er bekennt für Ew. Exzellenz einen wahren Kultus und eine hohe Bewunderung; um mich seiner eigenen Ausdrücke zu bedienen, er steht vollkommen unter Ihrem Charme. Die Unterhaltungen, die er mit Ew. Exzellenz gehabt hat, sind in sein Gedächtnis eingeprägt geblieben; er berichtet sie mir mit einer offensichtlichen Freude, indem er mir sagt, daß er sie als eine der interessantesten und der schmeichelhaftesten Erinnerungen seines Lebens bewahrt, und das große Glück, Ihr Bevollmächtigter bei ihm zu sein, verschafft mir zum großen Teil das herzliche Verhalten, das er mir gegenüber beweist."

Die Stimmung, wie sie sich in diesen ersten Briefen zeigt, bleibt auf beiden Seiten die gleiche bis zum Schluß der Besetzung im Herbst 1873.

Am 16. April 1873 berichtet Saint-Vallier telegraphisch aus Nancy: „Der Herr General von Manteuffel hat in der Absicht, seine Empfindungen ehrerbietiger Sympathie für die Person des Herrn Präsidenten der Republik zu bezeugen, heute abend den Geburtstag von Herrn Thiers durch ein großes Diner gefeiert. Er hat an seiner Tafel seine Generäle und den Generalstab des deutschen Heeres versammelt, ebenso die ersten französischen Beamten, die in Nancy anwesend oder gekommen waren, um seiner Einladung zu folgen. Bei diesem Diner, das 60 Gedecke zählte, wurden verschiedene Tischreden gehalten.

Der Herr General von Manteuffel hat als erster das Wort ergriffen mit folgenden Sätzen: ‚Wenn ich französisch könnte, so würde ich eine Rede halten; da ich es nicht kann, so spreche ich nur den Namen des großen Bürgers aus, dessen Gesundheit ich ausbringen will; aber der bloße Name von ihm sagt mehr als selbst eine Rede der Akademie. Ich trinke auf die Gesundheit von Herrn Thiers.'

Herr de Saint-Vallier hat erwidert: ‚Ich möchte dem Herrn General von Manteuffel meinen Dank aussprechen für die Absicht, in der er uns versammelt hat, für die Tischrede, die er eben auf unseren erlauchten Präsidenten gehalten hat. Ich habe die Ehre, ihm im Namen von Herrn Thiers zu danken. Ich danke ihm auch im Namen von uns allen für die Worte, die er eben ausgesprochen hat. Ich bitte Sie, sich mit mir zu vereinigen, um auf die Gesundheit des kommandierenden Generals zu trinken, der es in den zwei Jahren, die er nun bald sein großes Kommando führt, verstanden hat, die Aufgabe, die er zu erfüllen hatte, die so schwierig gewesen ist, so schmerzlich für uns, in eine Mission der Beruhigung und der Versöhnung zu verwandeln. Erheben wir uns auf die Gesundheit des Generals von Manteuffel und bewahren wir das Gedächtnis der edlen Eigenschaften, die er in all seinen Handlungen gezeigt hat: Der Gerechtigkeit, der Mäßigung, der Unparteilichkeit.'

Der Präfekt der Marne, Herr Jousserandot, hat im Namen der heute bereits geräumten Departements die Empfindungen der Dankbarkeit gegen Herrn von Manteuffel ausgedrückt, welche die Bevölkerung mit dem Gedächtnis der überstandenen Prüfungen verbindet. Er hat darauf hingewiesen, daß das Zeugnis der Bewohner des Marne-Departements als ein um so aufrichtigeres betrachtet werden müsse, als dieses Departement schon von der Besetzung befreit ist.

Der Maire von Nancy, Herr Bernard, hat den erhabenen und edlen Empfindungen des Generals von Manteuffel gehuldigt und hat sich im Namen seiner Mitbürger den Worten des Herrn von Saint-Vallier angeschlossen...

Der Präfekt der Meurthe-et-Moselle, Herr Doniol, hat sich zum Dolmetsch des von ihm verwalteten Departements gemacht mit den herzlichen Worten, die er zugleich an den kommandierenden General der Besetzungsarmee und an den außerordentlichen Bevollmächtigten der französischen Regierung richtete."

In einem schriftlichen Bericht vom gleichen Tag meldet Saint-Vallier, daß während des Diners auch noch ein Telegramm Bismarcks einlief. „Es hat dem General Freude gemacht,

Digitized by Google

da er darin einen neuen Beweis der herzlichen Empfindungen des Kanzlers für Ihre Person sah."

„Der gute General von Manteuffel," sagt Saint-Vallier in seinem Schlußbericht vom 27. September 1873, nachdem die letzten deutschen Truppen Frankreich verlassen hatten, „ist der gleiche geblieben bis zum Ende, immer gerecht, versöhnlich, freundschaftlich. Auch er verdient, obwohl er ein Preuße ist, in unseren Annalen eine Seite aufrichtigen Dankes."

Räumung des besetzten Gebiets.

Wie der erwartete Befehl zur Räumung der ersten drei Departements im Juli 1871 aus Berlin nicht sofort eintrifft, telegraphiert Saint-Vallier unterm 19. Juli an Jules Favre: „Wollen Sie Herrn Thiers sagen, daß Herr von Manteuffel untröstlich ist über die Art, wie seine Regierung vorgeht, die er gar nicht versteht. Er hat gestern nach Berlin zwei Telegramme geschickt mit der Anfrage, ob er die Räumung vornehmen könne, ohne Antwort zu erhalten. Er hat seine Anfrage diesen Morgen mit lebhafter Eindringlichkeit wiederholt." Da die Reichskanzlei die Bedingungen der Räumung noch nicht für erfüllt halte, habe Manteuffel sich entschlossen, „das letzte Mittel anzuwenden, das ihm noch übrig bleibe, nämlich unmittelbar an den König zu telegraphieren. Es liegt ihm daran, daß Herr Thiers weiß, daß er das für ihn tut."

Am 11. Oktober 1871 berichtet der französische Finanzminister Pouyer-Quertier an Thiers über seinen Empfang bei Kaiser Wilhelm in Berlin:

„Mittags bin ich zum Kaiser gegangen; er hat mich aufs wohlwollendste empfangen und mir gesagt, daß die deutsche Regierung mit der Genauigkeit, mit der Frankreich seine Verpflichtungen erfülle, sehr zufrieden sein könne; daß es mit Rücksicht auf diese Genauigkeit geschehe, daß seine Regierung jetzt auf die finanziellen Bürgschaften verzichte, die man zuerst verlangt hatte.

Er war glücklich, die Räumung der Territorien auf das einfache Versprechen, die vierte halbe Milliarde in 8 Terminen vom Januar bis 1. Mai zu zahlen, unmittelbar ausführen lassen zu können.

Er hat mir seine ganze Bewunderung für die Erfolge ausgesprochen, welche die Regierung des Herrn Thiers, die einzig vernünftige und mögliche im gegenwärtigen Zustand Frankreichs, errungen hat. Er findet die Aufgabe ungeheuer, aber sie übersteige nicht die Kräfte und die Vaterlandsliebe des Präsidenten.

Er ersehnt lebhaft die vollständige Räumung Frankreichs von seinen Truppen und wünscht, daß wir finanzielle Kombinationen finden mögen, um sie so sehr wie möglich zu beschleunigen. Deutschland wird dem mit Eifer entgegenkommen ...

Ich habe die Amnestie der Gefangenen erbeten, die in Deutschland verbleiben und die wegen anderer als wie Kriegshandlungen verurteilt worden sind. Mit Ausnahme der Gewohnheitsdiebe und der Mörder (die übrigens sehr wenige sind), hat er mich hoffen lassen, daß alle anderen in kurzer Zeit zurückgesandt würden."

Unterm 7. März 1872 berichtet Saint-Vallier an Thiers: „Manteuffel teilt vollständig Ihre Anschauung über das unbestreitbare Interesse, das sein Land wie das unsre daran haben, die Besetzung nicht lange fortzusetzen; die Erwägungen, die Sie zur Stütze dieser Meinung geltend machen, stimmen mit seinen persönlichen Überzeugungen überein und unterstützen die Ansicht, die er in seinen Berichten an seine Regierung vertritt. Er hat deshalb sogleich Nutzen aus meiner vertraulichen Mitteilung ziehen wollen, indem er drei Briefe schrieb, die er mich lesen ließ und in denen er Ihre Beweisführung in ihrem ganzen Zusammenhang wiederholt; von diesen drei Briefen ist einer an den Kaiser Wilhelm gerichtet, der zweite an den Fürsten von Bismarck, und der dritte an den Grafen von Moltke ..., er zweifelt nicht an dem ausgezeichneten Eindruck, den diese Kundgabe Ihrer festen, weisen und patriotischen Entschlüsse machen werde."

Bericht Saint-Valliers an Thiers vom 12. Februar 1873: „Soeben im Augenblick habe ich einen Brief gelesen, den der General v. Treskow vorgestern nach einer Unterredung, die er gerade vorher mit dem König gehabt hatte, an Manteuffel schrieb. Seine Majestät hat sich in den allersympathischsten Ausdrücken über Ihre Person, Ihre Politik und Ihre Regierung ergangen. Herr v. Treskow sagt, in seinem Brief, daß er über die Lebhaftigkeit der Lobsprüche seines Souveräns erstaunt gewesen sei; der König hat gesagt, daß er eine wahrhafte Bewunderung für Ihren Charakter empfinde und daß diese ihm vor allem durch die feste und

Digitized by Google

so mutige Loyalität eingeflößt worden sei, mit der er Sie seit zwei Jahren das große Werk der Auslösung unsrer Länder verfolgen sah, mitten durch Hindernisse und Schwierigkeiten hindurch, welche alle Welt anfangs für unüberwindlich gehalten hatte. Seine Majestät hat hinzugefügt, daß er mit Freuden das Ende einer Ihrer härtesten Prüfungen herannahen sehe und daß er von dem Verhalten des Generals v. Manteuffel befriedigt sei, der seine Absichten wohl verstanden habe, indem er es vermied, der Besetzung einen peinlichen Charakter zu geben, der Ihre Schwierigkeiten vermehrt hätte... Herr v. Tresckow schließt seinen Brief, indem er sagt, daß er auch eine Unterhaltung mit Herrn v. Bismarck hatte, den er von den gleichen Gesinnungen erfüllt fand wie den König."

Schonung der französischen Bevölkerung.

Bericht Saint-Valliers aus Compiègne vom 19. Juli 1871: „Herr Blondeau und ich haben uns bemüht, mit dem Chef des deutschen Generalstabs die Frage der Beförderung und der Verteilung [der deutschen Truppen] zu regeln, um die Bevölkerungen der besetzten Gebiete so wenig schwer wie möglich zu belasten. Ich muß übrigens sagen, daß wir gutem Willen begegnen und daß wir eifrig damit beschäftigt sind, durch Kasernierung und durch Auseinanderlegen der Besetzungskorps die Bewohner der sechs östlichen Departements, auf denen die Last der Besetzung am längsten ruhen muß, zu erleichtern.

Wir haben jeden Tag lange Besprechungen mit dem Oberst Lewinzki [so], dem Generalstabschef des Generals; wir behandeln mit ihm diese Fragen, sowie die Beschwerden, die an uns kommen und die Fälle von Unordnung oder Zusammenstößen. Herr Blondeau hat an seinem Teil wiederholte Zusammenkünfte mit dem Generalintendanten des Besetzungsheeres, Herrn Engelhardt, und bespricht mit ihm die besonderen Angelegenheiten der Intendantur. Schließlich haben wir noch jeden Tag lange Besprechungen mit dem General, dessen Verhalten andauernd freundschaftlich und zuvorkommend ist. Ich habe ihm gestern den Präfekten der Oise vorgestellt, der mich besucht hatte; er hat ihn zur Tafel hier behalten und hat ihn freundlich gedrängt, unmittelbar oder durch meine Vermittlung, an ihn zu wenden, wenn er eine Beschwerde zur Geltung bringen möchte. Ich habe Wert darauf gelegt, diesen Präfekten Herrn von Manteuffel vorzustellen, welchen ich bei meiner Ankunft über die Haltung der französischen Verwaltungsbehörden ihm gegenüber ein wenig gekränkt fand; ich bemühe mich übrigens, das preußische Mißtrauen zu beruhigen, das allzu oft durch die Sprache einiger unserer Beamten erweckt wird, die laut von der Revanche und von der Bezahlung der drei letzten Milliarden durch Kanonenschüsse sprechen."

Bericht des gleichen vom 22. Juli 1871: „Unsere Beziehungen sind immer ausgezeichnet und unsere langen Unterhaltungen, in welche Manteuffel viel Offenherzigkeit und Zutrauen bringt, gestatten mir, viele Angelegenheiten in freundschaftlicher Weise zu regeln, deren schriftliche Erörterung sicher eine gegenseitige Erregung mit einer Fülle von Unzuträglichkeiten herbeiführen würde; darf ich mir bei diesem Gegenstand erlauben, bei Ew. Exzellenz der Dolmetscher eines Wunsches des deutschen Generalstabs zu sein: Wäre es nicht möglich, daß der Herr Minister des Innern seinen Angestellten, Präfekten und Unterpräfekten, empfehlen würde, ihren Berichten in betreff von Klagen, die gegen die Preußen erhoben werden, eine höflichere Form zu geben: die Beinamen von Barbaren, von Wilden, von Haudegen usw., welche sie selbst in ihren unmittelbaren Mitteilungen an die preußischen Behörden verschwenderisch gebrauchen, sollten dem Wortschatz der Journalisten überlassen bleiben, und ich habe bemerkt, daß nichts die Deutschen mehr verstimmte, als derartige Bezeichnungen. Ich muß sagen, daß die Beschwerden, die in angemessener Sprache vorgebracht werden, im allgemeinen von ihnen mit Aufmerksamkeit geprüft werden und Genugtuung nach sich ziehen, wenn sie als begründet anerkannt werden."

Bericht Saint-Valliers an Thiers vom 13. März 1872: „Am 22. ds. Mts. findet die Feier des Geburtstags des Kaisers Wilhelm statt, und der General v. Manteuffel hat den Befehl erhalten, ihn durch seine Truppen mit der gleichen Festlichkeit wie in Deutschland begehen zu lassen; er hat Wert darauf gelegt, mich von vornherein davon zu verständigen, indem er mich daran erinnerte, daß er es im letzten Juli (so) auf sich genommen hatte, die Geburtstagsfeier des Königs von Bayern zu untersagen, damit in der Umgegend von Paris keine Artilleriesalven abgeschossen würden. Dieses Mal ist es ihm nicht mehr gestattet, ebenso zu handeln, und das Fest wird in jeder besetzten Ortschaft begangen werden durch einen

Digitized by Google

Gottesdienst unter freiem Himmel, durch eine Parade der Garnison mit Vorbeimarsch und Musik, durch Artilleriesalven und Diners, welche alle Offiziere beim Befehlshaber des Platzes vereinigen, und ebenso durch Bankette für die Soldaten. In einem Geist der Klugheit, dem man Ehre angedeihen lassen muß, hat der General jedoch entschieden, daß es im ganzen besetzten Gebiet weder Feuerwerke noch Illuminationen geben dürfe, daß die Bankette der Soldaten im Innern der Kasernen stattfinden und schließlich, daß keine Geldverteilung an die Truppen gemacht wird, um Trunkenheit und Streitigkeiten zu vermeiden." [1])

Als Manteuffel im gleichen Frühjahr 1872 der Vorsitz bei der großen Eröffnungsfeier der deutschen Universität in Straßburg angeboten wurde, lehnte er, wie Saint-Valliers am 3. Mai an Thiers meldet, mit der Begründung ab, „daß seine Stellung in Frankreich es ihm verbiete, an einer Feier teilzunehmen, die für die Franzosen schmerzlich sein müßte".

Bericht Saint-Valliers an Thiers vom 20. Juli 1872: „Die Frage der Barackenbauten ist so gut wie möglich gelöst, und der General v. Manteuffel war viel mehr von dem Wunsch eingenommen, meinen Forderungen zu willfahren, als von den strategischen Erwägungen, welche die ersten Pläne seiner Leutnants beseelt hatten; die Angelegenheit ist auf gutem Wege; die Arbeiten werden beginnen, und ich habe die Besorgnisse der Bevölkerung durch Anschläge und Ankündigungen in den Zeitungen vollständig beruhigen können."

Wiederaufbau des französischen Heeres.

Bericht Saint-Valliers vom 12. Januar 1872:

„Sobald ich auf meinen Posten zurückgekehrt war, habe ich die erste mir gebotene Gelegenheit benutzt, um mit dem Herrn von Manteuffel den Wiederaufbau unseres Heeres zu besprechen, um die Pläne, welche Ihnen gewisse Journalisten unterschieben, in seinen Augen in ihr wahres Licht zu setzen und um endlich die so schlagenden Erwägungen zu entwickeln, die Sie so gütig waren, mir in unserer letzten Besprechung darzulegen. Ich muß mit der Feststellung beginnen, daß ich den Oberbefehlshaber der Besetzungsarmee wie immer von der versöhnlichsten und herzlichsten Stimmung uns gegenüber gefunden habe... Er hat mir neue Beweise seines Wunsches gegeben, die Feindschaft und das Mißtrauen zu besänftigen, indem er mich einige Seiten seiner letzten Berichte an den König lesen ließ; es ist mir darin die energische Bestätigung seines Vertrauens in die Loyalität unserer Absichten aufgefallen, der oft wiederholte Ausdruck der Gerechtigkeit, die er der mäßigen und erfreulichen Stimmung unserer Bevölkerung angedeihen läßt, die Bezeugung der Sicherheit, die seine Soldaten, entgegen den Versicherungen einiger deutscher Zeitungen, genießen...

Um wieder auf die Reorganisation unseres Heeres zu kommen, so verfolgt der Oberbefehlshaber Ihre Bemühungen mit ebensoviel Sympathie wie Zutrauen; er billigt Ihren Plan vollständig und findet nicht, daß in Ihren Entwürfen irgend etwas unmäßiges oder übertriebenes ist, was geeignet wäre, Beunruhigung in Deutschland hervorzurufen; er ist der Ansicht, daß Frankreich nicht darauf verzichten und es sich nicht versagen kann, eine militärische Macht zu haben, die seinen Hilfsmitteln, seiner Größe, seiner Bevölkerung entspricht."

[1]) Beim französischen Nationalfest vom 14. Juli 1919, ausdrücklich als Feier des Sieges über die Deutschen mit besonderem Pomp gefeiert, verlangten die Franzosen von den städtischen und Staatsbehörden in Wiesbaden, daß sie dieser Siegesfeier beiwohnen müßten. S. M.

Die Franzosen in Deutschland.

Die Mitarbeiter dieses Teils.

E. D. Morel brauchen wir in Deutschland nicht vorzustellen. Nicht lange vor dem Krieg hatte uns Dr. Solf Morels Buch über Nigerien gegeben mit der Anregung, eine deutsche Ausgabe zu veranstalten. Damals hätten wir nicht geglaubt, daß der große Afrikakenner einmal in den S. M. über die Afrikaner am Rhein schreiben würde.

Joseph King saß beinahe 9 Jahre als Liberaler im Unterhaus. Der Krieg veranlaßte ihn, sich der Arbeiterpartei anzuschließen. Beruflich wurde er 1890 called to the bar, d. h. erhielt die Erlaubnis als barrister zu funktionieren; er war längere Zeit Londoner Korrespondent eines amerikanischen Blattes und entfaltet eine ausgedehnte schriftstellerische Tätigkeit.

E. N. Benett, Friedensrichter für die Grafschaft Oxfordshire, war zuerst (als fellow von Hertford-College) Lehrer an der Universität Oxford, dann Hauptmann im 4. Batt

Digitized by Google

Oxfordshire and Bucks Light Infantry. Er hat den Burenkrieg und den Weltkrieg mitgemacht. Früher (1906—1909) liberaler Abgeordneter, schloß er sich nach dem Krieg der Arbeiterpartei an und ist jetzt deren Parlamentskandidat für Oxfordshire.

Ben C. Spoor seit 1910 Parlamentsmitglied der Arbeiterpartei für die Grafschaft Durham (Bishop's Auckland) war während des Kriegs im nahen Osten für die geistige Unterhaltung und Ausbildung der englischen Armee tätig; zum Teil im Rahmen der Y. M. C. A., der Vereinigung christlicher junger Männer, die eine so große Rolle im englischen Heer gespielt hat. Ben Spoor gilt als bedeutender Sachverständiger in Fragen der auswärtigen und Kolonial-Politik und wurde kürzlich zum Sekretär des National Peace Council (der Vereinigung aller englischen Friedensorganisationen) gewählt.

E. A. Bagley, Hauptmann der britischen Armee, ist Parlamentsmitglied der konservativen Partei und Anhänger der Koalition Lloyd George's.

H. W. Massingham gilt seit mehr als 25 Jahren als einer der ersten Redakteure Englands. Er ist jetzt Redakteur der hochangesehenen Zeitschriften Nation und Athenaeum, die seit etwa 2 Jahren verbunden sind. Er vertritt den linken Flügel der unabhängigen Liberalen und steht in nahen persönlichen Beziehungen zu Asquith und den alten Ministern seines Kreises, sucht aber mehr nach links zu führen.

Ein Brief von Morel an die Süddeutschen Monatshefte[1]).

Meine Ansicht über die Besetzung des Rheinlandes ist die, daß sie eine eiternde Wunde im Leben Europas ist. Eine militärische Besetzung dauernd fortbestehen zu lassen, zu dem Zweck, um damit die Bedingungen eines Friedensvertrages zu erzwingen, der nicht erfüllt werden kann, ist in jeder Hinsicht eine kriegerische Handlung.

Es ist eine Handlung des Wahnsinns, von welchem Standpunkt aus man sie betrachten mag.

Die einzige Genugtuung, die ein Engländer in diesem Zusammenhang überhaupt empfinden kann, ist die, daß unsere eignen Truppen, soweit meine persönliche Kenntnis reicht, sich gut betragen haben und bei einigen Gelegenheiten sogar in der Lage waren, der Bevölkerung des besetzten Gebietes gegen Mißhandlungen und Gewalttätigkeiten zu Hilfe zu kommen. Diejenigen von uns, die der Politik durchaus feindlich sind, haben Bedenken getragen, für die Herausziehung der britischen Truppen zu agitieren, weil das Los der Einwohner der Rheinprovinzen sich vielleicht noch verschlechtern würde, wenn nur die Franzosen und die Belgier dort blieben. Aber ich weiß, daß es eine große und wachsende Zahl von Leuten in England gibt, die mit Freuden hören würden, daß der letzte britische „Tommy" zurückgezogen worden sei. Meine Ansichten über die Verwendung afrikanischer Truppen durch die französische Regierung sind zu gut bekannt, als daß ich sie zu wiederholen bräuchte.

Kings Langley (Herts). E. D. Morel.

Eine moralische Eiterbeule in Europa[2]).

Der Übergang vom Europa des Krieges zum Europa des Friedens ist vielleicht fast unmöglich ohne irgend eine militärische Besetzung wesentlicher Grenzgebiete. Aber eine militärische Besetzung aufzurichten, welche mindestens ein ganzes Menschenalter dauern soll, das heißt einen Militarismus zur Herrschaft bringen, wie er unter keinem Preußentum jemals bestand. Wenn dann zu der verlängerten (wenn nicht überhaupt als dauernd beabsichtigten) Besetzung noch hinzukommt, daß die Besatzungstruppen in Üppigkeit und Müßiggang gebettet werden, während die Bevölkerung mit Not und Armut ringt, daß jene die Willkür haben, zu tun gerade was sie wollen, während den Einwohnern ihre ganze Unabhängigkeit und ihre Freiheiten eingeschränkt, wo nicht zerstört sind, dann führen diese ungerechten und unsittlichen Beziehungen zwischen der besetzenden Soldateska und den leidenden Einwohnern zu einem unvermeidlichen Skandal. Wenn dann schließlich die Soldaten noch aus einer niedrigeren Rasse und einer niedrigeren Zivilisation genommen werden, wie es der

[1]) Von uns aus der englischen Handschrift wörtlich übersetzt. S. M. — [2]) Von uns aus der englischen Handschrift wörtlich übersetzt. S. M.

Digitized by Google

Fall ist, wo schwarze und farbige Truppen aus Afrika verwendet werden, um das alte und hochentwickelte Rheinland zu besetzen, da kann man eine moralische Eiterbeule erwarten.

Selbst die behaglichen, phantasielosen englischen Insulaner wachen auf zum Bewußtsein dieser moralischen Eiterbeule in den besetzten Gebieten Deutschlands. Der normale Engländer, und noch mehr sein schottischer und irischer Mitbürger, ist so anständig in seiner Sittlichkeit und so viel weniger schlüpfrig als der Franzose oder Italiener, daß der Skandal der französischen Besetzung am Rhein eines der Dinge ist, welche allmählich die Augen Großbritanniens für die Gefahr öffnen, wenn man die Franzosen alles tun läßt, was ihnen beliebt, und das Geschäft des militärischen Herrn von Europa noch länger in diesem Erdteil spielen läßt.

Die Presse Großbritanniens ist in weitem Umfang in den Händen kleiner militaristischer und finanzieller Kreise, so daß sie weniger als die Presse irgend eines andern europäischen Landes eine Macht ist, welche ihren Lesern die Wahrheit darbietet. Einige freiere Zeitungen, von denen die Daily News ein Beispiel sind, sind schüchtern und scheuen sich, durch die Erzählung widriger Geschichten oder durch die Preisgabe sittlicher Schlechtigkeit bei den frommen Familien anzustoßen. Dennoch wird der Skandal der französischen Besetzung am Rhein immer mehr bekannt und immer weniger abgeleugnet und verschwiegen. Was ich selbst gelesen oder aus Erzählungen über die besetzten Gebiete gehört hatte, wurde mir durch einen Besuch in einem Teil des besetzten Gebietes bestätigt. Ich sah in wenigen Tagen sowohl in der britischen wie in der französischen Zone Dinge, die mich abstießen. Dinge, die dort jedermanns Augen offen liegen, machten es mir leichter, Dinge zu verstehen und zu glauben, die ich sonst bezweifelt hätte.

Die unvernünftigen Forderungen, die kostspieligen und extravaganten Ausgaben, welche den bankerotten deutschen Gemeinden auferlegt werden, das Schließen von Schulen, die Errichtung von Bordellen, die Unterdrückung von Zeitungen, das Verbot von Versammlungen, das weit über das billige Maß hinausgehende Requirieren von Dampfern, Sälen, Wohnungen — während die Einwohner absichtlich immer mehr Entbehrungen erdulden müssen, stehen auf der einen Seite. Der äußerst hohe Sold, den die Deutschen für die fremden Soldaten zahlen müssen, welche diesen Überfluß oft in froher ausgelassener Laune und einer gewissen sorglosen Gutherzigkeit mit offener Hand überallhin verschwenden, stellt eine andre Seite des Übels dar. Aber die ernsteste Seite von allen ist die rohe, zynische Brutalität der Behandlung der Besiegten, deren Gedächtnis dauern wird, solang die Geschichte der französischen Offiziere und ihrer schwarzen Truppen erzählt wird, und ich fürchte, sie ist zu weitverbreitet und zu schrecklich, um vergessen zu werden. Zwei Geschichten sind mir kürzlich durch Briefe von Freunden bekannt geworden, die ich seit Jahren kenne und zwar so nahe kenne, daß ich ihren Worten ebenso sehr vertraue, wie ich meinen eignen Augen glaube. 1. „Im Saargebiet verlangte der schwarze Diener eines französischen Offiziers jeden Tag von der Frau, bei der sie einquartiert wurden, neue Bettwäsche. Als die Frau erklärte, dieser Forderung nicht nachkommen zu können, sagte der Diener, wenn sie wüßte, in welchem Maße sein Herr geschlechtskrank sei, so müßte sie die Notwendigkeit einsehen. Daraufhin ging die Frau auf die Kommandantur und verlangte eine andere Einquartierung. Man antwortete jedoch, der Mann sei ein brauchbarer Offizier, und das übrige gehe die militärische Behörde nichts an. Die Frau muß weiterhin diesen Kerl bei sich dulden." 2. „Die Familie N. ist eine alte hochangesehene Familie in der Pfalz. Herr N. war sehr begütert; durch die Besetzung ist ihm quasi alles entrissen worden; sein prächtiges Haus, das er bewohnte, mußte er in der Zeit von einem halben Tag den Franzosen zur Verfügung stellen. Der Verzweiflung nahe — er fand sich ohne Vermögen und ohne Wohnung, beging er Selbstmord durch Gasvergiftung in seinem Badezimmer." Mein Korrespondent fügt hinzu: „Übrigens ist das keine Ausnahme!" [1])

Ich führe diese beiden Fälle an, weil sie mir gut beglaubigt erscheinen; sie stimmen überein mit dem Ton vieler französischer Äußerungen in der Presse und von seiten der Politiker, welche zeigen, daß die Besetzung Deutschlands dazu benützt werden müsse, um Deutschland zu terrorisieren, zu demütigen, zu unterdrücken und zu zerstören. Der Krieg wurde von den

[1]) Es handelt sich um den Selbstmord des Rentners Mohr in Neustadt a. H. Der Pfälzischen Presse ist verboten, dieses Vorkommnis zu erwähnen. D. Schr.

Digitized by Google

Verbündeten und insbesondere von den Franzosen verkündigt als ein Krieg der Gerechtigkeit und Freiheit. Jeder klarsehende und anständig denkende Mensch weiß jetzt, daß soweit die Poincaré und Clémenceau in Betracht kommen, keine Lüge je so plump und schamlos war. Denn das Ergebnis des Krieges — wenn wir nach dem Zeugnis dieser heute von den Franzosen besetzten Gebiete urteilen müssen — ist das, Europa mit einer moralischen Eiterbeule zu behaften und die versprochene Gerechtigkeit und Freiheit zu schänden durch die Herrschaft von Grausamkeit und Tyrannei.

London. Joseph King.

Einige Betrachtungen über die militärische Besetzung des Rheinlandes[1]).

Während der ersten Kriegswochen fuhr ich mit einem sehr bekannten britischen General im Auto an der Front, da sagte er plötzlich zu mir: „Bennett, wir hätten in diesem Krieg auf der andern Seite fechten sollen." Er sagte das nicht wegen des immer düstereren militärischen Mißgeschickes und wegen der gefährlichen Lage der Armee Lord Frenchs, sondern weil er glaubte, daß unser Bündnis mit einem lateinischen Volk auf der einen und mit der brutalsten und undemokratischesten Regierung auf der andern Seite ein wirkliches Unglück sei; während ein festes Einverständnis zwischen den zwei großen germanischen Völkern des Erdteils die beste Bürgschaft für den Frieden Europas und der Welt gewährt hätte. Jedoch die britischen und die deutschen Diplomaten versäumten die kostbaren Gelegenheiten, die sich ihnen in den Jahren vor dem Krieg boten, und der verbrecherische Wahnsinn des Krieges mußte überstanden werden. Der britische Liberalismus, der die älteren und weiseren Überlieferungen, sich von den festländischen Streitigkeiten fernzuhalten, aufgegeben hatte, war gezwungen, sich nach Verbündeten im „Gleichgewicht der Mächte" umzusehen. Die unzweifelhaften Möglichkeiten für ein englisch-deutsches Abkommen 1898 und 1900 wurden, wie ich fürchte, durch die Dummheit des deutschen Auswärtigen Amtes vereitelt, und so kamen wir dazu, uns mit einer Nation zu verbünden, die, wie Pierre Loti zugibt, immer unser unversöhnlicher Nebenbuhler war (rivaux toujours inapaisés).

Am Ende des Krieges, als die erschütterten, aber noch unzerbrochenen deutschen Heere dazu verleitet worden waren, sich vollständig entwaffnen zu lassen, durch einen Betrug, würdig der Männer, welche die „Diebsküche", (The „Thieves Kitchen") in Versailles bildeten, wurde die militärische Besetzung des Rheinlandes eingerichtet. Ich habe einige Zeit in der britischen Zone gedient und habe damals und später Gelegenheit gehabt, auch die Zonen der Franzosen, Belgier und Amerikaner zu besuchen. In Köln sah ich mit meinen eignen Augen die Wirkungen, welche die niederträchtige Blockade nach dem Waffenstillstand auf die jungen Kinder der Armen ausübte; aber im ganzen benahmen sich unsre jungen britischen Truppen gut und gewannen allmählich die Achtung der bürgerlichen Bevölkerung. In den Zonen unsrer Verbündeten jedoch hatte ich immer das Bild eines großen, im Augenblick hilflosen Volkes vor mir, das niedergedrückt und eingeschüchtert wurde durch Angehörige von Rassen, deren Zivilisation unter ihrer eignen stand. Herr Briand hat Frankreich kürzlich beschrieben als den „Soldaten der Freiheit und Zivilisation". Lassen wir die „Freiheit" einen Augenblick beiseite und fragen uns, was die verlässigen Zeichen der „Zivilisation" sind. Wenn wir auf solche Dinge hinweisen wie Musik, Kunst, Literatur, Baukunst, Wissenschaft, wirtschaftliche Organisation, öffentliche Gesundheitspflege und Erziehung, wie kann irgend ein Franzose oder Belgier am Rhein noch fortfahren, an das Propagandagewäsch zu glauben, daß er in einem Kriege der „Zivilisation gegen die Barbarei" kämpfte? Soweit ich es beurteilen konnte, geben sich die nachdenklicheren britischen Offiziere und Soldaten in Köln keiner solchen Täuschung hin. Als ein eifriger Erziehungsfreund konnte ich meine Entrüstung nicht unterdrücken, wenn ich sah, daß junge deutsche Kinder aus ihren Schulen hinausgedrängt wurden, um deren Gebäude für militärische Zwecke zu verwenden. Als mir ein Fall begegnete, wo eine ehrbare deutsche Familie in ein paar rückwärtige Räume zusammengepreßt wurde, während ein Franzose und seine Kokotte das ganze übrige Haus in Beschlag

[1]) Von uns aus der englischen Handschrift wörtlich übersetzt. S. M.

Digitized by Google

nahmen, wunderte ich mich, wie in dieser selben Gegend noch irgend jemand, der sich selbst einen Deutschen nannte, gefunden werden konnte, der Hand in Hand mit den lateinischen Eindringlingen zur Zerstückelung des deutschen Vaterlandes arbeitete.

In meiner gesamten Erfahrung — und ich bin um die ganze Welt gereist — bin ich nie einem so geduldigen Volk begegnet, wie es die Deutschen sind. Ich glaube nicht, daß irgend eines der verbündeten Völker die schrecklichen Entbehrungen ausgehalten hätte, die den Deutschen von 1915 an bestimmt waren, den Wohlhabenden ebenso wie den Armen. Und es mag sein, daß das philosophische Temperament dieses geduldigen Volkes es ihm, wenn die Jahre dahinfließen, ermöglichen wird, viele der unverdienten Kränkungen und Beschimpfungen zu vergeben oder zu vergessen, die ihm in den besetzten Zonen zugefügt werden.

Aber es gibt eine äußerste Beschimpfung, die kein Volk, das sich noch selbst achtet, jemals irgendwie vergeben oder vergessen kann, und das ist die Schmach der farbigen Truppen im Rheinland. Die Verwendung farbiger Soldaten von einer hoffnungslos niedrigeren Zivilisation als Mittel, um eine europäische Bevölkerung mit Gewalt zu knebeln und zu beherrschen, ist eine absichtliche Beschimpfung und ein Unrecht, die nach meiner Überzeugung jeden wirklichen und wirksamen Völkerbund ins Unbestimmte verschieben, wenn sie ihn nicht ganz unmöglich machen. Ich weiß nicht, was die Belgier über diesen Frevel denken; sie sind reine Werkzeuge des militaristischen Frankreich, denn höchst paradoxerweise war das Ergebnis des Krieges, in den Großbritannien unter dem Vorwand der belgischen Neutralität eintrat, daß diese Neutralität aufgehört hat zu bestehen. Aber das weiß ich, daß der normale anständige Engländer die militärische Besetzung der rheinischen Städte durch Senegalneger, Marokkaner, Madagassen usw. als ein an sich schmachvolles Verfahren betrachtet, selbst unabhängig von den besonderen Scheußlichkeiten, welche die Anwesenheit dieser halbzivilisierten Truppen zur Folge hatte.

Kein billig denkender Mensch, der wie ich selbst die sorgsam zusammengestellten Berichte der sexuellen Verbrechen gelesen hat, die den farbigen französischen Truppen in den besetzten Gebieten zur Last gelegt werden, kann umhin zu glauben, daß, wenn man auch jeden vernünftigen Abzug für hysterische Täuschungen, Übertreibungen usf. macht, dennoch eine fürchterliche Anklage gegen das französische Volk übrig bleibt. Das Beweismaterial ist mannigfaltig, sich häufend und unwiderstehlich; und wenn der Tag kommt, an dem die Franzosen endgültig aus dem Rheinland verschwinden, werden sie einen Namen des Ekels und des Abscheus hinter sich lassen, der verflucht werden wird von Geschlecht zu Geschlecht.

Was ist's mit den Amerikanern? General Allen im amerikanischen Heer hat es, wie ich sehe, auf sich genommen, die Verwendung farbiger Truppen am Rhein durch Frankreich zu verteidigen. Nach diesem Gentleman sind die sexuellen Verbrechen, die zugestandenermaßen erwiesen sind, „solche, wie sie allgemein in jedem Land vorfallen, in dem die Soldateska lange Zeit bei der Bevölkerung im Quartier liegt". Ich weiß nicht, ob General Allen der Ansicht ist, daß Unzuchtsverbrechen und Vergewaltigungen selbstverständlich von amerikanischen Truppen erwartet werden müssen; wenn ja, dann kann ich nur Gott danken, daß der Maßstab des Betragens, den man an britische Truppen anlegt, verschieden ist von dem, den man von amerikanischen Zivilisten in Khaki verlangt. Aber davon abgesehen, was würden General Allen und seine Landsleute empfinden, wenn, sagen wir einmal, zivilisierte japanische Truppen nach einem siegreichen Feldzug gegen die Vereinigten Staaten San Franzisko auf 15 Jahre besetzt und im Laufe der ersten 18 Monate in 28 nachgewiesenen Fällen weiße amerikanische Frauen geschändet oder vergewaltigt hätten? Würde General Allen dann auch jeden Protest gegen die Anwesenheit solcher farbiger Truppen ausdrücklich mißbilligt haben, mit der Begründung, daß deren Verbrechen ja nur solche seien, wie sie gewöhnlich bei ähnlichen Gelegenheiten sich ereignen? Möge General Allen diese Frage beantworten! Ja, und wenn wir nun auf der Stufenleiter der menschlichen Zivilisation tiefer hinuntersteigen und uns ausmalen, daß amerikanische Städte besetzt wären nicht von zivilisierten Japanern, sondern von primitiven Schwarzen vom Senegal oder selbst von farbigen Kriegern aus Madagaskar oder Marokko, was dann? Stellen Sie sich den unwiderstehlichen Ausbruch der Volkswut vor, wenn die Steuerzahler von Boston gezwungen wären, Bordelle mit weißen Frauen zum Gebrauch der farbigen feindlichen Soldaten einzurichten! Trotzdem aber betrachtet dasselbe amerikanische Publikum mit Gelassenheit den verzweifelten Schmerzensschrei des Protestes

Digitized by Google

der hilflosen Bürger eines hochzivilisierten europäischen Landes gegen diese „Schwarze Schmach"; und die christlichen Kirchen, in Großbritannien ebenso wie in Amerika, sehen sogut wie stillschweigend zu, während ihre Regierungen sich friedlich beruhigen bei dieser neuesten Vermehrung der Rechte der Eroberung — der zwangsweisen Einrichtung von Bordellen für die Sieger durch die Besiegten.

Wir Engländer sind oft von den Franzosen und andern als eine „Nation von Heuchlern" beschrieben worden, vielleicht zeitweise mit einiger Berechtigung. Aber für eine Schaustellung von nationaler Heuchelei in excelsis da lobe ich mir die Haltung, die General Allen und seine amerikanischen Seelenverwandten gegenüber der Verwendung farbiger Truppen auf deutschem Gebiet eingenommen haben. Da sehen wir ein Volk, das in seinem eignen Land jahraus jahrein selbstgefällig zusieht, wie gebildete und mit seinem Bürgerrecht ausgestattete Neger in brutaler Weise gelyncht werden auf Anklagen hin, die gewöhnlich in keinerlei rechtlichem Verfahren nachgeprüft sind und die von der Notzucht bis zu „allgemeiner Unbeliebtheit" reichen, und das gleichzeitig die schmachvollen Vergewaltigungen deutscher Frauen und selbst deutscher Knaben durch Senegalneger und Berber als alltäglich und belanglos ansieht. Keiner der „belgischen Greuel", die von dem leichtgläubigen und halberzogenen amerikanischen Publikum so bereitwillig verschluckt wurden, ist jemals an Scheußlichkeit den tatsächlichen Bestialitäten gleichgekommen, denen die Neger durch das amerikanische Lynchrecht preisgegeben sind. Die glorreiche Einnahme des halbleeren Vorsprungs von St. Mihiel, welche, wie mir oft in der Koblenzer (amerikanischen) Zone erzählt wurde, Großbritannien und Frankreich vor der Vernichtung gerettet hat, wurde ausgeführt unter dem Banner „Zivilisation gegen Barbarei". Aber die Landsleute von Goethe, Schiller, Händel, Kant und Liebig haben wenigstens niemals mit der Jazz-Musik- und -Rotwelsch-Zivilisation („The jazz-band-and-slang-civilisation") des Westens gewetteifert, welche Sonderzüge auslaufen läßt, um einen Negermitbürger ohne Prozeß verbrennen zu sehen, oder welche mit Stolz die Lichtbilder weißer Männer, Frauen und Kinder ausstellt, die sich befriedigt die Todesqualen ihres gemarterten Opfers betrachten.

Ich habe kräftige Worte gewählt, aus zwei Gründen. Ich habe, hoffend wider die Hoffnung, mein ganzes Vertrauen auf einen wahren Völkerbund gesetzt, als die einzige Rettung einer aus den Fugen gegangenen Welt; und ich erkenne klar, daß, während diese Greueltaten im Rheinland andauern, die Hoffnung auf ein solches gesegnetes Ereignis allmählich dahinschwindet. Ich fürchte in der Tat, daß die kostbare Gelegenheit vielleicht schon verloren gegangen ist. Und dann, selbst abgesehen von den schrecklicheren und ernsteren Verbrechen der farbigen Truppen, sehe ich vor meinen Augen das furchtbare Gesicht eines neuen Krieges. Ich denke an die deutschen Knaben und Mädchen, die unter der harten Herrschaft des Friedensvertrages von ihrem 10. bis zu ihrem 25. Jahr aufwachsen werden, ohne je ihre nationale Fahne zu sehen, oder auch nur zusammen ihre nationalen Lieder zu singen, die von den Bürgersteigen ihrer eignen Städte heruntergestoßen werden von schwarzen Soldaten, die in den Schulen einquartiert sind, aus denen sie selbst vertrieben wurden. Ich habe mit jungen Deutschen gesprochen, die schon alt genug sind, um die Schande der „Schwarzen Schmach am Rhein" zu erfassen. Ich habe das Leuchten ihrer Augen gesehen, und ich blicke mit tiefer Sorge auf das furchtbare Vermächtnis wohlverdienten Hasses, das der ungerechteste und brutalste Friedensvertrag der Weltgeschichte hinter sich läßt.

London. E. R. Benett, M. A.

Weiß und Schwarz am Rhein[1]).

Ich habe eben das „besetzte" Gebiet am Rhein besucht und war betroffen, von den Leiden gewisser Teile der Bevölkerung dort zu erfahren. Denn der Krieg ist vorbei — wir sind im Frieden. Aber unser französischer Verbündeter denkt anscheinend nicht so und es geschehen Dinge, die eine Schmach für Frankreich und für alle anderen Länder, die seine Handlungen geschehen lassen, sind.

[1]) Aus dem uns vom Verfasser zur Verfügung gestellten englischen Druck (Foreign Affairs) wörtlich übersetzt. S. M.

Digitized by Google

Französische schwarze Kolonialtruppen an den Rhein zu legen ist eine Tat blinder Schlechtigkeit, die Proteste aus allen Teilen der zivilisierten Welt hervorruft. Es ist mehr als eine Demütigung, es ist eine Tragödie. Es ist grausam gegenüber einem besiegten Volke; es ist ebenso grausam gegen unsere farbigen Mitmenschen, die als Werkzeuge französischen Hasses verwandt werden. Ich traf auch nicht einen einzigen Engländer in Deutschland, der nicht in unzweideutigen Ausdrücken die Verblendung dieses Tuns verurteilte.

Der wirkliche Prozentsatz der gesamten Bevölkerung, die dem System zum Opfer fällt, ist wahrscheinlich nicht groß. Statistische Daten sind, natürlich, nicht erhältlich, weil begreiflicherweise von den französischen Behörden alles versucht wird, um Beweismaterial, das auf ihre Leitung der Okkupation ein übles Licht werfen würde, zu unterdrücken, und es bestehen naheliegende Gründe, warum viele von den Opfern selbst versuchen möchten, so weit als möglich das Bekanntwerden der Tatsachen zu verhindern. Die Wahrheit ist indessen, daß die ganze Bevölkerung leidet, denn die ganze Bevölkerung teilt die Furcht, unter die Zahl der unmittelbaren oder mittelbaren Opfer zu fallen.

Es muß ganz klar sein, daß jede große Gruppe von Männern, in der Vollkraft des Lebens, so reichlich mit Geld versehen, um jeder Regung ihrer Phantasie Erfüllung verschaffen zu können, und völlig von ihrer eigenen Weiblichkeit getrennt, notwendigerweise gezwungen sein wird, Mittel zu finden, um ihre natürlichen Wünsche durch regellosen Verkehr zu befriedigen.

Diese Truppen sind größtenteils aus Afrika und werden in ihrem Verhalten gegenüber Frauen nicht durch die Bedenken und Gewohnheiten, die europäische Erziehung mit sich bringt, gezügelt, noch sind ihre Leidenschaften deshalb kälter, weil sie an einen polygamen Gesellschaftszustand gewöhnt sind. Es ist also klar, daß diese zahlreiche farbige Bevölkerung in Süddeutschland notwendigerweise mit einem Teil der weißen Frauen des Landes in vertrauliche Beziehungen treten wird.

Die französischen Militärbehörden erkennen dies mit brutaler Offenheit an und haben an Mittelpunkten, an denen farbige Truppen in Garnison liegen, deutsche Familien aus ihrem Heim vertrieben, damit ihre Häuser in Bordelle zum Gebrauch dieser Soldaten verwandelt werden können. Es ist unnötig, im einzelnen die Wirkungen, physische und moralische, dieser harten Politik zu erörtern. Die Geistesart derer, die für sie verantwortlich sind, übersteigt die Fassungskraft gewöhnlicher Männer und Frauen.

Ein Ergebnis indessen muß in Erwägung gezogen werden, denn es berührt nicht allein Deutschland und Frankreich, sondern ganz Europa, ja die Welt. Das ist, daß in Süddeutschland ein Geist und eine Stimmung geschaffen werden, die, wenn man sie sich entwickeln läßt, sicherlich zu einem neuen Krieg führen müssen. Anscheinend machen sich die Franzosen nicht klar, was für eine glühende Leidenschaft für Vergeltung und Rache in dem Herzen jedes Vaters und Gatten entfacht wird, noch wie die Kinder in dem Glauben an Rache als einer religiösen Pflicht aufgezogen werden. Wünscht Frankreich noch einen Krieg? Könnte die westliche Kultur ihn überstehen?

Eine Seite der Frage, die für diejenigen, die in die Zukunft blicken, sogar noch wichtiger ist, ist ihre Wirkung auf die farbigen Truppen selbst und auf die Länder, von denen sie kommen. Man hört heute viel von „der steigenden Flut der farbigen Rassen" und es gibt viele, die einen Kampf zwischen den weißen und den farbigen Völkern um die Vorherrschaft auf der Welt prophezeien. Eines ist sicher, das Rassenbewußtsein entwickelt sich in Afrika mit reißender Schnelligkeit. Und das Aufpressen einer hochorganisierten Zivilisation auf primitive Völker hilft unvermeidlich bei dieser Entwicklung mit. Ein Kampf mit den farbigen Rassen kann nur auf einem Weg vermieden werden. Er liegt für die weißen Rassen darin, ihre Beziehungen mit denen, deren Übergang aus der Barbarei reißend beschleunigt wird, so zu ordnen, daß Achtung und nicht Verachtung eine Stärkung erfährt. Primitiven Völkern Verpflichtungen, die ihre Fähigkeiten übersteigen, aufzuerlegen, heißt ihr Wachstum schädigen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Verwendung farbiger Truppen in der Weise, wie sie gegenwärtig benützt werden, eine verbrecherische Ungerechtigkeit. Es ist eine Ungerechtigkeit, für die das Volk oder die Völker, die dafür verantwortlich sind, sicherlich bis zum letzten Heller zu bezahlen haben werden.

London. Ben C. Spoor, M. P.

Digitized by Google

Die schwarze Wacht am Rhein.

Die Anwesenheit farbiger französischer Truppen in den besetzten Gebieten Deutschlands drängte sich meiner Aufmerksamkeit während eines kurzen Aufenthalts in der einstmals blühenden rheinischen Stadt Kreuznach (im Oktober 1921) ziemlich gewaltsam auf. Wie der Besucher vor dem Krieg sich erinnern wird, ist Kreuznach berühmt durch seine Mineralwasser, deren gesundheitfördernde Wirkungen durch ein Dutzend sinnreiche Methoden von Einatmungen oder Abwaschungen erzielt werden können.

In dem herrlich angelegten Kurpark, wo das liebliche Tal der Nahe ein köstliches Bild berückender Szenerie vor dem Auge ausbreitet, während das Kurhausorchester das Ohr entzückt, kann der Besucher ruhen und das Ozon aus den großen Gradierhäusern einatmen, durch die man das salzhaltige Wasser hindurchträufeln läßt.

Die charakteristischen Reize des Ortes stehen alle noch zu Gebote, aber Besucher sind nur wenige da, — trotz der Tatsache, daß ein üppig ausgestattetes Zimmer mit anschließendem Bad und voller Verpflegung und Bedienung im Hotel miteingeschlossen, für 100 Mark im Tag, d. h. in englischem Geld für 4 Schilling 6 Pence, zu haben ist.

Kreuznach ist, wie viel andere rheinische Erholungsstädte, durch die Besetzung zugrundegerichtet worden — oder vielleicht, um genauer zu sein, durch die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet. Die Normalzahl von Betten, die dort für Besucher zur Verfügung steht, ist 6000, aber die militärische Requirierung hat sie auf 2000 vermindert. Selbst so aber ist kein Mangel an Raum für die, welche Lust haben, zu kommen, denn die Leute verschmähen es einfach, diesen Erholungsort zu besuchen, solange die farbigen Truppen dort sind.

Das größte Hotel am Platz, der Oranienhof, ist von 1000 Marokkanern besetzt. Seine einst entzückenden Gärten sind jetzt ein Spielplatz für diese „Schokoladesoldaten", und in der Ecke steht eine geschmacklos aufgeputzte Moschee aus Zeltleinwand, die für ihre religiösen Übungen errichtet wurde, und macht die Breite und Tiefe des Abgrundes deutlich, der die Besiegten von den Siegern trennt.

Und als Sieger betrachten sich diese afrikanischen Kulis in Uniform ohne Zweifel, denn wie ich mit einem englischen Kollegen durch den Oranienhof ging, wies uns einer von ihnen, bewaffnet mit Gewehr und Bajonett, die er bedeutungsvoll schwang, um seiner Meinung Nachdruck zu geben, vom Fußpfad herunter. So mußten wir in die Gosse treten, um an ihm vorbeizukommen.

Solche Erlebnisse wie dieses sind es, welche unter den Bewohnern dieser Gebiete bittern Groll und Haß gegen die Franzosen erwecken. Möge der Leser nur versuchen, wenn er es kann, sich seine eignen Empfindungen vorzustellen, wenn ihm eine ähnliche Behandlung zugemutet würde, wenn er z. B. an den Horse Guards in Whitechapel oder am St.-James-Palast in London oder am Midland-Hotel in Manchester vorübergeht.

Kreuznach ist typisch für das ganze von Frankreich besetzte Gebiet. Von der Nähe von Duisburg im Norden an, wo seltsame kleine Mongolen in Stahlhelmen stehen, bis nach Mannheim im Süden, wo kohlschwarze Senegalneger unsern Wagen nicht über die Brücke ließen, ehe sie ihn und uns durchsucht hatten — überall fanden wir diese farbigen Truppen.

Es ist eine besonders aufreizende Seite an dieser Sache. Erzählungen von Gewalttaten gegen anständige Frauen sind viel zu gewöhnlich, trotz der anerkannten Bordelle, die mit diesen Truppen eingeführt wurden, wo sie ihre Begierde nach weißen Frauen bis zum letzten befriedigen können. Und in den Kinderspitälern tauchen hier und dort unter den Reihen der schneeweißen Bettchen dunkelfarbige kleine Gesichter auf, halb Neger, halb Deutsche, erschütternde kleine Zeugen dieser Schmach am Rhein — und an der Zivilisation der Verbündeten.

Lange nachdem die Besetzung vorbei sein wird, werden die Gesichtszüge, die Hautfarben dieser grotesken Geschöpfe, die vom Osten wie vom Westen gleichmäßig verachtet werden, laut zu jedem, der sie betrachtet, um Rache gegen die Nation schreien, welche im Namen des Sieges — oder der Demütigung — hierfür verantwortlich ist.

---

[1]) Aus dem uns vom Verfasser zur Verfügung gestellten englischen Druck (Sunday Times) wörtlich übersetzt. S. M.

Digitized by Google

Man demütige die Deutschen, wenn man will, man erniedrige sie und lasse sie erniedrigt. Aber dies heißt, die Seele Deutschlands brandmarken und in seinem Herzen die Begierde einpflanzen, eines Tages die Schmach mit größerer Schmach zurückzuzahlen.

Mit einem Wort, es heißt noch einmal den Geist des Militarismus erwecken, und die Saat ausſäen für eine Ernte, die vielleicht nicht auf einen neuen Rachekrieg zwischen Deutschland und Frankreich beschränkt bleibt, sondern die von jedem Land geerntet wird, das mit dem Problem von Farbigen zu tun hat.

Diese Truppen, zum Teil Halbbarbaren, die erst vor kurzem den Lendenschurz und die Perlenketten mit einer militärischen Uniform vertauscht haben können, werden eines Tages in ihre einheimischen Dörfer zurückkehren und erzählen, wie sie weiße Männer beherrscht und weiße Frauen — sei's gewaltsam, sei's mit Erlaubnis — nach Lust genossen haben. Was wird dann die Folge für die Sicherheit jener paar Handvoll Europäer sein, die heute, mit keinem andern Mittel, sich und ihre Frauen zu verteidigen, als dem Prestige ihrer weißen Haut, unter den Massen halbzivilisierter Völker leben und arbeiten?

Wir sind der Verbündete Frankreichs. Wir sind außerdem Mitglieder eines Reiches, dessen farbige Untertanen seine weißen an Zahl um ein vielfaches übertreffen. Um des Heils von Frankreich, um unsres eignen willen, sollten unsre Staatsmänner darauf bestehen, daß diese farbigen Truppen weggezogen werden müssen.

London. E. A. Bagley, M. P.

Ein Blick auf die französische Okkupation[1]).

Auf altem europäischem Kulturboden, einem der schönsten der Welt, einem berühmten Mittelpunkt der Ordnung und des Fleißes, liegen etwa 130 000 Mann, seinem Boden und seiner Kultur fremd, einquartiert. Sie führen in diesem fruchtbaren Lande ein üppiges Leben. Von allen Einwohnern sind sie am besten untergebracht, am besten bezahlt, am besten gekleidet und am besten unterhalten. Während sie sich dem außenstehenden Beobachter in der geschäftigen Trägheit des vollkommenen Schmarotzers darstellen, ist ihr wahres Geschäft nicht Arbeit zu leisten, sondern sie zu behindern. Zum größten Teil leben sie entweder ohne irgendwelche Beziehung zu dem Willen der Einwohner, oder ihm zum Trotz. Sie treten alle politischen Freiheiten, die Männern teuer sind, mit Füßen. Sie verbieten freie Schrift, freie Rede und selbst freien Gesang. Ihre Verordnungen und ihre Beamten treten an die Stelle der bürgerlichen Regierung des Landes, entlassen deren Vertreter und belasten sie mit gehässigen, schikandsen und unmoralischen Forderungen. Ein kleiner Flügel dieses im Lande liegenden Heeres, der britische und amerikanische, hat kein politisches Ziel. Der französische Flügel — und er bildet den weitaus größeren Teil — bewaffnet mit Kanonen, Gewehren, Bajonetten, Flugzeugen gegen ein Land, wo keine deutsche Waffe, kein deutscher Soldat, kein deutsches Flugzeug je erscheint, oder mit noch tödlicheren „paperasses" ist eine Waffe geschmiedet und beibehalten, um die politische und kulturelle Einheit des Deutschen Reiches zu zerstören. Er druckt und verbreitet auf seinem Boden die Zeitungen[2]), die die Abtrennung des Rheinlandes predigen, wie seine Organe hinter dem deutschen Abenteurer, der sie proklamierte, standen und ihn schützten. Durch 100 Rinnsale — Schulen, Vorträge, Konzerte, Kunstausstellungen — leitet er den Strom des süßen französischen Lichtes, das durch die Wüsteneien von Mainz und Wiesbaden fließt. Französische Reisende und Kaufleute mit „sections économiques, bureaux de commerce" und französischen „Mustermessen" hinter sich, mit einer etwas scheuen Reserve deutscher „Schieber" und Schmuggler, sorgen für französische Einfuhr, für die kein Bedarf vorhanden ist, während die Hörner und Pfeifen ihrer afrikanischen Söldlinge in die tauben Ohren Wilhelm des Schweigers vor dem alten Schlosse der Herzöge von Nassau tönen und altmodische Vorurteile zugunsten deutscher Militärmusik berichtigen. So „durchdringt" Frankreich Deutschland.

Lassen Sie mich ein wenig ins einzelne gehen. Das allgemeine Merkmal der Okkupation ist, wie ich sagte, ihr parasitischer Charakter. Äußerlich ist sie eine Sache des Stolzes und Prunkes, wie sie ihr geckenhaftes Wesen, ihr buntes Gepränge militärischer Prahlerei und

[1]) Aus dem uns vom Verfasser zur Verfügung gestellten englischen Druck (Nation) wörtlich übersetzt. S. M. — [2]) z. B. „l'Echo du Rhin" und „La Revue Rhénane".

Digitized by Google

Pariser Koketterie zur Schau stellt, inmitten eines Volkes, das, in abgetragene Anzüge gekleidet, lange an einfache Kost und dürftiges Leben gewohnt ist. Kritisch geprüft, ist sie ein Ausbund der Verschwendung. Als die alliierten Hauptmächte die Kosten der Okkupation in Rechnung stellten, verpflichteten sie sich faktisch (unter der Voraussetzung, daß Deutschland gewisse Bedingungen erfülle) zu einem jährlichen Budget von ungefähr 240 Millionen Goldmark. Die große Gesamtausgabe der kombinierten militärischen und zivilen Einrichtungen im Rheinland, mit ihrem Zubehör wurde Ende März 1921 — ein Zeitraum von ungefähr 26 Monaten — auf 3 936 954 542 Goldmark beziffert. Heute ist die Rechnung natürlich viel größer. Von den verschiedenen Kontingenten ist die amerikanische Armee im Verhältnis zu ihrer Kopfzahl bei weitem die kostspieligste, infolge der hohen Löhnung des Soldaten und seiner vergnügungssüchtigen, luxuriösen Lebenshaltung[1]).

Ferner galt als ausgemacht, daß der Stärkemaßstab für die alliierte Okkupation der der alten deutschen Garnison im Rheinland sein sollte. Diese betrug ungefähr 70 000 Mann. Aber das französische Kontingent allein übersteigt diese Zahl und überwiegt weit alle anderen Kontingente zusammengenommen. Von der Gesamtsumme stellt Frankreich 85 000 Mann, Belgien, sein Trabant, 15 000, Amerika 12 000 und England 4000. Die französische Armee hat einen Doppelcharakter. Zu ihren weißen Truppen müssen ungefähr 20 000 farbige Söldner — Algerier, Tunisier, Marokkaner, mit einer Beimischung von Leuten aus Madagaskar und Annam, und eine unbekannte Anzahl farbiger Rekruten hinzugerechnet werden. Diese gemischte Streitmacht ist Tag und Nacht in ständiger Tätigkeit, wird gedrillt, muß Märsche und Paraden machen, wird durch die Geschäftsstraßen großer Städte oder in der Umgebung stiller Kurorte abexerziert und mitten in einem entwaffneten und hilflosen Volke gehalten, wie für einen unmittelbar bevorstehenden Krieg. Nicht nur Wohnungen, sondern ganze Hotels (gewöhnlich die besten am Platze), Theater, Kinos, Tennisplätze, Wohnhäuser, Klubs, Schulen müssen auf ihren Befehl die Türen öffnen. Führende Bürger müssen ihre Häuser binnen kurzer Frist räumen und diesen Zwangsmietern Möbel, Tafelgerät, Wäsche, Klaviere — jeden Gegenstand der Behaglichkeit oder des Luxus, den sie enthalten — zur Verfügung stellen oder sich und ihr Zubehör in Hinterzimmern und Küchen zusammendrängen. Auch das junge Frankreich muß versorgt werden, was immer dem jungen Deutschland zustoßen mag. Eine teure Hochschule, mit Schwimmbädern, Fechtböden und andern Luxuseinrichtungen versehen, wurde für französische junge Leute in Mainz eröffnet. Als ich in Wiesbaden „Parzival" hörte, waren die vordersten Reihen des Parketts alle unentgeltlich für die französische Garnison reserviert. Britische Offiziere, glaube ich, zahlen für ihre Vergnügungen.

Auch die Bedürfnisse des gemeinen Soldaten und des niedrigen afrikanischen Söldners sind nicht vergessen. Das französische Armeesystem bringt das Armeebordell mit sich. Diese Einrichtungen wurden über das ganze Rheinland verstreut — in Mittelpunkte eines unschuldigen und einfachen Landlebens, in Badeorte, wie das entzückende Ems und Schwalbach, das geschäftige Mainz und buchstäblich in Steinwurfweite von der schönsten und besuchtesten Straße Wiesbadens. Die Armee requiriert sie, die städtische Behörde richtet sie ein, das Reich bezahlt sie. Diese Taten und das Parabieren der farbigen Truppen in den altehrwürdigen Heiligtümern des deutschen Staatspatriotismus, mag dem französischen Plan „der kulturellen Durchdringung" den Reiz genommen haben. Krieg ist eine fortwährende und berechnete Sünde gegen den Geist und die Seele des Soldaten, des eigenen sowohl wie des feindlichen. Aber hier handelt es sich um ein besonders rohes Übertragen seines niedrigen und seelenlosen Mechanismus in den Frieden. Die Staatsmänner der Entente verpflichteten sich am 10. Januar 1920 gegenüber der Bevölkerung des Rheinlandes zu einer „liberalen" Verwaltung und zur Beobachtung des Regierungsstatuts „im Geist und nach dem Buchstaben". Hatten sie die Errichtung dieser Häuser im Sinn? Unter den Unterschriften zu diesem Dokument bemerke ich die Namen von Woodrow Wilson, D. Lloyd George, E. M. House, George N. Barnes, J. C. Smuts und Emile Vandervelde. Ich würde gerne den „Buchstaben" dieser Übereinkunft von 1920 diesen ausgezeichneten Männern vorlegen und

[1]) Die Kosten eines amerikanischen Soldaten wurden mir als ungefähr 200 000 Papiermark im Jahr bezeichnet. Das Gehalt eines französischen Majors wird auf etwa das Doppelte eines deutschen Ministergehaltes geschätzt (Zahlen vom Oktober 1921. S. M.).

Digitized by Google

um eine Vergleichung des Geistes bitten, in dem Herr Tirard und seine Kollegen ihn anwandten.

Es gibt noch andere Merkmale der „Liberalität" des Statuts von 1919 und seiner musterhaften Interpretation durch Frankreich. Ich behaupte, die Franzosen sind im Rheinland mehr zu einem politischen als zu einem wirtschaftlichen Zweck; und die Stärke ihrer Armee, ihr dreifaches Programm der militärischen, politischen und kulturellen Durchdringung, ihr Kampf gegen den deutschen Geist, und ihre rücksichtslose Behandlung des deutschen Beamtentums beweisen die Wahrheit meiner Behauptung. Aber mag ihre Absicht sein, welche sie will, diese übermäßige Okkupation ist eine Geißel auf dem Rücken des unschuldigsten Teiles der Bevölkerung des Rheinlands. Deutschland leidet wie wir unter der Wohnungsnot. Aber der französische Militarismus hat diesen Mangel noch bedeutend verschlimmert. Seine hohen Organe sind mit einer wilden Verschwendung von Zimmern und Ämtern untergebracht [1]).

Das ist allerdings der Fehler aller Abteilungen der Okkupationsarmee [2]). Aber das Hauptübel besteht darin, einen Haufen ausländischer und halbwilder Truppen in Städten einzuquartieren, die nicht gewohnt waren, annähernd die gleiche Unterbringungsmöglichkeit für ihre eigenen Soldaten freizuhalten. Ein krasser Fall hierfür ist, daß Euskirchen, eine Stadt mit 14 500 Einwohnern, gezwungen wurde, Quartiere für 2500—3000 farbige Truppen zu finden. Dies ist ein Verstoß gegen den Geist und, wie ich meinen möchte, sogar gegen den Buchstaben des Vertrages. Aber jede Stadt im Okkupationsgebiet ist ein Opfer erzwungener Überfüllung, und die Schulkinder leiden am meisten von allen darunter. Während Deutschland seine Kasernen in Arbeitsämter verwandelt, verwandelt das demokratische Frankreich deutsche Schulen mit Gewalt in Kasernen. In Düsseldorf wurde mir erzählt, daß das Schulleben praktisch aufgehört hatte; in Wiesbaden waren sieben von zehn Elementarschulen für Kasernen oder Bureaux belegt worden und die Kinder müssen ihren Unterricht in Morgen- und Nachmittagsschichten erhalten, die sie in überfüllten Räumen, die nie gehörig gereinigt und gelüftet werden können, zubringen. Ich sah Scharen dieser kleinen Vertriebenen auf den Straßen bei Einbruch der Dunkelheit; Tausende mehr, sagte ein Lehrer, konnten nie ihr Mittagessen zu Hause einnehmen.

Hier noch zwei bezeichnende Punkte, die den Geist der französischen Okkupation erschließen. Nämlich ihre Haltung gegenüber der deutschen Zivilgewalt und ihre Behandlung der Presse. Der Vertrag der Kommission erklärte ausdrücklich (Artikel 5), daß die Zivilverwaltung in den Händen der deutschen Behörden verbleiben sollte. Das ist in gewissem Sinn der Fall. Aber unter einem oder dem andern Vorwand wurden die Bürgermeister von Mainz, Wiesbaden, Kreuznach und anderen Städten im Okkupationsgebiet ihres Amtes entsetzt [3]) und Hunderte von niedrigen, wenngleich wichtigen Beamten, wie Schul- und Sanitätsinspektoren, wurden von dem Veto der Kommission betroffen. Die deutsche städtische Verwaltung ist die fähigste auf der Welt; und wenn sie es nicht wäre, so kann ein französischer Zuchtmeister unter der durchsichtigen Maske eines Zivildelegierten nicht Richter über ihre Leistungsfähigkeit sein. Die Deutschen sehen also in diesen Handlungen und in der eingeführten Untersuchung nach dem Geburtsort und der Abstammung der Beamten des Rheinlandes sowohl ein Werkzeug des Terrorismus wie eine Absicht, das Gebiet zu „entpreußen" [4]) und seine Beamtenschaft von der des Vaterlandes abzusondern. Haben sie unrecht? Falls so, warum bringt es die englische Okkupation zuwege, ohne diese Politik der Raubzüge und Absetzungen auszukommen? Die Antwort ist, daß England sich damit begnügte, die Verfassung der Kommission zu nehmen, wie sie ist. Der französische Bureaukrat hatte andere Verwendungen für sie. Heute ist sie das Symbol französischer „Gewalt". Morgen werden ihre dehnbaren Paragraphen und listig abgefaßten Bestimmungen als Verfassung eines französischen Schutzstaates dienen. Verdacht gegen diese Politik der Durchdringung ist allgemein. Ein hoher Beamter beklagt

[1]) Herrn Tirards Dienstwohnung, aus der der Oberpräsident der Rheinprovinz ermittiert worden war, umfaßt neununddreißig Wohnräume (die er mit einem Delegierten teilt) und wurde mit einem Kostenaufwand von 1 331 492 Mark in Stand gesetzt. Diese Verschwendung geht, dem deutschen amtlichen Bericht zufolge, durch die ganze Ausstattung der Kommission. Die Beispiele sind zahllos. — [2]) Um ein kleines, aber typisches Beispiel zu nehmen, die Amerikaner in Koblenz zwangen die deutschen Behörden zu einem Aufwand von 45 000 Mark, um eine Pferdeausstellung mit Pflanzen zu schmücken. — [3]) Diese Politik scheint der früheren Periode der Okkupation anzugehören. — [4]) Siehe die französische nationalistische Presse passim.

Digitized by Google

sich, daß sein Stab einen Spion der Okkupation einschließt; oder ein Fabrikant, daß militärische Aufnahmen seiner Fabriken zur Entdeckung seiner Geschäftsgeheimnisse verwandt wurden. Unterdessen laßt das Rheinland die Stimme seines neuen Herrn kennenlernen. Jeder, der in einer deutschen besetzten Stadt umhergeht, kann sehen, wie französische Anzeigen, Befehle, Verkehrsvorschriften die Straßen bedecken. Selbst deren Namen erhalten französische Übersetzungen beigefügt und der marokkanische Tirailleur kann, im Gewirr der „Kronprinzenstraße" verloren, seinen Anspruch auf Kultur deutlich in der „Rue du Dauphin" lesen. Derselbe Herr prüft die Pässe für deutsche Kaufleute, gewöhnlich verkehrt. So dienen ferner Paraden, retraites aux flambeaux, Ablösungen der Wache (eine Entschuldigung für muskalische Greuel auf den Hörnern und Pfeifen der farbigen Truppen) als nützliche aide-mémoires des französischen Sieges [1]): „Wir sind hier die Herren" (bum!) — scheinen sie zu sagen. „Und vergeßt das ja nicht" (tirili — tirili!).

Ich komme zur Presse. Die Kommission nahm für sich eine — mag sein notwendige — allgemeine Befugnis in Anspruch, „Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung" und ihrer eigenen „Sicherheit und Würde" zu verhindern. Eine „Beeinträchtigung" kann, wie es scheinen möchte, leicht hervorgerufen werden. Sie muß auf den Rheinschiffen bis zur Raserei erregt sein; denn ich fand diese mit strengen Warnungen, daß keine patriotischen Lieder auf ihnen gesungen werden dürften, geschmückt. Um das junge und alte Deutschland noch weniger Jerusalem vergessen zu lassen, ist es verboten, die alte deutsche Fahne (die volkstümliche Flagge) ohne eine Erlaubnis zu führen.

Aber es ist durch die Beaufsichtigung der Presse, daß die französischen Behörden zu haffen scheinen, einen dichten Schleier des Vergessens zwischen der Bevölkerung des Rheinlandes und den Erinnerungen an das alte Vaterland herabzulassen. Der Geist, der die Kommission beherrscht, hat eine doppelte Scheidewand zwischen ihnen und ihren Zeitungen aufgerichtet. Die Zeitungen in der französischen Zone unterliegen dem Verbot des Erscheinens und sie sind gezwungen, Nachrichten anzunehmen. Außerhalb derselben gibt es natürlich freien Journalismus; obgleich es bezeichnend ist, daß während der kurzen Dauer der französischen Besetzung Frankfurts die „Frankfurter Zeitung" Befehl erhielt, einen Artikel aus der „Times" zugunsten der Entente zu bringen, und dieses große Blatt ist noch dem Verbot im besetzten Gebiete ausgesetzt. Was die Presse innerhalb des Okkupationsgebietes betrifft, so trägt sie den Stempel der knechtischen Rolle, die von ihr erzwungen wird. Sie ist ängstlich und farblos. Auf ihren ersten Seiten stehen die Ukase der Kommission — Bestimmungen dieser oder jener Art, oder möglicherweise Berichte über Bestrafungen von Geschäftsleuten, weil sie nicht die Preise ihrer Waren in den Auslagen hatten. Sollten sie sich zur Politik oder zur Kritik des Verhaltens der gehaßten schwarzen Truppen versteigen, so besteht dafür das scharfe Schwert des Erscheinungsverbotes, für Tage, oder sogar für ein, zwei oder drei Monate [2]). Die Deutschen beklagen sich, daß die Verwaltung willkürlich ist; in dem Bezirk des einen Delegierten mag mehr, in dem eines andern weniger Freiheit sein. Aber die Reservegewalt ist immer vorhanden.

Ich lege keinen Wert darauf, bei den langen Listen von Ausschreitungen, die Angehörigen der farbigen Armee zugeschrieben werden, zu verweilen. Manche dieser Berichte, wie die angebliche Besetzung des Goethehauses in Frankfurt, mögen erfunden oder übertrieben worden sein. Aber niemand kann die vielen Aussagen von Frauen, jungen und alten, verheirateten und ledigen, über Anfälle auf sie selbst oder ihre Kinder und das beigegebene, ins einzelne gehende Zeugnis der Ärzte lesen und zu dem Schlusse kommen, daß es sich hierbei um erfundene Verleumdungen handle. Zweifellos tun die französischen Befehlshaber ihr Bestes, diese Verbrechen durch anstrengende Beschäftigung und strenge Mannszucht einzuschränken. Zweifellos haben die Franzosen mit ihrem schwachen Gefühl für den Unterschied der Rassen nie ganz den Abscheu der Deutschen vor diesem Einbruch sich zu Bewußtsein gebracht [3]).

[1]) Die Franzosen im Rheinland scheinen die Niederlage Deutschlands als ausschließliches Ergebnis französischer Tapferkeit zu behandeln. So begrüßte der französische General, der am Ende des Krieges in eine berühmte deutsche Stadt einzog, die Bürger mit den Worten: „Au nom de la France victorieuse je prends possession de" .... usw. — [2]) Selbst die „Kölnische Zeitung" wurde gezwungen, sich wegen eines Berichtes über einen Vorwurf der Vergewaltigung gegen einen dieser Soldaten zu entschuldigen. — [3]) Schwarze und weiße Soldaten verkehren ungezwungen zusammen im Kasernenleben und im Café und marschieren in den gemischten Bataillonen nebeneinander.

Digitized by Google

Aber er wird nie vergessen werden. Frankreich hat seine Aussicht auf politischen Erfolg im Rheinland von der Stunde an verloren, seit es diese Wilden in seinen Streit zog; und es hat ihn nicht nur in Deutschland verloren, sondern auch in der öffentlichen Meinung seiner Verbündeten und ihrer Okkupationsarmeen.

Die französische Besetzung ist also ein Fehlschlag. Wohin immer sie dringt, löst sich der Partikularismus, den sie zu stärken bestimmt war, in nichts auf. Der Rheinländer hat die widerspruchsvolle Aufforderung, sich als Hunnen und Entarteten, und als echten Franzosen im Herzen zu betrachten, abgelehnt und Frankreich hat sich einen verwirrten politischen Plan mehr aufgeladen. Daran sind wir nicht schuld. Die britische Armee hatte sich in Köln nur wie ein Gentleman aufzuführen, um den Lohn eines Gentleman zu erhalten. Sie ist eine der beliebtesten Einrichtungen im Rheinland, wie die französische die verabscheuteste ist. Und wenn auch sie ein Werkzeug der Bedrückung ist, so ist das großenteils der Fall, weil wir Frankreich die administrative Leitung der Kommission überlassen haben, wie die fast aller großen Exekutivbehörden der Nachkriegszeit, und ihm gestattet haben, ihr sein besonderes Merkmal des Militarismus tief einzuprägen. Aber wir wollen einen Unterschied machen. Das Frankreich, das man im Rheinland sich aufblähen sieht, ist das militärische Frankreich. Das politische Frankreich ist dort nicht; es konnte nicht dort sein, weil ihm nie gestattet wurde, von dem Betäubungsschlaf des Krieges zu erwachen. So geschah es, daß die französische Soldateska von den Trümmern der Heiligtümer und Städte Nordfrankreichs einmarschierte und dabei wohl das prächtige Gebäude des städtischen Lebens Deutschlands unversehrt sah, aber seinen physischen und moralischen Zusammenbruch nicht wahrnahm. Diese Stimmung leitete die französische Okkupation und beherrscht sie noch. Ich glaube, sie ist ein wenig gebessert. Aber die französischen Soldaten stehen noch still, steif und sinnlos, wie die Potsdamer Grenadiere Friedrich Wilhelms. Sie haben keine Wurzel im Boden, aber ihre Bureaukratie sorgt dafür, daß sie fortfahren, Deutschland aufzuzehren. Deutschland seinerseits tut, was es kann, sich nicht aufzehren zu lassen. Das ist alles, was man sagen kann, bis ein neuer Geist über Frankreich weht und sein haß- und furchtverzerrtes Antlitz aufheitert.

H. W. Massingham.

Offener Brief an die Universitäten der Welt betr. die Universität Straßburg i. E.

Als die deutsche Regierung 1870 von Straßburg Besitz nahm, zunächst noch als Kriegsmacht, erst seit 1871 als friedensmäßige Besitzerin, fand sie drei Universitätsteile vor: eine protestantisch-theologische Fakultät in Anlehnung an das Thomas-Stift, eine Académie des Droits und eine Faculté de Médecine. Sie ließ die Lehrer und die Institutsleiter, den Unterricht und die ganze wissenschaftliche Arbeit ungestört; wer bleiben oder weiterarbeiten wollte, der war willkommen. Noch im Mai 1872, als die neue Gesamtuniversität Straßburg ins Leben trat, waren zehn Professoren an der ehemaligen Académie tätig, und sieben Professoren der Medizin-Fakultät führten den begonnenen Jahreskursus zu Ende. Wer sich nicht selber weigerte, an der neuen Universität weiter zu dienen, wurde gern übernommen. Dies taten an der theologischen Fakultät die Ordinarien Bruch, den der Kaiser zum ersten Rektor ernannte, Baum, Cunitz und Reuß; in der medizinischen Fakultät die Professoren Aubenas, Joessel, Strohl und Wieger als Ordinarien; in der philosophischen Weber sowie der Gymnasialprofessor Heitz; in der naturwissenschaftlichen der Museumsdirektor Schimper und der Gymnasialprofessor Roth. Aber auch solche französische Professoren, die nicht in die neue Universität übertraten, wie der Kliniker Schützenberger u. a., sondern sich offen auf die französische Seite stellten und namentlich bei der Verwaltung des Bürgerspitals, wo man ihnen ihre Abteilungen beließ, nicht geringe Schwierigkeiten bereiteten, wurden ruhig in ihrer Stellung belassen; man behelligte sie auf keine Weise; sie durften z. B. in der Verwaltungskommission des Spitals, wie vorher, die französische Sprache gebrauchen, obwohl sie bei Verhandlungen mit elsässischen Landleuten, die kein Französisch verstanden, recht gute Deutschkenntnis verrieten.

Als die französische Regierung 1918 auf Grund des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November Straßburg in Besitz nahm, ließen französische Beamte am 30. November dem Rektor

Digitized by Google

sagen, er sei abgesetzt, und verlangten von den Institutsleitern die Namen älterer elsässischer Studenten, damit diese die Institute übernehmen könnten. Am 1. Dezember wurde ungefähr einem halben Dutzend Professoren die Abreise anbefohlen. Das Gepäck wurde ihnen auf 40 Kilo beschränkt. Sie mußten am nächsten Tage aufbrechen und auf der Rheinbrücke anderthalb Stunden warten, wobei sie der Beschimpfung preisgegeben waren.

Am 2. Dezember gelangte an die Dekane und Institutsleiter eine Verfügung vom „Direktor des öffentlichen Unterrichts", gezeichnet Eug. Müller, eine Verfügung, wonach die Vorlesungen und Übungen mit diesem Tage suspendiert und die Prüfungen noch in derselben Woche beendet werden sollten.

Derselbe Müller erklärte es für aussichtslos, die Weiterzahlung der Gehälter vom 1. Januar ab auch nur zu berühren.

Im Januar folgten zwei weitere große Ausweisungen, so daß jetzt tatsächlich fast die gesamten Professoren und Dozenten der Straßburger Universität im Exil sind. Die Abziehenden durften diesmal 100 Kilo Gepäck mitnehmen; aber inzwischen war aller altdeutscher Besitz, beweglicher und unbeweglicher, sequestriert und der Transport von Möbeln und dergl. ausdrücklich untersagt worden. Die Privatbibliotheken, Sammlungen, Instrumente, Präparate, Manuskripte, kurz das ganze wissenschaftliche Arbeitszeug, ohne das der Gelehrte lahmgelegt ist, wurde hiermit den Vertriebenen vollständig entzogen. Für eine Reihe von Intelligenzen, deren selbstlose Lebensarbeit der gesamten Kulturwelt zugute kam und weiterhin zugute gekommen wäre, bedeutet dies den Zusammenbruch.

Auch die Studierenden, die sich an andere Universitäten wenden wollten, wurden durch eine absolute Postsperre geschädigt, durch die alle Akten und Prüfungspapiere unabgeliefert blieben.

Im Jahre 1870 stand über der Schwelle der Wissenschaft: Hic est civitas dei. Vor ihr hörte damals alle Feindschaft auf. Betreffs dessen, was jetzt geschah, stellen wir objektiv die Tatsachen zusammen und überlassen das Urteil den akademischen Bürgern der Welt.

April 1919. Der Senat der Universität Berlin.

Rundschau:

Brennende Fragen aus dem Gebiete des Strafwesens.

Harold Picton, der aufrichtige Freund Deutschlands und Verfassers unseres Oktoberheftes 1921 („Das bessere Deutschland im Krieg") schreibt uns:

Darf ich einige Bemerkungen über die Auffassung des Herrn Dr. Korte machen. In der Februarnummer besteht er sehr auf der „Strafe" als Heil der Menschheit, kaum als Heil des Verbrechers, denn den hält er anscheinend für unrettbar. Die furchtbare Strafe soll aber die andern abschrecken. Gut. Die erste, praktische Frage ist: tut sie das? Gab es weniger Diebstahl damals, wo der Dieb für seine Missetat mit seinem Leben büßen mußte? Ich schreibe aus England und ich weiß, daß hier im 18. Jahrhundert junge Mädchen und schwangere junge Frauen für kleine Diebstähle hingerichtet wurden; ich weiß aber auch, daß mit der Milderung der Strafe die Diebstahlfälle abgenommen haben. Die Folterkammer, die Hinrichtung, brutale Prügelstrafe sind immer von den machthabenden Moralisten unterstützt worden, doch zeigt uns die Entwicklung der Zivilisation eine Milderung der Strafe und eine Abnahme des Verbrechens.

Ein junger Student wird im Rausch zum Mörder. Daß „er nie mehr im Leben Ruhe und Rast finden könne", empfindet der Herr Doktor als gerecht und fügt hinzu, „Diese Empfindung ist gesund und sie muß in unserem Volk gestärkt werden". Mein Gott! Ist es durch Ausschluß der Barmherzigkeit, daß das deutsche Volk wieder auf die Höhe kommen soll? Nach meiner Auffassung und nach meiner Überzeugung ist das nicht die Gabe, die das deutsche Volk der Menschheit zu spenden hat. Denn wahrscheinlich war es hauptsächlich Zufall, daß der jugendliche Rausch zu dieser furchtbaren Tragödie führte, ein Zufall auch, der irgend einen von uns hätte treffen können. Dr. Korte ist doch etwas unlogisch geneigt, dem jungen Leben den Gnadenstoß zu geben. Glaubt er wirklich, daß dieses Schreckbild einen einzigen Studenten von dem Rausch abschrecken würde?

Korte glaubte, daß man nicht nur strafen soll, man soll auch nachher „aufs äußerste miß-

Digitized by Google

trauisch sein", das heißt dem bestraften Verbrecher jedes Hindernis in den Weg stellen. Und das soll „Gerechtigkeit" sein! Ich war lange Jahre Lehrer und ich weiß wohl, daß es einem schwer ankommt, Vertrauen zu schenken, wo man einmal betrogen worden ist, doch nur so kann man dem Schuldigen helfen, seine Ehre wieder aufzurichten. Wenn einer mit Strafe gebüßt hat und dann weiter verfolgt wird, wozu in bezug auf das Verbrechen war die Strafe da? Eine ewige Einsperrung wäre allein logisch. Und dann muß das kein Strafverfahren sein, sondern die Aufnahme eines Kranken in eine Krankenanstalt.

Es ist noch etwas zu sagen. *Was ist ein Verbrechen? Was die Bestrafer für ein Verbrechen halten.* In diesem Geist wünschten die Ententemächte das deutsche Volk zu „strafen". Ich persönlich halte Betrug für eins der schwersten Verbrechen, denn nichts stört das Verhältnis zu den Mitmenschen mehr als Betrug. Doch muß ich immer wieder sehen, daß Lug und Trug ein hochgeschätztes Staatsverfahren und in dem geschäftlichen Leben nicht unbekannt ist. Man muß nur nicht so betrügen, daß man vor das Gericht kommt. Und stehlen: was ist das Stehlen? Einer prahlt, daß er einer alten Frau ein wunderbares altes Möbelstück abgekauft habe und, als sie unwissend um das Zehntel seines Wertes bat, daß er darum feilschte bis er schließlich nur das Zwanzigstel des wirklichen Wertes zahlte. Ist das wohl Stehlen? Mindestens nach meiner Auffassung ein Verfahren, das viel niederträchtiger ist als die meisten Diebstähle. Aber strafbar? Ganz und gar nicht.

Was für Unsinn wir über Gesetze und Verbrechen schreiben! Die Sitten ändern sich von Zeit zu Zeit und wenn hier in Europa die Polygamie als Verbrechen gilt, wird sie bei vielen anderen Völkern erlaubt. Indessen ist unsere Monogamie nur eine Scheinmonogamie.

Die Gesetze sollten nur da sein, um die Verhältnisse der Menschen zu ihren Mitmenschen zu sichern. Moralischen Wert können sie wenig haben und je weniger sie sich in die Moralprobleme einmischen, desto besser. *Ein* Verbrechen können aber die Gesetze vermeiden, das Verbrechen der Rachsucht und der Grausamkeit. Das kommt dem ganzen Gerichtswesen natürlich schwer, denn die Moralisten sind gewöhnlich die schwersten Verbrecher ihrer Zeit.

Elstead (England). *Harold Picton.*

Neue Bücher.

Ausgewählte Werke Gottfried Kellers für Jugend- und Volksbüchereien legt der bekannte katholische Verlag Herder (Freiburg i. B.) vor. Die 2 Bände (geb. 90 M.) enthalten: Pankraz der Schmoller, Frau Regel Amrain, Die drei gerechten Kammacher, Kleider machen Leute, Die mißbrauchten Liebesbriefe; der Landvogt von Greifensee, Das Fähnlein der sieben Aufrechten, Regine, Die arme Baronin, Ausgewählte Gedichte. Der Herausgeber, Prof. Otto Hellinghaus, hat ausführliche Einleitungen beigesteuert. Die Ausgabe ist vom katholischen Gesichtspunkte aus veranstaltet. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir es für pädagogisch und volkserziehlich richtig halten, jugendlichen und einfachen Lesern Keller zunächst in einer Auswahl darzubieten, bis reiferes Alter und vermehrte Bildung sie in den Stand setzen, auch die in den beiden Bänden nicht enthaltenen Werke des Dichters mit Nutzen zu lesen. Dichter, die nur für erwachsene Leser geschrieben haben, ohne jede Auswahl in Jugend- und Schulbüchereien einzustellen, mag vielleicht bequem sein, gewissenhaft ist es nicht.

Von der bewährten „*Bibliothek wertvoller Novellen* und Erzählungen" desselben Herausgebers und Verlags erschien Band II. in 3. Auflage. Er enthält Fouqués Undine, Kleists Bettelweib von Locarno, Mörikes Lucie Gelmeroth, Stifters Bergkristall, Halms Marzipanliese und Des Lebens Überfluß von Tieck (gebunden 25 M.). Es wird manchem Leser von Wert sein, eine in jeder Beziehung unbedenkliche Novellensammlung schenken zu können.

Eine Auswahl „*Deutsche Lyrik seit Liliencron*", herausgegeben von Hans Bethge (Hesse & Becker, geb. 30 M.), enthält Gedichte von Altenberg, Becher, Bierbaum, Calé, Däubler, Dauthendey, Dehmel, Falke, Flaischlen, Hartleben, Hesse, Heym, Hofmannsthal, Holz, R. Huch, J. Kurz, Lasker-Schüler, Liliencron, Mombert, Morgenstern, Nietzsche, Rilke, Schaukal, Scholz, Schröder, Trakl, Werfel u. a. Von Verstorbenen vermissen wir unsern unvergeßlichen Freund Heymel, der als Dichter zum mindesten so be-

Digitized by Google

deutend ist wie manch andrer, der in dem Bande vertreten; von Lebenden, außer George, der grundsätzlich keines seiner Werke einer Auswahl gibt, vor allem Hermann Burte, Rudolf Borchardt und Ernst Bertram. Von R. A. Schröder sollte wenigstens eine seiner deutschen Oden und antiken Elegien zu finden sein. Manche Dichter würde ich glatt hinauswerfen. Das Niveau der Sammlung würde nur gehoben, brächte sie mehr multum als multos.

Wenige wissen, daß alle bisherigen Hölderlin-Ausgaben durch die Textgestaltung des verstorbenen Hellingrath und seine Entdeckung bisher unbekannter Hymnen, Bruchstücke und Entwürfe gegenstandslos geworden sind. Eine auf dieser Tatsache fußende Auswahl in einem Bande, besorgt von Erich Lichtenstein, erschien im gleichnamigen Verlage (Jena) und kostet geheftet 30 M. Sie enthält alle Gedichte der Reife und fast alle späten Hymnen und Bruchstücke.

Von der herrlichen monumentalen Insel-Ausgabe der Werke und Briefe Hölderlins liegt Band IV vor; er enthält die Briefe 1785—1804 und als besonderen Schmuck die Marmorbüste Diotimas, und den berühmten Brief an Schiller in Faksimile.

Vom Buche „Der Kanzler" liegt das 95. bis 115. Tausend vor (Verlag Langewiesche-Brandt, gebunden 23.40 Mark). Es ist die ideale Biographie des einzigen Kanzlers, den das Deutsche Reich gehabt hat (die übrigen waren..., doch das ist eine andere Geschichte, wie Kipling sagen würde), zusammengestellt aus Briefen, Reden, Erinnerungen, Berichten, Anekdoten, und klug verbunden durch den Herausgeber Tim Klein. Es enthält z. B. das Vernichtendste, was Wilhem II. gegen sich selbst geschrieben hat, nämlich das Telegramm vom 22. März 1890: „Mir ist so weh ums Herz, als hätte ich meinen Großvater noch einmal verloren! Es ist mir aber von Gott einmal bestimmt; also habe ich es zu tragen, wenn ich auch darüber zugrunde gehn sollte." Er ist darüber nicht zugrunde gegangen. Bloß das Deutsche Reich. Für Leute, die sich über den Mann in Amerongen noch immer nicht klar sind, besonders für eine allzu begeisterungsfähige Jugend, die auf spekulative Romantik hereinzufallen Gefahr läuft, ist das Buch Tim Kleins noch notwendiger, als der III. Band.

Über „Richard Strauß und sein Werk" hat Richard Specht ein umfangreiches, enthusiastisches Werk geschrieben (Verlag E. P. Tal & Co., 2 Bände, geheftet 125 Mark). Der erste Band behandelt die Entwicklung des Musikers im allgemeinen und die Instrumentalwerke, der zweite die Vokalwerke und vor allem die Musikdramen. Zum Verständnis sind jedem Bande umfangreiche Thementafeln beigegeben. Aber die Darstellung Spechts ist keineswegs theoretisierend, sondern angenehm frisch, und bei aller Begeisterung nicht kritiklos, so daß auch, wer nicht jedes der besprochenen Werke kennt, oder den bewundernden Standpunkt Spechts nicht durchwegs teilt, seinen liebevollen und tief eindringenden Analysen mit Vergnügen folgen wird.

Josef Hofmiller.

Von der vierbändigen Weberschen Weltgeschichte ist der erste Band in dreiundzwanzigster Auflage erschienen (Leipzig, Engelmann). Dieser Band behandelt, mit den morgenländischen Völkern beginnend, das gesamte Altertum bis zum Ende des Römischen Reiches. Das altbekannte Werk, das in dieser Neuausgabe von Prof. Dr. E. Schwabe bearbeitet ist, bedarf keiner Empfehlung mehr.

Wir haben noch nicht hingewiesen auf „Religiöse Erzieher der katholischen Kirche aus den letzten vier Jahrhunderten", herausgegeben von Sebastian Merkle und Bernhard Beß (Quelle & Meyer, Leipzig) — ein Buch wie wenige geeignet, den Katholiken anzuregen, den Nichtkatholiken in eine ihm neue Welt einzuführen. Wenn wir aus dem reichen Inhalt verraten, daß unser Mitarbeiter Josef Bernhart über „Fénelon und Madame Guyon" schreibt, unser Mitarbeiter Merkle über den bayerischen Fénelon, J. M. Sailer, so werden schon diese Stücke manche Leser zu der schönen Sammlung greifen lassen.

Herders Konversations-Lexikon läßt soeben einen Ergänzungsband erscheinen, der die Buchstaben A—K umfaßt; der zweite Teil soll längstens innerhalb eines Jahres herauskommen. Diese beiden Bände werden auch für denjenigen, der das treffliche Herdersche Lexikon nicht besitzt, einen selbständigen Wert haben: sie stellen nämlich eine Art Zeitlexikon dar, indem sie über alle die Dinge und Personen Auskunft geben, die durch die weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten sieben Jahre wichtig geworden sind.

Digitized by Google

Die Relativität der französischen Literatur.

Sie erinnern sich, lieber Herr Doktor B..., des Sommernachmittags, an dem Sie mich zum „Corregidor" bekehren wollten. Seit 20 Jahren hatte ich das Werk nicht mehr gehört. Ihr dringendes Zureden lockte mich wieder hinein, obwohl ich Angst hatte die zwiespältigen Gefühle der ersten Aufführung aufs neue heraufzubeschwören. Nach dem Duett zu Beginn des zweiten Akts ging ich nach Hause: nicht enttäuscht oder irgendwie verdrossen, sondern nur aus dem friedlichen Bewußtsein heraus, es sei für mich augenblicklich fördernder, den mir gerade durch Hugo Wolf wieder unheimlich klar gewordenen Abgrund zwischen Genie und Talent auf dem Heimwege durch die abendliche Maximiliansstraße durchzudenken, als weitere eineinhalb Stunden umsonst auf einen genialen Einfall zu warten. Tags darauf kam ich zu Ihnen, in der besten Absicht, mich, wie schon so manches frühere Mal, bekehren zu lassen. Sie begannen das Vorspiel, nachdem ich Ihnen zuvor noch offen gesagt hatte, ich fände das Corregidor-Motiv selbst, das sich durchs ganze Werk zieht, erklügelt, reine Schreibtischerfindung, alles, nur kein Einfall. Sie spielten Seite Eins des Auszugs. Als Sie umblätterten, bat ich, unterbrechen zu dürfen: von hier an schiene mir nämlich das Vorspiel ein ziemlich langweiliges Weiterspinnen des an sich nicht gerade interessanten Gedankens. Sie parierten meinen Einwand mit der pikanten Kastagnettenarie — das sei doch etwas ganz Reizendes. Worauf ich mir erlaubte Sie zu fragen, ob Sie zufällig den Auszug von Bizets Carmen zur Hand hätten. Auszug nicht, aber Partitur. „Desto besser: also zum Vergleich, bitte, die Stelle vom Wall von Sevilla und vom Freund Lucas Pastia." Sie spielten sie, und beim fünften oder sechsten Takt lächelten Sie schon vor Entzücken. „Sehen Sie, bei Wolf sind wir beide ernst geblieben", sagte ich. „Sie haben ja leider recht, aber Sie müssen noch eine sehr schöne lyrische Stelle hören aus dem letzten Akt, den Sie geschwänzt haben." „Sehr schön in der Tat, aber weil wir gerade bei Carmen sind, möchten Sie, bitte, die Stelle der Micaëla suchen, Sie wissen schon welche..." „Ja, das ist freilich etwas anderes." „Sehen Sie! Das eine ist nun eine spanische Oper von einem Nichtspanier, und das andere ist auch eine spanische Oper von einem Nichtspanier, die eine mindestens 20 Jahre älter als die andre. Wenn ich nun die jüngere nur um den Preis genießen kann, daß ich nicht einen Augenblick daran denken darf, daß die ältere existiert und daß sie witziger ist, so seh ich nicht ein, warum ich nicht gleich die ältere hören soll. Aber wollen wir uns nicht wieder auf Mozarts Phantasie für die Orgelwalze einigen?"

Dies ist das eine Erlebnis. Das andre ist folgendes. Denken Sie noch dran, wir waren zu dritt in Ihrem Musikzimmer, Sie hatten einem Freund und mir den ganzen Nachmittag vorgespielt: unbekannten Mozart zuerst, dann unbekannten Schubert, frühesten Bach, Pfitzner, alte italienische Sachen aus Steinitzers musikalischem Atlas, dann waren wir aufgestanden und wollten zusammen fortgehen, — ich weiß selbst nicht mehr, wer in diesem Augenblick den Namen Wagner aussprach, jedenfalls waren wir alle drei so unwagnerisch aufgelegt wie möglich —: kurz, Sie schlugen die Stelle auf, wo Siegfried die Brünhild vergißt (ich glaube, um die Harmonie handelte sich's), ich weiß wieder nicht, wer es war, der sagte „das ist freilich unheimlich großartig", nur soviel weiß ich, daß wir etwa noch eineinhalb Stunden länger bei Ihnen oben blieben, als geplant war, daß Sie in dieser Zeit bald aus dem Vorspiel, bald aus der Mitte, bald aus dem letzten Akt einen ganz genialen Einfall nach dem andern aufschlugen, daß wir nicht müde wurden, Götterdämmerung zu hören, und noch hernach, wie wir längst bei einem Glase Wein saßen, bei allen Vorbehalten, allen Fragezeichen, Einwänden, Instinkt-

Digitized by Google

widerständen, immer wieder auf seine Genialität zu sprechen kamen, seine ungeheure, unbeschreibliche, bestürzende Genialität ...

Warum ich diese beiden Erlebnisse mitteile? Sehr einfach: weil man mir vorgeworfen hat, ich kritisierte die französische Literatur aus nationalistischen Gründen — die Deutschen sind reizend: sie haben von den Franzosen das Wort nationaliste entlehnt, um es als Schimpfwort gegen Landsleute zu verwenden —, aus einer Nachkriegs-Psychose, und was derlei niedliche Unterstellungen mehr sind. Manche Leute können sich nun einmal, wie es scheint, nicht vorstellen, daß man sich über Weltliteratur genau so sachlich unterhalten kann, genau so ohne Vorurteil, ohne Schielen nach politischen Grenzpfählen, wie über Musik, oder wie man durch eine große europäische Galerie geht: unwillkürlich bleibt man in den Niederländer- und Spanier-Sälen des Louvre länger, sieht sich jedes Bild genauer an und kehrt vor allem öfter wieder dorthin zurück, als zu den Franzosen des 17. Jahrhunderts. Diese Unbefangenheit, die sich in der Beurteilung von Werken der Musik und der bildenden Kunst so von selbst versteht, daß man sich schämen würde, sie zu betonen oder eigens zu verlangen, ist uns für die Weltliteratur in einer Weise verloren gegangen, daß alle Begriffe und Kriterien, die für die andern Künste zum Handwerkszeug jedes Anfängers gehören: Talent, Genie, groß, tief, fein, zart, anmutig, nett, zierlich, hübsch, Kunst, Kunstgewerbe, Musik, musiquette — daß ästhetische Wertungen als solche in der Literaturgeschichte zusehends durch den fragwürdigen Begriff einer „Einfühlung" verdrängt werden, hinter dem nichts andres steckt, als unzulängliche Kenntnis des Gesamtgebiets, Mangel an Geschmack und vor allem an *Mut*, vielleicht auch am Recht zum Geschmack. Aber ohne diese Kriterien wird die Betrachtung der Künste zu nichts anderm als zu einem psychologisch aufgeputzten oder philologisch begründeten Feuilleton. Es scheint mir nicht überflüssig, zu betonen, daß ein Unterschied ist zwischen geistreichem Literaturjournalismus, auch wenn er dicke Bücher produziert, zwischen fleißigen Seminaraufsätzen, auch wenn sie sich als Kompendien geben, und zwischen großer Literaturgeschichte, wie wir sie früher hatten, und die nur *einen* Standpunkt kennen darf: den der vergleichenden Weltliteratur. Eine Weltliteratur wird heute nur noch von Dilettanten in Angriff genommen: Leuten wie Pater Baumgartner, Otto Hauser, Paul Wiegler, angeblich weil von den zünftigen Literarhistorikern vor lauter Gewissenhaftigkeit keiner mehr den *Überblick*, in Wirklichkeit, weil keiner mehr den Blick hat. Die Vertreter des Fachs, die über mittelalterliche *und* nachmittelalterliche Zeitabschnitte lesen, lassen sich zählen, und gehören fast durchwegs der älteren Generation an. Männer, die französische *und* deutsche Literatur gleichmäßig kennen und über beide etwas zu sagen haben, wo sind sie? Der Typus Uhland scheint mit Wilhelm Hertz und Konrad Hoffmann endgültig ausgestorben. Ängstliche Arbeitsteilung feiert ihre scheinbar billigen, in Wahrheit teuer erkauften Triumphe. Der eine Umstand, daß die 7. Auflage von Hettners klassischem Werk übers 18. Jahrhundert zwischen drei Spezialisten aufgeteilt werden mußte, sollte nachdenklich machen. Schließlich erleben wir einen Neudruck, bei dem jedes Kapitel von einer andern Koryphäe verantwortlich gezeichnet wird.

Wenn man schon dem lesenden Bücherfreunde immer wiederholen muß, daß nur durch Kennenlernen der fremden Literaturen der Blick erworben wird für das Wesentliche der eigenen, nur durch Studium der älteren der Sinn für die neuere, nur durch Kenntnis der Antike das Auge für Größe, die auf sich selber ruht, so müßte sich der Literarhistoriker erst recht in jedem Augenblick bewußt sein, daß es nur eine einzige Urteilskammer gibt: das, was Matthew Arnold a European jury nennt, the only competent jury in these cases.

Um was es sich handelt, ist also genau das Gegenteil von Nationalismus. Es ist der europäische Standpunkt, von dem aus das, was an dem Werk einer

Digitized by Google

Nation wirklich groß, neu, eigenartig ist, erst überschaut werden kann, und der nicht das geringste zu schaffen hat mit jener Einfühlungsvirtuosität, die heute in diesen, morgen in jenen belanglosen Landsmann oder Ausländer hineinschlüpft, um ihr orakelhaftes „Immerhin" zutage zu fördern. Es fragt sich, ob wir nur noch die Pflicht zur Einfühlung haben, oder das Recht zu einem Standpunkt. Ob wir stillschweigend jeder Literatur einen andern Prozentgehalt zubilligen müssen, dabei aber nach wie vor uns derselben Terminologie sollen bedienen dürfen. Ob es sich in der Kunst um Gold handelt, oder um Valuta. Ob wir das Recht haben, die französische Literatur ins richtige Verhältnis zur Weltliteratur zu setzen, oder die Pflicht, sie nur noch mit französischen Augen zu sehen und keine andre Meinung mehr über sie vorzubringen als, um mit Rivarol zu sprechen, l'opinion qu'elle a su donner d'elle au reste du monde.

Wenn Stendhal sein ganzes Leben lang nicht müde geworden ist, seinen Landsleuten zu sagen, sie verwechselten beständig le beau und le joli, werd' ich's wohl auch sagen dürfen. Und wenn die Goncourts mit ihrem bekannten Ausspruch „Der große Dichter des 18. Jahrhunderts heißt Watteau" wissen, was große Dichtung ist, sollten dann vielleicht wir für ein Jahrhundert, in dem s i e keinen großen Dichter finden, einen e r finden? Ist es wirklich ein Fehler, wenn ich bei Betrachtung der römischen Literatur nicht vergessen kann, daß es eine griechische, beim Lesen einer Nachahmung nicht, daß es ein Urbild, bei der Beschäftigung mit irgend welcher Nationalliteratur, daß es eine Weltliteratur gibt? So gern ich mich übers grand siècle von Taine belehren ließe, und über französische Literatur mit Romain Rolland spräche, weil der eine die Griechen kennt und Shakespeare, der andre Michel Angelo, Dante und die Russen, so wenig gebe ich dem nächstbesten Grammatiker, und hätte er die Wissenschaft durch eine noch so erschöpfende Zusammenstellung übers unveränderliche Partizip Präsens bereichert, das Recht dreinzureden, wenn von Werten der Weltliteratur die Rede ist.

Aber vielleicht trägt es zum Verständnis meiner Bemerkungen über das Französische bei, wenn ich mitteile, wie sie entstanden sind.

Den unmittelbaren Anstoß gab die neue Auflage der französischen Literaturgeschichte von Birch-Hirschfeld, die 1913 erschien, und die ich ausführlich zu würdigen vorhatte. Eine ziemliche Menge Aufzeichnungen hatte sich zu diesem Zweck angesammelt. Als im Juni 1920 das Heft „Die Franzosen" der Südd. Monatshefte fertiggestellt werden sollte, gab ich, mangels eines andern Beitrags, diese Randeinfälle in ihrer aphoristischen Urform rasch zur Veröffentlichung, und meinte damit, den Gegenstand wieder auf längere Zeit beiseite legen zu können.

Das war eine Täuschung. Durch die wenn auch geringe Tätigkeit des Abschreibens und Ordnens der Notizen für den Druck war mir die Frage nach dem absoluten oder relativen Werte von Literaturen, der französischen im besonderen, in eine Bewegung gekommen, die heute noch nicht zur Ruhe gelangt ist. Es war wie ein kleiner Bergrutsch, der mit dem Abbröckeln eines unterwaschenen Steins beginnt, worauf die nähere Umgebung anfängt lebendig zu werden, abzurieseln, auszubrechen, aus der Wand zu springen, eine Fallrinne schürft sich immer tiefer und breiter, nach oben ein Rißtrichter, den immer größere Brocken und Trümmer erweitern, um sich unten zu einem immer höhern Schuttkegel zu sammeln. Jedenfalls hat die Bergwand nachher ein anderes Gesicht als zuvor.

Es zeigte sich, daß mein Glaube an den absoluten Wert der französischen Literatur, mir selbst nur zum Teil bewußt, innerlich längst erschüttert war; daß sich sozusagen unterirdisch, in aller Stille, ganz andre Wertungen herausgebildet hatten und meine Zweifel und Einwände viel radikaler geworden waren, als ich dachte. Das ganze Problem war in Fluß gekommen und ließ mich nicht mehr los. Die in zwei folgenden Heften veröffentlichten Nachträge waren nur ein kleiner

Digitized by Google

Teil der Aufzeichnungen, die sich mir nunmehr von Woche zu Woche und von Tag zu Tag ansammelten.

Auch hier kann ich wenigstens ein paar der äußeren Umstände angeben, die das Problem in Fluß brachten. Einer war z.B. die neue „Schulordnung für die Höheren Lehranstalten im Königreich Bayern" vom 30. Mai 1914, durch ihre Vorschrift: „Auf jeden Fall müssen die Schüler auf der Oberstufe ein Werk von Molière, am Realgymnasium und an der Oberrealschule außerdem ein solches von Shakespeare gelesen haben." Die naive Gleichsetzung der beiden Dramatiker gab den Anstoß, über die relativen Werte der beiden Literaturen klar zu werden. Das Ergebnis dieses Vergleichs war der Aufsatz „Englisch oder Französisch?", den man in meinem kleinen Buche „Vom alten Gymnasium" nachlesen kann. Die Rolle, die das Französische immer noch in den Lehrplänen der deutschen höheren Schulen spielt, ist lediglich ein Beweis für die Unfähigkeit der Deutschen, sich veränderten Situationen anzupassen. Jetzt noch an Realanstalten sechs Jahre lang Französisch zu treiben und nur zwei Jahre lang Englisch, jetzt noch am humanistischen Gymnasium Französisch als Pflichtfach zu poussieren und Englisch als Wahlfach an die Wand zu drücken, ist vom Standpunkte der Bildung aus ein Unfug, und von dem der Zweckmäßigkeit aus ein Mißbrauch der Zeit und Arbeit von Lehrern und Schülern.

Ein weiterer Anstoß war die während des Kriegs viel erörterte Fremdwörterfrage. Ein verdienter Vorkämpfer für sprachliche Reinheit behauptete, die Franzosen hätten keine, oder jedenfalls kaum nennenswert viele Fremdwörter. Das veranlaßte mich, mein dumpfes Gefühl von Unbehagen gegenüber den sogenannten mots savants des Französischen, gegenüber seiner sprachgeschichtlichen Entwicklung überhaupt, einmal nachzuprüfen. Ein weiteres kam dazu. Seit etwa zwanzig Jahren sammle ich, rein zu meinem Vergnügen, französische Volkslieder, während ich offen gestehe, daß ich zur französischen literarischen Lyrik, mit ganz wenigen Ausnahmen, wenig Verhältnis finde. Bei diesen Volksliedern nun galt es zu sichten, zu wählen; unter zwanzig Lesarten sich für eine bestimmte zu entscheiden. In manchen Texten störte vielleicht nur ein einziges Wort: unweigerlich war's ein mot savant. Das mot savant wurde in vielen Fällen zum Prüfstein, ob ein Lied als Volkslied anzusprechen sei. In meiner Abneigung gegen die mots savants in der Dichtung befinde ich mich in bester französischer Gesellschaft. Wie gut überhaupt die *französische* Gesellschaft ist, in der ich mich mit meinen Ketzereien gegen die französische Literatur befinde, davon haben meine deutschen Kritiker keine Ahnung. Schließlich ist es auch nicht nötig, daß die Herren auf dem Laufenden sind, wenigstens nicht für mich. Von der Sprache dieser Volkslieder gilt, was Léon Gautier (L. Petit de Julleville, I, 98) von der des Rolandslieds sagt: à tout le moins, elle est une, et les mots savants, par bonheur, n'y ont guère pénétré.

Die Freude am Volkslied hatte mich längst in immer frühere Jahrhunderte geführt (die hübschen Schäferreime des 18. Jahrhunderts sind alles andre als Volkslieder): ins sechzehnte, ins fünfzehnte, dessen Erzeugnisse dem heutigen Leser noch augen- und mundgerecht gemacht werden können, wenn auch mit leichten Veränderungen, ins vierzehnte, wo sich plötzlich jede Modernisierung verbietet, weil die Reimvokale nicht mehr stimmen würden, auch aus anderen Gründen. Je weiter ich zurückschritt, desto stärker war das Gefühl: Dies ist doch wirklich Lyrik, dies ist Dichtung![1]) Was bedeutet daneben Lamartine, Hugo, selbst Musset: „Das hätte

[1]) Die kostbarsten mir bekannten Liebeslieder gab ich in einem Privatdruck der Bremer Presse heraus: Chansons d'Amour. Weitere Sammlungen (Balladen, religiöse Lieder, Kinderlieder usw.) sind geplant. Für Auswahl und Textgestaltung kommen rein künstlerische Gesichtspunkte in Betracht, nicht sprachliche oder volks-

Digitized by Google

ich alles ebensogut in Prosa sagen können", wie Heine einmal bekennt. Lyrisches Feuilleton, wie Heine selbst, Rosen auf Draht. Ich weiß nicht, für wen die Tatsache, daß Heine der einzige deutsche Lyriker ist, der in Frankreich bis zu einem gewissen Grade Eingang fand, kompromittierender ist: für den französischen Geschmack oder für Heine...

Es wurde mir allmählich immer klarer, daß gewisse Unzulänglichkeiten der französischen Lyrik in der Sprache selbst liegen, daß insbesondere jene hohe Lyrik, bei der das Gefühl zum Gedanken, der Gedanke zum Gefühl wird, — ich denke an manche Dichtungen Goethes, an die Sonette Michel Angelos, an die großen Engländer — im Französischen unmöglich ist, unter anderm aus dem triftigen Grunde, daß die Abstrakte einer andern Sprachstufe angehören, genau genommen, sogar einer andern Sprache als alles andre. Die einschlägigen Dichtungen Hugos um nur dies eine Beispiel zu nennen, sind für mein Gefühl nichts als hübsch gereimte Leitartikel. Aber wozu der Reim? „Das alles hätte ich ebensogut in Prosa sagen können..."

Der fortgesetzte Vergleich mit andern Literaturen ist für die französische nicht günstig. Ich kann nicht zugeben, daß man jede Literatur nur mit ihrem eigenen Maße messen dürfe. Dies scheint mir der Verzicht zu sein auf allen und jeden Maßstab überhaupt. Es muß doch, sagte ich mir, ein gemeinsames Maß geben, das sich immer und überall gleich bleibt, das überall gilt, das sich nicht wie der Zaubermantel im Märchen entgegenkommend verniedlicht, um plötzlich wieder riesengroß zu werden. Ansprüche auf absoluten Wert können überhaupt niemals historisch begründet werden. Jedem Bauern und jedem Arbeiter kann ich die Odyssee in die Hand geben, den König Ödipus, den Kaufmann von Venedig, das Nibelungenlied, den Faust, ohne jede Einleitung und Gebrauchsanweisung, er wird instinktiv fühlen, auch wenn er nicht alles versteht: Das ist groß! Bei welchem Franzosen hat er dasselbe deutliche und untrügliche Gefühl „Das ist groß"? Ist nun „groß" ein absolutes Maß oder ein relatives? Niemals werden wir uns ein Werk von Puccini oder Massenet oder d'Albert als große Musik aufreden lassen, weil wir ganz genau wissen, was große Musik ist und was nicht. In den bildenden Künsten wird unsere Sicherheit, was diesen Punkt betrifft, von den Kunstjournalisten seit Jahrzehnten unterhöhlt, und in der Literatur scheint das Gefühl, was groß sei, weiten Kreisen völlig abhanden gekommen.

Die unlösliche Verflochtenheit von Sprache und Literatur zwang im Falle des Französischen unerbittlich von einer Konsequenz zur andern. Beides bedingt sich gegenseitig, durchdringt sich gegenseitig, beides ist schließlich eines. Ursache wird zur Wirkung, Wirkung zur neuen Ursache, Symptom zur Erkrankung, Erkrankung zum Symptom. Das Ergebnis war die Erkenntnis der Relativität des Französischen an sich, verglichen mit dem Griechischen, dem Deutschen, dem Englischen, aber auch mit dem Spanischen und vor allem dem Italienischen.

Als einzige Analogie zeigte sich die römische Literatur. Es gibt wenige Gedankenlosigkeiten, die so erkenntnislähmend wirken, wie die landläufige Gleichsetzung Griechisch und Römisch. In Wahrheit gibt es kaum polarere Gegensätze. Sie sind Antipoden in allem und jedem. Wenn ein junger Mann nicht dieses Bewußtsein an die Hochschule mit hinausnimmt, hat er das Gymnasium vergeblich besucht. Diesen Gegensatz in seiner vollen Schärfe herauszuarbeiten, diese Grundtatsache der europäischen Kultur und der Menschheitsentwicklung den Heranwachsenden zur erlebten, erschauten und erfühlten Wahrheit zu machen, scheint mir die Hauptaufgabe des Gymnasiums, das aus diesem Grunde niemals auf das

kundliche. Ich gedenke das Geschwätz über meine nationalistische Feindseligkeit gegen die französische Literatur am zweckmäßigsten durch die Tat zu widerlegen.

Digitized by Google

Griechische verzichten könnte, ohne sich selbst aufzugeben. Umgekehrt muß es das Bestreben jeder Geistesrichtung sein, die nicht Kultur will, sondern Zivilisation, nicht Bildung, sondern Wissen, diesen Gegensatz zu leugnen, zu verwischen, das Griechische als entbehrlich, als überflüssig hinzustellen, als überholt und nicht mehr zeitgemäß, es durch irgendein anderes „Fach" — als ob es sich um auswechselbare Fächer handelte! — zu ersetzen.

Der Lehrer am Gymnasium wird, wenn er kein bloßer Fachmensch ist, durch seine Tätigkeit selbst fortwährend genötigt, die Haupterscheinungen der Kultur inbezug auf ihren Erziehungs- und Bildungswert, ihren Lebenswert abzuschätzen und zu vergleichen; er empfindet dieses Gebot stärker, als der Gelehrte, der sich innerhalb seines besondern Gebiets sein eigenstes Feld absteckt, auf dem er zu Hause ist wie kein anderer, auf die Gefahr hin und um den Preis, daß sein wertendes, richtendes Organ mehr oder weniger verkümmere. Aber ich habe bereits gesagt, daß ich für die modische Laxheit der Kunst- und Literaturkritik nicht das Geringste übrig habe. Bei allem noch mitzutun, seinen Stolz darein zu setzen, daß man immer noch „mitgehen" könne, sich in das Heterogenste noch einzufühlen, Entwicklungen nicht mehr richtend zu beeinflussen, sondern sich mit ihrem Verständnisse zu begnügen, gar mit ihrer Feststellung zu bescheiden, das scheint mir eine Verwechslung von Kulturkritik mit scheingelehrtem Reportertum. Eine Wissenschaft, die sich um das Problem des Wertens drückt, die überhaupt nicht mehr wagt, Wertprobleme zu sehen, zu entscheiden, die sich nicht getraut, von Zeit zu Zeit Inventur zu machen und alle bisherigen Ergebnisse und Urteile zu revidieren, eine Literaturgeschichtsschreibung, die nie über ihren eigenen Bezirk hinausblickt und nicht den Mut aufbringt, den Wert ihrer Gegenstände, ja ihres Gegenstands, ihren eigenen, sich selbst in Frage zu stellen, erstickt schließlich in Materialsammlung und wird für die Geistesentwicklung wertlos, ja schädlich.

Fürs Französische nun ist der Augenblick längst gekommen, bei dem es ums Ganze geht. Es handelt sich darum: Ist die französische wirklich eine g r o ß e Literatur? Besitzt sie wirklich die Lebenswerte, die allein es rechtfertigen, daß wir die Jugend zwingen Französisch zu lernen? Ehe ich die erste Reihe dieser Bemerkungen hinausgab, habe ich einen Augenblick gezögert, weil ich fürchtete, offene Türen einzurennen. Ich habe mich inzwischen belehren lassen, daß diese Türen noch gründlich verriegelt sind. Was der Erkenntnis im Wege steht, ist das Vorurteil von über drei Jahrhunderten, die Eitelkeit, die leichteste Sprache der Welt zu „beherrschen" und die leichteste Literatur der Welt zu kennen, die doppelte Unwissenheit bezüglich des Begriffs der großen Literatur und bezüglich der tatsächlich vorhandenen absolut großen Literaturen, zu denen das Französische nicht gehört. Man empört sich über meine „nationalistischen" Ketzereien, schweigt gleichzeitig tot, was ich über die römische Literatur, unterschlägt, was ich über die englische sage und über den russischen Roman. Ist es Unwissenheit oder Heuchelei, wenn man tut, als würden solche Ketzereien zum erstenmal ausgesprochen? Als zöge sich nicht durch unsere Geistesgeschichte seit beinahe zwei Jahrhunderten der Widerstand gegen die französische Literatur? Als hätte dies Problem jemals aufgehört eins zu sein?

Unsere Schätzung der französischen Literatur des 17. Jahrhunderts stand und fiel mit unserer Stellung zur römischen. Mit dem Augenblick, wo man erkannte, daß nicht Vergil der große Epiker ist, sondern Homer, nicht Seneca und Terenz die großen Dramatiker, sondern Sophokles und Aristophanes, nicht Horaz, Catull, Tibull, Properz, Ovid die großen Lyriker, sondern die Griechen, waren Corneille, Racine und Molière keine absoluten Größen mehr, sondern relative. Die zeitweilige Vorherrschaft der französischen Literatur war nur die teuer bezahlte Vermittlung eines Pseudoklassizismus, eine weltliterarische Funktion,

Digitized by Google

das Mißverständnis eines Mißverständnisses. Unsere Schätzung der französischen Literatur des 18. Jahrhunderts stand und fiel mit unserer Stellung zur Aufklärung. Mit dem Augenblick, wo Goethe das Fragment „Natur" schreibt und den „Werther", Kant seine „Kritik", Herder seine „Ideen", ist das französische 18. Jahrhundert erledigt; es ist relativ geworden, oder, wenn man dies lieber hört, historisch.

Unsere Schätzung der französischen Literatur des 19. Jahrhunderts steht und fällt mit unserer Stellung zum Gesellschaftsroman und zum Gesellschaftsdrama. Mit dem Augenblick, wo man beide als Sackgassen der Kunst erkennt, nicht als absolute, sondern als relative Werte, ist das französische 19. Jahrhundert selbst relativ geworden, es bedeutet uns keinen Lebenswert mehr.

Der geltende literarische Maßstab ist, verglichen mit dem in Musik und bildender Kunst, rückständig. Der klassizistische Charakter der französischen Barockarchitektur ist ein Gemeinplatz. Wir wissen längst, daß Mansard und Perrault als Barockarchitekten nicht in Betracht kommen neben Bernini und Borromini, Schlüter und Hildebrandt, Fischer von Erlach und Balthasar Neumann. Wir wissen, daß für die große Malerei kein zeitgenössischer Franzose in Betracht kommt gegenüber Rubens, Rembrandt und den Venezianern. Ich unterlasse es, auf das Gebiet der Musik einzugehen, da ich hier lauter deutsche Namen nennen müßte, und nur deutsche, eine Feststellung, die, als — nationalistisch empfunden werden könnte. Allerdings nur in Deutschland.

Wir haben unsere Anschauungen über eine Menge Dinge revidiert. Es fällt niemanden mehr ein, im Laokoon und im Apoll vom Belvedere höchste Leistungen der antiken Bildhauerei zu erblicken. Kein Heutiger sieht mehr Guido Reni, die Carracci, die Bolognesen und Eklektiker mit den gläubigen Augen, mit denen sie Goethe sah; keiner mehr Correggio mit dem sinnlichen Enthusiasmus Stendhals. Wir lächeln, wenn wir lesen: „Tout le monde prononce le nom de Carrache, c'est un de ces noms privilégiés passés presque en proverbe dans les arts pour exprimer quelque chose de grand, de beau, de noble: c'est beau comme le Carrache, c'est savant comme le Carrache" (Brief des Malers Le Carpentier an Vien, zit. bei Tietze, Methode der Kunstgeschichte, S. 55). Aber haben wir, wenn wir die landläufigen Urteile über Racine und Molière nachsprechen, das Recht zu lächeln? Dryden ist uns gar nichts, Pope nicht viel mehr, selbst Milton sicher nicht mehr das, was er noch Klopstock und den Schweizern war — sie sind relativ geworden. Sonderbar! Die Relativität von allem darf man aussprechen, nur die eine nicht: die der französischen Literatur. Leute, die sofort mit einem tiefsinnigen „Immerhin" bei der Hand wären, stellte man den Kulturwert des Christentums in Frage, rufen nach dem Schutzmann, sobald man den des Franzosentums unter die Lupe nimmt.

Was alle heutigen Literaturgeschichten, die sich auch noch auf die lebende Generation erstrecken, so trostlos macht, ist die Verwischung der Qualitätsunterschiede. Wenn Oskar Walzel meint, „daß der Wissenschaft recht viel Wichtiges über Dichter und Dichtungen zu sagen bleibt, auch wenn das Werturteil nicht den Vordergrund beherrscht", (Vorrede zu seiner neuen Ausgabe von Scherers Literaturgeschichte), so fürchte ich nur, daß auch im Hintergrunde, statt des Werturteils, nur der Wunsch herrscht, sich darum zu drücken. Ich halte im Gegenteil jede für die allgemeine Leserschaft bestimmte Literatur-, Kunst-, Musikgeschichte, die darauf verzichtet, Qualitätsunterschiede auszusprechen, sie möglich scharf und reinlich herauszuarbeiten, für eine überflüssige Stilübung. (Von gelehrten Untersuchungen, wo der Fachmann zu Fachgenossen redet, spreche ich nicht.) Das kann unmöglich geschehen, ohne daß wir die landläufigen Urteile von Zeit zu Zeit überprüfen, ob sie auch noch stimmen, ob sie für uns noch Geltung haben.

Digitized by Google

Denn wir leben, darum brauchen wir Lebens werte. Die Geschichte vom Pyramidenweizen, der aufgegangen sei, ist ein Märchen.

Man fragt sich unwillkürlich, worin die eigentümliche Horizontverengung begründet sei, durch die sich die neuere Literaturgeschichtsschreibung, nicht zu ihrem Vorteil, von der ältern unterscheidet. Ich finde zum Beispiel die Behandlung alles Nicht-Belletristischen, vor allem der Philosophie, in den meisten unserer Literaturgeschichten armselig, oder vielmehr, ich finde eine Auffassung von Literaturgeschichte armselig, die die klassische deutsche Philosophie, lediglich aus dem zwar verständlichen, aber kompromittierenden Grunde, daß sie ihr geistig nicht gewachsen ist, beiseite schiebt, wohingegen kein Literarhistoriker sich erlauben dürfte, Platon, Lukrez, Marc Aurel, Montaigne, Shaftesbury usw. zu ignorieren, ohne sich lächerlich zu machen. Eine englische Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts ohne Carlyle, Mill, Spencer, Ruskin, Newman schiene mir ein Hofball ohne Fürstlichkeiten. Sowenig ich mir eine deutsche Romantik ohne Schubert, Schumann, Weber, Marschner, Wagner denken könnte, ebensowenig eine französische ohne Berlioz. Die übliche Vorbildung der jungen Literarhistoriker scheint mir daher erweiterungsbedürftig. Germanistik, Romanistik, Anglistik sind brauchbare Ausgangspunkte für die ältere Zeit. Für die neuere sind politische Geschichte, Kulturgeschichte, Kunstgeschichte, Musikgeschichte, jede für sich allein genommen, genau so unzulänglich wie Philologie, aber sicher brauchbarer, als nur Philologie. Es handelt sich nicht um gelegentliche feuilletonistische Glanzlichter, die den sogenannten Schwesterkünsten entliehen werden. Worum es sich handelt, ist: mit der Erkenntnis, daß alle geistigen Äußerungen einer Zeit zusammengehören, Ernst zu machen; nicht die Literatur in einer Schublade einzusperren und die Philosophie in einer andern, und darauf zu achten, daß der Inhalt beider nicht durcheinanderkomme. Die Literatur ist kein Bestandteil der Philosophie, gewiß. Aber ebensogewiß ist die Philosophie ein Bestandteil der Literatur. Die Auffassung von Literatur ist seit den Tagen Haymes und Hettners sehr viel kümmerlicher und banausischer geworden. Vor lauter kleiner Literatur ist uns der Sinn für die große abhandengekommen, vor lauter Psychologie der Begriff Qualität, vor lauter Arbeitsteilung das Bewußtsein des Ganzen. Um diese lang gewordenen Betrachtungen kurz abzuschließen: Es gibt in allen Künsten, auch in der Literatur, absolute und relative Werte. Wem es paßt, seine Augen vor diesen Tatsachen zu schließen, der tue es. Ich werde mich mit ihm allenfalls über den Postillon von Lonjumeau unterhalten, jedoch nicht über Pfitzners Armen Heinrich.

Josef Hofmiller.

Armeebefehl vom 6. August 1870.

„Soldaten der zweiten Armee! Ihr betretet den französischen Boden. Kaiser Napoleon hat ohne allen Grund an Deutschland den Krieg erklärt; er und seine Armee sind unsere Feinde. Das französische Volk ist nicht gefragt worden, ob es mit seinen deutschen Nachbarn einen blutigen Krieg führen wolle. Ein Grund zur Feindschaft ist nicht vorhanden. Seid dessen eingedenk den friedlichen Einwohnern Frankreichs gegenüber, zeigt ihnen, daß in unserm Jahrhundert selbst im Kriege zwei Kulturvölker die Gebote der Menschlichkeit nicht vergessen, denkt stets daran, wie Eure Eltern in der Heimat es empfinden würden, wenn ein Feind — was Gott verhüte — unsere Provinzen überschwemmte.

Zeigt den Franzosen, daß das deutsche Volk nicht nur groß und tapfer, sondern auch gesittet und edelmütig dem Feinde gegenüber ist.

Friedrich Karl, Prinz von Preußen."

Redaktionell abgeschlossen am 6. April 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Wir haben einen jungen Historiker, Graf Otto Stolberg, der sich eingehend mit dem Gegenstand beschäftigt hat, für die Bearbeitung des Prozeßberichtes gewonnen, da unsere ursprüngliche Absicht, dem Leser das Stenogramm zu bieten, durch den Umfang der Verhandlungen leider vereitelt wurde. E. M.

Um die Wahrheit.

Es liegt im Wesen des politischen Prozesses, daß er die Gegensätze meist nicht zum befriedigenden Austrag bringt, da die Parteien vom Richter unwillkürlich nur die Rechtfertigung ihres von vornherein feststehenden Urteils erhoffen. Hätte bei dem letzten großen Prozeß um Eisners Schulddokumente auch nur der Schatten der Gefahr bestanden, daß die Kluft in einer Lebensfrage unseres Volkes, deren weitgehende Ueberbrückung zum drängenden Problem unserer Tage wird, erweitert werde, so mußte der Appell an das Gericht von allen, die das Vaterland lieben, bedauert werden. Aber dem war nicht so. Es ging hier nicht um Meinungen, sondern um Klarheit, nach der viele längst sehnsüchtig ausschauen. Jeder, den ein richtiges Gefühl leitete, konnte sich ohne das Bewußtsein innerer Demütigung dorthin stellen, wo alle stehen müßten. Denn das muß jeder, der in unmittelbarem Erleben stand, als stärksten, fast visionären Eindruck aus dem bescheidenen Gerichtssaal in der Münchner Au mitgenommen haben: Die handelnden Personen versanken und ganz allein stand und plädierte für sich die Wahrheit gegen eine Welt unsichtbarer Feinde. So erschütternd wirkte die Größe und Schlichtheit ihrer Sprache, daß niemand es wagen durfte, aus ihren Händen die letzte Entscheidung zu verweigern. Es war die Wahrheit selbst, die über den Mann ein schonungsloses Urteil fällte, der sich einst angemaßt hatte, in ihrem Dienste zu stehen, ohne jenen tiefen Ernst begriffen zu haben, den sie von ihren Jüngern fordert. Worte, die Kurt Eisner vor vier Jahren gesprochen hatte, klangen jetzt wie eine Lästerung: „Ich habe damit jedem, der lesen kann, jedem der ehrlich ist, bewiesen, wie eine verbrecherische Horde von Menschen diesen Krieg inszeniert hat, wie man ein Theaterstück inszeniert..." (Wahlrede vor den Unabhängigen 12. 12. 18).

Dieser Prozeß konnte das große Verfahren, das er einleitete, nicht zu Ende führen. Das war auch nicht sein Zweck. Er sollte, um in einem viel gebrauchten Bilde zu reden, einen der Fundamentsteine des Versailler Vertrages lockern. Dieser Stein zersprang in dem Augenblick in tausend Stücke, als eins der Dokumente, mit der die Anklage gegen Deutschland begründet war, als Fälschung erwiesen wurde. Damit ist ganz unten ein Loch entstanden, und es muß unabläßige Sorge sein, daß es nicht wieder zugemauert werden kann. Dann ist der Zusammensturz des ganzen Gebäudes nur eine Frage der Zeit.

Aber selbst, um dieses beschränkte Ziel zu erreichen, bedurfte es des gesammelten Ansturms auf die ganze Grundlage. Und so kraftvoll, so einheitlich wirkte sich der Angriff, den die Sachverständigen der verschiedensten Geistesrichtungen von allen Seiten dagegen führten, aus, daß sie in der Tat ins Wanken kam. Ein Satz, der heute noch bestritten, als nicht bewiesen gelten mag, wird morgen schon Gemeingut aller derer sein, denen der Sieg der Wahrheit am Herzen liegt. Deutschland hat den ihm vorgeworfenen Angriffswillen nicht gehabt, es kann ihn nicht einmal nach der inneren Tendenz seiner Politik besessen haben. Die Mantelnote zum Versailler Vertrag wird sich einst ebenso gegen ihre Urheber richten, wie es heute Eisners Veröffentlichung bereits getan hat. Das ist die andere Gewißheit, die uns dieser Prozeß geschenkt hat.

Es war unser Wunsch, wenigstens die Gutachten der Sachverständigen unberührt vorzulegen, weil sie eine Fülle von ganz neuem Material enthielten. Aus begreiflichen Gründen war dies unmöglich. Es kann hier nur ein stark zusammengedrängter Bericht gegeben werden, in dem gegenüber dem Tatsachenmaterial die persönliche Bewertung zurücktreten mußte. Die Oeffentlichkeit hatte einen Anspruch darauf, möglichst schnell über die Ergebnisse dieses Prozesses aufgeklärt zu werden. Dies schien um so notwendiger, als ein Teil der deutschen Presse in Anbetracht von Genua bis jetzt nur ungenügend, ein anderer Teil nicht objektiv berichtet hatte. Es mag daher gerechtfertigt erscheinen, daß der bisher ausführlichste und anerkannt objektive Bericht der „Münchner Neuesten Nachrichten" als Unterlage diente. Entstellungen und Fehler, die bei der schnellen Berichterstattung einer Zeitung unterlaufen können, wurden nach besten Vermögen beseitigt. Dort, wo es für die lebendige Wirkung und die Bedeutung des Gesagten angebracht erschien, wurde der Wortlaut des amtlichen Stenogramms hineingefügt. Alle Gesichtspunkte konnten nicht berücksichtigt werden. Für das kritische wissenschaftliche Studium wird stets nur das Stenogramm in Betracht kommen, das von dem Stenographenbureau des Bayerischen Landtags aufgenommen wurde und dessen baldige Drucklegung ein dringendes Bedürfnis ist.

München, Mai 1922.

Otto Graf zu Stolberg Wernigerode.

Digitized by Google

Die Schuld-Dokumente

Im Nachstehenden veröffentlichen wir die Schulddokumente, die den Ausgangspunkt des Schuldprozesses bilden, den Bericht des **Legationsrates v. Schoen** vom 18. Juli 1914, sowie **das Telephonat** der bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli im Wortlaut. Die in Eisners Veröffentlichung vom 23. November 1918 weggelassenen Stellen stehen im Fettdruck.

Der Bericht des Legationsrates v. Schoen

Br.N. 886. Betrifft: die Aktion Oesterreichs gegen Serbien. Albanien. Die Haltung Rußlands.

Ex. Nr. 1329. Berlin, den 18. Juli 1914

Hochgeborener Graf!

Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, **Eurer Exzellenz über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien Nachstehendes gehorsamst** zu berichten:

Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen und der in der Ueberreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise der Herrn Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung der Kriegsminister und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt, und man bedauert nur, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat.

Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit sie bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Den Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie mißbillige.

2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat in Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung.

3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt seien.

Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.

Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand.

Die Folge wäre also der Krieg.

Hier ist man durchaus damit einverstanden daß Oesterreich die günstige Stunde nutzt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Oesterreich-Ungarn, dank seiner Entschlußlosigkeit und Zerfahrenheit, jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriner warteten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß die Oesterreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlten, würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten, und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Conrad von Hötzendorf selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, daß es für Oesterreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grund hat man hier, auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, gab, der zur Uebergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorias hierhergekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln!

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlußlosen Stellen in Wien fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien in seinen Entschlüssen schwankt, beweise der Umstand, daß Graf Berchtold, drei Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen.

Man hätte es daher hier auch lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der Serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Drucke von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Oesterreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird. Im ersteren Fall dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren, im anderen

Digitized by Google

Fall dagegen wären größere Verwicklungen wohl unausbleiblich.

Im Interesse der Lokalisierung des Krieges wird die Reichsleitung sofort nach der Uebergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Großmächten einleiten. Sie wird[1]), mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des großen Generalstabs sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte. (Wie ich mir hier einzuschalten gestatte, ist nicht einmal die italienische Regierung ins Vertrauen gezogen worden.) Sie wird geltend machen, daß es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn „das Belgrader Anarchistennest" einmal ausgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, daß die Mächte sich auf den Standpunkt stellen, daß die Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei. Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, daß Oesterreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen, die dann auch uns und danach Frankreich zu gleichen Maßnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde.

Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in erster Linie die Haltung Rußlands sein.

Will Rußland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Oesterreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstige der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen, daß es eine Kampfweise, die mit Bombenwerfen und Revolverschüssen arbeite, ebensowenig wie die anderen zivilisierten Staaten billige. Dies insbesondere, solange Oesterreich nicht die nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stellt. Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden; außerdem baut er darauf, daß das „Bluffen" eines der beliebtesten Requisite der russischen Politik bildet und der Russe zwar gern mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere zieht.

England wird Oesterreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten. Ein Krieg zwischen Zweibund und Dreibund dürfte England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sein. Kommt es gleichwohl dazu, so würden wir aber nach hiesiger Auffassung die englischen Vettern auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchtet, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken und damit die „balance of power" gestört würde, deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet.[2])

Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Oesterreich empfinden, dem es eine Stärkung seines Einflusses auf dem Balkan keineswegs gönnen würde. Wie mir der Gesandte v. Bergen, der Referent für die Dreibundangelegenheit im Auswärtigen Amt, sagte, ist das Verhältnis zwischen Wien und Rom einmal wieder alles weniger als freundschaftlich. In Wien sei man sehr verstimmt gegen den italienischen Gesandten in Albanien, Aliotti, der gegen Oesterreich stark intrigiert zu haben scheint, und der Botschafter v. Merey habe deshalb vor einigen Tagen den Auftrag erhalten, von Italien zu verlangen, daß dieses seine ganze Politik ändere, da sonst ein längeres Einvernehmen nicht möglich sei. Der Auftrag habe so scharf gelautet, daß San Giuliano ganz aufgebracht sei, und in dieser Spannung zwischen Oesterreich und Italien liege ein die Situation sehr erschwerendes Moment. Die Aufteilung Serbiens oder auch nur die Annexion des die Bucht von Cattaro beherrschenden Berges Lovzen in Montenegro durch Oesterreich würde Italien nicht, ohne dafür Kompensationen zu erlangen, dulden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Italien die Einberufung seiner Reserven, die es mit der innerpolitischen Lage rechtfertigen will, zu dem Zweck vornimmt, um gegebenenfalls zur Besetzung von Valona zu schreiten. Herr Zimmermann ist der Meinung, daß Oesterreich sich dem nicht widersetzen sollte, da Valona eine neue Achillesferse für Italien bilden würde und die Entfernung zwischen Brindisi und Valona zu groß sei, als daß es den Italienern gelingen könnte, die Adria völlig zu sperren.

Vielleicht darf auch aus einer Aeußerung des österreichisch-ungarischen Botschaftsrats, wonach nach seiner persönlichen Meinung Valona den Italienern gegeben werden könne, geschlossen werden, daß man sich in Wien bereits mit einer Festsetzung der Italiener in Südalbanien vertraut macht.

Wie ich ganz vertraulich gehört habe, ist der Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien, der vor einigen Tagen hier war, beauftragt worden, die Frage einer Entschädigung Italiens mit dem Grafen Berchtold zu besprechen und dabei in inoffizieller Form einfließen zu lassen, daß man Italien wohl dauernd gewinnen würde, wenn Oesterreich sich im Falle größerer Gebietserweiterungen zur Abtretung des südlichen Trentino, d. h. desjenigen Teils des Erzbistums Trient, das nie zum alten Deutschen Reich gehört hat,

[1]) Von hier aus war in dem Wortlaute der Bayerischen Staatszeitung nur gesagt: „Es wird dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert. Die Reichsleitung werde (folgt wie oben).

[2]) Dieser ganze Absatz war zusammenfassend in indirekter Rede wiedergegeben.

Digitized by Google

an Italien verstehen würde. Daß das Wiener Kabinett diesem Gedanken näher treten werde, wird hier allerdings kaum erwartet, und man hat absichtlich den Botschaftsrat und nicht den gleichfalls in Wien anwesenden Botschafter beauftragt, das Gespräch auf das Trentino zu bringen, um nicht durch eine derartige offizielle Anregung zu verstimmen.[*])

Was Bulgarien anlangt, so nimmt die hiesige österreichisch-ungarische Botschaft an, daß König Ferdinand den Ausbruch eines Krieges zwischen Oesterreich und Serbien benützen würde, um zur Rückgewinnung des im Bukarester Frieden verlorenen Gebietes gleichfalls gegen Serbien loszuschlagen.

Da die Gefahr besteht, daß in diesem Falle Rumänien, wie im zweiten Balkankrieg, sich gegen Bulgarien wenden würde — in einer dahingehenden Beeinflussung seitens Rußlands, das direkt nichts gegen Bulgarien unternehmen wird, dürfte es auch diesmal nicht fehlen —, so hat man von hier aus den König Karol, mit dessen Haltung man in letzter Zeit wenig zufrieden war, in nicht mißzuverstehender Weise wissen lassen, daß Deutschland sich auf seiten Bulgariens stellen würde, falls Rumänien nicht Serbien fallen lasse. Nach der Antwort des Königs nimmt man hier an, daß Rumänien Ruhe halten wird, falls ihm eine Entschädigung in Aussicht gestellt wird. Als solche käme das Gebiet um Vidin in Betracht, dessen Bevölkerung in der Hauptsache aus Rumänen besteht. Damit wäre dann wohl Rumänien für den Dreibund, der sich in diesem Falle als nützlicher und stärker als der Zweibund erwiesen hätte, von selbst zurückgewonnen.

Griechenland, das eine Verkleinerung Serbiens nicht ungern sehen würde, wäre im Epirus zu entschädigen und hätte dafür Kavalla an Bulgarien abzutreten.

Was endlich Montenegro betrifft, so hofft man hier, daß der intelligente König Nikita es vorteilhaft finden wird, die Serben allein gegen Oesterreich kämpfen zu lassen. Für die Abtretung des Lovzen, die Oesterreich gelegentlich einer so weitgehenden Umgestaltung der Balkan-Landkarte wohl für sich beanspruchen würde, könnte Montenegro in Nordalbanien entschädigt werden.

Welches dabei das Schicksal des Fürstentums Albanien sein wird, läßt sich heute noch kaum absehen. Fürs erste wird die trostlose Lage fortdauern, die in Paris mit den Worten charakterisiert worden ist: „les calsses sont vides, le trône est Wied, tout est vide“ und dem Fürsten den Beinamen „le Prince du Vide“ eingetragen hat.

Genehmigen etc. gez. von Schoen

[*]) Für diesen Absatz stand in der Fassung der Bayerischen Staatszeitung: „Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf die ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Fritz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Oesterreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe.“

Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914. Aufgenommen in München 7 Uhr 45 Min. vormittag.

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet in den Berliner maßgebenden Kreisen nicht, daß die Demarche einen Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Veröffentlichung Eisners:

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden“.

1. Verhandlungstag.

Donnerstag, den 27. April

Am Donnerstag, den 27. April, begann vor dem Amtsgericht München I ein Prozeß, in welchem zum ersten Male ein Teil der Schuldfrage Gegenstand gerichtlicher Beweisaufnahme und Feststellung wurde. Bekanntlich hat nach dem Krieg als erstes Schuldbekenntnis einer der am Krieg beteiligten Staaten die bayerische Regierung unter Kurt Eisner einen Artikel in der „Bayerischen Staatszeitung“ veröffentlicht, und zwar in Nr. 245 vom 26. November 1918, unter dem Titel „**Urkunden über den Ursprung des Krieges**“. Die Einleitung zu dieser Veröffentlichung besagt, daß die bayerisch offiziöse „Korrespondenz Hoffmann“ diese Veröffentlichung amtlich bestätige. Diese erste veröffentlichte Urkunde ist bekannt unter dem Titel „Der Bericht des Grafen Lerchenfeld“, des früheren bayerischen, langjährigen Gesandten in Berlin, an die bayerische Staatsregierung (Graf Hertling). Dieser Bericht, der nicht vom Grafen Lerchenfeld herrührt, sondern von dem damaligen Legationsrat der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Hans v. Schoen, ist in der Veröffentlichung der „Bayerischen Staatszeitung“ als ein Bericht des Grafen Lerchenfeld bezeichnet. Außerdem sind in der Einleitung und im weiteren Text umfangreiche Weglassungen erfolgt.

Im Juliheft 1921 der „Süddeutschen Monatshefte“ betitelt „Der große Betrug“, ist anläßlich der Veröffentlichung echter Lerchenfeldscher Berichte ausgeführt, daß die Veröffentlichung des Kurt Eisner über den Bericht des bayerischen Gesandten vom 18. 7. 14 (richtig des Berichtes des Herrn v. Schoen) eine bewußte und absichtliche Fälschung sei. Dazu war bemerkt: „Frau Eisner sage, ihr Mann habe die Fälschung gar nicht gemacht, sondern sein Sekretär Fechenbach. Ihr Mann habe nur seinen Namen darunter gesetzt.“ We-

Digitized by Google

gen dieser Bemerkung hatte der Kaufmann Felix Fechenbach, der frühere Sekretär und Vertraute Eisners, Klage gegen Professor Paul Nikolaus Cossmann den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte", und die Schriftleiter Emanuel Müller der „Münchner Neuesten Nachrichten", Josef Osterhuber des „Bayerischen Kurier", den inzwischen verstorbenen Josef Dachs vom „Neuen Münchener Tagblatt" und Dr. Konrad Adlmaier vom „Bayerischen Vaterland" gestellt, gegen letztgenannte Schriftleiter deshalb, weil sie die Bemerkung der „Süddeutschen Monatshefte" über Fechenbach wiederholt hätten. Während die „Süddeutschen Monatshefte" und die anderen mitverklagten Zeitungen sich auf die oben erwähnte Behauptung beschränkt hatten, hatte das „Bayerische Vaterland" weitere Folgerungen über die Bedeutung der Fälschung und die hiefür verantwortlichen Persönlichkeiten daran geknüpft.

Professor Paul Nikolaus Cossmann und Schriftleiter Emanuel Müller waren vertreten von Rechtsanwalt Dr. Graf von Pestalozza bzw. Dr. Pflaum, Chefredakteur Osterhuber und Schriftleiter Dr. Adlmaier, ebenso das „Neue Münchener Tagblatt" von Rechtsanwalt Dr. Warmuth. Fechenbachs Vertretung hatte der bekannte Mehrheitssozialist Rechtsanwalt Dr. Philipp Löwenfeld übernommen. Den Vorsitz des Gerichtes führte Amtsgerichtsrat Albert Frank. Eine große Anzahl von Zeugen und Sachverständigen sind in München zur Teilnahme am Prozeß eingetroffen wie auch die in- und ausländische Presse Vertreter hierher entsandt hat.

Die beklagte Partei hatte einen umfangreichen Zeugen- und Sachverständigenapparat aufgeboten, um den Wahrheitsbeweis antreten zu können. Eine Reihe von hervorragenden Rechtsgelehrten wurde über die Eisnersche Veröffentlichung des Schoenschen Berichtes gutachtlich vernommen.

Das Auswärtige Amt in Berlin hatte einen eigenen Vertreter zu dem Prozeß abgeordnet. Auch das bayerische Ministerium des Aeußern, das bayerische Justizministerium und die Polizeidirektion München ließen sich offiziell vertreten. Amtliche Stenographen vom Stenographischen Bureau des Landtags hielten den Verlauf der Verhandlung im Wortlaut fest.

Die Verhandlung

Nach dem Aufruf der Parteien und Verlesung des Schoenschen Berichtes, nimmt zunächst

Vorsitzender, Amtsgerichtsrat Frank, das Wort, um über die Verhandlungsführung folgendes zu bemerken: Mit Rücksicht auf all das, was heute und in den nächsten Tagen zur Sprache kommen wird, besteht eine gewisse Gefahr, daß sich die Parteien, Zeugen und Sachverständigen zu weit vom Gegenstand des Prozesses verlieren und eine Reihe von Dingen hereinziehen, die damit nur lose zusammenhängen. Ich bitte, sich nach Möglichkeit Beschränkung aufzuerlegen, damit wir innerhalb der in Aussicht genommenen Zeit fertig werden. Ich möchte nur kurz umreißen, was

Gegenstand des Prozesses

sein wird:

1. **Liegt eine Fälschung vor und war diese Fälschung von nachteiligen Folgen für den Friedensschluß?**
2. **Hat der Privatkläger die Fälschung begangen?**

Soweit dabei allgemeine Erörterungen über die Schuldfrage zu machen sind, können sie ja erfolgen, aber ich bitte noch einmal, ein gewisses Maß zu halten und nicht von dem Gericht zu erwarten, daß es autoritativ feststellt, wer die Schuld am Weltkrieg hat.

R.-A. Graf Pestalozza: Die Beklagten stehen von Anfang an auf dem gleichen Standpunkt, wie ihn jetzt das Gericht formuliert hat. Für uns handelt es sich lediglich um diese zwei bzw. drei Fragen. Wir werden uns unserseits in jeder Weise bemühen, den Prozeßstoff auf dieses Gebiet zu beschränken. Ich darf vielleicht im Anschluß daran, im ausdrücklichen Einverständnis mit den von mir vertretenen Parteien, die Erklärung abgeben, daß ich auf dem politischen Boden der von mir vertretenen Parteien nicht stehe und daß ich insbesondere auch in der Frage der Behandlung und Beantwortung der Kriegsschuldfrage ihren Standpunkt im übrigen nicht teile, daß ich aber das Mandat übernehmen konnte, weil ich in dem, was Gegenstand dieses Prozesses ist, durchaus auf dem Standpunkt meiner Partei stehe.

R.-A. Dr. Löwenfeld: Es ist selbstverständlich, daß auch von unserer Seite innerhalb des vom Vorsitzenden skizzierten Ausmaßes der Prozeß geführt werden wird. Er beantragt noch die Ladung des Staatsrates v. Loeßl als Zeugen.

Eine Erinnerung gegen die Ladung des Zeugen wird nicht erhoben. Er wird auf Freitag vormittag geladen.

Erklärungen der Parteien

Prof. Cossmann: Ich veröffentlichte im Septemberheft der „Süddeutschen Monatshefte" vom Jahre 1920 eine Gegenüberstellung des Schoenschen Berichtes mit der Bearbeitung Eisners vom November 1918. Im Anschluß an diese Veröffentlichung hatte ich einen Briefwechsel mit dem mir befreundeten Herausgeber des „Zwiebelfisch", Herrn Hans v. Weber, einem großen Verehrer Eisners, der leider durch Krankheit verhindert ist, zu erscheinen. Im Anschluß an diesen Briefwechsel hatte ich auch ein telephonisches Gespräch mit Herrn v. Weber, der mir sagte, die Sache mit Eisner sei doch nicht so einfach, wie ich annähme. Frau Eisner habe ihm gesagt, ihr Mann habe die Sache nicht gemacht, sondern sein Sekretär Fechenbach, ihr Mann habe nur seinen Namen darunter gesetzt. Erst durch diese Aeußerung erfuhr ich, daß zwischen Herrn v. Weber und der Familie Eisner persönliche Beziehungen bestehen. Einem späteren Artikel, der im Juliheft der „Süddeutschen Monatshefte" vom Jahre 1921, „Der große Be-

Digitized by Google

trug" erschien, in dem Herr v. Müller Eisner diese Fälschung vorwirft, hielt ich mich verpflichtet, eine Fußnote beizusetzen, in der es heißt, uns wurde erzählt, Frau Eisner sage, ihr Mann habe die Sache nicht gemacht, sondern Fechenbach. Von Herrn Fechenbach wußte ich bis dahin nur das, was allgemein angenommen wurde in München, daß er die rechte Hand Eisners gewesen ist. Es bestand für mich nicht die mindeste Veranlassung, Herrn Fechenbach in diese Sache hereinzuziehen oder gar zu beleidigen, sondern ich fühlte nur die publizistische Pflicht, in dem Augenblick, wo Eisner das vorgeworfen wurde, zu sagen, was mir über Fechenbach berichtet worden ist. Ich halte natürlich aufrecht, was ich damals gesagt habe, daß Herr v. Weber mir die Mitteilung machte und daß die Veröffentlichung Eisners in der „Staatszeitung" eine Fälschung ist.

Hauptschriftleiter Osterhuber: Namens der übrigen Beklagten erkläre ich: Es war für uns selbstverständlich, daß wir von den Feststellungen der „Süddeutschen Monatshefte" unseren Lesern Kenntnis gaben im allgemeinen Interesse, nicht nur aus politischen, patriotischen und journalistischen Gründen, sondern im persönlichsten eigensten Interesse auch unserer Familien, die täglich und stündlich unter den Folgen dieser Eisnerschen Veröffentlichung zu leiden haben. Wir kennen Herrn Prof. Cossmann seit Jahren, seine absolute Zuverlässigkeit ist allgemein anerkannt. Es war selbstverständlich, daß wir den Artikel nachdruckten. Es wäre illoyal gewesen, wenn wir die Notiz geändert oder unter den Tisch hätten fallen lassen. Aus Gründen der Objektivität mußten wir auch alles bringen, was Eisner zu entlasten geeignet ist, wir waren dazu verpflichtet, weil wir in so scharfer Kampfstellung gegen ihn gestanden haben.

Schriftleiter Emanuel Müller schließt sich den eben abgegebenen Erklärungen an.

R.-A. Dr. Warmuth: Mein Klient Dr. Adlmaier hat im Juli 1921 das „Bayerische Vaterland" interimistisch redigiert und den inkriminierten Artikel selbst geschrieben. Der Artikel ist der Niederschlag der Empörung über das Unrecht, das nach seiner Ueberzeugung Eisner und Fechenbach am deutschen Volk begangen haben. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt der Herren Professor Cossmann und Hauptschriftleiter Osterhuber.

Der **Vorsitzende** richtet dann an Fechenbach die Frage, ob er sich zu der Behauptung äußern wolle, wonach Frau Eisner gesagt haben soll, Fechenbach habe die Fälschung begangen und Eisner habe nur seinen Namen darunter gesetzt. **Fechenbach** erklärt hierzu, daß die Darstellung über den Hergang der ganzen Angelegenheit bereits wiederholt in der Presse veröffentlicht worden sei. Er habe darüber nichts anderes zu sagen, als was bisher bekannt geworden sei. Eisner habe in der fraglichen Zeit die aus dem Ministerium verschwundenen Akten wieder beischaffen lassen und zwar kurz vor der Reise zu der am 24. und 25. November in Berlin abgehaltenen Reichskonferenz der Vertreter der Einzelstaaten. Diese Akten habe er auf die Reise mit nach Berlin genommen. Ob das die Münchner Akten waren oder andere Akten, darüber werde vielleicht der Gang des Prozesses nähere Aufklärung geben. Die Schriftstücke, die veröffentlicht wurden, seien in diesen Akten enthalten gewesen. In den Räumen der bayerischen Gesandtschaft sei ihm von Eisner, dessen Privatsekretär er damals war, nach vorheriger Durcharbeitung der Berichte in der Form diktiert worden, in der dieser dann im „Berliner Tageblatt" am 23. oder 24. November veröffentlicht wurde. Auf seine Frage, ob man den Bericht nicht ganz veröffentlichen solle, habe Eisner darauf verwiesen, daß die Presse stark unter der Raumnot leide und daß sie den Bericht, der ziemlich umfangreich sei, wohl nicht im Wortlaut veröffentlichen werde. Er (Fechenbach) stehe auf dem Standkunkt, daß es besser gewesen wäre, den Bericht ganz zu veröffentlichen, denn das, was nicht veröffentlicht wurde, bedeute eine Verstärkung und Verhärtung dessen, was veröffentlicht wurde.

*

Der Vorsitzende verliest das Protokoll, das über die eidliche Vernehmung der Witwe Eisners, **Frau Else Eisner**, vor dem Amtsgericht Gengenbach in Baden aufgenommen wurde. Frau Eisner gibt hier an, daß sie, als der fragliche Bericht von ihrem Mann bearbeitet, in der „Bayer. Staatszeitung" veröffentlicht wurde, in München weilte, während ihr Mann in Berlin war. Sie habe sich in jener Zeit mit den dienstlichen und politischen Geschäften ihres Mannes nicht befaßt und sie könne daher über die Art des Zustandekommens der Veröffentlichung des Berichtes keine Angabe machen, da sie hierüber keine Wissenschaft besitze. Sie sei eben nur die Gattin ihres Mannes und nicht seine Privatsekretärin gewesen. Sie habe auch in dieser und in der folgenden Zeit weder von dritten Personen noch auf Grund von Schriftstücken über die Art des Zustandekommens des Schriftstückes Kenntnis erhalten. Eine Aeußerung gegenüber dritten Personen, besonders gegenüber Herrn Hans v. Weber, der Urheber der Fälschung sei Fechenbach, habe sie niemals getan. Von einem Gerücht, das in der Unabhängigen Sozialistischen Partei verbreitet gewesen sei, wonach Fechenbach gekürzt hätte, habe sie keine Kenntnis.

Im Anschluß hieran kommt ein Brief des Verlegers **Hans v. Weber** an den Gerichtsvorsitzenden zur Verlesung, worin ersterer unter Hinweis darauf, daß er seit einem Jahre an einem Nervenleiden, das ihn fast gänzlich an der Berufsarbeit verhindere, schwer erkrankt und noch nicht hergestellt sei, das Ersuchen stellt, von seiner Vernehmung absehen zu wollen. Er könnte auch in der Angelegenheit kaum etwas aussagen. An ein Telephongespräch über diese Frage könne er sich nicht erinnern. Er glaube auch keinesfalls, daß Fechenbach die Fälschung vorgenommen habe. Er kenne Fechenbach nicht und habe nicht Veranlassung gehabt, sich mit

Digitized by Google

ihm in irgendeiner Richtung zu beschäftigen. Er sei überzeugt, daß Eisner selbst diese Form gewählt habe.

Professor **Preetorius**, Kunstmaler in München, vermag über das Telephongespräch keine Auskunft zu geben. Herr v. Weber sei schwer erkrankt und der Zeuge habe es als guter Bekannter übernommen, Herrn v. Weber selbst zu fragen. Herr v. Weber habe ihm hierbei erklärt, daß er allerdings den Namen Fechenbach Cossmann gegenüber genannt habe, aber er (Weber) hätte den Namen nie in dem Sinne genannt, daß Fechenbach selbständig etwas getan habe, sondern daß Fechenbach als Privatsekretär nur die Anordnungen Eisners ausführte. Weber glaube, daß Prof. Cossmann sich falsch erinnern müsse.

Erklärungen Fechenbachs

Der Kläger ergreift zu längeren Ausführungen das Wort, wobei er u. a. ausführt: Zum erstenmal sei der Vorwurf der Fälschung in einem Artikel erhoben worden, den Herr von Schoen am 2. August 1919 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte. In diesem Artikel sei eine Reihe von Unrichtigkeiten enthalten, auf die im „Kampf" unter der Spitzmarke „Entlarvung des Herrn v. Schoen" im September 1919 erwidert wurde. Darin sei Herrn v. Schoen nachgewiesen worden, daß er die deutsche Viererkommission wider besseres Wissen fälschlich unterrichtet habe. Weder Herr v. Schoen noch sonst jemand habe auf diese Beschuldigung erwidert. Es handle sich darum, daß Herr v. Schoen die Viererkommission durch seinen Artikel, aber auch schon vorher durch das Auswärtige mündlich unrichtig informiert habe. Der „Kampf" habe ausdrücklich betont, daß Eisner selbst an der Hand des Originals den Bericht in die Schreibmaschine diktierte. Prof. Cossmann habe wissen müssen, daß diese Feststellungen nicht durch irgendein Gerücht widerlegt werden können.

„Die beleidigenden Behauptungen, die sowohl in den „Süddeutschen Monatsheften" wie in den übrigen Tageszeitungen, insbesondere auch in „Das Bayerische Vaterland "in besonders krasser Form gegen mich erhoben worden sind, haben letzten Endes diesen Prozeß, der heute beginnt, herausgefordert; denn die Beleidigungen, die da erhoben worden sind, treffen mich persönlich und politisch so schwer, daß ich dazu nicht schweigen konnte. Es blieb mir kein anderer Weg als der, eben die Veranlasser dieser Beleidigungen gerichtlich zu belangen wegen der Vorwürfe der Fälschungen, des Verbrechens am deutschen Volke usw. Die Behauptungen, die da aufgestellt worden sind, den Vorwurf der Fälschung, des Verbrechens am deutschen Volk usw., müssen ja die Beklagten noch beweisen. Nun haben diese Behauptungen, diese Darstellungen in den „Süddeutschen Monatsheften" eine so weitgehende Verbreitung gefunden, und sie stehen in so engem Zusammenhang nicht nur mit der Eisnerschen Veröffentlichung an sich, sondern auch mit der Kriegsschuldfrage überhaupt, daß, so sehr ich mich auch bemühen will, die Kriegsschuldfrage an sich hier nicht prinzipiell klären zu wollen, ich doch gezwungen bin, da und dort des näheren auf die Kriegsschuldfrage selbst einzugehen. Der Herr Vorsitzende hat ja von vornherein erklärt, daß das Amtsgericht in München nicht die Stelle sei, an der die Kriegsschuldfrage im Prinzip geklärt werden kann. Diese Auffassung ist auch die meine. Eine solche Entscheidung gehört vor ein anderes Forum."

Es werde behauptet, daß durch diese Veröffentlichung des Berichtes es der Entente möglich gemacht worden sei, von der Kriegsschuld Deutschlands zu sprechen. Er müsse eine prinzipielle Unterscheidung treffen zwischen der Schuld Deutschlands und der Schuld des deutschen Volkes. Es müsse unterschieden werden zwischen dem deutschen Volke und den verantwortlichen Leitern der deutschen Politik. So könne es sich nur darum handeln, über die Schuld der Leiter der deutschen Politik zu sprechen. Seine Aufgabe sei es, Beleidigungen zurückzuweisen, die Wahrheit über die Eisnerschen Veröffentlichungen festzustellen und Verleumdungen, wie sie seit der Revolution gegen Eisner und ihn erhoben würden, entgegenzutreten. Der Bericht vom 18. Juli sei, mehr als irgend etwas anderes, zu Agitationsmethoden mißbraucht worden. Gerade die, die das Dokument parteipolitisch ausnützen, hätten alle Ursache, bei Erörterung der Schuldfrage zurückhaltend zu sein, und gerade die Verteidiger des kaiserlichen Deutschland hätten in den letzten Jahrzehnten auf eine Entscheidung mit den Waffen hingedrängt. In den „Südd. Monatsheften" sei ausgeführt worden, daß Eisners Veröffentlichung die erste große Selbstbezichtigung eines beteiligten Volkes gewesen sei; außerdem werde erklärt, daß Eisners Veröffentlichung von der alliierten Kommission als einer der stärksten Beweise für die Schuld Deutschlands angesehen worden sei. „Die Eisnersche Veröffentlichung war nicht die erste Selbstbezichtigung eines beteiligten Volkes. Ich will von anderem ganz absehen, ich verweise nur auf die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, auf den Mühlonbrief, und es könnte noch eine Reihe anderer Beispiele auch angeführt werden, die längst vor der Eisnerschen Veröffentlichung, also während des Krieges schon geschrieben waren."

Im Bericht der alliierten Kommission finde man nirgends einen Hinweis, daß gerade die Eisnerschen Dokumente eines der stärksten Argumente für die Schuld Deutschlands gewesen seien. Nur an einer einzigen Stelle werde ausdrücklich von einem „erdrückenden Zeugnis des Grafen Lerchenfeld" gesprochen, dies beziehe sich jedoch nicht auf die Kriegsschuld, sondern auf die Verletzung der belgischen Neutralität. Darüber aber habe Eisner keinen neuen Beweis erbracht. Die Veröffentlichung habe nur das wiederholt, was Bethmann Hollweg bereits am 4. August im Reichstag gesagt hat.

Der Kläger erhebt darauf gegen Herrn von Schoen und das Auswärtige Amt den Vorwurf,

Digitized by Google

daß sie es verabsäumt hätten, den vollständigen Bericht rechtzeitig zu veröffentlichen. Bereits am 7. Mai habe das Auswärtige Amt das Münchner Ministerium des Aeußern telephonisch gebeten, die Abschriften der bayerischen Gesandtschaftsberichte nach Berlin zu schicken. Am 11. Mai wurde — der Kläger bezieht sich auf das Buch Dr. Dirrs *) — das Material unversehrt in der Privatwohnung Eisners aufgefunden. Nach der Empfangsbestätigung hat das Auswärtige Amt die Berichte am 22. Mai erhalten. Die deutsche Viererdelegation ist am 20. Mai zusammengetreten. Am 28. Mai wurden die Bemerkungen der Viererkommission durch den Grafen Brockdorff den Alliierten übersandt. Eine volle Woche habe man also Zeit gehabt, und in dieser Woche hätte man es sehr wohl möglich machen können, daß die Viererkommission Einsicht bekommt in den vollen Wortlaut des Eisnerschen Dokumentes. Das sei nicht geschehen.

Die militärische Lage, die letzten Endes zum Versailler Vertrag führte, versuche man anderen in die Schuhe zu schieben durch die bekannte Dolchstoßlegende; man sage, an der militärischen Niederlage sei die Revolution schuld. Er könne darauf verzichten, das nochmals zu widerlegen. Die Revolution sei die Folge des Zusammenbruchs gewesen. „Ich will gar nicht auf Einzelheiten eingehen bezüglich der Herrschaft der Militärkaste in Deutschland und bezüglich der unfähigen streberhaften Diplomatie. Dafür gibt es Zeugnisse in Massen in den Erinnerungen des Freiherrn v. Eckardtstein. Die aggressive deutsche Außenpolitik, die seit Bismarcks Sturz ununterbrochen getrieben wird, hat insbesondere stark eingesetzt, nachdem Fürst Bülow Minister des Aeußern und später Reichskanzler geworden war, und dann schließlich die vielen Provokationen, die durch Wilhelm II. selbst veranlaßt worden sind, das alles mit vielem anderen zusammen führte in direkter Linie zur Katastrophe. Es wäre wirklich sehr verführerisch, auf diese Dinge näher einzugehen, besonders an der Hand der Darstellungen, die Freiherr v. Eckardtstein in seinen drei Bänden gibt über die deutsche Außenpolitik . . . . Man war sich in Deutschland über die Folgen dieser Außenpolitik vollständig im klaren und hat gewußt, wo die Reise hingeht, und man sehnte die kriegerische Auseinandersetzung herbei." Das gehe aus einem Briefe hervor, den 1909 der deutsche Generalstabschef v. Moltke an den österreichischen Generalstabschef Conrad v. Hötzendorff schrieb. Damals sei von Berlin aus Oesterreich-Ungarn eine Blankovollmacht gegeben worden; es brauchte nur in einem ihm günstig erscheinenden Augenblick in Serbien einzumarschieren, um Deutschland auf seine Seite zu haben, die Mobilisierung Rußlands auszulösen, und so ist es in der Tat auch gekommen. Die Kriegserklärung an Frankreich habe man mit Bombenwürfen auf Nürnberg begründet. Daß diese Begründung Lüge war, habe Eisner im Karlsruher „Volksfreund" veröffentlicht. Beweis dafür seien auch die Erinnerungen des ehemaligen Botschafters in Paris, Freiherrn v. Schoen.

In seinen weiteren Ausführungen weist Fechenbach auf den Brief hin, den der frühere Deutsche Kronprinz im Oktober 1921 an Professor Dorn schrieb und worin darauf hingewiesen sei, daß die deutschen Staatsmänner zielbewußt auf einen Frieden hätten hinarbeiten müssen und daß erst nach dem Fehlschlage von 1918 die Lage bitterernst geworden sei. Eisner habe 1918 den letzten Versuch unternommen, um durch Verhinderung der Frühjahrsoffensive einen Friedensschluß herbeizuführen der uns leichtere Bedingungen bringen sollte. Dieser Versuch sei als Landesverrat gebrandmarkt worden, Eisner sei in das Gefängnis gekommen. Gerade diese Tat, die man Eisner als Landesverrat anrechnete, sei die eigentlich nationale Tat gewesen. Eisner hätte damit dem deutschen Volke sehr viel erspart.

Zu dem Vorwurf der Fälschung des Berichts hebt Fechenbach hervor, daß das vorhandene Konzept lediglich mit dem Zeichen „Sch" gekennzeichnet gewesen sei, aber so, daß jemand, der die Schrift Schoens und Lerchenfelds nicht kannte, dazu kommen konnte, daß es auch als Abkürzung für Lerchenfeld (Lch) gelten könne. Nachdem die vorausgegangenen Berichte von Lerchenfeld gewesen seien, habe man doch annehmen können, daß auch dieser Bericht von Lerchenfeld stammte, zumal der Bericht von so großer Bedeutung war. Eisner sei einem bedauerlichen Irrtum zum Opfer gefallen und habe bereits einen Tag darauf eine Berichtigung erlassen und drei Tage später, auf der Landestagung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates ebenfalls vom Bericht des Freiherrn v. Schoen gesprochen und nicht von einem Bericht des Grafen Lerchenfeld. Es sei nicht einzusehen, warum absichtlich der Name Lerchenfelds anstatt des Herrn v. Schoen gewählt worden sein soll.

Man habe nicht den Versuch unternommen, den auszugsweise wiedergegebenen Bericht als vollständigen Bericht erscheinen zu lassen. Das gehe auch aus verschiedenen anderen Stellen des Berichtes deutlich hervor. Es fehlen sonach die Merkmale einer Fälschung, zunächst die bewußte Absicht, den Bericht als vollständig erscheinen zu lassen, und außerdem auch die Absicht, fälschen zu wollen. Eisner sei weit erhaben über einen solchen Vorwurf. „Eisner hatte während des Krieges — das wird Sie vielleicht interessieren — sehr gute Beziehungen zu politischen Kreisen in Berlin, die es ihm ermöglichten, über interne politische Vorgänge unterrichtet zu sein. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß während des

*) Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. München, Verlag Oldenbourg, 1922. Die darin enthaltenen Feststellungen über die Entstehung der Fälschung sind ebenso wie die vom gleichen Verfasser im Februarheft 1922 „Süddeutsche Monatshefte" gegebene kritische Würdigung durch den Verlauf des Prozesses bestätigt worden.

Digitized by Google

rieges hier allwöchentlich politische Diskus-
onsabende stattfanden, die von Kurt Eisner
eleitet wurden und in denen es uns möglich
urde, daß, was wir nicht aus der Presse er-
uhren, weil es nicht gedruckt werden durfte,
och zu erfahren. In diesen Diskussionsaben-
en lernten wir u. a. die Lichnowskysche Denk-
chrift sehr frühzeitig nach ihrem Erscheinen ken-
ten. Vielleicht können wir noch den einen oder
nderen Teilnehmer an diesen Diskussionsaben-
en als Zeugen hier noch hören, er wird sich
ielleicht erinnern, daß die Beziehungen Kurt
Eisners für politische Informationen so weit
eichten, daß Vorgänge aus der näch-
ten Umgebung des damaligen Deut-
chen Kaisers dem Diskussionsklub
n München bekannt wurden."

*

Mittag um 1 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen und auf nachmittag 3½ Uhr vertagt. Auf eine Frage des Vertreters des Privatklägers erklärte R.-A. Graf Pestalozza, daß seine Partei bisher keinen Anlaß sehe, sich zu den Ausführungen des Privatklägers zu äußern.

In der Nachmittagssitzung fährt zunächst Fechenbach mit der Verlesung des Eisnerschen Aufsatzes fort. An der Hand eines Briefes, den Eisner auf das Verbot des Generalkommandos an dieses richtete, will Fechenbach zeigen, aus welcher Gesinnung heraus Kurt Eisner schon im Jahre 1916 Veröffentlichungen über die Kriegsschuldfrage versucht hat, nämlich im Dienste der geschichtlichen Wahrheit. Als Eisner Ministerpräsident wurde, habe er gewußt, daß in Berlin die Aktensammlungen veröffentlicht werden sollten. Da aber versucht worden sei, diese Veröffentlichung zu sabotieren, habe Eisner mit der Veröffentlichung bayerischer Akten begonnen.

Vorsitzender: Können Sie sich daran erinnern, ob dem Herrn Eisner, wie er die Publikation veranlaßt hat, in der bayerischen Gesandtschaft in Berlin das Original des Schoenschen Berichtes oder das Konzept vorgelegen ist?

Fechenbach: Meines Wissens das Konzept. In längeren Ausführungen will er dann dartun, daß die in dem Berichte des Herrn v. Schoen ausgelassenen Stellen das Veröffentlichte erhärten. Ueber seine persönliche Teilnahme an der Veröffentlichung bemerkt Fechenbach wiederholt, daß er den Auszug nur in die Schreibmaschine diktiert bekommen habe. Schließlich meint Fechenbach noch, daß es, wenn man die Wahrheit über die Kriegsschuld so eifrig suche wie die Beklagten, notwendig sei, darauf zu verweisen, daß die deutschen Generalstabsakten bis heute noch nicht veröffentlicht seien. Was man bisher gehört habe, deute darauf hin, daß gerade in den Generalstabsakten vielleicht die letzte Aufklärung zu finden sei. Wenn die Veröffentlichung erfolgte, würde nach der Meinung Fechenbachs vielleicht auch die Streitfrage geklärt sein, mit der sich das Gericht beschäftige.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bemerkt, daß er und sein Klient nicht in allen hier verhandelten Punkten völlig übereinstimmen, wie er auch bezüglich Eisner sagen müsse, daß er auf einem anderen politischen Boden gestanden habe als Eisner. Der Grund, warum er sich gleichwohl entschlossen habe, die Sache restlos zu vertreten, liege in der von ihm durch eifriges Studium gewonnenen Ueberzeugung, daß in dem in Frage stehenden Gegenstand Kurt Eisner richtig handelte. Der Verteidiger glaubt noch erklären zu müssen, daß nicht Fechenbach es war, der durch eine Veröffentlichung die Kriegsschuldfrage neuerdings ins Rollen gebracht hat.

Der Vertreter des Klägers kommt dann darauf zu sprechen, daß die deutsche und die österreichische Politik darin abgewechselt hätten, daß sie mehr oder weniger aggressiv waren und daß die wiederholt bewiesene Mäßigung böses Blut bei den Alldeutschen und bei der Militärpartei gemacht hätte. Vor 1914 sei ein Krieg zwischen Oesterreich und Serbien zweimal in die Nähe gerückt gewesen. Das letzte Mal verlangte Oesterreich, daß die Serben Albanien in 14 Tagen räumen, in der unausgesprochenen Hoffnung, daß Serbien eine derartige Bedingung unmöglich erfüllen könne. Die Serben haben zum größten Erstaunen Oesterreichs Albanien in acht Tagen geräumt. Das war Berchtold sehr unangenehm. Er wollte bei nächster Gelegenheit den wiederholt abgeblasenen Krieg gegen Serbien endlich zum Ausbruch kommen lassen. Am 28. Juni passierte die Mordtat in Serajewo, bereits am 30. Juni schlug Berchtold dem Grafen Tisza vor, Serbien zu überfallen und aufzuteilen. (Dr. Löwenfeld verliest im Verfolg seiner Ausführungen zahlreiche Dokumente.)

R.-A. Graf **Pestalozza** fragt, wie das weitergehen soll. Auf diese Weise dauert der Prozeß nicht drei Tage, sondern drei Wochen.

Der **Vorsitzende** ersucht wiederholt, sich auf den Prozeßstoff zu beschränken, zumal auf heute Zeugen geladen sind, die morgen anderwärts beansprucht werden.

Professor **Coffmann**: Ich möchte nur bemerken, daß wir der Gegenpartei auf ihrem Wege nicht folgen können. Zuerst hat uns Herr Fechenbach seine Ansicht vorgetragen, die auch die der französischen Großkapitalisten ist, dann Herr Dr. Löwenfeld, dessen Ausführungen etwa die der deutschen Sozialdemokratie auf diesem Gebiete sind. Wenn auch wir, die wir verschiedener politischer Meinung sind, und unsere Anwälte diesem Beispiel folgen wollten, dann würde ein ganzer Vortragszyklus entstehen. Was Herr Fechenbach sagte, ist für jeden, der sich tiefer mit den Dingen beschäftigt, voll von Irrtümern. Ich glaube, daß die Herren Sachverständigen darüber erstaunt waren, daß es überhaupt möglich ist, daß jemand, der öffentlich in Deutschland über diese Dinge spricht, eine solche Unwissenheit besitzt, wie Herr Fechenbach. Daraus ist wohl die Heiterkeit am Sachverständigentisch gekommen. Es ist unmöglich, auf diesem von der Gegenpartei beschrittenen Weg zu folgen. Dazu genügten drei Wochen nicht; der Gerichtshof müßte sich für drei Jahre in Permanenz

Digitized by Google

erklären, wenn alle die Fragen, die Herr Fechenbach erörtert hat, richtig untersucht werden wollten. Herr Fechenbach scheint keine Vorstellung von wissenschaftlicher Methodik zu haben, sein Gesichtskreis geht über die Veröffentlichungen der „Morgenpost" und einiger Memoiren nicht hinaus. Wir haben Sachverständige ohne Rücksicht auf die Parteistellung geladen, Herren, die die meiste Fachkenntnis besitzen und Autoritäten auf ihrem Gebiet sind. Wir vertreten hier keinen Parteistandpunkt, weder in juristischem, noch in politischem Sinne, wir wollen vielmehr die Sache soweit klären, als sie auf diesem Spezialgebiet mit Urkunden und den besten Sachverständigen geklärt werden kann. Einen Punkt muß ich aber doch hervorheben: Es scheint, daß Herr Fechenbach gar nichts weiß von dem, was draußen vorgeht in der Oeffentlichkeit bei den Arbeiterparteien der anderen Länder. Ich erwähne das, weil Herr Fechenbach nach meiner Vermutung einer Partei angehört, die überwiegend Arbeiterpartei ist. Er scheint nicht zu wissen, was in der französischen Arbeiterpresse und bei der englischen Labour Party jeden Tag vorgeht. Er würde sich wohl dieser unglaublichen Blamage von heute nicht ausgesetzt haben, wenn er nur einigermaßen die Vorgänge verfolgt hätte, die zur Zeit in der Pariser Arbeiterpresse sich abspielen; ich erinnere nur an das libre noir, das wir wohl der Sowjetregierung verdanken. Wir werden es anders machen als die Gegenseite. Wir werden nur Dinge behaupten, die wir sofort entweder durch Urkunden oder durch beeidigte Aussagen unter Beweis stellen.

Es werden dann verschiedene

Zeugen

vernommen, die Auskunft über die dienstliche Stellung Fechenbachs im Ministerium des Aeußern unter Eisner geben.

Rat und Geheimsekretär **Friedrich Bebel** bekundet, daß Fechenbach als politischer Sekretär Eisners vertragsmäßig am 8. November 1918 mit einem Monatsgehalt von 500 *M* angestellt wurde. Eisner habe eine eigene Kanzlei gehabt, in der vermutlich die politischen Arbeiten angefertigt wurden. Auf die Frage, ob Eisner oder Fechenbach die Schlüssel zum Schrank verlangten, in dem die Geheimakten verwahrt wurden, erklärte Zeuge, daß er die Schlüssel nicht mehr gehabt, sondern sie schon früher abgegeben habe wegen der Reorganisation des politischen Archivs.

Ministerialrat Dr. **Friedrich Lindner** im Handelsministerium, früher im Ministerium des Aeußern, erklärt, daß Eisner am 9. November 1918 zum ersten Mal in das Ministerium gekommen und die höheren Beamten zu sich berufen habe, wobei er ihnen Unterleitner und Fechenbach vorgestellt habe. Letzterer habe dann als Sekretär im Vorzimmer des Ministers Platz genommen. Fechenbach war zuerst auf Wartegeld angestellt und erhielt sodann einen Dienstvertrag mit dreimonatiger Kündigungsfrist und einem Monatsbezug. Seine Stellung wurde a... die eines persönlichen Sekretärs Eisners au... gefaßt. In der im Vorzimmer Eisners ein... gerichteten Abteilung, wenn man sie so nenne... wolle, seien die politischen Angelegenheiten e... ledigt worden. Diese Angelegenheiten ginge... nicht durch die normale Registratur und d... normale Ein- und Auslaufbureau.

Graf **Pestalozza** bemerkt hierzu, es sei al... hier eine Art doppelter Buchfüh... rung vorhanden gewesen. **Zeuge** erklärt, da... es nur eine einfache Buchführung gewesen ist... denn die normale Registratur und das Ein- un... Auslaufamt hätten nichts von der Tätigkeit die... ser politischen Abteilung erfahren. Wo die Akten dieser Abteilung aufbewahrt wurden, kann Zeuge nicht angeben. Ob Fechenbach de... Schreibmaschinenschreibens kundig gewesen ist... und es ausgeübt habe, vermag er ebenfalls nicht anzugeben.

Legationsrat Frhr **v. Papius** bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin gibt Aufschluß über das Zustandekommen der Abschrift, die von dem Konzept des Legationsrates v. Schoen genommen wurde. Von München aus sei an die bayerische Gesandtschaft telephoniert worden, daß bei den politischen Akten in München einige Berichte vermißt würden; darunter sei auch der Bericht des Legationsrates v. Schoen vom 18. Juli 1914 genannt. Die Gesandtschaft wurde gebeten, Abschriften nach München zu senden. Es dürfte dies am 13. oder 14. November 191... gewesen sein. Die betreffende Abschrift sei sofort am darauffolgenden Tage gemacht und nach München gesandt worden. Am 24. November, als der Artikel im „Berliner Tageblatt" erschienen war, sei er im Ministerzimmer der bayerischen Gesandtschaft bei Eisner gewesen. Dieser habe ihm das Tageblatt gezeigt und ihn gefragt, ob er den Bericht schon gelesen habe. Er habe darauf erwidert, daß er sich die Sache schon angesehen habe, es sei aber ein Irrtum darin enthalten, denn der Bericht stamme nicht von Lerchenfeld, sondern von Herrn v. Schoen; Lerchenfeld sei damals beurlaubt gewesen und Schoen Geschäftsträger. Darauf fragte Eisner, woher Zeuge das wisse. Der Zeuge bemerkte hierauf, er wisse dies aus den Akten, und auf die Frage, ob er das beweisen könne, habe er ihm die Akten des zweiten Halbjahres 1914 überbracht und das Original mit der Handschrift von Herrn v. Schoen überreicht. Aus dem erstaunten Gesicht, das Eisner machte, als er sah, daß der Bericht nicht von Graf Lerchenfeld sei, glaube er schließen zu dürfen, daß vielleicht Eisner selbst sich mit dieser Abschrift, die nach München geschickt wurde, nicht weiter beschäftigt habe. Auf verschiedene Zwischenfragen der Parteivertreter bemerkt der Zeuge, er glaube, daß die Abschrift in Maschinenschrift nach München geschickt wurde. Gleichviel aber, ob es Maschinenschrift oder Handschrift gewesen, sei anzunehmen, daß auch diese Abschrift nach der Uebung mit dem vollen Namen unterzeichnet war.

Digitized by Google

R.-A. Graf **Pestalozza** hält Fechenbach vor, daß schon im Zuge nach Berlin die Abschrift besprochen worden sei, wobei doch Fechenbach anwesend war. **Fechenbach** bemerkt hierzu, er habe keine Ursache, etwas zu verschweigen. Die Akten, die Eisner mit nach Berlin genommen habe, seien umfangreiche Faszikel gewesen mit Gesandtschaftsberichten, in denen Eisner während der Fahrt nach Berlin gearbeitet habe.

Dr. **Löwenfeld** erklärt, eine persönliche Bemerkung machen zu müssen: Herr Prof. Cossmann habe an den Ausführungen des Privatklägers in starker Form persönliche Kritik geübt. Der Privatkläger werde diesem Beispiel nicht folgen, sondern sich auf die reinen Tatsachen beschränken. Zu der Frage der Methode der doppelten Buchführung bemerkt Dr. Löwenfeld, daß die betreffende Behauptung Fechenbachs bei den Sachverständigen Heiterkeit erregt habe. Er greife diesen Anlaß auf, um zunächst in einem Punkte diese Methode dadurch urkundlich unter Beweis zu stellen, daß er den zweiten Buchführungsbericht, den Ergänzungsbericht zum Bericht des Herrn v. Schoen, verlese. In diesem werde von der bayerischen Gesandtschaft in Berlin der bayerischen Regierung die Anweisung erteilt, wie sie lügen könne und wie sie lügen solle. Er werde unter Beweis stellen, wie die bayerische Regierung sich dieses Auftrages des Grafen Lerchenfeld entledigt habe. Dieser Bericht, der bisher der Oeffentlichkeit nicht bekannt geworden ist, sei einer jener Berichte, die eine Aktennummer nicht tragen und anscheinend durch die amtlichen Akten nicht gegangen sind. Es sei ein Privatbrief des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling.

R.-A. **Warmuth** erhebt gegen die Verlesung des Briefes mit der Begründung Einspruch, daß der Brief erst in Gegenwart des Grafen Lerchenfeld verlesen werden dürfe.

Dr. **Löwenfeld** teilt mit, daß er den Brief Prof. Cossmann und dem Gericht bekannt gegeben hat und daß er zusammen mit Prof. Cossmann beim Grafen Lerchenfeld war, um sich über die Authentizität des Briefes zu unterrichten.

R.-A. **Graf Pestalozza**: Es handelt sich aber doch um ein Unikum. Wahr ist, daß wir von dem Brief tatsächlich nicht überrascht worden sind und von ihm Kenntnis hatten. Auch Graf Pestalozza empfiehlt, die Verlesung des Briefes bis zur Anwesenheit des Grafen Lerchenfeld zu verschieben. Er habe den Eindruck, als ob durch die Verlesung des Briefes dem Verhandlungstage ein wirkungsvoller Abschluß gegeben werden sollte.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bestreitet diese Absicht und besteht auf der Verlesung des Schreibens. Er will jedoch unter Berufung auf sein Berufsgeheimnis nicht angeben, wo das Original ist.

Der Vorsitzende verliest hierauf folgende Abschrift eines Briefes des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling:

Königlich
Bayerische Gesandtschaft

Berlin, 9. Dezember 1914

Hochverehrtester Freund!

Das französische Gelbbuch liegt hier noch nicht vor. Die Zeitungen haben aber bereits Auszüge gebracht. Der des „Matin" erwähnt eine Unterredung zwischen Euer Exzellenz und dem französischen Geschäftsträger, Herrn Allizé, die auch in deutschen Zeitungen gemeldet wird. Nach dem „Matin"-Auszug hätten Euer Exzellenz Herrn Allizé gesagt, daß Ihnen das österreichische Ultimatum bekannt sei. Nach dem „Berliner Tageblatt" hätte Ihre Mitteilung gelautet, daß das Ultimatum Ihnen in seinen Hauptzügen bekannt sei und Sie die Lage für ernst hielten.

Ich lege die erwähnten Ausschnitte samt einem Ausschnitt aus der „Times" in der Anlage vor.

Heute hat mich Graf Wedel auf die Sache angeredet und bemerkt, daß diese Zeitungsmeldungen hier großes Aufsehen erregt hätten. Das Auswärtige Amt habe allen Staaten und der Oeffentlichkeit gegenüber immer daran festgehalten, daß ihm das österreichische Ultimatum vor seiner Ueberreichung in Belgrad nicht bekannt gewesen sei. Dieses Gebäude, das für die Stellung des Reiches den jetzigen Feinden gegenüber wichtig sei, würde durch die Aeußerung Eurer Exzellenz an Herrn Allizé, wenn sie unwiderlegt bliebe, umgestürzt.

Ich habe Graf Wedel erwidert, daß Euer Exzellenz das Ultimatum sicherlich nicht gekannt hätten. Wenn die Unterredung mit Herrn Allizé überhaupt stattgefunden hätte, was ich nicht wisse, so würden Eure Exzellenz diesem gewiß nur gesagt haben, daß Oesterreich, wie die Dinge liegen, ernste Garantien von Serbien verlangen müsse, und daß hienach die Lage ernst sei.

Nun ist mir aus den Akten bekannt, daß Euer Exzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn v. Schön, vom 18. Juli l. J. Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatumsnote ersehen hatten. Schön hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behaupten werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden, wie alle anderen Mächte. Dabei muß es selbstredend bleiben und es muß daher auf alle Fälle bestritten werden, daß Euer Exzellenz den Inhalt des Ultimatums vor seiner Ueberreichung gekannt haben. Denn, wie der „Matin" sagt, kann nicht angenommen werden, daß das, was man in München wußte, nicht in Berlin bekannt gewesen wäre. ... que le Gouvernement bavarois qui ne pouvait avoir de secret pour Berlin....

Ich erwarte nun den Befehl, was ich dem Grafen Wedel auf seine Anfrage antworten soll. Dem Auslande gegenüber muß, wie schon gesagt, auf alle Fälle alles bestritten werden. Was die Stellung gegenüber dem hiesigen Auswärtigen Amt betrifft, so dürfte hier in Betracht kommen, daß die österreichische Note in Belgrad am 23. Juli, also am selben Tage in Belgrad übergeben worden ist, an dem die angebliche Unterredung Eurer Exzellenz mit Herrn Allizé stattgefunden haben soll. Ferner, daß schon vorher einiges aus der Note am Tage vor dem 23. in der Presse durchgesickert war. („Münchner Neueste Nachrichten" vom 22. Juli, Vorblatt Nr. 370, Seite 1. „Vor einer neuen Krisis.") Es wird in diesem Artikel von der Unterdrückung der verbrecherischen Propaganda in Serbien gesprochen. Die Lage war also ernst und es muß verständlich sein, wenn Euer Exzellenz den französischen Geschäftsträger darauf aufmerksam gemacht haben. Es ist endlich auch möglich, daß Unterstaatssekretär Zimmermann sich der Unterredung mit Schön (18. Juli) nicht mehr erinnert und daß man den Bericht Schöns vom

Digitized by Google

gleichen Tage ignorierte. Aber darauf ist kein Verlaß. Es scheint mir deshalb nicht zu empfehlen, dem Auswärtigen Amt jede Kenntnis der österreichischen Note in Abrede zu stellen. Aber ebenso wenig notwendig des Berichtes Schöns Erwähnung zu tun, wenn nicht darnach gefragt wird.

Aber Euer Exzellenz werden dies alles am besten selbst ermessen und ich bitte, meine Vorschläge nur meiner guten Absicht anzurechnen, die Sache möglichst glatt aus der Welt geschafft zu sehen.

Noch eines möchte ich bemerken: Es wird wohl darauf hinauslaufen, daß eine Richtigstellung in der Bayerischen Landeszeitung erscheint. Vielleicht senden mir Euer Exzellenz gleich mit der Antwort auf diesen Brief einen Entwurf einer solchen Erklärung, den ich im Auswärtigen Amt zur Sprache bringen kann.

In treuer Verehrung
Euer Exzellenz
treu ergebener
gez.: Graf Lerchenfeld.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** beantragt, die Erklärung der bayerischen Regierung in der „Bayerischen Staatszeitung" vom 13. Dezember 1914 zu verlesen.

Der Vorsitzende verliest dann folgende Regierungserklärung:

Das französische Gelbbuch und das österreichische Ultimatum an Serbien

Aus dem französischen „Gelbbuch", das in seinem offiziellen Wortlaut hier noch nicht bekannt ist, haben französische und englische Zeitungen Auszüge gebracht, die auch in der deutschen Presse besprochen werden. In diesen Auszügen findet sich die Behauptung, daß der bayerischen Regierung das österreichische Ultimatum vor Ueberreichung der betreffenden Note an die serbische Regierung bekannt gewesen sei, oder, wie eine andere Lesart lautet, daß Staatsminister Graf v. Hertling am 23. Juli (dem Tag der Ueberreichung des Ultimatums) dem französischen Geschäftsträger Allizé in München gesagt habe, die österreichischen Forderungen seien ihm in ihren Hauptzügen bekannt und die Situation sei ernst.

Demgegenüber muß aufs bestimmteste festgestellt werden, daß die bayerische Regierung und der Staatsminister des K. Hauses und des Aeußeren, Graf von Hertling, von den seitens der österreichisch-ungarischen Regierung an die serbische Regierung gestellten Forderungen erst durch die am 24. Juli erfolgte Veröffentlichung in der Presse Kenntnis erhielten, und daß der bayerischen Regierung, wie auch dem Staatsminister Grafen v. Hertling vorher weder der Wortlaut des Ultimatums, noch die seitens der österreichisch-ungarischen Regierung am 23. Juli gestellten Forderungen in ihren Hauptzügen bekannt waren.

Die oben genannten Behauptungen des französischen Gelbbuches entsprechen demnach nicht der Wahrheit; damit entfallen auch die Schlüsse, die daraus gezogen werden wollten.

Prof. Coffmann: „Ich wollte nur ein Wort sagen über den Vorgang, den Herr R.-A. Löwenfeld eben erwähnte, daß zwei der Herren Anwälte und mir diese Sache bekannt war. Das kam so, daß Herr Dr. Löwenfeld offenbar zu den Anwälten gesagt hat, er hätte in dieser Sache etwas ganz Fürchterliches. (Zuruf des R.-A. Löwenfeld.) In diesem Sinne habe ich die Sache wenigstens verstanden. (R.-A. Löwenfeld: Nein!) Jedenfalls etwas, was uns veranlassen würde — so habe ich die Sache aufgefaßt —, diesen Prozeß gar nicht stattfinden zu lassen, um etwas, was Deutschland sehr schädigen würde. Es ist ganz ungewöhnlich, daß ein Gegenanwalt einen solchen Clou, wenn ich so sagen darf, der Gegenseite vorher verrät. Er hat es deswegen getan — so hat er wenigstens damals, wie ich glaube, den Herren gesagt —, weil er dächte, daß es von sehr schädlichen Wirkungen sein würde, wenn die Sache bekannt würde, daß wir jedenfalls vor Genua, so hat Herr Löwenfeld gesagt, den Prozeß gar nicht stattfinden lassen würden. Ich habe das Schriftstück gesehen und fand an der Sache nichts weiter, ich fand, daß für jeden, der die Farbbücher und die Vorgänge über das Bekanntwerden der befristeten Note kennt, nicht irgend etwas Neues darin ist. Ich hatte also keine Bedenken, daß das bekannt wird. Dann hatte Herr Löwenfeld noch das Bedenken, daß es vielleicht dem Grafen Lerchenfeld, dem Gesandten, sehr unangenehm sein würde, hier vor Gericht über diese Sache gefragt zu werden, und da haben wir uns dann dahin verständigt, daß Herr Löwenfeld und ich zu Graf Lerchenfeld in die Privatwohnung gegangen sind. Graf Lerchenfeld las aber die Sache und sagte, daß er gern darüber aussagen würde und daß gar nichts im Wege stände, ihn hierher zu laden."

Vorsitzender: Morgen wird er hier erscheinen.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bedauert jetzt, der Gegenseite von der Urkunde Kenntnis gegeben zu haben. Er habe es lediglich getan, weil die Gegenseite einen moralischen Anspruch darauf habe, nicht durch irgendwelche Ueberraschungstaktik im Gerichtssaal festgelegt zu werden. Er habe durchaus loyal gehandelt; die verdeckt ausgesprochene Vermutung sei geradezu absurd. Dr. Löwenfeld ging dann zur Verlesung einer großen Zahl von Schriftstücken aus der Sammlung der Kriegsurkunden von Montgelas-Schücking*) über, wobei er aus Aeußerungen Tschirschkys, Lichnowskys, aus Randbemerkungen des Kaisers usw. den Nachweis zu führen versuchte, daß Deutschland an Oesterreich eine Blankovollmacht für die Lösung der serbischen Krise erteilt habe. Weiter erörterte er den Stand der militärischen Vorbereitungsarbeiten Deutschlands und erklärte, er werde den Grafen Montgelas als Zeugen darüber vernehmen lassen, ob die in der Literatur sich findende Angabe richtig sei, daß der von der österreichischen Regierung nach Serajewo entsandte Dr. v. Wiesner keinen Nachweis für eine Beteiligung der serbischen Regierung an dem Attentat habe erbringen können. Wenn das richtig sei, wäre die deutsche Regierung bewußt von der österreichischen Regierung getäuscht worden. Der Vertreter des Privatklägers geht dann auf die zahlreichen Warnungen ein, die der deutschen und österreichischen Regierung zugegangen sind und kommt

*) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Berlin 1919.

Digitized by Google

ließlich zu dem Resultat, daß erst am 28. Juli ne Wendung in der deutschen Politik einge- ten ist.

Nach mehrfachen Unterbrechungen fährt Dr. wenfeld fort: Die Frage, ob Deutschland schuld n Kriege ist, könne nur historisch festgestellt wer- n. Es sei das Gefährlichste, an die Ergründung r Frage mit der vorgefaßten Absicht, die Schuld er Unschuld beweisen zu wollen, heranzutre- n. Die Anschauung, daß Fechenbach Deutsch- nd allein die Schuld am Kriege gebe, sei voll- mmen irrtümlich. Wenn man von Schuld reche, sei noch lange nicht gesagt, daß es sich m Alleinschuld handle.

Prof. **Cossmann**: Die Verhandlung wird enographiert und wenn Sie nur einen Satz n den Ausführungen des Herrn Fechenbach fin- en, der nicht für die Alleinschuld Deutschlands pricht und den andern auch nur ein Atom von Schuld zuspricht, dann haben Sie recht, im an- eren Falle nicht!

2. Verhandlungstag.

Freitag, den 28. April

Vorsitzender **Amtsgerichtsrat Frank** eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Oberregierungsrat Dr. Karl Alex. v. Müller Honorarprofessor der Geschichte an der Universität München kommt zu der gleichen Auffassung, die er bereits in den Süddeutschen Monats- heften Juliheft 1921 vertreten hat. Es liegt eine Fälschung im objektiven wie im subjek- tiven Sinne vor. Kautsky selbst habe auf Grund seiner späteren Aktenkenntnisse seine ursprüng- liche Meinung von der Schuld Deutschlands nicht mehr vertreten, sondern revidiert. Ueber die Entstehung der Fußnote äußert er sich folgen- dermaßen: „Ich darf vielleicht noch meinen Ein- druck sagen, den ich bei der Mitteilung von Herrn Professor Cossmann gehabt habe, wie er die Anmerkung vorlas. Ich habe gesagt, das ist „echt Cossmann", er entschuldigt auch Eisner in dem Augenblick, wo er etwas Entlastendes hört. An sich ist diese Anmerkung eine Abschwächung des Inhalts des Artikels. Ich sagte oben, Mini- sterpräsident Eisner hat diese Fälschung gemacht, und darunter setzt die Redaktion die Anmer- kung, Eisner war es gar nicht, sondern nur sein Sekretär Fechenbach. Ich war damals über- zeugt und bin es heute noch, daß Professor Cos- mann die Anmerkung geradeso daruntergesetzt hätte, wenn es sich nicht um Fechenbach gehan- delt hätte, sondern wenn er etwa von einem Beamten des alten Regimes gehört hätte, daß er diese Fälschung begangen habe.

Ich möchte dabei noch eines sagen, und zwar mit der vollen Ueberlegtheit, mit der man eine Aussage vor Gericht macht: Ich komme durch meinen Beruf mit vielen Menschen aus wohl allen Kreisen des Volkes zusammen, darunter mit vielen, die ich für wahrheitsliebend halte und deswegen ehre und achte; aber ich möchte mit vollem Bewußtsein sagen, es ist keiner darunter, der von einer so unbedingten, wenn man will, rücksichtslosen Wahrheitsliebe erfüllt ist wie Professor Cossmann. Er ist darin von einer Unbedingtheit, wie vielleicht wenige Men- schen überhaupt. Es ist das eine Charakter- eigenschaft, die die Menschen, die mit ihm zusam- menkommen, sehr bald in zwei Teile spaltet. Die einen, die Kompromißnaturen sind, werden abgestoßen, für die anderen ist die Bekanntschaft mit ihm etwas, was sie fürs Leben mitnehmen wegen dieser absoluten und unbedingten Wahr- haftigkeit."

R.-A. Dr. Philipp **Löwenfeld**: Ist es dem Zeugen bekannt, daß Kautsky ausdrücklich er- klärt hat, er habe nicht ein einziges Wort von dem zurückzunehmen, was er in seinem Kriegs- buche geschrieben habe.

Dr. **v. Müller**: Ich habe nur gesagt, daß Kautsky seine ursprüngliche Meinung von der Alleinschuld Deutschlands revidiert hat. Ich kenne die letztangeführte Aeußerung Kautskys nicht.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** übergibt dem Gericht die „Freiheit" vom 25. Juni 1921, um daraus einen Artikel Kautskys zu verlesen. Die Ver- lesung wird zurückgestellt. Der Vertreter des Klägers fragt dann, ob der Zeuge beachtet hat, daß in der Einleitung der Eisnerschen Ver- öffentlichung gesagt wird, Graf Lerchenfeld er- örtere die Beziehungen, die zwischen der Ber- liner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Oesterreichs an Serbien bestehen.

Dr. **v. Müller**: Selbstverständlich, aber das ist nicht der Betreff.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Weiß der Zeuge, daß Eisner bereits am 18. November 1918 an die Reichsregierung die Forderung gestellt hat, alle Dokumente, selbstverständlich auch alle entlasten- den, zu veröffentlichen und daß dies von der Reichsregierung vor dem Versailler Friedens- vertrag nicht geschehen ist?

Dr. **v. Müller**: Das weiß ich, das konnte aber jedenfalls vor dem 24. Noember nicht ausgeführt werden.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: War dem Zeugen die Berichtigung bekannt, als er schrieb, daß mit voller Absicht der Name des Verfassers gefälscht wurde?

Dr. **v. Müller**: Selbstverständlich. Wenn Eis- ner die Sache wirklich berichtigen wollte, hätte er das an gleicher Stelle tun müssen, und zwar durch die Korrespondenz Hoffmann.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Hat der Zeuge irgend- welche Ermittlungen angestellt darüber, von wem die Berichtigung ausgeht?

Dr. **v. Müller**: Es waren schon lange Presse- erörterungen vorhergegangen. Auch Fechenbach hat darin das Wort ergriffen. Es war aber nie darin gesagt worden, daß Eisner die Berichti- gung veranlaßt hat. Ich halte mich an den Wortlaut der Vorlage.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Ist dem Zeugen be- kannt, was Eisner im Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat sagte?

Digitized by Google

Dr. **v. Müller**: Das ist mir bekannt. Der Bericht Eisners wird aber heute noch von Staatsmännern der Entente als Lerchenfeldscher Bericht verwertet. Wenn die Berichtigung so wichtig war, darf ich wohl den Kläger fragen, warum die Blätter seiner Partei die Berichtigung nicht gebracht haben.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** fragt den Zeugen, ob er im Auftrag oder im Einverständnis mit der Gegenseite sich darüber informiert hat, welche Stellung ein oder einige Sachverständige in der vorwürfigen Frage einnehmen und ob ihm bekannt ist, daß davon die Ladung des einen oder anderen Sachverständigen zu diesem Termin abhängig gemacht worden ist.

Dr. **v. Müller**: Ich kann mich erinnern, daß ich mit einem der von Ihnen geladenen Sachverständigen gesprochen habe, mit Herrn Prof. Quidde, den ich als Mitglied der Akademie kenne und dessen Stellung mich persönlich interessierte. Das war vor Monaten und geschah nicht im Auftrag der Gegenpartei.

Prof. **Coffmann** weist darauf hin, daß Fechenbach gestern in Abwesenheit des Zeugen die schwersten Angriffe gegen dessen wissenschaftlichen Ruf gerichtet habe. Es wäre wichtig, daß Fechenbach das in Gegenwart des Zeugen wiederhole. Fechenbach habe es als außerordentlich unwissenschaftlich hingestellt, daß Professor von Müller von der Eisnerschen Veröffentlichung geschrieben hat, es sei dies die erste große Selbstbezichtigung eines am Krieg beteiligten Volkes gewesen.

Fechenbach findet es eigenartig, daß ein Satz herausgegriffen werde, den er schon vor Monaten geschrieben habe, worauf Prof. **Coffmann** erwidert, er habe nicht angenommen, daß Artikel der „Münchner Morgenpost" als Material für das Gericht betrachtet werden. (Heiterkeit.)

Dr. **v. Müller** erklärt, er würde seinen wissenschaftlichen Ruf dann aufs Spiel gesetzt haben, wenn er gesagt hätte, die Veröffentlichungen z. B. von Mühlon seien eine Selbstbezichtigung des deutschen Volkes. Im vorliegenden Falle liege die Sache aber doch wesentlich anders. Eisner habe als Ministerpräsident des zweitgrößten Bundesstaates gesprochen mit der ganzen Autorität dieser Stellung und deshalb sei es eine Bezichtigung des deutschen Volkes zu nennen.

Dr. Friedrich Muckle

bayerischer Gesandter in Berlin während der Aera Eisner,

nun Privtgelehrter in der Nähe von Heidelberg, bekundet als Zeuge, daß die Eisnersche Veröffentlichung in seinem Arbeitszimmer in der Gesandtschaft in Berlin von Eisner selbst diktiert worden sei. Ob die Person, der in die Schreibmaschine diktiert wurde, Fechenbach war, könne er nicht mehr genau sagen. Es sei ihm nur aufgefallen, daß Eisner beim Diktieren stockte und lange Pausen machte. Er wisse, daß die Person, der diktiert wurde, nicht in der Form einer Diskussion oder sonstigen Bemerkung auf Eisner eingewirkt habe. Er habe vielmehr der Eindruck gehabt, daß Eisner frei von sich aus dieses Dokument diktierte.

Prof. **Coffmann**: Wissen Sie, auf welche Weise sich Eisner vorbereitet hat?

Dr. **Muckle**: Das kann ich nicht sagen, weil Eisner damals von München nach Berlin fuhr und ich bei der Fahrt nicht dabei war. Auf eine Frage der Verteidigung erklärt der Zeuge, es sei möglich, daß die Berichtigung der bayerischen Gesandschaft, wonach nicht Graf Lerchenfeld, sondern Legationsrat v. Schoen der Verfasser des Berichtes sei, von ihm (dem Zeugen) stamme. Ob Eisner die Berichtigung veranlaßt habe, könne er nicht mehr sagen.

Graf Josef Maria von Soden-Fraunhofen

früherer Legationssekretär der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, nun Oberamtmann in München, wird nunmehr als Zeuge über das Zustandekommen der Abschrift von dem Schoenschen Konzept vernommen. Es sei üblich gewesen, daß bei Abschriften, die nach Konzepten gemacht wurden, nicht nur die Chiffre (Aktenzeichen) geschrieben, sondern auch die volle Namensunterschrift gesetzt wurde. Auf Grund seiner persönlichen Kenntnisse könne er Rat Keller, der die Abschrift gemacht habe, als außerordentlich zuverlässigen, peinlich gründlichen Beamten bezeichnen und er halte es für ausgeschlossen, daß Keller bei dieser Abschrift nur ein „Sch." gesetzt habe, sondern daß er jedenfalls „von Schoen" oder „v. Schoen" geschrieben habe.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Haben alle Berichte, die von der bayerischen Gesandtschaft an das Ministerium gingen, Nummern und Aktenzeichen getragen oder gibt es auch Berichte vertraulicher Art, die vom Gesandten zum Minister zum Teil in Form von Privatbriefen gingen.

Graf Soden: Es gibt auch Berichte, die in der Form von Privatbriefen des Gesandten an den Ministerpräsidenten gingen. Diese Berichte trugen, soweit ich mich erinnere, keine Aktenzeichen.

Fechenbach: Waren diese Berichte amtliche Berichte oder Privatbriefe?

Graf Soden: Es waren amtliche Berichte, die keine Nummern trugen.

Fechenbach: Wurde nicht in diesen Berichten ein Unterschied in der Darstellung insofern gemacht, als sie die Dinge wahrheitsgemäßer berichteten und vielleicht auch Dinge enthüllten, die in den amtlichen Berichten nicht enthalten waren?

Graf Soden: „Ich erkläre ausdrücklich auf meinen Eid, daß ein derartiger Unterschied, wie der Kläger angenommen hat, nicht gemacht wurde. Der Unterschied zwischen numerierten Berichten und Privatbriefen war ein rein formaler. Wir unterschieden: Berichte, die adressiert waren an Seine Majestät den König, Berichte, die an den Ministerpräsidenten persönlich adres-

Digitized by Google

rt waren mit Höflichkeitsformel — Hochverteester Herr Ministerpräsident oder so ähnlich und endlich Berichte, die nur an das Staatsministerium adressiert waren und keine Höflichtsformeln enthielten. Es war üblich, daß die litischen Berichte in der Form 1 oder 2, d. h. der Form ad maiestatem oder in der Form rsönlich an den Ministerpräsidenten formuliert urden. Aber irgend ein tieferer Grund lag dier Unterscheidung nicht zu Grunde."

Vorsitzender: War anzunehmen, daß dann, enn ein Privatbrief geschrieben wurde, man r Oeffentlichkeit etwas vorenthalten wollte?

Graf Soden: Die Absicht, die volle Wahrheit u sagen, bestand bei allen Berichten. Mit der öglichkeit, daß diese Berichte, die alle streng ertraulich waren, überhaupt veröffentlicht urden, haben wir nicht gerechnet, weder in er einen, noch in der anderen Form. Alle Bechte waren gleich geheim und alle enthüllten n gleicher Weise die Tatsachen, die nach der leberzeugung des Berichterstatters der Wahreit entsprachen.

R.-A. **Graf Pestalozza**: Sind die Privatbriefe uch vom Empfänger als amtliche verwahrt orden.

Graf **Soden**: Selbstverständlich.

R.-A. **Graf Pestalozza**: Ein solcher Bericht ann somit in andere Hände nur durch eine trafbare Handlung kommen. Gestern wurde in Brief vorgelegt, den Graf Lerchenfeld geschrieben haben soll und der meines Wissens ein unnumerierter Brief ist. Dieses Schriftstück müßte also nach Ihren Angaben ebenfalls in den Akten sich befinden, wenn es ordnungsgemäß aufbewahrt worden wäre.

Graf **v. Soden** kommt hierauf an der Hand von Notizen, die er sich in jenen Tagen gemacht hat, auf die Berliner Vorgänge nach der Revolution zu sprechen. Der bayerische Gesandte Dr. Muckle hat sich am 14. November nachmittags in der bayerischen Gesandtschaft vorgestellt. Graf Lerchenfeld ist am 12. November abends von Berlin abgereist. Der Zeuge erinnert sich genau, daß das Ersuchen des Staatsrates von Lößl, Abschriften von nicht auffindbaren Akten — seines Erinnerns seien es zwei gewesen — nach München zu senden, vor der Ankunft des Dr. Muckle erfolgt ist. Die Akten der bayerischen Gesandtschaft befanden sich im Arbeitszimmer des Herrn v. Schoen in einem Schrank, zu dem Graf Lerchenfeld, Herr von Schoen und Graf Soden Schlüssel hatten. Nach der Ankunft Dr. Muckles wurde die Gesandtschaft von diesem ersucht, die politischen Akten der letzten Jahre ihm auszuhändigen. Dies geschah. Das Konzept des Schoenschen Berichtes befand sich in den Akten, die vollständig Dr. Muckle übergeben wurden.

Prof. **Coffmann**: Ist Ihnen durch das damalige Zusammensein mit Eisner bekannt, ob Eisner mit dieser Aktenpublikation das tun wollte, was die französischen Chauvinisten, was Clemenceau wünschten, daß er tue?

Graf Soden: Am 23. November kam Eisner in Berlin an. Am 24. November, Sonntag nachmittag 4 Uhr, wurden wir zu Eisner gebeten. Es sollte bei Eisner eine Besprechung stattfinden mit den Beamten der Gesandtschaft und mit dem bayerischen stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten. Außerdem erschienen Herr von Stockhammern, Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission, und der bayerische Legationsrat Freiherr von Gebsattel; ich glaube, auch dieser war Mitglied der Waffenstillstandskommission. Auf Veranlassung des Dr. Muckle äußerte sich Eisner über seine politische Auffassung und seine Pläne im allgemeinen. Auch der Kläger hat in Begleitung Eisners an der Besprechung teilgenommen, außerdem Dr. Muckle und sein Privatsekretär. Ich habe mir notiert, daß Eisner ebenso wie vorher schon Dr. Muckle in Privatgesprächen ausdrücklich aussprach, daß er via Förster in ständiger Fühlungnahme mit Herrn Clemenceau stehe und daß Clemenceau dem Eisner auf diesem Weg habe wissen lassen, daß rückhaltlose Bloßstellungen der früheren deutschen Machthaber — wie sie durch die Veröffentlichung des Schoenschen Berichtes in bezug auf die Schuld am Kriege erfolgt seien — die erste Vorbedingung zu einer wahren Versöhnung der Völker seien. Eisner fuhr fort, „Clemenceau, Lloyd George und Wilson sind alle drei die größten Idealisten (lebhafte Heiterkeit im ganzen Gerichtssaal), die nicht daran denken, das deutsche Volk zu vernichten." Nach Eisners Ausführung ereignete sich folgendes: Herr von Stockhammern ergriff das Wort und wies darauf hin, daß er in seiner Eigenschaft als Mitglied der Waffenstillstandskommission sich davon habe überzeugen können, daß Clemenceau nicht daran denke, das deutsche Volk zu schonen, daß im Gegenteil die Verhandlungen ergeben hätten, daß die Franzosen das deutsche Volk absolut vernichten wollen. So ungefähr lautete seine Erklärung. „Daraufhin — ich sehe das Bild jetzt noch vor mir — sprang Eisner auf und rief: Derartige Dinge werden von Gegnern der Revolution in die Welt gesetzt, um die berechtigte Wut des Volkes, die sich sonst gegen sie richten würde, auf die Entente abzulenken. Ich habe das größte Zutrauen zur Entente und lasse mich darin nicht irre machen."

Fechenbach fragt den Zeugen, ob ihm bekannt sei, daß von den sogenannten Privatbriefen auch Konzepte in der Gesandtschaft blieben.

Graf Soden: Nicht jedesmal. Graf Lerchenfeld hat es nicht immer getan.

Dr. **Löwenfeld**: Es liegt nahe, daß man Konzepte von solchen Berichten, die man absolut geheim halten wollte, nicht weitergegeben hat.

Graf Soden: Bezüglich der Geheimhaltung möchte ich sagen: Es bestand erfreulicherweise zwischen meinem hochverehrten Chef, dem Grafen Lerchenfeld, und seinen Mitarbeitern,

Digitized by Google

Herrn v. Schoen, Freiherrn v. Papius und mir ein solches Vertrauensverhältnis, daß es eine Geheimhaltung von Dingen, die zur Kenntnis des Chefs kamen, uns gegenüber nicht gab. Die Handhabung nach außen war gleich geheim bei allen Dingen.

Dr. **Löwenfeld**: Da ist anzunehmen, daß der Zeuge den Wortlaut des sogenannten Privatbriefes des Grafen Lerchenfeld an den Ministerpräsidenten Hertling gekannt hat.

Graf Soden: Ich kenne den Brief. Er ist geschrieben worden; ob es Wort für Wort stimmt, kann ich unmöglich sagen.

Abg. Dr. Pius Dirr

Herausgeber der bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch, Vorstand des Stadtarchivs München

wird als Zeuge und Sachverständiger beeidet. Er bekundet, daß das Original des Schoenschen Berichtes nicht bei den Akten ist und daß Staatsrat v. Lößl über dessen Verbleib aussagen wird.

Staatsrat von Lößl

bekundet, daß er am 8. November 1918 Mitteilungen darüber erhielt, daß mit den Akten in der Polizeidirektion schlimm umgegangen wurde. Er habe es daher für nötig erachtet, die Akten des Ministeriums des Aeußern zu sichern im Hinblick auf die Gefahr, daß geheime Berichte in die Hand der Feinde gelangen können oder daß die in den Berichten genannten Persönlichkeiten gefährdet sein könnten. „Ich habe daher den Auftrag gegeben, daß drei Aktenstücke, die sich auf Berichte vor dem Ultimatum bezogen, vernichtet werden, was auch geschah. Der Grund war nicht der, daß etwa in diesen Dokumenten ein Beweis für die Schuld Deutschlands enthalten war, sondern lediglich der, daß es sich um ganz vertrauliche Mitteilungen der Berliner Gesandtschaft handelte und uns die Pflicht oblag, solche Berichte strengstens zu verwahren. Als dann Eisner im Ministerium erschien, habe ich ihm von der Vernichtung dieser Aktenstücke Mitteilung gemacht und bemerkt, daß wir uns jederzeit wieder eine neue Ausfertigung von Berlin verschaffen können. Eisner bat mich hierauf darum und ich ersuchte bei der Gesandtschaft um die Herstellung von Abschriften. Bald darauf bat mich Eisner, ihm diese Abschriften auszuhändigen, welchem Ersuchen ich nachkam mit dem Bemerken, daß es sich um ganz vertrauliche Akten handle und es der diplomatischen Uebung widersprechen würde, sie zu veröffentlichen. Eisner erwiderte: Dann werde ich sie in meinem Schreibtisch einsperren. Zu meiner größten Ueberraschung ersah ich dann aus der Presse, daß der Schoensche Bericht doch veröffentlicht worden war. Eisner hat später in einer Versammlung seiner Referenten seine Handlungsweise verteidigt und er schien wirklich in dem Wahn befangen gewesen zu sein, damit etwas Gutes für Deutschland getan zu haben."

Auf eine Frage des Vorsitzenden erwiderte Staatsrat v. Lößl, daß die Abschrift des Berichtes mit „von Schoen" unterzeichnet war, wie es überhaupt Uebung war, daß derartige Abschriften mit dem ganzen Namen unterzeichnet wurden.

Vorsitzender: Hat eine Art doppelter Buchführung bestanden?

Staatsrat v. Lößl: Ein System der doppelten Buchführung in diesem Sinn hat nicht bestanden. Ich kenne wenigstens keine Berichte, die doppelt gehalten waren. Allerdings hat es persönliche Berichte des Gesandten an den Minister gegeben, die eigens verwahrt wurden, und gewöhnliche Berichte, die in die Registratur eingefügt wurden.

Graf von Lerchenfeld

früher bayerischer Gesandter und Staatsrat in Berlin

erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden: Ich kann nur sagen, daß der Bericht des Herrn von Schoen der damaligen Lage entspricht, sonst hätte ich ihn — ich habe ihn ja nach meiner Rückkehr gesehen — berichtigt. Zum Beweis dafür, daß der Bericht der Lage entspricht, möchte ich hinweisen auf die Kritik, die er durch den Reichskanzler und durch Unterstaatssekretär Zimmermann erfahren hat. Beide Herren haben die Veröffentlichung sehr bedauert. Sie haben darauf hingewiesen, daß es ein Stimmungsbericht ist, der im Zusammenhang mit der ganzen Weltlage beurteilt werden muß. Diese Bemerkung ist durchaus richtig. Gegen die im Bericht gemeldeten Dinge wurden Einwendungen nicht erhoben. Wenn Herr Zimmermann Zweifel aussprach, daß er Herrn v. Schoen seinerzeit die drei Punkte aus dem Ultimatum mitteilte, so kann ein Lapsus des Herrn v. Schoen vorliegen; er hat das vielleicht von anderer Seite erhalten, er hat ja mit drei, vier Leuten gesprochen; es kann sein, daß er da den Namen verwechselt hat, ebenso gut ist es möglich, daß Herr Zimmermann nach vier Jahren sich nicht mehr ganz genau an das erinnert, was er Herrn v. Schoen mitgeteilt hat. „Im allgemeinen ist die Richtigkeit auch von seiten der Kritik anerkannt worden. Der Reichskanzler hat selbst in der Mitteilung an die Deutsche Allgemeine Zeitung ausgeführt, daß es die Absicht der deutschen Regierung gewesen ist, daß Oesterreich eine scharfe Auseinandersetzung mit Serbien hat. Er sagt, daß das notwendig gewesen sei für die Stellung Oesterreichs als Großmacht und für den Wert des österreichischen Bündnisses, also auch für uns. Er bringt dann auch und hebt besonders hervor, daß diese Auseinandersetzung nach seiner Hoffnung aber den Krieg vermeiden könnte, jedenfalls die Frage lokalisieren und auf diese Lokalisierung legt er in seinen Ausführungen ganz besonderen Wert. Dies führt mich ganz von selbst darauf hin, darauf aufmerksam zu machen, daß die Kritik des Herrn von Bethmann und die Kritik des Unterstaatssekretärs Zimmermann sich auf den verstümmelten Bericht Schoens bezogen haben, den Bericht, wie er nach der Eis-

Digitized by Google

nerschen Publikation gelautet hat. In dieser Publikation sind alle diejenigen Stellen weggelassen worden, die auf die Lokalisierung Bezug haben; und das hat natürlich dem Bericht eine etwas andere Färbung gegeben und ich glaube, daß die Kritik der beiden Herren über den Bericht weniger scharf gelautet haben würde, wenn sie den vollständigen Bericht gekannt hätten. **Weiter möchte ich für die Beurteilung dieses Berichtes darauf aufmerksam machen, daß Herr von Schoen an Wissende geschrieben hat, d. h. an die bayerische Regierung, an den Grafen Hertling, die alle von der Weltlage unterrichtet waren und die vor allem, und darauf kommt es an, ganz genau gewußt haben, daß in Berlin weder der Kaiser, noch der Reichskanzler, noch die Regierung einen allgemeinen Krieg haben entfesseln wollen.** An die hat er geschrieben. Wäre sein Bericht für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen, so zweifele ich keinen Augenblick, daß er diesen Punkt stark betont hätte. Das war für ihn nicht notwendig, denn er mußte und konnte voraussetzen, daß das den Herren bekannt war. Ich kann nur wiederholen, was ich anfangs gesagt habe, daß ich den Bericht Schoens für vollständig übereinstimmend mit der Weltlage halte als Stimmungsbericht.

„Eine doppelte Buchführung ist möglich: Es kann ein Minister sich bei einem Agenten, bei einem Gesandten, bei einem Botschafter einen Bericht bestellen, der Unrichtiges enthält, um es zu veröffentlichen, oder um irgend jemand zu täuschen. Das kann ich aber sagen, daß in meiner ganzen Praxis — ich bin beinahe 40 Jahre Gesandter gewesen — keine doppelte Buchführung je stattgefunden hat. Ob ein Bericht den Titel getragen hat: An den König, ob er vertraulich war, der Zweck des Berichtes war, die Regierung zu unterrichten über das, was der Gesandte weiß. Es gab hier keinen Unterschied, die Berichte sind ganz genau gleich behandelt worden. Ich kann Bezug nehmen auf das, was Herr Staatsrat v. Lößl, wie in dem Dirrschen Buche steht, ausgeführt hat darüber. Es hat eine doppelte Buchführung bei uns nicht gegeben, und ich kann mich an keinen Fall erinnern, wo ich anders nach Hause berichtet hätte als das, was ich für die volle Wahrheit gehalten hätte." Dann kommt noch ein Brief, der schon eine größere Rolle gespielt hat.

Ich kann mich nach acht Jahren nicht mehr daran erinnern, ob in der mir gezeigten Abschrift des Briefes an Graf Hertling jedes Wort genau zutrifft, jedenfalls habe ich einen solchen Brief geschrieben.

R.-A. Dr. **Loewenfeld** übergibt dem Vorsitzenden aus Bernsteins Dokumenten zum Weltkrieg das Gelbbuch Frankreichs und beantragt die Verlesung der Urkunde Nr. 21, in der Gesandter Allizé, über die Auffassung, die in Bayern über den österreichisch-serbischen Konflikt bestand, berichtet und bei der Erwähnung des Ministerpräsidenten den Satz einfügt: „die österreichische Note, von der er Kenntnis hatte", ferner daß dem Ministerpräsidenten „nichtsdestoweniger die gegenwärtige Situation sehr ernst zu sein scheine".

Graf Lerchenfeld weist darauf hin, daß die betreffende Stelle einmal heißt „von der (Note) er Kenntnis hatte", ein andersmal „der Ministerpräsident sagte mir, er habe vom Hauptteil der Note Kenntnis". Graf Hertling konnte das Ultimatum in seinen wesentlichen Teilen gar nicht kennen. Er konnte nur wissen, was Herr v. Schoen in seinem Briefe vom 18. Juli berichtet hat und in einigen Berichten v. Tuchers stand. Diese lassen die Lage als ernst erscheinen. In dem Berichte des Herrn v. Schoen sind drei Punkte erwähnt, das Ultimatum aber hatte zehn und zwar eine ganze Reihe von Punkten, die weiter gingen als die von Schoen mitgeteilten Also jedenfalls ist es nicht wahr, daß Graf Hertling von dem Ultimatum, wie es gewesen ist, Kenntnis hatte. Er war nur bis zu einem gewissen Grade über das Ultimatum und den Ernst der Lage orientiert. Entweder hat ihn Herr v. Allizé mißverstanden oder den Relativsatz aus eigenem beigefügt. Im übrigen ist die Sache durchaus klar: Nach meiner Ueberzeugung hat weder der Reichskanzler noch die Regierung Kenntnis von dem Ultimatum gehabt, was man Kenntnis haben heißt, und infolgedessen konnte auch Graf Hertling keine Kenntnis haben außer dem, was ihm von Berlin und Wien mitgeteilt worden war, bruchstückweise. Deshalb konnte er mit Fug und Recht den Widerruf veröffentlichen. Er hat das Ultimatum erst kennen gelernt durch die Publikation.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: In dem Briefe des Herrn Zeugen an Graf Hertling heißt es: „Nun ist mir aus den Akten bekannt, daß Euer Exzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn v Schoen, vom 18. Juli d. J. Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatumsnote ersehen hatten." Ich bitte mir zu sagen, wie das mit den letzten Ausführungen des Zeugen in Einklang steht.

Graf Lerchenfeld: Es ist vielleicht ein Lapsus von mir, daß ich sagte, „den wesentlichen Inhalt." Der wesentliche Inhalt war es nicht. Täuschen wollte ich damit niemanden. Die ganze auswärtige Politik war darauf gerichtet, den Krieg zu isolieren, die Einmischung anderer Mächte in den Streit zwischen Oesterreich und Serbien zu verhindern. Wenn die deutsche Regierung das als Zweck ihrer Politik aufgestellt hat, war es ganz selbstverständlich, daß sie sich in den Streit nicht selbst einmischt. Sie hat das Ultimatum nicht gekannt, weil sie es nicht kennen lernen wollte sie wollte es Oesterreich überlassen, wie es sich mit Serbien auseinandersetzt; sie hat Rückendeckung versprochen, aber sie wollte selbst in die Sache nicht eingreifen. Wenn nun das Gelbbuch sagt, die bayerische Regierung hatte von der Sache Kenntnis, so ist die Schlußfolgerung gegeben, daß auch die Reichsleitung von diesem Ultimatum vollständige Kenntnis hatte,

Digitized by Google

und deshalb ist es wichtig, dem zu widersprechen. Kannte sie das Ultimatum, dann war die Schlußfolgerung der Franzosen, daß das Ganze nur ein abgekartetes Spiel gewesen wäre zwischen Berlin und Wien, daß eigentlich nicht Wien gegen Serbien vorgeht, sondern daß das Deutsche Reich den allgemeinen Weltkrieg entfesseln wolle und deshalb die Aktion unternommen habe.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** findet die Stelle im Briefe des Grafen Lerchenfeld an den Ministerpräsidenten Hertling auffallend, worin die Frage erörtert sei, wie man ev. den Schoenschen Bericht ignorieren könne. Graf Lerchenfeld solle sich darüber äußern, ob zwischen dem Staatssekretär Zimmermann, bevor dessen Erklärung zu Papier gebracht worden sei, und Herrn v. Schoen oder einem anderen Mittelsmann der Gesandtschaft Auseinandersetzungen über den Inhalt dieser Urkunde stattgefunden haben.

Graf Lerchenfeld erklärt, daß er hierüber keine Kenntnis besitze, da er nicht mehr in Berlin gewesen sei. Auf Befragen bestätigt der Zeuge noch, daß er niemals „Lch", sondern, wenn er abgekürzt habe, mit einem L signiert habe. Ob von dem Bericht vom 9. Dezember 1914 ein Konzept vorhanden war, könne er nicht mehr sagen. Er habe manchmal Berichte gleich fertig geschrieben und abgeschickt, wenn es eben besonders eilig war.

R.-A. **Graf Pestalozza**: Graf Lerchenfeld konnte wohl die Ueberzeugung haben, daß sein Brief, von dem er kein Konzept hatte, in amtliche Verwahrung im Ministerium kommt?

Graf Lerchenfeld: Das ist richtig. Die Berichte wurden sämtliche im Ministerium verwahrt. Er möchte nur bemerken, daß dieser Bericht sich nicht mehr im Ministerium des Aeußern befindet. Als ihm die Abschrift gezeigt worden sei, habe er sich im Ministerium des Aeußeren unterrichten wollen, ob er so geschrieben habe. Es seien auch Nachforschungen angestellt worden. Man glaubte, daß der Bericht unter jenen sei, die Eisner in seine Privatwohnung mitgenommen habe, die dann im Mai 1919 beschlagnahmt wurden und die dann wieder in das Ministerium des Aeußern zurückgeliefert wurden.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Woher ich die Abschrift habe weiß ich schon, aber nicht, woher das Original ist.

Graf Lerchenfeld: Wenn das Original vernichtet worden wäre, wüßte doch Dr. Löwenfeld nicht, woher das Schriftstück kommen sollte. (Heiterkeit.)

Kurt Frhr. v. Lersner

Reichstagsabg. in Berlin

war der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles und Paris.

Prof. **Coffmann** erklärt vor der Vernehmung dieses Zeugen, daß sie in Zusammenhang mit der Behauptung Fechenbachs stehe, daß der Versailler Friede mit dem deutschen Schuldbekenntnis und überhaupt mit der Schuldfrage nichts zu tun habe.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bemerkt, er wisse nicht, ob und inwieweit Frhr. v. Lersner von der Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden worden sei. Aus dessen Erscheinen folgere er, daß es der Fall sei. Hierzu sei zu bemerken, daß der von dem Privatkläger als Zeuge und Sachverständiger geladene Fürst v. Lichnowsky vom Auswärtigen Amt trotz wiederholter Vorstellungen nicht von der Pflicht der Dienstverschwiegenheit entbunden worden sei. Er glaube bestimmt, daß die verantwortlichen Leiter der jetzigen deutschen Politik hiervon nichts gewußt haben, insbesondere davon nichts, daß ein Zeuge und Sachverständiger, bei dem angenommen werde, daß er mehr im Sinne der Gegenpartei aussagen werde, entbunden werde, ein anderer aber nicht. Das sei eines jener Denkmäler, daß im heutigen Auswärtigen Amt in Abwesenheit der Leiter noch Dinge geschehen können, die Eisner mit seiner Veröffentlichung bekämpfen wollte.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß auch Graf Rantzau nicht von der Pflicht zur Wahrung des Dienstgeheimnisses entbunden wurde.

Prof. **Coffmann** erklärt, er bedauere auch außerordentlich, daß Fürst Lichnowsky nicht entbunden wurde. Er möchte selbst den Antrag stellen, den Fürsten unter allen Umständen vorzuladen, wenn nötig, vorzuführen, denn er werde den Fürsten auf seinen Eid hin fragen, ob der Fürst nicht vielleicht selbst gewünscht habe, nicht hierher zu kommen, weil es ihm unangenehm sei.

Unter großer Bewegung und anschließender Heiterkeit gibt nun

Freiherr **v. Lersner** die Erklärung ab, daß er ebenfalls nicht von der Pflicht der Wahrung der Amtsverschwiegenheit entbunden wurde.

Prof. **Coffmann** legt dem Zeugen verschiedene Fragen vor, vor allem die, wie die Behandlung der deutschen Friedensdelegation in Versailles war.

Frhr. **v. Lersner** bemerkt, er müsse hierzu etwas ausholen. Nach der Revolution und nach den Versuchen Deutschlands um einen Waffenstillstand sei in Spa die Waffenstillstandskommission eingerichtet worden. Er sei damals Vertreter der Reichsregierung bei dieser Kommission gewesen. Während seiner fünfmonatigen Tätigkeit in Spa sei es ihm nicht aufgefallen, daß die Mitglieder der deutschen Kommission sonderlich schlecht behandelt wurden. Namentlich in den ersten Monaten — er könne nicht anders sagen — sei die Behandlung sowohl seitens der Bevölkerung wie seitens der Gegner durchaus angemessen gewesen. Er sei dann Anfangs April oder Ende März als Vertreter der Reichsregierung nach Frankreich zu den Finanzverhandlungen gegangen. Die fünf oder sechs deutschen Herren seien gezwungen gewesen, in einem Teil eines Gartens, der abgesperrt war, für sich zu leben. Sie durften nicht über die Postenkette, die mit Bajonetten und scharf geladenen Gewehren versehen war, hinausgehen. Das ging soweit, daß, als der Zeuge sich einmal auf eine Bank setzte, die etwa 3 oder

Digitized by Google

4 Schritte jenseits des Weges war, ein Soldat, der Posten stand, auf ihn zukam, und ihn mit der Androhung von Gewalt zwang, in den den Deutschen bestimmten Teil zu gehen. Er sei daraufhin noch als erster Regierungskommissar nach Versailles gegangen mit einer kleinen Delegation von wenigen Herren, um die diplomatische Stellung unserer Delegation zu regeln und die ersten Arrangements zu treffen. Er sei mit den Herren morgens angekommen und habe nach Tisch mittags etwas Luft schöpfen wollen. Als er vom Hotel herunterkam, stand unten ein Posten, der ihm erklärte, er müsse erst den Präfekten der Polizei rufen. Dieser wurde gerufen und als ihm Frhr. v. Lersner seinen Wunsch kundgab, bemerkte er: Jawohl, das hat man vorausgesehen, und bat den Zeugen, ihm zu folgen. Hinter dem Hotel war ein Raum abgesteckt von 4 Meter Breite und 16 Meter Länge mit mannshohem Staketenzaun, davor viele Hunderte von Franzosen und Französinnen. Er habe damals in deutlicher Weise dem Präfekten der Polizei seine Empörung zum Ausdruck gebracht, daß man den ersten Vertreter eines Reiches, mit dem man im Kriege gelebt habe, so behandle. Es sei wie ein Käfig für ein wildes Tier gewesen. Achselzuckend habe der Präfekt bemerkt, daß die Deutschen das wohl nicht besser verdient hätten. Darauf erklärte der Zeuge, daß die Delegation sofort abreisen werde, wenn er nicht den Spaziergang unternehmen könnte. Nach längeren Verhandlungen sei ihm gestattet worden, um das Neptunbassin herumzugehen, wobei ihn mehrere Polizisten begleiteten. Das Neptunbassin habe etwa 800 Schritte im Umfang. Auf diesem Raum wollte man für die Friedensverhandlungen die etwa 200 Mann starke deutsche Friedensdelegation einsperren. Er habe daraufhin nach energischem Protest und äußerst schwierigen Verhandlungen es fertiggebracht, daß der Delegation ein Teil des Parkes zur Verfügung gestellt wurde. Wer von der Delegation über die Straße gehen wollte, mußte sich vorher bei der Polizei anmelden, die im Hotel war, und es wurde ihm dort ein Detektiv mitgegeben. Wer das nicht wollte, der kam eben nicht auf die Straße, wie es bei ihm ein halbes Jahr lang der Fall gewesen sei.

Prof. **Coffmann**: War in Versailles etwas von einem Versöhnungsgedanken zu bemerken?

Frhr. **v. Lersner**: Diese Frage ist kurzweg mit Nein zu beantworten.

Prof. **Coffmann**: Haben Sie die Ueberzeugung, daß die „deutsche Alleinschuld" etwas zum Friedensvertrag beigetragen hat?

Frhr. **v. Lersner**: Diese Ueberzeugung ist mir gekommen auch aus den verschiedensten Unterhaltungen, die man mit den uns beaufsichtigenden Ententeoffizieren und gegnerischen Persönlichkeiten hatte.

Prof. **Coffmann**: Wäre nicht die Stellung der deutschen Friedensdelegation bei den Engländern und Amerikanern in Versailles eine bessere gewesen, wenn nicht durch das Schuldbekenntnis die Ueberzeugung von der deutschen Alleinschuld bestanden hätte?

Frhr. **v. Lersner**: **Nach meiner Ueberzeugung wäre unbedingt unsere Stellung erheblich besser gewesen und ich glaube, daß dies namentlich z. B. auf Wilson einen ganz erheblichen Eindruck gemacht hat, daß von deutscher Seite bereits vor den Friedensverhandlungen von Versailles ein solches Schuldbekenntnis vorlag.**

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: In welchem Zusammenhange ist Ihnen in diesen Unterhaltungen der Name Eisner begegnet?

Frhr. **v. Lersner**: Wenn ich in Privatgesprächen mit den Gegnern auf die Schuldfrage zu sprechen kam, die ich für Deutschland verneinte, wurde mir der Name Eisner entgegengehalten. „Eh, Monsieur Eisner" usw.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Wissen Sie im einzelnen, welches Material den Gegnern zur Beurteilung der Schuldfrage vorlag?

Frhr. **v. Lersner**: Das kann ich nicht beantworten.

Dr. **Löwenfeld** stellt dann an den Zeugen die Frage, inwieweit sich die Entrüstung der Franzosen gegen die Oberste Heeresleitung gerichtet habe, die sie für die Zerstörung in ihren Gebieten verantwortlich machten.

Frhr. **v. Lersner**: Ich kann nur sagen, daß sämtliche Mitglieder der deutschen Friedensdelegation und der Waffenstillstandskommission jederzeit gleich behandelt wurden, ohne Rücksicht darauf, ob sie zur Obersten Heeresleitung gehörten oder Zivilpersonen waren.

R.A. Dr. **Löwenfeld**: Woraus erklärt sich der Unterschied in der Behandlung bei den Franzosen und Belgiern, nachdem dort auch die Veröffentlichungen Eisners bekannt waren?

Frhr. **v. Lersner**: Weil nach Erscheinen der Eisnerschen Dokumente es immer eine gewisse Zeit gedauert hat, bis sie in die große Masse des Volkes gedrungen sind. Ich glaube unbedingt, daß diese Dokumente vereint mit der Propaganda, die man auf gegnerischer Seite für die deutsche Schuld am Kriege betrieben hat, den höchst bemerkenswerten Umschwung in der Behandlung der Delegationen, denen ich in allen drei Fällen angehört habe, hervorgerufen haben.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Weiß der Zeuge etwas Positives darüber, inwieweit bei dieser Propaganda die Eisnerschen Veröffentlichungen eine Hauptrolle, eine Nebenrolle oder überhaupt keine Rolle gespielt haben? Glaubt der Zeuge, daß dann, wenn die Schoensche Urkunde in diesem Komplex von Urkunden gefehlt hätte, die Propaganda der Gegenseite um ein Haar anders ausgefallen wäre?

Digitized by Google

Frhr. v. Lersner: Die letztere Frage kann ich nicht beurteilen, die Frage aber, ob die Eisnerschen Dokumente eine Rolle gespielt haben, möchte ich als absolut zweifelsfrei festgestellt betrachten.

In der Nachmittagsverhandlung wird neuerdings

Gesandter Graf Lerchenfeld

vernommen, der dem Gerichte mitteilte, daß er noch etwas anzugeben habe. Graf Lerchenfeld gibt bekannt, daß er eben Kenntnis bekommen hat von der Antwort des Grafen Hertling auf seinen Brief vom 9. Dezember. Die Antwort ist vom 11. Dezember und ergänzt die Zeugenaussage vom Vormittag. Graf Lerchenfeld verliest folgenden

Brief des Grafen Hertling

11. Dezember 1914

Hochverehrter Freund!

Besten Dank für Ihren Brief vom 9. ds. Mts. und für die darin gegebenen wertvollen Anregungen. In der gleichen Angelegenheit war gestern Herr v. Treutler, der sich einige Tage hier aufgehalten hat, bei mir und erkundigte sich im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach dem Sachverhalt. Ich kann nur wiederholt erklären, daß es mir unerfindlich ist, wie die fragliche Bemerkung in das Gelbbuch gekommen sein mag, wenn nicht auch hier wieder eine absichtliche Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse vorliegt. Alles, was ich von dem zu erwartenden österreichischen Ultimatum wußte, beruhte auf dem Bericht des Herrn v. Schoen vom 18. Juli. Wie der Inhalt dieses Berichtes ergibt, war damals noch gar nichts gewiß, zu welchen Forderungen sich Oesterreich tatsächlich entschließen wird. Gleich Eingangs heißt es in dem Bericht von der seitens der österreichisch-ungarischen Regierung „beabsichtigten Auseinandersetzung mit Serbien"; an einer späteren Stelle sind einige österreichische Forderungen angeführt, jedoch mit dem Beifügen „soweit bis jetzt feststeht". Weiter findet sich der bemerkenswerte Vorbehalt, „ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn v. Jagow wie Herrn v. Zimmermann noch immer zweifelhaft".

Daß ich bei so wenig bestimmten Mitteilungen über das Ultimatum Herrn Allizé gegenüber erklärt haben sollte, das Ultimatum sei mir bekannt, ist ganz ausgeschlossen. Auch die Hauptzüge des Ultimatums waren mir nicht bekannt, wie ein Vergleich der in dem Bericht des Herrn v. Schoen mitgeteilten voraussichtlich drei Forderungspunkten mit den tatsächlich zehn Punkten des Ultimatums ohne weiteres ergibt. Dazu kommt, daß mit das Wesentlichste des österreichischen Ultimatums dessen außergewöhnlich scharfe Fassung war, von der ich natürlich auch keine Kenntnis hatte. Nach allem wäre ich in der Lage, mit gutem Gewissen die im Entwurf anliegende halbamtliche Erklärung veröffentlichen zu lassen, die dann gleichzeitig der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und durch Wolff-Bureau in der Presse verbreitet werden könnte. Euer Exzellenz darf ich ergebenst ersuchen, hierüber alsbald mit dem Auswärtigen Amt ins Benehmen zu treten. Ich werde dann morgen Samstag, 12. Dezember, um 1 Uhr bei Ihnen antelephonieren, so daß im Falle des Einverständnisses des Auswärtigen Amtes die halbamtliche Erklärung noch morgen abend in die Staatszeitung kommen könnte.

Von dem Berichte des Herrn v. Schoen vom 18. Juli wird wohl dem Auswärtigen Amt gegenüber umso mehr Gebrauch gemacht werden können, als ich über denselben auch mit Herrn v. Treutler sprach, so daß das Auswärtige Amt auf diesem Wege wahrscheinlich davon Kenntnis hat.

Mit besten Grüßen

Euer Exzellenz ergebenster

gez. Hertling.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** beantragt nochmals unter Zustimmung der Gegenpartei die Ladung des Fürsten Lichnowsky.

Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluß: Es ist an das Auswärtige Amt zu telegraphieren, ob es die Genehmigung zur Vernehmung des Fürsten Lichnowsky zu den im Schriftsatz des Dr. Löwenfeld aufgestellten Fragen erteilt. Wird die Genehmigung erteilt, so wird der Zeuge auf Dienstag, 2. Mai, geladen werden. Wird die Genehmigung versagt, unterbleibt die Ladung.

Generaloberst Infanterie a. D. Graf Montgelas als Zeuge und Sachverständiger

Vorsitzender: Sie waren Mitglied der sogenannten Viererkommission. Sie haben gehört, worum es sich handelt, und ich bitte Sie nun, uns zu sagen, welche Auffassung Sie von der Art der Veröffentlichung Eisners haben.

Die Weglassungen in der Eisnerschen Veröffentlichung

Graf Montgelas: Bei einem Vergleich des Berichts, wie er veröffentlicht worden ist, und dem tatsächlichen Bericht fällt folgendes auf:

Erstens ist der Name des Verfassers unrichtig angegeben. Das daraufhin erfolgte Dementi ist nicht in der Weise gegeben worden, daß es durchdringen konnte. Ich werde darauf zurückkommen, welche Wirkungen die unrichtige Angabe des Namens gehabt hat. Was den Bericht selbst anlangt, so fehlt in erster Linie der Betreff. Auf diesen Punkt lege ich für meine Person kein Gewicht, weil derartige Betreffs, die nicht mehr in allen Ländern üblich sind, auch bei uns bei Veröffentlichung der deutschen Dokumente weggelassen worden sind.

Weiter fehlt in der Einleitung der Satz über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien. In dieser Weglassung erblicke ich eine Aenderung des Berichtes, die nicht damit begründet werden kann, daß es sich um eine Raumersparnis handelt. Der ersparte Raum ist zu klein, um in Betracht zu kommen. Es ist dies eine Weglassung, über deren Bedeutung sich ein auch politisch nicht geschulter Bearbeiter nicht im Unklaren sein konnte. Sie verschiebt die ganze Tendenz des nachfolgenden Berichtes.

Es fehlt weiter der Absatz: „Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien stellen werden....." Es fehlt also dieser nach meiner Ansicht außerordentlich wichtige Absatz, über dessen Bedeutung sich der Bearbeiter nicht im Zweifel sein konnte.

Digitized by Google

Es fehlt weiter der Satz, daß von einer Mobilmachung deutscher Truppen abgesehen werden soll und daß man auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken will, daß Oesterreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen. Auch ein militärisch nicht geschulter Bearbeiter wird erkennen, daß die Weglassung dieses Punktes von der denkbar größten Tragweite ist. In dem Satz über die Mobilisierung der österreichischen Truppen ist mit einer Klarheit, die kaum übertroffen werden kann, zum Ausdruck gebracht, daß die Berliner Regierung den Weltkrieg nicht heraufbeschwören wollte. Ich gebe zu, daß die volle Tragweite der Weglassung dieses Satzes dem Verfasser nicht klar sein konnte, soweit er sich auf österreichische Truppen bezieht. Es ist aber ein wichtiger Punkt, wie dies aus einem Brief des Generaloberſten v. Moltke an den Reichskanzler im Jahre 1913 hervorgeht. General Montgelas legt eine Abschrift dieses Briefes des Herzogs Albrecht von Württemberg vom 2. Februar 1913 an den Fürsten Fürstenberg und eine Abschrift des genannten Briefes des Generaloberſten v. Moltke dem Gerichte vor. In dem zweiten Brief heißt es u. a.: Der General Tatischtschew (russischer Generaladjutant beim deutschen Kaiser. Anm. der Schriftltg.) sagte mir, daß man russischerseits auf die Mobilisierung der österreichischen Korps in Bosnien und der Herzegowina gar kein Gewicht lege, sondern nur auf diejenige der galizischen Korps, die doch nur gegen Rußland bestimmt sein könnten. Graf Montgelas bemerkt, daß dieses Dokument neu ist. Was darin mitgeteilt wird, war den militärischen Stellen Deutschlands und dem Reichskanzler bekannt, da es ja dem Reichskanzler brieflich mitgeteilt worden ist. Man war sich also völlig klar, welche Bedeutung die Bedingung hatte, die man Oesterreich stellte, vor allem in Galizien nicht zu mobilisieren.

Es fehlt weiter die Stelle: „Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in erster Linie die Haltung Rußlands sein. Will Rußland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Oesterreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstige der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben..." Das Wort „günstig" an dieser Stelle ist doch genau das Gegenteil dessen, was man sagen würde, wenn man wünscht, daß es zum Kriege käme. Es konnte niemand im Zweifel sein, was die Weglassung dieser Stelle bedeutete.

Weiter ist der Satz über die Haltung Englands: „England wird Oesterreich nicht hindern . . ." weggelassen. Ich will dahingestellt sein lassen, ob es in böswilliger Absicht geschehen ist oder nicht.

In der Weglassung der Stelle über die Haltung Italiens: „Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Oesterreich empfinden . . ." liegt diejenige Fälschung vor, die dem Wissenden allergrößten Eindruck macht. Hier ist von einer Kompensation an Italien die Rede und da wird hinzugesetzt: Also auch damals schon! Es ist aber, wie dies Herr von Schoen in seiner Berichtigung ausführt, etwas ganz anderes. Der Artikel VII des Dreibundvertrages sagt, daß Italien in jedem Falle Kompensationen zustehen, wenn Oesterreich irgend eine Gebietserwerbung noch so unbedeutender Art auf dem Balkan macht. Die Weglassung der Stelle ist

eine ungemein schwere Entstellung des Berichtes.

Aber es kann sein, daß die Bearbeiter des Berichtes weder den Dreibundvertrag noch den Artikel VII kannten und sich nicht bewußt waren, was sie mit dieser schweren Entstellung angerichtet haben. Was angeführt wird bezüglich einer Abtrennung albanischen Gebietes, ist durchaus nicht irgend etwas Imperialistisches von österreichischer Seite; das ist im Gegenteil eine große österreichische Konzession. Die österreichische Politik erstrebte ein selbständiges, möglichst großes Albanien. Merkwürdigerweise wurde das gleiche auch auf dem Sozialistenkongreß in Basel gefordert, und Ledebour stimmte 1912 im Reichstag mit dem überein, was Graf Berchtold in den Delegationen sagte. Was über die Rückgabe des im Bukarester Frieden von Bulgarien an Serbien abgetretenen Gebietes gesagt wird, ist nur ein nationaler, gerechter Ausgleich, der hier in Frage kommt.

Daß alles über Rumänien, Griechenland, Montenegro, gestrichen wurde, ist zwar ein großer Raumgewinn, verändert aber vollkommen den Charakter des Berichtes. Mehr als die Hälfte des Berichtes handelt auf dem Balkan. Das ist der Grundzug der Aktion, an die man herangehen wollte, um am Balkan einen Zustand zu schaffen, der die unberechtigten Ansprüche Serbiens einengt, abgesehen von Bosnien und der Herzegowina, und der vielleicht geeignet wäre, daß am Balkan Ruhe werde.

Das ist meine Auffassung: Daß in den Punkten 1 bis 5 eine Entstellung vorliegt, die zweifellos absichtlich erfolgt ist. Bei Punkt 6 möchte ich die Absichtlichkeit dahingestellt sein lassen, bei Punkt 7 mag wohl die Unwissenheit des Bearbeiters zur Entstellung beigetragen haben, und bei Punkt 8 ist es auch möglich, daß er sich über diesen Bericht, der ein Balkanbericht war, nicht klar war.

Der berufenste Beurteiler, ob dieser Bericht gefälscht ist, dürfte wohl Herr v. Schoen selbst sein. Nachdem das Gutachten der Viererkommission veröffentlicht worden war, habe ich am 3. Juli 1919 einen Brief von Bethmann Hollweg erhalten, worin er gegen verschiedene von uns gemachte Feststellungen Einwendungen erhebt. In dem Brief (den Graf Montgelas dem Gericht übergibt) findet sich fol-

Digitized by Google

gende Stelle: „Interessieren wird Sie, daß mir der Legationsrat v. Schoen gestern schreibt, Eisner habe in seinen Publikationen wichtige Stellen seines Berichtes weggelassen und dadurch den Sinn der Darlegungen verfälscht."

Graf Montgelas legt dem Gericht einen Brief des Herrn v. Schoen an ihn vom 11. Juli 1919 aus Berchtesgaden vor. In diesem Brief heißt es u. a.: „Bei der Beurteilung von Deutschlands Schuld spielt leider mein von Eisner veröffentlichter Bericht eine große Rolle. **Die Veröffentlichung hat aber deshalb eine so verhängnisvolle Wirkung gehabt, weil** Eisner den Bericht nicht im Wortlaut, sondern in tendenziös gekürzter Form publiziert **hat. Was Eisner der Welt glauben machen wollte, war, daß Deutschland im Juli 1914 den europäischen Krieg gewollt und betrieben habe. Mein Bericht zeigt aber im Gegenteil, daß die Reichsleitung für die Lokalisierung des Konfliktes zwischen Oesterreich und Serbien arbeitete und ernstlich bestrebt war, den Ausbruch eines europäischen Krieges hintanzuhalten. Das paßte Eisner nicht, und so ließ er die betreffenden Stellen meines Berichtes einfach weg."**

Die Wirkung der Eisnerschen Veröffentlichung im Ausland

„Nun kommt die Frage, welche **Wirkung** dieser Bericht im Ausland gehabt hat. **Ich darf dabei darauf hinweisen, daß für die Viererkommission in Versailles dieses Aktenstück ein außerordentlich unbequemes war. Wir wußten: So kann der Bericht nicht gelautet haben, wenn der Berichtsschreiber die Angaben richtig wiedergegeben hat. Wo aber der Fehler stecke, ob an dem Berichterstatter oder wo anders, das war uns gänzlich unbekannt, das konnten wir unmöglich wissen.** Wir mußten uns deshalb in unserem Bericht darauf beschränken, allgemein zu sagen, daß an unserer Feststellung durch das, was Eisner und andere veröffentlicht haben, nichts geändert wird, daß es nichts Neues hinzufügt, soweit es nichts Unrichtiges enthalte — was ja ein ziemlich allgemeiner Ausdruck ist. Wir hatten dabei vor Augen den Bericht, der ja wohl das schlampigste geschichtliche Dokument ist, das noch jemals geschrieben worden ist, wo 15 Männer der Entente ihre Namen darunter gesetzt haben, ein Bericht, der so schauderhaft schlecht ist, daß Clemenceau erklärt hat, er sei eine interne Angelegenheit, er wolle ihn nicht hergeben. Wir bekamen ihn aber auf eine andere Weise. In diesem Berichte wird ständig der Name des Grafen Lerchenfeld erwähnt. Es ist das ein Beweis, daß das an unrichtiger Stelle in unwirksamer Weise erlassene Dementi nicht durchgedrungen ist. Es ist meines Wissens niemals der Versuch gemacht worden, bei den vielen Besprechungen, die mit Ententevertretern und Agenten von Eisner abgehalten worden sind, das richtigzustellen, mit einem Versuch, in einer französischen Zeitung eine Berichtigung herbeizuführen." Es wird behauptet, daß man in Berlin und Wien vollkommen davon überzeugt war, daß aus den geplanten Schritten der Krieg hervorgehen würde. Das ist das genaue Gegenteil von dem, was in dem Schoenschen Bericht steht. Der Schlußsatz, daß die Berliner Regierung den Krieg für notwendig halte und Unterhandlungen mit Bulgarien eingeleitet wurden, um mit Bulgarien in ein Bündnis zu treten, damit es in den Krieg hineingezogen wird, ist auch aus dem abgekürzten Bericht nicht zu entnehmen; das ist eine Extraleistung der 15 Herren, die dieses Machwerk fertiggebracht haben.

Nachdem am 2. August Herr v. Schoen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" seine Widerlegung gegeben hatte, wurde von der Viererkommission die deutsche Regierung ersucht, bei einer allenfallsigen Neuauflage des Weißbuches eine Erklärung über die Fälschung des Schoenschen Berichtes zum Ausdruck zu bringen.

Mein Gutachten über den Bericht als solchen geht also dahin, daß er an mehreren Stellen absichtlich, an einigen Stellen infolge mangelnder politischer Schulung und Unkenntnis des Bearbeiters derart entstellt worden ist, daß ein unparteiischer oder übelwollender Leser daraus entnehmen konnte, vielleicht sogar entnehmen mußte, Deutschland und Oesterreich hätten eine Aktion gegen Serbien vereinbart, von der sie hofften, nicht etwa fürchteten, daß daraus ein europäischer Krieg entstehen würde. Der Bericht der Ententekommission vom März 1919 läßt keinen Zweifel darüber, welch schädliche Wirkung dieser Bericht auf die 15 Mitglieder dieser Kommission ausgeübt hat.

Deutschlands Friedensliebe

Ich möchte im Anschluß hieran noch auf einige Punkte eingehen, die bisher besprochen und nach meiner Auffassung nicht ganz so wiedergegeben worden sind, wie es der objektiven Darstellung entspricht. Zunächst wurde gesprochen von einem 25 Jahre lang vorbereiteten Angriffskrieg. Ich nehme an, daß eine gewisse Hyperbel unterlief. Ich glaube nicht, daß der Kläger damit meint, daß Bismarck 1889, als er bestrebt war, ein Bündnis mit England herbeizuführen, um den dauernden Frieden zu sichern, gerade an die Entfesselung des Weltkrieges gedacht hat. (Heiterkeit.) Aber innerhalb dieser 25 Jahre lag 1898 Faschoda. Wenn man an den Krieg gedacht hätte, war er damals, wo der Krieg zwischen Frankreich und England auf des Messers Schneide stand, unter günstigen Verhältnissen zu führen. Es kam im nächsten Jahre der Burenkrieg, der drei Jahre dauerte und England in einer Weise in Anspruch nahm, daß es schließlich nahegelegen wäre, einzugreifen, wenn wir einen Präventivkrieg gegen Frankreich entfesseln wollten. Es folgte das Jahr 1905, wo Rußland vollständig gelähmt war durch die Niederlage in der Mandschurei und dann durch die Revolution, während England bis 1909 nicht vor zwei Monaten mit einem Hilfskorps auf dem

Digitized by Google

Kontinent erscheinen konnte, und die belgischen Festungen noch nicht instand gesetzt waren wie 1911. Damals würde, wenn wir die Verhältnisse analog nehmen wie 1914, die französische Armee in wenigen Monaten restlos erledigt gewesen sein. Es folgten die Jahre 1908 und 1909, in denen gleichfalls die Gelegenheit zu einem Kriege noch weitaus günstiger war. Wir wissen aus dem Buche des Feldmarschalls Frhrn. v. Conrad, daß er persönlich der Ansicht war, das sei der letzte Moment für die Donaumonarchie, den Krieg zu machen.

Leute, die nichts von militärischen Dingen verstehen, scheinen aus dem Buch des Feldmarschalls von Conrad „Aus meiner Dienstzeit" ganz unsinnige Dinge herausgelesen zu haben. Endlich einmal, viel zu spät, setzten sich 1909 die beiden Generalstabschefs schriftlich ins Benehmen darüber, was gemacht werden soll, wenn es zum Kriege kommt. Das ist ein so horrender Unterschied gegenüber allem, was auf der Gegenseite geschehen ist, daß man gewissermaßen vom Standpunkt der Verantwortung der Reichsleitung gegenüber dem deutschen Volk sagen muß: Ihr habt das zu wenig im Auge gehabt. Ich habe als Oberquartiermeister im Großen Generalstab zu General v. Moltke gesagt, man sollte sich doch mit Oesterreich verständigen über verschiedene Fragen. Moltke hat es abgelehnt. Diese Briefe behandeln rein akademisch die Frage, was Conrad immer wissen will, wie lange es dauern würde, bis er auf Unterstützung im Osten rechnen kann. Das ist himmelweit verschieden von dem, was unsere Gegner 1892 bei Abschluß der französisch-russischen Militärkonvention vereinbarten. Am 1. Mobilmachungstage sollten zwei russische Kavallerie-Divisionen über Allenstein in Ostpreußen einfallen, um den deutschen Aufmarsch zu stören. Das ist 1892 zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden. Im Jahre 1908 und 1909 waren die Ansichten in Oesterreich sehr verschieden. Gelegentlich eines Gespräches zwischen General v. Moltke mit Erzherzog Franz Ferdinand und General v. Conrad vertrat General v. Conrad wieder sehr lebhaft den Standpunkt, daß man die Gelegenheit ausnützen und mit Serbien abrechnen solle. Der Erzherzog und Moltke waren sehr dagegen.

Im Jahre 1911 waren die Aussichten für einen Präventivkrieg schon viel ungünstiger, aber immerhin war die Lage noch wesentlich günstiger als 1914. Es ist bekannt, wie damals der Kaiser in der französischen Presse verhöhnt wurde als der tapfere Feigling, wie Aeußerungen Eduards VII. aus früherer Zeit herangezogen wurden: „Ach, mein Neffe macht niemals einen Krieg" usw.

Ueber die Aktion vom Juli 13 habe ich mich bereits im März 1920 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ausgesprochen. Im Dezember 1915 hat Giolitti in der italienischen Kammer behauptet, Oesterreich hätte im August 13 ein Vorgehen gegen Serbien geplant, es sei dadurch verhindert worden, daß Italien erklärte, es tue nicht mit. Diese Aeußerung ist in doppelter Beziehung unrichtig. Die Sache spielte nicht im August, sondern im Juli und wurde nicht von Rom aus verhindert, sondern ebenso von Berlin. Es hieß in einem Telegramm des deutschen Botschafters an das Auswärtige Amt in Berlin, Graf Berchtold erachte eine diplomatische Aktion in Belgrad für notwendig, der unter Umständen eine militärische folgen würde. Kaiser und Kanzler waren nicht in Berlin, Unterstaatssekretär Zimmermann, der die Geschäfte führte, beantragte, den Botschafter dahin zu instruieren, Oesterreich solle nicht nervös sein, es sei gar kein Grund zu einem Vorgehen. Vom Hoflager kommt zurück, die Instruktion soll abgehen. Dabei war die Randbemerkung des Kaisers, er verstehe nicht, warum Berchtold irgendeinen Ort in Macedonien den Serben nicht gönnen wolle. Im Jahre 1914 haben auch zwei Besprechungen stattgefunden, über die falsche Ansichten verbreitet sind, im April in Miramare und im Juni in Konopischt. Das gerade Gegenteil von dem Plan eines allgemeinen Krieges ist damals verabredet worden.

Noch ein Dokument — es handelt sich um ein bisher unbekanntes Dokument — muß ich erwähnen, es betrifft die Bereitstellung von Munition für die deutsche Armee. Man wird wohl annehmen können, daß man, wenn man 1914 einen Krieg machen will und der Ansicht ist, wie wir im Generalstab, daß der Krieg in kurzer Zeit beendet ist, diese Munition für das Jahr 1914 bereitstellt. Nun schreibt am 18. Juni 1914 der preußische Kriegsminister v. Falkenhayn an den Reichskanzler, er werde zum Reichshaushalt 1915, 1916 und 1917 eine Forderung zur Erhöhung der Munitionsreserve der Feldartillerie einbringen. Man hat diese Forderung mit dem Munitionsverbrauch im russisch-japanischen Krieg begründet und sie ab 1915 verlangt. Man hat 1200 Schuß für jedes Geschütz gefordert und dafür die Summe von 20 Millionen Mark, verteilt auf drei Jahre. **Also: Im Jahre 1915, 1916 und 1917 stellt man die Munition für den seit 25 Jahren für 1914 geplanten Angriffskrieg bereit.** Wir hatten tatsächlich weniger Munition für beide Fronten, als Frankreich für seine eine Front allein, um ein Drittel Infanteriepatronen und 1 Million Artillerieschuß weniger. Am 4. Juli 1914 will der Referent der 4. Abteilung die Forderung für die Munition, auf drei Jahre verteilt, einstellen und begründet sie ausführlich, aber das Allgemeindepartement, das mehr die Geldinteressen im Auge hat, befiehlt, A. 4 habe sofort dreieinhalb Millionen Mark zur Absetzung bei den Etatsanträgen für 1915 anzubieten. Es werden also 3½ Millionen von dem abgesetzt, was der verantwortliche Referent für notwendig erachtete.

„Nun die persönliche Stellung des Generalstabschef v. Moltke! Ich habe sie schon erwähnt. Ich halte mich verpflichtet, hier auf Grund meiner persönlichen Beziehungen zum Generaloberst von Moltke das noch näher auszuführen. Ich war zwei Jahre Oberquartiermeister im Großen Generalstab, wo ich allwöchentlich ihm

Digitized by Google

Vortrag zu halten hatte. Ich kann mir nicht leicht einen Militär in hoher verantwortlicher Stellung denken, der eine derartig, wie soll ich sagen, wenig optimistische Auffassung über die Aussichten eines Krieges und eine mehr zum Frieden hinneigende allgemeine Gesinnung hatte. Es ist absolut unzulässig, dem Aeußerungen entgegenzuhalten, die, wie nun die Würfel ins Rollen gekommen waren, von seiten des Generalstabschefs gemacht worden sind. Wenn der Krieg einmal da ist, müßte doch der Teufel den Generalstabschef holen, der damit anfängt, daß die Aussichten ungünstig sind. Darauf darf man doch in keiner Weise zurückgreifen. Er hat sich zu mir in ernsten Stunden sehr skeptisch über die Lage geäußert. Er hat mir einmal gesagt: Diese Rüstungen, das kann doch nicht so weitergehen. Er hat mir ein anderesmal gesagt: Wir haben gegen Frankreich überhaupt kein Kriegsziel. Er hat mir im September 1911, als der Krieg mit Frankreich sehr nahe war, als Abteilungschef unter vier Augen gesagt: Wir wissen nicht, was die nächste Zeit bringt. Die Lage ist außerordentlich schwierig. Wir haben nur einen Kriegsplan, und das dauert so lange; und dann bleibt vielleicht noch die Möglichkeit der Defensive, worauf ich ihm sagte: Exzellenz, Defensive im Kriege nach zwei Fronten ist unmöglich. Nach einer Seite müssen wir zur Offensive übergehen. Ich möchte hier dem Gerichtshof eine Tabelle überreichen, welche die Mobilmachung in sämtlichen Ländern auf Grund authentischer Dokumente feststellt, aus denen hervorgeht, daß in jeder Beziehung, was immer in Frage kommen mag, Deutschland hinter seinen beiden Nachbarländern weit zurück war. Insbesondere ist in Frankreich das Urlaubsverbot am 26. Juli ergangen, bei uns am 29. Mich hat es überhaupt nicht erreicht. Ich bin selbst eingerückt. Die Rückkehr der außerhalb der Garnisonen befindlichen Truppenteile wurde in Frankreich am 27., bei uns am 29. angeordnet. Am 30. Juli schreibt der Kaiser an den Kriegsminister, ob man nicht bei den Grenzkorps die Reservisten einziehen solle. Randbemerkung des Kriegsministers: „Durch mündlichen Vortrag erledigt." Nichts geschehen! Am 30. Juli frägt das Generalkommando des XVI. Armeekorps an, ob infolge der viel größeren Vorsichtsmaßnahmen auf französischer Seite der Grenzschutz ausrücken solle, und es beantragt, daß morgen bei uns der gesamte Grenzeisenbahnschutz ausrückt.

Haager Konferenz

Es ist bezüglich der Haager Konferenz, insbesondere hinsichtlich der Abrüstungsfrage eine derart unrichtige Legende gegen Deutschland entstanden, daß ich bis vor 1½ Jahren, bis ich mir einmal gesagt habe, du mußt dir die Sache doch selbst ansehen, auch daran geglaubt habe, daß wir da ganz allein entgegen der ganzen anderen Welt etwas (anderes) getan hätten, wie es ja jetzt von den Franzosen immer und immer behauptet wird. Das ist hinsichtlich der Abrüstungsfrage ein absolutes Lügengewebe. Der russische Abrüstungsvorschlag 1899 wird in gar keiner Schrift überhaupt erwähnt in der Richtung, wie er gelautet hat. Wenn man weiß, wie der russische Vorschlag lautete: 5 Jahre keine Erhöhung der Rüstungen, keine Erhöhung des Militärbudgets, ausgenommen koloniale Truppen (23. Juli). Die Russen werden gefragt, was versteht ihr unter Kolonien? Da antworten sie: Unsere Truppen in Mittel- und Ostasien sind Kolonialtruppen. (Heiterkeit.) **Dieser Vorschlag ist nicht von Deutschland allein, er ist einstimmig in der Kommission gegen die eine Stimme der Russen abgewiesen worden.** Sie finden in keiner unserer pazifistischen Schriften diesen russischen Vorschlag genau angeführt."

Das Ultimatum

Eine außerordentlich große Rolle habe gespielt, bemerkte der Sachverständige weiter, daß das, was man vom Ultimatum wußte, nicht sofort in allen Zeitungen bekannt gegeben wurde. Hier habe eben Deutschland und Oesterreich genau so gehandelt, wie alle anderen Länder. Lord Grey erzählt laut Nr. 1 des englischen Blaubuches, er habe am 20. Juli zum Botschafter Fürsten Lichnowsky gesagt, daß er (Grey) seit einiger Zeit nichts mehr von Wien gehört habe. Nun habe das englische Blaubuch unvorsichtiger Weise später noch zwei zusammenfassende Berichte der Botschafter in Berlin und Wien angehängt. Und dabei wurde übersehen, daß der englische Botschafter in Wien das Gegenteil behauptete von dem, was Grey erklärte. Denn aus dem Bericht des englischen Botschafters in Wien sei zu entnehmen, daß er von privater Seite schon am 15. Juli die Nachrichten über das, was zu erwarten wäre, erhalten und sie Grey am folgenden Tage telegraphiert habe. Am genauesten sei über das Ultimatum die französische Regierung orientiert gewesen. **Sie habe am 20. Juli einen Konsularbericht erhalten, in dem mehr Punkte angegeben waren, als Herr v. Schoen in seinem Bericht erwähnte.** In London, Paris und Petersburg war man besser informiert, als in Berlin. Wenn man sage, es wäre anders gewesen, wenn man die nationale Selbständigkeit Serbiens nicht angetastet hätte, so sei zu bemerken, daß Deutschland am 26. Juli schon darauf gedrungen habe, daß keine Gebietserwerbungen verlangt werden. Besonders eingehend befaßt sich der Sachverständige mit dem Nachweis, daß eine angeblich geheime Instruktion an Botschafter von Tschirschky vom 8. Juli datiert, nicht existiere. Tschirschky soll ein Telegramm erhalten haben, daß sein Kaiser ihn beauftragt habe, mitzuteilen, es würde in Deutschland nicht verstanden, wenn Oesterreich die Gelegenheit vorübergehen ließe, ohne einen Schlag zu tun. In der Zeit vom 6. bis 10. Juli sei kein Telegramm dieses Inhalts nach Wien abgegangen. Auch im Postbuch der kaiserlichen Jacht Hohenzollern, das er eingesehen habe, sei kein solches Telegramm vermerkt.

„Nun die Frage der **Lokalisierung**, über die leicht zu spotten ist, natürlich nachdem der Plan mißlungen ist. Die Auffassung war da, wie sie

Digitized by Google

m Jahre 1905, im Jahre 1911, im Jahre 1909 eteilt war, geteilt. 50 Prozent haben gesagt, s gibt Krieg, 50 Prozent haben gesagt, es gibt einen. So war die Ansicht damals sehr verschieden. Ich hatte keine Ahnung, daß hier diese Fragen alle aufgerollt werden würden. Ich verlüge über eine Anzahl englischer Zeitungsstimmen nach Erlaß des Ultimatums. Ich habe das schon öfters aufgeführt; ich habe deutsche und englische Zeitungen getrennt vorgelesen und dann die Zuhörer raten lassen, welche Zeitung das ist. Es sind eine Anzahl englischer Zeitungen, die der Ansicht sind, daß die Sachen sehr annehmbar sind. Besonders blamiert hat sich der John Bull, das Organ eines der ersten Chauvinisten, des Lord Bottomly, der einen Artikel zu spät herausgebracht hat, wie das einer Wochenschrift passieren kann. Am 5. August, als der Krieg schon erklärt war, hat er geschrieben: „Zur Hölle mit den Serben".

Zu dem **Bericht** des von Oesterreich nach Bosnien delegierten Dr. **v. Wiesner**, der Erhebungen über die Mordtat in Serajewo pflegen sollte, erklärt der Sachverständige, daß dieser Bericht wahrscheinlich von einem tschechischen Beamten der amerikanischen Friedensdelegation in tendenziös gekürzter Weise in die Hände gespielt und von dieser verwertet worden sei. In dem Bericht sei darauf hingewiesen, es sei festgestellt, daß die Mordtat in Belgrad beschlossen und vorberaten wurde und daß der Ursprung der Bomben aus serbischen Armeemagazinen erwiesen sei. Nicht uninteressant ist eine Mitteilung des Sachverständigen über ein Versehen im englischen Blaubuch. Dort findet sich nämlich im Register eine Bemerkung: „Ergebnisse der Reise Poincarés" (nach Petersburg), im Text des Blaubuches selbst ist aber nichts enthalten. Man hat übersehen, im Inhaltsverzeichnis diesen Betreff zu streichen. Man wisse aber ohnehin, wie Poincaré zum Kriege hetzte, wie 1912 die große Schwenkung der französischen Politik einsetzte und wie schon 1912 die französischen Minister in Erstaunen geraten und von Befürchtungen erfüllt werden, weil der russische Generalstab erklärt, auch wenn Oesterreich in Serbien einmarschiere, werde Rußland keinen Krieg machen. Wenn das Rußland im November 1912 gleichgültig war, hätte es ihm doch auch 1914 gleichgültig sein können, zum mindesten sei das kein Grund zu einem Weltkrieg gewesen.

In seinen weiteren Ausführungen geht der Sachverständige auf verschiedene von der Klägerpartei vorgebrachte Dokumente ein, er hebt hier besonders hervor, daß auf Grund der serbischen Antwortnoten ein dringendes Telegramm von Berlin nach Wien abging, das deutlich die Schwenkung der deutschen Politik nicht wegen der englischen Drohung, sondern eben wegen der serbischen Antwort aufzeigte. Die deutsche Politik habe die österreichischen Forderungen nicht mehr als gerechtfertigt anerkannt. Deutschland sei wohl mit dem Krieg gegen Serbien bis zur Kenntnis der serbischen Antwortnote einverstanden gewesen, von diesem Augenblick an aber nicht mehr. Von da an beginne eine andere Politik Deutschlands, die sich von Tag zu Tag in Ton und Schärfe gegen Wien steigere. Diese Politik habe auch Erfolg gehabt. Von den verschiedenen Vorschlägen, die zur Beilegung der Krise gemacht wurden, sei der aussichtsreichste der deutsche gewesen, der Weg direkter Besprechungen zwischen Wien und Petersburg. Grey habe selbst seinen Vorschlag zu Gunsten des deutschen zurückgestellt. Die Sache schien sich einzurenken, als die allgemeine russische Mobilmachung den Stein ins Rollen brachte, ohne jede äußere Veranlassung von Berlin aus.

Das Extrablatt des „Lokalanzeigers" *)

Der Sachverständige nimmt dann noch eingehend Stellung zu der Frage, ob die am 30. Juli nachmittags in Berlin erfolgte Extrablattausgabe des „Lokalanzeigers" mit der falschen Nachricht von der deutschen Mobilmachung von Einfluß auf das Verhalten der russischen Regierung bezw. auf die russische Mobilmachung gewesen sei oder noch sein konnte. Der russische Botschafter habe diese Mitteilung, die im russischen Orangebuch falsch wiedergegeben sei, nach Petersburg telegraphiert und habe dann ein offenes, später noch ein chiffriertes Widerruf-Telegramm folgen lassen. Von gegnerischer Seite werde nun behauptet, daß die deutsche Regierung die Nachricht von der deutschen Mobilmachung absichtlich lanciert habe, damit die Russen mobil machen; die deutsche Regierung habe dann die hierauf Bezug nehmende Nachricht des russischen Botschafters an seine Regierung durchgelassen, dagegen seine Widerruf-Telegramme angehalten. Das sei direkt absurd. Es wurde festgestellt, daß das Telegramm mit der falschen Nachricht von der deutschen Mobilmachung um 3.28 Uhr beim Haupttelegraphenamt in Berlin (4.28 Uhr Petersburger Zeit) eingetroffen sei. Um 4 Uhr sei aber bereits der Entschluß des Zaren hinsichtlich der russischen Mobilmachung festgestanden. Die falsche Nachricht von der deutschen Mobilmachung sei nicht nach Petersburg gekommen, weil **alle russischen Drähte durch die russische Mobilmachung belegt waren.** Die genauen Nachforschungen nach den Aufgabezeiten der in Betracht kommenden Telegramme seien bereits im Dezember 1914 in Deutschland angestellt worden, weil man durch aufgefangene Depeschen des russischen Botschafters erfahren habe, daß Grey eine Intrige plane. Graf Montgelas erklärt, daß überhaupt auch kein anderes Telegramm am 30. Juli rechtzeitig in Petersburg angekommen sei, um einen Einfluß auf die Entscheidung des Zaren zu üben.

*) Diesen Punkt hat Graf Montgelas eingehend im Maiheft der „Deutschen Rundschau" 1922, Berlin, Verlag Paetel, von dem völlig neuen Gesichtspunkt aus behandelt.

Digitized by Google

Fragestellung an den Sachverständigen

Auf eine Anfrage des R.-A. Dr. Löwenfeld, die eine optimistische Aeußerung Bethmann Hollwegs über die russische Mobilmachung in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 30. Juli 1914 betraf, erwiderte Graf Montgelas: **„Wir wissen — und das konnte Herr von Bethmann Hollweg nicht wissen — seit dem August 1918 in Frankreich, seit Mai 1919 in Deutschland, daß am 18. August 1892 zwischen Frankreich und Rußland eine Militärkonvention abgeschlossen worden ist. In dieser Militärkonvention heißt es, daß die Mobilmachung der französischen und russischen Armee gleichzeitig erfolgen müsse. Frankreich war verpflichtet, auch mobil zu machen ... Die ganze Unterscheidung, daß die russische Mobilmachung etwas anderes ist als die in westeuropäischen Ländern, ist ein unerhörter Humbug, den Sasonow den in Paris befindlichen Botschaftern und dem bayerischen Gesandten weißzumachen sucht; wenn eine russische Mobilmachung eine solche in westeuropäischen Ländern automatisch nach sich zieht, hat sie genau dieselbe Wirkung wie eine Mobilmachung in westeuropäischen Ländern."**

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Glaubt der Sachverständige auf Grund seiner Kenntnis des gesamten Materials, daß der Versailler Schuldspruch anders ausgefallen wäre, wenn die Schoensche Urkunde statt verkürzt unverkürzt damals vorgelegen wäre?

Graf **Montgelas**: Ich vermag nicht Gedanken zu lesen und mit absoluter Sicherheit zu sagen, wie die Dinge gelaufen wären. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß der Kampf gegen die Schuldlüge wesentlich erleichtert worden wäre, wenn das vollständige Dokument vorgelegen hätte. Es ist uns, wie schon erwähnt, bis heute noch nicht möglich gewesen, mit der Berichtigung durchzudringen, daß jener Bericht nicht vom Grafen Lerchenfeld, sondern von Herrn v. Schoen stammte.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** stellt an den Grafen Montgelas eine Frage, die er aus den Memoiren Eckardtsteins schöpft.

Prof. **Coffmann** bemerkt, daß Eckardtstein vielleicht selbst unter Eid vernommen werden könne. Wie er höre, habe sich Dr. Löwenfeld bemüht, ihn hierher zu bringen. Eckardtstein wolle seine Adresse nicht wissen lassen. Einer der Herren Sachverständigen kenne die Adresse. Wir freuen uns bei Eckardtstein genau so wie bei Lichnowsky, ihn begrüßen zu können.

Dr. **Löwenfeld** verweist auf den in der Sammlung Dr. Dirrs und in den deutschen Dokumenten wiedergegebenen Bericht vom 31. Juli 1914: „In hiesigen militärischen Kreisen ist man des besten Mutes. Schon vor Monaten hat sich Generalstabschef Moltke dahingehend ausgesprochen, daß der Zeitpunkt militärisch so günstig ist, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann." Er bittet den Sachverständigen, sich zu äußern, in welchem Zusammenhang wohl Herr v. Mol[tke] dazu gekommen sein kann, Monate vor der M[o]bilmachung mit dem Grafen Lerchenfeld sich d[a]rüber zu unterhalten.

Graf **Montgelas**: Das kann ich nicht mitteil[en]. Im übrigen finde ich es sehr begreiflich, daß m[an] in so ernster Zeit, da auch in Frankreich die Ein[-]führung der dreijährigen Dienstzeit eine Ro[lle] spielte, seine Ansichten austauscht. Im übrig[en] ist wohl der Nachdruck auf das Wort absehb[ar] zu legen.

„Ich glaube, das Gericht, das sich ja nicht in jede einzelne Note so vertiefen kann, sollte für diesen Gedankengang vor Augen halten. Deutschland war einverstanden mit der Aktion gegen Serbien, falls sich dieses nicht fügt. Nach dem aber die Serben wider Erwarten entgegengekommen waren und nachdem es in dieser Note die leider viel zu spät kam, wenn darauf noch zurückgekommen werden sollte, eine Reihe von Zusicherungen gab, beginnt eine andere Politik."

Dritter Verhandlungstag

Samstag, den 29. April 1922

Vorsitzender Amtsgerichtsrat **Frank** eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Prof. **Coffmann** richtet an den Privatkläger Fechenbach die Frage, ob ihm bekannt sei, wie es möglich war, daß der Brief des Gesandten Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling, der vorgestern abends hier übergeben worden ist, gestern schon im Wortlaut im „Temps", dem Organ des Herrn Poincaré, stehen konnte.

Fechenbach: Davon weiß ich überhaupt nichts.

R.A. Dr. Philipp **Löwenfeld**: Um Irrtümer auszuschließen, möchte ich ausdrücklich und deutlich sagen, daß von unserer Seite nach dieser Rechtung nichts veranlaßt worden ist und daß uns davon nichts bekannt ist.

Prof. **Coffmann**: Darf ich auch für Herrn Fechenbach annehmen, daß ihm nichts bekannt ist.

Fechenbach: Durchaus nichts bekannt.

Der **Vorsitzende** verliest nun ein

Telegramm des Auswärtigen Amtes

das gestern abends 10 Uhr eingetroffen ist. Es heißt darin, daß dem Grafen Brockdorff-Rantzau auch bezüglich des Weißbuches gemäß §§ 53 und 76 der Strafprozeßordnung die Genehmigung zur Aussage nicht gegeben wird, ferner auch dem Fürsten Lichnowsky nicht hinsichtlich der gestellten Einzelfragen, ebenfalls gemäß §§ 53, 56 l. c.

Reichstagsabgeordneter Hans **Unterleitner** leistet den bürgerlichen Eid. Ueber die Stellung Fechenbachs im Ministerium des Aeußern befragt, erklärt er, daß Fechenbach Privatsekretär Eisners war, der dessen Aufträge zu erledigen, aber sonst keine selbständigen Arbeiten zu leisten hatte.

R.-A. **Löwenfeld**: Es ist in den „M. N. N." gefolgert worden, daß Fechenbach in einer Art politischen Bureaus mit selbständigen Arbeiten befaßt war.

Digitized by Google

nterleitner: Dieses politische Bureau, wenn
n so sagen will, durfte nicht selbständig
eiten. Der Zeuge bekundet weiter, daß Eis-
sich durch niemanden in seinen Entschlüssen
e beeinflussen lassen.

t.-A. Graf **Pestalozza**: Halten Sie es für
geschlossen, daß sich Eisner auf der Fahrt
h Berlin mit Fechenbach über die Doku-
nte besprochen hat?

nterleitner: Darüber kann ich nichts sagen.

t.-A. Graf **Pestalozza**: Es wird dem Zeugen
annt sein, daß Fechenbach in Bern die
swärtige Presse empfangen und selb-
ndige Auskünfte gegeben hat.

nterleitner: Das waren dann private
ußerungen Fechenbachs, mit denen sich Eisner
ht identifiziert hat.

Fechenbach erklärt, daß er lediglich auf die
fragen der Journalisten die Antworten Eis-
rs übermittelt habe. In einzelnen Fällen sei
auch vorgekommen, daß er (Fechenbach) über
ne persönlichen Ansichten befragt worden sei.
uf verschiedene Fragen Fechenbachs bestätigt
nterleitner, daß Eisner schon während des
rieges die besten Informationen ge-
abt habe, daß er sogar über die intern-
en Vorgänge aus der Umgebung
es Kaisers gut informiert gewesen sei und
politischen Diskussionsabenden von diesen In-
rmationen Mitteilung gemacht habe.

R.-A. Graf **Pestalozza**: War der Brief des
rafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling
hnen oder in Ihren Kreisen schon vor dem
rozeß bekannt?

Unterleitner: Davon weiß ich nichts.

Der **Vorsitzende** verliest einen Brief des Ver-
gers Hanns v. Weber in München, in dem
ieser zugibt, daß im Verlauf des Telephon-
espräches der Name Fechenbach gefallen sein
inne, aber ohne Beziehung auf den Schoen-
hen Bericht.

R.-A. Dr. **Pfl aum** richtete an den Sachver-
ändigen Graf Montgelas die Frage, was er
on der neuerdings in Ententekreisen wieder
erbreiteten Behauptung halte, Oesterreich
abe am 31. Juli einen vollkommenen Rückzug
ngetreten und sei von Deutschland wider
Willen gezwungen worden, den Krieg
egen Rußland zu machen.

Graf **Montgelas** erklärt, daß diese Darstellung
ollkommen unwahr sei. Sie werde ein-
ach zerstört durch das Telegramm des Kaisers
franz Joseph, das am 31. Juli 1 Uhr 6 Min.
achmittags in Schönbrunn an den Deutschen
aiser zu einer Zeit aufgegeben sei, als in
eutschland der Zustand der drohenden Kriegs-
efahr gerade erklärt wurde, was in Wien noch
icht bekannt sein konnte. Das Telegramm sei
ffenbar abgefaßt unmittelbar nachdem der
obilmachungsbefehl für Oesterreich ergangen
ar. Das Telegramm des Kaisers Franz Joseph
ellte die Antwort auf ein Telegramm des Kai-
ers Wilhelm vom 30. Juli dar, das den letzten
ersuch bedeutete, Oesterreich zur Annahme des
reyschen Vorschlages zu bewegen. In dem
Telegramm des Kaisers Franz Joseph sei dar-
auf hingewiesen, daß er unmittelbar, nachdem
er den Greyschen Vorschlag erhalten habe, auch
die Nachricht bekam, daß Rußland an den öster-
reichischen Grenzen mobil gemacht habe. In
dem Telegramm werde auch die Erwartung
ausgesprochen, daß Deutschland an seiner Bünd-
nispflicht festhalte. Diese beiden Telegramme
werden in der Darstellung der Entente
unterschlagen und man beziehe sich nur
auf eine Mitteilung des österreichischen Botschaf-
ters in Paris vom 31. Juli. Die Sache be-
ruht darauf, daß der österreichische Botschafter
mit Viviani am 30. Juli sprach, wobei dieser
erklärte, wenn man nur wüßte, was Oesterreich
wolle, ließe sich die Sache beilegen. Der öster-
reichische Botschafter habe darauf von Graf
Berchtold die Antwort erhalten, daß Oesterreich
ja schon in Petersburg erklärt habe, daß es
weder die territoriale Integrität,
noch die politische Selbständigkeit
Serbiens antasten wolle. Das sei schon
am 29. Juli geschehen. Rußland habe aber
seinen Ententegenossen diese Er-
klärung vorenthalten. Daß Rußland
diese Nachricht nicht nach Frankreich weitergab,
sei wohl damit zu erklären, daß die Gefahr be-
stand, daß bei Bekanntwerden dieser Nachricht
Frankreich trotz der Militärkonvention den
Bündnisfall nicht mehr für gegeben erachten
würde.

Abg. Dr. Pius Dirr

wird aufgerufen,

um über die Feststellungen des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses

zu berichten. Er verweist darauf, daß die Fest-
stellungen, die im bayerischen Landtag über die
Veröffentlichungen Eisners gemacht wurden,
eine gewisse Rolle gespielt haben. Die Frage, ob
man sich mit der Angelegenheit befassen solle, sei
zum ersten Male im Frühjahr 1919 — also bald
nach dem Tode Eisners — aufgetaucht. Es wider-
strebe auch ihm, über einen Mann sprechen zu
müssen, der nicht mehr unter den Lebenden
weile. Er wünschte, daß Eisner heute noch im
Saale wäre; man könne sich aber nicht darauf be-
rufen, es müsse mit Rücksicht auf den Tod Eis-
ners mit Zurückhaltung vorgegangen werden,
nachdem Eisner doch eine so große Wirksamkeit
ausgeübt und solche Wirkungen hinterlassen
habe. Das größere Recht als der Tote habe die
Wahrheit und das deutsche Volk, das in
erster Linie ein Anrecht auf diese Wahr-
heit habe. Von diesem Gesichtspunkt aus sei
man auch im Bayerischen Landtag bei der Fest-
stellung der Wahrheit ausgegangen. Im Auf-
trage der Feststellungskommission des Landtages
habe er zunächst die Eisnerschen Enthüllungen
auf Grund der Akten geprüft und das Ergebnis
der aktenmäßigen Feststellungen liege in der Pu-
blikation vor. Er stelle fest, daß er nach dem
Gang der Gerichtsverhandlung keine Ursache
habe, irgend etwas an der Publikation zu än-

Digitized by Google

dern. Sie seien in vollem Umfange bestätigt worden. Er müsse bemerken, daß über die Landtagspublikation verschiedene sehr unrichtige Nachrichten in die Oeffentlichkeit gekommen seien. Es sei nie beabsichtigt gewesen, irgend etwas von dem, was die Feststellungen ergeben würden, zu verschweigen. Er sei auch auftragsgemäß in diesem Sinne an die Untersuchung herangegangen ohne jede Absicht, etwas beweisen zu wollen, sondern einfach mit der Absicht, herauszubringen, wie die Sache wirklich war. Das Ergebnis entsprach ungefähr dem, wie es auch Graf Montgelas gestern beurteilte. Eine doppelte Buchführung habe nicht existiert.

Zeuge legt dem Gericht eine Inhaltsangabe der fehlenden Nummern in seiner Dokumentensammlung vor.

Ich habe in meiner Publikation auseinandergesetzt, daß die Dokumente verschieden adressiert waren, an den König, an den Vorsitzenden des Ministerrats, an den Grafen Hertling persönlich und an das Ministerium des Aeußern. Im allgemeinen läßt sich kein Unterschied finden. Der Gesandte hat offenbar das nach persönlichem Ermessen so oder so gemacht und sämtliche Aktenstücke sind zu den Akten genommen worden, auch die persönlich an den König gerichteten Briefe. Man kann auch nicht Berichte und Meldungen, die an den Ministerpräsidenten gerichtet waren, unter die Privatbriefe rechnen. Auch diese sind als geheime Aktenstücke behandelt und zu den Akten genommen worden. Dies wird auch bestätigt durch den Brief des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling, der zu Unrecht aus den Akten entfernt worden ist und so in Abschrift in die Hände der Klagspartei gelangte. Wie es gehalten wurde, ergibt sich auch daraus, daß ja die Antwort in den Berliner Gesandtschaftsakten ohne weiteres da war.

Dieser „Beweis" der doppelten Buchführung beweist das Gegenteil.

Der Brief ist, trotzdem er nicht amtlich numeriert war, amtlich registraturmäßig behandelt worden. Ich muß sagen, daß sich die Praxis im bayerischen Ministerium des Aeußern vorteilhaft unterschieden hat von der Praxis, die geübt wurde, als die Revolution Macht gewann. Da hat ein vollständiger Geheimdienst eingegriffen, ein ganz persönliches Informationswesen, so daß das Gesamtministerium über die wichtigsten Korrespondenzen, z. B. die Berichte des Herrn Förster, gar nicht unterrichtet worden ist. Die Verhältnisse haben dazu geführt, daß im Ministerrat, späterhin als Eisner zum Sozialistenkongreß nach Bern ging, die Geister so aufeinanderplatzten, daß es beinahe zu Tätlichkeiten gekommen wäre, weil sich die Mitglieder der M. S. P. diese persönliche Politik des Ministerpräsidenten absolut nicht gefallen lassen wollten. Dr. Dirr führt dafür nötigenfalls die Herren Timm und Auer als Zeugen an.

Ich glaube, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, wenn also das Gesamtministerium gefragt worden wäre über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Eisnerschen Publikation, so hätte es diese Publikation schon aus formalen Gründen abgelehnt, deswegen, weil es niemals damit einverstanden sein konnte, daß einseitig von Bayern aus ohne Einverständnis mit der Reiche und der Reichspolitik, ohne genaue Kenntnis der gesamten Aktenlage, aus dem Zusammenhang heraus, vier einzelne Dokumente genommen und Auszüge gemacht wurden, unzulänglich und ungenügend, die dann der Oeffentlichkeit übergeben wurden. Es geht aus Gesprächen hervor, daß die anderen bayerischen Minister den Standpunkt der damaligen deutschen Reichsregierung der Volksbeauftragten, die die Veröffentlichung verurteilten, geteilt haben. Es müssen ganz besondere Beweggründe gewesen sein, die dem Ministerpräsidenten Eisner Anlaß gegeben haben, die Veröffentlichung vorzunehmen.

Ich darf erwähnen, daß die damalige Reichsregierung der Volksbeauftragten, wie aus der Publikation vom 27. November hervorgeht und die Staatenkonferenz vom 25. November ersehen läßt und sich ergibt aus dem Rundtelegramm an die internationale Welt, den Standpunkt vertrat, daß die deutschen Akten in ihrer Gesamtheit veröffentlicht werden, daß aber die Reichsregierung verlangt, daß auch die Gegner ihre Archive öffnen und ihrerseits ihre Akten ebenso rückhaltlos der Oeffentlichkeit zugängig machen. In diesem Sinne ist auch Kautsky schon im November 1918 beauftragt worden, die deutschen Akten zu bearbeiten. Auch Kautsky hat sich auf den Standpunkt gestellt, erst die gesamten Akten durchzusehen. Das Verfahren Kautskys, eines Gesinnungsgenossen Eisners, ist eine entschiedene Desavouierung des Verfahrens Eisners — schon die Tat an sich. Den Enthüllungen liegen vier Aktenstücke zu Grunde. Der Schoensche Bericht, die Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914, ein weiteres Ferngespräch und der Bericht des Grafen Lerchenfeld vom 4. August. Der sachliche Zusammenhang und der geschichtliche Ablauf der in diesen Meldungen behandelten Ereignisse ist in der Veröffentlichung des Ministerpräsidenten vom 23. November 1918 nicht ersichtlich.

Die Entente hat bekanntlich schon während des Krieges Deutschland beschuldigt, auf Grund der Denkschrift von Lichnowsky und der Angaben Mühlons, daß die deutsche Regierung der österreichisch-ungarischen Bundesgenossen in den Konflikt getrieben und planmäßig und vorsätzlich den Weltkrieg herbeigeführt habe. Bezüglich der englischen Vermittlung sei Deutschland die Unterstützung versagt und sie gar diesen Versuch planmäßig hintertrieben haben. Diese Schuldmomente, wenn ich sie sagen darf, sollte offensichtlich die Veröffentlichung beweisen. Dieser Beweis ist nach

Digitized by Google

ner Auffassung vollständig mißlun-
t; er muß auch als mißlungen bezeichnet
den, wenn man die inzwischen erfolgte völlige
klärung nicht in Betracht zieht. Schon da-
s mußten bei der Veröffentlichung der Be-
te und Dokumente die größten Bedenken auf-
chen.

Zeuge kommt dann auf die **Weglassungen** zu
echen. Besonders von Bedeutung sei auch
Passus über die Mobilmachung deutscher
d österreichischer Truppen, der ganz deutlich
gt, daß man nicht auf einen allgemeinen Welt-
eg abzielte, sondern daß Berlin von der
obilisierung abgeraten hat, um Rußland
nen Anlaß zur Gegenaktion zu geben. Was
ch nicht hervorgehoben wurde, das ist die
eglassung der Stelle: „England wird
esterreich nicht hindern, Serbien zur Rechen-
aft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung
s Landes wird es kaum zulassen, vielmehr
treu seinen Traditionen vermutlich auch
er für das Nationalitätsprinzip eintreten." In
em Bericht stand also, daß England eine
ktion Oesterreichs gegen Serbien
n dem geschilderten Umfange dulden wollte.
as ist ein Umstand, der für die Beurteilung von
cheblicher Bedeutung ist. Es muß auch noch
rwähnt werden, daß die Lokalisierungsabsichten,
ie zweifellos durchaus ernsthaft waren, auch
n anderen bayerischen Dokumenten,
ie doch Eisner auch zugänglich wa-
en, oder denen, die ihm geholfen haben sollten,
estätigt worden sind, z. B. im Bericht des
Herrn von Schoen vom 26. Juli, Do-
kumente S. 142, ebenso in dem Bericht
des Grafen Lerchenfeld vom 29. Juli,
Dokumente S. 159. Es scheint mir klar dar-
getan zu sein, daß man die Lokalisierungsabsich-
ten aus den Berichten ersehen konnte und mußte
und daß diese Stellen ebensowenig weggelassen
werden durften, wie die Stelle über Italien.
Wenn man sie nicht brachte, dann mußte man in
einer Zwischenbemerkung ganz anders, als das
Eisner tat, diese Auslassungen charakterisieren.
Dann hätte die gesamte Oeffentlichkeit, auch
unsere Gegner, die Bedeutung dieser Charakte-
risierung sicherlich erkannt. So bestand die Mei-
nung, daß das Wichtigste und Entscheidendste ge-
geben sei und die Wirkung war geradezu ver-
blüffend. Man braucht nur die Presse der da-
maligen Zeit nachlesen; es war alles zunächst
perplex. Man stand angesichts dieser Pu-
blikation Eisners vor einem Rätsel und wußte
nicht, ob wirklich in Berlin ein derartiger Kriegs-
wille bestanden hat.

Der Zeuge geht dann des Näheren auf die in dem Bericht der Schuldkommission vom 29. März 1919 erhobenen Beschuldigungen ein. Nach den Ausführungen über die englisch-deutsche Vermittlungsaktion leitet er zu dem von Eisner gekürzten **Telephonat vom 31. Juli** über.

Graf Lerchenfeld hat in einer Reihe von schriftlichen und telephonischen Meldungen den hier geschilderten Sachverhalt nach München gemeldet. Eine Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft am 31. Juli 1914 besagt:

„Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet in Berliner maßgebenden Kreisen nicht, daß die Demarche einen Erfolg haben werde, ist vielmehr überzeugt, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden."

Die Veröffentlichung Eisners besagt jedoch nur: „In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, ‚daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken', den Gang der Dinge nicht aufhalten werden."

Hier ist also die Mitwirkung der deutschen Regierung bei der Vermittlung in Wien unterschlagen.

Dr. Dirr bemerkt hierzu, daß durch diese Kürzung der Fernsprechmeldung eine vollständige Irreführung der Oeffentlichkeit herbeigeführt worden ist. Das ist auch journalistisch nicht mehr zu rechtfertigen. Es muß beachtet werden, daß es sich hierbei um die Veröffentlichung eines verantwortlichen Staatsmannes handelte, dessen Aeußerungen ein ganz anderes Gewicht erhalten als die eines Privatmannes oder Journalisten.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** übergibt dem Gericht unter Hinweis auf die Erklärung Prof. Cossmanns, daß der Bericht Lerchenfelds schon am Freitag im „Temps" abgedruckt worden sei, die beiden letzten Nummern des „Temps" mit der Bemerkung, daß sich dort keine solche Veröffentlichung findet.

Prof. **Cossmann** bemerkt, daß den „Münchner Neuesten Nachrichten" ein Telephonat zugekommen sei, daß der „Temps" den Lerchenfeld-Bericht bereits gestern gebracht habe Er möchte die Frage stellen, ob Dr. Löwenfeld die „Temps"-Exemplare von dem hier im Saale anwesenden Vertreter des „Temps" erhalten habe. Die Frage wird verneint und von der Klagspartei erklärt, daß es sich um ein Abonnementexemplar der „M. Morgenpost" handelt.

Der **Vorsitzende** erklärt, daß diese Frage für später zurückgestellt werde.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** verwahrt sich gegen den Anschein, als ob durch seine Partei die ausländische Presse im besonderen Maße bedient werden wolle. In Bayern hätten ganz andere Leute zu den Franzosen Beziehungen als die von ihm vertretene Partei.

Prof. **Cossmann** stellt unter großer Heiterkeit der Zuhörer die Frage: Meinen Sie mich?, was von der Gegenpartei verneint wird.

Die Wirkung der „Dokumente"

Dr. **Dirr** fährt dann mit seinen Sachverständigen-Aussagen fort in der Schilderung der Wirkung, die das Eisnersche Dokument auch noch über die Ausbeutung in Versailles hinaus

Digitized by Google

auslöste. Poincaré habe in seiner Eröffnungsrede der Friedenskonferenz vom 19. Januar 1919 darauf hingedeutet, Barthou in seinem Bericht vor dem Friedensausschuß der französischen Abgeordnetenkammer vom 6. August 1919 das Schoensche Dokument in den Mittelpunkt seiner Anklage gestellt. Der französische Senatsbericht vom 18. Oktober 1919 mache sogar aus dem Eisnerschen Zitat „man habe in Berlin die Ueberzeugung, daß die Vermittlung Greys nicht zum Ziele führe", Lerchenfeld habe berichtet, es sei sehr zu hoffen, daß die Bemühungen Greys den Gang der Dinge nicht aufhalten. Gegen solche Tendenzmache habe sich sogar ein Franzose, Georges Demartial, gewendet. Dieser macht darauf aufmerksam, daß Barthou gegen Deutschland den Bannstrahl der Dokumente Lichnowskys und Lerchenfelds geschleudert habe und sich gleichzeitig den Anschein gebe, als wisse er nichts von den belgischen Dokumenten und von den Veröffentlichungen der „Prawda", nichts von den Zeugnissen der deutschen Friedensdelegation, die den Franzosen so unbekannt seien wie den Eskimos. Die französischen Kammer- und Senatsverhandlungen seien dann von der Ententepresse in der üblichen Form noch weiter ausgebeutet worden.

Der Sachverständige erklärt, daß nach seiner Ansicht Eisner mit der Veröffentlichung einen doppelten Zweck verfolgte, einen innerpolitischen und einen außerpolitischen. Der innerpolitische Zweck habe wohl darin bestanden, die frühere Regierung so zu belasten, daß er jede Konterrevolution zerschmettern zu können hoffte. Außenpolitisch glaubte Eisner, auf die Entente wirken zu können, wie auch Prof. Förster glaubte, durch ein Schuldbekenntnis Deutschlands eine Sühnung herbeizuführen und damit Clemenceau für einen besseren Frieden für Deutschland zu gewinnen, ausgerechnet einen Clemenceau!

Hinsichtlich seines Urteils über die ganze Frage, verweist Dr. Dirr auf das, was er in der Vorrede zur Buchausgabe der bayerischen Dokumente zusammengefaßt hat. **Die bayerischen Akten zum Kriegsausbruch, in ihrer Gesamtheit betrachtet und sachgemäß mit den deutschen und österreichischen Akten in Zusammenhang gebracht, bestätigen in allen wesentlichen Punkten das Gesamtbild, das die deutschen und österreichischen Akten gewähren. Auch sie liefern im Endergebnis nicht einen Beweis für, sondern gegen die These von der ausschließlichen Verantwortlichkeit Deutschlands. Bei solcher Sachlage könne man aussprechen, daß es ein überaus schweres Unglück für Deutschland gewesen ist, für das der damalige Ministerpräsident Kurt Eisner verantwortlich sei. Es war, wie Scheidemann sagt, ein Keulenschlag für Deutschland. Entweder waren Eisner und seine Helfer sich nicht ganz bewußt, was sie taten, dann waren sie nicht am Platze, oder sie waren sich bewußt, dann ist der stärkste Ausdruck noch nicht ausreichend für das, was geschehen ist.**

R.-A. Dr. **Löwenfeld** macht demgegenüber geltend, daß Graf Hertling nicht daran gedacht habe, seine Mitminister von dem Inhalt des Schoenschen Berichts irgendwie zu unterrichten, wogegen dann auch die Minister Breunig, Theimann und Knilling sich in einer Erklärung wandten.

Dr. **Dirr**: Es besteht hier ein wesentlicher Unterschied. Eisner hat eine entscheidende Tat selbständig ausgeführt, ohne vorher mit dem Reich ins Benehmen zu treten. Er hat selbständig eine Publikation gemacht, die in der Schuldfrage von außerordentlicher Bedeutung war. Graf Hertling hat dagegen nicht selbständig auswärtige Politik gemacht und zu machen gehabt.

R.-A. **Löwenfeld** übergibt einen in der „Freiheit" enthaltenen Offenen Brief an Dr. Dirr, worin behauptet wird, daß weggelassene Stellen aus Försters Berichten sich teilweise auf Machenschaften des Berliner Generalstabes in der Schweiz beziehen.

Dr. **Dirr** bemerkt, er habe bereits Herrn Fechenbach, der ihn einmal um das gleiche gefragt habe, gesagt: Bitte, kommen Sie, sehen Sie die Sachen an, dann werden Sie sofort erkennen, daß die Behauptung falsch ist. Von diesen „Generalstabsmachenschaften" finde sich kein Wort in den betreffenden Akten.

Auf eine Frage Dr. Löwenfelds, die sich auf eine Aeußerung Dr. Dirrs bezieht, daß die deutsche Regierung doch es übernommen habe, die von Grey angebotene Vermittlung zu führen, erklärt

Graf **Montgelas**, daß das von Grey selbst zugegeben worden sei. Es würden fortwährend zwei Dinge miteinander verwechselt: 1. die Vermittlung zu Vieren (die nicht beteiligten Mächte) und 2. der Konferenzvorschlag. Der erste Vorschlag Greys ist nicht der Konferenzvorschlag, sondern die Vermittlung zu Vieren. Diese Vermittlung hat Deutschland nicht abgelehnt, sondern im Prinzip angenommen. Am 26. Juli entstand dann erst der Konferenzvorschlag mit den vier Botschaftern; dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

Kaiserlicher Botschafter a. D. Anton Graf von Monts

wird als Zeuge und Sachverständiger vernommen.

Vorsitzender: Exzellenz sollen sich darüber äußern, ob im diplomatischen Verkehr eine doppelte Buchführung vorhanden war.

Graf **Monts**: „Ich bin eingetreten in das Auswärtige Amt im Jahre 1878. Ich habe, da ich erst vor neun Jahren ausschied aus dem kaiserlichen Dienst, ein wenig Erfahrung. Ich war verschiedene Male im Auswärtigen Amt selbst tätig. Ich habe unter dem Fürsten Bismarck noch zwei Jahre im Auswärtigen Amt als Assessor gearbeitet, später als Legationssekretär und bin durch alle Bureaus durchgegangen, Zentralbureau, Chiffrierbureau usw. **Ich habe nie etwas von einer doppelten Buchführung gemerkt.** Das

Digitized by Google

ürze ganz unmöglich gewesen in unserem Dienst, wenn so wenig bei den vielen Missionen, bei denen ich teils als Sekretär, teils als Chef verwendet worden bin. Es ist nicht üblich gewesen, irgend etwas zu verheimlichen oder doppelte Buchführung zu haben. Wenn Privatbriefe kamen, die kamen sehr selten, so habe ich in München z. B. einen oder zwei Briefe des Fürsten Hohenlohe bekommen — er war mein großer Gönner, er war sehr wohlwollend gegen mich; aber es war eigentlich nichts Amtliches drin. Wenn einmal in einem Brief etwas Amtliches war, dann hat man ihn einfach mit einer Notiz zu den Akten genommen. Eine doppelte Buchführung gab es nicht. Es gab ein Geheimjournal, wo die Chiffresachen drin waren, es gab das auch für Unterbeamte zugängliche allgemeine Journal."

Prof. **Cossmann** beantragt die Zeugenvernehmung eines Herrn Krönlein aus Mailand, der darüber Aussagen machen kann, was Fechenbach in einer Versammlung vom 13. Februar 1919 über die Behandlung französischer Gefangener durch Deutsche gesagt hat. Dieser Antrag wird durch Gerichtsbeschluß abgelehnt.*)

Oberarchivrat Dr. J. Striedinger
vom Hauptstaatsarchiv in München

wird als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Er führt aus: Das Publizieren von Akten muß auch gelernt sein, man muß darin auch Uebung haben. Im Allgemeinen nimmt die menschliche Seele nur das wahr, worauf sie eingestellt ist, die menschliche, ungeschulte Psyche unterliegt ferner sehr leicht der Phantasie. Diese Fehlerquellen müssen beseitigt werden, dadurch, daß der, der an eine

Publikation von Akten

herangeht, von einem Dritten kontrolliert wird, daß er sich daran gewöhnt, sich selbst zu kontrollieren und dadurch allmählich diese Fehlerquellen auszuschalten. Ich weiß nichts davon, daß Eisner oder Fechenbach diese für die Aktenpublikation unabweisliche Forderung erfüllt haben.

Wer Akten publiziert, muß auch gewisse allgemeine Kenntnisse haben. Es wurde hier schon bemerkt, daß diese allgemeinen Kenntnisse auf dem Gebiete der Politik und Geschichte vielfach zu wünschen übrig lassen, besonders beim Privatkläger. Ueber seine Weltfremdheit nur zwei Bemerkungen: Der Kläger hat sich darüber aufgeregt, daß schon 1909 der deutsche Generalstabschef sich mit seinem österreichischen Kollegen über einen event. Krieg mit Serbien unterhalten hat. Der Generalstab war doch nicht dazu da, Lämmer zu hüten! Er müsse doch einen möglichen Krieg vorbereiten. Würden heute die Generalstabsakten vollständig veröffentlicht, würde sich der Kläger wahrscheinlich sehr darüber wundern, daß die unmöglichsten Kriege in den Bereich der Betrachtung gezogen und theoretisch erörtert werden. Daß auch die Maßnahmen in einem Kriege mit Serbien erörtert wurden, will ebenso wenig heißen, wie wenn sich der Generalstab damit beschäftigt hätte, was geschieht, wenn es zu einem Kriege mit den Republiken Andora oder San Marino kommen würde. Fechenbach wundert sich ferner auch darüber, daß im diplomatischen Verkehr mit Verschleierungen gearbeitet wird. Das Wort Talleyrands, daß dem Menschen die Sprache gegeben sei, um die Gedanken zu verbergen, gilt im diplomatischen Verkehr auch heute noch. Man muß beim Aktenpublizieren auch Kenntnis haben von dem Kanzleiwesen, den Unterschied kennen zwischen Orignial, Konzept, Kopie usw. usw.

Des Ferneren: Zu den sonst noch notwendigen Kenntnissen gehört auch die Kenntnis von der Art der Aktenstücke, die man veröffentlicht. Wie schon Graf Lerchenfeld sagte, wurden die Gesandtschaftsberichte geschrieben von Wissenden für Wissende. Es handelt sich da um keine kunstvoll aufgeführten Gebäude, die Aktenstücke gleichen mehr einem Mosaik. Was in dem Schoenschen Bericht stand, kam dem Berichterstatter, wie der Wissende weiß, aus verschiedenen Quellen zu. Daher erklären sich die Widersprüche, die der Kläger am Donnerstag erwähnte. Was Eisner veröffentlichte, sind nur Bruchstücke aus zwei dicken Konvoluten. Eine wissenschaftlich genaue Publikation mußte wenigstens eine allgemeine Einleitung darüber enthalten, in der die Akten, aus denen die Bruchstücke publiziert sind, genannt und näher charakterisiert werden, es mußte eine Motivierung gegeben werden, warum gerade diese drei oder vier Aktenstücke ausgewählt worden sind, sonst wird die öffentliche Meinung irregeführt.

Der zweite Fehler liegt in den Weglassungen.

Der Sachverständige weist unter anderem auf eine besonders bemerkenswerte Stelle hin, „es wird dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert." Ich frage Herrn Fechenbach und alle Anwesenden, wo ist in dem weggelassenen Teil dem Tone oder Inhalt nach eine Plauderei zu finden? Was weggelassen ist, sind höchst ernsthafte Erörterungen. Wenn man von Plauderei spricht, gibt man dem, der nicht das Original oder einen vollständigen Abdruck vor sich hat, einen ganz falschen Begriff von dem Weggelassenen. Herr Fechenbach hat am Don-

*) Im Anschluß an diesen Antrag erhielt Professor Cossmann einen Brief von einem Münchner Studenten, der gleichfalls der Versammlung vom 13. Februar 1919 beigewohnt hat und auch bereit ist, eidlich zu bekunden, daß Fechenbach in jener Versammlung nicht nur die Deutschen beschuldigte, die französischen und belgischen Gefangenen gemein behandelt zu haben, sondern auch, daß die deutschen Gefangenen in Frankreich ganz prächtig und nur gut behandelt würden. „Als ein Versammlungsteilnehmer neben mir erklärte, er sei mehrere Jahre in französischer Gefangenschaft gewesen und habe Unglaubliches erdulden müssen, wurde er niedergeschrien, zu Boden geschlagen und hinausgeworfen."

Digitized by Google

nerstag beim Verlesen dieses Absatzes statt des Wortes „geplaudert" gesetzt „Betrachtungen angestellt." Also erscheint auch Herrn Fechenbach dieser Ausdruck unzutreffend.

Ich glaube, daß

die Veröffentlichungen Eisners falsch

sind, ist schon bewiesen, falsch infolge der Weglassungen und des Ausdruckes „geplaudert". Wenn man von Fälschung spricht, wird im allgemeinen verlangt, das Bewußtsein und die Absicht, zu täuschen. Daß Schoen für Lerchenfeld geschrieben wurde, halte ich für eine Schlamperei, dadurch hervorgerufen, daß man in der Phantasie hatte, es muß Lerchenfeld dastehen. Würde man annehmen, daß die Eisnersche Veröffentlichung die Sachen lediglich weggelassen hat, weil Eisner die schwerwiegende Bedeutung der weggelassenen Punkte nicht erfaßt hat, so würde das allerdings nicht auf die Absicht der Täuschung schließen lassen. Es würde aber ein auch Herrn Fechenbach unerwünschtes Licht auf das Verständnis Eisners werfen.

Ich bin also der Ueberzeugung, daß die Absicht, den Text in seinem Sinn zu ändern, tatsächlich geherrscht hat. Sonst wäre nichts im Wege gestanden, die Maschinenschrift in die Druckerei zu geben.

Geheimrat Hans Delbrück

Prof. d. Geschichte a. D. an der Universität Berlin als Zeuge und Sachverständiger

Ich kann meine Ausführungen beginnen mit der Erklärung, daß ich mit jedem Worte, das Graf Montgelas ausgesprochen hat, einverstanden bin, sowohl in dem Tatsächlichen, wie auch in der Auffassung. Ich habe also zu dem, was Graf Montgelas gesagt, nur noch einige Ergänzungen hinzuzufügen.

Die aggressive Politik Oesterreichs

Geheimrat Delbrück gibt ein zusammenhängendes Bild der Verhältnisse, die schließlich zu der Hochspannung zwischen Oesterreich und Serbien geführt haben. Die Bestrebungen, einen großserbischen Staat zu schaffen, reichen zurück ins Jahr 1842 und haben seitdem wechselnde Gestalt angenommen. Der jetzige großserbische Staat, Jugoslawien, umfaßt verschiedene Stämme, Serben, Kroaten, Slowenen, Dalmatiner, Montenegriner, die alle eine gewisse Verwandtschaft untereinander haben, aber doch keine einheitliche Geschichte und vor nicht langer Zeit auch nicht entfernt ein einheitliches Nationalbewußtsein; Serben und Kroaten galten sogar als Todfeinde. Ob die Einheit unter diesen Völkern groß genug ist, um zu rechtfertigen, was sie prätendiert haben, muß erst die Geschichte lehren. Dieses Streben nach Großserbien war schlechterdings unvereinbar mit der Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie. Es handelte sich darum, ob Oesterreich es sich gefallen lassen konnte, daß in einem Nachbarstaate ein solches Bestreben vorhanden war, das für Oesterreich den Tod bedeutete. Denn aus Oesterreich sollten nicht nur große Stücke herausgeschnitten werden, sondern es sollte ihm auch die einzige Verbindung mit dem Meere, ohne die ein großer Staat nicht leben kann, genommen werden. Weiter würde, so mußte man sich sagen, ein großserbischer Staat zur Folge gehabt haben, daß auch andere Völker Oesterreichs Selbständigkeitsbestrebungen entwickelten. Oesterreich mußte sich — wie es ja jetzt auch tatsächlich geschehen ist — auflösen. Also mußte sich Oesterreich diesen Bestrebungen widersetzen. Damit ist nicht gesagt, daß es sachlich ausgeschlossen war, die serbischen Bestrebungen mit dem österreichischen Staatsgedanken auszugleichen.

Geheimrat Delbrück zeigt dann, wie Serbien gerade durch Oesterreichs Hilfe emporgekommen ist. Es war möglich, daß die Serben sich in irgendeiner Weise Oesterreich anschlossen. Es war dies auch eine Politik, die von serbischen Staatsmännern oft ins Auge gefaßt wurde. Die Wendung trat erst ein, als die Dynastie Karageorgewitsch mit der Ermordung Alexanders auf den Thron kam. Nun entwickelte sich das großserbische Ideal, das in höchstem Grade offensiv war gegen Oesterreich. Wäre dieses nationale Ideal nicht gewesen, so wäre Oesterreich die einzige Großmacht gewesen, die sich pazifistisch saturiert hatte. Oesterreich hatte ein offensives Vorgehen aus sich heraus längst aufgegeben. Aber die österreichische Politik mußte sich dieser stark vordringenden Tendenzen entgermaßen erwehren. Was hätten die Serben gegen Oesterreich machen können? Nichts, wenn sich nicht Rußland der Serben angenommen hätte. Das letzte Motiv der russischen Politik war nicht, dem kleinen Bruder zu helfen, sondern, diesen kleinen Slawenbruder als einen sehr bedeutsamen Bundesgenossen zu benützen für die eigenen Zwecke: die Eroberung Konstantinopels. Man hat oft gefragt, warum man den Russen nicht die freie Durchfahrt gewährt hat. Die Russen wollten nicht nur die freie Durchfahrt für sich, sie wollten Konstantinopel. In den letzten Jahren vor dem Krieg entstand ein vollkommenes Komplott zwischen russischen und serbischen Staatsmännern, um das serbische Ideal zu erfüllen und damit auch das russische Ziel zu erreichen. Geheimrat Delbrück verweist dabei auf Aeußerungen Sasonows und auf die Audienz des serbischen Ministerpräsidenten Pasitsch beim Zaren, der die Unterredung beendete mit den Worten: „Grüßen Sie den König und sagen Sie ihm, für Serbien werden wir alles tun." Im Februar oder März 1914, kurze Zeit danach, wurde dann im russischen Ministerrat das Programm besprochen. Ein bestimmter Termin für den Beginn der Offensivpolitik war nicht festgesetzt. Wir wissen aber, wie die Rüstungen in Rußland sich steigerten und Rußland Frankreich trieb, die dreijährige Dienstzeit einzuführen. Wir können mit Bestimmtheit sagen, daß eine russisch-serbische Offensive, die mit Sicherheit auf die französische Hilfe rechnete, in sehr großer Nähe bevorstand.

Digitized by Google

Es frägt sich nun, was die österreichische Poli-
dagegen tun konnte und was sie getan hat,
m dem bevorstehenden Angriff zu entgehen.
ie österreichischen Staatsmänner haben sich
oeierlei gesagt: Man kann passiv abwarten,
as die Zeit bringt, vielleicht eine Revolution
Rußland, vielleicht eine Milderung der
utsch-englischen Gegensätze. Anderseits hat man
Oesterreich erwogen, eine gute Gelegenheit zu
greifen, um den serbischen Größenwahn zu
echen, ohne daß es zum Weltkrieg kommt und
e die andern bereit sind. Die Aktion gegen
erbien war nicht das Mittel, um den Weltkrieg
u entzünden, sondern um

dem Weltkrieg zu entgehen.

Oesterreich glaubte, als der Thronfolger er-
ordet wurde, das sei nun die Gelegenheit. Man
echnete damit, daß der Zar ein Volk, das so
nit Bomben und Granaten umgeht, Fürsten-
örder, nicht schützen werde. So ist die Aktion,
ie offensiv unternommen wurde, im stärksten
Grade eine defensive Handlung. Man
faßt es falsch auf, wenn man sagt, der Sinn der
Aktion war, die Serben für das Verbrechen zu
bestrafen. Der wirkliche Zweck war das große
politische Ziel, den Serben zu zeigen: Ihr könnt
nicht mit der Unterstützung Rußlands und Eu-
ropas rechnen, ihr werdet bestraft und werdet
nun hoffentlich andere Wege einschlagen. Die
Serben auf diesen anderen Weg zu führen, hatte
vor allem auch der ermordete Erzherzog im
Sinne; sein und des Deutschen Kai-
sers Ideal war das Bündnis mit
Rußland. Wir wissen jetzt, was bei der Be-
sprechung des Kaisers mit dem Erzherzog-Thron-
folger kurze Zeit vor seiner Ermordung in
Konopischt in Böhmen vor sich gegangen ist,
der Besprechung, von der die Entente behaup-
tete, daß dort der große Angriffsplan beraten
worden sei. Wir wissen, daß man sich dort
gesagt hat, die Russen sind nicht angriffs-
lustig und nicht angriffsfertig, wir wol-
len uns mit ihnen vertragen, wir wollen
die Bedrückung der Serben, die hauptsächlich in
Ungarn betrieben wurde, möglichst lockern und
wollen eine föderalistische Ausgestal-
tung Oesterreichs. Damit wäre dem ser-
bischen Ideal eine gewisse Genugtuung gegeben
worden. Gerade das aber wollten die Serben
nicht. Weil sie sahen — dies ist eine Ver-
mutung —, daß die versöhnlichere Seite die
Oberhand gewann, entschlossen sie sich, den Stein
ins Rollen zu bringen und jetzt den Mann
zu ermorden, der ihnen und den Slawen am
freundlichsten gesinnt war.

Rußland habe den Krieg vielleicht nicht 1914,
aber in absehbarer Zeit gewollt. Weiter wird
immer wieder darauf hingewiesen, daß wir den
Krieg mit Serbien gewollt hätten. Das Wort
Krieg ist unrichtig. Wir müssen sagen: mili-
tärische Aktion. Dann wird weiter gesagt: „selbst
auf die Gefahr eines Weltkrieges hin", und es
wird erklärt, daß man mit dem Weltkriege
„gespielt" habe. Man spielte gar nicht. Man
mußte dieses Risiko auf sich nehmen, die un-
geheure Gefahr, ebenso wie ein Arzt, der einen
Krebskranken zu operieren hat und der sich sagt,
vielleicht rette ich ihn, vielleicht stirbt er aber
auch in der Operation. Kann man da sagen, er
hat mit der Lebensgefahr gespielt? Er ist sich
der Gefahr bewußt, weil große Dinge in der
Welt und im einzelnen Menschenleben nicht ohne
große Gefahr zu unternehmen sind. Die Gefahr
war da, aber man glaubte, diese Gefahr sei
sehr gering. Man glaubte diese nur kleine Ge-
fahr auf sich nehmen zu müssen, um der gro-
ßen Gefahr des Weltkrieges, die sich
für die nächsten Jahre zusammenballte, ent-
gehen zu können.

Geheimrat Delbrück weist dann nach, wie auch
die noch in der Eisnerschen Veröffent-
lichung enthaltene Andeutung von den Loka-
lisierungsbestrebungen der Wahrheit recht nahe
kommt, aber das hebt die Tatsache nicht auf, daß
alle die Stellen unterdrückt sind, in denen Staats-
sekretär Zimmermann aussprach: Unser eigent-
licher Zweck und unser Ziel ist die Lokalisie-
rung. Das ist weggefallen. Wenn ich auch
zugebe, daß ein klug abwägender, wohlwollender
Mann aus der Veröffentlichung es herauslesen
kann, so hat es doch für die Welt diesen Eindruck
nicht gemacht. Wir haben ja von allen Seiten
gehört, wie

furchtbar der Eindruck der Veröffentlichung

gewesen ist. In seinen weiteren Ausführungen
nimmt der Sachverständige zu der vom Kläger
aufgeworfenen Frage Stellung, warum
Deutschland nicht habe zugeben wollen, daß mit
den Oesterreichern doch eine Art von Verab-
redung wegen eines scharfen Vorgehens
gegen Serbien bestand. Das ist, betont der
Sachverständige, nach den Erklärungen Jagows
und Bethmann Hollwegs einfach. Die Po-
litik einer Großmacht wie Oesterreich
läßt sich nicht gängeln. Bethmann Holl-
weg und Jagow dachten sich: wir müssen die
Oesterreicher ihre Politik machen lassen und
dann müssen wir als Vermittler eintreten. Es
war daher ganz richtig, wenn Deutschland sagte,
es habe nur im allgemeinen das Ultimatum
gekannt, damit es dann als Vermittler wirken
konnte. **Was die angebliche Unterwerfung Ser-
biens unter das österreichische Ultimatum be-
trifft, so wußten die Oesterreicher sehr gut, daß
die Serben wohl sehr entgegenkommen würden,
aber tatsächlich doch hofften, nicht soweit ge-
demütigt zu werden, um ihr nationales Ideal
aufgeben zu müssen.** Um dieses aber, nicht um
die Einzelheiten handelte es sich. Das ist von
den Serben auch offen ausgesprochen worden.
Darum konnte Oesterreich sich nicht mit einer
bloßen Genugtuung begnügen. Die Serben
wollten von vornherein das nicht, was Oester-
reich verlangte und verlangen mußte, um sein
eigenes Leben zu retten. Wenn Serbien sich de-
mütig stellte, so war das nur Schaumschlägerei.
Darum ist nicht viel von den Untersuchungen zu
halten, wie man durch Konzessionen diese oder
jene Schwierigkeit hätte beseitigen können. Der

Digitized by Google

Weltkrieg wäre doch ausgebrochen, wenn es nicht gelang, Serbien so zu demütigen, daß die Serben sahen: wir kommen mit Rußland nicht durch, wir müssen uns doch an Oesterreich anschließen. **An der Feststellung, daß Deutschland und Oesterreich einen Weltkrieg geplant hätten, ist kein wahres Wort.** Das ganze war eine notgedrungene Defensivaktion. Ich wollte, daß in Deutschland mehr Leute wären, die die Selbstüberwindung hätten, das so auszusprechen, wie das Kautsky getan hat, der in seiner Schrift „Delbrück und Wilhelm II." erklärte: **„Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht." Kautsky hat geurteilt, daß die Beschuldigung, auf der der Versailler Vertrag aufgebaut ist, daß Deutschland nicht aus Fehlern, aus Dummheit, sondern aus bösem Willen den Kriege entzündet habe, von Grund aus falsch sei.**

Der Sachverständige verweist dann darauf, daß er nach Erscheinen der Eisnerschen Veröffentlichung in dem Preußischen Jahrbuche vom August 1919 geschrieben habe: „Der angeblich so urehrliche Idealist Eisner hat den Feinden durch seine Fälschung Material verschafft. Diese Schurkerei wird der Partei, an deren Spitze Eisner steht, immer von neuem vorgehalten werden müssen." Der Sachverständige bemerkt hierzu, daß er nach dem bisherigen Prozeßergebnis, demzufolge Eisner Wilson, Clemenceau und Lloyd George als die größten Idealisten betrachtete, diese Charakteristik nicht aufrecht erhalten könne. Er habe Eisner immer für einen großen Phantasten gehalten, aber diesen Grad der Narrheit doch nicht erwartet. Wenn einer in solcher Narrheit etwas tue, dann könne er das wohl verurteilen, aber er könne es nicht mehr eine Schurkerei nennen. An der Sache, um die es sich hier handle, ändere sich dadurch nichts. **Die Fälschung bleibe auch nach seiner Ueberzeugung bestehen.**

Der Sachverständige kommt dann eingehend auf das Wirken des österreichischen Botschafters in Berlin, des Grafen Szögyeny, zu sprechen und auf die verhängnisvolle Rolle, die dieser, von verschiedenen Seiten als altersschwach bezeichnete Diplomat bei der Uebermittlung von Berichten gespielt hat. Im Besonderen bezieht er sich auf eine Depesche, die Szögyeny am 27. Juli 1914 nach Wien richtete. In dieser Depesche erklärt Szögyeny, die deutsche Regierung habe auf das bündigste versichert, daß sie sich in keiner Weise mit den Vermittlungsvorschlägen Englands identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben nur, um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe. Als das in Berlin bekannt wurde, seien auch sehr viele Leute, die an unserem guten Glauben festhielten, irre geworden, namentlich auch die damalige Regierung. Er sei persönlich beauftragt worden, sich nä[ch]zu erkundigen. Seine Nachforschungen [so]in den Akten wie bei österreichischen Journali[st]die damals viel mit Szögyeny zu tun ha[t]hätten ergeben, daß Szögyeny viel zuzutra[u]sei, daß man ihn als altersschwach bezeich[n]müsse. Die Szögyeny-Depesche enthalte auch [e]innere Torheit. Leider habe die Szögyeny-D[e]pesche sehr bös gewirkt, weil sie mit den Eisn[e]schen Dokumenten zusammenfiel.

Der Sachverständige weist darauf hin, [d]all das nicht bloß im Ausland sehr geschadet habe, sondern au[ch]bei uns. Daran, daß bei uns der moralis[c]Zusammenbruch so stark war und daß man [s]immer mehr selbst beschuldigte, haben diese Ve[r]öffentlichungen mitgewirkt. „Weshalb hat [d]Regierung, die wir im November 1918 bekomm[en]haben, nicht viel schneller diese Dokumente [z]zusammenstellen und veröffentlichen lass[en]Eben weil sich bei ihr auch schon die unrich[t]Vorstellung gebildet hatte, **es hilft ja alles nich[ts]wir sind ja doch alle mehr oder minder schuldig gewesen. Sie hat sich viel schuldiger gefühlt – ich meine nicht die Regierung an sich, sondern unser deutsches Volk —, als es in Wirklichkeit war. Das ist so weit gegangen, daß es in Versailles der Viererkommission schwer gelungen ist, ihren Bericht zur Annahme zu bringen, weil sie den Herren in Berlin schien, als wäre er zu günstig, weil sie gar nicht glauben konnten, daß wir wirklich so reine Wäsche hätten ... Allerhand Widerstände gab es zu überwinden. Dies alles aus der falschen psychologischen Einstellung heraus, die z. T. auf der unseligen Szögyeny-Depesche, z. T. auf dem verstümmelten Scheuerschen Bericht ruhte, der auf das deutsche Volk einen fürchterlichen Eindruck gemacht hatte.** Die entehrenden Auslieferungs-Bestimmungen und andere ähnliche Bestimmungen wären in den Friedensvertrag nicht gekommen, wenn wir bei den Engländern und Amerikanern etwas mehr hätten die Empfindung erwecken können, über die deutsche Schuld lasse sich noch reden. Leider hat sich hierüber im deutschen Volk noch keine einmütige Stimmung gebildet. Viele meinen, sie schütze die deutsche Republik, wenn sie die alte Verfassung und Regierung möglichst schlecht mache. Es wäre doch das Wirksamste, wenn einer der Minister im Reichstag aufstehen und mit aller Energie die Wahrheit, wie sie im Gerichtssaal hier aufgetreten ist, darlegen würde.

Graf Montgelas bemerkt, er habe gestern schon ausgeführt, daß das französisch-russische Bündnis 1899 außerordentlich erweitert wurde, indem es, wie Delcassé sich ausdrückt, nicht mehr beschränkt bleibt auf die Dauer des Dreibundes, sondern daß es dieser soll zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der europäischen Staaten. Gerade dann, sagt

Digitized by Google

Delcassé, wenn der Dreibund auseinander fällt, müsse die Militärkonvention in Kraft treten; wenn Kaiser Franz Josef plötzlich verschwinde und Oesterreich-Ungarn sich auflöse, könnten Gelüste anderer entstehen, sich auf Kosten der früheren Monarchie zu vergrößern, und dann gerade müsse die französisch-russische Militärkonvention in Kraft sein. Fünfzehn Jahre vor Beginn des Weltkrieges also war schon die Politik Frankreichs darauf gerichtet, den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu verhindern.

Professor Dr Quidde

als Sachverständiger:

Ich betrachte es als meine Aufgabe, mich darüber zu äußern, ob eine Fälschung im eigentlichen Sinne vorliegt. Einleitend muß ich einiges sagen, weil das Ergebnis meines Sachverständigengutachtens in wesentlichen Punkten abweicht von dem, was bisher gesagt worden ist. Am 25. November 1918 ist die Veröffentlichung erschienen. Hier ist wiederholt zum Ausdruck gekommen, daß diese Veröffentlichung einen so enormen Eindruck gemacht hätte, eingewirkt hätte auf die deutsche Regierung, auf die Männer, die in Paris das Gutachten zu erstatten hatten, eingewirkt auf die ganze Auffassung des deutschen Volkes von der Belastung der deutschen Regierung. Ich habe mich von dieser Beeinflussung vollständig freigehalten. Ich habe damals schon dieser Veröffentlichung mit unbefangener Kritik gegenüber gestanden. Drei Tage darauf habe ich am 28. November in den „M. N. N." eine Artikelserie begonnen: „Schulfragen ohne Ende". In diesem Artikel habe ich einleitend ein Wort des Protestes und der Warnung gegenüber der Publikation ausgesprochen und habe ausgeführt, daß mir die aus dem Zusammenhang gerissene Enthüllung ein grober Unfug zu sein scheine. Die Veröffentlichung könne nur dazu beitragen, die Erbitterung der Gegner zu steigern und die Friedensbedingungen zu verschärfen. Dazu habe ich erklärt: Die Schuld, die man der deutschen Politik aufbürdet, muß das deutsche Volk bei den Friedensverhandlungen büßen.

Professor Quidde verweist dann auf seine Rede, die er am 17. Dezember 1918 im provisorischen Nationalrat, in den ihn Eisner als einzigen bürgerlichen Abgeordneten berufen hatte, gehalten hat. In dieser Rede hat er hauptsächlich zwei Vorwürfe gegen Eisner erhoben, 1. daß Eisner wortbrüchig geworden war oder unzuverlässig gegenüber seinem Versprechen, sobald wie möglich Wahlen auszuschreiben; das zweite war eine Anklage wegen seiner auswärtigen Politik. Dr. Quidde hat damals ausgeführt, daß er den Eindruck habe, Herr Eisner habe sich den größten Illusionen hingegeben, wenn er glaube durch Schuldbekenntnisse und Selbsterniedrigung unsere Lage zu bessern; wir sollten vielmehr stolzer als je und erhobenen Hauptes als Deutsche dem Auslande gegenübertreten. Weiter erinnert Professor Quidde an seine Rede in der Sitzung des Provisorischen Nationalrates in der Aula der Universität, in der Stellung genommen wurde zu den Friedensbedingungen. Er hat als Pazifist das Wort erhalten und erklärt, daß er, wenn man ihm zumutete, das deutsche Schuldbekenntnis zu unterzeichnen und die alleinige Verantwortung der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung anzuerkennen, lügen müßte. Der Sachverständige fährt dann fort: **Ich habe immer, heute wie damals, in bezug auf die Veröffentlichung Eisners an der Auffassung festgehalten, daß die Veröffentlichung eine schwere Versündigung war,** bei der ich annehme, daß sie aus durchaus gutem Glauben Eisners hervorgegangen ist.

Dr. Quidde hält die Namensverwechslung lediglich für eine Schlamperei.

Was den Text und die Verkürzung anlangt, so geht mein Urteil zunächst als Akteneditor dahin, daß ich, wenn ein jüngerer Mitarbeiter von uns dies gemacht hätte, ich ihm die Fähigkeit, bei uns weiter mitzuarbeiten, abgesprochen hätte. Vom editorischen Standpunkt aus ist das unerhört. Darauf, daß der Betreff fehlt, lege ich keinen Wert. Die Art aber, wie die Weglassungen erfolgten und wie sie angedeutet werden, ist absolut unzulässig. Als ich gelesen habe, wie Herr Eisner z. B. eine Weglassung mit den Worten andeutet, es wird weiter geplaudert, hatte ich ein Gefühl, wie wenn mich etwas Ekliges überliefe. Dr. Quidde meint, daß Eisner dabei vielleicht seine feuilletonistische Gewohnheit einen Streich gespielt hat. Davon ganz abgesehen, sind natürlich die Stellen, in denen er die Auslassungen andeutet, absolut unzureichend. Unter diesem Gesichtspunkte ist die

Publikation in höchstem Maße anfechtbar.

Sie gibt kein richtiges Bild von dem Aktenstück als solchem. Darüber ist gar nicht zu reden. Es fragt sich nun aber weiter, welche Wirkung diese gekürzte Veröffentlichung gehabt hat und ob die Wirkung der Veröffentlichung auf die Kürzung zurückgeht. Da befinde ich mich im Gegensatz zu allem, was ich bisher hier gehört habe. Ich kann erstens nicht zugeben, daß der gekürzte Text die Behauptung von der absichtlichen Herbeiführung des Weltkrieges durch Deutschland stützt. Auch der gekürzte Text sagt nur „auf die Gefahr hin". Mit keinem Wort ist angedeutet, daß die deutsche Regierung den Krieg über die Strafexpedition nach Serbien hinaus gewünscht oder gebilligt habe. Wer vorurteilslos und ehrlich dieses gekürzte Dokument liest, kann daraus nicht die Beschuldigung ableiten, als habe die deutsche Politik den Weltkrieg gewollt. Ich gebe auf der anderen Seite zu, daß diese Beschuldigung abgeleitet worden ist. Es gibt heute noch eine Menge Menschen, die die alleinige Verantwortung Deutschland zuschieben, weil Deutschland und Oesterreich mit dem serbischen Konflikt die Lunte an das Pulverfaß gelegt hätten. Auch Eisner mag so geschlossen haben: aber das ist eine absolut unkritische Auf-

Digitized by Google

fassung. Mit der Politik gegen Serbien ist die schwere Weltkriegsgefahr heraufbeschworen worden, aber noch nicht der Krieg unvermeidlich geworden. Die gekürzte Publikation gab für den kritischen, gewissenhaften, nicht von irgend welchen Leidenschaften voreingenommenen Leser keinen Grund, Deutschland der absichtlichen Herbeiführung des Weltkrieges zu beschuldigen. Die tatsächliche Wirkung ist allerdings anders gewesen.

Vorsitzender: Die Veröffentlichung ist in einer Zeitung erschienen. Das Publikum liest die Zeitung nur oberflächlich. Können Leute das aus dem Bericht herauslesen, was von unseren Gegnern behauptet wird?

Dr. Quidde: Ja, aber auch aus dem ungekürzten Bericht. — Der Sachverständige fährt dann fort: Der zweite Punkt, mit dem ich mich im Gegensatz zu dem bisher Gesagten befinde, ist folgendes: Wenn ich den ungekürzten Text mit dem gekürzten vergleiche, so ergibt sich, daß das, was an Belastungsmomenten in dem Schreiben enthalten ist, ebenso aus der Publikation des gekürzten Textes hervorgegangen wäre; den an den betreffenden Stellen ist nichts geändert worden. Ich bin des Glaubens, daß die Veröffentlichung des ungekürzten Textes genau die gleiche Wirkung gehabt hätte. Worin lag diese Wirkung? Der Bericht sprach vor allem mit voller Klarheit aus, daß die deutsche Regierung — und das war nicht nur eine Auffassung des Herrn v. Schoen, sondern eine, wie er berichtet, offiziell niedergelegte Erklärung — Oesterreich völlig freie Hand ließ, „auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin". Das hat bei einem großen Teil der Bevölkerung enormen Eindruck gemacht und hat wie eine starke Belastung der deutschen Politik gewirkt, obwohl es nichts Neues war. Das stand schon in dem Weißbuch von 1914. Das ist der dolus eventualis, wie ich es schon im November 1918 bezeichnet habe. Ich bin dessentwegen von beiden Seiten angegriffen worden; aber ich halte auch jetzt noch daran fest. Aus dem Berichte ergab sich: man hat zwar die österreichische Note an Serbien nicht gekannt, aber die entscheidenden Punkte, und man hat in Berlin die Folgerung gezogen, das kann Serbien nicht annehmen und daraus folgt der Krieg. Ich bemerke: der Krieg mit Serbien. Das ist etwas, was dem deutschen Volke bis dahin unbekannt war und was einen starken und erschütternden Eindruck gemacht hat, besonders weil es im Gegensatz stand zu feierlichen amtlichen Versicherungen. Es ist natürlich im Ausland stark verwertet worden gegen uns. Weiter führt der Sachverständige die Bemerkungen an über die Beurlaubungen des österreichischen Kriegsministers und des Generalstabschefs, die „den Anschein friedlicher Gesinnung" erwecken sollten, ferner über die Nordlandreise des Deutschen Kaisers und dem Urlaub des Generalstabschefs, wie des preußischen Kriegsministers. Bei den Lesern hat dies so gewirkt, als ob man eine Komödie vorspielen wollte, um ein Alibi nachzuweisen. Das war es vielleicht nicht, aber es mußte den Eindruck machen. **Das ist mit einer der Gründe, warum man solche vereinzelten Aktenstücke an einem solchen Zeitpunkt nicht veröffentlichen darf.** Ich glaube, das waren die Hauptpunkte des Berichtes, die einen sehr starken Eindruck gemacht haben. Für das Ausland war es sozusagen ein gefundenes Fressen. Das wäre es aber ebenso gut gewesen, wenn der Bericht ungekürzt veröffentlicht worden wäre. Die Veröffentlichung des Berichtes war gekürzt oder ungekürzt

der große politische Fehler,

den der Sachverständige der Illusion Eisners zuschreibt. Dr. Quidde macht darauf aufmerksam, daß andere Leute für Deutschland viel verhängnisvollere Illusionen gehabt haben.

Dr. Quidde kommt nun auf die Frage zu sprechen, welche Bedeutung die Stellen des Schönschen Berichtes haben, die durch Eisner in unzureichender Weise angedeutet sind, ob deren Mitteilung etwa den Eindruck der Publikation geändert hätte und ob deren Fortlassung als bewußte Fälschung erklärt werden muß. Es wird von ihm auf der einen Seite im Einverständnis mit den übrigen Sachverständigen festgestellt, daß Eisner Stellen ausgelassen hat, die zeigen, daß die deutsche Regierung hoffte, den Konflikt lokalisieren zu können und daß sie auch in diesem Sinne tätig sein wollte durch Verzicht auf Mobilmachung und durch Einflußnahme auf Beschränkung der österreichischen Mobilisierung. Daraus läßt sich folgern, daß die deutsche Regierung den Weltkrieg nicht gewollt hat. Eisner hat also entlastende Stellen des Berichtes unterdrückt.

Anderseits aber stehen in dem Bericht in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen entlastenden Ausführungen Mitteilungen, die, wenn man sie kritisch betrachtet, schwer belastend sind. Sie scheinen bisher ganz übergangen oder in ihrer Bedeutung nicht erkannt zu sein. In dem gestrichenen Teile über die Lokalisierung des Krieges ist gesagt, daß die Lokalisierung davon abhänge, ob Oesterreich sich mit einer Züchtigung begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fodern werde, weiter, daß auf die Neutralität Rußlands nur zu hoffen sei solange Oesterreich nicht die territoriale nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stelle, ferner England werde eine Zertrümmerung Serbiens nicht zulassen. Weiter unten heißt es dann aber im vollen Gegensatz zu diesen Voraussetzungen einer Lokalisierung: die österreichisch-ungarische Botschaft nehme an, daß König Ferdinand von Bulgarien den Ausbruch eines Krieges zwischen Oesterreich und Serbien benützen werde, um das an Serbien verlorene Gebiet zurückzugewinnen, daß man dann Rumänien werde im Zaum halten und entschädigen müssen, ferner Griechenland und Montenegro in Albanien für die Abtretung des Lovzen, die Oesterreich gelegentlich einer so weitgehenden Umgestaltung der Balkanlandkarte wohl für sich beanspruchen würde." Das sind ziemlich tiefe Eingriffe in den Territorialbestand auf der Balkanhalbinsel, die auch die Interessen

Digitized by Google

der übrigen europäischen Mächte berühren mußten, nicht nur die Italiens mit seinen vertragsmäßig verbürgten Kompensationsansprüchen. Da handelt es sich also nicht mehr um die Lokalisierung, sondern im Gegenteil um die Voraussicht von Verwicklungen, die eine Lokalisierung unmöglich machen würden. Es fragt sich, ob Eisner diese Stellen als eine Belastung der deutschen Regierung erkannt hat. Darüber kann ich gar nichts wissen. Ich vermute, daß er sie nicht erkannt hat, sonst würde er sie wohl irgendwie verwertet haben. Wenn er aber hier, ohne viel dabei zu denken, schwer belastende Stellen ausgelassen hat, so kann man nicht mit Sicherheit sagen, daß die Auslassung der nicht damit zusammenhängenden entlastenden Stellen Absicht war. Aus dem vorliegenden Text kann also der Beweis für eine absichtliche Fälschung mit politischer Tendenz nicht geführt werden. Der Sachverständige nimmt mit Dr. Dirr als Motiv für die Publikation die innerpolitische Einstellung Eisners an. Er habe sich in einem erbitterten Gegensatz zu der herrschenden Kriegsauffassung befunden, so daß er wirklich glauben konnte, die deutschen Interessen zu vertreten, wenn er die Veröffentlichung vornahm.

Am kompromittierendsten scheint mir die Aenderung in dem Telephonat der bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914. Er hat den vorderen Satz weggelassen in dem von der „gemeinsamen Demarche Englands und Deutschlands die Rede ist, und hat nur den zweiten gegeben, der allein von den „zweifellos redlichen Bemühungen Greys" spricht. Das geringste Gefühl für Objektivität hätte erfordert, jenen Satz mitzuteilen, und es ist schwer zu glauben, daß Eisner sich bei der Streichung nicht bewußt war, daß er dem Telephonat einen wesentlichen Bestandteil seiner Bedeutung nimmt.

Ich stelle mir vor, Eisner wollte dem deutschen Leser zeigen, daß Grey den ehrlichen Willen hatte, zu vermitteln, und demgegenüber erschien ihm das andere nicht wichtig. Es hätte ihm aber wichtig erscheinen müssen, wenn er ein Bild davon geben wollte, wie es mit der Verantwortlichkeit für den Krieg stand. Es ist schwer zu glauben, daß diese Stelle ohne Bewußtsein fortgelassen worden ist.

Ein wissenschaftlicher Editor wird bei der Wiedergabe einer Erklärung keine Sperrung vornehmen (Weltkrieg statt Weltkrieg), ohne darüber Rechenschaft abzulegen, es geschieht aber sonst nicht selten.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Hält der Sachverständige nach seiner Kenntnis der Person, des Charakters, des Wesens von Kurt Eisner es für wahrscheinlich, daß Eisner sich zu einer bewußten und absichtlichen Fälschung der Wahrheit hergegeben hätte?

Dr. **Quidde**: Um diese Frage beantworten zu können, habe ich Eisner wirklich nicht genug gekannt. Er ist mir nur im politischen Leben begegnet, näher habe ich mit ihm nicht verkehrt. Die Frage kann ich weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Sein Auftreten in der Zeit nach der Revolution hat auf mich den Eindruck gemacht, daß er wiederholt mit einem in der Oeffentlichkeit nicht genügend anerkannten persönlichem Mut gefährlichen Strömungen entgegengetreten und sich konsequent geblieben ist, daß er aber in der für unsere Entwicklung wichtigsten Fragen, in der Frage der Wahlen, in einer Weise geschwankt hat und zweideutig gewesen ist, daß das auf mich einen sehr üblen Eindruck gemacht hat. Ich traue mir aber nicht zu, daraus die Folgerung zu ziehen, daß Eisner leicht zu einer Fälschung gegriffen hätte. Ich habe widersprechende Eindrücke von ihm gehabt.

Vierter Verhandlungstag

Dienstag, 2. Mai 1922

Vorsitzender Amtsgerichtsrat **Frank** gibt zu Beginn der Sitzung bekannt, daß der am ersten Verhandlungstag vom Vertreter des Klägers übergebene Brief des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling im „Temps" vom Samstag, 29. April 1922, vollständig abgedruckt ist und daß in der Einleitung gesagt ist: „der Text, der uns vorgelegen hat".

Professor **Coffmann**: Diese Nummer ist, wie wir auf Erkundigung in Paris erfahren haben, nicht etwa am Samstag in Paris ausgegeben worden, sondern am Freitag nachmittag 4 Uhr. Die Interpunktion stimmt mit dem Original in allen Einzelheiten überein, außerdem in allen Absätzen. Die Uebersetzung stand auf der zweiten Seite des „Temps", nicht etwa unter „Letzten Nachrichten". Die Journalisten wissen ja, was das heißt.

R.-A. Dr. Philipp **Löwenfeld**: Es ist nicht nur nichts vom Kläger oder Anwalt veranlaßt worden, es wurde im Gegenteil im weitgehenden Maße dafür Sorge getragen, daß ein derartiger Vorfall nicht möglich ist. Zunächst ließ ich von diesem Brief nur für die Sachverständigen Durchschläge herstellen; damit der Brief nicht verstümmelt oder entstellt in die Presse kommt, habe ich mich, da in meinem Bureau nicht die ausreichende Anzahl von Durchschlägen für die Presse hergestellt werden konnte, im Benehmen mit einem den damals abwesenden Herrn Fechenbach vertretenden Herrn damit einverstanden erklärt, daß der Brief in der „Morgenpost" durch die Maschine läuft. Ich habe diese Zustimmung durch den Privatkläger und mich davon abhängig gemacht, daß unter keinen Umständen vor der Bekanntgabe dieses Briefes jemand ein Exemplar, einen Durchschlag oder Bürstenabzug bekommt. Redakteur Winter von der „Morgenpost" hat mir ausdrücklich versichert, es sei ausgeschlossen, daß ein Exemplar hinausgekommen ist.

Dr. Eugen Fischer

Sachverständiger und Sekretär im Untersuchungsausschuß des Reichstags

Ich möchte mich ausschließlich mit der Frage der Fälschung beschäftigen und auf die Erörterungen des Vertreters des Klägers über die Kriegsschuldfrage nur soweit sie die Fälschungs-

Digitized by Google

frage betrifft, eingehen. Gewöhnlich bezeichnet man als Fälschung ein solches Schriftstück, das entweder gar nicht existiert oder in das Teile frei erfunden eingefügt worden sind. Die konstantinische Schenkung z. B. ist unzweifelhaft eine solche Fälschung, sie stellt ein Schriftstück vor, das eines Tages fabriziert wurde. Wenn in ein vorhandenes Schriftstück, z. B. eine Schenkungsurkunde, die jemandem im Mittelalter z. B. fünf Dörfer schenkte, die Nummer 7, 8 oder 9 hineinpraktiziert wurde, so ist das auch eine Fälschung. Eine Fälschung in diesem Sinne liegt bei der Veröffentlichung Eisners nicht vor. Von Fälschung im weiteren Sinne spricht man dann, wenn ein Schriftstück durch Auslassungen, Umstellungen, Unterstreichungen u. dgl. so in seinem Sinn verändert wird, daß die ursprüngliche Absicht dieses Schriftstückes entweder wesentlich geändert oder geradezu in das Gegenteil verkehrt ist. Dann liegt nicht eine Fälschung des Wortlautes, wohl aber der Gedanken und Absichten des Schriftstückes vor. Sperrungen sind in einer Zeitung erlaubt.

Vorsitzender: Eisner war nicht Herausgeber einer Zeitung; macht es einen Unterschied, ob die Sperrungen von Eisner oder der Staatszeitung herrühren?

Dr. **Fischer**: Das würde keinen Unterschied machen; auch der Herausgeber eines Aktenstückes der nicht Herausgeber einer Zeitung ist, nimmt sich herkömmlich in der Zeitung das Recht, Unterstreichungen vorzunehmen. Ein Mann von wissenschaftlicher Genauigkeit unterläßt es nicht, in einer Fußnote hinzuzusetzen, daß die Sperrungen von ihm sind. Wenn er es unterläßt, nimmt man aber nicht die Absicht der Fälschung an, sondern sieht darin eine journalistische Gepflogenheit.

In der Frage, ob der wesentliche Inhalt durch Auslassungen entstellt worden ist, muß ich zunächst auf das Urteil des Grafen Lerchenfeld über den Schoenschen Bericht eingehen. Graf Lerchenfeld sagte, der Bericht sei gut, im Sinne der Diplomaten ein guter Stimmungs-, Lagebericht. Das vermag ich nicht zuzugeben, weil der Bericht sich über Widersprüche, die er enthält, nicht klar ist. Es gibt Stellen, in der der Bericht von der Wahrung der serbischen Würde und Integrität, und Stellen, in denen er von einer Veränderung des serbischen Territoriums und der Balkanlandkarte spricht. Aus den Widersprüchen des Berichtes schließt der Kläger, daß durch die Weglassungen der wesentliche Inhalt des Schriftstückes nicht verändert und nicht entstellt wurde, da auch das, was stehen geblieben sei, den Beweis in sich schließt, daß auch an eine Lokalisierung des Krieges im Ernst nicht gedacht wurde. Dieser Gedanke des Klägers wäre richtig, wenn der Bericht klar und einheitlich wäre. Unter den Tausenden von diplomatischen Berichten, die ich geprüft habe, gehört dieser Schoensche Bericht zu den am wenigst gelungenen. Der Berichterstatter hätte mindestens sagen können, ich bemerke in den Auskünften, die ich zum Teil von dem Dreibundreferenten des Auswärtigen Amtes, zum Teil der österreichisch-ungarischen Botschaft erhielt, Widersprüche. Eisner hat dem Bericht seinen bemlicheren Teil genommen und ihm von dem Inhal:

die wichtigere Hälfte entwendet.

er hat geflissentlich und mit außerordentlicher Geschicklichkeit, die sich in Einzelheiten kundtut, alles, was geeignet ist, den Willen der deutschen Regierung zur Erhaltung des Friedens zu beweisen, weggelassen.

Es wurde viel von dem überleitenden Text Eisners gesprochen. Er gehört zu dem Verräterischsten, was in seiner Ausgabe des Berichtes vorhanden ist. **Es ist aber nicht nur alles, was den Kriegswillen Deutschlands beweisen könnte, in dem Bericht drangeblieben, sondern auch alles, was der Entente an dem Bericht gefallen konnte, wurde unterstrichen.** So erklärt sich die Unterstreichung des Wortes: „Der kranke Mann in Europa", womit Oesterreich-Ungarn gemeint ist. Diese Sperrung hat keinen anderen Sinn, als das weltbekannte Streben der Serben und Russen, Oesterreich Ungarn zu zerschlagen, indirekt zu rechtfertigen. Wenn Oesterreich-Ungarn der kranke Mann war, so war das Attentat von Serajewo kein so großes Verbrechen, als man es hinstellte. Das Unterstreichen diente also dazu, die politisch aggressive Haltung der Entente zu entschuldigen.

Dr. Fischer führt weiter aus, daß das Telephonat durch die Weglassungen einen bösartigen Sinn bekommt. **Ich erkläre also, es liegt in der Ausgabe des Berichtes, die Eisner gemacht hat, eine bewußte Entstellung der Gedanken und des Inhalts des Berichtes vor, und zwar unter der Tendenz, den Willen der deutschen Regierung zum Weltkriege glaubhaft zu machen und der Entente ein Beweismittel für diesen Willen der deutschen Regierung zum Kriege zu liefern.**

Es ist eine alte Sache, daß man der breitesten Oeffentlichkeit nicht alle Einzelheiten unterbreiten kann, weil sie zur Beurteilung dieser Einzelheiten häufig nicht die nötige Sachkenntnis hat. Also läßt man in den Dokumenten zum Gebrauch der Oeffentlichkeit gewisse Dinge weg. Sie dürfen aber den wesentlichen Inhalt des Schriftstückes nicht ändern oder selbst wenn sie ihn ändern, dürfen sie nichts ändern am objektiven Tatbestand. Sie dürfen nur lügenhafte Darstellungen und Berichte aus feindlichen Ländern, die ganz offenbar geschwindelt sind, weglassen und von den Aeußerungen der eigenen Regierungen nur solche, die mit dem Stehengebliebenen oder der Absicht der eigenen Regierung im wesentlichen im Einklang sind.

Der Sachverständige erklärt, er habe sich darüber ausgesprochen, weil ohne Zweifel ein Grundgedanke des Anwaltes des Privatklägers darauf hinauslaufe: Diese Irrtümer und Veränderungen haben zwar den Inhalt des Schriftstückes entstellt, aber Eisner hatte das Recht, das wegzulassen, weil die deutsche Regierung den Willen zur Lokalisierung des Krieges und zur Verhinderung des Weltkrieges nicht hatte. Eisner habe also Stellen weggelassen, die eine tat-

Digitized by Google

ächliche Lüge der deutschen Regierung enthielen. Infolgedessen habe er sich zwar einer Entstelung und Veränderung des Inhaltes des Schriftückes schuldig gemacht, aber damit die objektive Wahrheit hergestellt. Wäre es wahr, daß Eisner ur eine Lüge der deutschen Regierung weggelassen ätte, so würde ich nicht der Meinung sein, daß man as Recht oder die Pflicht habe, seine Veröffentichung eine Fälschung zu nennen. So stehen wir vor der Frage: ist es wahr oder ist es falsch, daß die deutsche Regierung nicht bloß den Krieg mit Serbien, sondern auch den allgemeinen Krieg gewollt hat? Es wird die Vorfrage zu tellen sein, geht aus dem verstümmelten Bericht hervor, daß die Regierung den Krieg im allgemeinen gewollt hat. Es geht zunächst nur daraus hervor, daß die deutsche Regierung den Krieg mit Serbien gebilligt hat. Aber als das Schriftstück veröffentlicht wurde, da galt es in der ganzen Welt der Entente für einen Glaubenssatz, auch bei den revolutionären Parteien Deutschlands, daß mit dem Krieg Oesterreichs gegen Serbien der Weltkrieg notwendigerweise gegeben gewesen sei, d. h. daß, wenn die deutsche Regierung dem Krieg Oesterreichs gegen Serbien zugestimmt habe, sie ganz von selbst den Weltkrieg gewollt habe. So und nicht anders wurde diese Veröffentlichung verstanden. Ist es nun wahr, daß mit dem Krieg Oesterreichs gegen Serbien der Weltkrieg gegeben war oder ist es ein Irrtum? Das ist der Kernpunkt des ganzen von Dr. Löwenfeld versuchten Wahrheitsbeweises.

Die Annahme, die sich dank der von der Entente betriebenen Propaganda in der ganzen Welt außerhalb Deutschlands und in einem großen Teil Deutschlands selbst beinahe zu einem Glaubenssatz entwickelt hat, daß, sobald Oesterreich den Krieg gegen Serbien machte, die Russen zur Mobilmachung und zum Krieg gegen Deutschland und Oesterreich schreiten mußten, ist eine Einbildung. Die Wahrheit ist, daß am 30. Juli 1914, als die russische Regierung ihre Gesamtmobilmachung verkündete, die sie seit Wochen im geheimen betrieben hatte, nicht nur die Entspannung des Konfliktes möglich war, sondern daß der Konflikt unmittelbar davor stand, entspannt zu werden durch die Tat der deutschen und der englischen Regierung. Diese wirkten so stark auf Oesterreich ein, daß die russischen Politiker fühlten und wissen konnten: Wenn das noch zwei oder drei Tage so weiter geht, so ist der Friede gesichert. **Um zu verhindern, daß die Lage sich entspannte, haben die russischen Politiker am 30. Juli 1914 die Mobilmachung verkündet und damit den europäischen und Weltkrieg entfesselt. Das ist der Kernpunkt des Schuldproblems und nichts anderes.**

Für den Sachverständigen steht es außer Zweifel, daß die russische Regierung den europäischen Krieg wünschte und daß sie Sorge hatte, daß durch ein Zusammenwirken der deutschen und englischen Regierung die Chancen des Weltkrieges immer geringer und eines Tages ganz vernichtet würden. Dies geht aus dem ganzen Aktenmaterial seit dem Jahre 1909, das veröffentlicht wurde, mit zwingender Sicherheit hervor. Die russischen Aktenschränke stehen offen. **Rußland hat, um sich der Dardanellen bemächtigen zu können, den Krieg gewollt. Weil Oesterreich-Ungarn bei jeder Art von Verhandlung Ausgleichsansprüche geltend machen würde und die englische und französische Oeffentlichkeit diese als begründet zugeben würden, deshalb brauchte die russische Regierung, die das türkische Erbe an Oesterreich-Ungarn verteilen wollte, den Krieg.**

Dr. Fischer weist in diesem Zusammenhang auf ein besonderes Schriftstück, auf **ein Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Ssasonow vom 30. Okt. 1912 hin.** Darin sagt der russische Botschafter, es sei möglich, daß sich die Serben mit den Oesterreichern verständigten und zwar dadurch, daß zunächst von österreichisch-ungarischer Seite dem Königreich Serbien gewisse handelspolitische und sonstige Vorteile eingeräumt würden. Diese Verständigung aber sei nicht im Interesse der russischen Politik. Wenn nun aber die Westmächte merkten, daß die russische Regierung eine mögliche Verständigung mit Gewalt verhindere und sähen, daß die russische Regierung dadurch die Gefahr eines europäischen Krieges verstärke, so könnten die Verbündeten stutzig werden. Dies ist das wesentlich Neue, das aus der russischen diplomatischen Korrespondenz hervorgeht. Seit dem Jahre 1912 befanden sich der englische Außenminister und der deutsche Reichskanzler in einer Verbindung zur Erhaltung des Weltfriedens. Es war, wie man bezeichnend gesagt hat, eine Art Spitzenorganisation der beiden Mächtegruppen. Das Zukunftsziel Rußlands, wenigstens seit dem Jahre 1909, war der große Krieg, der Rußland seine historische Mission erfüllen sollte. Das Ergebnis der Balkankonferenz von 1912 ließ die Möglichkeit, die Balkanfragen auf Konferenzen zu lösen, greifbar hervortreten. 1914 schien sich die Praxis der Verständigung von London mit Berlin zu erneuern, während Rußland und Frankreich ein Diktat der Entente an Deutschland und Oesterreich wünschten. Als diese Gefahr der Verständigung am größten war, mobilisierte Rußland und das war der Krieg. Das ist die Wahrheit. **Es kann gar keine Rede davon sein, daß das bißchen Mobilisierung in Oesterreich-Ungarn Veranlassung gegeben hätte zur russischen Mobilisierung.** In Serbien konnten 500,000 Mann aufgebracht werden und Oesterreich hatte gerade soviel Mann, als dafür notwendig waren. Glaubt denn jemand, daß man bei dem ausgedehnten Spionagesystem in Petersburg über die militärischen Möglichkeiten in Oesterreich-Ungarn nicht genau unterrichtet war? Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß der Kriegsplan Potioreks in Petersburg bekannt war, und zweifle nicht daran, daß man sich in Rußland über das Bombardement Belgrads in

Digitized by Google

keiner Weise täuschen ließ, weil man wußte, daß hinter den paar Donaumonitoren nichts stand. Der ernsthafte Vormarsch konnte vor dem 12. August nicht beginnen. Der stärkste Druck wurde von Berlin und London auf Wien ausgeübt und es war nicht zu zweifeln, daß bis zum 3. und 4. August die Lage entspannt sein würde. Es wird nun eingewendet, daß die Mobilisierung in Rußland kein Grund zum Krieg für Deutschland gewesen sei, sondern nur ein Anlaß, um auch seinerseits zu mobilisieren. Es würde zu weit führen, genau auseinanderzusetzen, warum die deutsche Regierung auf die russische Gesamtmobilisierung mit dem Krieg antworten mußte. Rußland und Frankreich waren eine militärische Einheit und der militärischen Einheit Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ungeheuer überlegen. Wenn man den Russen Zeit ließ, zu mobilisieren und ihre Massen hinter der Grenze zusammenzuziehen, dann begab sich die deutsche Regierung der einzigen Hoffnung und Möglichkeit, den Krieg zu führen. Deshalb war die russische Mobilisierung das Signal zum Weltkrieg, aber nicht wie es Herr Eisner andeuten wollte, zum Angriff-, sondern

das Signal zum Verteidigungskrieg

auf dem Wege einer Offensive. Wenn die englische Regierung behauptete, der deutsche Flottenbau sei eine Bedrohung Englands gewesen, und wenn England aus dem Anspruch auf Sicherheit das Recht ableitet, gegen eine solche Macht, die seine Sicherheit bedrohen könnte, den Kampf aufzunehmen, warum will man es der deutschen Regierung nicht gestatten, zu erklären, daß Deutschland durch die Mobilisierung der Russen in seiner Sicherheit bedroht war und deshalb den Kampf aufnehmen mußte? Die deutsche Regierung hat mehr als einmal in Petersburg erklären lassen, daß die russische Mobilisierung der Zwang zum Krieg wäre. Warum hat die Welt den Standpunkt der deutschen Regierung nicht so respektiert wie alle Welt Englands Standpunkt respektiert? Es ist nicht zufällig, daß der russische Zar schon im Jahr 1892 bei Abschluß des französisch-russischen Bündnisses erklärt hat, es müsse tiefstes Geheimnis bleiben, denn in dem Augenblick, als die Deutschen es merken, betrachten sie es als Kriegsfall. Die Deutschen haben dies nicht getan. Es bleibt dabei, Rußland hat den Krieg vom Zaune gerissen, hat bewußt und gewollt den Krieg überstürzt. Die deutsche Regierung war sehr wohl berechtigt zu dem Glauben an die Möglichkeit der Lokalisierung und Vermittlung. Die Ereignisse haben der deutschen Regierung recht gegeben.

Der Sachverständige geht dann ausführlich auf die Entwicklung der österreichisch-serbischen Krise nach dem Attentat von Serajewo ein und schildert die Stimmung in politischen und militärischen Kreisen in den Julitagen 1914.

Dr. Fischer steht auf dem Standpunkt, daß der Krieg unter Umständen eine Notwendigkeit ist, so lange eine internationale Obrigkeit nicht geschaffen ist. Mochte die deutsche Regierung noch so friedlich sein — diese Friedlichkeit wird ihr in den russischen Akten von Fall zu Fall bestätigt — so war es nicht möglich, den

Drang der Russen zum europäischen Krieg

zu hemmen. Aus der Beobachtung der allgemeinen Lage wuchs auch in deutschen militärisch und politisch stark aktiven Kreisen der Wunsch nach dem Kriege, der je eher desto besser kommen sollte. Der Ausdruck dieser Stimmung liegt zum Teil in dem Bericht des Herrn v. Schoen. Am meisten aktiv innerhalb der Reichsleitung war Herr Zimmermann. Aber die draufgängerische Stimmung war nicht die des Herrn v. Jagow, nicht die des Reichskanzlers und nicht die des Kaisers. Bis zum 23., 25. oder 26. Juli herrschte im Berliner Auswärtigen Amt mehr das Stimmungsmäßige des Herrn Zimmermann. Als man merkte, daß es zum Konflikt komme, nahm Bethmann Hollweg die Zügel fest in die Hand und hat alles getan, um die Entspannung herbeizuführen. Die Entspannung war unterwegs und sie wäre gelungen. Dr. Fischer streift hierauf den Einmarsch in Belgien, den er als eine Notwendigkeit des deutschen Kriegsplanes bezeichnet. Er fährt dann fort:

Wenn die Entstellung des Berichtes mit der Wahrheit übereinstimmte, würde ich sagen, es ist keine Fälschung. Da die Entstellung aber gegen die Wahrheit verstößt, ja die Wahrheit auf den Kopf stellt, so erkläre ich, daß Eisners Behandlung der Aktenstücke als Fälschung bezeichnet werden muß.

Nun wird der gute Glaube von Kurt Eisner angeführt. Worauf konnte sich dieser stützen? Wenn Eisner an den Willen der deutschen Regierung zum Krieg geglaubt hat, so mußte er gerade als er den Bericht las, stutzig werden. Und er durfte unter den Eindrücken des Krieges, in dessen Verlauf andere Kräfte ans Ruder gekommen waren, den durch Jahrzehnte friedlichen Charakter der deutschen Reichspolitik nicht vergessen. **Es bleibt, daß Eisner in so hohem Grade fahrlässig bei der Entstellung gehandelt hat, daß man seinen nun übrig gebliebenen guten Glauben nicht als Schutz gegen den Vorwurf der Fälschung anrechnen darf.** Eisner glaubte wohl auch, daß unsere Feinde zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke unterscheiden werden. Ja, sie haben freilich solange unterschieden, bis unsere alten Spitzen gefallen waren, aber als es ans Bezahlen ging, haben sie gesagt, das ganze deutsche Volk ist schuldig, und wir werden uns auch an das deutsche Volk halten. Das war der Peitschenhieb, mit dem Clemenceau und seine Freunde das Schuldbekenntnis Deutschlands quittiert haben.

Daher ergibt sich für jeden deutschen Publizisten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Eisnerschen Veröffentlichungen Fälschungen

Digitized by Google

gewesen sind, solange, bis der Eindruck dieser Fälschungen im Auslande verwischt ist.

Eisner war von der Größe der sittlichen Tat durchdrungen, die im Bekennen einer Schuld liegt. Er hat hierbei aber nicht als Staatsmann gehandelt, der mit Wirklichkeiten rechnet, sondern als Literat, der einen großen Gedanken falsch anwendet. Seine Tat wird von seinen Freunden als Idealismus bezeichnet. Wenn es ein Idealismus war, so war es ein literarischer Idealismus, nicht aber die Tat eines schöpferischen Staatsmannes. Angesichts der Folge, die das Eisnersche Schuldbekenntnis für das deutsche Volk hatte, tritt die Frage, ob er in gutem oder schlechtem Glauben gehandelt hat, vollständig in den Hintergrund. Sie ist gar nicht mehr da. Wer ein furchtbares Verbrechen begangen hat, selbst wenn es in gutem Glauben geschehen sein sollte, der braucht nicht lange zu warten, bis ihn die Welt einen Verbrecher nennen wird, auch wenn ihm von seinen Anhängern der Glorienschein des Märtyrers zugesprochen werden sollte. Ich kann Eisner aber nicht im Glorienschein des Märtyrers sehen. **Seine Handlung war dazu zu fahrlässig, zu oberflächlich und zu leichtgläubig.**

„Auch wenn es wahr wäre, daß wir Wort für Wort denselben Frieden bekommen hätten, auch ohne die Eisnerschen Veröffentlichungen, so hätten wir doch einen besseren Frieden. Es wäre zwar derselbe Friede, aber die Möglichkeit, ihn zu bekämpfen, wäre bedeutend vergrößert. Der Friede von Versailles hätte damit eine Stütze weniger, ja man kann sagen, er wäre einer seiner Hauptstützen beraubt. Die Arbeit, dem Brennusdiktat seine unmoralischen Stützen wegzuziehen, wäre erleichtert, wenn Eisner nicht gefälscht hätte, darum hat der deutsche Publizist im Kampfe gegen das Versailler Diktat solange die Pflicht, von einer Fälschung Eisners zu sprechen, bis die Erinnerung an diese Fälschungen aus dem Gedächtnis der Völker ausgelöscht sein wird."

So erkläre ich zum Schluß: Ich halte es nicht nur für das Recht, sondern auch für die Pflicht jedes deutschen Publizisten, zur Kennzeichnung der Eisnerschen Publikation das einzige Wort zu gebrauchen, das die deutsche Sprache dafür bietet. Dieses Wort heißt Fälschung. Nicht ob Eisners Veröffentlichung eine Fälschung war, sondern ob sie heute eine ist, ist eigentlich die Frage. Und sie ist: eine Fälschung.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Es wird dem Sachverständigen aufgefallen sein, daß der Kläger und ich in eine Arbeit uns geteilt haben: Der Kläger hat ausgeführt, was Eisner damals gekannt und gewußt hat, ich, was Eisner nicht gekannt hat und nicht kennen konnte. Ich habe das getan in der Ueberzeugung, daß Eisner der erste gewesen wäre, der dann, wenn ihm alles bekannt gewesen wäre, was den vereinigten Sachverständigen jetzt bekannt ist, sein Urteil in der Schuldfrage in wesentlicher Weise revidiert haben würde. Es ist damit keineswegs gesagt, daß Eisner Deutschland als vollständig unschuldig angesehen hätte, aber sicher ist das eine — und ich würde sonst Eisner für einen außerordentlichen Schuften halten — daß er Deutschland nicht als schuldig im Sinne des Versailler Schuldspruches ansehen würde.

Die zweite Frage stelle ich im Interesse Deutschlands. Will der Herr Sachverständige bei reiflicher Prüfung und Ueberlegung den Satz, von dem ich annahm, daß er nur in der Hitze des Gefechtes dem Gehege seiner Zähne entfloh, aufrecht erhalten, daß es eine Notwendigkeit sei, Krieg zu führen und daß die gegenteilige Auffassung sentimentales Literatengerede sei?

Dr. **Fischer**: Ich habe gesagt, bis zu dem Tage, an dem eine Obrigkeit über alle Völker da sein wird, der sich die Völker fügen, wird es notwendig sein, daß die Völker aus eigenem Ermessen diese Justiz weiterführen. Ich sage, solange alle Parteien Herrschsucht und Egoismus ablegen und nicht jede Partei bereit ist, das suum cuique auf den internationalen Gegner anzuwenden, habe ich nicht ein zwingendes Gefühl dafür, daß die äußersten Mittel, die Gewalt, bei der Ausübung der internationalen Justiz in Zukunft entbehrt werden können. Ich hoffe es und tue nach meinen Kräften alles, daß dieses Mittel überflüssig wird, aber wenn ich als Mensch und Historiker und, wenn Sie wollen, als Prophet diese Frage beantworten soll, würde ich nicht den Mut haben zu sagen, künftig wird es keinen Krieg mehr geben.

Der angebliche Bombenwurf auf Nürnberg und die Kriegserklärung an Frankreich

Dr. **Fischer** stellt, über den Bombenabwurf bei Nürnberg befragt, fest, daß es sich nicht um eine Lüge der deutschen Regierung handelt, sondern um eine im guten Glauben hingenommene Mitteilung an die deutsche Regierung. Es sei interessant, eine Parallele zu dieser Angelegenheit heranzuziehen. In den Tagen vom 7. bis 10. August wollte die französische Regierung die diplomatischen Beziehungen zur österreichischen Regierung abbrechen, diese aber durchaus den Frieden mit der französischen Regierung noch eine Zeit lang aufrechterhalten. Der Botschafter blieb in Paris und ging ins Kasino wie früher, als wenn nichts geschehen wäre. Man ließ ihm deshalb andeuten, seine Anwesenheit könnte zu Unruhen führen. Um einen Bruch mit Oesterreich herbeizuführen, beauftragte das französische Außenministerium den Botschafter in Wien, dort anzufragen, ob es richtig sei, daß österreichische Truppen im Elsaß hinter der Kampffront zum Einsatz bereitgestellt seien. Man hat darauf sofort erklärt, daß ein Irrtum vorliege, und hat diese Erklärung zweimal in feierlichster Form wiederholt. Trotzdem hat die französische Regierung mit Berufung auf diese Sache die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und den Krieg erklärt. Diese Parallele geht weit hinaus über das, was die deutsche Regierung getan hat.

Digitized by Google

Diese glaubte, es seien Bomben abgeworfen worden, und niemals wurde ihr etwas Gegenteiliges mitgeteilt, die französische Regierung bestand auf ihrer Annahme; bei der deutschen Regierung heißt es in einem solchen Falle, sie habe gelogen.

R.-A. Dr. **Pflaum** beantragt, auch die Sachverständigen Graf Montgelas und Geheimrat Delbrück über die wichtige Frage des Bombenabwurfes zu hören.

Graf **Montgelas**: Ich bin schon 1914 dieser Sache nachgegangen, weil die französische Literatur unbegreiflicherweise, nachdem doch der volle Text der deutschen Kriegserklärung längst bekannt ist, immer noch — ich kann nicht mehr sagen, auf dem Irrtum beharrt, sondern — diese Lüge verbreitet. Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich ist in den deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch unter Nr. 734 Band III, Seite 185 abgedruckt und lautet:

Der Reichskanzler an den Botschafter in Paris.

Berlin, den 3. August 1914.

Deutsche Truppen hatten bis jetzt Befehl, französische Grenze strengstens zu respektieren, und diesen überall strikt befolgt. Dagegen haben trotz Zusicherung der 10-km-Zone französische Truppen schon gestern bei Altmünsterol und auf Gebirgsstraße im Vogesen deutsche Grenze überschritten und stehen noch auf deutschem Gebiet. Französischer Flieger, der belgisches Gebiet überflogen haben muß, wurde bei Versuch, Eisenbahn bei Wesel zu zerstören, schon gestern herabgeschossen. Mehrere andere französische Flugzeuge sind gestern über Eifelgebiet zweifelsfrei festgestellt. Auch diese müssen belgisches Gebiet überflogen haben. Gestern warfen französische Flieger Bomben auf Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg.

Frankreich hat uns somit in Kriegszustand versetzt. Bitte Ew. Exz., vorstehendes heute nachmittag 6 Uhr dortiger Regierung mitteilen, Ihre Pässe fordern und nach Uebergabe der Geschäfte an amerikanische Botschaft abreisen. Bethmann Hollweg.

Graf Montgelas: Das allerletzte Wort ist die Erinnerung an Nürnberg und dieses einzelne Wort wird herausgegriffen. Diese Depesche ist in folgender Form an die deutsche Botschaft in Paris gekommen:

Berlin, den 3. August 1914.

Deutsche Erwehrungen hatten Brennerei kel italienischer Botschafter. Wir würden Grenze strengstens respektiert und advisiert Juli strikt befolgen. Dagegen haben trotz körperlich 10 Ihnen Zone französisch aneinander schon Elena bei alt mü ansehen erol und Hypothek Gebirge Straße, Uebereinkunft in ge sen ante Howard ultramontan und angesichts noch auf relativ Gebiet. Französische Flieger der Belgien Gebiet traits begründet kurz zu warten wurde bei Versuch Bassora bei Wesel zu zerstören. Schon gestern herab mp. Mehrere andere französische kts Nowoje Wremja sind gestern über Eifel-Gebiet Zuzug frei fest. gestellt. Auch diese müssen Belgien Gebiet Renouard begründet haben. Gestern warf französischer Flieger Bombe auf Bahn bei Karlsruhe und Nürnberg. Frankreich hat Krieg sonach Saragossa Kriegszustand versetzt. Bitte Abbrückelung Acker heute nachmittag 6 Uhr dortiger Regierung mitteilen. Ihre Pässe fordern und nach Uebergabe der Geschäfte an amerikanischen Botschaft abreisen. Bethmann Hollweg.

Graf Montgelas: Seit dem Morgen des 3. August hat die französische Regierung den diplomatischen Verkehr zwischen Berlin und Paris unterbunden. Es ist kein einziges Telegramm mehr unverstümmelt von Berlin nach Paris gekommen. Es kann sein, daß auf dem Wege über London dort diese unglaubliche Verballhornung entstanden ist, es ist aber merkwürdig, daß alle anderen Telegramme anstandslos gelaufen sind, nur die Telegramme Berlin–Paris nicht. Schon ein Telegramm, das darauf aufmerksam machte, daß wegen der fortwährenden Grenzverletzungen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bevorsteht, kam so verstümmelt an, daß es gar nicht ausgerichtet werden konnte. Es wird über die Grenzverletzungen wieder gesprochen mit vollkommener Unkenntnis dessen, wie es zugeht, wenn nach 44jährigen Frieden die Armeen zweier Länder sich gegenüberstehen. Da kann man es den Leuten, die an der Grenze stehen — ich bitte mich nicht mißzuverstehen — nicht verübeln, wenn sie die ersten sein wollen, die etwas unternehmen. Es wird von 5 Grenzverletzungen gesprochen. Auf deutscher Seite sind es 42, auf französischer aber 90! In den Akten des Generalstabs, die in Versailles waren, ist jede einzelne Grenzverletzung festgestellt. Das habe ich schon am 25. Juni 1919 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" festgestellt. Ich habe für jede dieser Grenzverletzungen Angaben gemacht darüber, von welchem Truppenteil sie begangen wurde, und obwohl dies bekannt ist, geht die Lüge immer weiter. Am 15. April stand wieder im „Temps", das Deutschland es unterlasse, irgendwelche genaue Angaben zu machen. Die Angaben sind so genau, daß sie bei der heutigen Papiernot der Presse in keine deutsche Zeitung gehen würden.

Die ganze Geschichte von der Kriegserklärung ist heutzutage eine Lüge. Der Generalstabschef in Nürnberg hat zweifellos zu rasch gehandelt, indem er die Meldung über den Bombenabwurf ohne weiteres weitergab, ich habe damals die Meldung bekommen, daß französische Luftschiffe von Würzburg nach Ansbach fliegen, in Würzburg wurden damals die Straßen verbarrikadiert, weil die Meldung kam, eine Autokolonne sei auf Würzburg im Anmarsch. Es wird gesagt, man soll solche Sachen nicht weitergeben; tut man das aber nicht, dann übernimmt man eine große Verantwortung.

Geheimrat **v. Delbrück**: Ich hatte Gelegenheit, mit einigen ausländischen Gelehrten über die Schuldfrage in eine Diskussion zu kommen. Herr Aulard in Paris, der einer öffentlichen Diskussion ausgewichen ist, insinuierte, der deutsche Botschafter Schoen habe selbst absichtlich die Depesche fälschen lassen, diese Fälschung sei in der Reichskanzlei gemacht worden. Ich habe Herrn Aulard darauf gestellt und ihn aufgefordert, einen französischen Vertrauensmann zu bezeichnen. Dann würden wir in das Auswärtige Amt gehen und die Sache prüfen lassen. Darauf habe ich noch keine Antwort erhalten.

Die doppelte Buchführung.

Dr. **Fischer**: Ich habe mich gewundert, daß ein Mann von der augenscheinlichen Intelligenz des Dr. Löwenfeld mit solchem Gewicht die alten Redensarten von der doppelten Buchführung

Digitized by Google

wieder vorbrachte. Es ist im ganzen diplomatischen Verkehr aller Staaten eine Selbstverständlichkeit, daß Diplomaten mit einem verschiedenen Grad von Vertraulichkeit über die Gegenstände, die sie bewegen, sprechen. Die Russen machten geradezu ein System daraus, ihren Kriegswillen zu verstecken, sie führten der öffentlichen Meinung gegenüber eine Sprache, daß sie als die Angegriffenen erschienen. Das ist in dem Buch von Legationsrat v. Siebert an mehr als einer Stelle mitgeteilt. Die Diplomaten sagten natürlich nicht alles, was sie wissen; einmal mehr vertraulich, das andere Mal weniger. Aber daraus eine Eigentümlichkeit der deutschen Diplomatie zu machen, ist verfehlt. Wenn gesagt wurde, es wäre interessant, die eigentümliche Nomenklatur der Diplomatie zu studieren, so ist zu bemerken: Die Sprache der Diplomatie ist mit der Ausnützung aller Erfahrungen auf die Kunst eingestellt, nicht mehr zu sagen, als sie meint. Wenn sie also sagt: Die Notwendigkeit einer entschiedenen Sprache ist geboten, so meint sie zunächst nicht mehr als die entschiedene Sprache. Wohl denkt sie sich, daß vielleicht daraus der Krieg entstehen könnte, aber sie sagt doch nicht mehr, weil sie sich den Rückzug offen halten will.

Auf die Frage von R.-A. **Löwenfeld**, ob in dem Brief des Grafen Lerchenfeld an den Ministerpräsidenten Grafen Hertling eine Ermunterung für letzteren lag, etwas, was dieser als richtig glaubte, in Abrede zu stellen, antwortet Dr. **Fischer** zustimmend, vermag jedoch keine sachliche Unwahrheit zu sehen, da die Regierung keine Kenntnis von dem Ultimatum hatte.

Graf **Lerchenfeld**, nochmals eine Erklärung abgeben zu dürfen. Er bekundet: Es ist mir mitgeteilt worden, daß von klägerischer Seite mein Brief vom 9. Dezember an Grafen Hertling so hingestellt wurde, als ob ich in diesem Brief meinem Chef zumuten wollte, eine Unwahrheit zu sagen. Ich möchte dem widersprechen. Meine Ausführungen in den früheren Sitzungen gingen dahin, daß Graf Hertling das Ultimatum nicht gekannt hat und nicht kennen konnte. Nun bemerke ich: Als ich ihm schrieb, habe ich nicht gewußt, daß Hertling mit Allizé gesprochen hat. Irren ist menschlich. Das konnte auch dem Grafen Hertling passieren, daß er etwas gesagt hat, das Allizé auf diesen Glauben gebracht hat. Daher habe ich gesagt, Graf Hertling müßte revozieren, d. h. etwas, was unrichtig ist, was der Wahrheit widerspricht, zurücknehmen. Dabei bleibe ich. Der Brief vom Grafen Hertling an mich stellt dann ja die Sache vollkommen klar. Ich habe meinem Chef nicht zugemutet, eine Unwahrheit zu sagen, sondern eine Unrichtigkeit, wenn er sie gesagt haben sollte, richtig zu stellen.

Rechtsanwalt Graf **Pestalozza** beantragt dann, einen im Zuhörerraum anwesenden Amerikaner, der sich gemeldet habe, über den

Eindruck der Veröffentlichung Eisners in Amerika

zu vernehmen.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** spricht sich gegen die Vernehmung des Zeugen aus, denn die Frage, ob die Veröffentlichung in Amerika Eindruck gemacht habe oder nicht, sei vollkommen gleichgültig für das strafprozessuale Ergebnis.

Das Gericht verkündet darauf Beschluß, daß die Vernehmung des Zeugen erfolgen solle.

Dr. ing. Jakob Noeggerath

Ingenieur, jetzt im Haag

erklärt dann als Zeuge, daß die Eisnersche Veröffentlichung eine wesentliche Stütze der Schuldfrage bedeutete. Er habe das genau beobachten können, weil er damals in Holland sehr viel mit den amerikanischen Behörden zu tun hatte. Die Schuldfrage sei jene Frage gewesen, die einen wesentlichen Moment zur Mobilisierung der Kriegsstimmung und der Stimmung gegen einen gerechten Frieden darstellte. Es sei allgemein bekannt gewesen, daß, falls die Frage der Schuld am Kriege nicht Deutschland allein aufgebürdet würde, sondern als Schuld aller erschien, die Soldaten aus den Schützengräben herausgegangen wären. Diese Ansicht hatte zur Folge, daß in Amerika ein Propagandadienst eingerichtet wurde, der darin bestand, daß in allen öffentlichen Vergnügungsplätzen und in allen Schnellzügen Redner auftraten, die angestellt waren und die eine Minute über diese Frage sprachen. Sie benützten hauptsächlich die Schuldfrage am Kriege und im Kriege zur Stimmungsmache. Es sei zu beachten, daß für Amerika alles dokumentarisch sein müsse oder dokumentarisch erscheinen müsse. Es seien deshalb auch für Deutschlands Schuld Beweise beigebracht worden und einer jener Beweise sei eben der Eisnersche Bericht gewesen. Vom amerikanischen Standpunkt aus erscheine undokumentarisch und gefälscht ein Dokument, das nicht vollständig sei. **Das Dokument diente dazu, die Schuld Deutschlands am Kriege zu erweisen, und habe deshalb schweren Schaden verursacht. Soweit seine amerikanischen Landsleute gegen Deutschland eingenommen seien, gehe dies auf den Glauben zurück, daß Deutschland die Schuld am Kriege habe.**

Nun folgt die Vernehmung des Sachverständigen

Dr. Georg Karo

Professor an der Universität Halle.

Dr. Karo, von 1905 bis 1916 Leiter des Kaiserl. Deutschen Archäologischen Instituts in Athen, hebt hervor, daß das Problem der Kriegsschuld dadurch besonders an Ernst gewonnen hat, daß sich in Deutschland zwei Lager gebildet haben. Ich habe mit größter Freude gehört, daß Dr. Löwenfeld erklärte, daß er die Alleinschuld Deutschlands für eine gleich große Lüge ansehe, wie die Unschuld Deutschlands, und daß er, wenn ich richtig nachgeschrieben habe, hervorhob, daß gegenüber der raffinierten österreichischen Schuld die deutsche, wenn sie überhaupt existiert, eine Kleinigkeit ist. (Dr. Löwen-

Digitized by Google

feld: Jawohl!) Diese Aeußerungen sind für uns Sachverständige unschätzbar. Sie reinigen das Terrain. Meine Berechtigung, über ausländische Fragen zu sprechen, glaube ich davon ableiten zu können, daß ich seit 1886 teils in nichtamtlicher, teils in amtlicher Stellung in den verschiedensten Städten des Auslandes, in Rom, Paris, London, in Aegypten und Griechenland tätig war.

In den folgenden Ausführungen des Sachverständigen wird

der geistige Krieg gegen Deutschland,

der seit Anfang des 20. Jahrhunderts gewütet hat, behandelt. Gewütet ist kein zu starker Ausdruck. Ich darf mir auch hier eine gewisse Kompetenz zusprechen, weil ich eine möglichst weitgehende internationale Verständigung auf wissenschaftlichem Gebiet erstrebt habe. Es war allerdings, wie ich jetzt gestehen muß, ziemlich erfolglos, weil die anderen z. T. weniger ehrlich waren, als ich von mir und meinen Freunden behaupten darf. Die Zeitungen, die großen Telegraphenagenturen, nicht nur Reuter und Havas, führten den Krieg, in dem jedes kleinste Treffen durch Deutschland verloren wurde, durch Deutschlands Ungeschick verloren wurde. Die Presse der ganzen Welt war seit vielen Jahren gegen uns mobil gemacht. Der Sachverständige erörtert dann die schon mehrfach besprochene Frage der Bestechung der ausländischen Presse, verweist besonders auf die Bestechungen der französischen Presse durch Iswolski und bemerkt, daß es gewiß nicht schön sei, Zeitungen zu bestechen. Ich selbst habe es nie getan. (Heiterkeit.) Wenn aber alle es tun, so ist es leider für die deutsche Regierung nicht möglich, sich zurückzuhalten. Oder es ist leider möglich gewesen, denn ich kann nachweisen, daß in vielen Fällen die deutsche Regierung die einzige war, die keine Zeitung zur Verfügung hatte. Dann ein Zweites: die ganze Literatur Frankreichs und Englands war gegen Deutschland in weitgehendem Maße vergiftet. Dies geschah einerseits durch hervorragende Schriftsteller, wie auf französischer Seite durch Maurice Barrès, aber vielleicht noch wirksamer durch Schund in Literatur, Kino, Theater usw. Im Theater wurde jeder Deutsche lächerlich gemacht, im Film war der Deutsche ein Verbrecher oder ein Dummkopf. So kam es, daß sich der Aufenthalt des Deutschen im Ausland oft schmerzlich und unerträglich gestaltete. Nun waren es keineswegs nur das kaiserliche Deutschland und die Alldeutschen, gegen die man sich wandte, das Mißtrauen, die Verdächtigung richteten sich gegen alle Teile des deutschen Volkes. Ich habe sie als Gelehrter ebenso kennen gelernt, wiewohl ich keine aggressive Politik getrieben habe. Prof. Foerster, der dies alles so genau kennt wie ich, hat in einer Zuschrift an die „M. Post" die Bedeutung des Mißtrauens hervorgehoben, mit Recht. Er hat aber vergessen, hervorzuheben, daß das Mißtrauen seit Jahren geschürt wurde und daß keineswegs bloß die Fehler der deutschen Regierung daran schuld waren, sondern der

Handelsneid, das Streben nach Suprematie bei der Entente

und noch etwas anderes, nämlich daß die Deutschen den meisten Nationen von sich aus unsympathisch sind, teils wegen ihrer schlechten, teils aber wegen ihrer wirklich guten Eigenschaften. Ich halte nach gewissenhafter Prüfung diese Inkongruenz deutschen Wesens mit dem Wesen der anderen Nationen mit für den tiefsten Grund des Mißtrauens, das in der Welt herrscht, mögen auch Ungeschicklichkeiten der Regierung und Aeußerungen der Alldeutschen dazu beigetragen haben. Die Alldeutschen haben vielleicht etwas anderes erreicht, als sie wollten; nämlich das deutsche Volk aufzurütteln; man hat bei uns ihre Aeußerungen nicht gelesen, dafür aber im Auslande. General v. Bernhardi war längst eine berühmte Person im Ausland, als ihn bei uns noch niemand kannte. Der Sachverständige erwähnt u. a. das im Jahre 1913 erschienene Buch des hervorragenden englischen Romanciers Wells „Der Luftkrieg", mit dem er Amerika vor einem Angriff deutscher Zeppeline erschrecken wollte. **In diesem Buch eines Sozialdemokraten gibt es keinen Deutschen, der nicht minderwertig, schäbig und gemein wäre. Der einfachste Deutsche wird genau so verächtlich behandelt, wie z. B. der deutsche Offizier.** Das ist keine Parteiauffassung. Der Haß hat sich nicht irgend eine Kaste ausgesucht; die Wut, der Haß, das Mißtrauen, der Neid gehen gegen das ganze deutsche Volk, das kann nicht oft genug betont werden.

Eine Stelle bei dem Engländer Keynes, den wir alle ob seiner Gerechtigkeit hoch achten, spricht jedoch ebenfalls von wahnwitziger Selbsttäuschung und grenzenloser Herrschsucht der Deutschen. So war längst vor dem Kriege die Welt in geradezu unglaublicher Weise gegen Deutschland vergiftet. Ein unverantwortliches Unrecht von Leuten wie Förster ist es, wenn sie sagen, man müsse nur vor der eigenen Tür kehren. Selbstverständlich hat es auch vor der eigenen Türe zu kehren gegeben, aber vor allem ist der Dreck von außen vor unseren Türen bergehoch aufgetürmt worden. Daß man dies nicht erkannt hat, und daß keine Lüge über Deutschland groß genug war, daß Männer wie Förster und Eisner sie nicht geglaubt hätten, das ist die große Schuld dieser Leute. Ich zitiere hier eine Stelle von Eisner selbst aus seiner Broschüre: „Der Sultan des Weltkrieges". Er sagt da: „Mit dem November 1905 verlor ich den Vorwärts als Tribüne für meine Bestrebungen; die bekannten Vorgänge veranlaßten mich, die Redaktion niederzulegen. Das französische Gelbbuch über die Marokkoaffäre war erschienen und enthüllte die possenhaften Teufeleien der deutschen Diplomatie. In Berlin kannte und besaß niemand das Heft; auch die Parlamentarier nicht. Ich bemühte mich umsonst, mir das Gelbbuch zu verschaffen. Schließlich nahm ich die Dienste des

Digitized by Google

ranzösischen Botschafters Bihourd in Anspruch, er mir dann aus Paris ein Exemplar erschaffte." Es liegt mir fern, gegen einen Toten zu polemisieren, aber es berührt doch seltsam, daß ein Deutscher sich von dem französischen Botschafter ein französisches Dokument geben läßt, um sich über die „Teufeleien der deutschen Diplomatie" zu unterrichten, ohne sich an anderen Stellen zu vergewissern, ob diese angeblichen Teufeleien wirklich auf Wahrheit beruhen. Eisner hätte sich bei dem Engländer Morel über diese Materie erkundigen können und hätte da manches Stück der französischen Diplomaten erfahren können, das die Deutschen nie erreicht haben.

Wenn man über Deutschlands Haltung auf der **Haager Konferenz** klagen hört, so vergegenwärtige man sich, was dort Lord Fisher, der erste englische Seelord, der große Gegenspieler unseres Großadmirals v. Tirpitz, ausgeführt hat. Er führte auf der Haager Konferenz im Jahre 1899 aus: „Das Wesen des Krieges ist Gewaltsamkeit. Mäßigung im Kriege ist Blödsinn, es ist ganz dumm, einen Krieg nicht so zu führen, daß die ganze Masse der feindlichen Bevölkerung ihn als Hölle empfindet." Während man sich über gewisse Redewendungen der deutschen Delegierten auf deutscher Seite aufgehalten hat, wurden diese Stellen Lord Fishers aus den Veröffentlichungen über die Haager Konferenz einfach gestrichen, ohne daß man ein Wort darüber verlor. Lord Fisher hat sich über diese Streichungen in seinen Memoiren selbst beschwert und die angeführten Stellen ausdrücklich bestätigt. Ein anderes Beispiel bilden die russischen Aufreizungen gegenüber Serbien. Man könnte da vieles zitieren, ich führe nur einige Aeußerungen an. Iswolski: Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie. Der Zar: Ein Zusammenstoß des Slaventums mit dem Germanentum ist unausbleiblich. In der russisch-bulgarischen Geheimkonvention vom Jahre 1909 heißt es: Die Verwirklichung der Ideale der slawischen Völker kann nur durch den glücklichen Ausgang des Krieges zwischen Deutschland und Rußland erreicht werden. Ich frage, warum nicht auch derartige Aeußerungen von Leuten wie Eisner und Prof. Förster in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen wurden, wenn sie die Schuld Deutschlands am Weltkriege zu beweisen suchen. Man könnte auch aus England Aeußerungen anführen, die zu obigem Zweck recht geeignet wären. Ich beschränke mich auch hier nur auf Weniges. Grey sagte anläßlich einer Unterredung mit Ssasonow im Jahre 1912: Wir werden

Deutschland den fühlbarsten Schlag versetzen

können, der König Georg: Wir werden jedes deutsche Kauffahrteischiff versenken. Es war dies zur selben Zeit, als man von England aus offiziell in Berlin versichern ließ, daß man mit Deutschland Verständigung und Freundschaft wolle. Wenn man von Geheimkorrespondenzen sprechen will, so möchte ich auf die französischen Botschafter in London und Berlin, die beiden Brüder Cambon, hinweisen, die täglich außerhalb des diplomatischen Verkehrs einen vertraulichen Schriftwechsel führten. Ich möchte betonen, daß es in Deutschland eine derartige gefährliche Privatkorrespondenz etwa zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen und irgend einem Botschafter oder Gesandten nicht gegeben hat. Soviel ich weiß, hat keiner der damaligen Botschafter und Gesandten mit dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter oder v. Jagow so intim gestanden. Alle Korrespondenzen der Gesandten und Botschafter mit den Staatssekretären des Auswärtigen, welcher Art diese Korrespondenzen auch waren, wurden ordnungsgemäß zu den Akten genommen. **Die deutsche Diplomatie wußte ganz genau, daß auf der anderen Seite mit allen möglichen Mitteln, auch mit den unmoralischsten, gearbeitet wurde.** Solange derartige Zustände dauerten, war es unmöglich, daß eine Macht immer die Karten offen aufdeckte, während die anderen mit falschen Karten spielten. Es ist in der Diplomatie nicht wie im privaten Leben, wo man sagen kann, ich höre auf, mitzuspielen, wenn man entdeckt, daß der Gegenspieler falsch spielt, man muß bis zum Ende mitspielen. **Auch Deutschland mußte bis zum Ende mitspielen, freilich bis zum bitteren Ende.**

Es ist vollkommen unberechtigt, wenn die Herren Lichnowsky und Eckardtstein sich zu Richtern über Deutschlands diplomatische Gepflogenheiten aufwerfen und sagen, sie hätten es besser gemacht. Ich kann nur bedauern, daß die beiden Herren anscheinend nicht den Mut gehabt haben, hier in München zu diesem wichtigen Prozeß zu erscheinen. Ich hätte besonders gewünscht, daß die Sachverständigen, die Herr Fechenbach gerufen hat, alle gekommen wären, damit es nicht etwa heißt, es wären nur Sachverständige der Gegenseite gekommen. Ich verwahre mich übrigens auf das Entschiedenste, etwa als Sachverständiger einer bestimmten Seite bezeichnet zu werden. Wären insbesondere Fürst Lichnowsky und Herr v. Eckardtstein erschienen, so wäre es möglich gewesen, und das wäre das Ausschlaggebendste gewesen, sie unter ihrem Eid über gewisse Stellen zu befragen, die sie in ihren Veröffentlichungen mit vornehmer Gelassenheit niedergeschrieben haben. Nur ein paar Beispiele aus der

Denkschrift des Fürsten Lichnowsky,

die seine Arbeitsweise charakterisieren: Auf Seite 57 spricht er von einer Teilung Albaniens, bei der Griechenland den südlichen, Serbien den nördlichen Teil bekommen soll. Das entspricht genau dem von ihm verpönten Schoenschen Bericht. Er erzählt in seiner Denkschrift weiter, es sei die russische Politik, die Türkei am Bosporus zu erhalten, und man würde unrecht tun, wollte man den Friedenswillen Rußlands anzweifeln. Er möge damit das Memorandum vom Februar 1914 vergleichen, wo angeführt

Digitized by Google

wird, daß der russische Außenminister Ssasonow die Eroberung Konstantinopels nur im Rahmen eines europäischen Krieges für möglich hielt, und es für Aufgabe des russischen Außenministeriums erklärte, den Boden hierfür vorzubereiten. Der Kriegswille Rußlands geht hieraus ganz klar hervor, während Lichnowsky mit dem Brustton der Ueberzeugung von dem Friedenswillen Rußlands spricht. Lichnowsky behauptet ferner, Deutschland habe die Vermittlungsvorschläge Greys abgelehnt, während in einem Telegramm des Reichskanzlers an ihn die Freude über die Möglichkeit einer Friedensvermittlungsaktion ausgesprochen wurde. Er selbst hielt London für weniger geeignet als Vermittlungsstelle zwischen Wien und Petersburg wie Berlin selbst. Keineswegs war aber die Friedensvermittlungsaktion Greys von Berlin aus unmöglich gemacht worden.

Wie Fürst Lichnowsky in England selbst beurteilt wurde, dafür führe ich zwei Beispiele an, die aus ganz verschiedenen politischen Lagern stammen. So sagte Hilaire Bellock, ein ausgesprochen rechtsstehender Politiker: Die Elefantensprünge der deutschen Diplomatie in London seien unbeschreiblich gewesen, sie habe in der schlimmsten Weise für Deutschland die Katastrophe zu beschleunigen verstanden und habe so viele Fehler gemacht wie nur irgend möglich. Und Bernhard Shaw, der bekannte Schriftsteller, der politisch stark links orientiert ist, schreibt: „Lichnowsky hielt Grey jeden Tag für einen größeren Staatsmann und einen reizenderen Mann und war jeden Tag mehr davon überzeugt, daß das Herz des Löwen (nämlich Englands) sich gewandelt habe und daß der Löwe freundschaftlich würde. Und Grey hielt Lichnowsky vielleicht ziemlich für einen Dummkopf, aber er war darum nicht weniger nett zu ihm." Lichnowsky ist für mich einer der Leute, die das größte Unheil über Deutschland gebracht haben und, was ich besonders unsympathisch finde, ist, daß, nachdem er die Unrichtigkeiten seiner Veröffentlichungen und die Wirkungen selbst längst erkannt haben mußte, daß er diese Unrichtigkeiten nicht zurückgenommen hat. Ich vermisse sehr bei ihm die loyale Erklärung, die wir von Herrn R.-A. Löwenfeld gestern gehört haben. Ich möchte noch anfügen, daß Lichnowsky Sir Edward Grey im Gespräch mit Shaw als einen der größten Staatsmänner und einen der größten Freunde Deutschlands bezeichnete. Shaw selbst kommentiert diese Aeußerung mit den Worten: „Nur mühsam habe ich mich enthalten können, auszurufen: ‚Sancta simplicitas!'"

Eine unserer schlimmsten Eigenschaften ist, daß wir unseren Feinden immer Besseres zutrauten wie uns selbst.

Unsere Friedensliebe

geht, um nur einiges anzuführen, aus den belgischen Akten, aus der Munitionsfrage und vielem anderen klar hervor. So wurde drei Wochen vor dem Kriege der Verproviantierungsstern für die Festungen Straßburg und Neubreis hinausgeschoben. Noch im Juli 1914 wur deutsches Getreide ins Ausland verkauft. G kurz vor der Mobilmachung wurden um größten deutschen Handelsschiffe ins Ausland g lassen. Wie wäre das alles möglich, we Deutschland den Krieg gewollt, ja nur mit i unbedingt gerechnet hätte. In Frankreich h gegen wurden schon vor der Mobilmachung Truppen aus Marokko zurückgerufen zu ei Zeit, von der Graf Montgelas bewiesen hat, wenig in Deutschland noch bei den militärisch Stellen vom Kriege die Rede war. Ich ha wenige Tage nach Kriegsbeginn eine Unterredu mit Herrn v. Jagow. Ich möchte betone daß ich, obwohl ich Herrn v. Jagow seit 25 Ja ren kenne, nicht mit ihm befreundet b und daher absolut kein persönliches Intere daran hätte, ihn irgendwie zu entlasten. I kannte Herrn v. Jagow stets als etwas üb legen, kühl und sehr schwer aus der Ruhe zu bringen. Bei meiner Unterredung kurz na dem Kriegsbeginn fand ich den Mann ver zweifelt, einem Weinkrampfe nahe. Und d war in den Tagen, wo Lüttich gefallen war u wo unsere Truppen in scheinbar u aufhaltsamen Siegeszug in Fran reich vordrangen. Ein Mann, der d Krieg gewollt hätte, hätte angesichts dies Sachlage jubeln müssen, keineswegs hätte e Grund gehabt, verzweifelt zu sein. Mit de Weltkriege (ich kam Ende August nach Ath hat sofort

die ausländische Propaganda

eingesetzt, um zu beweisen, daß die Schuld am Kriege bei Deutschland liege. Unsere eigene Pr paganda hat hingegen jämmerlich versagt. I diesem Kampf der Auslandspropaganda la sich drei hauptsächliche Etappen unterscheide Die erste ist gekennzeichnet durch das Erscheine des Buches „J'accuse", dieses Buches, das e ganze Fülle von Entstellungen, groben Unwah scheinlichkeiten und Unwahrheiten enthält; es ha Deutschland im Ausland, besonders auch bei de Neutralen, sehr geschadet. Jedoch schon 19 wurden auch im feindlichen Lager Stimmen d Gerechtigkeit laut, und in England war es vo allem Morel, der gegen die Ansicht von d Alleinschuld Deutschlands als erster auftrat. E bildete sich die „Union of democratic control", d vielleicht etwa dasselbe bezweckt, was Herr D Löwenfeld anstrebt, nämlich eine Ueberwachun der eigenen Geheimdiplomatie. Im Jahre 19 zählte die „Union of democratic control" 5 Mi glieder, heute 1½ Millionen, und man wird au in England mit ihr rechnen müssen. Es ist übri gens nicht nur Eisner während des Krieges eingesperrt worden, auch Morel ist im Gefän nis gesessen, allerdings nicht, weil er sein eigene Land beschuldigte, sondern weil er Gerechtig keit für den Gegner, für Deutschland verlangt hat. Die zweite Etappe der Aus landspropaganda beginnt mit der Veröffent lichung von Lichnowskys Broschüre. S

Digitized by Google

hat uns in der fürchterlichsten Weise geschadet. Bei dem Buche „J'accuse" hat man bald gemerkt, daß der Verfasser keine Persönlichkeit war, der große Bedeutung beizumessen gewesen wäre, während es sich in diesem Falle um einen deutschen Botschafter, um einen Mann von weltbekanntem Namen handelte. Es war schwer zu vermeiden, daß man irgendwo im neutralen Ausland ein Exemplar der Lichnowskyschen Schrift geschenkt bekam. Das Buch war in der ganzen Welt in Millionen von Exemplaren verbreitet und wurde überall als Kronzeuge für die deutsche Schuld am Weltkrieg angeführt. Jedesmal, wenn die Schuldfrage an Zugkraft etwas einbüßte, hat die Entente für ihre Auslandspropaganda in überaus geschickter Weise eine andere Schublade herausgezogen. Besonders mußten die Greuel gegen die Gefangenen herhalten, und diese Greuel wurden selbstverständlich jedem einzelnen Deutschen zugeschoben.

In den Zusammenbruch Deutschlands platzten nun die sogenannten Eisnerschen Enthüllungen wie eine Bombe herein. Dies war die dritte Etappe, wo die Auslandspropaganda unserer Feinde mit erneuter Heftigkeit einsetzte, um die deutsche Alleinschuld zu beweisen. Zu den Enthüllungen des Herrn Eisner möchte ich etwas bemerken, das bisher noch nicht beachtet worden ist. Nach den Publikationen von Dr. Dirr würde man annehmen, daß der Amerikaner Herron Eisner durch Herrn Foerster veranlaßt hat, ein offenes Schuldbekenntnis Deutschlands abzulegen, um dadurch bei Präsident Wilson eine für Deutschland günstige Stimmung zu erzielen. Nun hat gerade zur rechten Zeit Dr. Herron einen Brief veröffentlicht (Berlin Herald, 15. April 1922), der sehr wichtig ist. Der Mann war von absoluter Deutschfeindlichkeit, unterscheidet sich aber von manchem anderen dadurch günstig, daß ihm das Deutschland angetane Unrecht auf der Seele brennt. **Herron führt in seinem Briefe aus, daß es zwar wahr sei, daß er die damalige Münchner Regierung dazu gedrängt habe, die Initiative zu ergreifen, um Deutschlands Schuld zu bekennen, aber daß der Anfang zu diesem Schritt von Eisner gemacht worden sei.** Eisner habe am Tage, an dem er die Regierung übernommen hatte, mit zwei seiner Ministerkollegen an Herron telegraphiert und ihn um seine Vermittlung gebeten. Herron glaubte damals, daß, wenn es möglich wäre, Wilson zum persönlichen Eingreifen zu bestimmen, ein offenes Schuldbekenntnis Deutschlands dies am ehesten erreichen könnte. Leider war diese Hoffnung vergeblich.

Die Zuverlässigkeit der Schweizer Gewährsmänner des Herrn Foerster und des Herrn Eisner setzte ich besonders in Zweifel. Es hat sich in der Schweiz während des Krieges allerhand Unrat aus allen Ländern angeschwemmt und man konnte, wenn man während des Krieges in der Schweiz war, auf seine deutschen Landsleute sehr oft nicht gerade stolz sein. Es wimmelte dort von Agenten der feindlichen Länder, von Leuten die gerne Agenten werden wollten und bei denen der Irrtum viel leichter möglich war, als die Wahrheit.

Die damalige bayerische Regierung ist in geradezu unverantwortlich leichtfertiger Weise aufgefordert worden, ein Schuldbekenntnis Deutschlands abzulegen und sie hat dies in ebenso unverantwortlich leichtfertiger Weise getan.

Die **Bedeutung des Grafen Lerchenfeld**, der sich allgemeiner Wertschätzung und Verehrung bei allen ausländischen Diplomaten erfreute und der als unbestrittene Autorität für die Diplomaten aller Länder galt, ergibt sich aus zahlreichen Zeugnissen verschiedenster ausländischer Diplomaten, die ihn persönlich kannten. Es befanden sich gerade zur Zeit, als die Verhandlungen in Versailles stattfanden, eine Reihe von Diplomaten in Paris, die Graf Lerchenfeld persönlich kannten und die besonderes Gewicht darauf legten, was gerade Graf Lerchenfeld schrieb. Eine derartige Namensverwechslung ist nicht zu entschuldigen.

Sofort betonte die Pariser Presse die Bedeutung der Eisnerschen Publikation auf die deutsche Kriegsschuld. Der „Temps" knüpfte daran die Forderung, die Schuldigen vor Gericht zu ziehen (28. 11. 19).

Doch damit nicht genug. Es ist hier schon ausgeführt worden, wie Poincaré am 19. Januar 1919 erklärte, daß die Eisnerschen Publikationen die ganze furchtbare Schuld Deutschlands am Weltkriege ans Tageslicht rückte. Ebenso hat sie Barthou betont. Dazu kommt noch folgendes:

Es gibt eine englische Publikation über die Kriegsschuld, Oman, The Outbreak of the War, in dem wir auf Seite 31 lesen: Während diese Zeilen in die Druckerei gehen **(am 26. November 1918)**, ist eben ein Dokument von der neuen republikanischen Regierung Bayerns veröffentlicht worden, das angeblich ein Brief von Graf Lerchenfeld, dem bayerischen Gesandten in Berlin, an seinen Chef den Grafen Hertling in München ist und in dem ausführlich die Lage geschildert wird. Als Kritik wird dann hinzugefügt:

„Falls dieses furchtbare Dokument nicht als ungenau dargelegt werden kann — was als unwahrscheinlich erscheint, denn es wurde von den deutschen Kommentaren allgemein als richtig angenommen —, dann ist die Frage der Schuld am Kriege damit entschieden. Man braucht dann nichts mehr über den Charakter der kaiserlich deutschen Diplomatie zu sagen. Die Minister Wilhelms II. sagten, was nicht wahr war; und was sollen wir von ihrem Herrn sagen, der vom Juli 1914 bis zum September 1918 in hundert Reden erklärte, daß der Krieg Deutschland aufgezwungen worden sei."

Neben dieses Dokument darf sich ein französisches Buch stellen, das erst nach Eisners Tod erschienen ist: Fernand Roches, „Manuel des origines de la guerre". Es ist dadurch bedeutsam, daß es gewissermaßen die offiziöse Auf-

Digitized by Google

fassung der französischen Regierung zeigt. Der Professor des Völkerrechtes der Universität Paris Lapradelle, Generalsekretär der Schuldkommission der Entente, hebt im Vorwort als hauptbelastendes amtliches deutsches Dokument neben der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky und neben dem Buche „J'accuse" den Bericht des Grafen Lerchenfeld hervor, der in dem Werk an 26 Stellen angeführt wird. Nur Lichnowsky wird noch öfter genannt. Außerdem nimmt der Franzose, der über deutsche Literatur sonst außerordentlich schlecht beschlagen ist, an verschiedenen Stellen Bezug auf Aufsätze, die Eisner in deutschen sozialdemokratischen Zeitungen während des Krieges veröffentlicht hat. In ebenso weitgehender ausführlicher Weise wird der sogenannte Lerchenfeldsche Bericht erwähnt in der französischen Senatspublikation über die Kriegsschuld, die im Oktober 1919 erschien. In einer Fußnote hierzu ist gesagt: „Die deutsche Regierung hat die Authentizität dieses Dokumentes nicht angezweifelt. Sie erklärt nur, daß der Verfasser nicht der Chef der Gesandtschaft, Graf Lerchenfeld, sondern Gesandtschaftsrat Schoen ist und daß es viele Irrtümer enthalte. Da diese Behauptungen ohne Belege sind, sind sie nicht dazu angetan, die Wichtigkeit der von Eisner der Geschichte gelieferten Texte zu vermindern." Ebenso hat ein Schriftsteller der Gegenseite, Ernest Renauld, der auf dem extremen rechten Flügel der französischen Klerikalen und Royalisten steht, dieses Dokument im vorigen Jahre zum Eckstein seiner Anklage gegen Deutschland gemacht und dazu ausgeführt, **was Kautsky auf dem sozialistischen Kongreß in Bern am 4. Februar 1919 gesagt hatte.** Die Auswirkung der Eisnerschen Veröffentlichung tritt in noch weiteren Fällen zutage. In einem der Vorträge, die Poincaré gehalten hat, um sich für schuldlos am Kriegsausbruch zu erweisen, zitierte er ausführlich den Schoenschen Bericht.

In der amtlichen Publikation über den Frieden, die von André Tardieu, dem Gehilfen von Clemenceau, vor einem Jahre in dem gleichen Verlag erschienen ist, in dem auch das Buch: „J'accuse" erschien, legte Tardieu das größte Gewicht auf den Bericht des Grafen Lerchenfeld, „der zwei Wochen vor der Kriegserklärung in allen seinen Einzelheiten den satanischen Plan auseinandersetze." Nur eine französische Stimme redet eine andere Sprache, die des **französischen Sozialisten Alfred Pevet** in dem Buche „Les Responsables". Der Verfasser spricht hier von dem Lerchenfeldschen Bericht als einem Dokument, das kein Interesse habe und das von Eisner ausgegraben und verstümmelt veröffentlicht worden sei. **Es ist ein merkwürdiger Fall, daß gerade die linksstehenden Kreise in Frankreich die einzigen sind, von denen wir eine Unterstützung der Wahrheit bekommen.** Nicht das ist der schlimmste Vorwurf, daß eine solche Publikation erfolgt ist, sondern daß die Irrtümer in ihr nicht richtiggestellt wurden. Es ist für Morel notwendig gewesen, gegen einen Aufsatz des österreichischen Zionistenführers Dr. Fried, der Deutschlands Alleinschuld am Kriege behauptete, zu polemisieren. Morel sagt: „Kein russischer, englischer, französischer Kriegsforscher hat je behauptet, daß sein Land allein für den Krieg verantwortlich sei. Die Stellung Frieds ist einzigartig. Für ihn waren alle Regierungen nicht schuld mit Ausnahme von Deutschland. **Dr. Fried und seine Genossen schädigen nicht das deutsche Volk allein — das ist schließlich ihre Sache —, sie unterstützen aber die Kräfte, die hinter dem Frieden von Versailles stehen und das bedeutet Unheil für uns alle."** Und an einer anderen Stelle sagt Morel weiter: „Wir stoßen in England auf so große Schwierigkeiten bei der Verfolgung unseres Zieles, eine Revision des Friedensvertrages herbeizuführen, hauptsächlich deshalb, weil gewisse politische Richtungen in Deutchland jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland als den Alleinschuldigen am Kriege hinzustellen. Diese Haltung hat nicht allein in Deutschland einen tatlosen und unterwürfigen Geist erzeugt, der schließlich bewirkte, daß jede Deutschland angetane Ungerechtigkeit fast ohne Protest hingenommen wurde. Diese Haltung muß auch die Wirkung haben, daß die Anstrengungen der **englischen Arbeiterschaft**, Deutschland Gerechtigkeit zu verschaffen, geschwächt werden. Bei weiterer Fortdauer kann sie sogar die englischen Arbeiter dazu bringen, daß sie kein weiteres Interesse an Deutschlands Wiederaufbau nehmen. Die Theorie von Deutschlands alleiniger Schuld am Kriege kann nur dazu beitragen, daß die imperialistischen Pläne der verbündeten Regierungen gestärkt und diese ermutigt werden, noch weiter ein Volk zu demütigen, das sich im Staube der Selbstverurteilung wohlzufühlen scheint."

Ich kann Eisner, fährt der Sachverständige fort, den Vorwurf nicht ersparen, daß er nicht dementiert hat. Das Dementi in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ist nicht beweiskräftig. In der Rede vor der Landestagung der Arbeiter- und Soldatenräte erklärte Eisner am 28. November 1918: „Als ich das sah, holte ich aus meiner Aktenmappe ein Schriftstück, durch das

der „letzte Schleier von den Geheimnissen des Weltkrieges"

gerissen wird, den Bericht des Vertreters des Grafen Lerchenfeld, des Herrn v. Schoen, in dem nun in aller Behaglichkeit auseinandergesetzt wird, wie man beabsichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln." Das ist doch kein Dementi. Wenn einer von uns sich geirrt hat und er gesteht es ein, so erklärt er eben, ich habe mich geirrt, das war nicht richtig. Und wenn es belanglos war, dann konnte es Eisner erst recht sagen. In einer anderen Rede Eisners vor dem Soldatenrat vom 30. November 1918 heißt es: „Zu diesem Zwecke veröffentlichte ich aus den bayerischen Geheimakten jenes Dokument, das nun auch dem Blödesten beweist, wem wir den Krieg verdanken. Zu dem Unsinn, der da durch

Digitized by Google

die Presse läuft, gehört ja auch, daß wir damit der Entente irgend etwas Neues gesagt haben. Die Entente weiß das seit dem Juli 1914." Auch in diesen Stellen ist über den Verfasser des Berichtes nichts gesagt. Es ist nicht richtig, wenn man erklärt, Eisner habe sofort den Tag darauf den Irrtum richtiggestellt. Die Folgen sind auch ohne weiteres sofort erkennbar gewesen.

Der Sachverständige glaubt nach seiner feierlichen, festen, unter Eid abgegeben Ueberzeugung sagen zu müssen, daß Eisner sich **einer bewußten Fälschung schuldig gemacht hat**, die begangen wurde, um die Berliner Regierung zu schädigen, mit der Eisner damals im Streite lag. Ob er geglaubt hat, der deutschen Sache dadurch zu nützen, kann ich nicht entscheiden. Er mußte aber in kürzester Zeit, lange vor seinem Tode einsehen, daß er die deutsche Sache furchtbar geschädigt hat und er mußte, wenn es ihm mit der Liebe zum deutschen Volke Ernst war, die Fälschung wieder gut machen. Er konnte das mit Leichtigkeit, er hat aber sein Unrecht nicht wieder gut gemacht. R.-A. Dr. Löwenfeld sagte, Lügen haben kurze Beine. Ich möchte an Stelle dieses Sprichwortes, das sich in letzter Zeit kaum bewährt hat, lieber das Wort des Evangeliums setzen: Die Wahrheit wird euch frei machen! **Es ist meine innerste Ueberzeugung, daß wir Deutsche die Wahrheit, gerade auf dem Gebiete der Kriegsschuld, die ganze volle Wahrheit nicht zu scheuen brauchen.** Davon bin ich überzeugt, so wahr mir Gott helfe!

Prof. **Coffmann**: Ich möchte nur zwei ganz kurze Fragen stellen, die sich auf die Ausführungen Eisners im provisorischen Nationalrat beziehen. Er sagte am 18. Dezember 1918: Die Aktenveröffentlichung hat — und dafür könnte ich Ihnen berghohes Material vorlegen —, wenn überhaupt etwas günstig für uns gewirkt hat, günstig gewirkt.

Prof. **Karo**: Das widerspricht doch in diametraler Weise den Tatsachen!

Prof. **Coffmann**: Und dann die zweite Aeußerung auch vom 18. Dezember 1918: Das Ausland hat berghohe Akten veröffentlicht, nur Deutschland hat es bisher nicht getan.

Prof. **Karo**: Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn ich diese Akten fände.

Prof. **Coffmann**: Weiß Herr Fechenbach von diesem berghohen Material?

R.-A. Dr. **Löwenfeld** will die Frage so beantworten, wie er sie mit Herrn Fechenbach besprochen hat. Eisner sei viel Material aus dem Auslande zugetragen worden. Auch Graf Montgelas habe ursprünglich eine andere Auffassung gehabt.

Prof. **Coffmann**: Ich möchte feststellen, daß diese Ausführungen nicht das mindeste mit meinen beiden Fragen zu tun haben.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Ich habe schon gesagt, Eisner ist, wenn er vom bergehohen Material sprach, sicherlich nichts anderes eingefallen, als das, was ihm eine Unmenge von Leuten gesagt hat.

R.-A. Dr. **Graf Pestalozza**: Und die bergehohen Akten, die das Ausland veröffentlicht hat?

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Ich halte das für ein wenig angebrachtes Bonmot von Eisner.

Graf Montgelas weist auf seine Aufforderung an Kautsky hin, ebenso offen und frei auszusprechen, daß er seinen Standpunkt geändert habe. Noch vor wenigen Monaten habe er sich über die Schuldfrage Rußlands dahin geäußert, daß die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland nicht nur ein politischer Fehler, sondern auch vom militärischen Standpunkt durchaus verfehlt war, weil wir gar keine Ursache hatten, bald den Kriegszustand mit dem Osten herbeizuführen. Ich würde das heute nicht mehr schreiben, ohne hinzuzufügen, an der tatsächlichen Entwicklung der Dinge hätte das gar nichts mehr geändert. Im zweiten Band des „livre noir" wird zu finden sein, daß der russische Militärattaché am 31. Juli abends seiner Regierung telegraphiert hat:

„Der (französische) Kriegsminister versicherte mir in gehobenem, herzlichem Tone, daß die Regierung zum Kriege fest entschlossen ist und daß sie erwartet, daß Rußland Oesterreich als quantité négligeable behandeln und mit seiner gesamten Streitkraft gegen Deutschland vorgehen wird." Das hat Frankreich zu einer Zeit erklärt, zu der noch keine Kriegserklärung von deutscher Seite ergangen war. Die aufgeworfene Frage soll zweifellos den Zweck haben, darauf hinzuweisen, daß der, der guten Glaubens war, sehr wohl die Auffassung haben konnte, daß Deutschland die Hauptschuld am Kriege treffe, eine Auffassung, die hervorgerufen wurde vor allem durch die Denkschrift Lichnowskys und durch die Aussagen Mühlons, ferner durch die ungeschickte Art, in der das erste Weißbuch abgefaßt war, und durch die ungeschickte Art der Propaganda, wobei ich auch mein Urteil revidieren muß, seitdem ich weiß, wie das Weißbuch zustande kam. **„Man hat am 1. August dem Verfasser 800 Dokumente übergeben und hat ihm gesagt, schreibe ein Weißbuch, in vierundzwanzig Stunden muß es auf eine Druckerei. So sind Flüchtigkeiten, Fehler, Auslassungen begreiflich. Wer jemals 800 Dokumente vor sich gehabt hat und sich darin zurechtfinden mußte, wird das begreifen."**

Wenn Sie auf mich hinweisen, um für Eisner die Gutgläubigkeit in Anspruch zu nehmen, dann wäre es besser, wenn Sie dazu bereit wären, zu erklären: Wir sind überzeugt, daß Eisner, wenn er die Akten gekannt hätte, ebenso wie die anderen den Kampf gegen die Schuldlüge aufnehmen würde. (R.-A. Dr. Löwenfeld: Haben wir schon erklärt!) Liegt diese Erklärung vor, dann glaube ich Ihnen versichern zu können, daß sie in wenigen Tagen in der „Humanité" stehen wird. Vielleicht haben Sie auch Be-

Digitized by Google

ziehungen zu anderen Zeitungen, die mir verschlossen sind. Geben Sie mir diese Erklärung, das wird einen gewaltigen Eindruck machen. Sagen Sie: Weg mit dem Märchen von der Alleinschuld Deutschlands! Wir wollen, daß im Reichstag die Schuldfrage wieder aufgerollt wird! Damit werden Sie den größten Eindruck machen und am ehesten dem deutschen Volk die Ueberzeugung beibringen, daß Eisner ebenso gehandelt hätte, Sie werden damit dem Andenken des von Ihnen hochverehrten Mannes den allerbesten Dienst erweisen.

R.-A. Graf Pestalozza spricht den Wunsch aus, daß der Kläger selbst zu dieser Auffassung des Grafen Montgelas Stellung nimmt.

Fechenbach: Ich kann nichts anderes sagen, als was ich schon durch meinen Anwalt erklären ließ, daß ich die Ueberzeugung habe, daß Eisner damals, als er den Schoenschen Brief veröffentlichte, unter dem Eindruck von all dem stand, was ihm bekannt war: Lichnowskys Denkschrift, Mühlons Erklärungen, ferner die Mitteilungen, die ihm zugegangen waren über die Stellung des Grafen Montgelas, eines Divisionsgenerals, der in der Schweiz die starke Mitschuld Deutschlands am Krieg betont hat und zwar gerade in jenen Kreisen, die von Prof. Karo in wenig schöner Weise apostrophiert wurden, und daß Eisner eine Reihe von Gründen hatte, die ihn in seiner Auffassung bestärken konnten. Jedenfalls ist die Auffassung eines deutschen Generals über die Schuldfrage nicht ohne Bedeutung für die Schuldfrage. Ich bin überzeugt, wenn Eisner die deutschen Akten, deren Veröffentlichung er schon sehr frühzeitig forderte, noch erlebt hätte, wenn er die Akten hätte kennen lernen, dann hätte er seine Auffassung über die Alleinschuld Deutschlands am Kriege höchstwahrscheinlich revidiert. „Und ich kann für meine Person erklären, daß ich die Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands nicht mehr habe. Und wenn aus dem, was ich am ersten Tage gesagt habe, etwas derartiges gefolgert worden ist, ist das auf einen Irrtum zurückzuführen, vielleicht deshalb, weil ich nur von dem gesprochen habe, was Kurt Eisner bei der Veröffentlichung des Schoenschen Berichts bekannt war und was ihn infolgedessen zu seiner Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands bringen mußte. Ich vertrete heute nicht mehr die Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands. Ich wende mich aber gegen die Lüge von der Unschuld Deutschlands."

Dr. Friedrich Thimme,
Direktor der Bibliothek des vormaligen Herrenhauses in Berlin

wird nun als Sachverständiger vernommen. Er führt aus:

Ich möchte vorwegnehmen, daß ich in meinem Gutachten eine ziemlich scharfe Stellung nehmen wollte gegen Eisner. Im Hinblick auf die Erklärungen will ich es noch dahingestellt sein lassen, ob ich an der vollen Schärfe meines Gutachtens festhalten werde; ich werde nachher präzisieren, wovon das abhängig ist. Vorerst will ich das ursprüngliche und im wesentlichen noch feststehende Gutachten vortragen; bei der Beurteilung der Fälschung muß ausgeschaltet werden die falsche Namensunterfertigung des Berichtes, die der Sachverständige ebenso wie Dr. Quidde als eine Schlamperei betrachtet. Die Fortlassung der Worte, die das Grundthema angeben, die geringschätzige Art, wie von einer Plauderei die Rede ist, die willkürliche Sperrung von Ausdrücken, die das Urteil des Lesers in der Eisnerschen Richtung festlegen will, die Kürzung des Telephonates sind **schwerwiegende Verdachtsmomente gegen Eisner**, die in ihrer Häufung, in ihrer Totalität so stark wirken, daß der Verdacht der bewußten Fälschung kaum abzuweisen ist. Der Sachverständige erinnert an die **Emser Depesche** und bemerkt, daß die Ansicht der meisten deutschen Geschichtsforscher dahin geht, daß hier keine Fälschung vorliegt. Es ist ein Unterschied zwischen fertigen und abgeschlossenen Dokumenten und einer Depesche, die als Grundlage zu einer Veröffentlichung dienen soll. **Die Richtung, der Kurt Eisner und Fechenbach angehören, will diesen Unterschied nicht gelten lassen, sie halte mit großer Zähigkeit daran fest, daß Bismarck eine bewußte Fälschung begangen habe. Man sieht, daß die Richtung Kurt Eisner und Fechenbach einen rigoroseren Standpunkt einnimmt als die deutsche Geschichtsforschung.** Ich will natürlich nicht sagen, daß Eisner und sein Sekretär Fechenbach bei ihrer Arbei die Emser Depesche vor Augen gehabt haben müssen, aber die Schlußfolgerung läßt sich nicht von der Hand weisen, daß Herr Eisner sehr wohl wußte, was er tat, und daß auch Herr Fechenbach wußte, wozu er die Hand bot.

Der Sachverständige erörtert nun die Frage, ob Eisner bei seinem Charakter eine Fälschung zuzutrauen war. Es hat mich sehr frappiert, sehr betroffen, daß Professor Quidde, der Eisner persönlich kannte, nicht in der Lage war, zugunsten Eisners auszusagen. Andere günstige Urteile sind mir hier im Gerichtssaale nicht bekannt geworden. Ich muß mich also an die Tatsachen halten. Von wesentlicher Bedeutung ist, was nach dem Zeugnis des Grafen Soden Eisner bei der Besprechung in der bayerischen Gesandtschaft in Berlin gesagt hat. Ich sage nicht, daß die Schlußfolgerung abgewiesen werden soll, daß Eisner bei Verfolgung seiner politischen Zwecke vor einer Unwahrheit nicht zurückgeschreckt ist. Damit ist für mich festgestellt,

daß Eisner auch der Fälschung schuldig

ist. In Eisners Berechnung scheint mir das egoistische Moment, der Ehrgeiz nicht zu fehlen, und nicht Phantasterei, nicht Narrheit, sondern ein tiefer politischer Zweck zugrunde zu liegen.

Digitized by Google

Es besteht weiter für mich die innere Wahrscheinlichkeit, daß Fechenbach die Fälschung erkannt und sie trotzdem nicht verhindert hat.

Zur Frage, ob Deutschland einen **Angriffskrieg** vorbereitet hat, glaubt der Sachverständige, daß niemand ein so sicheres und begründetes Urteil fällen kann wie er und Dr. Lepsius. Uns beiden und Geheimrat Mendelssohn ist der Auftrag geworden, die Vorkriegsakten des Auswärtigen Amtes im Anschluß an die Publikation des Grafen Montgelas herauszugeben. **Der Sachverständige stellt fest, daß das Auswärtige Amt ihm die Aussage über den Inhalt der Akten freigestellt hat und daß es weiterhin die Veröffentlichung des gesamten Aktenmaterials gestattet hat.** Wir haben auch die völlige Gewißheit, daß nicht in irgend welchen geheimen Schränken noch Dokumente liegen, die nicht bekannt sind. Das Auswärtige Amt hat in den Akten eine geradezu mustergültige Ordnung. **Ich kann daher mit aller Bestimmtheit konstatieren, daß von einer doppelten Buchführung im deutschen diplomatischen Dienst niemals die Rede gewesen ist, niemals die Rede hat sein können.** Der größte Teil der Privatbriefe und Depeschen liegt im Auswärtigen Amt vor. Was ich an Privatbriefen usw. geprüft habe, zeigt keine andere Linienführung der Politik, wie die der offiziellen. Für jeden Kenner des Aktenwesens im Auswärtigen Amt ist die doppelte Buchführung eine lächerliche Behauptung. Der Sachverständige erklärt weiter, daß er bei seinem Aktenstudium keineswegs eine sehr hohe Meinung von den Staatsmännern der Wilhelminischen Epoche bekommen hat. Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen von Eckardtstein und Lichnowsky warnte er dringend davor, Memoirenschreibern ein zu hohes Maß von Autorität beizulegen. Dies gilt besonders von Herrn v. Eckardtstein und von Fürst Lichnowsky. Ich muß es aufs tiefste bedauern, daß die beiden nicht als Zeugen hier sind. Die Gegenüberstellung mit den wirklichen Kennern der Akten würde für die beiden Herren geradezu zu einer Katastrophe geworden sein. Es kann auch nicht anders sein, als daß Memoirenschreiber unzuverlässig sind. Sie sehen die Dinge gewissermaßen aus der Froschperspektive. Ein objektives Bild kann man erst aus den gesamten Akten gewinnen.

„Was aber auch an Entschuldigung für die deutschen Staatsmänner aus den Akten abgeleitet werden kann und muß, so bleibt doch noch an unverzeihlichen Fehlern genug ... Hinsichtlich der Frage aber, ob im moralischen Sinne eine Kriegswillenschuld Deutschlands vorhanden ist, dazu erklärt der Sachverständige in stärkster Form unter ausdrücklicher Berufung auf seinen Eid, um der Wahrheit willen, **daß das ganze ungeheure Aktenmaterial, das er nach allen Ecken und Enden und allen Richtungen durchstudiert hat, nichts enthält, was ein irgendwie ausreichendes Recht gebe, von einem vorbedachten Kriegswillen der deutschen Regierung zu irgend einer Zeit zu sprechen. In der ganzen Zeit von 1870 bis 1914 ist kein einziges Schriftstück irgend einer verantwortlichen oder maßgebenden Stelle zu den Akten gekommen, das dartun könnte, die verantwortlichen Stellen in Deutschland, der Kaiser, der Reichskanzler, die Staatssekretäre, die vortragenden Räte, ein Generalstabschef, hätten den Krieg gegen Frankreich, Rußland oder England empfohlen. Aus allen Schriftstücken tritt vielmehr eindeutig, überwältigend die deutsche Friedensliebe hervor.** Ob Geheimakten, ob Privatbriefe — Friede, Friede ist das oberste Leitmotiv der gesamten Akten. Der Sachverständige beweist dies an Hand einzelner Akten über die Balkankrise 1912 bis 1914.

Aus diesen Akten geht hervor, daß sich der Kaiser den österreichischen Ansprüchen widersetzt und sich dagegen gewehrt hat. Der Sachverständige verweist auf einige bisher noch unveröffentlichte Schriftstücke hin, die er zum größten Teil dem Gericht übergibt:

Der Kaiser an das Auswärtige Amt:

Neues Palais, den 7. November 1912

Aus der Haltung der österreichischen Presse scheint mir hervorzugehen, daß Oesterreich sich ernstlich dem Versuch Serbiens widersetzen will, sich an der adriatischen Küste festzusetzen. Serbien will auch ans Meer wie seine Nachbarn und wie schließlich alle sich erweiternden Binnenlandstaaten. Ich sehe absolut gar keine Gefahr für Oesterreichs Existenz oder gar Prestige in einem serbischen Hafen an der Adria. Ich halte es für bedenklich, ohne Not sich dem serbischen Wunsch entgegenzustemmen. Rußland würde sofort Serbien unterstützen, und damit wäre die alte Sandschak-Lage beim Kriegsausbruch wieder hergestellt. Ebenso ist es in Albanien. Das sind, wie Mir scheinen will, teilweise „Einbildungen" Wiener Bedürfnisse, denen vom spezifisch innerpolitischen Standpunkt Wiens — also vom österreichischen Sonderstandpunkt aus — betrachtet, eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann, deren Geltendmachung aber mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen (Krieg usw.) lediglich Sache Oesterreichs und nicht seines Verbündeten ist. Wenn Ich schon wegen Serbien im Sandschak oder in Uesküb beim Kriegsausbruch den casus foederis **vermieden wissen wollte und auch vermieden habe, noch viel weniger bin Ich gesonnen, denselben wegen der Serben in Durazzo oder Albanien eintreten zu lassen. Eine so weitgehende Verpflichtung entspricht nicht dem Geist des Dreibundes, der a limine den Bestand des wirklichen Besitzes zu gewährleisten bestimmt war; auch dürften kaum die eigentlichen Lebensbedürf-**

Digitized by Google

nisse und -bedingungen der österreichischen Monarchie dieses erheischen. Gewiß ist manche Veränderung auf dem Balkan, die durch den Krieg bedingt wird, für Wien recht unbequem und auch unerwünscht, aber keine so einschneidend, daß wir uns ihrethalben der Gefahr einer kriegerischen Verwickelung aussetzen dürfen; das würde Ich weder vor Meinem Volke noch vor Meinem Gewissen verantworten können. 1908 war es ganz etwas anderes, als es sich dabei um einen wirklichen Bestandteil, der schon lange Oesterreich angegliedert war, handelte. Danach ist zu verfahren.

Wilhelm

Der Kaiser an das Auswärtige Amt:

Letzlingen, den 9. November 1912

Habe mit Reichskanzler eingehend im Sinne Meiner Instruktionen an Sie gesprochen und bestimmt erklärt, daß wegen Albanien und Durazzo Ich unter keinen Umständen gegen Paris und Moskau marschieren werde. Habe Vorschlag gemacht: Albanien selbständig unter serbischem Prinzen als Fürstentum (Secundogenitur), welches die Freiheit hat, mit Serbien oder vier Bundesstaaten sich vertraglich zu verbinden, unter Erlaubnis der Hafenbenutzung. In dem Sinne mit Herrn Szögyény sprechen.

Wilhelm

Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.:

Berlin, den 11. November 1912

Resume des Gesprächs mit dem Reichskanzler und H. v. Kiderlen über die Balkanlage am 9. 11. 1912: Oesterreich hat unvorsichtiger Weise den serbischen Ansprüchen in Presse und offiziellen Auslassungen gegenüber einen schroffen diktatorischen Ton angeschlagen. Dieser kann provokatorisch wirken und zu Komplikationen führen. Serbien verlangt Zugang zur Adria mit Häfen, Oesterreich negiert diesen Wunsch a limine. Rußland scheint die serbischen Aspirationen unterstützen zu wollen, und könnte darüber mit Oesterreich derart aneinander geraten, daß es zum Konflikt mit Waffen kommt. Dann tritt für Deutschland der Casus foederis ein. Da Wien von Petersburg angegriffen wird — laut Vertrag. Dieser bedingt die Mobilmachung und den Krieg gegen zwei Fronten für Deutschland, d. h. um gegen Moskau marschieren zu können, muß erst Paris genommen werden. Paris wird zweifellos von London unterstützt werden. Es muß also Deutschland in einen Existenzkampf mit drei Großmächten eintreten, bei dem alles aufs Spiel gesetzt werden muß, und eventuell es untergehen kann. Das erfolgt alles, weil Oesterreich die Serben nicht in Albanien oder Durazzo haben will. Es ist klar, daß dieses Ziel für Deutschland keine Parole für einen Vernichtungskrieg bieten kann, mithin keine Möglichkeit, mit einem Stichwort die deutsche Nation für einen, solcher Gründe halber, geführten Krieg zu entflammen und niemand es mit seinem Gewissen und seiner Verantwortung vor Gott und seinem Volke vertreten kann, aus solchem Grunde die Existenz Deutschlands aufs Spiel zu setzen. Es ginge über den Rahmen eines Vertrages weit hinaus, ja selbst des Casus foederis, der in keiner Weise und niemals dahin ausgelegt werden darf, daß das deutsche Heer und Volk den Launen der auswärtigen Politik eines anderen Staates direkt dienstbar gemacht und quasi dafür zur Verfügung gehalten werden muß! Der Dreibundvertrag sichert nur den gegenseitigen wirklichen Besitzstand der drei Staaten, nicht aber verpflichtet er zum bedingungslosen Mitgehen in Reibungen über den Besitz anderer! Der Casus foederis tritt allerdings ein, wenn Oesterreich von Rußland angegriffen wird. Aber nur dann, wenn Oesterreich Rußland nicht zum Angriff provoziert hat. Hier nun könnte eine solche Lage Serbien gegenüber entstehen. Und das muß Wien unbedingt vermeiden. Es soll Vermittlungsvorschläge hören oder machen bezüglich der Albanesen und ihrer Zukunft, und es den Russen überlassen, diese zu stürzen und die Serben aufzuhetzen, aufs Ganze zu gehen. Durch die eventuelle russische Ablehnung von den übrigen Mächten gebilligter annehmbarer österreichischer Vermittlungsvorschläge, setzen die Russen sich Wien gegenüber ins Unrecht, werden die Mißbilligung der Mächte auf sich laden, den Verdacht erwecken, es überhaupt zum Kriege mit Oesterreich zu treiben, wobei Albanien nur ein fadenscheiniger Vorwand ist, als Störenfriede angesehen, den Aerger aller Vernünftigen herausfordern, und so, wenn es losgeht als Provozierende, welche Wien nicht in Ruhe lassen wollen, unserer Regierung eine gute Parole für die Mobilmachung geben!

Wir übten nach der Götter Lehre
jahrelang uns im Verzeihen,
Doch endlich drückt des Joches Schwere,
und abgeschüttelt muß es sein.

Wilhelm

Man hat auch außer acht gelassen, daß Moltke den Krieg nur unter der Voraussetzung gebilligt hat, daß er auf Oesterreich und Serbien lokalisiert bleibt. 1912/13 hat Moltke sein Möglichstes getan, um Oesterreich von seinem schroffen Vorgehen zurückzuhalten. Er schreibt am 10. Februar 1913:

Der Chef des Generalstabes v. Moltke an den Chef des K. u. K. Generalstabes General Conrad von Hötzendorff:

Berlin, den 10. Februar 1913

Als die ersten Spannungsmomente zwischen Oesterreich und Serbien eintraten, hatte die Monarchie infolge des provokatorischen Verhal-

Digitized by Google

tens Serbiens zweifellos die Sympathie aller Großmächte — mit Ausnahme Rußlands — auf ihrer Seite. Jedermann würde es verstanden haben, wenn Oesterreich die Besetzung des Sandschaks als casus belli ausgesprochen haben würde, ebenso wie jedermann es verstand, daß Oesterreich das Entstehen eines serbischen Kriegshafens an der Adria nicht dulden konnte ohne Preisgabe vitalster Interessen. Nachdem dann Serbien in der Hafenfrage nachgegeben und auch die Angelegenheit Prohasca in einer für die Monarchie Genugtuung bietenden Weise ausgeglichen war, befestigte sich besonders auch in Deutschland die Ansicht, daß die berechtigten und von Oesterreich selbst formulierten Forderungen und damit der österreichisch-serbische Streitpunkt erledigt seien. Man erwartete nun allgemein, daß der Vorschlag Rußlands zu gleichzeitiger Demobilisierung eine Entspannung der politischen Lage herbeiführen werde, deren schädigende Einwirkung auf das gesamte Erwerbsleben sich auch in Deutschland in empfindlicher Weise je länger desto mehr fühlbar macht. Diese Erwartung wurde enttäuscht.

Euere Exzellenz wissen, daß ein Krieg, in dem es sich um die Existenz des Staates handelt, der opferwilligen Zustimmung und der Begeisterung des Volkes bedarf. Das Gefühl der Bundestreue Oesterreich gegenüber ist in Deutschland stark und lebendig, es würde zweifellos in elementarer Weise zum Ausbruch kommen, wenn die Existenz Oesterreichs durch einen russischen Angriff bedroht werden sollte. Es würde aber schwierig sein, eine wirkungsvolle Parole zu finden, wenn österreichischerseits jetzt ein Krieg herausgefordert werden sollte, für dessen Entfesselung im deutschen Volke Einverständnis nicht vorhanden wäre.

Das aus gemeinsamen Begehrlichkeitsinteressen entstandene Bündnis der Balkanstaaten trägt, wie mir scheint, den Keim der Zwietracht in sich, die ausbrechen wird, sobald der Friede mit der Türkei erzwungen ist und es an die Verteilung der Beute gehen wird. Hier scheint sich mir eine glückliche Aussicht für ein Zusammengehen Oesterreichs mit Bulgarien zu eröffnen. Gelingt es hier, gemeinsame Interessen wachzurufen, so würde Rußland in die Lage gebracht, zwischen Bulgarien und Serbien wählen zu müssen. Ich glaube, daß in Bulgarien starke Neigung vorhanden ist, sich aus dem Verhältnis eines russischen Satrapenstaates frei zu machen. Stehen aber Bulgarien und Serbien sich feindlich gegenüber, so würde Oesterreich volle Aktionsfreiheit gegen Rußland haben.

Diese Aussicht verdient meiner Meinung nach wohl die Ueberlegung, ob ein Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien anzuraten sein würde, solange der Balkanbund noch festgeschlossen dasteht.

Sehr zu bedauern ist der Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien. Wenn dieser in einer beide Teile befriedigenden Weise beigelegt werden könnte, würde es für uns alle von Vorteil sein.

Euere Exzellenz werden diese Ausführungen mit einigem Erstaunen lesen. Sie gehören eigentlich nicht in die Korrespondenz zwischen zwei rein militärischen Stellen. Ich bin auch kein Politiker, aber die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Eurer Exzellenz und mir geben mir den Mut, mich Eurer Exzellenz gegenüber auch über diese Dinge vertrauensvoll und privatim auszusprechen. Politik und Kriegführung stehen in inniger Wechselbeziehung. Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen muß, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und Slaventum. Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind. Der Angriff muß aber von den Slaven ausgehen. Wer diesen Kampf kommen sieht, der wird sich klar darüber sein, daß für ihn nötig ist: die Zusammenfassung aller Kräfte, die Ausnutzung aller Chancen, vor allem aber das volle Verständnis der Völker für die weltgeschichtliche Entscheidung.

gez. v. Moltke

Der Kaiser, der Generalstabschef und selbstverständlich der deutsche Reichskanzler haben mit aller Kraft den Bundesgenossen Oesterreich fest am Zügel zu halten versucht. Was tat aber Frankreich? Es hat nicht daran gedacht, den russischen Alliierten gleichfalls zu zügeln, sondern ihn vorwärts gestoßen. Frankreich hat Rußland wissen lassen, daß es fest entschlossen sei, seine Bündnispflicht zu erfüllen. Schließlich verweist der Sachverständige, um zu beweisen, daß Deutschland treu geblieben ist seiner Absicht, Oesterreich festzuhalten, auf die Aufzeichnungen Bethmann Hollwegs.

Aufzeichnung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg:

Berlin, den 8. Mai 1914

Ich halte eine klare Aussprache in Wien für dringend erforderlich. Wien beginnt sich in seiner gesamten Politik allzu stark von uns zu emanzipieren und muß meo voto rechtzeitig am Zügel gehalten werden.

Falls Sie zustimmen, bitte ich mir den Erlaß nach Wien vor Abgang zur Kenntnis vorzulegen.

In allen diesen Schriftstücken liegt die lauterste Wahrheit, keine Doppelzüngigkeit, keine doppelte Buchführung! Ich bin überzeugt, daß Kurt Eisner, wenn er Schriftstücke mit solcher Klarheit und Bestimmtheit vor sich gehabt hätte, vielleicht ein wesentlich anderes Urteil gefällt

Digitized by Google

hätte. Zu der Klagspartei gewendet, fährt der Sachverständige fort: Mir war es eine große Freude zu hören, daß Sie derselben Auffassung sind. Wenn ich die Sicherheit hätte, daß Sie Eisner richtig beurteilen, und wenn Sie ihn vor dem Vorwurf der Wahrheitswidrigkeit reinwaschen könnten, dann würde vielleicht mein Gesamturteil über Eisner etwas milder ausfallen können.

Wegen der Frage, weshalb die deutsche Regierung nach dem Fürstenmord in Serajewo vorübergehend von der sonst konsequenten Haltung der festen Zügelführung abgelassen hat, brauche ich nur auf Delbrück zu verweisen. Man hat deutscherseits geglaubt, daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Serbien ganz sicher lokalisiert bleiben würde. Der deutsche Kaiser hat es für unmöglich gehalten, daß der Zar und der englische König in ihrem monarchischen Klassenbewußtsein — nicht nur der Proletarier hat sein Klassenbewußtsein — sich für Fürstenmörder einsetzen könnten. Als der Kaiser die Unrichtigkeit seiner Auffassung erkannt hat, hat er zur straffen Zügelführung gegenüber Oesterreich zurückgreifen wollen. Da war es jedoch zu spät. Will man dem Kaiser Wilhelm zum Verbrechen anrechnen, daß er tagelang einer solchen Illusion gefolgt ist, wie steht es dann mit Kurt Eisner, dessen Illusionen und vielleicht

Spekulationen auf das Wohlwollen der Entente

doch tausendmal schlimmer gewesen sind und nur zu sehr geeignet waren, das deutsche Volk vollends in den Abgrund zu stoßen? Mit dieser Frage möchte ich meine Ausführungen schließen.

Rechtsanwalt Dr. **Löwenfeld** legt nun dem Sachverständigen eine Reihe von Fragen vor, die darauf hinauslaufen, das Urteil des Sachverständigen über die Persönlichkeit Eisners zu ändern.

Fünfter Verhandlungstag

Mittwoch, den 8. Mai

Dr. Thimme erklärt zunächst, daß er auf Grund des ihm von Dr. Löwenfeld übergebenen Materials seine Meinung über Eisner nicht ändern könne. Er müsse materiell festhalten, daß eine Fälschung vorliege, wenn ein Dokument tendenziös verändert werde.

Dr. Johannes Lepsius

Schriftsteller in Potsdam

der zusammen mit Dr. Thimme die deutschen Akten von 1871 bis zum Kriegsausbruch bearbeitet — eine Publikation, von der die ersten sechs Bände im Juni erscheinen werden, während das ganze Sammelwerk auf 20 Bände veranschlagt ist — bekundet als Sachverständiger: Ich beginne mit der doppelten Buchführung. Doppelte Buchführung — im kaufmännischen Sinne — nennt man ein Buchungssystem, das dadurch, daß jeder Posten zweimal, einmal im Debet und einmal im Kredit gebucht wird, eine automatische Sicherung der Richtigkeit der Rechnung herstellt. Hier wird „doppelte Buchführung" im diplomatischen Sinne genannt ein System methodischer Herstellung von Zweideutigkeiten in den Erlassen und Berichten der Diplomatie. Doppelte Buchführung im kaufmännischen Sinne, d. h. eine automatische Zuverlässigkeit, besteht in mehrfacher Beziehung im Auswärtigen Amt. Einmal darin, daß von jedem Schriftstück, das ausgeht, von jedem Bericht, der eingeht, Konzepte zurückbleiben, sodann in der musterhaft durchgeführten Registratur aller Schriftstücke. Jedes Dokument, das ein- und ausgeht, empfängt seine Nummer und Vermerke über seine geschäftliche Behandlung.

Um zu zeigen, daß das im Auswärtigen Amt in Berlin eingeführte System der Registratur eine Kontrolle auch noch nach Jahrzehnten ermöglicht, gibt der Sachverständige ein Beispiel aus der Zeit der Entlassung Bismarcks, das zeigt, wie durch Eingangsvermerk Legenden zerstört werden können.

In der Tat existiert etwas wie ein System der doppelten Buchführung in der ausländischen Diplomatie. Professor Karo hat schon Beispiele dafür genannt. Ich möchte eins hinzufügen. Bei den Verhandlungen im Jahre 1887 über die Entente zwischen England, Italien und Oesterreich wurde von Lord Salisbury im voraus die Bedingung gestellt, das Abkommen müsse so formuliert werden, daß man es vor dem Parlament ableugnen könne. Es wurde in der Form eines Notenwechsels, nicht eines Vertrages abgeschlossen und tatsächlich im Unterhaus abgeleugnet. Ich habe in 33 Monaten Tausende Bände von deutschen diplomatischen Akten durchgesehen und auch nicht ein Schriftstück gefunden, das einen derartigen zweideutigen Charakter hätte. Ich will trotzdem die englischen Staatsmänner nicht herabsetzen. Die deutsche Politik unter der konstitutionellen Regierung, die für ihre auswärtige Politik dem Parlament nicht verantwortlich war, hatte es leicht, die Wahrheit zu reden, sie brauchte sich nicht fragen zu lassen und brauchte nicht zu antworten. Eine parlamentarische Regierung ist meines Erachtens nicht in der Lage, wenn sie überhaupt auswärtige Politik treiben will, zu vermeiden, das Parlament zu belügen.

Ich gehe nun auf das eigentliche Thema des Prozesses ein, auf die Frage: Liegt eine Fälschung vor? Das ist eine Frage einerseits der philologisch-historischen Kritik, anderseits der politischen Ethik. Bei wiederholter Prüfung des Schriftstückes mit rein philologischen Augen komme ich

zu dem Ergebnis, daß eine Fälschung vorliegt.

Es ist nicht möglich, die ausgelassenen und stehengebliebenen Stellen so zu verstehen, als ob sie im wesentlichen das gleiche besagten. Das Gravierende scheint mir zu sein, daß alles unterdrückt ist, was den Eindruck erwecken muß, daß Deutschland den Weltkrieg verhindern wollte, daß aber stehen geblieben ist, was den

Digitized by Google

Eindruck erwecken soll, daß Deutschland den Weltkrieg provozieren wollte. Es blieb nicht nur stehen, was fur die Entente angenehm zu hören war, es wurde auch unterdrückt, was für sie unangenehm zu hören war. Am gravierendsten ist, daß ganz unmotiviert unterdrückt wird der Satz „England wird Oesterreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen", in der Sprache der Diplomatie gleichbedeutend „mit Krieg zu überziehen", ferner die Worte „deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet". „Der Bericht ist in der Tat auf Wirkung frisiert, aber nicht im literarischen Sinne, wie etwa ein Dramaturg ein Stück zusammenstreicht, sondern in diplomatischer Absicht, um mit raffinierter Fälschung und Berechnung zu erhärten, daß Deutschland den Weltkrieg entfesseln wollte."

Um die Richtigkeit seines Urteils nachzuprüfen, setzt der Sachverständige den umgekehrten Fall, daß der gekürzte Bericht das Original und die Erweiterung des Textes eine künstliche Mache gewesen wäre; ohne Frage wäre dann geurteilt worden, es sei aus der „Fanfare" eine „Chamade" gemacht worden.

Es bleibt aber die Frage: Kann man Eisner eine solche Fälschung zutrauen? Ich will annehmen, daß das Urteil, das nicht nur Freunde, sondern auch Gegner von Eisner hatten, er sei ein Idealist gewesen, mit lauterem Charakter, richtig war. Gab es aber nicht vielleicht einen Zeitpunkt in seinem Leben, wo er aufgehört hat, zu sein, was er früher war? Der berufenste Interpret des Charakters und der Ideen Eisner dürfte wohl Professor Friedrich Wilhelm Foerster sein. Foerster sagt in seinem Buch „Mein Kampf gegen das militärische und nationalistische Deutschland" von Eisner, daß er „sich von wechselnden Strömungen und Stimmungen zu zweideutigem Reden und Auftreten bestimmen ließ." (S. 22.) Nach diesem Urteil Foersters halte ich die Annahme nicht für unberechtigt, daß Eisner eine solche zweideutige Haltung, die ihn zu einer Fälschung befähigt hätte, einnehmen konnte, wenn es sich um die Verfolgung der alten Regierung handelte.

Der Sachverständige verliest aus der Mantelnote und dem Ultimatum **den Urteilsspruch der Entente**: „Die Regierenden Deutschlands haben, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa erstrebt", haben getrachtet „ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren" und „Deutschland zum absoluten Herrscher im Osten und Westen zu machen". Die Furcht der Führer Deutschlands, es möchten ihre Pläne der Weltherrschaft durch die wachsende Flut der Demokraten zunichte gemacht werden, führte sie dazu ... „Europa in einen Weltkrieg zu stürzen", ... der „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Völker gewesen ist, welche eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat, ... während die westlichen Nationen bestrebt waren, an die Stelle der Rivalität in internationalen Angelegenheiten Freundschaft zu setzen und den Grundstein zu einer reinen Aera zu legen, in welcher alle Nationen freundschaftlich an der Leitung der Geschäfte der Welt zusammenwirken sollten." Man muß diese Anklage in ihrer Ungeheuerlichkeit im Auge behalten, wenn man über die Frage der Kriegsschuld urteilt. Ich finde, einer solchen Anklage gegenüber kann nicht davon die Rede sein, wieviel Prozent Schuld auf diese oder jene Macht fällt, oder in welchem Verhältnis die etwaigen Anteile der Schuld Rußlands, Frankreichs, Englands oder Deutschlands zueinander stehen. Diese Rechnung ist darum unmöglich, weil die ungeheuerliche Beschuldigung dahin geht, daß Deutschland die Weltherrschaft erstrebt und zu diesem Zwecke mit Bewußtsein den Weltkrieg vorbereitet und herbeigeführt habe. Diese Frage kann so, wie sie lautet, nur mit **ja** oder **nein** beantwortet werden, aber nicht durch Abwägung einer Prozentzahl von Schuld.

Wie verhalten sich nun die historischen Tatsachen zu den Beschuldigungen?

In den deutschen Akten stehen nicht nur die Erlasse, die Berichte und die Aufzeichnungen der deutschen Politik, sondern in ausgebreiteter Fülle ist aus den Berichten unserer Botschafter und Gesandten, auch aus dem Munde der fremden Diplomaten die gegnerische Politik in ihrer Tendenz und in ihren Motiven ersichtlich.

Es hat niemals, um mit Frankreich zu beginnen, einen französischen Präsidenten, Premierminister oder Außenminister gegeben, der den Frankfurter Frieden und die Grenzen, die er zog, anerkannt hätte.

Es gab keinen französischen Staatsmann, so friedselig sich auch manche gaben, der den Mut gehabt hätte, der im französischen Volke lebendigen

Idee der Revanche

zu widersprechen; im Gegenteil alle französischen Staatsmänner, wenn sie um ihren Sitz im Kabinett oder um ihre Majorität in der Kammer besorgt waren, haben an den Geist der Revanche appelliert, um ihr Schiff weitersteuern zu können. Es gab kurze Perioden in den 80er und 90er Jahren, in denen eine ausgesprochene Annäherungstendenz der französischen Regierung an die deutsche vorhanden war. Aber die Akten machen vollkommen durchsichtig, daß diese Tendenz der Annäherung und die ausgesprochene Friedfertigkeit französischer Staatsmänner diktiert war durch aktuelle Bedürfnisse der französischen Kolonialpolitik in Afrika, in Aegypten oder in Ostasien, so daß sie genötigt waren, eine Zeitlang den Revanchegedanken zurückzustellen und an die Unterstützung Deutschlands zu appellieren, hauptsächlich in der Ten-

Digitized by Google

denz, Deutschland gegen England vorzuschieben, dadurch die Position Frankreichs zu stärken und gleichzeitig das gute Verhältnis zwischen England und Deutschland zu stören. Man wird in die Lineatur dieser Jahrzehnte die Fieberkurve des französischen Revanchewillens einzeichnen können. Sie geht niemals unter die Fiebergrenze herunter. Auch in der friedfertigen Zeit war erhöhte Temperatur vorhanden. Der zäheste Kriegswille auf der ganzen Welt, der aggressive Wille Frankreichs erstreckte sich auf ein verhältnismäßig kleines Objekt, den schmalen Landstreifen Elsaß-Lothringen. Wenn man damit die weiten Kriegsziele Rußlands vergleicht und die uferlosen Pläne der englischen Weltherrschaft, so erscheint der französische Kriegswille als eine spirituelle Leidenschaft, deren Charakter sich darin erweist, daß sie, nachdem das Ziel des Kriegswillens, die Rückeroberung dieser Provinzen erreicht ist, offenbar nicht gesättigt ist, sondern noch in gleicher Stärke bei dem Sieger fortbesteht.

Die Politik Rußlands ist aus den deutschen Dokumenten deshalb so leicht ersichtlich, weil die russischen Staatsmänner äußerst offenherzig zu sein pflegten. Wenn der französische Angriffswille wie hypnotisiert auf das Loch in den Vogesen starrte, so war die Phantasie der russischen Zaren auf das Schlüsselloch und den

Hausschlüssel des russischen Reiches,

auf die Meerengen gerichtet. Es wäre aber unrichtig, in dieser Einstellung allein die Erklärung des russischen Kriegswillens zu suchen. Allerdings die Meerengenfrage entsprang aus der großen natürlichen Tendenz des mächtigen Körpers des russischen Reiches, überall einen offenen Zugang zu den Meeren zu erlangen. Zwischen diesen Zugängen aber dehnten sich die unermeßlichen Festlandsphären, in die der russische Expansionswille unaufhaltsam einströmte. So oszillierte die Spitze des russischen Angriffswillens von den Meerengen aus nach Kleinasien, Armenien, Persien, Afghanistan, Tibet und Ostasien. Nach der Europaseite aber rückte die Spitze des Angriffswillens langsam von Jahrzehnt zu Jahrzehnt von den Meerengen aus vor, wie der Zeiger einer Uhr, die von einem schweren Gewicht gezogen wird. 1871 Pontusvertrag, 1876/77 Ostbalkan, in den Zeiten des Battenbergers und des Koburgers in den 80er und 90er Jahren der Ostbalkan, 1908 Bosnien und Herzegowina, in den Balkankriegen der Plan der Zertrümmerung Österreichs, bis endlich der Zeiger der Uhr die Spitze des russischen Angriffswillens feststeht in der Richtung auf das Brandenburger Tor. Das Gewicht, das den Zeiger unaufhaltsam vorrücken machte, war der Panslawismus. Die ursprüngliche kaiserliche Politik Rußlands war das Dreikaiserbündnis und die Erhaltung der traditionellen Freundschaft mit Deutschland. Es ist merkwürdig zu verfolgen, wie sich in den Direktiven der russischen Politik sich im Laufe der Jahrzehnte eine allmähliche Wandlung von der zarischen zur panslawistischen Politik vollzog.

Nun zu England. So eindeutig die französische Politik, so offenherzig die russische Politik war, so zweideutig und zurückhaltend ist zu allen Zeiten die englische Politik gewesen. Das Verhältnis Englands zu den Kontinentalmächten ist immer ein zufälliges gewesen, denn es war bestimmt durch die außereuropäische Expansion des britischen Reiches.

Englands Zufallspolitik

kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß in der Bismarckschen Epoche England auf Seite der Mittelmächte stand. In dieser ganzen Zeit war England durch seine afrikanischen, besonders durch seine ägyptischen Interessen genötigt, sich an der Seite der Mittelmächte zu halten. Der scharfe Gegensatz zu Frankreich war für Deutschland ein außerordentliches Verbindungselement. England war zum stillen Teilhaber des Dreibundes geworden. Das Expansionsgebiet Englands ist so unermeßlich, daß man, um zu wissen, was England will, immer nur den jeweils gegebenen Zeitpunkt ins Auge fassen kann. Diese Eventualpolitik von heute auf morgen hatte immer große, aber stets veränderliche Ziele. Fürst Lichnowsky ist der Meinung, weder die Flotten- noch die Handelsrivalität allein habe England in den Krieg geführt. Wenn dies wahr ist, müßte man fragen, was sonst denn England in den Krieg geführt. Alle große Politik ist Territorialpolitik. England wollte die gewaltige Landbrücke zwischen Indien und Afrika erobern, die Trace für die Eisenbahn Kap-Kairo-Kalkutta in Afrika. Schon Bismarck sprach von der afrikanischen Monroe-Doktrin Englands: „Afrika den Engländern". Der Raub der deutschen Kolonien ist ein gewaltiger Schritt zu diesem Ziel. Was in Afrika noch bleibt, sind portugiesische und belgische Kolonien, die von der Gnade Englands abhängig sind, und als einzige Pièce de résistance das französische Kolonialreich. Man kann ja schließlich nicht die ganze Welt auf einmal erobern. England braucht Trockenwohner für die Erweiterungsbauten seines Weltreiches. Es liegt in der Natur des Wasserkontinents, alle Küsten zu unterspülen und zu überfluten. Die These: die stärkste Macht des Kontinents ist der geborene Feind Englands, ist nur ein Spezialfall der allgemeinen These. England als Wasserkontinent ist der geborene Feind aller Landkontinente.

Vor dem Kriege nannte alle Welt Wilhelm II. den Friedenskaiser. Niemand zweifelte, daß Deutschland durch Jahrzehnte Europa den Frieden erhalten hat. Warum liest man es nach dem Kriege anders? Auch Bismarck hat jetzt schon den Weltkrieg vorbereitet! Ich stehe nicht an zu sagen: Die sechs Bände Bismarckscher Dokumente, Aufzeichnungen und Diktate sind eine Pazifistenbibel. Professor Foerster kann sie ruhig auf seinen Hausaltar legen. Freilich sind sie nicht das, was man gemeinhin Pazifismus nennt, heuchlerische Völkerbunds-

Digitized by Google

beschlüsse u. dgl. Mit solchem Pazifismus hat Bismarck nichts zu tun. **Wenn man Pazifismus nennen kann, die unermüdliche Arbeit eines Staatsmannes, der die ganze ungeheure Macht, die in seinen Händen liegt, und die ganze ungeheure Kraft seines Genies nur dazu anwendet, Europa den Frieden zu erhalten, dann war Bismarck Pazifist.**

Die Friedenspolitik Bismarcks ist, wenn auch dogmatisch erstarrt, das Grundgesetz der Politik seiner Nachfolger geblieben, samt den Dogmen von der Erhaltung Oesterreichs um jeden Preis, der traditionellen Freundschaft zu Rußland und der guten Beziehungen zu England. Es gibt etwas wie Tragik in der Weltgeschichte. Wir sind nicht für eigene Interessen in den Krieg gegangen, es sei denn, um unsere Existenz zu erhalten.

Wenn man dokumentarischen Beweisen, wie sie für die Aera 1871—1914 der Welt vorliegen werden, überhaupt Glauben schenken will, so erkläre ich:

In dem gesamten Aktenmaterial des Auswärtigen Amtes gibt es keinen Schatten eines Beweises für die Schuld, die uns von der Entente zugeschrieben wird: für die Absicht, unsere Nachbarn zu überfallen, die Suprematie in Europa zu erlangen, die Weltherrschaft an uns zu bringen. Ich glaube, die Nachwelt wird ein hartes Urteil sprechen über die leichtfertige Beschuldigung, die gewissenlose Unterschlagung jeder Untersuchung, die frivole Begründung und die bewußte Unwahrhaftigkeit eines Urteilsspruches, der ein moralisches Weltgericht affektiert, um Habsucht und Rachsucht zu verhüllen.

Um nach dieser Abschweifung, die doch zum Thema gehört, zu der Frage zurückzukehren, die dem Prozeß zu Grunde liegt, so kann ich angesichts der Verantwortung gerade derer, die in ihrem Beruf als Politiker oder Journalisten über die Frage der Kriegsschuld zu urteilen haben, nichts anderes sagen, als daß ich die Eisnersche Veröffentlichung als eine bewußte und absichtliche Fälschung ansehen muß.

Ministerialdirektor Dr. Ernst v. Müller

sagt aus, daß unter den jetzt gefundenen politischen Berichten des zweiten Halbjahres 1914 auch eine Abschrift des Schoenschen Berichtes war. Vormerkung: in Eisners Wohnung gefunden. Unterschrift: von Schoen.

R.-A. Dr. **Löwenfeld** bestreitet die Möglichkeit, daß der „Temps" vorzeitig von den Bürstenabzügen der „Morgenpost" ein Exemplar erhalten hat.

Professor **Cossmann**: Ist es möglich, daß von einem gestohlenen Dokument, denn um ein solches handelt es sich hier, Dr. Löwenfeld mit solcher Sicherheit sagen kann, niemand sei in der Lage gewesen, eine Abschrift nach Paris zu schicken, wenn Dr. Löwenfeld das gestohlene Dokument nicht selbst hat?

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Es steht nicht fest, ob das Dokument gestohlen ist. Es steht lediglich fest, daß es sich nicht bei den Akten befindet. Ob es gestohlen ist, wer bzw. welche politische Richtung es gestohlen hat, steht — das möchte ich deutlich betonen — nicht fest. Ich wäre selbstverständlich nicht in der Lage, einen Dieb zu verhindern, etwas an den „Temps" zu schicken. Darum handelt es sich aber nicht, sondern darum, ob von uns oder uns nahestehender Seite die „vorzeitige" Veröffentlichung, die ich nicht als vorzeitig anerkenne, im „Temps" mittelbar oder unmittelbar gefördert wurde. Wer das behauptet, ist ein niederträchtiger Verleumder.

Das Gericht geht nunmehr zur

Verlesung von Gutachten

über, die von Autoritäten des Auslands erstattet worden sind. Soweit diese Gutachten nicht in deutscher Sprache abgefaßt sind, liegen amtlich beglaubigte Uebersetzungen vor.*)

Rechtsanwalt Dr. Hermann Harris Aall

Mitglied der neutralen Schuldkommission in Kristiania

„Es scheint somit nicht möglich zu sein, sich der Auffassung zu verschließen, daß der Verfasser der betreffenden Veröffentlichung wissentlich sich einer Fälschung der Gedanken des Dokuments schuldig macht, das er beansprucht, zu veröffentlichen, um die Wahrheit in der Welt zu fördern."

Dr. Adolfo Bonilla y San Martin

Professor an der Universität Madrid

„Da ich gefragt wurde über den Sinn der in der „Bayerischen Staatszeitung" (26. November 1918) unter dem Titel „Urkunden über den Ursprung des Krieges" erschienenen Wiedergabe des Briefes, angeblich geschrieben am 18. Juli 1914 vom Grafen Lerchenfeld, dessen Original in facsimile mir vorgelegt wurde, habe ich kein Bedenken, zu behaupten, daß meiner Meinung nach **die erwähnte Wiedergabe zweifellos unvollständig ist, und daß die weggelassenen Sätze außerordentlich wichtig sind, so daß der Leser, der sie nicht kennt, keinen genauen Begriff des Gedankenganges des Verfassers haben kann."**

Fredrik Böök

Professor an der Universität Lund, Schweden

„Diese bewußte Veränderung des Dokumentes ist als Fälschung zu bezeichnen. Die von Eisner bewerkstelligte Publikation machte zu ihrer Zeit in Schweden einen großen Eindruck und wurde von deutschfeindlicher Seite vielfach ausgenutzt."

Ernesto Quesada

Professor an der Universität und Generalstaatsanwalt in Buenos Aires

Ich bin mir der diplomatischen schlechten Sitte bewußt, aus politischen oder anderen Gründen

*) Es werden überwiegend nur die Schlußfolgerungen aus den Gutachten mitgeteilt.

Digitized by Google

einen Text nur teilweise zu veröffentlichen: eine Sitte, die von jedem strengen Historiker peinlich empfunden wird, da in solchen Fällen spätere Vergleiche der veröffentlichten Texte und der Originale stets empfindliche Entstellungen im Sinne des Originaldokuments ergeben können. Ich bin mir weiter bewußt, daß der Forderung, weggelassene Stellen durch .... anzudeuten, häufig nicht entsprochen und daß die öffentliche Meinung dadurch irregeführt wird.

„In der „Bayerischen Staatszeitung" sind die weggelassenen Stellen nicht entsprechend kenntlich gemacht. Der Leser muß unwillkürlich annehmen, den Originaltext zu lesen, während die Weglassung den Sinn eben dieses Originaltextes auf eine Weise ändert, daß ganz automatisch eine Irreführung, eine Fälschung der öffentlichen Meinung eintritt."

Professor J. Versluys*)

Hilversum (Holland)

„Meiner gewissenhaften Ueberzeugung nach war es vollkommen berechtigt und zutreffend, wenn man die Kürzungen der Note in der Wiedergabe der „Bayerischen Staatszeitung" als eine Fälschung derselben gekennzeichnet hat."

Professor Thomas Hall

von der Columbus-Universität in New-York, z. Zt. an der Universität Göttingen

„Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ist es dann nicht zu leugnen, daß durch wohlüberlegte Auslassungen eine Irreführung des Leserkreises in Bezug auf den Inhalt einer wichtigen Urkunde beabsichtigt worden ist. Für eine solche Handlungsweise ist „eine geschichtliche Fälschung" kein zu harter Ausdruck. Weder Mangel an Raum noch ein angegebener Zweck ist eine genügende Entschuldigung für diese Art, den Stoff zu behandeln, zumal in einem Bericht, der vorgibt, „Urkunden" über bestimmte Tatsachen zu veröffentlichen. Auch Verdrehungen durch Mißverständnis des Inhalts oder durch unbewußte Voreingenommenheit des Berichterstatters scheinen ausgeschlossen zu sein, denn der Sinn und der Inhalt der Urkunde ist zu deutlich und zu wenig mißverständlich, um diese Erklärung wahrscheinlich zu machen. **Es bleibt nur übrig, anzunehmen, daß man durch die mangelhafte Wiedergabe einer Urkunde einen falschen Eindruck von der Urschrift auf den Leser machen wollte und „Fälschung" wäre in diesem Falle die einzige richtige Bezeichnung für diese Handlungsweise."**

Professor Sidney B. Fay

vom Smith College in Northampton, Massachusetts, Abteilung f. Geschichte und Staatsrecht

gibt seine Meinung dahin kund, daß die Veränderung in Bezug auf die Meinung und die Natur des v. Schoenschen Berichts als ein „Fälschung" des Originaldokumentes angesehen werden muß. Es handelt sich hierbei nicht um „forgery" im Sinne des amerikanischen Rechts und nach meiner schwachen Kenntnis der Bedeutung des Wortes „Fälschung" bin ich auch im ungewissen darüber, ob dies als eine „Fälschung" zu betrachten ist oder nicht.

Dr. Albert Frhr. v. Lumbroso

Leiter der Société des Documents Diplomatiques, Herausgeber der Rivista di Roma

„Es kann niemand, wenn er in treuem Glauben spricht oder schreibt, in Abrede stellen, daß es sich um eine Fälschung handelt, deren Absichten, Zwecke und Methode übrigens offensichtlich sind.

Dies ist das, was ich mich verpflichtet gehalten habe, Ihnen nicht allein zur Ehre der Wahrheit, sondern auch im Hinblick auf die Bedeutung zu erklären, die man in Frankreich, sowohl seitens der Regierung wie der öffentlichen Meinung dem am 26. November 1918 veröffentlichten „Bericht" böswilligerweise zugeschrieben hat."

Dr. M. Boghitschewitsch

früherer serbischer Geschäftsträger in Berlin

„Die verstümmelte Wiedergabe eines gar nicht vom Grafen Lerchenfeld verfaßten Berichtes kann keineswegs als harmlose Kürzung bezeichnet werden. Durch die Bezeichnung eines anderen Verfassers und durch Weglassung sachlich wesentlicher Teile des Berichtes, wiewohl ziemlich Unwesentliches darin belassen wurde, darf von einer Fälschung zu politischen Zwecken wohl gesprochen werden; schon durch die Gesamtveröffentlichung der beanstandeten Stelle wird ein gut Teil ihrer anscheinenden Schärfe genommen. In dieser Auffassung werde ich durch die Publikation der Telephonmeldung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914 bestärkt, in der Eisner die wichtigen Worte „gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands in Wien" einfach weggelassen hat; dadurch wird ein ganz falsches Bild dieses von der Gegenseite weidlich ausgenützten Situationsberichtes gegeben."

Captain E. N. Bennett, London

Mitglied der englischen Arbeiterpartei

Ich habe den Artikel in der „Bayerischen Staatszeitung" (26. 11. 18) betitelt „Urkunden über den Ursprung des Krieges", wie auch den Bericht des Legationsrates v. Schoen (nicht des Grafen Lerchenfeld, wie die „Staatszeitung" angibt) sorgfältig gelesen. Mein wohlerwogenes Gutachten geht dahin, daß **der Zeitungsartikel ein überlegter Versuch ist, durch Auslassung sehr wichtiger Stellen in dem Bericht die Leser irrezuleiten und den vollständigen und wirklichen Sinn des Berichtes unrichtig wiederzugeben. Er kann daher mit Recht eine absichtliche Fälschung genannt werden.**

*) Professor Versluys, der sich um die Aufklärung in der Schuldfrage große Verdienste erworben hat, ist nicht, wie an anderer Stelle irrtümlich angegeben wurde, Mitglied der neutralen Schuldkommission.

Digitized by Google

Joseph King
Mitglied der englischen Arbeiterpartei in London

Ich habe die Dokumente (in der gedruckten Form) und besonders den Bericht des Herrn v. Schoen, wie er in der Veröffentlichung der Kurt-Eisner-Regierung über den Ursprung des Krieges gebraucht wurde, sorgfältig studiert. **Die Abänderungen und Auslassungen in von Schoens Bericht, wie er hier veröffentlicht wurde, erscheinen mir ganz ungerechtfertigt, darauf berechnet, das Publikum irre zu leiten und auf eine überlegte Fälschung hinauslaufend.**

Edouard Dujardin
Professor an der Sorbonne in Paris

„Offenbar habe ich meiner Eigenschaft als Historiker und Professor der Religionsgeschichte die Ehre zuzuschreiben, daß ich die Aufforderung erhielt, mein Gutachten über die Frage abzugeben: Können die Auslassungen, die in der Veröffentlichung des Berichtes des Herrn von Schoen in der „Bayer. Staatsztg.“ vom 26. November 1918 vorgenommen wurden, als „Fälschungen“ bezeichnet werden? Ich habe die Texte in dem gleichen kritischen Geiste und mit der gleichen Objektivität geprüft und studiert, als ob es sich um alte, aus dem Staub der Archive wieder ans Licht gebrachte Dokumente gehandelt hätte, und ich bin heute in der Lage, Ihnen meine Meinung ohne das geringste Zögern mitzuteilen.

Es kann mehrere Arten von Fälschungen geben, wie es mehrere Arten von Lügen gibt. Es gibt die unbedachte (unüberlegte) Lüge eines Gassenbuben, der die Wirklichkeit der ihm zur Last gelegten Handlung leugnet; es gibt die ausgeklügelte (wohlüberlegte) Lüge eines Escobar, der mit zweideutigen Mitteln und ohne etwas der Wahrheit geradezu Widersprechendes zu behaupten, den Glauben erweckt, daß das, was ist, nicht ist. Niemand wird zweifeln, daß die zweite Lüge unendlich gefährlicher und unendlich strafbarer ist als die erste.

Nach vollständiger Wiedergabe aller Stellen des Berichtes des Herrn v. Schoen, die die Mitwirkung der deutschen Regierung bei der Note, die an Serbien gerichtet werden sollte, betreffen, hat die Person, die den Bericht des Herrn v. Schoen in der „Bayer. Staatsztg.“ veröffentlichte, neben anderen Stellen nicht gewissen diplomatischen Wortkram ausgelassen — dessen Auslassung hätte sich allenfalls verstehen lassen —, sondern gerade die wesentlichen Stellen, wo die deutsche Regierung als entschlossen dargestellt war, einerseits den Konflikt zu lokalisieren und anderseits sich jeder Mobilmachung ihrer Truppen zu enthalten und auf Oesterreich einzuwirken, daß dieses sich einer Gesamtmobilmachung enthalte.

Diese Person hat also nicht die Fälschung begangen, die darin bestände, ein Wort zu verändern; aber sie hat jene unendlich schwerere begangen, die darin besteht, den Sinn eines Zeugnisses zu fälschen, indem man einen wesentlichen Teil davon ausläßt. Das ist nicht die unbedachte Lüge eines Gassenbuben; das ist die Betrügerei eines Escobar.

Zusammenfassend ist meine Ansicht die, daß der Text, so wie ihn die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht hat, eine der offenkundigsten und ruchlosesten Fälschungen der Geschichte ist.“

In der Nachmittagssitzung vom Mittwoch verliest Prof. **Cossmann** zunächst mehrere Aeußerungen Eisners über seine Dokumenten-Veröffentlichung im Arbeiter- und Soldatenrat vom 28. und 30. November 1918. Z. B.: „Ich habe damit jedem, der lesen kann, jedem der ehrlich ist, bewiesen, wie eine verbrecherische Horde von Menschen den Krieg inszeniert hat, wie man ein Theaterstück inszeniert. Dieser Krieg ist nicht entstanden, er ist gemacht worden.“ Am 18. November 1918 sagte Eisner zum Arbeiterrat Neustadt a. H., die Entente werde sie nicht hungern lassen. Dagegen erklärte er auf einer Soldatenratstagung am 30. November 1918: „Ich war es, der durchgesetzt hat, daß zu Gunsten der Pfalz die weitestgehende Hilfeleistung organisiert wird.“

In den von Eisner 1901 herausgegebenen Kulturglossen „Taggeist“ heißt es: „Was schon seit dem Tage, da die Kaiserin Friedrich in Paris der gemeinen Beschimpfung einer pöbelhaften Boulevardpresse sich aussetzen mußte, dem Einsichtigen wider allen Wunsch klar sein mußte, hat der Züricher Kongreß aufs neue bekräftigt. Frankreich ist die eigentliche Gefahr für die Existenz Europas. Es ist russischer als Rußland. Der Zarismus beherrscht in Rußland nur die Regierung, in Frankreich das Volk. Am Chauvinismus Frankreichs wird der Fortschritt Europas scheitern. Möglich, daß einmal mit dem russischen Zarismus die Nihilisten fertig werden, das französische Russentum werden die Sozialisten schwerlich überwinden.“

Ferner verliest Cossmann Aeußerungen Eisners, die beweisen, daß er bis an sein Lebensende der bayerischen Regierung keine doppelte Buchführung vorgeworfen hat:

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 22. November 1918 berichtet über eine Unterhaltung Eisners mit ausländischen Journalisten. Es heißt dort: „Seine persönliche Auffassung der Schuldfrage erörterte der Ministerpräsident freimütig in dem schon mehrfach wiedergegebenen Sinne, wobei er aber nicht verfehlte, die ganze Schwere der Verantwortung dem verhältnismäßig kleinen Kreise von Militärs und der am Kriege interessierten Schwerindustrie, sowie den Alldeutschen aufzubürden. Das deutsche Volk trage keine andere Schuld als

Digitized by Google

höchstens die, daß es sich stets als zu unpolitisch erwiesen habe. Aus seiner bisherigen Kenntnis der Dinge hat Eisner die Ueberzeugung gewonnen, daß in Bayern auch die leitenden Stellen vom Kriege völlig überrascht worden seien und keinesfalls die Mitverantwortung trügen. Auch Kronprinz Rupprecht hat den Krieg entschieden nicht gewollt."

In der „Bayerischen Staatszeitung" vom 27. November 1918 heißt es unter der Ueberschrift: Der Ministerpräsident im Berliner Vollzugsrat über Bayern: Die Archive, welche ich im Ministerium des Aeußern fand, sagte der Ministerpräsident, zeigen deutlich, daß Bayern an der preußischen Kriegspolitik unschuldig ist.

Weiter ist hervorzuheben, daß Eisner auch auf dem Sozialistenkongreß in Bern im Februar 1919 damals für ein selbständiges Bayern eingetreten ist.

Ferner verliest Cossmann Zeitungsäußerungen, die für die Mitwirkung Fechenbachs an der Fälschung von Interesse sind:

In der „M. Morgenpost" vom 28. Juli 1921 ist unter der Ueberschrift „Der große Betrug" eine längere Erklärung von Fechenbach enthalten, in der es u. a. heißt: „Wie sich der Vorgang (mit der Abfassung des Auszuges aus dem Schoenschen Bericht) abgespielt hat, ist bereits vor rund zwei Jahren im „Kampf" dargelegt worden. „Wir können authentisch mitteilen, daß nicht, wie man vielfach annimmt, die Umgebung Eisners die Kürzungen des Berichtes vorgenommen hat. Es war vielmehr Eisner selbst, der an der Hand des Originals den Bericht direkt in die Schreibmaschine diktierte. Dabei hat sich folgender Meinungsaustausch abgespielt: Die den Bericht nach Diktat niederschreibende Persönlichkeit sagte zu Eisner: Wäre es nicht besser, den Bericht gleich ganz zu bringen, worauf Eisner antwortete: Der ist ja viel zu lang, die Presse leidet sowieso an Papiernot."

Am 29. Juli 1921 schrieb Fechenbach in der „Morgenpost": „Im November 1918 auf einer Dienstreise nach Berlin begann Eisner die Durcharbeitung der Münchner Akten und in Berlin in den Räumen der bayerischen Gesandtschaft diktierte er mir jenen von Prof. Alex. v. Müller als Fälschung bezeichneten Bericht in die Maschine. Kurz nach Eisners Diktat erschien der Chefredakteur des „Berliner Tageblattes", Theodor Wolff, auf telephonischen Anruf Eisners und erklärte sich nach einer kurzen Unterredung bereit, den Gesandtschaftsbericht zu veröffentlichen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die nur auszugsweise Wiedergabe des Gesandtschaftsberichtes auf diese Unterredung zurückzuführen ist. Denn Kurt Eisner erklärte mir, nachdem Theodor Wolff weggegangen war, auf meine Frage, warum der Bericht nicht wörtlich veröffentlicht werde: Der ist ja viel zu lang, die Presse leidet ja sowieso an Papiernot. Meine eigene Tätigkeit beschränkte sich bei der Veröffentlichung lediglich auf die eines Stenotypisten. Es muß daher als Verleumdung zurückgewiesen werden, wenn man mich in einen anderen Zusammenhang mit der Veröffentlichung bringt." Hierzu hat nun Chefredakteur Th. Wolff eine Erklärung am 8. Aug. 1921 im „Berliner Tageblatt" erlassen, worin er bemerkt: „Als ich mich verabschiedete, nahm Eisner einige Blätter vom Tische, sagte, daß es Dokumente seien, die am nächsten Morgen durch die „Bayerische Staatszeitung" und das Amtliche Telegraphenbüro veröffentlicht werden würden — was dann auch geschah — und gab sie mir mit. Die Erklärung des Herrn Fechenbach, daß die Schriftstücke nach meinem Besuch zusammengestrichen worden seien, stimmt zu diesen Tatsachen nicht."

In der „M. Morgenpost" vom 21. Juli 1921 bringt Herr Fechenbach eine Erklärung in eigener Sache, in der es heißt: Wie sich der Vorgang abgespielt hat, ist vor 2 Jahren im „Kampf" vom 19. September 1919 dargelegt worden. Das ist urkundlich bewiesen, daß der Schoensche Bericht nicht gefälscht, sondern völlig sinngetreu gekürzt wurde und daß Kurt Eisner die Veröffentlichung ausdrücklich als einen Auszug bezeichnet hat, dem noch weitere Aktenstücke folgen sollen.

In seinen weiteren Ausführungen macht Professor Cossmann noch darauf aufmerksam, daß in der „Morgenpost" wie schon früher im „Kampf", von „einer Niederschreibenden" die Rede ist, der der Bericht diktiert worden sei, wonach also der gekürzte Bericht einer weiblichen Person diktiert worden wäre.

Prof. Cossmann verweist weiter auf eine Zeugenaussage des Herrn von Frauendorfer in dem Prozeß gegen den Metzger Lindner, der das Attentat auf Auer verübte. Herr v. Frauendorfer hat damals erklärt, er sei überzeugt, daß Eisner von Fechenbach unheilvoll beeinflußt wurde. So glaube er, daß Fechenbach der Oeffnung der Kuriermappe in Berlin wohl nahegestanden habe, wenn er sie nicht überhaupt veranlaßte. Derartige Sachen seien Fechenbach wohl zuzutrauen.

R.-A. Dr. **Löwenfeld**: Herr v. Frauendorfer hat einmal eine etwas unangenehme persönliche Auseinandersetzung mit Fechenbach gehabt. Er hat dann seine bis dahin nicht so ungünstige Meinung über Fechenbach revidiert.

Prof. **Cossmann** fährt fort: Die französische Zeitung „Le Journal" veröffentlichte am 29. April 1919 unmittelbar vor den Verhandlungen des Versailler Schuldspruches einen großen Artikel mit der Ueberschrift: „Was Deutschland gefordert haben würde von uns, wenn seine Heere siegreich gewesen wären." Der Artikel setzt sich zusammen aus dem Memorandum von Erzberger mit seinen annexionistischen Kriegszielen und der Dechiffrierung einer Depesche vom bayerischen Gesandten beim Vatikan Ritter; hierzu wird bemerkt, daß dieses Material dem Verfasser des Verfassers, Herrn René Payot, von Herrn Fehrenbach, Privatsekretär von Eisner, übergeben worden sei. Die beiden Dokumente sind bei einer Haussuchung bei Fechenbach gefunden worden.

Digitized by Google

Fechenbach: Ich will nicht auf den Grund zu sprechen kommen, der Prof. Cossmann veranlaßt haben wird, diesen Artikel zu verlesen. Der Artikel hat schon in einem früheren Aktenprozeß, in dem ich freigesprochen wurde, in München eine Rolle gespielt. In dem Prozesse wurde die Sache aufgeklärt. Es hat sich ergeben, daß die in dem Artikel aufgestellte Behauptung unrichtig ist. Es wurde festgestellt, wieso diese Akten noch in meinem Verwahr gewesen sind. Damals war die bayerische Regierung während der Räteregierung nicht in München. Ich hatte also keine Gelegenheit, die Akten ihr zurückzugeben. Als die Regierung wieder nach München kam, war ich bereits wieder in Schutzhaft. Die Akten waren in meiner Mappe mit anderen Schriftstücken auf meinem Schreibtische gelegen. Ich hatte keinerlei Absicht, sie irgendwie verschwinden zu lassen. Das Telegramm des Frhrn. v. Ritter aus Rom wurde von Eisner in verschiedenen Fällen in Versammlungsreden, wie auch in Interviews mit Pressevertretern wiederholt verwendet. Die Tatsache, daß die Depesche nicht im Wortlaut wiedergegeben ist, sagt schon, wie die Sache zusammenhängt. Ich habe sie dem Vertreter des „Journal" nicht gegeben.

Vorsitzender: Wie kommt Herr Payot vom „Journal" dann dazu, von Ihnen zu sprechen?

Fechenbach: Ich habe es mir damals so erklärt, das Telegramm Ritters ist noch zu Lebzeiten Eisners wiederholt zitiert worden. Die Denkschrift Erzbergers wurde bereits in den ersten Tagen des April veröffentlicht. Nachdem Payot mit seiner Mitteilung hinten nachhinkte, wollte er der Sache ein Relief geben, indem er es so darstellte, als habe ich ihm die Depesche selbst gegeben. **Payot habe also die Unwahrheit gesagt.**

Prof. **Cossmann**: Wir haben festgestellt, daß Payot im April 1919 in München gewesen ist.

Fechenbach: Ich weiß nicht, daß der Herr in München war. Ich kenne ihn nicht persönlich. Das Telegramm von Ritter hat auch Gandorfer vom Bauernrat gekannt. Das war nichts irgendwie Geheimes. Der Berichterstatter wollte die Sache nur als neu erscheinen lassen.

Prof. **Cossmann**: Darf ich bitten zu fragen, ob Herr Fechenbach etwas dazu getan hat, um diese Sache zu berichtigen? Auch im „Journal des Debats" vom 30. April wird sein Name angeführt. Die Veröffentlichung ist durch die Weltpresse gegangen, hat besonders in Italien wegen der Stellungnahme des Papstes Aufsehen erregt und, wenn ich richtig unterrichtet bin, zu gewissen Verwicklungen geführt. Immer war die Quelle Herr Fechenbach.

Fechenbach erklärt, daß er die französische Presse nicht lese und deshalb von der Veröffentlichung keine Kenntnis gehabt. Ich habe das erstemal davon gehört bei dem Prozeß, in dem ich freigesprochen worden bin.

Vorsitzender verliest nunmehr das Urteil, in dem Fechenbach von der Anklage, durch Beseitigung öffentlicher Urkunden ein Vergehen gegen die öffentliche Ordnung begangen zu haben, freigesprochen worden ist, vor allem deshalb, weil ein Beweis von der Unrichtigkeit seiner Darstellung nicht erbracht wurde.

Hierauf wird kurz vor ¾5 Uhr nachmittags des 5. Verhandlungstages die Beweisaufnahme geschlossen und in die Plädoyers eingetreten.

Dr. **Löwenfeld** beschäftigt sich zunächst mit der Frage, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht: Wie ist es mit der Kriegsschuld, welches ist der Stand der Kriegsschuld und wie soll man die Kriegsschuldangelegenheit behandeln. Es gibt heute keinen Zweifel mehr in allen Parteilagern, daß der Krieg von 1914/18, ehedem als ein Jungbrunnen der Völker von Vielen gepriesen, ein verbrecherischer und selbstmörderischer Wahnsinn gewesen ist. Die Kriegsschuldfrage aber ist erst zu einer Bewegung geworden, seitdem durch das Schulddiktat von Versailles die Alleinschuld Deutschland aufgebürdet worden ist, selbstverständlich in einer wahnsinnigen, äußerst zynischen und allen Grundsätzen der primitivsten Gerechtigkeit ins Gesicht schlagenden Weise. Erst von diesem Zeitpunkt an hat die Oeffentlichkeit ein tiefer gehendes Interesse an dieser Frage genommen.

Die Ursache, daß die Kriegsschuldfrage nunmehr eine Frage von brennendstem allgemeinstem Interesse geworden ist, ist die, daß die Konstruktion des Friedens von Versailles gegenüber den bisherigen Friedensschlüssen etwas Neues ist. Während man es bisher als selbstverständlich angesehen hat, daß der Sieger seine Bedingungen diktierte nach dem Grundsatz „Wer die Macht hat, hat das Recht", so hat diesmal der Verband der siegreichen Staaten, wenn auch in einer äußerst primitiven und durch die Ausführung bis zur Unkenntlichkeit verzerrten Weise den Gedanken des Rechtsfriedens aufgebracht. Zum ersten Male wurde ausgesprochen, daß für den Frieden nicht die Frage entscheidend sei, wer Sieger oder Besiegter ist, sondern wer schuldig oder unschuldig ist. Dieser Gedanke muß auch der Ausgangspunkt bleiben, wenn man die Revision des Friedensvertrages durchsetzen will. Die Wiederaufnahme der Schuldfrage kann nicht auf Grund einseitiger Behauptungen oder Lügen erfolgen, sondern auf Grund der Tatsachen, die seit dem Friedensschluß festgestellt worden sind. Man muß die andern auf ihren selbst ausgesprochenen Grundsatz, daß nicht mehr Gewalt entscheidend sein soll, sondern das Recht, festlegen, man muß fordern, daß sie dem Rechte nicht nur mit dem Munde, sondern auch tatsächlich Geltung verschaffen.

Diese grundsätzlichen Erwägungen vorausgeschickt, darf man sagen, daß die Kriegsschuldfrage in den verschiedensten Ländern unter den verschiedensten Gesichtspunkten behandelt worden ist. Die Meinungen über den Haupt- und General-

Digitized by Google

grund, der den Krieg herbeigeführt hat, gehen weit auseinander Sachverständiger Dr. Fischer ersieht in der russischen Mobilmachung, Geheimrat Delbrück in dem alten Gegensatz zwischen Rußland und Oesterreich, in den Balkanfragen, auf der Seite der Entente ersieht man weder in Oesterreich noch in Rußland den Kriegsschuldigen, sondern allein in Deutschland durch seine überflüssige Kriegserklärung an Rußland. Wieder andere halten den Weltkrieg mit dem Mord von Serajewo für unvermeidlich, wieder andere mit der Besprechung am 5. Juli in Potsdam, wo Deutschland Oesterreich die unbedingte Bündnistreue zusicherte, wieder andere mit dem Ultimatum Oesterreichs an Serbien usw. So viele Köpfe, so viele Meinungen gibt es in dieser Frage. Es gibt auch Leute, die die Kriegsursache hauptsächlich aus psychologischen Gründen erklären, wie es z. B. Prof. Karo getan hat. In der Frage, ob man den Krieg hätte lokalisieren können, herrschen unter den Sachverständigen ebenfalls große Meinungsverschiedenheiten. Man darf wohl das Eine sagen, jede dieser Ansichten mag richtig sein, aber keine ist es für sich allein. Bei diesem Tatsachenkomplex kann man nicht sagen, daß eine oder wenige Ursachen den Krieg herbeigeführt oder verhindert haben. Das entbindet jedoch die Mitwelt nicht, alle diese Tatsachen nach Möglichkeit im Auge zu behalten. Hier fehlt es Deutschland in bedauerlicher Weise. Die Aktenpublikationen über die Entstehungsursachen des Krieges sind keineswegs Gemeingut der Oeffentlichkeit. Man begnügt sich, sein politisches Urteil aus den Zeitungen zu erholen. Hierin ersehe ich eine der Hauptquellen des Krieges, aber nicht nur in Deutschland allein.

Dr. Löwenfeld kommt dann auf den Ausspruch Kurt Eisners, daß es die historische Schuld des deutschen Volkes gewesen sei, seine Regierung nicht früher beseitigt zu haben; er bezeichnet ihn als Phrase, denn eine derartige Beseitigung sei nicht nur eine Frage des Wollens, sondern auch der Macht.

Es ist unmöglich, daß die Frage der Kriegsschuld hier geklärt werden kann, es können nur Ausschnitte, die allerdings für die Belehrung und für das Neuwissen außerordentlich wertvoll sind, gebracht werden. Mein Mandant sträubt sich gegen solches neues Wissen ebenso wenig wie dies Kurt Eisner getan haben würde. Erörterungen, wie sie hier gepflogen wurden, können jedoch nie zur Einigung führen, wenn sie nicht von gemeinschaftlicher Basis ausgehen. Während Dr. Lepsius die Frage, ob der Deutschland vorgeworfene Militarismus wirklich existiert hat, verneint, bejaht Dr. Löwenfeld diese Frage und führt hiefür verschiedene Beispiele an, die Erziehung in der Schule, die gesellschaftliche und staatliche Organisation usw. Solange ein Staat die Idee ablehne, daß man Verwicklungen anders lösen könne, als durch Gewalt, sei er militaristisch.

Kurt Eisner sei bei der Beurteilung dieser Fragen ausgegangen von der Politik, die die sozialistische Internationale proklamiert hat, er ließ sich von den Grundsätzen leiten, Karl Marx festgelegt hat. Der große Irrtum, den Kurt Eisner begangen habe, sei der gewesen, daß er glaubte, daß, als ihm die politische Revolution gelungen ist, ihm auch die soziale Revolution gelungen sei. Eisner war ein Mann von fanatischer, religiöser pazifistischer Ueberzeugung. Als er nach dem Moment, da er seine Person und sein Leben in die Wagschale geworfen hatte, um diejenigen Personen, die nach seiner Ansicht für den Krieg verantwortlich waren, von den Spitzen in Deutschland zu beseitigen, gesehen hatte, daß ihm sein Werk, vielleicht zu seiner Ueberraschung, gelungen war, befand er sich in einem Rausch und glaubte, den sozialistischen Staat verwirklichen zu können. Er hat die Macht seiner Gegner unterschätzt. Diejenigen, die ihn mit Erfolg verhindert haben, seine Ideen zu verwirklichen, verdächtigen nunmehr seine Motive. Nach der Ansicht des Klagervertreters sind die Sachverständigen der Persönlichkeit Eisners nicht gerecht geworden. Seine eigene Meinung über Eisner habe der Prozeß nicht erschüttert.

In seinen weiteren Ausführungen bezeichnet der Klagevertreter die Grundfrage der Kriegsschuldfrage in praktischer Beziehung, die er also formuliert: War es möglich, war es zu erwarten, war es ein Wahn, war es ein Verbrechen oder war es sonst etwas, wenn jemand gehofft und gedacht hat, dieser Krieg könne lokalisiert werden auf Serbien und Oesterreich? Hier ist der Ausgangspunkt für den Schoenschen Bericht wie für die Fälschung.

Dr. Löwenfeld hält die Behauptung aufrecht, daß Graf Hertling den wesentlichen Inhalt des Ultimatums gekannt hat und zitiert eine Stelle aus den Hertling-Erinnerungen. Auch dessen Neffe, Legationsrat Brentano di Tremezzo, hätte als Zeuge darüber aussagen können. In seiner weiteren Darstellung bezeichnet er die Kriegserklärung Oesterreichs als einen Bluff, der nach Absicht der Oesterreicher der Gefahr einer Intervention dritter Mächte vorbeugen sollte. Ausführlich schildert er die Bemühungen des Deutschen Kaisers um die friedliche Beilegung des Konfliktes nach Eintreffen der serbischen Antwort. Es ist, fährt Dr. Löwenfeld fort, nach unserer Meinung so, daß Deutschland damals in den Krieg hineingetrieben ist. Man wollte Oesterreich die Gelegenheit zur sogenannten Lokalisierung des Krieges geben in Hoffnungen, die sich als Illusion erwiesen haben. Man hoffte, daß Rußland den Fürstenmord nicht billigen werde und hat die Mentalität der russischen Politik in der blutigsten Weise verkannt. Auf der anderen Seite hat man unbegreiflicherweise die Hoffnung gehabt, daß England im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich, Serbien, Rußland und Deutschland neutral bleiben könne, obwohl man schon 1912 sich im klaren war. Aus den Akten ergibt sich ferner, daß die Oesterreicher in der Schlamperei, die in diesem Staat klassisch gewesen ist, nicht

Digitized by Google

rechtzeitig dafür sorgten, dem dritten Bundesgenossen Italien das Gebiet anzubieten, das ihm nach Art. 7 des Dreibundvertrages zustand.

Das ist unsere Auffassung der Kriegsursachen. Ich verkenne dabei nicht, daß sie lückenhaft ist und sein muß, solange die Archive auf der anderen Seite nicht geöffnet werden. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß dieser Zeitpunkt nahe wäre.

Dr. Löwenfeld räumt ein, daß aktenmäßig ein Nachweis dafür, daß eine doppelte Buchführung bestand, nicht erbracht worden sei. Die Ansicht Eisners, daß im Auswärtigen Wahrheit und Klarheit geherrscht habe, sei falsch gewesen. Aber auch andere Männer seien grimmigen Irrtümern ausgesetzt gewesen.

Zur Frage des Briefes des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling, der von mir hier vorgelegt wurde, möchte ich sagen, da verschiedentlich die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht besser gewesen wäre, diesen Brief nicht zu veröffentlichen, daß ich mich nicht bemüht habe, ihn zu bekommen und daß es mir lieber gewesen wäre, ich hätte diesen Brief nie gesehen. Aber vom Standpunkte der Wahrheit aus fühlte ich mich verpflichtet, davon Kenntnis zu geben.

Ich komme nun zu der Frage, ob und inwieweit Kurt Eisner dadurch, daß er als Ministerpräsident den Schoenschen Bericht publizierte, sich einer Unwahrhaftigkeit im ethischen Sinne und einer Fälschung im technischen Sinne schuldig gemacht hat.

Dr. Löwenfeld zeichnet dann aus persönlichen Erfahrungen ein sehr sympathisches Bild von Eisner. Er habe vor allem in einem Rausch der Begeisterung gelebt, als sein Unternehmen geglückt sei.

Von dieser Würdigung der Persönlichkeit Eisners geht der Vertreter des Klägers dann zu einer Beantwortung der Frage über, wie Eisner dazu gekommen sei, ein diplomatisches Aktenstück in dieser Weise zu kürzen. **Dr. Löwenfeld gibt seine Meinung dahin ab, daß im objektiven Sinne hier ein Falsum vorliege, d. h. daß Eisner aus der Urkunde etwas anderes gemacht habe, als sie objektiv enthielt.** Die Kürzung konnte bei verschiedenen Leuten verschieden verstanden werden. Bei Leuten, die von vornherein von der deutschen Kriegsschuld überzeugt waren, konnte es zweifelhaft sein, ob ihre Meinung durch die Veröffentlichung noch verstärkt wurde. Wer mit offenen Augen den Bericht las, mußte sehen, daß er gekürzt war. Auch auf Graf Montgelas hätten die Lichnowsky-Denkschrift und der Mühlonbrief einen starken Eindruck gemacht. In seinem Gutachten aber hat Graf Montgelas die technisch-militärischen Momente zweifellos in ihrer Bedeutung überschätzt.

Der Klagevertreter versucht dann darzutun, daß es nicht auf die Zeitpunkte der Mobilisierung angekommen ist, sondern auf die Zeitpunkte, da die Absicht der Mobilisierung bekannt geworden ist, und verweist dabei auf Kautsky, der auf dem Standpunkt steht, daß die Reihenfolge der Mobilisierung ein falsches Bild gegenüber den Tatsachen gebe. Die Nachricht, die am 24. Juli aus Schabatz in Oesterreich eintraf, daß Serbien mobilisiert habe, war eine Tatarennachricht, von der es noch nicht festgestellt ist, ob die Fälscher auf österreichischer oder auf serbischer Seite zu suchen sind. Tatsächlich ist die serbische Mobilisierung erst am 25., nachmittags 3 Uhr, angeordnet worden und die Meldung kam um 7.55 Uhr nach Wien, als in Oesterreich die Mobilisierung bereits im Gange war.

Bezüglich der Mobilisierung ist unterschieden worden zwischen defensiver und offensiver Mobilisierung, zwischen berechtigter und unberechtigter Mobilisierung. Bei allen diesen Dingen handelt es sich um ein Werturteil. Man kann die österreichische Mobilisierung als berechtigt ansehen, wenn man auf dem Standpunkte des Geheimrates Delbrück steht, daß Oesterreich Serbien wegen der großserbischen Bestrebungen züchtigen mußte. Man wird die russische Mobilisierung als unberechtigt bezeichnen, wenn man annimmt, daß sein Eintreten für Serbien nur Heuchelei, nur eine Lumperei war, um das Ziel, die Dardanellen zu verdecken. Die einen Forscher bezeichnen das großserbische Ideal als das treibende Moment, während die anderen Forscher erklären, daß die wirtschaftlichen Schikanen Oesterreichs gegenüber Serbien der Ausgangspunkt für die großserbische Bewegung waren. Wenn Graf Montgelas der Ansicht ist, daß Eisner nur aus Unkundigkeit zu seiner Meinung über die an Italien zu gewährende Kompensation gekommen ist, so ist damit nicht gesagt, daß Eisner etwas anderes gemeint hat, als eine Kompensation auf Grund des Art. 7 des Dreibundvertrages. Dr. Löwenfeld bemerkt, daß er mit Geheimrat Delbrück, der der Meinung ist, der ermordete Thronfolger sei den Slawen besonders freundlich gesinnt gewesen, sich kaum verständigen könne.

Dr. Löwenfeld kommt unter Anführung verschiedener Zeugenaussagen zu dem Resultat, daß Eisner sich im subjektiven Sinne keiner Fälschung schuldig gemacht habe. Eisner habe die Weglassungen gemacht, weil er glaubte, daß sie den wahren Sinn des Dokumentes, so wie er ihn sah, schärfer herausstellten.

Da der Vorwurf der Fälschung nicht erweislich wahr sei, müßten die Privatbeklagten bestraft werden. Der Schutz des § 193 stehe ihnen nicht zu. Die Gutgläubigkeit sei jedoch zu berücksichtigen. Für Dr. Adelmayer wäre die antisemitische Hetze straferschwerend.

Ich bin am Ende meines Plaidoyers angelangt und möchte nur noch sagen, wie von unserer Seite die Zukunftsentwicklung in der Kriegsschuldfrage angesehen wird. Das grundsätzlich Neue an diesem Kriege ist der Gedanke des Rechtsfriedens, etwas, was wir uns unbedingt zu eigen machen müssen, nur muß aus diesem scheinrechtlichen ein wahrer Rechtsfrieden werden. Dies ist nur durch

Digitized by Google

Wiederaufnahme des Verfahrens möglich. Eine Wiederaufnahme kann aber nicht erreicht werden dadurch, daß man einseitig auf die anderen losschlägt, sondern nur dadurch, daß wir systematisch alles das, was uns als neues Material zur Verfügung steht und was an Material bei Abschluß des Versailler Friedens schon da war, aber nicht berücksichtigt wurde, nicht nur der Entente, sondern der ganzen Welt immer wieder unter die Nase hält. Daß wir bereit sind, dazu mitzuwirken, ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Wir können uns freilich nicht zu berufsmäßigen Propagandisten der Kriegsschuld- oder Nichtkriegsschuldfrage machen, aber es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, daß jeder, der auf den Namen eines anständigen Menschen Anspruch machen will, diese Fragen vertritt, wo immer er kann. Ich glaube, es genügt, wenn ich sage, daß es an gutem Willen zum Umlernen nach dieser Richtung, soweit dies Umlernen überhaupt geboten erscheint, nie gefehlt hat. Ich darf am Schluß meiner Ausführungen feststellen, daß die Zeit, in der mein Klient gleich Kurt Eisner von Deutschlands Alleinschuld überzeugt war (ich selbst habe nie daran geglaubt), vorbei ist. Wenn wir aber eine Revision des Friedens erreichen wollen, so ist es, glaube ich, nicht der richtige Weg, wenn wir immer wieder betonen, daß das Staatswesen, in dem wir uns jetzt befinden, nur eine Ausbeutungsstelle von mehr oder weniger großen Schiebern und Verbrechern ist und daß wir uns zu den politischen Maximen von vor dem Kriege zurücksehnen. Dann wird man uns kaum glauben, daß wir gewillt sind, eine wirkliche Friedenspolitik zu treiben. Jeder, der will, daß das schöne Wort Goethes „Ein freies Volk regiert sich selbst" zur Wahrheit werde, der wird an seinem Platze dafür sorgen, daß diese Treibereien aufhören, damit die Frage der Kriegsschuld ein rasches und versöhnendes Ende finde.

Um ¾10 Uhr wird die Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Sechster Verhandlungstag

Donnerstag, den 4. Mai

Zu Beginn der Sitzung erhält sofort das Wort

R.A. Dr. Graf von Pestalozza

Meine Herren Richter! Die gestrigen Ausführungen des Vertreters des Privatklägers hielten sich sachlich ungefähr in der gleichen Linie, wie seine ganze Verhandlungsführung. Die Gegenseite hatte hier ein ganz bestimmtes taktisches Ziel im Auge. Das kam in den Schlußworten gestern nicht so zum Ausdruck und deshalb ist es umso notwendiger, mit Rücksicht auf die Klärung, die hier geschaffen werden muß, gerade auf diesen Punkt in erster Linie einzugehen. Herr Fechenbach erklärte, daß er sich durch den Artikel der „Süddeutschen Monatshefte" schwer beleidigt fühlte, weil man ihm hier den

Vorwurf der Fälschung

mache. Professor Cossmann erwidert darauf: Was ich sagte, ist lediglich die Behauptung, sei mir mitgeteilt worden, daß Frau Eisner gebe, die Fälschung, von der der Aufsatz Professor Müllers spricht, sei nicht von Eisner, sondern von Fechenbach. Das ist eine Richtigstellung, eine Klarstellung der persönlichen Frage der Urheberschaft. Und nun kommt Herr Fechenbach und sagt, man werfe ihm vor, daß eine Fälschung begangen habe. Zu Beginn des Prozesses sagte man, was Eisner tat, war in keiner Richtung tadelnswert. Obwohl er allsagt, die Veröffentlichung kann in keiner Weise angegriffen werden, fühlt er sich doch beleidigt, wenn man ihm nachsagt, daß er es war, der die Veröffentlichung machte. Mir scheint hier ein gewisser Widerspruch zu klaffen, der durch den Hinweis allein daß hier von einer Fälschung die Rede sei, nicht ausgeglichen werden kann. Der Sinn dieses Wortes wurde von den Sachverständigen verschieden ausgelegt, bald weiter, bald enger. Das Wort falsch kann bedeuten „unecht" und „unrichtig". Fälschen heißt somit etwas, was unecht ist, mit dem Schein des Echten versehen, ferner heißt es, etwas unrichtig machen. Für uns kommt nur der zweite Sinn in Frage. Fälschung liegt also dann vor, wenn eine Urkunde unrichtig wiedergegeben wird. Die anderen Bedeutungen des Wortes, die noch dazu vorkommen, müssen nicht zwingend und ausschließlich auf den von Professor Cossmann gewählten Ausdruck angewendet werden. Die Veröffentlichung ist also unrichtig, sie enthielt sachlich Unrichtiges, weil sie den Bericht von Herrn v. Schoen in sachlich unrichtiger Form wiedergegeben hat. Das Interessante ist, daß sich Herr Fechenbach nicht so sehr über den Artikel des Herrn v. Müller entrüstet hat, als über die Anmerkung, die Professor Cossmann darunter setzte. Was ist das Motiv dafür, daß er Anstoß nahm, gegen Professor Cossmann vorzugehen? Lagen dem die Gründe, die er hier ausgeführt, oder andere Beweggründe zugrunde? Würde es sich um die bloße Tatsache der Beleidigung handeln, so wäre eine einfache Richtigstellung genügend gewesen, um seinen Zweck zu erreichen. Herr Fechenbach hatte aber den Wunsch, einen Prozeß hier einzuleiten, weil er das Bestreben hatte, die sachlichen Fragen, die sich an diesen Streit anknüpfen, im Gerichtssaal aufzurollen und aus Anlaß dieses Prozesses das Material beizubringen, das im Laufe der vergangenen Monate in der Presse da und dort schon angedeutet wurde:

Die Behauptung der doppelten Buchführung.

Diese sei das eigentliche und letzte Ziel dieses Prozesses. Zu Beginn des Prozesses haben sich die Kläger glatt auf den Standpunkt gestellt, daß Eisner bei der Veröffentlichung vollkommen im Recht gewesen ist. R.A. Dr. Löwenfeld sagte: „Der Grund für den Entschluß, diese Sache restlos zu vertreten, lag in der bei sorgfältigem Studium gewonnenen Ueberzeugung, daß in dem hier in Frage stehenden Gegenstand Kurt Eisner recht gehabt hat."

Digitized by Google

Weiter ist zur Charakterisierung der gegnerischen Taktik hervorzuheben: Als Dr. Löwenfeld eine große Ueberraschung produzierte und von dem Brief des Grafen Lerchenfeld hier öffentlich Kenntnis gab, lauteten seine Begleitworte, er greife diesen Anlaß auf, um zunächst in einem Punkte die Methode der doppelten Buchführung dadurch urkundlich unter Beweis zu stellen, daß er den zweiten Buchführungsbericht, den Ergänzungsbericht zum Bericht des Herrn v. Schoen verlese; in diesem werde von der bayerischen Gesandtschaft in Berlin der bayerischen Regierung die Anweisung erteilt, wie sie lügen könne und wie sie lügen solle. Er werde unter Beweis stellen, wie die bayerische Regierung sich dieses Auftrags (der Lüge) des Grafen Lerchenfeld entledigt habe. Gestern hat der Herr Gegenanwalt gesagt: Ich räume ein, daß ein aktenmäßiger Nachweis nicht erbracht worden ist. (R.-A. Dr. Löwenfeld: für ein System!) Wir haben hier einen Widerspruch, das sich auch durch Einschaltung von Worten nicht aus der Welt schaffen läßt.

4½ Stunden sei ein eleganter Tanz um den Kern der Sache aufgeführt worden. Zu Beginn des Gefechtes wurde von der Gegenseite als schwerstes Geschütz Freiherr von Eckardtstein und Fürst Lichnowsky aufgeführt, sie wurden dann aber nicht einmal benutzt.

Der Verteidiger wendet sich gegen die Taktik, weil seine Partei diesen Prozeß ohne einen anderen Zweck als den der Wahrheitserforschung geführt habe. Wir haben einen formellen Anhaltspunkt dafür gehabt, uns Sachverständige auszusuchen, weil in ganz Deutschland nicht sehr viele Männer sind, die überhaupt das Material vollständig überschauen. So war das nächstliegende, daß man sich an die Mitglieder der Viererkommission wandte. Wir haben uns an alle gewandt ohne Unterschied. Bereit, zu kommen, waren die Herren, die jetzt erschienen sind. Ich muß sagen, daß nicht bloß wir, die wir hier Parteivertreter sind, den Herren, die erschienen sind, dankbar sind, sondern daß ihnen für ihre Opfer an Zeit, Arbeit und Kraft ganz Deutschland dankbar sein muß und dankbar ist. Ohne die Mitwirkung von unanfechtbaren Sachverständigen wären wir niemals in der Lage gewesen, diesen Prozeß so zu führen, wie er hier geführt werden konnte. Wir haben alles getan, was vernünftigerweise und nach den Kräften einer Privatperson getan werden kann, um eine sachliche Klärung herbeizuführen. In der Verhandlung haben wir ebenfalls jede Taktik außer acht gelassen. Das ist der Ausgangspunkt, von dem aus der Prozeß zu beurteilen ist.

Graf Pestalozza erinnert an die eindrucksvollen Ausführungen des Geheimrates Delbrück und Frhr. v. Lersner und fährt fort: **Stellen Sie sich vor die große, schwere Last der Empfindung, die auf uns liegt bei dem Gedanken, daß wir ein zerbrochenes, zerschlagenes, ein gefesseltes, ein moralisch verurteiltes, verdammtes Volk sind. Stellen Sie sich diese ganze Belastung unseres Bewußtseins vor, dann haben Sie den Boden, von dem aus dieser Prozeß zu betrachten ist, von dem aus wir diesem Prozeß entgegengesehen haben. Unsere Augen haben sich gesehnt, diesen Fall zu sehen, erleben zu können. Unser ganzes Empfinden war darauf gespannt, daß wir diese Frage in diesem Prozeß beantworten könnten: Ist wirklich das, was Grundlage des Friedensschlusses gewesen ist, eine bewiesene und unerschütterliche Tatsache oder ist es doch möglich, daß wir wenigstens in einem Punkte eine Bresche in diese Mauer bohren? Ist es möglich, daß wir in einem Punkte den Beweis liefern, daß das, was Grundlage für das Verdikt war, unrichtig ist?** Das war es, was uns den Atem stocken ließ. Was war die Antwort? War es die Antwort, daß nun alles Material, das für oder gegen Deutschland spricht, so vor uns liegt, daß jeder einzelne in der Lage ist, sich ein Urteil zu bilden? Das ist nicht das Ergebnis; das Ergebnis ist ein viel beschränkteres. Hier spreche ich es ganz offen aus, was das einzige Ziel und die einzige Richtlinie für die von mir vertretenen Parteien war: wir wollten nicht mehr, als die Eisnersche Veröffentlichung zur erschöpfenden Behandlung bringen. Was darüber hinausgeht, ist in gewissem Sinne Spreu für den Prozeß, Spreu allerdings, die wertvolle Goldstückchen enthält, die außerhalb dieses Gerichtssaales zu verwerten sind. Wesentlich für uns ist die **erwiesene Tatsache, daß die Veröffentlichung als eine offiziöse Regierungsveröffentlichung verwertet wurde im Sinne eines Schuldbekenntnisses, eines Schuldbeweises von unseren Feinden und verwertet in ihren offiziellen Urkunden.** Dies ist der Ausgangspunkt und daran gibt es nichts zu drehen und nichts zu deuteln. **Weiter ist es eine Tatsache, daß diese Veröffentlichung zur Begründung herangezogen wurde für die Härte des Friedensschlusses.** Das sind zwei unumstößliche Fakten. Halten Sie es für nötig, daß ich wiederhole, was die Sachverständigen darüber gesagt haben? Ich würde den Eindruck der erschütternden Beweisführung nur abschwächen, wenn ich auf diesen Punkt auch nur mit einem Worte eingehen wollte. Tatsache ist somit, daß dieses Schuldbekenntnis als solches verwertet wurde und als solches gewirkt hat. Nun handelt es sich um die Frage: War dieses Schuldbekenntnis ein authentisches, war es auf Grund einer Urkunde abgegeben, die derartig veröffentlicht wurde, daß man ihre Richtigkeit annehmen mußte? Damit komme ich auf die Frage der Fälschung. Auch da halte ich mich nicht auf. Es gibt Dinge, die so klar sind, daß sie durch eine Erklärung nur unklar gemacht werden können. Für mich kommt es bei dieser Frage gar nicht auf die Ausführungen der Sachverständigen an; das ist eine Frage, die jeder einzelne ohne weiteres klar für sich beantworten kann, wenn er die beiden Fassungen, den gekürzten und den ungekürzten Bericht, vor sich hat. Wir müssen uns halten an die objektive Betrachtung der Urkunde und

Digitized by Google

daraus allein müssen wir Schlüsse ziehen und wir sagen, es war

eine absichtliche und bewußte Fälschung.

Was ist mit dieser Erkenntnis gewonnen? Unendlich viel, ein Beweis, an dem sich nicht rütteln und deuteln läßt, aus dem klar hervorgeht, daß das Versailler Diktat, das sich stützt auf den Lerchenfeldschen Bericht, sich in Wirklichkeit auf ein gefälschtes Zeugnis stützt. Diese Tatsache bitte ich zu beachten in ihrer ganzen Tragweite. Wenn einer dieser Quadersteine aus unserem moralischen Gefängnis herausgebrochen werden konnte, dann ist vieles gewonnen. Die Personen, die hier in Frage kommen, sind Nullen, angehängt an die letzten Stellen eines unendlich großen Dezimalbruches, und könnten geradesogut weggelassen werden. Herr Fechenbach ist nichts anderes als irgend ein Schnörkel an einer Urkunde, aber diese Urkunde ist die Hauptsache. Wer kann sich nun mehr freuen, als derjenige, der bisher an die Richtigkeit dieser Schuldokumente fest glaubte? Der Freund der Wahrheit, der bisher auf dem Standpunkt stand, daß Deutschland schuld am Kriege sei und dessen Ansicht durch dieses Dokument begründet wurde, kann nunmehr sagen: Ich fühle mich befreit von der Last dieses Bewußtseins und fühle mich darüber als Deutscher froh. Die Gegenseite hat nach ihrer Angabe an die Richtigkeit des Eisnerschen Vorgehens geglaubt, und was wir vermissen, ist der Ausdruck dieser Freude — und das ist das Tragische an diesem Prozesse, daß zwei streitende Parteien, sachlich scheinbar zu einer Einigung kommen, sich aber in Wirklichkeit gegenseitig doch nicht verstehen.

Zuletzt muß ich noch über die Stellungnahme des Gerichts zum Strafantrag der Gegenseite sprechen. Daß eine Fälschung vorliegt, ist bewiesen. Daß man sie so bezeichnen darf und muß, steht außer Zweifel. Die Gegenseite beklagt sich, daß man sagt, diese Fälschung stamme von Herrn Fechenbach. Nun, wenn Herr Fechenbach uns bei der Wahrheitsermittlung recht energisch an die Hand gegangen wäre, dann hätte noch manches Licht in diese Angelegenheit gebracht werden können. Sie wissen, daß, als Eisner das fragliche Dokument auf der Fahrt nach Berlin mitnahm, er von Herrn Fechenbach begleitet wurde; vielleicht war er nicht der einzige Begleiter. Sie wissen, daß bei dem Diktat in den Berliner Gesandtschaftsräumen Herr Muckle dabei war, Sie wissen dies aber nicht von Herrn Fechenbach, sondern von Herrn Muckle selbst, der sich aber im übrigen an nichts erinnert. Fechenbach hat diese Nichterinnerung rein taktisch an sich vorbeigehen lassen. Ist es nicht eine auffallende Erscheinung, daß in der Presse des Herrn Eisner die Person, die das Diktat abnahm, zu verschiedenen weit auseinanderliegenden Zeiträumen als weibliche Person bezeichnet wurde. Man hat Herrn Fechenbach hier wohl einen Rock anziehen wollen. Es heißt, daß Herr Eisner eigentlich sehr selbstherrlich war und sich bei der Veröffentlichung sicher nichts hat dreinreden lassen. Aber Herr Fechenbach ist ja anscheinend gerade keine schüchterne Person. Nach seiner eigenen Angabe hat er Eisner gefragt, ob man nicht das ganze Schriftstück veröffentlichen sollte. Wie kann Herr Fechenbach dies gesagt haben, ohne vorher genauere Kenntnis von dem Schriftstück gehabt zu haben? Wie kommt es, daß Herr Fechenbach, der zugegeben hat, daß er das Schriftstück in der Hand Eisners gesehen hat, uns gegenüber immer so tat, als ob es sich um eine handschriftliche Abschrift des Schoenschen Berichtes gehandelt habe, wobei er ja sogar die Möglichkeit betonte, daß die Unterschrift „Sch" mit „Lch" verwechselt hätte werden können. Der Beweis hat denn doch ergeben, daß die Urkunde mit Schreibmaschine geschrieben war. Stellen Sie sich vor, ob hier eine Erinnerungstäuschung möglich ist. Herr Fechenbach ist, wenn ich mich juristisch so ausdrücken darf, mindestens als Mittäter oder Gehilfe oder Beteiligter zu betrachten.

Wie nun, wenn das Gericht sich auf den Standpunkt stellt, daß eine Fälschung vorliegt, aber es konnte nicht bewiesen werden, daß Herr Fechenbach diese Fälschung begangen hat: muß dann Verurteilung oder Freispruch der Privatbeklagten erfolgen? Diese Frage ist in gewissem Sinne eine trockene, rein juristische Angelegenheit, sie ist jedoch darüber hinaus, im **allgemeinsten Interesse von Wichtigkeit. Wenn wir ein Gesetz hätten, das es dem Publizisten nicht möglich macht, objektiv über Dinge zu berichten, die die ganze Nation betreffen, ohne daß er juristisch für eine Beleidigung bestraft werden könnte, dann wäre dieses Gesetz eine unerträgliche Fessel, ein unerträgliches Hemmnis.** Stellen Sie sich vor, was Herr Prof. Cossmann ausgesagt hat über die Motive seiner Veröffentlichung: er hielt sich verpflichtet, sobald er erfahren hatte, daß nicht Eisner die Fälschung begangen habe, sondern Fechenbach, davon Kenntnis zu geben. Wie hat Herr Prof. von Müller ausgesagt? „Das sieht diesem Manne gleich." Er glaubt es der Ehre des Verstorbenen schuldig zu sein, zu berichten, daß nicht der Verstorbene, sondern Fechenbach der Fälscher gewesen sei, rein im Interesse der Wahrheit, obwohl dadurch der Artikel des Prof. von Müller in seiner Wirkung abgeschächt wurde. Es ist noch zu untersuchen, ob das, was in der Anmerkung Prof. Cossmanns gesagt ist, überhaupt eine Beleidigung Fechenbachs darstellt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man bei objektivem Lesen dieser Anmerkung zu dem Eindruck kommen konnte, Prof. Cossmann habe etwas anderes gewollt, als die historische Wahrheit festzustellen und jemand zu beleidigen. Diese Anmerkung ist nicht etwa in der Absicht hingesetzt, Herrn Fechenbach zu beleidigen.

Die Angelegenheit des Lerchenfeldbriefes bedürfe noch einiger Aufklärung. So sei es erklärlich, wenn eine gewisse Art Mißtrauen übrig bleibt. Er hätte gerne nicht bloß die gewundene Erklärung gehört, die die Gegenseite dem Grafen Montgelas gab, sondern die offene Er-

Digitized by Google

klärung: Wie stelle ich mich zu dem Ergebnis, das dieser Prozeß für unser Vaterland haben wird und haben muß.

Rechtsanwalt Dr. Warmuth

M. H.! Durch eine raffinierte Riesenpropaganda hat die Entente schon während des Krieges den Mittelmächten und hauptsächlich Deutschland die alleinige Schuld für den Ausbruch des Weltkrieges zugeschoben. Deutschland soll den Weltkrieg planmäßig herbeigeführt haben zur Verwirklichung seiner imperialistischen Machtpläne. Diese Riesenpropaganda hatte leider nur zu guten Erfolg. Die ganze Welt ist mit Haß gegen Deutschland angefüllt worden, die Entente hat in dem sog. Versailler Friedensvertrag die Folgerung gezogen aus dieser der ganzen Welt eingehämmerten Schuldlüge. Der **ungeheuer sadistisch ausgeklügelte Strafmechanismus des Versailler Friedensvertrages ist aufgebaut auf dem Lügenfundament der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands am Weltkrieg.** Durch die ultimativ abgepreßte Unterschrift Deutschlands unter den Friedensvertrag ist auch abgepreßt worden das Bekenntnis Deutschlands zur alleinigen Schuld am Kriege unter dem Titel der Wahrheit und Gerechtigkeit. Ganz Deutschland ist belastet mit den Sklavenketten des Versailler Friedensvertrages. Diese Last drückt umso schmerzlicher, als es Deutsche waren, die der Entente eifrig für die Schuldlüge Handlangerdienste geleistet haben. **Deutschland kann nie und nimmer das Schuldurteil des Versailler Friedensvertrages als eine unabänderliche res judicata anerkennen.** Das Verfahren muß wieder aufgenommen werden, durch den ungeheuer aufgetürmten Grund der Lüge muß ein Weg für die Wahrheit gebahnt werden. **Die Erforschung der Schuldfrage ist für Deutschland vor allem eine Frage der nationalen Ehre.** Leider macht diese Erforschung wenigstens im Auslande nur ganz langsame Fortschritte, aber die Wahrheit kann und muß ans Ziel kommen.

Zur Entstehung der Eisnerschen Publikation führte Dr. Warmuth aus: Eisner erblickte früher in der französischen Revanchelust und in dem Expansionstrieb Rußlands die drohendste Gefahr. Zu Beginn des Krieges war er der Ueberzeugung, daß Rußland den Weltkrieg entfesselt hat. Er hat eifrig in der sozialdem. Partei sich für die Bewilligung der Kriegskredite eingesetzt. Eisner hat im Laufe des Krieges seine Ueberzeugung dahin geändert, daß der Weltkrieg verbrecherisch in Berlin inszeniert worden ist.

Alle politischen Aktionen, die Eisner, nachdem er zur Macht gelangt war, inszeniert hat, erwiesen sich als Illusionen. Der amerikanische Pazifist Herron und Prof. Foerster nährten die Illusionen Eisners Foerster stand bis 1916 auf dem Standpunkt, daß die preußische militaristische Denkart nur die Reaktion sei auf den überspannten Militarismus und Imperialismus der Gegenseite; seit 1916 erblickte er in der preußischen Denkart, in dem sog. deutschen Schwertgeist, die Quelle allen Unheils. Am 17. November 1918 hatte Herron dem Ministerpräsidenten ein volles, offenes Bekenntnis für die deutsche Schuld am Kriege, für die Untaten der Regierung bei Beginn des Krieges und während der Kriegführung nahegelegt mit der Begründung, eine solche Handlung sei von entscheidender Bedeutung. Eisner hat Dr. Muckle zum bayerischen Gesandten in Berlin gemacht und Dr. Muckle hat mit Maximilian Harden in Berlin kooperiert. Es wäre verwunderlich, wenn nicht auch Harden mit von der Partie wäre. Harden war früher schärfster Annexionist; jetzt ist er der schärfste Ankläger der alten deutschen Regierung. Dr. Muckle hielt es für nötig, die sinkende Flamme des revolutionären Geistes wieder neu zu beleben und hielt dafür die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, die sofortige Verhaftung der Schuldigen und die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes für geeignet. Das war für Eisner Wasser auf die Mühle und er hat sofort bei der Reichsregierung die Veröffentlichung der Urkunden über den Ausbruch des Krieges beantragen lassen. Er wartete aber nicht die Verbescheidung seines Antrages ab, sondern veranlaßte schon am 23. November seine eigene Publikation. Er hat im Ministerium des Aeußern nach Belastungsmaterial gesucht und entdeckt, daß einige Gesandtschaftsberichte aus der Zeit vor dem Kriegsausbruch nicht mehr vorhanden waren. Staatsrat v. Lößl hat angegeben, daß er nach Ausbruch der Revolution mehrere Gesandtschaftsberichte nach Rücksprache mit einem Referenten beseitigt hat. Diese Feststellung war als Sensation gedacht, der Zweck dieser Sensation ist aber daneben gelungen. Staatsrat v. Lößl wollte verhüten, daß diese Dokumente, die besonders vertraulich waren, in die Hände der Revolutionäre fallen und daß damit Unfug getrieben wird. Wie sehr diese Befürchtungen berechtigt waren, haben die Ereignisse bewiesen.

Dr. Warmuth bejaht die Frage, ob eine absichtliche Fälschung vorliegt und führt dafür einige besonders in die Augend springende Argumente an. Dr. Löwenfeld habe mit starker persönlicher Betonung ein Bekenntnis zu Eisner abgelegt und ein glänzendes Bild von ihm gezeichnet. In diesem Bild gibt es aber auch einige Flecken. Zu dem Gesagten möchte ich nur noch darauf hinweisen: Professor Foerster hat erklärt, daß Eisner sich von wechselnden Stimmungen und Strömungen zu zweideutigen Reden und Auftreten habe bestimmen lassen. Der Zeuge Graf Soden hat angegeben, Eisner habe in Berlin am 23. November in der bayerischen Gesandtschaft gesagt, er habe via Foerster Verbindung mit Clemencau. Das war nicht wahr und Eisner mußte wissen, daß das nicht wahr war. Clemenceau hat jede Verbindung mit Eisner auf das entschiedenste in einer Form dementiert, daß ein Zweifel gar nicht möglich ist. Die Behauptung Eisners ist daher eine glatte Lüge. Eisner erklärte auch einmal, das Ausland habe

Digitized by Google

bergehohe Akten veröffentlicht, Deutschland aber nichts. Dr. Löwenfeld meinte, das sei ein „Bon-mot". Was Eisner hier behauptete, ist aber wieder eine glatte Lüge. Weiter sagte Eisner, die Aktenveröffentlichung habe für Deutschland günstig gewirkt. Dafür habe er bergehohes Beweismaterial. Auch das ist eine neue Lüge.

Der Verteidiger geht auf die Anklage gegen seine Mandanten Dr. Adlmaier und Hauptschriftleiter Osterhuber ein. Dr. Adlmaier hat die Eisnersche Aktenpublikation für ein schweres Verbrechen am deutschen Volke gehalten. Die Verurteilung dieses Verbrechens in dem Artikel des „Bayer. Vaterland" ist sachlich gerechtfertigt, leider in der Form daneben geraten. Der Artikel ist eine Explosion sachlich gerechtfertigter Empörung in echt bajuwarischer Form. Dr. Adlmaier und Osterhuber haben die Mitteilung des Prof. Cossmann für richtig gehalten, sie haben das mit gutem Grund getan, denn die absolute Zuverlässigkeit des Prof. Cossmann ist zweifelsfrei. Die Presse war berechtigt und verpflichtet, die Kritik Dr. v. Müllers an der Eisnerschen Aktenpublikation zu übernehmen und zu verbreiten. Sie war aber auch berechtigt und verpflichtet, die beigefügte Bemerkung des Prof. Cossmann im Interesse der historischen Wahrheit mit zu übernehmen und mit zu verbreiten. Ich reklamiere für die Presse kein besonderes Privileg. Ich weiß, daß der verantwortliche Schriftleiter nur in demselben Umfang und unter denselben Voraussetzungen wie jeder Privatmann den Schutz des § 193 des St.G.B. beanspruchen kann. Der § 193 findet nur dann Anwendung, wenn ein eigenes persönliches Interesse vertreten oder wahrgenommen wird. Es kann aber in einem Interesse der Allgemeinheit ein eigenes, persönliches Interesse von solcher Erheblichkeit liegen, daß der § 193 Anwendung finden kann und muß. Diese Voraussetzungen sind hier in ganz eklatanter Weise gegeben. Die Schuldanklage gegen Deutschland ist das Fundament des Versailler Vertrages; die Möglichkeit einer Revision des Vertrages ist nur denkbar, wenn das Schuldfundament erschüttert wird. Und dieses Schuldfundament muß erschüttert werden, wenn nachgewiesen wird, daß ein Quader dieses Fundaments auf einer Fälschung beruht. Nur auf diesem Wege ist eine Revision möglich, und auf diesem Wege muß eine Revision des Diktats angestrebt werden. **Die Revision des Vertrages liegt nicht nur im Interesse der Allgemeinheit des deutschen Volkes, sondern im persönlichen Interesse jedes einzelnen Deutschen.** Ich beantrage die Freisprechung des Beklagten Osterhuber, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat und weil der von ihm zu vertretende Artikel die zulässige Grenze nicht überschritten hat. Dr. Adlmaier hat die zulässige Grenze überschritten; für ihn bitte ich um die Beurteilung, auf die er nach den gegebenen Umständen Anspruch hat.

Rechtsanwalt Dr. Pfaum

ergreift als letzter der Verteidiger das Wort. Er beginnt, um zu beweisen, wie unbelehrbar von Anfang an der Standpunkt der linkssozialistischen Presse war und noch ist, seine Ausführungen mit der Verlesung einiger Stimmen aus dieser Presse über den Prozeß.

Der Vertreter des Privatklägers hat uns seine Ansicht über Eisner ausgesprochen. Darüber sind wir uns alle einig, daß Eisner ein Phantast war. Nur ein Phantast konnte in einer Versammlung im „Deutschen Theater" vorschlagen, eine Kommission nach Rußland zu entsenden, um den Bolschewismus zu studieren, nur ein Phantast konnte im Hoftheater zu der Jugend sagen: Ihr braucht euren Eltern nicht mehr zu folgen, wählt Schülerräte und tut, was ihr wollt. Und wenn ein Phantast wie Eisner die Zügel der Regierung in die Hand nimmt, dann wird er eine Gefahr für das Volk. Ein Mann, der in ständiger Fühlungnahme mit Clemenceau steht, ein Mann, der glaubte, durch ein offenes Schuldbekenntnis für Deutschland einen guten Frieden zu erzielen, ein Mann, der Clemenceau, Wilson und Lloyd George für die größten Idealisten hielt, die nicht daran dächten, Deutschland zu vernichten, das ist ein Narr und da soll mir ein Teufel das Gegenteil sagen! Dieser Phantast hat aber auch im Drang der Geschäfte manchmal das Gegenteil von dem gesagt, was war war. Er hat z. B. behauptet, durch Prof. Förster in engster Fühlung mit Clemenceau zu stehen. Nun liegt uns aber ein Bericht der „Voss. Zeitung" vom 3. Mai 1922 vor. Prof. Förster ersuchte die „Vossische Zeitung" um Abdruck folgender Erklärung:

„Im Verlaufe der Verhandlungen des Prozesses Fechenbach in München wurden Aufzeichnungen des Grafen Soden von der bayerischen Gesandtschaft in Berlin wiedergegeben, wonach Eisner dem Grafen Soden gesagt habe, daß er durch mich in ständiger Beziehung zu Clemenceau stehe. Hier liegt ein Irrtum oder ein Mißverständnis vor. Ich habe niemals irgend eine Fühlung mit Clemenceau gehabt. Wohl kannte ich seit längerem einen französischen Privatmann, der das Vertrauen Clemenceaus besaß und auf dessen Berichte über deutsche Verhältnisse Clemenceau großen Wert legte. Dieser Herr suchte mich nach dem Waffenstillstand auf, behauptete, die sogenannte deutsche Revolution sei nur eine Fassade, und befragte mich über die Aussichten der Demokratie in Deutschland, niemals aber hat er mir irgend einen Auftrag oder eine Anregung von Clemenceau übermittelt, noch habe ich ihm einen Auftrag oder eine Anfrage von Eisner an Clemenceau auszurichten gehabt. Ich habe auch gar nicht den Glauben gehabt, daß Bayern eine Sonderaktion mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg betreiben könne. Ich hielt eine solche Aktion auch gar nicht für wünschenswert. Darauf antwortete ich Eisner auf das erste Telegramm, in

Digitized by Google

dem er mich ersuchte, die bayerische Gesandtschaft in Bern zu übernehmen: Ich gebe zur Erwägung, ob es nicht besser sei, auf eine bayerische Sondervertretung im Ausland zu verzichten, da alles darauf anläme, daß das Deutsche Reich jetzt nach außen hin einheitlich auftrete.

Es ist bei dieser Gelegenheit trotz all meiner immer wiederholten Dementi von einem gewissen Teil der deutschen Presse doch von neuem so hingestellt worden, als sei Eisner Publikation auf meinen Rat hin erfolgt. In Wirklichkeit habe ich von dieser Publikation erst durch die Zeitungen Kenntnis erhalten. Mein Rat ging dahin, das deutsche Volk endlich über die Vorgeschichte des Krieges aufzuklären, also in dem Sinne, wie es nachher durch die Publikationen des Auswärtigen Amtes in Berlin eingeleitet worden ist. Aus dem Zusammenhang gerissene Einzelpublikationen würde ich niemals angeraten haben.

Ich darf wohl darauf rechnen, daß diejenigen Zeitungen, die irrtümliche Berichte über meine Rolle gebracht haben, von den vorstehenden Richtigstellungen Notiz nehmen. Wer wie ich aus seiner wirklichen Ansicht nie ein Hehl gemacht hat, der darf wohl fordern, daß ihm jetzt nicht aufs neue Dinge unterschoben werden, für die er nicht verantwortlich ist, oder die den wirklichen Tatsachen nicht entsprechen.“

Diese Berichtigung des Herrn Prof. Dr. Förster brachte gestern die „Vossische Zeitung“.

Lichnowsky habe in einem Briefe an den Reichskanzler vom 15. März 1918 selbst zugegeben, daß er seine Aufzeichnungen als private Aufzeichnungen ohne Aktenmaterial, ohne Notizen aus dem Gedächtnis niederschrieb.

Die Lichnowsky-Broschüre hat eine scharfe Kritik und Widerlegung erfahren durch den mehrheitssozialistischen Abg. Alwin Saenger, der in einer Schrift „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege“, die er als Nachtrag eines deutschen Sozialdemokraten zu Lichnowskys Broschüre bezeichnet, sagt: „Gemessen an der englischen Bündnispolitik und Greys Spiel in den Julitagen 1914, gemessen an der französischen Hingabe für den Zarismus und dem schamlosen, nackten, brutalen Kriegswillen der militärischen Kamarilla des Herrschers aller Reußen ist Deutschlands Schild rein.“

Alle Sachverständigen sind sich darüber einig: Mögen auch noch so viele Dummheiten und Unrichtigkeiten in der deutschen Politik im Laufe der Jahre vorgekommen sein, die deutsche Politik war niemals eine aggressive, sie war immer eine defensive und friedliche. Sie hat eine Reihe von Kriegsgelegenheiten versäumt. In diesen eidlichen Bekundungen der berufensten Männer sehe ich die große Bedeutung dieses Prozesses.

Zur Frage, ob der Kläger die Fälschung begangen hat, kann ich mich nach den Ausführungen der beiden Vorredner kurz fassen. Herr v. Weber konnte wegen Krankheit nicht erscheinen, er erinnert sich auch an die Vorgänge nicht mehr. Der Zeuge Preetorius hat aber zugegeben, daß der Name Fechenbach von Seite des Herrn v. Weber gefallen ist. Sie haben gehört, daß Prof. Cossmann nicht beleidigen, sondern nur eine publizistische Pflicht erfüllen wollte, indem er sagte, was ihm berichtet wurde. Wir haben von Herrn Dr. v. Müller gehört, daß er niemanden kennt, der rückhaltloser die Wahrheit liebt als Prof. Cossmann. Ich kenne Professor Cossmann seit vielen Jahren und bin mit ihm durch Freundschaft verbunden. Ich kann nur bestätigen, was Prof. v. Müller sagte. Ich habe Zeit meines Lebens von Herrn Prof. Cossmann niemals ein unwahres Wort gehört und ich meine, wir Menschen müssen wissen, was das im Leben und Verkehr bedeutet. Ich kenne keinen Menschen, der von einer glühenderen, selbstloseren Vaterlandsliebe erfüllt wäre, wie Prof. Cossmann, der sein ganzes Leben, seinen ganzen Beruf, sein ganzes Sein auf die Aufgabe eingestellt hat: Wie kann ich Deutschland aus seiner schwersten Not befreien helfen, wie kann ich mitwirken, daß Deutschland wieder erträglichen und besseren Zeiten zugeführt wird. Dieser Mann hat eine Beleidigung Fechenbachs ganz gewiß nicht in seinem Vorsatz gehabt. Nicht er und nicht die anderen Herren, die Prof. Cossmann mit Recht als einen der angesehensten Publizisten in Deutschland halten und die mit Recht der Meinung sind, daß eine solche Frage, die so wichtig ist für Deutschland, unter keinen Umständen verschwiegen werden darf. Sie alle hatten gewiß nicht den Vorsatz, den Kläger zu beleidigen, und selbst wenn eine Beleidigung ausgesprochen worden wäre, so meine ich, daß gerade diese Herren auf den Schutz des § 193 den unbedingten Anspruch haben.

Ich verweise auf einen gleichgelagerten Fall, den „Matin“-Prozeß, in dem auch ein Redakteur der „M. N. N.“ Beklagter war. Ich bitte Sie, wenn Sie nicht schon meiner Ausführung folgen sollten, daß der Vorsatz der Beleidigung nicht vorgelegen hat, unter allen Umständen den § 193 als anwendbar anzunehmen.

*

Aus den nochmaligen Ausführungen der Anwälte Dr. Löwenfeld und Graf Pestalozza entnehmen wir nur noch die Verlesung einer Stelle aus der „Freiheit“ Nr. 203 zum Thema Lerchenfelbrief. Es heißt dort: „Von Interesse dürfte noch sein, daß die Berliner Stellen dem Grafen Hertling auf telephonischem Wege über die Berliner Gesandtschaft einen Passus gestrichen haben — es handelt sich um die Berichtigung für die „Staatszeitung“ — weil er gar zu plump war. Diese Stelle lautete: „Wenn Staatsminister Graf Hertling am 23. Juli mit dem französischen Geschäftsträger eine Unterhaltung führte, was sich nicht mehr ermitteln läßt, so ist es wahrscheinlich, daß auch das Gespräch auf die zu erwartende österreichische Demarche kam, die schon im voraus von der Presse eifrig besprochen wurde. Und mag auch der damaligen politischen Lage entsprechend die Lage als eine ernste bezeichnet worden sein,

Digitized by Google

ganz ausgeschlossen aber ist, daß Graf Hertling bei dieser Gelegenheit gesagt hätte, das Ultimatum oder die Hauptzüge der österreichischen Forderungen seien ihm bekannt. Das wäre das Gegenteil der Wahrheit gewesen."

Erklärung des Privatklägers

Herr **Fechenbach** bemerkt, daß er mit dem Anwalt der Gegenpartei in der Auffassung übereinstimme, daß in diesem Prozeß die Person in den Hintergrund trete. Es sei ein Prozeß, bei dem es um mehr geht. Seine Auffassung, daß

die Alleinschuld Deutschlands eine Lüge

sei, daß aber eine ebenso große Lüge die Unschuld Deutschlands sei, sei nicht das Ergebnis dieses Prozesses, sondern er sei zu dieser Auffassung schon viel früher gekommen. Er habe in seinen ersten Darlegungen lediglich die Beweggründe besprochen, die Kurt Eisner zu der Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands geführt haben. Die deutsche Politik habe bewußt oder unbewußt Fehler begangen, die dem Ausland zum mindesten den Vorwand gaben zur Behauptung, daß man in Deutschland seit Jahrzehnten den Krieg vorbereitet habe. Die Geschichte lasse sich erst nach Jahrzehnten und Jahrhunderten vielleicht in ihren letzten Ursachen und Auswirkungen ergründen. Wir stünden heute den Ereignissen noch zu nahe, um ein letztes, endgültiges, abschließendes Urteil zu fällen. Wir könnten aber mit dazu beitragen, daß die Wahrheit über die Geschehnisse der letzten Jahre möglichst bald bekannt werde. Jedenfalls habe das Volk ein gewisses Anrecht darauf zu erfahren, wieweit seine Verantwortlichen mitschuldig gewesen seien an der Katastrophe.

Der Privatkläger setzt dann auseinander, daß man in Deutschland nur die Verantwortlichkeit der deutschen Staatsmänner, in Frankreich nur die Verantwortlichkeit der französischen Staatsmänner usw. feststellen könne. Er bezeichnet es als Aufgabe der Sozialisten dieser Länder, diese Feststellungen zu treffen. Was dabei herauskommen werde, wüßten wir heute noch nicht. Das müsse eben der Geschichte überlassen bleiben. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt sich Fechenbach mit Eisner und meint, Eisner sei in dem Prozesse wiederholt in sehr heftiger Weise angegriffen worden und es seien ihm Motive unterstellt worden, die er nie gehabt habe. Man werde es verstehen, wenn gerade er das Bedürfnis habe, sich dagegen zu wehren. Man habe Eisner einen Verbrecher, einen Narren genannt. Eisner habe einmal gesagt, man könne nur dann Großes leisten, wenn man von einer Idee besessen ist. Wenn die Besessenheit von einer Idee, für eine neue Weltordnung zu kämpfen, eine Narrheit sein soll, dann war es eine Narrheit Eisners. Eisner habe eine Unterscheidung treffen wollen zwischen den Verantwortlichen des alten Regimes und dem deutschen Volke, das diese Verantwortlichen gestürzt und die Republik errichtet hat. Nicht aber habe er mit der Veröffentlichung des Dokuments die einzuschläfen drohenden revolutionären Instinkte aufpeitschen wollen. Er habe dem Ausland klar machen wollen, daß das deutsche Volk nichts gemein habe mit dem kaiserlichen Deutschland, das das deutsche Volk verführt und belogen habe, was heute wohl niemand mehr bestreiten werde. Das Weltgewissen sollte gereinigt werden, und die Völkerversöhnung sollte angebahnt werden. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Bern im Jahre 1919 rief Eisner die Freiwilligen zum Wiederaufbau auf.

Wenn Eisner den Schoenschen Bericht auch gekürzt hat, so waren diese Kürzungen doch durchaus nicht bewußte, absichtliche Fälschungen. Er hatte nach seinem Gewissen die feste Ueberzeugung, die Friedens- und Lokalisierungsbemühungen seien der Bluff für die Oeffentlichkeit gewesen, um die wirkliche, die europäische Lösung der Krise zu verhindern. Die darauf bezüglichen Stellen erschienen ihm daher nicht als wesentlich. Mit aller Entschiedenheit muß ich zurückweisen, daß Eisner mit dem Bewußtsein und der Absicht zu fälschen oder zu täuschen, diese Kürzungen vorgenommen hat.

Wir müssen uns bewußt zu einer neuen Weltordnung zurechtfinden. Das ist vielleicht eines der ersten Erfordernisse, daß in Deutschland eine andere Politik eingeschlagen wird. Man nannte Eisner einen Phantasten, weil er Vertrauen im Ausland gewinnen wollte. Man hat ihn aber besonders von Berlin aus bewußt isoliert. Seine Politik mußte fehlschlagen in dem Augenblick, wo nicht die deutsche Republik diese Politik machte. Ein Teil dessen, was Kurt Eisner wollte, wird heute auch von anderer Seite vertreten, z. B. seine Ansicht in der Frage des Wiederaufbaus. Man hat auch nach Eisner schüchterne Versuche gemacht, Vertrauen für Deutschland zu gewinnen. Aber diese Versuche waren zu schüchtern. Vielleicht liegt darin der Weg zu einer neuen Weltordnung und zu einer internationalen Politik der Offenheit und der Wahrheit, daß dieses Vertrauen unter allen Umständen hergestellt werden muß. Ich bin der Meinung, daß vielleicht viele von unseren sogen. Realpolitikern und Verteidigern des Militarismus in Deutschland längst vergessen sein werden, wenn in der Geschichte der Name Kurt Eisner noch fortleben wird als der Name eines Mannes, der besessen war von der Idee, für eine neue Weltordnung zu kämpfen, der so besessen war von dieser Idee, daß er für sie mit Bewußtsein in den Tod gegangen ist.

Schlußwort Prof. Coffmanns

Prof. **Coffmann** nimmt als Letzter unter allgemeiner Spannung das Wort. Er erklärt: Ich möchte eigentlich sagen, daß für mich gestern der Prozeß schon aufgehört hat mit der Aussage von Dr. Lepsius. Ich hoffe, daß die Anwälte mir das nicht übel nehmen. Was mich hieher geführt, ist eine ganz andere Sache. Dr.

Digitized by Google

Löwenfeld bemerkte, man müsse für den Klienten eingenommen sein. Ich betrachte mich hier nicht in diesem Sinne als Klienten. Ich betrachte als Klienten in dem Prozeß nur das deutsche Volk. Vor 20 Jahren wurde die ganze Welt auf den Kopf gestellt, weil ein einzelner Mann, ein französischer Offizier, mit Recht oder Unrecht verurteilt worden ist. Heute ist ein Volk von 60 Millionen verurteilt, ohne daß die ganze Welt deshalb auf den Kopf gestellt wurde. Gegenüber diesem Schicksal sind wir einzelne nur „Schnörkel", nicht nur Herr Fechenbach, sondern auch ich. Außerdem sind wir in diesen Dingen, um die es sich handelt, nur Laien. Ich bitte hier von zwei ganz anderen Gesichtspunkten sprechen zu dürfen, nicht als Jurist und Sachverständiger für Geschichte, Diplomatie oder militärische Angelegenheiten, sondern vom

Standpunkt des gesunden Menschenverstandes

aus und noch von einem anderen Standpunkt aus, den ich nennen werde. Wir sind hier nur Laien. Dr. Löwenfeld mag es nicht übel nehmen, wenn ich ihn, wie mich selbst, in diesen Fragen zu den Laien rechne. Ich habe eine große Hochachtung vor der Arbeit, die Dr. Löwenfeld geleistet hat, er kennt Vieles, auf der anderen Seite kenne ich manches was er nicht kennt. Der erstaunlichste Mangel schien mir zu sein, daß er die russischen Akten nicht kannte, nicht kannte, was die letzten Jahre gebracht haben, die große Aktenveröffentlichung von Siebert, zu der Siebert in den „Süddeutschen Monatsheften" weitere Ergänzungsakten angefügt hat, und nichts vom „livre noir". Letzterem wird ein zweiter und dritter Band folgen. Es wurden Dinge als unsicher behandelt, die nach den russischen Akten durchaus sicher sind. Ich muß sagen, daß jeder Freund der Wahrheit der Sowjetregierung zu tiefem Dank verbunden ist, daß sie die russischen Archive öffnet. Die Sowjetregierung bekämpft natürlich den Imperialismus, aber sie bekämpft ihn in allen Ländern und das ist es, was wir der hier behandelten Veröffentlichung durch Eisner von vornherein in der ganzen Einstellung vorwerfen, wie sie manche Intellektuelle, die als Führer der deutschen Arbeiter aufgetreten sind, beherrscht.

Zu Beginn habe ich erklärt, wie ich von dieser Sache gehört habe. Ganz laienhaft habe ich die Anschauung, daß, wenn jemand einen Mietvertrag auch nur abschreibt, der die Miete eines Stockwerkes betrifft, und er schreibt darüber, der Mietvertrag betrifft die Miete eines ganzen Hauses und er läßt hierbei alle Stellen fort, die erkennen lassen, daß es sich um die Miete eines Stockwerkes handelt, so habe ich die Anschauung, daß der Mann sich einer Fälschung schuldig macht, auch wenn er so etwas im Auftrage tut. Ich bin der persönlichen Ueberzeugung, daß das, was angerichtet wurde durch die Eisnersche Veröffentlichung, von einer ganz anderen, viel furchtbareren Bedeutung gewesen ist als irgendeine private Unredlichkeit, etwa in einer Vermögenssache. Es ist von Prof. Karo über die Wirkungen der Veröffentlichungen Eisners im Ausland gesprochen worden. Ich könnte noch manches über ihre Wirkungen im Inland hinzufügen, da ich manches Material hierüber gesammelt habe. Ich tue es nicht, weil ich nicht als Historiker, der ich nicht bin, sondern nur als Laie sprechen möchte und ich mich an ganz andere Dinge wende, als es die Sachverständigen getan haben. Es genügt, wenn das Gericht selbst sich an den Eindruck erinnert, den es selbst im November 1918 von dieser Veröffentlichung gehabt hat. Ich glaube, daß jeder, der nur irgend ein Gefühl für das deutsche Volk hat, den Tag des Erscheinens dieser Veröffentlichung als einen

schwarzen Tag in der deutschen Geschichte

empfinden wird. Ebenso möchte ich hinsichtlich der Motive auch auf etwas verweisen, was die Sachverständigen, soviel sie hier gesagt haben mögen in Zergliederung der ganzen Frage, eigentlich nicht erwähnt haben. Das ist das, wovon ich jetzt spreche, das ist der

Standpunkt des Gefühls.

Ich sage, wer ein Gefühl für das deutsche Volk hatte, der mußte wissen, wie in jener Zeit des Zusammenbruches gegenüber unerbittlichen Feinden diese Veröffentlichung wirken mußte. Ich spreche nicht davon, daß Eisner schließlich auch manches damals schon kannte, daß z. B. schon die belgischen Gesandtschaftsberichte erschienen waren, daß die Enthüllungen vom Suchomlinowprozeß vorausgegangen waren, muß aber auf einen Punkt hinweisen. Es war viel davon die Rede, was Eisner davon wissen konnte. Er kannte nämlich ungeheuer viel mehr, er kannte in großem Umfange die bayerischen Akten und man muß doch den Eindruck gewinnen, wenn man die Sache selbst prüft, daß diese Schriftstücke, daß die Telephonate aus dem großen Material so ausgesucht wurden, um das zu beweisen, was bewiesen werden sollte. Es wurde in diesem Zusammenhang auch von der Persönlichkeit Eisners gesprochen. Ich habe Eisner selbst nicht gekannt. Aber ich fühle mich verpflichtet, hier offen meine Ueberzeugung zu sagen, die sich auf die öffentlichen Aeußerungen Eisners stützt. Mein persönlicher Eindruck ist ungünstiger, als alles, was hier von Sachverständigen gesagt wurde. Diese haben sehr scharfsinnig die Frage geprüft, ob Eisner bewußt das oder jenes unrichtig gesagt oder da und dort bewußt getäuscht habe. Ich glaube gar nicht, daß die Natur Eisners so war, daß man die Frage so stellen könnte. Ich glaube, daß Eisner ein Mensch war, der ganz auf die Wirkung gestellt war, nicht so, wie die gelehrten Sachverständigen sich gedacht haben, daß er nun klar hätte unterscheiden können zwischen dem Wahren und Falschen. Ich bin nämlich der Ansicht, daß von einer Lüge nur

Digitized by Google

bei jemand gesprochen werden kann, der wahrhaftig ist und mit der Lüge von der Wahrhaftigkeit abweicht. **Ich muß leider sagen, ich habe den Eindruck, daß Eisner die unwahrhaftigste Persönlichkeit war, die in der deutschen Geschichte eine Rolle gespielt hat.** Mich hat es schon bei seinen Lebzeiten gestört, daß er immer wieder in die „Masse" gehen wollte, daß er die deutschen Arbeiter als ein gewisses Objekt der Tätigkeit ohne individuelle Unterscheidung des einzelnen als Ganzes genommen hat, weil ich immer das Gefühl hatte, daß der Arbeiter für Eisner etwas ist, wie für den Schauspieler das Publikum, etwas, was er brauchte, um sich zu berauschen und darauf zu wirken. Eisner wurde durch diese Wirkung auch zu dem veranlaßt, was er gerade in diesem Fall, der uns so viel beschäftigt hat, tat. Im Altertum hat man von den Philosophen, den Freunden der Weisheit, die Rhetoren, die Redner, unterschieden. Ich habe den Eindruck, daß Eisner eine Rednernatur war. Und wenn ich in diesem Prozeß einmal von Proletariern gesprochen habe, so lag es mir ferne, damit Vermögensverhältnisse anzudeuten. Ich bitte um Entschuldigung, wenn es so verstanden werden konnte, ich dachte an etwas ganz anderes, nämlich daran, daß Leute wie Eisner und Fechenbach zur Schicht der Intellektuellen gehören und daß diese Intellektuellen einen großen und bestimmenden Einfluß auf die Proletarier — ich meine in diesem Falle auf die deutschen Arbeiter — bekommen haben. Und ich bin nun der Ueberzeugung, daß diese Leute nicht das richtige Gefühl gehabt haben dafür, was einmal den deutschen Arbeitern zum Heil und was ihnen zum Unheil gereichen würde. Ich habe mich sicher sehr oft in dem geirrt, was ich geschrieben habe. Ich kann nur sagen, daß es für mich der bestimmende Gedanke gewesen ist, daß ich während des Krieges überzeugt war, daß es, wenn der Krieg nicht gewonnen würde, so kommen würde, wie es jetzt gekommen ist. Ich war auch überzeugt, und habe es öffentlich ausgesprochen, daß dabei nicht in erster Linie die reichen Leute leiden würden, denn ich war überzeugt, daß diese sich irgendwie helfen können, wie es ja auch gekommen ist. Ich hatte auch nicht die Auffassung, daß die Landwirte verhungern würden, weil sie sich ja von der eigenen Scholle nähren können. Ich war der Ansicht, daß im ungünstigen Falle der Ausgang des Krieges der sein werde, daß

die deutsche Industriearbeiterschaft zum Lohnsklaven des westlichen Großkapitals

würde. Dies ist nach meiner Ueberzeugung auch der Ausgang des Krieges, so wie man ihn in einer weiteren Ferne einmal ansehen wird. Ich habe schon zugegeben, ich und meine mitangeklagten Kollegen haben sich sicher oft geirrt. Aber was wir wollten, war, daß wir für das Wohl des deutschen Volkes arbeiteten, daß wir an die deutsche Sache glaubten. Für mich ist es eine der schmerzlichsten Erinnerungen des Prozesses, wenn ich daran denke, wie Fechenbach aufleuchtete, wenn es den Anschein hatte, daß irgend etwas gefunden wurde, was gegen Deutschland verwendet werden könnte. Ich bestreite gar nicht, daß es solche Dinge gibt und daß solche Dinge auch in Zukunft noch gefunden werden. Aber solche Sachen, die uns anderen das Herz zerreißen, scheinen hier doch ganz anders zu wirken. All das, was bei Fechenbach an Akten gefunden wurde, waren Sachen, die geeignet waren, gegen Deutschland ausgenützt zu werden. Ich muß es leider sagen, denn es tut mir in jedem Falle leid, irgend jemand zu verletzen: ich habe nun einmal im Prozeß den Eindruck gehabt, daß uns Fechenbach nicht ebenso entgegengekommen ist, wie wir entschlossen waren, zur Klärung der Wahrheit beizutragen, ganz abgesehen von unseren kleinen persönlichen Angelegenheiten und in gewissem Sinne auch ganz gleichgültig, ob etwas einmal herauskommt, was für Deutschland unangenehm ist.

In diesem Sinne kann ich auch nicht die, ich glaube von meinem Freunde R.-A. Dr. Pfleum ausgesprochenen Bedenken teilen dagegen, daß hier dieser Brief von Graf Lerchenfeld vorgebracht worden ist. Wie immer sich Dr. Löwenfeld in dieser Sache verhalten haben mag, für die ganze Sache ist wichtig, daß das, was irgendwie vorhanden ist an Dokumenten, herauskommt. Hier muß ich sagen, ich bedauere, daß die militärischen Berichte, die manchmal in Hinweisen auf diese Berichte im „Temps" und in der „Morgenpost" in den letzten Monaten gelegentlich angedeutet wurden als etwas, was noch im Hintergrund wäre, nicht auch hier vorgebracht wurden, überhaupt nicht alles, was man hat, bei dieser Gelegenheit, so weit es hierher gehört, vorgebracht wurde. Denn das Gefährlichste für die deutsche Sache wird es natürlich sein — und da mögen noch so viele Veröffentlichungen kommen und noch so viele Gerichtsverfahren stattfinden —, wenn es immer noch heißt, das war noch nicht das Richtige, wir wissen noch etwas anderes. Das würde meines Erachtens außerordentlich schädlich für Deutschland wirken. Ich habe schon angeführt, daß ich mich gar nicht hineinversetzen kann in die Menschen, die damals nicht gefühlt haben, wie schlecht für das deutsche Volk es sein würde. Ich kann mich auch von einem anderen Standpunkt aus gar nicht in diese Leute hineinversetzen, die immer nur über die Fehler auf der Seite des eigenen Volkes oder die eigene Regierung sich äußern und gar nie von den Fehlern auf der anderen Seite sprechen. Ich verstehe auch nicht, was das mit Sozialismus zu tun hat. Bekanntlich ist die Marxsche Auffassung die, daß die Unternehmerklasse in den verschiedenen Ländern ungefähr gleich ist, daß die wirtschaftlichen Bestrebungen in den verschiedenen Ländern ungefähr gleich sind und in den verschiedenen Ländern aus den gleichen Ursachen gelegentlich zum Kriege führten. Das ist unge-

Digitized by Google

ähr der Standpunkt, den bei uns die Kommu-
nisten und auch die russischen Sozialisten ein-
nehmen. Ich darf erwähnen, da ich mit Mitglie-
dern der englischen Arbeiterpartei in Verbindung
bin, wie ganz anders die Auffassung bei der eng-
lischen, französischen und italienischen Sozial-
demokratie ist. Dazu gehört auch, daß hier
Dinge vorgekommen sind und vorkommen, wie
sie in gar keinem anderen Lande möglich sind.
Ich habe mir das Studium der Gefangenen-
verhältnisse schon während des Krieges
und nach dem Kriege zur besonderen Aufgabe
gemacht. Dieses Kapitel ist für mich noch fast
traurriger, als wenn jemand Deutschland in der
Kriegsschuldfrage unrichtig bezichtigt, denn man
kann da wirklich sagen, daß bis zu einem gewis-
sen Grade die Kriegsschuld die Regierungen an-
geht, trotzdem ja das bei den Franzosen gar
keinen Unterschied macht. Hier aber geht es im
eminentesten Sinn auf den Charakter des gan-
zen Volkes. Wenn jemand sagt, daß bei uns
Gefangene mißhandelt, daß die Gefangenen in
Frankreich gut behandelt worden seien, so finde
ich, das sind Dinge, die man auch ohne gelehrtes
Studium wissen kann und die auszusprechen
eben wieder uns das Gefühl verbieten müßte.
Wenn in jener Versammlung, in der Herr
Fechenbach sprach, ein Mann, der aus französi-
scher Kriegsgefangenschaft zurückkam, empört
aufsprang und niedergeschlagen wurde, so muß
ich eben leider sagen, das sind Dinge — und so
vieles, was in dieser Art in Deutschland beson-
ders damals vorgekommen ist —, die in gar kei-
nem anderen Lande als in Deutschland möglich
sind. Ich habe hier ja eine andere Auffassung,
als bis jetzt hier zum Ausdruck gekommen ist.
Ich bin nicht so sehr der Ansicht, daß das Dinge
sind, die in besonderen historischen Verhältnissen
liegen, sondern ich bin leider der Ansicht, daß
das Dinge sind, die vielleicht — es wäre fürchter-
lich — in unveränderlichen Zügen des deutschen
Charakters liegen. Ich sehe das gar nicht als
eine Bosheit mancher Teile der Sozialdemokratie
an, sondern ich sehe dieselbe Erscheinung in der
ganzen deutschen Geschichte. Sie hat sich ge-
äußert dadurch, daß die verschiedenen Stämme
gegeneinander gekämpft und sich dabei mit Fein-
den verbunden haben, daß die verschiedenen
Konfessionen sich bekämpft und sich mit Feinden
verbunden haben und sie äußert sich heute darin,
daß die Klassengegensätze dahin führten, daß
viele unserer Landsleute sich mehr verbunden
fühlen dem Ausland als dem Inland. Ich kann
gar nicht finden, daß das irgend etwas mit So-
zialismus zu tun hat, sondern es hat nur etwas
zu tun mit dem deutschen Wesen, muß man lei-
der sagen. Ich muß bei dieser Gelegenheit sagen,
weil es vielleicht aus manchen Aeußerungen
anders hätte erscheinen können, daß das, was
mich in Gegensatz bringt zu manchen Führern
der Sozialdemokratie — ich führe das nicht
wegen meiner unbeträchtlichen Person hier an,
sondern weil öfter davon schon gesprochen wor-
den ist —, nur auf diesem Gebiete liegt. Ich
habe in meiner Zeitschrift immer den verschie-
densten Ansichten Raum gewährt, der einzige
Punkt, in dem ich das nicht getan habe, war in
früherer Zeit der Punkt der Koalitions-
freiheit. Ich habe niemals, auch von Leuten,
die mir vielleicht national nahegestanden wären,
irgend etwas aufgenommen, was sich gegen die
Koalitionsfreiheit der Arbeiter wendet, weil ich
der Ueberzeugung war, daß sie einen wirklichen
Fortschritt bedeutet, daß sie gar nicht aufzuhal-
ten war, daß jemand, der etwa mit den sogen.
Gelben sich verbündet, auf einen absterbenden
Ast sich setzt und ich wüßte nicht, warum ich
nicht auch ruhig sagen sollte, daß ich die Be-
triebsräte für ein Ergebnis, vielleicht für
das einzige positive Ergebnis der Revolution
halte und daß ich darüber genau so denke, wie
ich früher über die Koalitionsfreiheit gedacht
habe, daß sie nämlich einen fruchtbaren und
außerdem unaufhaltsamen Gedanken darstellen.
Also es ist wirklich nicht, das darf ich wohl sagen,
mangelndes Gefühl für die Arbeiter,
das mich hier in einen gewissen Gegensatz ge-
bracht hat, sondern das genaue Gegenteil. Ich
sehe im Versailler Vertrag in erster
Linie gerade die

Versklavung der Arbeiter.

Es sind 80 Prozent unseres Eisenvorkom-
mens bereits in andere Hände übergegangen,
von dem Kohlenvorkommen sind uns das große
Saargebiet und Oberschlesien entrissen worden,
und wenn noch das Ruhrgebiet uns jetzt genom-
men wird, so sind die größten Kohlenvorkom-
men uns entrissen. Ich sehe dann gar keine
andere Möglichkeit, als daß unsere Arbeiter
entweder abhängig werden als Lohn-
sklaven vom westlichen Großkapital oder
auswandern oder zugrunde gehen.
Ich darf auch sagen, da ich mir den

Kinderschutz,

besonders auf dem Gebiet der Ernährung zu
einer besonderen Aufgabe schon vor dem Krieg
und nach dem Krieg gemacht habe, daß ich auch
hier, was die Arbeiterkinder angeht, das
Schwärzeste in der Zukunft voraussehe. Wäh-
rend die Reparationskommission und all die
anderen Kommissionen in den Großstädten mit
ihren Kokotten schwelgen, sieht man in Wien,
wie mir ein Arzt dort bestätigt hat, fortgesetzt
Menschen verhungern. Man weiß, daß in Buda-
pest 450,000 tuberkulose Kinder sind und auch
wir müssen uns darüber klar sein, daß die

Tuberkulosefürsorge,

die vor dem Krieg in Deutschland am höchsten
entwickelt war, sich heute schon nicht mehr wird
aufrecht erhalten lassen und dabei sind für die
feindliche Besatzung, ich glaube im vorigen
Jahre schon, 450 Milliarden ausgegeben wor-
den. Also unter diesem Gesichtspunkt sehe ich
das an, was den Gegenstand dieses Prozesses
bildet und was in diesem Prozeß zutage geför-
dert worden ist. Ich kann mir nicht helfen und

Digitized by Google

ich glaube, es wird niemand im Saale sein, dem es nicht auch so gegangen ist, ich muß es aber hier sagen, als ich heute das „Journal" vom 29. April 1919 vorgelegt habe, in dem als Auftakt zu den Verhandlungen zum Versailler Friedensdiktat Urkunden veröffentlicht wurden, von denen René Pajot sagte, daß er sie dem Privatkläger verdanke — ich meine nicht, daß jemand im Saal Herrn Fechenbach geglaubt hat, daß das nicht so ist.

Ich komme immer wieder auf das zurück: ich habe aus dem bisherigen Verhalten Fechenbachs, aus seinem ganzen bisherigen öffentlichen Verhalten und aus seiner Mitwirkung an jener Veröffentlichung den Eindruck gewonnen, daß es ihm am richtigen Gefühl für das deutsche Volk fehlt. Man muß sich vorstellen, wie damals in Versailles der deutschen Friedensdelegation diese Veröffentlichung in der gekürzten Form um die Ohren gehauen wurde — ich kann nicht anders sagen —, daß sie verzweifelt eigentlich ja nichts Richtiges dagegen sagen konnte. Da saß irgendwo ein Mann, der wußte, daß dieses Schriftstück außerordentlich gekürzt ist, der wußte, daß das Schriftstück im Hause von Kurt Eisner ist — und er sagte nichts! Ich muß es sagen gegenüber all dem, was wir an Entstellung nun hier wieder erlebt haben: Man würde nicht, glaube ich, die Kraft behalten, für die Wahrheit und damit für die deutsche Sache weiterzukämpfen, wenn man nicht die Ueberzeugung hätte, mit diesem Kampf irgendwie dem Reiche Gottes zu dienen. Nach meiner Ueberzeugung haben Eisner und Fechenbach mit dem, was sie getan haben, der Erhaltung des Reiches des Teufels auf der Erde gedient. Ich bin überzeugt, daß eine spätere Zeit **diese Fälschung für eines der größten Verbrechen der deutschen Geschichte halten wird.**

Der **Vorsitzende** verkündet, nachdem von den Parteien weiter nicht das Wort begehrt wird, folgenden

Gerichtsbeschluß:

Die Verhandlung wird geschlossen. Termin zur Verkündigung des Urteils wird bestimmt auf Donnerstag, 11. Mai, nachmittag 4 Uhr.

Die Urteilsverkündigung*)

Donnerstag, den 11. Mai

Wir veröffentlichen im Nachstehenden den Wortlaut des am Donnerstag, 11. Mai, verkündigten Urteils im Prozeß um die Eisnerschen Schuldokumente. Die Auszeichnungen im Druck rühren von der Redaktion her:

Das Schöffengericht bei dem Amtsgericht München erläßt in der Privatklagesache

Fechenbach Felix, Kaufmann in Halle,

gegen

Dr. Coffmann Paul Nikolaus, P... fessor in München,

Müller Emanuel, Schriftleiter in M... chen,

Osterhuber Josef, Schriftleiter in M... chen,

Dr. Adlmaier Konrad, Schriftleiter ... Chieming,

wegen Beleidigung auf Grund der Hauptverhandlungen vom 27., 28., 29. April und 2. und 4. Mai 1922 in seiner öffentlichen Sitzung vom 11. Mai 1922 in Gegenwart des Amtsgerichtsrats Frank, der Schöffen Rinedl Richard, Assistenten, Lauterbach Jo... Bankoberbeamten, des Gerichtsschreibers Sekretärs Blank folgendes

Urteil:

1. Die Angeklagten **Dr. Paul Nikolaus Coffmann**, geboren am 6. April 1869 in Baden-Baden, ledig, Schriftsteller und Professor in München, **Emanuel Müller**, geboren am 18. Juli 1880 in Nördlingen, verheiratet, Schriftleiter in München, und **Josef Osterhuber** geboren am 6. Oktober 1876 zu Eurasburg, verheiratet, Schriftleiter in München,

werden je von der Anklage eines Vergehens der üblen Nachrede freigesprochen

2. Der Angeklagte Dr. Konrad Adlmaier, geboren am 13. August 18... zu Zeisering, verheiratet, Schriftsteller in Chieming, ist schuldig eines Vergehens der üblen Nachrede und wird deshalb zu einer Geldstrafe von fünfhundert Mark für den Fall der Uneinbringlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen verurteilt.

3. Der Privatkläger Felix Fechenbach, Kaufmann in Halle a. S., hat die Kosten des Verfahrens gegen die Angeklagten Dr. Coffmann, Müller und Osterhuber zu tragen und die diesen erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten.

4. Der Angeklagte Dr. Adlmaier hat die Kosten des Verfahrens gegen ihn zu tragen und die auf dieses Verfahren dem Privatkläger Felix Fechenbach erwachsenen notwendigen Auslagen zu erstatten.

5. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten Dr. Adlmaier auf dessen Kosten durch einmalige Einrückung der Nummer 2 der Formel in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Art in die Zeitung „Das Bayerische Vaterland" inner...

*) **Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig geworden.**

Digitized by Google

alb eines Monats nach Rechtskraft des Urteils öffentlich bekannt zu machen.

Gründe:

1. In Artikel 231 des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrags zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten ist bestimmt: Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben. (Reichsgesetzblatt 1919 Seite 985.)

2. Der durch die Revolution zur Macht gelangte Schriftsteller Kurt Eisner hat am 3. November 1918 in den Räumen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin dem Privatkläger, einem Sekretär, eine Mitteilung diktiert, die sich mit einem Bericht des bayerischen Geschäftsträgers von Schoen an den Vorsitzenden im bayerischen Ministerrate Grafen von Hertling vom 18. Juli 1914, einer Fernsprechmeldung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914, 1 Uhr 45 Minuten vormittags, einer solchen vom 31. Juli 1914, 8 Uhr nachmittags, und einem Berichte des bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld vom 4. August 1914 an den Vorsitzenden im Ministerrate befaßte. Die Mitteilung beginnt: „Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Aeußern Eisner hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkriegs zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt." Die Berichte, die Fernsprechmeldungen und die Mitteilung Eisners sind in dem Buche „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, im Auftrage des Bayerischen Landtags bearbeitet von Abgeordneten Dr. P. Dirr, München 1922", ihrem Wortlaute nach wiedergegeben; die Berichte und die Fernsprechmeldungen bilden die Anlage 1, die Mitteilung Eisners die Anlage 2 des Urteils; sie werden hierher bezogen.

Die Mitteilung Eisners ist am 24. November 1918 im „Berliner Tageblatt", an den folgenden Tagen in einer Reihe anderer Zeitungen, am 26. November 1918 insbesondere auch in Nr. 275 der „Bayerischen Staatszeitung" als amtliche Veröffentlichung der Korrespondenz Hoffmann erschienen.

3. Das im Juli 1921 erschienene Heft der Zeitschrift „**Süddeutsche Monatshefte**": „**Der große Betrug**" behandelt die Frage der Schuld am Weltkriege. Es enthält unter anderem auch einen von Dr. Karl Alex. v. Müller, Professor der Geschichte an der Universität München, verfaßten Beitrag „**Neue Urkunden**". In der Einleitung dieses Beitrags ist die veröffentlichte Mitteilung Eisners als eine Fälschung bezeichnet mit der Begründung, über die Hälfte des Berichtes vom 18. Juli 1914 sei mit der Schere beseitigt worden, um dem Bericht schließlich das Gesicht nach der anderen Seite drehen zu können, der Verfasser des deutlich gezeichneten Berichtes sei dabei bewußt mit voller Absicht gefälscht worden. Der Angeklagte Dr. Cossmann, der Schriftleiter der Zeitschrift „Süddeutsche Monatshefte", hat in einer Fußnote zu diesen Ausführungen bemerkt: „Als die Untersuchung von Georg Karo über die Eisnerische Fälschung im Heft „Ende des Reiches" (Sept. 1919) der S. M. erschienen war, wurde uns erzählt, Frau Eisner sage, ihr Mann habe die Fälschung gar nicht gemacht, sondern sein Sekretär Fechenbach; ihr Mann habe nur seinen Namen darunter gesetzt. Die Schriftleitung der Süddeutschen Monatshefte."

Die Nummer 311 der von dem Angeklagten Müller als verantwortlichen Schriftleiter gezeichneten Zeitung „Münchner Neueste Nachrichten" und die Nummer 314 der von dem Angeklagten Osterhuber als verantwortlichen Schriftleiter gezeichnete Zeitung „Bayerischer Kurier" vom 27. Juli 1921 brachten längere Ausführungen über den Inhalt des Heftes „Der große Betrug", darunter auch die Einleitung des Beitrages des Dr. v. Müller einschließlich der in der Fußnote behaupteten Aeußerung der Frau Eisner.

Die Nummer 172 der Zeitung „Das Bayerische Vaterland" vom 28. Juli 1921 enthielt einen von dem Angeklagten Dr. Adlmaier verfaßten Artikel: „Wie die Juden Eisner und Fechenbach ein ungeheures Verbrechen am deutschen Volk begingen." In dem Artikel ist nach Wiedergabe der Einleitung des Beitrages des Dr. v. Müller einschließlich der behaupteten Aeußerung der Frau Eisner ausgeführt: „Was soll man dazu sagen? Eisner ist tot, aber der Jude Fechenbach läuft noch irgendwo auf seinen Plattfüßen in der Welt herum. Warum faßt der Staatsanwalt diesen Schuft nicht am Kragen wegen Hochverrat, wegen dieses infamsten Verbrechens am ganzen deutschen Volk? Es wird keinen vernünftigen deutschen Arbeiter geben, der nicht in tiefster Seele einen solchen Verbrecher verflucht und verdammt. Denn die Arbeiterschaft hat der Jude Fechenbach genau so in das tiefste Elend hineingeritten, wie die anderen Volksteile. Und Eisner hat zum mindesten in fahrlässigster Weise dazu mitgeholfen. Es gibt kein Wort, das

Digitized by Google

scharf genug wäre, um dieses schandbare Verbrechen der zwei Rätejuden entsprechend zu brandmarken. Jetzt büßt eine ganze Nation dafür. Wir sprechen es offen aus, was wir und Tausende von uns denken: Die ganze Mache Eisners und Fechenbachs war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindbundes. Und für den Juden Fechenbach ist in ganz Deutschland kein Galgen hoch genug, um diese Schurkentat zu sühnen. Staatsanwalt, walte deines Amtes!"

4. Die Veröffentlichung Eisners ist, wie die Vergleichung der beiden Anlagen des Urteils ergibt, keine wortgetreue Wiedergabe der Berichte und Fernsprechmeldungen.

a) In der Veröffentlichung ist der Bericht vom 18. Juli 1914 als ein Bericht des bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld bezeichnet, während er ein Bericht des Geschäftsträgers von Schoen ist. Diese Bezeichnung verlieh mit Rücksicht auf das große Ansehen des Grafen von Lerchenfeld in der diplomatischen Welt dem Berichte ein besonderes Gewicht. In der Veröffentlichung ist unterdrückt, daß sich der Bericht auf die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien bezieht. In der Veröffentlichung sind alle Teile des Berichts, in denen die Voraussetzungen für die Möglichkeit der Lokalisierung des Krieges, die beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Herbeiführung der Lokalisierung erörtert werden, weggelassen, so insbesondere die Stellen: „Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Oesterreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird, im ersteren Falle dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren, im anderen Falle dagegen wären größere Verwicklungen wohl unausbleiblich. Im Interesse der Lokalisierung des Krieges wird die Reichsleitung sofort nach der Uebergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Großmächten einleiten. Sie wird geltend machen, daß es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn das Belgrader Anarchistennest einmal ausgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, daß die Mächte sich auf den Standpunkt stellen, daß die Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei. Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, daß Oesterreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen, die dann auch uns und danach Frankreich zu gleichen Maßnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde." In der Veröffentlichung wird die Weglassung dieser den wahren Sachverhalt grell beleuchtender Stellen, durch die kurz nichtssagende, aber geringschätzige Bemerkung „Es wird dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert" angedeutet. In der Veröffentlichung sind weiter weggelassen die Stellen: „Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in erster Linie die Haltung Rußlands sein. Will Rußland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Oesterreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist wohl das Günstige der gegenwärtigen Situation — wohl untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen, daß es eine Kampfaktion, die mit Bombenwerfen und Revolverschüssen arbeite, ebensowenig wie die anderen zivilisierten Staaten billige. Dies insbesondere, wenn Oesterreich nicht die nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stellt. England wird Oesterreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten." Aus diesen weggelassenen Teilen und Stellen geht hervor, daß Deutschland wohl die Gefahr des Weltkrieges erkannt hat,

daß es den Weltkrieg aber nicht gewollt hat,

daß es seinen Ausbruch zu hindern bestrebt war, daß es eine Lokalisierung des Krieges herbeizuführen sich bemühte. In der Veröffentlichung sind weiter weggelassen die Stellen über die vermutliche Haltung Italiens, Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands und Montenegros, die vermuten lassen, daß in dem Berichte nicht an einen lokalisierten Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien gedacht ist. In der Veröffentlichung sind endlich die Stellen über die wahrscheinliche Ablehnung der in dem Berichte nur mit 3, nicht, weil damals noch unbekannt, mit 10 Punkten angegebenen österreichischen Note durch Serbien, über die daraus sich ergebende Folge des Krieges, über das deutsche Einverständnis, daß Oesterreich die günstige Stunde nütze, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen, über die unangenehme Empfindung der Wiener Stellen darüber, daß Oesterreich von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei, über den deutschen Standpunkt, man hätte es in Berlin lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten, in der Hauptsache gesperrt gedruckt, obwohl diese Stellen

Digitized by Google

m Berichte nicht äußerlich hervorgehoben sind, d ohne daß ersichtlich gemacht ist, von wem e Sperrung herrührt. Durch diese Sperrun- n wird der sich aus dem Berichte n st nicht ergebende Eindruck her- o r g e r u f e n, Deutschland habe den e l t k r i e g gewünscht.

b) In der Veröffentlichung der Fern- p r e c h m e l d u n g v o m 31. Juli 1914 üb ist der überaus wichtige Satz: „Eine Ant- ort auf die gemeinsame Demarche Englands nd Deutschlands ist aus Wien bis nachts Uhr nicht eingelaufen gewesen" unterdrückt nd nur erwähnt, „daß die zweifellos redlichen emühungen Greys, für die Erhaltung des riedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht ufhalten werden". . . . Damit wird verschwie- en, daß es gerade auch Deutschland war, das ch ernstlich darum bemüht hat, den Ausbruch es Weltkrieges zu verhindern.

c) In der Veröffentlichung der Fern- p r e c h m e l d u n g v o m 31. Juli 1914 bends sind bei der Ausführung: „Die Ulti- ata nach Petersburg, Anfrage nach Grund er Mobilisierung, Paris, Anfrage, ob neutral leibt. Beide werden selbstverständlich ablehn- end beantwortet werden" das Wort „selbstver- ändlich" und bei der Ausführung: „Preußi- cher Generalstab rechnet damit, Frankreich in ier Wochen niederwerfen zu können", die Worte „Frankreich in vier Wochen" gesperrt gedruckt. Damit wird wiederum der aus der Fernsprechmeldung sonst nicht zu entnehmende Eindruck erweckt, Deutschland habe den Welt- krieg ersehnt.

d) In der nur zum Teil erfolgten Veröffent- lichung des Berichtes vom 4. August 1914 sind bei der Ausführung: „Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Gene- ralstabschef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der An- griffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich", die zwei Silben „Angriffs" gesperrt gedruckt. Damit wird der Glaube er- weckt, Deutschland habe schlechthin einen An- griffskrieg gegen Frankreich führen wollen, während bei Unterbleiben des Sperrdrucks zu erkennen ist: In dem nun einmal ausgebroche- nen Kriege führt Deutschland seine Verteidi- gung dadurch, daß es nunmehr Frankreich an- greift und damit den Krieg zu gewinnen hofft.

Die Art, wie Eisner die Berichte und die Fernsprechmeldungen veröffentlicht hat, ist nach all dem eine unrichtige Wiedergabe, die den Sinn des Inhalts der Urkunden entstellt, ihn teilweise sogar in sein Gegenteil verkehrt.

5. Eisner hat, als er die Mitteilung dem Pri- vatkläger diktierte, eine mit dem vollen Namen des Geschäftsträgers v o n S c h o e n gezeichnete Abschrift des Berichts vom 18. Juli 1914 in Händen gehabt. Die Möglichkeit, daß er im Eifer die Unterschrift nicht beachtet hat, daß er des- halb den Bericht für einen Bericht des Grafen Lerchenfeld hielt, kann nicht vollständig ausge- schaltet werden. Die ü b r i g e i r r e f ü h r e n d e A r t d e r W i e d e r g a b e d e r B e r i c h t e u n d F e r n s p r e c h m e l d u n g e n h a t E i s n e r b e w u ß t u n d a b s i c h t l i c h g e w ä h l t. Nach der Behauptung des Privatklägers war Eisner, als er die Veröffentlichung vornahm, der Mei- nung, Deutschland trage die Alleinschuld am Kriege. Eisner war auf Grund eigener Erwä- gungen, die durch Einflüsterung Anderer, ins- besonders des durch ein Telegramm vom 17. No- vember 1918 (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente Seite 39) zu einem vollen und offenen Bekennt- nis der Schuld der deutschen Regierung ratenden George D. Herron bestärkt worden, der Auffas- sung, ein Schuldbekenntnis bringe Deutschland einen besseren Frieden. Er wollte deshalb mit seiner Veröffentlichung ein Schuldbekenntnis ab- geben. Er faßte demgemäß die Veröffentlichung in einer Art ab, d a ß s i e e i n S c h u l d b e k e n n t n i s w u r d e, o b w o h l d i e B e r i c h t e u n d d i e F e r n s p r e c h m e l d u n g e n e i n S c h u l d b e k e n n t n i s n i c h t w a r e n. Er änderte damit Urkunden, die das, was er wollte, nicht bewiesen, in der Veröffentlichung in einer Weise um, daß sie das, was er wollte, mehr oder weniger zu beweisen geeignet wurden. Auch wenn er das, was er beweisen wollte, für wahr hielt, durfte Eisner doch nicht in dieser Art verfahren. Eisner hat mit der Veröffentlichung nebenher noch den weiteren Zweck verfolgt, die Revolution zu sichern. Der von ihm zum Gesandten in Ber- lin ernannte Privatgelehrte Dr. M u c k l e ver- trat in einem an Eisner gerichteten Briefe vom 19. November 1918 die auch von M a x i m i l i a n H a r d e n geteilte Meinung: Es müsse, um die versinkende Flamme des revolutionären Geistes zu beleben, unter anderen die sofortige Ver- öffentlichung der Geheimakten verlangt werden. (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente Seite 43). Eisner bekannte in der Sitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates vom 28. November 1918: Ich kam nach Berlin als Vertreter Bay- erns und sah da zu meiner großen Ueber- raschung, daß in Berlin die Konterrevolution nicht droht, sondern daß sie ruhig regiert. Die Konterrevolution regiert in Berlin ganz gemüt- lich, als ob gar nichts geschehen wäre. Als ich das sah, da holte ich aus meiner Aktenmappe jenes Schriftstück, durch das nun der letzte Schleier von den Geheimnissen dieses Weltkriegs gerissen wird, jenen Bericht des Vertreters des Grafen Lerchenfeld, des Herrn von Schoen, an den Grafen Hertling, in dem nun in aller Be- haglichkeit auseinandergesetzt wird, wie man be- absichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln. Damit wollte ich die Konterrevolution, die regierende Konterrevolution, in die Luft sprengen. (Beil. z. d. Verhandl. d. Provis. Nationalrates d. Volks- staates Bayern 1918 Bd. I Beil. 1 Seite 3).

Es kann dahin gestellt bleiben, ob Eisner viel- leicht im Hinblick auf die von ihm verfolgten Zwecke die Bedenken gegen die Art der Ver- öffentlichung übersah oder nicht, die Art der

Digitized by Google

Veröffentlichung hat er — vielleicht mit Ausnahme der unrichtigen Bezeichnung des Verfassers des Berichtes vom 18. Juli 1914 — **bewußt und absichtlich gewählt.**

6. Die Veröffentlichung Eisners ist somit eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes

Die zur Frage der Fälschung gehörten Zeugen und Sachverständigen, Dr. Dirr, Vorstand des Stadtarchivs München, Dr. Striedinger, Oberarchivrat im Hauptstaatsarchiv München, Dr. Delbrück, Professor der Geschichte a. D. an der Universität Berlin und Mitglied der deutschen Viererkommission zur Prüfung des Berichts der gegnerischen Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen, Graf Max Montgelas, Mitglied der Viererkommission und Mitherausgeber der Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch", Dr. Fischer, Sekretär des Untersuchungsausschusses des Reichstags, Dr. Thimme und Dr. Lepsius, beide amtlich bestellte Herausgeber der deutschen politischen Akten von 1871 an, Dr. Karo, Professor an der Universität Halle, bezeichnen ebenfalls alle und zwar unter ihrem Eide mit triftigen Gründen die Veröffentlichung als eine Fälschung. Der Rechtsanwalt Dr. Herman Harris Aall, Mitglied der neutralen Schuldkommission in Christiania, Dr. Adolfo Bonilla y San Martin, Professor an der Universität Madrid, Fredrik Böök, Professor an der Universität Lund in Schweden, Dr. Ernesto Quesada, Professor an der Universität und Generalstaatsanwalt in Buenos Aires, J. Versluys, Professor und Mitglied der neutralen Schuldkommission in Hilversum (Holland), Thomas C. Hall, Professor in New-Jersey, jetzt in Göttingen, Sidney B. Fay, Professor für Geschichte und Staatsrecht in Northampton, Dr. Alberto Lumbroso, Direktor der „Rivista di Roma", Dr. Boghitschewitsch, früherer serbischer Geschäftsträger in Berlin, E. N. Bennett, Member of Parliament in London, Joseph King, Mitglied der englischen Arbeiterpartei in London und Edouard Dujardin, Professor der Geschichte in Paris, nennen alle in schriftlichen Erklärungen die Veröffentlichung ebenfalls eine Fälschung.

Auch der Zeuge und Sachverständige Dr. Quidde, Privatgelehrter in München, hält die Art der Veröffentlichung für in höchstem Maße anfechtbar.

Der Beistand des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Philipp Löwenfeld, endlich hat freimütig zugegeben, es liege eine Fälschung nach der sachlichen Seite vor.

Die Veröffentlichung ist eine amtliche Veröffentlichung. Die Fälschung ist deshalb auch eine amtliche Fälschung.

7. Die Fälschung wird nicht dadurch ausgeschaltet, daß am Eingang der Veröffentlichung ausgeführt ist: „Vorerst seien aus Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt" und daß im Texte der Veröffentlichung mehrere Teile der Berichte und der Fernsprechmeldungen auch in äußerlich erkennbarer Weise zusammengefaßt wiedergegeben werden. Wenn der Ministerpräsident und Minister des Äußern von Bayern, des zweitgrößten Bundesstaates des Deutschen Reiches, unter der Mitteilung, er habe bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen, und unter der tönenden Begründung, diese Anregung sei durch die Erwägung veranlaßt gewesen, daß nur durch die restlose Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das die Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist, während des Waffenstillstandes und vor Friedensschluß aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkriegs aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes zu veröffentlichen unternimmt, so erwartet die aufhorchende Welt und muß erwarten: Die diplomatischen Urkunden werden ihrem vollen Wortlaute nach veröffentlicht. Wird von der Veröffentlichung des vollen Wortlautes abgesehen, so wird mindestens alles, was bedeutungsvoll ist, gebracht, werden besonders wesentliche Stellen nicht unterdrückt. Es werden nicht den Sinn färbende Sperrungen des Druckes vorgenommen. Es wird der Sachverhalt so erschöpfend wiedergegeben, daß der Leser sich selbst ein Urteil bilden kann und nicht so gekürzt, daß nur die unrichtige Meinung des Ministerpräsidenten zu stützen geeignet ist. Kurz, es unterbleibt jede eine falsche, ja auch nur eine schiefe Auffassung des Inhalts der Aktenstücke zulassende Art der Wiedergabe. Die Fälschung wird auch dadurch nicht entschuldigt, daß die Raumnot der Zeitungen Kürzungen verlangt. Die Veröffentlichung war eine derart wichtige Sache, daß, wenn Raumnot bestand, andere weniger bedeutende Dinge zurückgestellt werden mußten. Die Fälschung wird endlich auch dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß die Meinung vertreten wird, die deutsche, die bayerische Diplomatie habe ein System der doppelten Buchführung gehabt in dem Sinne, daß in offiziellen Berichten die Dinge nicht immer so dargestellt wurden, wie sie waren, in privaten Berichten dagegen die Wahrheit gesagt wurde, der Bericht vom 18. Juli 1914 bringe weil offizieller Bericht, nicht die volle Wahrheit. Wie die unter Eid vernommenen, die Gepflogenheiten des deutschen und des bayerischen Diplomatendienstes kennenden Zeugen Graf von Soden, Staatsrat v. Loeßl, Dr. Dirr, Graf Montgelas, Graf Monts, Dr. Fischer, Dr. Thimme und Dr. Lepsius ausdrücklich und überzeugend bekunden, hat es eine doppelte Buchführung in diesem Sinne nie gegeben. Die von dem Privatkläger vorgelegte Abschrift eines Privatberichtes des Grafen Ler-

Digitized by Google

Henfeld an den Grafen Hertling vom 9. Dezember 1914, durch den der Nachweis für eine doppelte Buchführung geliefert werden sollte, hat diesen Nachweis nicht erbracht; durch die beeidigte Aussage des Zeugen Grafen Lerchenfeld und durch den Inhalt des von ihm bekanntgegebenen Antwortbriefes des Grafen Hertling an ihn vom 11. Dezember 1914 ist dargetan: Von einem Ansinnen, Graf Hertling solle Unwahrheiten bekanntgeben, kann nicht die Rede sein; Graf Hertling ist nur ersucht worden, wenn er irrtümlich eine tatsächliche Unrichtigkeit dem französischen Geschäftsträger Allizé gegenüber gesagt haben sollte, dies zur Steuer der Wahrheit öffentlich zu berichtigen.

8. Die Wirkung der Veröffentlichung war bei den Gegnern Deutschlands nicht die, die Eisner erwartete. Sie war die, die die Reichsleitung und das Auswärtige Amt in ihren Kundgebungen vom 25., 26. und 28. November 1918 (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente Seite 51, 58 und 59) erörterten. Sie war die, die der Zeuge Dr. Quidde in seiner Rede in der 4. Sitzung des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern vom 17. Dezember 1918 (Stenogr. Bericht d. prov. Nat.-R. 1918 Bd. I, Seite 58 und ff.) angab. Sie war die, die jeder mit nur etwas Wirklichkeitssinn ausgestattete Mensch voraussehen konnte. Unsere Gegner haben sich mit Freuden der Veröffentlichung bemächtigt, nicht um einen Frieden der Völkerversöhnung zu schließen, sondern um den in dem eingangs erwähnten Artikel 231 des Friedensvertrags aufgestellten, von Deutschland nicht aus Ueberzeugung, sondern nur unter dem Drucke der damals verzweifelten Lage anerkannten Spruch, Deutschland sei Urheber des Weltkrieges, durch ein deutsches Zeugnis mitzustützen, einen Spruch, der die Deutschland auferlegten unerträglichen Lasten rechtfertigen soll. Dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation, Kurt Freiherrn von Lersner, tönte nach seiner beeidigten Zeugenaussage, wenn er sich mit den Gegnern über die Schuldfrage unterhielt und dabei die Frage verneinte, der Name „Eisner" entgegen. In dem Berichte der Kommission der Gegner für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen vom 29. März 1919 an die Konferenz der Friedenspräliminarien ist die Veröffentlichung Eisners zum Beweise von Deutschlands Schuld mehrfach erwähnt, dazu teilweise noch mit weiteren Entstellungen. (Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, Berlin 1919, Seite 31 ff.). Die deutsche Viererkommission konnte in ihren Bemerkungen vom 27. Mai 1919 zum Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Verantwortlichkeiten der Urheber des Krieges (Deutsches Weißbuch Seite 56 ff.) die Veröffentlichung Eisners nicht als Fälschung entlarven, weil ihr der volle Wortlaut der Berichte und Fernsprechmeldungen damals nicht bekannt war. Die Mantelnote des Ultimatums vom 16. Juni 1919, in dem die Gegner die unbedingte Annahme des Friedensdiktats von Deutschland forderten, und das Ultimatum selbst enthalten eine ausführliche Schuldanklage. Sie beruhen auf dem Bericht der Kommission der Gegner vom 29. März 1919 und dadurch mittelbar auch mit auf der Veröffentlichung Eisners.

Die Fälschung ist eines der Hindernisse im Kampfe gegen die Behauptung der Alleinschuld Deutschlands im Weltkriege, einer Behauptung, die sich nach den eidlichen Aussagen der mit dem wirklichen Sachverhalt besonders vertrauten Sachverständigen, nach dem Inhalt der Bücher, die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch und die bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, nicht rechtfertigen läßt, einer Behauptung, die, wenn auch die Gegner gleich Rußland einmal ihre Archive öffnen, wohl zweifelsfrei entkräftet werden wird, einer Behauptung, die auch der Privatkläger nicht aufrechterhält.

Die an die Veröffentlichung geknüpfte Hoffnung Eisners, der nach der beeidigten Aussage des Zeugen Grafen Soden am 24. Nov. 1918 im Gebäude der bayerischen Gesandtschaft in Berlin die Meinung vertrat, Clemenceau, Lloyd George und Wilson seien die größten Idealisten, hat sich nicht erfüllt.

9. Mit dem Anfügen der Fußnote hat der Angeklagte Dr. Cossmann in Beziehung auf den Privatkläger die Tatsache behauptet, nicht Eisner, sondern der Privatkläger habe die folgenschwere falsche Wiedergabe der Berichte und Fernsprechmeldungen verschuldet. Mit der Wiederholung dieser Ausführung in den Zeitungen „Münchner Neueste Nachrichten", „Bayerischer Kurier" und „Das bayerische Vaterland" haben die Angeklagten Müller, Osterhuber und Dr. Adlmaier diese Tatsache weiter verbreitet. Mit der unter Verwendung von an sich beschimpfenden Ausdrücken aufgestellten Ausführung „Die ganze Mache Eisners und Fechenbachs war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindbundes" hat der Angeklagte Dr. Adlmaier weiter die Tatsache behauptet, der Privatkläger habe sich für die Fälschung von den Gegnern bezahlen lassen. Diese Tatsachen sind, wie für jedermann und darum auch für die Angeklagten erkennbar, geeignet, den Privatkläger verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Die Tatsachen sind nicht erweislich wahr. Der Umstand, daß der Privatkläger das Diktat Eisners niederschrieb, rechtfertigt noch nicht, zu sagen, der Privatkläger habe die Fälschung begangen. Er rechtfertigt dies schon um deswillen nicht, als nach der Erklärung des Privatklägers der

Digitized by Google

Privatkläger den Versuch machte, Eisner zur Veröffentlichung des vollen Wortlautes zu veranlassen. Die Zeugin Else Eisner hat nach ihrer eidlichen Aussage eine Aeußerung, wie sie ihr in den Mund gelegt wurde, nicht getan. Es hat kein Zeuge bestätigt, daß der Privatkläger von den Gegnern bezahlt worden ist.

Die Angeklagten berufen sich darauf, sie hätten berechtigte Interessen wahrgenommen. Die Vertreter der Presse haben nach der ständigen, bis jetzt nicht aufgegebenen Rechtsprechung des Reichsgerichtes und des bayerischen Obersten Landesgerichtes auf dem Gebiete der Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht mehr Rechte wie jeder andere Mensch. Das Vorliegen von öffentlichen Interessen, von Interessen der Allgemeinheit genügt nicht zur Bejahung der Frage, ob Wahrnehmung berechtigter Interessen gegeben ist. Es müssen eigene Interessen der Pressevertreter vorliegen, mindestens solche Interessen, die die Vertreter wie eigene infolge besonderer Verhältnisse berühren. Die Angeklagten haben damit, daß sie gegen die Fälschung Stellung nahmen, öffentliche Interessen, Interessen der Allgemeinheit wahrgenommen.

Diese Interessen begreifen aber eigene Interessen der Angeklagten von solcher Erheblichkeit in sich, daß ihre Wahrnehmung auch gegenüber dem Anspruch des Privatklägers auf Achtung seiner Ehre als eine berechtigte Handlung angesehen zu werden vermag.

Das Friedensdiktat von Versailles trifft jeden Deutschen. Jeder Deutsche spürt die Wirkung des Diktats tagtäglich am eigenen Leibe. Jeder Deutsche hat deshalb das Recht, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu versuchen, auf eine Aenderung des Diktats hinzuwirken. Dazu gehört die Entkräftung von unrichtigen Veröffentlichungen, die die Gegner zum Beweise der Urheberschaft Deutschlands am Kriege, des Grundes des Schuldspruchs, mitverwendet haben. Die Aeußerungen der Angeklagten Dr. Cossmann, Müller und Osterhuber sind rein sachlich gehalten. Aus der Form und aus den Umständen, unter denen die im guten Glauben gemachten Aeußerungen geschahen, geht das Vorhandensein, die Absicht einer Beleidigung, nicht hervor. Die Aeußerungen des Angeklagten Dr. Adlmaier ist von einer Reihe rein beschimpfender Ausdrücke begleitet. Aus der Häufung dieser Ausdrücke, somit aus der Form, geht deshalb hervor, der Angeklagte Dr. Adlmaier folgte neben der Wahrung berechtigter Interessen auch den Zweck, die Ehre des Privatklägers zu verletzen, ihn zu beleidigen.

Die Aeußerungen der Angeklagten Dr. Cossmann, Müller und Osterhuber sind deshalb nicht strafbar, die Aeußerungen des Angeklagten Dr. Adlmaier bleiben strafbar. Die drei Erstgenannten sind demgemäß von der Anklage eines Vergehens der üblen Nachrede freizusprechen, der vierte Angeklagte ist, da der von dem entsprechend bevollmächtigten Rechtsanwalt des Privatklägers am 27. Oktober 1921 schriftlich beim Amtsgericht München gestellte Strafantrag frist- und formgerecht gestellt ist, eines Vergehens der üblen Nachrede schuldig. §§ 186, 194, 61, 193 RStGB. § 156 Abs. 2 RStPO. (Entscheidung des Obersten Landesgerichtes in Strafsachen Band VI Seite 47.)

10. Die mit Beschimpfungen verbundene üble Nachrede des Angeklagten Dr. Adlmaier beleidigt den Privatkläger schwer an der Ehre verletzt. Der Vorwurf der Bestechung mußte ihn besonders kränken. Das wirkt straferschwerend. Die Beleidigung ist aber auch der Ausfluß der begreiflichen Empörung über die Fälschung, die es den Gegnern ermöglicht hat, durch ein erpreßtes Schuldbekenntnis einer Regierung, die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands zu stützen und damit das auf dem ganzen deutschen Volke wie ein schwerer Alp lastende Diktat von Versailles mitzurechtfertigen. Das wirkt strafmindernd. Eine Geldstrafe von 500 Mark ist angemessen. Sie ist, wenn sie nicht beitreibbar ist, in eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen umzuwandeln. §§ 28, 29 RStGB. neueste Fassung.

11. Der Ausspruch im Kostenpunkt ist die gesetzliche Folge der Verurteilung und der Freisprechung. §§ 497, 499, 503 RStPO.

12. Die Beleidigung des Angeklagten Dr. Adlmaier ist in einer Zeitung, also öffentlich begangen. Da auf Strafe gegen ihn erkannt ist, ist dem Privatkläger die Befugnis zuzusprechen, die Verurteilung des Angeklagten Dr. Adlmaier auf seine Kosten öffentlich bekannt zu machen. Die aus Nr. 5 der Formel ersichtliche Art und Frist ist angemessen. § 200 StGB.

Der Amtsgerichtsrat:
gez. Frank.

Redaktionell abgeschlossen am 26. Mai 1922. Verantwortlich Graf Otto zu Stolberg in München. Nachdruck den Tagespressen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet, Druck des Textteiles von Knorr & Hirth, G. m. b. H., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Die große deutsche Aktenpublikation[1]).

Von Dr. Johannes Lepsius.

Als sich die deutsche Reichsregierung im Sommer 1919 entschloß, als erste unter den am Weltkriege beteiligten Mächten ihr diplomatisches Archiv zu öffnen und das Aktenmaterial der Vorkriegszeit mit Einschluß aller geheimen und geheimsten Dokumente der Welt vorzulegen, tat sie einen Schritt von epochemachender Bedeutung. Zum erstenmal in der Geschichte der Staatskunst aller Jahrhunderte wurde mit dem System einer Geheimpolitik gebrochen, die es den Zeitgenossen verwehrte, die selbsterlebte Geschichte in ihren letzten Zusammenhängen zu verstehen. Erst der gelehrten Forschung künftiger Generationen war es bisher gestattet, aus den geöffneten Archiven der Staatskanzleien die Rätsel eines Geschickes zu ergründen, das das lebende Geschlecht am eigenen Leibe erfahren hatte. Nur wenige Wissende, deren Mund durch beschworene Schweigepflicht versiegelt war, vermochten sich über die letzten Motive und Absichten einer Politik Rechenschaft abzulegen, die die Völker wie ein unerforschliches Fatum über sich ergehen lassen mußten. Auch die konstitutionellen Einrichtungen und die demokratischen Verfassungen, die sich der größte Teil der europäischen Staaten gegeben hatte, haben der auswärtigen Politik nicht den Geheimcharakter der vormaligen Kabinettspolitik genommen. Bis auf die Gegenwart lag die auswärtige Politik aller europäischen Großmächte in den Händen eines engen und engsten Kreises von Eingeweihten. Die Völker, die Parlamente, ja selbst die Minister der übrigen Ressorts der jeweiligen Kabinette erfuhren von den geheimen Plänen und Absichten der führenden Staatsmänner und von den Verpflichtungen, die sie gegenüber fremden Regierungen eingegangen waren, immer nur soviel, als es den Leitern der auswärtigen Politik gefiel. Nicht nur in den östlichen Monarchien, auch in den westlichen Demokratien blieb die auswärtige Politik ein exklusiv aristokratisches Geschäft einiger weniger zur Weltregierung berufener Männer. Erst durch den Weltkrieg und seine Folgen scheint den Völkern zum Bewußtsein gekommen zu sein, eine wie geringe Zahl von Auserwählten über ihre irdische Seligkeit oder Verdammnis zu entscheiden hatte. Im Prolog seiner ruhmvollsten „Historie" hielt es Shakespeare für notwendig zu entschuldigen, daß die „Hahnengrube" seines Theaters „die Ebenen Frankreichs" fassen und „die Schlacht von Agincourt" in einem „O von Holz" Raum finden sollte. Verglichen mit diesem Mißverhältnis von Bühne und Geschichte, bedarf es nicht der geringsten Zumutung an unsere Phantasie, sich die Weltgeschichte der Politik mit ihren handelnden Personen um das „O von Holz" eines Konferenztisches versammelt zu denken. Die Monarchen, Präsidenten, Premierminister und Staatssekretäre, welche jeweils die souveränen Entschließungen der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" zu fassen hatten, würden, selbst noch mit einem Gefolge von Botschaftern, bequem auf einem Theaterzettel Raum finden. Was sonst noch mitzusprechen scheint, Herren vom Adel, Damen des Hofes, Offiziere, Beamte, Bürger, Volk kann namenlos den Schluß des Zettels bilden.

Man braucht sich daher auch nicht zu wundern, wenn in der deutschen Aktenpublikation nur eine außerordentlich geringe Zahl von immer wiederkehrenden Namen als Verfasser amtlicher Erlasse und Berichte erscheint. Je einheitlicher und zielbewußter Politik getrieben wird, um so mehr verdrängt in der Regel ein einziger Name alle übrigen. In der Bismarckära beherrscht der Kanzler souverän den gesamten Betrieb des amtlichen Geschäftsverkehrs. Von den 1365

[1]) Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922.

Die Aktensammlung wird die wichtigsten diplomatischen Dokumente der Politik des kaiserlichen Deutschland vom Frankfurter Frieden bis zum Ausbruche des Weltkrieges umfassen. Sie wird eröffnet mit sechs Bänden aus der Ära der Kanzlerschaft des Fürsten von Bismarck vom Präliminarfrieden von Versailles, 26. Februar 1871, bis zum Sturze Bismarcks, 20. März 1890. Die gesamte Publikation ist auf 20 Bände berechnet.

Die „Süddeutschen Monatshefte" werden den Bismarckbänden zwei Hefte widmen.

Digitized by Google

Dokumenten der sechs Bismarckbände entstammt nahezu ein Viertel dem großen Bleistift oder dem mündlichen Diktat des Reichskanzlers; auch alle übrigen Dokumente tragen mehr oder weniger als Antwort auf seine Erlasse oder Unterlage seiner Marginalien den Stempel seines Geistes. Über dem Wald von Akten strahlt sein sonnenhaftes Auge, das unermüdlich über das Geschick des deutschen Volkes und dem Frieden von Europa wachte. Und welch ein Licht verbreitet sein prophetisches Urteil über Menschen und Dinge! So groß ist die Beherrschtheit und Sachlichkeit seines Geistes, daß nur selten sein mächtiges Temperament durch die abgewogene Sprache seiner Erlasse hindurchbricht. In dem ruhigen Spiegel seines Geistes zeichnen sich die Vorgänge der Welt und die Motive der handelnden Staatsmänner mit unbestechlicher Klarheit ab. Seine Urteile und Entscheidungen springen oft wie Athene aus dem Haupt des Zeus hervor, in der Rüstung kurz geschürzter Worte, den Köcher voll treffender Pfeile. Man vergleiche seine Marginalien mit den Erlassen, die seine nächsten Mitarbeiter „pro margine" daraus geformt haben, und man wird erstaunen, wie die epigrammatische Kürze weniger im Augenblick des Lesens an den Rand geworfener Worte ausreicht, um schwierige Fragen zu erledigen und wichtige Entscheidungen zu begründen. Wiederum begegnet man Exposés und Immediatberichten, die mit größter Sorgfalt durchgearbeitet und bis aufs Wort ausgefeilt sind.

Keinem kundigen Leser wird verborgen bleiben, worin der Vorzug der deutschen Aktenpublikation vor den herkömmlichen diplomatischen „Farbbüchern" besteht. Hier werden nicht nur für ungefährlich erachtete und zweckdienlich zurechtgemachte Aktenstücke publiziert; gerade für die Öffentlichkeit völlig unpassende geheime Dokumente und private Aufzeichnungen werden ans Licht gebracht, und noch dazu in ihrer intimsten Form, gleichsam im Negligé, mit allen an den Rand geworfenen Bemerkungen, die nur zwei oder vier Augen zu Gesicht bekommen sollten. Wenn es für die Beurteilung staatsmännischer Handlungen darauf ankommt, gerade die letzten Beweggründe und innersten Absichten politischer Entschlüsse zu entschleiern, hier können sie gleichsam unter der Lupe erforscht werden. Wer die Verhandlungen studiert, aus denen die Konzeptionen des Bismarckschen Bündnissystems geboren wurden, wird etwas wie eine Embryologie der Verträge schreiben können. Wer die Seelenkämpfe, die Bismarck auch mit dem alten Kaiser nicht erspart blieben, in den Verhandlungen über das deutsch-österreichische Bündnis miterlebt, wer in den Krisen der europäischen Politik die Schürzung der Knoten, die Entschürzung der Intrigen und das Turnier der Notenkämpfe zwischen den Kabinetten im einzelnen verfolgt, wird in Spannungen versetzt, die dem trockenen Aktenmaterial dramatische Kraft verleihen.

Bei der Fülle der Dokumente liegt eine doppelte Gefahr für den Leser nahe, entweder daß er den Wald vor Bäumen nicht sieht, oder daß er, planlos in der Fülle des Stoffes umherirrend, Beiläufiges mit Wesentlichem, Holzwege der Politik mit großen Richtwegen verwechselt. Um dem zu entgehen, muß man sich entschließen, die Dokumente lückenlos im Zusammenhang zu lesen. Die Herausgeber sahen es als einen Vorzug an, daß sie dem forschenden Historiker eine Fülle neuen Aktenmaterials zugänglich machen konnten, ebensosehr aber war ihre Absicht darauf gerichtet, jedem gebildeten Leser, der sich über die europäische Politik der letzten Jahrzehnte ein eigenes Urteil bilden will, den spröden Stoff soweit zurechtzulegen, daß er ohne weitere Kommentare das Aktenmaterial wie ein Geschichtsbuch zu lesen vermag. Dies war auch der Grund, weshalb die Herausgeber davon Abstand genommen haben, die Dokumente nach rein wissenschaftlichen Grundsätzen einfach chronologisch aneinanderzureihen; sie haben es vorgezogen, die Fülle des Stoffes derartig zu gruppieren, daß in abgerundeten Kapiteln die jeweils im Vordergrund stehenden politischen Fragen bis zu ihrem vorläufigen oder definitiven Ablauf verfolgt und gleichzeitige Vorgänge auf verschiedenen Schauplätzen in parallelen Kapiteln behandelt wurden.

Es bedarf keiner Versicherung, daß die Herausgeber sich kein einziges Schriftstück entgehen ließen, das durch seinen intimen und sekreten Charakter Aufschluß über letzte Motive versprach. Denn eben dies war im Unterschied von der Publikation diplomatischer Farbbücher ihr unschätzbares Privileg, daß sie, als nichtbeamtete Forscher durch keinerlei diplomatisches Interesse beirrt, durch keinerlei politische Zensur behindert, sich allein die unparteiischste Feststellung der Wahrheit zum Ziel setzen konnten. Englische Blaubücher, französische Gelbbücher, deutsche Weißbücher usw. waren notgedrungen und zugestandenermaßen selbst wieder nur Instrumente irgendeiner aktiven Politik, die, je mehr sie der Öffentlichkeit preisgeben mußte, um

Digitized by Google

so geflissentlicher die exakten Umrisse der Wahrheit zu retuschieren genötigt war. Von diesem Zwange waren die Herausgeber durch ihren Auftrag befreit und nur auf ihre persönliche und wissenschaftliche Verantwortung gestellt. Sie hatten einfach zu ermitteln und festzustellen, „wie es gewesen ist". Auf diesem Vorzug ruht nicht in letzter Linie der Wert der deutschen Aktenpublikation, denn er bietet die Bürgschaft dafür, daß hier mit den Gepflogenheiten der Geheimpolitik in vollem Ernste gebrochen wurde.

Der erste der 14 Punkte, die Präsident Wilson in seiner Kongreßrede vom 8. Januar 1918 als „Programm des Weltfriedens" formulierte — ein Programm, das die Rechtsgrundlage des Waffenstillstandes bildete —, hatte gelautet: „Offene Friedensverträge haben offen zustande zu kommen und es sollen danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt arbeiten." Es ist hier nicht unsere Sache, zu untersuchen, ob diese Regel während der Friedensverhandlungen und hernach erfüllt worden ist; auch das steht hier nicht in Frage, ob nach den Erfahrungen der letzten Jahre die moralische Achtung der Geheimpolitik durch Präsident Wilson mehr als ein frommer Wunsch bleiben wird, soviel aber steht fest, daß, sollten die Wilsonschen Grundsätze, die der Diplomatie vorschreiben, „immer offen und vor aller Welt zu arbeiten", auch jetzt noch den Staatsmännern der Welt als Ideal vorschweben, für eine solche Zukunftspolitik dadurch der Boden geebnet werden müßte, daß mit der Geheimpolitik der jüngsten Vergangenheit gebrochen und dem lebenden Geschlecht die diplomatischen Archive, in denen sein Schicksal versiegelt wurde, geöffnet werden. Die deutsche und die österreichische Regierung sind die einzigen, die bis jetzt mit dem Wilsonschen Programm Ernst gemacht haben. Die letzte Rechtfertigung aber würde ihr Entschluß erst finden, wenn auch die übrigen Großmächte dem deutschen Beispiele folgen, auch ihrerseits ihre diplomatischen Archive öffnen und damit der Welt ein unerhörtes Schauspiel internationaler Ehrenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit bieten würden. Wer kann im voraus sagen, ob ein solches Schauspiel äschyleische Erschütterung oder homerisches Gelächter hervorrufen würde; jedenfalls aber würde es eine „Reinigung von Leidenschaften" in unserer von Lüge und Verleumdung befleckten Welt bewirken. Mag nun aber das deutsche Beispiel Nachfolge finden oder nicht, das Wort, mit dem die Herausgeber ihr Vorwort zum ersten Bande der deutschen Aktenpublikation schließen, wird seine Wahrheit behalten: „Niemand kann und wird verkennen, daß eine Regierung, daß ein Volk, das die Geheimnisse seiner Staatskunst schrankenlos preisgibt, ein Vertrauen ohne Grenzen zur versöhnenden und heilenden Macht der Wahrheit hat."

Mögen diese Gesichtspunkte genügen, um den allgemeinen Charakter der deutschen Aktenpublikation zu kennzeichnen. Was im übrigen über Ursprung und Methode der Publikation zu sagen ist, mag mit den Worten des Vorwortes wiedergegeben werden:

„Als die deutsche Reichsregierung im Sommer 1919 dem General Grafen Max Montgelas und dem Professor Dr. Walter Schücking den Auftrag erteilte, die von Karl Kautsky zur Veröffentlichung vorbereiteten Akten des Auswärtigen Amts zum Kriegsausbruch herauszugeben, war sie sich darüber im klaren, daß es bei dieser nur die kurze Zeitspanne vom Attentat in Serajewo bis zum Kriegsausbruch umfassenden Publikation nicht sein Bewenden haben könne. Von vornherein ging der Plan dahin, den deutschen ‚Dokumenten zum Kriegsausbruch', die mit den österreichischen ‚Diplomatischen Aktenstücken zur Vorgeschichte des Krieges 1914' den Anfang in der rückhaltlosen Öffnung der Auswärtigen Archive gemacht haben, baldmöglichst eine Sammlung der weiteren Vorkriegsakten des Auswärtigen Amts folgen zu lassen. Mit dieser Aufgabe wurde am 3. August 1919 zunächst der Mitverfasser der Versailler Denkschrift über die Schuld am Kriege, Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, beauftragt; ihm traten, da sich bald herausstellte, daß ein Bearbeiter die gewaltige Aufgabe in absehbarer Frist nicht zu bewältigen vermöge, im Februar und März 1920 als gleichberechtigte Mitherausgeber Dr. Johannes Lepsius und Dr. Friedrich Thimme zur Seite...

„Für die gesamte Anlage und Durchführung der Publikation tragen die Herausgeber, ebenso wie für die Auswahl der Aktenstücke gemeinsam die Verantwortung. Zwar hat unter ihnen eine Arbeitsteilung stattgefunden, dergestalt, daß Dr. Mendelssohn-Bartholdy das Verhältnis zum britischen Weltreich und die Haager Friedenskonferenzen, Dr. Lepsius die Gesamtheit der Ostfragen: Rußland, Österreich-Ungarn, Balkan, Türkei, Dr. Thimme die deutsch-französischen

Digitized by Google

Beziehungen, die mitteleuropäische Bündnispolitik, den französisch-russischen Zweibund und die Tripelentente sowie die Ostasiatischen Fragen bearbeitet hat. Im Fortgang der Arbeit aber kam es zu einem vielseitigen Austausch unter den Herausgebern. Um der Publikation die volle Einheitlichkeit zu sichern, ist auf Grund einer Vereinbarung unter den Herausgebern und unbeschadet der Verantwortlichkeit eines jeden von ihnen für seine Abteilung, Dr. Thimme die gesamte abschließende Bearbeitung der ausgewählten Akten bis zur Erteilung der Druckerlaubnis zugefallen. Im ganzen ist durch das konzentrische Zusammenarbeiten nicht nur die gesamte Editionstechnik sondern auch die Aktenauswahl so stark beeinflußt worden, daß die Herausgeber das Ergebnis ihrer mehrjährigen mühevollen Arbeit nur in voller Solidarität dem deutschen Volke vorlegen können."

Die Aktenpublikation und die Schuldfrage.

Das weitschichtige Material der deutschen Aktenpublikation wird eine solche Fülle von historischen Problemen in Fluß bringen, daß nur eine umfängliche historische Literatur sie bewältigen kann. Längst verhandelte Fragen empfangen neues Licht. Unerwartete Aufschlüsse und neue Tatsachen verrücken die bisherigen Ergebnisse der Forschung. Der Historiker empfängt unschätzbares Material und wird genötigt, die politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches neu zu schreiben. Wenn wir hier in dem begrenzten Raum zweier Hefte zunächst von den sechs Bismarckbänden Rechenschaft geben wollen, ist es ratsam, wenn anders wir uns nicht in der Fülle des Materials verlieren wollen, uns möglichst auf ein großes Thema zu konzentrieren, das der aktuellen Bedeutung der Publikation gerecht wird.

Anfang und Ende des geschichtlichen Weges, den wir zu überschauen haben werden, sind durch den Namen Versailles bezeichnet. Die Kaiserproklamation von Versailles vom 18. Januar 1871 war die Geburtsurkunde des deutschen Kaiserreiches, der Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 sein Grabgeläute. So schicksalsvoll sich Anfang und Ende, so widerspruchsvoll stehen sich das Friedensbekenntnis des ersten Versailles und das Schulderkenntnis des zweiten Versailles gegenüber. In dem feierlichen Moment der Begründung des Reiches verkündete die Kaiserproklamation ein Friedensprogramm, das der deutschen Politik wie für ewige Zeiten ihre künftigen Bahnen vorschrieb. In dem letzten von Bismarck eigenhändig formulierten Satz der Proklamation des ersten Deutschen Kaisers im neuen Reich heißt es[1]):

„Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Diesem aller Welt in Versailles verkündeten Gelöbnis des neu erstandenen Deutschen Reiches steht gegenüber das in demselben Versailles über dasselbe Deutsche Reich gefällte Schulderteil, ein Schulderteil, das für alle anderen europäischen Großmächte eine eminente Friedenspolitik in Anspruch nimmt und allein das Deutsche Reich einer verbrecherischen Kriegspolitik bezichtigt. Nach jahrzehntelanger Vorbereitung habe es planvoll den Weltkrieg entfesselt, um sich als Mehrer des Reiches an kriegerischen Eroberungen zu erweisen, mit dem Endzweck der Unterjochung Europas und der Weltherrschaft.

Das erste und das zweite Versailles sprechen einander Hohn. Gelübde und Erfüllung schlagen sich ins Gesicht. Die deutsche Reichspolitik gleicht, so beurteilt, der Laufbahn eines Verbrechers, der sich den Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert hat. Ein Reich, das mit einem Gloria in excelsis et pax in terra die Bühne der Welt betrat, endet mit einem Sturz, dem die Welt ein Apage Satana nachschreit. Kein Sensationsroman kann Anfang und Ende seines Helden grauenhafter kontrastieren. Oder haben wir zu starke Farben aufgetragen?

Hören wir das Schulderteil von Versailles.

Ich schicke voraus, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte der Gerechtigkeit und Wahrheit ihres Schuldspruches so vollkommen bewußt waren, daß sie ihr Urteil „tatsächlich und letzten Endes dem Urteil der Gesamtheit der zivilisierten Welt" gleichstellten. Drei Dokumente sind es, in denen die Schuld Deutschlands vor aller Welt festgestellt worden ist: 1. die Mantel-

[1]) Alle Sperrungen in den Texten dieses Heftes rühren von mir her. Lepsius.

Digitized by Google

note vom 16. Juni 1919, die der Präsident der Friedenskonferenz von Versailles an den Präsidenten der deutschen Delegation Grafen Brockdorff-Rantzau richtete; 2. die Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen vom gleichen Datum und 3. der Paragraph 231 des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919.

Wie lautet das Urteil der Mantelnote?

„Nach der Anschauung der Alliierten und Assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben sich nicht mit dem wachsenden Gedeihen und Einfluß begnügt, nach welchen zu streben Deutschland berechtigt war, und welche alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten."

Wie lautet die historische Begründung dieses Urteils im Ultimatum?

(Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte Teil VII, I.)

„Der Ausbruch des Krieges ist nicht auf einen plötzlichen Entschluß, der in einer schweren Krisis gefaßt ist, zurückzuführen. Er war das logische Ergebnis einer Politik, die seit Jahrzehnten von Deutschland unter dem Einfluß des preußischen Systems verfolgt wurde. Die ganze Geschichte Preußens ist durch den Geist der Beherrschung, des Angriffs und des Krieges charakterisiert. Hypnotisiert durch den Erfolg, mit welchem Bismarck, der Tradition Friedrichs des Großen folgend, die Nachbarn Preußens beraubte und die deutsche Einheit durch Blut und Eisen schmiedete, unterwarf sich das deutsche Volk nach 1871 fast vorbehaltlos dem Einfluß und der Führerschaft seiner preußischen Herrschaft. Der preußische Geist war nicht damit zufrieden, daß Deutschland einen großen und einflußreichen Platz im Rate gleicher Nationen einnehme, auf den es ein Anrecht hatte, und den es gesichert hatte. Er konnte durch nichts Geringeres befriedigt werden als durch die Erlangung höchster und autokratischer Gewalt. In einem Augenblicke also, als die westlichen Nationen ernsthaft bestrebt waren, die Rüstungen einzuschränken, an Stelle der Rivalität in den internationalen Angelegenheiten Freundschaft zu setzen und den Grundstein zu einer neuen Ära zu legen, in welcher alle Nationen freundschaftlich an der Leitung der Geschäfte der Welt zusammenwirken sollten, haben die Lenker Deutschlands unaufhörlich Mißtrauen und Feindschaft zwischen allen ihren Nachbarn gesät, haben mit allen Elementen der Unruhe in allen Ländern gemeinsame Sache gemacht und haben unausgesetzt die Rüstungen Deutschlands vergrößert und seine militärische und maritime Macht befestigt. Sie machten alle Hilfsmittel, über die sie verfügten, mobil, die Universitäten, die Presse, die Kanzel, den ganzen Mechanismus der Staatsmaschine, um ihr Evangelium des Hasses und der Gewalt zu predigen, damit bei gegebener Zeit das deutsche Volk auf ihren Ruf antworten könne. Das Ergebnis war, daß in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts und während des 20. Jahrhunderts die ganze Politik Deutschlands darauf gerichtet war, sich eine Stellung zu sichern, kraft deren sie herrschen und diktieren könne... Das militärische Dogma, wonach das einzige Verteidigungsmittel für Deutschland darin bestand, sich als erstes auf seinen Nachbarn zu stürzen, diente als Vorwand, um eine militärische Organisation und einen strategischen Plan zu fordern, welche im gegebenen Momente Deutschland fähig machen sollten, jeden Widerstand zu zerschmettern und Deutschland zum absoluten Herrscher im Osten und Westen zu machen... Das autokratische Deutschland wollte unter dem Einfluß seiner Lenker mit aller Macht die Vorherrschaft erlangen. Die Nationen Europas waren entschlossen, ihre Freiheit zu retten. Die Furcht der Führer Deutschlands, es möchten ihre Pläne der Weltherrschaft durch die wachsende Flut der Demokratie zunichte gemacht werden, führte sie dazu, alle ihre Bemühungen darauf zu richten, jedweden Widerstand mit einem Streiche zu brechen, indem sie Europa in einen Weltkrieg stürzten...

Digitized by Google

Deutschland ist unter dem Einfluß Preußens die Vorkämpferin der Macht und der Gewalt, der Täuschung, der Intrige und der Grausamkeit in der Behandlung der internationalen Angelegenheiten gewesen. Während mehrerer Jahrzehnte hat Deutschland unausgesetzt eine Politik getrieben, die darauf hinzielte, Eifersucht, Haß und Zwietracht zwischen den Nationen zu säen, nur damit es seine selbstsüchtige Leidenschaft nach Macht befriedigen konnte."

Durch diesen Urteilsspruch und seine historische Begründung haben sich die Alliierten und Assoziierten Mächte das Recht zuerkannt, dem Frieden von Versailles den Charakter eines Straffriedens zu verleihen. Diesem Charakter gibt der Artikel 231 des Friedensvertrages von Versailles Ausdruck:

„Die Alliierten und Assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die Alliierten und Assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Die Anerkennung der Urheberschaft des Krieges durch Deutschland ist, wie man weiß, erzwungen. Sie hat angesichts der Drohungen der Entente den Wert eines unter der Folter erpreßten Geständnisses. Das deutsche Volk hat seine Verantwortung für die Urheberschaft des Weltkrieges, seiner Verluste und Schäden, mit freiem Willen und unerzwungener Unterschrift niemals anerkannt und wird sie niemals anerkennen.

Das Schuldurteil und seine historische Begründung greift auf Jahrzehnte zurück. Es lehnt es ab, die Schuld Deutschlands an der Entstehung des Krieges einzig aus der „Geschichte der kritischen Tage des Juli 1914" herzuleiten. Es greift zurück auf das Jahr 1871, auf die Hypnose der Bismarckschen Erfolge und auf die Tradition Friedrichs des Großen. Diese weit ausholende Begründung nötigt, die Erforschung der Kriegsursachen — wenn anders man darauf verzichtet, die Grabesruhe Friedrichs des Großen zu stören — bis auf den Frankfurter Frieden auszudehnen.

Nach der Geschichtsauffassung der Alliierten und Assoziierten Mächte ist die historische Schuld des deutschen Volkes in den folgenden Tatsachen begründet:

1. Der Ausbruch des Weltkrieges war das logische Ergebnis einer deutschen Kriegspolitik von Jahrzehnten.

2. Durch Jahrzehnte hat Deutschland Eifersucht, Haß und Zwietracht zwischen den Nationen gesät und seine Lenker haben ihrem Volke das Evangelium des Hasses und der Gewalt gepredigt.

3. Die Regierenden Deutschlands wollten ein unterjochtes Europa beherrschen und tyrannisieren, und Deutschland zum absoluten Herrscher im Osten und Westen machen.

4. Das Endziel ihrer Pläne war nichts Geringeres als die Weltherrschaft.

5. Um ihren Machthunger zu befriedigen, haben sie vorsätzlich Europa in einen Weltkrieg gestürzt.

6. Alle diese Schuldmomente zusammengenommen konstituieren „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat."

7. Im Unterschied von dem Verbrecherstaat Deutschland waren „die westlichen Nationen ernsthaft bestrebt, die Rüstungen einzuschränken, an Stelle der Rivalität in den internationalen Angelegenheiten Freundschaft zu setzen und den Grundstein zu einer neuen Ära zu legen, in welcher alle Nationen freundschaftlich an der Leitung der Geschäfte der Welt zusammenwirken sollten".

Ueber den Charakter des Friedens von Versailles als eines Straffriedens und den unlöslichen Nexus zwischen der Verantwortlichkeit für den Krieg und der Härte der Sühne hat sich der englische Premierminister Mr. Lloyd George am 3. März 1921 gegenüber dem deutschen Außenminister Dr. Simons folgendermaßen ausgesprochen:

„Für die Alliierten ist Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg fundamental. Sie ist die Grundlage, auf der der Bau des Vertrages errichtet worden

Digitized by Google

ist, und wenn diese Anerkenntnis zurückgewiesen oder aufgegeben wird, ist der Vertrag vernichtet. Die Alliierten haben daher die Empfindung, die Tatsache in Rechnung ziehen zu müssen, daß die deutsche Regierung, offenbar getragen von der deutschen öffentlichen Meinung, die tatsächliche Grundlage des Vertrages von Versailles bestreitet... Wir wünschen daher ein für allemal ganz klar zu machen, daß Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg von den Alliierten als chose jugée behandelt werden muß."

Der logische Zusammenhang von Schuld und Strafe, wie ihn Mr. Lloyd George noch zwei Jahre nach dem Friedensschluß als Fundament des Friedensvertrages von Versailles gekennzeichnet hat, nötigt, die Schuldfrage auf einen Ausdruck zu bringen, der sich mit den Beurkundungen der Mantelnote, des Ultimatums und des Friedensvertrages deckt. Schließt man alle Schuldmomente, die das Ultimatum aufführt, in die von der Mantelnote erhobene Anklage ein, so müßte die Frage des Richters an die Geschworenenbank der zivilisierten Welt lauten: Ruht die geschichtliche Verantwortung für den Weltkrieg auf Deutschland? Ist somit Deutschland schuldig des größten Verbrechens gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat? — Ja oder Nein?

Nur diese Formulierung der Schuldfrage deckt sich mit der Anklage, die in Versailles gegen Deutschland erhoben worden ist. Das Urteil von Versailles, das, wie die Alliierten und Assoziierten Mächte annehmen, „tatsächlich und letzten Endes dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist", lautete auf „schuldig". Die dem Schuldigen auferlegte Strafe war der Friedensvertrag von Versailles. Nach dem Urteil von Mr. Lloyd George handelt es sich um eine „chose jugée". Der Nexus zwischen Schuld und Strafe ist so eng, daß durch die Bestreitung der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg der Vertrag von Versailles vernichtet werden würde.

Wie die Dinge liegen, ist die Revision des Vertrages von Versailles mehr als unwahrscheinlich. Zwar gäbe es formale Gründe, die die Wiederaufnahme des Verfahrens fordern sollten: In dem Prozeß von Versailles sind die Kläger auch die Richter gewesen. Der Angeklagte ist nicht gehört worden. Rechtsmittel zu seiner Verteidigung wurden ihm verweigert. Die Beweisaufnahme war eine so unzureichende, wie sie vor keinem Tribunal der Welt, selbst wenn es sich um den geringfügigsten Bagatelleprozeß handelte, denkbar wäre. Das Urteil stand bereits fest, ehe die Anklage erhoben wurde.

Eine Instanz, bei der ein Wiederaufnahmeverfahren anhängig gemacht werden könnte, existiert im Umkreis derjenigen Mächte, die den Straffrieden von Versailles diktiert haben, nicht. Die einzig denkbare Instanz wäre eben jene „Gesamtheit der zivilisierten Welt", deren Urteil, ohne daß sie darum befragt worden wäre, von den Alliierten und Assoziierten Mächten mit ihrem eigenen Urteil gleichgestellt wurde.

Setzen wir den Fall, daß durch ein weltgeschichtliches Wunder ein Wiederaufnahmeverfahren des Vertrages von Versailles dennoch erfolgte, so würde eine doppelte Möglichkeit in Frage kommen. Entweder: Der größte Verbrecher der Weltgeschichte wäre imstande, sich erfolgreich zu verteidigen und das Schuldurteil würde kassiert. Die Folge wäre (nach dem Urteil von Mr. Lloyd George), daß der Vertrag von Versailles vernichtet werden müßte. Oder: Das mit unparteiischster Gerechtigkeit durchgeführte Beweisverfahren, bei dem auch der Angeklagte und seine Anwälte voll zu Worte gekommen wären, erhärtete vor der ganzen Welt aufs neue und endgültig seine Schuld. Die Folge wäre, daß der Straffriede von Versailles bestehen bliebe und daß der Name des größten Verbrechervolks der Welt für ewige Zeiten aus der Reihe der zivilisierten Nationen der Menschheit zu streichen wäre.

Es ist nicht die Aufgabe des Historikers, dem Richter vorzugreifen. Wer aber will einem Verurteilten verdenken, wenn er die Muße seines Gefängnisses dazu benützt, um seine Papiere zu ordnen und sie für den immerhin denkbaren, wenn auch unwahrscheinlichen Fall einer Wiederaufnahme des Verfahrens bereitzuhalten. Die größte Gewissenhaftigkeit bei der Ordnung seiner Papiere wird sich ihm von selbst empfehlen und er wird sich gern aller Hilfsmittel bedienen, die ihm ohne sein Zutun die historische Forschung bereitgestellt hat. In einer solchen Lage befindet sich das deutsche Volk gegenüber der deutschen Aktenpublikation.

Digitized by Google

Folgerungen.

Die Ausdehnung der Anklage von Versailles auf die gesamte Politik des kaiserlichen Deutschlands seit Gründung des Deutschen Reiches hat es dem deutschen Volk zur Pflicht gemacht, bei der unmittelbaren Vorkriegszeit nicht stehen zu bleiben, sondern mit der Kriegsschuldfrage bis auf die Bismarckzeit zurückzugehen. Entgegen der ausgesprochenen Meinung der Alliierten und Assoziierten Regierungen, „die den Ausbruch des Krieges nicht auf einen plötzlichen Entschluß, der in einer schweren Krisis gefaßt ist, zurückzuführen" wollte, sondern die Politik von Jahrzehnten seit Begründung des Deutschen Reiches für den Weltkrieg verantwortlich machte, ist in Deutschland die Frage der Kriegsschuld bisher ausschließlich auf Grund der letzten diplomatischen Vorgänge seit dem Mord von Serajewo diskutiert worden. Es ist dies wesentlich aus dem Grunde geschehen, weil nur für diese letzten Wochen, nicht aber für die vorausgegangenen mehr als 40 Jahre der Vorkriegszeit deutsche und österreichische diplomatische Dokumente in archivalischen Publikationen von wissenschaftlichem Werte vorlagen. Es ist Zeit, diesem Mangel in der Behandlung der Schuldfrage abzuhelfen. Kein besonnener Historiker wird sich dazu verstehen, die Ursachen einer Weltkatastrophe durch Erforschung einer kurzen Spanne von wenigen Wochen ergründen zu wollen. Alle Schlüsse, die sich allein auf die Hast und Sorge der letzten diplomatischen Schritte, die zum Kriegsausbruch führten, gründen, ohne ihre historischen Voraussetzungen in Rechnung zu ziehen, sind unzureichend. Was würden wir zu einem Kritiker sagen, der sich unterfangen wollte, die Struktur und den Wert einer Tragödie zu beurteilen, wenn er nur die letzte Szene des letzten Aktes gesehen hat, ohne die vorausgehenden Akte zu kennen? Eine so gigantische Katastrophe, wie der Weltkrieg, die alle Erdteile und alle Nationen in ihren verheerenden Wirbel hineinriß, ist entweder einem Vulkanausbruch zu vergleichen, der weder abzuwenden war noch in seinen Ursachen zu begreifen ist, oder sie ist das geschichtliche Fazit von Bedingungen und Voraussetzungen einer ganzen Geschichtsepoche, die nach ihrer inneren Struktur aufs gründlichste erforscht werden muß, wenn man Ursprung und Sinn der Katastrophe begreifen will. Jedermann schätzt nach der Höhe und Ausbreitung der Krone eines Baumriesen die mutmaßliche unterirdische Verzweigung und Ausdehnung seines Wurzelgeflechtes. Wer das Räsonnement über die letzten Tage und Wochen vor dem Kriegsausbruch für zureichend hält, um die Schuld am Weltkriege zu begründen, gleicht einem Manne, der um den Stamm eines Baumriesen eine Handbreit in die Erde gräbt und danach den Lauf und die Ausbreitung seiner Wurzeln ermessen will. Man kann den Zweck der deutschen Aktenpublikation nicht besser charakterisieren, als wenn man sagt, daß es ihre Absicht war, das ganze Wurzelgeflecht des Weltkrieges in den Jahrzehnten vor der Katastrophe auszugraben und den Lauf der gigantischen Wurzeln, aus denen die Weltesche des Krieges hervorwuchs, bloßzulegen. Jeder Kenner der politischen Geschichte der letzten Jahrzehnte wird von vornherein urteilen, daß die Wurzeln des Weltkrieges sich bis auf den Frankfurter Frieden von 1871, den Berliner Kongreß von 1878 und die Okkupation Ägyptens von 1882 zurück erstrecken müssen. Zu irgend späteren Terminen mit der Publikation der Akten einzusetzen, hieß die eine oder die andere Stammwurzel willkürlich durchsägen, anstatt sie vollständig auszugraben.

Als die Herausgeber die Durchforschung der diplomatischen Geschichte der Vorkriegszeit entgegen dem anfänglichen Plan, der nur auf wenige Jahre zurückgehen wollte, bis auf die siebziger Jahre ausdehnten, folgten sie der Nötigung rein wissenschaftlicher Beweggründe, tatsächlich aber kamen sie damit auch dem praktischen Bedürfnis entgegen, das sich an ihre Publikation knüpfen wird. Versucht man beim Studium der Aktenpublikation die Frage der Schuld am Weltkriege als leitenden Gesichtspunkt im Auge zu behalten, so muß sich herausstellen, ob die Schuldfrage an der deutschen Aktenpublikation ein Fundament gewonnen hat, das nicht nur der Beweisaufnahme von Versailles, sondern auch der Schuldiskussion in Deutschland bisher gefehlt hat.

Das Kriegsschuldproblem.

Diplomatie ist platonischer Krieg. Wer die 20 Bände der deutschen Aktenpublikation von Anfang bis zu Ende durchliest, wird darin nichts anderes finden, als Dokumente eines unblutigen Krieges, der jederzeit, ohne daß ein außergewöhnlicher Grund

Digitized by Google

vorläge, in einen blutigen Krieg umschlagen konnte. Krieg und Diplomatie haben dieselben Themata, denselben Rhythmus, dieselbe Melodie, nur mit veränderten Vorzeichen, veränderten Tempis und veränderten Instrumenten. In den diplomatischen Geheimakten aller Großmächte ist von nichts anderem die Rede als von Krieg. Glücklicherweise weiß die Welt davon nichts, daß das Damoklesschwert des Krieges immer nur an einem dünnen Fädchen hängt. Der friedliche Bürger würde weder seinen Geschäften nachgehen noch ruhig schlafen können, wenn er wie ein Bismarck jahraus jahrein unter dem „cauchemar des coalitions", dem Alpdruck der Koalitions- und Kriegsgefahr zu leiden hätte. Nur einmal hat Bismarck der Welt die Augen geöffnet über den Inkubus seiner schlaflosen Nächte, in jener berühmten Rede vom 6. Februar 1888, in der er die Notwendigkeit einer Steigerung der deutschen Heereskraft auf ihre normale Höhe begründete. Um verständlich zu machen, daß nicht unmittelbar drohende Kriegsgefahr, sondern „die voraussichtsvolle Beurteilung der Gesamtlage Europas" die Regierung zur Wachsamkeit zwinge, entwarf er ein Bild von den Kriegsgefahren, die er selbst und das deutsche Volk, ohne sich dessen bewußt zu sein, seit 40 Jahren durchlebt hatte. Er stellte eine Wahrscheinlichkeitsrechnung für kommende Kriege auf, die sich auf die Erfahrung eines alle 18 bis 20 Jahre eintretenden Wechsels der Regierungen in Frankreich und auf die gleiche Periode der polnischen Aufstände und der orientalischen Krisen berief. „Die wahrscheinlichste Krise, die eintreten kann, ist die orientalische." Die Geschichte gab ihm recht; die zwanzigjährige Periode der orientalischen Krisen bewährte sich: 1854/56 Krimkrieg, 1875/77 Balkankrieg, 1894/96 Armenische Krise, 1914/18 Zusammenbruch der Türkei. Weit eindrucksvoller aber war noch der Nachweis, daß Kriegsausbrüche nichts anderes sind, als akute Formen des chronischen Kriegsfiebers, an dem unausgesetzt Europa krankte. Die Gefahr für Preußen und Deutschland, in einen europäischen Koalitionskrieg hineingezogen zu werden, war perennierend. Von 1848 ging es bis in die sechziger Jahre hinein, „ohne daß das Kriegsgewölk auch nur ein Jahr uns freigelassen hätte". Schon 1863 stand infolge des polnischen Aufstandes „der große Krieg, der Koalitionskrieg" unmittelbar in Aussicht. Nur „die vorsichtige Benutzung der Umstände" hat 1866 verhindert, „daß aus dem Duell zwischen Preußen und Österreich ein großer europäischer Koalitionskrieg entbrannte, bei dem es sich um die Existenzfrage, um Kopf und Kragen handelte". Bismarck fuhr fort: „Nachdem der Krieg von 1870 geschlagen war, frage ich Sie: Ist irgendein Jahr ohne Kriegsgefahr gewesen? Anfangs der siebziger Jahre — schon gleich, wie wir nach Hause kamen —, hieß es: Wann ist denn der nächste Krieg? Wann wird die Revanche geschlagen werden? In 5 Jahren doch spätestens." Schon damals sagte man: „Rußland allein hat das Heft in Händen." Einzig Deutschlands Verdienst um das Zustandekommen des Berliner Kongresses verhinderte, daß der Russisch-Türkische Krieg „eine europäische Konflagration herbeiführte". Nur einen Seitenblick warf die Rede auf Frankreich, das „in den letzten Jahren 3 Milliarden auf die Verbesserung seiner Streitkräfte verwendet hat, wir kaum 1½ mit Einschluß dessen, was wir Ihnen jetzt zumuten, um die Notwendigkeit der Wehrvorlage zu begründen". Das vierzigjährige Tableau, das Bismarck entrollte, brachte eindringlicher als jede unmittelbare Kriegsgefahr zum Bewußtsein, „daß der Zustand der Besorgnis vor großen Kriegen, vor weiteren Verwicklungen, deren Koalitionsergebnisse niemand vorher beurteilen kann, ein permanenter ist, und daß wir uns darauf ein für allemal einrichten müssen".

Die Geschichte der letzten Jahrhunderte bis auf den siebziger Krieg ist geschrieben. Um zu erfahren, welche Rolle Preußen und Deutschland seit dem Zeitalter der Reformation in der Kriegsgeschichte des Kontinents gespielt und welche Leiden es von seinen Nachbarn erduldet hat, bedurfte es keiner neuen Offenbarungen durch die Historiker von Versailles. Eins aber scheint in Vergessenheit geraten zu sein, obwohl die Welt es vor 50 Jahren noch wußte, daß die drei Kriege, die Bismarck geführt hat, weder napoleonische Eroberungsziele hatten, noch etwas wie ein britisches Weltimperium begründeten, sondern einzig einem ideellen Zwecke dienten, den man damals für moralisch hielt: der Einigung der deutschen Stämme. Was England schon im 9. Jahrhundert durch die Einigung der 7 angelsächsischen Königreiche unter Egbert von Wessex — vermutlich auch durch „Blut und Eisen" — erreicht hatte, erfüllte sich ein Jahrtausend später für das deutsche Volk in der Gründung des Kaiserreiches.

Digitized by Google

Die Fortführung des Bismarckschen Tableaus wird mit den 20 Bänden unserer Aktenpublikation gegeben werden, und wiederum wird man bezweifeln müssen, „ob das Kriegsgemälde auch nur ein Jahr den Horizont uns freigelassen hat". Zugleich aber muß eine andere Frage Antwort finden: Welche Mächte waren es, die Jahr für Jahr Kriegsgefahren heraufbeschworen und welche Macht war es, die durch mehr als 40 Jahre trotz allem den Frieden von Europa gesichert hat?

Diplomatie ist die Kunst, Kriege abzuwenden oder Kriege herbeizuführen; mit einem andern Geschäft haben es Diplomaten niemals zu tun gehabt. Demgemäß gibt es zweierlei Diplomatie: defensive und aggressive. Man kann sie auch passive und aktive Diplomatie nennen, oder nach dem Vorgang der weißen und schwarzen Magie, weiße und schwarze Diplomatie. Wenn es sich um eine moralische Beurteilung von Kriegen handelt (was sich in einem deterministischen und utilistischen Zeitalter nicht von selbst versteht), wird man schwerlich die weiße Diplomatie als verbrecherisch beurteilen und die schwarze Diplomatie mit dem Tugendpreis krönen können. Wenn es sich daher darum handelt, das Kriegsschuldproblem, sofern es ein historisches ist, auf einen kurzen Ausdruck zu bringen, so wird man es nicht besser formulieren können, als es in der rückblickenden Betrachtung der Viererkommission vom 27. Mai 1919 durch Hans Delbrück, Graf Max Montgelas, Max Weber und Albrecht Mendelssohn-Bartholdy zu Versailles geschehen ist. Man wird fragen müssen:

1. Welche Regierungen hatten in der Vergangenheit am meisten jenen Zustand dauernder Kriegsbedrohtheit gefördert, unter welchem Europa vor dem Krieg jahrelang gelitten hat?

2. Welche Regierungen haben politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt, welche nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten?

Um die Grundtendenzen der Großen Politik der Europäischen Kabinette ersichtlich zu machen, empfiehlt es sich, die führenden Mächte gesondert zu behandeln und in Längsdurchschnitten das Aktenmaterial daraufhin zu prüfen, welches die konstanten und welches die variablen Ziele ihrer Politik gewesen sind.

Deutschlands Nachbarn.

In einem Exposé vom 10. November 1887 (Nr. 1127), das sich Kaiser Wilhelm I. in Erwartung des Zarenbesuches vom 18. November von Bismarck aufsetzen ließ, heißt es (in deutscher Übersetzung des französischen Textes): „Niemand in Europa glaubt, daß Deutschland, Österreich, Italien oder England bereit sein würde, die Furien des Krieges zu entfesseln. Nur von Frankreich allein erwartet man früher oder später eine kriegerische Explosion, und nur Rußland scheint den Ausbruch dieser Explosion herbeizuwünschen, denn Rußland ist es, das die Kriegspartei in Frankreich ermutigt, indem es ihm die russische Allianz in Aussicht stellt. Wenn man fortfährt, Frankreich zu ermutigen und die Geister in Rußland in Erregung zu versetzen, wird der Krieg kommen, ob der Kaiser ihn will oder nicht." Mit diesen knappen Worten hat Bismarck die europäische Lage gekennzeichnet, die seit der Mitte der siebziger Jahre den niemals wechselnden Hintergrund seiner Politik bildete. Die französische Politik war sich darüber klar, daß das Bündnis mit Rußland unter allen Allianzen die einzige war, die die Chance für einen erfolgreichen Revanchekrieg bot, wie umgekehrt Bismarck in einem Bündnis Deutschlands mit Rußland die einzige Garantie gegen die Gefahr eines Revanchekrieges sah. Zunächst befand sich Deutschland nach dem siebziger Kriege Rußland gegenüber in einer vorteilhafteren Lage als Frankreich. Bismarck hatte die traditionelle Freundschaft zwischen den Romanows und den Hohenzollern von Anbeginn seiner diplomatischen Laufbahn gepflegt und durch wertvolle Dienste Preußens für Rußland gesichert und gestärkt. Die wohlwollende Neutralität des Zaren während der drei deutschen Einigungskriege hatte in dem Militärabkommen zwischen Alexander II. und Wilhelm I. von 1873 zu einem dauernden politischen Einvernehmen geführt. Das persönliche Band zwischen den verwandten und befreundeten Monarchen schien unzerreißbar, trotz

Digitized by Google

: Streiche, die die Eifersucht des Fürsten Gortschakow gelegentlich dem Fürsten Bismarck elte. Durch nichts aber glaubte sich Bismarck größere Verdienste um Rußland erworben zu ben, als durch den Berliner Kongreß. Und gerade von ihm datierte die Erschütterung des ıtsch-russischen Einvernehmens. Die Undankbarkeit des amtlichen Rußland und die Verımdungen der russischen Presse waren die ersten Symptome eines durch Jahrzehnte fortreitenden fressenden Schadens, der schließlich die Seele des russischen Volkes vergiftete und s Haus Romanow noch vor dem Hause Hohenzollern zu Fall brachte. Der Ingrimm Rußnds über die Verkürzung seines Gewinns aus dem siegreichen türkischen Feldzug, der Neid ıer den schon vor dem Kriege Österreich zugestandenen müheloſen Erwerb zweier Provinzen ıd die politische Unzulänglichkeit des altersschwachen Gortschakow samt allen Fehlern seiner olitik wurden auf die Rechnung Deutschlands gesetzt. Trotzdem glaubte Bismarck, daß Alexıder II. seinen tiefsten Überzeugungen treu bleiben und sein Ohr gegen die Verleumdungen :r russischen Presse verschließen würde. Erst durch den Brief des Zaren an Kaiser Wilhelm I. ɔm 15. August 1879 (Nr. 446) wurde sein Vertrauen erschüttert. Daß der Zar Balkanlappaen für wichtig genug hielt, um mit „Konsequenzen" zu drohen, „die für unsere beiden Länder erhängnisvoll werden könnten", bewies Bismarck, daß auf die persönliche Treue und die :iedliche Gesinnung Alexanders II. kein Verlaß sei. Obwohl der alte Kaiser sich nur schwer ntschloß, die Befürchtungen seines Kanzlers zu teilen, nahm Bismarck den Brief des Zaren ınd die darin bekundete Überhebung so ernst, daß er die Achse seiner Politik umstellte und hren Schwerpunkt von der dynastischen Basis der traditionellen russischen Freundschaft auf die ɔölkische Basis des deutsch-österreichischen Bruderbundes verschob. Schon das Bündnis von 1879 war ein „Rückversicherungsvertrag" gegenüber dem Drei-Kaiser-Abkommen von 1873. Doch wie der Rückversicherungsvertrag von 1887 von Bismarck nicht als Gefährdung, sondern als Sicherung des deutsch-österreichischen Bündnisses gedacht war, so auch der Vertrag von 1879 gegenüber Rußland. Über seine Wirkung auf Rußland hat sich Bismarck nicht getäuscht. Nun erst erhielt das lockere Drei-Kaiser-Abkommen von 1873 die feste Form des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1881. Doch schon in den achtziger Jahren tauchte das Gespenst des russisch-französischen Zweibundes auf. Bismarck hielt es für die einzige Aufgabe der deutschen Politik, diese Kombination zu verhindern. Als daher die zweite Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses 1887 an den divergierenden Balkaninteressen Rußlands und Österreichs scheiterte, hielt er es für unmöglich, auf ein Vertragsverhältnis mit Rußland zu verzichten und sich nur auf das deutsch-österreichische Bündnis zurückzuziehen. Die zweiseitige Fortführung des Drei-Kaiser-Bündnisses durch den Rückversicherungsvertrag von 1887 hatte keinen anderen Zweck, als Rußland für Frankreich bündnisunfähig zu machen. Der gesamte Ausbau des Bündnissystems, der Dreibund von 1882, der rumänische Vertrag von 1883, die Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1884, die von Bismarck patronisierte Entente à trois zwischen England, Österreich und Italien von 1887 und das als Schlußstein seiner europäischen Friedenspolitik gedachte Bündnisangebot an England von 1889[1]) — das erst jetzt in der deutschen Aktenpublikation das Licht der Welt erblickt —, dieser ganze Komplex von Bündnisverträgen, der die Kuppel eines Friedensdomes über Europa wölben sollte, hatte einschließlich des Rückversicherungsvertrages keinen anderen Zweck gehabt, als Frankreich zu isolieren und Rußland gegen die Verlockung zu einer französischen Allianz immun zu machen. Mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages, die mit dem Sturz Bismarcks fast auf den Tag zusammenfiel, brach das ganze Bündnissystem zusammen, das der große Friedensbaumeister in den zwei Jahrzehnten seiner Kanzlerschaft mit unvergleichlicher diplomatischer Kunst und weisester Menschenbehandlung aufgebaut hatte.

Erst die Folgezeit hat gelehrt, daß die Einstellung der gesamten Bismarckschen Politik auf die Isolierung Frankreichs auf einer Diagnose des französischen Volkscharakters beruhte, die sich vom ersten bis zum letzten Tage des deutschen Kaiserreiches bewahrheitet hat.

Frankreich.

Schon seit dem Abschluß des Frankfurter Friedens hat Bismarck mit der Tatsache gerechnet, daß das unheilbar verwundete Selbstbewußtsein der französischen Nation diesen

[1]) Siehe Anhang, Seite 169.

Digitized by Google

Frieden niemals anerkennen würde, und daß kein französischer Staatsmann sich von den Instinkten des französischen Volkes so weit entfernen könne, um auf den Revanchekrieg und Rückeroberung der verlorenen Provinzen Verzicht zu leisten.

Der Revanchewille Frankreichs ist die Konstante der europäischen Politik, die allen Kriegsinstinkten Europas die Richtung auf Deutschland gab. Er ist die Pfahlwurzel des Weltkrieges. Die deutsche Aktensammlung wird eine Fülle von Beweisen hierfür bringen. Man könnte eine Fieberkurve der französischen Rachsucht zeichnen, wenn man Jahr für Jahr die exaltierten Äußerungen französischer Politiker und die chauvinistischen Kundgebungen der französischen Presse in eine Tabelle eintragen wollte. Niemals sinkt die Kurve unter die Fiebergrenze. Auch in den scheinbar friedlichsten Zeiten bleibt erhöhte Temperatur.

Mit dem ersten Jahr der Friedenszeit setzten auch die Bemühungen Bismarcks ein, das Revanchefieber herunterzudrücken und den Ehrgeiz der französischen Nation auf andere Ziele als die Rückeroberung Elsaß-Lothringens zu lenken. „Schon zur Zeit der Luxemburger Frage 1867", schreibt Bismarck im Mai 1888 an den Kronprinzen Wilhelm (Nr. 1341), „habe ich der Voraussicht öffentlich Ausdruck gegeben, daß im Kriegsfalle Frankreich gegenüber den Kampf sich nicht auf ein Kriegsjahr beschränken, sondern Jahrzehnte und mehr ausfüllen werde. Wenn dieselben Konsequenzen, wie voraussichtlich, sich an einen von uns freiwillig herbeigeführten russischen Krieg knüpfen sollten, so würden wir künftig ein zweites Frankreich haben, bereit, jede günstige Gelegenheit zu benützen, um im Bunde mit anderen über uns herzufallen."

Am 13. August 1871 (Nr. 30) äußert Bismarck über ein Gespräch mit dem französischen Geschäftsträger in Berlin, Marquis de Gabriac, er habe ihm das Bedürfnis nahegelegt, daß aus den französischen Regierungskreisen eine antichauvinistische Äußerung endlich erfolgen möchte, welche beiden Völkern die Beruhigung gewähre, daß sie Aussicht haben, zunächst wenigstens einige Jahre in Frieden miteinander zu leben". Die gewünschte Äußerung erfolgte nicht. Dagegen wiederholten sich die Fälle, in denen französische Geschworenengerichte durch Freisprechung überwiesener und geständiger Mörder eine Prämie auf den Totschlag von Deutschen setzten. Die deutsche Regierung verzichtete gleichwohl auf Repressalien. Unter dem 7. Dezember 1871 (Nr. 60) schreibt Bismarck: „Wenn Verbrechen, wie vorbedachter Mord, ungesühnt bleiben, so liegt es dem verletzten öffentlichen Gefühl nahe, weil Gerechtigkeit nicht zu erlangen ist, nach Repressalien zu verlangen. Wäre es für uns möglich, uns auf den Standpunkt der Rechtspflege von Paris und Melun zu stellen, so würde das jus talionis dahin führen, daß auch unsererseits die Tötung von Franzosen, wenn sie im Bereiche unserer Gerichtsbarkeit vorkommt, eine Strafe nicht mehr nach sich zöge. Der Grad der sittlichen Bildung und das ehrliebende Rechtsgefühl, welche dem deutschen Volke eigen sind, schließen eine solche Möglichkeit aus." Ebensowenig versuchte Deutschland, irgendeinen Druck auf die fieberhaften Anstrengungen auszuüben, mit denen Frankreich vom ersten Friedensjahr ab daran ging, seine Armee mit einem unverhältnismäßigen Aufwand von finanziellen Mitteln zu rekonstruieren und binnen weniger Jahre auf eine der deutschen Armee ebenbürtige Schlagfertigkeit zu bringen. Die Kriegsentschädigung von Frankreich wurde mit einer Schnelligkeit, die alle Welt in Erstaunen setzte, durch zwei internationale Anleihen von 2½ Milliarden, Juni 71, und 3 Milliarden, Juli 72, aufgebracht. Der Kredit Frankreichs war durch den verlorenen Krieg nicht geschwächt, die Valuta kaum erschüttert worden, und jede Summe, die für Rüstungszwecke von der Kammer gefordert wurde, konnte auf die Zustimmung der Wählermassen rechnen. Schon am 31. Januar 1872 ist Bismarck genötigt, in einem Immediatbericht an Kaiser Wilhelm I. (Nr. 66) auf die schleunige Verbesserung der preußischen Infanteriebewaffnung mit folgender Begründung zu bringen: „Es geht aus dem Aufwande so großer und nach der Finanzlage Frankreichs unverhältnismäßiger Mittel für militärische Zwecke das Bestreben und der Anspruch Frankreichs hervor, noch immer die Rolle der ersten Militärmacht des Kontinents spielen zu wollen. Wenn der Oberst von der Burg (in einem Promemoria vom 16. Januar 1872) bemerkt, es könne nicht überraschen, ‚daß Frankreich alles tue, um zur rechten Zeit schlagfertig zu sein', so würde dies eine unverfängliche Bedeutung nur dann haben können, wenn für Frankreich irgendein Grund zu der Annahme vorläge, daß es angegriffen werden könnte. Da aber auch selbst innerhalb der unwissenden und leicht zu täuschenden französischen Nation der Glaube oder die Einbildung nicht wohl bestehen

Digitized by Google

an, daß von irgendeiner Seite ein Angriff auf Frankreich beabsichtigt werde, so kann eben dem Bestreben der ‚Schlagfertigkeit zur rechten Zeit' nur der Gedanke zugrunde liegen, die rechte Zeit, d. h. irgendeine unerwartet auftauchende günstige politische Komplikation oder die Aussicht auf eine fremde Allianz zu benützen, um selbst wieder zum Angriff überzugehen."

Zwei Jahre später, am 28. Januar 1874 (Nr. 152), blickt Bismarck mit der gleichen Sorge auf die Erstarkung der französischen Heereskraft, die er für gefährlicher hält als etwaige Gamettistische Experimente: „Niemand kann sich darüber täuschen, daß wenn Frankreich wieder stark genug ist, den Frieden zu brechen, der Friede zu Ende sein wird. Es ist möglich, daß andere Regierungen, die nicht Nachbarn von Frankreich sind, auf die Eventualität, ob Deutschland von Frankreich zum zwanzigstenmal in zwei Jahrhunderten wiederum angegriffen wird, mit mehr Ruhe als wir, vielleicht auch nicht ohne ein gewisses Behagen blicken. Der Fürst Gortschakow treibt russische Machtpolitik — wir verfolgen keine Macht-, sondern eine Sicherheitspolitik." — „Daß andere Regierungen auf die Entwicklung der Dinge in Frankreich mit anderen Augen sehen, ist nicht zu verwundern; sie sind nicht die Nachbarn der Franzosen, während Deutschland gleichsam das Stoßpolster Europas gegen die Invasionen einer kriegerischen Völkerschaft bildet."

Urteile deutscher und fremder Staatsmänner über die absolute Konstanz des französischen Revanchewillens ziehen sich wie ein roter Faden durch das gesamte diplomatische Aktenmaterial bis 1914. Im März 1900, um nur ein russisches Zeugnis herauszugreifen, äußert der Minister des Äußeren Graf Murawiew, der kurz zuvor in Frankreich gewesen war, in einem Gespräch mit dem Fürsten Radolin:

„Kein Ministerium würde in Frankreich 24 Stunden am Ruder bleiben können, welches den Frankfurter Frieden freiwillig und ausdrücklich anerkennen wollte; die elsaß-lothringischen Ansprüche lassen die Franzosen unter keinen Umständen fallen."

Thiers. In der Grundstimmung der französischen Psyche waren alle französischen Staatsmänner mit ihrem Volke eins, sie mochten sich noch so friedfertig aussprechen, sie mochten sogar in vorübergehenden Zwangslagen ihrer Außenpolitik eine Annäherung an Deutschland suchen. Am 23. August 1871 schreibt der deutsche Geschäftsträger in Paris, Graf Waldersee, an den Reichskanzler (Nr. 34) über die Gesinnung von Thiers: „Ich bezweifle, daß die Friedensliebe des Präsidenten auch dann noch Bestand hätte, wenn seine Überzeugung von der zu großen Schwäche Frankreichs einer gegenteiligen Ansicht gewichen wäre; und keinenfalls wäre seine Regierung stark genug, einen Krieg gegen Deutschland zu hindern, wenn aus irgendeinem Anlaß die öffentliche Meinung denselben begehren würde."

Thiers war ein zu kluger Staatsmann, um nicht mit voller Aufrichtigkeit immer wieder zu versichern, daß er an einen Krieg nicht denken könne. Doch schon am 3. Oktober 1872 schreibt der deutsche Botschafter Graf von Arnim an Fürst Bismarck (Nr. 90): „Ein Jahr ist nun verstrichen, die Armee ist rekonstruiert und die finanziellen Hilfsquellen scheinen unerschöpflich", und „ich kann mich eines gewissen instinktiven Gefühls nicht erwehren, daß der Präsident das Auftauchen einer kriegerischen Komplikation in Europa heute mit weniger Besorgnis sehen würde, als vor einem Jahre ... Was aber das Land und seine Meinungen in bezug auf Krieg und Frieden angeht, so kann kein Zweifel darüber sein, daß unter den 38 Millionen Franzosen, welche zwischen Nordsee und Mittelmeer wohnen, keine hunderttausend den jetzigen Territorialzustand für definitiv halten. Mehr noch! Das Rachebedürfnis geht bei der großen Mehrzahl der Franzosen so weit und so tief, daß die ungünstige diplomatische und militärische Situation, in welcher sie sind, bei ihnen nicht in dem Maße zum Bewußtsein kommt, daß sie nicht einmal ganz urplötzlich von ihren Leidenschaften überrascht und fortgerissen werden könnten" ... „Den Eindruck, welchen mir die Lage macht, würde ich falsch wiedergeben, wenn ich verschweigen wollte, daß Herr Thiers die Zeit seit dem 1. Oktober 1871 benützt hat, um alles, was in Frankreich noch von Vitalität übrig ist, soweit als möglich für den Dienst der nationalen Leidenschaften und der Rache an Deutschland zu organisieren und zu elektrisieren."

Der gleichen Überzeugung von der Unversöhnlichkeit der französischen Nation gibt Bismarck

Digitized by Google

in einem Erlaß an den Botschafter in Paris vom 2. Februar 1873 Ausdruck: „Die Offen… mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen … allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß j… Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revan… als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum han… welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse soweit … reorganisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sob… dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, … den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefaßt, und unsere Vertretung in P… trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag“ (Nr. 96).

Mac Mahon.

Am 24. Mai 1873 war an Stelle des zurückgetretenen Thiers Marschall Mac Mahon … Präsidenten der französischen Republik gewählt worden. Bismarck, der sich grundsätz… jeder Einwirkung auf die inneren Verhältnisse Frankreichs enthielt, war der Ansicht, d… „ohne Zweifel unsere politische Situation durch den Wechsel verschlechtert worden ist“. … einem Erlaß an den Botschafter von Schweinitz in Wien vom 4. Juli 1873 (Nr. 114 Fußn… begründet er dies Urteil:

„Ich sehe in dem Tausch Mac Mahons gegen Thiers die Eintauschung eines stärkeren, m… tärischen, ultramontanen, bündnisfähigeren Frankreichs gegen ein schwächeres, zivilistisch… antiklerikales, isoliertes. Thiers … konnte die Politik nicht befolgen, die zweifellos von ein… kühlen Berechnung der französischen Interessen vorgeschrieben ist, Hand in Hand mit Ru… und durch Rom mit unsern tätigsten und gefährlichsten inneren Gegnern zu gehen. Mac Mah… wird diesen Weg gehen können … Unter Mac Mahon ist Frankreich bündnisfähiger geworden … unter einer Monarchie, zu der Mac Mahon den Übergang bilden soll, wird es das in noch höherem Grade sein.“

Als im Jahre 1884 bei der Drei-Kaiser-Entrevue in Skiernewice Kaiser Alexander gegenüber dem Grafen Kalnoky die Aussichten einer monarchischen Restauration in Frankreich zur Sprache brachte (Nr. 648) und die deutsche Politik als das Haupthindernis bezeichnete, ließ Bismarck in Petersburg ein früheres Diktat vom 18. November 1883 (Nr. 678) zur Kenntnis bringen, in dem er sich über die politische Stellung Deutschlands zu einer etwaigen Wiederkehr der Monarchie in Frankreich aussprach. Er erklärte darin, daß „die Befürchtung, daß ein französischer König oder Kaiser leichter als die Republik Bundesgenossen gegen uns in Europa finden würde, ihn nicht dazu bewegen würde, dem Kaiser einen direkten Eingriff in die innere Entwicklung Frankreichs anzuraten. Die französischen Royalisten sind im Irrtum, wenn sie annehmen, daß unsere friedliche und wohlwollende Politik Frankreich gegenüber, solange ich Einfluß auf dieselbe habe, sich ändern würde, wenn Frankreich wieder eine Monarchie werden sollte. Ich zweifle zwar nicht, daß ein französischer König, und noch mehr Kaiser, leichter als die Republik Bündnisse gegen uns finden würde, aber ich bin der Meinung, daß wir mit der Republik in Frankreich ebenso leicht und noch leichter in Krieg geraten können als mit der Monarchie, weil in der Republik Leute, die keine Verantwortlichkeit und nichts zu verlieren haben, leichter dazu kommen, das entscheidende Wort über Krieg und Frieden zu sprechen.“ Im Jahre 1874 aber hielt er im Gegensatz zu der Anschauung Andrassys ein Gambettistisches Kabinett für weniger gefährlich als eine klerikale Restauration. „Ich halte ein Gambettistisches Frankreich für ganz ungefährlich für den Frieden Europas,“ schreibt er am 28. Februar (Nr. 151) an den deutschen Botschafter Prinzen Reuß in Wien, „wohl aber den letzteren für bedroht, sobald die französischen Staatskräfte sich wieder erholt haben und sich in einer sicheren Hand befinden. Mac Mahon ist vielleicht kein Politiker in dem Sinne, wie der Graf Andrassy das Wort gebraucht; doch ist er ultramontan fast ebensosehr wie seine Gemahlin, und vermag diese Neigung und seinen Haß gegen uns so wenig zu beherrschen, daß er es nicht hat über sich gewinnen können, dem Feldmarschall von Manteuffel nach geschlossenem Frieden auch nur die gewöhnlichsten Höflichkeiten zu erwidern. Aber er ist vielleicht noch nicht bündnisfähig, wenigstens nicht für die Monarchen, wenn auch vielleicht für Minister, und deshalb weniger gefährlich als eine klerikale Restauration der Monarchie, welche in dem katholischen Europa breite Unterlagen für dauernde Verbindungen haben würde.“

Das Jahr 1875 schien den Krieg in greifbare Nähe zu rücken. Der Artikel der „Kölnischen

Digitized by Google

Zeitung" „Neue Allianzen" und der „Krieg-in-Sicht"-Artikel der „Post" vom 9. April haben den Anlaß zu einer Preßkampagne, die von Rußland und England zu einer Verdächtigung des deutschen Friedenswillens ausgenützt wurde. Bismarck ließ zwar wahrheitsgemäß den offiziösen Ursprung der Preßartikel in der „Norddeutschen Allgemeinen" dementieren (Nr. 161), zugleich aber die deutschen Besorgnisse vor den französischen Rüstungen unterstreichen. Die Ankäufe von 10000 Militärpferden und das französische Cadregesetz, das die französische Infanterie um 144 Bataillone verstärken sollte, schienen weit über das Bedürfnis einer friedlichen Politik und über die materiellen Kräfte Frankreichs hinauszugehen und hatten in der deutschen Öffentlichkeit die Besorgnis erweckt, als ob die französische Armee baldigst in schlagfertigen Zustand versetzt werden sollte. Kaiser Wilhelm I. gab gleichwohl in eigenhändigen Bemerkungen vom 7. Mai (Nr. 173) seinem Unwillen über die Artikel der „Kölnischen Zeitung" und der „Post" Ausdruck und hielt es „für durchaus geraten und geboten, beide Redaktionen aufmerksam zu machen, wohin dergleichen unsinnige, gänzlich aus der Luft gegriffene Räsonnements führen können, die ganz Europa in Alarm versetzt haben... Man muß jenen Redakteuren also das Gewissen schärfen und zeigen, was sie für Unheil angestiftet haben." Bismarck aber hielt es für nützlich, wenn gelegentlich einmal ein recht helles Schlaglicht auf die verwirrte Situation geworfen würde, wie er auch in seiner Reichstagsrede vom 9. Februar 1876 sagte: „Wenn man das Gefühl hat, daß in irgendeinem Lande eine Minderheit zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Mehrheit darauf aufmerksam wird, denn die Mehrheit hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege." In einem Erlaß vom 3. Mai 1875 (Nr. 171) faßt der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow sein Urteil über die zwar nicht von Deutschland, wohl aber von Frankreich drohende Kriegsgefahr in die Worte: „Solange die gesamte französische und nicht minder die in französischem Sinne tätige auswärtige Presse im Verein mit der ultramontanen es sich zur Aufgabe macht, in jeder Weise die deutsche Politik zu verdächtigen und Deutschland als den allgemeinen Friedensstörer in Europa zu denunzieren, haben wir zunächst die Pflicht der Abwehr zu üben und dafür zu sorgen, daß andere nicht durch Verdunkelung des wahren Tatbestandes in Irrtum geraten. Wir können daran erinnern, daß seit drei Jahrhunderten Frankreich, sobald es sich dazu hinlänglich stark fühlte, stets die Initiative des Überfalls und Angriffs gegen Deutschland genommen hat, und für uns daraus die Lehre ziehen, daß wir einem so händelsüchtigen Nachbarn gegenüber dauernd auf der Hut bleiben müssen." Auch der Kanzler könne sich nicht der Wahrnehmung verschließen, „daß das Endziel der französischen Bestrebungen die möglichst baldige Instandsetzung der Armee zu einem Feldzug gegen Deutschland bleibe". Das unerfreulichste Ergebnis der Preßkampagne waren die Versuche, die sowohl Fürst Gortschakow als auch Lord Derby machte, sich auf Kosten des Fürsten Bismarck als „Retter des europäischen Friedens" aufzuspielen. Zwischen Paris und Berlin war während der ganzen Krise nicht die leiseste Verstimmung aufgekommen und nur friedliche Erklärungen waren gewechselt worden. Man verstieg sich sogar von jener Seite zu unfruchtbaren Erörterungen über eine unkriegerische Erfüllung der französischen Ansprüche. Der französische Botschafter Vicomte de Gontaud äußerte sich gesprächsweise darüber, „was geschehen könne, um der Kriegsgefahr dauernd vorzubeugen". Das Resultat war: „Alles könne wieder gut werden, wenn es eine Möglichkeit gäbe, wenigstens Lothringen wieder an Frankreich zu bringen." Thiers, der noch immer mit seiner Rückkehr auf die politische Bühne rechnete, brachte sogar den Gedanken auf, daß „Frankreich durch eine große Geldsumme wieder in den Besitz von Elsaß-Lothringen gesetzt werden könne". Um die Illusionen von Thiers zu zerstören, schrieb der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow in einem Erlasse vom 28. Dezember 1875 (Nr. 195) an den Fürsten Hohenlohe in Paris: „Der französische Staatsmann gibt sich einem schweren Mißverständnis hin, wenn er glaubt, daß es sich bei Erhaltung jener Länder für Deutschland um eine Frage des amour propre handle... Der Besitz derselben bildet gegenüber einer Nachbarnation von so unruhigem Charakter, und die zugleich über so gewaltige Machtmittel gebietet, für Deutschland die einzig sichere Schutzwehr. Jeder Allemand éclairé hat erkannt und weiß, daß eine Situation, wo die französische Armeespitze in Weißenburg Stuttgart gegenübersteht, für Deutschland auf alle Zeiten unannehmbar ist, und eine Zurückführung der Verhältnisse in den früheren traurigen Zustand bleibt daher für jede nationale Regierung heute und künftig eine Unmöglichkeit. Der Besitz von Straßburg

Digitized by Google

und Metz ist für Deutschland eine nationale Notwendigkeit, nicht eine Frage des amour propre. Wie schwer es den Franzosen auch werden mag, dieser Überzeugung auch Raum zu geben, so bildet sie doch die Grundbedingung für die Herstellung eines freundlichen Einvernehmens zwischen beiden Nationen."

Im Jahre 1877 tauchten Besorgnisse auf, daß Mac Mahon einen monarchistischen Staatsstreich unternehmen könnte. Zweifellos hatte er schon seit den Anfängen seiner Präsidentschaft darauf hingearbeitet, den Dingen in Frankreich eine legal-klerikale Wendung zu geben, die den Übergang zur Monarchie bilden sollte. Der Berliner Botschafter Vicomte de Gontaud, der in der gleichen Richtung arbeitete, hatte sich damals in Ems eingenistet, um ähnlich wie seinerzeit Benedetti den Kaiser ohne ministerielle Vermittlung in seinen Verkehr zu ziehen. Bismarck war darüber so beunruhigt, daß er schon die Allerhöchste Mitwirkung zur Abberufung des französischen Botschafters erbitten und sogar sein Verbleiben im Amt von der Erfüllung dieser Bitte abhängig machen wollte (15. Juni 1877, Nr. 211). Auf Rat des Fürsten Hohenlohe aber unterließ er den Schritt, da der Botschafter der Überzeugung war, daß die bevorstehenden Wahlen in Frankreich zu einem Regierungswechsel führen würden, der von selbst die Rückberufung Gontauds zur Folge haben würde. Der Staatssekretär von Bülow nahm in einem Erlaß vom 15. Juni 1877 an den Fürsten Hohenlohe zu der Krise Stellung und wies ihn an, aus der Auffassung der deutschen Regierung kein Geheimnis zu machen. Die deutsche Auffassung ginge dahin, „daß der Ultramontanismus der Krieg sei, die jetzige Regierung aber unserer Ansicht nach zum Ultramontanismus führe". Die Voraussicht des Fürsten Hohenlohe erfüllte sich. Die klerikal-monarchistische Partei erlitt eine Wahlniederlage, aus der zunächst das Ministerium Dufaure (Dezember 1877) mit dem Protestanten Waddington als auswärtigem Minister hervorging. Nach der Ruhepause der Weltausstellung von 1878 erfolgte dann auch, am 30. Januar 1879, der Rücktritt von Mac Mahon, und Grévy wurde zum Präsidenten der Republik erwählt.

Grévy.

Man könnte für die Krisen der französisch-deutschen Beziehungen, wie es Bismarck für die Orientkrisen tat, eine Berechnung aufstellen und würde etwa auf eine zehnjährige Periode kommen: 1875 der falsche „Krieg-in-Sicht"-Lärm, 1885 die Ferry-Krise, 1895 das Jahr von Schimonoseki, 1905 der Vertrag von Björkoe. Alle Annäherungsversuche Deutschlands an Frankreich schlossen mit einem Fiasko ab.

Seit Ende der siebziger Jahre hegte Bismarck die Hoffnung, daß der französische Ehrgeiz in einer großangelegten Kolonialpolitik seine Befriedigung finden und die Vogesen vergessen könnte. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit unterstützte er die französischen Ansprüche gegenüber fremden Mächten. Im Januar 1879 (Nr. 656) empfiehlt er der englischen Politik, Frankreich nicht in Tunis zu genieren und sagt dem französischen Botschafter Grafen St. Vallier, „daß wir die französische Reklamation (in Tunis) für eine berechtigte halten müßten und seine Regierung dabei nach Möglichkeit diplomatisch unterstützen wollten". Ja, er geht noch einen Schritt weiter und erwidert dem französischen Botschafter auf seine Bitte, daß wir auf Italien drücken möchten, „wir würden der italienischen Regierung bei leichtsinnigen Absichten ihrerseits oder bei einem eventuellen Appell an uns einfach sagen, daß wir das Vorgehen der französischen Regierung in Tunis als ein gebotenes ansehen, und daß sie unserer Ansicht nach dabei im Rechte wäre". Der französische Botschafter war mit dieser Antwort des Reichskanzlers sehr zufrieden und stimmte bei, als dieser noch hinzufügte, „die Italiener könnten sich ja nach Tripolis wenden" (Nr. 657). Das Entgegenkommen Bismarcks hatte zur Folge, daß der französische Ministerpräsident Waddington, der sich schon beim Berliner Kongreß durch seine maßhaltende Friedensliebe bewährt hatte, dem Gedanken einer russisch-französischen Allianz sein Ohr verschloß. Gegenüber dem deutschen Botschafter Hohenlohe äußerte er (Nr. 659, 10. September 1879): „Er halte es im Interesse Frankreichs geboten, mit England und Deutschland zu gehen, und er werde alle Zumutungen, die ihm von Rußland und von den russisch gesinnten französischen Blättern gemacht würden, zurückweisen." Zugleich läßt er sich beim Kaiser entschuldigen, daß er mit Rücksicht auf den französischen Chauvinismus von der Absendung einer Spezialmission nach Metz (bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers daselbst) verzichten müsse, was man nicht als einen Mangel schuldiger Rücksicht auffassen möchte. Dabei machte er kein Hehl daraus, daß französische Blätter, wie die „France" und die „Estafette", die in russischem Solde ständen, mit dem früheren Minister

Digitized by Google

Duc Decazes gegen ihn intrigierten. In der griechischen Grenzfrage suchte Bismarck dem französischen Minister, der sich dafür besonders engagiert hatte, zu einer Genugtuung zu verhelfen, um seine Stellung zu befestigen. Wo immer sich eine Gelegenheit bot, gönnte er Frankreich einen „succès d'estime".

Auch „das Streben Frankreichs nach vermehrter Einflußnahme auf die übrigen romanischen Staaten" erschien ihm gerechtfertigt. „Die Abwesenheit politischer Bedenken gestattet uns vielmehr anzuerkennen, daß das französische Volk, welches dank der stärkeren Beimischung germanischen Blutes als die kräftigste unter den romanischen Nationen dasteht, die Stellung einer zivilisatorischen Vormacht in der romanischen Welt sowohl in wie außerhalb Europas beanspruchen kann. Wenn daher Frankreich die Ausbreitung seiner politischen Operationsbasis als seinen Interessen entsprechend erachtet, so kann es dafür nicht nur auf unsere Enthaltung, sondern unter Umständen sogar auf unsere Rückendeckung rechnen, sofern nur unsere Stellung in Deutschland und unser einziger Anspruch, Herren im eigenen Hause zu sein, nicht gefährdet wird" (Nr. 662). Auch auf der Madrider Konferenz (Juni 1880) stellte Deutschland seinen Einfluß der französischen Politik zur Verfügung. In der Instruktion, die der deutsche Gesandte in Madrid erhielt (Nr. 664, 6. Mai 1880), heißt es: „Der Herr Reichskanzler ... ist der Meinung, sich bei den Beratungen (über die marokkanische Protektionsfrage) nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern vielmehr aus allgemeinen politischen Gründen auf der Konferenz Hand in Hand mit Frankreich zu gehen, das seiner benachbarten algerischen Besitzungen wegen in Marokko berechtigte Interessen zu vertreten hat" ... und „sich hinsichtlich der einzelnen Beratungsgegenstände der Konferenz tunlichst im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit dem französischen Botschafter zu halten und sich auf der Konferenz im allgemeinen dem Vorgehen desselben anzuschließen". Herr Barthélemy St. Hilaire, der französische Außenminister im ersten Ministerium Jules Ferry, erklärte darauf, „daß er sich durch keine Verdächtigungen und Angriffe abhalten lassen werde, seiner Anerkennung und Dankbarkeit für die ihm deutscherseits gewährte Unterstützung mündlich und schriftlich Ausdruck zu geben" (Nr. 667). Die französische Regierung ließ dann auch in Berlin durch den Grafen Saint Vallier ihren Dank aussprechen für die Unterstützung, welche der Admiral Jaurès auf der Madrider Konferenz von deutscher Seite gefunden habe.

Diese und ähnliche Erfahrungen bestärkten bei dem Fürsten Bismarck die Hoffnung, daß sich die französische Republik, die sich im ersten Jahrzehnt nach dem Frankfurter Frieden völlig unzugänglich für alle seine Annäherungsversuche gezeigt hatte, doch endlich auf den Boden der Tatsachen stellen würde. „Es gäbe am Mittelmeer", ließ Bismarck an den Fürsten Hohenlohe nach Paris schreiben (Nr. 668, 16. Juli 1881), „ein weites Feld, auf dem wir Frankreich ganz freie Hand lassen könnten, und ihm scheine die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß die französische Politik am Ende doch zu der Einsicht gelange, wie ein befreundetes Deutsches Reich mit 45 Millionen Einwohnern nützlicher und ein stärkerer Posten unter den französischen Aktivis sein würde als eine Million Elsaß-Lothringer." Auch der Eintritt Gambettas ins Kabinett (November 1881) bewog Bismarck nicht, der französischen Regierung sein Vertrauen zu entziehen. Das Kabinett hatte nur eine kurze Lebensdauer. Schon am 30. Januar 1882 übernahm Freycinet die Regierung.

Eine neue Periode hoffnungsvoller Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich begann mit dem zweiten Kabinett Ferry, das eine mehr als zweijährige Lebensdauer hatte (19. Februar 1883 bis 30. März 1885). Die französische Politik war durch die englische Okkupation von Ägypten seit 1882 in einen scharfen Gegensatz zur britischen Mittelmeerpolitik geraten. Mit dem englisch-französischen Kondominium am Nil hatte es für immer ein Ende. Die Konferenz der europäischen Mächte, die nach dem Scheitern der englisch-französischen Separatverhandlungen am 28. Juni 1884 in London zusammengetreten war, verlief ergebnislos. Fürst Bismarck tadelte den deutschen Botschafter Graf Münster, daß er den französischen Antrag auf Vertagung der Konferenz nicht genügend unterstützt habe, und Graf Hatzfeldt, der damalige Staatssekretär, betonte unter Zustimmung Bismarcks dem französischen Botschafter Baron Courcel gegenüber (Nr. 681, 11. August 1884), daß Deutschland den status quo, wie er vor der Einladung zur Konferenz existierte, noch als bestehend ansehe. Er legte sogar dem Botschafter den Gedanken nahe, daß Frankreich

Digitized by Google

die Vertreter der Mächte nach Paris einladen und über den Kopf Englands hinweg das französische Programm der ägyptischen Frage zur Diskussion stellen solle. Zugleich ließ Bismarck in Paris seine grundsätzliche Geneigtheit zu einer Politik des Vertrauens aussprechen, ohne zu verschweigen, daß es auch eine Grenze gäbe, die er nicht überschreiten könne: „Das Mißtrauen von Frankreich, daß wir es vorübergehend stützten und nachher sitzen lassen würden, ist erklärlich, denn die von mir seit Jahren gesuchte Annäherung an Frankreich wird allein durch das beiderseitige Mißtrauen erschwert. Keiner von uns beiden kann etwas dafür. Wir unsererseits haben außer den geschichtlichen Reminiszenzen noch den weiteren Grund zum Mißtrauen, daß in Frankreich die Kontinuität der Regierung geringer ist als bei uns. Wenn wir auch zur jetzigen Regierung volles Vertrauen fassen könnten, so ist damit nicht ausgeschlossen, daß jede, die ihr folgt, die entgegengesetzte Politik uns gegenüber einschlagen kann, ohne daß sie sich selbst untreu wird. Bei uns stellt die Monarchie eine größere Beständigkeit her, als solche für eine republikanische oder auch nur parlamentarische Majoritätsregierung möglich ist. Wir können uns deshalb immer der Befürchtung nicht entschlagen, daß Frankreich, nachdem wir im Verein mit ihm bis zum Bruch mit England oder nahe daran gelangt sein würden, infolge eines Regierungswechsels plötzlich die Situation benutzt, um sich auf Englands Seite zu stellen und uns zu isolieren... Wir können nicht glauben, daß Frankreich dauernd auf die Präponderanz der weitaus stärksten kontinentalen Seemacht verzichten will, während ihm die verhältnismäßige Stärke seiner Landmacht die Ausnutzung seiner Stärke zur See in höherem Maße erlaubt, als dies bei England der Fall ist. Frankreich kann zu einer mächtigen, vielleicht dominierenden Stellung gelangen, wenn es der maritimen Suprematie Englands gegenüber die Führung der maritimen Politik der Mächte mit Marinen zweiten Ranges erstrebt." (Nr. 683, 15. August 1884.)

Auch diese weitschauende Perspektive einer „bewaffneten Seeneutralität", wie sie ein Jahrhundert zuvor die Kontinentalmächte unter Führung Katharinas II. gegen England geeint hatte, vermochte Frankreich nicht davon abzubringen, daß es wie hypnotisiert nach der „blauen Linie der Vogesen" starrte. Das Höchste, wozu sich Baron Courcel aufschwang, waren Beteuerungen, daß „Ferry stets bemüht gewesen sei, die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich dadurch zu fördern, daß er nach Möglichkeit jede Erwähnung derjenigen Punkte zu vermeiden gesucht habe, auf die sich beiderseits die nationale Empfindlichkeit konzentriere". Von sich selbst hat Baron Courcel später eingestanden, daß er trotz seiner versöhnlichen Haltung immer der Träger einer Politik des „jamais rien pardonner, jamais rien oublier" gewesen sei (Nr. 687). Die alte Gambettasche Losung „immer daran denken, niemals davon reden" war das Geheimnis jeder französischen Annäherung. Als im Dezember 1885 Clemenceau seine Pranke gegen Ferry erhob, offenbarte der alte Revanchegeist der Nation seine ungeschwächte Kraft. Was hatte Ferry getan? Er hatte nach der Niederlage von Langson im Tongkingfeldzug die Vermittlung des Fürsten Bismarck für einen schnellen Friedensschluß mit China erbeten. In den Augen Clémenceaus und der Kammer war die Inanspruchnahme der Hilfe Deutschlands eine „Entehrung" der französischen Nation. Umsonst hatte Bismarck in Voraussicht übler Nebenwirkungen seine Mitwirkung auf das geringste Maß von Nachhilfe beschränkt: „Wir stehen in zu kitzlichen Beziehungen mit Frankreich, um uns darauf einlassen zu können." Er hatte nur seine Einwilligung dazu gegeben, daß der französische Botschafter de Courcel sich im Hause Hatzfeldts mit dem chinesischen Gesandten Li-Fong-Pao zu einer ersten Erörterung von Friedensmöglichkeiten traf. Wenn schon die geringsten Liebesdienste, die die deutsche Politik der französischen erwies, sobald sie an die Öffentlichkeit kamen, das Revanchefieber entzündeten, wer konnte da noch an eine aufrichtige Versöhnung glauben? Auch die maßvollsten französischen Staatsmänner wagten nur, sich insgeheim Deutschland zu nähern. Die alte Klugheitsregel von Thiers, die deutsche Hilfe zwar in Anspruch zu nehmen, aber vor der Öffentlichkeit zu verschweigen, blieb auch für die besonnensten Leiter der französischen Politik maßgebend. Unter vier Augen haben wiederholt einzelne französische Staatsmänner und Generäle einer besseren Überzeugung Ausdruck gegeben. In einer Unterredung vom 6. September 1884 zwischen Graf Herbert Bismarck und dem französischen Gesandten in Kairo Barrère, die in Königstein im Taunus stattfand (Nr. 689), bekannte dieser: „Sie glauben nicht, wieviel Gutes unsere gegenseitige Annäherung schon gewirkt hat... Es würde freilich noch eine ziemlich

Digitized by Google

lange Zeit dauern, bis die Erinnerung an 1870 eine nur historische würde und keine Empfindlichkeiten mehr wachriefe. Es brauche aber nur Geduld angewendet zu werden, um dahin zu gelangen. Sehr glücklich sei es, daß unsere Frankreichs Kolonialbestrebungen begünstigende Politik jahrelang vorgearbeitet habe, um die gemeinschaftliche Basis zu schaffen, auf der wir uns jetzt gefunden hätten, wenn dieselbe auch einstweilen noch auf Westafrika und China beschränkt sei. Die Annäherung Frankreichs und Deutschlands, welche so ermöglicht und weiterer Ausbildung fähig wäre, sei nicht nur das beste für die beiden Länder, sondern für die gesamte Welt und deren Entwicklung. Man müsse doch auch an spätere Generationen denken und an die Tatsache, daß das stärkste Bündnis auf der Welt das deutsch-französische sein würde; sei dies einmal etabliert, so habe niemand sonst etwas zu sagen." Noch erstaunlicher klingt, was General Campenon, der Kriegsminister des Ministeriums Gambetta, am 16. September 1884 dem Chef der deutschen Mission Generalleutnant von Heuduck unter vier Augen bekannte (Nr. 690). Er beklagte zuvörderst die schwierige Stellung der französischen Regierung gegenüber den parlamentarischen Machinationen, welche jedes erfolgreiche Handeln verhinderten. Dies zeige sich namentlich bei der von der Regierung gewünschten Annäherung an Deutschland. „Was uns hier noch trennt," fuhr er fort, „sind die Ereignisse des letzten Krieges und wir wissen nicht, wie sich das begleichen läßt." Auf die Entgegnung des Generals von Heuduck, daß eine deutsch-französische Allianz sich nur bei rückhaltloser Anerkennung des Frankfurter Friedens denken lasse, erwiderte der Kriegsminister lebhaft: „Das ist es, was ich alle Tage meinen Kollegen sage. Man soll sich nicht mehr schwächlich mit der Vergangenheit beschäftigen, man muß mit der Gegenwart rechnen. Wenn diese Allianz zustande käme, Frankreich würde mit einem Schlag seine frühere Stellung in der Welt wieder einnehmen. Frankreich und Deutschland vereint würden die Welt beherrschen... Allerdings gehört aber Energie dazu, um das französische parlamentarische System zu überwinden und man fürchtet sich hier."

In einem Rückblick auf die Entwicklung der Revanchestimmung in den letzten Jahren schreibt am 28. Februar 1886 der deutsche Militärattaché in Paris, Oberstleutnant von Villaume (Nr. 1223): „Die französische Regierung, ebenso wie jeder Franzose einzeln genommen, versäumen keine Gelegenheit, um mit Worten ihre Friedensliebe zu betonen; die Militärs weisen darauf hin, wie die Organisation der französischen Armee, sowie die Sicherung der Grenzen durch ein zusammenhängendes System von Befestigungen erkennen lasse, daß Frankreich keine Angriffskriege führen wolle... Zu einem andern Schluß gelangen jedoch diejenigen, welche die hiesigen Verhältnisse und die Franzosen länger kennen und jahrelang der systematischen, von der Regierung teils direkt, teils indirekt unterstützten Vorbereitung der Nation auf die sainte guerre de la revanche mit Aufmerksamkeit gefolgt sind. Keine politische Partei, gleichgültig, ob sie sich am Ruder oder in der Opposition befand, hat bisher, aus Furcht unpatriotisch zu erscheinen, den Mut gehabt, offen gegen die Revancheprediger aufzutreten, welche das unter der Asche glimmende Feuer immer wieder von neuem anfachen, und von tausend Franzosen, welche aus aufrichtiger innerer Überzeugung gegen einen Krieg mit Deutschland sind, und von denen jeder einzelne dies offen bekennt, würde aus derselben Besorgnis kaum einer seine Stimme für Aufrechterhaltung des Friedens zu erheben wagen, wenn die Masse den Ruf ‚à Berlin' ertönen läßt." Der Militärattaché charakterisiert sodann die Flut der französischen Revancheblätter, die regelmäßig wiederkehrenden Demonstrationen vor der Statue von Straßburg auf der Place de la Concorde und die aufreizenden Reden des Präsidenten der Patriotenliga und fährt fort: „In dem auf den letzten Krieg folgenden Jahrzehnt wurde zwar neben der Deutschenhetze und der kindischen Spionenriecherei auch die Revancheidee gehegt und gepflegt; doch waren einesteils die Eindrücke des letzten Krieges noch zu frisch, anderenteils die Befestigungsanlagen zum Schutz der Grenze und im Innern des Landes, sowie die Vorbereitung der Armee und Nation für den heiligen Krieg noch nicht weit genug vorgeschritten, als daß die Franzosen den baldigen Ausbruch desselben hätten herbeiwünschen sollen. Die dann folgende tunesische Expedition zog nicht nur die Aufmerksamkeit mehr von der Ostgrenze ab und absorbierte starke Kräfte der kontinentalen Armee, sondern deckte auch so große Mängel der Armeeverwaltung und -leitung auf, daß man sich wohl hütete, mit dem Feuer zu spielen. Erst als gegen Ende 1881 das grand ministère mit Gambetta ans Ruder kam und

Digitized by Google

General Campenon als Kriegsminister, General Miribel als Chef des Generalstabs an die Spitze der Armee traten, wurden die Revanchehoffnungen neu belebt; sie sind seitdem stetig gewachsen, weil mit der allmählichen Vervollkommnung der Armee und des Landesverteidigungssystems, sowie mit der weiteren Ausbreitung der Patriotenliga, der Schieß-, Turn- und anderer patriotischer Vereine auch das Selbstvertrauen, die Aussicht auf Erfolg und endlich der Übermut zunahmen. Die Wogen des Chauvinismus sind in diesem die letzten Jahre umfassenden Zeitraum hoch gegangen... Noch in frischer Erinnerung ist die aufreizende Sprache der hiesigen Journale, als man, betört durch das Benehmen des Generals Dragomirow im Herbst 1883, die Allianz mit Rußland für gesichert hielt. Das Anfang 1884 neu befestigte Einvernehmen zwischen den drei Kaisermächten wirkte wie eine kalte Dusche auf die erhitzten Gemüter, und diese Abkühlung hielt um so länger an, als bald darauf der ungünstige Verlauf der Expedition in Tongking und Madagaskar die Aufmerksamkeit des Landes fast ausschließlich fesselte, und die unausgesetzte Nachsendung von Verstärkungen immer mehr Kräfte für das ‚Rendez-vous aux Vosges' verlorengehen ließ. In diese fielen auch die Versuche der Opportunisten unter ihrem staatsklugen und energischen Führer (Ferry), ein gutes Einvernehmen mit Deutschland herzustellen, nachdem sie selbst lange genug aus dem Chauvinismus für sich Kapital geschlagen hatten. Aber gerade diesen Umstand in Verbindung mit der mehr eingebildeten als wirklichen Schwächung der kontinentalen Armee durch die Ferrysche Kolonialpolitik beuteten die Hauptgegner der damaligen Regierung, Monarchisten und Radikale, im chauvinistischen Sinne aus: ‚Mit Deutschland verhandeln, heißt Frankreich verraten!' Die Haltung der Menge, welche am Tage des Sturzes des Ministeriums Ferry von der Deputiertenkammer nach dem Auswärtigen Amt zog, mit dem Rufe: ‚A bas le Prussien!' sowie die Tumulte und Wutausbrüche, welche die Verlesung der bekannten Depesche Ferrys an Herrn von Courcel vom 29. März v. Js. bei Gelegenheit der letzten Tongkingdebatte in der Kammer hervorrief (24. Dezember 1885), legten Zeugnis davon ab, daß die regierungsfeindlichen Parteien das richtige Mittel gewählt hatten, um die Opportunisten in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren."

Zu keiner Zeit während der ganzen Bismarckära stieg das französische Kriegsfieber auf eine so gefahrdrohende Höhe wie in den Jahren 1886 und 1887. Der Anfangstermin dieser Periode fällt mit dem Eintritt Boulangers als Kriegsminister in das dritte Kabinett Freycinet (7. Januar 1886) zusammen; den Endpunkt bezeichnet die Demission des Kabinetts Goblet, mit dem auch Boulanger ausschied, am 29. Mai 1887. Der Höhepunkt der Krise wird durch den Fall Schnäbele (April 1887) bezeichnet.

Am 21. April 1887 war der französische Polizeikommissar Schnäbele, der durch die Aussagen des Agenten Klein bei dessen Vernehmung in Straßburg schwer belastet war, und, wie er selbst später eingestand, seine amtliche Stellung zur Organisation von Spionagediensten gemißbraucht hatte, auf deutschem Boden verhaftet worden. Da er auf Einladung eines deutschen Grenzbeamten zu einer amtlichen Besprechung die französische Grenze überschritten hatte, war die Rechtsgültigkeit der Verhaftung zweifelhaft. Bismarck entschied sofort in einer Marginalbemerkung zu einem Bericht des Staatssekretärs vom 25. April 1887 (Nr. 1262): „Der Hauptfehler der Situation liegt darin, daß Schnäbele bei Gelegenheit einer amtlichen Konferenz über internationale Grenzfragen gegriffen wurde. Dergleichen Konferenzen stehen in gleichem Verhältnis wie die Begegnung mit feindlichen Parlamentärs und müssen freies Geleit sichern, sonst wird der amtliche Grenzverkehr unmöglich." Obwohl das gerichtliche Verfahren gegen Schnäbele wegen Verbrechens des Landesverrates, begangen im Gebiete des Deutschen Reiches, eingeleitet war, wurde Schnäbele sofort wieder freigegeben. Damit war für Deutschland der Fall erledigt. In Paris aber erhob sich ein Sturm der Entrüstung, und im französischen Ministerrat wurde von Boulanger ein Ultimatum an Deutschland beantragt. Präsident Grévy hat nachträglich in einem Gespräch dem Grafen Münster, laut Bericht vom 17. Juli 1887 (Nr. 1275), über diese Vorgänge die offenherzigsten Mitteilungen gemacht: „Zweimal", sagte zu meinem Erstaunen der Präsident, „wollte der General (Boulanger) uns in den Krieg treiben. Das erstemal als die Reservemannschaften der deutschen Armee zu der Übung mit dem Repetiergewehr einberufen wurden, das zweitemal bei der Verhaftung Schnäbeles. Die Einberufung der deutschen Reserven wollte Boulanger durch die Einberufung der französischen Reserven und Mobilmachung beantworten. ‚Er brachte', sagte der Präsident, ‚das

Digitized by Google

dazu erforderliche Dekret mit in den Ministerrat und verlangte meine Unterschrift.' ‚C'est insensé ce que vous proposez là, général; ne savez-vous pas que cela serait la guerre?' ‚Eh bien, je suis prêt!' antwortete Boulanger. ‚Aussi prêt que Leboeuf dans son temps, et je ne permettrai pas même la discussion de ce projet.' ‚Dans ce cas je devrai envoyer ma démission!' ‚Bien, faites!' répondis-je. ‚Il ne l'a pas envoyée et était très soumis et tranquille après cela, voilà l'homme!' Das zweitemal (im Fall Schnäbele) habe der General den Versuch erneuert und habe, ehe die Kaiserliche Regierung eine Antwort habe geben können, ein Ultimatum und Absendung von Truppen an die Grenze verlangt. Er habe Goblet (den Ministerpräsidenten) dafür gewonnen, und von dem Augenblicke an sei der Präsident entschlossen gewesen, das Kabinett Goblet und vor allem Boulanger zu beseitigen, habe es aber durch ein Votum der Kammer herbeiführen wollen, und das sei geglückt." Am 29. Mai gab Goblet seine Demission und Rouvier bildete das neue Kabinett ohne Boulanger.

In demselben Bericht erzählt Graf Münster, der Präsident habe ihm dafür gedankt, daß er seiner Einladung zur Parade am 14. Juli nicht gefolgt sei. Für sich selbst habe er sich den Ungezogenheiten des Pöbels aussetzen müssen. Das Fernbleiben und Vermeiden dieser Gefahr von seiten des Botschafters habe er aber als eine besondere Rücksichtnahme für sich angesehen. Münster bemerkt dazu: „Es war das sehr gut gemeint, ist aber doch eigentlich ein testimonium paupertatis, das der Präsident sich und seiner Regierung ausstellt." Grévy wollte nach dem Rücktritt Boulangers „keine ernste Wolke am Horizont" mehr sehen. „Es sei jetzt der Beweis geführt, daß Boulanger viel verschuldete, daß er sich immer mehr der Demokratie in die Arme warf, sie aber nicht beherrschte, sondern von ihr beherrscht wurde. Es sei ihm unbegreiflich gewesen, wie sonst ganz verständige Männer (zu denen auch Freycinet gehörte), die Macht dieses Demagogengenerals, ‚cet animal de général démagogue', überschätzt haben. Schon längst habe er ihn los sein wollen, die früheren Minister seien aber zu schwach gewesen, und als endlich die Krisis eintrat, habe der Präsident erst niemand finden können, der das Kabinett ohne Boulanger bilden wollte. Die einzigen beiden Männer, die ihm zur Seite gestanden hätten, seien Rouvier und Flourens gewesen."

Im Juni 1887 nach der Ausschiffung Goblets und Boulangers näherte sich die französische Regierung wieder in auffallender Weise der deutschen. Wieder waren es die ägyptischen Schmerzen Frankreichs, die die Veranlassung gaben, daß der französische Botschafter Herbette die freundlichsten Saiten aufzog. Diesmal blieb die deutsche Politik zurückhaltend, und als Herr Herbette die Hoffnung aussprach, bei der deutschen Regierung einiges Entgegenkommen zu finden, „um Berührungspunkte für eine gemeinsame Politik zu finden", erwiderte ihm der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck (8. Juni 1887, Nr. 1269): „Mit England wären wir auf freundschaftlichem Fuße, und wir müßten um so mehr darauf bedacht sein, dieses gute Verhältnis zu pflegen, *als wir nach den Erfahrungen der letzten 16 Jahre auf Wohlwollen und Annäherung an Frankreich leider nicht zu rechnen hätten*. Wir wären lange Zeit hindurch bemüht gewesen, Anknüpfungspunkte zu schaffen, um die deutsch-französischen Beziehungen besser zu gestalten, hätten dafür aber keinerlei Dank oder Anerkennung von Frankreich geerntet (Bismarck bemerkt dazu im Marginal: „nur verstärkte Feindschaft"). Ich brauchte nur die Namen Tunis, Tongking, Madagaskar zu nennen und an den Ausgang des chinesischen Krieges zu erinnern; alle diese Namen bezeichneten ebensoviel gute Dienste, die wir Frankreich in der Hoffnung geleistet hätten, daß die Franzosen schließlich einsehen würden, wie sie größere Interessen auf der Welt hätten, als die Wiedereroberung des Elsasses, bei deren Verfolgung unsere Unterstützung ihnen von Nutzen sein könnte. *Die Erwartung, daß die loyale Haltung, welche wir seit dem Abschluß des Krieges Frankreich gegenüber beobachtet hätten, dazu führen würde, den Chauvinismus zu mindern und das Revanchegeschrei schließlich verstummen zu lassen, habe sich aber nicht erfüllt.* Niemals sei die französische öffentliche Meinung und gesamte Presse mit so bitterer Feindseligkeit gegen Deutschland aufgetreten als während der letzten zwölf Monate. Wir hätten uns deshalb der Einsicht nicht länger verschließen können, daß *unser gesamtes Bestreben, aufrichtige und vertrauensvolle Beziehungen mit Frankreich anzubahnen, verlorene Liebesmüh gewesen sei*, und wenn Herr Herbette sich jetzt beklage, daß wir den französischen Anregungen bezüglich einer antienglischen

Digitized by Google

Haltung in Ägypten nicht entsprechen wollten, so müsse er deswegen seine eigenen Landsleute zur Verantwortung ziehen." Den Hinweis Herbettes auf die deutsche Armeevermehrung erwiderte der Staatssekretär mit der Bemerkung, „daß unsere Armeeverstärkung, welche wegen ihrer Kostspieligkeit von der Regierung nur sehr ungern beantragt worden wäre, doch nur die notwendige Folge der fortwährenden französischen Rüstungen gewesen sei; ... das französische Armeebudget sei viel größer als das unsrige und die französische Armee zahlreicher als die deutsche. Diese Tatsache spräche für sich selbst". Trotzdem, betonte der Staatssekretär, daß wir ebensowenig wie im Jahre 1875 während der letzten Krisen in Frankreich an einen Angriff gedacht hätten. Auch in Paris versicherte um dieselbe Zeit (Nr. 1270, 16. Juni 1887) Präsident Grévy dem Grafen Münster, daß, solange er Präsident sei, Frankreich Deutschland nicht angreifen werde, daß aber auch er keinen Angriff von Deutschland erwarte und Vertrauen in eine friedliche Zukunft habe. Im Blick auf Rußland, dessen „Rubel leider den Weg in die französische Presse gefunden hätten", war sich der Präsident bewußt, daß, sowohl wegen der inneren als auch der orientalischen Verhältnisse, eine gefährliche Wolke am politischen Horizonte zu erblicken sei. Er sei aber fest entschlossen, falls es wegen der orientalischen Frage zu Komplikationen mit Deutschland und Österreich kommen sollte, Frankreich neutral zu halten. Allerdings hoffe man bei ihnen vielfach im Kriegsfalle mit Deutschland auf russische Hilfe, er aber „würde es für den größten Fehler halten, wollte Frankreich sich auf eine offensive und defensive Allianz mit Rußland einlassen. Nach seiner Überzeugung würde Rußland Frankreich im entscheidenden Momente im Stiche lassen". In dem gleichen Gespräch äußerte Präsident Grévy überraschende Ansichten über das französische Wahlgesetz. Nicht nur hoffte er, daß es möglich sein würde, das „unglückliche Vermächtnis von Gambetta", die Listenwahl, wieder rückgängig zu machen, sondern er sprach sich auch sehr energisch gegen das allgemeine Stimmrecht aus. „Das sei allerdings schwerlich zu beseitigen, er selbst würde aber sehr wünschen, einen Wahlmodus wie in Preußen einzuführen, den er ganz genau zu kennen schien."

Die Exaltation des chauvinistischen Geistes, die durch Boulanger und den Revanchepostel Déroulède mit allen Mitteln einer geschäftstüchtigen Reklame genährt worden war, war für den Frieden Europas um so bedrohlicher, als gleichzeitig der Ausbruch eines Krieges zwischen Rußland und Österreich in die nächste Nähe gerückt schien. Seit dem Sturz des Battenbergers und der vertragswidrigen Thronbesteigung des Koburgers, für die man in Petersburg Österreich schuld gab, schwankte der ohnmächtige Zorn Alexanders III. zwischen Entschlußlosigkeit und unberechenbaren Aufwallungen hin und her. Es erforderte die zäheste Geduld des Fürsten Bismarck, zu gleicher Zeit den Knäuel der russisch-österreichischen Mißverständnisse zu entwirren und dem Sturm der Leidenschaften in Frankreich mit Ruhe zu begegnen. Ihm allein war es zu danken, daß die Feuerherde im Westen und Osten nicht ihre Brände zusammenwarfen und Europa in Flammen setzten. Schon im Dezember 1886 hatte Bismarck den Eindruck, daß man sich in Wien der Verantwortlichkeit für die andauernden Verstimmungen Rußlands, die die österreichische Balkanpolitik in Petersburg hervorrief, und für die Folgen, die sie für den deutschen Bundesgenossen mit sich bringen mußten, nicht hinreichend bewußt war, und ließ durch den Grafen Wedel dem Kaiser Franz Joseph seine ernstlichen Bedenken aussprechen: „Kaiser Franz Joseph scheine doch die Gefahr eines französischen Krieges und die Stärke der französischen Macht erheblich zu unterschätzen: die französische Armee sei gegenwärtig stärker als die unsrige. Um uns mit Sicherheit zu verteidigen, würden wir so ziemlich unsere volle Stärke am Rhein gebrauchen und würden froh sein, wenn das ausreichte. Wir sähen den französischen Krieg als ziemlich nahe bevorstehend an und hätten deshalb den Wunsch, den gleichzeitigen russischen Krieg nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wäre kein Beweis von Wohlwollen, daß Österreich auf diese schwierige Lage, in der wir uns befänden, mit Frankreich auf dem Halse, so wenig Rücksicht nähme, und trotz des mit großer Wahrscheinlichkeit bevorstehenden französischen Krieges uns Vorwürfe machte, daß wir den Krieg mit Rußland zu vermeiden suchten. Unsere beiderseitigen Interessen wiesen uns darauf an, uns gegenseitig zu unterstützen, im Falle einer von uns angegriffen würde, aber doch auch alles zu tun, was möglich wäre, um einen solchen Fall zu verhindern. Nach unserer Schätzung der Wehrkräfte wäre der gleichzeitige Kampf der beiden

Digitized by Google

deutsch-österreichischen Kaiserreiche gegen Frankreich und Rußland immer ein schwieriger, sogar ungleicher, und in der bulgarischen Frage läge absolut kein Aquivalent für die Opfer, die er fordern würde." (16. Dezember 1886, Nr. 1025.)

Sadi Carnot.

Am 2. Dezember 1887 demissionierte Präsident Grévy. Das Jahr 1888 unter der Präsidentschaft von Sadi Carnot wurde mit Versicherungen der friedfertigsten Dispositionen des Präsidenten der Republik und seiner Regierung eingeleitet. Doch schon im Frühjahr 1888 drohte eine neue Kriegsgefahr, diesmal gegen Italien, dessen Kriegshafen Spezia einem französischen Handstreich ausgesetzt war. Gleichzeitig störte am 8. April ein neuer Zwischenfall die äußerlich korrekt gebliebenen Beziehungen Frankreichs zu Deutschland. Der Vorfall in Belfort, wo vier deutsche Studenten aus Freiburg bei einem Ausfluge von dem Straßenpöbel schwer mißhandelt wurden, hatte zur Folge, daß die deutsche Regierung die Einladung zur Pariser Ausstellung von 1889 ablehnte. Der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck teilte dem französischen Botschafter diese Entschließung am 1. Mai 1888 (Nr. 1282) mit, wobei er zum erstenmal den Fall Belfort zur Sprache brachte: „Ich habe die Sache Ihnen gegenüber nicht erwähnt, weil ich weiß, daß diejenigen Ihrer Landsleute, welche die Regierung in den Händen haben, für Ausschreitungen der übrigen nicht unbedingt verantwortlich gemacht werden können. Der Fehler liegt im französischen Nationalcharakter, und dieser kann durch Beschwerden oder Reklamationen nicht gebessert werden. Ihre Regierung hat getan, wozu sie verpflichtet war, indem sie, soweit sie das ihrer öffentlichen Meinung gegenüber wagen konnte, repressiv verfuhr... Sie sind aber nicht in der Lage, uns irgendeine Garantie zu geben, daß harmlose Deutsche in Frankreich bei der nächsten Gelegenheit nicht wieder in brutaler Weise behelligt werden. Dazu ist Ihre Regierung zu schwach."

Ein Vergleich der Haltung, die die deutsche Regierung gegenüber den beiden Pariser Weltausstellungen von 1878 und 1889 einzunehmen sich genötigt sah, gibt einen lehrreichen Beweis dafür, wie wenig auch das zweite Jahrzehnt nach dem Kriege gegenüber dem ersten eine Abschwächung der französischen Revanchestimmung herbeigeführt hatte. In einem Diktat vom 1. November 1876 (Nr. 198) kleidete Bismarck seine Absage in die herben Worte: „Im Privatleben würde ein anständiger Mann eine an jedermann ergangene Einladung in das Haus eines anderen unbenutzt lassen, wenn dieser andere öffentlich bekundet, daß er ihn haßt und verachtet, aber in seinem Hause dulden werde, wenn jener der Einladung dennoch Folge leistet"... „Es gehört der ganze Mangel an politischer Logik, die ganze feige Schüchternheit, die uns Paris gegenüber noch immer niederdrückt, dazu, wenn man sich dagegen blind stellen will, daß unsere Ausstellung in Paris eine ähnliche Rolle spielen wird, wie die ausgepfiffenen Wagnerschen Melodien oder wie der mit dem Rufe ‚chien d'Allemand' begrüßte Bildhauerlehrling... Ich fürchte, diese Tonart wird der Tatsache entsprechen, daß bisher ohne Sühne und ohne Tadel der Mord deutscher Untertanen von französischen Geschworenen als eine straflose Handlung beurteilt worden ist."

Die Einladung zur Weltausstellung des Jahres 1889 beantwortete der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck in seiner Unterredung mit dem Botschafter Herbette (Nr. 1282) in noch schärferem Tone: „Frankreich ist gegenwärtig dank der systematisch betriebenen Aufregungen der Volksleidenschaften das ungastlichste aller zivilisierten Länder, wenigstens sicherlich soweit Deutsche in Betracht kommen... Sie werden aber begreifen, daß ich bei dieser Sachlage ein offizielles Erscheinen Deutschlands auf der Pariser Ausstellung als ausgeschlossen ansehen muß. Wenn Sie vorhin behaupteten, daß Beschimpfungen Deutscher nur an Grenzorten vorkämen, so verweise ich demgegenüber auf die lächerliche Spionenriecherei, die an allen Orten Frankreichs systematisch betrieben wird, obgleich derselben bisher nur unschuldige Landschaftsmaler oder Commis voyageurs zum Opfer gefallen sind; trotz allen Spionengeschreis und aller Denunziationen ist in den letzten 17 Jahren noch niemals ein Deutscher der Spionage überführt worden, während die französischen Offiziere und Spione, welche wir in diesem Zeitraum beobachtet, sistiert oder ausgewiesen haben, nach Dutzenden zählen. Ich erinnere ferner an die Mißhandlung des Württembergers Wuerst vor wenigen Jahren, der an Ihrem Nationalfest beinahe umgebracht wurde, weil er angeblich auf der Place de la Concorde deutsch gesprochen hatte. Daß die Ungastlichkeit Frankreichs sich nicht auf Deutsche allein beschränkt, beweist schließlich am besten der schmähliche Empfang, welchen die Pariser Bevölkerung im Herbst 1883 dem Könige von Spanien bereitete. Ich führe diese Dinge nicht an, um eine

Digitized by Google

Beschwerde zu formulieren, oder um einen Vorwurf zu erheben; je ne fais que constater un phénomène regrettable. Ihre Regierung ist nicht in der Lage, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß deutsche Aussteller oder deren Besitztum in Paris vor Beschädigung bewahrt bleiben werden. Bei der Erregbarkeit der dortigen Massen braucht nur irgendein gewissenloser Agitator an einem schönen Sonntagnachmittag mit 10000 Bewohnern von Belleville in die Ausstellung hinabzusteigen, und es wird ihm ein leichtes sein, in wenigen Minuten eine Beschimpfung unserer Farben und Zerstörungen der etwaigen deutschen Abteilungen ins Werk zu setzen... Da wir friedliebend sind und unsere gegenwärtigen Beziehungen nicht getrübt zu sehen wünschen, so wollen wir Ihre Regierung einer solchen Eventualität nicht aussetzen.' „Der Botschafter", fährt Graf Bismarck in seiner Aufzeichnung fort, „hatte mich wiederholt mit Zeichen lebhafter Ungeduld durch einzelne Ausrufe und Phrasen unterbrochen, welche, als ich geendet hatte, darin gipfelten, daß er sagte: ‚Vous dites, que vous êtes pacifiques, mais nous sommes archipacifiques.' ... Der französische Botschafter fragte mich, ob wir denn nicht wenigstens Private, welche Neigung hätten, die Ausstellung zu beschicken, mit Rat und Erleichterung unterstützen wollten? Ich erwiderte, daß ich hierzu die Hand nicht zu bieten vermöchte... Wenn es wirklich Deutsche gibt, die in Paris ausstellen wollen, und die mich um Rat fragen, würde ich mich verpflichtet sehen, ihnen zu sagen, daß ich ihnen raten würde, sich lieber nach Südafrika zu begeben, als ihre Haut und ihre Waren in Paris zu riskieren. Als der französische Botschafter hierbei fast vom Stuhle aufsprang und einen unartikulierten Laut des Protestes von sich gab, sagte ich achselzuckend: ‚Es tut mir sehr leid, daß die Tatsachen mich nötigen, so zu sprechen, aber wer ist schuld daran? Es ist meine Überzeugung, die sich auf jüngste Tatsachen gründet, daß unsere Landsleute weniger Gefahr laufen, wenn sie in Afrika reisen, als wenn sie sich der sogenannten französischen Gastfreundschaft aussetzen... Vielleicht werden wir uns endlich verstehen, wenn eines schönen Tages eine chinesische Mauer unsere ganze Grenze sperren wird.'"

Auf der Weltausstellung von 1878 war Deutschland wenigstens noch durch die deutschen Künstler vertreten, die mit Zustimmung der deutschen Regierung die Ausstellung beschickten. Der Weltausstellung von 1889 blieb Deutschland völlig fern. So hatten sich, nicht durch Deutschlands Schuld, im Lauf von zwei Jahrzehnten nach dem siebziger Kriege die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern verschlechtert.

Bis ans Ende seiner Kanzlerschaft hat Bismarck seine Überzeugung nicht geändert, daß dem Frieden Europas die einzige Gefahr von dem Revanchewillen Frankreichs drohe. Das wichtigste Dokument aus dem letzten Jahr seiner Kanzlerschaft, das wir im Anhang vollständig wiedergeben, der Erlaß des Reichskanzlers vom 11. Januar 1889 (Nr. 943) an den Botschafter in London, Grafen von Hatzfeldt, läßt noch einmal erkennen, wie die Sorge vor einem französischen Angriff und einer dadurch verursachten europäischen Konflagration, wie der „cauchemar des coalitions" das ganze Denken Bismarcks beherrschte. Das Bündnisangebot an England, dessen Motive in diesem Erlaß entwickelt werden, war *ausschließlich auf die Abwehr gegen einen französischen Angriff eingestellt*. Die Erfahrungen, die England seit der Okkupation Ägyptens mit seinem Nachbar auf dem Kontinent machte, hatten auch Englands Beziehungen zu Frankreich beständig verschärft, so daß Bismarck bei Lord Salisbury ein volles Verständnis für das gemeinsame Interesse der deutschen und englischen Politik an der Abwehr eines französischen Anfalls voraussetzen konnte: „Ein bedrohliches Element für *beide* befreundete Mächte, Deutschland und England", so führte Bismarck in dem Erlaß an Hatzfeldt vom 11. Januar aus, „ist nur der einzige beiderseitige Nachbar Frankreich; einen andern gemeinsamen Nachbar bedrohlicher Natur haben wir beide nicht. England hat, außer mit Frankreich divergierende Interessen mit Nordamerika und mit Rußland. Aber ein Krieg mit einer *dieser* Mächte, selbst ein gleichzeitiger mit beiden, kann für England lebensgefährlich nur werden, wenn *Frankreich* der Bundesgenosse der Feinde Englands ist... Die auswärtige englische Politik würde nach allen Seiten freie Bewegung haben, wenn sie nur gegen die *französische* Kriegsgefahr durch ausreichende Bündnisse gedeckt wäre... Wenn nur festgestellt wird, daß England gegen einen *französischen* Anfall durch ein deutsches und Deutschland gegen einen *französischen* Anfall durch ein englisches Bündnis gedeckt sein würde, so halte ich *den europäischen Frieden für gesichert* auf die Zeit der Dauer eines solchen öffentlich verlautbarten Bündnisses."

Digitized by Google

Mit welchen Sorgen Fürst Bismarck nach dem Hingang des alten Kaisers und dem Regierungsantritt Kaiser Friedrichs III. in die Zukunft sah, lehrt eine Aufzeichnung für den Grafen Münster vom 20. Mai 1888 (Nr. 1283): „Die Erscheinung in Belfort und auch die Stimmungen, die sich bei Gelegenheit der Sezession in der Patriotenliga von seiten der Genossen Déroulèdes dokumentiert haben, ... das alles sind Symptome, welche auf die Kriegslust Frankreichs schließen lassen. Wir müssen uns deshalb doch mit dem Gedanken vertraut machen, daß diese bis in die untersten Schichten der Bevölkerung hinab verbreitete Stimmung zu einer Explosion führen muß, sobald irgendein neuer Wechsel in der französischen Regierung den Zünder dazu liefert. Wir haben bisher unsererseits bei dergleichen Konflikten alles getan, um eine Verschärfung derselben zu vermeiden, aber ich befürchte nachgerade, daß dies Bemühen ein vergebliches sein werde, und kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß friedfertige Höflichkeit zwar für die französische Regierung bequem und angenehm sein mag, daß die Bevölkerung Frankreichs aber zu den Charakteren gehört, welche friedliche Höflichkeit und anständige Formen sehr leicht als Schwäche und Besorgnis auffassen und sich dadurch mehr in der Unverschämtheit verhärten, als zu gleichem Verhalten veranlaßt sehen. Wir werden deshalb niemals Händel suchen, und der Ausbruch des Krieges, den ich befürchte, wird niemals eine diesseitige Aggression zum Ausgangspunkt haben. Aber ich bin zweifelhaft geworden, ob unser bisheriges System, dem Bruche auszuweichen, einer für anständige Behandlung so wenig empfänglichen Nation gegenüber, wie es die Franzosen sind, das richtige ist. Ich werde es wenigstens Seiner Majestät dem Kaiser nicht mehr mit derselben Zuversicht wie bisher empfehlen können." Die Verschärfung der Paßkontrolle an der französischen Grenze, die trotz der Gegenvorstellungen des Statthalters von Elsaß-Lothringen eingeführt wurde, hatte denn auch den doppelten Zweck, einmal die Spionage französischer Offiziere in Deutschland zu erschweren und zweitens „den Franzosen die Unangemessenheit der dortigen Gastfreundschaft durch Talion vor Augen zu führen".

Das Problem, wie die Unversöhnlichkeit Frankreichs ohne Revanchekrieg zu überwinden sei, war am letzten Tage der Kanzlerschaft Bismarcks ebenso ungelöst, wie am ersten Tage nach dem Frankfurter Frieden. Frankreich für sich allein war bald keine Gefahr mehr für den Frieden Europas. Ohne Allianzen kam es bei der wachsenden Volkszahl Deutschlands immer mehr ins Hintertreffen. Ein Duell mit seinem verhaßten Gegner vermochte sein beleidigtes Ehrgefühl nicht mehr herzustellen. Es mußte Spießgesellen finden. Der Friede Europas hing an der Frage: Wird Frankreich Verbündete finden, die bereit sind, ihre Haut zu Markte zu tragen, um Elsaß-Lothringen für Frankreich zurückzugewinnen?

Rußland.

Das russische Reich, der gewaltigste aller Binnenstaaten, wird in seiner Außenpolitik nur von einem einzigen Drang beherrscht: den Zugang zu den freien Meeren zu erlangen. Geborene Gegner Rußlands sind alle Mächte, die dem asthmatischen Koloß den Weg ins Freie versperren, — in erster Linie das britische Weltreich, das als Wasserkontinent alle meeroffenen Länder Südasiens bis zur ersten oder zweiten Gebirgsmauer des Binnenlandes zu seinem Hoheitsgebiet rechnet. Da der dumpfe Drang der russischen Expansion dem bewußten Willen der britischen Welteroberung nicht gewachsen war, zog Rußland überall in der Welt, wo ihm England widerstand, den kürzeren. Es hatte seine natürlichen Landgrenzen erreicht und die gewaltige nordasiatische Tiefebene verschlungen, die eisfreien Zugänge zu den Weltmeeren blieben ihm verschlossen. Seit dem Weltkrieg mehr denn je! In Ostasien ist es hinter den Baikalsee, in Vorderasien hinter den Kaukasus zurückgeworfen. Der Weltkrieg war für Rußland eine zweite verschlimmerte Auflage des Krimkrieges und der ostasiatischen Niederlage von 1905. Für die britische Expansion war auch der Weltkrieg nur eine Etappe in seinem säkularen Kampf gegen Rußland.

In der Bismarckzeit hat der russisch-englische Gegensatz, dessen Spannungen so weit reichen als die Ausdehnung von Rußlands asiatischen Grenzen, nur in Vorderasien zu akuten Kon-

Digitized by Google

flikten geführt. Im Mittelmeer hatte Rußland neben dem einen großen Gegenspieler noch mit der Eifersucht der kleineren Mittelmeermächte Frankreich, Italien, Österreich und Griechenland zu rechnen. Die einzige europäische Macht, die keinerlei Mittelmeer- und Orientinteressen hatte und auch den Schein, solche zu erstreben, vermied, war Deutschland. Das vornehmste Gebot seiner Politik, mit seinem östlichen Nachbar im Frieden zu leben, hielt es von jeder Machtgruppierung fern, die durch Mittelmeerinteressen zusammengeführt wurde. Deutschland konnte sich ohne Gefährdung seiner eigenen Interessen Rußland in Vorderasien willfährig erweisen und ihm sogar eine Rückendeckung zusichern, die seine militärischen Kräfte für den Orient frei gemacht hätte. Einzig und allein durch österreichisch-russische Balkankonflikte konnte Deutschland als Bundesgenosse Österreichs Gefahr laufen, in russisch-englische Gegensätze hineingezogen zu werden. Bismarck hat es darum grundsätzlich vermieden, durch seine Bündnisverträge Verpflichtungen für österreichische oder italienische Erwerbsinteressen auf dem Balkan zu übernehmen, die russische Empfindlichkeiten hätten berühren können. Immer wieder ist es von Bismarck ausgesprochen und von Rußland zugestanden worden, daß keinerlei widerstreitende Interessen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbar existierten, ja daß im Kriegsfalle ein Kampfpreis überhaupt nicht vorhanden sei. Bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung drohte überdies die polnische Frage wieder zu erwachen, die für beide gleich unlösbar war. In Rußland aber hegte man stärker als auf deutscher Seite das Mißtrauen, daß der Widerstreit der russischen und österreichischen Balkaninteressen doch einmal Rußland und Deutschland entzweien könne. Bismarck begegnete diesem Mißtrauen durch sein völliges Desinteressement an Balkanfragen. Man denke nur an Alexander von Battenberg. Ebenso hat er niemals Bedenken getragen, *Rußland in der Meerengenfrage völlig freie Hand zu lassen*, ja es diplomatisch zu unterstützen, solange Rußland nicht mehr begehrte, als sein vernünftiges und vertragsmäßiges Interesse an der Schließung des Schwarzen Meeres zu sichern.

Die traditionelle deutsch-russische Freundschaft, die auf dem Grunde gemeinsamer monarchischer Interessen ruhte, war seit dem Siebenjährigen Krieg *die sicherste Konstante des europäischen Friedens*. Als solche hat sie Bismarck im ersten Jahrzehnt seiner Kanzlerschaft angesehen und behandelt. Erst gegen Ende der siebziger Jahre wurde er an der unbedingten Sicherheit dieses Fundamentes seiner Politik irre. Gleichwohl gelang es ihm, durch eine Umstellung der politischen Achse von Petersburg nach Wien nicht nur die deutsch-russischen Beziehungen in die alten Bahnen zurückzulenken, sondern auch dem etwas obsolet gewordenen Drei-Kaiser-Abkommen von 1873 eine feste vertragsmäßige Form im Drei-Kaiser-Bündnis von 1881 zu geben und nach Ablauf desselben die russisch-österreichischen Spannungen bis ans Ende seiner Kanzlerschaft zu überwinden.

Die russische Regierung.

Für die deutsche Politik war Rußland — der Zar. Bismarck hatte es in dem ersten Jahrzehnt seiner Kanzlerschaft mit Alexander II., im zweiten mit Alexander III. zu tun. Bei beiden wurde ihr vorherrschend monarchisch bestimmtes friedliches Interesse irregeleitet durch die Rücksicht auf die von der Presse chauvinistisch beeinflußte öffentliche Meinung. Alexander II. war wider seinen Willen durch die panslawistische Propaganda in den Russisch-Türkischen Krieg hineingetrieben worden. Alexander III., obwohl autokratischer gestimmt als sein Vater, hat sich schließlich unter die Moskauer Federhelden gebeugt.

Die deutsche Politik hatte es immer nur mit einem Rußland zu tun, das in seinen Entschlüssen durch nichts anderes als den Willen des Kaisers bestimmt war. Lediglich die Launen der Zaren bildeten ein unsicheres Element, das bei dem politischen Verkehr schwer zu behandeln war. Über den psychischen Einfluß des autokratischen Systems auf den Charakter der Zaren sprach sich ein russischer General gelegentlich gegen Bernhard von Bülow, als er Legationsrat bei der Botschaft in Petersburg war, aus (Brief vom 15. November 1886, Nr. 990). Der Russe kam auf die „excentricité“ zu sprechen, die sich infolge unumschränkter Machtfülle bei allen Zaren nach einiger Regierungszeit einzustellen pflegte. „Kaiser Paul“, sagte der General, „sei ‚un maniaque‘ geworden, Alexander I. ‚un mystique‘, Kaiser Nikolaus habe sich für ‚un demi dieu‘ gehalten, Kaiser Alexander II. sei schließlich ‚un névropathe‘ gewesen; bei dem jetzt regierenden Kaiser äußerte sich diese Krankheit als eine jedes Maß übersteigende Gleichgültigkeit. ‚Il croit pouvoir se ficher de tout.‘ Zu dieser Gleichgültigkeit — die seine qualité maitresse ist —, welche bewirkt, daß er alles auf die lange Bank schiebt, hierdurch vieles

Digitized by Google

verfährt und sich die Ereignisse über den Kopf wachsen oder sich von ihnen überraschen läßt, die ihn gleichgültig macht für Rat und Warnung, rücksichtslos, unverbindlich — gesellt sich noch außer angeborenem Jähzorn allmählich angenommene Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit. Letztere wird genährt von Katkow und Pobedonoszew: Katkow (der Herausgeber der ‚Moskauer Zeitung') redet dem Zaren ein, daß kein russischer Herrscher je so stark, weise und von der ‚russischen Volksseele' geliebt war als Alexander III. Giers sagte mir seufzend: ‚ce que c'est que l'homme! entre nous, l'empereur n'a jamais compris le premier mot à la question afghane. Malgré cela, grâce aux flagorneries de Katkow, il est convaincu, que c'est lui seul qui l'a résolue'. Pobedonoszew (der Prokurator des Heiligen Synod) setzt Seiner Majestät auseinander, daß Gott in der orthodoxen Kirche wohne, der bestellte Lenker dieser Kirche der Zar sei und also Seine Majestät der Repräsentant Gottes auf Erden, direkt von Gott inspiriert und unfehlbar. Um das Bild zu vervollständigen, müssen Sie dazu halten, daß Alexander III. dabei doch ‚bon père et bon époux' ist, ‚très simple et très bon enfant'."

Trotz der Autokratie gab es mehr als eine Regierung in Petersburg. Wie oft klagte Herr von Giers, daß seine Kollegen im Ministerium gegen ihn arbeiteten und ohne Wissen des Zaren sich zu Werkzeugen der panslawistischen Partei machten, ja sogar mit antimonarchischen Tendenzen buhlten. Es gehörte zu den regelmäßigen Pflichten der deutschen Botschafter, an amtlicher Stelle auf die gegen Deutschland gehässige und verleumderische Sprache offizieller Preßorgane aufmerksam zu machen und die unerfreulichen Folgen zu erörtern, die die ununterbrochene Hetzerei für die Beziehungen der amtlich befreundeten Regierungen haben müßten. Wurden solche Beschwerden beim Zaren anhängig gemacht, so pflegte er zu erwidern: ‚Was die Zeitungen sagen, hat gar keine Bedeutung.' Er nahm es sogar übel, wenn die deutsche Presse der russischen Beachtung schenkte und wollte nicht begreifen, daß es aus dem Walde herausruft, wie man in ihn hineinschreit. Nur selten verstand er sich dazu, der Presse einen Dämpfer aufsetzen zu lassen. Die Wirkung blieb nicht aus, aber oft schon nach Tagen war die Presse wieder im alten Fahrwasser. Als Bülow gelegentlich diese Zustände gegenüber dem Generaladjutanten Tscherewin, der dem Zaren persönlich nahestand, zur Sprache brachte, erwiderte dieser (Bericht vom 10. August 1886, Nr. 980): „Dieser Zustand unserer Presse hat drei Gründe, über die ich als Generaladjutant nicht wohl sprechen kann, aber à titre d'ami et confidentiellement. Zunächst haben wir keine Regierung, weil wir keinen Ministerpräsidenten haben. Wenn Bunge (Finanzminister) insultiert wird, so lachen sich Ostrowski (Domänenminister) und Manassein (Justizminister) ins Fäustchen; wenn gegen Giers losgezogen wird, so zuckt Tolstoi (Minister des Innern) die Achseln. Unsere Regierung gleicht einem Wagen, an dem hinten und vorne Pferde angespannt sind, die nach verschiedenen Richtungen ziehen. Seit Jahren sage ich das dem Kaiser, aber er kann sich nicht entschließen, mit dem Kollegialsystem im Ministerium zu brechen; er beruft sich darauf, daß auch sein Vater und sein Großvater von einem Premierminister nichts wissen wollten; er vergißt, daß wir in schwierigeren Zeiten leben, die eine einheitliche und feste Leitung der Geschäfte unbedingt notwendig machen. Demnächst ist der Kaiser Alexander sehr indifferent. Il a une indifférence sereine qui dépasse toute idée ... Endlich wissen Sie, wie manche unzufriedene Elemente es bei uns gibt. Viele glauben, es sei besser, daß diese Unzufriedenen sich gegen das Ausland echauffieren als über innere Fragen." Bülow fährt fort: „Ich erlaubte mir, dem General Tscherewin zu sagen, daß die Idee, es sei vorteilhafter, wenn die Presse zum Kriege hetze, als wenn sie Reformen verlange, an den Mann in der französischen Fabel erinnere, der sich aus Angst vor dem Regen ins Wasser stürzte."

Es war das System des Ministers des Innern, Grafen Tolstoi, der Presse, zu Ehren des „echt russischen Gedankens", den freiesten Spielraum zu gewähren und sie dagegen in allen Fragen der inneren Politik zu knebeln. „Wenn man den Zeitungen nicht erlaubt, innere Verhältnisse zu besprechen, so muß man ihnen etwas Latitüde nach außen lassen; sie haben sonst ihren Lesern gar zu wenig zu bieten."

Auch Herr von Giers pflegte Klagelieder über das Gegeneinanderregieren der Ministerien und über die Preßzustände anzustimmen. „Das Absurde unserer Zustände", äußerte er gegenüber Bülow (Bericht vom 31. Juli 1886, Nr. 977), „liegt darin, daß wir auf der einen Seite eine absolute Regierungsgewalt, auf der anderen eine zügellose Presse haben. Es ist

Digitized by Google

das einer von den Widersprüchen, wie man sie nur in Rußland findet. Die Folge ist, daß man im Auslande die russische Regierung verantwortlich macht für die Exzentrizitäten der unreifsten Publizistik, welche es in Europa gibt. Es vergeht kein Tag, wo ich mich nicht in fast allen russischen Zeitungen angegriffen sehe; außer mir ist es noch der Finanzminister Bunge, über den hergezogen wird. Die beiden Herren, gegen die nie ein Wort des Tadels fällt, sind Graf Tolstoi und Pobedonoszew, weil diese für Favoriten des Kaisers gelten, an die man sich nicht heranwagt." Der Minister fuhr fort: „Ich sage Ihnen dies im engsten Vertrauen. Wenn Graf Tolstoi auch nicht gerade die Presse gegen mich hetzt, so tun seine Untergebenen jedenfalls nichts, um die Presse vom Vorgehen gegen mich abzuhalten. Graf Tolstoi ist eitel; es schmeichelt ihm, der öffentlichen Meinung im Gegensatze zu mir als Vertreter echt russischer Gesinnung zu gelten. Ich habe öfters versucht, den Kaiser von den Gefahren dieser Preßzustände zu überzeugen. Ich kann nicht sagen, daß ich damit Erfolg gehabt habe."

Herr von Giers, der Nachfolger des Fürsten Gortschakow, war keine imponierende Persönlichkeit, aber eine besonnene und zuverlässige Natur. Er spielte als Halbrusse in der Petersburger Gesellschaft keine Rolle und wurde von den Großfürsten und dem russischen Geburtsadel über die Achsel angesehen. Fürst Lobanow sagte einmal von ihm: er hätte niemals über die Konsulatskarriere hinauskommen sollen. Gleichwohl besaß Herr von Giers das unbeirrbare Vertrauen des Zaren und stach mit seinem nüchternen Urteil selbst den glänzenden Grafen Paul Schuwalow aus. Die Hochschätzung, die Herr von Giers beim Fürsten Bismarck genoß, gereichte ihm beim Zaren zur Empfehlung. Vielleicht war Fürst Bismarck der einzige Mensch, der Alexander III. imponierte. Aus einer Unterredung mit dem Fürsten Kantakuzen, dem Schwiegersohn des Fürsten Gortschakow, berichtet Herr von Schweinitz an den Reichskanzler (5. Februar 1884, Nr. 624): „Es sei höchst bemerkenswert (so äußerte Fürst Kantakuzen), welch einen unerschütterlichen Glauben in das Wort Ew. Durchlaucht der Kaiser habe; es gelte ihm mehr als die Versicherungen aller anderen Politiker zusammengenommen. Die Stärke der Stellung des Herrn von Giers beruhe zum großen Teil auf der Überzeugung, daß Ew. Durchlaucht diesem Minister Vertrauen beweise, und daß Seine Majestät sicher sei, durch ihn Ew. Durchlaucht Äußerungen authentisch zu erfahren." Das Vertrauen des Zaren in den Fürsten Bismarck hatte nur eine Grenze. Alexander III. war von der Überlegenheit Bismarcks über seine eigenen und alle europäischen Staatsmänner so überzeugt, daß er glaubte, immer vor ihm auf der Hut sein zu müssen, um nicht den kürzeren zu ziehen.

Zarenpolitik.

Was war das Kampfziel der zaristischen Politik? Wie die Franzosen ihren Blick von dem „trou des Vosges" nicht abzuwenden vermochten, so starrten die Russen auf das Meerengenloch. Die Fixierung des Blickes auf einen einzigen Punkt pflegt hypnotische Zustände hervorzurufen, mit denen die Zwangsläufigkeit „überwertiger" politischer Ideen eine große Ähnlichkeit hat. So oft der russische Expansionstrieb durch mittel- oder ostasiatische Eroberungsziele von seiner vornehmsten Richtung auf die Meerengen abgelenkt wurde, immer wieder kehrte er zu seiner ersten Einstellung zurück. Das Kreuz auf der Hagia Sophia blieb das Symbol für die Weltherrschaftsträume der russischen Chauvinisten und für die Herrschaftsansprüche der orthodoxen Kirche über alle Kirchen orientalischer Bekenntnisse. Das Dokument, das diesen östlichen Imperialismus begründete, das gefälschte Testament Peters des Großen, wirkte wie eine Prophetie. Die sogenannte „historische Mission Rußlands" hatte für das russische Volk die Bedeutung einer messianischen Verheißung, an die zu glauben religiöse Pflicht war. Jeder Eroberungskrieg, er mochte von den herrschenden Klassen durch noch so materielle Interessen eingefädelt oder durch den Ehrgeiz russischer Generäle provoziert sein, wurde von dem Gemüt des Volkes mit der Weihe eines „heiligen Krieges" umkleidet. Die russischen Enthusiasten brauchten nur diese Note anzuschlagen, und sie waren ihres Erfolges bei den Massen ebenso sicher, wie die französischen Chauvinisten, wenn sie die „sainte guerre de la revanche" predigten. Religion und Politik hatten nur eine Seele. Als der Zar auf dem Rückweg von der Taufe zweier Panzerschiffe in Sebastopol durch Moskau reiste, wurde er von dem Bürgermeister der Stadt mit den Worten begrüßt: „Unsere Hoffnung beflügelt und unser Glaube befestigt sich, daß das christliche Kreuz auf der heiligen Sophia erglänzen werde."

Für die Zaren standen naturgemäß russische Machtinteressen im Vordergrunde. Die Herrschaft über die Meerengen war die fixe Idee ihrer Politik. „Kaiser Alexander", äußerte Graf

Digitized by Google

Peter Schuwalow in Berlin (5. August 1886, Nr. 978), „hat nur einen Gedanken, auf welchen er unverrückt lossteuert, dieser ist: die Schließung des Schwarzen Meeres. Dies betrachtet er als seine Lebensaufgabe. Hieraus erklärt sich der Eifer, welchen der Zar für die Ausbildung der Flotte zeigt, und die Freigebigkeit, die er im Gegensatz zu sonstiger Sparsamkeit mit Ordensauszeichnungen für Verdienste um die Marine übt." Im gleichen Sinne schreibt Herr von Schweinitz (Bericht vom 9. November 1886, Nr. 1206): „Alexander III., dem es nicht an der normalen Begabung einer kräftigen Natur fehlt..., ist nicht reich an Ideen, aber er hält fest an denen, welche er sich zu eigen gemacht hat... Dies gilt auch von der prädominierenden Idee des Kaisers, nämlich von seinem tiefgewurzelten Wunsche, die Meerengen zu beherrschen. Er glaubt jetzt infolge bekannter Eröffnungen, daß wir ihn in dieser Bestrebung unterstützen werden, und daß Deutschland die einzige Macht in Europa ist, die ihm dabei helfen will und kann. In dem Bewußtsein, in diesem Wunsche mit dem dunklen Drange seines Volkes, mit der traditionellen Politik und mit den Tendenzen wie auch mit den Interessen der russischen Gesellschaft in Übereinstimmung zu sein, hält Alexander III. dieses Ziel fest im Auge. Ohne Verständnis für Nuancen... macht Seine Majestät vielleicht nicht die Unterscheidung, welche in der Meerengenfrage so wichtig ist, nämlich ob er den Schlüssel oder nur einen Riegel will. Maßvolle russische Politiker würden sich nämlich damit begnügen, den Bosporus für fremde Kriegsschiffe materiell sperren zu können, ohne freie Ausfahrt durch die Dardanellen für die eigene Kriegsflotte zu fordern und zu sichern. Für ersteres würde vielleicht Frankreichs Zustimmung zu erreichen sein, für letzteres aber nicht, wenigstens solange nicht, als diese Mittelmeermacht nicht die ganze Staatsraison der Revanche unterordnet."

Der Staatssekretär, Graf Herbert Bismarck, antwortet darauf unter dem 16. November 1886 (Nr. 1207): „In der Meerengenfrage will der Kaiser Alexander natürlich nicht nur einen Riegel, sondern den Schlüssel haben; und ich halte es nicht für praktisch, ihm zu verhehlen, daß wir vollkommen bereit sind, seine Besitzergreifung dieses Schlüssels zuzulassen. Wenn wir dem Kaiser den Korb hoch hängen und ihn über unsere Stellung in der Meerengenfrage in Zweifel lassen, so möchte er mißtrauisch werden, da er ganz gut weiß, daß die deutschen Interessen hierbei nicht auf dem Spiele stehen... Wir würden nicht gut tun, letzteres zu verschweigen, und ich habe sogar dem englischen Botschafter schon gesagt, nicht nur Bulgarien, sondern auch Konstantinopel wäre uns vollkommen gleichgültig."

Die Meerengen.

Ein Jahrhundert lang war die Meerengenfrage das Kreuz der russischen Diplomatie. Durch eine Reihe von internationalen Verträgen waren unter dem Druck Englands die Chancen Rußlands, in den Besitz des „Schlüssels zu seinem Hause" zu gelangen, von einem Jahrzehnt zum anderen verschlechtert worden. Die ideale Lösung des Dardanellenproblems war von Rußland bereits im Jahre 1833 durch den Vertrag von Hunkiar-Iskelessi erreicht worden. Als Lohn für die Dienste, die Rußland der Türkei in dem siegreichen Feldzug gegen Mehemed Ali von Ägypten leistete, hatte die Pforte in diesem Vertrage sich verpflichtet, die Dardanellen für Kriegsschiffe aller Nationen zu verschließen, ohne daß russische Kriegsschiffe an der Ausfahrt behindert waren. Damals hatte Rußland seinen Hausschlüssel in der Tasche. Das Abkommen, das ausschließlich Rußland zum Vorteil gereichte, wurde zu seinem Schaden im Londoner Vertrag von 1841 dahin abgeändert, daß das Prinzip des Meerengenverschlusses, das zuvor nur die Einfahrt ins Schwarze Meer betraf, auf die Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer ausgedehnt wurde. Der Pariser Vertrag von 1856 bestätigte dieses Prinzip mit der Einschränkung, daß leichten Schiffen, die als Stationäre für die Donaumündungen und für die Botschaften in Konstantinopel dienten, die Einfahrt gestattet wurde. Zugleich wurde in Paris dem im Krimkriege unterlegenen Rußland von den Siegermächten eine Fessel angelegt, die die natürlichen Souveränitätsrechte Rußlands in beschämender Weise verletzte. Rußland wurde untersagt, im Schwarzen Meere eine Kriegsflotte zu halten. Die „Neutralisierung" eines Meeres, das für Rußland ein „mare nostro" war, erfolgte ausschließlich im Interesse Englands. Es wollte verhindern, daß sein großer Rivale das Schwarze Meer zu einem Ausfallhafen gegen den Seeweg nach Indien machte. Im Jahre 1870 benutzte Alexander II. die gespannte Lage Europas, um sich der Fessel des Pariser Vertrages zu entledigen. Durch einseitige Erklärung hob die russische Regierung

Digitized by Google

am 31. Oktober 1870 die ihm durch den Pariser Vertrag auferlegte Neutralisierung des Schwarzen Meeres auf, nachdem es sich vorher des Einverständnisses Deutschlands — als Lohn für die wohlwollende Neutralität Rußlands im siebziger Kriege — versichert hatte. Zugleich aber erklärte es sich bereit, seine Entschließung durch eine europäische Konferenz völkerrechtlich legalisieren zu lassen. Nach einer Aufzeichnung vom 21. November 1870 (Nr. 222) motivierte Bismarck in einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Odo Russell seine Zustimmung zu dem russischen Schritt mit folgenden Gründen: „Der Vertrag von 1856 in seinen Artikeln 11 und 13 enthält Bestimmungen, wie sie meines Erachtens große Nationen einander gegenseitig nicht auferlegen sollten. Für das nationale Gefühl sind Landabtretungen unter Umständen leichter zu tragen als die Unterwerfung der Souveränität eines Landes innerhalb seiner eigenen Grenzen unter fremde Kontrolle; beispielsweise Stipulationen, daß feste Plätze geschleift, und die Berechtigung, in deren Umgebung zu bauen, von fremder Kontrolle abhängig gemacht werden soll, sind stets mit Verletzung des Nationalgefühls des kontrollierten Landes verbunden. Ebenso war die Konstituierung eines Rechtes der Beschränkung und Überwachung der russischen Flagge auf einem Meere, welches die russischen Küsten bespült, ja innerhalb ihrer Küsten selbst (Artikel 13), meines Erachtens eine Stipulation, welche man praktischerweise einem großen europäischen Reiche nicht hätte auferlegen sollen, und von der schon Lord Palmerston gesagt hat, sie werde sich nicht 10 Jahre halten." Von allen Signatarmächten des Pariser Vertrages lehnte nur England die russische Aufkündigung als unzulässig ab. In Frankreich erweckte der russische Schritt die Hoffnung, daß eine dadurch hervorgerufene europäische Verwicklung sein Rettungsanker werden könne. Es gelang den diplomatischen Bemühungen des Fürsten Bismarck, noch während des Krieges die Londoner Pontuskonferenz zustande zu bringen, die die Gefahr eines englisch-russischen Krieges beseitigte. Der Pontusvertrag vom 13. März 1871 hob im Artikel 1 die auf die Neutralisierung des Schwarzen Meeres bezüglichen Artikel des Pariser Vertrages auf, bestätigte aber im Artikel 2 das Prinzip der Schließung der Meeresstraßen mit einer Abänderung, der man ihre Gefährlichkeit nicht sogleich ansah. Der Artikel räumte nämlich dem Sultan das Recht ein, in Friedenszeiten Kriegsschiffen befreundeter und alliierter Mächte die Meeresstraßen zu öffnen, „im Falle es die Hohe Pforte für notwendig erachten würde, um die Ausführung der Stipulationen des Pariser Vertrages zu sichern." Der Pferdefuß dieser Klausel kam erst auf dem Berliner Kongreß zum Vorschein. England ließ nämlich bei den Verhandlungen eine Deklaration Lord Salisburys in das Protokoll aufnehmen, wonach sich „seine Verpflichtungen hinsichtlich der Schließung der Dardanellen auf ein Engagement gegenüber dem Sultan, die darauf bezüglichen unabhängigen Entschließungen Seiner Majestät zu respektieren, beschränkten." (Nr. 528, Fußnote.) Damit lehnte England den wechselseitig verpflichtenden Charakter der Verträge von 1841 und 1856, der alle Mächte zu Garanten des Prinzips der Meerengenschließung machte, ab und erklärte sich nur gegenüber der Türkei für gebunden. Es hielt sich dadurch die Möglichkeit offen, den Willen des Sultans nicht zu respektieren, falls er die Meerengen etwa auf russisches Verlangen schließen würde, weil dann seine Entschließungen nicht unabhängig seien. Unbemerkt hatte England den russischen Hausschlüssel in die Tasche des Sultans versenkt, in die es beliebig glaubte hineingreifen zu können. Obwohl die übrigen Mächte die russische Auffassung von der gemeinsamen Garantie der Mächte teilten, protestierte gleichwohl keine derselben gegen eine Auslegung, die das Prinzip der Schließung völlig illusorisch machte, und dem Vertragsrechte das Recht des Stärkeren substituierte. Rußland allein stellte in einer Gegenerklärung des Grafen Schuwalow fest, daß es an dem gegenseitig verpflichtenden Charakter der Bestimmungen von 1841, 1856 und 1871 festhalte (Nr. 528). Bei Gelegenheit der Vorverhandlungen über das Drei-Kaiser-Bündnis von 1881 charakterisierte der russische Botschafter von Saburow (Nr. 517, 5. Februar 1880) die ungünstige Lage Rußlands seit dem Berliner Vertrage mit den folgenden Worten: „England behielt sich fortan vor, in die Meerengen einzufahren, wann es ihm gut scheinen würde... So haben die aufeinanderfolgenden Abmachungen über die Meerengen von 1833 bis 1878 damit geendet, die Garantien, die seit dem Vertrag von Hunkiar-Iskelessi das Prinzip der Schließung sicherstellten, auf null zu reduzieren."

Digitized by Google

Wie gerechtfertigt die russische Auffassung war, daß es übervorteilt worden sei, bewies nicht nur die Einfahrt der englischen Flotte am 13. Februar 1878 in das Marmarameer, die im Widerspruch mit den Verträgen ohne Ferman des Sultans erfolgte, sondern mehr noch der englische Plan des Jahres 1885, die Durchfahrt durch die Meerengen bei der Pforte zu erzwingen und den Afghanischen Krieg mit Rußland vom Schwarzen Meer aus im Kaukasus auszukämpfen. (Vgl. den Bericht über den Operationsplan der englischen Heeresleitung für den Fall eines Krieges mit Rußland unter Annahme einer Kooperation der Türkei. 16. Juli 1885, Nr. 778.) Bismarck allein hat in beiden Fällen den Ausbruch eines englisch-russischen Krieges verhindert, 1878 als er den Berliner Kongreß zustande brachte, 1885 dadurch, daß er im Verein mit Rußland und Österreich einen Druck auf den Sultan ausübte und ihn ermutigte, die Durchfahrt der englischen Flotte im voraus zu verweigern.

Im Jahre 1905 kehrte sich das Prinzip der Schließung der Meerengen gegen Rußland selbst. Im Japanischen Kriege war es verhindert, seine im Schwarzen Meer eingesperrte Kriegsflotte in Ostasien einzusetzen. Durch diese Erfahrung belehrt, war Rußland entschlossen, alles daranzusetzen, um die ideale Lösung der Meerengenfrage, wie sie bereits im Vertrag von Hunkiar-Iskelessi bestanden hatte, wiederherzustellen: Verbot der Einfahrt fremder Kriegsschiffe ins Schwarze Meer, Recht der Durchfahrt russischer Schiffe ins Mittelmeer. Bismarck hatte diese Wendung der russischen Politik bereits in seinen „Gedanken und Erinnerungen" vorhergesehen: „Wenn Rußland sich für ausreichend gerüstet halten wird, wozu eine angemessene Stärke der Flotte im Schwarzen Meer gehört, so wird, denke ich mir, das Petersburger Kabinett, ähnlich wie es in dem Vertrage von Hunkiar-Iskelessi verfahren, dem Sultan anbieten, ihm seine Stellung in Konstantinopel und den ihm verbliebenen Provinzen zu garantieren, wenn er Rußland den Schlüssel zum russischen Hause, d. h. zum Schwarzen Meere, in der Gestalt eines russischen Verschlusses des Bosporus gewährt." So geschah es auch im Jahre 1911, als der russische Botschafter Tscharykow am 6. Dezember der Pforte einen förmlichen russisch-türkischen Vertragsentwurf vorlegte, wonach Rußland der Türkei seinen Beistand zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die Dardanellen und die angrenzenden Territorien leihen wolle, wenn ihm die Pforte die Ausführung erleichtern und sich verpflichten wolle, sich der Passage russischer Kriegsschiffe unter gewissen Bedingungen nicht zu widersetzen. Getreu dem Bismarckschen Grundsatz, Rußland in der Meerengenfrage freie Hand zu lassen, antwortete damals Herr von Kiderlen auf eine vertrauliche Anfrage aus Petersburg vom November 1911, „*daß es unserer ganzen bisherigen Politik entsprechen würde, Rußland in dieser Sache keine Schwierigkeiten zu machen*". Der Ausbruch der Balkankriege brachte es mit sich, daß Rußland diesen Weg, auf dem es sicherlich dem Widerstand Englands begegnet sein würde, nicht weiter verfolgte. Zuletzt versuchte dann Rußland das Meerengenproblem bei den Hörnern zu fassen und dem *Bundesgenossen* England abzugewinnen, was ihm der *Rivale* niemals zugestanden hätte. Doch auch diese Rechnung schlug fehl. Der Weltkrieg brachte ihm nicht den begehrten Kampfpreis der Herrschaft über die Meerengen. Als es ans Verteilen der Beute ging, glitt der Schlüssel der russischen Haustür in die Tasche Englands.

Russische Expansion.

Die Meerengen waren nur die Schlüsselstellung für die russische Expansion. Ein Jahrhundert lang bis zum Weltkriege oszillierte die Angriffsspitze Rußlands an seiner gesamten Landgrenze gegen Asien und Europa hin und her. Nach der europäischen Seite läßt sich seit 1870 das ruckweise Vorrücken des Zeigers der strategischen Uhr vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee verfolgen. Mit dem Pontusvertrage 1871 hatte Rußland die Fessel der Neutralisierung des Schwarzen Meeres abgeworfen. 1877 stand es vor Konstantinopel. Mit dem Vertrage von San Stefano wollte es die Hand auf den ganzen Balkan legen. Das geplante Groß-Bulgarien sollte Mazedonien einschließen und der russischen Satrapie den Zugang zum Ägäischen Meere öffnen. England trat dazwischen. Im Berliner Vertrage wurde Bulgarien auf den Ostbalkan beschränkt und hinter den Balkan zurückgeworfen. Die Vorwärtsbewegung nach dem Westbalkan, wo Rußland in Montenegro schon eine feste Position besaß, wurde nur verlangsamt, aber nicht verhindert. In den kritischen Jahren 1885—87, in denen sich Bulgarien erst unter dem Battenberger, dann unter dem Koburger von Rußland emanzipierte, tauschten Rußland und Österreich ihre Interessensphären. Rußland setzte sich, wie es Bismarck warnend den Österreichern vorhergesagt hatte, in Serbien fest und verstärkte

Digitized by Google

in dem Maße als ihm der Ostbalkan entgleiten wollte, seine diplomatische Position in Belgrad. Das langjährige Bemühen Bismarcks, eine Demarkationslinie zwischen einem russischen Ostbalkan und einem österreichischen Westbalkan zu ziehen und so dem Interessenkonflikt der Deutschland verbündeten Mächte vorzubeugen, wurde durch den Widerstand beider Mächte gegen die vernünftigste aller Lösungen vereitelt. In drei Verträgen, Reichstadt 1876, Drei-Kaiser-Abkommen 1881/84 und Petersburger Abkommen 1897, hat Rußland die ehemals türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina Österreich zur Okkupation bezw. Annexion überlassen. Doch alle Versprechungen waren vergessen, als sich die großserbische Idee in den Dienst der panslawistischen Expansion stellte. Während der Sandschak-Krise und der bosnischen Krise 1908/9 rückte der Zeiger der russischen Angriffsspitze auf österreichisch-ungarisches Gebiet vor. Den nächsten Ruck tat er während der Balkankriege 1912/13. Der Balkanbund unter russischem Patronat setzte sich Ziele, die die Zertrümmerung der Doppelmonarchie zur Voraussetzung hatten. Die Lösung der bosnischen Krise hatte die Solidarität von Österreich und Deutschland offenbar gemacht. Es war nur die logische Konsequenz, daß Deutschland in das Schicksal Österreichs hineingerissen wurde. Das längst dafür ausgegebene Stichwort lautete: der Weg nach Konstantinopel führt durch das Brandenburger Tor. Der Zeiger des russischen Angriffswillens stand in der Richtung auf Berlin fest. Das Gewicht aber, das den Zeiger ruckweise vorwärts getrieben hatte, war der Panslawismus.

„Wenn nur Österreich nicht wäre."

Für die russische Politik bestand immer die doppelte Möglichkeit, entweder Österreich gegen Deutschland oder Deutschland gegen Österreich auszuspielen. Da beides für Deutschland gleich unerwünscht war, sah Bismarck im Drei-Kaiser-Bündnis den einzigen Weg, um einerseits die Kaunitzsche Koalition (Rußland—Österreich—Frankreich) zu verhindern, anderseits Österreich-Ungarn als Großmacht zu erhalten. In Rußland selbst wog sich lange Zeit die antiösterreichische und die antideutsche Tendenz auf, da sie in verschiedenen Lagern herrschten. Die Zaren waren stark gegen Österreich eingenommen; bei der Panslawistenpartei überwog der Haß gegen Deutschland. Beide Tendenzen flossen endlich zusammen und schufen einen künstlichen Deutschenhaß, der zwischen den beiden deutschen Monarchien keinen Unterschied mehr machte.

Am Zarenhofe war die Antipathie gegen Österreich ebenso erblich gewesen wie die Sympathie für Preußen und Deutschland. Das undankbare Verhalten Österreichs während des Krimkrieges ist der Wiener Politik, trotz der persönlichen Hochachtung der Zaren für Kaiser Franz Joseph, niemals verziehen worden. Trotz des Fortbestehens des Dreikaiser-Abkommens von 1873 hat Alexander II. vor dem Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges ernstlich daran gedacht, einen Krieg gegen Österreich vom Zaune zu brechen.

Als Alexander II. und noch dazu in der formlosesten Weise durch den deutschen Militärbevollmächtigten Generalleutnant von Werder, der sich damals im Hoflager zu Livadia befand, anfragen ließ, wie sich Deutschland im Falle eines „Krieges gegen Österreich" verhalten würde, erregte er bei Fürst Bismarck und Kaiser Wilhelm I. das größte Befremden. Auf das berüchtigte Telegramm Werders aus Livadia vom 1. Oktober 1876 (Nr. 239) erwiderte Bismarck in einem Erlaß an den Staatssekretär von Bülow (Nr. 240): „Von Werder ist es doch fast schlimmer als ungeschickt, daß er sich als russisches Werkzeug dazu hergibt, um von uns eine unbequeme und unzeitige Erklärung erpressen zu helfen. Zum erstenmal wird in seinem Telegramm vom Kriege ‚gegen Österreich' gesprochen, während man bisher noch das Drei-Kaiser-Bündnis formell salvieren und Neutralität zunächst nur im Kriege gegen Türken zu meinen behaupten konnte. Uns jetzt schon die verfängliche Frage wegen ‚Österreich' mit Ja oder Nein stellen zu wollen, ist eine Gortschakowsche Falle. Antworten wir mit ‚Nein', so hetzt er bei Kaiser Alexander, antworten wir mit ‚Ja', so benutzt er es in Wien. Hilft Werder bewußt oder unbewußt dabei, sie uns zu stellen? Es muß ihm verboten werden, sich zu Fragestellungen gegen seine eigene Regierung herzugeben... Es würde tunlich sein, die Antwort auf eine so indiskrete Frage mit der Wendung abzulehnen, daß wir nicht sicher wären, zu welchem Zwecke Fürst Gortschakow die Erklärung verlange und welchen Gebrauch er davon machen werde. Bezugnahme auf das Kaiserliche Schreiben nach Warschau[1]) ist alles, was man von uns erwarten kann, namentlich solange Österreich gar keinen Grund

[1]) Vom 2. September 1876 durch Feldmarschall Freiherr von Manteuffel überreicht (Nr. 230).

Digitized by Google

zu gerechter Beschwerde gibt und Rußland ihm selbst noch nicht einmal droht. Die Frage ist ebenso dreist wie unzeitig, intrigue cousue de fil blanc." Bekanntlich ließ Bismarck, wie er in seinen „Gedanken und Erinnerungen" erzählt, da er der Antwort nicht ausweichen konnte, durch Herrn von Schweinitz dem Zaren erklären: „Wir könnten zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde." Da Deutschland Österreich nicht opfern wollte, erkaufte Alexander II. durch den Pester Vertrag vom 15. Januar 1877 die österreichische Neutralität im türkischen Kriege um den Preis von Bosnien und Herzegowina. Nach dem Kriege stellte Bismarck durch den Berliner Friedensvertrag von 1878 und das Drei-Kaiser-Bündnis von 1881 einen leidlichen modus vivendi zwischen Rußland und Österreich her, obwohl Alexander III., der das schon zum Abschluß reife Bündnis wenige Tage nach der Ermordung seines Vaters genehmigte, nur um Deutschlands willen das Vertragsverhältnis mit Österreich mit in den Kauf genommen hatte. Seine Vorurteile gegen die Doppelmonarchie waren zu eingewurzelt, um jemals überwunden zu werden. „Das Mißtrauen, welches Kaiser Alexander gegen Österreich hegt", schreibt Herr von Schweinitz am 29. Juni 1884 (Nr. 638) an den Reichskanzler, „datiert von seiner frühesten Jugend her; damals hat man ihm gesagt, der Undank des Hauses Habsburg habe seinen Großvater (Nikolaus I.) zum Tod gekränkt; später ist ihm die Geschichte des Krimkrieges in demselben Sinne vorgetragen worden. Als er das Alter erreichte, in welchem man anfängt, für politische Fragen Interesse zu haben und dabei das Gefühl vorwalten zu lassen, da brachte der polnische Aufstand das russische Nationalbewußtsein zu schneller, leidenschaftlicher Entfaltung, und ähnlich wie früher unter den Türkenfreunden, so damals unter den Beschützern der Polen, waren die Österreicher den Russen die Verhaßtesten. Bald nachher starb der Zäsarewitsch (Großfürst Nikolaus) und Großfürst Alexander wurde Thronfolger; seine Erziehung war nicht darauf angelegt gewesen; Gouverneure und Gespielen hatten ihn in der Neigung für das ‚Rein-Russische' bestärkt; zu diesem gehört nächst dem Sichgehenlassen die Nichtachtung des Fremden. Die Professoren und Staatsmänner, welche dem plötzlich in den Vordergrund tretenden jungen Prinzen Vorträge hielten, gehörten der Miljutinschen und mehr noch Katkowschen Richtung an. Der türkische Krieg, der Berliner Kongreß und deren Folgen in den südslawischen Ländern waren nicht geeignet, die Gesinnungen, welche Alexander Alexandrowitsch gegen Österreich hegte, zu ändern."

Bei der Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses im Jahre 1884 machte Alexander III. aus seiner Abneigung gegen Österreich kein Hehl. In einer Audienz des deutschen Botschafters (Bericht vom 9. März 1884, Nr. 628) sprach sich der Zar über seine Auffassung des dreifachen Bundesverhältnisses offen aus. „Das Gespräch wurde", so berichtet Herr von Schweinitz, „mit der Bemerkung eröffnet, daß es ihm zur hohen Befriedigung gereiche, den geheimen Vertrag erneuert zu sehen; er erwarte davon großen Nutzen für ‚beide Staaten'; es sei sehr erfreulich, daß auf diese Weise die Beziehungen und die Ruhe ‚beider Staaten' gesichert seien. Ehe ich noch einwerfen konnte, daß es sich um drei Reiche handle, sagte Seine Majestät, von Österreich spreche er nicht, weil zwischen diesem und Rußland so viele divergierende Interessen beständen. Ich erlaubte mir zu bemerken, daß gerade in bezug auf Österreich und dessen jene Interessen berührende Politik der Vertrag besonders wertvoll sei. Statt diesen Gedanken aufzunehmen, sagte der Kaiser, er hoffe dringend, daß man das Geheimnis streng wahren werde; ‚Sie kennen Rußland zu genau, um nicht zu wissen, daß jede Abmachung mit Ihnen gern gesehen werden würde, daß aber das Bekanntwerden eines Abkommens mit Österreich große Unzufriedenheiten zur Folge haben müßte'."

Ganz anders urteilte Alexander III. über Deutschland. Noch im Dezember 1886, als die gespannten Beziehungen zu Österreich schon auf einen Krieg hinzutreiben schienen, sprach er gegenüber dem deutschen Botschafter von Schweinitz, wie dieser an Bismarck berichtet (Nr. 997), in der vertrauensvollsten Weise über den alten Kaiser und den Fürsten Bismarck: „Ich spreche Ihnen nochmals", sagte der Kaiser, „die innigsten Wünsche für das Wohl des Kaisers aus und die Hoffnung, daß er uns recht lange erhalten bleibe; er ist wirklich unser einziger Alliierter und Freund; von allen andern haben wir nur Feindschaft zu erwarten; ich meine dies nicht vom Kaiser Franz Joseph persönlich; ich achte ihn

Digitized by Google

hoch; er ist treu und zuverlässig; ich weiß dies, aber Rußland kann diesen Unterschied zwischen ihm und seiner Regierung nicht erkennen, und dies macht mich besorgt wegen Rußland. Ich werde gewiß den Frieden nicht stören; ich weiß, Kaiser Wilhelm wird alles tun, ihn zu erhalten; ich rechne auf ihn und auf den Fürsten Bismarck; ich habe das Vertrauen zu ihm; der Fürst will keinen Krieg, sein Interesse ist, denselben zu vermeiden; aber Österreich handelt wirklich schlecht gegen uns; was die Zeitungen gegen Deutschland schreiben, hat keine Bedeutung, das sind Dummheiten, und das wird sich ändern; aber, was sie gegen Österreich sagen, ist wirklich gerechtfertigt."

In der Zeit der Balkankrise erneuerten sich dann auch die russischen Zumutungen an Deutschland, die Doppelmonarchie für den Beuteanteil der deutsch-österreichischen Provinzen an Rußland preiszugeben, mit einer Ungeniertheit, die erkennen ließ, daß die radikalste aller Lösungen der östlichen Fragen die Rußland erwünschteste gewesen wäre. Die nächsten Ratgeber der Zaren äußerten sich hierüber am unverblümtesten.

Bei Pobedonoszew, dem Lehrer und politischen Mentor von Alexander III., war der Haß gegen Österreich noch durch seine Jesuitenfurcht verschärft. „Le joug de l'Autriche devient insupportable", sagte er in einem Gespräch mit Herrn von Schweinitz (Nr. 1137, 29. Dezember 1887), und schilderte in beweglichen Worten die Agitation der römisch-katholischen Geistlichen unter den galizischen Ruthenen, die mit Erfolg darauf hinarbeiteten, das russische Kreuz mit drei Querbalken durch das lateinische mit einem Querbalken zu verdrängen. Dabei stieß er einen Stoßseufzer aus: „Wenn nur dieses schreckliche Österreich nicht wäre." So oft Pobedonoszew auf die Donaumonarchie zu sprechen kam, war das „Austriam esse delendam" der Refrain der politischen Weisheit des heiligen Mannes.

Selbst ein so zuverlässiger Freund Deutschlands wie der russische Botschafter in Berlin, Graf Paul Schuwalow, leistete sich die unglaublichsten Ausfälle gegen Österreich, besonders wenn der Wein seine Zunge löste. Ein köstliches Bild von einem Gespräch mit dem Botschafter entwirft Graf Herbert Bismarck in einer Aufzeichnung vom 17. Oktober 1886 (Nr. 989): „Am gestrigen Tage hatte ich wieder eine lange zwanglose Unterredung mit dem Grafen Schuwalow, nachdem ich bei ihm gegessen hatte. Dieselbe verlief seinerseits um so ungebundener, als er zur Erhöhung seiner schon bei Tisch ziemlich animierten Stimmung eine Flasche Champagner nach der anderen in sein Kabinett kommen ließ, in welchem sich außer mir nur noch Graf Murawiew (der russische Botschaftsrat) befand. Es war höchst spaßhaft, zu beobachten, wie letzterem bei den Ausbrüchen seines Chefs immer ungemütlicher wurde. Er zuckte die Achseln, schlug mit unbeschreiblichem Ausdruck die Augen gen Himmel, rang die Hände unterm Tisch, und versuchte während einer Stunde seine wachsende Nervosität durch eiliges Hinunterstürzen beträchtlicher Massen des schäumenden Weines zu ertränken. Endlich verschwand er auf einen Augenblick, und unmittelbar darauf erschien die Botschafterin, um uns mit Vorwürfen über die leidige Politik zum Familienbakkarat abzuholen, welches einige Zimmer weiter in munterer Weise gespielt wurde. Nachdem ich Schuwalow jetzt zweimal längere Zeit gesprochen habe, muß ich meinen Eindruck dahin resumieren, daß er viel ‚kleiner' und nervöser geworden ist, als er im letzten Winter war. Sein Respekt sowie seine Furcht vor Katkow sind ins Unglaubliche gestiegen, und neben diesen Empfindungen beherrscht ihn nur noch eine maßlose Wut gegen Österreich. Die Ausbrüche letzterer wechselten nur, wie sich aus dem folgenden ergeben wird, mit gerührt und innig klingenden Apostrophen an mich, die Österreicher doch sitzen zu lassen und uns dauernd auf eine Allianz nur mit Rußland einzurichten." (Die Verlesung eines Berichtes über die letzte vertrauliche Unterredung mit dem Staatssekretär unterbrach hier die Unterhaltung.) Graf Bismarck fährt fort: „Der Botschafter, dem das Lesen wohl die Kehle getrocknet hatte, leerte darauf mehrere Champagnerschalen und fing dann an, über Österreich loszuziehen. ‚Was erwarten Sie von diesem unsicheren Freunde? Österreich wird Sie immer verraten, sobald es die Gelegenheit und den Mut dazu hat. Wenn Sie z. B. mit Frankreich in Krieg kommen, wird Österreich sicher stillsitzen; was haben Sie also von einem Alliierten, der Sie kraft Ihres unglücklichen Vertrages mit Ihnen nötigen kann, mit uns Krieg zu führen?' Graf Murawiew rückte hier sehr unruhig auf dem Stuhl, trat vielleicht auch seinen Botschafter unter dem Tisch. Letzterer unterbrach sich wenigstens, um ein neues Glas Sekt zu trinken. Ich warf nur lachend hin, daß, wenn Frankreich uns wirklich anfallen sollte, wir uns unserer Haut allein wehren

Digitized by Google

könnten; Graf Murawiew stimmte dem lebhaft zu. Während der Botschafter mit einem Schluckauf murmelte: ‚Vous aurez pourtant toujours besoin de notre amitié.' Er fuhr dann mit Passion fort: ‚La seule alliance saine et solide c'est celle entre nous deux, mois je déteste l'Autriche, je n'ai jamais pu me conformer à l'idée de l'alliance à trois; il faut absolument que nous fassions disparaître l'Autriche de la Carte de l'Europe. Vous prendrez ses provinces allemandes et rien ne pourra plus nous séparer politiquement; donc laissez nous chier sur l'Autriche.' Graf Murawiews Gebärdenspiel wurde immer komischer; ich hielt es notwendig, hier doch mit einigem Ernst die monarchischen Interessen der drei Kaiser zu betonen und auf die Gefährlichkeit der südslawischen Republikaner hinzuweisen. Außerdem wies ich die Bemerkungen wegen der deutsch-österreichischen Provinzen mit Entrüstung zurück"... „Das Gespräch ging unter fortgesetzten Libationen noch eine Weile in derselben Tonart in die Runde. Zum Schluß erklärte Graf Schuwalow noch, wir würden über alle Schwierigkeiten hinwegkommen, wenn der Kaiser Alexander sich nur zuweilen unter vier Augen mit dem Fürsten Bismarck unterhalten könne. Kein einziger russischer Staatsmann habe Ansehen oder Gewicht beim Zaren. Derselbe habe aber seinerseits das unbegrenzteste Vertrauen in die Einsicht und Zuverlässigkeit des Fürsten Bismarck."

Derselbe Ton gegen Österreich wurde aber auch im Auswärtigen Amt in Petersburg von den Mitarbeitern des Herrn von Giers angeschlagen. Baron Jomini machte dem deutschen Geschäftsträger Grafen von Pourtalès gegenüber (13. Juli 1888, Nr. 1344) ebensowenig wie Graf Schuwalow ein Hehl aus seiner Gesinnung gegenüber der Doppelmonarchie. „Wir würden uns ja auf das Beste verständigen können, wenn nur Österreich nicht wäre. ...‚Voyez vous, autrefois on disait, si l'Autriche n'existait pas, il faudrait l'inventer.' Zu der Zeit, da dieser Satz ausgesprochen wurde, seien die Rollen Europas anders verteilt gewesen als jetzt, ... heute, wo Österreich in Italien nichts mehr zu suchen habe, seien die Augen der habsburgischen Monarchie nach der Balkanhalbinsel hin gerichtet, und das könne Rußland auf die Dauer nicht zugeben. Im Gegensatz zu dem oben zitierten Satze müsse daher heute die Vernichtung Österreichs als eine politische Notwendigkeit bezeichnet werden." ... „Wenn Österreich fortfährt, in der bisherigen Weise aus unserer Reserve auf der Balkanhalbinsel für sich Vorteil zu ziehen, so wird das Maß der hier gegen diese Macht herrschenden Erbitterung bald voll werden und überlaufen. Das gegen Österreich angesammelte Gift ist derartig, daß ich einen russisch-österreichischen Konflikt schon heute für unvermeidlich halte. Et ce sera une guerre terrible, une lutte à mort."

Russisch-französische Annäherung.

Für den Zaren war Österreich die „bête noire", wie von Giers einmal sagte; für die Panslawisten war es Deutschland. Die Moskauer Scharfmacher hetzten mit einer derartig verbissenen Wut gegen Deutschland, daß sogar ihre Verachtung Österreichs dagegen zeitweilig verblaßte. Schon nach der Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Skiernewice hieß es in Moskauer slawophilen Kreisen gelegentlich der Versetzung des Fürsten Orlow nach Berlin: „La Russie oublie sa force; wir kokettieren nur mit Deutschland bis unsere polnischen Festungen fertig sind; das wird noch einige Jahre dauern, dann kann's losgehen" (Nr. 649). Von Moskau aus wurden dann auch die Fäden zur Patriotenliga in Paris gesponnen. Déroulède kam nach Rußland. Zwar ignorierte ihn das offizielle Petersburg, aber von hochstehenden russischen Beamten, wie dem Generalgouverneur Baranow und dem Vizegouverneur Nekljudow, wurde er im Sommer 1887 in Nischni-Nowgorod auf seiner zweiten russischen Agitationsreise mit schwungvollen Reden gefeiert. Auffallenderweise wurden gerade diese beiden Festredner samt dem Pressechef Feoktistow, der in der offiziösen Presse dem Deutschenhaß die Zügel hatte schießen lassen, am Namenstage des Zaren dekoriert. Der Widerstand des Herrn von Giers gegen die slawophile Richtung wurde immer ohnmächtiger; die panslawistischen Kreise agitierten immer ungenierter für ein französisches Bündnis. Der damalige Geschäftsträger in Petersburg, Bernhard von Bülow, sprach sich offen gegenüber dem Grafen Murawiew aus, daß die Dinge so nicht weitergehen könnten. „Das ganze französische Revanchegeschrei würde wertlos sein und deshalb bald verstummen, wenn es nicht durch die deutschfeindlichen Ausbrüche russischer Politiker und Zeitungen fortwährend genährt würde: es zieht seinen Lebensodem lediglich aus der Hoff-

Digitized by Google

nung auf russischen Beistand und würde ohne dieselbe keine raison d'être haben." „Das Nichteinschreiten gegen General Baranow", fügte Bülow hinzu, „war schon ein starkes Stück, daß aber derjenige russische Beamte, welcher Herrn Déroulède ganz besonders affichiert hat, am Kaiser-Namenstage ausgezeichnet wird, ist doch geradezu eine moralische Ohrfeige für uns" (21. September 1887, Nr. 1117).

Die Krise erreichte ihren Höhepunkt, als der „Russische Invalide", das Organ des Kriegsministeriums, eine wahrscheinlich von dem Generalstabschef Obrutschew redigierte amtliche Auslassung brachte, welche die russischen Rüstungen mit angeblichen Kriegsvorbereitungen Deutschlands und Österreichs motivierte und ihre Fortsetzung forderte. Selbst Herr von Saburow erklärte es für ein höchst bedenkliches Symptom, daß jetzt die russische Militärverwaltung statt des Ministeriums des Äußeren das Wort führe. „Herr von Giers hätte es nicht soweit kommen lassen dürfen. De cette manière nous aurons la guerre au printemps" (Nr. 1168). Die panslawistischen Organe aber schlugen eine besondere Taktik ein, um die erwachende Kriegsleidenschaft gegen Deutschland zu lenken. Sie schrieben von dem „armen ganz unschuldigen Österreich, das durch deutsche Tücke in den Krieg mit Rußland hineingehetzt werden solle, und drückten ihre Verwunderung darüber aus, daß das Haus Habsburg einerseits die Dienste Rußlands im Jahre 1848, anderseits Königgrätz vergessen habe".

Die Entspannung erfolgte Ende des Jahres, als der alte Kaiser in einem ebenso ernsten als herzlichen Neujahrsbrief an den Zaren die aus der Luft gegriffenen Behauptungen des „Russischen Invaliden" mit allen Details widerlegte und seiner unbedingten Friedensliebe Ausdruck gab (Nr. 1174). Der Zar antwortete im selben Sinne, vermochte aber auch weiterhin seinen Groll gegen Österreich nicht zu verhehlen. Noch Ende Januar 1888 (Nr. 1176) äußerte er gegenüber Herrn von Schweinitz: „Auf Österreich sei gar kein Verlaß, das beste sei, gar nicht mit ihm zu sprechen; der Kaiser Franz Joseph wolle keinen Krieg, aber Rußland müsse sich doch gegen einen österreichischen Angriff sichern; von uns, das wisse er, sei ein solcher nicht zu erwarten... Auf die Truppenstärke in den Grenzgebieten zurückkommend, sagte der Zar, es sei richtig, daß innerhalb der von unserm Generalstab gezogenen Linien die russischen Streitkräfte den unsrigen bedeutend überlegen seien, aber in wenigen Tagen könnten wir doppelt so stark sein, während Rußland auf diejenigen Truppen, welche schon an Ort und Stelle wären, beschränkt bliebe. Ich sagte, es sei nicht le nombre des troupes russes; c'est leur proximité de la frontière, welche auf die Bewohner der limitrophen Bezirke beunruhigend wirkten; in wenigen Stunden könne die russische Kavallerie in unserem Lande sein. ‚Ja', sagte der Kaiser, ‚wir müssen suchen, Ihre Mobilisierung zu hemmen'".

„Ich warf ein," fährt der Bericht des Botschafters fort, „es sei doch eigentlich ganz unglaublich, daß man so, wie es eben jetzt zwischen Seiner Majestät und mir geschehe, über die Eventualität eines Krieges sprechen könne, für welche kein Mensch einen vernünftigen Grund zu erfinden wisse; ein Krieg sei aber doch ein großes Unglück, freilich nicht das größte; die Revolution sei viel schlimmer; okkulte Kräfte trieben zum Kriege, um der Revolution zum Siege zu verhelfen; ein Niederwerfen Österreichs würde eine Menge slawischer und anderer, jedenfalls anarchistischer kleiner Republiken an Rußlands Grenze erstehen lassen und dergleichen mehr. Seine Majestät antwortete, Ew. Durchlaucht hätten das auch gesagt, und die Erhaltung des Kaiserstaates als im monarchischen Interesse für notwendig erklärt; das sei wohl möglich, aber dann solle diese Monarchie nicht überall Schwierigkeiten in Rußlands Weg legen." — „Recht interessant war mir," fügt Herr von Schweinitz hinzu, „daß Seine Majestät der Kaiser, als er über seine Beziehungen zu Frankreich sprach, offen aussprach, seine Regierung habe sich der französischen zu nähern gesucht; da habe Herr Flourens und besonders Präsident Grévy gesagt, sie könnten dazu nicht raten, denn niemand sei imstande vorherzusagen, mit wem Rußland sich engagiere; Herr Grévy habe während seiner Präsidentschaft über 300 Minister gehabt... In dieser Weise verlängerte sich das Gespräch. ‚Nun', sagte der Zar, ‚jetzt hat man sich glücklicherweise beruhigt, und für dieses Jahr werden wir also Frieden behalten.' Ich sagte, daß ich nicht einsehe, warum wir bloß für dieses Jahr und nicht überhaupt Frieden behalten sollten. An diese Möglichkeit schien Seine Majestät nicht recht zu glauben, so sehr es auch seinen Wünschen entsprechen möchte;

Digitized by Google

ich empfing, und dieses Mal noch stärker als in dem Gespräche beim St. Georgsfeste 1886, den Eindruck, daß der Kaiser Alexander sich in die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Österreich hineingefunden hat." Aber auch der Zar wußte, daß ein Angriff auf Österreich den Krieg mit Deutschland bedeute und Frankreich auf den Plan rufen würde.

Zarismus und Revolution.

Niemand hat die Gefahr, die dem Frieden Europas von einem slawophilen Zarismus und einer russischen Revolution drohte, so frühzeitig erkannt als Bismarck. Der Immediatbericht, den er am 7. September 1879 (Nr. 461) nach dem Eingang des bekannten Drohbriefes Alexanders II. vom 15. August 1879 (Nr. 446) an Kaiser Wilhelm I. richtete, spricht sich in wahrhaft prophetischer Weise hierüber aus:

„Wie ist es bei dem früher so feinfühlenden Herzen des Kaisers Alexander erklärlich, daß derselbe Ew. Majestät niemals ein Wort des Dankes für den Kongreß (von 1878) und die Kriegszeit (von 1877) gegönnt hat, während er den Dank Ew. Majestät für 1870 so bereitwillig in sein Schuldbuch schrieb und diplomatisch ausnutzte. Es erklärt sich dies dadurch, daß Se. Majestät seit der Zeit der ersten serbischen Wirren (Fadejew), unter abwechselnder Einwirkung männlicher und weiblicher Einflüsse die russische Politik und die kaiserliche Macht der slawischen Revolution dienstbar gemacht hat, und im Sinne derselben die Diplomatie leitet. Den Berechnungen dieser Revolution entspricht es, die Schuld der eignen Fehler auf Deutschland zu schieben; man hat damit angefangen schon während des Kongresses, und der Kaiser Alexander hat sich bewegen lassen, dazu die Hand zu bieten; nicht etwa in Unkenntnis der Wahrheit, sondern mit vollem Bewußtsein; ich weiß das von Schuwalow. Mit der unberechenbaren Elementargewalt dieser Revolution ist für uns keine Verständigung möglich, und es ist nicht denkbar, daß der Kaiser und vielleicht ebensowenig, daß der Thronfolger sich von diesen Einflüssen wieder hinreichend emanzipieren werde, um dem von seiner Regierung künstlich erzeugten Deutschenhaß seiner Untertanen Trotz zu bieten. Das Bewußtsein der deutschen Abstammung der Dynastie macht ihn schon ängstlich nach der Richtung hin, während der Mut und das Expansionsbedürfnis nach außen durch den Krieg krankhaft gesteigert ist, man könnte sagen zum slawischen Napoleonismus... Der Friede Europas ist seit dem Falle Napoleons von niemand als von dem slawophilen Rußland bedroht. Es ist, als ob Rußland unter der Leitung der slawischen Propaganda die Erbschaft des napoleonischen Zäsarismus und damit die Mission übernommen hätte, die schwarzen Punkte am Horizonte des europäischen Friedens zu bilden. Solange die russische Kampflust, die das Ergebnis des langen Friedens nach dem verunglückten Krimkriege war, ihre Befriedigung in Asien suchte, solange konnte Europa hoffen, daß die Zeit und der Wechsel der Stimmungen das Übel ohne größeren Schaden vielleicht heilen werde... Der siegreiche Feldzug (von 1877/78), die großen Opfer und die großen Erfolge desselben haben aber die panslawistische Kriegslust Rußlands nicht abgekühlt. Die Hoffnung, welche ich vor zwei Jahren hegte und aussprach, daß Siege und Beförderungen, Georgenkreuze, Tedeum, eroberte Roßschweife, das Tatenbedürfnis des russischen Heeres befriedigen würden, ist unerfüllt geblieben. Nur die anspruchsvolle Selbstüberschätzung der Russen hat sich gesteigert, und zwingt Europa, gegen die Gefahren auf der Hut zu bleiben, die der Chauvinismus des slawischen Zäsarentums für unseren Frieden heraufbeschwören kann. Diese Gefahren werden täglich größer durch die tägliche Steigerung der an sich schon ungeheuerlichen Ziffern des russischen Heeres, obschon Rußland von keiner Seite bedroht ist. Seine agressiven Absichten werden hierdurch und durch die Aufstellung dieses Heeres außer Zweifel gesetzt. Den einzigen sichern Schutz gegen diese Gefahren sehe ich nicht im Vertrauen auf die unsichere Freundschaft Rußlands, sondern nur in unserer Entschlossenheit, uns zu wehren und in dem Zusammenschließen der bedrohten Nachbarn Rußlands zu gegenseitiger Verteidigung."

Das Übergewicht, das während der Regierung Alexanders III. der revolutionäre und kriegstreiberische Moskauer Panslawismus erlangte, knüpfte sich an den Namen Katkows, des allmächtigen Herausgebers der Moskauer Zeitung. In ihm vollzog sich zu einer feststellbaren Zeit, im Frühsommer 1886, der Gesinnungsumschlag, durch den der Haß gegen Österreich-Ungarn auf Deutschland übertragen wurde. Nach dem Zeugnis von Schuwalow war

Digitized by Google

Katkow ursprünglich deutschfreundlich. Herr von Giers bezeugt, daß Katkow erst dann die Führung der panslawistischen Deutschenhetze übernahm, als es den Moskauer Großindustriellen gelungen war, ihn materiell an ihrer deutschfeindlichen Handelspolitik zu interessieren. „Unsere ganze Presse", äußerte Herr von Giers gegen Bernhard von Bülow (Bericht vom 31. Juli 1886, Nr. 977), „ist seit zwei Monaten außer Rand und Band. Die Moskauer Zeitung, welche in der auswärtigen Politik früher verständigen Ansichten huldigte, führt jetzt auf diesem Gebiete ungefähr dieselbe Sprache, wie die Nowoje Wremja. Dieser Umschwung in der Haltung Katkows hängt damit zusammen, daß derselbe persönlich an den Unternehmungen und Spekulationen der ultraprotektionistischen Industriellen beteiligt ist, die Deutschland zürnen, weil es sich keine weitere Erhöhung unserer Eisen- und Kohlezölle gefallen lassen will. Selbst der Kaiser hat mir neulich zugegeben, daß *für die politische Richtung Katkows oft sehr materielle Gründe und Zwecke maßgebend wären.*" Auch der revolutionäre Moskauer Panslawismus war in seinem Deutschenhaß nicht so selbstlos und vom reinsten Patriotismus beseelt, wie er sich gab. Über die letzten Ziele der panslawistischen Partei war auch Herr von Giers in keiner Täuschung befangen. Gegenüber Herrn von Bülow äußerte er (Nr. 1118, Bericht v. 28. September 1887): „Ich weiß sehr wohl, daß die russische Publizistik auf Krieg und Umsturz des Bestehenden hinarbeitet. Unsere Zeitungen wollen durch Aufstacheln aller bösen Leidenschaften im russischen Volke die schon vorhandene Unzufriedenheit auf das äußerste steigern, sie hoffen, daß die Regierung dann schließlich ihren Ausweg in einem Kriege suchen, und daß dieser Krieg Reformen im Innern nach sich ziehen werde... Die große Masse der Malcontenten sieht keinen andern Ausweg aus den sie bedrückenden Zuständen, als eine gewaltsame Explosion, und dieser Stimmung trägt die Presse Rechnung. Die Offenheit", fährt Herr von Bülow fort, „mit welcher der Minister sprach, die konfidentielle Natur unserer Unterredung und die freundschaftlichen Beziehungen, in denen ich persönlich zu ihm stehe, ermöglichten es mir, nochmals mein Befremden und mein Bedauern darüber auszudrücken, daß Se. Majestät der Kaiser Alexander diese Gefahren nicht erkenne und denselben nicht entgegenträte. Herrn von Giers wollte augenscheinlich und begreiflicherweise seinen Souverän weder des Mangels an Einsicht noch des Mangels an Mut zeihen, er beobachtete während einiger Sekunden ein etwas verlegenes Schweigen und meinte schließlich: ‚Der Kaiser weiß, *daß diejenigen, welche hier zum Kriege gegen Deutschland hetzen, es im letzten Ende auf den Sturz seines Thrones und jedenfalls auf die Beschränkung seiner Macht abgesehen haben.* Er hält sich aber für stark genug, um immer noch rechtzeitig Halt! zu gebieten und Ordnung schaffen zu können.'"

Auch der Prokurator des Heiligen Synods stand in dem Rufe, im Grunde seines Herzens „ein Roter" zu sein. General Durnowo sprach sich nach einem Bericht Bülows vom 27. Oktober 1887 (Nr. 1122) über den einflußreichsten Berater des Zaren mit großer Offenheit aus: „Der Hauptwiderstand gegen eine vernünftigere Haltung Rußlands im Innern und nach außen, gehe gegenwärtig von Herrn Pobedonoszew aus. Das Ministerium des Innern werde ganz von demselben beherrscht. Der Finanzminister Wischnegradsky, der Justizminister Manassëin, der Unterrichtsminister Deljanow und selbst der Domänenminister Ostrowski lavierten zur Zeit zwischen Herrn von Giers und Herrn Pobedonoszew, da sie nicht recht wüßten, welchen Kurs der Zar endgültig nehmen werde. *Herr Pobedonoszew sei alles in allem der gefährlichste Mensch in Rußland*, halb Betrüger, halb Schwärmer, bigott und revolutionär, ‚bref un de ces hommes qui Vous ruinent un pays et avec cela ceux, qui ont quelque chose à perdre'. Die richtige Ansicht, daß Herr Pobedonoszew ein Revolutionär ist, wird in der Gesellschaft jetzt öfters laut: ‚c'est au fond un rouge et cela ce voit de plus en plus', hörte ich mehrfach von dem Prokurator des Heiligen Synods sagen. General Durnowo bestätigte mir, daß das gemeinste der russischen Blätter, der Swet, nicht nur von Herrn Pobedonoszew subventioniert werde, sondern das eigentliche Organ desselben sei."

Das Zusammentreffen so verschiedener Motive, national-russischer, revolutionärer und kirchlich-reaktionärer, die alle auf *ein* Ziel, den Krieg und die Niederwerfung der beiden deutschen Monarchien hinarbeiteten, macht es begreiflich, daß sich schließlich niemand mehr am Petersburger Hofe der panslawistischen Suggestion zu entziehen vermochte. In der Krise von 1887

Digitized by Google

wurde auch Herr von Giers mürbe, und zuguterletzt war es der Zar allein, der nach seiner Rückkehr aus Berlin den Kriegsdrohungen ein Ende machte. Die Aufklärungen, die er am 18. November von Bismarck über die bulgarischen Fälschungen erhielt, und der überaus ernste Neujahrsbrief Kaiser Wilhelms I. taten ihre Schuldigkeit. Wie nahe man damals dem Kriege war, lehrt ein Bericht des österreichisch-ungarischen Militärattachés in Petersburg, Oberstleutnant Klepsch, vom 16. November 1887 (Nr. 1153), der nur zwei Tage vor dem Besuch des Zaren in Berlin geschrieben war:

„Unter allen Umständen liegt die Frage nahe: Wollen denn die Russen Krieg anfangen? Gegen wen? Auf welchen Grund hin? Es ist der jahrelang aufgehetzte Fanatismus, der durch unglaublich ungeschickte Behandlung von oben das Steuer der Vernunft und jeglicher Selbstzensur abgeworfen, dazu gelangt ist, unter der nationalen Flagge, die Politik des Kommunismus zu treiben. Die Regierung — das Organ, — maßregelte ein bißchen Katkow, und dieselbe Regierung — das Staatsoberhaupt — belorbeerte denselben Mann, lebend und nach seinem Tode — als ‚richtigsten Interpreten' (der russischen Volksseele). Das Chaos von heute ist die Folge. Mit wem man auch spricht, stets hört man: Rußland werde bedroht von allen Seiten, d. h. von Deutschland und uns (Österreich-Ungarn)... Nur wenn einem ein Freund wiedererzählt, was diese hohen und minderhohen Herren sprechen, wenn sie unter sich sind, dann merkt man ziemlich deutlich den Pferdefuß. Sollte ich in Kürze fassen, was ich Rußlands allerdings nie ausgesprochene und auch kaum auszusprechende politische Direktive nenne? Deutschland muß niedergebrochen werden, weil es zu stark ist, es Rußlands Wort in Europa übertönt und Rußland hindert, seine heilige nationale Mission zu erfüllen. Diese fängt an der Balkanhalbinsel an und endet südlich von Budweis und nördlich von Illyrien, und Professor Lamansky (russischer Panslawist) nennt das: ‚Rußlands innere Angelegenheit'. Österreich muß niedergeworfen werden als Konkurrent und Besitzer dessen, was man selbst besitzen will. Ich bin überzeugt, daß Kaiser Alexander so nicht denkt; aber es fehlt mir jegliches Zutrauen zu seiner geistigen Produktivität, so daß er eigne Gedanken den unter ganz falschen Titeln an ihn gebrachten Vorschlägen entgegenzustellen fähig wäre."

Bismarcks Friedensprogramm für Kaiser Friedrich.

Aus der kurzen Regierungszeit des Kaisers Friedrich besitzen wir einen Immediatbericht des Fürsten Bismarck vom 3. April 1888 (Nr. 1331) mit einem Nachtrag vom 4. April (Nr. 1332), in dem Bismarck eine Darstellung gibt von der damaligen politischen Lage des Deutschen Reiches und seinen Beziehungen zu Frankreich und Rußland. Der Anlaß zu dieser politischen Betrachtung war durch die Bedenken gegeben, die die sich anbahnenden Beziehungen der Kaiserlichen Familie zu dem Prinzen Alexander von Battenberg, dem Exfürsten von Bulgarien, im Blick auf die auswärtige Politik des Reiches einflößen mußten. Auf den Rat Bismarcks war die an den Prinzen ergangene telegraphische Aufforderung, sich am Ostermontage am kaiserlichen Hofe zu melden, bereits rückgängig gemacht worden. In einem Immediatvortrag hatte Bismarck den Wunsch ausgesprochen, daß auch von einer Auszeichnung des Prinzen Alexander von Battenberg Abstand genommen werden möchte, weil dieselbe als russenfeindliche Demonstration aufgefaßt werden müßte. Auch das Projekt einer Heirat des Prinzen von Battenberg mit der Prinzessin Viktoria von Preußen, für das sich die Königin von England interessierte, war damals in der deutschen Presse besprochen worden. Wie Bismarck am 12. April 1888 (Nr. 1337) an den Botschafter in Petersburg schrieb, hatte Kaiser Friedrich „keine Neigung, den Heiratsplänen näherzutreten". Doch schon die Absicht einer Annäherung oder Auszeichnung des Prinzen von Battenberg durch den Kaiserlichen Hof hatte bei Bismarck so ernste Bedenken geweckt, daß er im Falle der Nichtberücksichtigung derselben sein Demissionsgesuch in Aussicht stellen zu müssen glaubte, was er in seinem Immediatbericht eingehend begründete. Der Immediatbericht hatte die Wirkung, daß Kaiser Friedrich den Bedenken Bismarcks Rechnung trug und ihn mündlich dahin beschied, „daß der eventuelle Anlaß zu seinem Abschiedsgesuch nicht vorliege, und die Sache damit erledigt sei" (Nr. 1337). Wir geben hier nur denjenigen Teil des Immediatberichtes wieder, der sich auf die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die preußischen Traditionen bezieht:

Digitized by Google

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an Kaiser Friedrich III.

Berlin, den 3. April 1888.

... Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches ist seit dem Frieden mit Frankreich vorwiegend auf die Erhaltung des Friedens und auf die Verhütung antideutscher Koalitionen gerichtet gewesen. Der Brennpunkt dieser Politik liegt in Rußland und in der Aufgabe, dem Kaiser Alexander persönlich das Vertrauen zur deutschen Politik zu gewähren und zu erhalten, dessen Seine Russische Majestät bedarf, um den kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen dauernden Widerstand zu leisten. Nachdem wir Österreich und Frankreich bekämpft hatten, lag in den Händen des Kaisers von Rußland, der willkürlich darüber bestimmt, ob eine Macht von hundert Millionen Menschen Deutschlands Freund oder Feind ist, die Möglichkeit, sich mit den beiden von uns geschlagenen Gegnern zu verbinden. Diese Möglichkeit ist durch den Bündnisvertrag mit Österreich eingeschränkt. Immer aber ist ein Krieg, den wir mit Rußland und Frankreich gleichzeitig zu führen hätten, auch wenn er siegreich bliebe, eine der größten Kalamitäten, welche über das deutsche Volk hereinbrechen können. Der Beistand Österreichs, auf welchen wir dabei rechnen, ist nicht so stark, wie er sein könnte, und kann unter Umständen, wenn in Italien Wechsel der Majoritäten und Regierungen stattfinden, durch einen Umschwung der italienischen Politik noch sehr vermindert werden, so daß wir gegen einen Anfall beider Nachbarn in der Hauptsache auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden. Ob wir Gefahr laufen, mit beiden gleichzeitig in Krieg zu geraten, darüber liegt wieder die Entscheidung ausschließlich beim Kaiser Alexander. Wir können mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Frankreich, solange ihm Rußland nicht beisteht, uns in Ruhe läßt oder von uns wiederum geschlagen wird. Kann aber Frankreich auf russischen Beistand rechnen, so haben wir den Krieg mit beiden Mächten gleichzeitig in ganz sicherer Aussicht. Die Politik des hochseligen Kaisers Wilhelm hat es daher als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Frieden mit Rußland zu sichern und zu dem Zwecke das Vertrauen des Kaisers Alexander zu unserer Politik zu befestigen und ihn dadurch widerstandsfähig gegen die kriegerischen Velleitäten seiner Untertanen zu machen. Noch vor sechs Monaten waren die Kriegsbefürchtungen bei uns und überall vorherrschend. Durch richtiges Verfahren auf diplomatischem Gebiete ist es uns gelungen, in den Beziehungen zu Rußland, worunter nach den russischen Verhältnissen immer ausschließlich die zu der Person des regierenden Kaisers zu verstehen sind, ein Maß von Vertrauen wiederherzustellen, welches gegründete Aussicht auf Fortdauer des Friedens bietet. Durch jeden Wechsel in unserer Politik kann eine Wendung nach der Seite des Krieges hin in der politischen Lage herbeigeführt werden, deren weitere Entwicklung durch diplomatische Mittel nicht immer mit Sicherheit gehemmt werden kann. Es wäre ein großes Unglück für Deutschland nicht nur, sondern für alle friedliebenden Nationen in Europa, wenn lediglich durch einen Mißgriff in der diplomatischen Behandlung unserer Beziehungen zum Kaiser Alexander eine so verhängnisvolle Wendung, eine Zerstörung aller bisher erreichten diplomatischen Erfolge herbeigeführt werden sollte. Unter den Anlässen der friedlichen Entwicklung unserer russischen Beziehungen nimmt das ablehnende Verhalten der Politik des hochseligen Kaisers zu dem früheren Fürsten von Bulgarien eine hervorragende Stelle ein; von jeder Annäherung an den letzteren ist der Eindruck auf den Zaren schwer zu berechnen; ich wenigstens möchte die Verantwortlichkeit für die praktischen Ergebnisse dem eigenen Lande gegenüber nicht übernehmen. Man könnte sagen, daß Deutschland stark und groß genug ist, um das Wohlwollen, welches seine Dynastie für einen Prinzen von Battenberg hegen kann, nicht nach den Eindrücken auf den Kaiser von Rußland zu bemessen. Eine derartige Gleichgültigkeit gegen die Rückwirkung, welche das Verhalten der Dynastie auf den Frieden und das Wohl des Landes und der Untertanen haben kann, liegt indessen nicht in den Traditionen der preußischen Monarchie. Das friedliche Beieinanderwohnen der großen europäischen Mächte ist überhaupt nur dadurch möglich, daß ihre Regierungen und ihre Dynastien auf die Bedürfnisse nicht nur, sondern auf die Neigungen und Wünsche der Nachbarvölker und der Souveräne derselben sorgfältig Rücksicht nehmen und Motiven zu Verstimmungen rechtzeitig vorbeugen, solange

Digitized by Google

es noch mit Ehren möglich ist. Das sehr starke Nachbarvolk der Russen ist nun ausschließlich durch den Kaiser Alexander repräsentiert, und die persönlichen Eindrücke dieses Monarchen werden sich sicher widerspiegeln in der auswärtigen Politik des großen russischen Reiches. Es wird also nach preußischen Begriffen nicht unter die politischen Möglichkeiten gerechnet werden können, daß persönliche Wünsche und Neigungen der Dynastie schwerer ins Gewicht fallen könnten als die Rücksicht auf den Frieden und die Wohlfahrt der Untertanen derselben und der gesamten deutschen Nation.

... Ich glaube danach, Euerer Majestät ehrfurchtsvoll empfehlen zu dürfen, aus Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Pflege des Friedens ohnehin bietet, aus Rücksicht auf die Ausdehnung des Krieges, im Falle die Erhaltung des Friedens mißlingt, und auf den gänzlichen Mangel an politischem und nationalem Interesse Deutschlands an einem Kriege mit Rußland und Frankreich den Anstoß, welche jede irgendwie geartete Annäherung an den früheren Fürsten von Bulgarien zu einer kriegerischen Entwicklung geben könnte, mit landesväterlicher Sorgsamkeit zu vermeiden."

Mit diesem Bekenntnis: die Auswärtige Politik des Deutschen Reiches sei seit dem Frieden mit Frankreich auf die Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen, und habe das friedliche Beieinanderwohnen der großen europäischen Mächte ermöglichen wollen, — hat Bismarck nach dem Hingange des alten Kaisers ein Siegel gesetzt unter die Kaiserproklamation von Versailles, deren Friedensprogramm Kaiser und Kanzler treu geblieben sind bis an ihr Ende.

Man lese hier noch einmal nach, was auf Seite 133 und 134 aus dem Ultimatum der Entente angeführt ist über das preußische System, die Hypnose des Bismarck-Erfolges, über das Evangelium des Hasses und der Gewalt und über die Saat des Mißtrauens und der Zwietracht, die Deutschlands Lenker zwischen allen ihren Nachbarn gesät haben sollen.

Anhang.

Das Bündnisangebot des Fürsten Bismarck an Lord Salisbury vom Jahre 1889.

Es ist bis jetzt nicht bekannt, daß Fürst Bismarck gegen Ende seiner Kanzlerschaft sein kontinentales Bündnissystem durch ein deutsch-englisches Bündnis krönen wollte. Man hat zwar irrigerweise seinen Schriftwechsel mit Lord Salisbury vom November 1887 mit einer solchen Absicht in Verbindung gebracht. Völlig unbekannt aber war die Tatsache, daß Bismarck im Januar 1889 Lord Salisbury ein direktes und eingehend motiviertes Bündnisangebot durch Graf Hatzfeldt hat machen lassen, das von dem deutschen Botschafter mit dem englischen Premier besprochen und von Lord Salisbury nach Rücksprache mit seinen politischen Freunden im März desselben Jahres in freundlich dilatorischer Form abgelehnt worden ist. Der Erlaß des Fürsten Bismarck an Graf Hatzfeldt vom 11. Januar 1889 (Nr. 943), der jetzt zum erstenmal an die Öffentlichkeit kommt, erörtert mit großem Freimut die Gründe, aus denen der Reichskanzler ein Bündnis zwischen England und Deutschland im Interesse beider Länder für wünschenswert und zur Sicherung des europäischen Friedens für überaus wertvoll erachtete. Der Erlaß ist auch darum bedeutsam, weil er mit großer Klarheit die letzten Motive der Bismarckschen Bündnispolitik ausspricht.

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Berlin, den 11. Januar 1889

Ew. pp. habe ich bei Ihrer Anwesenheit in Friedrichsruh[1]) ersucht die nächste Gelegenheit vertraulicher Besprechung mit Lord Salisbury zu benutzen, um demselben meine Überzeugung auszusprechen, daß der Friede, der England und Deutschland gleichmäßig erwünscht ist, oder auch nur die Frist, in welcher sie ihre Bewaffnung der Größe der Gefahren der nächsten Kriege entsprechend herzustellen vermögen, nicht sicherer erreicht werden könne,

[1]) Graf von Hatzfeld hatte vom 5.—7. Januar als Gast des Fürsten von Bismarck in Friedrichsruh geweilt.

Digitized by Google

als durch den Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und England, durch welchen beide Mächte sich für einen begrenzten Zeitraum zu gemeinschaftlicher Abwehr eines französischen Angriffes auf eine von beiden verpflichten. Ein geheimer Vertrag der Art, wenn er möglich wäre, würde beiden Mächten erhebliche Sicherheit für den Ausgang eines solchen Krieges gewähren, die Verhinderung desselben aber würde nur von dem öffentlichen Abschluß erwartet werden können.

England und Deutschland sind von einem anderen als einem französischen Angriffe nicht bedroht. Nur durch österreichisch-russische Verwicklungen würde Deutschland in einen russischen Krieg hineingezogen werden können, und da letztrer für Deutschland auch im günstigsten Falle keinen annehmbaren Kampfpreis hat, so werden wir bestrebt sein müssen, den österreichischen Krieg nach Möglichkeit zu verhüten.

Ein bedrohliches Element für beide befreundete Mächte, Deutschland und England, ist nur der einzige beiderseitige Nachbar, Frankreich; einen andern gemeinsamen Nachbar bedrohlicher Natur haben beide nicht. England hat, außer mit Frankreich, divergierende Interessen mit Nordamerika und mit Rußland. Aber ein Krieg mit einer dieser Mächte, selbst ein gleichzeitiger mit beiden, kann für England lebensgefährlich nur werden, wenn Frankreich der Bundesgenosse der Feinde Englands ist. Auch die Haltung Amerikas würde England gegenüber vorsichtiger sein, als sie in der Kanada- und der Sackvillefrage gewesen ist, wenn man in Amerika darauf rechnen müßte, einen Bruch mit England isoliert und ohne materielle oder moralische Hilfe Frankreichs durchführen zu müssen. Zu hindern, daß Amerika im Streit mit England auf Frankreich rechne, gibt es kein wirksameres Mittel als die Gewißheit, daß Frankreich einen Angriff auf England nicht würde unternehmen können, ohne seinerseits durch ein deutsches Heer von mehr als 1 Million angegriffen zu werden. Amerika wird nicht geneigt sein, die chauvinistischen Neigungen seiner künftigen Regierung und seine bisherigen Unfreundlichkeiten gegen England in kriegerische Praxis zu übertragen, wenn es nicht der eventuellen französischen Unterstützung versichert ist. Die auswärtige englische Politik würde nach allen Seiten freie Bewegung haben, wenn sie nur gegen die französische Kriegsgefahr durch ausreichende Bündnisse gedeckt wäre. Auch dann, wenn solche Bündnisse nur auf die kurze Zeit abgeschlossen würden, deren England bedarf, um die Schäden seiner maritimen Wehrfähigkeit auszubessern, sollte ich meinen, daß die in ihnen liegende absolute Friedenssicherheit auf ein Jahr oder mehrere für alle friedliebenden Mächte von großem Nutzen sein könnte. Es handelt sich dabei nicht um das Stärkersein im Falle des Krieges, sondern um das Verhindern des Krieges. Weder Frankreich noch Rußland werden den Frieden brechen, wenn sie amtlich wissen, daß sie, wenn sie es tun, auch England sicher und sofort zum Gegner haben. Sie werden ihn nur brechen, wenn sie hoffen dürfen, die friedliebenden Mächte in Europa eine nach der andern angreifen zu können. Wenn nur festgestellt wird, daß England gegen einen französischen Anfall durch ein deutsches und Deutschland gegen einen französischen Anfall durch ein englisches Bündnis gedeckt sein würde, so halte ich den europäischen Frieden für gesichert auf die Zeit der Dauer eines solchen öffentlich verlautbarten Bündnisses.

Es fragt sich, ob die Überzeugung, den europäischen Frieden zeitweis als gesichert betrachten zu können, zu teuer erkauft werden würde für den Preis einer offenen und parlamentarischen Stellungnahme zugunsten eines Defensivbündnisses im Interesse der Erhaltung des Friedens.

Mein Gedanke ist der, daß, wenn Seine Majestät es genehmigt, zwischen der englischen und deutschen Regierung ein Vertrag geschlossen werden sollte, durch welchen beide sich zu gegenseitigem Beistande verpflichten, wenn Frankreich im Laufe der nächsten 1, 2 oder 3 Jahre, je nach Befinden, einen der beiden angreifen sollte, und daß dieser Vertrag, der für das Deutsche Reich auch ohne Parlamentsbeschluß bindend sein würde, dem englischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt und dem Deutschen Reichstage öffentlich mitgeteilt würde.

Ich glaube, daß die Wirkung eines offnen und männlichen Schrittes in dieser Richtung nicht nur in England und Deutschland, sondern in ganz Europa eine erleichternde und be-

Digitized by Google

ruhigende sein würde, und daß derselbe dem englischen Ministerium die Stellung als Hort des Friedens der Welt gewähren würde.

England bedarf nach seiner vorwiegend maritimen Leistungsfähigkeit jetzt sowohl wie immer im letzten Jahrhundert eines kontinentalen Bündnisses, und dieses Bedürfnis ist durch die Ungeheuerlichkeit des Anwachsens der militärischen Rüstungen auf dem Festlande noch stärker geworden, als es früher war. Ohne ein solches ist bei den heutigen Verbindungsmitteln die Möglichkeit einer französischen Invasion nach England eine Frage, die von Zufälligkeiten der Witterung, der Erregung und der augenblicklichen Stärke der Streitkräfte im Kanal abhängt. Mit einem englisch-deutschen Bündnis ist Frankreich gar nicht imstande, ein wirksames Unternehmen gegen England gleichzeitig mit der Abwehr einer deutschen Invasion an der Ostgrenze zu planen.

Es ist meines Erachtens nicht nützlich für England, die Politik der Enthaltung so weit zu treiben, daß alle kontinentalen Mächte, namentlich Deutschland, sich darauf einrichten müssen, ihre Zukunft ohne Rechnung auf England sicherzustellen. Wäre die Überzeugung, daß dies dauernd der Fall sein muß, einmal zur definitiven Annahme gelangt, so würde Deutschland eben in der Notwendigkeit sein, sein eigenes Heil in solchen internationalen Beziehungen zu suchen, die es ohne England erreichen kann. Solche Wege, einmal eingeschlagen, sind in der Politik nicht leicht zu verlassen.

Ich ersuche aus diesem Grunde Ew. pp. Lord Salisbury, einstweilen in meinem Namen, die Frage zu stellen, ob er es nach den Interessen Englands und nach denen seiner eigenen Regierung, auf deren Dauer ich den höchsten Wert lege, für möglich hält, dem oben angeregten Gedanken näherzutreten, in dem er die Maßgebenden unter seinen Freunden über dessen Ausführbarkeit vorsichtig sondiert.

Es ist dies in keiner Weise eine mise en demeure, und würde ich, wenn Lord Salisbury die Gangbarkeit des von mir vorgeschlagenen Weges auf englischem Terrain verneint, deshalb in meinem Vertrauen auf seine Politik und in meiner Freundschaft für seine Person in keiner Weise erschüttert werden. Ich beabsichtige nichts, als mit ihm in Gemeinschaft die Frage zu prüfen, ob wir auf dem vorgeschlagenen Wege durch öffentliche und dreiste Anerkennung des Friedensbedürfnisses Europas und durch parlamentarische Vertretung desselben den Krieg hintenanhalten können, wenigstens pro tempore, vielleicht für lange Zeit.

Glaubt Lord Salisbury diese Frage verneinen zu sollen, so werde ich seinem Urteil über das, was ihm als englischem Minister möglich erscheint, volles Vertrauen schenken, und unsere Beziehungen bleiben die alten. Ich glaube aber, in der von mir angegebenen Politik würde der Schlag liegen nicht nur zur Sicherung des Friedens, sondern auch zur Festigung und Stärkung seiner eigenen Stellung, wenn er sich entschließen wollte, im Parlament in dem angeregten Sinne offen und amtlich vorzugehen. Lord Salisbury kann mir seine Meinung hierüber um so unbefangener aussprechen, als ich bisher nicht in der Lage bin, in der von mir angeregten Frage im Namen des Kaisers, meines Herrn, zu sprechen. Bevor ich Seine Majestät um die Ermächtigung dazu bitte, möchte ich erst wissen, was Lord Salisbury darüber denkt, da ich einer ablehnenden Antwort wohl mich selber, aber nicht den Kaiser aussetzen kann.

Ich erwarte keine unmittelbare Antwort hierauf, sondern jede Frist, deren Lord Salisbury bedarf, um seine und seiner politischen Bundesgenossen Meinung festzustellen, werde ich abwarten, bevor ich dem Kaiser, meinem Herrn, über das Ergebnis Vortrag halte.

v. Bismarck

Am 16. Januar berichtete Graf Hatzfeldt an den Reichskanzler, daß er tags zuvor den Erlaß vom 11. d. Mts. mit Lord Salisbury durchgesprochen habe. „Der Premier erkannte sofort die hohe Bedeutung des politischen Gedankens und erblickte darin einen neuen und wertvollen Beweis, daß Eure Durchlaucht ein enges Zusammenhalten der beiden Mächte im Interesse des europäischen Friedens erstreben und für wünschenswert halten.“ (Nr. 944.) Salisbury erbat sich Zeit zu reiflicher Überlegung und zur Rücksprache mit den hervorragenden unter seinen politischen Freunden, um zu sehen, wie weit er auch auf parlamentarische Unterstützung würde rechnen können. Streng vertrauliche Behandlung wurde zugesagt, so daß weder die Büros des Foreign Office noch selbst die Königin vorläufig von der Sache wissen sollten.

Am 21. März kam der Staatssekretär, Graf Herbert Bismarck, in besonderer Mission (wegen

Digitized by Google

der Samoa- und anderer Fragen) nach London. In einer Aussprache mit Lord Salisbury am nächsten Tage kam der englische Premier „auf die Möglichkeit einer geheimen oder öffentlichen deutsch-englischen Allianz" zurück. (Nr. 945.)

„Lord Salisbury", so berichtet Graf Herbert an seinen Vater, den Fürsten Bismarck, „stimmte mit mir durchaus überein, daß eine solche Allianz das Heilsamste für beide Länder und für den europäischen Frieden sein würde. Er habe mit Lord Hartington und seinen Kollegen darüber gesprochen, welche sämtlich seine Ansicht geteilt hätten, die Ausführung der Idee aber für inopportun erklärten, weil die parlamentarische Majorität darüber in die Brüche gehe, mithin das Ministerium gestürzt werden würde. Der Lord fügte hinzu: ‚Leider leben wir nicht mehr in den Zeiten Pitts; damals regierte hier die Aristokratie und wir konnten eine aktive Politik treiben, welche England nach dem Wiener Kongreß zur reichsten und angesehensten europäischen Macht gemacht hatte. Jetzt herrscht die Demokratie, und mit ihr ist persönliches und Parteiregiment eingezogen, welches jede englische Regierung in unbedingte Abhängigkeit von der aura popularis gebracht hat. This generation can only be taught by events.'" — Graf Herbert Bismarck erwähnte dann noch gegenüber Lord Salisbury, daß der Reichskanzler England diesen Anknüpfungspunkt habe geben wollen, um unsere Verantwortlichkeit in der großen Politik zu decken, er habe es daher auch für seine Pflicht gehalten, die Genehmigung des Kaisers zu erbitten, um die Sache wenigstens anzuregen. „Lord Salisbury schloß, er sei dankbar für diese Anregung und hoffe, daß er noch Zeitumstände erleben würde, welche ihm gestatteten, darauf praktisch einzugehen. Meanwhile we leave it on the table, without saying yes or no: that is unfortunately all I can do at present'."

Der Erlaß Bismarcks an Hatzfeldt vom Jahre 1889 ist merkwürdigerweise, obwohl er in den Akten nicht anders sekretiert war als andere wichtige Dokumente, selbst im Auswärtigen Amt vollständig unbekannt geblieben. Keiner der Mitarbeiter Bismarcks scheint ihn gekannt zu haben, keiner der nachfolgenden Kanzler, weder Caprivi noch Hohenlohe, weder Bülow noch Bethman-Hollweg hat je davon Notiz genommen. Auch Bismarck selbst hat das Geheimnis gewahrt und selbst in der Zeit seines Kampfes gegen den „neuen Kurs" den „Hamburger Nachrichten" nichts davon verraten. Wenn man gewußt hätte, daß Bismarck ein Jahr vor seinem Sturz mit seinem Bündnisangebot an England einen derartigen Fehlschlag erlebt hatte, hätte die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages unmittelbar nach dem Sturze des Kanzlers noch unbegreiflicher erscheinen müssen.

Rußlandkunde.

In „Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte", herausgegeben von Karl Stählin (Historia-Verlag P. Schraepler, Leipzig) sind erschienen:

Karl Stählin, Jacob v. Stählin. Ein biographischer Beitrag zur deutsch-russischen Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts.

Die Fahrt des Athanasius Nikitin über die drei Meere. Reise eines russischen Kaufmannes nach Ostindien 1466—1472 (Übers. v. Karl H. Meyer).

A. N. Radítschew, Reise von Petersburg nach Moskau (1790), Übers. v. Arth. Luther.

Der Briefwechsel Iw'ans des Schrecklichen mit dem Fürsten Kurbskij. (Eingeleitet und aus dem Altrussischen übersetzt v. K. H. Meyer und Karl Stählin.)

Übersetzungen aus der lettischen Literatur gibt der Verlag A. Gulbis in Riga heraus. Die ersten fünf Bände umfassen:

I. J. Rainis, Joseph und seine Brüder (Tragödie in 5 Akten). II. K. Skalbe, Wintermärchen. III. R. Blaumann, Die Indrans (Drama aus dem lettischen Volksleben). IV. J. Akurater, Novellen. V. R. Blaumann, Novellen.

Redaktionell abgeschlossen am 23. Juni 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.-G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Widmung.

Sie haben am 7. Juli als Ministerpräsident in der französischen Kammer über die Verantwortung am Krieg eine Rede gehalten (wir folgen dem stenographischen Bericht des Temps vom 8. Juli), die von geschichtlicher Bedeutung ist.

Die französischen Kommunisten machten gegen Sie Gebrauch von Dokumenten, die wir der Sowjetregierung verdanken und die in der Pariser kommunistischen Zeitung Humanité und im sog. Livre noir veröffentlicht worden sind.

Sie sagen, der Angriff der Kommunisten richte sich im Grunde gegen den Vertrag von Versailles, von dem Sie erneut bekunden, daß er nicht auf der Niederlage, sondern auf der Schuld Deutschlands beruhe. Der Friedensvertrag ist nach Ihrer Darstellung ein Ausfluß der Moral.

Die Gerechtigkeit, so oft auf Erden verletzt, die früher in einer andern Welt wiederhergestellt wurde, wird also dieses eine Mal bereits auf Erden durch Sie wiederhergestellt. Gott hat auf der Erde eigentlich nichts mehr zu tun, als für das Wetter zu sorgen, das warm genug sein muß, um farbige Truppen am Rhein zu halten und kalt genug, um möglichst viele Leute in Deutschland und Österreich erfrieren zu lassen.

Der Zustand, der sich aus dem Vertrag von Versailles für Deutschland ergibt, wird als Friede (paix) bezeichnet. Er ist so ziemlich der gleiche, wie zur Zeit Napoleons I.: große Teile Deutschlands besetzt, auch die übrigen Teile zu Abgaben verpflichtet, unter französischer Kontrolle bezüglich ihres Heeres, bezw. ihrer Politik und Wirtschaft, nur daß die von Napoleon durchgeführte Auflösung des Deutschen Reiches von Ihnen noch nicht erreicht wurde. Wir fühlen uns nicht genug Meister der französischen Sprache, um zu wissen, ob es das ist, was sie mit dem Wort paix bezeichnet; jedenfalls ist die paix das Ergebnis deutscher Verbrechen und ihrer Sühne.

Man könnte sich in Ihrem Munde auch eine andere Begründung der paix denken. Sie konnten sagen: „Wir alle haben von Jugend auf den Wunsch gehabt, Elsaß und Lothringen wiederzugewinnen, uns für die Niederlage von 1870 zu rächen und das Deutsche Reich zu vernichten; da die Regierung des Zaren den Wunsch hatte, Österreich-Ungarn aufzulösen, so haben wir uns mit ihr verbündet, um gemeinsam diese beiden Ziele zu verwirklichen. Wir haben unser wichtigstes Kriegsziel noch nicht erreicht: die Trennung Preußens von Süddeutschland; und das ist jetzt unsere Aufgabe." Wenn Sie so sprächen, so hätten Sie die Mehrzahl Ihrer Landsleute auf Ihrer Seite und bräuchten die Moral nicht zu bemühen.

Diese Begründung der paix hätte aber ihre Bedenken im Ausland. Diesem ist, um es gegen Deutschland in Bewegung zu setzen, erzählt worden, daß Sie einen demokratischen Kampf führten gegen die schrecklichste Gewaltherrschaft der neueren Zeit (nicht gegen die des Zaren, sondern im Gegenteil durch ein Bündnis mit dem Zaren). Die Gerechtigkeit sollte aufgerichtet werden (indem auch die Pariser Presse an den Bestechungsgeldern der zaristischen Regierung beteiligt wurde), der ewige Friede (indem das französische Kapital die russische Rüstungsindustrie unterstützte und dafür die Anwartschaft erhielt, auch die deutsche Rüstungsindustrie in die Hand zu bekommen) und das Nationalitätenprinzip (indem viele Millionen Deutsche der Fremdherrschaft ausgeliefert wurden).

Das konnte dem Ausland nur klar gemacht werden durch den Artikel 231 des Vertrages von Versailles, wonach Deutschland und seine Verbündeten Ihnen den Krieg aufgezwungen haben. Es ist also begreiflich, daß Sie, Statthalter Gottes in der Geschichte, das Bedürfnis haben, den Menschen immer wieder die Berechtigung des Artikels 231 zu beweisen.

Aber die Ausführung!

Da ist eben doch eine kleine Schwäche der Menschlichkeit an Ihnen haften geblieben: Ihr leidiges Gedächtnis! Es ist nicht vollkommen, man könnte es bei einem Juristen und Historiker fast unvollkommen nennen, wenn man die hier folgenden Dokumente mit Ihrer Rede vom 7. Juli vergleicht. Wir wollen indessen Ihrem eigenen Urteil nicht vorgreifen, sondern überreichen Ihnen heute nur die deutschen Übersetzungen der Dokumente zur Stütze Ihres Gedächtnisses (aide mémoire).

Im ersten Teil finden Sie die Ihnen entfallenen Beweise dafür, daß Sie als Außenminister nicht an der für die Erhaltung des europäischen Friedens so wesentlichen Annäherung der beiden großen Mächtegruppen gearbeitet haben und sich insbesondere der Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland widersetzten, ja daß Sie während des Balkankrieges sogar direkt die Entfachung des Weltbrandes betrieben haben.

Im zweiten Teil finden Sie die Ihnen entfallenen Protokolle über die gemeinsamen Vorbereitungen des französischen und russischen Generalstabes für den Weltkrieg.

Es geht einem so vieles durch den Sinn, daß man nicht jede Kleinigkeit behalten kann. Vielleicht äußern Sie sich aber nochmals über die Verantwortlichkeit am Kriege, nachdem Sie diese interessanten Dokumente gelesen haben.

Digitized by Google

Poincaré als Außenminister 1912.

Die kurze zusammenfassende Darstellung über Poincarés Politik im Jahre 1912, als er neben der Stellung des französischen Ministerpräsidenten auch die des Außenministers bekleidete, stützt sich außer auf das wichtigste schon veröffentlichte Material auf neue, noch nirgends bekanntgegebene Schriftstücke, die als „Neue Dokumente" besonders kenntlich gemacht sind.

I. Die Anfänge seiner Politik.

Am 14. Januar 1912 wurde Raymond Poincaré Ministerpräsident und übernahm zugleich das Ministerium des Äußern. Er gehörte jener Gruppe an, welche Caillaux wegen seines mit Deutschland am 4. November 1911 abgeschlossenen Marokko-Vertrages als zu nachgiebig angriff und stürzte.

Poincaré, geboren im Jahre 1860, in Bar le Duc in Lothringen und seiner Abstammung nach sowohl von väterlicher wie von mütterlicher Seite Lothringer, war vorher mehrfach Kultusminister und Finanzminister gewesen. Zur Kennzeichnung seiner Stellungnahme zu außenpolitischen Fragen in der Zeit vor 1912 führen wir am besten ihn selbst als Zeugen an. In seiner Abhandlung „Les origines de la guerre" (La Revue de la Semaine Illustrée, Heft 7 vom 18. 2. 1921, S. 258) lesen wir zum Jahre 1895: „... Kaiser Wilhelm II. ließ uns durch den Grafen Münster zur Einweihung des Kieler Kanals einladen. Ein royalistischer Schriftsteller von sehr großem Talent, Herr Charles Maurras, hat Herrn Gabriel Hanotaux, der damals Minister des Auswärtigen war, einen Vorwurf daraus gemacht, daß er für unsere Flotte eine Einladung von Deutschland angenommen habe. Ich teilte die Meinung des Kabinetts, das es schließlich für unmöglich hielt, mit einer Ablehnung zu antworten, und ich bin es der Wahrheit schuldig zu sagen, daß die Regierung in der Gesamtheit ihrer Mitglieder, den Minister des Auswärtigen mit einbegriffen, zuerst beschließen wollte, daß Frankreich fernbleiben solle." Nur der ausdrückliche Wunsch des russischen Zaren Nikolaus II., daß auch die französische Flotte in Kiel anwesend sein möge, bewog hernach das französische Kabinett, dem Poincaré angehörte, von seiner gehässigen Haltung Abstand zu nehmen.

Die entschlossene und unbedingte Ablehnung des Gedankens einer Annäherung Frankreichs an Deutschland bildete denn auch einen der Hauptgrundsätze, von denen der Außenminister Poincaré seine Politik von Anfang an leiten ließ. Wir sind nunmehr in der Lage, hierfür ein ganz frühes Zeugnis beizubringen[1]). Am 15. Februar 1912, also gerade einen Monat nach dem Antritt des neuen Ministeriums, berichtete der russische Botschafter in Paris, Iswolski, in einem Brief von Verhandlungen im französischen Senat über den Marokko-Vertrag. Er betonte dabei, Poincaré habe mit seiner Rede großen Erfolg gehabt, „speziell weil er ausführte, daß die Verständigung mit Deutschland keine Wandlung in der auswärtigen Politik Frankreichs herbeiführen werde. Wenn eine Regierung je so verblendet sein sollte, sich vom Programm der Alliance und Entente zu entfernen, würde sie sofort durch die Entrüstung der allgemeinen Meinung zu Fall gebracht werden". Das also war die feste Grundlage, von welcher der neue Außenminister ausging: unbedingte Beibehaltung des Zusammengehens mit Rußland und England. Iswolski aber hörte noch mehr aus seinen Worten. Er erinnerte zunächst daran, daß nach Algeciras (1905) Kaiser Wilhelm ihm einmal gesagt habe, die Frage Elsaß-Lothringen sei nun endgültig liquidiert. Dann aber fährt der Berichterstatter fort, dies könne jetzt nicht mehr gelten, „denn, wie ich Ihnen mehrfach geschrieben habe, hat Frankreich sich ohne Zweifel entschlossen gezeigt, vor einer Verteidigung seiner Rechte und Interessen mit den Waffen nicht zurückzuschrecken. Diese Stimmung ging wie ein roter Faden durch alle Reden, die bei Besprechung der Vereinbarung in beiden Häusern gehalten worden sind, und da-

[1]) Beilage 1 (Seite 178).

Digitized by Google

mit wird bei der Entscheidung von Mißverständnissen mit Deutschland, die auftauchen könnten, zu rechnen sein. Mir ist aus überaus zuverlässigen Quellen bekannt, daß trotz der glücklichen Beendigung der Marokkokrisis in den hiesigen militärischen Sphären für den Frühling neue internationale Verwicklungen erwartet werden, und daß das Kriegsministerium fortfährt, sich tätig für militärische Aktionen in nächster Zukunft vorzubereiten." Hier wird das Wiedererwachen der Revanche-Idee in Frankreich rückhaltlos zugegeben und auf der anderen Seite die Möglichkeit eines Krieges ganz ruhig ins Auge gefaßt. Das sind die Klänge, die zu Beginn von Poincarés außenpolitischer Tätigkeit ertönen[1]).

Die Welt war in jenen Tagen, besonders durch den italienischen Angriff auf Tripolis, beunruhigt und die Großmächte bemühten sich, die Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei zum Stillstand zu bringen. Diese Ereignisse gaben Poincaré die erste Gelegenheit, sich auf diplomatischem Gebiete zu betätigen. Auch hier sehen wir ihn sofort eine schroff gegen Deutschland gerichtete Haltung einnehmen. Aus einem kürzlich veröffentlichten Telegramm Iswolskis an den russischen Außenminister vom 17. Januar 1912[2]) geht nämlich hervor, daß Poincaré einen Vorschlag Sasonows, wonach Frankreich und Deutschland gemeinsame Schritte tun sollen, um einen Ausgleich zwischen Rom und Konstantinopel anzubahnen, von der Hand weist. Aber damit noch nicht genug. Er will nicht nur von einem Zusammenarbeiten zwischen Paris und Berlin nichts wissen, sondern befürchtet direkt, Deutschland könne von sich aus etwas unternehmen, um den Frieden zu fördern. Das ergibt sich aus einem Briefe von Iswolski vom 28. Februar 1912[3]). Danach will Poincaré vor allem verhindert wissen, daß Deutschland eine eigene Initiative ergreift und befürwortet daher ein gleichzeitiges und kollektives Vorgehen der Mächte sowohl in Rom wie in Konstantinopel, um beiderseits das Minimum der Bedingungen festzustellen. Seine Parteinahme gegen Deutschland geht soweit, daß sie ihn sogar in ziemlich lebhaften Widerspruch zu dem russischen Außenminister bringt. Bereits in einem Telegramm Iswolskis vom 2. März 1912[4]) wird von einem „Mißverständnis" zwischen Paris und Petersburg gesprochen. Aber bald nimmt dieses „Mißverständnis" recht deutliche Formen an. Der Anlaß dazu ging abermals von der französischen Regierung aus.

Am 30. Mai 1912 depeschiert der russische Botschafter in Paris an Sasonow, Poincaré sei der Ansicht, „daß Rußland, Frankreich und England die italienisch-türkische Frage miteinander besprechen müssen, um sich über alle Einzelheiten zu einigen und bereit zu sein, im günstigen Augenblicke mit ihrem Konferenzvorschlag hervorzutreten, da er vor allem befürchtet, daß Kaiser Wilhelm eine solche Initiative unerwartet ergreifen wird[5])." Wir sehen also, den Leiter der französischen Politik bestimmt nur der eine Gedanke, Deutschland jede Möglichkeit zum Handeln zu unterbinden. Seine Nervosität in Bezug auf diesen Punkt steigert sich zur höchsten Erregung, als er von der beabsichtigten Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem russischen Zaren in Baltischport erfährt. Ein bisher noch nirgends abgedrucktes Telegramm von Iswolski an Sasonow vom 5. Juni 1912[6]) berichtet: „Aus der Unterhaltung gewann ich den Eindruck, daß Poincaré über das bevorstehende Ereignis, das zweifellos in weitgehendstem Maße von den Feinden der Tripleentente ausgenutzt werden wird, überaus besorgt ist." Zwei Tage später gibt eine andere neue Depesche noch weitere Einzelheiten[7]). Poincaré hat inzwischen vom französischen Botschafter in Petersburg die Mitteilung erhalten, daß Kaiser Wilhelm in Baltischport in Begleitung seines Reichskanzlers und Zar Nikolaus zusammen mit Sasonow erscheinen wird. „Das versetzte Poincaré in höchstgradige Unruhe... Er befürchtet..., daß Kaiser Wilhelm die Gelegenheit sich zunutze machen werde, um mit irgendeinem Vorschlage hervorzutreten und auf diese Weise die Friedensstiftung zwischen Italien und der Türkei in seine Hände zu nehmen. Er telegraphiert deswegen Louis[8]), daß er sich unserer positiven Versicherung vergewissern müsse, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Verhandlungen über Fragen des Nahen Orients oder andere Fragen unter Umgehung Frank-

[1]) Wegen des Verhältnisses zu Deutschland vgl. Poincarés Antwort vom April 1912 auf den Bericht des französischen Botschafters in Berlin über deutsche Annäherungsversuche. („Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la guerre". B. I., Paris 1919.) Es heißt hier: „Wir (Frankreich) würden (durch eine Annäherung an Deutschland) die ganzen Vorteile jener Politik verlieren, die Frankreich seit langen Jahren verfolgt." — [2]) Beilage 2 (Seite 178). — [3]) Beilage 3 (Seite 178). — [4]) Beilage 4 (Seite 179). [5]) Beilage 5 (Seite 179). — [6]) Beilage 6 (Seite 180). — [7]) Beilage 7 (Seite 180). — [8]) Französischer Botschafter in Petersburg.

Digitized by Google

reichs geführt werden. Zu diesem Zweck soll Louis sich eine Allerhöchste Audienz erbitten." Um allen Überraschungen vorzubeugen, schlägt der französische Außenminister nun vor, Rußland, Frankreich und England, also die drei Ententemächte, sollten sich über ein gemeinsames Vorgehen zwecks Behandlung des italienisch-türkischen Krieges einigen[1]). In einem Geheimtelegramm vom 9. Juni 1912[2]), das wiederum hier zum erstenmal bekanntgegeben wird, nimmt Petersburg endlich zu den Befürchtungen Poincarés in Bezug auf Deutschland Stellung, und zwar in einer Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Was seine (Poincarés) Befürchtungen über die bevorstehende Zusammenkunft in den Schären anbetrifft, so lehne ich es entschieden ab, die von den Franzosen bekundete Nervosität zu verstehen, die nur dann erklärlich wäre, wenn in unseren gegenseitigen Beziehungen Veränderungen stattfänden, die die Festigkeit unseres Bündnisses zu erschüttern imstande wären. Unsererseits haben wir zu derartigen Befürchtungen keinerlei Anlaß gegeben und halten das von den Franzosen geäußerte Mißtrauen für vollkommen unbegründet und sogar gefährlich." Klarer kann nicht gesagt werden, daß die Gefühle des französischen Staatsmannes gegenüber Deutschland direkt geeignet waren, das Zusamenarbeiten der Mächte für den Frieden zu stören.

Dann beginnt der Streit um die Formel, auf die sich die Mächte untereinander einigen wollen, um auf sie gestützt hernach auf Konstantinopel und Rom einzuwirken. Auch hier weichen die Ansichten Sasonows wieder von denen Poincarés ab. Der russische Außenminister sträubt sich nämlich gegen die von Poincaré vorgeschlagene Erklärung, daß die Mächte ihre Uneigennützigkeit schriftlich bestätigen sollen, weil das von Deutschland und Österreich als beleidigendes Mißtrauen angesehen werden könnte[3]). Er erklärt sich ausdrücklich gegen eine Absonderung der drei Länder Frankreich, Rußland und England von Österreich und Deutschland. Als Poincaré auf seiner Ansicht verharrt, weist Sasonow in einer Depesche vom 18. Juni 1912[4]) ganz offen darauf hin, daß durch den von französischer Seite vorgeschlagenen Schritt „die Mächte in zwei entgegengesetzte Gruppen gespalten werden, während es durchaus wünschenswert erscheint, daß sich alle 5 Mächte an der Versöhnung Italiens beteiligen". Schließlich muß Paris nachgeben und sich von Petersburg nochmals eine Lehre gefallen lassen. Am 12. Juli 1912[5]) telegraphiert der Stellvertreter Sasonows an Iswolski: „Aus meinem gestrigen Gespräch mit dem französischen Botschafter trug ich den Eindruck davon, die französische Regierung befürchte, daß die unmittelbaren Verhandlungen der Türkei mit Italien, worüber Sie Sonntag einen Brief erhalten — (das Gerücht über sie bestätigt sich immer mehr) — zu einer einseitigen Vermittlung und (einem) Schritt Deutschlands führen könnten. Sie können Poincaré erklären, daß wir keine Hinweise darauf haben, daß Deutschland eine solche einseitige Vermittlung anstrebte. In den bisher mit Louis stattgefundenen Gesprächen wurden nur die zu uns gelangten Nachrichten erwähnt, daß Deutschland sich zugunsten unmittelbarer Verhandlungen zwischen der Türkei und Italien ausgesprochen habe." Wir fragen uns mit Recht nach den Gründen für die Haltung Poincarés, die so auffallend gegen Deutschland gerichtet war, daß man in Petersburg auf die Gefahren einer solchen Stellungnahme mit Nachdruck aufmerksam machen mußte. Warum diese lebhafte Angst vor einer deutschen Initiative im Hinblick auf den italienisch-türkischen Krieg? Die Erklärung gibt am klarsten eine bisher noch unveröffentlichte Depesche von Krupenski, dem russischen Vertreter in Rom, vom 16. Juli 1912, in der wir lesen: „Das Pariser Kabinett — fügte der Sekretär hinzu — sei durch diese Nachricht sehr besorgt, denn wenn es Deutschland gelingt, die Türkei von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich den italienischen Bedingungen zu fügen — was allein, wie Barrère glaubt, den Frieden möglich macht — werde es die Sympathien und die Dankbarkeit Italiens gewinnen[6])." Das ist es. Hier haben wir die ganze Erklärung. Poincaré fürchtet, von einem erfolgreichen Friedensschritt Deutschlands eine innere Stärkung des Dreibundes, eine neue Annäherung Italiens an Deutschland und Österreich. Das aber entsprach ganz und gar nicht seinen Absichten in Bezug auf Italien, die er nach einem vertraulichen Briefe Iswolskis vom 6. Juni 1912[7]) auf eine russische Anfrage hin folgendermaßen formuliert: „Was die Frage des formellen Austrittes Italiens aus dem Dreibund

[1]) Telegramm Sasonows vom 9. Juni 1912 an den russischen Botschafter in London. Beilage 8 (Seite 180). — [2]) Beilage 9 (Seite 180). — [3]) Telegramm Sasonows vom 13. Juni 1912 an Iswolski. Beilage 10 (Seite 181). — [4]) Beilage 11 (Seite 181). — [5]) Beilage 12 (Seite 181). [6]) Beilage 13 (Seite 181). — [7]) Beilage 14 (Seite 182).

Digitized by Google

anbelangt, so ist Poincaré mit Ihnen ganz einverstanden, daß kein Grund vorliege, ein solches Resultat zu erstreben, da dieses nur gefährliche Verwicklungen hervorrufen könne. Am besten wäre es, die jetzige Lage beizuhalten, da Italien ein hemmendes Element im Dreibund sei." Welch eine zielbewußte Politik entrollt sich hier vom ersten Augenblick an, da Poincaré ans Ruder kommt, vor unseren Augen! Sie ist entschlossen und angriffslustig gegen Deutschland gerichtet. Sie lehnt, wie wir sahen, nicht nur gemeinsame deutsch-französische Schritte ab, sondern tut vielmehr alles, um einerseits etwa mögliche diplomatische Schritte Deutschlands zu verhindern, und andererseits England, Rußland und Frankreich in schroffen Widerspruch zu den Mittelmächten zu bringen. Sie stellt von Anfang an ein beunruhigendes Element in Europa dar, denn sie geht darauf aus, die bestehenden Gegensätze nicht nur nicht zu überbrücken, sondern sie nach Kräften zu verschärfen, ja, sie auch in solche Fragen hineinzutragen, wo sie bei einigem guten Willen umgangen werden können.

Jedoch die Tatkraft Poincarés entfaltete sich nicht allein auf diplomatischem Gebiete; sie griff sehr früh auch auf das militärische über. Hier fehlen uns leider einstweilen in vielen Punkten die Belege, so daß wir die geheimen Wege des Außenministers nicht genau verfolgen können, aber aus einzelnen Anzeichen läßt sich doch so manches schließen[1]). Im Frühjahr des Jahres 1912, also wenige Monate nach dem Amtsantritt Poincarés, vollziehen sich plötzlich in Rußland in Bezug auf die militärischen Anordnungen große Veränderungen[2]). Wir wissen aus den Dokumenten, die während des Krieges in unsere Hände gefallen sind, daß dort am 6. März 1912 auf der Beratung der Kommandierenden der Truppen und der Stabschefs der Militärbezirke beschlossen wurde, den Mobilmachungsplan für den Kriegsfall, der bisher galt, aus einem defensiven in einen offensiven zu verwandeln. Dabei richtete sich die Spitze in erster Linie gegen Deutschland, denn am 11. April erhält der Kommandierende der Truppen im Warschauer Bezirk die Weisung, „daß bei Ankündigung der allgemeinen Mobilisation der Bezirke des europäischen Rußlands im Falle politischer Verwicklungen an den Westgrenzen das Mobilisationstelegramm als Allerhöchster Befehl für die Eröffnung der Kriegstätigkeit gegen Österreich und Deutschland zu gelten hat". Wie weit diese tiefgreifende Neuerung im Einverständnis mit Frankreich erfolgte, entzieht sich einstweilen noch unserer Beurteilung, aber wir wissen, daß gerade in den Tagen, da sie durchgeführt wurde, das französische Kabinett, dessen Vorsitz Poincaré führte, in engste Fühlungnahme mit dem Höchstkommandierenden der russischen Armee, dem Großfürsten Nikolai Nikolaijewitsch zu treten suchte. Aus einem Telegramm Sasonows an Iswolski vom 11. März 1912[3]), das wiederum hier zum ersten Male mitgeteilt wird, geht hervor, daß der französische Vertreter in Petersburg eine offizielle Einladung für den genannten Großfürsten unterbreitet hat und zwar, was hier besonders ins Gewicht fällt, zu den bevorstehenden Manövern im Mai 1912. Russischerseits zeigt man sich nicht so eifrig, denn man bittet gleich um Aufschub und am 20. April[4]) meldet Sasonow eine Erkrankung des Großfürsten, die sein Kommen erst im Herbst möglich mache, was die französische Regierung nach einem Brief Iswolskis vom 25. April 1912 „sehr bedauerte"[5]).

Wenige Wochen später hatten jedoch die leitenden Männer in Paris Gelegenheit, den Chef des russischen Marinestabes, Fürst Lieven zu äußerst wichtigen und erfolgreichen Verhandlungen bei sich zu sehen. Am 16. Juli[6]) kam als Ergebnis dieser Verhandlungen eine Marinekonvention zwischen Frankreich und Rußland zustande, die genaue Abmachungen über das Zusammenwirken der Flotten beider Länder für den Kriegsfall und über die Vorbereitungen zu einem solchen Zusamenwirken enthielt. Nach einem Berichte Iswolskis vom 18. Juli 1912[7]) erklärte sich Frankreich damals bereit, um einen Druck auf die Flotten Österreichs, Deutschlands und Italiens auszuüben, noch zu Friedenszeit die Konzentrierung seiner Seestreitkräfte im Mittelmeer mehr nach Osten zu verlegen, d. h. nach Bizerta, und in den Augen des Fürsten Lieven ist dieses Zugeständnis ein russischer Sieg, der mit keinerlei Gegenleistungen bezahlt wurde. So groß also war der Eifer des Ministeriums Poincaré, militärische Kriegsvorbereitungen gegen die Mittelmächte zu treffen. Man sieht jedenfalls: die aggressive Haltung auf diplomatischem Gebiet wurde gut fundiert.

---

[1]) **Als diese Zeilen bereits in Druck waren, bekamen wir die drei Protokolle über die Beratungen der Generalstabschefs der Russischen und Französischen Armee, die wir am Schlusse dieses Heftes veröffentlichen. [D. Schriftl.]** — [2]) Robert Hoeniger: Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, Berlin 1919, S. 5 ff. — [3]) Beilage 15 (Seite 183). — [4]) Beilage 16 (Seite 184). — [5]) Beilage 17 (Seite 184). — [6]) Beilage 18 (Seite 184). — [7]) Beilage 19 (Seite 184).

Digitized by Google

Beilagen.

1. Auszug aus: Un Livre noir, Paris 1922, Librairie du Travail, S. 192 f.

Brief des Hofmeisters Iswolski. Paris 2./15. Februar 1912.

Berichtet über die Verhandlungen im französischen Senat über den Marokkovertrag. „Einer der Senatoren der Rechten, Jenouvrié, hat öffentlich von der Tribüne aus den Ihnen bekannten Beschuldigungen gegen Caillaux wiederholt, er habe Deutschland vorgeschlagen, beim Bau der Bagdadbahn mizuwirken, deutsche Werte auf dem Pariser Markt zuzulassen, Deutschland das Präsidium in der Kommission der ottomanischen Schuld zu überlassen und endlich ein allgemein politisches Abkommen abzuschließen unter Schädigung des Bündnisses mit Rußland und der Entente mit England. Diese offenbar übertriebenen Vorwürfe machten keinen sonderlichen Eindruck und der Senat lehnte ab, die Untersuchung der Haltung Caillaux einer besonderen Kommission zu übertragen. Auch Clémenceaus mit Spannung erwartete Rede hat keinen großen Erfolg gehabt, wohl aber Poincarés, speziell weil er ausführte, daß die Verständigung mit Deutschland keine Wandlung in der auswärtigen Politik Frankreichs herbeiführen werde. Wenn eine Regierung je so verblendet sein sollte, sich vom Programm der Alliance und Entente zu entfernen, würde sie sofort durch die Entrüstung der allgemeinen Meinung zu Fall gebracht werden."

Durch die Abstimmung des Senats seien die 7 Monate der Marokkokrisis tatsächlich zum Abschluß gelangt, und das sei für Frankreich sehr vorteilhaft. Die Erklärung der Gegner der Regierung, daß der Vertrag Fallen enthält, die zu neuen Verwicklungen mit Deutschland führen könnten, bedeute nichts, denn dasselbe lasse sich von jedem internationalen Vertrage sagen. Besonders wichtig für Frankreich ist, daß es in dieser Affäre, mit Hilfe seiner Bundesgenossen und Freunde nicht nur einen materiellen, sondern auch einen moralischen Erfolg errungen hat. In dieser Hinsicht ist der Kontrast zwischen den Krisen von 1905 und 1911 besonders groß. Ich erinnere mich aus diesem Anlaß, daß bald nach Algeciras Kaiser Wilhelm im Gespräch mit mir den folgenden, mich sehr frappierenden Gedanken aussprach: ‚Die Frage Elsaß-Lothringen ist endgültig liquidiert, denn Frankreich hat den ihm eben vorgeschlagenen Zweikampf abgelehnt und sich allen Folgen des Frankfurter Vertrages unterworfen.' Jetzt, nach den Ereignissen des letzten Sommers, wird Kaiser Wilhelm diesen Gedanken aufgeben müssen, denn, wie ich Ihnen mehrfach geschrieben habe, hat Frankreich sich ohne Zweifel entschlossen gezeigt, vor einer Verteidigung seiner Rechte und Interessen mit den Waffen nicht zurückzuschrecken. Diese Stimmung ging wie ein roter Faden durch alle Reden, die bei Besprechung der Vereinbarung in beiden Häusern gehalten worden sind, und damit wird bei der Entscheidung von Mißverständnissen mit Deutschland, die auftauchen könnten, zu rechnen sein. Mir ist aus überaus zuverlässigen Quellen bekannt, daß trotz der glücklichen Beendigung der Marokkokrisis in den hiesigen militärischen Sphären für den Frühling neue internationale Verwicklungen erwartet werden, und daß das Kriegsministerium fortfährt, sich tätig für militärische Aktionen in nächster Zukunft vorzubereiten."

2. Auszug aus: Un Livre Noir, S. 181.

Geheimes Telegramm des Hofmeisters Iswolski. Paris, den 4./17. Januar 1912. Nr. 4.

Poincaré hat mir heute bestätigt, daß er es aus den in meiner gestrigen Depesche dargelegten Gründen für untunlich hält, Ihren Vorschlag bezüglich des gemeinsamen Vorgehens Frankreichs und Deutschlands anzunehmen. Er ist bereit, sich entweder einer kollektiven Aktion aller Mächte oder der Idee anzuschließen, die ausführende Rolle einer der kleineren Mächte, z. B. Holland, zu übertragen. Nach den heute von Bompard eingegangenen Nachrichten sind zurzeit wenig Aussichten auf Erfolg irgendeiner Einwirkung in Konstantinopel vorhanden. Er hält es aber für sehr nützlich, den Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten fortzusetzen und einen „modus procedendi" (Art des Verfahrens) festzusetzen, um die erste günstige Gelegenheit zur Vermittlung zu benutzen.

Auszug aus: Un Livre Noir, S. 195.

Brief Iswolskis. 15./28. Februar 1912.

Er hat das Memorandum, das dem Briefe Sasonows vom 9. Februar Nr. 81 angeschlossen war, Poincaré überreicht, der durch ein Telegramm von Louis bereits unterrichtet war. Er

Digitized by Google

sagte, daß er für den Fall der Einmütigkeit der Mächte sich nicht ausschließen wolle, aber befürchte, daß der vorgeschlagene modus procedendi Ungelegenheiten und sogar Gefahren nach sich ziehen könne. Italien könne auf die von den Kammern einmütig angenommene Annexion von Tripolis und Kyrenaika nicht verzichten und sich höchstens zur Anerkennung der geistlichen Oberhoheit des Sultans und zu einer Geldentschädigung verstehen. Damit werde die Türkei sich nicht zufrieden geben. Der türkische Senator Bostoni, Vorsitzender der türkischen Gruppen der interparlamentarischen Arbitrage, sei Poincaré durch den türkischen Botschafter vorgestellt worden. Bostoni sagte, daß Regierung und Parlamentarier den Frieden wünschten, aber nur unter den folgenden Bedingungen: unbedingte Behauptung der türkischen Souveränität, äußerstenfalls Anerkennung des status quo, d. h. der italienischen Okkupation der Häfen von Tripolis, keineswegs aber in Kyrenaika und im Hinterlande von Tripolis. Es sei daher zu befürchten, daß Deutschland, wenn es das Minimum der Forderungen Italiens kenne, sich von den Mächten trennen werde, sobald es sich um einen Druck auf die Türkei handle. Poincaré schlägt daher vor, den Sasonowschen Antrag dahin zu korrigieren: daß gleichzeitig und kollektiv in Rom und in Konstantinopel Erkundigungen über die äußerste Grenze der gegenseitigen Zugeständnisse eingezogen werden, und daß die Mächte danach unter einander darüber beraten, wie man die beiderseitigen Bedingungen in Einklang bringen kann.

Iswolski an Sasonow. **Paris, den 18. Februar/2. März 1912. Nr. 26.** 4.

Neues Dokument I.

Nr. 316 erhalten. Ihr Memorandum, das mit dem Rundreisekurier abgefertigt wurde, ist offenbar Sonnabend in Berlin eingetroffen, hier erst am Montag. Ich konnte Poincaré erst Mittwoch sehen und ihm das Memorandum überreichen. Man muß annehmen, daß Louis nicht ganz genau, und vielleicht nicht ganz unparteiisch den Inhalt Ihrer vorläufigen Erläuterungen hier wiedergegeben hat. Ich wage zu glauben, daß, wenn Poincaré von diesen Erläuterungen nicht durch Louis, sondern durch mich erfahren hätte, es mir wahrscheinlich geglückt wäre, das jetzige Mißverständnis zu verhüten. Poincaré, mit dem ich soeben sehr bestimmt gesprochen habe, bleibt dabei, daß der von Ihnen vorgeschlagene modus procedendi wesentliche Mängel hat. Er hat Nachrichten, daß auch das Londoner Kabinett für gleichzeitige Schritte in Rom und Konstantinopel eintritt; trotzdem will er nicht auf seiner Auffassung bestehen, und wenn Ihr Vorschlag in London angenommen wird, sich ihm anschließen. Er versprach, sofort in diesem Sinn nach London zu telegraphieren.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre (Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin 1921), S. 508. 5.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1912. Nr. 90.

Poincaré hat mir gesagt, daß man aus den Telegrammen Barrères und den Worten Tittonis schließen kann, daß die italienische Regierung sich zwar nicht zugunsten einer Konferenz ausspricht, die Möglichkeit einer solchen jedoch nicht ausschließt. Bompard telegraphiert aus Konstantinopel, der türkische Ministerrat habe beschlossen, nur dann seine Zustimmung zu einer Konferenz zu geben, wenn deren Ergebnis im voraus festgelegt sein wird, wobei die Türkei die Zurückerstattung von Kyrenaika fordern und in Tripolis nur ein Zivilprotektorat Italiens zulassen wird. Poincaré glaubt, daß man unter diesen Umständen nicht einen formellen Vorschlag machen könne. Immerhin ist er der Ansicht, daß Rußland, Frankreich und England diese Frage untereinander besprechen müssen, um sich über alle Einzelheiten zu einigen und bereit zu sein, im günstigen Augenblicke mit ihrem Konferenzvorschlag hervorzutreten, da er vor allem befürchtet, daß Kaiser Wilhelm eine solche Initiative unerwartet ergreifen wird. Er persönlich glaubt, daß das Programm der Konferenz sich auf den italienisch-türkischen Konflikt beschränken müßte und daß sogar die Inselfrage ausgeschaltet werden sollte. Er gibt die gefährlichen Seiten des Zusammentritts einer Konferenz zu, sieht jedoch keinen anderen Ausweg. Er ist sehr besorgt, daß Italien in nächster Zeit Mytilene und Chios besetzen wird, was die ganze Lage erschweren und die Türkei veranlassen würde, die Dardanellen wieder zu schließen. Er hat deshalb Tittoni gesagt, Italien sollte in einem solchen Falle von sich aus den Mächten erklären, daß es keine Aktion gegen die Dardanellen beabsichtige, um auf diese Weise der Türkei jeden Vorwand zu nehmen, die Meerengen zu schließen.

Digitized by Google

6. Neues Dokument II. **Iswolski an Sasonow. Paris, 23. Mai/5. Juni 1912. Nr. 95.**

Ich erhielt Ihr Telegramm Nr. 1062.

Persönlich. — Ich unterrichtete Poincaré vertraulich, der mir gegenüber äußerte, daß die französische Regierung zu sehr von der Festigkeit der Bande überzeugt sei, die uns mit Frankreich verbinden, als daß die bevorstehende Zusammenkunft[1]) ihm irgendwelche Besorgnisse einzuflößen vermöchte, daß aber die französische Öffentlichkeit unter den gegenwärtigen Umständen ihretwegen ohne Zweifel überaus besorgt werden würde. Er zweifelt daran, daß es ihm gelingen könnte, diese Besorgnisse durch Einwirkung auf die Presse zu schwächen, und nach seiner Meinung wäre das einzige Korrektiv, wenn auch ein nicht sehr wirksames, ein gleichzeitiger und vollkommen genauer Hinweis auf den Zeitpunkt seines, Poincarés, Eintreffens in Petersburg. Aus der Unterhaltung gewann ich den Eindruck, daß Poincaré über das bevorstehende Ereignis, das zweifellos in weitgehendstem Maße von den Feinden der Triple-entente ausgenutzt werden wird, überaus besorgt ist. Genaueres brieflich mit dem morgigen Kurier.

7. Neues Dokument III. **Iswolski an Sasonow. Paris, 25. Mai/7. Juni 1912. Nr. 97.**

Im Gespräche mit Poincaré sagte ich ihm, daß die Zusammenkunft in den Schären ohne Zweifel und nach den früheren Beispielen nicht einen politischen, sondern einen vollkommen privaten und familiären Charakter haben wird, was ihn bis zu einem gewissen Grade beruhigt. Jetzt telegraphiert George Louis, daß der Kanzler Kaiser Wilhelm begleiten werde und Sie den Kaiser. Das versetzte Poincaré in höchstgradige Unruhe, da er davon überzeugt ist, daß unter diesen Umständen und angesichts der gespannten internationalen Lage der Zusammenkunft überall eine außerordentliche politische Bedeutung beigemessen werden wird. Er befürchtet ferner, daß Kaiser Wilhelm die Gelegenheit sich zunutze machen werde, um mit irgendeinem Vorschlage hervorzutreten und auf diese Weise die Friedensstiftung zwischen Italien und der Türkei in seine Hände zu nehmen. Er telegraphiert deswegen Louis, daß er sich unserer positiven Versicherung vergewissern müsse, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Verhandlungen über Fragen des Nahen Orients oder andere Fragen unter Umgehung Frankreichs geführt werden. Zu diesem Zwecke solle Louis sich eine Allerhöchste Audienz erbitten. Das sei, seiner Ansicht nach, um so notwendiger, als Frankreich seit Beginn der gegenwärtigen Komplikationen seinerseits in allerengster Fühlungnahme mit uns gehandelt habe und auf seine Initiative hin das St. Petersburger und das Pariser Kabinett die Besprechung verschiedener Zufallsmöglichkeiten begonnen hätten, die im Zusammenhange mit den oben genannten Komplikationen entstehen könnten. Ferner hält Poincaré, um jeden Versuch Kaiser Wilhelms, die Initiative zu ergreifen, zu vereiteln, es für notwendig, schon jetzt zwischen Rußland, Frankreich und England alle Einzelheiten der künftigen gemeinsamen Handlungen festzulegen, z. B. beizeiten zu verabreden, daß, wenn die Konferenz zustande kommt, ihr Programm streng auf die Tripolis- und Kyrenaika-Frage beschränkt bleiben wird. Eine Bekanntmachung einer derartigen Verabredung der drei Mächte könnte auch in England die Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grade beruhigen. Diese Gedanken beabsichtigt Poincaré auch dem Londoner Kabinett mitzuteilen.

8. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 511.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London 27. Mai/9. Juni 1912.

Poincaré schlägt vor, Rußland, Frankreich, und England sollten sich über ein gemeinsames Vorgehen zwecks Beendigung des Italienisch-Türkischen Krieges einigen. Ich habe geantwortet, daß ich diesem Gedanken zustimme.

9. Neues Dokument IV. **Geheimtelegramm Sasonows an Iswolski. Moskau, 27. Mai/9. Juni 1912. Nr. 117.**

Erhielt das Telegramm Nr. 97.

Der Vorschlag Poincarés, zwischen uns, Paris und London eine Gemeinsamkeit der Handlungen zwecks Beendigung des Italienisch-Türkischen Krieges herbeizuführen, entspricht voll-

[1]) Zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren.

Digitized by Google

kommen unseren Wünschen. Ich höre nicht auf, darauf hinzuweisen, daß es notwendig sei, daß wir uns über diesen Gegenstand wie auch über alle wichtigsten Fragen der internationalen Politik, hinsichtlich deren wir unveränderlich eine Einmütigkeit mit Frankreich aufrechterhalten wollen, zu verständigen suchen. Belieben Sie, dem Minister des Äußern mitzuteilen, daß ich mich freue, daß er sich unserem Standpunkte anschließt und daß ich bereit bin, mit ihm in den vorgeschlagenen Meinungsaustausch einzutreten. — Was seine Befürchtungen über die bevorstehende Zusammenkunft in den Schären anbetrifft, so lehne ich es entschieden ab, die von den Franzosen bekundete Nervosität zu verstehen, die nur dann erklärlich wäre, wenn in unseren gegenseitigen Beziehungen Veränderungen stattfänden, die die Festigkeit unseres Bündnisses zu erschüttern imstande wären. Unsererseits haben wir zu derartigen Befürchtungen keinerlei Anlaß gegeben und halten das von den Franzosen geäußerte Mißtrauen für vollkommen unbegründet und sogar gefährlich.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 514. 10.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 31. Mai/13. Juni 1912.

Ich beeile mich, Ihnen einige Erwägungen hinsichtlich des Vorschlages zukommen zu lassen, den mir der französische Botschafter gemacht hat. Wir finden die von Poincaré vorgeschlagene Formel annehmbar mit Ausnahme der Worte: „Die Mächte müssen vor allem... ihre Uneigennützigkeit schriftlich bestätigen". Dies ist kaum praktisch durchführbar und könnte von Deutschland und Österreich als ein beleidigendes Mißtrauen ihnen gegenüber aufgefaßt werden. Wir finden überhaupt, daß Rußland, Frankreich und England natürlich gemeinsam vorgehen müssen, daß sie aber ihre Absonderung von den beiden genannten Mächten nicht betonen sollten, da wir uns doch an ihre Mitwirkung werden wenden müssen.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 515. 11.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 5./18. Juni 1912. Nr. 1146.

Der französische Botschafter hat mir die neue Formel Poincarés mitgeteilt. Ich habe geantwortet, daß ich nach wie vor die Worte, die sich auf die Uneigennützigkeit beziehen, nicht annehmen kann. Rußland hat bereits in der Tat bewiesen, daß es den jetzigen Krieg nicht zur Erreichung irgendwelcher eigennütziger Ziele benutzen will, aber die Unterzeichnung eines internationalen Aktes würde sowohl von der russischen öffentlichen Meinung, als auch in den slawischen Staaten so aufgefaßt werden, als ob Rußland in Zukunft auf seine Jahrhunderte alte Politik auf dem Balkan verzichtet. Außerdem verstehe ich nicht, weshalb der französische Außenminister glaubt, daß ein derartiges Vorgehen einen Friedensschluß erleichtern wird. Mir scheint im Gegenteil, daß die Mächte durch einen solchen Schritt in zwei entgegengesetzte Gruppen gespalten werden, während es durchaus wünschenswert erscheint, daß sich alle fünf Mächte an der Versöhnung Italiens beteiligen.

Neratow an Iswolski. St. Petersburg, 29. Juni/12. Juli 1912. Nr. 1302. 12. Neues Dokument V.

Aus meinem gestrigen Gespräch mit dem französischen Botschafter trug ich den Eindruck davon, die französische Regierung befürchte, daß die unmittelbaren Verhandlungen der Türkei mit Italien, worüber Sie Sonntag einen Brief erhalten, — (das Gerücht über sie bestätigt sich immer mehr) — zu einer einseitigen Vermittlung und (einem) Schritt Deutschlands führen könnten. Sie können Poincaré erklären, daß wir keine Hinweise darauf haben, daß Deutschland eine solche einseitige Vermittlung anstrebt. In den bisher mit Louis stattgefundenen Gesprächen wurden nur die zu uns gelangten Nachrichten erwähnt, daß Deutschland sich zugunsten unmittelbarer Verhandlungen zwischen der Türkei und Italien ausgesprochen habe.

Depesche Krupenskis. Rom, 3./16. Juli 1912. Nr. 22. 13. Neues Dokument VI.

Der 1. Sekretär der französischen Botschaft, der zeitweilig seinen Chef vertritt, der im Gebirge wohnt und nur von Zeit zu Zeit nach Rom kommt, hat mich im Auftrage Barrères aufgesucht und mir Folgendes mitgeteilt: Herr Barrère hat aus Paris ein Telegramm des fran-

Digitized by Google

zösischen Botschafters in Petersburg zugestellt erhalten, in welchem Louis seiner Regierung sein Gespräch mit Sasonow mitteilt. In diesem Telegramm gibt Louis die Worte des Ministers folgendermaßen wieder: „Sans qu'on me l'ait dit expressément" — sagte Sasonow — „j'ai maintenant la certitude que l'Allemagne avec l'assentiment du Cabinet de Rome agit auprès des deux belligérants (d. h. in Konstantinopel und Rom) pour les amener à s'entendre directement et elle espère arriver ainsi seule à déterminer la conclusion de la paix." Das Pariser Kabinett — fügte der Sekretär hinzu — sei durch diese Nachricht sehr besorgt, denn wenn es Deutschland gelingt, die Türkei von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich den italienischen Bedingungen zu fügen — was allein, wie Barrère glaubt, den Frieden möglich macht — werde es die Sympathien und die Dankbarkeit Italiens gewinnen.

Der Fürst di Scalen, Unterstaatssekretär des Ministers des Auswärtigen für das Parlament, wußte gleichfalls nichts, sagte aber, daß von Anbeginn des Krieges Deutschland in Konstantinopel wie in Rom zum Frieden geraten habe. Der italienische Geschäftsträger in Petersburg habe über das Gespräch Turkhan P. mit Sasonow berichtet. Turkhan habe dem Minister eine Denkschrift vorgelesen, die dem Wunsch der Türkei nach Frieden Ausdruck gab, als aber in der Denkschrift das Wort „suzeraineté" gebraucht wurde, hielt Sasonow den Vorleser an und sagte, daß diese Forderung den Frieden unmöglich mache. Marquis Torrette fügte hinzu, er sei überzeugt, daß Deutschland den Frieden wünsche, wisse aber nichts Bestimmtes.

„Als ich den deutschen Botschafter, mit dem ich seit langer Zeit befreundet bin, fragte, ob er etwas von den Schritten wisse, die Deutschland für den Frieden gemacht habe, antwortete Herr Jagow, er habe Nachricht, daß zwischen der Türkei und Italien durch Vertrauenspersonen Gespräche stattfänden, ‚aber wir sind nicht dabei', fügte er hinzu, ‚obgleich wir immer zum Frieden geraten haben und es sogar für möglich halten, daß die Türkei Lybien einem dritten vorgeschobenen Kabinett oder einem arabischen Häuptling abtritt.'"

Krupenski ist danach am 13. Juli nach Anticoli gefahren, wo San Giuliano zur Kur ist, und erhielt von ihm dieselbe Antwort wie von Jagow. Die Unterhandlungen gingen auf den Mailänder Bankier Volpi zurück, der lange einen einflußreichen finanziellen Posten in Konstantinopel einnahm, der vor einigen Monaten auf eigene Gefahr in Konstantinopel Friedensverhandlungen anknüpfte, die ohne Resultat blieben. Volpi, sagte San Guiliano, sei sehr klug, freilich moralisch nicht ganz unanfechtbar. Er habe nun der italienischen Regierung vorgeschlagen, mit einem Vertrauensmann der Türkei — dessen Namen der Minister nicht nannte — in der Schweiz in Verhandlung zu treten. Das römische Kabinett ging darauf ein und beauftragte den Abgeordneten Fusindto, Mitglied des Haager Schiedshofes, an der Verhandlung teilzunehmen.

Die Verhandlungen würden nächster Tage beginnen und einen ganz inoffiziellen Charakter tragen.

P. S. Er hat soeben das Telegramm Sasonows oder Neratows vom 2./15. Juli erhalten, das über das Gespräch Bompards mit dem Großvezir berichtet und die Punkte herzählt, auf welche die Pforte bereit ist, Frieden zu schließen: 1. Autonomie der afrikanischen Provinzen unter einem mohammedanischen Oberhaupt. 2. Souveränität Italiens über 2 Häfen. 3. Einführung von Reformen in der neuen Provinz. 4. Anwesenheit italienischer Truppen bis zur Ausführung der Reformen.

Krupenski zweifelt nicht daran, daß diese Bedingungen für Italien unannehmbar sind. Es sei wohl möglich, daß Bollati gesagt habe, daß sie „donnent un peu d'espoir", das bedeute aber wohl nur, daß die Pforte nicht mehr ganz so unversöhnlich sei, wie früher.

14. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 467 ff.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Nach Empfang Ihres vertraulichen Briefes vom 17./30. Mai habe ich Poincaré zu einer Aussprache über die französisch-italienischen Beziehungen veranlaßt. Ich habe versucht festzustellen, ob das Gerücht, daß das Abkommen vom Jahre 1902 abgelaufen ist und zwischen

Digitized by Google

Frankreich und Italien Schwierigkeiten hinsichtlich der Erneuerung dieses Abkommens entstanden sind, der Wirklichkeit entspricht. Ich habe hierbei darauf hingewiesen, wie wenig eine Erkältung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien und die Rückkehr des letzteren zum Dreibund den Interessen der drei Ententemächte entspricht, und auch angedeutet, daß wir bereit wären, Frankreich unsere guten Dienste anzubieten.

Poincaré hat auf das bestimmteste erklärt, daß das Abkommen des Jahres 1902 an keine Frist gebunden ist. Wenn uns der Wortlaut dieses Abkommens nicht mitgeteilt worden ist, so ist es nur deshalb nicht geschehen, weil Frankreich es ohne Einwilligung Italiens nicht tun kann. Aber der Inhalt des Abkommens sei uns bekannt. Es enthält eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeer. Seiner Natur nach ist also das Abkommen ein unbefristetes. Eine praktische Folge dieses Abkommens ist ferner der Verzicht der Konzentrierung der französischen und italienischen Armee an der französisch-italienischen Grenze. Sollte Italien aus irgendeinem Anlasse eine Änderung in der bestehenden Lage herbeiführen wollen, so würde dies einen unfreundlichen Akt Italiens Frankreich gegenüber bedeuten. Aber glücklicherweise ist hiervon keine Rede. Sodann zum allgemeinen Charakter der jetzigen Beziehungen zwischen Italien und Frankreich übergehend, hat Poincaré auf das bestimmteste betont, daß die Regierungen beider Länder durchaus nicht von der öffentlichen Meinung beeinflußt wären, und daß die letzten Ereignisse das gute Einvernehmen zwischen ihnen in keiner Weise gestört hätten. Barrère habe in letzter Zeit diesbezügliche Zusicherungen von seiten der italienischen Regierung erhalten. Dies gelte auch für die französische Regierung, und wenn Frankreich, durch die Pflichten der Neutralität gebunden, nicht immer die Möglichkeit habe, seine freundschaftlichen Gefühle Italien gegenüber zum Ausdruck zu bringen, so werde es doch nicht verfehlen, Italien die tatkräftigste Unterstützung zuteil werden zu lassen, sobald die Friedenskonferenz zusammengetreten sein wird.

‚Übrigens', fügte er hinzu, ‚habe ich Grund zur Annahme, daß Italien von der Freundschaft Frankreichs fest überzeugt ist und daß gerade jetzt die italienische Regierung Rußland und Frankreich für seine besten Freunde hält und von ihnen viel mehr als von seinen Bundesgenossen Hilfe erwartet.'

Was die Frage des formellen Austrittes Italiens aus dem Dreibund anbelangt, so ist Poincaré mit Ihnen ganz einverstanden, daß kein Grund vorliege, ein solches Resultat zu erstreben, da dieses nur gefährliche Verwicklungen hervorrufen könne. Am besten wäre es, die jetzige Lage beizubehalten, da Italien ein hemmendes Element im Dreibunde sei. Immerhin dürfe Frankreich nicht vergessen, daß Italien der uns gegenüberstehenden politischen Kombination angehört. Deshalb müsse die französische Regierung darauf bedacht sein, daß Italien im Mittelmeere nicht die Vorherrschaft zufällt. Bei dem jetzigen Kräfteverhältnis der Flotte genügt eine einfache Mobilisation der französischen Seestreitkräfte, um einen jeglichen feindlichen Versuch von seiten Italiens unmöglich zu machen. ‚Sie können überzeugt sein,' sagte er mir mit besonderer Betonung, ‚daß Frankreich fest entschlossen ist, auch in Zukunft das Übergewicht über Italien im Mittelmeer zu behaupten.' Diese Erklärungen Poincarés entsprechen nicht ganz den von unserem Geschäftsträger in Rom mitgeteilten Informationen. Ich habe aber keinen Grund, an der Aufrichtigkeit Poincarés zu zweifeln, welcher, wenn er auch oft eine unnötige Schroffheit und Geradlinigkeit an den Tag legt, mir jedoch niemals Anlaß gegeben hat, an seiner Wahrheitsliebe zu zweifeln. Außerdem scheint mir, daß in letzter Zeit sich die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, und persönlich zwischen Poincaré und Tittoni, bedeutend gebessert haben.

Sasonow an Iswolski. St. Petersburg, 27. Februar/11. März 1912. 15. Neues Dokument VII

Der französische Botschafter übergab im Namen seiner Regierung eine offizielle Einladung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zu den im Mai in Frankreich bevorstehenden Manövern. Seine Majestät der Kaiser geruhte Allerhöchst zu genehmigen, daß der Großfürst die Einladung annehme, wovon ich offiziell die hiesige französische Botschaft in Kenntnis setzte. In jedem Falle halte ich es für meine Pflicht, Sie zu benachrichtigen, daß der Großfürst wahrscheinlich am 12. Mai alten Stils in Moskau weilen muß und daß es deshalb erwünscht ist, daß die Manöver nicht in diese Zeit fallen.

Digitized by Google

16. Neues Dokument VIII. **Sasonow an Iswolski.** St. Petersburg, 7./20. April 1912. Nr. 713.

Großfürst Nikolai Nikolajewitsch ist seit einigen Wochen bereits krank, hofft aber, sich zu erholen, um die Fahrt nach Frankreich zu unternehmen.

Jetzt hat Er mich davon in Kenntnis gesetzt, daß nach Meinung der Ärzte Sein Gesundheitszustand vollkommen die Möglichkeit einer Reise ausschließe, und daher ist Er mit aufrichtigem und großem Bedauern genötigt, auf Seine Anwesenheit bei den französischen Manövern im Mai zu verzichten. Nichtsdestoweniger legt Seine Kaiserliche Hoheit großen Wert auf die Möglichkeit, von der Einladung der französischen Regierung Gebrauch zu machen, und bittet zu erfahren, ob die geplante Reise nicht auf die letzte Hälfte des Oktober verlegt werden kann.

Belieben Sie, sich über den Inhalt dieses Telegramms mit der Regierung der Republik zu verständigen und über das Erfolgte zu telegraphieren.

17. Auszug aus: Un Livre noir, S. 243.

Aus einem Brief des Hofmeisters Iswolski. Paris, 12./25. April 1912.

Die Erregung über die Aktion Italiens vor den Dardanellen habe zu der von Rom aus geschickt ausgesprengten Überzeugung geführt, daß Italien im Einvernehmen mit Rußland handle. Er habe Poincaré darüber beruhigt, aber ein offizielles Dementi sei sehr zu wünschen.

Der Rest des Briefes betrifft die Bemühungen Frankreichs um Öffnung der Dardanellen und bekannte Nachrichten über die Unruhen in Marokko und die nicht vorwärts schreitenden Verhandlungen mit Spanien, an deren schließlichen Erfolg Poincaré trotz allem glaube.

Die französische Regierung bedauert sehr, daß die für den Mai geplante Reise des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nach Paris auf den russischen Oktober verschoben ist.

18. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 145.

Marinekonvention.

Art. 1. In allen Fällen, in denen die Allianz das gemeinsame Vorgehen der Landarmeen vorsieht und festsetzt, werden die Seestreitkräfte Frankreichs und Rußlands zusammenwirken.

Art. 2. Die Zusammenwirkung der Seestreitkräfte wird schon im Frieden vorbereitet.

Zu diesem Zwecke werden die Generalstabschefs der beiden Marinen schon jetzt ermächtigt, direkt miteinander zu korrespondieren, alle Aufschlüsse auszutauschen, alle Kriegsmöglichkeiten zu studieren, alle strategischen Programme zu vereinbaren.

Art. 3. Die Generalstabschefs der beiden Marinen konferieren persönlich wenigstens einmal im Jahre; sie werden ein Protokoll über ihre Konferenzen aufnehmen.

Art. 4. Betreffs der Dauer, der Wirksamkeit und der Geheimhaltung wird das gegenwärtige Abkommen dem Militärabkommen vom 17. August 1892 und den folgenden Übereinkommen angepaßt.

Paris, den 16. Juli 1912.

19. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 146.

Bericht Iswolskis an Sasonow. Paris, den 5./18. Juli 1912.

... Fürst Lieven[1]) teilte mir mit, daß nach seiner Überzeugung der Gedankenaustausch zu Resultaten geführt hat, die für uns überall günstig sind, und zwar hatte der Chef des französischen Marinestabs vollkommen die Notwendigkeit eingesehen, uns im Interesse beider Verbündeter die Aufgabe der Herrschaft über das Schwarze Meer zu erleichtern, nämlich durch einen entsprechenden Druck auf die Flotten unserer möglichen Gegner, d. h. hauptsächlich Österreichs und vielleicht auch Deutschlands und Italiens.

Zu diesem Zwecke erklärt Frankreich sich bereit, noch zu Friedenszeit die Konzentrierung seiner Seestreitkräfte im Mittelmeer mehr nach Osten zu verlegen, d. h. nach Bizerta. Diesen Entschluß, der ganz klar im Protokoll zum Ausdruck gebracht ist, hält Fürst Lieven für einen um so größeren Sieg für uns, als er von keinerlei Verpflichtungen von unserer Seite bedingt ist.

Überhaupt spricht sich Fürst Lieven sehr lobend über die Zuvorkommenheit, Geradheit und Aufrichtigkeit aus, der er bei seinen französischen Kollegen begegnete.

[1]) Russischer Admiral und Chef des russischen Marinestabes.

Digitized by Google

II. Die erste Reise nach Rußland.

Am 12. Juni 1912, also schon geraume Zeit vor dem Abschluß der französisch-russischen Marine-Konvention, brachte „Echo de Paris" die Mitteilung, daß Poincaré beabsichtigte, eine Reise nach Rußland zu unternehmen und wahrscheinlich am 20. oder 21. Juli in Kronstadt eintreffen werde[1]). Eine Audienz beim Zaren und Unterredungen mit dem russischen Ministerpräsidenten Kokovtzoff und Sasonow wurden in Aussicht gestellt. Das Blatt hatte richtig prophezeit, nur war der Termin zu früh angegeben. Die Reise begann erst am 5. August. Zu dieser Zeit beschäftigte sich die Pariser Presse eingehend mit dem Ereignis und es ist immerhin von Interesse, einige ihrer Angaben etwas näher ins Auge zu fassen. Am 3. August veröffentlichte Marcel Hutin, dessen gute Beziehungen zur Regierung bekannt waren, gleichfalls im „Echo de Paris" einen Aufsatz, der neben dem Programm für den Besuch in Rußland noch den Hinweis brachte, Rußland habe in Anbetracht des Umstandes, daß Deutschland seine offensiven Linien an der Ost- und Westgrenze verstärkt habe, sein Mobilisationszentrum vornehmlich nach Polen verlegt. „Es ist nicht unmöglich, daß infolge dieser Umstände eine ausgedehntere Umgestaltung der französisch-russischen Konvention als unumgänglich angesehen wurde." Vergleicht man diese Mitteilung mit dem, was wir über die im Frühjahr 1912 beschlossene Abänderung der Bestimmungen über die russische Mobilmachung wissen, und was sich ja mit der hier erwähnten Verlegung des Mobilmachungszentrums nahe berührt, so haben wir alle Gründe, Marcel Hutin für wohl unterrichtet zu halten und seinen Angaben Glauben zu schenken. Am 6. August brachte dasselbe Blatt einen neuen Aufsatz, aus dem wir folgende Sätze hervorheben wollen: „Gegenstand der Reise des Herrn Poincaré nach St. Petersburg ist vermutlich die Stärkung des defensiven französisch-russischen Zusammenarbeitens als Basis der nationalen Politik beider Länder... Das Volk des britischen Inselreiches muß die Lage verstehen und die Regierung zeigt ihm den Weg, in dem sie für 4 oder 5 Jahre die Marine an den ersten Platz ihrer Bemühungen stellt. In diesem Zeitraum muß England zur gemeinsamen Defensive mit Frankreich und Rußland bereit sein." Wir werden bald sehen, daß auch diese Äußerung auf höhere Inspiration zurückgehen dürfte, weil sie einen Gedanken enthält, der Poincaré damals sehr beschäftigte.

Marcel Hutin war inzwischen als Berichterstatter des „Echo de Paris" nach Rußland gefahren und sandte am 5. August von Eydtkuhnen aus ein Telegramm an sein Blatt; darin heißt es: „Es ist richtig, daß Kaiser Wilhelm in Baltischport Nachricht von der Marine-Konvention erhielt, aber von größter Wichtigkeit ist, daß Rußland auf eine Initiative des Herrn Poincaré, der durch die aktive Mitarbeit des Herrn Paléologue (des damaligen politischen Direktors am Quai d'Orsay) unterstützt wurde, seine Zustimmung dazu gegeben hat, mit Frankreich eine Abmachung zu unterzeichnen, auf Grund deren es darauf verzichtet, mit Deutschland eine Frage europäischen Charakters zu behandeln, ohne vorher mit uns Rücksprache genommen und sich geeinigt zu haben." Diese Vereinbarung sei 14 Tage vor der Zusammenkunft in Baltischport, für 3 Monate gültig, unterzeichnet worden, solle aber jetzt durch Poincaré erneuert werden. Am Tage darauf wurde die Nachricht dahin berichtigt, daß es sich um keine geschriebene Abmachung gehandelt habe, wohl aber um Besprechungen, an denen auch England teilgenommen habe. „Auf Grund dieser mündlichen Vereinbarungen wird keine der drei Nationen der Tripleentente Besprechungen über irgendeine internationale Frage mit einer anderen Macht beginnen, ohne davon vorher die beiden befreundeten Regierungen zu unterrichten." Allerdings wurden die Angaben Hutins nachträglich durch ein etwas vage gehaltenes Dementi in Abrede gestellt, aber mehrere Umstände scheinen darauf hinzuweisen, daß der Korrespondent des „Echo de Paris" doch aus der Schule geschwätzt hatte und der Wahrheit sehr nahe kam. Wir sahen in unserem ersten Abschnitt bereits, daß Poincaré über die Zusammenkunft zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren in die größte Aufregung geriet. Aber noch mehr! Am 7. Juni 1912[2]) meldete Iswolski dem russischen Außenminister: „Er (Poincaré) befürchtet..., daß Kaiser Wilhelm die Gelegenheit sich zunutze machen werde, um mit irgend einem Vorschlage hervorzutreten, und auf diese Weise die Friedensstiftung zwischen Italien und der Türkei in die Hände zu nehmen. Er telegraphiert deswegen Louis, daß

[1]) Dies und die weiteren Zeitungsstimmen nach F. Gouttenoire de Toury: Poincaré a-t-il voulu la guerre? Paris 1920, S. 69 ff. — [2]) Beilage 7 zu Kapitel I (Seite 180).

Digitized by Google

er sich unserer positiven Versicherung vergewissern müsse, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Verhandlungen über Fragen des Nahen Orients und andere Fragen unter Umgehung Frankreichs geführt werden. Zu diesem Zwecke solle Louis sich eine Allerhöchste Audienz erbitten. Welch seltsame Bestätigung erfährt hierdurch das Telegramm Hutins! Poincaré hat ganz sicher alles daran gesetzt, um die Politik Rußlands enger als bisher an den Wagen Frankreichs zu fesseln und auch hier Deutschland jede Verbesserung seiner Lage zu unterbinden. Ob England sich einbeziehen ließ oder nicht, entzieht sich unserer Kenntnis, aber mit Rußland dürften gewiß geheime Vereinbarungen getroffen worden sein.

Wenn wir die angeführten Zeitungsartikel noch einmal überblicken, so können wir daraus immerhin folgende Schlüsse über den Zweck von Poincarés Reise ziehen: Dem Marineabkommen sollten militärische Vereinbarungen zur Seite gestellt werden, die zwar in der Öffentlichkeit „defensiv" genannt wurden, aber, wie wir wissen, bereits vor dem Besuch in Petersburg auf das offensive Geleise geschoben waren. Außerdem galt es, die Entente enger zu gestalten und vor allem auch England zu bestimmten Zusicherungen zu bewegen. Es wird sich herausstellen, daß diese Vermutungen richtig sind.

Der äußere Verlauf der Reise Poincarés läßt sich nach der Times folgendermaßen zusammenstellen: Am 5. August erfolgte die Abfahrt vom Nördlichen Bahnhof in Paris. Dann ging die Fahrt über Dünkirchen und das Meer, also nicht über Deutschland, was zweifellos näher und bequemer gewesen wäre. Am 9. August, nachmittags 3 Uhr kam Poincaré auf dem Kreuzer Condé in Kronstadt an und wurde vom russischen Marineminister und dem französischen Botschafter empfangen. Am 11. August war er zur Audienz beim Zaren in Peterhof. Daran schloß sich ein Frühstück bei Kokovtzoff an, zu dem als einziger Nicht-Russe oder Nicht-Franzose der englische Botschafter in Petersburg Buchanan zugezogen war. Am 12. August fand eine große Truppenschau in Krasnoje Selo statt. Am 13. August kehrte Poincaré wieder nach Petersburg zurück, um sich von dort aus für 2 Tage nach Moskau zu begeben und am 16. August trat er von Kronstadt aus die Heimreise an. Die Times, die sich in Bezug auf die ganze Reise ziemlich zurückhaltend zeigen, heben doch zweierlei hervor: Erstens: die Zuziehung Buchanans zu dem Frühstück bei Kokovtzoff, die ja in die von uns bereits hervorgehobene Richtung eines eifrigen Werbens um England gut hineinpaßt; zweitens: wichtige Besprechungen Poincarés mit Kokovtzoff und Sasonow.

Was ist uns außerdem noch bekannt? Das meiste verrät uns ein für den Zaren bestimmter Bericht des russischen Außenministers Sasonow über seine Verhandlungen mit Poincaré[1]). Danach wurden am 2. und 3. August zwischen Poincaré und Sasonow die Ratifikationen des französisch-russischen Marineabkommens ausgewechselt. Was das Verhältnis zu Italien anbelangt, eignete sich Sasonow, wie seine eigenen Worte beweisen, die früher von Poincaré ausgesprochene Ansicht an, daß das Verbleiben Italiens „als totes Gewicht im Dreibund" das Vorteilhafteste sei. Des weiteren erwähnt der Bericht die Stellung Frankreichs zum italienisch-türkischen Konflikt und die Worte, Poincaré habe bedauert, daß er die russischen Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, nicht im gewünschten Maße habe unterstützen können, zeigen uns an der Hand unserer Kenntnis von dem über diesen Punkt gepflogenen Meinungsaustausch, daß der französische Außenminister bemüht war, den schlechten Eindruck, den seine Nervosität in Petersburg gemacht hatte, wieder auszuwischen.

Sehr interessant sind Sasonows Ausführungen über die Besprechung der Zustände auf dem Balkan. Sie lauten: „Uns gegenseitig versichernd, daß wir die Ereignisse auf dem Balkan aufmerksam verfolgen und uns unsere Gedanken und Informationen mitteilen werden, verabredeten wir mit Poincaré, im Falle von Verwicklungen einen den Umständen angepaßten gemeinsamen Plan zu vereinbaren, um auf diplomatischem Wege einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen. Hierbei hielt Poincaré es für nötig zu betonen, daß die französische öffentliche Meinung der Regierung der Republik nicht erlauben wird, wegen rein balkanischer Fragen zu den Waffen zu greifen, wenn Deutschland sich nicht beteiligen und nicht selbst die Anwendung des casus foederis (Bündnisfall) herbeiführen wird, in welch letzterem Falle Rußland natürlich auf die volle und genaue Erfüllung der Frankreich mit uns verbindenden Verpflichtungen rechnen kann."

Man muß im Hinblick hierauf in Betracht ziehen, daß im März 1912 unter engster Füh-

[1]) Beilage 1 (Seite 189).

Digitized by Google

lungnahme mit Rußland der gegen die Türkei gerichtete Bund der Balkanstaaten gegründet worden war. Schon am 30. März des gleichen Jahres hat Sasonow Iswolski von dem Zustandekommen des am 13. März abgeschlossenen Vertrages zwischen Serbien und Bulgarien Mitteilung gemacht und seinen Botschafter beauftragt, Poincaré mündlich hierüber zu informieren. Wenn wir Poincarés eigener Darstellung[1]) glauben dürfen, erfuhr er jedoch den genauen Text der genannten Vereinbarung erst bei seinem Besuch in Petersburg, wo er dieselbe sogleich als „convention de guerre" (Kriegs-Konvention) bezeichnet haben will. Er war sich also der Bedrohung, die sie für den europäischen Frieden bedeutete, vollauf bewußt. Geht man von dieser Tatsache aus, so gewinnt man erst die Möglichkeit zur richtigen Beurteilung der soeben wiedergegebenen Stelle aus Sasonows Bericht. Poincaré erklärte keineswegs, sein Land wolle mit einem derartig gefährlichen Vorhaben nichts zu tun haben, sondern er zeigte nach einer Mahnung zur Vorsicht dem russischen Kollegen gewissermaßen den Weg, auf dem das französische Volk in eine eventuelle Verwicklung hineingezogen werden konnte. Dazu bedurfte es zunächst der Beteiligung Deutschlands und zwar in der Form, daß dieses selbst den casus foederis herbeiführte, also als der Angreifer erschien, denn dann würde auch Frankreich seine Pflichten erfüllen können. Hier zum erstenmal taucht jenes Programm auf, nach dem man in der Folgezeit immer handeln wollte, wenn ernstliche Konflikte entstanden, und nach dem man schließlich beim Ausbruch des Weltkrieges gehandelt hat. Poincaré ist also sein geistiger Urheber.

Doch der Bericht Sasonows erzählt noch von anderen Verhandlungsgegenständen, hauptsächlich militärischer Natur[2]). Es fanden nämlich, wie wir hören, auch Besprechungen zwischen den Leitern der französischen und russischen Generalstäbe statt und Poincaré versicherte Sasonow gegenüber mit Bestimmtheit, „daß er das größte Gewicht auf die Erfüllung des in dem Protokoll ausgedrückten Wunsches des französischen Generalstabes über die Steigerung der Transportfähigkeit unseres (des russischen) Eisenbahnnetzes, das an die Westgrenze führt, durch Verlegung einer zweiten Strecke auf den im Protokoll genannten Linien von unserer Seite lege". Hier öffnet sich bereits ein kleiner Spalt zu dem Geheimnis der militärischen Abmachungen, die anläßlich von Poincarés Besuch in Rußland getroffen wurden[3]).

Aber das Netz der Kriegsvorbereitungen gegen die Zentralmächte sollte noch enger gezogen werden. Es galt vor allem, den Ring durch die Einbeziehung Englands zu schließen. Bei der Behandlung dieser Frage machte Poincaré dem russischen Außenminister Geständnisse, die von größtem Interesse sind. Er berichtete, „daß, obwohl zwischen Frankreich und England nicht der geringste geschriebene Vertrag existiere, die General- und Admiralstäbe beider Länder in intimer Verbindung miteinander stehen und einander ununterbrochen völlig aufrichtig alle Nachrichten mitteilen, die von Interesse für sie sein können. Die Folge dieses ständigen Gedankenaustausches zwischen der französischen und der englischen Regierung war der Abschluß eines mündlichen Übereinkommens, auf Grund dessen England seine Bereitwilligkeit ausdrückte, bei einem Überfall durch Deutschland sowohl zu Lande wie zur See Hilfe zu leisten. Zu Lande versprach England Frankreich durch Absendung einer Armee von 100000 Mann an die belgische Grenze zu helfen, um den vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee in Frankreich über Belgien abzuwehren".

Und nun sollte Rußland vor allem zur See ein enges Zusammenarbeiten mit England anstreben. Hören wir, was Sasonow zu melden weiß: „Auf Grund unserer Marine-Konvention hat Frankreich sich verpflichtet, uns in solcher Weise beizustehen, daß es die österreichische Flotte im Mittelmeer von uns fernhält und sie hindert, in das Schwarze Meer zu kommen. Eine ähnliche Rolle in der Ostsee, wohin die Aktion der französischen Flotte sich nicht erstrecken könne, sollten nach der Ansicht von Herrn Poincaré die englischen Seestreitkräfte übernehmen können. Deshalb fragte mich Herr Poincaré, ob ich nicht die Absicht habe, meine bevorstehende Reise nach England dazu zu benutzen, um in meinen Gesprächen mit den Leitern der englischen Politik die Frage einer gemeinsamen Taktik der russischen und englischen Flotte

[1]) Revue de la Semaine, Heft 8 vom 25. 2. 21, S. 394. — [2])-Diese fehlen bei Siebert, wurden aber von M. Wassiljew in der „Istwestija" vom 15. August 1919 abgedruckt, wo auch das bei Siebert ausgelassene Datum des ganzen Berichtes als 4. August russischer Zeitrechnung, somit als 17. August westlicher Zeitrechnung richtig angegeben ist. Beilage 2 (Seite 190). — [3]) Vergl. Protokolle, Seite 210 ff.

Digitized by Google

im Falle eines Zusammenstoßes zwischen der Tripleentente und Deutschland zur Sprache zu bringen. Ich antwortete Herrn Poincaré, daß diese Frage aufmerksamer Prüfung bedürfe."

Der Rat Poincarés, von dem wir hier erfahren, wurde sehr bald befolgt. Schon im September 1912 fuhr Sasonow nach England. In seinem gleichfalls für den Zaren bestimmten Bericht[1]) über seine dortigen Eindrücke heißt es: „Euer Kaiserlichen Majestät ist es bekannt, daß Poincaré während seines Petersburger Aufenthaltes im vergangenen Sommer mir gegenüber den Wunsch äußerte, klarzustellen, inwiefern wir auf die Hilfe der englischen Flotte im Falle eines solchen Krieges rechnen könnten." Im Anschluß daran werden die einschlägigen Verhandlungen mit Grey geschildert.

In der Tat, der französische Ministerpräsident erscheint als eigentlicher spiritus rector der geheimen Unternehmungen auf militärischem und seetechnischem Gebiete gegen die Mittelmächte. Aber er verleitete nicht nur die anderen zur Tat, er leistete auch selbst seinen Beitrag zu dem großen Werk. In seinem Buche „Truth and the war" erwähnt Morel[2]), daß Clemenceau im Jahre 1913 als energischer Gegner des von Poincaré befürworteten Gesetzes über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich aufgetreten sei. Um nun Clemenceau zu seinem Standpunkt zu bekehren, habe Poincaré, der damals Präsident der französischen Republik war, ihm eine Unterredung gewährt, aus der einige Pariser Blätter Auszüge brachten. So berichtete l'Humanité: „Er (Poincaré) erinnerte seinen Besucher (Clémenceau) an den Besuch, den er im vorigen Sommer (1912) in Petersburg abgelegt hatte, als er noch Außenminister war. Er berichtete ihm von den sehr klaren Eindrücken, die er während seines Aufenthaltes bei unseren Alliierten bekommen hatte. Der Präsident gab ihm zu verstehen, daß schwerwiegende Ereignisse im Anzug seien, daß früher oder später die österreichische Frage zweifellos aufgerollt werde, und unfehlbar ernste internationale Komplikationen entstehen würden ... Zweifel seien (in Petersburg) ausgesprochen worden, wie in Bezug auf den Stand der Vorbereitungen in Frankreich, dessen militärische Lage seit dem Zwei-Jahres-Gesetz alles andere als günstig sei, im Vergleich zu der Lage, als das Bündnis (mit Rußland) geschlossen wurde. Er (Poincaré) hätte in freundlicher Weise zu verstehen gegeben, daß es in St. Petersburg eine germanophile Partei gebe, die ständig — nicht ohne einen gewissen Schein des Rechtes — den Verdacht ausspreche, daß keine Gleichwertigkeit mehr zwischen der militärischen Tüchtigkeit Deutschlands und Frankreichs bestehe. Deshalb habe er (Poincaré) und sein Ministerium beschlossen, das Drei-Jahres-Gesetz wieder einzuführen, dessen Zweck es war, nach außen hin jenen Eindruck zu erwecken, den die Verbündeten Frankreichs wünschten. Darum sei also Delcassé nach Rußland geschickt worden. In der Tat, das französisch-russische Bündnis war von der Auflösung bedroht, weil Frankreich nicht genügend stark war, oder es letzten Endes nicht zu sein schien."

Am 23. Juni 1914 schrieb Justin de Godart im „Courier Européen", es sei ein offenes Geheimnis, daß der Präsident vor 2 Jahren von Petersburg die Order oder wenigstens den Rat mitgebracht habe, Frankreich solle das Drei-Jahres-Gesetz wieder einführen.

Diese Zeugnisse sind von größter Wichtigkeit und sprechen für sich selbst. Ihre Richtigkeit wird noch durch folgende Tatsachen bestätigt:

Kurz nach Poincarés Rückkehr nach Frankreich kam im September 1912 der längst vom französischen Außenminister gewünschte Besuch des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zustande. Er galt vor allem der Besichtigung der französischen Grenze gegen Deutschland hin. In Nancy wurden Manöver und große militärische Schaustellungen vorgeführt. Und am Ende seines Aufenthaltes sandte der Großfürst, der immer ein erbitterter Feind Deutschlands war, ein Telegramm an den Zaren, in welchem er sich in Worten höchsten Lobes über das Gesehene erging[3]). „Das Manöver machte auf mich einen höchst erfreulichen Eindruck. Die Parade in Nancy übertrifft mit der Art ihrer Veranstaltung und der Großartigkeit des Bildes alles Glaubliche." Man erkennt leicht, daß solche Ergüsse beim Zaren die Einflüsterungen der Germanophilen widerlegen und den immer wankelmütigen und unentschlossenen russischen Herrscher von der Kriegstüchtigkeit Frankreichs überzeugen sollen.

Unter demselben Gesichtspunkt versteht man jetzt auch die Reden besser, die Poincaré in der unmittelbar darauf folgenden Zeit hielt[4]). Am 27. November 1912 prägte er in Nantes das

[1]) Beilage 3 (Seite 192). — [2]) Beilage 4 (Seite 193). — [3]) Beilage 5 (Seite 194). — [4]) Henry Girard, Raymond Poincaré, Paris 1913, S. 268.

Digitized by Google

berühmt gewordene Wort von Frankreich als einem Volk, „das den Krieg nicht will und ihn trotzdem nicht fürchtet". Und am 20. Januar 1913 rief er, schon als Präsident, aus: „Es ist für ein Volk nicht möglich, mit Nachruck friedfertig zu sein, außer unter der Bedingung, daß es immer bereit zum Kriege ist." Solche Erklärungen hatten einen doppelten Zweck: Sie sollten in Petersburg gehört werden und dort die germanophilen Kreise entwaffnen. Und daneben sollten sie in Frankreich die Stimmung für die Einführung der 3jährigen Dienstzeit vorbereiten, die der französische Außenminister bei seinem Besuch in Petersburg in Aussicht gestellt hatte.

Die erste Reise Poincarés nach Rußland hat also überaus schwerwiegende Entschlüsse gezeitigt.

Beilagen.

1. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 792.

Bericht des russischen Außenministers Sasonow über die Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Poincaré anläßlich seines Besuches in Petersburg im August 1912.

Anläßlich des Besuches des französischen Ministerpräsidenten und auswärtigen Ministers Poincaré in Petersburg habe ich mit ihm mehrfache Unterredungen gehabt.

Während eines unserer ersten Gespräche haben wir gegenseitig unserer Befriedigung Ausdruck verliehen, daß die soeben zwischen den Chefs der beiden Admiralstäbe geführten Verhandlungen zu einem glücklichen Resultate geführt haben. Das in Paris von Admiral Aubert und dem Fürsten Lieven unterschriebene Projekt einer Marinekonvention ist von unserem Kaiser gebilligt worden, und ich habe die Vollmacht erhalten, diese Konvention zu unterzeichnen. Da die ungefähr vor 20 Jahren zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Militärkonvention von den beiden Regierungen durch einen Notenaustausch bestätigt worden war, so haben wir mit Poincaré beschlossen, dasselbe Verfahren auch bei der Marinekonvention anzuwenden. Wir haben infolgedessen am 2. und 3. August mit Poincaré Briefe gewechselt, in denen bestätigt wird, daß die Marinekonvention in Kraft getreten ist.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien berührend, habe ich Poincaré meine aufrichtige Freude geäußert, daß diese Beziehungen, die eine Zeitlang so gespannt schienen, sich augenscheinlich bessern, was namentlich am Vorabend der Erneuerung des Dreibundes ganz besonders wichtig sei. Ich lenkte hierbei seine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es für Frankreich ganz besonders wichtig sei, Italien streng im Rahmen der formalen Erfüllung seiner Verpflichtungen seinen Bundesgenossen gegenüber zu halten, ohne ihm Grund zu geben, sich letzteren enger anzuschließen, da dieses für den Fall eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich unvorteilhaft wäre.

Unter der Bedingung, daß zwischen Italien und den drei Ententemächten freundschaftliche Beziehungen bestehen und gegenseitiges Zutrauen herrscht, ist das Verbleiben Italiens als totes Gewicht im Dreibunde nicht nur Frankreich und Rußland, sondern sogar Italien nützlich, da dies eine Garantie gegen einen italienisch-österreichischen Krieg bedeutet, in den auf die eine oder andere Weise auch die anderen Staaten hineingezogen werden könnten.

Poincaré sagte mir, er mache sich diese Ansicht durchaus zu eigen und tue alles mögliche, um dieses Ziel zu erreichen. Er hofft, daß seine Anstrengungen nicht ergebnislos verlaufen werden und daß es ihm gelingen wird, die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien auf eine solide Basis zu stellen. In dieser Hinsicht sind bereits gute Resultate erzielt worden.

Anläßlich des Italienisch-Türkischen Krieges bedauert Poincaré, daß er unsere Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, nicht in dem gewünschten Maße habe unterstützen können. Eine gewisse Zurückhaltung Frankreichs findet erstens darin ihre Erklärung, daß es auf die Gefühle der mohammedanischen Bevölkerung seiner französischen Besitzungen Rücksicht nehmen muß, unter denen ein jeder Druck auf die Türkei Erregung hervorrufen würde, was besonders jetzt gefährlich sei, da die Errichtung des französischen Protektorates in Marokko auf so große Schwierigkeiten stößt; zweitens wurde das Pariser Kabinett dadurch zu einer gewissen Zurückhaltung veranlaßt, daß weder Deutschland noch natürlich Österreich irgend etwas getan hät-

Digitized by Google

ten, um unsere Aufgabe durch eine Einwirkung in Konstantinopel zu unterstützen. Gleichzeitig erklärte mir Poincaré, daß er mehr denn je eine Beendigung des Krieges herbeisehne, und daß er die Hoffnung hege, daß Rußland und Frankreich die erste Gelegenheit ergreifen werden, um dieses Ziel zu erreichen und auch die anderen europäischen Großmächte zu dieser Aufgabe heranzuziehen. Einen solchen Anlaß bieten die noch jetzt zwischen den Türken und Italienern in der Schweiz geführten Verhandlungen, um so mehr, als die türkische Regierung beabsichtigt, im Einvernehmen mit Italien eine besondere Mission nach Tripolis zu schicken, welche den Übergang zum neuen Regime vorbereiten und die Araber an den Gedanken einer möglichen Aussöhnung gewöhnen soll. Im Zusammenhang mit dem Kriege sprach Poincaré auch über das weitere Schicksal der von Italien besetzten Inseln des Ägäischen Meeres. Diese Frage beunruhigt die französische Regierung ganz außerordentlich, denn sie befürchtet, daß Italien sich nicht damit begnügen wird, sie als ein Pfand zur Beendigung des Krieges zu betrachten, sondern die Besetzung solange aufrechterhalten wird, bis von der Türkei Garantien einer gewissen Autonomie gegeben sein werden. Frankreich beabsichtigt hiergegen energisch zu protestieren, denn es erblickt in einer derartigen Lage der Dinge eine Bedrohung des politischen Gleichgewichts im östlichen Teile des Mittelmeeres. Auf die Frage Poincarés, wie Rußland sich zu einer Festsetzung Italiens im Archipel verhalte, erwiderte ich, daß wir uns ebenfalls nicht mit einem derartigen Versuche aussöhnen könnten. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Wunsche des hiesigen italienischen Geschäftsträgers entsprechend den französischen Minister zu fragen, ob die Möglichkeit bestehe, daß noch vor Beendigung des Krieges der Türkei eine Anleihe in Frankreich gewährt werden würde. Poincaré verneinte dies ohne Zögern, fügte jedoch hinzu, daß nach Friedensschluß die Türkei unter ernsten Garantien die zur Liquidation des Krieges notwendigen Mittel in Frankreich erhalten kann. Poincaré glaubt, daß auch Italien mit einer derartigen Bitte an Frankreich herantreten wird.

Uns gegenseitig versichernd, daß wir die Ereignisse auf dem Balkan aufmerksam verfolgen und uns unsere Gedanken und Informationen mitteilen werden, verabredeten wir mit Poincaré, im Falle von Verwicklungen einen den Umständen angepaßten gemeinsamen Plan zu vereinbaren, um auf diplomatischem Wege einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen. Hierbei hielt Poincaré es für nötig zu betonen, daß die französische öffentliche Meinung der Regierung der Republik nicht erlauben wird, wegen rein balkanischer Fragen zu den Waffen zu greifen, wenn Deutschland sich nicht beteiligen und nicht selbst die Anwendung des casus foederis herbeiführen wird, in welch letzterem Falle Rußland natürlich auf die volle und genaue Erfüllung der Frankreich mit uns verbindenden Verpflichtungen rechnen kann. Meinerseits habe ich dem Minister gesagt, daß wir stets bereit sind, uns entschieden auf die Seite Frankreichs zu stellen, wenn die in unserm Bündnisse vorhergesehenen Ereignisse eintreten, daß wir aber gleichfalls vor der öffentlichen russischen Meinung unsere aktive Beteiligung an einem Kriege nicht rechtfertigen können, der durch irgendwelche außereuropäische koloniale Fragen hervorgerufen wird, solange die vitalen Interessen Frankreichs in Europa dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden. Nachdem wir die hauptsächlichsten politischen Fragen gemeinsam erörtert, gingen wir auf die Besprechung einzelner Gegenstände über, so vor allem auf die Eisenbahnbauten in Kleinasien und die chinesische Anleihe...

Zum Schlusse will ich bemerken, daß ich außerordentlich erfreut war, die Bekanntschaft Poincarés zu machen und mit ihm in persönliche Beziehungen zu treten, um so mehr, als ich bei meinem Meinungsaustausche den Eindruck gewonnen habe, daß Rußland in Poincaré einen sicheren und verläßlichen Freund besitzt, der über eine außergewöhnliche staatsmännische Klugheit und einen unbeugsamen Willen verfügt. Wenn der kritische Moment in den internationalen Beziehungen eintritt, so wäre es sehr wünschenswert, daß an der Spitze der uns verbündeten Regierung wenn nicht derselbe Poincaré, so doch eine andere Persönlichkeit steht, welche einen ebenso energischen Charakter hat und ebenso wenig Furcht vor Verantwortlichkeit hegt, wie der jetzige französische Ministerpräsident.

Die schwedische Zeitung „Politiken" veröffentlichte am 10. Oktober 1919 folgenden Aufsatz:

„In der ‚Istwestija' vom 15. August veröffentlicht M. Wassiljew auf Grund seiner Studien im russischen Geheimarchiv neue Anklagen über die Vorbereitungen der Ententemächte zum Weltkrieg. Von größtem Gewicht ist der Geheimbericht Sasonows vom 24. Oktober 1913 an

Digitized by Google

Nikolaus II. über das Zusammentreffen, das er auf seiner Durchreise in Berlin mit den Leitern der deutschen Politik hatte. Es geht aus diesem Bericht hervor, daß Bethmann Hollweg den Wunsch hegte, den Weg für eine Annäherung an Frankreich zu bahnen. Der Bericht Sasonows schließt mit folgenden Worten: ‚Nachdem Herr v. Bethmann Hollweg sich bei mir über die jetzt in Frankreich herrschenden Strömungen erkundigt hatte, betonte er den Vorteil eines unmittelbaren Meinungsaustausches zwischen uns und beklagte, daß ein solcher zwischen den deutschen und den französischen Staatsmännern nicht stattfinden könne. Ich antwortete, daß ich in den leitenden französischen Kreisen eine feste und ruhige Stimmung gefunden hätte, die sich auf das Bewußtsein der eigenen Stärke gründe. Was die französisch-deutschen Beziehungen betrifft, so erinnerte ich daran, daß die Republik am Berliner Hof in Herrn Cambon einen geschickten Diplomaten habe, der ebenso großes Vertrauen in Berlin wie in Paris genieße. Das veranlaßte den Kanzler zu der Bemerkung, daß dies nicht unmittelbare Gespräche zwischen den Leitern der äußeren Beziehungen der Staaten ersetzen könne. Ich halte es für meine Pflicht hier hinzuzufügen, daß ich, als ich nach meiner Rückkehr nach Petersburg in einem Gespräch mit dem hiesigen französischen Botschafter die angeführten Worte zitierte, das lebhafte Interesse feststellen konnte, das diese Mitteilung bei ihm weckte. Herr Delcassé sagte mir übrigens, daß schon früher einmal, als er noch Außenminister war, im Jahre 1902, der damalige deutsche Kanzler, Fürst Bülow, ihm durch Vermittlung des französischen Botschafters einen ähnlichen Wink gegeben habe, daß aber trotzdem später, als der französische Minister seinerseits seine Bereitwilligkeit ausdrückte, den vorgeschlagenen Meinungsaustausch über Fragen der gemeinsamen Politik einzuleiten, die Sache vollständig ins Wasser gefallen und man später in Deutschland nicht mehr auf die Frage zurückgekommen sei.‘

Sasonow schloß: ‚Ich halte es für ratsam, die Vermittlung zwischen dem Pariser und dem Berliner Kabinett in einer so wichtigen Frage auf mich zu nehmen, um so mehr, als die möglichen Folgen einer Annäherung zwischen ihnen vom Gesichtspunkte der russischen Interessen nicht genügend beachtet worden sind.‘

M. Wassiljew, der diesen Bericht veröffentlicht, fügt hinzu, daß eine deutsch-französische Annäherung offenbar Sasonow nicht paßte. Die zwischen Frankreich und Rußland existierenden Übereinkommen und die Vorbereitungen werden in einem Geheimbericht Sasonows vom 4. August 1912 beleuchtet, worin er den Inhalt seines Gesprächs mit Poincaré wiedergibt, der damals französischer Ministerpräsident war und Petersburg besuchte. Sasonow und Poincaré gaben beide ihrer Befriedigung über das erfolgreiche Ergebnis der kürzlich abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den Leitern der beiden Admiralstäbe Ausdruck. Der in Paris von Admiral Auber und Fürst Lieven unterzeichnete Entwurf zu einem Marineabkommen wurde durch die Unterschriften Sasonows und Poincarés bekräftigt. Am 2. und 3. August wechselten sie Briefe, worin beiderseits eine ‚Erklärung zur Anerkennung des getroffenen Marineabkommens mit bindender Kraft enthalten ist. Wie sich weiter ergibt, fanden auch Verhandlungen statt zwischen den Leitern der Generalstäbe, wobei Poincaré mit Bestimmtheit versicherte, ‚daß er das größte Gewicht auf die Erfüllung des in dem Protokoll ausgedrückten Wunsches des französischen Generalstabes über die Steigerung der Transportfähigkeit unseres Eisenbahnnetzes, das an die Westgrenze führt, durch Verlegung einer zweiten Strecke auf den im Protokoll benannten Linien von unserer Seite lege.‘ Sasonow macht gegenüber dem Zaren den Vorbehalt, daß er Poincaré in folgendem Sinne geantwortet habe: ‚Diese Wünsche sind mir bekannt und sollen unsererseits, soweit es möglich ist, Aufmerksamkeit finden.‘

Noch interessanter ist der folgende Teil des „sehr aufrichtigen Gedankenaustausches“ zwischen Poincaré und Sasonow in der Frage der Verbindungen zwischen England und Frankreich. Sasonow schreibt: ‚Nachdem dann der französische Ministerpräsident darauf hingewiesen hatte, daß diese Verbindungen in der letzten Zeit unter dem Einfluß der von Deutschland gegen Frankreich gerichteten repressiven Politik den Charakter einer besonderen Annäherung angenommen haben, berichtete er mir, daß, obwohl zwischen Frankreich und England nicht der geringste geschriebene Vertrag existiere, die General- und Admiralstäbe beider Länder in intimer Verbindung miteinander stehen und einander ununterbrochen völlig aufrichtig alle Nachrichten mitteilen, die von Interesse für sie sein können. Die Folge dieses ständigen Gedankenaustausches zwischen der französischen und der englischen Regierung war der Abschluß eines mündlichen Übereinkommens, auf Grund dessen England seine Bereitwilligkeit ausdrückte, bei einem

Digitized by Google

Überfall durch Deutschland sowohl zu Lande wie zur See Hilfe zu leisten. Zu Lande versprach England Frankreich durch Absendung einer Armee von 100000 Mann an die belgische Grenze zu helfen, um den vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee in Frankreich über Belgien abzuwehren. Herr Poincaré bat mich eindringlich, diese Mitteilungen streng geheim zu halten und bei den Engländern auch nicht den Schatten eines Verdachtes zu wecken, daß sie uns gegeben wurden. In Verbindung mit dem Beistand, den England und Frankreich sich verpflichtet hatten, einander zur See zu gewähren, berührte Herr Poincaré die Frage einer eventuellen Abstimmung der Taktik der russischen und englischen Seestreitkräfte zueinander.' Herr Poincaré war in dieser Frage besonders zuvorkommend. Sasonow sagt: ‚Auf Grund unserer Marinekonvention hat Frankreich sich verpflichtet, uns in solcher Weise beizustehen, daß es die österreichische Flotte im Mittelmeer von uns fernhält und sie hindert, in das Schwarze Meer zu kommen. Eine ähnliche Rolle in der Ostsee, wohin die Aktion der französischen Flotte sich nicht erstrecken könne, sollten nach der Ansicht von Herrn Poincaré die englischen Seestreitkräfte übernehmen können. Deshalb fragte mich Herr Poincaré, ob ich nicht die Absicht habe, meine bevorstehende Reise nach England dazu zu benutzen, um in meinen Gesprächen mit den Leitern der englischen Politik die Frage einer gemeinsamen Taktik der russischen und der englischen Flotte im Falle eines Zusammenstoßes zwischen der Tripleentente und Deutschland zur Sprache zu bringen. Ich antwortete Herrn Poincaré, daß diese Frage aufmerksamer Prüfung bedürfe.'

Der Rat Poincarés stimmte vollkommen überein mit den Absichten Sasonows, der kurz darauf England besuchte und mit Edward Grey in der gleichen Frage, nämlich über ein Marineabkommen, verhandelte.

Wassiljew veröffentlicht den im Zusammenhang damit stehenden Bericht Sasonows:

„‚Es ist Eurer Kaiserlichen Majestät bekannt, daß Herr Poincaré während seines Aufenthalts in Petersburg im letzten Sommer mir gegenüber den Wunsch aussprach, zu erfahren, wie weit wir im Falle eines solchen Krieges auf die Hilfe der englischen Flotte rechnen könnten. Nachdem ich Grey vertraulich in den hauptsächlichen Inhalt des Marinevertrages mit Frankreich eingeweiht und darauf hingewiesen hatte, daß die französische Flotte auf Grund des getroffenen Übereinkommens danach streben soll, unsere Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatz zu schützen und die österreichische Flotte daran zu verhindern, in das Schwarze Meer einzudringen, fragte ich den Staatssekretär, ob England nicht seinerseits uns den gleichen Dienst im Norden erweisen und das deutsche Geschwader von unseren Ostseeküsten fernhalten wolle. Grey erklärte ohne Zögern, daß, wenn die von mir genannten Verhältnisse eintreffen sollten, England bereit sei, der deutschen Seemacht einen fühlbaren Schlag zu erteilen. In den zuständigen Amtsstellen sei die Frage der Kriegsoperationen in der Ostsee bereits geprüft worden, aber es habe sich dabei herausgestellt, daß, wenn es auch für die englische Flotte nicht schwer sei, in die Ostsee einzudringen, so doch deren Verbleiben dort mit großer Gefahr verbunden sei. Denn da Deutschland eventuell die Hand auf Dänemark lege und den Weg durch den Belt sperre, wäre sie eingeschlossen wie in einer Falle. Deshalb bleibe England vermutlich gezwungen, sich mit Operationen in der Nordsee zu begnügen. In dieser Beziehung hat Grey aus eigenem Antrieb bekräftigt, was ich schon durch Herrn Poincaré wußte, nämlich, daß zwischen Frankreich und Großbritannien ein Vertrag existiert, wonach im Falle eines Krieges mit Deutschland letzteres sich verbindet, Frankreich zu helfen, nicht nur zur See, sondern auch mit Truppensendungen auf dem Kontinent.'

Diese Dokumente beweisen, daß schon im Jahre 1912 die Kombination, die 1914 Tatsache wurde, in den Köpfen der leitenden Entente-Staatsmänner fertig ausgearbeitet war."

8. M. Pokrowski: Aus den Geheim-Archiven des Zaren, Verlag A. Scherl, Berlin 1919, S. 17 ff.

... Im September desselben Jahres 1912, d. h. wiederum am Vorabend des ersten Balkankrieges, begab sich Sasonow nach England, um den Boden zu sondieren. Der zarische Minister wurde in der Heimat des Parlamentarismus „außergewöhnlich freundlich", wie er sich beeilte, seinem Herrscher das mitzuteilen, empfangen. Man lud ihn nach Balmoral ein. Dort hatte er eine Reihe von Unterredungen, die wir mit seinen eigenen Worten wiedergeben:

„Zur allgemeinen Charakteristik der von mir in England festgestellten Stimmung in bezug auf Rußland muß ich erwähnen, daß in Balmoral gleichzeitig mit mir auch der Oppositions-

Digitized by Google

führer Herr Bonar Law einige Tage zu Gast war, dem ich u. a. meine Genugtuung wegen seiner Rede, die er im Namen der Opposition im Unterhaus hielt und in der er die Politik Sir E. Greys im Sinne einer engeren Annäherung an Rußland billigte, ausdrückte. Bonar Law bestätigte mir in Gegenwart von Grey die erwähnten Worte und erklärte sogar, daß dies die einzige Frage sei, in der zwischen den Konservativen und Liberalen in England keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

In Ausnützung dieser günstigen Umstände hielt ich es für nützlich, in einer meiner Unterredungen mit Grey u. a. eine Information darüber einzuholen, was wir von England im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Deutschland zu erwarten hätten. Die Erklärungen, die ich darauf sowohl von dem verantwortlichen Leiter der englischen Außenpolitik als auch nachher aus dem Munde des Königs Georg selbst hören durfte, erscheinen mir sehr bemerkenswert.

Euer Kaiserlichen Majestät ist es bekannt, daß Poincaré, während seines Petersburger Aufenthaltes im vergangenen Sommer, mir gegenüber den Wunsch äußerte, klarzustellen, inwiefern wir auf die Hilfe der englischen Flotte im Falle eines solchen Krieges rechnen können.

Nachdem ich Grey vertraulich in den Inhalt unseres Marineabkommens mit Frankreich eingeweiht und darauf hingewiesen hatte, daß laut dem abgeschlossenen Vertrag die französische Flotte um die Sicherung unserer Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatz bemüht sein wird, indem sie die österreichische Flotte hindert, nach dem Schwarzen Meer durchzubrechen, fragte ich den Staatssekretär, ob nicht England seinerseits uns den gleichen Dienst im Norden erweisen könnte, durch Ablenkung des deutschen Geschwaders von unserer Küste in der Ostsee.

Grey erklärte ohne zu schwanken, daß, wenn die in Frage stehenden Umstände eingetreten sein würden, England alles daran setzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen. In den zuständigen Ressorts wurde die Frage der Kriegsoperationen in der Ostsee beits besprochen, es stellte sich aber dabei heraus, daß die englische Flotte, der es allerdings nicht schwer sein würde, in die Ostsee zu gelangen, dort einer bedeutenden Gefahr ausgesetzt sein würde, da sie wie in einer Mausefalle eingeschlossen werden könnte, weil Deutschland die Möglichkeit habe, die Hand auf Dänemark zu legen und den Ausgang durch den Belt zu sperren. England wird sich wahrscheinlich auf Operationen in der Nordsee beschränken müssen.

Aus diesem Grunde bestätigte mir Grey aus eigenem Antrieb, das, was ich bereits von Poincaré wußte, und zwar: Das Vorhandensein eines Abkommens zwischen Frankreich und Großbritannien, nach dem England im Falle eines Krieges mit Deutschland sich verpflichtete, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zu Hilfe zu kommen.

Der König, der in einer der Unterredungen mit mir dieselbe Frage berührte, sprach sich noch viel entschiedener als sein Minister aus. Mit sichtlicher Erregung erwähnte Se. Majestät das Bestreben Deutschlands nach Gleichstellung mit Großbritannien in bezug auf die Seestreitkräfte und rief aus, daß im Falle eines Zusammenstoßes dieser verhängnisvolle Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den deutschen Seehandel haben müsse, denn die Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren. (We shall sink, every single German merchant ship we shall get hold of.)

Diese letzteren Worte spiegeln augenscheinlich nicht nur persönliche Gefühle Sr. Majestät, sondern auch die in England herrschende Stimmung in bezug auf Deutschland." ...

E. D. Morel: Die Wahrheit und der Krieg, S. 152/153. 4.

Als das Drei-Jahres-Gesetz endlich eingebracht wurde, wurde es heftig bekämpft durch den furchtbaren Clémenceau, welcher im Laufe seiner meteorischen Laufbahn mehr französische Regierungen gestürzt hatte, als irgendein anderer lebender französischer Politiker. Das war eine ernste Gefahr, und deshalb wurde eine Aussprache zwischen Clémenceau und dem Präsidenten (Poincaré) veranstaltet. Der Inhalt dieser nun stattfindenden vertraulichen Besprechung wurde bekannt. Das ist in Frankreich unvermeidlich. Mehrere französische Zeitungen (darunter Humanité und Gil Blas) veröffentlichten eingehende Erzählungen über die Beweisführung des Präsidenten gegen Clémenceau. Diese Erzählungen stimmten überein. Hier folgt die der Humanité: [vergleiche Seite 188, 18. Zeile ff].

Digitized by Google

Die Genauigkeit dieser Schilderung der Clémenceau-Poincaré Unterredung, so bezeichnend für das was vorausgegangen war, wurde niemals geleugnet. Noch fünf Wochen vor dem Kriege — 23. Juni 1914 — schrieb Justin de Godart, welcher später einer der Unterstaatssekretäre des französischen Kriegsamtes wurde, einen heftigen Artikel im Courier Européen (Paris), in welchem er sagte: „Ich bin völlig überzeugt, daß wir unsere Freiheit in Bezug auf unsere militärische Organisation aufgegeben haben." Er sagte ferner, es sei ein offenes Geheimnis, daß der Präsident vor 2 Jahren von Petersburg die Order oder wenigstens den Rat mitgebracht habe, Frankreich solle das Drei-Jahres-Gesetz wieder einführen. Wir sind nicht mehr Herr unserer eigenen Verteidigungs-Strategie ... Unser Patriotismus empört sich, wenn uns gesagt wird, daß das Drei-Jahres-Gesetz das einzige Schutzmittel Frankreichs sei. Ist die Republik wirklich der Sklave Rußlands geworden?

6. Neues Dokument IX. **Iswolski an Nerawtow.** Paris, 12./25. September 1912. Nr. 198.

Da ich keine Chiffre für den Verkehr mit dem Hofmeister habe, bitte ich, Seiner Majestät dem Kaiser folgendes Telegramm des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zu überreichen:

Seiner Majestät dem Kaiser:

Anläßlich meiner heutigen Abreise aus Frankreich habe ich das Glück, Ew. Kaiserlichen Majestät zu berichten, daß mir während meines Aufenthalts von der französischen Regierung außergewöhnliche Ehrungen, Liebenswürdigkeiten und Aufmerksamkeiten bis zu den kleinsten Kleinigkeiten erwiesen wurden. Was meinen Aufenthalt in Nancy anbetrifft, so überraschte der Empfang sowohl seitens der Behörden als auch der Bevölkerung durch seine Grandiosität und Herzlichkeit. Das Manöver machte auf mich einen höchst erfreulichen Eindruck. Die Parade in Nancy übertrifft mit der Art ihrer Veranstaltung und der Großartigkeit des Bildes alles Glaubliche. General-Adjutant Nikolai. 25. September 1912.

III. Poincaré und die Balkankrise.

Als Poincaré aus Rußland zurückkehrte, war er einer der wenigen Mitwisser des geheimen Abkommens der Balkanstaaten und mit Sasonow unter den führenden Staatsmännern Europas wohl der einzige, der die weitgehenden Verwicklungen, die sich aus diesem Abkommen, dieser „Konvention des Krieges" ergeben konnten, zu überschauen und zu erwägen vermochte. Eine ungeheure Verantwortung lastete auf ihm, denn er mußte, wenn ihm der Friede am Herzen lag, alles tun, um die russischen Machtansprüche auf dem Balkan zu zügeln und dadurch den Zusammenstoß des Zarenreiches mit Österreich-Ungarn zu verhindern. Was hat er zu diesem Zweck unternommen?

Nach einem Bericht Iswolskis vom 12. September 1912[1]) wurde die Lage in Anbetracht der eventuell bevorstehenden Ereignisse von der französischen Regierung ins Auge gefaßt und man war sich dabei vollkommen klar, „daß diese oder jene Ereignisse, wie z. B. die Zertrümmerung Bulgariens durch die Türkei oder ein Überfall Österreichs auf Serbien, Rußland zwingen können, aus seiner passiven Haltung herauszutreten und zuerst zu einem diplomatischen Hervortreten, darauf dann zu militärischen Maßnahmen gegenüber der Türkei oder Österreich zu greifen." Für diesen Fall durfte Rußland die aufrichtigste und energischste diplomatische Unterstützung von seiten Frankreichs erwarten. „Sollte jedoch der Zusammenstoß mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen, so erkennt Frankreich das von vornherein als einen ‚casus foederis' an und wird nicht eine Minute zögern, seine Verpflichtungen gegen Rußland zu erfüllen."

Ist das eine Mahnung zu Vorsicht und Mäßigung an die Petersburger Adresse? Ist das auch nur der Ansatz zu einem Versuch, den heimlich auf dem Balkan angelegten Brand vor dem gefährlichen Ausbruch zu ersticken? Im Gegenteil! Die äußerste Konsequenz dieses Brandes, ein allgemeiner europäischer Krieg, wird ruhig ins Auge gefaßt und gerade für diese äußerste Konsequenz die bewaffnete Hilfe Frankreichs versprochen. Aber damit noch nicht genug. Poincaré scheute sich nicht, zur Herbeiführung der genannten äußersten Konsequenz unverhohlen zu ermutigen, denn er erklärte dem Vertreter Rußlands, daß die militärischen

[1]) Beilage 1 (Seite 198).

Digitized by Google

Sachverständigen Frankreichs „die Chancen Rußland-Frankreichs bei einem allgemeinen Zusammenstoß überaus optimistisch beurteilen". Und um die Tatenfreudigkeit der französischen Regierung im kriegerischen Sinne zu beweisen, wies der Ministerpräsident auf den soeben gefaßten Beschluß hin, „das dritte französische Geschwader aus Brest nach Toulon zu verlegen", wodurch die Vorherrschaft der französischen Flotte im Mittelmeer gestärkt werde.

Man war also im Kabinett Poincarés auf das Schlimmste gefaßt und zum Schlimmsten bereit. Nun könnte man ja annehmen, daß es sich bei solchen Überlegungen nur um das theoretische Festlegen allgemeiner Richtlinien für die letzten Möglichkeiten handelte, während man in der Praxis alles tat, damit ein solcher Fall nicht akut werden konnte. Aber auch diese Annahme erweist sich an der Hand der Akten bald als unhaltbar. Kurze Zeit nach Ausbruch des Balkankrieges, am 23. Oktober 1912[1]), schilderte Iswolski in einem ausführlichen Berichte, wie er in einer seiner „fast täglichen vertraulichen Unterredungen" mit Poincaré diesem klar machte, „daß ein Sieg der Türkei über die Balkanstaaten Rußland die Pflicht auferlegen werde, den slawischen Staaten zu Hilfe zu eilen". Durch einen derartigen Verlauf wäre der lokale Krieg in der Südostecke Europas bereits erheblich ausgedehnt worden und die äußerste Konsequenz, von der wir oben sprachen, wäre in greifbare Nähe gerückt. Poincaré sah dies sofort ein, denn er erwiderte, „daß ein solch einseitiges Vorgehen Rußlands die einheitliche Art der Tätigkeit der Mächte verletzen und Österreich zu einem parallelen Vorgehen veranlassen würde". Allerdings schreckte ihn dabei weniger die Aussicht auf den dann unvermeidlich gewordenen allgemeinen Zusammenstoß, sondern, was besonders beachtenswert ist, die Möglichkeit eines Austrittes der Engländer aus der Entente. Schon am nächsten Tage aber konnte sich Iswolski davon überzeugen, daß der französische Ministerpräsident sich zu der Idee des Botschafters von einem russischen Angriff auf die Türkei „nicht allein mit großer Ruhe, sondern mit einem gewissen Interesse (ich will nicht sagen, mit einiger Sympathie) verhält". Er war also auch angesichts der tatsächlich drohenden Gefahr eines Weltkrieges gefaßt und entschlossen.

Wie gründlich die Verwirklichung dieser Gefahr von Poincaré erwogen wurde, zeigt seine Sorge um die Stellungnahme Englands. Auf England war damals sein ganzes Augenmerk gerichtet und er arbeitete unermüdlich daran, die große Seemacht möglichst nahe auf die russisch-französische Seite zu ziehen. Zweifellos war sein schon in jener Zeit gemachter Vorschlag einer allgemeinen Konferenz zur Beratung der Balkanereignisse im Hinblick auf die britische Abneigung gegen eine Ausdehnung des Konfliktes gemacht worden. Außerdem verlangte er jetzt die Einweihung von Grey in den Inhalt des serbisch-bulgarischen Abkommens, um in London keine Mißstimmung gegen die beiden übrigen Mitglieder der Entente aufkommen zu lassen[2]).

Während er so mit großer Umsicht auf ein solidarisches Vorgehen der drei verbündeten Großmächte hinarbeitete, ging er auf der anderen Seite dazu über, ein schroff gegen die Mittelmächte gerichtetes Programm für das gemeinsame Zusammenarbeiten zu propagieren. Dieses Programm bestand nach einem eigenhändigen Brief Poincarés an Iswolski vom 4. November 1912[3]) darin, zu verhüten, daß Österreich auf dem Balkan eine territoriale Vergrößerung erreichte. „Ich möchte deshalb wissen", so heißt es in dem genannten Schreiben, „ob die Kaiserlich Russische Regierung ebenso wie die unserige eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt, und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen." Zweifellos glaubte er durch diese Erklärung eine geschickte Formel gefunden zu haben, der sich auch England anschließen würde, so daß sie, falls Österreich sie nicht annahm, zu einem geschlossenen Auftreten der Entente gegen die Mittelmächte führen konnte.

Iswolski beeilte sich, am 7. November 1912[4]) die Anregung des französischen Ministerpräsidenten seinem Außenminister angelegentlichst zu empfehlen und betonte im Anschluß hieran, daß Poincaré sich der etwaigen Folgen seines Planes klar bewußt sei: „Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Er-

[1]) Beilage 2 (Seite 199). — [2]) Sasonow an Benckendorff am 31. Oktober 1912. Beilage 3 (Seite 200). — [3]) Beilage 4 (Seite 202). — [4]) Beilage 5 (Seite 202).

Digitized by Google

werbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Übereinkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann."

Die Antwort Sasonows vom 14. November 1912[1]) auf Iswolskis Meldung beweist deutlich, daß man in Petersburg die Absichten der französischen Politik sofort verstand. Man ergriff mit Freuden die Gelegenheit, die Bereitwilligkeit Poincarés, für die russischen Machtansprüche auf dem Balkan womöglich auch das Letzte zu wagen, für sich auszunützen. Der russische Außenminister trat also dem von Paris aus gemachten Vorschlag bei und beauftragte außerdem seinen Botschafter zu untersuchen, ob Rußland die Gewißheit habe, daß, falls Österreich zur Annexion türkischen oder (in Anbetracht des Konfliktes mit Serbien wegen eines Zuganges zur Adria) sogar serbischen Territoriums schreiten werde, „im Falle einer Einmischung von unserer (russischer) Seite Frankreich nicht teilnahmslos bleiben wird". Der Bescheid, der hierauf erfolgte, war eindeutig genug. Am 17. November 1912[2]) telegraphierte Iswolski nach Petersburg: „Alles in allem, fügte Herr Poincaré hinzu, läuft all dies darauf hinaus, daß, wenn Rußland Krieg führen wird, Frankreich auch Krieg führen wird, da wir wissen, daß in dieser Frage Deutschland hinter Österreich stehen wird."

Wie stark der französische Ministerpräsident in jenen Tagen die „kriegerische Aktion" in Erwägung zog, wie energisch er für ihr Eintreten Vorbereitungen traf, beweist seine Stellungnahme zu Italien, dem unsicheren Mitgliede des Dreibundes. Nach einem Telegramm Iswolskis vom 9. November 1912 erklärte er dem russischen Vertreter, „daß für die beiden Bundesgenossen (Rußland und Frankreich) der Augenblick gekommen sei, sich mit voller Offenheit über die gegenseitigen Beziehungen zu Italien zu unterrichten; Italien sei berufen, bei den jetzigen Ereignissen eine große Rolle zu spielen und diese müsse klargestellt werden." Warum? Die Antwort hierauf liegt auf der Hand. Für den Fall des bewaffneten Zusammenstoßes war es äußerst wichtig, Italien daran zu verhindern, mit seinen Bundesgenossen gemeinsame Sache zu machen. Ein weiteres Telegramm Iswolskis vom 21. November 1912[3]) belehrt uns, wie man zur Erreichung dieses Zweckes vorging. Nach der angeführten Depesche sagte nämlich Poincaré zu Tittoni, dem italienischen Botschafter in Paris, mit dem er damals eine Unterredung hatte, „daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs rechnen könne. Diese Erklärung habe auf Tittoni sichtlichen Eindruck gemacht". Man verstand es also, schon im Stadium der diplomatischen Verhandlungen, Italien mit der Aussicht auf den Krieg zu erschrecken, um es davon abzuhalten, Österreich und Deutschland in ihren Forderungen zu helfen.

Die feste Entschlossenheit Poincarés, an einem Kriege teilzunehmen, der jeden Augenblick durch die Balkanwirren heraufbeschworen werden konnte, ist durch die angeführten Dokumente unwiderleglich erwiesen. Damit ist aber noch lange nicht das letzte Wort über die Stellungnahme des französischen Ministerpräsidenten gesprochen. Denn die folgenden Vorgänge zeigen, daß er den Krieg nicht nur, wie er zu jener Zeit (am 27. November 1912) in Nantes öffentlich bekannte, „nicht fürchtete", sondern ihn sogar mit Eifer wünschte und herbeizuführen suchte.

Am 23. November 1912[4]) depeschierte Iswolski, Poincaré erfahre vom französischen Botschafter in Wien, daß Österreich gegen Serbien mobilisiere und sei daher der Ansicht, daß die Absicht Österreichs und Italiens, die Serben nicht nach Durazzo zu lassen, bei einem Festhalten der bisherigen russischen Absicht, Serbien in seinen Plänen zu unterstützen, „zu einem Konflikt zwischen Rußland und Österreich mit all seinen Folgen führen müsse". Er mahnte zugleich allerdings zur Mäßigung. Aber dies geschah wiederum nicht aus Abneigung gegen einen eventuellen bewaffneten Konflikt, sondern aus der Befürchtung heraus, daß Rußland von sich aus ohne Fühlungnahme mit Frankreich und England selbständige Schritte tun könne. Dies zu verhüten, war damals besonders wichtig, weil der Gedanke einer internationalen Konferenz über die Ereignisse auf dem Balkan wieder einmal in den Vordergrund trat[5]).

[1]) Beilage 6 (Seite 203). — [2]) Beilage 7 (Seite 204). — [3]) Beilage 8 (Seite 204). — [4]) Beilage 9 (Seite 205). — [5]) Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 26. November 1912. Beilage 10 (Seite 205).

Digitized by Google

Dieser Gedanke wurde von London aus lebhaft unterstützt und es versteht sich daher leicht, daß Poincaré mit größter Vorsicht alles vermieden wissen wollte, was England stutzig machen konnte. Ja, wir wissen von einer persönlichen Depesche des russischen Botschafters in Paris, daß der französische Ministerpräsident damit einverstanden war, daß der Ort für diese Konferenz London statt Paris sein solle, obwohl er den dahingehenden Wunsch der Österreicher als „ihm persönlich gegenüber nicht sehr liebenswürdig" empfand.

Sehr bald aber änderte er seine maßvolle Haltung in das direkte Gegenteil. Am 5. Dezember 1912[1]) sandte Iswolski ein langes Schreiben an Sasonow, das uns einen tiefen Einblick in die Lage gestattet. Es enthüllt mit erstaunlicher Klarheit den Weg, auf dem Poincaré sein Volk schon damals in den Krieg zu führen gedachte. Gleich anfangs wird nochmals festgestellt, „er lehne die Möglichkeit, daß Frankreich sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen könnte, Rußland militärisch zu unterstützen, keinen Augenblick ab". Doch sei es notwendig, „daß die Initiative zu solchen Handlungen (die zunächst nur in militärischen und Flotten-Demonstrationen bestehen konnten) von Rußland ausgehen muß". Iswolski schildert dann die schwere Stellung, die der französische Ministerpräsident wegen der starken Friedenspartei in seinem Lande habe und meint im Anschluß hieran: „Um so mehr, so scheint es mir, sind wir verpflichtet, ihm seine feste Entschlossenheit, die Bündnispflichten im Falle der Notwendigkeit in loyalster Form zu erfüllen, als Verdienst hoch anzurechnen." In dem gleichen Bericht finden wir auch die Erklärung für Poincarés Bemühungen England gegenüber. „Seit Beginn des Balkankrieges", so heißt es, „habe Herr Poincaré keine Gelegenheit vorübergehen lassen, das Londoner Kabinett zu vertraulichen Besprechungen herauszufordern, um zu einer Klärung der Stellungnahme Englands im Falle eines allgemeinen Konfliktes zu gelangen." Wir sehen also, mit welch eiserner Konsequenz der französische Ministerpräsident immer für die möglichst günstige Vorbereitung des Krieges tätig war.

Bald nahm die Tatenlust, die in Paris herrschte, noch gefährlichere Formen an. Aus einem bisher unbekannten Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 14. Dezember 1912[2]) entnehmen wir, daß der Militärattaché der französischen Botschaft in Petersburg, Lagiche, auf Befehl seiner Regierung in Rußland Nachforschungen über die militärische Lage anstellte und dabei erfuhr, man glaube in Rußland nicht an einen Überfall Österreichs auf Serbien und werde selbst im Falle eines solchen Überfalles keinen Krieg führen. Ja, der russische Kriegsminister sei von der Erhaltung des Friedens überzeugt. „Poincaré und das ganze Kabinett", so schreibt Iswolski, „sind infolge dieser Nachrichten höchst bestürzt und aufgeregt." Diese fast unglaublich scheinende Mitteilung wird durch einen weiteren Bericht des russischen Botschafters vom 18. Dezember 1912[3]) noch bestärkt, der überdies hervorhebt: „Alle notwendigen Maßregeln sind von französischer Seite getroffen; die Mobilisation an der Ostgrenze ist geprüft, die Ausrüstung in voller Ordnung." Und der gleiche Bericht enthält folgendes vernichtende Geständnis Iswolskis: „Ich bemühe mich, die für uns wünschenswerte Stimmung in den Regierungs- und politischen Kreisen aufrecht zu erhalten und versuche gleichzeitig, auf die Presse einzuwirken. In dieser Hinsicht sind, zum Teil dank den seiner Zeit getroffenen Maßregeln, sehr bemerkenswerte Resultate erreicht worden. Wie Ihnen bekannt, beteilige ich mich nicht direkt an der Verteilung von Subsidien, die Verteilung wird aber unter Mitwirkung der französischen Minister vorgenommen und hat bereits die nötige Wirkung gehabt." Und zum Schluß heißt es: „In letzter Zeit habe ich nicht mehr gegen die Idee zu kämpfen, Frankreich könne in einen seinen Interessen fremden Krieg verwickelt werden, sondern eher gegen die Befürchtung, daß wir uns den Fragen gegenüber, die das Interesse und das Prestige des ganzen Dreiverbandes berühren, zu passiv verhalten."

Es steht demnach unwiderleglich fest, daß Poincaré damals schon den Krieg wollte. Er hat die Verwirklichung seiner Absicht nicht erreicht, weil Rußland zu jener Zeit vor dem letzten Schritt zurückschreckte. Wir wissen aus militärischen Geheimakten, daß die Verhandlungen der russischen Militärkommission damals ergaben, Rußland sei für das bewaffnete Vorgehen noch nicht fertig[4]). Hier liegt wohl der letzte Grund zum Scheitern der Pläne Poincarés und zur vorläufigen Erhaltung des Friedens. Wie akut die Gefahr war, können wir aus einer gleichfalls noch nirgends bekannt gewordenen Nachricht Iswolskis vom 17. Dezember 1912[5]) ent-

[1]) Beilage 11 (Seite 206). — [2]) Beilage 12 (Seite 207). — [3]) Beilage 13 (Seite 207). — [4]) Höniger, Seite 29. — [5]) Beilage 14 (Seite 209).

Digitized by Google

nehmen, die besagt, daß die sozialistische Organisation Confédération générale du travail für den 18. Dezember 1912 einen Generalstreik aller französischen Arbeiter als Protestkundgebung gegen den Balkankrieg und die Möglichkeit, Frankreich in ihn zu verwickeln, anberaumte. Interessant ist dabei die Feststellung, daß die französische Regierung „mit der in letzter Zeit in Frankreich erstarkten patriotischen Stimmung rechne" und daher nur unbedeutende Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe.

Trotz alledem war, wie wir sahen, Rußland nicht für den Krieg zu haben. So blieb Poincaré nichts anderes übrig, als wenigstens auf diplomatischem Gebiete seinen erbitterten Kampf gegen die Mittelmächte weiterzuführen. Immer wieder fand er Gelegenheit, über die russische Nachgiebigkeit zu klagen. Das zeigt uns zunächst ein Telegramm Iswolskis vom 2. Januar 1913, wonach Poincaré über die Nachricht, daß Sasonow bereit sei, die Stadt Skutari in Albanien abzutreten, „einigermaßen erstaunt" war und den Eindruck befürchtete, den weitere Zugeständnisse an Österreich nicht nur in Frankreich machen würden". Und nach einer Depesche vom 6. Januar 1913 war der französische Ministerpräsident „sehr wenig geneigt, den österreichischen Forderungen gegenüber noch weiter nachzugeben". In diesem Geiste wurden dann von Frankreich die Verhandlungen bei der Londoner Konferenz geführt. Was Wunder, daß deren Ergebnis die europäische Kriegsgefahr nicht beseitigte, sondern vielmehr den Grund zu neuen Unruhen und letzten Endes zum Weltkrieg legte.

Beilagen.

1. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 149.

Bericht Iswolskis an Sasonow. Paris, 30. August/12. September 1912

... Herr Poincaré sagte zu mir, daß die französische Regierung zu allererst die Frage der möglichen internationalen Zufälligkeiten erwägt; sie ist sich vollkommen im klaren darüber, daß diese oder jene Ereignisse, wie z. B. die Zertrümmerung Bulgariens durch die Türkei oder ein Überfall Österreichs auf Serbien, Rußland zwingen können, aus seiner passiven Haltung herauszutreten und zuerst zu einem diplomatischen Hervortreten, darauf dann zu militärischen Maßnahmen gegenüber der Türkei oder Österreich zu greifen. Laut uns von der französischen Regierung zugegangenen Erklärungen ist uns in einem solchen Falle von seiten Frankreichs die aufrichtigste und energischste diplomatische Unterstützung sicher. In dieser Phase der Ereignisse wäre jedoch die Regierung der Republik nicht in der Lage, vom Parlament oder von der öffentlichen Meinung die Sanktion für irgendwelche aktiven militärischen Maßnahmen zu erhalten. Sollte jedoch der Zusammenstoß mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen, so erkennt Frankreich das von vornherein als einen „casus foederis" an und wird nicht eine Minute zögern, seine Verpflichtungen gegen Rußland zu erfüllen.

„Frankreich", fügte Herr Poincaré hinzu, „ist unzweifelhaft friedlich gesinnt und sucht und wünscht keinen Krieg; doch Deutschlands Auftreten gegen Rußland wird diese Gesinnung sofort ändern; und er ist überzeugt, daß in diesem Falle das Parlament und die öffentliche Meinung die Entschlossenheit der Regierung in der Erweisung einer bewaffneten Unterstützung Rußlands ausnahmslos billigen wird."

Weiter sagte mir Herr Poincaré, daß angesichts der kritischen Lage auf dem Balkan die obersten Organe der französischen Heeresleitung mit verstärkter Aufmerksamkeit alle möglichen militärischen Zufälligkeiten studieren, und es sei ihm bekannt, daß die sachverständigen und verantwortlichen Persönlichkeiten die Chancen Rußland-Frankreichs eines allgemeinen Zusammenstoßes überaus optimistisch beurteilen; dieses optimistische Urteil ist u. a. auf die Bewertung jener Diversion begründet, die die vereinigten Kräfte der Balkanstaaten (mit Ausnahme Rumäniens) ausüben, indem sie einen entsprechenden Teil der österreichisch-ungarischen Streitkräfte abziehen. Ein günstiges Moment für Rußland und Frankreich bildet auch die Immobilität Italiens, das durch den afrikanischen Krieg wie auch durch ein Spezialabkommen mit Frankreich gebunden ist. Was speziell die Lage im Mittelmeer angeht, so verstärkt der eben gefaßte Entschluß, das dritte französische Geschwader aus Brest nach Toulon zu verlegen, die Vorherrschaft der französischen Flotte in diesen Gewässern. „Dieser Beschluß", fügte Herr Poincaré hinzu, „ist im Einverständnis getroffen worden und bildet die weitere Entwicklung und Komplettierung der bereits früher zwischen den französischen und englischen Marinestäben getroffenen Vereinbarungen." ...

Digitized by Google

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. S. 542 ff. 2.

Bericht des russischen Botschafters in Paris Iswolski an das russische Außenministerium vom 10./23. Oktober 1912.

Indem ich bei Tag und bei Nacht verschiedene Eventualitäten, die eintreten könnten, in Erwägung ziehe, bleibe ich unwillkürlich bei folgenden drei Möglichkeiten stehen: ein entscheidender Sieg der Balkanstaaten; ein ebensolcher Sieg der Türkei; eine Verschleppung der kriegerischen Aktionen und als deren Folge Unruhen und Gemetzel der Christen in Konstantinopel oder anderen Orten des türkischen Reiches.

Die erstere von diesen Möglichkeiten, die meines Erachtens am wenigsten wahrscheinlich ist, wäre zugleich in ihren Folgen am bedrohlichsten für den allgemeinen Frieden; sie würde die Frage über den Kampf des Slawentums nicht nur mit dem Islam, sondern auch mit dem Germanismus sofort in ihrer ganzen historischen Größe in den Vordergrund rücken. In diesem Falle kann man kaum Hoffnung auf irgendwelche Palliativmittel setzen und man muß sich auf einen großen und entscheidenden allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten.

Etwas weniger gefährlich, vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus, jedoch äußerst beschwerlich für uns würde ein entscheidender Sieg der Türkei sein. Ein solcher Sieg würde eine starke Erregung unserer öffentlichen Meinung hervorrufen und uns die Pflicht auferlegen, den slawischen Staaten zu Hilfe zu kommen. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich, daß zur Zeit meiner Verwaltung des Ministeriums des Auswärtigen die damals nicht zustande gekommene Militärkonvention mit Bulgarien beraten wurde (ob sie später zustandekam, weiß ich nicht). Die Bulgaren erklärten, daß sie, im Falle eines Krieges mit der Türkei allein, von uns keine andere Hilfe verlangten, als die Mobilmachung des kaukasischen Militärbezirks. Ich erinnere mich auch, daß Ende 1906 oder Anfang 1907 der damalige Chef des Generalstabs General Palizyn aus eigenem Antriebe fast einen Krieg mit der Türkei an unserer kaukasischen Grenze angestiftet hätte. Er glaubte naiv, daß ein solcher „kleiner Krieg" lokalisiert bleiben könnte. Mit Hilfe des verstorbenen Stolypin gebot ich diesen Versuchen schroff Einhalt, wobei ich als Hauptargument darauf hinwies, daß jeder Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei, selbst an der kaukasischen Grenze, sofort als Signal zum Vorgehen der Balkanstaaten gegen die Türkei dienen würde. Zur Zeit fällt dieses Argument fort und mir scheint, daß schon jetzt notwendigerweise vorauszusehen ist, daß die Ereignisse uns veranlassen können, zu dem obengenannten verhältnismäßig gefahrlosen, aber gleichzeitig wirksamen Mittel eines Druckes auf die Türkei zu greifen. Da ich fast täglich mit Poincaré zusammenkomme und in vertraulichen Unterredungen mit ihm die verschiedensten Gegenstände berühre, hielt ich es für möglich, auch diese Frage anzurühren mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ich lediglich meine persönlichen Ansichten zum Ausdruck bringe und sozusagen laut denke. Zunächst erschreckte ihn mein Gedanke sichtlich. Er erwiderte mir, daß ein solch einseitiges Vorgehen Rußlands die einheitliche Art der Tätigkeit der Mächte verletzen und Österreich zu einem parallelen Vorgehen veranlassen würde. Dieses würde nach seiner Überzeugung eine starke Erregung in England gegen Rußland erwecken und zur Spaltung des Dreiverbandes führen. Ich erwiderte ihm, daß ich nur den Fall eines entscheidenden Erfolges der Türkei im Auge hätte. Österreich sei nicht an der Verstärkung des türkischen Reiches interessiert, sondern nur an der Schwächung der slawischen Staaten; es werde daher im Falle einer Niederlage der letzteren kaum einen Grund zur Einmischung suchen und werde sich zu den Verwicklungen zwischen uns und der Türkei auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wahrscheinlich ruhig verhalten. Für Deutschland seien solche Verwicklungen, die uns von unseren westlichen Grenzen abziehen, nur vorteilhaft und wünschenswert. Was England betreffe, so liege es in seinem Interesse, keinen Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei zuzulassen und als Vermittler und Friedensstifter aufzutreten. Heute konnte ich mich davon überzeugen, daß meine Unterredung nicht umsonst gewesen war und daß Poincaré sich zu meiner Idee nicht allein mit großer Ruhe, sondern mit einem gewissen Interesse (ich will nicht sagen, mit einiger Sympathie) verhält, als zu einer solchen Form unserer uns aufgezwungenen Einmischung, die für den allgemeinen Frieden am wenigsten gefährlich sein würde.

Ich hoffe, daß Sie mich nicht tadeln werden, weil ich eine so wichtige und heikle Frage eigenmächtig Poincaré gegenüber berührt habe. Es erscheint mir für uns günstig, ihm die

Digitized by Google

Überzeugung von der Unvermeidlichkeit unserer unter gewissen Umständen notwendigen aktiven Einmischung beizubringen. Wenn wir uns einer solchen Einmischung enthalten werden, machen wir uns dadurch der Dankbarkeit Frankreichs verdient. Tritt aber die Einmischung ein, so wird Poincaré darauf vorbereitet sein und uns eine wertvolle diplomatische Mitwirkung zu ihrer Lokalisierung gewähren können. Ich erlaube mir zu bemerken, daß, wenn wir uns je nach dem Gang der Ereignisse entweder zur Mobilmachung oder auch nur zur Translozierung unserer kaukasischen Truppen entschließen werden müssen, es notwendig erscheint, Poincaré davon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit er uns in entsprechender Weise helfen kann, die Wege in London zu ebnen.

Die dritte Möglichkeit, die Verschleppung der kriegerischen Aktionen ohne entscheidende Erfolge auf der einen oder anderen Seite, dürfte für eine kollektive Vermittlung der Mächte besonders günstig sein und wird uns wahrscheinlich von der Notwendigkeit einer einseitigen aktiven Einmischung befreien. Andererseits kann eine solche Konjunktur entweder in Konstantinopel oder in anderen Orten des türkischen Reiches innere Unruhen und ein Gemetzel der Christen hervorrufen. Es ist sehr schwer, Umfang und Charakter solcher Ereignisse vorauszusehen und die etwa notwendig erscheinenden Maßnahmen vorher zu bestimmen. Ich halte es jedoch für nützlich, Sie bei dieser Gelegenheit an die Verhandlungen zu erinnern, die im Jahre 1896 anläßlich des armenischen Gemetzels und der in Konstantinopel erwarteten Unruhen zwischen den Mächten stattfanden.

Auf Initiative des französischen Ministers des Auswärtigen Hanotaux wurde der Vorschlag gemacht, in der Nähe der Dardanellen eine Anzahl Kriegsschiffe, mir scheint je zwei von jeder Macht, zu konzentrieren. Die Antwort der russischen Regierung wurde in Form einer sehr geheimen Denkschrift dem französischen Botschafter in Petersburg ausgehändigt und dem Baron Mohrenheim in Paris streng geheim zur persönlichen Kenntnisnahme mitgeteilt. Leider konnte ich diese Denkschrift im Archiv der Botschaft nicht finden, und bisher ist sie auch in dem französischen Ministerium des Auswärtigen nicht gefunden worden. Ich erinnere mich, daß, indem wir uns mit dem Vorschlage Hanotaux einverstanden erklärten, wir einen Vorbehalt bezüglich etwa notwendig erscheinender besonderer Aktionen unserer Schwarze-Meer-Flotte machten, wobei, wenn ich nicht irre, die Möglichkeit einer von uns zu erfolgenden Besetzung einiger Punkte des Bosporus vorgesehen wurde. Auf diesen Präzedenzfall habe ich zur Zeit der Konstantinopeler Revolution im Jahre 1908, als dort ebenfalls Unruhen erwartet wurden, aufmerksam gemacht.

Glauben Sie nicht, daß es auch heute nützlich wäre, jenen Präzedenzfall ins Gedächtnis zurückzurufen? In den Gesprächen mit mir erkannte Poincaré wiederholt die Möglichkeit an, unter gewissen Umständen nicht nur rein diplomatische Aktionen vorzunehmen, sondern auch kollektive Demonstrationen entweder aller Mächte oder auch einzelner Gruppen zu veranstalten. Es ist sehr wünschenswert, die Art und Weise solcher Schritte vorher festzustellen und die Kabinette für den Fall ihrer plötzlichen Notwendigkeit darauf vorzubereiten.

Indem ich von einer ruhigen Beurteilung, sogar von einem gewissen Interesse schrieb, das Poincaré für den Gedanken der Möglichkeit eines Druckes Rußlands auf die Türkei durch Mobilmachung oder Translozierung der Truppen im Kaukasus zeigte, habe ich vergessen hinzuzufügen, daß Poincaré mich dennoch sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinwies, vor Beschlußfassung derartiger Maßnahmen alle Mittel einer kollektiven Einwirkung der Mächte auf die Türkei im Falle ihres siegreichen Vorgehens gegen die Balkanstaaten zu erschöpfen. Poincaré drückte mir dabei die Zuversicht aus, daß eine solche Einwirkung, wenn sie mit der nötigen Einmütigkeit durchgeführt werde, sich wirksam erweisen müsse. Er glaubt auch nach wie vor, daß die Mächte im Falle des Erfolges der türkischen Waffen ihre Vorstellungen bei der Pforte zugunsten ernstlicher Reformen in Mazedonien mit Erfolg fortsetzen könnten. Ich verhehlte ihm nicht, daß ich an eine solche Möglichkeit sehr wenig glaube, und daß nur eine besiegte und erschöpfte Türkei eine Einmischung der Mächte in diese Frage zulassen würde.

2. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegszeit, S. 560 ff.

Ganz geheimer Erlaß Sasonows an Benckendorff vom 18./31. Oktober 1912. Nr. 675.

In letzter Zeit ist der französische Minister des Auswärtigen in seinen Gesprächen mit unse-

Digitized by Google

rem Botschafter in Paris mehrfach auf die Frage zurückgekommen, daß es notwendig sei, Sir Edward Grey genauer mit dem Inhalt des serbisch-bulgarischen Abkommens und mit der Stellung Rußlands zu demselben bekanntzumachen.

Im Hinblick darauf, daß die für die nächste Zukunft beabsichtigte Vermittlung der Mächte einen möglichst engen Zusammenschluß und Meinungsaustausch zwischen Petersburg, London und Paris wünschenswert macht, finden wir es angezeigt, daß Sie die nächste Gelegenheit benutzen, um mit Grey diese Frage, über welche Sie schon im Frühjahr mit ihm gesprochen haben, wieder aufzunehmen.

Sie können sagen, daß die Kaiserliche Regierung seinerzeit erfahren hat, der englische Gesandte in Sofia sei durch Geschow über den Inhalt des erwähnten Abkommens unterrichtet worden; es sei uns daher nicht notwendig erschienen, darüber mit Grey zu reden, zumal dem vertraulichen Charakter der Mitteilung, welche die interessierten Mächte uns gemacht hätten, Rechnung zu tragen war.

Indem ich zur Frage des Abkommens zwischen Bulgarien und Serbien übergehe, muß ich vor allem Ihre Aufmerksamkeit auf die Stellung richten, die wir von Anbeginn in dieser Angelegenheit eingenommen haben. Die Kaiserliche Regierung wurde seinerzeit von dem Gang der Verhandlungen zwischen Sofia und Belgrad unterrichtet, die von der Überzeugung ausgingen, daß durch genaue Abgrenzung der beiderseitigen Interessen und durch Festsetzung bestimmter Einflußsphären in der europäischen Türkei dem Bruderzwist zwischen ihnen ein Ende gemacht werden müßte. Innerhalb dieser Grenzen sympathisierten wir mit der Verständigung zwischen beiden Staaten; denn ihr Zwist war ein ernstes Hindernis der Ruhe auf dem Balkan. Inmitten gegenseitigen Verdachts und steter Kämpfe war eine lastende und ungesunde Atmosphäre von Intrigen und Politik entstanden, die ein richtiges Verständnis ihrer nationalen Interessen behinderten. Alles, was zur Klärung dieser Atmosphäre beitrüge, würde von uns freudig begrüßt. Da wir glaubten, daß die neuen Beziehungen um so fester werden würden, je weniger Nebeneinflüsse mitwirken, mischten wir uns in die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Sofia und Belgrad nicht ein.

Nachdem die Verständigung zwischen ihnen unterzeichnet und uns mitgeteilt war, sahen wir vieles, was über den Rahmen des von uns gesteckten Zieles hinausging und bei uns ernste Zweifel wachrief. Aber das vornehmste Ziel, das Aufhören der nicht normalen Beziehungen zwischen zwei benachbarten stammverwandten Staaten, war erreicht. Dieses Resultat wollten wir nicht erschüttern oder gar durch Einwürfe oder Proteste vernichten.

In diesem Vertrag wurde die Stellung Rußlands als die des obersten Schiedsrichters in möglichen Meinungsverschiedenheiten bestimmt. Man hatte uns nicht vorher gefragt, ob wir bereit seien, uns in die Urkunde aufnehmen zu lassen, die Serbien und Bulgarien betraf, aber wir glaubten, daß die Ablehnung dieser Bestimmung zu einer anderen, unerwünschten Richtung der Politik beider Staaten führen könnte. Diese Erwägungen veranlaßten uns, nicht zu widersprechen. Dies war unsere ursprüngliche Ansicht über den serbisch-bulgarischen Vertrag.

Jetzt gewinnt der Teil desselben, der die genaue Abgrenzung für den Fall eines siegreichen Krieges gegen die Türkei betrifft, die größte praktische Bedeutung. Darauf richte ich Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vertrag sagt, daß alle durch gemeinsame Aktion erworbenen Territorien unter dem Kondominium der verbündeten Mächte stehen werden, und daß diese Erwerbungen sofort liquidiert werden sollen, spätestens drei Monate nach Abschluß des Friedens, und zwar folgendermaßen:

Serbien erkennt das Recht Bulgariens auf das Gebiet östlich von Rhodope und dem Flusse Struma an, Bulgarien das Recht Serbiens auf das Gebiet nördlich und westlich von Schar-Planina. In betreff des Gebietes zwischen Schar-Planina, Rhodope und dem Ochridasee soll, falls die vertragschließenden Teile sich überzeugen, daß die Organisation dieses Territoriums als autonomes Gebiet entweder infolge der Interessen des serbischen oder bulgarischen Volkstums oder aus inneren oder äußeren Gründen unmöglich ist, folgendermaßen verfahren werden:

Serbien verpflichtet sich, kein Gebiet zu beanspruchen, das außerhalb einer Linie liegt, die im Westen der bulgarisch-türkischen Grenze bei Golem Werch (nördlich von Kriwe Palanka) beginnt und im allgemeinen in südwestlicher Richtung zum Ochridasee führt, über die Höhe

Digitized by Google

von Kitke, zwischen den Dörfern Meteschewo und Podrshikonj, über die Höhe östlich vom Dorfe Neraw, die Wasserscheide bis zur Höhe 1000 nördlich vom Dorfe Baschtewo (Grabatz-Planina), das Dorf Baschtewo, zwischen den Dörfern Ljubentzky und Petralitze, die Höhe von Ostritzy 1000 (Lisatz-Planina), die Höhe 1050 zwischen den Dörfern Dratsch und Opile, die Dörfer Talschimanzy und Schiwaljewo, die Höhen 1050 und 1000, das Dorf Keschany, die Hauptwasserscheide von Gradischte-Planina, die Höhe Gorischte, die Höhe 1023, die Wasserscheide zwischen Iwankowaz und Loginaz, durch Weterskog und Sopot zum Wardar, über den Wardar auf dem Bergkamm zur Höhe 2550, dann auf die Perepol-Planina, die Wasserscheide der Perepol-Planina entlang zwischen den Dörfern Krape und Barberasa, die Höhe 1200 zwischen den Dörfern Jakrenowo und Dranowo, über die Höhe Tschesma (1254), die Wasserscheide von Baba-Planina und Kruschkatepesi, zwischen den Dörfern Sopa und Zwerske, den Gipfel der Pretapstea-Planina östlich vom Dorfe Belitze, durch Breschana zur Höhe 1200 (Illinska-Planina) längs der Wasserscheide über die Höhe 1217 und zwischen den Dörfern Liwanischta und Gorentzy bis zum Ochridasee beim Kloster Gubowzy.

Bulgarien verpflichtet sich, diese Grenze anzunehmen, wenn seine Majestät der russische Zar, den man bitten wird, Schiedsrichter zu sein, sich für diese Linie ausspricht. Natürlich verpflichten sich beide Teile als endgültige Grenze die Linie anzunehmen, welche der russische Zar als den Interessen beider Teile entsprechend festsetzt.

Ich teile Ihnen obiges als Grundlage für eine Unterredung mit Grey mit, mache Sie jedoch darauf aufmerksam, daß die genaue Abgrenzung des Gebiets in unseren Augen nicht die Bedeutung einer unabänderlichen Festlegung hat, sondern nur die eines Hinweises auf die Interessen beider Staaten, die eine entsprechende Anerkennung in den Grenzen fänden, die wir zur Erzielung eines Gleichgewichtes billigen würden, wobei die Möglichkeit für Kompensation offen bliebe.

4. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 570.

Eigenhändiger Brief Poincarés an den russischen Botschafter in Paris, Iswolski, vom 22. Oktober/4. November 1912.

Wie ich Ihnen soeben gesagt habe, flößt die rätselhafte Haltung Österreichs der französischen Regierung ebensolche Bedenken ein wie der russischen. In Übereinstimmung mit dem Ministerrate halte ich es für zweckmäßig, uns schon jetzt auf ein gemeinsames Programm zu einigen, wenn Österreich versuchen sollte, eine territoriale Vergrößerung zu verwirklichen. Sie haben die Güte gehabt mir zu sagen, daß ein solcher Fall in den in Racconigi getroffenen Abmachungen vorhergesehen worden ist und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen. Auch die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen allen möglichen Bestrebungen Zugang verschaffen würde. Ich möchte deshalb wissen, ob die Kaiserlich Russische Regierung ebenso wie die unserige eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt, und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen.

5. B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 525.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolski an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. Oktober/7. November 1912.

Was den Vorschlag Poincarés anbelangt, der Möglichkeit territorialer Erwerbungen von seiten Österreichs auf dem Balkan vorzubeugen, so halte ich es für nötig, Ihnen den genauen Wortlaut der Mitteilung Poincarés zu übersenden, da ich die Möglichkeit von Fehlern in meinem chiffrierten Telegramm befürchte. Ich habe Ihnen soeben telegraphiert, daß ich es für wünschenswert halte, diese Mitteilungen sachlich und in schriftlicher Form zu beantworten. Der französische Vorschlag ist erfolgt, nachdem die Frage vom Kabinett beraten worden war und in ihm wird ein ganz neuer Standpunkt Frankreichs in der Frage der territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan zum Ausdruck gebracht. Während bis jetzt Frankreich erklärt hatte, daß örtliche, sozusagen rein balkanische Ereignisse es zu keinem aktiven Handeln

Digitized by Google

veranlassen könnten, scheint die französische Regierung jetzt zuzugeben, daß eine territoriale Erwerbung von seiten Österreichs auf dem Balkan das allgemeine europäische Gleichgewicht und folglich auch die eigentlichen Interessen Frankreichs berührt. Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Erwerbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Übereinkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann. Einstweilen unterbreitet er diese Frage natürlich nur unserer Beratung, aber in einem Gespräche mit mir hat Paléologue deutlich zugegeben, daß das vorgeschlagene Übereinkommen zu diesen oder jenen aktiven Schritten führen kann. Er hat mir gesagt, daß bei Erwägung der verschiedenen möglichen Folgen er seinen Vorgesetzten auf das Beispiel des Jahres 1832 hingewiesen habe, als Frankreich nach der Besetzung Ferraras durch die Österreicher seinerseits Ancona eingenommen und dieses erst evakuiert hat, nachdem die Österreicher sich aus der erstgenannten Stadt zurückgezogen hatten. Es scheint mir, daß wir alles oben Dargelegte ernstlich prüfen und diese Gelegenheit benutzen müssen, um den neuen Standpunkt der französischen Regierung im Falle einer möglichen Ausdehnung Österreichs auf dem Balkan festzulegen und für die Zukunft eine gemeinsame Aktion Rußlands, Frankreichs und Englands vorzubereiten, wenn Österreich im Laufe der weiteren Entwicklung seinen jetzigen Standpunkt des Verzichtes auf alle territoriale Kompensationen aufgeben sollte.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 583. 6

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris 1./14. November 1912.

In Anbetracht der Bedeutung der Erklärungen, die Ihnen vom französischen Außenminister gemacht worden und in Ihrem Briefe vom 25. Oktober/7. November enthalten sind, bin ich ganz Ihrer Ansicht, daß es wünschenswert ist, den neuen Standpunkt der Regierung der französischen Republik hinsichtlich einer eventuellen Ausbreitung Österreichs auf dem Balkan festzulegen. Ich bin daher damit einverstanden, daß der Brief Poincarés von uns ebenfalls schriftlich beantwortet wird und da der Brief des französischen Ministers an Sie gerichtet war, so wäre es am besten, wenn auch unsere Antwort durch Ihre Vermittlung erfolgen würde. Beiliegend das Projekt eines solchen Briefes, und ich halte es nur für nötig, folgende Erwägungen hinzuzufügen:

Alle uns zur Verfügung stehenden Informationen weisen darauf hin, daß wenigstens im jetzigen Zeitpunkt Österreich nach keinen territorialen Erwerbungen auf dem Balkan strebt. Immerhin könnte sich Österreich je nach Entwicklung der Dinge und vor allem in Anbetracht des Konfliktes mit Serbien wegen des Zuganges zur Adria zur Annexion türkischen oder sogar serbischen Territoriums entschließen. In beiden Fällen wäre es für uns sehr wichtig, die Gewißheit zu haben, daß im Falle einer Einmischung von unserer Seite Frankreich nicht teilnahmlos bleiben wird. Andererseits muß man in Betracht ziehen, daß die Lage auf dem Balkan sich sehr schnell verändert und wir nicht alle Zufälligkeiten voraussehen können, die uns zu der Ergreifung dieser oder jener Maßregeln veranlassen könnten, und ich halte es deshalb für notwendig, in unsern Verhandlungen mit den ausländischen Kabinetten alles zu vermeiden, was unsere Aktionsfreiheit in Zukunft einschränken könnte. In dieser Hinsicht scheint es mir wünschenswert, in Ihrer in Aussicht genommenen schriftlichen Erklärung an Poincaré allzu kategorische Erklärungen zu vermeiden, wie sie sich z. B. aus den Worten des französischen Ministers ergeben: „sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen." Denn dieses könnte sich auch auf Rußland im Gebiete der Meerengen beziehen. Letztere Erwägung teile ich natürlich ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information mit.

Projekt eines Briefes des russischen Botschafters in Paris, Iswolski, an den französischen Außenminister Poincaré.

Ich habe nicht verfehlt, dem russischen Außenminister den Inhalt Ihres Briefes vom 4. November zu unterbreiten. Herr Sasonow ermächtigt mich, Ihnen zu erklären, daß ebenso

Digitized by Google

wie Frankreich auch Rußland einer territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan nicht gleichgültig gegenüberstehen könne. Er nimmt mit Vergnügen von der Ansicht der französischen Regierung Kenntnis, daß Frankreichs Interesse durch eine solche Möglichkeit berührt werden würde. Die russische Regierung ist in dieser Hinsicht bereit, sich gemeinsam mit den Kabinetten von Paris und London über die Handlungsweise zu verständigen, die in einem solchen Falle nötig werden würde.

7. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 150.

Geheimtelegramm Iswolskis an Sasonow. Nr. 369. Paris, den 4./17. November 1912.

Im Anschluß an mein Telegramm Nr. 368.

Im Laufe einer Unterhaltung bezüglich der Antwort Frankreichs auf meine Mitteilungen den österreichisch-serbischen Zwist betreffend, hat mir Herr Poincaré geantwortet, daß es ihm unmöglich sei, selbst privatim, die Richtlinien der Haltung Frankreichs im Falle einer aktiven Einmischung Österreichs zu formulieren, bevor die Kaiserliche Regierung ihm nicht ihre eigenen Absichten mitgeteilt habe. Es ist Sache Rußlands, sagte er mir, die Initiative in einer Frage zu ergreifen, an welcher es in erster Linie beteiligt ist; Frankreichs Aufgabe ist es, ihm in tatkräftigster Weise beizustehen; wenn die französische Regierung die Initiative selbst ergreifen würde, würde sie Gefahr laufen, sich entweder diesseits oder jenseits der Absichten ihres Verbündeten zu setzen. Gerade deshalb, um keinen Zweifel über den Grad unseres Beistandes aufkommen zu lassen, scheint es mir angezeigt, eine Stelle aus den Instruktionen des Herrn Sasonow an den russischen Gesandten in Belgrad hervorzuheben, in der es heißt, daß Frankreich und England offen erklärt hätten, sie seien keineswegs gesonnen, den Konflikt mit dem Dreibund sich verschlimmern zu lassen.

Alles in allem, fügte Herr Poincaré hinzu, läuft all dies darauf hinaus, daß, wenn Rußland Krieg führen wird, Frankreich auch Krieg führen wird, da wir wissen, daß in dieser Frage hinter Österreich Deutschland stehen wird.

Auf meine Frage, ob er den Standpunkt Englands in der gegenwärtigen Angelegenheit kenne, antwortete mir Herr Poincaré, daß nach seinen Informationen das Londoner Kabinett sich für den Augenblick darauf beschränken würde, Rußland seine ganze diplomatische Unterstützung zu versprechen, aber daß dies gegebenenfalls einen tatkräftigeren Beistand nicht ausschlösse.

gez. Iswolski.

8. Auswärtiges Amt: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin, Juni 1919. S. 152.

Telegramm Iswolskis an Sasonow. Nr. 376. Paris, den 8./21. November 1912.

Ich habe den Inhalt Poincarés mitgeteilt, der darauf über denselben Gegenstand eine Unterredung mit dem italienischen, dem österreichischen und dem deutschen Botschafter hatte. Tittoni bestätigte ihm den Plan, der in meinem Telegramm 374 und 375 dargelegt ist, und vervollständigte ihn durch den Hinweis darauf, daß Diakowo, Ipek und Prisren Eigentum Serbiens werden müßten. Tittoni sagte ihm auch, Sie hätten dem italienischen Geschäftsträger erklärt, daß im Hinblick auf die Erregung der öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt seien, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern und die Forderung Serbiens nach einem territorialen Ausgang zur Adria zu unterstützen; Tittoni ist darüber sehr besorgt, denn die italienische Regierung ist verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen; und falls ein Krieg wegen dieser Frage ausbricht, wird es Österreich bewaffnete Unterstützung leisten müssen.

Poincaré bemerkte, dies stimme schwerlich mit dem überein, was ihm von der russisch-italienischen Vereinbarung in Racconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus der französisch-italienischen Vereinbarung von 1902, kraft deren Frankreich berechtigt sei, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen. Tittoni antwortete, der Vertrag Italiens mit Österreich über Albanien sei den Verträgen mit Frankreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend. Das bringe Italien ohne Zweifel in eine sehr schwierige Lage, und es werde sich mit allen Kräften bemühen, eine friedliche Lösung dieser Frage zu finden. Im Laufe des Gesprächs

Digitized by Google

agte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs rechnen könne. Diese Erklärung, bemerkte Poincaré, habe auf Tittoni einen sichtlichen Eindruck gemacht. In Anbetracht der Wichtigkeit obiger Erklärung Tittonis bittet Sie Poincaré, ihm durch mich mitzuteilen, ob es wahr ist, daß Sie Ihren in früheren Mitteilungen dargelegten Standpunkt verändert hätten und ob Sie es jetzt notwendig finden, auf einem territorialen Ausgang Serbiens zum adriatischen Meer zu bestehen. gez. Iswolski.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 590. 9.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. Nr. 383.

Poincaré hat mir ein Telegramm aus Wien vorgelesen, in dem der französische Botschafter berichtet, daß die Stimmung in Wien eine äußerst gespannte sei und daß die österreichische Regierung erfahren habe, Sie hätten in den letzten Tagen Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert und wären jetzt bereit, diese Forderungen zu unterstützen. Außerdem habe das Wiener Kabinett erfahren, daß wir umfangreiche militärische Maßnahmen an der österreichischen Grenze treffen. Seinerseits mobilisiert Österreich drei Armeekorps in Galizien und hat seine militärischen Vorbereitungen gegen Serbien beendet. Der französische Geschäftsträger fügt hinzu, der deutsche Botschafter erkläre offen, daß Deutschland Österreich unterstützen wird, daß Deutschland im Falle eines Krieges nur eine geringe Truppenmacht gegen Rußland stellen und seine Hauptkräfte gegen Frankreich richten werde und daß „Deutschland Rußland erst in Paris unterwerfen wird". Andererseits erwartet Poincaré, daß Ismail Kemal Pascha, der augenscheinlich schon in Durazzo eingetroffen ist, in diesen Tagen die Unabhängigkeit Albaniens ausrufen und von der österreichischen Flotte unterstützt werden wird. Deshalb droht der serbische Vormarsch nach Durazzo, Verwicklungen nicht nur mit den Albaniern, sondern auch mit den Österreichern herbeizuführen, was seinerseits den Einfall der Österreicher in Serbien zur Folge haben würde. Dies alles beunruhigt die französische Regierung, und Poincaré fragt, ob Sie noch immer auf dem Standpunkt der von Ihnen unserm Gesandten in Belgrad gegebenen Instruktionen stehen, oder ob in dieser Hinsicht wirklich eine Änderung eingetreten ist. Poincaré ist überzeugt, daß sowohl Österreich wie Italien fest entschlossen sind, die Serben nicht nach Durazzo zuzulassen, und wenn Sie daher wirklich beschlossen haben, das Vordringen Serbiens bis zu diesem Hafen zu unterstützen, so muß dieses zu einem Konflikte zwischen Rußland und Österreich mit allen seinen Folgen führen. Als Antwort habe ich Poincaré mit dem Inhalt Ihres Telegramms 2687 bekannt gemacht, aus welchem hervorgeht, daß Sie bestrebt sind, Mittel zu einer friedlichen Lösung dieser Frage zu finden, und daß deshalb kein Grund zur Annahme vorliegt, daß wir die Serben zu irgendwelchen gefährlichen Schritten zu veranlassen suchen. Auf seine Bemerkung, daß von verschiedenen Seiten behauptet wird, unser Gesandter in Belgrad, Hartwig, fahre fort, die Serben aufzustacheln, erwiderte ich, daß mir aus der Erfahrung des Jahres 1908 gut bekannt sei, wie leicht ungerechtfertigte Anklagen gegen Rußland und die russischen Diplomaten erhoben würden. Zum Schlusse betonte Poincaré, daß es im jetzigen kritischen Augenblicke äußerst wichtig sei, daß Serbien sich nicht auf Ratschläge von seiten Rußlands berufen könne, und daß es für alle klar sein müsse, daß Serbien, wenn es auf seinem Marsche nach Durazzo besteht, auf seine eigne Gefahr hin handelt. Poincaré bittet, obiges zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

B. von Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 599. 10.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister 13./26. November 1912. Nr. 392.

Poincaré teilt Ihre Ansicht. Der Gedanke einer Konferenz ist von Poincaré mehrere Male London, Berlin und Wien gegenüber erwähnt worden. Poincaré erinnert daran, daß er schon am 15. Oktober eine derartige Konferenz in Vorschlag gebracht hat. Dieser Vorschlag bestehe auch jetzt noch und mache daher eine neue Initiative unnötig. Da Deutschland und Österreich erklärt haben, daß sie sich an einer Konferenz nur beteiligen werden, wenn zwischen

Digitized by Google

den Mächten ein Einvernehmen über die wichtigsten Punkte des Programms erzielt sein wird, glaubt Poincaré, daß die von Ihnen in Vorschlag gebrachten Vorberatungen der Botschafter das einzige praktische Mittel seien, um einer langen Verzögerung, die bei telegraphischen Verhandlungen zwischen den Kabinetten unvermeidlich ist, vorzubeugen. Andererseits fällt es Poincaré schwer, eine Initiative zu ergreifen, da diese Vorberatungen wahrscheinlich in Paris stattfinden werden. Er fragt daher, ob Sie es nicht für möglich halten, daß das Londoner Kabinett eine derartige Initiative ergreift, da Grey das Zustandekommen einer Konferenz für nützlich hält.

11. Berliner Tageblatt: 31. Dezember 1921 — N. 604 — Un Livre Noir, S. 362 f.

Die erste Probe ist ein sehr langes Schreiben Iswolskis an Sergei Dmitrijewitsch, den russischen Außenminister Sasonow, vom 5. Dezember, nach westlicher Zeitrechnung, des Jahres 1912 datiert. Ich teile daraus nur das Wichtigste mit. Iswolski schreibt, obwohl Poincaré mit allen Kräften bemüht sei, „die augenblickliche Krisis" — es handelt sich um den von Serbien begehrten, von Österreich-Ungarn verweigerten Zugang zur Adria — „friedlich zu lösen", lehne „er die Möglichkeit, daß Frankreich sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen könnte, Rußland militärisch zu unterstützen, doch keinen Augenblick ab". Sobald „Deutschlands militärische Intervention" sich zeige, trete laut dem Vertrage der casus foederis ein. Bis zu diesem Augenblick werde Frankreich Rußland „die wirksamste und energischste diplomatische Unterstützung zuteil werden lassen", und das schließe „die Möglichkeit irgendwelcher nicht rein diplomatischen Handlungen, wie militärische und Flottendemonstrationen, nicht aus". „Es ist", heißt es in dem Briefe, „jedoch durchaus verständlich, daß die französische Regierung es für notwendig hält, daß die Initiative zu solchen Handlungen von Rußland ausgehen muß." Iswolski beklagt, daß man von Petersburg aus nicht oft genug einen Gedankenaustausch mit dem französischen Kabinett herbeiführe, und daß mitunter „der Meinungsaustausch zwischen Paris und Berlin lebhafter scheine, als der zwischen Paris und Petersburg". Er bemerkt, Herr Paléologue — der damals Direktor im Ministerium des Äußern war — habe mehrmals die Passivität des Herrn Georges Louis, des französischen Botschafters in Petersburg, für diesen Mangel an Information und Verbindung verantwortlich gemacht. Dann berichtet Iswolski, wie schwierig die parlamentarische Situation Poincarés in diesen Fragen sei. Er spricht sich darüber folgendermaßen aus:

„Bei der Beurteilung der durch die augenblickliche Krisis für das Kabinett Poincaré geschaffenen Lage ist es notwendig, im Auge zu behalten, daß in den Reihen der Partei, auf die sich dieses Kabinett stützt, eine äußerst einflußreiche Gruppe besteht, die den Frieden ‚um jeden Preis' verlangt. Dieser von Herrn Combes geleiteten Gruppe stehen zahlreiche Presseorgane zur Verfügung, die Herrn Poincaré in seinen verschiedenen Initiativen streng kritisieren. Dieselbe Kritik hört man, wie mir bekannt geworden ist, in den Wandelgängen der Deputiertenkammer und im Senat. In einem Gespräch, das er kurz vorher mit mir hatte, bemerkte Poincaré u. a., daß die öffentliche Meinung in Frankreich tief friedliebend wäre und er dieses stets im Auge behalten müßte. Um so mehr, so scheint es mir, sind wir verpflichtet, ihm seine feste Entschlossenheit, die Bündnispflichten im Falle der Notwendigkeit in loyalster Form zu erfüllen, als Verdienst hoch anzurechnen. Während die Herren Combes und Genossen sich in den Wandelgängen des Parlaments laut damit brüsten, daß in der entscheidenden Minute Krieg oder Frieden nicht von der Regierung, sondern von ihnen abhängen wird, wird in Wirklichkeit im Falle des Eintretens der Krisis, was Gott verhüten möge, die Entscheidung von den drei an der Spitze des Kabinetts stehenden starken Persönlichkeiten: Poincaré, Millerand und Delcassé getroffen werden. Und unser Glück ist es, daß wir es gerade mit diesen Persönlichkeiten zu tun haben werden, und nicht mit diesen oder jenen zufälligen Persönlichkeiten, die sich in den letzten Jahren in der Regierung Frankreichs abgewechselt haben."

Iswolski schreibt weiter, Poincaré und Paléologue seien, wie er in seinen Gesprächen mit ihnen habe konstatieren können, über die Rolle, die Italien und England im Falle eines allgemeinen europäischen Konfliktes spielen werden, sehr besorgt. Er gibt ausführlich die Ansichten über die Haltung Italiens wieder und sagt schließlich, man sei in Paris überzeugt, „daß sich weder der Dreiverband noch der Dreibund auf ein loyales Verhalten Italiens verlassen könne," und daß die italienische Regierung „im Falle eines Krieges zunächst eine abwartende

Digitized by Google

Stellung einnehmen wird, um letzten Endes mit dem Sieger zu gehen". Dann bespricht er die Politik Englands und die Reise Haldanes nach Berlin. Er behauptet auf Grund seiner Pariser Informationen, das Londoner Kabinett habe den Neutralitätsvorschlag, den Bethmann Hollweg dem Lord Haldane übergeben hatte, Herrn Poincaré mitgeteilt. „Herr Poincaré sprach sich sehr energisch gegen eine derartige Verpflichtung aus. Er wies die englische Regierung darauf hin, daß infolge des Nichtbestehens eines schriftlichen Vertrages allgemein politischen Charakters zwischen England und Frankreich die englische Unterschrift unter einem derartigen Vertrag mit Deutschland den derzeitigen englisch-französischen Beziehungen sofort ein Ende bereiten würde." Seit Beginn der Balkankrise habe „Herr Poincaré keine Gelegenheit vorübergehen lassen, das Londoner Kabinett zu vertraulichen Besprechungen herauszufordern, um zu einer Klärung der Stellungnahme Englands im Falle eines allgemeinen Konfliktes zu gelangen." England habe aber bis zu diesem Tage keinerlei Verpflichtungen übernommen. „Das Londoner Kabinett antwortet stets, daß das von den Verhältnissen abhängen und die Frage von Krieg und Frieden durch die öffentliche Meinung entschieden werden wird." Andererseits hätten freilich die Beratungen der englischen und französischen Generalstäbler nicht aufgehört.

Iswolski an Sasonow. **Paris, 1./14. Dezember 1912. Nr. 445.** 12.

Kopie mit der Post nach London. Beziehe mich auf meine Telegramme 425 und 433. Neues D ment X.

Der französische Botschafter telegraphiert aus Petersburg, daß man dem Obersten Lagiche auf seine Frage nach unserer militärischen Lage an der österreichischen Grenze im Generalstabe gesagt habe, daß Österreich an der russischen Grenze nur Verteidigungsmaßnahmen vornehme, daß man bei uns einen Überfall Österreichs auf Serbien für höchst unwahrscheinlich halte; schließlich, daß Rußland selbst im Falle eines Überfalls Österreichs auf Serbien nicht Krieg führen werde. Außerdem habe unser Kriegsminister dem Obersten Lagiche gesagt, daß er von der Aufrechterhaltung des Friedens vollkommen überzeugt sei und am 23. Dezember neuen Stils nach Deutschland und nach Südfrankreich abzureisen gedenke. Poincaré und das ganze Kabinett sind infolge dieser Nachrichten höchst bestürzt und aufgeregt, da man hier, wie ich bereits telegraphierte, vom kriegerischen Charakter der österreichischen Vorbereitungen überzeugt ist und befürchtet, daß wir überrumpelt werden, und daß das die militärischen Handlungen Deutschlands gegen Frankreich erleichtern werde. Ich gab mir alle Mühe, um Poincaré zu beruhigen, und setzte ihm auseinander, daß bei uns schon vor 2 Monaten, gleich bei Beginn der Krise ernste Maßnahmen beschlossen worden seien, um unsere Streitkräfte an der österreichischen Grenze möglichst in Bereitschaft zu setzen, daß seitdem die zu entlassenden Mannschaften unter den Fahnen behalten worden seien usw. Ich gestatte mir jedoch es auszusprechen, daß es sehr erwünscht wäre, die französische Regierung, die ernstlich mit der Kriegsmöglichkeit rechnet, sowohl über die bei uns vorgenommenen militärischen Maßnahmen als auch über unsere Ansichten bei etwa eintretenden Fällen zu unterrichten, da die gegenwärtige Unkenntnis hier zweifellos eine Nervosität hervorruft, die ins Publikum und in die Presse zu dringen beginnt, und es mir immer schwer fällt, hier eine uns günstige Stimmung zu erhalten. Ich bitte dringend um Weisungen zwecks ausführlicherer Erörterungen mit Poincaré.

Berliner Tageblatt: 31. Dezember 1921 — Nr. 604 — Un Livre Noir, S. 368. 12.

Bericht Iswolskis an Außenminister Sasonow. 5./18. Dezember 1912.

Sehr geehrter Sergei Dmitrijewitsch!

Da ich bisher auf meine Telegramme über die hier durch unser anscheinend passives Verhalten den österreichischen Rüstungen gegenüber hervorgerufene Unruhe keine Antwort erhalte, frage ich mich, ob ich auch genügend klar die sich augenblicklich fühlbar machende Stimmung wiedergebe. Ich werde mich daher bemühen, Ihnen ausführlicher die Resultate meiner Beobachtungen in den letzten zwei Wochen darzulegen. Während noch vor kurzem die französische Regierung und die hiesige Presse geneigt waren, uns der Aufhetzung der Serben zu beschuldigen, und die dominierende Note die Phrase war: „La France ne veut pas faire la guerre pour un port serbe" („Frankreich will nicht für einen serbischen Hafen Krieg führen"), verhält man sich jetzt unserer scheinbaren Gleichgültigkeit der Tatsache der österreichischen Mobilisation gegenüber voll Bedenken und verhüllter Besorgnis. Diese Befürchtungen wurden

Digitized by Google

nicht nur von den französischen Ministern im Gespräche mit mir und mit unserem Militärattaché geäußert, sondern bringen auch in die breite Öffentlichkeit, sowie in die Zeitungen aller Richtungen; im französischen Generalstab sind sie so stark, daß der Kriegsminister, wie bereits in meinem Telegramm Nr. 445 mitgeteilt, es für notwendig hielt, die Aufmerksamkeit Poincarés auf diesen Umstand zu lenken, der mir Millerands Schreiben zeigte und den Ministerrat zu einer Extrasitzung einberief. Das Telegramm von Georges Louis, das die Antwort unseres Generalstabes an den Obersten Lagiche wiedergibt, hat die Zweifel der Franzosen keineswegs zerstreut; mir wurde der Text dieses Telegramms gezeigt, demzufolge dem Obersten Lagiche gesagt wurde, daß von unserer Seite den österreichischen Rüstungen nicht nur ein rein defensiver Charakter beigemessen wird, sondern daß selbst im unwahrscheinlichen Falle eines österreichischen Überfalls auf Serbien, Rußland nicht Krieg führen wird. Diese Antwort hat Poincaré und alle französischen Minister in die größte Bestürzung versetzt. Laut allen hier eingegangenen Nachrichten beendigt Österreich die selbständige Mobilisation von zehn Armeekorps, wobei ein Teil der mobilisierten Truppen demonstrativ an der russischen Grenze (im Text: gegen Rußland) aufmarschiert ist. Die Mobilisation lastet schwer auf den ohnedies zerrütteten österreichischen Finanzen, man kann daher von Tag zu Tag ein kategorisches Hervortreten des österreichischen Kabinetts erwarten.

Dieses Hervortreten kann, wie man hier annimmt, den Widerstand Rußlands hervorrufen, das dann automatisch und unabwendbar erst Deutschland und später auch Frankreich in den Krieg hineinziehen wird. Die französische Regierung verhält sich dieser Möglichkeit gegenüber durchaus ruhig, überzeugt, und ist fest entschlossen, ihre Bündnispflichten zu erfüllen. Alle notwendigen Maßregeln sind von französischer Seite getroffen; die Mobilisation an der Ostgrenze ist geprüft, die Ausrüstung in voller Ordnung usw. Und gerade in diesem Augenblick stößt Frankreich auf ein anscheinend vollständig anderes Verhalten seines Bundesgenossen der Lage gegenüber, der doch jedenfalls am meisten an der Situation interessiert ist. Daraus zieht man den Schluß, daß man sich entweder bei uns nicht Rechenschaft gibt über die kriegerischen Absichten Österreichs oder aus irgendwelchen Gründen im gegebenen Moment mit Frankreich nicht reden will. Beide Vermutungen sind für uns im höchsten Grade ungünstig und ungeachtet all meiner Bemühungen, gegen sie zu reagieren, fällt es mir immer schwerer und schwerer, die hier für uns wünschenswerte Stimmung zu unterhalten. In meinen Unterredungen mit Poincaré und anderen Ministern bemühe ich mich, ihnen klar zu machen, daß unsere scheinbare Gleichgültigkeit in Wirklichkeit ein Kennzeichen für unsere Selbstbeherrschung und feste Absicht ist, keine Veranlassung zu liefern, uns irgendwelcher Handlungen zu beschuldigen, die uns und unsere Verbündeten in einen Krieg hineinziehen könnten. Sollte sich aber Österreich, ungeachtet der von uns gezeigten Mäßigkeit, bei Lösung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen dennoch zu einem aktiven Vorgehen entschließen, so wird es der ganzen Welt klar werden, daß der Weltkrieg nicht durch Rußland oder irgendwelche unvernünftigen serbischen Forderungen hervorgerufen worden ist, sondern durch den Versuch Österreichs und Deutschlands, ihre Hegemonie auf dem Balkan und folglich auch in ganz Europa aufzurichten. Die französische Regierung, sage ich, muß uns für diese Inszenierung der Frage dankbar sein, die um so notwendiger erscheint, da wir nur unter solchen Bedingungen auf Englands Unterstützung rechnen dürfen. Ich will es Ihnen nicht verheimlichen, daß all diese Argumente nicht überzeugend genug erscheinen können, und es mir sehr schwer fällt, eine Erklärung für unser offensichtliches Widerstreben (im Text: Nichtwollen) zu finden, gemeinsam mit Frankreich die durch die österreichische Mobilisation geschaffene Lage zu beraten. Gestern erst drückte mir wiederum Paléologue sein Erstaunen über die Oberst Lagiche in unserem Generalstab zuteil gewordene geheime Mitteilung aus, die das wahrscheinliche Verhalten Rußlands gegenüber einem österreichischen Angriff auf Serbien betrifft. Auf meine Bemerkung, daß dies möglicherweise eine „Boutade" eines mit der sogenannten Passivität der russischen Diplomatie unzufriedenen Offiziers sei, entgegnete mir Paléologue: „Unser Botschafter in St. Petersburg ist aber nicht besser als der Oberst über die wahren Absichten Ihrer Regierung informiert als wir selbst am Quai d'Orsay es sind," wobei er öffentlich auf die Einstellung des von uns mit dem Pariser Kabinett begonnenen Meinungsaustausches über die möglichen Folgen eines österreichischen Vorgehens gegen Serbien anspielte.

Ich bemühe mich, die für uns wünschenswerte Stimmung in den Regierungs- und politi-

Digitized by Google

schen Kreisen aufrecht zu erhalten und versuche gleichzeitig, auf die Presse einzuwirken. In dieser Hinsicht sind, zum Teil dank den seinerzeit getroffenen Maßregeln, sehr bemerkenswerte Resultate erreicht worden. Wie Ihnen bekannt, beteilige ich mich nicht direkt an der Verteilung der Subsidien, die Verteilung wird aber unter Mitwirkung der französischen Minister vorgenommen und hat bereits die nötige Wirkung gehabt. Von mir aus versuche ich durch persönliche Beeinflußung die Hauptzeitungen in Paris, wie den „Temps", „Journal des Débats", „Echo de Paris" zu lenken. Im allgemeinen kann man den heutigen Ton mit dem während des Krieges 1908/9 nicht vergleichen. Besonders bemerkenswert ist die Stellungnahme des „Temps", der vor vier Jahren ausgesprochen austrophil war, und in dessen Spalten heute Herr Tardieu einen energischen Feldzug gegen die österreichische Politik führt. Herr Berchtold und der österreichische Botschafter in Paris haben sich bereits mehrmals bei Herrn Poincaré wegen dieses Feldzuges beklagt. In meinen Unterredungen mit den französischen Journalisten bemühe ich mich, ihnen den Gedanken einzuflößen, daß, wenn ungeachtet der von Rußland gezeigten Einsicht und Nachgiebigkeit, die österreichischen Rüstungen und die Forderungen der österreichischen Diplomatie zu einem allgemeinen europäischen Zusammenstoß führen sollten, der Krieg nicht infolge der Privatinteressen Serbiens und auch nicht besonderen russischen Interessen zuliebe beginnen wird, sondern infolge des Versuches Österreichs und des hinter ihm stehenden Deutschlands, eine Hegemonie in Europa und auf dem Balkan aufzurichten. Dieser Gedanke beginnt, Gott sei Dank, in das Bewußtsein der französischen politischen und militärischen Kreise einzudringen, sowie in das Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit. In letzter Zeit habe ich nicht mehr gegen die Idee zu kämpfen, Frankreich könnte in einen seinen Interessen fremden Krieg verwickelt werden, sondern eher gegen die Befürchtung, daß wir uns den Fragen gegenüber, die das Interesse und das Prestige des ganzen Dreiverbandes berühren, zu passiv verhalten.

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener gez. Iswolski.

P. S. Soeben ist Ihr Telegramm Nr. 1187, in dem die in dem vorliegenden Briefe berührten Fragen erklärt werden, eingetroffen und dechiffriert worden. Ich werde versuchen, heute oder morgen seinen Inhalt Poincaré mitzuteilen, der all diese Tage durch Sitzungen des Parlaments vollauf in Anspruch genommen ist. Gestern sagte er mir, daß er noch vor den Weihnachtsferien, d. h. Ende dieser oder Anfang nächster Woche in der Kammer mit einer kurzen Rede über die auswärtigen Angelegenheiten hervortreten werde.

Iswolski an Sasonow. Paris, 4./17. Dezember 1912. Nr. 451. 14. Neues Dokument XI.

Auf den morgigen Tag war auf Anordnung der sozialistischen Organisation Conféderation générale du travail ein Generalstreik aller französischen Arbeiter als Protestkundgebung gegen den Balkankrieg und die Möglichkeit, Frankreich in ihn zu verwickeln, angesetzt worden. Dieser Wunsch erlitt sowohl in Paris als auch in der Provinz einen völligen Mißerfolg; am Streik nahm nur eine unbedeutende Anzahl von Personen teil und die Ordnung wurde nirgends gestört. Poincaré sagte mir, daß die Regierung, da sie mit der in letzter Zeit in Frankreich erstarkten patriotischen Stimmung rechnete, nur ganz unbedeutende Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe und daß nichtsdestoweniger z. B. in den Staatswerkstätten die Zahl der Streikenden geringer gewesen sei als gewöhnlich an Montagen. Mit einem Wort, der gestrige Tag zeigte nochmals, daß die Antimilitaristen im Kriegsfalle keinen Erfolg haben werden.

Wie Poincaré die Weltgeschichte aufgefaßt wissen möchte:

Der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, ist das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben sich nicht mit dem wachsenden Gedeihen und Einfluß begnügt, nach welchen zu streben Deutschland berechtigt war und welche alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten.

Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihren Untertanen die Lehre eingeschärft, in internationalen Angelegenheiten sei Gewalt Recht. Niemals haben sie davon abgelassen, die Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande

(Fortsetzung S. 220.)

Digitized by Google

Die drei Konferenzen
der Generalstabschefs von Frankreich u. Rußland 1911, 1912, 1913.
Amtliche Protokolle.
I. Konferenz vom August 1911.

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind die Generalstabschefs der russischen und französischen Armeen am 18./31. August 1911 in Krasnoje Selo zu einer Konferenz zusammengekommen. Der französische Militärattaché war in der Eigenschaft eines Sekretärs zugegen.

Die verschiedenen Punkte der vorerwähnten Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Veranlassung gegeben.

Einleitung.

Die beiden Generalstabschefs erklären einstimmig, daß die Worte „Defensiv-Krieg" nicht in dem Sinne eines Krieges ausgelegt werden können, den man in defensiver Weise führen wird. Vielmehr erklären sie mit Bestimmtheit, daß für die russischen und französischen Armeen die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine kraftvolle Offensive zu ergreifen und zwar soweit als möglich zur gleichen Zeit gemäß dem Wortlaute des Artikels 3 der Konvention, wonach „die Streitkräfte der beiden vertragschließenden Mächte mit allem Nachdruck und größter Beschleunigung einzusetzen sind" („s'engagent à fond et en toute diligence").

Artikel 1.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie die bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauteten:

„Indem die beiden Generalstabschefs den Standpunkt der früheren Konferenzen bestätigen, sind sie darüber vollkommen einig, daß die Niederlage der deutschen Heere unter allen Umständen das erste und hauptsächlichste Ziel der verbündeten Armeen bleibt."

Artikel 2.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauteten:

„Einstimmig bringen die Konferenzteilnehmer neuerdings die bei der Besprechung vom 8./21. April 1906 (§ 2 des Kapitels 1) formulierte Meinung zum Ausdruck, daß die Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hievon mobilzumachen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf, aber daß ihnen eine solche Verabredung unentbehrlich erscheint, falls nur von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobilgemacht wird. Dementsprechend richten sie an ihre Regierungen die Bitte, über diesen Punkt, der bereits die Aufmerksamkeit ihrer Vorgänger auf sich gelenkt hat, genaue Bestimmungen zu treffen.

Artikel 3.

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

General Dubail setzt auseinander, daß neue Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht sich aus den Verbesserungen ergeben, die neuerdings von den Deutschen an ihrem Eisenbahnnetz im Westen vorgenommen wurden (Schienenwege, Werkstätten, Auslaberampen), ebenso wie auch aus den an der französischen Grenze errichteten Befestigungen.

Der Chef des französischen Generalstabs entwickelt hierauf die folgenden Erwägungen: Aus dem, was man über die deutsche Mobilmachung und Kräftekonzentration weiß, kann man den Schluß ziehen, daß die ersten großen Zusammenstöße wahrscheinlich in Lothringen, Luxemburg und Belgien zwischen dem 15. und dem 18. Tag stattfinden werden.

Die französische Armee wird zu diesem Zeitpunkt einen Effektivbestand haben, der die 1300000 Mann, die im Artikel 3 der Konvention vorgesehen sind, übersteigt.

Man hat Grund zur Annahme, daß die Deutschen die Operationen mit dem äußersten

Digitized by Google

Nachdruck durchführen werden, um vom ersten Tag an dem Gegner ihren Willen aufzuzwingen und um die Entscheidung herbeizuführen, oder um die Franzosen wenigstens in die Defensive zu drängen. Im Falle des Erfolgs hätten sie dann die Möglichkeit, zu geeigneter Zeit den größten Teil ihrer Streitkräfte gegen die Russen anzusetzen.

Der französische Generalstab hat Grund zu glauben, daß, falls ein Krieg von Deutschland hervorgerufen würde, unter den gegebenen Verhältnissen (August 1911) weder Österreich noch Italien ihm sofort Gefolgschaft leisten würden.

General Gilinsky gibt zu, daß dies bezüglich Italiens zutreffe, aber er ist im Gegenteil der Meinung, daß die Österreicher gebunden sein werden, sich ganz und gar auf die Seite der Deutschen zu stellen, wenn auch nur aus Dankbarkeit für die von den Deutschen den Österreichern in Bosnien und in der Herzegowina geleistete Unterstützung.

General Dubail erläutert bei seinen weiteren Darlegungen die großen Linien der französischen Mobilmachung und Kräftekonzentration.

Er zeigt, daß das französische Heer ebenso rasch wie das deutsche konzentriert wird, und daß es vom 12. Tag an in der Lage ist, gegen Deutschland — mit Hilfe der englischen Armee auf dem linken Flügel — die Offensive zu ergreifen.

Frankreich ist daher marschbereit in dem gemäß Artikel 3 der Militärkonvention von 1892 genau vorgeschriebenen Sinne. Um jedoch des Erfolges sicher zu sein, ist es notwendig, daß Frankreich die gleichzeitige und wirksame Unterstützung der russischen Armee erhält.

Mit einem Worte, Deutschland muß *zur gleichen Zeit*[1]) im Westen und im Osten angegriffen werden.

In Anbetracht der außerordentlichen Unterschiede der geographischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Lage der alliierten Nationen, hat die Schwierigkeit immer darin bestanden, diese Gleichzeitigkeit so weit wie möglich zu erreichen, welche ein augenblicklich nicht zu verwirklichendes Ideal darstellt.

Seit 1900 hat sich der russische Generalstab in Übereinstimmung mit dieser Anschauung zum Angriff am 18. Tage verpflichtet, und zwar mit einer ersten Staffel, die ausreichend wäre, um 5 oder 6 deutsche, von einer gewissen Anzahl Reservedivisionen unterstützte Armeekorps siegreich zu bekämpfen.

Im Jahre 1908 faßte er, vom selben Gedanken ausgehend, diejenigen Maßnahmen ins Auge, die dazu dienen sollten, die Deutschen *vom ersten Anfang eines Krieges an so viel als möglich auf ihrer Ostfront zu beunruhigen*.

Es hat den Anschein, daß die neue Dislokation der russischen Truppen in Friedenszeiten gewisse Schwierigkeiten im Hinblick auf ein rasches Eingreifen gleich beim Beginn eines Feldzugs nach sich zieht.

In der Tat, im Jahre 1910 war das Überschreiten der Grenze so festgesetzt, als ob dies erst gegen den 20. Tag der Fall sein sollte.

Der französische Generalstab kann nur noch einmal bestätigen, was er schon zu wiederholten Malen auf den früheren Konferenzen geäußert hat:

Für ihn besteht das von den russischen Armeen zu verfolgende Ziel darin, Deutschland zu zwingen, so große Streitkräfte als nur möglich an seiner Ostgrenze zu belassen.

Dieses Ziel, welches den Hauptinhalt der Militärkonvention von 1892 bildet, kann nur *durch die Offensive* erreicht werden.

Die Wirkung dieser Offensive wird um so sicherer sein, je früher sie vor sich gehen, mit je größeren Streitkräften sie durchgeführt und eine je *gefährlichere Richtung* sie für den Gegner nehmen wird.

Unter diesen Umständen, da die Konferenzteilnehmer einstimmig zugeben, daß die Deutschen die Hauptmasse ihrer Streitkräfte gegen Frankreich richten werden, drückt der Chef des französischen Generalstabs den Wunsch aus, daß man sich so eng wie möglich an den Plan halte, die Offensive mit einer ersten Staffel schon am 18. Tage zu ergreifen; vielleicht könnte diese Frist dank den neuerdings in der russischen Mobilmachung und Konzentration eingeführten Fortschritten noch vermindert werden.

General Dubail schließt seine Darlegung mit dem Hinweis darauf, daß er die verschiedenen

[1]) Die von uns gesperrt gebrachten Stellen sind im französisch-russischen Originaltext unterstrichen und zwar von den Konferenzteilnehmern selbst.

Digitized by Google

Gründe nicht verkennt, welche Rußland gezwungen haben, die Friedensdislokation seiner Truppen auf seinem Gebiete zu ändern. Den Anstrengungen, die seit 3 Jahren von Rußland zur Verstärkung seiner Militärmacht gemacht worden sind, drückt er seine aufrichtige Anerkennung aus und er freut sich, die Fortschritte feststellen zu können, welche sich für die Gesamtheit des befreundeten und alliierten Heeres durch die letzten für die Mobilmachung getroffenen Modifikationen ergeben.

General Gilinsky legt seinerseits den russischen Standpunkt dar:

Vor allem bestätigt er nachdrücklichst den Willen der kaiserlichen Regierung, die durch die Konvention auferlegten Verpflichtungen auf das Genaueste zu erfüllen.

General Dubail erklärt sofort, daß er die Loyalität dieser Erklärung ihrem ganzen Wert nach würdigt in einem Zeitpunkte, in dem sich wegen der marokkanischen Angelegenheit Schwierigkeiten ergeben und in dem man sich über die wirklichen Absichten Deutschlands nicht genaue Rechenschaft geben kann.

General Gilinsky fügt hinzu, daß der russische Generalstab, da die Gefahr eines Konfliktes tatsächlich besteht, die Pflicht hat, den französischen Generalstab über den gegenwärtigen Stand der russischen Armee genau aufzuklären.

Dieselbe setzt ihre Reorganisation fort, wie sie sich aus dem Kriege in der Mandschurei ergeben hat; aber diese Umgestaltung hat in Wirklichkeit erst im Jahre 1908 begonnen, d. h. vor 4 Jahren. Eine große Zahl von Verbesserungen ist auf dem Wege der Ausführung; aber obwohl man hierbei mit dem größten Nachdruck vorgeht, wird das russische Heer in Bezug auf schwere Feldartillerie (artillerie lourde de campagne) erst im Jahre 1913 seine vollständige Bewaffnung haben, in Bezug auf Maschinengewehre erst im Jahre 1914 und in Bezug auf neue Infanteriemunition erst im Jahre 1916. Außerdem fehlt es für den größten Teil der Reserveregimenter an Ausrüstung. General Gilinsky macht über diese Punkte genaue Angaben mit entsprechenden Belegziffern.

Er fügt bei, daß das russische Heer, sobald seine Reorganisation vollendet sein wird, einen weit größeren Effektivbestand, als die durch die Konvention vorgesehenen 800 000 Mann, wird aufstellen können.

Aber es muß bemerkt werden, daß Österreich in militärischer Hinsicht große Fortschritte gemacht hat. Seine Mobilmachung erfolgt jetzt ebenso rasch wie die der russischen Armee und sein Aufmarsch ist mehr in die Nähe der Grenze verlegt. Im Gegensatz zu dem, was bis jetzt galt, muß der russische Generalstab zugeben, daß Österreich imstande wäre, die Offensive vor derjenigen der russischen Truppen zu ergreifen, die bestimmt sind, ihm entgegenzutreten.

Unter diesen Umständen scheint Rußland vor wenigstens zwei Jahren nicht imstande, gegen Deutschland einen Krieg mit Gewißheit des Erfolges führen zu können. Es wäre gewiß in der Lage einen Schlag zu parieren, aber weniger, einen entscheidenden Schlag zu führen.

Welcher Art die in der Kriegsbereitschaft der russischen Armee oben angegebenen Lücken auch sein mögen, der befreundete und alliierte Generalstab erklärt sich bereit, die Wünsche des französischen Generalstabs in weitestgehendem Maße zufriedenzustellen.

General Gilinsky erklärt im Besonderen, daß die mobilisierten Truppen des aktiven Heeres mit Ausnahme der letzten Bestandteile der Trains ihre Konzentration an der Grenze am 15. Tag vollendet haben werden und daß man bemüht sein wird, von diesem Zeitpunkt an die Offensive zu ergreifen, ohne auf die letzten in Frage kommenden Kontingente zu warten, die erst am 20. Tage vollständig sein werden.

General Gilinsky ist der Ansicht, daß die Deutschen durch die vom russischen Generalstab getroffenen Maßnahmen gezwungen sein werden, mindestens 5—6 Armeekorps an ihrer Ostgrenze zu belassen, wie es der französische Generalstab verlangt. Außerdem macht er Einzelangaben über die Mobilmachung und Konzentration der russischen Armee (Effektivbestände, Vorbereitungsfristen, Aufmarschplan).

General Dubail dankt General Gilinsky für die Offenheit seiner Darlegungen über den gegenwärtigen Stand der russischen Vorbereitung und erklärt sich vollkommen befriedigt von einer Offensive, die gleich nach dem 15. Tag einsetzen wird, und die imstande wäre, mindestens 5—6 deutsche Armeekorps an der ostpreußischen Grenze festzuhalten.

Artikel 4.

Die Chefs der Generalstäbe nehmen ohne Änderung die 6 ersten Paragraphen der Bemerkungen an, die Artikel 4 der Konferenz von 1910 betreffen und die folgendermaßen lauten:

Digitized by Google

Die Konferenzteilnehmer nehmen einstimmig die folgenden Punkte an:

I. Die Konferenzen zwischen den beiden Generalstabschefs sollen periodisch und grundsätzlich alljährlich stattfinden;

II. außerdem wird man sich jedesmal verständigen, wenn einer der Generalstäbe dies wünscht;

III. das Protokoll der Konferenz wird der Zustimmung der Regierung jedes Landes mit dem Ersuchen der Unterzeichnung durch den Kriegsminister und den Ministerpräsidenten unterbreitet werden, so daß die Generalstabschefs der verbündeten Armeen sich auf dieses Schriftstück bei der Ausführung der wünschenswerten Verbesserungen werden stützen können;

IV. der Austausch von gegenseitigen Auskünften zwischen den Generalstäben soll in einer zusammenhängenderen und vollständigeren Weise erfolgen.

Insbesondere wird man sich vor jeder Konferenz über die Fragen verständigen, die geprüft werden sollen.

Die Generalstabschefs bestehen besonders darauf, daß die Konferenzprotokolle der Ratifikation der beiderseitigen Regierungen unterbreitet werden.

Was die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten betrifft, sind die Konferenzteilnehmer einverstanden, daß der drahtlosen Telegraphie der Vorzug gegeben werden muß.

Die Linie Paris—Bobrouisk funktioniert in beiden Richtungen auf befriedigende Weise. Gleichwohl ist es erwünscht, auf der Station Bobrouisk stärkere Apparate aufzustellen, um einer systematischen Störung entgegenzutreten.

Die Station Sebastopol funktioniert nicht regelmäßig. Der russische Generalstab erklärt, daß die Absicht besteht, sie völlig der Marine zu überlassen, der sie gehört, und die sie für ihren eignen Dienst beinahe ohne Unterbrechung in Anspruch nimmt, und daß weiterhin die Absicht besteht, am Ufer des Schwarzen Meeres und zwar an einem anderen Orte als Sebastopol eine andere Station zu errichten, die ausschließlich Kriegszwecken dienen soll.

Die Friedens-Chiffern werden seit 1910 benützt. General Dubail bringt zur Kenntnis, daß die Kriegs-Chiffern wahrscheinlich in einem Monate fertiggestellt sein werden.

Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß zu Beginn des nächsten Oktober die technischen Mitglieder der franko-russischen Kommission wieder einzuberufen seien, um an Ort und Stelle die Einzelmaßnahmen zu studieren, die zu ergreifen sind, damit die 4 Stationen Bobrouisk, Paris, Schwarzes Meer, Bizerta einen sicheren Dienst gewährleisten. Diese technische Kommission sollte ihre Sitzungen zuerst in Bobrouisk und dann in der Krim abhalten; hernach könnte man sie in Paris und in Bizerta fortsetzen, wenn dies notwendig sein sollte.

Die anderen Mittel, die man für Kriegszeiten zur gegenseitigen Verständigung vorgesehen und organisiert hat, sind folgende:

I. Geheime Kuriere, die den Dienst zwischen Belgien und Dänemark versehen. Es ist jetzt beabsichtigt, diese Verbindung über England und Dänemark herzustellen.

II. Telegraphische Verbindung über die Vereinigten Staaten von Nordamerika und über den Stillen Ozean oder über das Mittelländische Meer und die Türkei.

Der Gedanke eines direkten Kabels zwischen Frankreich und Rußland ist aufgegeben. Ebenso wie die Verbindung durch Brieftauben.

Artikel 5.

Die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, welche folgendermaßen lauteten: „Die Konferenzteilnehmer sind einig, daß der Artikel 5 die Vertragschließenden verpflichtet, nicht nur keinen Einzelfrieden zu schließen, sondern auch weder die Kriegsoperationen einzeln einzustellen noch einzeln einen Waffenstillstand abzuschließen."

Artikel 6.

Der Artikel 6 bleibt aufgehoben.

In Übereinstimmung mit dem diplomatischen Abkommen vom August 1899, welches unter Kapitel 1 der Unterredung vom 2. Juli/19. Juni 1900 erwähnt wird, soll die Konvention für die gleiche Zeitdauer gelten als die diplomatischen Abkommen, die augenblicklich in Kraft sind und deren Ergänzung sie bildet.

Artikel 7.

Keine Bemerkungen.

Unterzeichnet: Der Generalstabschef der russischen Armee J. Gilinsky.
Der Generalstabschef der französischen Armee Dubail.

Gesehen: Der Kriegsminister Messimi.

Digitized by Google

II. Konferenz vom Juli 1912.

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind Se. Exzellenz General Gilinsky, Generalstabschef der russischen Armee und General Joffre, Generalstabschef der französischen Armee, zu einer Konferenz in Paris am 1./14. Juli 1912 zusammengekommen.

Außerdem waren zugegen:

General de Curières de Castelnau, erster Gehilfe des Generalstabschefs; Oberst Matton, Militärattaché bei der französischen Botschaft in Rußland; Oberst Graf Ignatief, Militärattaché bei der russischen Botschaft in Paris; die beiden letztgenannten Offiziere in der Eigenschaft als Sekretäre.

Die verschiedenen Punkte der Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehenden Meinungsaustausch Anlaß gegeben.

Vorbemerkung.

Zunächst beschließen die Konferenzteilnehmer, daß jedesmal, wenn sie eine oder mehrere Bestimmungen des Protokolls der vorhergehenden Konferenz einstimmig annehmen, deren Wortlaut im vorliegenden Protokoll unverändert wiedergegeben werden soll.

Am Rande des so wiederholten Wortlautes soll ein besonderer Vermerk eingetragen werden.

Dieses Verfahren hat den Vorteil, eine Bezugnahme auf den Text des früheren Protokolls soweit als möglich zu erübrigen.

Einleitung.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusätze angenommen.

[Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.]

Artikel 1.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusätze angenommen.

[Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.]

Artikel 2.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910 und 1911, die folgendermaßen abgefaßt waren:

„Einstimmig bringen die Konferenzteilnehmer neuerdings die bei der Besprechung vom 8./21 April 1906 (§ 2 des Kapitels 1) formulierte Meinung zum Ausdruck, daß die Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hievon mobilzumachen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf, aber daß ihnen eine solche Verabredung unentbehrlich erscheint, falls nur von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobil gemacht wird." Diese Auslegung der Konvention hat die Zustimmung der russischen und französischen Regierungen durch ihre Unterschriften auf dem Konferenzprotokoll vom August 1911 gefunden.

Artikel 3.

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

General Joffre setzt auseinander, daß neue Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht sich aus den Verbesserungen ergeben, die von den Deutschen fortwährend an ihrem Eisenbahnnetz im Westen (Schienenwege, Werkstätten, Ausladerampen) vorgenommen werden, ebenso wie auch aus den neuerdings in der Nähe der französischen Grenze, besonders in der Eifelgegend, getroffenen Maßnahmen.

Der französische Generalstabschef besteht vor allem darauf, daß die Deutschen ein Interesse daran haben, nacheinander und getrennt erst gegen Frankreich und dann gegen Rußland zu operieren. Der Plan der Verbündeten muß im Gegenteil darin bestehen, bestrebt zu sein, im gleichen Zeitpunkte von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistung der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

Im Hinblick hierauf und unter Berücksichtigung der augenblicklichen Lage Italiens, das mit den Türken im Kriege steht, und der Beziehungen Italiens zu Frankreich und Rußland, hat der französische Generalstab seinen Konzentrationsplan auf folgenden Grundlagen aufgebaut:

Digitized by Google

Das äußerste Minimum an Truppen, vor allem aus Reservveinheiten bestehend, wird an Alpengrenze belassen, um die Alpenübergänge Schritt um Schritt zu verteidigen. Das os der französischen Streitkräfte wird gleich vom Anfang an an der deutschen Grenze konstriert. Ihre gesamte Stärke wird die durch Artikel 3 der Konvention von 1892 vorgenen 1 300 000 Mann erheblich überschreiten.

Außerdem läßt der französische Generalstab an dem Eisenbahnnetz der verschiedenen Eisenngesellschaften neue Verbesserungen vornehmen und zwar derart, daß auf diese Weise in chster Zeit die Konzentration um ein bis zwei Tage beschleunigt werden kann, so daß man schließlich in einem Jahre Deutschland gegenüber im Vorteil befinden wird. 11 Millionen anken werden von jetzt ab für diese Arbeiten bestimmt.

Zum Beleg für seine Darlegungen zeigt General Joffre eine Karte, auf der der französische onzentrationsplan dargestellt ist. General Gilinsky teilt vollständig die grundsätzliche Anauung des französischen Generalstabschefs in Bezug auf die Notwendigkeit, seinerzeit die n der Hauptmasse der beiden verbündeten Armeen gegen Deutschland zu richtenden Anstrenngen in zeitliche Übereinstimmung zu bringen.

In gleicher Weise teilt er die Meinung hinsichtlich der italienischen Armee, deren Rolle unter en gegenwärtigen Umständen, wenigstens bei Beginn der Feindseligkeiten, keine sehr aktive in dürfte.

Österreich hingegen hat seine Militärmacht stark entwickelt; es hat seine Eisenbahnen offenchtlich zu einem offensiven Zweck entwickelt; Rußland kann sich der Gefahr eines Mißerfolgs uf der österreichischen Seite nicht aussetzen. Die moralische Wirkung wäre unheilvoll. Es uß daher seine Streitkräfte teilen, um sowohl dieser Macht wie auch Deutschland zu gleicher Zeit entgegenzutreten.

Andererseits hatte es bisher den Anschein, daß Schweden entschlossen war, eine abwartende Haltung einzunehmen, um sich im günstigen Augenblick auf derjenigen Seite zu befinden, zu deren Gunsten die Wage sich neigen würde. Heute ist es nicht mehr so. Von Deutschland aufgestachelt und fortgerissen wird Schweden wahrscheinlich zur gleichen Zeit wie Deutschland gegen Rußland marschieren. Diese Erwägung wird dazu zwingen, in Finnland und in der Umgebung von St. Petersburg eine beträchtlichere Truppenzahl zu belassen als bisher bestimmt war.

Schließlich wird der Bau der Eisenbahnen in Kleinasien es den Türken ermöglichen, ihre Mobilmachung und ihre Konzentration zu beschleunigen. Hieraus ergibt sich vielleicht in Zukunft die Notwendigkeit, eine größere Zahl von Streitkräften in diesen Gegenden zu belassen.

Jedenfalls ist der russische Generalstab stets bereit, gegen Deutschland eine Kraft von wenigstens 800 000 Mann zu konzentrieren, und er ist entschlossen, die Offensive seiner Armeen sofort nach dem 15. Mobilmachungstag wirksam werden zu lassen.

General Joffre weist darauf hin, daß die Niederlage Deutschlands sofort alle Befürchtungen zerstreuen wird, welche durch die Haltung Schwedens und der Türkei hervorgerufen werden könnten.

Es ist also die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte, welche um jeden Preis erstrebt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es von Wichtigkeit, die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes bildet offensichtlich einen der wesentlichen Faktoren für ein derartiges Ergebnis. In dieser Hinsicht weist General Joffre darauf hin, daß die von den russischen Truppen zum Transport gegen die Westgrenze des Reichs benutzten Eisenbahnlinien nicht alle doppelgeleisig sind. Ihre Konzentration wird dadurch in verhängnisvoller Weise verlangsamt. Diese würde ganz bedeutend beschleunigt werden, wenn die zum Transport bestimmten eingeleisigen Linien oder Sackbahnen doppelgeleisig gelegt, und einzelne derselben sogar vervierfacht würden, wie es der französische Generalstab bereits auf den französischen Staatsbahnen getan.

Dieser Ausbau könnte in zweckmäßiger Weise wohl folgendermaßen vorgenommen werden:

a) Verdoppelung der Linie St. Petersburg—Taps—Walk—Riga—Muraviewo—Kochedary;

b) Verdoppelung der Sackbahnen: Briansk—Gomel; Luninetz—Jabinka; der Linie von Orel nach Warschau über Brest-Litowsk;

c) Vervierfachung der Sackbahnen Jabinka—Brest-Litowsk, welche die beiden Zufahrts-

Digitized by Google

straßen, die eine von Moskau, die andere von Orel kommend, in Brest-Litowsk vereinigt würde.

d) Vervierfachung der Sackbahnen Siedlets—Warschau, welche die beiden Zufahrtsstraßen, die eine von St. Petersburg und die andere von Bologoe kommend, in Warschau vereinigt würde.

Schließlich wäre es von Wichtigkeit, die von Warschau nach Krakau und Thorn laufenden Linien auf russische Geleisspur zu bringen.

Ebenso wie General Joffre legt auch General Gilinsky der weiteren Entwicklung der Eisenbahnen die höchste strategische Bedeutung bei. Er führt aus, daß die Eisenbahnen in Rußland in zwei Kategorien geteilt werden können: die einen gehören der „Krone", die andern sind das Eigentum von Privatgesellschaften. Auf den ersteren sind Verbesserungen bereits im Gang, andere sind projektiert; sie werden nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel verwirklicht werden. Es scheint jedoch nicht angebracht, die Linie St. Petersburg—Riga—Kowel zu verdoppeln, deren exzentrische und in der Nähe der feindlichen Grenze befindliche Lage die Benutzung nur schwer gestattet. Auf die an zweiter Stelle genannten (die Privatlinien) kann der Staat keinen direkten und unmittelbar zu befolgenden Einfluß ausüben. Er hat neue mit Nicht-Normalspur versehenen Linien erworben, die von Warschau gegen Thorn und Krakau laufen, und zwar in der Absicht, dieselben in Normalspurlinien umzubauen.

Eine ununterbrochene Transportmöglichkeit wäre auf diese Weise ohne Umladen vom Zentrum des Reiches bis zur Westgrenze gewährleistet.

Schließlich bringt General Gilinsky die allgemeinen Ursachen in Erinnerung, durch die der russische Aufmarsch verzögert wird. Während die Eisenbahnen in Frankreich immer betriebsfertig sind, müssen sie in Rußland zur gleichen Zeit wie das Heer mobilgemacht werden.

General Gilinsky legt in großen Linien den Aufmarsch- und Gruppierungsplan der gegen Deutschland bestimmten russischen Armeen dar.

General Joffre ist mit General Gilinsky einig in bezug auf die Zweckmäßigkeit, den Schwerpunkt dieser Armeen unbedingt in südliche Richtung zu legen und das Gros der Streitkräfte so aufzustellen, daß ihm die Möglichkeit gegeben ist:

Entweder in der allgemeinen Richtung von Allenstein die Offensive zu ergreifen, falls der Feind sich in Ostpreußen festgesetzt hat oder den Versuch macht, von dort aus auf Warschau vorzurücken; oder auf dem linken Weichselufer zu operieren, um auf Berlin vorrücken zu können, wenn der Gegner seine Kräftekonzentrierung im Bezirk Thorn—Posen zur Ausführung gebracht hat, oder wenn er versucht von dieser Basis aus gegen Warschau oder Iwangorod vorzugehen.

Artikel 4.

Die Generalstabschefs wiederholen ohne Änderung die 6 ersten Paragraphen der Bemerkungen, die den Artikel 4 der Konferenz von 1910 betreffen und die folgendermaßen lauteten:

[Text der 4 Punkte gleichlautend mit demjenigen des Protokolls vom Jahre 1911.]

Die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten wurden gemäß den im Laufe der Konferenz von 1911 formulierten Wünschen vervollkommnet und ergänzt.

Augenblicklich ermöglichen es vier Stationen drahtloser Telegraphie in Friedenszeiten Mitteilungen auszutauschen, nämlich mittels der Linien Paris—Bobrouisk, Bizerta—Sebastopol.

Sowohl für Friedens- wie für Kriegszeiten wurden chiffrierte Wörterbücher zusammengestellt und in den Kriegsministerien Rußlands und Frankreichs niedergelegt. Bestimmungen sind getroffen worden zur Festsetzung der Stunden, zu welchen die Stationen zu funktionieren haben, ebenso für die Rufzeichen und Erkennungssignale, die Dienstvorschriften und die Obliegenheiten der Stationsleiter.

Die schon täglich ausgetauschten Mitteilungen liefern den Beweis, daß dieses Verständigungssystem in regelmäßiger und zufriedenstellender Weise funktioniert. Zu dessen Vervollkommnung hat der russische Generalstab indessen noch die Absicht, die Verfügung über die Sebastopolstation ausschließlich den Seestreitkräften zu überlassen und für das Landheer eine besondere Station in der Nähe von Nikolajeff zu bauen.

Die Kommission, die sich bereits mit den durch drahtlose Telegraphie übermittelten Mitteilungen beschäftigt hat, soll nachprüfen, ob die gegenwärtig in Bizerta eingerichtete französische

Digitized by Google

ion genügen wird, um mit den beiden russischen Stationen der Halbinsel Krim in Verung zu sein oder ob es notwendig sein wird, für Frankreich eine neue besondere Station haffen.

e Übermittlung der Depeschen durch geheime Kuriere zwischen Frankreich und Rußland jüngster Zeit auf Betreiben des französischen Generalstabs reorganisiert worden. Die eilungen werden über die skandinavischen Länder bis zu dem Punkte expediert, von dem die chiffrierten Mitteilungen in aller Sicherheit weitergegeben werden können.

on diesem Punkt aus werden die Depeschen durch russische Feldjäger, die schon jetzt näher chnet sind, nach Rußland weiter befördert.

m die Verbindungen zwischen Frankreich und Rußland noch sicherer zu stellen, könnte vielleicht die Möglichkeit erwägen, die in Norwegen schon bestehenden drahtlosen Staen zu benützen. Diese Frage wird den Gegenstand weiterer Mitteilungen zwischen zösischen und russischen Generalstäben bilden.

Artikel 5.

Wird ohne Bemerkung von den Konferenzteilnehmern angenommen.

ier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910 und 1911, die foldermaßen lauteten: [Text gleichlautend mit Artikel 5 des Protokolls von 1911.]

Artikel 6.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Bemerkung angenommen. [Text gleichlautend mit ikel 6 des Protokolls von 1911].

Artikel 7.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Bemerkung angenommen.

Ohne Zusätze.

Der Generalstabschef der russischen Armee J. Gilinsky.

Der Generalstabschef der französischen Armee J. Joffre.

Der Kriegsminister A. Millerand.

III. Konferenz vom August 1913.

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind Se. Exzellenz General Gilinsky, Generalstabschef der russischen Armee, und General Joffre, neralstabschef der französischen Armee zu mehrmaligen Konferenzen in St. Petersburg und Krosnoje Selo im August 1913 zusammengekommen.

Außerdem waren zugegen:

General de La Guiche, Militärattaché der französischen Botschaft in Rußland; Oberst Graf gnatieff, Militärattaché der russischen Botschaft in Paris; Oberst Berthelot, Kommandeur es 94. Infanterie-Regiments, designierter Generalmajor der französischen Armee.

Die verschiedenen Punkte der vorerwähnten Konvention wurden der Reihe nach von den onferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Anlaß gegeben.

Vorbemerkung.

[Text gleichlautend mit der Vorbemerkung des Protokolls von 1912.]

Einleitung.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusatzbemerkung angenommen.

[Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.]

Artikel 1.

[Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.]

Folgender Zusatz wird hinzugefügt:

„Dies gilt mehr noch als bisher im Hinblick auf das beträchtliche Anwachsen des militärihen Gewichtes Deutschlands im gegenseitigen Kräfteverhältnis innerhalb des Dreibundes."

Artikel 2.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910, 1911 und 1912.

Aber im Hinblick auf die Tatsache, daß die Ausführungen der beiden Generalstabschefs von er russischen und französischen Regierung durch die Unterzeichnung der Konferenzprotokolle vom August 1911 und Juli 1912 bestätigt worden sind, erscheint es angezeigt, diesen Bemerkungen folgende Form zu geben:

„Wie die französische und russische Regierung im Jahre 1911 und 1912 anerkannt haben,

Digitized by Google

verpflichtet die deutsche Mobilmachung Rußland und Frankreich, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hievon mobilzumachen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf. Dies gilt auch für den Fall einer jeden feindseligen Handlung der deutschen Armee gegen die eine oder die andere der verbündeten Mächte. Aber wenn allein von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobilgemacht wird, ist eine derartige Verabredung unerläßlich.

Der unterstrichene [von uns gesperrte] Satz wurde hinzugefügt für den Fall eines unvorhergesehenen Angriffes von seiten der Deckungstruppen, noch ehe mobilgemacht wird, um sich eines wichtigen strategischen Punktes zu bemächtigen.

Artikel 3.

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

Die Inkraftsetzung der deutschen Militärvorlage von 1913 wird als Hauptfolge die Verkürzung der Mobilmachungsfristen der deutschen Armee nach sich ziehen. Diese Armee wird also über einen längeren Zeitraum als früher verfügen können, um gegen Frankreich zu operieren, ehe sie sich gegen Rußland wendet.

Der Plan der Verbündeten muß daher darin bestehen, bestrebt zu sein im gleichen Zeitpunkt von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistung der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

General Joffre gibt die Erklärung ab, daß Frankreich auf seiner Nordost-Grenze *fast* die Gesamtheit seiner Streitkräfte, welche die durch den Wortlaut der Konvention vorgesehene Ziffer um mehr als 200000 Mann überschreiten wird, einzusetzen beabsichtigt; daß die Konzentration der Kampfformationen an dieser Grenze größtenteils am 10. Mobilmachungstage beendigt sein wird und daß die Offensive dieser Truppenkörper am 11. Tag morgens beginnen wird.

General Gilinsky erklärt, daß Rußland gegen Deutschland eine Truppenmacht, welche aus wenigstens 800000 Mann besteht, einsetzen wird; die Konzentration ihrer Kampfformationen wird an der russisch-deutschen Grenze größtenteils am 15. Mobilmachungstage beendigt sein und die Offensive dieser Truppenkörper wird gleich nach dem 15. Tage beginnen. Gegen Ende des Jahres 1914 wird die Konzentration ungefähr um 2 Tage früher beendigt sein.

Die Konferenzteilnehmer legen in großen Linien die Aufmarsch- und Gruppierungspläne der gegen Deutschland bestimmten französischen und russischen Armeen dar.

Sie sind einig in bezug auf die Notwendigkeit, die Offensive gegen das Herz des Landes ihres Gegners zu richten und in bezug auf die Zweckmäßigkeit die Streitkräfte in der Weise zu konzentrieren, daß sie operieren können, entweder um die in Ostpreußen konzentrierten Streitkräfte des Feindes zu bekämpfen, oder um auf Berlin vorzurücken, indem die Operationslinie südlich der Provinz Ostpreußen verläuft, wenn die Konzentration der deutschen Streitkräfte auf dem linken Weichselufer stattfindet.

Ohne die für Rußland bestehende Notwendigkeit verkennen zu wollen, zahlreiche Streitkräfte Österreich und Schweden gegenüber halten zu müssen, vertritt General Joffre die Meinung, daß die Niederlage Deutschlands die Operationen der russischen Armeen gegen die anderen feindlichen Mächte außerordentlich erleichtern wird. Es ist also die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte, welche um jeden Preis und von Anbeginn der Operationen erstrebt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es von Wichtigkeit, die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der verbündeten Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes bildet einen der wesentlichen Faktoren für ein derartiges Ergebnis; General Gilinsky setzt auseinander, daß die auf der vorigen Konferenz in Aussicht genommenen Arbeiten folgendermaßen ausgeführt worden sind:

Die Abschnitte Brianst—Gomel und Luninetz—Jabinka der Linie von Orel nach Warschau sind verdoppelt worden.

Der Abschnitt Jabinka—Brest—Litowsk ist vervierfacht worden.

Was die Legung eines vierten Geleises zwischen Siedletz und Warschau betrifft, so sind die Schwierigkeiten eines derartigen Unternehmens zu große und man wird ein besseres Ergebnis erzielen, wenn man eine neue zweigeleisige Linie baut, die von Riazan und Tula ausgeht und in Warschau mündet.

Digitized by Google

General Joffre teilt diese Ansicht.

Das Studium der Eisenbahnkarte bringt die beiden Generalstabschefs zu der Meinung, daß man die Schnelligkeit der Konzentration dadurch erheblich beschleunigen könnte, daß man gewisse Eisenbahnlinien baut, welche das östliche Rußland mit der Warschauer Gegend verbinden, so z. B.:

1. doppelgeleisiger Ausbau der Linie Batraki—Penza—Riajsk—Bogojavlensk—Sukhinitchi—Smolensk;

2. doppelgeleisiger Ausbau der Linie Rowno—Sarny—Luninietz—Baranovitschi;

3. doppelgeleisiger Ausbau der Linie Lozovaia—Poltava—Kiew—Sarny—Kowel und Herstellung der Linie Grischino—Kowel.

Die offensiven Operationen werden auch dadurch erleichtert werden, daß die russischen Schienenwege sich in einer gewissen Entfernung vom linken Weichselufer halten, sowie dadurch, daß die Übergangsmöglichkeiten über den Fluß in der Warschauer Gegend vermehrt werden.

Schließlich erscheint es zur Erzielung der nötigen Transportleistung unerläßlich, das rollende Material, Eisenbahnwagen und besonders schwere Lokomotiven, beträchtlich zu vermehren.

Was die Ausführung der Operationen anbelangt, so erscheint es unbedingt notwendig, daß die verbündeten Armeen so schnell wie nur möglich einen entscheidenden Erfolg davontragen. Ein Mißerfolg der französischen Armeen bei Beginn des Krieges würde es Deutschland gestatten, einen Teil der Streitkräfte, die zuerst gegen Frankreich gekämpft hätten, an seine Ostgrenze zu werfen. Wenn die französischen Armeen hingegen rasch einen Erfolg über die ihnen von Deutschland entgegengeführten Streitkräfte erringen, so wird dieser Erfolg in demselben Maße auch die Operationen der russischen Armeen erleichtern, da die von Deutschland an seine Westgrenze gebrachten Streitkräfte dann unmöglich gegen Osten eingesetzt werden können.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Überlegenheit über die deutschen Streitkräfte im Westen besitzen. Dies wird sich um so leichter erreichen lassen, wenn Deutschland sich in der Zwangslage befindet größere Streitkräfte an seiner Ostgrenze zu halten.

General Joffre setzt auseinander, daß es unter Berücksichtigung dieser Gedankengänge für die Gesamtlage der beiden Armeen von Vorteil wäre, wenn die russischen Streitkräfte im Gouvernement Warschau schon in Friedenszeiten derart dislozíert wären, daß sie eine direkte Bedrohung Deutschlands bilden.

General Gilinsky erklärt, daß der neue Reorganisationsplan des russischen Heeres für die Gegend von Warschau die Schaffung eines Armeekorps vorsieht.

Artikel 4.

Die Generalstabschefs wiederholen ohne Änderung die drei ersten Paragraphen der Bemerkungen, die den Artikel 4 der Konferenz von 1912 betreffen, und die folgendermaßen lauteten:

„Die Konferenzteilnehmer nehmen einstimmig die folgenden Punkte an:

I. Die Konferenzen zwischen den beiden Generalstabschefs sollen periodisch und grundsätzlich alljährlich stattfinden.

II. Außerdem wird man sich jedesmal verständigen, wenn einer der Generalstäbe dies wünscht.

Der Paragraph III. könnte einfacher folgendermaßen abgefaßt werden:

III. Das Konferenzprotokoll wird der Zustimmung der Regierung jedes Landes unterbreitet werden, so daß die Generalstabschefs der verbündeten Armeen sich auf dieses Schriftstück bei der Ausführung der wünschenswerten Verbesserungen werden stützen können."

Der Paragraph unter IV. wird in folgender Weise abgefaßt:

„IV. Da der Austausch von gegenseitigen Auskünften zwischen den verbündeten Armeen nur von Vorteil ist, soll er regelmäßig und häufig fortgesetzt werden."

„Vor jeder Konferenz wird man sich über die Fragen verständigen, die geprüft werden sollen."

Die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten sind entsprechend den im Laufe der Konferenz von 1911 und 1912 formulierten Wünschen vervollkommnet worden.

Die drahtlosen Stationen Paris—Bobrouisk und Bizerta—Sebastopol funktionieren gut. Die Station Bizerta ist von Frankreich verstärkt worden; eine starke Station ist in Rußland

Digitized by Google

in der Nähe des Schwarzen Meeres im Bau, um die Verbindungen bei Tage ebenso leicht wie zur Nachtzeit zu gestalten.

Wie die Versuche von Verbindungen zwischen dem Eiffelturm und der russischen Marinestation Sweaborg ergeben haben, erscheint es wünschenswert, die letztgenannte Station zu verstärken.

Die telegraphischen Verbindungen zwischen dem russischen und dem französischen Generalstabe können durch englische Kabel unter englischer Vermittlung aufgenommen werden.

Die Vereinbarungen mit London sind soeben abgeschlossen worden: Die entsprechenden Maßnahmen sind getroffen worden und die Übermittlung der Nachrichten kann erfolgen.

Die Kabeltelegramme gehen über Amerika, Australien und Sansibar oder über Südafrika und Sansibar, um nach Odessa zu gelangen.

Die Verbindungen durch geheime Kuriere sind vom französischen Generalstab so organisiert worden, daß die Übermittlung der Depeschen von Frankreich nach Rußland ermöglicht ist.

Der russische Generalstab sollte in derselben Weise die Verbindung durch geheime Kuriere in die Wege leiten.

Artikel 5.

Da die russische und französische Regierung die seit 1910 dem Artikel 5 gegebene Auslegung angenommen haben, könnte sie in folgender Weise ausgedrückt werden:

„Die russische und die französische Regierung haben beiderseitig anerkannt, daß der Artikel 5 die Vertragschließenden verpflichtet, getrennt weder die militärischen Operationen einzustellen noch einen Waffenstillstand abzuschließen."

Artikel 6.

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Änderungen angenommen.

[Text gleichlautend mit Artikel 6 des Protokolls von 1912.]

Artikel 7.

Wird ohne Bemerkungen von den Konferenzteilnehmern angenommen.

Keine Bemerkungen.

Der Generalstabschef der russischen Armee (gez.) J. Gilinsky.

Der Generalstabschef der französischen Armee (gez.) J. Joffre.

(Fortsetzung von Seite 209 unten)

auszudehnen und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei nötig, weil Deutschlands Nachbarn auf sein Gedeihen und seine Macht eifersüchtig seien. Sie sind bestrebt gewesen, zwischen den Nationen an Stelle der Freundschaft Feindschaft und Argwohn zu säen. Sie haben ein System der Spionage und der Intrigen entwickelt, welches ihnen gestattet hat, auf dem Gebiete ihrer Nachbarn Unruhen und innere Revolten zu erregen und sogar geheime Offensivvorbereitungen zu treffen, um sie im gegebenen Augenblick mit größerer Sicherheit und Leichtigkeit zerschmettern zu können. Sie haben durch Gewaltandrohungen Europa in einem Zustand der Gärung erhalten, und als sie festgestellt hatten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten, da haben sie beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen.

Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb achtundvierzig Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege, dessen Spieleinsatz die Kontrolle über den Balkan war, wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuche der Versöhnung und der Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, jener Weltkrieg, den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.

Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortlichkeit, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen.

[Wörtlicher Auszug aus der Mantelnote vom 16. Juni 1919 zum Versailler Vertrag.]

Redaktionell abgeschlossen am 25. Juli 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Die zerstörten Gebiete.

Die Frage der Zerstörung Nordfrankreichs im Weltkriege und seines Wiederaufbaus ist ein Problem, das auch heute noch die ganze Welt und unser ganzes Finanz- und Wirtschaftsleben in höchster Spannung erhält.

Wir sehen heute noch, auch wenn der Wiederaufbau in letzter Zeit stärkere Fortschritte gemacht hat, weite Teile der ehemaligen Kriegszonen in Schutt und Asche liegen und viele Tausende der durch die Kriegsereignisse an sich schon stark mitgenommenen französischen Bevölkerung ohne Dach und Fach oder nur in notdürftigen Behelfsbauten ihr Leben fristen.

Wir sehen immer wieder, wie besonders Frankreich, ungeachtet der Not seiner Bewohner, das große Werk des Wiederaufbaus hinauszögert und sich scheut, teils aus kurzsichtiger wirtschaftlicher Eigensucht, teils aus propagandistischen Motiven, den einzig gangbaren Weg zu beschreiten, den Wiederaufbau gemeinsam mit deutscher Organisations- und Arbeitskraft und in offener, jeden politischen Nebenzweck ausschaltender Verständigung anzufassen. Man übersieht dabei völlig, daß jeder Monat und jedes Jahr verzögerten tatkräftigen Handelns, angesichts der fortschreitenden Entwertung des deutschen Geldes, die Schwierigkeiten der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in wachsendem Ausmaße erhöht und daß angesichts der täglich steigenden Not und des wachsenden wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands, die Aussichten für einen zweckentsprechenden und wirksamen Wiederaufbau immer geringer werden.

Das deutsche Volk, dem seinerzeit im Versailler Vertrag die Wiedergutmachung aller Schäden zudiktiert wurde, hat sich, weiß Gott, redlich bemüht, den Wiederaufbau der zerstörten Provinzen nach Maßgabe seiner tatsächlichen Kräfte durchzuführen. Das zeigt klar das Angebot der deutschen Gewerkschaften, die Kraft der deutschen Arbeiter in den Dienst der Sache zu stellen, das hat sich auch gezeigt im Wiesbadener Abkommen, das, kaum zum Vorteil Deutschlands, weitgehendstes Entgegenkommen bewies. Aber alle diese deutschen Versuche zu ehrlicher tatkräftiger Mitarbeit blieben dank der Haltung Frankreichs bisher eben nur fruchtlose Versuche.

So leiden auch heute noch große Teile der Völker hüben und drüben unter dieser Form unproduktiver Politik. Diese unproduktive Politik wirkt darüber hinaus aber auch noch viel schwerwiegender. Die Not der Bewohner der zerstörten französischen Provinzen einerseits, die Erkenntnis weiter deutscher Kreise andererseits, daß alle deutschen Versuche, das Problem der Reparationen in positiver, gangbarer Form zu lösen, bisher nutzlos verpufften, verzögert die so notwendige Einigung der Völker, läßt den Kriegshaß immer wieder erneut entflammen und wird somit geradezu zu einem schwerwiegenden Hemmungsmoment für die so notwendige Befriedung der ganzen Welt. Das Problem der Zerstörung und des Wiederaufbaus wird damit über die Interessen der unmittelbar beteiligten Völker hinaus geradezu zu einer grundlegenden, das ganze Wirtschaftsleben und Zusammenleben des europäischen Kontinents berührenden schwerstwiegenden Frage, ja zu einer Weltfrage. Und alle Völker der Erde, auch das in diesen Dingen noch immer abseitsstehende Amerika, sollten nach Wegen suchen, nun endlich eine glückliche, den Kraftverhältnissen entsprechende Lösung zu finden.

Es erscheint daher dringend an der Zeit, dieses Problem der Zerstörung und des Wiederaufbaus einmal in einer zusammenhängenden Schrift zu erörtern, vor allem die Gründe zu erörtern, warum der Wiederaufbau nicht schneller zustandekommt.

Das vorliegende Heft der Süddeutschen Monatshefte soll zunächst die gewisse Sabotage des Wiederaufbaus der zerstörten Provinzen durch die französische Regierung und Industrie selbst behandeln und wird darlegen, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht daran schuld sind, wenn auch heute noch weite Gebiete Frankreichs in Trümmer liegen. Es wird auch kurz zeigen, in welch zweckentsprechender Weise, in verhältnismäßig kurzer Zeit deutsche Arbeits- und Organisationskraft das seinerzeit von den Russen zerstörte Ostpreußen wiederherzustellen verstanden haben und wie stark fördernd dementsprechend eine aktive Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Frankreichs hätte sein können. Die heutigen gesteigerten Druckkosten zwingen dazu, diese Frage in möglichster Kürze zu behandeln. Die Darstellung wird aber auch so immerhin schon hinreichenden Aufschluß geben.

Die Bearbeitung dieses Teiles hat Herr Dr. Johann Albrecht Loeser übernommen, dem hierfür an dieser Stelle Dank auszusprechen meine Pflicht ist.

In einem folgenden Heft wird die Zerstörung Frankreichs und Belgiens im Weltkriege und die Ursachen dieser Zerstörung an der Hand urkundlichen Materials behandelt werden und unter eingehender Darlegung des Verhaltens der Alliierten im Weltkriege gezeigt werden, daß an sich die Forderung der restlosen Wiedergutmachung aller Schäden auch *rein rechtlich* nicht aufrechtzuerhalten ist, daß vor allem aber der Vorwurf der *mutwilligen* Zerstörung der Ortschaften, der von den führenden Politikern der Alliierten und in ihrer Presse in letzter Zeit gegen Deutschland stets besonders erhoben wurde, einer sachlichen Kritik nicht standzuhalten vermag.

Um so klarer wird dann aus dem Gesamtbilde die völlige Berechtigung der Forderung hervorgehen, den Versuchen Deutschlands zukünftig keine Schwierigkeiten mehr in den Weg zu legen, die ungeheuren Kosten des Wiederaufbaus durch werktätige Beteiligung seiner Arbeiterschaft im Aufbaugebiet, durch schnelle Arbeit und durch Verwendung deutscher Erzeugnisse möglichst zu verringern, vor allem aber die Wiederherstellung auf ein der augenblicklichen Lage Deutschlands entsprechendes Maß herabzusetzen.

Berlin, im August 1922.

Otto von Stülpnagel.

Digitized by Google

Die Sabotage des Wiederaufbaus Nordfrankreichs durch die französische Regierung.

Von Dr. Johann Albrecht Loeser in Berlin.

Die Wahrheit über den Wiederaufbau in Nordfrankreich.

So wenig stichhaltig die Gründe auch sind, durch die Deutschland zur Tragung der gesamten Reparationskosten gezwungen wurde, so hat die deutsche Regierung dennoch durch ihre Unterschrift unter den Versailler Vertrag, wozu sie sich durch die Notlage gedrängt sah, die Verpflichtung zur Gesamtreparation übernommen. Es trat nun die schwere Frage an das deutsche Volk heran, ob und wie es diese Verpflichtung erfüllen könne. Der Streit, der sich deswegen erhob, hat inzwischen der allgemeinen Einsicht im Inland und auch bei einsichtigen Beurteilern im Ausland Platz gemacht, daß die Reparationsforderung von 132 Milliarden Goldmark in der Tat unerfüllbar ist. Dabei sind mit dieser Summe die deutschen Barverpflichtungen noch nicht einmal erschöpft, sondern es kommen noch hinzu die Kosten für die Besatzungstruppen und militärischen Kommissionen. Sie betrugen für das Jahr 1920 ca. 30 Milliarden Papiermark und dürften für die Folgezeit diese Zahl um ein Vielfaches übersteigen.

Unmöglichkeit der Erfüllung dar.

Deutschland hat dennoch in redlichster Weise den Versuch unternommen, diesen Verpflichtungen nachzukommen und ist dabei bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Aber die wirtschaftliche Schwächung durch den Friedensvertrag ist zu groß, um selbst bei bestem Wollen diese Absicht durchzuführen. Durch den Verlust Posens und Westpreußens wurden dem Reich seine wichtigsten landwirtschaftlichen Überschußgebiete genommen, das oberschlesische Industriegebiet, dessen Unteilbarkeit die Voraussetzung für die Annahme des Londoner Ultimatums ursprünglich gewesen war, wurde zerrissen, und so die wirtschaftliche Produktionskraft Deutschlands sehr geschwächt, ebenso wie durch den Verlust der Erz- und Kohlengruben in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet. Durch die Abtretung der Kolonien fiel weiter eine große Menge von Erzeugnissen, die direkt oder indirekt zur Stärkung unserer Ausfuhr dienten, fort, sie müssen jetzt vielmehr vom Ausland bezogen werden und erhöhen unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von diesem. Besonders schwächend war endlich die Wirkung der ungeheuren Zwangslieferungen an Kohle, Chemikalien, Baumaterialien usw., die der freien Ausfuhr des Reichs verloren gehen und abermals eine weitere Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz bedeuten.

Zu all diesen Verlusten an Produkten kommt noch das Versiegen der drei wichtigsten Einnahmequellen aus dem Auslande hinzu: Sie bestanden in dem ausländischen deutschen Eigentum, den fremdländischen Wertpapieren und der deutschen Handelsflotte. Diese bildeten in unserer Zahlungsbilanz einen wesentlichen Aktivposten. Es ergibt sich hieraus die Folge, daß unsere früher stark aktive, jetzt an sich schon passiv gewordene Zahlungsbilanz außerordentlich verschlechtert wurde, weil die aus diesen drei Quellen fließenden Goldeinnahmen aufhörten.

Die einzige Möglichkeit, diesen Passivsaldo zu beseitigen und gleichzeitig die Mittel für die Reparationszahlungen aufzubringen, bestände in der Erhöhung der deutschen Ausfuhr. Aber diese Möglichkeit besteht nur in der Theorie, die Praxis zeigt ein anderes Bild. Denn auf unsere Ausfuhr ist eine Abgabe von 26% gelegt, welche bekanntlich den variablen Teil der jährlichen Reparationssumme bildet.

So ergibt sich, daß uns nur 74%, also rund Dreiviertel des Ausfuhrwertes, zur Begleichung unserer feststehenden Barverpflichtungen zur Verfügung stehen. Hiervon muß aber noch mindestens ein weiteres Viertel abgezogen werden, das die Einfuhr fremder Rohstoffe darstellt, die zur Aufrechterhaltung der Ausfuhr unbedingt notwendig ist. Demnach steht nur der halbe Ausfuhrwert unseren sämtlichen Zahlungsverpflichtungen als Aktivposten gegenüber, d. h. also: Unsere Ausfuhr muß mindestens doppelt so groß sein wie unsere gesamten Barzahlungen. Diese Höhe aber kann und wird sie nicht erreichen, da sie, wie feststeht, um 40—60% und mehr gegenüber der Friedensziffer abgenommen hat.

Digitized by Google

Durch alle diese Umstände erwies sich bereits die Zahlung der ersten Goldmilliarde im August 1921 wegen des Mangels an Goldbevisen als unmöglich und verhängnisvoll für die Bewertung der Mark. Denn die Regierung mußte immer größere Mengen Papiergeld für den Erwerb der Devisen aufwenden und konnte dann doch die Summe nur durch Aufnahme von Auslandskrediten und Eingriff in den Goldbestand der Reichsbank beschaffen. Mitte Dezember mußte Deutschland zum ersten Male seine Zahlungsunfähigkeit für die fälligen Januar- und Februarraten erklären und um ihre Stundung ersuchen. Seitdem hat die Entwertung der Mark einen derartig katastrophalen Umfang angenommen, daß die Aufbringung von Goldbevisen heute eine völlige Unmöglichkeit darstellt.

Sachleistungen statt Barleistungen.

Diese Unmöglichkeit, Barzahlungen in größerem Umfange zu leisten und, nach dem neuesten Niedergang der Mark, überhaupt noch solche aufzubringen, ist von einsichtsvollen Beurteilern im In- und Auslande erkannt worden. Der Gedanke, an ihre Stelle *Sachleistungen* zu setzen, trat, von verschiedenen Seiten geäußert, schon früh auf, sogar bereits vor Abschluß des Friedens. Diese Idee nahm dann folgende Form an:

Deutschland beteiligt sich durch Lieferung von Material und Arbeit am Wiederaufbau der zerstörten französischen Provinzen, und diese Leistungen werden ihm auf Reparationskonto gutgeschrieben.

Der deutsche Wunsch, am Wiederaufbau teilzunehmen, war nicht nur deshalb ein höchst vernünftiger, weil ja die zum Aufbau zu verwendende Summe einen beträchtlichen Teil der Gesamtreparationssumme bildet, die Deutschland zu zahlen hat, sondern es hat auch ein gewisses Recht dazu, das ihm der Versailler Vertrag verbürgt (Teil 8, Anlage IV, § 1 ff.[1]). Übrigens äußerte selbst *Lloyd George* im Mai 1921, daß *Deutschland nur in Produkten und Arbeit zahlen* könne.

Des französischen Volkes Interesse daran.

Der Gedanke war nicht nur für das deutsche Volk von Vorteil, sondern auch für das französische Volk. Denn so allein wurde es möglich, den Wiederaufbau schnell, innerhalb weniger Jahre, durchzuführen. Ausdrücklich war auf der ersten Londoner Konferenz 1920 der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete als die erste Voraussetzung für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung in Europa bezeichnet worden. Die Ausführung war aber eigentlich Frankreich allein vorbehalten. An der festgesetzten Reparationssumme, die Deutschland an die Entente zu zahlen hat, ist Frankreich bekanntlich mit 52% beteiligt, und mit diesem Anteil hat es auch den Wiederaufbau durchzuführen, ohne direkte Mithilfe irgend eines fremden Staates.

Frankreichs Unfähigkeit zum Wiederaufbau.

Es hat sich nun aber gezeigt, daß *Frankreich im Gegensatz zu Belgien, das seine Schäden größtenteils selbständig repariert hat, mit der Wiederaufbauarbeit nicht fertig werden konnte*. Einmal war es nicht imstande, die *finanziellen Schwierigkeiten* des Wiederaufbaus zu beheben. Nur wenn die französische Regierung eine gefährliche *Inflation des Franks* dulden wollte, konnte sie ihren Wiederaufbaugesellschaften eine ausreichende Unterstützung zuteil werden lassen. Schließlich hat sie es aber „endgültig abgelehnt, durch beliebige Vermehrung des Notenumlaufs die Mittel für den Wiederaufbau bereitzustellen. Die nach dem Etat verfügbaren Mittel reichen schon bei dem bisherigen Umfang der Wiederaufbauarbeiten nicht aus, um die Leistungen der Unternehmer und Geschädigten zu bezahlen“[2]). Minister Loucheur mußte selbst erklären, auf diese Weise würde der Wiederaufbau 42 Jahre dauern, nämlich solange, bis die deutsche Kriegsschuld bezahlt ist. Die Versicherung des neuen französischen Wiederaufbauministers Reibel, „den Wiederaufbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten beschleunigen zu wollen“, erweist sich so als ein gänzlich wertloses Versprechen, und

[1]) „Die alliierten und assoziierten Mächte fordern und Deutschland sagt zu, daß es in teilweiser Erfüllung seiner durch den gegenwärtigen Teil festgesetzten Verpflichtungen, entsprechend den nachstehenden näheren Bestimmungen, seine wirtschaftlichen Hilfsmittel unmittelbar der Wiederherstellung in Natur der mit Krieg überzogenen Gebietsteile der alliierten und assoziierten Mächte dienstbar macht, und zwar in dem von diesen Mächten zu bestimmenden Ausmaß.“ — [2]) Albert Cuntze, Ministerialrat im Ministerium für Wiederaufbau: „Zum Wiesbadener Abkommen“. „Tägliche Rundschau“ v. 27. Oktober 1921, Abendausgabe.

Digitized by Google

mit Recht stellte der französische „Aktionsausschuß für die verwüsteten Gebiete" fest, daß der Wiederaufbau im Jahre 1922 in ebenso beschränktem Maße und ebenso unsicher fortschreiten werde wie bisher, da die für dies Jahr hierfür im Budget vorgesehene Summe durchaus unzureichend sei.

Außerdem ist auch die Leistungsfähigkeit der französischen Industrie eine beschränkte. Wollte sie ihre ganze Kraft der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete widmen, so bestand die Gefahr, daß sie sich von den Belieferung des Weltmarktes ausschloß.

Tatsächlich ist so nur ein Teil des Wiederaufbaus von Frankreich durchgeführt worden; es handelt sich dabei um eine gewisse Anzahl von Wegen, Chausseen, Eisenbahnen, industriellen Unternehmungen usw. Dagegen ist ein großer Teil der Ortschaften und Gehöfte so gut wie gar nicht oder nur behelfsmäßig, in dürftigster Weise, wiederhergestellt.

Aber die angeführten Gründe reichen nicht aus, um die Erfolglosigkeit der französischen Aufbautätigkeit zu erklären. Daß die Bewohner der zerstörten Landesteile großenteils noch heute ohne feste Behausung, in elenden Hütten und Baracken leben, daß auch Felder und Acker zum Teil noch wüst und unbebaut wie zuzeiten des Krieges daliegen, ist vor allem die Schuld allgemeiner Unfähigkeit und Korruption, schließlich auch ein Mangel an gutem Willen aus politischen Gründen, auf den noch später zurückzukommen sein wird.

Französische Berichte geben uns hiervon Zeugnis. Welche Betrügereien z. B. bei der Anmeldung der Entschädigungsansprüche vorkamen, darüber belehrt uns der unwiderlegt gebliebene Bericht Marcel Sembats im „Populaire". Sembat erhielt seine Angaben von dem Abgeordneten Inghels, welcher auch in der französischen Kammer aufsehenerregende Enthüllungen machte. Sembat berichtet:

„Nicht nach Hunderten von Millionen gehen die Verschleuderungen, sagte mir gestern Inghels. Nein, die Milliarde ist bereits überschritten. Nach den Dokumenten, die ich besitze, haben 32 Industrielle, jawohl 32, ganz allein nicht weniger als eine Milliarde 112 Millionen erhalten."

Hierüber brachte der Abgeordnete Inghels in der Kammer eine lange Liste als Beweis, in der Name und Ort dieser industriellen Unternehmungen genau aufgeführt sind und wo bewiesen wird, daß die Entschädigung gegenüber dem wirklichen Schaden phantastisch hoch ist. Ferner erklärte Inghels:

„Gewisse Industrielle haben ohne einen Pfennig auszugeben große Erweiterungsbauten vorgenommen. Industrielle, die vor dem Kriege nur eine nichtssagende Werkstatt hatten, besitzen heute ultramoderne Etablissements von bedeutend vergrößertem Umfang. Man konnte bei Hunderten von Fabriken mühelos feststellen, daß die bebaute Oberfläche und der jetzige Wert größer sind als vor dem Krieg."

Ein General Michaud wurde nach einem Bericht des „Matin" wegen falscher Kriegsschädenanzeige zum Verlust von 50% seiner Schadenersatzrechnung durch das Gericht in Nancy verurteilt.

Bei Berechnung des Koeffizienten, mit dem der Schaden von 1914 berechnet werden muß, um die heutigen erheblich höheren Kosten für Material und Arbeit festzustellen, sind gleichfalls die schlimmsten Betrügereien nachgewiesen worden. Marcel Sembat berichtet darüber:

„In der Tat, Inghels erzählt mir von Koeffizienten, die bis zu 15 und 16 gehen, daß man also das 15—16fache des Schadenbetrages von 1914 fordert." Der „Cri du Nord" fügt hinzu: „Ich finde wirklich kein anderes Wort als Gaunerei für das, was in den verwüsteten Gebieten jetzt mit den Koeffizienten geschieht und den Gewinnen, die einzelne zum Schaden des Staates machen!"

Dies System von „Gaunerei" wird vervollständigt durch die unerhörten Spekulationsankäufe, über die der damalige Minister Loucheur selbst im „Intransigeant" berichtete:

„Man kauft eine Farm für 12 000 Frs., welche 80 000 Frs. für Kriegsschäden einstellt. Dieses Pachtgut wird dann verlassen und dient zu nichts, in keiner Weise, denn es macht den Boden Frankreichs nicht produktiv. Man kauft für 100 000 Frs. eine Fabrik, die eine Million erhalten hat. Man begnügt sich damit, die Kriegsschäden zu diskontieren und die Fabrik zu schließen."

Es ist begreiflich, daß bei solchen Zuständen auch das Aufbauwerk selbst nichts

Digitized by Google

wert ist. Loucheur berichtete in großartiger Weise, von 300 000 ganz, 600 000 teilweise zerstörten Gebäuden seien bereits eine Viertelmillion vorläufig wiederhergestellt. Diese leidlich respektabel klingenden Zahlen erhalten aber ein anderes Gesicht, wenn man hört, wie diese Häuser gebaut worden sind und was unter „vorläufig wiederhergestellt" zu verstehen ist. Darüber belehrt uns der Bericht des Abgeordneten Inghels:

„Ich stimme vollkommen mit dem Berichterstatter der Kammer, Herrn d'Aubigny, überein, der feststellt, wie schlecht die ausgeworfenen Kredite verwandt worden sind, und wie unfähig man mit der Wiederherstellung von Arbeiterwohnungen gewesen ist. Fast überall sind die Unglücklichen in ihren Baracken geblieben. Nach zwei Jahren bieten die verwüsteten Strecken noch den gleichen Anblick. Überall sieht man in den Ruinen einige Latten, die Pechpappe oder Wellpappe halten. Das sind die Dächer von provisorischen Wohnungen. Die kleinsten Löcher dienen noch zum Unterschlupf. Aber zwischen all den Ruinen sieht man Schlösser, Fabriken und Kirchen neu aus der Erde wachsen. Und dann die Wirtschaften, die den großen Brauereien gehören. Das bildet dann einen schroffen Gegensatz zu den Trümmern der zerstörten Städte."

Auch der Abgeordnete Basly weiß über die provisorischen Wohnungen zu berichten:

„Ich habe hier Beweise der Geldverschleuderung. In Lens hat man 100 Arbeiterhäuser halbprovisorisch errichtet. Das heißt, man hat sich nicht darum gekümmert, daß der Boden von Granaten zerwühlt war, sondern man hat einfach einen Einschnitt gemacht, Ziegel aufgeschichtet, und wenn dann die Häuschen fertig waren, sind sie wieder eingestürzt... Über ein anderes Arbeiterviertel berichtet der Direktor des Gesundheitsamtes von Lens: Es regnet in alle Zimmer hinein. Das Wasser träufelt von den Wänden. Die Pflasterung ist schadhaft, und der Zement, mit dem die Wände beworfen sind, ist rissig."

Daß man an vielen Stellen überhaupt noch nicht begonnen hat wiederaufzubauen, wird durch einen Bericht des Abgeordneten Crespel bestätigt:

„Die Gerechtigkeit und die guten Sitten sind gleichermaßen erschüttert. Es gibt Städte, die Sie so gut kennen wie ich, Bailleul, La Bassée, Albert und viele andere, in denen seit 2 Jahren auch kein einziges der 1500, 2000 oder 3000 Häuser wiedererrichtet wurden, die sie vor dem Krieg besaßen."

Es kann hinzugefügt werden, daß sich die Situation auch in den letzten Monaten nicht wesentlich geändert hat.

Wenn sich trotzdem nach französischer Rechnung ein Gesamtschaden von 80 Milliarden ergibt, wie der Berichterstatter d'Aubigny in der französischen Kammer ausrechnete, so wird man sich nach den angeführten Beispielen schwindelhafter Geldverschleuderung über die Höhe dieser Summe kaum mehr wundern. Es hat auch wenig Wert, diese Zahl durch Einzelangaben zu präzisieren, wie das d'Aubigny versucht hat. Die schwindelhaft hohe Gesamtsumme ergibt sich aus den schwindelhaft hohen Einzelzahlen. Dies alles könnte uns gleichgültig sein, wenn wir es nicht zu zahlen hätten. Aber im Vertrauen auf das „Le Boche paie tout" ist es leicht, fabelhafte Summen an die Geschädigten zu zahlen.

Die Geschädigten für deutsche Materiallieferungen.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die französische Bevölkerung der zerstörten Gebiete selbst mehr und mehr auf deutsche Beteiligung drängte, um endlich aus dem Elend herauszukommen. Der im April 1921 in Paris tagende Kongreß des Allgemeinen Arbeiterverbandes sprach sich für Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau aus, und auf einem Kongreß der Geschädigten schloß man sich dieser Stellungnahme an. Von den verschiedensten Gemeinden wurde immer dringlicher derselbe Wunsch ausgesprochen.

Regierung und Unternehmer dagegen.

Die französische Regierung aber widersetzte sich dem, solange sie konnte. Sie äußerte sich wohl hier und da in allgemeinen Worten wohlwollend über die Möglichkeit deutscher Mitarbeit, ließ aber alle deutschen Vorschläge, die weiter unten näher bezeichnet sind, im Sande verlaufen. Der eigentliche Grund war der, daß man dem französischen Unternehmertum den Wiederaufbau als Ausbeutungsobjekt allein zukommen lassen wollte. Auch hierüber liegen einwandfreie französische Stimmen vor. Der französische Sozialistenführer Jouhaux, der sich ernstlich um die deutsche Beteiligung am Wiederaufbau bemüht hat, berichtete im französischen Gewerkschaftsorgan „L'Atelier":

„Wenn unsere unglücklichen Landsleute leiden, wenn sie, noch elenden Ver-

Digitized by Google

hältnissen überantwortet, gezwungen sind, in ihren Baracken oder Erdhöhlen zu frieren, so müssen sie wissen, wem die Verantwortung für diese Sachlage zufällt! Sie müssen nicht außer acht lassen, daß die Regierung dieses Landes die Vorschläge nicht hat berücksichtigen wollen, die ihr gemacht worden sind, daß sie sie ohne Antwort gelassen hat, daß sie noch nicht begonnen hat, sich wirklich zum Zwecke des Wiederaufbaues zu bemühen. Aus welchem Grunde?...

Die Unternehmer, eifersüchtig auf die Kriegsgewinne ihrer Kollegen in der Metallindustrie und der Zwischenhändler in der Lebensmittelversorgung, betrachten die verwüsteten Gebiete als ihr eigen. Es ist ein ‚Kuchen', den sie mit niemand teilen wollen; die deutsche Mitarbeit in Arbeitskräften, in Baustoffen, in Geldmitteln würden ihren Anteil vermindert haben...

Wir stellen fest, daß es möglich gewesen wäre, sie (die 10 zerstörten Departements) schnell wiederherzustellen und ohne den Nutznießern der Erdarbeiten und des Bauwesens einen Vorwand zu ungemessenem Profit zu geben. Man hat nichts in diesem Sinne getan."

Das Zentralorgan der französischen Industrie, „La Journée industrielle", bestätigt diese Behauptung in unumwundenen Worten:

„Eine große Anzahl französischer Industrieller, insbesondere die Erzeuger von Baumaterialien aller Art, die Metall und Holz verarbeitende Industrie, mit einem Wort alle von der Bautätigkeit mehr oder weniger abhängenden Industrien sehen den Wirkungen, die gerade ihnen aus den Wiesbadener Abmachungen erwachsen würden, mit wachsender Besorgnis entgegen."

Gespräch mit einem französischen Bauunternehmer.

Vor allem war die deutsche Konkurrenz angesichts der französischen Mißwirtschaft sehr zu fürchten, sie durfte daher unter keinen Umständen zugelassen werden. Eine unvergleichliche Probe für die Angst der französischen Unternehmer, die wohlorganisierte und tadellose deutsche Arbeit möchte sich angesichts der französischen Desorganisation gar zu vorteilhaft ausnehmen, liefert uns ein Gespräch, das François Delaisi mit einem der namhaftesten Bauunternehmer seines Landes hatte, und das er im „Progrès civique" vom 4. Juni 1921 veröffentlichte:

„Niemals darf es geschehen, daß man die Deutschen zu uns hereinläßt!"

„Ich begreife..., man wird ihnen höchstens einen Sektor in der ‚roten Zone' überlassen, weil sie dort kläglich versagen werden?"

„Ah, da kennen Sie diese Leute schlecht! Diese Teufelskerle sind so großartig organisiert, daß man ihnen einen Landstrich anweisen kann, der die greulichsten Granattrichter, Schützengräben, Ruinen und Wüsteneien enthält, und binnen kurzem wird er mit musterhaften Villendörfern übersät sein!"

„Desto besser!"

„Nicht doch!" schrie der Unternehmer wütend. „Wenn man den Deutschen auch nur einen Sektor überläßt, so erhalten sie die übrigen gleichsam automatisch... und was geschieht dann mit uns???!"

„Also man muß die Deutschen abweisen, weil sie schnell und gut arbeiten?"

„Das will ich gerade nicht sagen... Sehen Sie, es gab vor dem Kriege in jedem Dorf mehrere Hütten, die damals kaum 1000 Frs. wert waren. Heute schätzt man sie auf 5000 bis 8000 Frs.... Sie begreifen, daß sich ein französischer Unternehmer mit einem solchen Bettel nicht abgeben kann! Deshalb schlägt unsere ‚Chambre syndicale' vor, daß man diese Hütten den ‚Boches' überläßt. Da diese Hütten in allen Sektoren verstreut sind, so können die Deutschen ihre famose ‚Organisation' nicht zur Geltung bringen. Aber nur keinen Sektor, um Gotteswillen nur keinen ganzen Sektor!!!"

„Gut, gut, ... auf diese Art bleiben unseren Unternehmern alle Baulichkeiten von 8000 Frs. angefangen. ... Aber da die Regierung, wie Sie sagen, heute noch kein Programm aufgestellt hat, so könnten die Geschädigten ja noch zehn Jahre warten, bis man ihnen zu Hilfe kommt?"

„Ach, das macht nichts... Es sind ja gute Patrioten! Und ehe sie es zulassen, daß die Deutschen ihre Häuser — von 8000 Frs. aufwärts — wiederaufbauen, bleiben sie lieber in der Majestät ihrer Ruinen. Wir hoffen, daß unsere Deputierten nicht erlauben, es werde da eine andere Teilung vorgenommen! Denn die Deutschen

Digitized by Google

würden sonst dem Publikum vor Augen führen, daß die französischen Unternehmer keine Organisation besitzen."

„Um es kurz zu machen: Nach Ihrer Ansicht ist die deutsche Entschädigung nicht für die Betroffenen, sondern für die Unternehmer bestimmt?"

Der Unternehmer lachte und sagte: „Natürlich, ... aber man braucht es nicht laut zu sagen ..."

Es wäre schade, diesem Gespräch ein Wort hinzuzufügen.

Das Wiesbadener Abkommen.

Dem immer stärker werdenden Druck der eigenen Bevölkerung gegenüber, sah sich die französische Regierung endlich genötigt, dem deutschen Wunsch nach Mitarbeit wenigstens nach außen hin entgegenzukommen. Es wurden Verhandlungen angeknüpft, deren schließliches Ergebnis das Wiesbadener Abkommen vom 6. Oktober 1921 darstellt. In diesem Abkommen handelt es sich ausschließlich um deutsche Lieferungen von Sachgütern, während über Beteiligung deutscher Arbeiter nichts vereinbart wurde, d. h. also nur der eine Teil der deutschen Anerbietungen wurde berücksichtigt.

Aber das Wiesbadener Abkommen hätte immerhin einen Anfang bilden können, dessen Fortsetzung vielleicht eine für beide Parteien befriedigende Lösung des Wiederaufbau- und Reparationsproblems ergeben hätte. Aber es wird sich zeigen, daß die französische Regierung in ihrer günstigen Verhandlungsposition sich trotz der Bemühungen des deutschen Vertreters nicht entschließen konnte, Deutschland in den wesentlichsten Punkten entgegenzukommen, sondern dem Abkommen eine Form gab, die Deutschlands Beteiligung durch Sachlieferungen nahezu unmöglich oder so ungünstig macht, daß weder eine Erleichterung der Reparationslasten noch auch der Wiederaufbau erreicht wird. Die inneren Gründe für dieses Verfahren liegen ja in den geschilderten Quertreibereien des egoistischen französischen Unternehmertums offen zutage.

Das Wiesbadener Abkommen setzt fest, daß Deutschland im Höchstfall Sachgüter im Gesamtwert von 7 Milliarden Goldmark liefern darf, und zwar innerhalb der nächsten 4½ Jahre, nämlich vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1926. Eine Beschränkung liegt darin, daß der zur Anrechnung gelangende Jahreswert der gelieferten Materialien eine Milliarde in Gold nicht überschreiten darf. Mehrlieferungen eines Jahres kommen erst später zur Verrechnung. Außerdem sind in diesen 7 Milliarden noch für etwa 1½ Milliarden Kohle, Kohlennebenprodukte, Farbstoffe usw. enthalten, welche sich aus dem Abkommen von Spa vom Juni 1920 herleiten. Demnach bleibt als Höchstbetrag 5½ Milliarden in Sachlieferungen aus dem Wiesbadener Abkommen übrig.

Ist nun das Ziel, Sachleistungen an Stelle von Goldleistungen zu setzen, in Wirklichkeit durch den Vertrag erreicht worden? Man sollte es annehmen, denn das ganze Abkommen galt ja nur diesem Ziel.

In der Tat ist es aber kaum der Fall. Denn der Vertrag ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die geeignet sind, seinen Wert sehr fraglich erscheinen zu lassen.

Keine volle Gutschrift.

Zunächst ist bestimmt, daß Frankreich nicht sofort die volle Gutschrift auf Reparationskonto für die geleisteten Sachgüter vornimmt, sondern nur 35% ihres Wertes. Die Gutschrift kann auf 45% erhöht werden, falls die deutschen Lieferungen jährlich den Wert von einer Goldmilliarde nicht erreichen. Die restlichen 65 bezw. 55% wird Deutschland dem französischen Staate stunden und zwar auf 5—15 Jahre, es wird somit gewissermaßen der „Bankier" Frankreichs. Dieser Punkt ist geeignet, den Wert des Abkommens für uns sehr problematisch zu machen, denn nun hat Deutschland außer seinen gewaltigen Jahreszahlungen in Gold, die ihm durch den Versailler Vertrag vorgeschrieben sind, den nicht sofort in Anrechnung gebrachten Teil der Sachlieferungen zu leisten. Diese — wenn auch nur vorläufigen — Mehrverpflichtungen übernahm Deutschland in einem Augenblick, wo die bestehenden Lasten es finanziell bereits völlig zu Boden drückten. Es ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß diese Verpflichtung nicht wird erfüllt werden können, um so weniger, als die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sich seitdem in so ungeahnter Weise verschlechtert haben.

Digitized by Google

Es wird nun gesagt, daß diese Mehrleistungen Deutschlands insofern keinen größeren Umfang annehmen und daher nicht drückend sein würden, als die theoretische Höchstleistung von 5½ Milliarden aus mancherlei Gründen nicht erreicht werden könne, sondern höchstens die Hälfte dieser Summe. Dann würde natürlich die jährliche Lieferung eine Milliarde nicht übersteigen und also 45% zur Anrechnung auf Reparationskonto gelangen, demnach nur 55% dem französischen Staate zu stunden sein. Die Beruhigung, die man damit geben will, nützt uns aber wenig, denn je höher die Wagschale mit den Sachleistungen schnellt, desto tiefer sinkt die Schale mit den Goldleistungen. Das Abkommen verliert seinen Wert, wenn seine Wirkungen belanglos bleiben sollen.

Ein weiterer Nachteil, der von vornherein in Kauf genommen werden muß, ist die Vergrößerung der Inflation der deutschen Mark. Denn die nach Frankreich zum Aufbau gelieferten Materialien müssen den Lieferanten von der deutschen Regierung bezahlt werden und dies brächte von neuem eine peinliche Vermehrung des Papiergeldes mit sich. Dennoch könnte man sagen, es sei besser, diese Inflation auf sich zu nehmen, als die unerschwingliche Beschaffung von Gold oder Devisen im bisherigen Umfange fortzusetzen.

Das fremde Rohmaterial.

Aber gerade dieses Ziel des Abkommens wird nicht erreicht. Denn ein Teil des Rohmaterials zur Herstellung der zu liefernden Sachgüter muß aus dem Auslande bezogen werden. Es handelt sich gerade dabei um die wichtigsten Rohstoffe, wie Eisenerze, Metalle, Zinn, Gummi, Lackbestandteile und vieles andere. Es gibt überhaupt außer Holz und Holzwaren, Zement, Glas, Porzellan und ähnlichen Erzeugnissen kaum irgendwelche Produkte, zu deren Herstellung nicht ausländische Rohstoffe nötig wären. Hierbei sehen wir von Backsteinen und Quadersteinen ab, deren Wert zu den Transportkosten in keinem Verhältnis steht. Um aber fremde Rohmaterialien zu kaufen, müssen abermals Devisen beschafft werden, und so wird gerade das wieder herbeigeführt, was durch die Sachlieferungen verhindert werden soll, eben die Beschaffung fremder Valuten.

Über die Höhe des Prozentsatzes an fremden Rohmaterialien sind die Meinungen ziemlich übereinstimmend. Der fremde Anteil wird je nach Art der Ware durchschnittlich auf ein Viertel bis ein Halb geschätzt. Für eine Reihe der wichtigsten Rohstoffe ist dies Verhältnis aber noch viel ungünstiger: beispielsweise brauchen wir 80% ausländische Erze zur Herstellung des Eisens, so daß in jeder Maschine, die wir zu liefern haben, in jeder Eisenbahnschiene 80% fremdes Material stecken. Dieser Mengeanteil fremden Rohmaterials ist von größtem Einfluß auf die Wertberechnung der Waren, denn angesichts der infolge der Markentwertung ungeheueren Preise, die für fremde Rohstoffe zu zahlen sind, erhöht sich der Wertanteil des Materials, auch wenn man berücksichtigt, daß durch Hinzutritt von Arbeit und Gewinn das prozentuale Wertverhältnis des Rohmaterials herabgedrückt wird. Nimmt man z. B. an, daß dieser Wertanteil durchschnittlich 35 beträgt, so würde das Devisenkonto Deutschlands in dem gleichen Maße belastet werden, wie es durch die Anrechnung der gelieferten Sachgüter entlastet wird. Wäre der Prozentsatz größer, z. B. 45, so würde die Belastung gegenüber der Entlastung sogar 10% stärker sein! Sicher ist aber, daß selbst bei einem Satz von 25 — der aber als Durchschnitt sehr gering angenommen ist — doch tatsächlich die Entlastung durch das Wiesbadener Abkommen nur 10% betragen würde, auf keinen Fall also 35, wie der Vertrag vorsieht. Der für Deutschland wesentlichste Zweck des Abkommens, die Markentwertung einzudämmen, wird so mehr oder weniger verfehlt. Es besteht aber, wie ausgeführt wurde, die Gefahr, daß der Wiesbadener Vertrag zum direkten Schaden Deutschlands ausschlägt, wenn nämlich der Wertanteil an fremdem Rohmaterial größer ist als der gutgeschriebene Betrag von 35 resp. 45%.

Dies ist um so mehr zu befürchten, als der Wert der Mark seit Abschluß des Abkommens ganz außerordentlich gesunken ist. Es kann ohne weiteres angenommen werden, daß hierdurch der Anteil an fremdem Rohmaterial im Werte ums Doppelte gestiegen ist.

Das Optionsrecht Frankreichs.

Diese Wirkung hätte sich vermeiden lassen, wenn die französische Regierung nicht so hartnäckig auf dem ihr aus dem Versailler Vertrag zustehenden Optionsrecht beharrt hätte. Nach diesem einseitigen Recht steht es ganz bei ihr, beliebige Güter für den Wiederaufbau anzufordern. Diesen Forderungen ist Deutschland verpflichtet, nachzukommen. Umgekehrt besteht

Digitized by Google

für Deutschland kein Recht, nach eigener Wahl Waren zur Ablieferung zu bringen. Wünscht Frankreich keine Waren, so können wir nicht liefern. Schon hierdurch ist es sehr fraglich, ob das Abkommen jemals zur Ausführung gelangen wird, besonders, wenn man bedenkt, wie das französische Unternehmertum bisher jede deutsche Beteiligung zu hintertreiben gewußt hat. Eine Einengung findet dieses Optionsrecht allein darin, daß nur solche Artikel von Deutschland geliefert zu werden brauchen, die mit den Bedürfnissen seiner Volkswirtschaft vereinbar sind. Aber dies ist leider eine sehr kautschukartige Bestimmung, die leicht zu ungunsten Deutschlands ausgelegt werden kann. Stände es uns dagegen frei, solche Sachgüter zu liefern, die nach jeder Richtung hin vollgültigen Ersatz für geforderte, aber in Deutschland nicht vorhandene Materialien böten, so könnten wir uns in der Hauptsache auf solche Waren einrichten, die aus einheimischen Rohstoffen herzustellen sind. Dabei könnten die Bedürfnisse der Geschädigten doch volle Berücksichtigung finden.

So könnte Deutschland z. B. Holzhäuser in gewissen Mengen nach den zerstörten Gebieten schaffen, da es bis zu einem gewissen Grade genügend Holz im eigenen Lande besitzt. Entsprechende Vorschläge sind bekanntlich auch mehrfach von deutscher Seite gemacht worden. Ihr Schicksal verdient angesichts der Tatsache, daß der Wiesbadener Vertrag allein durch solche Lieferungen ein positives Ergebnis zeitigen könnte, das größte Interesse. Im April 1921 bot die deutsche Regierung im Verein mit den Gewerkschaften u. a. die sofortige Anfertigung von mindestens 25 000 Wohnhäusern aus Holz an. Zunächst schien man in Frankreich sehr einverstanden mit diesem Vorschlage. Deutsche Sachverständige reisten nach Paris, ihre Vorschläge wurden gebilligt, Pläne und Modelle von den französischen Gutachtern als praktisch und solide bezeichnet. Aber bald kam die Nachricht, daß die monatliche Lieferung von 1500 bis 2500 Häusern, von der Minister Loucheur selbst im Senat gesprochen hatte, nicht zuträfe, sondern daß vorläufig höchstens 500 Häuser in Auftrag gegeben werden könnten, obwohl man sich über technische Einzelheiten und Preise einigen würde. Loucheur habe gegen große Widerstände zu kämpfen. In dieser Weise zog sich die Angelegenheit hin; im Oktober hörte man noch, daß die Lieferung der Holzhäuser „sinngemäß in das Gefüge des Wiesbadener Abkommens eingegliedert" werden sollte. Dann war nur noch von 76 Probehäusern die Rede. Endlich verlief alles im Sande, und man hat von der Angelegenheit überhaupt nichts mehr gehört.

Eine andere gefährliche Folge des einseitigen Forderungsrechts Frankreichs liegt darin, daß es imstande ist, sich über unsere Lieferungsbedingungen zu unterrichten und demgemäß seine Preise dem ausländischen Abnehmer gegenüber entsprechend zu regulieren. Frankreich würde so tatsächlich eine Kontrolle über den deutschen Außenhandel gewinnen und die Macht erlangen, „uns jederzeit das Geschäft zu verderben".

Festes Absatzgebiet für die deutsche Industrie?

Hierdurch wird ein oft hervorgehobener angeblicher Erfolg des Abkommens sehr zweifelhaft: Die deutsche Industrie, meinte man, hätte durch diesen Vertrag in Zeiten schlechter Konjunktur ein festes Absatzgebiet und könnte Waren bis zum Gesamtwerte von 5½ Milliarden Goldmark ohne Kreditrisiko nach Frankreich liefern. Auch der Arbeitslosigkeit, die vielleicht in den nächsten Jahren einen hohen Grad annehmen könnte, glaubte man auf diese Weise entgegentreten zu können. Dieser behauptete Erfolg des Abkommens, der an sich sehr zu begrüßen wäre, ist aber deshalb zweifelhaft, weil Deutschland gar kein Recht auf Lieferung hat und nur auf die sehr ungewissen französischen Anforderungen angewiesen ist. Aber selbst wenn diese Lieferungen wirklich von Frankreich verlangt würden, so entstände die Frage, ob das für das Reich von Vorteil wäre. Für die Industrie bedeutete es allerdings Beschäftigung und Gewinn, aber für das Reich hat es die nachteilige Folge, daß die gelieferten Waren für den freien Export ausfallen, was gleichbedeutend mit einem Verlust an Devisen ist, die das Reich so notwendig braucht. Auch dadurch tritt ein Nachteil ein, daß das Reich diese Waren ohne Gegenleistung bezahlen muß, wodurch das Budget belastet und die Inflation erhöht wird. Das Grundübel des Vertrages kehrt bei all diesen Betrachtungen immer wieder, daß nämlich Frankreich keinen regelrechten Vertrag mit gleichmäßiger Verteilung der Rechte und Pflichten geschlossen, sondern auf seinem Optionsrecht bestanden hat. Sonst hätte Deutsch-

Digitized by Google

land sich auf solche Lieferungen beschränken können, die es aus inländischem Material herzustellen imstande ist und die seinen gewöhnlichen Export nicht berühren.

Preise. Die Vereinbarung über die Preise hat zur Grundlage die französischen Marktpreise ohne Rücksicht auf Eingangszoll und Fracht, die beide zu Lasten Deutschlands gehen. Die Lieferung kann von Deutschland abgelehnt werden, wenn die Preise 5% unter die deutschen Inlandspreise sinken. Außerdem aber ist Frankreich nur berechtigt, bis zu 5% der Gesamtmenge dieser auf 5% unter den deutschen Marktpreis sinkenden Waren zu fordern. Diese Bestimmung stellt einen wesentlichen Schutz für Deutschland dar und ist bei Beurteilung des Abkommens hoch einzuschätzen. Bedenklich ist aber bei dieser Regelung die Ansetzung des französischen Marktpreises als Norm für die Preisberechnung, da der französische Inlandspreis sich ungefähr auf der Hälfte des Weltmarktpreises bewegt und durch Fracht, Zoll und Ausfuhrabgabe noch wesentlich herabgedrückt wird. Dadurch würde gewissermaßen eine Verschleuderung unserer Produktion eintreten, was wiederum eine verderbliche Rückwirkung auf unsere Devisenbeschaffung ausüben würde.

Zölle. Besonders ungünstig werden die Preise beeinflußt durch die zur Erhebung kommenden Einfuhrzölle. Das Wiesbadener Abkommen bestimmt, daß diese Zölle nach dem französischen Schlüssel von 1914 plus Teuerungszuschlag berechnet werden. Jedoch darf das Ergebnis dieser Berechnungen den jeweilig herrschenden Zolltarif nicht übersteigen. Da jetzt nun sowohl ein Minimal- als ein Maximaltarif besteht, ist nicht gesagt, welcher von beiden gemeint ist, denn das Abkommen enthält hierüber keine nähere Bestimmung. Die französische Regierung stützt sich auf die Tatsache, daß für Deutschland allgemein nur der Maximaltarif in Anwendung kommt. Aber diesen können die deutschen Waren nicht ertragen, da er ein ausgesprochener Prohibitivzoll zum Schutze der französischen Industrie ist. Auch Minister Loucheur hat in der Zolltarifkommission der Kammer darauf hingewiesen, daß die Sätze des Minimaltarifs das Äußerste seien, was die deutschen Waren an Belastung vertrügen. Es ist klar, daß viele der französischen Geschädigten selbst auf die Gefahr hin, noch Jahre auf Wiederherstellung ihrer Wirtschaft warten zu müssen, unter keinen Umständen Bestellungen in Deutschland machen würden, die sie in Frankreich billiger bekommen können. Schon die Durchführung des Minimaltarifs bedeutet einen Millionengewinn für den französischen Fiskus — eine höchst ungerechte Zumutung an Deutschland, das neben der Leistung des Wiederaufbaus auch noch einen solchen Tribut zahlen soll! In der Forderung nach Anwendung des Maximaltarifs liegt die deutliche Absicht, die deutschen Sachlieferungen zu verhindern und das Wiesbadener Abkommen zugunsten des französischen Unternehmertums zu sabotieren. Neuerdings ist zwar ein verringerter Zolltarif für deutsche Sachlieferungen eingeführt worden. Gegen diesen besteht aber eine heftige Opposition der französischen Industriellen, und es ist anzunehmen, daß sie auch hier wie bisher ihre Sabotagepläne gegen die deutsche Beteiligung durchsetzen werden. Jedenfalls wird selbst von französischer Seite diesen neuen Zollsätzen kein langes Leben vorausgesagt.

Ausfuhrabgabe. Dieselbe Absicht läge auch der Forderung zugrunde, auf die deutschen Waren die 26%ige Ausfuhrabgabe zu erheben. Leider ist auch hierüber im Vertrage nichts vereinbart worden. Die Meinungen, ob diese Abgabe zu zahlen ist, sind geteilt. Auf den Wert der theoretischen Höchstleistung von 5½ Milliarden deutsche Lieferungen berechnet, würde das eine Milliarde 430 Millionen Goldmark ausmachen. Das Abkommen wäre damit wohl ohne Frage undurchführbar.

Der Versuch, den das Wiesbadener Abkommen darstellt, nämlich Sachleistungen an Stelle von Barleistungen zu setzen, muß im großen und ganzen als mißlungen bezeichnet werden. Der Vertrag ist entweder für beide Länder ziemlich bedeutungslos — wenn er nämlich nur in geringem Umfange zur Durchführung gelangt. Oder man führt ihn durch, dann treten die geschilderten nachteiligen Folgen für Deutschland ein. Weder die Lösung der Reparationsfrage noch auch der tatsächliche Wiederaufbau wird dadurch irgendwie gefördert. Die Schuld, daß das Abkommen undurchführbar ist, aber trifft die französische Regierung, wie aus unseren Darlegungen klar und unzweideutig hervorgeht.

Revisionsprogramm. Will man an dem an sich fruchtbringenden Grundgedanken, Sachleistungen an Stelle von Barleistungen zu setzen, festhalten, so müßte der Vertrag etwa in folgender Weise umgestaltet werden:

Digitized by Google

1. Gerechte Abmessung der beiderseitigen Rechte und Pflichten. Das einseitige Forderungsrecht des einen Vertragsgegners muß verschwinden, damit Deutschland in freier Wahl die Sachlieferungen möglichst aus einheimischen Rohstoffen bewerkstelligen kann. Den Bedürfnissen des Wiederaufbaus kann dabei doch in vollem Maße genügt werden.

2. Sofortige volle Anrechnung der deutschen Leistungen auf Reparationskonto, mindestens aber 60—70%. Mit einem solchen Verrechnungsmodus würde man den französischen Wünschen weitgehendst entgegenkommen. Deutschland kann bei seiner finanziellen Lage die Rolle eines Bankiers seines Gläubigers nicht zugemutet werden.

3. Zuweisung bestimmter Gebietsteile, sogenannter Sektoren, an Deutschland, dem der völlige Wiederaufbau derselben frei überlassen bleibt. Die Pläne werden unter voller Berücksichtigung der französischen Wünsche entworfen und von der französischen Regierung bezw. den Interessenten genehmigt.

4. Rückerstattung des Wertes der vom Auslande bezogenen Rohmaterialien nach Art der Bemelmannschen Abmachungen vom Februar d. Js.

5. Bei Festsetzung der Preise Berücksichtigung der Weltmarktspreise.

Die Beteiligung deutscher Arbeiter.

Das Wiesbadener Abkommen hätte, selbst wenn von seiten der französischen Regierung mehr Rücksicht auf die allgemeine Lage Deutschlands genommen worden wäre, dennoch nicht ausgereicht, die Bedingungen für eine schnelle und beide Teile befriedigende Lösung der Wiederaufbau- und Reparationsfrage zu gewährleisten. Die Erleichterung, die Deutschland selbst bei günstigeren Verhältnissen durch den Vertrag erreicht hätte, wäre offensichtlich zu gering, um den finanziellen Zusammenbruch des Reiches zu verhindern. Minister Loucheur irrte, wenn er glaubte, das Wiesbadener Abkommen würde den Erfolg haben, diese Katastrophe abzuwenden. Auch der durch deutsche Sachlieferungen geförderte Wiederaufbau aber würde ins Stocken kommen, sobald die Leistungsunfähigkeit des Reiches Tatsache wird.

Eine weitere Möglichkeit der Entlastung Deutschlands und damit zugleich der Beschleunigung des Wiederaufbaus ist daher in der Verwendung deutscher Arbeiter in den zerstörten Gebieten im Zusammenhang mit den Wiederaufbauarbeiten gegeben. Ihre Arbeitsleistungen würden den Wert unserer Lieferungen erhöhen und damit zugleich auch unsere Gutschrift auf Reparationskonto. Wie notwendig eine derartige Teilnahme deutscher Arbeiter auch im Interesse der Geschädigten ist, geht aus den Worten des französischen Ministers für die befreiten Gebiete hervor, die er im Februar des Jahres in der Kammer sprach: Der Gewerkschaftsbund der Bauarbeiter habe festgestellt, daß die ungeheure Zahl von 320 000 gelernten Bauarbeitern für den Wiederaufbau fehle. Man werde also alle Vorurteile unterdrücken und im Interesse des Vaterlandes deutsche Arbeiter hinzuziehen müssen. Abgesehen von dem unleugbaren Vorteil für beide Parteien, erscheint diese Forderung um so berechtigter, als Deutschland ohne jeden rechtlichen Grund zwangsweise mit der gesamten Reparation durch das Friedensdiktat belastet wurde. Sowohl vom Standpunkt des moralischen wie des juristischen Rechts ist die Forderung der Beteiligung deutscher Arbeiter daher vollkommen begründet.

Einige Schwierigkeiten könnte bei oberflächlicher Betrachtung nur die Art der Bezahlung machen. Es ist klar, daß die Tätigkeit auf Privatvertrag angestellter deutscher Arbeiter hier keinen Wert hätte. So begrüßenswert auch die Zusammenarbeit deutscher und französischer Arbeiter am gemeinsamen Kulturwerk des Wiederaufbaus wäre — auf die Haltung der französischen Regierung zu dieser Frage werden wir noch einzugehen haben —, so wenig haben private Arbeitsleistungen für die Erleichterung der deutschen Reparationslasten einen Sinn. Es ist vielmehr durchaus notwendig, daß das von Reichs wegen geschieht. Hierbei entstände aber die Frage, in welcher Währung diese Arbeiter zu bezahlen wären. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Entlohnung in Mark erfolgen müßte, denn die Bezahlung in Franken würde eine neue Belastung Deutschlands durch Devisenbeschaffungen herbeiführen. Der Einwand Loucheurs, die Bezahlung müßte z. T. in Franken erfolgen, und daher sei die Beteiligung deutscher Arbeiter in weitem Umfange un-

Zahlungsmodus.

Digitized by Google

möglich, ist nicht stichhaltig, weil die Belieferung der deutschen Arbeiter mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Artikeln durch den deutschen Unternehmer erfolgen könnte.

Deutsche Vorschläge.

Von deutscher Seite sind in den letzten Jahren die verschiedensten Versuche gemacht worden, um eine Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau durchzusetzen.

1919.

Bereits im Jahre 1919 fanden auf deutschen Wunsch Verhandlungen statt zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der deutschen Gewerkschaften einerseits und der französischen Regierung nebst den französischen Gewerkschaftsverbänden andererseits. Über das Schicksal dieser Verhandlungen heißt es in dem schon genannten Artikel des Franzosen Jouhaux:

„Unsere Genossen in Deutschland haben ausdrücklich erklärt, daß sie es als ihre Pflicht betrachten, an dem Werke der Wiederherstellung teilzunehmen und daß sie bereit sind, sich dazu zur Verfügung zu stellen. Wir haben unsererseits erklärt, daß die französischen Arbeiter bereit sind, ihre Mitarbeit anzunehmen und daß wir die Bürgschaft für gerecht und notwendig halten, die sie fordern in Hinsicht auf das Gewerkschaftsrecht, die Bewegungsfreiheit und die Anwendung der sozialen Gesetze, die sie in ihrem Lande genießen.

Das sind nun nicht leere Versprechungen. Die Vertreter der deutschen Bauarbeiterorganisationen haben darauf hingewiesen, daß ihre Regierung sie schon aufgefordert habe, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es haben im Januar 1919 Verhandlungen stattgefunden. Sie erzielten nichts und die Verantwortung für das Scheitern fällt gänzlich auf die französischen Minister zurück, die sich verpflichtet hatten, im Dezember eine Antwort zu geben — auf die man noch wartet."

Es ist noch zu erwähnen, daß zwar die französische Regierung im Juli 1919 der deutschen eine Liste über zu lieferndes Material überreichte. Die deutsche Antwort, die nicht gleich den ganzen — 13 Milliarden hohen — Betrag liefern zu können hervorhob, und zunächst für einen Teil die Anfrage stellte, wohin er zu liefern sei, blieb unbeantwortet.

April 1921.

Im April 1921 versuchte die deutsche Regierung von neuem, unterstützt durch die Gewerkschaften, zur direkten Mitarbeit in jeder Form zu kommen. Sie richtete deshalb eine Note an die Reparationskommission, die mit einem Apell an das Gewissen der französischen Regierung beginnt:

„Deutschland ist durchdrungen von der Überzeugung, daß es für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Kriege zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange dies nicht geschehen ist, besteht die Gefahr, daß die Gefühle des Hasses unter den beteiligten Völkern nicht verschwinden werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das Bestimmteste bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Mächte soweit wie irgend möglich zu berücksichtigen."

Die Note macht dann neben dem Angebot auf Wiederherstellung bestimmter zusammenhängender Landesteile in eigener Regie und Lieferung von Baumaterialien folgende Vorschläge bezüglich direkter Mithilfe deutscher Arbeiter:

„Deutsche Gewerkschaften haben beschlossen, folgende Leistungen anzubieten:

1. In den zerstörten Gebieten sofort nach Maßgabe der näheren Wünsche der alliierten Regierungen die Aufräumungsarbeiten und Aufforstungsarbeiten vorzunehmen.

2. Die Ziegeleien im Aufbaugebiet instand zu setzen oder neue zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke daselbst zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für die Baustoffe beginnen zu können...

6. Nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen...

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiter-Organisationen einschließlich der Organisationen der Angestellten und Beamten, versichert die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken."

Digitized by Google

Es ist unmöglich, einen entschiedeneren Willen zur direkten Mithilfe am Wiederaufbau kundzutun. Es erschien kaum denkbar, daß hiernach eine Verständigung über den gemeinsamen deutsch-französischen Wiederaufbau ausbleiben konnte.

Aber auch hier ist der Erfolg völlig negativ gewesen. Durch das Wiesbadener Abkommen hat zwar das Angebot auf Sachlieferungen eine gewisse Berücksichtigung gefunden — wir haben gezeigt wie gering sie in Wirklichkeit ist — doch bezüglich der Beteiligung deutscher Arbeiter blieb auch dies umfassende Angebot erfolglos.

Schließlich fanden noch einmal im November 1921 deutsch-französische Verhandlungen über die Mitarbeit deutscher Arbeiter statt. Die Abordnungen beider Länder wurden vom Minister Loucheur empfangen, der versprach, dieser Aktion keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Man bestimmte eine Gruppe von Ortschaften, die von den Deutschen wieder aufgebaut werden sollte. Die deutschen Delegierten wurden bei der Besichtigung dieser Orte sehr freundlich von der Bevölkerung empfangen; auch der Ankunft deutscher Arbeiter, hieß es, sehe man ohne Mißbehagen entgegen. Die deutschen Vertreter traten die Heimreise an — und auch diese Aktion verlief im Sande. November 1921

Die französischen Geschädigten für Beteiligung deutscher Arbeiter.

Auf jede Weise und bei jeder Gelegenheit haben weite Kreise der französischen Bevölkerung, besonders die Geschädigten, ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, deutsche Arbeiter an der Wiederherstellung teilnehmen zu lassen. Schon im November 1920 wurde auf einer Besprechung zwischen deutschen, französischen und neutralen Gewerkschaftsvertretern festgestellt, daß das Verhalten der französischen Regierung den deutschen Bestrebungen zum Wiederaufbau die größten Hindernisse bereite. Die französischen Vertreter erklärten, daß die Arbeiter Frankreichs bereit seien, die deutsche Hilfe anzunehmen. Die internationale Gewerkschaftskonferenz im März 1921 sprach sich in demselben Sinne aus. Auch der im April 1921 in Paris tagende Kongreß des Allgemeinen Arbeiterverbandes sprach in einer Entschließung aus, daß die Summe, die Deutschland Frankreich schulde, ungeheuer sei, daß aber der Hauptreichtum Deutschlands in seiner Arbeit und in seinen Produkten läge; daher sei ein Wiederaufbauprogramm unter Nichtbeteiligung der deutschen Arbeiter kaum denkbar. Ohne deutsche Hilfe werde Frankreich 20 Jahre zum Wiederaufbau brauchen. Eine Reihe von Bürgermeistern zerstörter Ortschaften drückte sich in demselben Sinne aus. Insbesondere stimmte auch der Kongreß der Geschädigten im Mai 1921 ausdrücklich dieser Entschließung zu. Auch einzelne Kammer- und Senats-Mitglieder — so die Senatoren Deguise und Carpentier — erklärten, daß eine großzügige Wiederaufbauarbeit nur unter Mitwirkung des deutschen Volkes möglich sei. Das Aktionskomitee für vollständige Reparation der Kriegsschäden verlangte gleichfalls, wenn es nötig wäre, die Annahme deutscher Arbeitskräfte.

Die Zahl solcher Stimmen ließe sich beliebig vermehren. Sie alle sind sich darüber einig, daß ohne direkte deutsche Mithilfe der Wiederaufbau nicht von der Stelle kommen wird. Ihr gemeinsamer Kampf richtet sich gegen die französische Regierung, welche, wie „Le Peuple" ausführte, die seit 1919 geführten Verhandlungen nicht zum Abschluß gebracht habe.

Im November 1921 veranstaltete der Ausschuß für den Wiederaufbau unter der Führung des Abgeordneten Basly eine Abstimmung in 11 Dörfern des Somme-Gebietes, um eine Entscheidung in der Frage der Beteiligung deutscher Arbeiter herbeizuführen. Diese Abstimmung ergab eine Mehrheit von rund 85—90% für die Beteiligung; eine Reihe von Dörfern stimmte mit 94, 96, ja 99% dafür! Daraufhin erklärte Herr Loucheur, die Ergebnisse seien nicht amtlich, man müsse erst feststellen, „ob die in Frage kommenden Interessenten tatsächlich vollkommen aufgeklärt waren, um sich in voller Freiheit entschließen zu können". Ein hoher Beamter, der unter den Geschädigten eine neue Umfrage veranstalten sollte, wurde aber von der Bevölkerung so unfreundlich empfangen, daß er es vorzog, seine Reise abzubrechen. Trotzdem fanden „Aufklärungen" der Geschädigten von amtlicher französischer Seite statt, und das Wiederaufbauministerium in Paris berichtete bald darauf, daß infolgedessen die Bewohner des Somme-Gebietes von der Mitarbeit deutscher Arbeiter nichts mehr wissen wollten. Welchen Wert aber diese Nachricht hatte, ging wenige Tage später aus dem Sitzungsbericht des Aktionsausschusses für die verwüsteten Gebiete hervor: Man gab dem

Digitized by Google

Bedauern der Geschädigten Ausdruck, daß noch immer das Interesse der Bevölkerung zugunsten einiger weniger zurückgestellt werde. Es sei sicher, daß angesichts der augenblicklichen Finanzlage Frankreich das Wiederaufbauwerk in seiner Gesamtheit nicht vollbringen könne und es wurde von neuem eine wirkungsvolle Beteiligung Deutschlands gefordert. Man beschloß, einen neuen Wiederaufbauplan auszuarbeiten, in dem wiederum die deutsche Mitarbeit in Betracht gezogen werden sollte. Auch bis heute haben di diese Bemühungen zu keinem Ergebnis geführt, obwohl noch im Februar d. Js. Vertrete der Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete dem neuen französischen Wiederaufbauministe erneut die Forderung vorlegten, deutsche Arbeiter zur Wiederherstellung zuzulassen.

Politische Gründe der französischen Regierung gegen die Beteiligung.

Welche Gründe hat die französische Regierung, offen und im geheimen gegen die Mithilfe deutscher Arbeiter zu wirken? Diese Gründe sind lediglich politischer Natur, wie man denn auch keinen ernstlichen und sachlichen Einwand dagegen vorzubringen hatte, sondern die Vorschläge und Bemühungen von deutscher Seite einfach im Sande verlaufen ließ. Man will eben den Wiederaufbau in seiner Gesamtheit einstweilen gar nicht oder hat wenigstens keine Eile damit. Denn man will die zerstörten Gebiete der ganzen Welt und besonders dem eigenen Lande als unvergängliches Denkmal deutscher Barbarei möglichst lange Zeit erhalten. Der Haß der ganzen Welt gegen Deutschland soll so aufrecht erhalten und besonders die Zwietracht zwischen dem französischen und deutschen Volk verewigt werden. Die ganze zivilisierte Welt soll hier sehen, was die Barbaren „mutwillig" verwüstet haben.

Man hat zu diesem Zweck Rundreisefahrten eingerichtet, die die ausländischen Besucher Frankreichs in Automobilen über die Schlachtfelder führen, und man macht mit Prospekten in der ganzen Welt dafür Propaganda. Selbst an Deutsche ist man mit der Aufforderung herangetreten, an solchen Fahrten teilzunehmen. Mitglieder interalliierter Militärkommissionen haben sich zu diesem Zweck an hervorragende deutsche Persönlichkeiten in den besetzten Gebieten gewandt, damit sie nach Besichtigung der zerstörten Gebiete dem deutschen Volke die „Wahrheit" schilderten. Es ist klar, daß man unter solchen Umständen gar kein Interesse hat, schnell und durchgreifend wiederaufzubauen; man würde ja sonst das beste antideutsche Propagandamittel verlieren!

Die französische Regierung fürchtet ferner die möglichen sozialen Auswirkungen des Zusammenseins deutscher und französischer Arbeiter. Sie weiß sehr gut, wieviel besser die deutsche soziale Fürsorge ist als die eigene. Sie war es schon durch die großzügige soziale Gesetzgebung Deutschlands vor dem Kriege. Heute sind bei uns die Rechte des Arbeiters noch erheblich erweitert, und seine wirtschaftliche Lage hat sich weiter verbessert, so daß ein Vergleich mit der sozialen Lage des französischen Arbeiters außerordentlich zuungunsten Frankreichs ausfällt. Es ist bekannt, daß die Stimmung unter den Arbeitern in Elsaß-Lothringen schon bald nach der Annektion durch Frankreich schnell umschlug und wieder deutschfreundlich wurde. Der Grund ist zu einem großen Teil in der schlechteren sozialen Lage des französischen Arbeiters zu suchen. Die Alters-, Kranken- und Invaliditätsfürsorge hat längst nicht den Umfang der deutschen. Die sanitären Maßnahmen bei und nach der Arbeit sind teilweise äußerst rückständig. Uns klingt es wie ein Scherz, wenn Minister Loucheur in der Kammer erklärte, unglaubliche Ansprüche seien für die deutschen Arbeiter gestellt worden, sogar Badeeinrichtungen habe man verlangt. Alles das, fürchtet die französische Regierung, könnte durch die Berührung mit deutschen Arbeitern sich wie eine ansteckende Krankheit auf ihre französischen Genossen übertragen. Böses Beispiel verdirbt gute Sitten.

Schlimmer aber und gewissenloser als dies ist der Wille, die deutsch-französische Verständigung auf dem Wege von Mensch zu Mensch mit allen Mitteln zu hintertreiben. Wer im Kriege Gelegenheit hatte, deutsche Soldaten im Verkehr mit der französischen Bevölkerung zu beobachten, wird stets gefunden haben, daß zwischen beiden Teilen selbst im Kriege gewöhnlich sehr bald ein recht gutes Verhältnis herrschte. Das ist auch der französischen Regierung wohlbekannt. Aber ihre Politik will es anders. Haß und Rache sollen in den Herzen der Franzosen nie zum Erlöschen kommen, und keinesfalls darf Versöhnung einen dauernden Frieden zwischen beiden Völkern garantieren. Den Machtgelüsten des französischen Imperialismus und den kriegerischen Wünschen des französischen Militarismus würde ja sonst ein Ziel gesetzt werden.

Digitized by Google

Während man also in Wahrheit jede Verständigung zu hintertreiben sich bemüht, wird man gleichzeitig nicht müde, mit lauter Stimme die unerschütterliche Friedensliebe des waffenstarrenden Frankreichs zu proklamieren, das gegen eine nicht existierende deutsche Gefahr zur Verteidigung des Weltfriedens gerüstet bleiben muß. Diese Stimme ist um so lauter, je schlechter das eigene Gewissen ist.

Wirklich haben die französische Regierung und die ihr nahestehenden Kreise sich auch öffentlich bei den verschiedensten Gelegenheiten gegen die Verwendung deutscher Arbeiter ausgesprochen. So nahm im Juni 1921 die Senatskommission eine Resolution an, in der die Beschäftigung deutscher Arbeiter abgelehnt wurde, da die Gefahr verhindert werden müsse, die mit der Zulassung Deutscher in politischer Hinsicht verbunden sei! Die Kommission war sogar der Meinung, daß die Wiederherstellung der Wohnhäuser und Wege deshalb ruhig einige Jahre länger dauern könne!

Minister Loucheur gab dann im Senat eine ähnliche Erklärung ab und hat überhaupt kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne gegen die Beteiligung deutscher Arbeiter zu sprechen. In einer im Juni 1921 gehaltenen Rede in Valenciennes meinte er, eine solche Zusammenarbeit könne man nicht dulden. An anderer Stelle forderte er deutsche Arbeiter nur in den Bergwerken und den völlig verödeten Gegenden arbeiten zu lassen. Also nur keine Berührung mit der französischen Bevölkerung!

Daß sich endlich, aber nicht zuletzt die Verbände der Bauunternehmer und Ziegeleibesitzer gegen „einen längeren Aufenthalt deutscher Arbeiter" aussprachen, um „die moralischen und sozialen Folgen einer so verabscheuten Berührung der Deutschen mit der Bevölkerung zu begrenzen", erscheint nach den weiter oben geschilderten Bestrebungen des französischen Unternehmertums recht verständlich.

Wie haltlos alle diese Argumente in Wahrheit sind, beweist der Wiederaufbau, den deutsche Arbeiter und Ingenieure an einigen Stellen der zerstörten Gebiete durchgeführt haben. So wurden in Mézières und anderen Orts — auf private Veranlassung und Kosten natürlich — deutsche Holzhäuser durch deutsche Arbeiter aufgebaut, ohne daß sich die geringsten Zwischenfälle oder Reibereien ereigneten, und zwar so korrekt und schnell, daß man „an Zauber glauben" könnte, wie sich der Abgeordnete Philippoteaux, der Bürgermeister von Mézières ist, ausdrückte.

Wenn die französische Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt und die Beteiligung deutscher Arbeiter weiter verhindert, so kann die Forderung, gewisse Sektoren Deutschland völlig frei zum Wiederaufbau zu überlassen, nicht durchgeführt werden, und somit würde die wichtigste Vorbedingung für eine schnelle Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete unerfüllt bleiben.

Die Wiederherstellung Ostpreußens als Beispiel deutscher Leistungsfähigkeit im Wiederaufbau.

Den besten Beweis dafür, was in Nordfrankreich hätte geleistet werden können, wenn nur der gute Wille dagewesen wäre, liefert der deutsche Wiederaufbau Ostpreußens. Hier ist in kurzer Zeit und unter den schwierigsten Verhältnissen ein Riesenwerk geleistet worden.

Während der Besetzung der Provinz in den Jahren 1914 und 1915 hatten die Russen hier in barbarischer Weise gehaust[1]). Über 20 000 Gebäude waren vernichtet, etwa 100 000 weitere mehr oder weniger stark beschädigt worden. „Der Winter 1914/15 wurde von den Russen dazu benutzt, um alles irgendwie Wertvolle an beweglichem Eigentum der Bewohner nach Rußland fortzuschaffen. ... Pferde und Vieh waren restlos fortgeführt worden. Das ganze im Februar 1915 befreite Gebiet wies außer einigen halbverwilderten Katzen und Hunden kaum ein einziges Haustier auf.

Abgesehen von den Personenschäden betrug der Schaden nach Friedenspreisen und

[1]) Oberpräsident a. D. v. Batocki: „Der Wiederaufbau Ostpreußens", zitiert nach dem „Fränkischen Kurier", Nürnberg, vom 2. 6. 1921, aus „Deutsche Nation", Juniheft 1921.

Digitized by Google

Goldmark berechnet etwa 1,5 Milliarden Mark; für den rein landwirtschaftlichen und ziemlich armen Bezirk ein sehr großer Betrag...

Bei der Regelung der Entschädigung wurde gleichfalls auf die Förderung der schnellen Heimkehr der Geflüchteten Wert gelegt, indem Entschädigungen in der Regel nur den Heimgekehrten gewährt wurden. Nur soweit die Nichtheimkehrenden nachwiesen, daß ihnen die Rückkehr vorläufig unmöglich sei, erhielten sie Beihilfen zum Lebensunterhalt. Der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurden als besonderes Anreizmittel Prämien gewährt für jeden im Zerstörungsgebiet im Frühjahr 1915 mit Getreide oder Hackfrucht bestellten Morgen.

Die wohnliche Unterbringung erfolgte in bescheidenster Art im Wege der Selbsthilfe. Im ersten, zum großen Teil auch im zweiten Jahre wohnten Hunderttausende in mit Notdächern versehenen Brandruinen, selbstgebauten Erdhütten und verlassenen Schützengräben. Baracken wurden, der Unwirtschaftlichkeit halber, möglichst wenig errichtet. Trotzdem waren im Sommer 1915 mindestens neun Zehntel der Bevölkerung wieder zurückgekehrt und hatten ihre Betriebe wieder mit den nötigsten Zugtieren und Geräten besetzt...

Die Wiederherstellung der zerstörten Gebäude nahm natürlich die längste Zeit in Anspruch und ist auch heute, namentlich in den Städten, noch nicht beendigt." — Soweit sie aber durchgeführt ist, kann sie als in jeder Hinsicht vorbildlich und mustergültig bezeichnet werden. Für die Arbeiter- und Bauernhäuser wurden Normativvorschriften erlassen, um einen möglichst zweckmäßigen, ästhetisch befriedigenden und dabei billigen Aufbau zu gewährleisten. In Frankreich dagegen wurde ein Gesetz geschaffen, das die genaue Wiederherstellung jedes einzelnen Gebäudes in der gleichen Art und an demselben Ort wie früher vorschreibt — ein Gesetz, so zweckwidrig und unrationell, wie es nur irgend erdacht werden kann, da es einen schnellen, billigen und modernen Wiederaufbau unmöglich macht. Es war von besonderem Wert, daß in Ostpreußen nicht jeder bauen konnte, wo und wie er wollte, sondern daß eine staatliche Bauberatung die fachmännische und künstlerische Durchführung der Bauten unterstützte. Es sind so teilweise wahre Musterbauten ländlicher und städtischer Baukomplexe entstanden, wie bei der Anlage des Marktplatzes von Darkehmen (Bildtabelle). Unsere Bilder zeigen solche Neubauten die praktisch und ästhetisch als erstklassig zu bezeichnen sind.

Da es gelang, bereits vor Ende des Krieges weit über die Hälfte der zerstörten Gebäude neu zu erbauen, sind dem Reiche ungeheure Summen erspart worden, da die Löhne und Preise damals unvergleichlich niedriger waren als sie heute sind.

Das Beispiel Ostpreußens beweist, was in Nordfrankreich mit deutscher Hilfe hätte geleistet werden können, wenn nur der gute Wille dagewesen wäre. Aber der eben fehlte und die verschiedenen Gründe, weshalb er fehlte, sind uns nun bekannt.

So mag sich die Bevölkerung der zerstörten französischen Gebiete bei ihrer Regierung beklagen, wenn ihre Heimat zu einem großen Teil noch in Schutt und Trümmern wie zu Zeiten des Krieges daliegt, statt wie die Provinz Ostpreußen sich in ein schnell wiederaufblühendes Land verwandelt zu haben.

Zu unseren Bildern.

Die erste Bilderserie zeigt Aufnahmen aus den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Sie sind offiziellen französischen Fremdenführern und Propagandaschriften entnommen und führen den einen Zweck der Sabotage des Wiederaufbaues sehr deutlich vor Augen: Die unglücklichen Ruinen müssen als Agitationsmittel gegen Deutschland dienen. Man beachte besonders die französischen Unterschriften der Bilder!

Die hier wiedergegebenen Aufnahmen stammen aber nicht etwa aus den ersten Monaten nach dem Waffenstillstande — nein, es wurden nur solche ausgewählt, die mindestens 1½ Jahre später gemacht worden sind. In diesem Zeitraum geschah im Wiederaufbau soviel wie nichts. Was geschehen hätte können, wenn Frankreich deutsche Arbeitskraft und deutschen Arbeitswillen zugelassen hätte, zeigt der zweite Teil unserer Bilder: der aus dem zerstörten Ostpreußen. Diese Bilder umfassen die Jahre 1914—1916; der ostpreußische Wiederaufbau hatte also hier etwa die gleiche Zeit zur Verfügung, wie der nordfranzösische.

Der Gegensatz des tatsächlich Geleisteten wird um so schärfer, wenn man bedenkt, daß der ostpreußische Wiederaufbau von einem mitten im Krieg befindlichen, von allen Hilfsquellen der Welt abgeschnürten Deutschland geleistet wurde, während jenes Frankreich nichts tat, nach dem Kriege, als es nicht nur die vollmaterielle, sondern auch, dank Northcliffs Lügengewebe, die ganze moralische Hilfe der Welt in seinen Dienst stellen konnte.

Digitized by Google

Französische Stimmen.

Als Chicago durch die Feuersbrunst 1871 vollständig zerstört wurde, als das Feuer Baltimore zu drei Viertel niederlegte, als San Franzisko, später auch Valparaiso durch fürchterliche Erdbeben und nachfolgendes Feuer dem Erdboden gleichgemacht wurden, da hat man das Erstaunen der ganzen Welt auf sich gezogen, durch die Schnelligkeit, mit welcher diese Städte wieder aus dem Boden wuchsen; ja man benutzte diese Katastrophen um Musterstädte in Hinsicht der Hygiene und der Bequemlichkeit zu erbauen.

Damals war die Technik noch nicht auf der Höhe von heute, man trug auch nicht das Wort Kultur stets auf der Zunge. Man hat sich wohl weniger darum gestritten, wie hoch die Kultur ist, die man zu besitzen wähnt, sondern man hat sie bewiesen ... man trug Sorge um die Bewohner einer zugrunde gegangenen Stadt; heute läßt man in dem Staate, der es für sich in Anspruch nimmt, der höchstzivilisierte zu sein, die Bewohner ganzer Landstriche mit ihren nachfolgenden Generationen verkommen.

Vor mir liegen Briefe, aus welchen Elend spricht und es ist herzzerreißend, daß man solches Elend „pflegt" nur des Hasses willen gegen Deutschland. Ich bin als deutscher Gefangener im französischen Wiederaufbau beschäftigt gewesen, die Franzosen des zerstörten Gebiets klammerten sich an uns als ihre einzige Hoffnung; ich habe das Vertrauen vieler errungen und bin daher in der Lage, ihre Beobachtungen und Gedanken auszusprechen. Die französischen Druckschriften, auf welche ich mich stütze, sind am Rande angegeben.

Bei der ganzen Beurteilung der Lage in den zerstörten Gebieten muß man sich immer vor Augen halten, daß ein geheimnisvolles Zeichen über allem schwebt: „P. Q. C. D." (Pourvou que cela dure); es wird helfen zum Verständnis für Deutsche fast unverständlicher Dinge. Das Programm, welches für 1921 in einer Besprechung mit Sillard bekanntgegeben wurde, hat keine weitergehende Absichten gehabt, als nur die Wiederaufrichtung von

„Vorausgesetzt daß alles so bleibt."

Le Réfugié d Pas de Calai

1/10 der zerstörten bezw. beschädigten öffentlichen Gebäude
1/60 der zerstörten bezw. beschädigten Wohngebäude
1/2 der zerstörten bezw. beschädigten landwirtschaftlichen Gebäude
1/8 der zerstörten bezw. beschädigten industriellen Gebäude.

Wir sehen also, daß drei Jahre nach Waffenstillstand noch nicht einmal die Absicht bestand, das Werk voll in Angriff zu nehmen.

Wie sehr man übrigens drüben noch herum experimentiert, wie sehr bis jetzt noch nach der besten Methode gesucht wird, nach welcher man etwa arbeiten könnte, geht aus der Tatsache hervor, daß kürzlich ein Kredit von 30 Millionen Franken zur Abstimmung gelangte, zwecks Errichtung von Hotelbaracken im ganzen zerstörten Gebiete, Wiederherstellung eines Hotelwesens, das der Antragsteller geradezu als „Embryo" der Wiederherstellung der Städte und Dörfer ansieht. Es wäre das eine Einnahmequelle, von deren enormer Geldbewegung die unglückliche Bevölkerung profitieren würde.

Ein Auszug aus dem Rapport des ehem. Präfekten des Dep. Pas de Calais, Robert Leullier, gibt die Ausgaben für Verwaltungskosten vom 1. Januar 1920 bis 31. Januar 1921 wieder.

Progrès Civique vom 8. 5. 11.

Wir können hier nur einige Zahlen herausgreifen:

3 432 277.14 Frs.	Verwaltungskosten in den Departements
120 961.18 Frs.	Reisespesen und Taggelder für Beamte
513 555.14 Frs.	Unpersönliche Ausgaben
54 109.40 Frs.	Portoausgaben
416 351.65 Frs.	Sachverständige
1 331 767.60 Frs.	Verwaltungskosten für kantonale Büros
395 526.55 Frs.	Unpersönliches für diese Büros
17 706.60 Frs.	Sachverständige
83 577.89 Frs.	Kosten für Anfertigung und Anwendung von Plänen zum Wiederaufbau
430 688.71 Frs.	Wiederanlage von Katastern, Personal
120 233.44 Frs.	Unpersönliches für obiges Katasternat
2 208 351.04 Frs.	Personalunkosten für Staatsarbeiten
9 125 106.34 Frs.	

Digitized by Google

Übertrag:	9 125 106.34 Frs.	
186 540 874.20 Frs.		Ausführung von Staatsarbeiten, Unpersönliches
19 008.10 Frs.		Arbeitsvermittlung, Personalausgaben
156 619.83 Frs.		Arbeitsvermittlung, Unpersönliches
592 854.32 Frs.		Materialverwaltung, Personalunkosten
34 032 790.17 Frs.		Materialverwaltung, Unpersönliches
15 165 863.42 Frs.		Staatl. Transportwesen, Personalausgaben
4 833 992.30 Frs.		Staatl. Transportwesen, Unpersönliches
2 510.— Frs.		Familienunterstützungen
565 762.17 Frs.		Außerordentliche Teuerungszulagen
2 641 967.— Frs.		Zulagen für getrennten Haushalt
46 200.— Frs.		Besonderes
1 064 993.— Frs.		Zinsendienst
254 788 540.85 Frs.		

Nach dem heutigen Stande der Mark sind das Milliarden Ausgaben bevor noch auch nur zwei Steine aufeinandergestellt worden sind!

Voix des Ruines vom 31. 12. 21. Das Ministerium des R. L.

Nachfolgend geben wir eine Gehaltsaufstellung für den Monat April 1921 eines kleinen, absolut unbedeutenden Büros der famosen Commission des Reparations:

Vorstand	Frs. 10 303	1 Schreiber	Frs. 4 485
Stellvertreter	Frs. 8 586	3 Abschreiber und 1 Diener à 1 386	Frs. 4 148
4 Sekretäre à 7 015	Frs. 28 060	4 Stenotypistinnen à 2 077	Frs. 8 308
	Frs. 46 949		Frs. 18 337

In einem einzigen Monat ein Gehalt von über 3 Millionen Mark für ein kleines Unterbüro!

Das Zentralbüro des Ministeriums der R. L. (Régions Libérées = Befreite Gebiete) in Paris beschäftigt augenblicklich 2346 Hilfskräfte, die auf Taggeld angestellt sind. Sie erhielten für 1921 durchschnittlich 20 Frs. pro Tag, so daß jährlich etwa 14 Millionen Franken zur Auszahlung notwendig waren.

Das waren 1¼ Milliarden Mark lediglich für Hilfskräfte!

Statt daß eine kräftige organisationsfähige Regierung, um endlich zu einem greifbaren Resultat zu gelangen, zuerst einmal die am wenigsten beschädigten Häuser herstellen ließe, indem man dabei gleichzeitig mit den am meisten mitgenommenen aufräumen und so Tausende und Abertausende von Häusern retten würde, hat die Regierung selbst in frevelnder Weise das Herausreißen des Bauholzes begünstigt, hat das Ministerium der R. L. in vollständiger Tatenlosigkeit zugesehen, wie unter ihren Augen Tausende und Abertausende von Häusern mangels geringfügiger Reparaturen dem Verfall entgegengingen; es hat mitgeholfen an der Unbrauchbarmachung der Brunnen, hat Pumpen und anderes wertvolles Material unter dem Namen Service de Recuperation (Zurückerstattungsamt) gestohlen, hat sich gegen die ungeheueren Durchstechereien bei der Abschätzung der Schäden à la Reims vollständig passiv verhalten.

Um die fürchterliche Tatenlosigkeit des Ministeriums der R. L., die wie ein Alp auf der ganzen Bevölkerung lagert, zu charakterisieren, müssen wir die Berichte der Bewohner zum Zeugnis nehmen, dürfen auch die Tatsache der fortlaufend dort erfolgenden Selbstmorde nicht außer acht lassen.

Voix des Ruines vom 26. 11. 21.

Die innere Organisation scheint ebenfalls bestens aufgebaut zu sein. Philippoteaux plaudert von 2269 Personenautos für die persönlichen Bedürfnisse der Beamten des Ministeriums der R. L. Das Defizit aus dem Lastkraftwagenbetrieb erreichte 1921 die Höhe von 700—800 Millionen Frs., obwohl die berechneten Transportkosten zwei bis dreimal höher waren als bei jedem Privatunternehmen. Lugol gibt an, daß die Gesamtzahl an Automobilen 28 000 betrug. Zu jedem Auto für Personenbeförderung kommt eine jährliche Beisteuer zu den Unterhaltungskosten von 30 000 Frs. (die inzwischen wesentlich erhöht worden ist); so kommt man zu wirklich gigantesken Zahlen für die Befriedigung der Bequemlichkeit.

Im Jahre 1921 hat das Amt der „Transports généraux" einen Kredit von 312 Millionen verbraucht. Es war wirklich ein Vergnügen, jeden Schreiber in einem luxuriösen „Cadillac" oder in einem verschwenderischen „Rolls-Royce" fahren zu sehen. Die Abnützung der Wagen war denn auch so, daß innerhalb eines Jahres 62% der Automobile des M. d. R. L. unbrauchbar geworden waren.

Digitized by Google

Seltsam dünkt es einem auch, wenn die „Transports généraux" heute noch nicht in der Lage war, Auskunft zu erteilen über den Verbleib von 76000 Liter Benzin, die verschwunden sind.

Anläßlich einer Diskussion in der französischen Kammer 1921 erklärte der Berichterstatter d'Aubigny, daß die Veruntreuungen keineswegs so große seien, als man annimmt. Bis jetzt seien vier Milliarden verausgabt worden zu Arbeiten und zum Kauf von Materialien. D'Aubigny schätzt, daß nur ein Viertel dieser Summe, d. h. eine Milliarde Frs. verschleudert worden seien. Oeuvre.

Das Amt, das die Abräumungsarbeiten zu vergeben hatte, hatte ebenfalls ein Defizit von 97 Millionen Frs. (dabei wurden die gefährlichsten Arbeiten doch gerade von kaum bezahlten deutschen Kriegsgefangenen schon 1919 geleistet). Beim Amt der Materialverwaltung könne das Defizit 1921 nicht genau angegeben werden, doch betragen die Verluste durch unbrauchbar gewordene Materialien bereits 67 Millionen Frs.

Während so ein Skandal den anderen jagt, war es möglich, daß der Abgeordnete Crespel in der Kammer sagen konnte: „Meine Herren, wir ziehen es vor, in unserem Grab zu verbleiben, eher, als es durch diese Hände von Mördern und Brandstiftern entweiht zu sehen [gemeint sind die deutschen Arbeiter], lassen wir unsere Asche in Ruhe und unsere Ruinen nicht vergewaltigen in der Majestät ihrer Wüste." Oeuvre vom 24. 4. 21.

Verständlich allerdings wird uns, weshalb man diese Ruinen so ängstlich behütet, wenn wir z. B. erfahren, daß der Abgeordnete Crespel mit in der Verwaltung des Unternehmens Kuhlmann sitzt, das 1914 ein Kapital von 6 Millionen Frs. besaß, heute aber vom Staate bereits neunzig Millionen Frs. als Entschädigung erhalten hat. Progrès Civique vom 7. 5. 21.

Die wahren Ursachen der Abneigung gegen die deutsche Mitarbeit am Wiederaufbau und gegen deutsches Material ist einzig und allein die fürchterliche Angst vor der deutschen Konkurrenz — die Angst derjenigen Leute, die sich die R. L. als alleiniges Jagdgebiet erkoren haben. Lassen wir nochmals eine französische Zeitung sprechen, um zu zeigen, welchen Weg die blutigen Pfennige gehen, die unsere Mütter und Kinder sich abhungern müssen:

Diebstahl und Verschleuderung in den verwüstetsten Gebieten! Progrès Civique vom 14. 5. 21.

Dieser Skandal hat lange genug gedauert. Die ehrlichen Leute bei uns dürfen nicht mehr dulden, daß diese hohnvolle Plünderung fortgesetzt wird, die sich auf das Budget der Entschädigungen geworfen hat... Dieses Geld sollte geheiligt sein. Nicht ein Centime dürfte seiner Bestimmung entfremdet werden... Dieses Geld aber [es ist doch dies, das man den Deutschen erpreßt] plündert man mit der Mitschuld der Regierenden. Und man kann kaum mehr daran zweifeln, daß Loucheur eigens an diesen Platz gesetzt wurde, um diese schandvolle Ausbeutung zu erleichtern.

Industrielle Gesellschaften, welche nicht einmal geschädigt worden sind, erhalten Millionen unter dem Titel „Entschädigungen". Andere lassen sich fabelhafte Summen gewähren, die in gar keinem Verhältnis zu dem erlittenen Schaden stehen.

Hier einige Fälle:

	Frs.
Kuhlmann, Chemische Fabrik	90 000 000
A. Lepoutre, unzerstört	67 000 000
Wallaert, Lille	44 000 000
Masurel, Tourcoing, ohne Schaden	25 000 000
Hochöfen und Eisenwerk Anzin (nach anderer Quelle 107 Millionen)	90 000 000
Cousin Frères	18 000 000
Elektrizitätswerk Wasquehal	8 200 000
Guellemaud, Seclin	13 500 000
Dauel Druckerei, Lille	15 500 000
Dujardin et fils, Seclin	8 100 000
Ternick frères, Roubaix	4 500 000
Lescornez Paul, Armentières	3 500 000
Beghin Frères, Thumeries	63 000 000
Minen von Aniche (später 250 Millionen)	157 000 000
Tiberghien	40 870 000
Gesellschaft Blanc Misseron	22 014 000
Toulemonde	11 540 000
Lemaire et Didier	12 048 000
Defertin	19 460 300
J. Millet	5 444 000
S. Laurent	5 200 000

Ergänzt wird diese würdige Aufstellung durch den Oeuvre: Oeuvre.

Société Ecaut Meuse	40 000 000
Fives Lille	75 000 000
Salmon	22 000 000

Digitized by Google

Bezeichnend ist auch der Fall Martinge: Martinge verlangte eine Entschädigung für Ware, die er während des Krieges an die Deutschen zu guten Preisen verkauft hatte. Viele Industrielle haben sich geweigert, die wieder aufgefundenen Maschinen zurückzunehmen, um höhere Entschädigungen zu erzielen. Darauf haben sie die Maschinen und Motore zum Preise des alten Eisens gekauft und ihre Fabriken damit eingerichtet. Die Textilfabrikanten haben ihren Schaden zum höchsten Baumwollkurs angemeldet und zum niedrigsten eingekauft. Unter dem Schutze der französischen Republik sind auf diese Weise riesige Vermögen erworben worden, die heute Deutschland bezahlen soll.

Der Wiederaufbau muß also unter allen Umständen verhindert werden oder doch wenigstens auf die lange Bank geschoben werden. Der Industrielle würde ja sonst seine exorbitanten Forderungen ganz bedeutend herabsetzen müssen und außerdem entginge ihm noch die lukrative Arbeit in den zerstörten Gebieten selbst. Man höre die Begründung, die die Franzosen für die Weigerung gaben, als wir angeboten hatten, irgendeinen Abschnitt des zerstörten Gebietes (man sprach später von der roten Zone, also der meist zerstörten, wo sich wegen der Gefährlichkeit kein Franzose hinwagt) aufzubauen! „Wenn die deutschen einen Abschnitt zugewiesen bekämen, würden diese ihre ganze Kraft auf diesen Abschnitt konzentrieren. Sie würden das Stück Land außerordentlich rasch und vollkommen wiederaufbauen, das ihnen anvertraut würde.

Voix des Ruines vom 11. 6. 21.

Sie würden ihre ganze Eigenliebe daransetzen, die Arbeit besonders gut zu machen, um zu zeigen, daß sie fähiger sind als wir. Ferner weil sie hoffen, daß man sie nach den Leistungen beurteilen und ihnen dann weitere Abschnitte übertragen wird. „Mit größerer Offenheit ist wohl noch nie gesagt worden, weshalb man uns ausschaltet[1]).

Daß es wahrscheinlich nicht einmal recht erheblicher Anstrengungen der Deutschen bedürfen würde, um etwas Besseres hinzustellen, zeigt folgender Artikel:

Progrès Civique vom 2. 7. 21.

„In Lens wurden zwei Stadtteile provisorischer Häuser auf Kosten der R. L. konstruiert. Der eine hieß Chouart (Name des Unternehmers) und bestand aus etwa hundert Arbeiterhäusern mit je zwei Räumen. Kein Abort, kein Wasser, keine Kanalisation, kein Wasserablauf für die Abwässer des Haushalts. Die Bewohner sind gezwungen, ihre Abwässer usw. in die Umgegend des Stadtteiles zu schütten. Wenn diese starke Hitze noch weiter andauert, dann dürfte das Terrain unbewohnbar werden und Epidemien sind zu befürchten. Die Bauten sind so schlecht gemacht, daß der Regen in das Innere der Mehrzahl der Bauten eindringt. Ihre Fertigstellung dauerte 10 Monate und hat 1 500 000 Frs. gekostet. Der Unternehmer dürfte nicht recht viel Geld verloren haben an diesem ‚Geschäft'.

In dem anderen Stadtteil, der Stadt Machetto (nach dem Namen des Erbauer), stehen 150 Häuser. Die Gruppe von je zwei Häusern hat 10 000 Frs. gekostet. Jedes Haus hat zwei Zimmer, wobei die Mauern eine Dicke von der Stärke eines halben Ziegelsteines haben. Das Dach ist aus Zement und so schwer, daß es den Bau zerdrückt und Senkungen und Spalten verursacht. Viele der Häuser sind bereits derart gespalten (kaum ein Jahr nach der Fertigstellung), daß sie mit Dachpappe bedeckt werden müssen. Auch hier dringt der Regen in das Innere und näßt die Lagerstätten."

Bekanntlich müssen wir auch die Pensionen bezahlen, die die französischen Soldaten und Hinterbliebenen erhalten. Aus den Tausenden von Beispielen, die uns vorliegen:

Progrès Civique vom 26. 3. 21.

Jean Millerand, der Sohn des Präsidenten, welcher sich guter Gesundheit erfreut, bezieht eine Rente von 1200 Franken (50% Invalidität). Hiefür soll der Stadtrat Misoffe Offizier der Ehrenlegion geworden sein, weil er die Rentefestsetzung guthieß.

Zu den Kriegskosten, die wir bezahlen sollen, gehören auch die Warenstapel, die nach Waffenstillstand unversehrt zurückgeblieben waren. Was hat man mit diesen Stapeln getan?

Um die bedeutenden Parks an Lastkraftwagen zu verwerten, bedient sich der französische Staat der Zeitungen. Seit zwei Jahren sieht man mehrere Male pro Woche in den Tageszeitungen und Wochenschriften riesige Anzeigen über die zum Verkauf gestellten Lastwagen. Währenddessen hat die Regierung zur Verpflegung der Rheinarmee Lastkraftwagen notwendig. Man glaube ja nicht, daß man diese aus den vorhandenen Parks genommen hätte: Absolut nicht — man bestellte einfach vierhundert neue.

Um die Parks zu verkaufen, verausgabt man mehr als eineinhalb Millionen Frs. für Anzeigen pro Jahr. Wenn man aber Lastwagen notwendig hat, kauft man neue — — — — Le Boche payera — der Boche muß es zahlen.

Wie unsagbar muß die Fäulnis und die Korruption, die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit innerhalb der „Grande Nation" doch fortgeschritten sein, wenn es notwendig ist, daß sich Militärs an die Öffentlichkeit wenden müssen, um ein Verschleudern zu verhüten:

[1]) Vergl. dazu oben Delaisis Unterredung, S. 226 f.

Digitized by Google

„Herr Chefredakteur, wollen Sie uns helfen, eine ungeheuere Verschleuderung zu verhüten? 3000 Reserve-Flugmotore letzten Modelles, im ganzen etwa 180 Millionen Wert, liegen auf einem Haufen in einem der Artillerie gehörenden Lokal. Die Artillerie reklamierte das Lokal. Es ist notwendig, die 3000 Motore wo anders hinzubringen... in durch Alter lamentable Schuppen. Dies bedeutet in allernächsten Zukunft die völlige Vernichtung des ganzen Stapels. Colonel Girod Colonel Gi
député, vicepresident de la commission de l'armée."

Englische Tanks hat die französische Regierung 43 Stück um den Preis von sage und schreibe je 35 Frs. verkauft. Ein Tank wiegt etwa 30 Tonnen. 1921 war der Durchschnittspreis für altes Eisen in Frankreich 350 Frs., d. h. an jedem Tank hat der Käufer mindestens 10 465 Frs. verdient oder etwa ½ Million insgesamt.

Die Humanité vom 1. 4. 21 gibt eine Kammerdebatte wieder, in welcher Pierre Berger eine „schandvolle Verschleuderung" der Stapel konstatiert. Er spricht vom Verkauf der sanitären Einrichtung von Gièvres, ferner einer Funkenstationseinrichtung in tadellosem Zustande zum Preise des alten Eisens usw. usw. Er erzählt ferner, daß, als die amerikanischen Lager verkauft wurden, man sich nicht einmal die Mühe gemacht hatte, genaue Lagerverzeichnisse aufzustellen. So konnte denn später festgestellt werden, daß 75 000 Autos gestohlen wurden. Der Abgeordnete Bérard gibt für ein Auto den Minimalpreis von 10 000 Frs. an. Also weitere 750 Millionen Frs. Verlust zu dem vielen anderen. Humanité v 1. 4. 21.

Am 9. März 1921 wurde endlich eine Bande von 28 Räubern dem Gerichte von Saint Pol übergeben, die in den R. L. die beschädigten Fabriken systematisch um die verbliebenen Metallteile geplündert haben und das Metall nach Paris verkauften. Le Boche payera. . . .

Ein Kapitel für sich bildet die Moral innerhalb der Beamtenschaft des Ministeriums der R.-L.

Wohl dürfte es schwer sein, die Korruption da abzuschaffen, wo sie stets und immer ihr Heim hatte; trotzdem aber sollte man glauben, daß die ins Ungeheuere gehende Bezahlung diese besondere Art von Beamten davor schützen sollte, Unterschleife zu machen. Riesenhaft sind diese Unterschleife, riesenhaft nicht nur an Zahl, sondern auch an Höhe. Wahrlich, die zerstörten Gebiete, oder, wie sie genannt werden, die „befreiten Gebiete" sind ein bedauerliches Schauspiel einer b e f r e i t e n Region — b e f r e i t von jeder moralischen Hemmung.

Aus der Fülle nur zwei Fälle:

Epernay. Der ehemalige Metzger von Evreux, Lt. d. R. Vicomte, wurde 1919 Distriktsschef in den R. L. und installierte sich in Suippes. Er trieb allen nur möglichen Handel, Unterschlagungen, verkaufte mit Hilfe seiner Unterbeamten Fahrräder, die dem Staate gehörten usw. Baute sich ein prächtige Villa. Entdeckt, zündete er einfach sein Büro an und verbrannte alle Bücher. Oeuvre vom 14. 9. 21.

In Lens, Billy-Montigny, Haines und Hénin-Liétard gelang es einem Unternehmer, den Bürgermeister und andere höher gestellte Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, daß für 15 Meter geleistete Arbeit 20 aufgerechnet wurden, derart wurde der Staat [in diesem Falle doch rückwirkend Deutschland] um 1 240 000 Frs. betrogen. Oeuvre vom 26. 7. 21.

Haben es diese betrügerischen Beamten dann wenigstens verstanden, etwas zu leisten? Ihre Unterbeamten zu veranlassen, zu arbeiten an richtiger Stelle? Seien wir unbesorgt, ein Heer von 300 000 deutschen Kriegsgefangenen, ein Heer der besten Arbeiter der Welt, hat man in sadistischer Gemeinheit mit unnützer Kleinarbeit und unproduktiver Tätigkeit bis zur Verzweiflung gequält und selbst den eigenen Arbeiter wußte man nicht dorthin zu stellen, wohin er gehörte:

Die ganze Presse hat das Loblied des „ehrenwerten" M. Dubar, Direktor des „Echo du Nord" und großen Würdenträgers der Ehrenlegion, der kürzlich verschied, gesungen. Progrès Civique vom 4. 6. 21.

Dieser Mann besaß ein elegantes Schloß in Lambersart-Saint André nahe Lille.

Der Direktor einer wichtigen regionalen Zeitung hat es notwendig, geschont zu werden, sagten sich die Häuptlinge des Service de Réconstruction du Nord. Und sie haben zur Wiederherstellung des Schlosses 180 Arbeiter zur Verfügung des Herrn Dubar gestellt, während der Dauer von 18 Monaten. Es ist unnötig zu erwähnen, daß dieser große ehrenvolle Mann die Verwendung dieser großen Arbeitskraft nicht zurückgewiesen hat. Während diese Arbeiter damit beschäftigt waren, die Rasen seines schönen Parkes zu scheren, lebten die Anderen — die nicht Direktoren einer Zeitung sind — und leben noch, zehn auf die Familie, in den alten deutschen Unterständen, nicht allzuweit entfernt von diesem schönen Herrensitze.

Es ist nunmöglich zu sagen, was alles vegetiert unter diesem Schutze aus Wellblechen,

Digitized by Google

ungesund in jeder Beziehung, wo man stirbt vor Kälte im Winter und vor Hitze im Sommer und wo die Kinder sterben vor Fliegenplage.

Erst dieser Tage schrieb Alexander Delabre im Excelsior:

Excelsior vom 20. 8. 22.

„... In Armentières sind von 3042 zerstörten Häusern kaum 30 wieder hergestellt ..., im ganzen Departement 718 ... Es sind hier noch etwa 40 000 Häuser wieder aufzubauen."

Die deutschen Kriegsgefangenen, die selbst Not an allem litten und schwer zu arbeiten hatten, derweil ihre Waffenbrüder längst zu hause waren, traten für die Franzosen ein. Es gibt Hunderte von Fällen, wo deutsche Kriegsgefangene Werkzeuge nahmen, um sie den Emigrés zu geben. Wo sie in den knappen Mittagspausen Wellbleche ausgruben und sammelten, um sie armen Leuten zu schenken und an wie vielen Sonntagen sind deutsche Kriegsgefangene freiwillig zur Arbeit gegangen, weil sie helfen wollten, diesen Ärmsten der Armen einen Unterschlupf zu zimmern, ihnen helfen wollten, den Boden zu bearbeiten.

Bei der Administration aber mußten ganze Kompagnien deutscher Kriegsgefangener wiederverwendbares Bauholz aus den Ruinen reißen, das für ein Spottgeld in die Städte als Brennholz verkauft wurde. Kriegsgefangene mußten Eisen sammeln, Kriegsgefangene mußten Kartuschen und sonstiges Messing suchen, das alles verkauft wurde und dessen Erlös in die Taschen derjenigen Leute wanderte, die die Arbeitswerte auszunützen verstanden hatten. Kein Hahn krähte ja darnach. Ganze Fachabteilungen mußten Möbel zimmern, die dann verkauft oder sonstwie verschoben wurden. Dies nur wenige Beispiele, aber so wurde mit der Arbeitskraft von 300 000 Deutschen über ein Jahr lang gewütet.

Wie sollte es der einzelne „ehrsame" Bürger machen, wenn von oben herab schon nichts als betrogen wird ... Man gab sich wahrlich alle Mühe zum „Profite" Deutschlands die Regierenden Frankreichs zu imitieren:

Eine interessante Anfrage an das Parlament:

„Ist es wahr, daß in Bosières ein Unternehmer von der Administration 40 000 Frs. erhielt zur Abräumung eines Terrains, im Innern der Stadt gelegen, welches auf 10 000 Frs. geschätzt wird?"

Refugié du Nord vom 3. 10. 21.

Ein Unternehmer des Dep. Pas de Calais hatte vor dem Kriege eine kleine Werkstatt im Werte von 1000 Frs. Er hat 24 000 Frs. Vorkriegswert reklamiert und tatsächlich auch schon 11 000 Frs. Vorschuß darauf erhalten.

Progrès Civique vom 12. 3. 21.

De Bruyne hat als Vorschuß eine höhere Summe erhalten, als seine Verluste waren (345 000 Frs.) und außerdem wurde ihm ein Kredit von 570 000 Franken eröffnet. (Die Ausfolgung der Restsummen der gewährten Entschädigungen erfolgt nicht direkt; derselbe muß bei einem Kreditinstitut sich ein Konto eröffnen lassen. Anmerk. d. Verf.) 1914 besaß dieser Herr als ganzes Vermögen etwa 40 000 Frs., 1920 reklamiert er als Entschädigung nahezu zwei Millionen Frs.

Progrès Civique vom 2. 7. 21.

In einer Kammerdebatte entwickelt der Abgeordnete Inghels nochmals seine Anschuldigungen über die Verschleuderungen in den R. L.:

„Ich habe die Übertreibungen gezeigt, die mit dem Koeffizienten gemacht werden, den man künstlich hochhält. —Ich habe den Fall eines Industriellen zitiert, welcher lediglich auf diese Weise, durch die Variation des Preises, bei seinen Metallen allein 300 000 Frs. Gewinn erzielt hat.

Oeuvre vom 4. 2. 22.

Ich habe einen Industriellen bezeichnet, welcher vor dem Kriege eine Einrichtung besaß im Werte von 7 Millionen und welcher bereits 55 Millionen Vorschuß erhalten hat ..." Die Zeitung von Roubaix selbst hat ebenfalls eine Entschädigung von 1 162 000 Frs. erhalten, die als recht freigebig bezeichnet werden muß. Deshalb läßt sich diese Zeitung nicht überzeugen. Infolgedessen wird auch nicht etwa die Verfolgung derjenigen Leute verlangt, die Mitschuldige an diesen Verschwendungen und Betrügen sind, oder die durch betrügerische Angaben dazu beitragen, die Schuld, die man von Deutschland zu erpressen müssen glaubt, ins Ungeheuere zu steigern. Man verlangt lediglich — man höre und staune — die Verfolgung desjenigen Beamten, der schuldig ist, daß diese Vorkommnisse an die Öffentlichkeit gekommen sind.

Voix des Raines vom 28. 8. 21.

Anläßlich einer Aussprache im Rat des Dep. Meuse konnte sich selbst Poincaré nicht versagen zum Ausdruck zu bringen, daß sich die Beamten des Ministeriums der R. L. in den zerstörten Gebieten benehmen als befänden sie sich wie die Feinde in einem eroberten Lande. Ihre eigenen Bequemlichkeiten gehen den Bedürfnissen der geschädigten zuvor. Seine Rede klang in den Ruf aus — „Befreit uns von dem Ministerium der befreiten Gebiete!"

Und wir als Deutsche? Sollen wir auch irgendeinen Wunsch zum Schlusse zum Ausdruck bringen? Ich glaube, es ist unnötig, wir sind müde geworden, immer dasselbe in die

Digitized by Google

Welt hinausschreien zu müssen, da wo die Tatsachen für uns sprechen, wo die Tatsachen zurufen allen denen, die es hören wollen. In dem Augenblicke, in dem diese Zeilen geschrieben werden, in dem Augenblicke, wo wir uns befleißigt haben sachlich zu bleiben und nur Tatsache an Tatsache zu reihen, wo wir es verschmäht haben, die krassen Fälle in den Kreis unserer Betrachtungen zu stellen, speit der Vulkan von Lüge und Betrug, von Diebstahl und Korruption, drüben wieder einen neuen Skandal aus. Wir beschränken uns nur darauf, zu sagen, daß wieder einmal ein „Industrieller" in Pouilly-sur-Serre, welcher auf eine Ausgabe von 250 000 Frs. eine Entschädigung von 13 Millionen verlangte, einen Vorschuß von drei Millionen zugebilligt erhielt. Wir sehen in dieser Affäre die Mitschuld der ganzen nordfranzösischen Geschäftswelt, welche sich nicht scheute, Fakturen auszustellen (gegen Entgelt natürlich), ohne daß jemals Ware geliefert worden wäre. Diese Fakturen dienten als Unterlagen für die „Boche". Als endlich dieser Schwindel denunziert wurde, wurde nicht der Betrüger und seine Komplizen bestraft, sondern dem Kontrolleur wurden die Akten entzogen, der die Mystifikation des Staates aufzudecken wagte. Über ein Jahr lang hat das Ministerium diesen Skandal verheimlicht und nur die Furcht vor einer öffentlichen Interpellation zwingt sie endlich, die Akten der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Progrès de Somme vom 13./14 8. 22.

Le Boche payera . . . . . Arthur Ketzer (Hamburg).

Bücher-Rundschau.

Die Gesammelten Erzählungen des Grafen E. von Keyserling hat der Verlag S. Fischer in 4 Bänden vereinigt. I: Enthält eine fein charakterisierende Einleitung von Ernst Heilborn; Beate und Mareile, Seine Liebeserfahrung und Schwüle Tage. II: Dumala, Wellen. III: Fürstinnen, Am Südhang. IV: Abendliche Häuser, Stille Winkel. Der verstorbene Graf Keyserling drückte als Mensch und Schriftsteller in hohem Grade das aus, was man so oft gedankenlos eitel nennt: Kultur. Er war ein so feiner Erzähler, weil er ein so feiner Mensch war. Man hat ihn mit Fontane verglichen, aber der Vergleich tut beiden Unrecht. Fontane ist reicher, wärmer, witziger, temperamentvoller. Keyserling feiner, leiser, einheitlicher, musikalischer. Man verträgt nicht viel von ihm hintereinander; es ist alles auf einen Ton gestimmt. Aber dieser Ton ist jedem, der ihn einmal vernommen hat, unvergeßlich. In Frankreich wäre Keyserling als Mitglied der Akademie gestorben. In Deutschland gibt es noch Leute, die ihn mit dem Direktor der Darmstädter „Schule der Weisheit" verwechseln.

Bibliothek deutscher Klassiker für Schule und Haus. Das bekannte Unternehmen des Verlages Herder (Freiburg i. B.) erscheint stets in neuen Auflagen, ein Beweis wie stark einerseits das Bedürfnis nach solchen Auswahlbänden ist, und wie gut die von Prof. Hellinghaus besorgten Neuauflagen diesem Bedürfnisse entsprechen. Weil ich die Sammlung schon als Lateinschüler kennengelernt und ihre Verbesserungen jeweils verfolgt habe, möchte ich ein paar Anregungen geben. Zunächst würde ich alles Erzählende der Novellen-Bibliothek desselben Verlages zuweisen, um Raum zu gewinnen; denn auch diese Novellensammlung ist so besitzenswert, daß die Käufer der „Klassiker-Bibliothek" nichts Besseres tun können, als sie sich ebenfalls erwerben. Durch Ausscheidung von Brentanos „Chronika" und des Eichendorffschen „Taugenichts" würden in Band X (Romantik usw.) 140 Seiten gewonnen, am besten für ein weiteres Drama von Kleist. Ebenso würde ich aus Band XI (Schwaben und Österreicher) Hauffs Phantasien im Bremer Ratskeller weglassen, um Raum für ein weiteres Drama von Grillparzer zu gewinnen. Aus Band XII endlich (vom Jungen Deutschland bis zur Gegenwart) ließe ich weg: die Gedichte von Keller und Storm (wofür ich von den Ausgewählten Werken beider Dichter im Herderschen Verlage je einen dritten Band machte, der ein Bedürfnis ist); ferner die Gedichte von Fr. W. Weber, den die Käufer der Herderschen Ausgaben sicher ohnehin besitzen. Dieser letzte Band ist überhaupt am verbesserungsfähigsten; er wird stellenweise zur Anthologie. Ich ließe z. B. Herwegh ganz weg, ebenso Prutz, Hoffmann von Fallersleben, Kinkel, Müller von Königswinter, Simrock, Reinick, Moser, Roquette, Redwitz, Grosse (warum fehlt übrigens Heyse ganz?), vor allem Bodenstedt, Baumbach, F. W. Grimme usw., und machte aus diesen Planetoiden einen eigenen Band; den gewonnenen

Digitized by Google

Raum gäbe ich vor allem Hebbel, Scheffel (wobei ich von Scheffel mehr die späteren Sachen nähme) und der Droste.

Bei Herder, Freiburg i. B., beginnt eine neue „Bücherei der Länder- und Völkerkunde" zu erscheinen. Sie führt sich verheißungsvoll ein mit dem Bande „Im Zauber der Wüste" von Ewald Falls, dem Mitgliede der Frankfurter Menasexpedition E. M. Kaufmanns. War Falls' großer Bericht „Drei Jahre in der Libyschen Wüste" für eine wissenschaftlich interessierte Leserschaft bestimmt gewesen, so wendet sich dieser volkstümlich gehaltene Auszug an die weitesten Kreise, vor allem auch an eine nicht nur auf öde Belletristik eingestellte Jugend. Solche Bücher sind es, die der Londoner Verlag Nelson zu Hunderttausenden herstellt und – verkauft! Die Auffindung und Durchforschung der Menasstadt ist hier geschildert mit einer Frische und Farbenpracht, einer Spannung, die das Buch lesenswerter macht als Dutzende von Romanen. Der Verlag hat ihm 25 Abbildungen und eine Karte beigegeben.

Da anzunehmen ist, daß der nicht glückliche Sammeltitel „Bücher des Berners" der Einführung dieser geschichtlichen Erzählungen für die Jugend im Wege steht, sei sie besonders empfohlen. „Das gebannte Land" von L. v. Vogelsberg spielt am deutschen Rhein vor 100 Jahren. „Ums deutsche Danzig" von Kapitän z. S. Waldeyer-Hartz behandelt den Kampf zwischen Deutschtum und Polen vor 300 Jahren. „Der von Bismarck" von Wilhelm Kotzde hat Bismarcks Ahnen Rule zum Helden, der in wilder Zeit die Geschicke der Stadt Stendal leitete. Ein besonderer Vorzug der Bände (Verlag Theodor Weicher, Leipzig) ist, daß sie auch für Schülerbibliotheken noch einigermaßen erschwinglich sind.

Drei Bilderbücher des Verlags Bachem, Köln: 1. Susaseibe, Wir reiten über die Heide: kurze, nette, kindliche Verse, manches für süddeutsche Kinder nicht ganz verständlich; 2. Klein Mausel: etwas längere Verse, die sich gern zu einer Art Geschichte runden; hübsche Bilder; 3. Der Englein Erdenfahrt: reizende Bilder, mit hübschen Versen dazu (Preise rund 30 M.). Prosabände desselben Verlags: Angelika Harten, Die Zauberburg (5 Märchen, 30 M.); Schnurri: Katzengeschichten (von derselben Verfasserin, mit großen Scherenschnitten 20 M.); Prinzessin Tausendschön (von derselben: 5 Märchen); Vom König, den Dracheneiern und der Prinzessin Caritas: Märchen von Handel-Mazzetti, Justinus Kerner, Julius Mosen u. a. (30 M.); Brentano: Vom Murmeltier und Myrtenfräulein (mit bunten Bildern, 30 M.); Brentano: Gockel, Hinkel und Gackeleia (für Kinder gekürzt, 30 M.); Der seltsame Ring: Märchen von Eichendorff, Arndt, Novalis, Tieck und Wieland (ebenfalls kräftig illustriert 30 M.). Die Bände zeichnen sich durch guten Druck aus.

Kreuz und quer durchs Kinderland (Dresden, Alexander Köhler): Gedichte, kleine Versgeschichten mit Bildern. — Von Herzblättchens Zeitvertreib (begründet von Thekla von Gumpert) erscheint der 66. Band (Halbleinen 28 M., Berlin und Glogau, Flemming und Wiskott); er enthält eine Menge Gedichte, Geschichten und Bilder, und ist verhältnismäßig billig (über 200 Seiten). — Was der Jugend gefällt: deutsche Gedichte aus neuer und neuester Zeit. Vertreten sind u. a.: Robert Reinick, Peter Cornelius, Klaus Groth, Liliencron, Gustav Falke, Wilhelm Weigand, Dahn, Lingg, Hebbel, Heinrich Seidel, C. F. Meyer, Mörike, Storm, Spitteler, Kopisch, Isolde Kurz, Fontane, Börries von Münchhausen, Wildenbruch, Heyse, die Droste: eine empfehlenswerte Sammlung (Dresden, Alexander Köhler).

Die Vogelhochzeit. Die Reime des alten beliebten Volkslieds für Kinder illustriert (Verlag Datterer, Freising, 9 M.); derselbe Verlag gibt seit einiger Zeit eine Sammlung „Kleine Märchenbücher" heraus, nette Texte nett illustriert, gut gedruckt (je 6 M.), z. B. das indische Märchen „Der Königsgaukler", oder Otto Ernsts „Schlaraffenland" (mit Bildern von A. Schmidhammer), oder das italienische Märchen „Das zauberkundige Schneiderlein".

Bongs Jugendbücherei wurde seinerzeit, sogleich als der erste Band erschienen war, hier angezeigt. Inzwischen erschienen drei neue Bände: Leben und Treiben zur Urzeit, von dem bekannten Urzeitforscher Otto Hauser; — Wilde Tiere von Adolf Heilborn; — Unter den Wilden, Entdeckungen und Abenteuer, herausgegeben von Adolf Heilborn (Preis je 27 M. + 20 %). Die Bände sind fesselnd geschrieben und umsichtig ausgewählt, und enthalten viele Bilder.

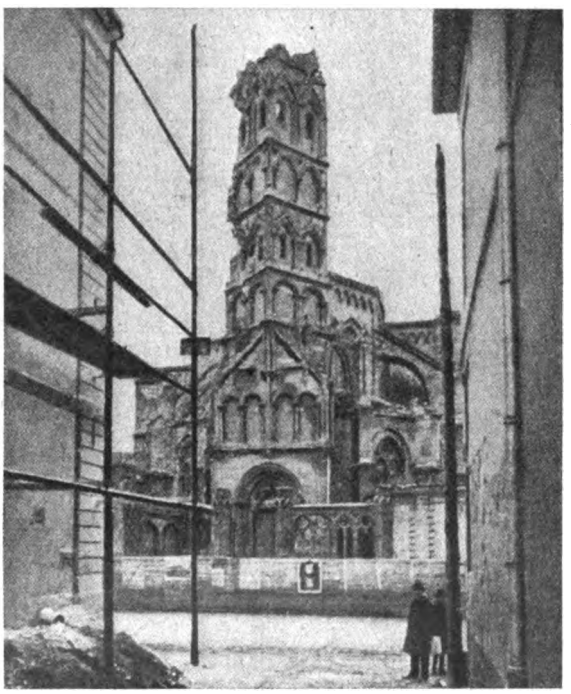
Josef Hofmiller.

Redaktionell abgeschlossen am 28. August 1922.

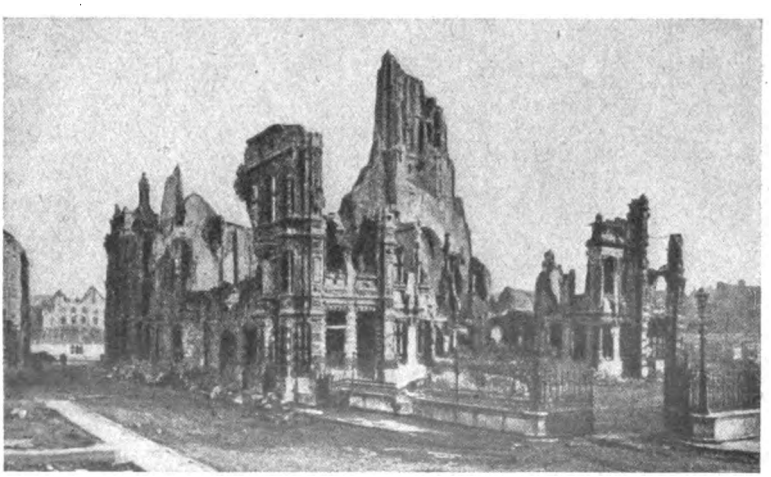
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Arras*)



LA CHAPELLE DES URSULINES EN 1920
Die Ursulinen-Kapelle im Jahre 1920



LES RUINES DE L'HOTEL DE VILLE
Die Ruinen des Rathauses

*) Aus dem französischen Touristenführer durch die zerstörten Gebiete, Band „Arras" (Verlag Michelin & Cie., Clermont-Ferrand 1920).

Digitized by Google

Raum gäbe ich vor allem Hebbel, Scheffel (wobei ich von Scheffel mehr die späteren Sachen nähme) und der Droste.

Bei Herder, Freiburg i. B., beginnt eine neue „Bücherei der Länder- und Völkerkunde" zu erscheinen. Sie führt sich verheißungsvoll ein mit dem Bande „Im Zauber der Wüste" von Ewald Falls, dem Mitgliede der Frankfurter Menasexpedition C. M. Kaufmanns. War Falls' großer Bericht „Drei Jahre in der Libyschen Wüste" für eine wissenschaftlich interessierte Leserschaft bestimmt gewesen, so wendet sich dieser volkstümlich gehaltene Auszug an die weitesten Kreise, vor allem auch an eine nicht nur auf öde Belletristik eingestellte Jugend. Solche Bücher sind es, die der Londoner Verlag Nelson zu Hunderttausenden herstellt und – verkauft! Die Auffindung und Durchforschung der Menasstadt ist hier geschildert mit einer Frische und Farbenpracht, einer Spannung, die das Buch lesenswerter macht als Dutzende von Romanen. Der Verlag hat ihm 25 Abbildungen und eine Karte beigegeben.

Da anzunehmen ist, daß der nicht glückliche Sammeltitel „Bücher des Berners" der Einführung dieser geschichtlichen Erzählungen für die Jugend im Wege steht, sei sie besonders empfohlen. „Das gebannte Land" von L. v. Vogelsberg spielt am deutschen Rhein vor 100 Jahren. „Ums deutsche Danzig" von Kapitän z. S. Waldeyer-Hartz behandelt den Kampf zwischen Deutschtum und Polen vor 300 Jahren. „Der von Bismarck" von Wilhelm Kotzde hat Bismarcks Ahnen Rule zum Helden, der in wilder Zeit die Geschicke der Stadt Stendal leitete. Ein besonderer Vorzug der Bände (Verlag Theodor Weicher, Leipzig) ist, daß sie auch für Schülerbibliotheken noch einigermaßen erschwinglich sind.

Drei Bilderbücher des Verlags Bachem, Köln: 1. Susaseibe, Wir reiten über die Heide: kurze, nette, kindliche Verse, manches für süddeutsche Kinder nicht ganz verständlich; 2. Klein Mausel: etwas längere Verse, die sich gern zu einer Art Geschichte runden; hübsche Bilder; 3. Der Englein Erdenfahrt: reizende Bilder, mit hübschen Versen dazu (Preise rund 30 M.). Prosabände desselben Verlags: Angelika Harten, Die Zauberburg (5 Märchen, 30 M.); Schnurri: Katzengeschichten (von derselben Verfasserin, mit großen Scherenschnitten 20 M.); Prinzessin Tausendschön (von derselben: 5 Märchen); Vom König, den Dracheneiern und der Prinzessin Caritas: Märchen von Handel-Mazzetti, Justinus Kerner, Julius Mosen u. a. (30 M.); Brentano: Vom Murmeltier und Myrtenfräulein (mit bunten Bildern, 30 M.); Brentano: Gockel, Hinkel und Gackeleia (für Kinder gekürzt, 30 M.); Der seltsame Ring: Märchen von Eichendorff, Arndt, Novalis, Tieck und Wieland (ebenfalls kräftig illustriert 30 M.). Die Bände zeichnen sich durch guten Druck aus.

Kreuz und quer durchs Kinderland (Dresden, Alexander Köhler): Gedichte, kleine Versgeschichten mit Bildern. — Von Herzblättchens Zeitvertreib (begründet von Thekla von Gumpert) erscheint der 66. Band (Halbleinen 28 M., Berlin und Glogau, Flemming und Wiskott); er enthält eine Menge Gedichte, Geschichten und Bilder, und ist verhältnismäßig billig (über 200 Seiten). — Was der Jugend gefällt: deutsche Gedichte aus neuer und neuester Zeit. Vertreten sind u. a.: Robert Reinick, Peter Cornelius, Klaus Groth, Liliencron, Gustav Falke, Wilhelm Weigand, Dahn, Lingg, Hebbel, Heinrich Seibel, C. F. Meyer, Mörike, Storm, Spitteler, Kopisch, Isolde Kurz, Fontane, Börries von Münchhausen, Wildenbruch, Heyse, die Droste: eine empfehlenswerte Sammlung (Dresden, Alexander Köhler).

Die Vogelhochzeit. Die Reime des alten beliebten Volkslieds für Kinder illustriert (Verlag Datterer, Freising, 9 M.); derselbe Verlag gibt seit einiger Zeit eine Sammlung „Kleine Märchenbücher" heraus, nette Texte nett illustriert, gut gedruckt (je 6 M.), z. B. das indische Märchen „Der Königsgaukler", oder Otto Ernsts „Schlaraffenland" (mit Bildern von A. Schmidhammer), oder das italienische Märchen „Das zauberkundige Schneiderlein".

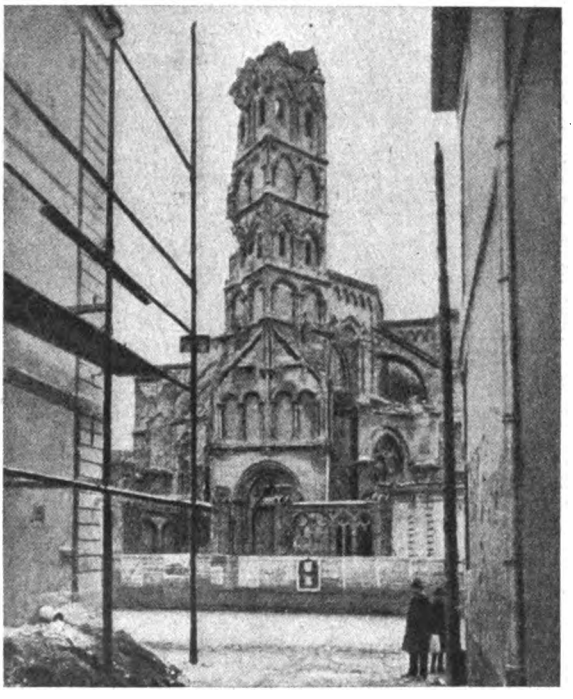
Bongs Jugendbücherei wurde seinerzeit, sogleich als der erste Band erschienen war, hier angezeigt. Inzwischen erschienen drei neue Bände: Leben und Treiben zur Urzeit, von dem bekannten Urzeitforscher Otto Hauser; — Wilde Tiere von Adolf Heilborn; — Unter den Wilden, Entdeckungen und Abenteuer, herausgegeben von Adolf Heilborn (Preis je 27 M. + 20 %). Die Bände sind fesselnd geschrieben und umsichtig ausgewählt, und enthalten viele Bilder.

Josef Hofmiller.

Redaktionell abgeschlossen am 28. August 1922.
Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.-G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Arras*)



LA CHAPELLE DES URSULINES EN 1920
Die Ursulinen-Kapelle im Jahre 1920

LES RUINES DE L'HOTEL DE VILLE
Die Ruinen des Rathauses

*) Aus dem französischen Touristenführer durch die zerstörten Gebiete, Band „Arras" (Verlag Michelin & Cie., Clermont-Ferrand 1920).

Digitized by Google

Raum gäbe ich vor allem Hebbel, Scheffel (wobei ich von Scheffel mehr die späteren Sachen nähme) und der Droste.

Bei Herder, Freiburg i. B., beginnt eine neue „Bücherei der Länder- und Völkerkunde" zu erscheinen. Sie führt sich verheißungsvoll ein mit dem Bande „Im Zauber der Wüste" von Ewald Falls, dem Mitgliede der Frankfurter Menasexpedition C. M. Kaufmanns. War Falls' großer Bericht „Drei Jahre in der Libyschen Wüste" für eine wissenschaftlich interessierte Leserschaft bestimmt gewesen, so wendet sich dieser volkstümlich gehaltene Auszug an die weitesten Kreise, vor allem auch an eine nicht nur auf öde Belletristik eingestellte Jugend. Solche Bücher sind es, die der Londoner Verlag Nelson zu Hunderttausenden herstellt und – verkauft! Die Auffindung und Durchforschung der Menasstadt ist hier geschildert mit einer Frische und Farbenpracht, einer Spannung, die das Buch lesenswerter macht als Dutzende von Romanen. Der Verlag hat ihm 25 Abbildungen und eine Karte beigegeben.

Da anzunehmen ist, daß der nicht glückliche Sammeltitel „Bücher des Berners" der Einführung dieser geschichtlichen Erzählungen für die Jugend im Wege steht, sei sie besonders empfohlen. „Das gebannte Land" von L. v. Vogelsberg spielt am deutschen Rhein vor 100 Jahren. „Ums deutsche Danzig" von Kapitän z. S. Waldeyer-Hartz behandelt den Kampf zwischen Deutschtum und Polen vor 300 Jahren. „Der von Bismarck" von Wilhelm Kotzde hat Bismarcks Ahnen Rule zum Helden, der in wilder Zeit die Geschicke der Stadt Stendal leitete. Ein besonderer Vorzug der Bände (Verlag Theodor Weicher, Leipzig) ist, daß sie auch für Schülerbibliotheken noch einigermaßen erschwinglich sind.

Drei Bilderbücher des Verlags Bachem, Köln: 1. Susaseibe, Wir reiten über die Heide: kurze, nette, kindliche Verse, manches für süddeutsche Kinder nicht ganz verständlich; 2. Klein Mausel: etwas längere Verse, die sich gern zu einer Art Geschichte runden; hübsche Bilder; 3. Der Englein Erdenfahrt: reizende Bilder, mit hübschen Versen dazu (Preise rund 30 M.). Prosabände desselben Verlags: Angelika Harten, Die Zauberburg (5 Märchen, 30 M.); Schnurri: Katzengeschichten (von derselben Verfasserin, mit großen Scherenschnitten 20 M.); Prinzessin Tausendschön (von derselben: 5 Märchen); Vom König, den Dracheneiern und der Prinzessin Caritas: Märchen von Handel-Mazzetti, Justinus Kerner, Julius Mosen u. a. (30 M.); Brentano: Vom Murmeltier und Myrtenfräulein (mit bunten Bildern, 30 M.); Brentano: Gockel, Hinkel und Gackeleia (für Kinder gekürzt, 30 M.); Der seltsame Ring: Märchen von Eichendorff, Arndt, Novalis, Tieck und Wieland (ebenfalls kräftig illustriert 30 M.). Die Bände zeichnen sich durch guten Druck aus.

Kreuz und quer durchs Kinderland (Dresden, Alexander Köhler): Gedichte, kleine Versgeschichten mit Bildern. — Von Herzblättchens Zeitvertreib (begründet von Thekla von Gumpert) erscheint der 66. Band (Halbleinen 28 M., Berlin und Glogau, Flemming und Wiskott); er enthält eine Menge Gedichte, Geschichten und Bilder, und ist verhältnismäßig billig (über 200 Seiten). — Was der Jugend gefällt: deutsche Gedichte aus neuer und neuester Zeit. Vertreten sind u. a.: Robert Reinick, Peter Cornelius, Klaus Groth, Liliencron, Gustav Falke, Wilhelm Weigand, Dahn, Lingg, Hebbel, Heinrich Seidel, C. F. Meyer, Mörike, Storm, Spitteler, Kopisch, Isolde Kurz, Fontane, Börries von Münchhausen, Wildenbruch, Heyse, die Droste: eine empfehlenswerte Sammlung (Dresden, Alexander Köhler).

Die Vogelhochzeit. Die Reime des alten beliebten Volkslieds für Kinder illustriert (Verlag Datterer, Freising, 9 M.); derselbe Verlag gibt seit einiger Zeit eine Sammlung „Kleine Märchenbücher" heraus, nette Texte nett illustriert, gut gedruckt (je 6 M.), z. B. das indische Märchen „Der Königsgaukler", oder Otto Ernsts „Schlaraffenland" (mit Bildern von A. Schmidhammer), oder das italienische Märchen „Das zauberkundige Schneiderlein".

Bongs Jugendbücherei wurde seinerzeit, sogleich als der erste Band erschienen war, hier angezeigt. Inzwischen erschienen drei neue Bände: Leben und Treiben zur Urzeit, von dem bekannten Urzeitforscher Otto Hauser; — Wilde Tiere von Adolf Heilborn; — Unter den Wilden, Entdeckungen und Abenteuer, herausgegeben von Adolf Heilborn (Preis je 27 M. + 20 %). Die Bände sind fesselnd geschrieben und umsichtig ausgewählt, und enthalten viele Bilder.

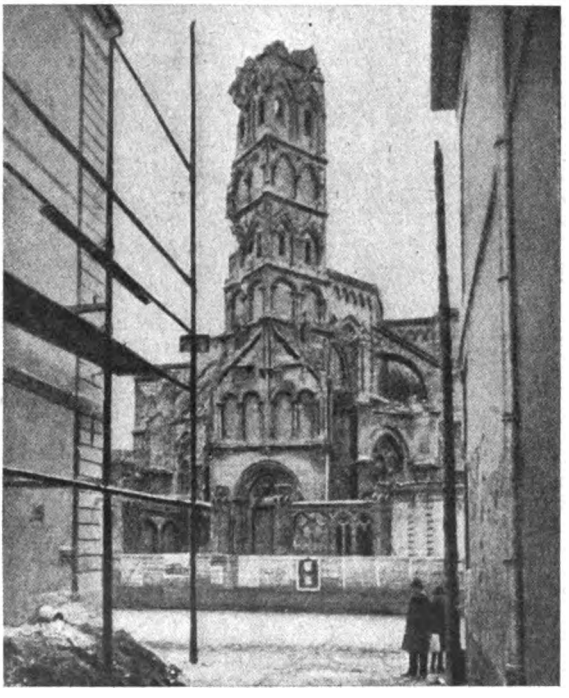
Josef Hofmiller.

Redaktionell abgeschlossen am 28. August 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A.-G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Arras*)



LA CHAPELLE DES URSULINES EN 1920
Die Ursulinen-Kapelle im Jahre 1920

LES RUINES DE L'HOTEL DE VILLE
Die Ruinen des Rathauses

*) Aus dem französischen Touristenführer durch die zerstörten Gebiete, Band „Arras" (Verlag Michelin & Cie., Clermont-Ferrand 1920).

Digitized by Google

Béthune

BOULEVARD KITCHENER ET LE THÉÂTRE
Boulevard Kitchener und Theater

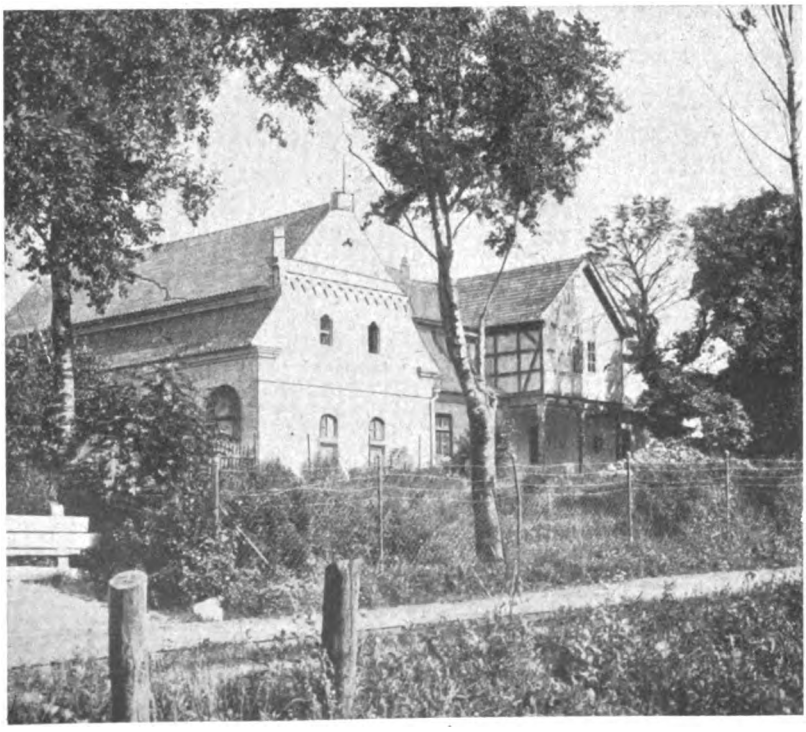
LA GRAND' PLACE, VUE PRISE DE L'ANCIEN HÔTEL DU NORD
Butter-Marktplatz

zeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe ausgeschlossen gestattet. Verl. u. Druck: Bruckmann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Assaunen

Das wiederaufgebaute Dorf



Das wiederaufgebaute Pfarrhaus

Bildtafel 4

des Sicherheitsbundes mit seinen Bundesgenossen abgeschlossen worden war, wobei Avarna und

Digitized by Google

Heiligenstein

Rittergut nach Wiederaufbau. Wohngebäude

Der Gutshof

ungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruck-
nn A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnen-
berger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

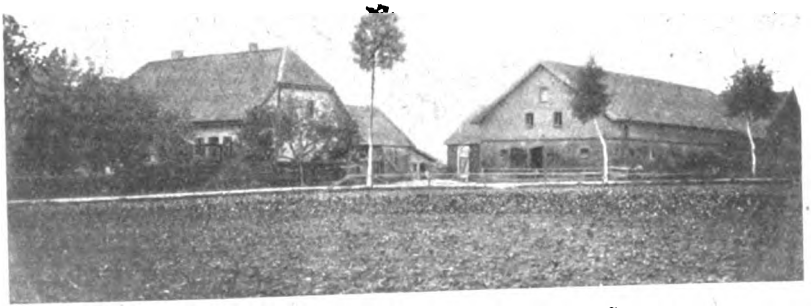
Digitized by Google

Tarpukischen

Beamtenwohnhaus des Gutes nach dem Wiederaufbau

Sameluchen

Kr. Gumbinnen



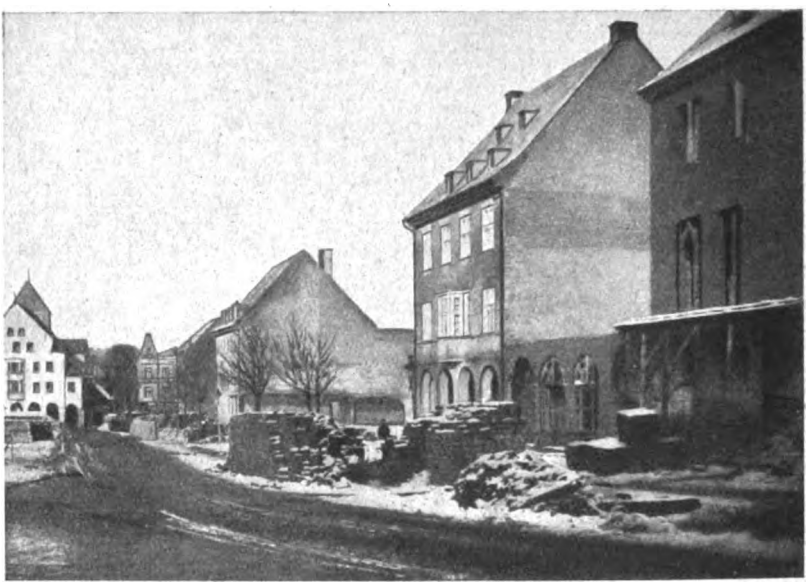
Wiederaufgebautes Gehöft des Besitzers H.

Bildtafel 6

des Verbandes mit seinen Bundesgenossen abgeschlossen worden war, wobei Avarna und

Digitized by Google

Straßenbild



Nach der Zerstörung

Nach dem Wiederaufbau

tungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruck-
mann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnen-
berger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Wiederaufgebautes Haus des Mühlenbesitzers W.

Wiederaufgebautes Haus des Lehrers K.

Bildtafel 8

...Bündnisvertrag mit seinen Bundesgenossen abgeschlossen worden war, wobei Avarna und

Digitized by Google

Gesamtansicht

Nach der Zerstörung

Nach dem Wiederaufbau

...ungen bei genauer Ausdehnung und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. ...
...ann A.G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Vorwort zur deutschen Ausgabe.

Es versteht sich von selbst, daß wir nicht alle Ansichten des Verfassers teilen (vgl. unsere eigene Veröffentlichungen zur Schuldfrage!), aber wir haben uns nicht berechtigt gefühlt, ihm ins Wort zu fallen; wie bei dem im ersten Hefte dieses Jahrganges veröffentlichten Buch des Engländers Picton, sehen wir auch hier einen besonderen Wert der Veröffentlichung darin, daß die deutschen Leser die Ansichten von Ausländern hören, denn es wird viel zu wenig Ausländisches in Deutschland gelesen. Palamenghi-Crispi spricht natürlich als Italiener und behandelt vor allem die Probleme der europäischen Politik — wie das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich, zwischen Italien und Deutschland —, die für sein eigenes Land von Wichtigkeit sind und unter dem Gesichtspunkt, der dem Wohl seines Landes zu entsprechen scheint. Seine Quellen sind großenteils französische, besonders auch die Veröffentlichungen Poincarés, und schon aus diesem Grund bedauern wir es, das Buch Palamenghi-Crispis nur mit bedeutenden Kürzungen wiedergeben zu können: durch die Währung sind die Bücher, auf die der Verfasser sich stützt, in Deutschland fast unbekannt geblieben.

Tommaso Palamenghi-Crispi ist in Sizilien 1861 geboren als Sohn einer Schwester Francesco Crispis. Doktor der Rechte wurde er in Neapel 1883 und war 1887/1891 Privatsekretär Francesco Crispis im Ministerium, das den italienischen Staat durch die große Reform der politischen und Verwaltungsgesetze reorganisierte und der auswärtigen Politik Italiens die Richtung auf ein enges Zusammenarbeiten mit Deutschland gab. Er begleitete Crispi auf seinen Besuchen, die er dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh im Jahre 1887 und 1888 abstattete, sowie auf dem Besuch König Humberts bei Kaiser Wilhelm II. in Berlin im Jahre 1889. Er war Abgeordneter im Parlament während einiger Legislaturperioden, Direktor der Zeitung der historischen Liberalen „La Riforma" (darauf der Zeitung „Roma", der „Rivista di Roma", der „Rivista Storica del Risorgimento Italiano", der Zeitung „La Concordia", der Zeitschrift „Voci del Tempo"). Nach Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 erklärte er sich für die Teilnahme Italiens an der Seite Deutschlands und Österreichs und in seiner Zeitung „La Concordia", die Ende 1914 entstanden war, vertrat er den Standpunkt, daß Italien eingreifen müsse in Anlehnung an seine alten Verbündeten oder wenigstens seine Neutralität beobachten müsse. Wegen dieser seiner freimütigen Stellungnahme hatte er ungezählte Verfolgungen zu erdulden, die aber zu keinem politischen Prozeß führen konnten in Anbetracht der Unbescholtenheit seines Lebenswandels und der Reinheit seiner politischen Haltung, die ja den Ideen entsprach, zu denen er sich in der Vergangenheit öffentlich bekannt hatte. Ein Niederschlag dieser Ideen ist das Buch „Wer ist für den Krieg verantwortlich?". Palamenghi-Crispi ist Verfasser von zehn Bänden politischer Geschichte, die größtenteils dazu bestimmt sind, die Gedankengänge und das Werk Francesco Crispis zu erläutern. Wir danken ihm für die Erlaubnis, sein neuestes Buch deutschen Lesern zugänglich zu machen.

Nur in rein tatsächlicher Hinsicht wollen wir hier im Vorwort seine Ausführungen ergänzen, weil wir im Besitz von Dokumenten sind, die bisher nicht veröffentlicht und daher Herrn Palamenghi-Crispi bei Abfassung seines Buchs nicht bekannt waren.

In welcher Weise Italien durch Frankreich bewacht war, konnte der Verfasser nicht wissen, weil er das Dokument nicht kannte, das wir hiermit der europäischen Öffentlichkeit übergeben:

Ein neues Dokument.

Sehr vertraulicher Brief Iswolskis an Sasonow, vom 19. Dezember 1913/1. Januar 1914.

Ich habe Ihnen schon einige Male geschrieben, hier sei man zu der festen Überzeugung gelangt, daß die italienische Regierung anläßlich der letzten Erneuerung des Dreibundes auf einem wichtigen Zusatze zu diesem Akte bestanden habe, einem Zusatze, welcher sich auf das Mittelmeer bezieht. Wie Ihnen bekannt, gründet sich diese Überzeugung auf Informationen aus geheimer Quelle, zu deren absoluter Richtigkeit die französische Regierung völliges Vertrauen hat. Aus diesem Anlaß ist es mir geglückt, folgende Einzelheiten zu erfahren, welche ich Ihnen ganz vertraulich mitteile, denn man hat mir zu verstehen gegeben, daß die geringste Indiskretion die Quelle dieser Informationen versiegen lassen würde.

Das hiesige Ministerium des Auswärtigen ist in den Besitz des italienischen Chiffrierschlüssels gelangt und hat die Möglichkeit, nicht nur die Telegramme zu lesen, die an den italienischen Botschafter in Paris gerichtet werden, sondern auch diejenigen, welche Rom mit seinen Berliner und Wiener Botschaften wechselt. Als vorigen Herbst anläßlich der Reise des Präsidenten der Republik nach Madrid die italienische Regierung Frankreich ein neues Abkommen über das Mittelmeer und andere Fragen im nahen Oriente vorschlug, fand in dieser Angelegenheit ein lebhafter Telegrammwechsel zwischen dem Marquis di San Giuliano, dem Herzog von Avarna und Herrn Bollati statt. In diesen Telegrammen wurde die besondere Marinekonvention erwähnt, welche von Italien bei der letzten Erneuerung des Dreibundes mit seinen Bundesgenossen abgeschlossen worden war, wobei Avarna und

Digitized by Google

Bollati darauf hinwiesen, daß die einzelnen Punkte dieser Konvention mit dem in Aussicht genommenen franko-italienischen Abkommen nicht in Einklang zu bringen seien. Durch eine sorgfältige Zusammenstellung der genannten Telegramme ist es möglich gewesen, wenn nicht den vollen Text der italienisch-deutsch-österreichischen Marinekonvention herzustellen, so doch wenigstens den ungefähren Inhalt kennenzulernen; auf diese Weise ist festgestellt worden, daß auf Grund der Konvention der ganze östliche Teil des Mittelmeeres vertikal in drei Zonen geteilt wird: in der ersten, der westlichsten, verpflichten sich die Dreibundmächte, den status quo zu erhalten und sich aller Schritte zu enthalten; in der mittleren Zone verpflichten sich die genannten Mächte, nur in gemeinsamem Einvernehmen vorzugehen; in der dritten, der östlichsten Zone, besitzen die vertragschließenden Parteien eine größere individuelle Handlungsfreiheit und verpflichten sich nur, einander über ihre Handlungen im voraus zu verständigen. Auf meine Frage, wie man das Bestehen einer derartigen Konvention mit der vom Marquis di San Giuliano sowohl A. M. Krupenski, als auch M. Barrère gemachten Erklärung in Einklang bringen könne, daß in den Akten des Dreibundes nicht einmal ein Komma verändert worden sei, ist mir geantwortet worden, daß dieser Widerspruch in der Tat gänzlich unerklärlich ist und nur die tiefe Unaufrichtigkeit und Verlogenheit der italienischen Diplomatie beweist.

Indem ich Ihnen obige Einzelheiten mitteile, muß ich hinzufügen, daß, obwohl ich mich bis jetzt ziemlich skeptisch zu den hier einlaufenden geheimen Informationen verhielt, ich nun doch zu dem Schluß komme, daß diese Informationen, wenigstens soweit sie sich auf die italienische telegraphische Korrespondenz beziehen, in der Tat Beachtung verdienen. Hierin bestärkt mich u. a. die Tatsache, daß man im hiesigen Ministerium des Auswärtigen aus der genannten geheimen Quelle genaue Nachrichten über den vom Dreibunde hinsichtlich des englischen Vorschlages über Epirus und die Inseln eingenommenen Standpunkt besaß, und daß diese Hinweise jetzt vollkommen bestätigt worden sind. Man kann hieraus, wie mir scheint, die Schlußfolgerung ziehen, daß auch die obigen Nachrichten über die Marinekonvention zwischen Italien, Deutschland und Österreich den Tatsachen entsprechen.

Genehmigen Sie ..... usw.

Wer hat den Krieg verschuldet?

An den Leser.

Das Schreiben eines Buchs will weniger als nichts bedeuten,
Wenn es, nachdem 's geschrieben, nicht Erquickung bringt den Leuten.
Giuseppe Giusti.

Wenn ich an das Epigramm Giustis erinnere, so beabsichtige ich damit das Ziel zu bezeichnen, das ich mir beim Schreiben dieses Buches gesteckt habe.

Die Ursachen des Gewitters, das sich über Europa entladen hat, und in den Zusammenbruch auch unser Land hineinriß, sind der Mehrzahl der Italiener dunkel. Wenn es meiner Arbeit gelingen wird, hier etwas mehr Klarheit zu schaffen, werde ich meine Zeit nicht vergeudet haben; wenn nicht, wird es „weniger als nichts" sein. Natürlich gehe ich, da ich es veröffentliche, davon aus, die Aufgabe, die ich mir gestellt, gelöst zu haben.

In Italien ist keiner, von dem ich es wüßte, an das Thema der Verantwortlichkeit für den Krieg herangetreten, obwohl die Elemente, an denen man eine gesunde Kritik üben kann, im Überfluß vorliegen. Ich behaupte das angesichts der Tatsache, daß diesem Thema alle die Schriftsteller nicht zu Leib gehen, die sich auf die Prüfung der Ereignisse beschränken, die unmittelbar dem Auffliegen der Mine vorangingen, und die Nachforschung außer acht lassen, wer die Miene geladen hat und mit welchen Explosivstoffen.

Die Frage: „Wer hat den Krieg erklärt?" hat einen sehr geringen historischen Wert gegenüber der andern Frage: „Wer ist für den Krieg verantwortlich?" Die erste trifft die Form, die zweite den Kern. Den Krieg erklären, bedeutet nicht ihn gewollt zu haben.

Ich will sicherlich nicht behaupten, daß das Erklären des Kriegs bedeutungslos ist; der Eindruck, den eine solche Tatsache auf die öffentliche Meinung der Welt hervorbringt, kann

Digitized by Google

schwere Folgen haben. Darauf wies Fürst Bismarck im Jahre 1870, als der französisch-deutsche Konflikt unvermeidlich erschien, hin: „es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen sind", sagte er und mit der Depesche von Ems zwang er geschickt Frankreich, die Initiative zu ergreifen. Aber daß die Kriegserklärung als von untergeordneter Bedeutung gegenüber den Gründen angesehen werden muß, die den Krieg unabwendbar machten, haben gerade die Franzosen immer erklärt, indem sie hoch und heilig beteuern, daß sie 1870 „angegriffen und ausgeraubt" worden sind.

Der wesentlichste Punkt, dem ich nachgegangen bin, ist die auswärtige Politik Frankreichs nach den Ereignissen von 1870—71, wobei ich feststellen mußte, wie durchaus zutreffend der Gedanke Crispis ist, daß jeder Krieg Fragen offen läßt, an die sich ein anderer Krieg anknüpfen kann — ich habe, freilich ganz kurz, die Arbeit verfolgt, die von Eduard VII. in den zehn Jahren seiner Regierung entwickelt worden ist, die Evolution der britischen Politik von dem Augenblick an, wo die „splendid isolation" gegenüber den Fortschritten Deutschlands als gefährlich erschien und England begriff, daß es Bündnisse auf dem Kontinent brauche, um sie aufzuhalten — ich habe schließlich die Wechselfälle des französisch-russischen Bündnisses, der Triple-Entente und des jahrhundertlangen Kampfes zwischen Österreich und Rußland um die Vorherrschaft auf den Balkanländern erzählt. Deutschland, der Mittelpunkt, um den sich die ganze Lage drehte, die sich zwischen dem Ablauf des vergangenen und dem Beginn des neuen Jahrhunderts allmählich herausgebildet hat, spiegelt sich in meinem Bilde, auch mit seiner Verantwortlichkeit, aus der Gesamtheit der geprüften Ereignisse wieder.

Ich habe mir nur eine historische Untersuchung als Ziel gesteckt und war darauf bedacht, jede meiner Behauptungen durch ein umfangreiches Urkundenmaterial zu belegen. In einem Teil meiner Arbeit hat die genaue Prüfung und Abwägung des reichlichen Materials eine polemische Wendung angenommen, die aber nach meiner Absicht jedes persönliche Moment fernhält.

Ich habe die Wahrheit gesucht und sie geschildert, wie ich sie gesehen habe, ohne Schleier, ohne jedes Verschweigen und ohne jede Rücksicht auf Menschen.

Der Leser möge urteilen.

Rom. T. Palamenghi-Crispi.

Das Vermächtnis des früheren Kriegs.

Man kann in die Gründe der großen politischen Katastrophe, die Europa in seinen Grundfesten erschüttert und die Weltpolitik aus der Achse gehoben hat, nur dann eindringen, wenn man auf den Französisch-Deutschen Krieg von 1870—71 zurückgeht. Die Geschichte hat — das steht heute unwiderleglich fest — die Verantwortung für dieses Ereignis Frankreich aufgebürdet. Es ist verlorene Mühe, wenn man sich noch in sophistischen Untersuchungen über die Emser Depesche ergeht.

Kaiser Napoleon III. schrieb gleich nach der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien an die Gräfin Mercy-Argenteau:

„Wie sollte man nicht entmutigt sein, wenn man an die Friedensbedingungen denkt, die Frankreich auferlegt sind? Ich gebe zu, daß wir die Angreifer gewesen sind..."

Auch Jules Favre, der Minister des Auswärtigen in der Regierung der nationalen Verteidigung, sprach den Feind von der Schuld frei und in dem Bericht, den er an jene Regierung unter dem Datum des 21. September 1870 über eine Unterhaltung mit Herrn von Bismarck erstattete, teilte Favre mit, er habe an seinen Unterredner folgende Worte gerichtet:

„Hervorgegangen aus der Macht eines Einzelnen hatte der Krieg keinen Sinn mehr, als Frankreich wieder Herr seiner selbst wurde."

Schließlich muß uns Italienern die Ansicht Giuseppe Mazzinis genügen, des gewichtigsten Richters über die Politik des dritten Bonaparte[1]):

„Der Krieg war von Louis Napoleon III. erdacht, gewollt und provoziert und zwar ohne jeden Grund. Fest ins Auge gefaßt kurz nach dem Frieden von Villafranca, beschlossen nach Sadowa, im voraus angekündigt durch die Forderung einer Grenzberichtigung, die er weiterverfolgte und auf die er eine Abweisung erhielt, und von diesem Zeitpunkt öffentlich als

[1]) Giuseppe Mazzini, La guerra franco-germanica in Scritti editi e inediti vol. XVI, S. 42.

Digitized by Google

Tagesbefehl in den Kasernen ausgegeben, eingeleitet durch allerhand Pläne und militärische Vorbereitungen wurde er schließlich für das Kaisertum zur Notwendigkeit."

Die Niederlage brachte Frankreich außer der Erlegung einer Kriegsentschädigung von fünf Milliarden den Verlust des Elsasses und eines Teiles von Lothringen. Mit dieser Gebietsabtretung beabsichtigte Bismarck nicht etwa Frankreich zu demütigen, vielmehr sein Land vor einem erneuten Angriff desselben sicherzustellen. Zu Favre sagte er gelegentlich der obenerwähnten Unterredung:

„Ihr werdet Sedan nicht vergessen und zwar um so weniger, als ihr Waterloo und Sadowa, das euch doch gar nichts anging, nicht vergessen habt. Ich gebe mich keiner Täuschung über den fest entschlossenen Willen der französischen Nation hin, Deutschland anzugreifen und ihm einen Teil seines Gebiets abzunehmen. Seit Ludwig XIV. bis Napoleon III. hat sich seine Einstellung auf diese Ziele nicht geändert."

Und in einer aus Reims datierten Zirkularnote vom 13. September 1870, die an die preußischen, bei den neutralen Regierungen akkreditierten Gesandten gerichtet war, entwickelte Bismarck seinen Gedanken folgendermaßen:

„Die Mehrheit, ja beinahe die einmütige Stimme der Volksvertreter, des Senats und der Organe der öffentlichen Meinung haben so laut und so eindringlich diesen Eroberungskrieg gegen uns verlangt, daß die vereinzelten Freunde des Friedens den Mut zum Widerstand verloren, und Kaiser Napoleon hat es nicht nötig, ein unwahres Wort zu sprechen, wenn er heute behauptet, daß der Zustand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege zwang.

Gegenüber solchen Tatsachen können wir nicht umhin, unsere Garantien im Hinblick auf das französische Sentiment zu suchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß als Folge dieses Krieges wir sehr bald einen Angriff von Frankreich zu gewärtigen haben anstatt eines dauerhaften Friedens und zwar ganz unabhängig von den Bedingungen, die wir etwa Frankreich aufzuerlegen haben. Gerade ihre Niederlage und unsere siegreiche Abwehr ihres ungerechten Angriffs ist es, was die französische Nation uns nie verzeihen wird. . . . . .

. . . Deshalb können unsere Anforderungen, die wir an den Frieden stellen, nur darauf gerichtet sein, Frankreich den nächsten Angriff gegen die deutsche Grenze und besonders gegen die von Süddeutschland, die bisher jeder Abwehr entblößt war, zu erschweren und zwar dadurch, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt der französischen Angriffe weiter nach Frankreich hineinrücken und daher Deutschland in den Besitz der Festungen setzen, von denen aus uns Frankreich bedroht, indem wir sie in Abwehrbollwerke umwandeln."

Schließlich fügte er in einer anderen Zirkularnote, datiert aus Meaux, den 16. September, noch bei:

„Die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volks verlangt, daß Deutschland durch bessere Grenzen, als bisher gegen die Drohungen und Vergewaltigungen geschützt wird, die alle französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns verübt haben. Solange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch unserer Defensive bezüglich ganz Süddeutschland und dem Norden, längs des Rheines, überlegen. Straßburg im Besitz von Frankreich ist eine gegen Deutschland stets offene Ausfallspforte.

In deutschem Besitz dagegen gewinnen Straßburg und Metz einen defensiven Charakter; in mehr als zwanzig Kriegen sind wir niemals die Angreifer Frankreichs gewesen und wir haben von diesem nichts zu verlangen, außer unsere Sicherheit in unserem eigenen Lande, das von jenem so oft in schwere Gefahr versetzt worden ist. Frankreich dagegen wird den abzuschließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand betrachten und um sich an uns wegen seines gegenwärtigen Unterlegenseins zu rächen, und uns mit derselben Sucht, Händel anzufangen, und derselben Ruchlosigkeit, wie in diesem Jahr angreifen, sobald es hierzu, sei es aus eigener Kraft oder im Bunde mit Dritten, imstande sein wird."

Frankreich mußte sich unter das vom Sieger auferlegte Gesetz beugen, aber, wie der deutsche Kanzler voraussah, konnte es sich nicht in die Niederlage finden, und die Wiedervergeltung wurde das letzte Ziel seiner Politik.

Wer nur oberflächlich den Verlauf des französischen Lebens von 1871—1914 betrachtet, verfällt leicht in den Irrtum zu glauben, daß die Revancheidee sich nur allmählich entwickelt habe, da die neuen Generationen die Erbschaft der Rache, die ihnen von der Generation der

Digitized by Google

année terrible überkommen war, nicht eifersüchtig zu bewachen schienen. In Wirklichkeit aber ist die Revancheidee stets im französischen Bewußtsein lebendig geblieben. Frankreich ging aus dem Krieg mit dem Schrecken hervor, den Blut und Verwüstungen verursachen, und der der Psychologie der Besiegten eigentümlich ist, und mit dem dringenden Bedürfnis nach Rückkehr zu friedlicher Arbeit; aber der Unwille über die erlittene Niederlage blieb wie ein Dorn im Herzen des Volks zurück, das seiner kriegerischen Ruhmestaten eingedenk blieb und überzeugt war, im Angesicht der Welt sich nicht um die so heiß ersehnte Vorrangsstellung bewerben zu können, wenn es sich in die Niederlage fügte.

Diesen Geisteszustand machten sich stets die politischen Agitatoren zunutz, um sich populär zu machen oder um dem Verlegenheiten zu bereiten, der die Regierung leitete. Schon unmittelbar nach dem Friedensschluß fanden sich Leute, die eine Wühlarbeit förderten, welche Adolf Thiers in einem Briefe vom 30. Dezember 1872 brandmarkte, indem er die Urheber als „die Narren, die mit Patriotismus um sich werfen, wo es sich um eine nüchterne, klare Politik handelt" definierte[1]). Während der zwei Jahre, in denen Thiers die Regierung Frankreichs leitete und sich dem Wiederaufbau des Landes und der Befreiung des Gebiets, nämlich der Departements und Belforts, die als Pfand von den deutschen Truppen bis zur vollständigen Bezahlung der Kriegsentschädigung besetzt gehalten wurden, ließ diese Agitation bei der deutschen Regierung die Besorgnis aufkommen, daß der Kampf von einem Tag zum andern wiederaufleben könne. Bismarck sagte zu dem französischen Gesandten de Gontaut-Biron, und dieser gab getreulich die Worte seines Unterredners in einem Brief vom 11. März 1873 an Thiers weiter:

„Der Kaiser (Wilhelm I.) ist überzeugt, daß an dem Tag, an dem sich seine Truppen zurückziehen werden, Ihr revolutionäre Bewegungen haben werdet; wahrscheinlich wird Herr Thiers seiner Amtsgewalt enthoben; oder auch, wenn es mit ihm zum Sterben gehen sollte (Verhüt' es Gott, da wir ihm aufrichtig ein langes Leben wünschen), würde Herr Gambetta die Macht an sich reißen und 14 Tage nachher hätten wir den Vergeltungskrieg. So denkt Seine Majestät, aber ich will damit nicht sagen, daß das auch meine Ansicht ist."

Natürlich bestritt der Gesandte, daß der Kampf sich von neuem entzünden könne, er sagte, man halte Gambetta von der Macht fern und unter allen Umständen sei er unfähig den Krieg zu führen, selbst wenn er es gewollt hätte, und versicherte, daß die Ordnung in Frankreich im Wiederentstehen begriffen sei, daß es an Arbeit auf den Feldern und in den Fabriken nicht fehle, daß die verschiedenen Bevölkerungsschichten wieder Geschmack an der friedlichen Arbeit gefunden hätten, die ihnen Ruhe und Reichtum gewähre.

Diese Versicherungen wurden auf Grund der Instruktionen Thiers abgegeben, der die Sachlage folgendermaßen in einem Brief an den Grafen von Saint-Vallier schilderte, den er nach Nancy zu dem Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen, dem General von Manteuffel, geschickt hatte:

„Das Land ist, wenn es auch nach außen hin in dem und jenem Departement erregt erscheint, in Wirklichkeit doch vernünftig. Jeder fühlt die Notwendigkeit des Friedens und wir wollen die vereinbarte Kriegsentschädigung in einer annehmbaren Frist innerhalb der Grenzen des Möglichen bezahlen. Die, welche von Vergeltung, von Revanche reden, sind Windbeutel, Scharlatane, die in Patriotismus machen, und ihre Wortergüsse bleiben ohne Widerhall; die anständigen Leute, die wahren Patrioten wollen den Frieden, wobei sie einer fernen Zukunft die Entscheidung über unsere Geschicke überlassen."

Aber im Grunde genommen waren die Besorgnisse der deutschen Regierung nicht ungerechtfertigt. Frankreich erholte sich rapid, ordnete seine Finanzen, indem es sich erbot, die Raten der Kriegsentschädigung vor Ablauf der vereinbarten Verfallstermine zu bezahlen, und reorganisierte sein Heer. In einem Brief vom 29. Januar 1872 an den Grafen von Saint-Vallier wies Adolf Thiers bei Aufzählung seiner Aufgaben auf die militärische Reorganisation hin: „Was unsere Rüstungen anbelangt, so sagen Sie ganz offen, daß sie nicht auf die Gegenwart, sondern nur auf die Zukunft abzielen, auf eine Zukunft von langer Dauer, die in nichts über die Stellung hinausgeht, die Frankreich von Rechts wegen beanspruchen kann ...

[1]) Dieses und die folgenden Zitate, die sich auf Thiers Regierung beziehen, sind den beiden Bänden entnommen: „Occupation et libération du territoire 1871—1873. Correspondance, veröffentlicht im Januar 1903 zu Paris durch einen Anonymus." Vgl. ebenfalls Francis Charmes im Journal des Débats, 25. Januar 1903.

Digitized by Google

Übrigens, sucht man nicht etwa in ganz Europa und auch in Preußen, das schon so stark ist, das beste Gewehr, die beste Kanone und das beste Rekrutierungssystem herauszufinden? Und wir allein, die Opfer der fluchwürdigsten Nachlässigkeit, sollten nicht das tun dürfen, was alle tun?"

Und er fügte hinzu, daß die Totalziffer der Effektivbestände sich für den Friedensfuß auf 460 000 Soldaten belief, die darstellt „ungefähr die Normalzahl, die wir allezeit verlangt haben und die in keiner Weise übertrieben ist" [1]).

Es war also die militärische Stellung, wie sie vor dem Krieg bestand, in kürzester Zeit wiederhergestellt und wieder völlig erstarkt, während die deutsche Regierung nichts tat, um es zu verhindern. Im Gegenteil, Thiers konnte sich nur in Lobessprüchen sowohl bezüglich des Generals Manteuffel, wie des Fürsten Bismarck ergehen. Die Zeitungen gossen auch damals Öl ins Feuer und schrieben Deutschland die Absicht zu, unter Bruch der Verträge Belfort dauernd zu behalten; Bismarck benützte eine Gelegenheit, die ihm von Gontaut-Biron gegeben wurde, um ihm zu sagen:

„Ihr legt Wert darauf, etwas schneller wieder in den Besitz von Belfort zu kommen? Ist es die Besetzung dieses Platzes, die euch plagt? Laßt uns bis zur gänzlichen Bezahlung ein anderes materielles Pfand, das gleichwertig ist: zum Beispiel Toul, Verdun."

Thiers nahm ohne weiteres den Umtausch Belforts mit Verdun an und schrieb seinem Gesandten:

„Ich empfinde die größte Dankbarkeit für den Fürsten Bismarck, der darin eingewilligt hat, Verdun anstatt Belfort zu besetzen, als letzten Garnisonsplatz der deutschen Truppen in Frankreich. Ich kann sicherlich nicht zu Herrn Bismarck gehen um ihm zu danken, aber wir müssen eingestehen, große Seelen sind gerecht und zeigen, wo sich Gelegenheit bietet, ihre Überlegenheit. Es ist ein Glück, daß wir es mit einem wahren Staatsmann zu tun haben."

Auch die Humanität, die Rücksichtnahme auf die Besiegten, die Nachgiebigkeit Manteuffels, flößten Thiers Gefühle lebhafter Dankbarkeit ein, die er demselben General unmittelbar nach seinem eigenen Sturz, der am 24. Mai 1873 erfolgte, in einem Briefe aussprechen wollte, in dem man folgenden Satz liest:

„Es wird mich immer mit Befriedigung, ja sogar mit Freude erfüllen, daß ich in intimen Beziehungen zu einer so hervorragenden Persönlichkeit, wie Ew. Exzellenz gestanden bin, einem edlen Freund meines Landes, obschon er ein treuer Deutscher ist, und ich hoffe, daß zwischen uns feste und dauernde Freundschaft weiterbestehen wird [2])."

---

[1]) Herr Raymond Poincaré, Präsident der französischen Republik während des Kriegs, hat in einem im Mai 1921 veröffentlichten Band (Paris, Plon-Nourrit & Co. édit.) sechs Vorträge zusammengestellt, die er über die Ursprungsgründe des Kriegs gehalten hat. Frankreich konnte keinen geeigneteren und besser unterrichteten Verteidiger finden als Poincaré, da er, bevor er den höchsten Posten der Präsidentschaft der Republik erklomm, in seiner Eigenschaft als Minister und Ministerpräsident alle Geheimnisse des Quai d'Orsay kannte. Wir beschränken uns darauf einige der in diesem Band ausgesprochenen Urteile wiederzugeben; hier zitieren wir eine der unzähligen Anklagen Poincarés gegen den Fürsten Bismarck: „Das Jahr 1871 war noch nicht herum, als Herr von Bismarck behauptete, in der öffentlichen Meinung Frankreichs dunkle Vergeltungspläne zu entdecken und unseren Vertretern erklärte, es liege etwas Verdächtiges in der rasenden Geschwindigkeit unseres Wiederaufschwungs. Und er schickte sich alsbald an, uns zur Buße hiefür in einem Winkel Europas kaltzustellen."

In Wahrheit tat Bismarck nichts um den Neuaufbau der Streitkräfte und des Wirtschaftslebens Frankreichs zu hindern oder zu verzögern. Während jetzt Frankreich nicht gewußt hat und nicht weiß, was alles es aussinnen soll, um den gefallenen Feind zu berauben, zu lähmen und dem Untergang entgegenzuführen.

Poincaré will behaupten, daß der deutsche Kanzler, indem er dunkle Vergeltungspläne einem Lande unterschob, das wenige Monate nach dem Ende des Kriegs das eigene Heer reorganisiert hatte, ein übelwollender Sucher nach Vorwänden war; aber was müßte er dann über sich selbst und die Regierung, sowie das Parlament von Frankreich sagen, die nach ihrer Behauptung ihre unbeugsame Härte gegen Deutschland damit rechtfertigen, daß sie es offen dunkler Vergeltungspläne beschuldigen, nachdem sie es völlig entwaffnet haben? Jedermann kann sich ein Urteil darüber bilden, wieviel Gerechtigkeit und wieviel Opportunitätssinn in dieser heute erhobenen Anklage enthalten ist.

[2]) Diese unverdächtigen Erklärungen Thiers legen Zeugnis für die Gelassenheit des Siegers ab, der, wenn schon er den Erfolg seiner Waffen ausnützte, nicht daran dachte, dem Besiegten die Auflösung seines Heeres aufzuerlegen, geschweige denn seine Versklavung zu versuchen, indem er sich seine Handels- und Kriegsflotte, seine Transportmittel zu Land und zu Wasser,

Digitized by Google

Nach dem Fall Thiers fristete die Republik, die, wie Mazzini schrieb (Scritti editi e inediti Bd. XVI, S. 36), erstanden war „nicht auf Grund einer spontanen Volksabstimmung und eines Entschlusses eines Volks, das sich erhebt im Namen des ewigen Pflichtgesetzes, um die eigene Freiheit und das Recht zu befestigen, keinen Herrn außer Gott und dem Moralgesetz über sich zu haben, sondern als tatsächliche Folge, die aus der Lage, der feigen Abdankung Louis Napoleons und dem Fehlen jeder anderen Regierung entsprang", für einige Zeit ein unsicheres Dasein während des Kampfes zwischen den Begünstigern einer Rückkehr zu der Monarchie der Orléans, und den Parteigängern der Republik. Aus diesem Jahre stammen die ersten Besorgnisse in Italien bezüglich einer französischen Intervention, die von den Legitimisten zum Zweck der Wiederherstellung der zeitlichen Macht des römischen Pontifikats warm gefördert wurde und die ersten Impulse der Italiener für Deutschland, das damals im Kampf gegen die katholische Einmischung in das bürgerliche Leben stand und seinem Nachbarn stets mißtraute, der in dem Kulturkampf ein neues Motiv für seine Abneigung fand.

Im Jahre 1875 erschien die finanzielle und militärische Lage, der der Geist der Selbstüberhebung, welcher für das französische Temperament so charakteristisch ist, zu Hilfe kam, so ausgezeichnet, daß die leicht entflammbareren Politikaster und die wenigen klugen Zeitungen ohne Umschweife auf kriegerische Pläne anspielten und einen großen Skandal aufschlugen, weil der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, bei einer Unterhaltung mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem Herzog Decazes die Bemerkung machte, daß das neue Gesetz über die Kadres des Heeres und die militärische Neuordnung, ganz abgesehen von der Anlage von 600 Millionen bei der Bank von Frankreich, im Hinblick auf einen nahen Krieg ins Werk gesetzt scheine. Man sagte, die Bemerkungen des Gesandten seien eine Einschüchterung, die nach dem Willen des Fürsten Bismarck auf die französische Regierung ausgeübt werden sollte und daß Deutschland versuche „das Spiel zu erneuern, das ihm im Jahre 1870 so gut geglückt war". Natürlich richteten die entrüsteten Dementis der deutschen Regierung nichts aus und dieser „viele Lärm um nichts", erhielt sich in der Chronikschreibung der französisch-deutschen Beziehungen unter dem Titel „alerte de 1875" (Warnungsruf von 1875) mit vielen ausschmückenden Zusätzen von phantastischen diplomatischen Interventionen Englands und Rußlands. Poincaré versäumte es in dem zitierten Buche nicht, zu behaupten, daß der Angriffsplan Deutschlands erwiesen sei und zu versichern, daß, wenn er mißglückte, das Verdienst den Regierungen von Rußland und England zugeschrieben werden müsse. In Wirklichkeit erbringt er nicht den geringsten Beweis für seine Behauptung. Die Dinge verliefen so, wie wir sie schilderten: das, was Frankreich ausführte, um seine militärische Organisation zu bessern, war natürlich — und es konnte das auch nicht anders sein — Gegenstand lebhafter Aufmerksamkeit in Berlin; aber die Angriffsabsicht bestand nur in der französischen Einbildung, die übrigens stets unter dem Zwang des Schreckens im Hinblick auf die eben erlebte Niederlage lebte; und darin, daß sie bezüglich ihrer Besorgnisse beruhigt wurde, bestand die englisch-russische Intervention.

Aber in Wirklichkeit stand die französische Geistesverfassung noch zu sehr unter dem Eindruck des soeben erlebten Unglücks, als daß das Volk seine eigenen Sympathien mit den Patrioten der alsbaldigen Revanche verknüpft hätte. Von den Eingebungen dieser letzteren wurde es auch durch die politischen Kämpfe ferngehalten, die mit den Wahlen vom 14. Oktober die Festigung der Republik einleiteten. Es gab sogar einen Tag, an dem selbst der Führer der republikanischen Parteien, Léon Gambetta, in der Absicht, die neuen Einrichtungen zu festigen, mit der Hoffnung liebäugelte, einen Zustand wechselseitigen Vertrauens mit Deutschland begründen zu können, und er bat Francesco Crispi, der auf der Durchreise in Paris war und

---

seine Kohlen- und Eisengruben, seine Kolonien usw., ja sogar sein Vieh aneignete und bestrebt war, seine Einheit durch niedere Intriguen, Verlockungen und Bestechung zu zertrümmern. Der Vergleich zwischen den Friedensbedingungen, die von Deutschland im Jahre 1871 bei Beendigung eines Kriegs, den es nicht provoziert, den es ganz allein durchgekämpft und gewonnen hat, und denen, die Frankreich im Jahre 1919 auf Grund eines Sieges beansprucht hat, den es nicht aus eigener Kraft errungen hat, sondern mit Hilfe von vier Großmächten, schlägt nicht zugunsten der vielgerühmten französischen Zivilisation aus. Dieser wurde auch von der Regierung der Republik ein unauslöschlicher Schandfleck aufgeprägt, indem sie trotz der entrüsteten Proteste als Besatzung für die zivilisierten deutschen Städte, die sie willkürlich besetzt hat, farbige Truppen von Barbaren, die zu jeder Greueltat fähig sind, auswählte und dort beließ.

Digitized by Google

nach Berlin gehen wollte, in den ersten Tagen des September 1877, die Einstellung Bismarcks bezüglich dieses Themas zu sondieren, und später beabsichtigte er auch dem Monstrum, dem Orkus, wie er Bismarck in einigen Briefen an seine Freundin Leonie Léon nannte, in einer persönlichen Aussprache zu begegnen.

Doch seine Hoffnung zerstob, sobald sie mit der ungeheuerlichen Schwierigkeit in Berührung kam, den französischen Dünkel mit den deutschen Interessen in Einklang zu bringen. Seinerseits hatte Fürst Bismarck, wie er nach Sedan nichts tat, um das Kaiserreich zu retten, da er der Ansicht war, daß die Republik ein Regiment der Schwäche sei, kein Interesse daran, der letzteren, die sich anschickte vires eundo zu gewinnen, Prestige zu verleihen, in der Überzeugung, daß ein starkes Frankreich, gleichgültig ob monarchisch oder republikanisch, kein ruhiger Nachbar für Deutschland wäre.

Der große Tribun riskierte mit diesem Versuch seine Popularität zu verlieren, so daß er ihn ganz geheim hielt, und er ist erst nach seinem Tod von Francis Laur, einem seiner intimsten Freunde enthüllt worden[1]).

Die französisch-deutschen Beziehungen vom Jahre 1871 an lassen sich in zwei Perioden zerlegen.

In der ersten strebt Fürst Bismarck mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und es gelingt ihm auch nach der Isolierung Frankreichs, es daran zu verhindern, den Frieden zu stören.

In der zweiten Periode, nach Bismarcks Rücktritt von der Regierung, strebt die Republik, nachdem der Kreis, der sie der Bewegungsfreiheit beraubte, gebrochen war, seinerseits Deutschland zu isolieren, indem es Bündnisse und Ententen abschließt, die ihm gestatten, den Krieg mit Erfolg zu führen.

Es fördert unsere Aufgabe nicht, die auswärtige bismarckische Politik weiterzuverfolgen, die ihr Ziel erreichte, nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens; wir beschränken uns darauf, aus einem Bericht unseres Botschafters De Launay eine synthetische Darlegung wiederzugeben, die Bismarck selbst ihm über seine Politik gegenüber Frankreich gab:

„Er vertraute mir folgende Einzelheiten an:

Um den Frieden zu erhalten, hätte er sich bemüht, seit dem Versailler Frieden auf gutem Fuße mit Frankreich zu stehen und dessen Ausdehnungspolitik in Tunis, an der Westküste von Afrika, in Madagaskar, Tongking, China nicht zu hindern. Das bedeutete eine Beihilfe dazu, daß es in der Ferne einige Entschädigungen und Genugtuung für sein Selbstgefühl erwarb, aber unter der Voraussetzung, daß es mit dem Gedanken einer Zurückforderung von Elsaß-Lothringen endgültig abschließen und auf seine Racheabsichten verzichte. In demselben Gedankengang hatte er sich manchmal, besonders in Ägypten, sogar zur unmittelbaren Unterstützung der französischen Belange bereit gefunden. Seine Bemühungen blieben fruchtlos. Sein bis zur Selbstentäußerung gehender Eifer während dieser über 15 Jahre ausgedehnten Versuche hat mit einer Enttäuschung geendet. Die öffentliche Meinung Frankreichs kehrt immer wieder zum Traum der Revanche und zur erbitterten Gegnerschaft gegen alle, die die Rachegelüste nicht teilen, zurück."

Dagegen müssen wir uns ausführlich über die zähe, geschickte — und man kann wohl sagen — kriegerische auswärtige Politik der verschiedenen französischen Ministerien unterhalten, die ebenfalls das gesteckte Ziel erreichte, nämlich den Krieg.

Frankreich gegen Italien im Hinblick auf den Dreibund.

Die auswärtige französische Politik schöpft ihre große Stärke aus der Kontinuität, weil nämlich jedes Ministerium von dem Ministerium, das ihm vorausgeht, die Direktiven und die Ergebnisse mitübernimmt.

Bezüglich Italiens wich diese Politik nie um eine Fingerbreite von dem eingeschlagenen Weg ab, und zwar so wenig unter der Republik wie unter dem Kaiserreich.

Die Herrschaftsgelüste der Franzosen bedienten sich nach Zeit und Umständen verschieden-

[1]) Vgl. Francesco Crispi: Politica estera, S. 28; Memoiren des Fürsten Hohenlohe II, 407; Francis Laur in der „Times" zu London, zusammengefaßt im „Corriere della Sera" vom 22. August 1907.

Digitized by Google

artiger Vorwände, am häufigsten des der Verteidigung des Papstkönigs. Unter diesem Vorwand unterdrückte im Jahre 1849 die französische Republik die römische. In den zehn Jahren zwischen 1860 und 1870 erhielt sich das kaiserliche Frankreich die italienischen Kabinette in Unterwürfigkeit und auch später bis zum offenen Zwiespalt zwischen den Radikalen und dem Heiligen Stuhl, nahm die dritte Republik öfter eine drohende Haltung an. Aber jederzeit lief die wahre Gesinnung Frankreichs darauf hinaus: Italien dürfe nichts ohne sein Plazet tun, geschweige denn ihm den Weg zur Herrschaft im Mittelländischen Meer versperren und sich zum Mitbewerber aufwerfen, wo immer ein angeborenes oder in Wirksamkeit befindliches politisches oder wirtschaftliches französisches Interesse bestand. Napoleon III. gelang es nicht, bei seinen Untertanen die Verzeihung für die im Jahre 1859 geleistete Hilfe zu erlangen, die allerdings Folgen hatte, die von ihm weder vorausgesehen noch gewollt waren, obschon er den französischen Interessen dadurch genützt hatte, daß er durch die Abtretung von Nizza und Savoyen die heißersehnte Grenze auf den Alpen, abgesehen von dem Ersatz der Kriegskosten, erlangt hatte und er dem italienischen Leben ein tatsächliches Protektorat auferlegte, das bindend und drückend war. Der Französisch-Deutsche Krieg von 1870 befreite Italien von der französischen Herrschaft: er schenkte ihm nicht nur seine Hauptstadt, vielmehr auch die Freiheit, selbst für die eigene Zukunft zu sorgen, ohne das Beneplacitum von Paris einholen zu müssen.

Die Besetzung Roms, an der Napoleon III. ungerechterweise Italien gehindert hatte, wurde von Frankreich als Verrat und die ausgebliebene Unterstützung durch die italienischen Truppen als schwarzer Undank angesehen.

Die Besuche, die König Vittorio Emanuele II. und die Kaiser von Österreich und Deutschland 1873 und 1875 austauschten und die bewiesen, daß Italien beabsichtigte die errungene Freiheit auszunützen, um eine unabhängige Politik zu betreiben, wurden von den Franzosen feindlich aufgenommen.

Die Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden Länder waren auf einige Jahre hinaus rein formale. Die aus den Wahlen von 1871 hervorgegangene französische Kammer, die ein getreuer Interpret der öffentlichen Gesinnung war, wurde von den Orléanisten und Legitimisten beherrscht und verabscheute uns vor allem, weil wir Rom dem Papst genommen hatten.

Nachdem die Linke im Jahre 1876 ans Ruder gekommen war, glaubte man die Kühle des französischen Ministeriums überwinden zu können dank dem engen Einvernehmen mit hervorragenderen Persönlichkeiten der republikanischen Partei, die allerdings nicht im Besitz von politischer Macht und daher auch ohne Mandat und Verantwortlichkeit waren. Wer die Geschichte der französischen Okkupation von Tunis kennt, findet in ihr eine Probe von dem illusorischen Wert dieses Einvernehmens. Cairoli wurde bis zuletzt in dem Glauben erhalten, Frankreich werde nichts in Tunis unternehmen ohne sich mit Italien zu verständigen, und zwar auf Grund der Versicherungen Gambettas und seiner Freunde, obwohl der italienische Gesandte in Paris, General Cialdoni, dem mit Mißtrauen begegnet war [1]).

Die inoffizielle Zusammenarbeit zwischen den radikalen Kreisen beider Länder, unterstützt von den Freimaurerlogen, hörte mit der tunesischen Enttäuschung nicht auf. Sie ist immer bestehen geblieben und stellte ein einflußreiches, französisches Element in Italien dar, freilich ohne Gegenseitigkeitsverhältnis, weil keiner von uns jemals an irgendwelchen italienischen Einfluß auf die inneren Angelegenheiten Frankreichs gedacht hat. Der italienische Radikalismus behielt seine Orientierung zu der Republik hin bei, weil er in ihr eine Ermutigung und Unterstützung in der Opposition gegen die offizielle Politik des Königreichs fand; der französische Radikalismus, der in patriotischer Beziehung zwischen den Kulissen im Einverständnis mit der eigenen Regierung war, unterstützte seinerseits mit jedem Mittel den italienischen, um sich zum Vorteil der Angelegenheiten seines eigenen Landes in die italienischen Angelegenheiten einmischen zu können. Die demokratischen Grundsätze waren das Banner, das man über den Handel breitete. Mittels des einheimischen Radikalismus hat Frankreich in unserem Hause die Minister bekämpft, die eine italienische Politik betrieben, indem es in die

[1]) Vgl. Come la Francia s'impadroni di Tunisi von Andrea Torre in Rivista di Roma, 1899, Heft XVIII—XXI.

Digitized by Google

Wahlen zur Legislative eingriff[1]); und indem es sich der reichlich mit Subsidien versehenen Zeitungen bediente, hat es frankophile Minister emporkommen lassen und gehalten trotz allem, hat das Zerstörungswerk am Dreibund dadurch geleitet, daß es die öffentliche Meinung solange bearbeitete, bis sie die italienischen Interessen im Mittelmeer vergaß und ihre ganze Aufmerksamkeit auf den Irredentismus in der Adria richtete[2]). Dadurch erreichte es auch das Ziel, Österreich gegen Italien mißtrauischer und zu einem weniger starken Bundesgenossen für Deutschland zu machen.

Der italienische Radikalismus hat sich stets damit begnügt, die longa-manus der französischen Politik in Italien zu sein, stets zu allem bereit, auch die republikanische Staatsform zu fördern, wenn die Leiter der italienischen Monarchie Anwandlungen zum Widerstand an den Tag legten. Die am 5. Oktober 1891 zwischen der italienischen und französischen Demokratie abgeschlossene Konvention erwähnte „die Liga der lateinischen Volksstämme" zugunsten des Bundes der vereinigten republikanischen Staaten Europas. Auf die aktive und beharrliche französische Propaganda in Italien zugunsten der Republik verzichtete die Demokratie jenseits der Alpen eines schönen Tags, und zwar offensichtlich, weil eine solche Propaganda als Mittel für politischen Einfluß nicht mehr nötig war, nachdem das Kabinett des Königs von Italien sich in den Triumph dieses Einflusses fügte oder ihn förderte.

Die französische Eroberung von Tunis und der antiösterreichische von Regierungsleuten begünstigte Irredentismus, der gleichzeitig das Land in einem Zustand der Wehrunfähigkeit und Bündnislosigkeit erhielt, brachte Italien dahin, an die Tür der österreichisch-deutschen Allianz zu pochen.

Baron Alberto Blanc, der Generalsekretär des Ministeriums der öffentlichen Angelegenheiten 1882, schrieb, während man über das erste Dreibundabkommen verhandelte, unter dem 24. Februar dieses Jahres:

„Was war der Gedanke, der in der Konsulta die Oberhand behielt, nachdem die Invasion in Tunis uns die Augen geöffnet hatte? Man kann ihn dahin zusammenfassen: Beziehungen gegenseitiger Sicherstellung und möglicherweise wechselseitige Garantien mit Österreich und Deutschland wiederaufzurichten und zwar auf der festen Grundlage, die allein die Gefahr eines neuen Kriegs zwischen Frankreich und Deutschland ausschließen kann; uns mit mäßigen, aber soliden und wirksamen Rüstungen für die Aufrechterhaltung des Friedens ins Zeug zu legen, den Deutschland und Österreich gleich uns wünschen und den sie durch unserer Mitwirkung Frankreich moralisch aufzwingen können. Ein solches Bündnis hätte nichts Offensives und brauchte nicht geheimgehalten zu werden. Es würde einen Dienst darstellen, den wir der erdrückenden Mehrheit in Frankreich, die vor neuen Kriegen zurückschreckt, erweisen; auf diese Weise würden wir die Wiederholung des Vorwurfs vermeiden, den uns nach 1870 ein Mitglied der kaiserlichen Familie in Frankreich machte, das zu uns sagte, Italien und Österreich hätten Napoleon III. überreden können, diesen unheilvollen Krieg nicht zu führen, wenn sie als aufrichtige, redliche und mutige Freunde ihm erklärt hätten, daß er von uns für derartige Pläne nichts zu erhoffen habe."

Der Dreibund wurde am 20. Mai 1882 unterzeichnet; die oben von General Blanc gewiesenen Ziele wurden erreicht; nur blieb die Wirkung aus, daß die große Mehrheit des französischen Volkes dankbar gewesen wäre, daß wir ihm einen neuen Krieg ersparten. Im Gegenteil es steht fest, daß alle die, welche damals Einfluß auf die Geschicke Frankreichs

[1]) Nur der Eingriff in die allgemeinen Wahlen von 1890 führte zum Skandal, weil einer der französischen „Helfer" die Torheit beging, seine eigenen Geldspenden der Öffentlichkeit preiszugeben. Wir können auch, weil sich daraus vieles erklärt, daran erinnern, daß Salvatore Barzilai, der im Jahre 1915 der wärmste Unterstützer des Eintritts von Italien in den Krieg an der Seite Frankreichs war, damals erstmals nach einem heißen Wahlkampf, der mit französischem Geld durchgefochten wurde, in die Kammer eintrat.

[2]) Vgl. das Buch von Charles Loiseau, L'équilibre Adriatique (Perrin & Co., Paris 1901), als Typus der französischen Veröffentlichungen, die das obenerwähnte Ziel verfolgten. Der Urheber denunzierte die Pläne Österreichs auf den Kanal von Otranto, die Deutschlands auf Triest und beklagte sich, daß Italien sich darauf versteife, seine Augen auf seine Interessen im Mittelländischen Meer zu richten, „während das Adriatische Meer der direkte Weg zum europäischen Orient ist und auch wieder der zum asiatischen Orient werden kann." Aber schließlich in einem Schlußkapitel enthüllt er seinen innersten Gedanken, indem er Italien einflüstert, einen neuen Dreibund mit Frankreich und Rußland ins Leben zu rufen.

Digitized by Google

hatten, Italien gerade aus diesem Grunde haßten und es mit allen Waffen und auf jedem Felde bekämpften, bis es ihnen glückte, es von dem Bündnis loszureißen, das den Frieden aufrecht erhalten hatte [1]).

Der französische Groll gegen Italien, das dem Bunde der Zentralreiche beigetreten war, durchlief verschiedene Phasen. Der Vertrag vom 20. Mai 1882 war geheim; das Geheimbleiben wurde nicht nur bezüglich seines Inhalts, sondern auch bezüglich seiner Existenz vereinbart. In Italien zum Beispiel, hatte von ihm außer dem König und dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, P. S. Mancini, nur der Präsident des Consiglio, Agostino Depretis, Kenntnis. Der Gesandte in Paris, General Menabrea, der ihn nicht kannte, gebrauchte in einer Unterredung Worte, die mit der neuen Sachlage nicht übereinstimmten, und in Wien einen schlechten Eindruck hervorriefen. Deshalb war es notwendig, ihn mündlich zu unterrichten, und außer ihm den Gesandten in Petersburg, daß die Beziehungen Italiens zu den beiden Kaiserreichen „herzlicher geworden seien". Das Bestehen des Vertrags wurde lange Zeit abgeleugnet; unbewußt unterstützte die österreichische Presse die Diplomatie, indem sie es nicht an den hergebrachten Vorwürfen gegen die italienischen Behörden fehlen ließ, die verdächtig waren, gegen die Irredentisten zu nachsichtig zu sein. Man muß sich daran erinnern, daß die Attentate Oberdanks und Ragosas in Triest gegen den Erzherzog Karl Ludwig und den Kaiser Franz Joseph gerade im August und September 1882 erfolgten.

Aber auch im offiziellen Verkehr legte sich das Mißtrauen zwischen den neuen Verbündeten nicht und die Abkühlung im Verhältnis der Regierungen zueinander wuchs im Jahre 1884 nach der Wiederannäherung Rußlands an Deutschland und Österreich-Ungarn. Sogar der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten General Robilant beklagte sich am 6. Oktober 1885 darüber, daß ihm gegenüber dieselbe völlige Zurückhaltung bezüglich jedweden Gedankenaustausches in Tagesfragen fortdauern, die man auch seinem Vorgänger gegenüber beobachtet habe.

Frankreich bekam lange Jahre hindurch keinen Wind von der Beschaffenheit des diplomatischen Bandes, das Italien an die beiden Zentralmächte knüpfte [2]).

In diesen Zeiten wurde Italien nicht einmal von seiten Frankreichs einer besonderen Beachtung gewürdigt; die Regierung Depretis, die nur widerwillig um der äußeren und inneren Politik eine gewisse Richtung zu geben in den Dreibund eingetreten war, verharrte auf beiden Gebieten in einem Zustand der Unentschlossenheit. Frankreich war seinerseits in die Kolonialunternehmungen und in den vergeblichen Versuch, England zur Räumung Ägyptens zu zwingen, verwickelt; der Gedanke eines Bündnisses mit Italien zur gemeinschaftlichen Beherrschung des Mittelmeers wurde von Freycinet (Oktober 1886) in einer diplomatischen Audienz gegenüber dem Geschäftsträger Constantin Reßmann angedeutet, aber mehr um eine Waffe in die Hand zu bekommen, der man sich in den französisch-englischen Streitigkeiten bedienen konnte.

Auch im diplomatischen Spiel Englands war Italien oft eine bequeme Schachfigur, die man bevorzugte, um bei Frankreich Unruhe hervorzurufen und die man regelmäßig beiseite schob, sobald das Ziel erreicht war.

Die Aufmerksamkeit Frankreichs wandte sich ganz energisch dem Dreibund nach seiner ersten Erneuerung (20. Februar 1887) zu und zwar genau in dem Zeitpunkt, als nach dem Tode Depretis Francesco Crispi sein Amt in der Consulta antrat (7. Juli 1887).

---

[1]) Die Franzosen wären auch nicht anderen Sinnes geworden, wenn Italien es als in seinem Interesse liegend erachtet hätte — und so lag es in der Tat —, dem Dreibundsvertrag treu zu bleiben. Wäre das italienische Eingreifen an der Seite seiner alten Verbündeten beim ersten Wetterleuchten des Kriegs angekündigt worden, so hätte das vielleicht die Triple-Entente zurückgehalten; jedenfalls aber hätte es die Kriegsoperationen um etliche Monate abgekürzt (denn England hatte 1914 nicht die Truppen, die es erst Ende 1915 zur Unterstützung Frankreichs zu entsenden begann und die Vereinigten Staaten waren damals nur Lieferanten von Kriegskonterbande) und Frankreich hätte es verschiedene Millionen Menschenleben, die Zerstörung seiner größten Industrien, hunderte Milliarden, die es in sechs Kriegsjahren ausgab, und nach dem Krieg die Gefahren erspart, die seine Zukunft bedrohen.

[2]) Noch ein Jahr nach Abschluß des Vertrags kannte Frankreich ihn nicht. Als in der französischen Kammer am 1. Mai 1883 auf eine Interpellation De Broglies der Minister Challemel-Lacour antwortete, sagte er, zwischen Italien und den beiden Kaiserreichen sei nur „eine Annäherung" eingetreten und dieses Wort „schließe den Gedanken an eine Abmachung, einen Vertrag und ein förmliches Bündnis aus, das ein besonderes Ziel verfolge, nämlich, daß es irgendwelche territoriale Garantien enthalte."

Digitized by Google

Die Italianität war in Crispi ein mächtiges Gefühlsmoment: sein Glaube an die Mission des geeinten Italiens und an seine große Zukunft verbanden sich mit dem Kredo seines ganzen Lebens, das er als Verschwörer, Verbannter, Gründer der nationalen Einheit und zäher Gegner der Politik der Rechten, die nachgiebig war und sich dem Ausland unterordnete, hingebracht hatte. Crispi zog sich zuerst den Verdacht und später den wütenden Haß der Franzosen zu, weil er ihren Vorherrschaftswillen herausforderte, indem er den Hebel bei seinem Feinde, Deutschland, ansetzte. Er hatte den Dreibundsvertrag, der eben erst erneuert war, vorgefunden; er besaß nicht die Auswahl zwischen verschiedenen internationalen Kombinationen, er mußte den Reichtum und das Prestige Italiens, die beide tief gesunken waren, wieder aufbauen: der Grund, auf den er bauen konnte, war jener Vertrag. Als Crispi sich anschickte dem Bündnis mit den Zentralmächten inneren Wert zu verleihen, wurden die Franzosen gewahr, daß ihnen der politische Einfluß aus der Hand glitt, den sie vornehmlich auf Schleichwegen in Italien aufrechterhalten hatten, und daß ein Italien, das wirtschaftlich und politisch von Frankreich unabhängig und ein starker Verbündeter Deutschlands geworden war, eine doppelte Gefahr war, weil es die endgültige Vernichtung der Vergeltungsprojekte dargestellt hätte.

Die Loslösung Italiens von Deutschland bedeutete für Frankreich die gleichzeitige Schwächung beider Nationen und wurde so eines der wichtigsten Ziele seiner Politik.

Die Kämpfe, die Crispi gegen die in Frankreich Regierenden durchführte, wird man stets unter den ehrenvollsten Erinnerungen italienischen Kraftbewußtseins aufzählen, wenn die Italiener einmal die Geschichte ihrer Diplomatie begreifen lernen werden. Als er im Oktober 1887 den Fürsten Bismarck aufsuchte, um ihn für fruchtbringendere italienisch-deutsche Beziehungen günstig zu stimmen, wollte die französische Presse in diesem Besuch eine freche Beschimpfung und Drohung erblicken und sie begann gegen Crispi und Italien einen Beleidigungsfeldzug. In den ersten Tagen des darauffolgenden Januar wurden in der Hauptstadt Italiens die Verhandlungen über einen französisch-italienischen Handelsvertrag weitergeführt, die in Paris eingeleitet waren. Die französischen Bevollmächtigten, die nach Rom in der Hoffnung gekommen waren, Löwenverträge oder wenigstens die Erneuerung des Vertrags von 1881 herauszuschlagen, gewannen bald die Überzeugung, daß sie sich getäuscht hatten und bewirkten den Befehl zu ihrer Rückkehr nach Paris. Der vorausgesehene Abbruch der Verhandlungen war in unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten gegeben; aber einer der französischen Bevollmächtigten, der Senator Teisserenc de Bort, fühlte bei seiner Abreise von Rom das Bedürfnis in sich, ein Zeugnis für die Gesinnung abzulegen, mit der von seiten der Franzosen man die Unterhandlungen geführt hatte, und sagte zu dem Italiener Ellena: „Solange ihr im Dreibund seid, wird ein Handelsabkommen zwischen Italien und Frankreich unmöglich sein“ [1]).

[1]) Die Gegner Crispis haben damals, und mancher unwissende Schriftsteller noch jüngstens, behauptet, der Besuch beim Fürsten Bismarck sei inopportun gewesen und habe Italien geschädigt. Wie man in Wahrheit die großen Vorteile nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete nicht verkennen kann, die Italien aus dem Vertrauen gewann, das Crispi durch diese seine Initiative Bismarck und Deutschland einzuflößen verstand, darf man auch, was die Opportunität des Besuchs anbelangt, als sicher annehmen, daß er keinerlei Einfluß auf die Haltung Frankreichs ausübte. In Wirklichkeit waren jene Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrags von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Vertrag von 1881 war von Italien entsprechend dem Willen des Parlaments, das ihn als für unsere Handelsbeziehungen ungünstig ansah, gekündigt worden, aber es wurde offiziell erklärt, daß auch Frankreich zur Kündigung entschlossen war. Wie hätte nun der neue Vertrag eine der Parteien befriedigen können, wenn die andere nicht nachgab, indem sie sich mit Bedingungen begnügte, die weniger günstig waren, als die früheren? Die letztere konnte aber Italien unter der Regierung Crispis nicht sein; und auch Frankreich nicht, wo die schutzzöllnerische Tendenz die Kammern für sich gewonnen hatte. Diese unsere Behauptung ist alles andere, als aus der Luft gegriffen: als man einige Jahre nachher um jeden Preis eine Handelskonvention mit Frankreich abschließen wollte, nahm dieses sie nur an, weil man ihm Zugeständnisse machte, die der Hauptsache nach für es eine Verbesserung gegenüber dem Vertrag von 1881 darstellten.

Luigi Luzzatti, der einzig Überlebende aus jener Schar von Leuten, die sich rühmten, den französischen Groll gebändigt zu haben, indem sie Frankreich das Opfer der Interessen und Würde Italiens zu Füßen legte, ruft, wenn es ihm am Platze erscheint, den vergeßlichen Italienern die Geschichte unserer gallischen Zwistigkeiten so ins Gedächtnis zurück, wie es

Digitized by Google

Von diesen Tagen ab war Francesco Crispi der Nachrede „eines Werkzeugs von Bismarck" und eines „Provokateurs" verfallen, die ihm die französischen Blätter anhingen, ihm, dessen jede Art von Unterwürfigkeit tief verabscheuender Charakter auch in Frankreich wohl bekannt war, wo er als Verbannter gelebt und gegen den napoleonischen Despotismus und zugunsten der Freiheit der Völker konspiriert hatte. Die Anstrengungen, die Crispi damals und später machte, um die äußerst törichten Anschuldigungen zu zerstören, waren fruchtlos: die Presse, von der vorsichtigeren bis zur leichtfertigsten herunter, fuhr jahrelang einmütig fort, ihn zu beleidigen und jedes seiner Worte und jede seiner Gesten zu fälschen. Man ruhte nicht mit allen Mitteln Feinde und Pressefeldzüge gegen ihn wachzurufen und lebendig zu erhalten selbst in Italien; einer der ihm treugebliebenen Freunde schrieb ihm aus Paris, es gäbe für ihn nur ein Rettungsmittel, nämlich die Loslösung Italiens vom Dreibund.

Was den Franzosen besonders an der Politik Crispis mißfiel, zeigte sich in vollem Licht in den Kommentaren der gesamten Presse bei der Nachricht von der Abstimmung vom 31. Januar 1891, durch die das Ministerium Crispi in der italienischen Kammer in die Minderheit geriet. Die Zeitungen der „lateinischen Schwester", die sich einer tollen Freude hingaben, sahen in dem Rücktritt Crispis das Verschwinden der kräftigsten Stütze, die der Dreibund in Italien besaß; und da man sich einen Phantasie-Crispi geschaffen hatte, frohlockte man, daß „der kriegerische Mann", derselbe, der „das ausgesprochene Ziel hatte, internationale Konflikte hervorzurufen", in der italienischen Regierung durch einen andern ersetzt wurde, der den Rüstungen und dem Bau von Schiffen einen Zaum anlegte". So schrieb darüber in „La France" (3. Februar 1891) De Lanessan, der in Verlegenheit geraten wäre, wenn er hätte angeben sollen, welche von den italienisch-französischen Streitigkeiten, die während der Regierung des „kriegerischen Mannes" zur Erörterung gelangten, von jenem aufgerollt worden waren.

Im Gegenteil, „dem kriegerischen Manne" war während seines nicht kurzen Ministeriums mit jeder Art von Schikanen zugesetzt worden, weil er Italien aus der traditionellen Bevormundung Frankreichs hatte befreien wollen. Nicht allein wurden diplomatische Zwischenfälle ohne vernünftigen Grund provoziert, und versuchte man auf jede Weise die Würde Italiens bald mit Einmischungen in Massaua, bald mit willkürlicher Beschneidung der italienischen vertragsmäßig garantierten Rechte in Tunis zu verletzen; schließlich ging man soweit, große Manöver an der italienischen Grenze in Szene zu setzen und militärische Vorbereitungen zu treffen, die Crispi mit Besorgnis erfüllten, da er die Pflicht hatte, sich auch mit der Möglich-

ihm paßt, aber nicht immer wahrheitsgemäß. In einem am 1. Januar 1920 im Corriere della Sera veröffentlichten Artikel hat er niedergeschrieben: „Im Jahr 1888, als man dem aufrichtigen Wunsche Crispis, des Präsidenten des Ministerrats, entsprechend in Paris wegen eines Handelsvertrags verhandelte und im Begriffe war, ihn abzuschließen, lud Fürst Bismarck, der trotz der Vertraulichkeit der Verhandlungen davon erfahren hatte, Crispi nach Friedrichsruh ein, um das Militärprotokoll abzuschließen, da er wußte, daß der patriotische furor gallicus durch diese Notiz den wirtschaftlichen Friedensschluß, der der Vorläufer des politischen Friedens war, verhinderte. Aber im Jahre 1898 bewahrte man das Geheimnis vorsichtiger und man erfuhr von der Verhandlung erst, als man deren Erfolg mitteilen konnte."

Auf diese Behauptungen ist zu antworten: 1. die italienischen Unterhändler Luzzatti, Ellena und Branca trafen in Paris am 28. September ein. Crispi reiste nach Friedrichsruh am 27. September ab. Die Einladung des Fürsten war dem Gesandten de Launay am 17. September übermittelt worden. Es konnte also keinerlei Beziehung zwischen der Einladung und den offiziösen Verhandlungen und Präliminarien bestehen, die in Paris eröffnet und alsbald unterbrochen worden waren, weil, wie der nämliche Luzzatti an Crispi telegraphierte, „die technischen französischen Bevollmächtigten über die wichtigsten Punkte der Verhandlung nicht vorbereitet waren." 2. Bismarck konnte Crispi nicht einladen um das Militärprotokoll abzuschließen, da Crispi es war, der die Initiative hiefür in Friedrichsruh ergriff und die Militärkonvention erst einige Monate darnach bearbeitet und abgeschlossen wurde (vgl. F. Crispi: „Politica Estera", Kap. VI und VII: Die erste Reise nach Friedrichsruh und der Bruch der Handelsbeziehungen mit Frankreich). 3. Das Geheimnis der Verhandlung von 1898 wurde eifrig gehütet, weil auch die, die es abgeschlossen, sich dessen schämten und der Vertrag zu der Folge führte, die ganz unausbleiblich war, nämlich zu der Steigerung der französischen Einfuhr in Italien und der Verminderung der italienischen Ausfuhr nach Frankreich. Es war eine Dreingabe zur Hauptsache, da Luzzatti und seine Freunde bereits die noch übriggebliebenen Rechte und Privilegien der Italiener in Tunis, die durch ewige Verträge garantiert waren, Frankreich preisgegeben hatten.

Um das Komische mit dem Tragischen zu verbinden, tut sich Luzzatti, der zur israelitischen Rasse zählt, selbst mit seinem „lateinischen Geist" groß.

Digitized by Google

lichkeit einer Verrücktheit vertraut zu machen; aber in Wirklichkeit hatten sie nur das Ziel, das internationale Ansehen Italiens zu schädigen und die öffentliche Meinung in Italien zu alarmieren, wodurch man die Propaganda im Sinne der französischen Eingebung unterstützte, die Crispi den Ruin des Landes durch seine ehrgeizige und größenwahnsinnige Politik zuschrieb[1]). In den Berichten des italienischen Botschafters in Paris, General Menabrea, finden sich häufig Sätze, wie folgender:

„Sie (die Urteile der Presse über die Rede in Palermo, in der Crispi einen Akt des Wohlwollens, die Abschaffung der italienischen Differenzialtarife angekündigt hatte) konnten in der Tat nicht anders ausfallen bei den unauslöschlichen Vorurteilen gegen den Chef der italienischen Regierung, der als ein unüberwindliches Hindernis der wahren Aufgabe der französischen Politik, nämlich der Sprengung des Dreibundes, angesehen wird." (Bericht vom 17. Oktober 1889.)

Die italienischen Politiker wurden in der französischen Presse in zwei Kategorien eingeteilt, die der Freunde und die der Feinde Frankreichs, je nachdem sie Gegner oder Anhänger des Dreibunds waren. Die Abgeordneten Cavallotti, Visconti-Venosta, Di Rudini, Luzzatti, Bonghi, Prinetti usw. standen an den Ufern der Seine in hohem Ansehen, weil sie gegen das italienisch-deutsche Bündnis schrieben oder redeten, und etlichen unter ihnen wurde mittels vielgestaltiger französischer Einmischung in das italienische politische Leben dazu verholfen, daß sie an die Regierung gelangten. Aber sobald sie das erreicht hatten, hatten sie nicht die Stärke, ein Band zu zerreißen, das den Interessen des italienischen Staats entsprach und die Sympathien der überwiegendsten Mehrheit des Landes genoß; und in Frankreich wurde Di Rudini, der nach dem Sturz des Kabinetts Crispi Präsident des Ministerrats und auswärtiger Minister geworden war (31. Januar 1891), stark verhöhnt, als er wenige Monate nach seinem Amtsantritt den Vertrag mit den Zentralmächten, und zwar ein Jahr vor seinem Ablauf, erneuerte. Doch waren auch damals die französischen Zeitungen im Unrecht, da Di Rudini soviel in seinen Kräften stand dahin wirkte, das diplomatische Band zu einem rein formalen zu gestalten und ihn des Inhalts zu entkleiden, den Crispi ihm gegeben hatte.

Gerade unter dem ersten Ministerium Di Rudini war es, daß in den leitenden Kreisen Deutschlands das Vertrauen auf die Festigkeit der politischen Direktiven Italiens verschwand, das einzuflößen Crispi gelungen war. Daher mußte, als Crispi Ende 1893 wieder zur politischen Macht gelangt war, er mit Bitterkeit feststellen, daß Deutschland, wenn schon es nicht darauf verzichtete uns durch den Vertrag an sich gekettet zu halten, gleich als ob das für seine Zwecke genügte, das Interesse für jede italienische Angelegenheit verloren und uns dem Gängelband Frankreichs hatte anheimfallen lassen.

Man zerstört schneller, als man baut. Crispi, der scharf bekämpft wurde, weil er mit unerbittlicher Energie die Ordnung im Innern wiederherstellte und der durch das afrikanische Unternehmen völlig in Anspruch genommen war, fand keine Zeit, die alten Beziehungen wiederherzustellen und im Land die Sympathien wiederzuerwecken, die für den Bund mit Deutschland so lebhaft gewesen waren. Er fand auch bei seinen Fühlern, die er bei den neuen Leuten der Reichskanzlei in Berlin ausstreckte, keinen Eifer und keinen guten Willen.

Frankreich wollte uns einen Denkzettel geben durch die vom Glück begünstigten Ränke, ferner die Unterstützungen, die es unseren äthiopischen Feinden lieh, und die gleichzeitige bösartige Aktion bei England, das alles zu unserem Schaden wagen wollte und konnte, solange wir im Dreibund verblieben. Crispi hätte den Wunsch gehabt in Freundschaft alle mit Frankreich schwebenden Streitfragen beizulegen: die Handelsbeziehungen, die Abgrenzung der Territorien im Ostafrika, die Regelung der kommerziellen und persönlichen Stellung der italienischen Untertanen in Tunis usw. und er zögerte nicht, die Initiative zu einer derartigen freundschaftlichen Auseinandersetzung zu ergreifen, wenn schon er an dem Erfolg

[1]) Einige gegen Crispi voreingenommene Parteischriftsteller haben das Bestehen der Gefahr eines französischen Angriffs im Jahre 1888—89, die ich in meinem Band Francesco Crispi „Politica Estera" erwähnte, in Zweifel gestellt. Um zu beweisen, daß diese Gefahr nicht der Phantasie Crispis entsprungen war, will ich sagen, daß die Nachrichten an die italienische Regierung über die französischen militärischen Vorbereitungen sogar aus englischer Quelle und zwar einer sehr beachtenswerten stammten.

Digitized by Google

zweifeln durfte. Er hatte das gute Gewissen, eine Politik zu treiben, die nicht auf Verwicklungen abzielte, und zur Erhaltung des europäischen Friedens dadurch beizutragen, daß er den Dreibund aufrecht erhielt, der tausendmal als Friedensbund öffentlich verkündet worden war. Außer den offiziellen „Avancen" machte er auch eine private bei Herrn Bourgeois, dem Präsidenten des französischen Ministeriums durch Vermittlung des Senators Luigi Bodio, deren Crispi selbst in einem diplomatischen Dokument (9. Februar 1896) in folgenden Ausdrücken gedenkt:

„Unter Benützung des Umstandes, daß einer meiner hochgestellten und hervorragenden Beamten, der gleichzeitig sich meines Vertrauens und der persönlichen Freundschaft des Herrn Bourgeois, der mir früher von ihm selbst vorgestellt worden war, erfreute, sich mit einer technischen Mission betraut nach Paris begab, hatte ich diesem gesagt, daß, wenn er den Präsidenten des französischen Ministerrats sähe, er die Gelegenheit ergreifen solle, ihm beizubringen, daß der Augenblick nicht günstiger sein könnte, um im Einverständnis mit der italienischen Regierung jede aufreizende Streitfrage zu lösen; er wisse, die italienische Regierung sei hierzu voll und ganz bereit, während anderseits das Land unter diesen Umständen von einem Ministerium, dessen Präsident ich sei, auch das hinnehmen würde, was ihm bei anderen Ministern als ein Akt der Schwäche erschienen wäre. Darauf war die Antwort des Herrn Bourgeois folgende gewesen:

‚Merkt euch, der Sinn aller Franzosen ist stets auf die verlorenen Provinzen gerichtet und nichts, was auch geschehen mag, wird ihn je davon abbringen. Niemand wird je die Trennung Elsaß und Lothringens von Frankreich als eine endgültige und unwiderrufliche Tatsache hinnehmen. An dieser Trennung messen die Franzosen stets die andern Fragen. Es kann deshalb niemals irgendein Ausgleich zwischen uns und Italien zustandekommen, solange dieses als Verbündeter Deutschlands zu dieser Trennung beiträgt.'"

Die Regierungsmänner, die ängstlich nach dem ersten Ministerium Crispi (1891) und offen nach dem zweiten (1896) an einer politischen Wiederannäherung an Frankreich um jeden Preis arbeiteten, waren von dem Gedanken beherrscht, die der Senator Stefano Jacini im Jahr 1891 aussprach gelegentlich der Erörterung, ob Italien den Dreibundsvertrag erneuern solle, und zwar mit folgenden Worten:

„In Wahrheit, welches ist der Charakter des Dreibunds? Es ist der einer gegenseitigen Bürgschaft des Besitzes der gegenwärtigen Gebiete, die sich drei Mächte untereinander leisten. Wenn der status-quo dieses Besitzes unbestreitbar und unbestritten bezüglich der andern wäre, wie er es bezüglich uns ist, würde diese Zusammensetzung in der Tat ein Friedensbund sein. Aber so liegt die Sache nicht. Frankreich beruhigt sich nicht und könnte sich auch nicht mit dem Verlust von Elsaß-Lothringen beruhigen; und zwanzig Jahre hindurch trotz seiner innerpolitischen Krisen hat es mit bewundernswerter Beharrlichkeit seine Streitkräfte wiederhergestellt, indem es sie vervierfachte, hat es diese Kraftanstrengungen dank einer unerschöpflichen wirtschaftlichen Macht aufrechterhalten; all das mit dem alleinigen Ziel, seine Vergeltung vorzubereiten.

Die Elsässer sind deutschen Bluts, aber zum weitaus größeren Teil wollen sie wieder Franzosen werden. Noch mehr die Lothringer, die auch französischer Abstammung sind ...

Dies vorausgesetzt, was haben wir getan? Wir haben uns verführen lassen Deutschland ... implicite auch diesen so bestrittenen Besitz zu garantieren, und alle militärischen Anstrengungen, die uns ruinieren, haben das Ziel, diese übernommene Pflicht mit Ehren genügen zu können."

Senator Jacini beachtete, wenn er den Wert des Dreibunds auf eine gegenseitige Gebietsgarantie zwischen den Verbündeten zurückschraubte, nicht den dauernden Widerstreit zwischen den französischen und italienischen Interessen und den nicht zu beseitigenden Willen aller politischer Regime Frankreichs, unser Land nicht als ihnen gleichberechtigt zu betrachten; ebensowenig die verbürgten Wohltaten des europäischen Friedens; er warf auch nicht die Schwierigkeiten der italienisch-österreichischen Beziehungen in die Wageschale; und so wurde er, während er sich über die Militärausgaben beschwerte, sich dessen nicht bewußt, daß sie viel drückender gewesen wären, wenn wir die Verteidigung unserer Grenzen unseren Streitkräften allein hätten anvertrauen müssen. Aber der bemerkenswerteste Umstand ist die in nicht mißzuverstehenden Worten ausgesprochene Überzeugung, daß Frankreich entschlossen war, Deutschland zu bekriegen und sich darauf vorbereitete.

Digitized by Google

Jacini war Anhänger des Austritts von Italien aus dem Dreibund und einer Politik der Sammlung; er riet nämlich zu einer Rückkehr zu dem Zustand von 1882, der sogar von Depretis für unhaltbar erklärt war. Statt dessen gaben die Regierungsmänner, die gleich ihm die Rechte Frankreichs auf Vergeltung als sakrosankt anerkannten und einen neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland als unvermeidlich und vom Schicksal bestimmt ansahen, der zweideutigen Politik des Nebeneinanderbestehens einer betonten Freundschaft mit Frankreich und des Bündnisses mit Deutschland den Vorzug, einer Politik, die unabweisbar zu immer größeren, schwer zu verbergenden Zugeständnissen an den Freund und zum Treubruch gegenüber den Verbündeten führen mußte; und daher auch ersteren zum Kriege ermutigen und den Verzicht auf die Vorteile herbeiführen mußte, die uns von der anderen Seite bei einer aktiven und anständigen Durchführung des Bündnisses zugeflossen wären.

Ein unwiderlegliches Beweisstück für eine solche Politik, die nach der Lage der Umstände, insofern sie nämlich Frankreich freie Hand gegen Deutschland gewährte und die heilsame Furcht beseitigte, die es vor dem Block der italienisch-österreichisch-deutschen Streitkräfte hatte, in dem Bilde der ferner- und näherliegenden Verantwortlichkeiten für den großen Krieg betrachtet werden muß, ist der Vertrag Delcassé-Prinetti von 1902, der in seinen genauen Bestimmungen von der französischen Regierung im Gelbbuch im Dezember 1919 veröffentlicht worden ist.

Gemäß dieses Akts garantieren sich Frankreich und Italien eine strikte Neutralität in dem Fall, wo sie das Ziel eines direkten oder indirekten Angriffs von seiten einer oder mehrerer Mächte seien. Aber während die Erklärung einen großen Wert für Frankreich besaß, dessen Feind der Öffentlichkeit gegenüber genau gekennzeichnet war, hatte er gar keinen für Italien, das mit Österreich durch ein Bündnis verknüpft, den Angriff von keiner Macht zu befürchten brauchte.

Auch dieser Vertrag trug nicht dazu bei, uns das Wohlwollen Frankreichs zu sichern, nicht einmal seine strikte Neutralität während des Kriegs in Libien und dem nachfolgenden Balkankrieg. Im Gegenteil ergriff die französische Regierung, obwohl sie seit 1909 Libien als zu unserer Einflußsphäre gehörig anerkannt hatte — und sie war dafür durch unser analoges Anerkenntnis des Übergewichts ihrer Interessen in Marokko entschädigt worden —, ostentativ für die Türken Partei; und später, im Jahre 1913, übte sie alle Druckmittel aus, um uns die Karte des Dodekanesos aus der Hand zu winden, zugunsten Griechenlands. Kurz, die „lateinische Schwester" nahm die Erklärung Prinetti als eine ihr gebührende Huldigung entgegen und hielt sich zu nichts verpflichtet, besonders nachdem sich Italien in Algericas durch die Unterstützung der französischen Interessen öffentlich bloßgestellt hatte. Es blieb immer noch das förmliche Band des Dreibunds bestehen, das weder Prinetti noch seine Freunde zu zerschneiden wagten und dieser Stein des Anstoßes genügte, daß das Volk und die Regierung in Frankreich, weil sie uns beargwöhnten, an der hergebrachten anti-italienischen Politik festhielten. Francesco Crispi gab eben dieser Politik der italienischen Ministerien das passende Motto:

„Beargwöhnt in Berlin, mißachtet in Paris, überall schlecht behandelt, das ist die bittere Frucht, die die Italiener aus der unzuverlässigen Politik ihrer Regierung ernten." (Fr. Crispi: Pensieri e Profezie, S. 4).

Das französisch-russische Bündnis.

Fast gleichzeitig mit der Schwächung, die dem Dreibund durch die tatsächlich vollzogene Trennung Italiens von ihm beigebracht war, gelang es Frankreich, Rußland an seine Vergeltungspläne gegen Deutschland zu fesseln. Dieses Werk nahm zu einem gegebenen Zeitpunkt alle Formen einer riesenhaften Bestechung an.

Frankreich mußte den Widerwillen, den die ungeheuerliche Ehe zwischen der Demokratie und Autokratie so und so vielen Franzosen einflößte, überwinden[1]). Der Zar seinerseits

[1]) Wir führen einige Namen an: Gambetta, Barthelemy St. Hilaire, Jaurès. Gambetta war ein zu aufrichtiger Republikaner, um nicht gegen den Zarismus Abscheu zu empfinden und bei verschiedenen Veranlassungen redete er über ihn all das Schlechte, das er von ihm dachte. Barthelemy St. Hilaire, der Exminister des Auswärtigen der Republik, definierte in einer von dem Times veröffentlichten Unterredung (20. Oktober) den Plan der französisch-

Digitized by Google

und das System, das in ihm verankert war, konnten keine Sympathien empfinden für die republikanische Staatsform, die in Frankreich festen Fuß gefaßt hatte. Der Widerstreit lag offen zutage und war tiefgreifend.

In Rußland hatten politische Sympathien für Frankreich nie bestanden: seit der napoleonischen Epoche bis zum Krimkrieg waren die diplomatischen Beziehungen beinahe stets unfruchtbar und schwierig, ausgenommen etwa die kurze Zeitspanne unter Karl X.

Solange Fürst Bismarck seinen großen Einfluß auf die Politik der europäischen Staaten ausübte, waren die Versuche Frankreichs, aus der Isolierung durch ein Bündnis mit Rußland herauszukommen, erfolglos. Der Hof, die obere Gesellschaft, das Heer, die Bureaukratie in Rußland umfaßten zahlreiche und einflußreiche deutsche Elemente; der Zar war ganz von seiner Überzeugung durchdrungen, daß er das monarchische Prinzip nicht schwächen dürfe und enge Berührungen mit der dritten französischen Republik vermeiden müsse. Es ist bekannt, daß nach der Gründung des Reichs der Große Kanzler eine besondere Sorgfalt darauf verwendet hatte, freundschaftliche Beziehungen mit Rußland aufrecht zu erhalten und wenn er eines schönen Tages im Jahre 1879 es für nützlich hielt, sich durch das deutsch-österreichische Bündnis gegen das Spiel Gortschakoffs und die periodisch wiederkehrende Drohung der Ansammlung von russischen Truppen an der Grenze zu schützen, so unterließ er es nie, gegen die Anschuldigung zu protestieren, auf dem Berliner Kongreß die Interessen Rußlands verletzt zu haben, womit der russische Kanzler seine Abneigung gegen den früheren Freund zu rechtfertigen pflegte. Er versicherte, daß er während dieses Kongresses so russisch war, wie es ein Deutscher sein kann und daß, wenn Rußland bei dieser Gelegenheit Schaden erlitt, die Schuld auf das Kabinett von Petersburg zurückfiel, das nicht das forderte, was es brauchte. In der Überzeugung, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland absurd war, weil, sagte er zu Eugen Lwon, dem Korrespondenten der Nowoje Wremja, „weder wir von euch, noch ihr von uns in keinem Fall Milliarden herauspressen können, auch nicht Gebiete, deren Erwerb ein Schaden und Verbrechen wäre", so gab er sich alle Mühe, alle Schwierigkeiten zu überwinden, indem er die russische Politik im Orient unterstützte oder ihr wenigstens keine Hindernisse bereitete, so daß er nach Gortschakoffs Tod zu dem geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland gelangte.

Fürst Bismarck lieferte durch Abschluß dieses Vertrages einen hervorragenden Beweis für seinen festen Willen, den Frieden aufrecht zu erhalten: er hatte ein Bündnis mit Österreich geschlossen, um sich gegen einen Angriff sicherzustellen, und er verpflichtete sich, es preiszugeben, wenn es den Krieg provozierte; anderseits schloß er die Hypothese eines Krieges mit Frankreich aus, in dem Deutschland nicht der angegriffene Teil war.

Nach Bismarcks Sturz erlahmte der deutsche Einfluß auf die leitenden russischen Sphären[1]) und so konnten diese allmählich von der scharfsichtigen französischen Umtriebigkeit ge-

russischen Allianz als eine „Tollheit", weil „Rußland der Repräsentant des Barbarentums ist und es unmöglich ist, daß Frankreich durch ein Bündnis mit der Barbarei die Kultur des Westens unter der Agide des Dreibundes preisgibt". Jean Jaurès bekämpfte in einer uns näher liegenden Zeit die „französisch-russische Phantasterei" als eine Gefahr für den europäischen Frieden und auch als ein „Werkzeug der Reaktion".

[1]) In einem Bericht vom 26. Januar 1890, vor der Entlassung Bismarcks, bemerkte der italienische Botschafter in Petersburg Marochetti, der von der Absicht Kaiser Wilhelms, den Herbstmanövern in Krasnoje Selo beizuwohnen, Mitteilung machte: „Es liegt der Wunsch des Fürsten Bismarck klar zutag, daß dieser neue Besuch besonders in Frankreich Eindruck machen soll, wo man mit eifersüchtiger Aufmerksamkeit jeden Schritt beobachtet, den Deutschland Rußland gegenüber unternimmt. Für die neue Zusammenkunft könnte man schon einen anderen Beweggrund finden, z. B. einen Quell persönlicher Sympathien zwischen den beiden Souveränen zu eröffnen, aus dem man fast unmerklich dann das Vertrauen auf die Lauterkeit des Berliner Kabinetts in den Gedankenkreis Alexanders III. hinüberleiten will. Wenn man dahin gelangen will, den Zar von irgend etwas zu überzeugen, so muß man zunächst die Sprödigkeit überwinden, die dieser furchtsamen, wenig umgänglichen, behutsamen, argwöhnisch zaudernden und doch sich auf ihre eigenen Überzeugungen versteifenden Natur angeboren ist. Indem man sich seinem geraden und absoluten Charakter anvertraut, muß man ihn dahin bringen, daß er mit Händen greifen kann, wie viel Irrtümliches in seinen ersten Gedanken gewesen sein könnte: im vorliegenden Fall in dem Zweifel, den er bezüglich der Aufrichtigkeit der Freundschaft Deutschlands hatte ... Es kommt hinzu, daß der Kanzler diesen Plan in einem Augenblick begünstigt, in dem offenbar Deutschland begründeten Anlaß hatte, sich über die gewalttätige und oft ungerechte Art zu klagen, mit der man in den

Digitized by Google

wonnen werden, die auch von mißtrauischen Eindrücken gegen Wilhelm II. unterstützt wurde, die die schroffe Art der Entlassung des Großen Kanzlers bei Zar Alexander III. hervorgerufen hatte.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die despotische Regierungsform weder den Charakter noch die Moral der russischen Beamten auf allen Rangstufen günstig beeinflußt hat.

Vom Grafen Kalnoky, dem Kanzler des österreichisch-ungarischen Reichs und ehemaligen Gesandten beim Zaren stammt die Phrase, „in Rußland stehlen alle". Das Echo, das in die westlichen Länder über die Diebstähle und Unterschlagungen während des Russisch-Japanischen Krieges hinüberhallte, verstärkte dieses Urteil[1]).

Was in einer solchen Atmosphäre die Agenten Frankreichs, das zu allen Zeiten und unter allen Regierungsformen äußerst gewandt war, sich mit Geld die Wege zum Triumph zu bahnen, ausgesät haben, kann man sich leicht vorstellen.

Sicherlich wurden alle Gründe ins Treffen geführt, um nach der Phrase Crispis diese „unnatürliche Ehe" zu rechtfertigen und die russischen Panslawisten, die Bejaher einer in Wirklichkeit nicht bestehenden Einheit der slawischen Völker, lieferten die für den Dünkel des Zaren und den moskowitischen Militarismus überzeugendsten. Letztere waren leicht empfänglich für uferlose Ausdehnungspläne, die in Wirklichkeit weder durch den halbbarbarischen Zustand der russischen Kultur, noch durch die demographische Lage dieses für 130 Millionen Einwohner schon viel zu ausgedehnten Landes, noch durch die rückständige Entwicklung seiner Industrie gerechtfertigt waren. Auf welchem Weg es auch geschehen konnte, jedenfalls konnte die russische Politik, sei es im europäischen Osten, sei es in Asien dadurch, daß sie sich auf Frankreich stützte, nicht solche Vorteile erringen, daß sie sich um die augenfälligen Nachteile, *ja sogar* um die Todesgefahr nicht zu kümmern brauchte, der sich die zaristische Regierungsform durch die enge und häufige Berührung mit der radikalen französischen Demokratie aussetzte[2]). Es soll noch beigefügt werden, daß im Jahre 1891, als das französisch-russische Bündnis eine endgültige Form annahm, die Ausdehnungspolitik Rußlands von England heftig befehdet wurde und der Ausgleich, der in der Folge zwischen diesen beiden Staaten, dank ganz außergewöhnlicher Umstände abgeschlossen wurde, damals noch nicht vorausgesehen werden konnte. In jener Zeit, solange das englische Einverständnis fehlte, hätten die Ziele des russischen Imperialismus auf Konstantinopel und jede Hoffnung auf Expansion oder auch auf Hegemonie in den Balkanstaaten gar keine Vorteile aus dem Beitritt und der Unterstützung Frankreichs gezogen. Und in der Tat blieben auch die Schäden und die Gefahren, auf die wir oben hingewiesen haben, bestehen. Es steht fest, daß seit dem Abschluß des Bündnisses bis zum Tag der russisch-britischen Annäherung, nämlich 15 Jahre lang, in der auswärtigen Politik Rußland nur Mißerfolge hatte: im fernsten Osten ließ es sich zu dem unglücklichen Krieg mit Japan verleiten und im türkischen Orient mußte es mehrmals Verständigungen mit Österreich suchen, wie in den Jahren 1897 und 1903 (Mürzsteg) wegen der Reformen in Mazedonien: niemals konnte ihm Frankreich allein helfen[3]).

Baltischen Provinzen zur politischen und religiösen Russifizierung dieser Landstriche übergeht, die durch jahrhundertalte Überlieferungen deutsch und protestantisch sind."

[1]) In den italienischen Zeitungen vom 19. Juli 1914 liest man: Telegramm aus Paris 19. Aus Petersburg kommt die Nachricht, daß das Militärgericht von Moskau sein Urteil in dem Prozeß der Betrügereien bei der Intendantur, der über einen Monat dauerte, verkündet hat. Von 66 Angeklagten sind 53 zu verschiedenen Strafen, die zwischen 11 Monaten und 3 Jahren Gefängnis schwanken, und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Unter den Verurteilten befinden sich 2 Generale, 5 Oberste, 17 Oberstleutnants, 18 Hauptleute, die alle wegen Erpressung angeklagt waren.

[2]) Elisé Reclus setzte in einer Studie „Le Panslavisme et l'unité russe", veröffentlicht in der „Revue" (Paris, 1. November 1903) in überzeugender Weise die absolut widerspruchsvolle Lage auseinander, in die sich Rußland mit seiner auswärtigen Politik und in bezug auf seine herkömmliche Regierungsform gebracht hatte, und er sah voraus, daß sicherlich der Erfolg der französisch-russischen Intimität die Beschleunigung des Hereinbruchs der unvermeidlichen Katastrophe in dem großen slawischen Reich sein werde. „Äußere Evolution unterstützt die innere Evolution." Prophetische Worte!

[3]) Bis 1890 einschließlich setzte man in den hohen russischen Einflußsphären, wie es scheint, den Lockungen Frankreichs erfolgreichen Widerstand entgegen. In einem Bericht des Botschafters Marochetti vom 19.—26. Januar 1891 werden einige Erklärungen, die ihm vom Minister des Auswärtigen des Zaren, Herrn Giers, gegeben wurden, mitgeteilt, deren Wiedergabe nützlich ist:

Digitized by Google

In Wirklichkeit wurden die Reichtümer Frankreichs der entscheidende Faktor der neuen Politik, nämlich der Tatsache, daß die Autokratie sich völlig dem Vaterland der Revolution in die Arme warf.

Der furchtsame Geist Alexanders III.[1]) vermochte den Einflüssen, die sich um ihn erhoben, keinen Widerstand zu leisten. Anderseits erforderten die innere und äußere Politik, das Heer und die Marine, sowie die Eisenbahnen um 1891 große Geldsummen, die die Regierung weder aus den Steuern noch aus den Zöllen herauswirtschaften konnte. „Bitte und dir wird gegeben", erklärte Frankreich. Und Petersburg fing an um Milliardendarlehen nachzusuchen, während Paris sich beeilte, die Ersparnisse der Kleinbürger von Frankreich auszuliefern. Und wie es der Logik entsprach, nahm von den ersten Milliarden ab die französische Regierung Hypotheken, politische Hypotheken: denn das waren die einzigen, auf die sie abzielte. In der Tat wurden im zweiten Halbjahr 1891 von den französischen Ministern Freycinet und Ribot die ersten französisch-russischen Verträge vorgeschlagen und abgeschlossen, die Poincaré

„Die Lage Rußlands ist gegenwärtig sehr befriedigend und seine Politik völlig dem friedlichen Charakter des Souveräns, der es regiert, angepaßt: wir sind durch kein Bündnis gebunden, wir wollen die Hände frei haben und können uns so ruhig der Vervollkommnung der Verwaltung und unserer inneren Angelegenheiten, sowie der Ordnung unserer Finanzen, die gedeihlich sind, widmen. . . . .

‚Die Franzosen', fuhr der Minister des Äußeren fort, ‚sind oft ‚lästig durch ihre Gefühlsausbrüche', sie bleiben aber ‚noch in erträglichen Grenzen'. Wir Russen ziehen, wohlverstanden, Nutzen aus diesen freundschaftlichen Neigungen. Mohrenheim hat die französische Regierung zu überzeugen verstanden, daß Kaiser Alexander III. die französisch-russische Freundschaft derart verkörpert, daß uns zur Erhaltung des wertvollen Lebens des Zaren die französische Polizei eine unentbehrliche Hilfe in der Überwachung der Nihilisten leistet. Mohrenheim hat vielleicht seinen eigenen Einfluß beim Kaiser etwas übertrieben; er hat gesagt, daß, als er vor vielen Jahren Minister in Dänemark war, ihm häufig Gelegenheit geboten war, den jungen Prinzen zu sehen und so ihm sympathische Gefühle für Frankreich einzupflanzen: aber all das schadet nichts. Ich persönlich aber, fügte Giers lachend hinzu, stehe bei den Franzosen nicht so im Geruch der Heiligkeit, wie Mohrenheim. Viele unter ihnen schreiben Privatbriefe an den Zaren, geben S. Majestät Ratschläge und bitten ihn, sich ‚Giers, des Deutschen' zu entledigen.

Diese Sprache des Ministers verdient Ew. Exzellenz mitgeteilt zu werden und ich gestatte mir in bezug hierauf einige Bemerkungen zu machen.

Erstens die sogenannte Vervollkommnung der Verwaltung und der inneren Einrichtungen, die die Rückkehr zu den despotischen Maßnahmen in der Verwaltung bedeutet, ist sicherlich nicht ein Element von Stärke und Gedeihen, weil es nur umstürzlerische Gedanken, also den Nihilismus, hervorrufen kann. Die brüske Russifizierung der Baltischen Provinzen und von Finnland sodann ist ein Element der Schwäche, nicht nur vom Gesichtspunkt der inneren Politik, sondern auch von dem der äußern. Noch gestern sprach der dänische Minister mit mir über den ganz schlechten Eindruck, den die in Finnland ergriffenen Maßregeln in Schweden und Dänemark hervorgerufen haben und bemerkte, daß der Einfluß der slawophilen Partei, der sich jetzt verpflichtet fühlt, sich im Innern auszutoben, zu dem Ergebnis führen würde, die skandinavischen Ländern in die Arme Deutschlands zu treiben."

[1]) Nicht ohne Interesse sind folgende Bruchstücke eines Berichts (30. März 1890) des italienischen Botschafters in Berlin, Graf di Launay: „Augenblicklich scheint der Friede nicht bedroht. Zwar sieht man noch das Irrlicht eines möglichen französisch-russischen Bündnisses bald nah, bald fern, immer aber trügerisch, über die Steppen der europäischen Politik dahintanzen. Das Kabinett von Sankt Petersburg, oder vielmehr die panslawistische Richtung arbeitet dafür, die Gefühle des Mißtrauens und der Rachsucht zwischen Frankreich und Deutschland zu erhalten, denn eine Annäherung dieser beiden Völker würde den Sinn aller Berechnungen Rußlands stören, die kein anderes Ziel haben als Deutschland und Frankreich im Gegensatz zueinander zu erhalten und das eine Land durch das andere auszuschalten.

Immerhin gibt ein in einigen Monaten bevorstehendes Ereignis Anlaß zu gewissen Bedenken: in Russisch-Polen werden 6 Armeekorps und 6 Kavallerie-Divisionen Manöver abhalten. Seit langen Jahren hat man keine derartige russische Truppenansammlung an der preußischen und österreichischen Grenze zu militärischen Übungen gesehen. Wenn Deutschland in der Nähe von Rußland oder Frankreich ähnliches vornähme, würde man nicht zögern Lärm zu schlagen und eine derartige Maßnahme als eine Herausforderung zu bezeichnen. Der neue deutsche Reichskanzler regt sich darüber nicht übermäßig auf. In wenigen Tagen vermöchte das Berliner Kabinett ebensoviele und noch mehr Soldaten in derselben Richtung mobil zu machen. Aber diese großen Manöver in Polen werden beweisen, daß Rußland große Fortschritte in seinen Rüstungen gemacht hat. Deutschland bleibt auf der Hut und betreibt seine Verteidigungsvorbereitungen eifrig. Es nimmt die friedlichen Versicherungen des Kaisers Alexander zur Kenntnis, ohne ihnen großen Wert beizulegen. Was aber Frankreich betrifft, so stößt der Umstand, daß Herr de Freycinet, jene bei jedem Hauch sich drehende Windfahne, die Regierung führt, ein nur recht mäßiges Sicherheitsgefühl ein.

Digitized by Google

als „ein wenig unbestimmt" beurteilt und bezüglich deren der Zar trotzdem wünschte, daß sie streng geheim blieben[1]). Durch sie verpflichteten sich beide Regierungen wechselseitig, sich über jede Frage „die den allgemeinen Frieden gefährden könnte", zu verständigen und über Maßregeln, die im Falle, daß eine der beiden Teile von einem Angriff bedroht sei, zu ergreifen seien, sich ins Einvernehmen zu setzen.

Dieser Entente folgte, immer auf französische Initiative, eine Militärkonvention. [Wir sind jetzt über die Einzelheiten unterrichtet durch die Generalstabsprotokolle im Heft „Poincaré" der Süddeutschen Monatshefte, Juli 1922, S. 210 ff. Die Schriftl.].

Dieser Allianzvertrag, dem ein Flottenabkommen, das das Datum vom 16. Juli 1912 trägt, sich anschloß, hielt Frankreich und Rußland bis zum Krieg verbunden. Eine einzige Modifikation wurde dem Artikel 6 im August 1899 hinzugefügt. Der Bund war, wie ausdrücklich gesagt war, abgeschlossen, um ein Gegengewicht gegen den Dreibund zu bilden; aber unter der Präsidentschaft Loubets, während Théophile Delcassé Minister der Auswärtigen Angelegenheiten war (dieser Name findet sich in den kritischsten Zeitpunkten der französisch-deutschen Beziehungen immer mit Maßregeln verknüpft, die gegen Deutschland gerichtet sind), wurde festgesetzt, daß der Bund auch weiter dauern sollte, wenn sich der Dreibund aufgelöst habe. In Wahrheit war der einzige Feind, den man im Auge hatte, Deutschland und im Jahre 1899 war Delcassé Italiens so sicher und voller Zuversicht, es vom Dreibund loszureißen, daß, um einen so nützlichen Erfolg zu erzielen, er doch nicht Gefahr laufen wollte, diesen für Frankreich so außerordentlich kostbaren Vertrag in Nichts zerrinnen zu sehen.

Die zwanzig und mehr Milliarden, die auf Grund der verschiedentlichen in Frankreich aufgelegten Anleihen an die Regierung des Zaren ausbezahlt wurden, waren sicherlich kein gutes Geschäft für die Bürger, die sie aufbrachten. Wenn die französische Regierung mit allen Mitteln diese Anleihe unterstützte, so kümmerte sie sich mehr um die politische Wirkung, die sie dadurch erzielte, indem sie sich nämlich die leitenden russischen Klassen unterwarf, um im günstigen Augenblick über die Streitmacht des großen Reiches verfügen zu können, als um das Interesse der kleinen französischen Sparer. Diese glaubten in Wahrheit der außergewöhnlichen Reklame der Zeitungen, welche vom russischen Schatzministerium bezahlt waren, laut deren sie ihr Geld in sicherer und günstiger Form anlegten, aber anderseits waren sie auch der Ansicht, außer einem guten Geschäft zugleich eine patriotische Handlung zu vollziehen. Ein einflußreicher Schriftsteller, André Chéradame, schrieb[2]), daß, als unter dem Staunen der ganzen Welt das französisch-russische Bündnis abgeschlossen war, „der Vergeltungsgedanke noch das Ideal der Franzosen beherrschte. Und diese waren deshalb geneigt, in dem Bündnis vielleicht weniger einen Weg zu erblicken, auf dem man die Zukunft sicherte, als ein Mittel, um Elsaß-Lothringen wiederzuerwerben".

Das nämliche bezeugte am 23. Januar 1903 vor der französischen Kammer Jean Jaurès:

„Ich sage, ein Teil dieses Landes hat geglaubt — und darin beruht die tiefe, volkstümliche Wurzel des französisch-russischen Bündnisses —, ein Teil dieses Landes hat von Anfang an geglaubt, daß das französisch-russische Bündnis nicht blos ein defensives war, oder wenigstens, daß sein defensiver Gedanke in gewisser Hinsicht nur die Vorbereitung eines anderen viel kühneren und waghalsigeren Gedankens war".

Die französische Politik hat ein Gewebe von Hintergedanken, Heucheleien und Lügen darstellen müssen. Als man Rußland das Bündnis vorschlug, wurde ihm natürlich nicht gesagt: „Du wirst Krieg führen, um mir Elsaß-Lothringen zurückzugeben." André Chéradame schrieb in dem interessanten angeführten Artikel:

„Der gesunde Menschenverstand lehrt, daß ein großer Staat wie Rußland nicht aus Mutwillen die Gefahren eines Riesenkampfes einzig und allein deshalb laufen darf, um einem fremden und entfernt wohnenden, wenn auch sehr sympathischen Volk wieder zum Besitz von Gebieten zu verhelfen, die dieses durch die Tatsache des Krieges verloren hat."

Aber er beeilte sich hinzuzufügen, damit seine französischen Leser ihn nicht für ein Schaf hielten:

„Aber wohlverstanden: wenn der Wiedererwerb Elsaß-Lothringens von seiten Frankreichs auch nicht so aufzufassen ist, daß er das Ziel des französisch-russischen Bündnisses ist, so kann er doch eine Folge davon sein".

[1]) Vgl. R. Poincaré, Les origines de la guerre, S. 56.
[2]) Vgl. „Revue Hebdomadaire", Paris, 24. Mai 1902.

Digitized by Google

Und in der Tat, wenn das Ziel verheimlicht wurde, weil es so sein mußte, so war doch die ganze Tätigkeit der französischen Ministerien darauf gerichtet, es zu verwirklichen.

Dieser Satz definiert mit einer Genauigkeit, die nicht größer sein könnte, die Politik, die sich die französische Regierung zum Ziel gesetzt hatte, die in dem Bewußtsein, daß sie den Krieg für den Wiedererwerb Elsaß-Lothringens nicht als Ziel des Bündnisses setzen konnte alle ihre Handlungen der Erreichung dieses Endzweckes anpaßt, indem sie ihn, so weit es ihr möglich ist, dadurch vertuscht, daß sie alle Augenblicke das Gleichgewicht der Kräfte und den Frieden Europas lobpreist, damit keiner in Alarm gerät, weder Europa noch der Zar selbst.

Nikolaus II., der Ende 1894 Alexander III. gefolgt war, begriff für seine Person nicht, daß dadurch, daß er in unablösbare Schulden gegenüber Frankreich geriet, er zugunsten dieses Landes seine eigene Freiheit verkaufte. Die Anleihen, die mehr dem Zaren, als dem russischen Volk gewährt wurden, hatten keinen anderen Zweck. Alle französischen Minister, von Delcassé bis Bourgeois, von Briand bis Poincaré und Clemenceau, wollten das zaristische System an den Wagen Frankreichs mit Goldketten binden, obwohl sie wußten, daß dieses System unvernünftig despotisch gegen das russische Volk war und daß das Geld der französischen Sparer ungenügend sichergestellt war.

Die Anleihen folgten aufeinander ohne Atempause. Da sie zu unproduktiven Ausgaben verschleudert wurden, gelang es dem Staatshaushalt nicht einmal die Zinsen daraus zu bezahlen, so daß jede neue Forderung die drohende Form der Notwendigkeit für die Bezahlung der Coupons der vorhergehenden Anleihe annahm. Gelegentlich der im Jahre 1906 begebenen Anleihe von zwei Milliarden schrieb Jean Finot in dem eben angeführten[1]) Artikel seiner „Revue", nachdem er dargetan hatte, daß Frankreich durch seine stete Bereitwilligkeit, Rußland Geld zu leihen, die finanzielle Lage des letzteren verschlechtere, weil es ihm die Eingehung von Schulden erleichtere, die es unmöglich heimbezahlen konnte:

„Jede Forderung eines neuen Kredits ist immer von Drohungen begleitet gewesen, die laufenden Coupons nicht zu bezahlen, wenn die Anleihe verweigert werde. Diesen Drohungen waren und sind stets angeschlossen Versprechungen von phantasmagorischen Aufträgen, die die letzten Bedenken demoralisieren, denen man bisweilen bei der Hauptfinanz begegnet ..."

Er tadelte den damaligen Finanzminister Poincaré[2]) und versicherte überdies, daß etliche Finanzminister von den Mitteln Kenntnis hatten, „die wenig im Einklang mit den Forderungen der Moral ständen" und zu denen die russische Regierung gegriffen habe, um Geld zu beschaffen.

Die republikanische Regierung in Paris wußte ganz genau, daß all diese Milliarden, die dem zaristischen System anvertraut waren, ihr nicht den Dank des russischen Volkes einbrachten. Das Ergebnis einiger dieser Anleihen wurde geradewegs für die Politik der grausamen Unterdrückung verwendet, deren typischer Vertreter der General Trepoff nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges mit Japan war. In Frankreich entschied die „Liga für die Menschenrechte", die achtzigtausend Mitglieder zählte, sich dafür, eine Agitation einzuleiten, um „dem Skandal einer Demokratie die Stirn zu bieten, die einer Autokratie Geldunterstützungen gewähre, die bestimmt waren, das Reich der Gerechtigkeit und des Rechts einer befreundeten Nation noch länger vorzuenthalten"[3]).

---

[1]) In der Übersetzung gestrichen. (D. Schriftl.)

[2]) Vergl. auch die Zitate aus Gouttenoire de Toury: Poincaré a-t-il voulu la guerre? im Heft Poincaré der Südd. Monatsh., S. 185. (D. Schriftl.)

[3]) Wie man auch die Rolle, die Rußland in dem großen Krieg gespielt hat, beurteilen mag, so ist es doch außer Zweifel, daß seine Heere von einem unberechenbaren Vorteil für Frankreich waren. Daraus müßte folgen, daß letzteres seiner Befriedigung über die Ströme russischen Blutes Ausdruck verleihen müßte, die vergossen wurden, um die bedeutenden deutschen Streitmächte beschäftigt zu halten, die es sonst zerschmettert hätten, und es dürfte nicht die Zurückerstattung des Geldes verlangen, das für Rußland das „verfluchte Gold" bedeutet hat. Die einst unter dem Regiment des Zaren herrschenden Klassen werden es kaum anders bezeichnen können, nachdem sie, wie es der Fall ist, in alle Himmelsrichtungen zerstreut, verelendet und dezimiert sind; das Volk sodann hat ein ganz besonderes Recht, das von Frankreich geforderte Anerkenntnis der Schulden zu verweigern. Die zwanzig und mehr Milliarden, die dem französischen Sparer abgeschwindelt wurden, wurden von der Regierung der Republik der russischen Regierung bewilligt, die sich im Zaren und seinen Ratgebern verkörperte, für politische Zwecke,

Digitized by Google

die Duma eine andere Anleihe von nur 200 Millionen gutzuheißen, die mit der Begründung, man wolle die ausgehungerten Bauern unterstützen, vorgelegt war, weil sie wußte, daß der Löwenanteil des Unternehmens in den Händen der Bureaukratie sich verflüchtigte.

Laut des Artikels 7 des Vertrags über das russisch-französische Bündnis vom 17. August 1892 sollten „alle Klauseln" desselben geheim gehalten werden, aber es war nicht vereinbart, daß die Tatsache des Bestehens des Bündnisses geheim bleibe. Weshalb sprach bis 1895 keine verantwortliche Persönlichkeit beider Länder das schicksalsschwere Wort aus?

Die Ankündigung, daß ein Abkommen zwischen den beiden Regierungen getroffen sei, erfolgte im Jahre 1891 nach dem Besuch der französischen Flotte in Kronstadt.

Es überraschte die Diplomatie nicht, erregte aber überall großen Eindruck. Die französische Presse feierte natürlich das Ereignis; die Regierung rühmte sich des eigenen Erfolges, ohne jedoch dessen Tragweite genau festzustellen.

In einer Rede, die am 10. September 1891 vor den Offizieren während der großen Ostmanöver gehalten wurde, in der eine Neuorganisation des obersten Kommandos der Armeen und Armeekorps ausprobiert worden war, sprach der französische Kriegsminister de Freycinet von einer „neuen Lage", indem er sich beglückwünschte wegen der Fortschritte des französischen Heeres, „die Europa sieht und Frankreich mit Jubel begrüßt", als diejenige, die „den einen Vertrauen, den andern Achtung" einhauchen mußte. Es war keine Friedensbotschaft oder wenigstens keine Botschaft von dem Frieden — schrieb die Zeitung La Paix am 13. September 1891 — „den man uns vorspiegeln wollte".

Der Minister des Innern, Constans, der einige Tage darnach, am 14. September, in Carpentras sprach, rühmte „die vollständige Wiedererhebung unseres Landes, ich könnte sagen seinen Neueintritt in die Welt" und zugleich den Frieden „aber einen Frieden, so wie ihn eine große Nation auffassen kann, die ohne Selbstüberhebung und Schwäche mitten im Drang aller Ereignisse das Bewußtsein ihrer Stärke bewahrt und auf ihre Größe bedacht ist".

Endlich sagte am 27. September in Bapaume, bei der Enthüllung eines Monuments des Generals Faidherbe, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ribot: „Nach einer Zeit der Unsicherheit hat uns Europa endlich Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ein weitblickender und entschlußfester Herrscher, der friedlich gesinnt ist, wie wir selbst, hat öffentlich der tiefen Zuneigung Ausdruck gegeben, die sein und unser Land verbinden. Das russische Volk hat sich seinem Kaiser angeschlossen, um uns seine herzliche Freundschaft zu bezeugen. Sie wissen, wie diese Gefühle bei uns Widerhall finden."

Es vergingen etliche Jahre, bevor sich die Welt eine klare Vorstellung von den Absichten der beiden Regierungen und den zwischen ihnen getätigten Vereinbarungen machen konnte. Im Jahre 1895 sprachen erstmals französische Minister das große Wort aus. Damals schrieb aus Paris (11. Juni 1895) der italienische Botschafter, Graf Tornielli, in folgenden Ausdrücken darüber:

„Die gestrige Sitzung der Deputiertenkammer wird einen bedeutenden Platz in der diplomatischen Geschichte einnehmen, weil im Laufe der Debatte von den Kämpen der sozialistischen und radikalen Gruppen der Anstoß dazu gegeben wurde, daß die Minister im Amt erstmals von der Tribüne über das zwischen Frankreich und Rußland bestehende Bündnis gesprochen haben. An Stelle der Worte von unbestimmter Bedeutung, wie sie bisher angewandt wurden, um das französisch-russische Einvernehmen zu bezeichnen, wurde ausdrücklich und klar das Wort ‚Bündnis' gebraucht; ich glaube nicht, daß das in Folge einer unvorhergesehenen rednerischen Entgleisung geschehen ist, vielmehr glaube ich, daß die Ankündigung des Bestehens eines förmlichen Bündnisses im voraus in dem Umfang, in dem sie geschah, von dem Kabinett

denen das russische Volk fernstand. Es steht fest, daß die echten Vertreter dieses von dem despotischen Regiment geknechteten Volks stets gegen die Anleihen Frankreichs Widerspruch erhoben haben. Ende 1905 wurde ein Manifest veröffentlicht und vom größten Teil der Zeitungen jedes europäischen Landes wiedergegeben, das von dem Rat der Arbeiterdelegierten, von dem Komitat der Vereinigung der Bauern, von den sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Parteien ausging und in dem gesagt war, daß „das russische Volk unter keinen Umständen die Anleihen, die von dem zaristischen Regiment in der Epoche seiner Kämpfe gegen das Volk abgeschlossen wurden, bezahlen werde." Und Maxim Gorki schrieb in einer an die Adresse der französischen Presse gerichteten Erklärung, daß das Geld, das gegeben sei an jene „anarchistische Vereinigung, die das verblendete Europa als russische Regierung anzusehen fortfährt" nur dazu gedient habe „Massenmorde durchzuführen".

Digitized by Google

von St. Petersburg zugestanden war. Es wurde also in folgenden Wendungen darüber gesprochen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sagte, daß auf das Anlehnungsbegehren, daß von Rußland in bezug auf die chinesisch-japanischen Angelegenheiten ausgegangen sei, Frankreich telegraphisch antwortete: ‚Frankreich stellt bei seinen Erwägungen die Rücksicht auf seine Bündnisse in erste Reihe. Daher sind wir bereit, die Absichten der kaiserlichen Regierung wegen der Friedensbedingungen zwischen China und Japan mit aller Kraft zu unterstützen'. Und weiterhin in seiner Rede schien Herr Hanotaux das Wesen des Bündnisses definieren zu wollen, indem er sich folgendermaßen ausdrückte: ‚Wird man endlich leugnen, daß unser so wiedergewonnenes Ansehen seinen Einfluß ausgeübt und Erfolge errungen hat in jener Neugestaltung der Kräfte Europas, die uns aus unserer Vereinsamung herausgeführt und uns die so lange entbehrte Anlehnung gegeben hat? Zwei große Mächte, durch ihre beiderseitigen Gefühle und Belange zueinander hingezogen, haben sich die Hand gereicht. Sie haben ein Einvernehmen miteinander geschlossen, das sie in der andauernden Arbeit der laufenden Politik selbstverständlich einander nähert und das, bei aller Friedlichkeit, ihnen gegenseitige Sicherung gewährleistet.'

Diese Erklärungen, die der Minister für die auswärtigen Angelegenheiten abgelesen hat, waren offenbar wohlerwogen und bezüglich ihrer würde man nichts auf Rechnung der Hitze der Improvisation setzen können.

Nachdem Herr Hanotaux gesprochen hatte, erhob sich Herr Flourens um zu fragen, ob als Ausgleich für die mächtige Unterstützung, die neuerdings von Frankreich Rußland geliehen worden sei, von diesem letzteren eventuelle gleichwertige Unterstützung durch seine moralischen und materiellen Kräfte bezüglich der rechtmäßigen französischen Heimforderungen verlangt worden seien. Im Laufe seiner Ausführungen über diesen Gedanken sagte Herr Flourens, daß Rußland schon vor einer Reihe von Jahren Frankreich versprochen hatte, keinen Angriff auf dieses zu dulden. Er hätte gerne wissen wollen, ob als Ausgleich für den gewaltigen Dienst, der der russischen Regierung im äußersten Osten geleistet wurde, irgendein intimerer und präziserer Vertrag abgeschlossen worden sei, insbesondere hinsichtlich Ägyptens. Herr Goblet, der frühere Präsident des Ministerrats und Minister des Auswärtigen, umgrenzte dieses Thema noch enger. Indem er auf das französisch-russische Bündnis von 1890/91 hinwies, kleidete er die Frage in folgende Worte: ‚Aber schließlich, was war denn jenes Einvernehmen? Gewiß erschien es uns sehr wertvoll, um uns gegen einen Angriff zu sichern, an den ich, für meine Person, übrigens kaum geglaubt habe. Aber sie konnte nicht genügen, um uns wirksame Handlungsfreiheit nach außen zu geben ... Zum ersten Male seit fünf oder sechs Jahren hat man heute nicht nur von einem ‚Einvernehmen' gesprochen, sondern das Wort ‚Bündnis' geäußert. Wenn es ein Bündnis gibt, dann sagen Sie es offen!'

Die Antwort des Herrn Ribot, Präsidenten des Ministerrats, hat nicht viel mehr Licht in die Debatte gebracht. Er bestätigte mit klaren Worten das Bestehen eines Bündnisses, indem er ihm einen so umfassenden Charakter beimaß, daß nach seiner Behauptung alle Interessen Frankreichs und Rußlands darin einbegriffen wären. ‚Ja', waren seine Worte, ‚wir haben die Belange Frankreichs mit jenen einer großen Nation verbunden. Wir haben es getan, um den Frieden zu sichern und das Gleichgewicht Europas zu erhalten.' Und indem er sich zu Herrn Goblet, der das Ministerium vor 1891 inne hatte, wandte, rief der Redner mit Emphase: ‚Sie hatten nicht die Sicherheit, die wir aus diesem Bündnis geschöpft haben, das den Weltfrieden gewährleistet und in Zukunft gewährleisten muß.' ....."

Der Grund für die Verschwiegenheit der verantwortlichen Staatsmänner der französischen Regierung muß, solange Alexander III. lebte, in dem ausdrücklichen Willen dieses letzteren gesucht werden, daß das Geheimnis bezüglich eines deutlich gegen Deutschland gerichteten Vertrages gewahrt werde, und nachdem Nikolaus II. den Thron bestiegen hatte, in der Unsicherheit über die Gesinnungen des letzteren. Das sagt uns ganz unumwunden Herr Poincaré: „Kaiser Alexander III. war am 1. November 1894 gestorben und anfangs 1895 wußte noch niemand, welche Pläne sein Nachfolger Frankreich gegenüber hatte." Im Juni desselben Jahres fühlte sich die französische Regierung über die Absichten des jungen Zaren in Sicherheit; darüber schreibt Poincaré: „Obwohl er vielleicht eine schwächliche Natur und ein unentschlossener Geist war, pflegte er das Gedächtnis seines Vaters inbrünstig und wollte nichts vom überkommenen Erbe desselben aufgeben."

Digitized by Google

Obwohl in Paris das französisch-russische Bündnis von der Tribüne des Parlaments verkündet war, verlieh ihm doch Nikolaus II. eine Bedeutung, die seiner eigenen friedlichen und mystischen Natur entsprach, oder er glaubte wirklich, daß es geschlossen worden sei, um den Frieden aufrechtzuerhalten. Er dachte auch nicht daran, daß einer seiner Besuche beim Deutschen Kaiser unangebracht sei, als er in den ersten Tagen des Oktober 1896 aus Frankreich zurückkehrte, wohin einer seiner Besuche auch von dem Reichsminister der Finanzen mit allem Nachdruck geleitet worden war, der an dem Erfolg der Verhandlungen wegen eines neuen Darlehens interessiert war, und wo man sich alle Mühe gegeben hatte, mit schwärmerischen Volkszurufen auf ihn Eindruck zu machen. Er überlegte es auch später nicht, daß er die kriegerischen Gemüter der beiden verbündeten Länder zu Eis erstarren machte, als er am 12./24. August 1898 durch seinen auswärtigen Minister Graf Murawieff alle bei ihm vertretenen Staaten zu einer Konferenz einlud, um die wirksamsten Mittel zu erörtern, um allen Völkern die Wohltaten eines wirklichen und dauerhaften Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen.

Eine Reihe von Jahren hindurch entsprach die Haltung Nikolaus II. nicht den französischen Erwartungen. Offiziell mit der Republik verbündet, nahm er die Huldigungen entgegen, die ihm diese verschwenderisch darbrachte, aber er vernachlässigte Deutschland nicht, in dem sein konservativer Instinkt einen Rückhalt, eine Verteidigung gegen die Revolution herausfühlte, die in Rußland gährte. Der Präsident Felix Faure gab im August 1897 den Besuch heim, den ihm der Zar im Oktober 1896 gemacht hatte. Doch vor ihm, im gleichen Monat August, war Kaiser Wilhelm der Gast des Zaren und die mit beiden Besuchern gewechselten Trinksprüche feierten den Frieden mit derselben Inbrunst.

Das Bündnis blieb zwar auf dem Papier bestehen, aber der ursprüngliche französisch-russische Enthusiasmus legte sich allmählich. Dem Verdienst der Friedensliebe Nikolaus' II., der dem Zweibund den lärmenden Charakter nahm, den ihm Frankreich vom ersten Augenblick an aufgeprägt hatte, ist es zuzuschreiben, wenn eine Zeitspanne folgte, in der in Frankreich das heilige Feuer der Revanche unter der Asche glimmte, bewacht von treuen Vestalinnen, wiedergeschürt von Zeit zu Zeit von dem nicht zu bändigenden Militarismus, auch nachdem die russischen Niederlagen im Krieg mit Japan den Wert des Bündnisses noch tiefer herabgedrückt hatten.

Aber Nikolaus II. änderte von Grund aus seine Haltung und führte die französisch-russische Allianz zu den Zielen, um deretwillen sie errichtet war. Ende 1908, nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Und da fand er auf dem Posten das Frankreich Poincarés und das England Eduards VII., die nur darauf lauerten, seine bitteren Gefühle zu verschärfen.

Eduard VII.

Die französisch-russische Allianz siechte dahin, als am 22. Januar 1901 den Thron des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland Eduard VII. bestieg.

Daß zwei tief unter sich zerfallene Staaten sich eines Tags verbünden, um einen dritten, der beiden verhaßt ist, zu bekämpfen, ist in der Geschichte nichts Neues. Daß man an diesem Tag versichert, all das vergessen zu wollen, was seit Jahrhunderten ein Grund zur Zwietracht gewesen ist und man die Freundschaft und Uneigennützigkeit im Namen der großen Grundsätze, die zivilisierten Völkern Ehre machen, feiert, ist nichts Überraschendes.

Frankreich und England haben sich durch Jahrhunderte hindurch gehaßt und bekämpft. Die Franzosen zählen zu ihren größten nationalen Ruhmestaten die Siege, die sie über die Engländer davongetragen haben und haben in ihrer patriotischen Überschwenglichkeit schon vor der Kirche Jeanne d'Arc heiliggesprochen; die Engländer haben in ihren Herzen Nelson ein Denkmal gesetzt, das unvergänglicher ist, als das Bronzestandbild, das in London auf der Trafalgar Square errichtet ist.

Ein unverdächtiger französischer Schriftsteller, der Korrespondent des Temps in Rom, Jean Carrère, der seit 1914 der glühendste Verteidiger und lebhafteste Vorkämpfer für die Lauterkeit des Vorgehens der englischen Regierung war, schrieb etliche Jahre zuvor in der Revue Hebdomadaire (Heft v. 9. Mai 1903):

„Wir dürfen es nicht verschweigen, das französische Volk haßt das englische Volk und hat

Digitized by Google

sich an diesen Haß seit langer Zeit gewöhnt. Aber zaudern wir auch nicht auszusprechen, das englische Volk haßt seinerseits das französische Volk ebenso grimmig. Dieser Haß stammt nicht erst von gestern, denn er ist seit Urahnenzeiten den beiden Nationen in Fleisch und Blut übergegangen."

Aber stärker als diese überkommene Feindschaft war in einem gewissen Zeitpunkt der Haß und die Eifersucht gegen Deutschland. Frankreich war bereit, alles zu vergessen, als für die englische Politik die Stunde herankam, diejenige Macht anzugreifen, die den Welthandel und die Vorherrschaft Großbritanniens zur See bedrohte.

Eduard VII. vollbrachte ein Werk von großer Tragweite und außerordentlichen Folgen: aber er hatte nicht ungewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden. Frankreich wartete auf ihn, Frankreich nahm ihn auf, wie einen Messias. Wohlbekannt, wie kein Engländer in der oberen Gesellschaft, in der galanten Welt und der breiten Masse des Volks von Paris, wo er während seiner langen Wartezeit auf den Thron oft geweilt hatte, vermochte er seine persönlichen Bekanntschaften, die Sympathien, deren er sich erfreute, die gründliche Kenntnis der politischen Atmosphäre Frankreichs in den Dienst der Richtung zu stellen, die er der Politik seines Landes seiner Ansicht nach geben mußte.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts waren die Besorgnisse in England bezüglich der sich steigernden Handelskonkurrenz Deutschlands zu einer fixen Idee geworden.

Ein Buch, klein an Umfang, aber voll von sprechenden Daten war im Jahre 1896 unter dem Titel „Made in Germany" von Herrn Edwin Williams veröffentlicht worden. Es hatte in England wenig Beachtung gefunden; nur Lord Rosebery bewies, daß er ihm Beachtung schenkte, indem er es in einer Rede in Epsom anführte. Frankreich, das stets auf jede Stimme lauschte, die sich gegen Deutschland erhob, verbreitete es: die Revue des Deux Mondes (Heft vom 15. September 1896) rekapitulierte es in einem Artikel von Arvède Barine, der „das Ende Karthagos" überschrieben ist. Wir geben einige Stücke dieses Artikels wieder, die in verschiedener Hinsicht interessant sind, vor allem, weil sie eine Idee von dem Weg geben, den der deutsche Welthandel schon beinahe zwanzig Jahre vor Kriegsausbruch zurückgelegt hatte, und von der Unfähigkeit der Engländer, ihm Einhalt zu gebieten . . . .

Die guten deutsch-englischen Beziehungen, auf die Bismarck großen Wert gelegt hatte und deren Unwandelbarkeit er in den berühmten Satz gekleidet hatte, Walfisch und Elefant könnten nie einen ernsten Konflikt miteinander haben, hatten warme Verehrer in England, auch nachdem der Elefant sich ins Meer gestürzt — oder sich, wie man sagte, in ein Flußpferd verwandelt hatte — und Miene machte, mit dem Walfisch zu rivalisieren. Wir erinnern daran, daß der berühmte Reisende Henry W. Stanley als Deputierter des Unterhauses im Jahre 1898 im „Nineteenth Century" die Ansicht verfocht, England müsse aus seiner eigenen Isolierung heraustreten und sich mit dem Dreibund zur Sicherung des Friedens, der durch den französisch-russischen Zweibund gefährdet war, verbünden. Stanley sah in den ehrgeizigen Neigungen Rußlands, das von dem heißen Hauch Frankreichs angefeuert wurde, eine Gefahr für die europäische Zivilisation; er betrachtete den Dreibund als Friedensbürgschaft: „das Ziel, um dessentwillen er geschlossen wurde — schrieb er — ist der Friede und nur ihm hat es Europa zu verdanken, daß es sich der Ruhe hat erfreuen können und seinen gegenwärtigen kommerziellen Wohlstand erreicht hat. Der Zweibund, den man zuerst für ein gerechtfertigtes Gegengewicht gegen den Dreibund hielt, offenbart sich jetzt als friedensstörend und gefährlich und" schloß er, „der Dreibund, verstärkt durch Großbritanniens Streitkräfte zu Wasser und zu Land, unterstützt durch die Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika und durch die Land- und Seestreitkräfte Japans, scheint mir allein den Weg zu eröffnen, auf dem man den Weltfrieden sichern kann."

Unerwartet trat der Transvalkrieg dazwischen. Ganz Europa sympathisierte für die kleinen Heldenrepubliken, die ihre Unabhängigkeit verteidigten. In Frankreich wurden die Burensiege gefeiert, als wären es französische und der lebhafte Groll des Volks gegen England kam auch in der Presse jeder Schattierung zum Ausdruck. Im Journal des Débats vom 5. Februar 1902 verkündete Arvède Barine die moralische Isolierung „Englands wegen der Grausamkeiten, die jedermann kenne".

Aber von den feindlichen Kundgebungen beleidigten die deutschen die Engländer ganz besonders. Deutschland hatte seit dem Januar 1896, nach dem Einfall englischer Kolonisten,

Digitized by Google

die von Doktor Jameson geführt wurden, lebhaft gegen jede Änderung des status-quo in Südafrika Stellung genommen, wo erhebliche Interessen deutscher Untertanen bestanden. Der Kaiser hatte damals dem Präsidenten der Republik Transvaal, Krüger, ein Telegramm geschickt, indem er ihn beglückwünscht hatte, daß „ohne sich an die Hilfe befreundeter Mächte wenden zu müssen, es ihm geglückt war, den Frieden gegen die bewaffneten Banden, die das Land überfallen hatten, wiederherzustellen und damit die Unabhängigkeit gegen Angriffe von Außen zu verteidigen".

Die Erinnerung an diesen Vorfall steigerte die Entrüstung der Engländer, als die deutsche öffentliche Meinung offen ihren Tadel gegen das System, mit dem die Engländer ihren Krieg gegen die Buren führten, aussprach, und zu deren Dolmetsch machte sich Herr Chamberlain, Minister der Kolonien, in einer in Edinburg gehaltenen Rede, die eine heftige Polemik zwischen den Zeitungen beider Länder entfesselte und einen mehr als lebhaften Wiederhall im Reichstag in Berlin fand.

Natürlich stellte die französische Presse mit schlecht verheimlichter Befriedigung fest, daß die deutsche Engländerfurcht einen Vorwand in dem Transvaalkrieg gefunden habe und daß dieser seinen eigentlichen Ursprung in der ganz speziellen Feindseligkeit Deutschlands gegen England habe, einer Feindseligkeit — schrieb das Journal des Débats (24. November 1901) —, die stündlich mehr zu einem der Faktoren der internationalen Politik wird und aus welcher einige Engländer die Schlußfolgerung ziehen, ihrer Diplomatie eine Neuorientierung zu suggerieren ...

Die „National Review" veröffentlichte 1901 zwei Artikel zugunsten einer Wiederannäherung von England an Frankreich.

Das Journal des Débats kam am 1. Dezember auf diese zurück und sprach seine Befriedigung darüber aus, daß, weil das französisch-russische Bündnis der Grundstein der russischen Politik sei, ein englisch-russischer Ausgleich einen englisch-französischen zur Folge hätte. Es bemerkte mit nicht geringerer Befriedigung, daß die National Review von einer tiefen Reizbarkeit gegen Deutschland erfüllt sei und daß als Ausgangspunkt für die Meinungsänderung, die in England allmählich Platz greife, sich deutlich die Überzeugung abhob, daß Deutschland der Hauptrivale des britischen Reiches sei.

Das Journal des Débats gab der englischen Politik ein, sie solle versöhnlich sein, um das Ziel zu erreichen: „Wir glauben, daß die Interessen Englands und Rußlands in Asien leicht in Einklang zu bringen sind, ebenso wie die Frankreichs und Englands in Afrika und auch anderswo; unter der Bedingung, daß England davon absteht, alles für sich zu wollen und es nicht jeden Fortschritt eines anderen als Usurpation betrachtet, auch dann wenn seine Interessen und wohlerworbenen Rechte nicht verletzt sind."

Diese Eingebungen der französischen Zeitungen fallen überraschend genau — wie wir im folgenden sehen werden — mit den Aufgaben, die Eduard VII. sich vorgenommen, und mit den Zielen, die er erreicht hat, überein: sowohl die entente cordiale mit Frankreich, wie die mit Rußland wurden im Verlauf von Verhandlungen geschlossen, in denen England Beweise von Nachgiebigkeit gegenüber den Interessen der beiden Mächte, die es zu seinen Verbündeten machen wollte, bewies, die man an ihm nicht gewöhnt war.

Von der Voraussetzung der deutschen Anglophobie nahm auch ein tiefgreifender Feldzug eines berühmten englischen Schriftstellers gegen Deutschland seinen Ausgang, der sich hinter dem Pseudonym Calchas verbarg. Dieser schrieb in der „Forthnightly Review" zwischen den Monaten August 1900 und Dezember 1901 sieben Artikel, die René Henry als sehr interessant für das französische Publikum erachtete und sie daher im Auszug in den „Annales des Sciences Politiques" in Paris (Märzheft 1902) wiedergab.

.... Die Analyse Calchas' über die Lage Englands war scharfsinnig und tiefgründig. Das britische Reich lebt von der Zwietracht der Staaten des Kontinents und seine Politik war stets darauf berechnet, denjenigen dieser Staaten zu lähmen, der im Begriff war, zu mächtig zu werden. Deutschland griff bereits nach dem Weltmarkt und drohte dadurch, England die Vormachtstellung im Handel zu entreißen. Man mußte ihm den Weg verlegen, also den Kampf aufnehmen. Aber die englischen Politiker, die dieses Ziel verfolgten, wußten genau, daß England das nicht allein durchführen konnte trotz der hochmütigen Auffassung von der englischen Macht, wohl aber, wenn man Frankreich und Rußland zur Unterstützung aufbot, die mit ihrer

Digitized by Google

Kraft, mit den „zahlreichen und starken Heeren" eine Nation ausschalten sollten, die das Unrecht beging zu arbeiten, zu schaffen und ihren Handel mit Mitteln auszudehnen, die die ganze Welt mit Bewunderung erfüllten[1]). Wenn man die Artikel der ernstesten Zeitschriften und der einflußreichsten Zeitungen über diesen Gegenstand liest, begegnet man nie den Gedanken, einen kommerziellen Kampf mit den Mitteln aufzunehmen, wie sie die englischen Konsuln rieten, um die deutsche Konkurrenz auszuschalten, sondern nur den Gedanken an den Krieg; und als Mittel zum Zweck tritt das Problem hervor, Deutschland mit Feinden zu umgeben, um es leichter knebeln zu können.

Eduard VII. schuf also keine neue Lage; seine Aufgabe war ihm vorgezeichnet von den hellsichtigsten und vorurteilsfreiesten Köpfen seines Landes; er war nur der geschickte Vollstrecker des Willens einer Elite, der schnell zum Willen der Nation wurde.

Aber statt bei Rußland anzufangen, wie die meisten es für nötig hielten, begann der König Annäherungsarbeit bei Frankreich, vielleicht im Hinblick auf seine persönlichen Sympathien, vielleicht weil er mit Recht dieser Nation größere militärische Bedeutung beimaß. Rußland als Verbündeter Frankreichs mußte dann in einem günstigen Moment ohne Schwierigkeiten hinzutreten.

Die „Entente cordiale".

Frankreich wußte nichts besseres zu tun, als auch die jüngsten Kränkungen, wie die von Faschoda, zu vergessen und ebenso die Entrüstung von gestern wegen des „verbrecherischen Krieges" gegen die Buren, sobald Eduard VII. andeutete, man könne die beiderseitigen Haßgefühle gegen Deutschland miteinander vermählen. Man bemerkt, daß König Eduard, der am 22. Januar 1901 den Thron bestiegen hatte, nicht nötig hatte, ein Programm zu studieren, weil er es völlig ausgereift schon im Kopfe hatte. Vor allem konzentrierte er alle seine Gedanken auf den Friedensschluß mit Südafrika, aber er zauderte auch keinen Augenblick, eine große Anzahl politischer Leute zu gewinnen, die wichtig waren für die notwendige Evolution in der britischen Politik, nämlich für das Aufgeben der „splendid isolation" und um „mit dem Prestige seines gewichtigen Worts Einfluß auf die Leiter der großen Zeitungen auszuüben, die wahre Fürsten der öffentlichen Meinung sind"[2]). Auf kurze Zeit wurde seine Arbeit durch eine Krankheit unterbrochen, die einen chirurgischen Eingriff erforderlich machte und einen Aufschub der Krönungszeremonie veranlaßte, die erst am 9. August 1902 stattfinden konnte.

Im Januar 1903 sandte die „Times" einen neuen Korrespondenten, Herrn Lavino, nach Paris, der alsbald einen Feldzug begann, um wieder herzlichere englisch-französische Beziehungen herzustellen und nicht unterließ, der deutschen Politik zu unterstellen, daß sie ein Interesse daran habe, die Zwietracht zwischen Frankreich und England lebendig zu erhalten. „Deshalb — war die Randglosse des Journal des Débats (20. Januar 1903) — müssen Franzosen und Engländer vermeiden, in die Falle zu gehen."

Anfangs Mai desselben Jahres machte Eduard VII. seinen ersten Besuch als König außerhalb des Vereinigten Königreichs. Er ging nach Frankreich; Paris nahm ihn festlich auf. Die republikanischen Blätter sprachen sich zugunsten des Gedankens einer englisch-französischen Annäherung aus, den er in seinem Trinkspruch beim Bankett im Elisée hatte einfließen lassen, während die monarchisch und nationalistisch gesinnten Blätter offen ihr Mißtrauen ausdrückten mit der Beteuerung, daß die Wiederannäherung vor allem England zustatten komme.

Der Präsident der Republik, Emil Loubet, beeilte sich, den Besuch heimzugeben: am 6. Juli war er in Begleitung Delcassés, des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, in London, wo er von der Bevölkerung sympathisch, vom König mit ostentativer Herzlichkeit empfangen wurde.

Unterdessen arbeiteten das Foreign-Office und der Quai d'Orsay daran, alle zwischen den beiden Ländern schwebenden Streitfragen beizulegen[3]).

Eduard VII. hatte keine Zeit verloren. Der Weg, den er gewählt hatte, um für England die Mitwirkung der französischen Regierung und die Sympathie der dortigen öffentlichen

[1]) Vgl. Science et Force Allemandes von Victor Bérard in „Revue de Paris" (15. Februar 1900) und l'Empirisme anglais von dem gleichen Urheber in „La Revue de Paris" (1. April 1900)
[2]) So Jean Carrère im Mattino (Neapel) vom 14.—15. April 1905.
[3]) Vgl. R. Poincaré a. a. O., S. 68—69.

Digitized by Google

Meinung zu gewinnen, war der richtige und die Entente cordiale ward geboren. Wenn sie auch sein Werk ist, so darf man nicht vergessen, daß der König in dem französischen Minister Delcassé einen bereitwilligen Dolmetsch und idealen Mitarbeiter besaß.

Welche Bedeutung hatte die Entente cordiale für die französisch-englischen Beziehungen und für die internationale Lage? Sie war nicht ein reguläres und in Artikel gebrachtes Bündnis, wie die österreichisch-deutsche Allianz, der Dreibund und der französisch-russische Zweibund, weil, wie bekannt, die englischen Minister nicht Geheimverträge unterzeichnen dürfen, wie es auf dem Festlande üblich ist. Wenn sie auch peinliche Beobachter der Förmlichkeiten sind, so haben sie doch nie, wenn sie es für nützlich gehalten haben, darauf verzichtet, geheime Verpflichtungen durch eine einfache Note zu übernehmen. Die Treue gegenüber der übernommenen und wir können sagen, in Wirksamkeit gebliebenen Verpflichtung war eine Ehrensache für jede englische Regierung: aber die diplomatischen Noten gewähren vor den regulären Verträgen den Vorteil, daß man sie aufkündigen oder in Vergessenheit geraten lassen kann, weil sie sich auf Verpflichtungen für unbestimmte Zeit beziehen. Im Kern wirkte die auf Wunsch und unter den Auspizien Eduards VII. abgeschlossene Vereinbarung wie ein richtiges Bündnis, ja es schuf sogar herzlichere und dauerndere Beziehungen, als die durch den Dreibundvertrag geschaffenen.

In dem wertvollen, öfter zitierten Buch definiert Poincaré die Entente als „rentierliche Zusammenarbeit" nicht bloß für die Interessen der beiden Nationen, sondern auch „für ihre gemeinsamen Ideen und für die Zivilisation selbst". Aber einige Seiten später fügt er hinzu, daß der Generalstab des englischen Heeres mit dem französischen Generalstab „offiziös in Verbindung" getreten sei, um sein „eventuelles Verteidigungsprogramm zu prüfen", wenn schon England eine formale Verpflichtung erst in den letzten Wochen des Jahres 1912 übernahm.

Nachdem „die letzten Reibungspunkte" in Ägypten und Marokko durch das Abkommen vom 8. April 1904 geregelt waren, das Poincaré als Ausgangspunkt einer neuen Ära bezeichnete, machten davon die englische und französische Regierung der deutschen Regierung keine Mitteilung, gleichsam als ob Deutschland sich für unbeteiligt an einer Aufteilung von Einflußsphären, die europäisches Interesse hatten, ansehen müsse. Die Unterlassung dieser Mitteilung nahm gleichsam den Ton einer ostentativen Feindseligkeit und beinahe einer Herausforderung an. Und solange die Schicksale des Russisch-Japanischen Kriegs unentschieden waren, blieb Deutschland in einen leisen Schlummer verfallen. Aber als Rußland definitiv geschlagen schien und Deutschland sich Frankreich allein gegenüber sah, reagierte die deutsche Regierung mit dem Besuch des Kaisers in Tanger (31. März 1905) und nach der Vernichtung der russischen Flotte bei Tushima, durch das in Paris ausgesprochene Verlangen der Entlassung Delcassés, dessen Opferung Frankreich, das vor der Eventualität sich dem Teufel gegenüber zu sehen, den es gerufen hatte, in heftigen Schrecken geraten war, ohne Protest zuließ, im Gegenteil darüber erleichtert aufatmete.

Nicht einmal in England geriet man wegen Delcassés Rücktritt in Erregung, obwohl es ihn früher sehr gelobt hatte, und auch dieses, gleich Frankreich, nahm die von Deutschland vorgeschlagene Konferenz an, obwohl es Schmälerung der Verträge war, durch die Italien, England und Spanien den Vorrang der französischen Stellung im Reich des Scherifs anerkannt hatten; aber auf der Konferenz von Algeciras war die britische Diplomatie völlig im Dienste Frankreichs. Die Entente cordiale konnte nicht von dem wenig klugen Verhalten eines Ministers in einem wenig günstigen Augenblicke erschüttert werden, sie war jetzt die Grundlage der Politik beider Länder, so daß ihr Poincaré hat das Zeugnis ausstellen können, daß „in den zahlreichen Krisen, die sich in Europa eingestellt haben, seit 1905 wir stets Seite an Seite mit England geblieben sind... Etliche Jahre hindurch haben die beiden Regierungen sich Tag für Tag, Stunde für Stunde beraten und nicht ein einzigesmal hat eine von ihnen in den schwebenden Fragen eine gesonderte Initiative eingeschlagen".

König Eduard vervollständigte die Entente cordiale durch das Mittelmeereinvernehmen. Im Juni 1907 wurden zwischen England und Spanien, zwischen Frankreich und Spanien identische Noten ausgewechselt, die auf den Verträgen fußten, die zur Aufrechterhaltung des status quo bezüglich der Küsten und der Besitzungen der drei Mächte im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean abgeschlossen waren.

Digitized by Google

Die Triple-Entente.

In seiner France conquise[1]) wälzt Emil Flourens ein erhebliches Maß von Verantwortung für den unglücklichen Krieg Rußlands gegen Japan und die nachfolgenden inneren Wirren in diesem Reich Eduard VII. zu und schreibt wörtlich: „Schlagt die Jahrbücher von Großbritannien auf und sagt mir, in welchem Zeitpunkt, in welcher Lage zauderte ein englischer Staatsmann über rivalisierende Nationen das schlimmste Unheil stets dann zu entfesseln, wenn er glaubte, das Interesse des englischen Volks schreibe ihm das vor" (S. 40/41).

Wir haben gesehen (vgl. Kap. IV), daß ein Einverständnis mit Rußland in England von einflußreichen Politikern und Publizisten verfochten wurde, die darauf hinaus kamen, weitgehende Konzessionen im fernen Osten und Asien zu gewähren, falls das große Kaiserreich mit den Millionen Soldaten, die es ins Feld führen konnte, sich dazu hergab, die britische Politik gegen Deutschland zu unterstützen.

Als Eduard VII. der Augenblick gekommen schien, sein Schachspiel mit dem russischen Bauern zum Abschluß zu bringen, waren weitere Zugeständnisse im fernen Osten nicht mehr nötig, weil an dem russischen Ehrgeiz dort drüben Japan das Todesurteil vollzogen hatte. Die Zugeständnisse konnten sich nur auf Persien, Afghanistan und Tibet beziehen und die Verhandlungen, die die Einflußsphäre der beiden Mächte in diesen Gegenden festsetzen sollten, wurden mit Hilfe der französischen Regierung begonnen und zum Abschluß gebracht. Poincaré hat nicht verschwiegen, daß diese Verhandlungen ziemlich langwierig und mühevoll waren: „Frankreich hatte es in den folgenden Jahren schwer, den Freund und den Bundesgenossen endgültig einander zu nähern." (Vgl. R. Poincaré; a. a. O. S. 74.) Der englisch-russische Vertrag wurde am 31. August vollzogen. Er wurde von der Presse als Werk Eduards VII. gefeiert und beinahe dem französisch-britischen von 1904 gleichgestellt.

Man versteht, daß dieser erste Schritt zur Triple-Entente — das Ziel Eduards VII. und natürlich auch der französischen Politik — viele Anstrengungen und wahrscheinlich auch viel Geld kostete. Die traditionelle englische Feindseligkeit war noch jüngst stark zum Ausdruck gekommen und in der hohen russischen Gesellschaft, sowie in der politischen und diplomatischen Welt, die auf die Diplomatie des Kaiserreichs Einfluß hatte, war die Verstimmung noch sehr lebhaft. Die Klugheit der englischen Regierung mußte ihren höchsten Grad erreichen und sie tat es auch: der Vertrag wurde unter den Gesichtspunkt einer Wohltat für ein hart geprüftes Land gebracht, das der Sammlung, der Sicherung, seiner langsam in Asien durchgeführten Eroberung und der Garantie derselben gegen Gefahren bedurfte, die nach dem unglücklichen Ausgang des Kriegs beträchtlichen Umfang annahmen. Übrigens — so erklärte man — waren die Grenzen des Abkommens genau umschrieben. Darüber hinaus war Rußland zu nichts verpflichtet.

Ohne Zweifel maß der Zar diesem Übereinkommen auch keine andere Bedeutung bei und es stieg ihm nicht einmal der Gedanke auf, daß, wenn er in dieses einwilligte, er den ersten Schritt auf dem Weg tat, der ihn sehr weit führen mußte. Er glaubte sicherlich, daß es sich um eine détente (= Absperrung), keinesfalls aber um eine entente handle. Hatte nicht seine Initiative für die zweite internationale Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen die wärmste Zustimmung in England gefunden, ein deutlicher Beweis für die friedfertigen Gesinnungen des Volks und der Regierung dieses Landes? Und hatten nicht kurz zuvor der König von England und der Deutsche Kaiser in Krönberg eine freundliche Begegnung gehabt?

Bei der Zusammenkunft in Swinemünde am 6. August hatte es der Zar nicht nötig, vor Wilhelm II. irgendeine feindliche Absicht zu verbergen und er konnte seinen Trinkspruch ausbringen auf die „Fortdauer der verwandtschaftlichen und traditionellen freundschaftlichen Beziehungen, die dauernd ein enges Band zwischen unsern Häusern und unseren Ländern bilden"; auch die deutsche Regierung zeigte sich nicht beunruhigt über die englisch-russische Aussöhnung in Asien, wenn auch Fürst Bülow tiefer sah, als er von der Tribüne des Reichstags aus zugestehen durfte, als er darüber reden mußte.

Aber die Ereignisse reiften heran dank der unermüdlichen Tätigkeit König Eduards. Nachdem er den König von Italien im April 1907 in Gaeta, neuerdings den Deutschen Kaiser in Wilhelmshöhe und den Kaiser von Österreich-Ungarn im August in Ischl besucht

[1]) Garnier & Co., Paris 1906.

Digitized by Google

hatte, traf er sich mit dem Zaren in Reval in den ersten Junitagen 1908. Alle diese Reisen wurden sicherlich nicht aus Vergnügungssucht unternommen. Eduard VII. drückte durch sein Eingreifen der Politik, für die seine Minister sich verantwortlich erklärten, den Stempel erhöhten Prestiges und höheren Wirksamkeit auf und zugleich verwischte er die Spuren seines wohldurchdachten Plans, indem er bei dem oberflächlichen Beobachter den Glauben an seine friedliche Gesinnung dadurch stärkte, daß er hintereinander die Herrscher des Dreibundes besuchte. . . .

König Eduard konnte nicht gegen den Strom schwimmen und Frankreich durch die Schaffung eines großen Heeres die Garantie oder richtiger, die Hilfe leisten, die diese Nation, die in einem Jahrhunderte alten Kampf gegen Deutschland verwickelt ist, brauchte und stets brauchen wird, um ihren furchtbaren Feind niederzuhalten. Aber er sah ganz klar, daß die Hilfe Englands mit seinen geringen Landstreitkräften den Franzosen genügen würde, wenn sie ergänzt wäre durch die Hilfe Rußlands; kurz, wenn Frankreich Rußland und England einen geschlossenen Block bilden würden.

In Reval am 10. Juni an Bord des Schiffes Standart sagte Zar Nikolaus II., als er einen Trinkspruch auf den Gast ausbrachte, er habe das Vertrauen, „daß diese Zusammenkunft das erfreuliche Ergebnis gezeitigt habe, unsere Länder noch enger zusammenzubringen" und König Eduard brachte die Überzeugung einer befriedigenden und freundschaftlichen Ordnung einiger wichtiger Fragen zum Ausdruck.

Fest steht, daß die Triple-Entente aus der Zusammenkunft in Reval hervorging und daß dort der Ring zusammengeschweißt wurde, der Deutschland einschließen mußte. Es war keine ausdrückliche Kriegserklärung, aber eine Kombination, die den Keim des Kriegs unter dem Herzen trug.

In Deutschland, wo das Ziel der Politik König Eduards wohl bekannt war, wurde die wachsende Herzlichkeit der russisch-englischen Beziehungen, die plötzlich an Stelle einer traditionellen Feindseligkeit getreten war, als eine schwere Gefahr und eine Drohung angesehen.

Dem Krieg entgegen.

Poincaré und beinahe alle Schriftsteller der Entente stellen eine Analogie zwischen der bosnischen Krise von 1908—1909 und der österreichisch-serbischen Krise von 1914 fest. Wir stellen fest, daß eine direkte Einwirkung der einen auf die andere besteht. Seit 1908 hebt die Periode des geringeren Widerstandes des Zaren Nikolaus gegen das Spiel seiner Verbündeten und die militärisch-panslawistische Strömung an, der es gelungen war, die Herrschaft über die Regierungspartei zu gewinnen; die Triple-Entente schloß sich unter dem Stachel des erlittenen Mißerfolgs, automatisch noch enger zusammen und Herr Iswolski konnte sich nun, da er seines Herrn und seiner Verbündeten sicher war, mit vollem Atem an die diplomatische und militärische Vorbereitung einer Vergeltung machen.

Ein Jahr darauf kam in Begleitung Iswolskys der Zar nach Italien, dem es endlich einfiel, daß er den ihm sieben Jahr zuvor (1902) abgestatteten Besuch König Emanuels III. heimgeben müsse. Welche Verpflichtungen von Italien in Racconigi bei dieser Gelegenheit übernommen wurden, hat man nie mit Sicherheit erfahren und es wäre sehr nützlich, es zu erfahren, um die auswärtige Politik kennenzulernen, die von den italienischen Kabinetten getrieben wurde.

Alle die Abmachungen, die zwischen Rußland und Italien abgeschlossen oder versucht wurden, entsprangen russischer Einflüsterung zum Nutzen russischer Interessen; und die italienischen Staatsmänner haben sich edelmütig und leichtsinnig dazu hergegeben, wie es ihnen seit Gründung des Königreichs beinahe immer widerfahren ist, zugunsten der Fremden zu handeln. . . .

Daß unsere Freunde ihrerseits keine große Hochachtung für uns gewannen, hat sich an den wirklichen und greifbaren Ergebnissen der italienischen Politik erwiesen — zum Beispiel an der Haltung Frankreichs während unseres lybischen Krieges — und ist klargestellt durch jenen an den Minister Sasonow gerichteten Geheimbrief Iswolski, der nach Paris als Botschafter seines Landes ging. Dieser ist kürzlich von der Sowjetregierung zusammen mit anderer in den Archiven der zaristischen Regierung gefundener Korrespondenz veröffentlicht worden. Der Brief, der vom 1. Dezember stammt, berichtet über die Besorgnisse Poincarés bezüglich des Verhaltens Englands und Italiens im Kriegsfalle:

Digitized by Google

„Was Italien anbelangt, so denkt man in Paris — schrieb Iswolski —, daß man nicht auf ein redliches Verhalten Italiens weder gegenüber dem Dreibund noch gegenüber der Triple-Entente rechnen kann. Die italienische Regierung werde im Kriegsfall zunächst eine abwartende Haltung einnehmen, um sich dann schließlich auf die Seite des Siegers zu schlagen.“[1])

Es steht heute fest, daß der erste Balkanbund vom März 1912 unter den Auspizien Rußlands geschlossen wurde, das sich vornahm, eine Konföderation ohnmächtiger Kleinstaaten, die von den Winken Petersburgs abhängen, zu begründen. Die materiell und wirtschaftlich durch den Krieg in Lybien, der zu spät beschlossen und ohne politische Einsicht geführt wurde, geschwächte Türkei wurde mühelos von den Balkanstaaten geschlagen, die sich ihre Aufgabe und Beute zugewiesen hatten. Der Österreich zugefügte Schaden erschien ganz außerordentlich; das kleine Serbien, das darnach trachtete, sich auch durch das Benagen des Kaiserreichs zu vergrößern, ging aus dem Kampf mit dem Nimbus des Sieges und einem sehr fühlbaren Zuwachs an mehr oder minder serbischer Bevölkerung und Gebiet hervor.

Herr Poincaré, Ministerpräsident seit 14. Januar 1912 begab sich im August dieses Jahres nach Petersburg. Er behauptet, daß weder Frankreich noch England von den Vereinbarungen Kenntnis hatte, die in Sofia (vom Februar bis September 1912) zwischen Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro geschlossen worden waren und berichtet, daß der russische Minister des Auswärtigen Sasonow, dem gegenüber er mündlich seine Überraschung über diese Kriegsabmachungen aussprach, ihm versicherte, daß die russische Regierung sie erst nach ihrer vertragsmäßigen Festsetzung erfahren und zum Klugen geraten habe. Poincaré läßt in seinen Notizen, die er Tag für Tag über seine Unterredungen sich machte, durchblicken, daß er den Versicherungen des russischen Ministers nicht geglaubt habe.

Derselbe Poincaré, der am 15. Oktober 1912 den französischen Gesandten in London über seine Unterredungen in Petersburg unterrichtete, schrieb bezüglich dieses serbisch-bulgarischen Vertrages:

„Um es kurz zu sagen, diese Konvention scheint unter den Auspizien Rußlands abgeschlossen zu sein und in jedem Fall teilt sie Rußland bei den gegenwärtigen Ereignissen und bei denen, die folgen können, eine aktive und überragende Rolle zu . . . . . Aber, was man auch sagen mag, sicher ist, daß es alles gewußt hat.“

Wir haben hier das Zeugnis Poincarés, daß Rußland im Jahre 1912 nicht zögerte, den Krieg abzukarten, um Wiedervergeltung gegen Österreich zu üben. Wir können das als eine geschichtlich festgestellte Tatsache ansehen.

Aber Poincaré, der die Beweise hat, daß unter den beiden alten Gegnern, Rußland und Österreich, der erstere es ist, der die Vorbereitung zum Kriege lenkt, während Österreich sein Vertrauen auf die diplomatische Aktion der Mächte kundgibt[2]), um zu vermeiden, daß der Balkanbrand sich ausbreitet, ist er in seinem Herzen mit der neuen Lage unzufrieden und beschäftigt sich ausschließlich damit, das Bestehen der Triple-Entente aufrechtzuerhalten.

Herr Poincaré hat ein leichtes Spiel, wenn er die Haltung der französischen Regierung wieder heraufzaubert, wie sie sich aus den offiziellen Schritten ergibt, die bei Österreich und Deutschland unternommen worden sind. Die Diplomatie ist die Kunst der Verstellung und die französische ist Meisterin darin, ihre egoistischen Zwecke zu verfolgen, sich aber gleichzeitig den Mantel des Nichtinteressiertseins und des Altruismus umzuhängen. Man kann über manches Hin- und Herschaukeln in der französischen Politik im Zweifel sein: wenn Rußland auf die Vernichtung der Türkei abzielte, so war das in Paris wegen der beträchtlichen Kapitalien, die angelegt waren, nicht gleichgültig. Außerdem hielt Herr Poincaré vielleicht den günstigen Moment noch nicht für gekommen, um den lokalen Konflikt in einen allgemeinen Weltbrand überzuleiten: es mußte noch in Frankreich der Entwurf über die dreijährige Militärdienstzeit Gesetzeskraft erlangen. Aber das, was jetzt für einen glühenden Freund der Revanche wie Poincaré in Betracht kam, war die Gewißheit, daß man Rußland endlich als für die Sache des Kriegs als gewonnen ansehen konnte, daß die Reife Rußlands, die durch die Politik Eduards VII. eingeleitet war, jetzt gekommen war und daß das Zusammenwirken der Wünsche nach Wiedervergeltung und Zerstörung gegen die Zentralreiche jetzt sich vollkommen deckten.

Poincaré und Iswolski sind in ständiger Berührung[3]). Wenn Poincaré nach Rußland geht,

[1]) Vgl. auch das neue Dokument auf Seite 257/58. (D. Schriftl.)
[2]) Poincaré a. a. O., S. 133.
[3]) Nachdem Poincaré zur Präsidentschaft der Republik aufgestiegen war, erhielt er vom Zaren

Digitized by Google

begleitet ihn Iswolski; dort ratifiziert er ein Marineabkommen[1]), das die zwischen den Generalstäben getroffenen Abmachungen bezüglich eines gleichzeitigen Handelns des französischen und russischen Heeres ergänzt. Nach der Rückkehr nach Paris lockt ihm Iswolski die folgende Erklärung ab, die eben von diesem in einem Bericht vom 12. September nach Petersburg übermittelt wurde:

„Wenn ein Konflikt mit Österreich das bewaffnete Eingreifen Deutschlands zur Folge hätte, würde Frankreich ohne Verzug den Bündnisfall anerkennen und keine Minute verlieren, um seinen Verpflichtungen gegenüber Rußland nachzukommen."

Wenige Tage darauf, am 18. Oktober, legt Montenegro, das Mündel Rußlands, Feuer an das Pulverfaß, indem es der Türkei den Krieg erklärt.

Poincaré gibt in seiner Verlegenheit über die kürzliche Veröffentlichung über seine Aufmunterung Rußlands, alles zu wagen, zunächst seinem Zweifel dahin Ausdruck, der von der Sowjetregierung veröffentlichte Bericht sei apokryph; dann unterschiebt er, daß „in ihren Telegrammen manche Botschafter oft gern ihren Unterrednern die Gedanken in den Mund legen, bezüglich deren sie ein Einverständnis ihrer Regierungen zu erzielen wünschen[2])". . . .!

Im Jahre 1912 provozierte Rußland Österreich und Frankreich sagte ihm auch damals die Bündnistreue zu. Das hieß durchaus nicht, den Verpflichtungen getreu bleiben, sondern sie erweitern; nämlich Rußland die Entscheidung freizugeben, den Krieg zu entfesseln, indem man darauf verzichtete, die Gründe nachzuprüfen, die es hierzu verleiteten. Das bedeutet ebensoviel, als daß Poincaré diese Gründe kannte und die wohlüberlegte Provokation billigte, weil er wußte, daß das auch Deutschland mithineinriß, das mit Österreich verbündet und bekanntermaßen verpflichtet war, mit ihm zusammen ins Feld zu rücken.

Wie kann Poincaré, nachdem er so kurz und bündig seinen Willen zur Herausforderung bekundet hatte, seine Friedensliebe beteuern und die Aufrichtigkeit der bei den christlichen Balkanstaaten unternommenen Schritte glauben machen wollen, daß sie es unterlassen sollten, die Türkei zu verderben und das Ergebnis der europäischen Intervention abwarten sollten?

Die Nichtintervention Europas, nämlich die Lokalisation des Konfliktes, die von der Triple-Entente vorgeschlagen war, sicherte den vier Staaten ihren Sieg und Gebietserwerb, der, wie man erklärt hatte, ihnen nicht zugestanden worden wäre. Der Krieg dehnte sich nur deshalb nicht auf Europa aus, weil Österreich nicht zu reagieren wagte.

Es wagte wohl nicht zu reagieren, weil Herr Poincaré dafür gesorgt hatte, es wissen zu lassen, daß Frankreich zu Rußland stand. In der Tat hielt er in dem schicksalsreichen Monat Oktober in Nantes eine Rede, deren in die Augen springender Satz folgender war: „das französische Volk will den Krieg nicht, doch fürchtet es ihn nicht".

Nach seinem Übertritt vom Ministerium zur Präsidentschaft der Republik am 17. Januar 1913 sagte Poincaré beim Empfang Iswolski zu diesem, er sei entschlossen, einen direkten Einfluß auf die auswärtige Politik Frankreichs auszuüben und die wichtigste Sache für die französische Regierung sei, die öffentliche Meinung auf die Teilnahme Frankreichs an einem Kriege vorzubereiten, der durch die Lage auf dem Balkan hervorgerufen werden könnte. Gleichzeitig zeichnete er das Ernennungsdekret Theophile Delcassés zum Botschafter in Petersburg.

Die Bedeutung der Entsendung Delcassés nach Petersburg tritt so handgreiflich zutage, besonders wenn man sie mit den andern französisch-russischen Kundgebungen in Verbindung bringt, daß Poincaré versucht hat, die Verantwortlichkeit hiefür abzulehnen, aber in einer so wenig ernsten Art und Weise, daß sie den Verdacht, den er zerstreuen wollte, bestärkt.

Nach dem zweiten Balkankrieg richtete Rußland seine Tätigkeit darauf, in einem dauernden Bund Rumänien, Serbien, Griechenland und Montenegro mit dem Ziel zu vereinen, diese neuen Staaten für sich zu haben in dem neuen Krieg, zu dem es rüstete. Bulgarien, gereizt und enttäuscht, weil es die Früchte seines Sieges verloren hatte, hatte sich noch einmal dem Einfluß des Kabinetts von Petersburg entzogen, das bewiesen hatte, daß es seine Gegner ihm vorziehe. Alle Mittel wurden für die Erreichung dieses Zieles aufgeboten und man konnte

die höchste russische Ordensdekoration, worauf er an Iswolski folgende Worte richtete: „Es ist mir willkommen, daß S. Majestät . . . gerade Sie als Dolmetsch gewählt hat, mit dem ich seit mehr als einem Jahr tägliche Beziehungen unterhalten habe (Echo de Paris, 26. Februar 1913).

[1]) Poincaré a. a. O., S. 124.

[2]) Vgl. R. Poincaré a. a. O., S. 148.

Digitized by Google

feststellen, daß es erreicht wurde, weil nach Ausbruch des Krieges von den vier Staaten sich drei um Rußland scharten und nur Griechenland konnte sich entsprechend dem festen Willen seines Königs Konstantin fast bis ans Ende neutral halten.

Die Lage Österreichs verschlechterte sich während des Jahres 1913 und 1914 immer mehr. Die Kabinette von Belgrad, Athen und Cettinje wußten, daß das europäische Konzert nur scheinbar einig war, und kümmerten sich weder um die Beschwerden und Aufforderungen der Botschafterkonferenz der Großmächte, sie sollten ihre Truppen aus Albanien zurückziehen, noch um die Flottendemonstrationen. Von Rußland gingen geheime Aufreizungen zum Widerstand hinaus, bis das Kabinett von Petersburg, um nicht vor Europa die Verantwortlichkeit des Bruchs des Konzerts der Großmächte auf sich zu nehmen, sich gezwungen sah, Ratschläge zur Klugheit zu geben. Von Paris aus arbeitete man daran, Großgriechenland zu schaffen, das die gefürchtete Expansion Italiens, das den Dodekanes besetzt hielt, verhindern sollte. Es hatte den Anschein, als ob die Belagerung Skutaris durch Serben und Montenegriner ohne bewaffnete Intervention der Mächte nicht aufgehoben werde. Die Aufgabe zu intervenieren hätte Österreich auf sich genommen, aber es wagte es nicht. Der Baron Beyens, Gesandter Belgiens in Berlin, bemerkte in einem Bericht an die eigene Regierung vom 4. April 1913: „Das Einrücken österreichischer Truppen in ein Balkanterritorium — und hier würde es sich viel eher um serbisches, als um montenegrinisches Gebiet handeln, weil die kriegerischen Operationen in Serbien leichter wären als in Montenegro — würde eine Intervention Rußlands hervorrufen und vielleicht einen allgemeinen Krieg entfesseln. Das ist eine so ernste Eventualität, daß sie — hier (in Berlin) hofft man es wenigstens — die beiden Großmächte zurückweichen lassen wird, von deren Entscheidung heute der europäische Friede abhängt."

Österreich, das beim Auftauchen der ersten Röte des Balkanbrandes sein Heer mobilisiert hatte, um gegen alle Eventualitäten gewappnet zu sein, wurde von neuem in die Versuchung gebracht, mit den Waffen sein Prestige wiederherzustellen, als Rußland mit der Besetzung Armeniens drohte, wenn die Mächte die Türkei nicht zwängen, sich aus Adrianopel, das es nach dem zweiten Balkankrieg wieder besetzt hatte, zurückzuziehen.

Aus all dem, was wir über den alten österreichisch-russischen Gegensatz erzählt haben, der 1914 schließlich der Anlaß zu einem allgemeinen Krieg wurde, der in den Geistern und Waffen seit langer Zeit vorbereitet war, geht hervor, daß der Kaiserstaat Österreich-Ungarn, wenn er auch sein Augenmerk für die Zukunft auf eine Ausdehnung im Orient, dem einzig möglichen Ausdehnungsfeld richtete, sich als unmittelbares Ziel seiner Politik die Verteidigung seiner eigenen Existenz steckte, während Rußland, dem niemand bezüglich seiner Grenzen nachstellte, eine reine Eroberungspolitik betrieb.

Als die Dreistigkeit der Serben zu dem Doppelmord von Serajewo führte, hatte Österreich keine Hoffnung mehr, den Waffengang noch länger hinausschieben zu können, da die Gefahr der Lostrennung, die der Kaiserstaat lief, tödlich war.

Leider ging die Regierung des Zaren über den Schrecken und die Furcht vor dem Fürstenmorde hinweg. Die Stunde der Vergeltung hatte geschlagen. Der von Österreich im Jahre 1908 unterzeichnete Wechsel war verfallen. Und Deutschland, das in den Kampf hineingerissen wurde, um seinen Verbündeten zu unterstützen, sollte seinen Teil von der kampfbereiten und geschlossenen Triple-Entente abbekommen. Herr Poincaré, Präsident der französischen Republik, überbrachte persönlich in dem Monat Juli, kurz nachdem sich das Trauerspiel von Serajewo abgespielt hatte, der Regierung des Zaren die Versicherung der Solidarität Frankreichs und Englands bis zum Blutvergießen.

Wollte Deutschland den Krieg?

Nach der Gründung des Reichs war das Deutschland Otto von Bismarcks zweifellos friedlich. Nur der Friede konnte die deutsche Einheit stärken, die aus Jahrhunderte währender Drangsal hervorgegangen war, und der große Kanzler widmete bis zum letzten Tage seiner Regierung die außergewöhnlichen Quellen seines Genies dem Ziele, die Nachbarn Deutschlands der Versuchung zu entziehen, es zu bekriegen. Zu Francesco Crispi sagte er in bezug auf Frankreich: „Wir können in einem Krieg nichts gewinnen, aber alles aufs Spiel setzen." Mit Bezug auf Rußland erklärte er einem russischen Journalisten: „Weder können wir von Euch, noch Ihr von uns jemals Millionen herausquetschen, auch keine Gebiete, deren Erwerb

Digitized by Google

ein Schaden und ein Verbrechen wäre." Dem rumänischen Minister Sturdza gegenüber wiederholte er in einem vertraulichen Gespräch vom 22. Januar 1888:

„Ich wünsche die Aufrechterhaltung des Friedens um des Kaisers willen, der hochbetagt ist, und des kranken Kronprinzen willen, und meines Landes wegen, das in einem siegreichen Feldzug gegen Rußland nichts gewinnen könnte. In Wahrheit, Deutschland, dessen Grenzen leidlich gut geordnet sind, kann seinen östlichen Nachbarn nichts wegnehmen ..... Das Deutsche Reich, das neue Grenzen suche, würde sich Kriegen ohne Ende mit Rußland und Frankreich aussetzen, das nur auf eine Gelegenheit wartet, um Elsaß-Lothringen wieder zu gewinnen."

Ebenso zeigt sich die Friedfertigkeit darin, daß auf dem Berliner Kongreß und später Frankreich vom Fürsten Bismarck zu seinem Handstreich auf Tunis ermutigt wurde und daß in der Folgezeit er es in allen seinen kolonialen Unternehmungen an der Westküste Frankreichs, in Madagaskar, Tonking und China unterstützte; man kann also behaupten, daß das Kolonialreich Frankreichs, sein Stolz und seine Reserve, unter den wohlwollenden Augen Deutschlands als Ausgleich für die Niederlage von 1870—71 entstanden ist. Die gegen das Deutschland Bismarcks erhobenen Anklagen wurden von der Zeit Lügen gestraft. Das österreichisch-deutsche Bündnis, das nach dem Anschluß Italiens zum Dreibund wurde, wurde begründet, um den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten; und es erhielt ihn ohne Mißbrauch seiner Kraft aufrecht, indem es mit äußerster Gewissenhaftigkeit die Interessen und die Freiheit der übrigen Staaten respektierte. Frankreich, das in ihm eine Drohung erblicken wollte, hat während seiner Dauer eine Ausdehnung und einen Reichtum erreicht, wie es sie nie gekannt hatte, und ganz Europa ist zu einem Gedeihen emporgestiegen, das man heute, wo es zerstört ist, umso höher anschlägt. Den Einfluß dieses Bundes auf die Erhaltung des Friedens kann man noch höher anschlagen, wenn man berücksichtigt, daß der Völkerkrieg sich erst entzünden konnte, als der Dreibund durch Irrtümer, Schwächen und Unzulänglichkeiten von Regierungsseite sich auflöste.

Wollte etwa das Deutschland Wilhelms II. den Krieg? Viele haben es behauptet, aber die Urkunden bestätigen eine solche Behauptung nicht.

In Frankreich fand der Deutsche Kaiser fast bis 1914 einen schönen Kranz von Schriftstellern und Politikern, die ihn für einen friedliebenden Herrscher erklärten; nach Kriegserklärung mußte, weil die Wahrheit Ärgernis erregte, mancher von ihnen sich abquälen, um die Umkehr des friedliebenden Willens dieses Herrschers in einem kriegerischen zu beweisen[1].

Es ist ein schwieriges Unternehmen, glaubhaft zu machen, daß ein Mensch mit dreißig Jahren (soviel zählte Wilhelm II. bei seiner Thronbesteigung), der eine strenge militärische Erziehung genossen hatte und in der Vollkraft seiner physischen und Geisteskräfte stand, sich äußerst friedliebend zeigte und nun die Gesinnung ändert, wenn er das 50. Lebensjahr überschritten, und dann zum glühenden Verehrer des Kriegs aus Eroberungssucht wird.

In Wirklichkeit genoß Wilhelm II. den Ruhm menschenfreundlicher Gefühle bei all denen, die ihn seit seiner Jugend in vertrautem Umgang kennenlernen konnten. Ein Franzose, sein Lehrer[2], schrieb mit Bewunderung von dem „zukünftigen Kaiser, dessen aufgeklärte Gesinnung und Liebe zur Menschheit ihn immer mehr bezauberten".

Überzeugt, daß Deutschland in Europa keine andern Feinde als Frankreich habe, nahm sich Wilhelm II. von den ersten Tagen seiner Regierung ab vor, den französischen Groll dadurch zu überwinden, daß er Botschaften der Freundschaft und Hochachtung ergehen ließ, wie in einer Rede in Magdeburg bei Ausgrabung der Asche Carnots, die er an Frankreich zurückgeben ließ; dann in einer Unterredung mit Jules Simon, dem Delegierten Frankreichs auf der Berliner internationalen Konferenz zum Schutze der Arbeiter. Er ließ sich auch angesichts der feindseligen Kundgebungen gegen seine Mutter, die Kaiserin Friedrich, nicht entmutigen, die sich nach Paris begeben hatte, um die französischen Künstler einzuladen, an einer Ausstellung teilzunehmen.

Und er erschöpft sich dauernd in Akten der Liebenswürdigkeit, in zarten Aufmerksamkeiten — ei es, daß er an französischer Trauer Anteil nimmt oder französische Offiziere begnadigt, oder Marineleute und berühmte Männer Frankreichs festlich bewirtet — mit dem einzigen Ergebnis, gleichzeitig Hochmut und Erbitterung derer hervorzurufen, die er sich zu Freunden machen wollte.

[1]) Vgl. als Typ solcher Veröffentlichungen L'Evolution belliqueuse de Guillaume II von Maurice Muret. — [2]) François Ayme, Une éducation imperiale. Guillaume II.

Digitized by Google

Im Grunde genommen dachten die Franzosen — wohlverstanden jene Minderheit von Hirten, die die Herde führt — nur an den Vergeltungskrieg. Sie schoben allerdings Deutschland kriegerische Vorsätze unter, aber nur um im Volk den kriegerischen Geist lebendig zu erhalten und die immer größeren Militärausgaben zu rechtfertigen, aber nicht etwa weil sie daran glaubten. Die, welche sich der Kriegspolitik fernhielten und die deshalb ehrlich waren, dachten wie Victor Bérard, der in der Revue de Paris (15. Februar 1900) über das große Bündel von Militärlasten, die dem französischen Bürger aufgebürdet wurden, Klage erhob und schrieb:

„Das Deutsche Reich hat seit 1870 ohne Zweifel den Zwang auf sich laden müssen, bewaffnet zu bleiben und sein Leben zu verteidigen; aber es hat nicht alle seine Gedanken und seinen Ehrgeiz auf Kriegsvorbereitungen und -träume gerichtet. Es war darauf bedacht, die Bestände seines Heeres, wie sie dem Frieden entsprechen, aufrechtzuerhalten; es ist immer das erste gewesen, das die Ausdehnung und Dauer des wirklichen Dienstes herabsetzte. Auch hier hat das Deutschland der Geschäftswelt seine Stimme hören lassen: indem es viel Geld verdiente, hat es dareingewilligt, all das zu bezahlen, was das Heer brauchte, aber es hat der Heeresstärke der Initiative, dem Willen und vor allem den Jahren, die im Waffendienst verbracht werden mußten, enge Grenzen gezogen.

Öffentlich hat der Krieger von ehedem jeden Eroberungsgedanken verschmäht und seinen Wunsch nach Frieden verkündet."

In bezug auf Rußland war die deutsche Politik während der 25 Jahre der Herrschaft Wilhelms II., die dem Krieg vorangingen, betont freundschaftlich. Der Kaiser nahm alle Gelegenheiten wahr, um seine friedliche Gesinnung, seine Aufrichtigkeit gegenüber dem Zaren an den Tag zu legen, er bot alle Beweisgründe auf, damit der Zar in seiner Politik sich durch Berücksichtigung der wahren Interessen seines Landes und auch seiner Dynastie leiten ließ. Nach dem, was dann eingetreten ist, kann man ruhig sagen, daß diese Ratschläge weise waren und daß Nikolaus II. weder sich selbst noch Rußland den Untergang bereitet hätte, wenn er sie befolgt hätte.

Allgemein bekannt sind die große Zahl von Dokumenten und ebenso die geheime Korrespondenz zwischen den beiden Herrschern, die im Gepäck des unglücklichen gefangenen Zaren in Jekaterinenburg gefunden wurden und aus denen der Friedenswille Deutschlands Rußland gegenüber hervorgeht und wir überheben uns der leichten Mühe, sie hier wiederzugeben. Wilhelm II. arbeitete dauernd darauf hin, den französischen Einfluß auf den Zaren zu neutralisieren, aber nicht um Rußland gegen Frankreich aufzuhetzen, vielmehr um zu vermeiden, daß der französisch-russische Bund zum Kriege neige. Man muß sogar dessen eingedenk bleiben, daß er zweimal ein russisch-deutsches Bündnis versuchte mit dem ausgesprochenen Gedanken, Frankreich in dieses einzuschließen.

Sicherlich fielen im europäischen Osten die russischen Interessen nicht mit den deutschen zusammen; während letztere vorwiegend wirtschaftlich waren, waren erstere politisch; und während die Politik Deutschlands es nicht nötig hatte, sich mit Gewalt durchzusetzen, weil sie nicht Ziele territorialer Ausdehnung zum Schaden der Türkei im Auge hatte, vielmehr mit Hilfe seiner Bankiers, seiner Handlungsreisenden und der Bagdadbahn darauf abhob, Geschäfte zu machen und neue Wege für den Handel zu eröffnen, war die Politik Rußlands von Herzensgrund kriegerisch, weil sie sich die Eroberung Konstantinopels zum Ziel setzte und das Austreten von Menschenströmen nach Süd zu fördern bestrebt war, die von ihrem Nomadengeist hingerissen wurden, immer neue Länder zu besetzen, mit einem zweifelhaften Nutzen für die Kultur. Kurz, Deutschland erreichte seine Ziele durch den Frieden. Rußland brauchte neue Kriege, nach denen, die es im 19. Jahrhundert entfesselt hatte.

Gegenüber England pflog Deutschland Gefühle der Freundschaft, solange es nicht auf seiner Straße auf eine englische Schranke stieß.

Fürst Bismarck, der nur darauf bedacht war, die deutsche Einheit noch fester zu gestalten und seinem Lande die Ruhe zu gewährleisten, die zu der wirtschaftlichen Entwicklung desselben nötig war, zeigte sich gegenüber der Politik des Kabinetts von St. James sowohl im nahen und im fernen Osten, wie in Ägypten und gemeinhin, wo keine deutschen Interessen im Spiel waren, wohlwollend. Die deutschen Interessen jenseits der Grenze waren spärlich und der große Kanzler hatte nicht unter der Weltpolitik zu leiden. Dieses Wohlwollen wurde durch die Tatsache gefördert, daß die Mächte, vor denen etwa Deutschland Furcht haben konnte,

Digitized by Google

Frankreich und Rußland, damals Widersacher Großbritanniens waren. So gingen auf dem Berliner Kongreß die englischen Bevollmächtigten, wo es sich darum handelte, die russischen Gelüste im Zaum zu halten, mit dem Fürsten Hand in Hand und am Dreibund nahm England insofern teil, als ihm Italien durch einen Notenwechsel die Garantie für Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer gab, die Deutschland nicht geben konnte.

Die beschleunigte Entwicklung der Großindustrie, die zum Teil dem Fortschreiten der angewandten Wissenschaften und dem natürlichen Drang nach einem besseren Dasein für das Volk zu verdanken war, in dem die Zahl der Geburten sehr hoch war, die andauernde Steigerung des Handels mit dem Ausland und die relativ schnelle Begründung eines Kolonialbesitzes ließen Deutschland aus dem bescheidenen internationalen Leben heraustreten, in dem es Fürst Bismarck gewollterweise gehalten hatte. Die immer zahlreichere Flotte an Handelsschiffen, die alle Meere durchfurchten und fortgesetzt beträchtliche Interessen in den fernsten Ländern schufen, verlangte den Schutz durch eine Kriegsflotte.

In England wurde gleich mit dem Auftauchen dieser Phänomene im deutschen Leben wegen derselben Alarm geschlagen. Aber es waren unaufhaltsame Naturerscheinungen, gleich dem Fortschritt, den keine Regierung bändigen oder zerstören konnte. Auch Bismarck suchte vergebens durch schutzzöllnerische Maßregeln die Interessen des Ackerbaus zu schützen, indem er sie den industriellen Interessen voranstellte, aber nach einem erbitterten Kampf zwischen den Vertretern des Großgrundbesitzes und denen der Großindustrie verblieb der Sieg den letzteren.

Wilhelm II. nahm seit den ersten Tagen seiner Herrschaft viel Rücksicht auf die englische Reizbarkeit und zögerte trotz heftigen Widerstands, darunter Bismarcks, nicht, einen wichtigen Teil der ersten deutschen Kolonien in Afrika, namentlich das Protektorat über Vitu, Sansibar und die Insel Pemba, zu opfern, um im Tausch von England das kleine Inselchen Helgoland in der Nordsee zu bekommen, das, wie er — und zwar mit Recht — annahm, für die Verteidigung der deutschen Küsten notwendig war. Er ließ sich keine Gelegenheit entgehen, bei der er nicht Gefühle lebhafter Freundschaft für die mächtige Nation kräftig zum Ausdruck brachte, über die seine Großmutter, Königin Viktoria, herrschte. Im Jahre 1891 sagte er in der Guildhall in London:

„Mein Ziel geht vor allem auf die Erhaltung des Friedens, weil nur der Friede das für die gesunde Entwicklung der Wissenschaften, der Künste und des Handels notwendige Vertrauen geben kann. Nur solange Friede herrscht, werden wir unbefangen und ernst die großen Probleme studieren können, deren ehrliche und billige Lösung mir die Hauptpflicht unserer Zeiten zu bilden scheint."

Als im Januar 1901 sich der Kaiser in London eingefunden hatte, um dem Leichenbegängnis der Königin Viktoria anzuwohnen, fand er einen außerordentlich herzlichen Empfang.

Man hat viel über die deutsche Anglophobie gesprochen, um einen vom Alldeutschtum geschaffenen und gezüchteten Angriffsgeist glaubhaft zu machen. Aber um gerecht zu sein, muß man daran erinnern, daß die englisch-deutsche Rivalität ein relativ neuer Tatbestand war — man kann ihn als erst gestern entstanden bezeichnen, wenn man ihn mit jener jahrhundertalten zwischen Engländern und Franzosen, zwischen Slawen und Deutschen vergleicht, und sie hat sich in Deutschland erst eingebürgert, nachdem sie in England zur Welt gekommen war. Dieses hatte schon beinahe die höchste Stufe seiner Herrschaft erreicht, als Deutschlands wunderbarer Aufstieg nach Erlangung der Einheit begann. Die Aufsehen erregenden militärischen Siege lockten zunächst die englische Aufmerksamkeit auf sich; dann nahmen die Engländer, das Auge auf die Statistiken, das Ohr auf das immer heftigere Sieden des deutschen Lebens gerichtet, als die ersten den Gedanken der Rivalität in sich auf. Diese Anschauung bezüglich der Vergangenheit wird auch durch die Logik erhärtet. Auch Bernhard Shaw, der berühmte englische Schriftsteller, schrieb im Dezember 1914:

„Ich bin genügend alt, um mich des Beginns des antideutschen Feldzugs in England zu erinnern . . . Deutschland warf Frankreich völlig zu Boden und dieser Sieg war es, der die erste militaristische Seite unserer Literatur schreiben ließ. Die Moral war ein einziges ‚zu den Waffen' oder, ‚die Deutschen werden London einschließen, wie sie Paris eingeschlossen haben!' Seit dieser Zeit hat die britische Propaganda für den Krieg gegen Deutschland nicht aufgehört, sondern ist im Gegenteil immer mehr gewachsen."

Aber die Gerechtigkeit verlangt es, anzuerkennen, daß Wilhelm II. und die Regierung des

Digitized by Google

Reichs stets ihr möglichstes taten, um Vertrauen zu der Politik Deutschlands einzuflößen und den Unwillen des deutschen Volkes im Zaum zu halten, das in zäher und verständiger Arbeit allmählich sich Rechenschaft über alle Hindernisse ablegte. Es genügt zugunsten des Kaisers an das berühmte Interview zu erinnern, das am 28. Oktober 1908 von dem Daily Telegraph veröffentlicht wurde, in dem er die Engländer anklagte, daß sie der Grund für die Feindseligkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland seien, weil sie für dieses nicht die Notwendigkeit anerkannten, die Produkte seiner Arbeit wo irgend möglich unterzubringen und eine Kriegsflotte zu besitzen.

Regierung und Volk Großbritanniens konnten sich nicht gleichgültig gegenüber dem Eindringen der Deutschen in die Märkte, die einst von der britischen Industrie beliefert waren, verhalten und noch viel weniger gegenüber dem Wachsen der Seemacht Deutschlands; die Schädigung durch das eine und die Gefahr von seiten des andern lagen auf der Hand. Sie begriffen genau, daß es sich um die Weltherrschaft handelte, die sie Gefahr liefen zu verlieren und daß es nötig war, das gefährliche Fortschreiten des Rivalen aufzuhalten.

Die von Eduard VII. begonnene Einkreisungspolitik hatte zwei Hypothesen im Auge. Das englisch-japanische Bündnis, die Triple-Entente, das Mittelmeerabkommen begründeten ein System, das den Bewegungen und dem Einfluß Deutschlands in der Welt Grenzen setzen sollte; wenn alle diese Kräfte zusammen ihr Ziel mit friedlichen Mitteln nicht erreichten, dann kam notwendigerweise die Hypothese des Krieges an die Reihe.

Das lauteste Alarmzeichen wurde für Deutschland mit dem englisch-französischen Vertrag vom 8. August 1904 gegeben. Poincaré selbst notiert, „daß Kaiser Wilhelm II. sich von Ende 1904 an mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit an die Arbeit gemacht hat“ [1]). Bis zur entente cordiale hatte sich die deutsche Regierung den Wahrscheinlichkeiten eines von Frankreich provozierten Kriegs gegenüber skeptisch verhalten trotz des Bündnisses mit Rußland; wie man jetzt aus seiner soeben veröffentlichten Privatkorrespondenz ersieht, pflegte der Kaiser mit großem Eifer die persönlichen Beziehungen zum Zaren und dessen friedliche Neigungen. Aber der Skeptizismus mußte der Besorgnis Platz machen, als die von dem entschlossenen Geist König Eduards beseelte englische Politik deutlich ihre Absichten zutage legte und für Deutschland bestand kein Zweifel mehr über die Notwendigkeit, sich immer stärker zu machen, um gegen alle Möglichkeiten gewappnet zu sein. Die kriegerische Entwicklung Wilhelms II., wie die französischen Schriftsteller sagen, vollzog sich damals unter dem Drucke der Drohung.

„In den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres — schrieb Mantegazza [2]) — hatten die antideutsche Bewegung in England und die Engländerangst in Deutschland einen solchen Grad erreicht, daß man ernste Folgen befürchten mußte. In den Zeitungen und sogar in den Parlamenten von Berlin und London, was ohne Vorgänge in den Annalen der internationalen Politik ist, erörterte man offen die Möglichkeiten des Kriegs, die Seestreitkräfte, über die jeder verfügen konnte, und den wahrscheinlichen Ausgang des Kampfes. Und nicht bloß Deputierte oder Politiker von mäßigem Einfluß, sondern sogar Männer, die in der Regierung saßen beteiligten sich daran. Es ist der Zivillord der englischen Admiralität gewesen, der einen Ausbruch von Entrüstung in ganz Deutschland hervorrief, als er die berühmten Worte aussprach: „Noch ehe die Zeitungen die Kriegserklärung veröffentlicht haben, werden wir schon einen entscheidenden Schlag geführt haben.“ Einige Tage darauf verstärkte das amtliche Organ der britischen Marine die Dosis, indem es offen und ohne viele Umschweife erklärte, man müsse die deutsche Marine treffen, während sie noch in der Entwicklung begriffen sei, und dürfe nicht warten, bis sie stärker und bedrohlicher werde.

Als im Januar 1909 König Eduard sich anschickte, Wilhelm II. den letzten Besuch abzustatten, schrieb ängstlich ein konservatives englisches Blatt, der Observer:

„Wir sehen mit Vergnügen, daß die Herrscher von Großbritannien und Deutschland sich treffen und daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern bessern; aber der Himmel möge es verhüten, daß aus reinen Gefühlsgründen das britische Reich sich verführen läßt, die eigenen Rüstungen zu vermindern und die Regierung es sich einfallen läßt, dem feierlich gegebenen Wort untreu zu werden.“ So steigerten sich die Militärkosten fortgesetzt. Die Balkankrise von 1912—13 beschleunigte den Wettlauf zwischen den Mächten der Tripleentente

[1]) Vgl. R. Poincaré a. a. O., S. 73. — [2]) Vgl. Corriere della Sera vom 15. August 1906.

Digitized by Google

und Deutschland. Der von Rußland organisierte Bund der Balkanstaaten, der eine neue Macht schuf, die Österreich-Ungarn belastete und es zu einem weniger brauchbaren Verbündeten machte, zwang Deutschland seine Kräfte bedeutend zu verstärken.

Die französische Regierung unterließ es nicht, auf die deutschen Pläne mit einer Forderung von einer halben Milliarde zu antworten, um den Aufbau des Heeres zu vervollkommnen, sowie mit dem Vorschlag für alle Waffen die dreijährige Dienstpflicht einzuführen.

Die Tribuna vom 27. März 1914 veröffentlichte eine Korrespondenz aus Petersburg „über die größte Mobilmachung der Welt", in der man las:

„Die militärischen Vorbereitungen Rußlands sind im Begriff, in der allgemeinen Mobilmachung auf Probe zu gipfeln, die nach der ungeheuren Heranziehung von Menschen und Material man — so sagen die Russen — als eine Generalprobe des Kriegs ansehen kann. Es handelt sich um die erschreckende Ziffer von einer Million und viermalhunderttausend Bajonetten ... Die Mobilisation dient dazu, die Güte und Wirksamkeit der getroffenen Vorkehrungen und der Methode der Vorbereitung für den Krieg zu probieren."

Deutschland sah den Sturm herannahen und rüstete sich, ihm zu trotzen. Als er über ihm stand, durfte es nicht warten, bis er es zerschmetterte. Die Lage des Reiches war so, wie sie ihm von seinen Feinden geschaffen worden war: Artikel III des französisch-russischen Vertrags von 1892—1893 besagte, daß die Streitkräfte der beiden Verbündeten gründlich, mit allem Eifer so eingesetzt werden müßten, daß Deutschland gleichzeitig nach Ost und West kämpfen muß. Deutschland war auf Gefahr seines Lebens hin verpflichtet, schnell zu treffen und sich den schwächsten seiner Feinde vom Hals zu schaffen, um mit allen Mitteln dem Stärkeren standzuhalten. Daraus entsprang die Notwendigkeit, die Initiative für die Kriegserklärung zu ergreifen und nach Frankreich zu gelangen, indem man das belgische Gebiet durchquerte.

Die Verletzung der belgischen Neutralität, deren sich ein nicht aufrichtiges Erstaunen so eifrig annahm, war seit langen Jahren als unvermeidlich vorhergesehen worden[1]) und Belgien steht im Verdacht, zuerst den Geist seiner eigenen Neutralität dadurch verletzt zu haben, daß es geheim militärische Abkommen mit England und Frankreich getroffen hatte.

Frankreich und England trugen heuchlerisch Ärgernis über die „punische Treue" Deutschlands zur Schau.

England gewährte Belgien seinen Schutz, nicht etwa weil es ein kleines Volk war und deshalb, weil die Kränkung des nicht durch die Kraft getragenen Rechts einer edlen Verteidigungsgeste förderlich war, sondern vielmehr, weil es sein Interesse war und ist, daß die Küsten und Häfen Belgiens in der Hand eines schwachen anstatt eines starken Staates sind. Zum Schutz eines solchen Interesses veranlaßte Großbritannien während des Krieges von 1870 Verhandlungen mit Preußen und Frankreich, kraft derer es sich verpflichten wollte, mit allen seinen Streitkräften zu Wasser und zu Lande zu intervenieren, um die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens gegen den von den beiden Kriegführenden zu schützen, der die genannte Neutralität verletze.

Frankreich versuchte seinerseits wiederholt, zwar nicht in das Gebiet Belgiens einzurücken, aber — Belgien zu vernichten, indem es dasselbe annektierte. Von Ludwig Philipp bis Napoleon III. — die geschichtlichen Tatsachen sind allbekannt — wurden die Verträge von 1839 als nichts anderes angesehen, als „Papierfetzen".

Auch die Erklärung, die man dem deutschen Kanzler Bethmann Hollweg so sehr zum Vorwurf machte, war nur ein Plagiat. Am Schluß eines vom Lordmayor von London am 29. Juli 1891 veranstalteten Banketts sprach Lord Salisbury, der erste Minister der Königin, sich über die Verträge folgendermaßen aus:

„Ich habe keinen Zweifel, daß wir die Wichtigkeit und die Wirkung der Verträge zu sehr übertreiben. In unserem Jahrhundert und gegenüber der schrecklichen Gefahr, die jede Störung des Friedens jedem Volk, das daran interessiert ist, bringt, glaube ich nicht, daß wir die Wirkung von Bindungen, die auf Unterschriften unter ein Stück Papier beruhen, allzu hoch einschätzen dürfen."

Im Juli 1914 war der Brandstoff, der für den Scheiterhaufen Deutschlands aufgehäuft war, so gewaltig und so gut verteilt, daß ein Funken genügte, um ihn in Brand zu stecken.

[1]) Vgl. Generalstabsprotokolle im Juliheft 1922 („Poincaré") der S. M.-Hefte S. 210 ff. D. Schr.

Digitized by Google

Der Funken war der Mord von Serajewo. Wenn die von Serbien und Rußland für Österreich-Ungarn geschaffene Lage unparteiisch abgeurteilt und erledigt worden wäre, hätte man den Krieg wenigstens vertagen können; aber in dem Gerichtshof, der hätte entscheiden müssen, hatten die Mächte der Triple-Entente das Übergewicht und Österreich konnte von seinen Feinden kein gerechtes Urteil erhoffen.

Und so geschah es, daß der Scheiterhaufen sich entzündete.

Nachwort.

Am 3. März 1921 sprach der Premierminister Englands, Herr Lloyd George, indem er eine des öfteren, auch in Frankreich von anderen abgegebene Erklärung wiederholte, vor den Vertretern Deutschlands:

„Für die Verbündeten ist die Verantwortlichkeit Deutschlands an dem Krieg grundlegend: sie ist die Basis selbst, auf der der Versailler Vertrag aufgebaut ist. Wenn man diese Verantwortlichkeit leugnet, so ist der Vertrag selbst zu nichts geworden .... Der Vertrag von Frankfurt im Jahre 1871 ging von folgendem Gedanken aus: Frankreich war im Unrecht und Deutschland forderte folgerichtigerweise von ihm nicht nur eine Entschädigung, sondern die Bezahlung der Gesamtkriegskosten. Deutschland wollte Frankreich nicht eine Revision dieses Wahrspruchs gestatten und daher müssen wir daran festhalten, daß der Wahrspruch des jüngsten Krieges respektiert wird. In den Bestimmungen des Vertrags von Frankfurt hat Deutschland den Grundsatz aufgestellt, daß eine Nation, die für einen Krieg verantwortlich ist, dessen Kosten bezahlen muß."

Wir glauben nachgewiesen und die Gründe dafür beigebracht zu haben, daß die feste Überzeugung des Herrn Lloyd George und der Verbündeten auf beweglichem Sande ruht und daß ihr Urteil nicht unwiderruflich ist, vielmehr einer Nachprüfung unterzogen werden muß.

Der Vergleich zwischen dem Ursprung des Kriegs von 1870—1871 und dem des Kriegs von 1914, sowie den Bedingungen, die nach dem ersteren Frankreich und nach dem zweiten Deutschland auferlegt wurden, hält nicht stand. Die französische Verantwortlichkeit an dem früheren Krieg lag klar zutage und wurde allgemein anerkannt; auch England anerkannte sie, selbst Kaiser Napoleon, der ihn hervorgerufen hatte. — Die Verantwortlichkeit Deutschlands für diesen Krieg kann nicht eben so schlagend erwiesen sein, auch nicht für die, welche sie beteuern. Und bezüglich der Bedingungen, die dem Besiegten einst und jetzt auferlegt wurden, genügt es daran zu erinnern, daß Frankreich nicht entwaffnet wurde, es weder seine Kriegs- und Handelsschiffe, noch seine Kolonien oder die Reihe anderer Güter verlor, die Deutschland abverlangt und mit Beschlag belegt wurden; und es konnte in kürzester Zeit die fünf Milliarden bezahlen und wieder aufblühen.

Wenn die vernichtenden, unerträglichen Lasten, denen Deutschland unterworfen worden ist, nach der Meinung der Sieger eine Rechtfertigung in dem Grundsatz haben, daß wer die Schuld trägt, die Strafe auf sich nehmen müsse, so erklären wir auf Grundlage des geschichtlichen Urkundenmaterials, das wir in diesem Bande gesammelt haben, daß der Vertrag von Versailles eine Ungerechtigkeit ist.

Wir haben uns darauf beschränkt, den Zielen der Politik der Großmächte nachzuforschen und uns eines Urteils über dieselben zu enthalten. Wir haben uns beispielsweise nicht darüber ausgesprochen, ob Frankreich verurteilbar ist, weil es aus Ehrerbietung gegenüber seinen ruhmstrahlenden Überlieferungen die einst über Europa ausgeübte Hegemonie wiederherstellen und Sedan auslöschen wollte. Wir haben kein Urteil über die britische Politik abgegeben, die sich vornahm, den andern Staaten die Vormacht auf dem Meere zu bestreiten, die sie Großbritannien vorbehielt, und das Problem der Handelskonkurrenz dadurch zu lösen, daß es Deutschland mit Feinden umgab. Wir haben nur beweisen wollen, daß Frankreich seit 1871 nie einig gewesen ist außer in seinem Vorsatz auf Vergeltung, daß die Staatsmänner und Patrioten, die sein Herz haben stärker schlagen lassen, von Deroulède bis Boulanger und Poincaré die waren, die Hoffnungen auf Vergeltung erweckt haben, — daß es Italien mißhandelte, um es vom Dreibund zu trennen und auf seiner Seite zu haben, weil der Dreibund der Friede war und es ohne Krieg die Vergeltung nicht erreichen konnte, daß es Milliarden über Milliarden an Rußland gab, damit es ihm helfe, Wiedervergeltung zu üben, daß es sich um dieses Zieles

Digitized by Google

willen mit Rußland verbündete, daß es endlich Rußland ermutigte, sich in die balkanische Dornhecke zu stürzen, damit wenn es über seine eigenen Wunden in Zorn gerate, es sich entschlösse, den Krieg zu führen, der den französischen Nationalisten die so heißersehnte Gelegenheit gab, sich für die Wiedervergeltung zu schlagen.

Diesen Beweis glauben wir — falsche Bescheidenheit beiseite — erbracht zu haben und es berührt uns daher peinlich, wenn wir hören, wie französische Staatsmänner bei jeder Gelegenheit sich darauf versteifen, daß Frankreich nach der Niederlage von 1870 auf nichts anderes bedacht war, als auf den Frieden, daß es das Bündnis mit Rußland nur suchte, um das Kräftegleichgewicht mit Deutschland herzustellen, daß man mit der Entente cordiale kein anderes Ziel verfolgte, als der deutschen Welteroberung Einhalt zu gebieten. Aber Deutschland wollte die Welt nicht mit Kanonenschüssen, sondern mit Warenmusterschüssen erobern, wie ein gutgläubiger Franzose schrieb und brauchte keinen Krieg gegen eine Koalition, die doppelt so starke Heere ins Feld führte, als die seine.

Jede der Mächte der Triple-Entente wollte ihre eigenen Ziele erreichen: Rußland schwankte in einem früheren Zeitpunkt, solange Nikolaus II. die Lage in seinem Lande beherrschen konnte — England im letzten Augenblick gegenüber dem Gespenst des Krieges. Wenn Deutschland darauf verzichtet hätte, die Entwicklung seiner vielseitigen Energien zu fördern und sein Flottenprogramm begrenzt hätte, hätte England nach 1910 viel Wasser in den überschäumenden Wein Eduards VII., der in diesem Jahr gestorben war, gegossen und Frankreich wäre nicht ermutigt worden, das Waffenlos mit Unterstützung Englands zu versuchen. Aber Deutschland wollte seiner Zukunft keine Beschränkungen auferlegen. Das Zögern, das das Kabinett von St. James im letzten Augenblick zur Schau trug, kann nicht echt gewesen sein. Der Grund zur Intervention, als den Sir Ed. Grey den deutschen Einmarsch in Belgien angab, war ein seit langer Zeit erfundener Vorwand, weil dieser Einmarsch vorausgesehen wurde und sicher war.

Alles ging also, wie es im voraus festgesetzt war. Aber jetzt, wo der große Feind überwältigt ist, soll man nicht damit fortfahren die Fabel vom Wolf und Lamm zu wiederholen. Das Lamm war in der Tat nicht so fromm, wie das des Äsop. Es zeigte die Zähne bisweilen zu energisch (die Nationalisten aller Länder haben überall mit ihren phantastischen Herrschaftsplänen viel Böses angerichtet), aber das ist für die Frage, die uns beschäftigt, bedeutungslos.

Das Kulturgewissen der Welt fordert einen Wahrspruch, der ein anderer ist, als der der interessierten Parteien. Es gibt in Europa die einstmals neutralen Staaten, es gibt den Papst, die einen Gerichtshof von Rechtsgelehrten und Staatsmännern bestellen könnten, der mit Recht Ansehen und Vertrauen bei allen genießt. Die Geheimarchive aller diplomatischen Kanzleien enthalten Urkunden, auf deren Grundlage ein erschöpfendes und gerechtes Urteil gefällt werden kann.

Dieses Urteil ist nötig, wenn endlich wieder der Friede über der menschlichen Arbeit erstrahlen soll, wenn man der Menschheit ein Morgen schaffen will, das nicht ein Fluch für Europa und die Welt ist.

Höflers Logik.

Unser verstorbener Mitarbeiter Alois Höfler in Wien hat die zweite Auflage seiner Logik druckfertig hinterlassen. Einstweilen sei darauf hingewiesen, daß das Werk, das in der neuen Gestalt 950 Seiten umfaßt, soeben bei Hölder-Pichler-Tempsky in Wien, Freytag in Leipzig erschienen ist und ohne Teuerungszuschlag geheftet 500 Mark kostet. Natürlich unentbehrlich für jeden, der sich über die Fortschritte der Logik unterrichten will.

Redaktionell abgeschlossen am 19. September 1922.

Verantwortlicher Herausgeber: Paul Nikolaus Cossmann in München. Nachdruck den Tageszeitungen bei genauer Quellen- und Preisangabe auszugsweise gestattet. Druck: F. Bruckmann A. G., München. Buchbinderarbeiten: Grimm & Bleicher, München. Papier: Bohnenberger & Cie., Niefern bei Pforzheim.

Digitized by Google

Digitized by Google

1499

Digitized by Google

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03808 3609

Digitized by Google

1499

Digitized by Google

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03808 3609

Digitized by Google

1499

Digitized by Google

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03808 3609

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google